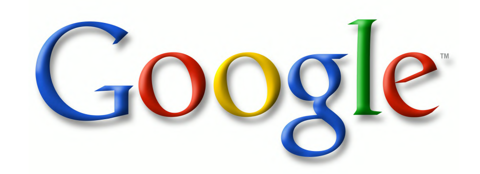
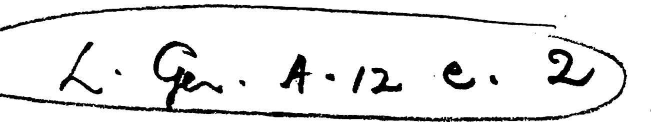
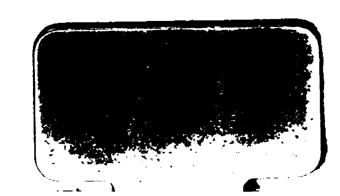
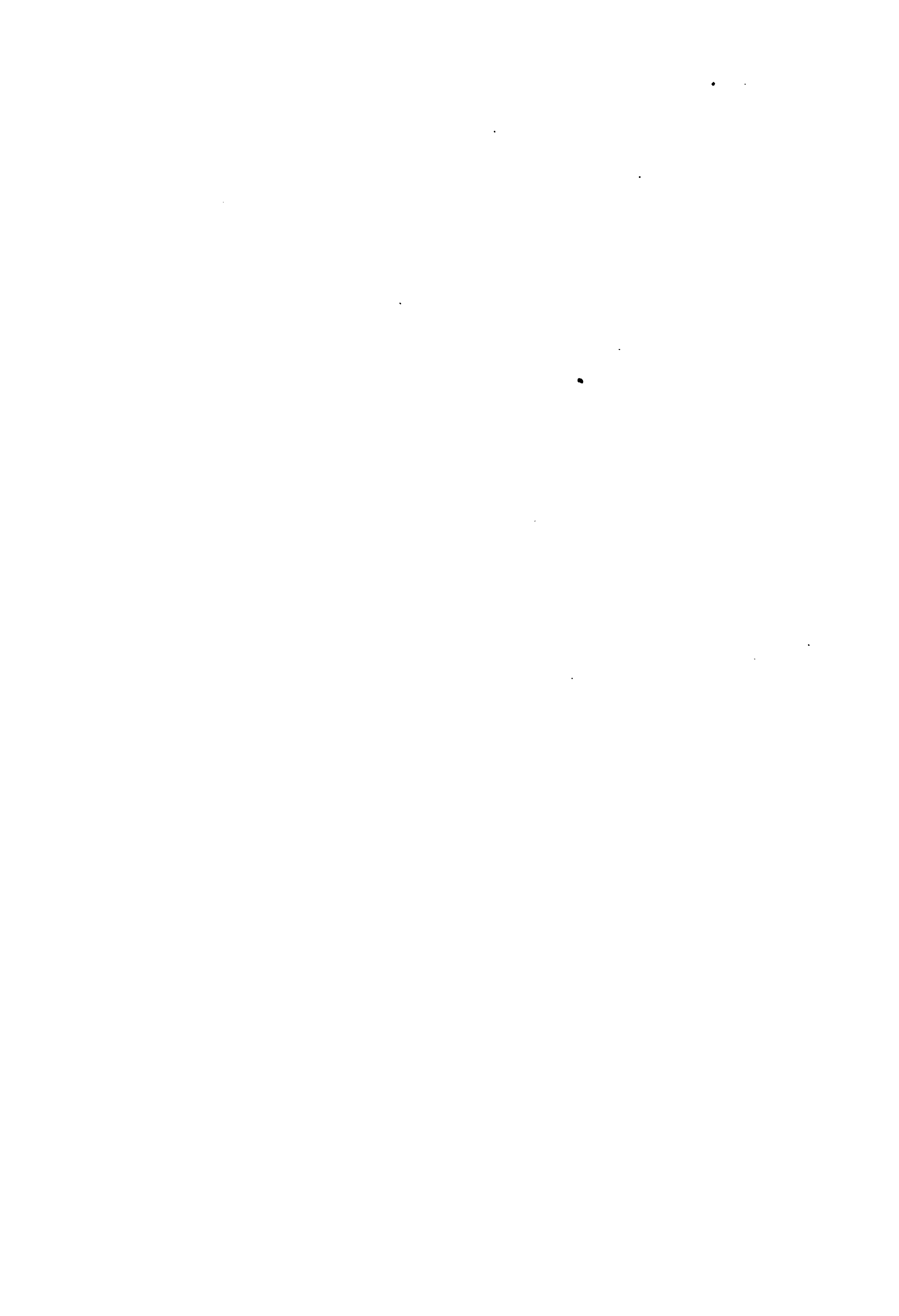




For. Law.











Lehrbuch

der

deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte,

von

Dr. Joh. Friedrich Schulte,
ord. Prof. der Rechte an der Karl-Ferdinands-Universität zu Prag.

Stuttgart. 1861.
Verlag von Wilhelm Nitzschke.



Schnellpressendruck der J. G. Sprandel'schen Buchdruckerei in Stuttgart.

VORREDE.

Meine Absicht bei der Abfassung dieses Werkes, welche gereift und auch in der Ausführung theilweise geleitet ist durch die reiche Erfahrung, welche mir jährlich gegen hundert Colloquien über die Auffassung und Kenntnisse meines grossen Auditoriums während der Studien, einige hundert Staatsprüfungen aus der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte (— welche durch den österreichischen Studienplan von 1855, im Gegensatze zu dem fast gänzlichen Uebergehen oder mindestens Vernachlässigen in fast allen Prüfungen ausserhalb Oesterreichs, bei der ersten juristischen Staatsprüfung gerade so eingehend als römisches und canonisches Recht geprüft wird —) über die Resultate der Studien fast bei der Gesammtheit der Studierenden in Prag dargeboten haben, ging auf die Ausarbeitung eines Lehrbuchs im vollen Sinne des Wortes für den Vortrag und das Selbststudium. Ein solches hat meines Erachtens die folgende Aufgabe.

Es soll keine Sammlung rechtsgeschichtlicher Notizen, sondern eine kurze Geschichte der Rechtsentwicklung sein. Deshalb gehören in dasselbe nicht solche Ereignisse, Zustände u. s. f., von denen die rechtliche Entwicklung entweder gar nicht getragen oder doch in ihrem Verständnisse nicht unmittelbar gefördert wird. Mittelbar ist freilich die Volks- (politische) Geschichte nicht blos förderlich, sondern deren Kenntniss unerlässlich. Aber es ist nicht Aufgabe des Rechtshistorikers, sie zu lehren, noch des Fachstudiums, sich auf die Aneignung von Kenntnissen zu verlegen, welche als Grundlage desselben mitgebracht werden sollten. In Betreff des Materials darf keineswegs die Absicht vorwalten, das ganze zu Gebote stehende auszubeuten, vielmehr muss man sich auf Verarbeitung dessen beschränken, wodurch die wirkliche Entwicklung veranschaulicht wird. Es ist mithin der Gesichtspunkt festzuhalten, den Lernenden einerseits nicht durch Ueberfülle des Stoffes zu erdrücken, andrerseits durch zweckmässige Auswahl ihm die Möglichkeit zu bieten, den Gang der allgemeinen und der im grossen Ganzen gleichförmigen partikulären Entwicklung trotz der partikulären Mannigfaltigkeit zu erkennen. Dies ist der Fall, sobald an sich blos partikuläre Bildungen ihren Platz als Glieder in der Kette der allgemeinen Entwicklung finden. Der Charakter des Lehrbuchs fordert weiter, dass nur die Grundlagen mit Präcision entwickelt, die Ausführung aber dem mündlichen Vortrage und eignen Studium überlassen werde. Wesentlich gefördert wird dieser Zweck durch Mittheilung der vorzüglichsten Quellenbelege, soweit der zugemessene Raum dies gestattet. Wo solche nur in Auszügen aus Urkunden bestehen können, musste sich auf die eine oder andere beschränkt werden, damit weder der Umfang des Buches zu sehr erweitert, noch der Uebelstand herbeigeführt werde, dass diejenigen, auf welche beim mündlichen Vortrage einzugehen dessen gemessene Zeit nicht gestattet, eigentlich überflüssig sind. Auf die mancherlei Controversen ist nur Rücksicht zu nehmen, wo dieselben behufs richtiger Würdigung der geschichtlichen Entwicklung nicht umgangen werden

können. Man darf sich überhaupt beim Vortrage der Rechtsgeschichte nicht zu sehr auf Polemik einlassen, weil zu leicht dem Lernenden die Fäden der Entwicklung entschwinden, während Alles darauf ankommt, dass sich in dessen Geiste gewissermassen unwillkürlich der Abschluss bilde, welchen die Rechtsgeschichte als Ziel vor Augen hat. Neuheit der Ansichten und Ausführungen lag nicht in meinem Plane, der, sollte die Absicht des Lehrbuchs nicht mit sich selbst in Widerspruch kommen, eine Verarbeitung der vom Standpunkte der gegenwärtigen Wissenschaft aus als feststehend erscheinenden Forschungen bezwecken musste. Es ist ohne Zweifel überhaupt unsere Aufgabe, alle Institute des deutschen Rechts im Einzelnen zu bearbeiten, die Einzelforschungen aber in ihrer organischen Gesammtheit zu verwerthen, damit der Endzweck der Rechtsgeschichte, über den sich der erste Paragraph auslässt, in der doppelten Richtung erreicht werde: den gesammten Entwicklungsgang des Rechtsorganismus und dessen einzelne Glieder so zu erkennen, dass auf dieser Erkenntniss als Grundlage die Dogmatik des heutigen Staats-Privatrechts u. s. f. sich aufbauen lasse. Das geltende Recht erscheint demnach als Schlussstein, zu dessen Legung die Rechtsgeschichte führt. Blosse Antiquitäten sind hierdurch ausgeschlossen. Wie schwer es freilich einzeln ist, scharf zu unterscheiden, ob ein Institut oder Rechtssatz reine Antiquität sei oder noch als Glied des genetischen Bildungsganges erscheine, das entgeht keinem Kenner. Auf die Darstellung der Rechtsquellen ist verhältnissmässig viel Raum verwendet, weil deren gründliche Kenntniss unerlässlich ist, deren Vortrag aber durch theilweise nothwendige Dürre der Darstellung leicht abstösst. Auch wird dadurch gerade für die im Vortrage leichte und ausführliche Entwicklung der Rechtsinstitute ein bedeutender Raum gewonnen. Was die Literatur angeht, so liegt Vollständigkeit nicht in der Aufgabe eines Lehrbuchs. Dieses soll einmal directe Kenntniss der allgemeinen und wichtigen Spezial-Literatur vermitteln, dann aber auch Gelegenheit bieten, für das eingehendere Studium bei jedem Punkte die weiteren Nachweise an die Hand zu geben. Ich habe überall mit grösster Gewissenhaftigkeit angegeben, wem ein Resultat zu verdanken, woher eine Angabe, soweit sie nicht direkt aus den Quellen geschöpft ist, entnommen sei.

Inwieweit das Lehrbuch diesem Plane entspreche und als Beitrag zur Förderung der Wissenschaft des deutschen Rechts erscheine, dies zu prüfen überlasse ich dem wohlwollenden Urtheile des Kenners. Zur Rechtfertigung des Erscheinens in Lieferungen füge ich bei, dass es mir nicht möglich war, das zum Theil seit zwei Jahren druckfertige Manuscript vor dem Juli in die Druckerei zu geben, dass ich aber wünschte, bereits im nächsten Semester dasselbe meiner Vorlesung zu Grunde legen zu können. Alle drei Lieferungen werden mit Bestimmtheit bis Ende März k. J. erscheinen und dreissig bis fünfunddreissig Bogen umfassen. —

Werke, deren Format nicht angegeben ist, sind in 8° erschienen. Die Literatur ist regelmässig zu Anfang einer Materie angegeben. Inhaltsverzeichniss und alphabetisches Register folgen bei der letzten Lieferung.

PRAG, den 19. August 1860.

SCHULTE.

INHALTSVERZEICHNISS.

Zweites Buch.

Geschichte des Gerichtswesens.

EINLEITUNG.

§. 1.

1. Bedeutung der Rechtsgeschichte für das Rechtsstudium überhaupt, der Geschichte des deutschen Reichs und Rechts insbesondere.

Aufgabe der Jurisprudenz ist zu wirken für das Leben. Um diese zu erreichen strebt unsere Wissenschaft stets nach innerem Erfassen, Durchdringen des geltenden Rechts, des positiven Rechtsstoffes, um sowohl die concreten rechtlichen Verhältnisse richtig beurtheilen und ordnen als auch die Rechtsnormen selbst gemäss den jeweiligen begründeten Anforderungen des Lebens weiterbilden zu können. Soll dieses Streben Erfolg haben, so ist nothwendig die Gründe des positiven Rechtes zu erkennen den Kern des Rechtssatzes zu erfassen, um vermittelst desselben das Gesetz auf alle Fälle namentlich aber dann anwenden zu können wenn der Buchstabe uns verlässt; eine Thatsache welche um so häufiger eintreten wird als es unmöglich ist den Reichthum des Lebens in einem Gesetze vorher zu erschöpfen. Eine Theorie demnach, welche den inneren Gedanken der Sätze an der Hand allgemein richtiger Sätze erfasst, setzt als unerlässlich voraus die Kenntniss der Geschichte des Rechtes. Ohne diese vermöchte man offenbar das Wesentliche des einzelnen Rechtssatzes u. s. f. nur dann stets richtig zu erfassen, wenn dasselbe in einem allgemein richtigen, in der Vernunft liegenden Satze bestände, der sofort und allezeit philosophisch aufzufinden wäre. Nun aber beruht das Recht eines Volkes, Landes überhaupt d. h. der positive Rechtsstoff in Wahrheit nur zum geringsten Theile auf gewissen natürlichen Rechtsideen, Ausflüssen absolut wahrer Sätze der Vernunft, Moral u. s. f., welche unter allen Umständen

anerkannt werden müssen. Und selbst diese Ideen, — z. B. dass eine obrigkeitliche, väterliche Gewalt sein, die Ehe existiren müsse u. a. sind Ideen, welche allen Völkern und Zeiten innewohnen — erhalten ihre eigenthümliche Färbung erst durch andere als naturnothwendige Elemente. Man nehme nur die patria potestas bei den Römern, alten Deutschen und heute, die Idee von der Nothwendigkeit der Gerechtigkeit im römischen, altgermanischen und heutigen Strafrechte. Jene allgemeinen Sätze wie die grosse Masse des Rechtsstoffes gestaltet sich somit erst durch die nationalen Elemente zu concreten Formen. Aeussere Einwirkungen als: Kriege stete Angriffe von Feinden verheerende Krankheiten u. s. f., ferner das Klima, die Lebensweise, die Art und Weise des Landbaues, die Gegend (ob Berge, ob Ebenen, ob in der Nähe des Meeres, am Ufer grosser Flüsse oder nicht u. s. f.), die inneren Vorgänge in einem Volke (Wechsel der Regierungsformen, religiöse Aenderungen u. dgl. m.), kurz alle socialen, ökonomischen und politischen Erlebnisse und Zustände müssen nothwendig fortwährend gestaltend auf das Recht einwirken, dasselbe somit in derselben Weise als das Volk überhaupt in einer stetigen lebendigen Bewegung und Bildung erhalten, ihm das Gepräge der Geschichte des Volkes aufdrücken. Das jetzige Recht ist kein fertig auf die Erde gesetztes, sondern ein gewordenes, welches mithin gleich den physischen Individuen und den Völkern nur durch die Geschichte seines Werdens erkannt, nur in seiner Genesis richtig erfasst werden kann. Auf diese Art wird der Kern des Rechtes gefunden und der obige Zweck erreicht. Allerdings lehrt die Geschichte nicht gerade alle und jede Sätze und deren eigensten Gehalt erkennen, weil es auch eine grosse Menge rein formaler Momente gibt, d. h. solcher, die gleichsam die äussere Structur, die Abrundung, Ausfüllung des Gebäudes bilden und dem Auge des oberflächlichen Beobachters als durchaus ohne innere Nothwendigkeit bestimmt erscheinen. Soweit aber in solchen Dingen (z. B. den Zahlen im Rechte, Formeln u. s. f.) ein innerer Grund liegt, wird ihn die historisch philosophische Betrachtung als fruchtbringend eruiren; insoweit das nicht der Fall ist, wird dadurch die Gewissheit erreicht, dass keine Nothwendigkeit ihre Belassung fordert, mithin einer willkürlichen Aenderung etwa nur äussere Gründe entgegenstehen.

Unser heutiges Recht in Deutschland beruhet, soweit das öffentliche Recht in Frage kommt, zum allergrössten Theile auf der nationaldeutschen Rechtsentwicklung, soweit das Privatrecht, neben dem römischen und canonischen auf dem deutschen. Hieraus ergibt sich die äussere Nothwendigkeit der Geschichte desselben, während deren Kenntniss als unerlässlich für die wissenschaftliche Erfassung des nationalen deutschen Rechtes ebenso wenig besonders hervorgehoben zu werden braucht, als es nöthig ist, darauf hinzuweisen, dass keine

Nation existirt, deren Geschichte interessanter ist, als die der deutschen, welche einzig von allen existirenden ein Weltreich bildete, durch ihre geistige und sittliche Grösse für die Bildung aller übrigen Nationen von der grössten Bedeutung wurde. Erst dann aber begreift man die Geschichte eines Volkes gründlich, wenn man seine rechtlichen Zustände, die Träger der gesellschaftlichen Ordnung, kennen gelernt hat.

§. 2.

2. Begriff, Gegenstand und Umfang der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte.

Die „deutsche Reichs-, Staats-, und Rechtsgeschichte" soll enthalten die Darstellung des gesammten Rechtszustandes des deutschen Volkes nach seinen nationalen und den fremden Elementen, welche auf jenen bedingend eingewirkt haben, von seinen ersten Anfängen bis auf die heutige Zeit. Sie gibt also eine Darstellung der äusseren und inneren, örtlichen, zeitlichen, culturlichen Momente, von denen getragen und unter denen sich das heutige Recht gebildet hat, sowie ein Bild der Art, des Ganges dieser Entwicklung, lehrt mithin das Recht als ein werdendes.

Gegenstand ist der gesammte Organismus des deutschen Rechtslebens von seinen Anfängen an durch alle Zeiten bis auf die jetzige in seiner stetigen Fortentwicklung. Es ist nicht eine bestimmte Seite des Rechtslebens z. B. das Privatrecht sondern alle Seiten Gegenstand derselben. Sie hat also zu umfassen den ganzen Organismus: die verschiedenen Seiten des öffentlichen Rechtes, wie des Privatrechtes. Weil sie ferner das Recht aus der ganzen Geschichte des Volkes erkennen lehren soll, so hat sie auf der einen Seite nicht bloss die rein rechtlichen Zustände zu entwickeln, sondern auch auf die socialen, vorzüglich aber die kirchlichen Rücksicht zu nehmen, indem gerade diese den allergrössten Einfluss übten, auf der anderen neben dem einheimischen, nationalen Rechte diejenigen fremden Rechte, welche auf den deutschen Rechtszustand eingewirkt haben, insoweit herbeizuziehen, als dies zur Erfassung des deutschen Rechtes nothwendig ist. [1])

Als Zweig des akademischen Studiums bildet somit diese Wissenschaft in Wahrheit eine Einleitung und Einführung in alle verschiedenen positiven Zweige

---

[1]) Insofern (Das Nähere ist hier, wie überall, dem mündlichen Vortrage zu überlassen) stimme ich Phillips D. R.- u. Rsgesch. §. 1. bei; ich halte aber jedes Hereinziehen des römischen und canonischen Rechtes, welches sich auf ein Darstellen dieser in ihrer inneren Struktur einlässt, wie dies Eichhorn mit dem canonischen thut, wobei er uns orientalische, italienische und andere Verhältnisse vorführt, für ungehörig.

der Rechtswissenschaft, insofern dieselben auf deutschem Rechte ruhen: Staatsrecht, Criminal-Recht und Process, Civilprocess, Privatrecht, Kirchenrecht.

Aus dem Vorherigen ergeben sich folgende Theile der Darstellung:

1) die Geschichte der Verfassung. Ihr Verständniss erfordert nothwendig, dass diejenigen politischen Vorgänge (Wechsel der Dynastieen, Beziehungen zum Auslande, Erwerbungen fremder Gebiete u. s. f.) hereingezogen werden, welche auf deren Entwicklung Einfluss hatten. Es darf sich hierbei nicht auf das fränkische und deutsche Reich beschränkt werden, sondern auch die Territorien sind insoweit hereinzuziehen, als ihre Verfassung gewisse gemeinsame, somit national-deutsche Grundzüge bietet. [3])

2) Das Erfassen der Verfassungsgeschichte bedingend und dadurch selbst bedingt die Geschichte der Staatsverwaltung (Administration) und des gesammten öffentlichen Rechtes überhaupt: des gerichtlichen Verfahrens nebst Einrichtung der Gerichte, und des Strafrechtes. Jedoch können hier nur die Grundzüge gegeben werden, während die Geschichte der Entwicklung im Einzelnen den besondern Disciplinen überlassen werden muss, welche sich ausgebildet haben und als selbstständige Zweige des akademischen Studiums aufgenommen sind.

3) Die Geschichte des Privatrechtes, soweit dessen Institute entweder überhaupt rein deutsche sind, oder doch auf deutscher Grundlage ruhen. In gewissem Umfange ist es nach der Natur der Sache nöthig, das canonische und römische Recht hereinzuziehen als Momente bei der Ausbildung des deutschen Privatrechtes, weil ohne dieses es unmöglich wäre, die Geschichte der Rechtsinstitute von der Zeit an zu begreifen, seit welcher in Wirklichkeit jene Rechte deren Bildung leiteten. Dieser Theil der Disciplin baut also die Grundlage, auf welcher das „deutsche Privatrecht“ nur eine dogmatische Exposition zu geben hat.

4) Die Geschichte der Rechtsquellen, s. g. äussere Rechtsgeschichte, welche die Form, das Kleid des Rechtes bilden. Diese brauchen wir aber auf das römische und canonische Recht nicht auszudehnen, weil für diese beiden dieselbe doch nicht erschöpfend sein könnte und keineswegs das Verständniss der Beziehungen zwischen ihnen und dem deutschen Rechte dieselbe erfordert.

---

[3]) Hingegen ist, wie auch bereits von andern Seiten bemerkt ist, der Plan von v. Daniels, die „Reichs- und Staaten rechtsgeschichte“ zu geben, ein kaum mit Erfolg ausführbarer.

§. 3.

3. Quellen und Hülfsmittel.

I. Quellen der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte sind alle sich auf ganz Deutschland wie dessen einzelne Länder beziehenden Denkmäler, aus denen das Recht erkannt werden kann. Ihre wichtigsten Arten sind Urkunden, Gesetze, Rechtsbücher, Briefe, Memoiren und Staatsschriften u. s. f. Es gibt Sammlungen von Urkunden für ganz Deutschland, wie für die einzelnen Länder;[1]) auch gibt es verschiedene Werke, welche Auszüge aus Urkunden enthalten s. g. Regesten.[2]) Die Urkunden fliessen vom 7. Jahrhundert an reichlich, anfänglich nur in lateinischer Sprache, seit dem 13. Jahrhundert auch in deutscher geschrieben.

Neben diesen eigentlichen Quellen erscheinen als Quellen auch die gleichzeitigen Geschichtschreiber, bis zum 5. Jahrhundert Römer und Griechen, seitdem auch einheimische Autoren, die Chronisten und Annalisten;[3]) hierzu kommen endlich noch die sonstigen Geschichtsquellen: Monumente, Siegel, Wappen, Inschriften, Münzen u. s. f.

II. Unentbehrliche Hülfsmittel sind überhaupt a) die geschichtlichen

---

[1]) Ziemlich vollständige Verzeichnisse der allgemeinen und partikulären Quellen geben Eichhorn D. St. u. Rechtsgesch. Bd. 1. §. 5., Seite 12 ff., Phillips D. Reichs- u. Rechtsgesch. S. 6 ff. Ein älteres Sammelwerk ist: J. C. Lünig Deutsches Reichsarchiv, Leipz. 1710—22., 24 Bde. fol. — Desselben Codex diplomaticus Germaniae, Leipz. 1832, 2 Bde. fol. — Unübertroffen ist das Werk (durch die 1817 unter dem Einflusse von Stein gegründete „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde" begonnen) von G. H. Pertz unter dem Titel „Monumenta Germaniae historica inde ab anno Christi quingentesimo usque ad annum millesimum et quingentesimum." Hannoverae 1826 sqq. Von den 5 Abtheilungen (Scriptores — Leges — Diplomata — Epistolae — Antiquitates) sind bis jetzt erschienen XIII Bde. in gr. fol., wovon die Leges 2 Bde. und 1 fasc. des dritten, die übrigen die Scriptores füllen). Dazu: Inhaltsverzeichnisse der zehn ersten Bände der M. G. N. Hannov. 1848. Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde. Hannover 1822 ff. — F. Walter Corpus juris germanici antiqui. Berol. 1824. 3 voll. 8. Canciani Barbarorum leges antiquae. Venet. 1781 ff. 5 voll. fol.

[2]) Die besten sind von J. F. Böhmer, Regesta chronol. diplom. Karolorum. Francof. 1833; Reg. Reg. atque Imperat. Roman. inde a Conrado I. usque ad Henricum VII. das. 1831; dann von 1198—1254 in 2 Abtheilungen. Stuttg. u. Tüb. 1847 u. 1849; ferner von 1246—1313 das. 1844. und hierzu ein Additamentum das. 1849; dann von 1314—1347, Frkf. 1839, mit Additamentum primum das. 1841, secundum 1843. Andere bei Phillips Rechtsgesch. S. 15 f.

[3]) Ein genaues Verzeichniss bei Phillips S. 18 ff.

Hülfsmittel: Geographie, [4] Chronologie, [5] Ethnographie, Genealogie, Heraldik u. s. f., b) die philologischen: Kenntniss der mittelalterlichen lateinischen, [6] ferner der verschiedenen Perioden und Hauptdialekte der deutschen Sprache. [7]

§. 4.

4. Bearbeitung und Literatur.

Vor Eichhorn kannte man eine Behandlung der Staats- und Rechtsgeschichte in unserem heutigen Sinne nicht. Zuerst verband man mit der politischen Geschichte eine Darstellung der Verfassung, und trug diese s. g. Reichsgeschichte auch auf den Universitäten vor. In dieser Richtung haben besonders gewirkt, nach dem Vorgange von Sagittarius Pfeffinger, [1] Häberlin, [2] Pütter, [3] Schmidt, [4] C. D. Heinrich; [5] in der neuern Zeit noch

---

[4] K. v. Spruner Historisch geographischer Handatlas. Hamb. 1838 ff. Bernhardi, Sprachkarte von Deutschland, Cassel 2. Ausg. 1849.

[5] L'art de vérifier les dates des faits historiques cet. Paris 1750. 5 T. 4., neueste Ausg. das. 1819. — C. G. Haltaus Calendarium medii aevi, Lips. 1729.

[6] Car. du Fresne domini du Cange, Glossarium mediae et infimae latinitatis, Paris 1678, 3 T. fol., Ausg. der Benedictiner Paris 1733 ff. 6 T. fol., zuletzt mit den Zusätzen und Verbesserungen von Carpentier und Adelung herausgeg. von A. L. Heuschel, Paris 1840 ff. 7 voll. 4.

[7] J. Grimm, deutsche Grammatik, 4 Bde. 1822—1839 (1841), Gött.; dess. Geschichte der deutschen Sprache, 2 Bde. Leipz. 1848. — C. G. Haltaus Glossar. Germanicum medii aevi. Lips. 1758, 2 voll. fol. J. G. Scherz, Glossar. Germ. medii aevi potiss. dial. suevicae edid. Oberlin, Argentor. 2 voll. fol. 1781 ff. Schmeller saxonicum. 1840. 4. Graff, Althochd. Sprachschatz, 1835—42, 6 Bde. 4., nebst Index von Massmann, Berl. 1846. 4. Müller, Mittelhochd. Wörterb. aus dem Nachlasse von G. F. Benecke herausg. Leipz. 1847. 4. Ziemann, Mittelhochd. Wörterb. Quedlinb. 1839.

Ueber die verwandten germanischen Rechte sehe man die vollständigen Nachweise bei Phillips D. R.G. S. 31 ff.

[1] Vitriarius illustratus, sive Corpus juris publici ad Vitriarii instit. jur. publ. Goth. 1731 f. 5 voll. 4.

[2] Umständliche deutsche Reichshistorie, Halle 1767—73. 12 Bde. Fortges. von Senckenberg bis zum Jahre 1650, 40 Bde. bis 1806, das.

[3] Grundriss der Staatsveränderungen des deutschen Reichs, 1763, 1795. Dessen Historische Entwickl. der heut. Staatsverf. d. deutsch. Reichs. Gött. 1786. 3 Bde.

[4] Mich. Ign. Schmidt, Geschichte der Deutschen, Ulm 1778 ff., 5 Bde.; Neuere Geschichte der Deutschen mit den Forts. von J. Milbiller und Dresch, 1785—1825, 20 Bde.

[5] Deutsche Reichsgeschichte, Leipz. 1787—1805, 9 Bde.

J. C. Pfister,[6] K. A. Menzel[7] und H. Luden.[8] Angeregt durch die im sechszehnten Jahrhundert von Sichard, Herold, Joh. Tilius (du Tillet), Melchior Goldast von Haiminsfeld und Friedr. Lindenbrog[9] bewerkstelligten Ausgaben der Rechtsquellen begann im 17. Jahrhundert die Bearbeitung der Quellengeschichte mit Hermann Conring,[10] in dessen Fusstapfen später Heinr. Christ. von Senckenberg[11] und Heineccius,[12] vor Allem aber Chr. Gottl. Biener[13] traten, von denen der letztere die wissenschaftliche Behandlung der Quellen recht eigentlich begann, während v. Selchow[14] und Walch[15] auch die fremden Rechte hereinzogen. Seit Heineccius[16] behandelte man auch die Geschichte der Rechtsinstitute unter dem Namen der Antiquitäten. Für diese Seite beschränkten sich die Folgenden zumeist auf ein Ansammeln des Materiales und monographische Behandlung. So Chr. Ulrich Grupen,[17] Friedr. Christ. Jonath. Fischer,[18] J. K. H. Dreyer;[19]

---

[6] Geschichte der Deutschen, Hamburg 1829—35, 5 Bde., fortges. von Bülau 1842. Bd. 6.

[7] Die Gesch. der Deutschen (bis zur Reformation). Breslau 1815—22, 8 Bde. 4. Dessen Neuere Gesch. d. D. von der Ref. bis zur Bundesacte, Bresl. 1826—39. 12 Bde., 2. Aufl. begonnen 1855.

[8] Gesch. d. deutschen Volkes, Gotha 1825 ff., 12 Th.

[9] Siehe über diese, wie die anderen Aelteren kurze biographische Notizen bei Gengler Grundriss Seite 9 ff.

[10] De origine juris germanici liber unus, Helmst. 1643. 4., letzte in seinen Werken Brunsv. 1730. T. IV.

[11] Visiones diversae de collectionibus legum German. a prima rerum memoria etc. Lips. 1765.

[12] Antiquitates Germanicae jurispr. patriam illustrantes cet. Hafniae et Lips. 1772 f.

[13] Commentarii de origine et progressu legum juriumque Germanicorum. Lips. 1787—95. 3 voll. Das Werk selbst ist leider unvollendet geblieben.

[14] Gesch. der in Deutschland geltenden Rechte, 1777.

[15] Gesch. der in Deutschland geltenden Rechte, 1780.

[16] Elementa juris Germ. tum veteris tum hodierni cet. 2 T. Hal. 1736, letzte Ausg. das. (3.) 1746. Auch die vorher genannten Commentarii von Biener kommen in der II. Pars, voll. II. u. III., hierzu; desgleichen: K. G. Rössig, Geschichte des D. Privatr. Leipz. 1801., J. F. Reitemeier, das gemeine Recht in Deutschland, vor der Aufnahme des röm. Rechts, aus den Reichsgess., dem Sachsen- u. Schwabensp. u. a. Quellen dargest. Frkf. a. O. 1804.

[17] Deutsche Alterthümer etc. Hann. u. Lüneb. 1746. 4., Observationes rerum et antiquit. Germ. et Rom. Halle 1763. 4.

[18] Entw. einer Gesch. d. deutsch. Rechts, Leipz. 1781; andere bei Gengler Grdr. S. 12.

[19] Samml. verm. Abh. zur Erläut. der deutsch. Rechte u. Alterth. u. s. f. Rost. u. Wismar 1754 ff. 3 Th. Gengler S. 13.

in der neuesten Zeit haben in ähnlicher Absicht geschrieben F. J. Bodmann[20]) und J. Grimm.[21])

Die Begründung einer Behandlung der „deutschen Reichs- (Staats-) und Rechtsgeschichte" nach ihrem ganzen Umfange in wahrhaft historischer genetischer Weise an der Hand der Quellen aller Jahrhunderte ist das Verdienst Karl Friedrich Eichhorns,[22]) dessen Werk bisher überhaupt das einzige ist, welches alle Seiten umfasst und durchaus genetisch verfährt, während die meisten übrigen bald nur Beispielssammlungen, bald nur Zusammenstellungen von antiquarischen Abhandlungen, bald endlich eine geschichtliche Darstellung liefern, welche häufig keine rechtsgeschichtliche ist, sondern allenfalls ebenso gut von jedem Historiker hätte gemacht werden können. Ungefähr um dieselbe Zeit mit Eichhorn trat auch auf der um die deutsche Rechtswissenschaft überhaupt verdiente Karl Joseph Anton Mittermaier,[23]) welcher jedoch später der Reichs- und Rechtsgeschichte seine Kräfte entzogen hat.

In der von Eichhorn eingeschlagenen Richtung haben ziemlich alle Neueren, freilich mit sehr ungleichem Erfolge gearbeitet. Sie gehen aber sehr auseinander in Betreff des Umfanges, welchen sie der Reichs- und Rechtsgeschichte zuweisen. Ganz in der Eichhorn'schen Weise, obgleich in der Methode abweichend, behandeln die ganze Geschichte der Staatsverfassung, des öffentlichen und Privatrechts einschliesslich der politischen Geschichte Georg Phillips[24]) und früher Heinrich Zöpfl.[25]) Andere haben nur die Geschichte der Verfassung und des öffentlichen Rechtes behandelt, wie L. von Löw,[26])

---

[20]) Rheingauische Alterthümer, Mainz 1819, 2 Bde.

[21]) Deutsche Rechtsalterthümer, Gött. 1828, 2. Aufl. 1854.

[22]) Geboren zu Jena d. 20. Nov. 1781, gest. 4. Juli 1854 zu Cöln. Kurze Biographieen von Reyscher in dessen Zeitschr. Bd. 15. S. 436—454, von Richthofen in „Kritische Ueberschau" von Arndts Bd. 2. (1855) S. 321—331.

Hierher gehört von ihm: „Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte," 4 Bde. Gött. 1808—1823, 5. Ausg. 1843, 1844.

[23]) Einleitung in das Studium der Geschichte des germ. Rechts, Landshut 1812.

[24]) Deutsche Geschichte mit besonderer Rücksicht auf Religion, Recht und Staatsverfassung, Berl. 1832, 1834, 2 Bde. — Dessen deutsche Reichs- u. Rechtsgesch. zum Gebrauche bei akadem. Vorlesungen, München 1845, 4. Aufl. 1859.

[25]) Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte Bd. 1. 2. Aufl. Stuttg. 1844. „Deutsche Volks- u. Staatsgesch.;" Bd. 2. Abth. 1. Stuttg. 1846 „Gesch. d. deutsch. Rechtsquellen;" Bd. 2. Abth. 2. Stuttg. 1847. 2. Aufl. „Gesch. der deutschen Rechtsinstitute." Die neueste Aufl. 1858 in einem Bande hat die politische Geschichte fortgelassen, was ihm bereits wieder zum Vorwurf gemacht ist.

[26]) Gesch. der D. Reichs- u. Territorialverf. Heidelb. 1832.

W. Dönniges,[27]) C. R. Sachsse,[28]) G. Waitz,[29]) Hillebrand.[30]) Ferd. Walter (deutsche Rechtsgeschichte, Bonn 1853. 2. Aufl. 1858) gibt die Geschichte des öffentlichen und Privatrechts., von Daniels („Handbuch der deutschen Reichs- und Staatenrechtsgeschichte, Tübing 1859. 1. Bd. Germanische Zeit.") verfolgt den Plan, mit der politischen und Rechtsgeschichte des Reichs auch die der Territorien zu verbinden.

Die monographischen Arbeiten werden bei den betreffenden Materien ihre Stelle finden. Zu nennen sind noch die Grundrisse von Mittermaier (Heidelb. 1824), C. Th. Gaupp (Bresl. 1825), G. A. Stenzel (Bresl. 1832), A. Michaelis (Tüb. 1833), H. G. P. Gengler (Erlang. 1849, 1850 bis jetzt 2 Lief.; der an Nachweisen über Literatur, Quellencitaten reichhaltigste), sowie die „Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft," seit 1839 herausgegeben von Reyscher und Wilda, zu denen 1845 Beseler, und jetzt (1857) an Stelle des verstorbenen Wilda Stobbe getreten ist, bis 1843 (8 Bde.) in Leipzig, seit dem 9. Bde. (1845) in Tübingen erschienen; bis jetzt 19 Bde.

§. 5.

5. Plan und Methode.

Für die Geschichte der Verfassung ist die synchronistische Methode die passendste, weil sich bestimmte Perioden, die zugleich Abschnitte für die rechtliche Entwickelung machen, unbedingt aufstellen lassen. In jeder Periode finden die Rechtsquellen ihre Stelle, weil man sie nicht aus ihrem eigenthümlichen Umkreise reissen und abgesondert von der wieder auf den öffentlichen Rechtszuständen beruhenden Art der Rechtserzeugung behandeln kann,

---

27) Das deutsche Staatsr. u. die D. Reichsverfassung, Bd. 1. (bis in's 12. Jahrh.) Berl. 1842 [Th. II. Abth. 1. (und einzige) eines grösseren, indess nicht fortgesetzten Werkes „Gesch. des D. Kaiserthumes im 14. Jahrh. von 1308—1378."].

28) Historische Grundlagen des deutschen Staats- und Rechts-Lebens. Heidelb. 1844.

29) Deutsche Verfassungsgeschichte, 2 Bde., Kiel 1844, 1847; umfasst nur die Zeit der Merovinger.

30) Jul. Hillebrand, Lehrb. der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte mit Ausschluss der Gesch. der Privatrechtsinstitute, Leipz. 1856.

Für das Privatrecht ist in neuerer Zeit keine besondere Geschichte erschienen; die Geschichte desselben pflegte man in den Werken über Privatrecht bei den einzelnen Instituten vorauszuschicken. Es ist zu hoffen, dass man nach Gerber's Vorgange anfangen werde, das heutige Privatrecht rein dogmatisch, dessen Geschichte aber als einen Zweig der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte zu behandeln.

ohne den inneren Blick in ihren Entwickelungsgang zu trüben. Für die Geschichte des Rechtsverfahrens und des Privatrechtes soll hingegen die chronologische Darstellungsform gewählt werden, weil die einzelnen Perioden für die Geschichte der ganz vorzüglich im Privatrechte nur sehr unmerklich und allmälig stattfindenden Entwickelung nicht entscheidend sein können. Eine Darstellung nach Perioden würde bei diesen Materien die Uebersicht zerreissen und eine einheitliche Darstellung hindern, während im Gegentheil alles Streben darauf gerichtet sein muss, das Rechtsinstitut von seinem Keime bis zu seinem Abschlusse im heutigen Rechte zu verfolgen.

Mit Rücksicht auf die einem Lehrbuche nöthige Kürze und die Pflicht, jede Wiederholung sowie auch die zu Uebergängen nöthigen Anknüpfungen an das Frühere zu vermeiden, ist in der Darstellung die Zeit von 1273 bis zum Ewigen Landfrieden (1495) zusammengezogen.

Die Perioden, welche wir bei der Reichsgeschichte zu unterscheiden haben, sind:

I. Periode. Von den ältesten Zeiten der germanischen Geschichte bis zur Gründung des deutschen Reiches (Auflösung des fränkischen) 888 n. Chr.

Schon in den ersten sicheren Grundzügen finden wir den Keim des späteren Zustandes. Die einzelnen Theile des Volkes haben ziemlich gleichmässige Institutionen. Nach Annahme des Christenthums und Ausdehnung der fränkischen Herrschaft über alle Stämme bildet sich eine germanisch-christliche Staatsform, welche wesentlich dazu beitrug, das deutsche Reich möglich zu machen.

II. Periode. Von 888 bis zur (Beendigung des Interregnums) Thronbesteigung Rudolphs von Habsburg 1273.

Seit 888 existirt ein deutsches Reich. Dies zerfällt in zwei Hauptabschnitte, das Mittelalter, welches mit dem Ende des 15. Jahrhunderts, 1495, abschliesst, und die Neuere Zeit bis 1806. Das Mittelalter hat eine natürliche Scheidung am Ende des 13. Jahrhunderts, mit welchem der Keim zu denjenigen staatlichen Bildungen gelegt war, auf denen unter Hinzutreten der neuen Ursachen die neuere Zeit ihren Anfang nahm. Mit Rücksicht auf den Gesammtstoff ist es am zweckmässigsten, diese Abschnitte als besondere Perioden zu bezeichnen.

In dieser 2. Periode bildet sich das Kaiserthum und steht unter den sächsischen, fränkischen und schwäbischen (hohenstaufischen) Kaisern da als die erste Macht der Welt, als „heiliges römisches Reich deutscher Nation."

III. Periode. Von Rudolph von Habsburg bis zum Ewigen Landfrieden 1495.

Diese Zeit bietet uns das Bild dar, wie auf Kosten der kaiserlichen Macht sich die territoriale zu bilden und zu kräftigen fortfährt. Auf der einen Seite der innige Verband mit der Kirche, auf der anderen das Lehenswesen halten noch die Einheit aufrecht. Die Schwäche des Kaisers vermag oft nicht der Anarchie im Innern Herr zu werden, bis der Ewige Landfrieden einen festen Zustand schafft. Das Sinken der Kirchendisciplin verbunden mit der beginnenden Erkaltung der beiden die Welt leitenden Mächte — des sacerdotium und imperium — bereitet den Boden für den unheilbaren Riss der nächsten Zeit.

IV. Periode. Die Neuere Zeit.

Zunächst schliesst sich, wesentlich gefördert und getragen von der religiösen Spaltung, welche das Reich auf beständig in seinen theuersten Interessen zerreisst und in Religionsparteien sondert, zwischen denen der Kaiser machtlos dasteht, der Territorialismus ab; mit ihm sinkt das Lehenswesen; der Monarchismus bildet sich. Die Weltstellung des Reiches fällt im Religionskriege faktisch, rechtlich durch den Westphälischen Frieden, der dem Auslande ein Recht in heimischen Dingen verleihet. Die Stellung der Fürsten wird eine fast souveräne. Gegen das nationale Recht siegt das recipirte römische; die alten Feudal- und Standesverhältnisse fallen mit dem neuen Steuersystem, den stehenden Heeren, der centralisirten Staatsverwaltung hinweg. Die Reichsfürsten empören sich offen gegen den Kaiser, verbinden sich mit fremden Mächten; das Reichsgebiet verkleinert sich; die Reichsgerichte können kein Recht durchsetzen. Endlich trennen sich deutsche Fürsten unter dem Protectorate des französischen Militärdespoten von dem altehrwürdigen Leibe, so dass dem Kaiser nichts erübrigt, als eine Krone niederzulegen, welche eine Last ohne Macht war, sich als Haupt von einem Körper loszusagen, dessen eigne Glieder den Lohn ihrer hundertjährigen Revolution gegen das Haupt zwar in der heiss ersehnten Souveränetät fanden, dafür aber auch Deutschland zu einem Namen ohne Wahrheit, zu dem uneinigen Reiche geschaffen hatten. [1])

---

[1]) Ausführlich handelt über Methode und Literatur v. Daniels Handb. §. 1—7.

ERSTES BUCH.

Geschichte der Staatsbildung, des Verfassungs- und Verwaltungs-Rechtes, der Rechtsquellen.

Erste Periode.

Vom ersten Auftreten der Deutschen bis zum Erlöschen der Karolingischen Dynastie in Deutschland (888 n. Chr.).

Erstes Kapitel.

Geschichte des Rechtszustandes der Germanen bis zur Bildung der fränkischen Monarchie.*)

§. 6.

1. Auftreten der Germanen. Namen, Wohnsitze, Stämme.

I. Ohne Zweifel gehören die Germanen dem japhetitischen Stamme an, [1]) sind in vorhistorischer Zeit aus Asien nach Nordwesten vorgedrungen und

---

*) Die hauptsächlichsten Quellen: C. Jul. Caesar Commentarii de bello Gallico, besonders lib. IV. C. Cornelius Tacitus, de situ, ritu, moribus populisque Germaniae. Für diesen Zweck ist die beste Ausgabe die von F. D. Gerlach und W. Wackernagel, Basel 1837. In geograph. Hinsicht Strabo und Ptolemaeus. — Procopius de bello Vandalorum lib. II., de bello Gothico lib. IV. — Jornandes (vor 552) de Gothorum origine et rebus gestis. — Paulus Warnefridus Diaconus († 799) de gestis Longobardorum. — Gregor von Tours (Gregorius Touronensis 544—595) Historiae Francorum lib. X. (J. W. Löbell, Gregor von Tours und seine Zeit, Leipz. 1839). Fredegarii Chronicon. Beda Venerabilis († 731) Hist. ecclesiastica gentis Anglorum. —

Literatur: J. J. Mascov Gesch. der Teutschen, Leipz. 1726, 37, 2 Bde. 4. Joh. Chr. Majer Germaniens Urverfassung, 1798. Jul. Weiske die Grundlagen der frühern Verfassung Teutschlands, Leipz. 1836. (Darüber die Recension in den „Kritischen Jahrb.“ 1837. Jahrg. I. S. 124—129.) K. L. Barth Teutschlands Urgeschichte, Erlang. 2. Aufl. 1841. Kaspar Zeuss die Deutschen und die Nachbarstämme, München 1837. Ferd. Müller die deutschen Völker und ihre Fürsten, Berl. 1840 ff., 4 Bde. Carl Robert Sachsse Historische Grundlagen des deutschen Staats- und Rechts-Lebens, Heidelb. 1844.

[1]) Hauptgründe: Die Deutschen gehören zum indogermanischen Sprachstamme; ihre Cerealien und Hausthiere stammen aus Asien; nachweislich hat früher und später die

haben sich von hier aus über das alte Germanien allmälig ausgebreitet. Von ihren Sitzen und Zuständen ist uns vor Julius Caesar keine irgend zuverlässige Nachricht überliefert worden, was wohl zum grössten Theil darauf beruhet, dass, abgesehen von den Einfällen der Cimbern und Teutonen in's Römerreich (113—101 v. Chr.), eine nähere Berührung mit den Römern nicht stattfand.

II. Als gemeinschaftlichen Namen für das gesammte Volk finden wir seit Caesar „Germanen, Germani," der jedoch nicht als ein nationaler angesehen werden kann, sondern wahrscheinlich von den Kelten gebraucht wurde.[2] Der seit der Trennung des fränkischen Reichs allgemeine, von dem Volke selbst gebrauchte und auf dessen Religion (Sage) hinweisende Name ist „Deutsche,"[3] welcher keinem Stamme als Sondername zukam.

III. Nördlich von den Alpen war Europa im Anfange unserer Zeitrechnung von 3 grossen Völkern bewohnt: den Kelten, Germanen, Wenden (Slowenen, Slaven). Die Kelten oder Galen[4] nahmen, allmälig von den nachrückenden Germanen aus ihren alten Wohnsitzen im mittleren Europa ver-

---

Völkerbewegung in dieser Richtung stattgefunden. Tacitus hingegen l. c. cap. 2. „Ipsos Germanos indigenas crediderim, minimeque aliarum gentium adventibus et hospitiis mixtos, quia nec terra olim sed classibus advehebantur qui mutare sedes quaerebant, et immensus ultra utque sic dixerim adversus Oceanus raris ab orbe nostro navibus aditur. Quis porro, praeter periculum horridi et ignoti maris, Asia aut Africa aut Italia relicta Germaniam peteret, informem terris, asperam caelo, tristem cultu aspectuque, nisi si patria sit?"

[2]) Ueber die verschiedenen Ableitungen des Wortes von heer, heri i. e. Heermannen (Arimannen), Herimannen, von irmin, ferner von ger (hasta) i. e. Speermänner, Wehrmänner, von gairm (Schrei, Ruf) u. a. sehe man die Citate bei Phillips Rechtsgesch. §. 14., Zöpfl Bd. I. S. 13 f., Hillebrand S. 6 f., vorzüglich Waitz Verf.Gesch. I. S. XII ff. Tacitus erklärt sich den Namen also cap. 2. „. . . Ceterum Germaniae vocabulum recens et nuper additum, quoniam qui primi Rhenum transgressi Gallos expulerint, ut nunc Tungri, tunc Germani vocati sint. ita nationis nomen, non gentis, evaluisse paulatim, ut omnes primum a victore ob metum, mox etiam a se ipsis invento nomine Germani vocarentur."

[3]) Er leitet zurück auf Tuisco, theodisc = Nachkommen des Thuisco, von dessen Sohne Mann = Menschen, Aborigines. Die richtige Schreibart ist Deutsche. Vgl. Grimm D. Grammat. I. S. 10 ff.

[4]) Caesar de bello Gall. I. 1., „Gallia est omnis divisa in partes tres, quarum unam incolunt Belgae, aliam Aquitani, tertiam qui ipsorum lingua Celtae, nostra Galli appellantur. Hi omnes lingua, institutis, legibus inter se differunt." Trotz dem sind die Belger wohl des gleichen Stammes mit den Galliern gewesen, vielleicht nur zersetzt mit germanischen Elementen. Vgl. Tacitus cap. 28. und die Angaben bei Caesar B. G. II. 4. Vom rechten Rheinufer sind wohl die letzten Kelten durch die Markomannen und andere Stämme (Sueven) verdrängt. Keltisches Wesen und Sprache hat sich in Schottland Irland Wales im gälischen Stamme erhalten. Reste der Aquitanier, welche freilich ein anderer Stamm als die Gallier gewesen zu sein scheinen,

drängt, den Westen ein: die brittischen Inseln, Gallien, die Länder südlich der Pyrenäen und die Alpenländer. Im Osten Europa's sassen von der Ostsee an die Sarmaten (Alanen, Litthauer), die Dacier und Geten.[5] In dem mittleren zwischenliegenden Theile Europa's sassen die Germanen, deren Wohnsitze sohin im Westen die Kelten, im Norden das Meer, im Nordosten die Sarmaten, im Osten die Oder, Weichsel und die Daken und Thracier, im Süden die Alpen begrenzten.[6]

IV. Das Volk schied sich in eine grosse Anzahl von kleineren Stämmen (Völkerschaften), deren stets mehre wieder zu einem gemeinsamen grösseren Stamme gehörten, welche in ihren Stammvätern auf die Gottheit zurückgeleitet wurden.[7] Diese drei Hauptstämme sind: die Iscävonen oder Istävonen am Rheine, auf beiden Ufern bis gegen die See hin (im heutigen Belgien, Holland, Mittel- und Niederrhein), wozu die Ubier, Sigambren u. a., — die Ingävonen, östlich von den Istävonen längs der Nordsee, auf dem cimbrischen Chersones (der jütischen Halbinsel) bis nach Holstein hin, — die übrigen begreift unter sich der Name der Herminonen. Ausser diesen drei Hauptstämmen erscheinen bei einzelnen Schriftstellern noch andere,[8] ohne dass jedoch hierauf Gewicht zu legen ist, weil sich überhaupt fast alle Stämme direct auf den Stammgott zurückleiteten und hierdurch als Hauptstamm erschienen. Umgekehrt aber gibt es germanische Stämme, die nicht in jenen drei Stammnamen begriffen selbst wieder mehre Völkerschaften umfassten.[9]

---

haben sich in den Basken (an den Pyrenäen) erhalten. Ausführlich geht auf die geograph. und ethnograph. Frage ein v. Daniels §. 8 ff.

[5]) Dass die Geten (an der unteren Donau) zu den Germanen gehört, behauptet u. A. J. Grimm und Wirth.

[6]) Tacitus Germ. cap. 1. beschreibt die Grenzen also: „Germania omnis a Gallis Raetisque et Pannoniis Rheno et Danubio fluminibus, a Sarmatis Dacisque mutuo metu aut montibus separatur. Cetera Oceanus ambit . . .“

[7]) Tacitus Germ. cap. 2. „Celebrant carminibus antiquis, quod unum apud illos memoriae et annalium genus est, Tuisconem deum terra editum, et filium Mannum, originem gentis conditoresque. Manno tris filios assignant, quorum nominibus proximi Oceano Ingaevones, medii Hermimones, ceteri Iscaevones vocantur, quidam, ut in licentia vetustatis, pluris deo ortos plurisque gentis appellationes, Marsos Gambrivios Suebos Vandalios adfirmant, eaque vera et antiqua nomina.“ Vgl. hierzu Waitz I. S. XV. — In die Aufzählung der einzelnen Stämme lässt sich weitläufig ein Phillips D. Gesch. I. S. 28 ff. Vgl. auch v. Daniels. S. 21 ff.

[8]) Plinius Hist. Natur. IV. 14. hat die drei genannten, überdiess noch die Vindili, zu denen die Burgundiones, Varini, Carini, Guttones, und die Peucini, zu denen er die wahrscheinlich nicht germanischen Bastarner rechnet.

[9]) So die in der Anm. 7. citirten Stelle des Tacitus genannten; denn die Sueven waren unstreitig ein grösserer Stamm, die Vandali (Vindili) nach Plinius, wie gesagt, gar ein Hauptstamm. Zu diesen kommen noch die Gothen.

Jene drei Hauptstämme treten uns später, nachdem viele der kleineren Völkerschaften mit einander verschmolzen waren, entgegen in den Stämmen der Franken (Istävonen, am Rhein), Sachsen (Ingävonen, im Norden), Alamannen oder Schwaben,[10] ohne dass aber gerade alle früheren Völkerschaften in denselben enthalten wären.[11]

§. 7.

2. Charakter, Sitte, Religion.*)

I. Das deutsche Volk hatte sich nach des Tacitus Bericht[1] rein, weil frei von dem Gemisch mit anderen Völkerschaften erhalten, und stand deshalb den Nachbarn gegenüber da als ein rechtes, ein ganzes Volk. Ihr Körper war gross und stark, durch keine Verweichlichung geschwächt; ihre Lebensweise einfach und ohne allen äusseren Prunk.[2] Ihr Charakter war, neben Besonnenheit und Klugheit, ja selbst Verschlagenheit, doch ein offener und gerader, frei von Hinterlist. Treue in allen Verhältnissen, Ehrfurcht gegen das weibliche Geschlecht, Liebe und Anhänglichkeit gegenüber den Verwandten, Gastfreundschaft, Keuschheit, Liebe zum Ruhme und den Thaten der Vorfahren, Tapferkeit, das waren die Tugenden, welche das ganze Volk zierten. Zwar gab es auch nach des Tacitus getreuer Schilderung bei ihnen Laster: ein Hang zur zügellosen Freiheit, der nur schwer sich selbst dem rechtmässigen Befehle fügte, Hang zur Unthätigkeit, sobald das Kriegs- oder Jagdhandwerk nicht hinausrief, Ergebenheit an geistige Getränke, welche leicht

---

[10]) Waitz Verf.Gesch. I. S. XVII.

[11]) Dies beweisen die nicht zu den genannten gehörigen Thüringer, Baiern, Burgunder u. s. f.

*) Klemm Handbuch der germ. Alterthumskunde, 1836. W. Grimm über deutsche Runen, Gött. 1821; zur Literatur der Runen, Wien 1828. — J. Grimm D. Mythologie, 2. Aufl. Gött. 1843. — W. Müller Gesch. u. Syst. der altdeutsch. Religion, Gött. 1844. K. Simrock Handb. der deutsch. Mythologie mit Einschluss der nordischen, Bonn 1855.

[1]) Tacitus Germ. cap. 4. „Ipse eorum opinionibus accedo, qui Germaniae populos nullis aliis aliarum nationum conubiis infectos propriam et sinceram et tantum sui similem gentem exstitisse arbitrantur, unde habitus quoque corporum, quamquam in tanto hominum numero, idem omnibus: truces et caerulei oculi, rutilae comae, magna corpora et tantum ad impetum valida, laboris atque operum non eadem patientia; minimeque sitim aestumque tolerare, frigora atque inediam caelo solove adsuerunt.“

[2]) Eine sehr schöne Schilderung gibt Waitz I. S. 6 ff. meist mit den Worten des Tacitus. Aus letzterem und der Schilderung Caesar's de B. G. besonders IV. 1 und VI. 21. 22. ist es leicht, sich ein anschauliches Bild zu entwerfen.

bis zur Trunkenheit ausartete,[3] leidenschaftliche Liebe zum Spiele u. s. f. Aber diese Fehler vermögen nicht den durch jene Tugenden hervorgerufenen Eindruck zu schwächen: dass die Deutschen vor allen übrigen Völkern der damaligen Zeit, welche nicht antike Cultur aufgenommen hatten, ausgezeichnet waren, ein Vorzug, welchen sie bis auf diesen Tag in vielen Beziehungen glänzend bewahrt haben.

II. Ihre Lieblingsbeschäftigung war der Krieg, im Frieden die Jagd.[4] Geräthschaften, welche hiermit in Verbindung standen, machten sie selbst, mit einer gewissen Geschicklichkeit; darüber hinaus umfasste ihre Industrie nur das Unentbehrlichste. An den Flüssen und dem Meeresufer betrieb man auch fleissig die Schifffahrt. Ihre Nahrungsquelle war hauptsächlich Viehzucht, dann, obgleich nicht im selben Masse, Ackerbau;[5] ihr Leben ist nicht im Entferntesten ein Nomadenleben. Jeder wohnt innerhalb seiner Waiden und Felder, weshalb es keine Städte oder eigentliche Dörfer unter ihnen gab.[6]

Handel, ausser Tauschhandel, kannten sie nicht; sie hatten deshalb auch nur Geld von fremden Völkern;[7] ihre Kleidungsstücke bestanden aus Geweben der Frauen, Pelzen u. dgl.[8]

III. Die Sprache, reich an Formen und Wurzeln, war ziemlich gebildet, weil ihre fertige Handhabung bei der Art und Weise des öffentlichen Lebens Jedem, der Einfluss erlangen wollte, unentbehrlich war. Ob sie bereits Schriftzeichen besassen,

---

[3]) Dass dieser Hang sehr tief steckt, beweist der Umstand, dass die deutsche Sprache über 100 Ausdrücke hat für den einfachen Begriff: betrunken sein in höherem oder geringerem Masse. Uebrigens folgt hieraus noch nicht der Hang zum steten Saufen, sondern nur zum Poculiren, wie denn Jeder leicht findet, dass die Irländer, ja selbst die Engländer, besonders aber die Norweger, Schweden, Dänen, Russen und Polen u. s. f. ganz anders dem Genusse geistiger Getränke ergeben sind und waren als die Deutschen.

[4]) Caesar de B. G. IV. 1. „Neque multum frumento, sed maximam partem lacte atque pecore vivunt, multumque sunt in venationibus." VI. 21. „Vita omnis in venationibus atque in studiis rei militaris consistit: ab parvulis labore ac duritiae student." Nachher träge Ruhe und Gelage. Tac. Germ. cap. 14. 15. 22. Dass der Krieg nicht als eigentliche Nahrungsquelle angesehen werden kann, wie Einzelne geglaubt haben, bedarf kaum einer Erwähnung.

[5]) Caesar IV. 1. (Anm. 4.) VI. 22., womit jedoch vorläufig zu vergleichen I. 28, 31. IV. 7., welche damit in gewissem Widerspruche stehen, weil sie das auch sonst bekannte Streben der Deutschen bei allen Wanderungen bekunden, feste Sitze, Aecker zu erwerben.

[6]) Tacitus Germ. cap. 16. (§. 9. Anm. 2.)

[7]) Tacitus Germ. cap. 5.

[8]) Tacitus Germ. cap. 17.

ist bestritten; [9]) es lässt sich auch nicht mit Gewissheit behaupten, dass schon in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung die Runenschrift (von raunen, flüstern; run = mysterium), Geheimschrift, ihnen bekannt gewesen sei.

IV. Die Religion [10]) war ein Naturdienst; ihre religiösen Stätten heilige Haine. Zwar wird uns auch von Tempeln berichtet, die Richtigkeit dieser Notizen ist aber eine unwahrscheinliche; jedoch hatten dieselben auch plastische Darstellungen der Gottheiten. Die Götter wurden bei allen Angelegenheiten befragt; ihnen opferte man, selbst Menschen, meistens jedoch Thiere. Von den Römern werden die Hauptgottheiten mit römischen Namen bezeichnet. Wir finden den Mercurius, den deutschen Wuotan oder Wodan oder Odhinn als ersten Gott genannt (erhalten in den Tagenamen: Wunsdag, Gunsdag im Plattdeutschen), der aber nicht die Stellung in der späteren römischen Mythologie einnimmt, sondern die der älteren. Neben Wodan kommt Ziu = Mars (erhalten in Tuesday, Dienstag) vor, welcher auch den Beinamen Tuisco führt; von seinem Sohne Mannus stammen die drei Stammväter der oben genannten Stämme ab. Weiter finden wir den Thor, Donar (Donnerstag) in gewisser Beziehung dem Jupiter entsprechend, die Freyr, Freya der Venus gleichkommend, ausser diesen viele Stammesgottheiten (z. B. die Nerthus Herta, Isis u. s. f.), Namen der Gestirne u. s. f.

§. 8.

3. Entstehung der Rechtssätze. Symbolik. Gewohnheit.

I. Was wir von dem ältesten Rechtszustand der Deutschen wissen, lässt darauf schliessen, dass derselbe für die wichtigsten Lebensbeziehungen ein

[9]) Die Stelle bei Tac. Germ. cap. 19. „litterarum secreta viri pariter ac feminae ignorant“ kann wegen des Zusammenhanges, in welchem sie sich befindet, und welcher darauf hindeutet, dass Tacitus hier eine Schrift zu unmoralischen Zwecken meint, ebensowenig in Betracht kommen, als die andere cap. 3. „monumentaque et tumulos quosdam Graecis litteris inscriptos in confinio Germaniae Raetiaeque adhuc extare.“

[10]) Tac. Germ. cap. 9. „Deorum maxime Mercurium colunt, cui certis diebus humanis quoque hostiis litare fas habent. Herculem ac Martem concessis animalibus placant. Pars Sueborum et Isidi sacrificat: unde causa et origo peregrino sacro, parum comperi, nisi quod signum ipsum in modum liburnae figuratum docet advectam religionem. Ceterum nec cohibere parietibus deos neque in ullam humani oris speciem adsimulare ex magnitudine caelestium arbitrantur; lucos ac nemora consecrant, deorumque nominibus appellant secretum illud quod sola reverentia vident.“ Die letztere Stelle („deorumque — vident“) ist allein richtig in der von Waitz I. S. 16. Anm. 5. angegebenen Weise: „sie benennen diese Haine nach den Göttern, denen sie heilig sind, machen so durch die blosse Götterverehrung zu einem Heiligthume, was an sich keines ist“ zu verstehen. Ueber die Befragungen der Götter (auspicia) siehe Tacitus cap. 10. Vgl. über die Gallier Caesar B. G. VI. 17.

ziemlich geordneter war. Er beruhete auf dem mächtigen Gemeingeiste und ward gehalten durch das enge Band zwischen den Instituten des öffentlichen und Privatrechtes. Hieraus ist es begreiflich, dass man vieler Gesetze nicht bedurfte,[1]) sondern das Recht getragen ward durch die Sitte. Unzweifelhaft war das Recht auch nicht aufgezeichnet, sondern wurde durch die Uebung, Sitte, als Gewohnheitsrecht erhalten,[2]) obwohl dadurch keineswegs Gesetze ausgeschlossen sind. Die ganze Rechtsbildung war eine durchaus volksthümliche und hiermit nationale, weil jeder Rechtssatz seinen Grund in einem Bedürfnisse des Kreises der Rechtsgenossen fand und sich von diesem aus über weitere Kreise verbreitete. Auch mit der Religion hing zweifelsohne das Recht zusammen;[3]) dieses Band ist aber einerseits zu wenig ersichtlich nach unseren Kenntnissen jener Zeit, andererseits seit dem Christenthum durch dessen Einfluss ersetzt.

II. Lebendig wurde das Recht erhalten einmal durch die Oeffentlichkeit aller Verhältnisse, welche jeden frühzeitig die Rechtssätze kennen lehrte, nach denen die gewöhnlichen Verhältnisse formirt wurden. Sodann trug hierzu ganz besonders bei die Rechtssymbolik. Es ist in der Natur der Sache gelegen, dass ein Volk, bei welchem die ruhige, kalte Betrachtung über die jugendliche Phantasie noch nicht obgesiegt, nicht den juristischen Inhalt, den reinen Gedanken eines Institutes erfasst und nur diesen reproducirt, wo es sich um Anwendung auf ein neues Verhältniss handelt, sondern dass ein solches nach concretem,

---

[1]) Das wollen offenbar sagen die Worte des Tacitus Germ. cap. 19. in fine: „plusque ibi boni mores valent quam alibi bonae leges."

[2]) Das liegt wohl auch in den Worten von Tac. Germ. cap. 2. „Celebrant carminibus antiquis, quod unum apud illos memoriae et annalium genus est, Tuisconem etc." Die Gothen setzen aber Rechtsaufzeichnungen bis in die Zeit vor der Völkerwanderung, Jornandes de reb. Get. cap. 11. — Von der Sitte, die Rechtssätze durch Beamte zu gewissen Zeiten regelmässig öffentlich herzusagen, welche Wilda Strafrecht S. 18, 33 f. von Island, Skandinavien und andern nordischen Gegenden nachweist, findet sich keine Spur.

[3]) Phillips in seiner „Deutschen Geschichte" und der „D. Reichs- u. Rechtsgesch." legt hierauf ein sehr grosses Gewicht.

[4]) Grimm Rechtsalterthümer cap. IV. Seite 109 ff. gibt eine unendlich reiche Anzahl solcher Symbole, die zwar auf spätern Quellen beruhen, indessen ohne Zweifel schon der älteren Zeit angehören, weil der Zug bei allen Völkern dahin ging, die Symbole erst durch blosse Formeln, allmälig diese durch blos mündliche oder schriftliche Form zu ersetzen. Das älteste römische Recht ist ja ebenfalls sehr reich an Symbolen, die zum Theil grosse Aehnlichkeit mit den deutschen haben. Im Privatrechte hat die Symbolik ihre eigentliche Stätte. Die bereits hervorgehobene Verbindung des öffentlichen und privaten Rechts hat aber zur Anwendung mancher Symbole auf allen Gebieten des Rechts geführt, z. B. der Investitur (hervorgehoben von Zöpfl Rechtsgesch. S. 235 Anm. 1. 3. Aufl.) im öffentlichen, Kirchen- und Privatrechte.

sinnlichem, die innere Bedeutung des Actes versinnbildlichendem Ausdrucke sucht, dessen Erzeugung ohne alle Reflexion dem Zuschauer vor Augen führt, worum es sich handelt.

§. 9.

4. Die Gemeinden. Ansiedlungen.*)

I. Von der Art und Weise, wie ein Volk in denjenigen Verbindungen lebt, welche gewissermassen die Grundlage der sonstigen natürlichen und politischen sind, wird vielfach die ganze Gestalt des öffentlichen und Privat-Rechtes bedingt. Denn eine andere wird nothwendig die Verfassung sein, wenn die Staatseinwohner ausschliesslich in Dörfern oder auf Einzelhöfen leben, oder doch mindestens die Städte durchaus ohne Einfluss sind, eine andere, wenn die Städte das Uebergewicht haben, eine andere, je nachdem der ackerbautreibende oder der gewerbtreibende Stand überwiegt u. s. f.; anders wird sich das Privatrecht gestalten, vorzugsweise das Familien- Erb- und Obligationen-, ja auch Sachen-Recht, wenn der vermögensrechtliche Verkehr seinen Hauptwirkungskreis in den ländlichen Bedürfnissen findet, als wenn dies in Städten der Fall ist. Gerade die ersten Zeiten haben manchen Partieen des deutschen Rechtes vorzüglich im Sachenrechte ein eigenthümliches Gepräge gegeben, welches erst allmälig mit den geänderten Zuständen sich abschwächte, aber auch noch im heutigen Rechte seine Spuren erblicken lässt.

II. Die ersten Ansiedlungen fanden wohl so statt, dass die einzelnen Verwandtschaften beisammen blieben und eine Gemeinde bildeten.[1]) Innerhalb dieser nahm jedes Familienhaupt eine Strecke Landes in Besitz, auf welcher dann die Nachkommen gleichfalls blieben. So bildete sich eine natürliche Herrschaft des Hausherrn, des Hauptes einer grösseren Familie über die Glieder der eigenen Familie und alle Personen aus, welche auf dessen Grund und Boden sassen. Mehre Familien, vielleicht ursprünglich je hundert, bildeten eine Gemeinde. Als Grundformen des Zusammenlebens erscheinen die Dörfer — vici — worin jede Familie ein mit einem Hofraum umgebenes Haus hatte, oder Einzelhöfe, in denen die Familie inmitten ihrer sämmtlichen Grund-

*) Gaupp die germanischen Ansiedlungen und Landtheilungen in den Provinzen des römischen Westreiches, Breslau 1844. v. Löw über die Markgenossenschaften, Heidelb. 1829. G. L. v. Maurer Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof- und Stadtverfassung und der öffentl. Gewalt, München 1854. Ders. Gesch. der Markenverfass. in Deutschland, Erlang. 1856.

[1]) Vgl. v. Maurer Einleit. S. 4. u. 69. Hiermit im Zusammenhange die Nachbarschaften, propinquitates.

stücke sass. Städte kannte man nicht.[2]) Ob der Grundbesitz im Eigenthume der einzelnen Familien oder dieser Gemeinden, und nur im Genusse der Familien befindlich gewesen, ist eine zwar unter den Schriftstellern sehr streitige Frage, an sich aber vielleicht unschwer zu beantworten.[3]) Dass ein Privat-

---

[2]) Tacitus Germ. cap. 16. „Nullas Germanorum populis urbes habitari satis notum est; ne pati quidem inter se junctas sedes; colunt discreti ac diversi, ut fons, ut campus, ut nemus placuit; vicos locant non in nostrum morem, conexis et cohaerentibus aedificiis: suam quisque domum spatio circumdat, sive adversus casus ignis remedium, sive inscitia aedificandi.“ So ist es ja noch heut zu Tage in echt deutschen Gegenden z. B. Westphalens, auf welche diese Beschreibung wörtlich passt, nur dass Landstädte da sind, welche seit den neuesten Zeiten einen modernen Anstrich haben. Sonderbar ist, dass Eichhorn R. G. §. 13. a. not. h. diese Stelle nur auf die Friesen bezieht, obwohl Tacitus ganz allgemein spricht, und von dem Verhältnisse bei Caesar IV. 1. (s. folg. Anm.) nichts mehr erwähnt. Die Verhältnisse in Westphalen (Herzogthum) zeigen, dass die Markgenossenschaft nicht, wie v. Daniels S. 317 f. meint, blos im nördlichen Flachlande vorkomme, da jenes zum Theil sehr gebirgig ist.

[3]) Viele sind der Meinung, es habe in der ältesten Zeit entweder gar kein Privateigenthum am Grund und Boden gegeben, oder doch nur ein höchst beschränktes; Regel sei gewesen die Vertheilung des Bodens durch die Obrigkeit. Diese Ansicht stützt sich auf: Caesar de B. G. IV. 1. „Hi (scilicet Suevorum gens) centum pagos habere dicuntur, ex quibus quotannis singula milia armatorum bellandi causa ex finibus educunt. Reliqui, qui domi manserunt, se atque illos alunt. Hi rursus in vicem anno post in armis sunt, illi domi remanent. Sic neque agricultura nec ratio atque usus belli intermittitur. Sed privati ac separati agri apud eos nihil est, neque longius anno remanere uno in loco incolendi causa licet.“ Idem VI. 22. „Agriculturae non student (scil. Germani), majorque pars eorum victus in lacte, caseo, carne consistit. Neque quisquam agri modum certum aut fines habet proprios; sed magistratus ac principes in annos singulos gentibus cognationibusque hominum, qui una coierunt, quantum et quo loco visum est agri adtribuunt, atque anno post alio transire cogunt. Ejus rei multas adferunt causas: ne adsidua consuetudine capti studium belli gerendi agricultura commutent; ne latos fines parare studeant, potentioresque humiliores possessionibus expellant“ cet.; sodann auf Tacitus Germ. cap. 26. „Agri pro numero cultorum ab universis invicem occupantur, quos mox inter se secundum dignationem partiuntur. facilitatem partiendi camporum spatia praebent. arva per annos mutant, et superest ager. nec enim cum ubertate et amplitudine soli labore contendunt, ut pomaria conserant et prata separent et hortos rigent: sola terrae seges imperatur.“ Indessen darauf ist zu entgegnen: 1) dass sehr gut bei den Sueven zu Caesars Zeiten der ganze Stamm hätte das Land gemeinsam haben können, ohne dass dies auch bis auf die Völkerwanderung der Fall sein musste; 2) dass die Nachricht des Caesar nur auf ein Volk sich bezieht, welches offenbar keine ganz festen Wohnsitze hatte nach Caesar's Beschreibung sondern auf der Wanderung war, 3) dass ein Eigenthum des Stammes fast an Unmöglichkeit grenzt, jedenfalls sich nur ganz kurze Zeit hätte halten können, 4) dass die Worte des Tacitus offenbar nur auf Wechsel im Bebauen passen, und direct eine Theilung (d. h. ein getrenntes Besitzen zu Eigenthum) aussprechen,

eigenthum vorkam, versteht sich so sehr nach Allem, was wir von jenen Zeiten wissen: dem uns bekannten Streben der Deutschen nach festen Wohnsitzen, dem geordneten Gemeinwesen, dem nichtnomadenmässigen Leben, lauter Dinge, welche Privateigenthum zur unentbehrlichen Grundlage haben, — von selbst, dass es keiner ausdrücklichen Nachricht dieserhalb bedarf. Es lässt sich auch ein Wohnen in Einzelnhöfen, um welche herum eine grosse Feldfläche liegt, nicht denken ohne Privateigenthum, weil anders ein Bebauen des Bodens auf die Dauer unmöglich ist.

III. Wir können daher wohl folgende Zustände als häufig vorkommende annehmen. Den Besitzern der Einzelhöfe stand das eigentliche Ackerland eigenthümlich zu, ohne dass sich die Nachbarn oder Genossen um die Art und Weise der Bodencultur kümmerten, weil selbst eine schlechte Bewirthschaftung dem Nachbarn keinen directen Schaden brachte. Ohne Zweifel war aber die Art des Bebauens überall die gleiche, weil auf der Sitte beruhend, die wiederum ein Product des Bedürfnisses war. Einen Hauptzweig der Nahrung bildete (§. 7) die Viehzucht, zu deren Betriebe das Land des Einzelnen nicht ausreichte, weil man nur Waiden kannte, nicht aber die s. g. Stallfütterung des Viehes. Ebensowenig genügte der Wald für die Bedürfnisse der Einzelnen, wenn Jedem ein Stück gegeben ward. Wald und Wiese, Waide, die Mark, Almende, welche überall eine Anzahl von Höfen umgrenzten, waren daher wohl in der Regel ungetheilt, gehörten derjenigen Genossenschaft, Gemeinde zu, welche aus einer bestimmten Anzahl von Höfen bestand, und in Betreff dieses Eigenthumes, dessen Benutzung jedem Gemeindegliede nach dem Bedürfnisse zustand, eine juristische Person bildete, die s. g. Markgenossenschaft.[4]) In den Gegenden aber, wo Dörfer waren, stand wohl ebenso unzweifelhaft der von dem Einzelnen benutzte Boden in dessen Eigenthum; jedoch bildeten alle Aecker insofern eine Gemeinschaft, als der Einzelne beim Bebauen gebunden war an Sitte und Gemeindebeschluss, welche es mit sich brachten, dass man alljährlich oder je nach einer Anzahl von Jahren einen Theil der Aecker zum Ausruhen brach liegen liess, und dass jeder so bauen musste, dass der Nachbar zu den Zeiten, wo dies erforderlich ist, auf seinen Acker

---

3) dass mit jener Ansicht im Widerspruche steht, was Tacitus cap. 16. (s. Anm. 2.) sagt, nicht minder Germ. cap. 15. „delegata domus et penatium et agrorum cura feminis senibusque et infirmissimo cuique ex familia," besonders aber cap. 25. „Ceteris servis non in nostrum morem, descriptis per familiam ministeriis, utuntur: suam quisque sedem, suos penates regit, frumenti modum dominus aut pecoris aut vestis ut colono injungit et servus hactenus paret." Vgl. besonders Waitz Verf.Gesch. I. S. 19 ff.

4) Ueber die Bedeutung des Wortes Mark siehe Grimm Rechtsalterthümer S. 497 ff. Phillips D. Reichs- u. Rechtsgesch. a. a. O.

kommen konnte, indem nur so Ackerbau möglich ist in Gegenden, wo die Grundstücke der Einzelnen vermischt liegen. Es bildeten somit die Aecker eine s. g. Feldgemeinschaft, während die Mark (Wiese und Wald) der Gemeinde zustand oder einer Markgenossenschaft innerhalb derselben. Freilich mag neben diesen Formen auch vorgekommen sein, dass alles Gut der Gemeinde eigenthümlich zustand und nur dem Einzelnen zum Genusse überlassen ward.[5])

IV. Gebildet waren diese Gemeinden so, dass bei der Besitznahme eines Gebietes durch den Stamm die Ländereien unter die verschiedenen Heeresabtheilungen (Hund, Her, davon der Name Hundred, Herath), die Hunderte, Centenen, vertheilt wurden, innerhalb deren sie dann wieder an die einzelnen Familien kamen, so dass eine stete Verbindung zwischen dieser Eintheilung und der des Heeres stattfand, wie sie auch in dem Charakter des Volkes lag.[6]) Die Hundertschaft enthielt gewiss anfänglich je 100 Hufen, welche an 100 Familien vertheilt waren.[7]) Die zu einer kleineren Völkerschaft (gens) gehörigen Hundertschaften bildeten die pagi, Gaue, aus welchen das Gebiet der einzelnen Stämme, civitates, bestand.[8])

---

[5]) Es möge hier kurz darauf hingedeutet werden, wie die Markgenossenschaft — da dieselbe meist eine geschlossene blieb — nach der Vermehrung der Gemeinden, Aufnahme fremder in dieselbe, wo dann oft die Märker eine für sich abgesonderte Corporation blieben, die nothwendige Veranlassung ward zur Bildung von Wald- und Waideservituten. In Gleichem ist die Feldgemeinschaft nothwendig Quelle vieler Servituten, auch von Legalservituten gewesen; aus ihr erklärt sich auch leicht der Gebrauch, welchen zu dulden die Einzelnen verpflichtet sind, das Vieh durch Gemeindehirten zu bestimmten Jahreszeiten auf allen Aeckern der Feldmark treiben zu lassen, ferner das Recht aller Gemeindebürger aus den Gemeindewaldungen Holz zu beziehen u. s. f. Auf ein ehemaliges Eigenthum der Gemeinde an allen Grundstücken deutet der Fall, wo die Gemeinde, oder falls diese es nicht ausüben will, jeder Bürger (steht das nur bestimmten zu, so lag Markgenossenschaft vor) ein Retractrecht hat; auch der, wo ein s. g. Bürgervermögen ist, welches abwechselnd zum Benutzen unentgeltlich ausgethan wird. Seit die Verpflichtung abgekommen ist, sich im Bebauen nach dem Usus der Gegend zu richten, hat man von Staatswegen an eine Regulirung der Feldwege, Gewährung von Fahrgerechtigkeiten u. s. f. gehen müssen.

[6]) Gemeiner die Verfassung der Centenen und des Fränkischen Königthums, München 1855. Phillips Rechtsgesch. S. 100 ff. Waitz Verf.Gesch. I. S. 32 ff.

[7]) Dass die Hundertschaften wieder in kleinere Verbindungen, Zehntschaften zerfallen sein, welchen etwa der beim Heere als Unterbeamter des Centenarius vorkommende Decanus vorgestanden, ist durchaus unwahrscheinlich. Waitz V.G. I. S. 47, 236 ff., 258 ff.

[8]) Jeder Gau hatte seinen besonderen Namen, weil die grösseren Stämme sich in eine bald grössere bald geringere Anzahl kleinerer mit eigenen Namen bezeichneter Völkerschaften schieden, welche in einem Gau zusammenwohnten. Ueber den Sprachgebrauch des Tacitus und Caesar sehe man Waitz V.G. I. S. 51; über die Wortbedeu-

V. So waren Heeres-, Volkes- und Landes-Eintheilung in unbedingtem Zusammenhange, wie überhaupt Volk und Heer identisch waren. Die Grundlage bildete überall der Grundbesitz. Von diesem hing daher die volle Theilnahme an allen Gemeinderechten ab, obgleich die Wehrhaftmachung des Jünglings diesen des Schutzes überhob und zur Selbstvertretung befähigte.[9])

§. 10.

5. Der Friede. Das Recht.

I. Wer der Gemeinde angehörte, der war frei und waffenfähig; er hatte Anspruch darauf in der Gemeinde und von derselben anerkannt zu sein, diejenigen Befugnisse auszuüben, welche ihm an seinem Grundbesitze zustanden, sich auf seine Familie bezogen, ihm bei Leitung der Gemeinde zukamen. Sollte somit der Einzelne und die Gesammtheit ihre Freiheit gebrauchen, so musste in der Gemeinde Friede herrschen.[1]) Friede ist der Zustand, in dem das Recht der Einzelnen und Aller durch die Anerkennung der Gesammtheit geschützt ist. Der Inbegriff der durch den Frieden geschützten, von der Gemeinde anerkannten Befugnisse bildete das Recht.[2]) Recht ist desshalb Ausfluss und Folge der Freiheit; Freiheit und volle Rechtsfähigkeit sind identisch. Zwar kann auch ein nicht vollkommen Freier Rechte haben; deren Schutz ist aber kein so wirksamer und kann nur stattfinden durch einen Freien.

II. Es lag im Interesse der Gemeinde, dass der Friede walte, kein Recht verletzt werde; Bruch des Rechtes erschien somit als Bruch des Friedens. Wer diesen gebrochen, hatte sich friedelos und damit rechtlos gemacht. Aber nicht jeder Friedensbruch konnte auf gleiche Weise geahndet werden; vielmehr schied man zwischen einem Bruche des öffentlichen und des Einzel-Friedens. Wer gegen das Volk, den Stamm, die Gemeinde, das Heer frevelte, hatte sich

---

tung sehe man Eichhorn R.G. I. S. 60. N. a., Grimm R.A. S. 496. Vgl. auch v. Daniels R.G. S. 321 fgg.

[9]) Vgl. Phillips Deutsche Gesch. I. S. 196 f. Dessen St.- u. R.G. §. 36. Grimm R.A. S. 290, besonders Waitz V.G. I. S. 38 ff.

[1]) Man sehe die Darstellung bei Wilda das Strafrecht der Germanen S. 224 ff., besonders lehrreich durch die Bezugnahme auf die nordischen Rechte. Die Auffassung des Rechts in seiner Grundlage als „Willkühr," subjectives Recht, welche Zöpfl R.G. S. 232 ff. hat, ist eine Verallgemeinerung von Erscheinungen, welche ihre genügende anderweitige Begründung finden.

[2]) Ueber die Bezeichnungen von Recht durch êwa, êa gleich Gesetz, Bund, Band (lex, vinculum, testamentum) s. Grimm Rechtsalt. S. 417. Wörterbuch III. col. 39. Vgl. Zöpfl R.G. S. 9. N. 10. Die lateinischen Quellen bedienen sich meistens des Ausdrucks Lex.

dadurch offenbar des Anspruches auf Frieden, Freiheit und Recht verlustig gemacht; desgleichen wer sich von der Gemeinde lossagte, weil der Einzelne, wie er ohne seinen Willen als Glied derselben geboren wird, ohne deren Willen nicht austreten kann. So wurden Hochverräther, Ueberläufer, die ihren Leib den Lüsten preis gaben oder dazu missbraucht wurden, Feiglinge mit dem Tode bestraft.[8]) War die That gegen den Frieden des Einzelnen gerichtet, so lag es zunächst diesem oder der Familie ob, dieselbe zu sühnen; der Staat (die Gemeinde) lieh nur den Arm dazu, dass der Friedebrecher seinen Verpflichtungen nachkam.

§. 11.

6. Die Familie und deren Stellung in der Gemeinde.

I. Das Band womit der Einzelne an die Gemeinde geknüpft war, der Grund, auf welchem die Stellung in dieser ruhete, war die Familie. Sie hatte deshalb eine doppelte Stellung, im öffentlichen und im Privat-Rechte; die Familien- und Gemeinde-Rechte sind unzertrennlich und bedingen sich wechselseitig.

II. Grundlage und Quelle der Familie ist die Ehe.[1]) Sie ist durchgängig monogamisch,[2]) wird sehr in Ehren gehalten, weshalb Untreue schwer bestraft wurde.[3]) Es war Sitte, erst in reiferem Alter zu heirathen; rein und unverdorben aber trat man in die Ehe.[4]) Die Gattin trat in des Mannes unbedingte Ge-

---

[8]) Tacitus Germ. cap. 12. „Distinctio poenarum ex delicto; proditores et transfugas arboribus suspendunt; ignavos et imbelles et corpore infames coeno ac palude, injecta insuper crate, mergunt; diversitas supplicii illuc respicit, tamquam scelera ostendi oporteat, dum puniuntur, flagitia abscondi.“ Man vergleiche Wilda Strafrecht S. 153 fg., Waitz Verf.G. I. S. 188 ff.

[1]) Ueber die Wortbedeutung Grimm R.A. S. 417 ff., wo auch alle anderen Ausdrücke erläutert werden. Êwa, êa, ê, Ehe bedeutet Gesetz, Bund, Band, also das eigentliche, das Grund-Gesetz, -Band, auf welchem alle anderen ruhen.

[2]) Tacitus Germ. cap. 17. „. . . quamquam severa illic matrimonia, nec ullam morum partem magis laudaveris; nam prope soli barbarorum singulis uxoribus contenti sunt, exceptis admodum paucis, qui non libidine sed ob nobilitatem pluribus nuptiis ambiuntur.“

[3]) Eod. c. 19. „Ergo saepta pudicitia agunt . . . . Paucissima in tam numerosa gente adulteria, quorum poena praesens et maritis permissa. abscissis crinibus, nudatam, coram propinquis expellit domo maritus, ac per omnem vicum verbere agit. publicatae enim pudicitiae nulla venia: non forma, non aetate, non opibus maritum invenerit. Nemo enim illic vitia ridet, nec corrumpere et corrumpi seculum vocatur.“

[4]) C. 20. „Sera juvenum venus, eoque inexhausta pubertas. nec virgines festinantur,

nossenschaft; das deuten die Geschenke an, welche man sich gegenseitig macht. Hierauf beruhet auch die hohe Ehrfurcht, welche man den Frauen erzeigt.[5]) Geschlossen ward die Ehe, wenn sie nicht eingegangen ward mit einer Person, welche unter dem Mundium des Mannes selbst stand, durch den Kauf der Frau aus dem Mundium ihrer Verwandten.[6]) Voraus ging diesem eine Verlobung, zuerst bestehend in Verabredungen zwischen den Verwandten über den Kaufpreis und das Witthum, sodann öffentlich im Kreise der Genossen, der Gemeindeversammlung (dem mallum) erklärt und bekräftigt (davon Gemahl, vermählen, Mahlschatz).[7])

III. Ist die Frau ordnungsmässig nach vorangegangenem Kaufe dem Manne von ihrem muntporo, d. h. demjenigen väterlichen Verwandten, in dessen Gewalt sie stand, übergeben worden, so tritt hiermit sogleich das mundium (mundeburdium = hand, so viel als potestas, Gewalt) des Mannes über sie ein.[8]) Damit tritt sie auch in des Mannes Familie, worin sie selbst nach dessen Tode bleibt, wenn nicht ihr Vater (Bruder u. s. f.) das Mundium von des

---

eadem juventa, similis proceritas: pares validaeque miscentur, ac robora parentum liberi referunt.“ Dazu auch c. 19. „melius quidem adhuc eae civitates, in quibus tantum virgines nubunt et cum spe votoque uxoris semel transigitur. Sic unum accipiunt maritum quomodo unum corpus unamque vitam, ne ulla cogitatio ultra, ne longior cupiditas, ne tamquam maritum sed tamquam matrimonium ament.“ Caesar de B. G. VI. 21. „Qui diutissime impuberes permanserunt, maximam inter suos ferunt laudem; hoc ali staturam, ali vires nervosque confirmari putant. Intra annum vero vicesimum feminae notitiam habuisse in turpissimis habent rebus.“

[5]) Tacitus Germ. cap. 18. „Dotem non uxor marito, sed uxori maritus offert. Intersunt parentes ac propinqui, ac munera probant, munera non ad delicias muliebres quaesita, nec quibus nova nupta comatur, sed boves et frenatum equum et scutum cum framea gladioque. In haec munera uxor accipitur, atque invicem ipsa armorum aliquid viro affert. Hoc maximum vinculum, haec arcana sacra, hos conjugales deos arbitrantur, ne se mulier extra virtutum cogitationes extraque bellorum casus putet, ipsis incipientis matrimonii auspiciis admonetur, venire se laborum periculorumque sociam, idem in pace, idem in proelio passuram ausuramque. Hoc juncti boves, hoc paratus equus, hoc data arma denuntiant. Sic vivendum, sic pereundum: accipere se quae liberis inviolata ac digna reddat, quae nurus accipiant rursusque ad nepotes referantur.“ Vgl. cap. 7 und 8.

[6]) Grimm R.A. S. 420 ff. Phillips §. 42.

[7]) Grimm R.A. S. 480 ff., wo auch die Angaben über die Morgengabe und das Witthum u. s. f. nachzusehen sind. Von diesen ist unten im Privatrechte zu reden. Phillips §. 42. leitet Gemahl davon ab, dass nach dem Kaufe eine Mahlzeit veranstaltet sei, bei der „die nächsten Genossen zu einander waren: Mann und Weib, darum heissen sie Ge-Mahle.“ — Im Privatrechte ist über die Bedingungen der Ehe u. s. f. weiter zu reden.

[8]) Grimm R.A. S. 447 f. Ueber die Rechte des Mannes in Folge des Mundium: Recht zu züchtigen, die Frau zu verkaufen, ja selbst zu tödten s. das. S. 450 f.

Mannes Erben zurückerkauft.[9]) Gleiche Gewalt übt der Mann über Alle, welche zur Familie gehören, zunächst also die Kinder, sodann seine Knechte.[10]) In der unbedingten rechtlichen Gewalt über sein Haus und seinen Hof und dessen Bewohner lag aber ebenso sein Recht, zu fordern, dass Niemand die Seinigen mit Mund oder Hand angreife; der Hausherr hatte die ausschliessliche Befugniss, und, weil die Untergebenen nicht selbst auftreten konnten, Verpflichtung die Seinen vor Gericht und ausserhalb zu schützen, er ist ihr natürlicher Vertreter. Beleidigungen und Verletzungen einer Person im Mundium sind somit dem Mundwald zugefügt.[11]) Diesen Schutz geniesst auch der Gast, so lange er auf dem Hofe als Gast weilt.[12])

IV. Bei Lebzeiten des Vaters dauerte dessen Gewalt bei Töchtern bis zur echten Ehe, bei Söhnen bis zur Errichtung eines eigenen Hausstandes nach Erreichung der Volljährigkeit. So lange der Sohn im Hause blieb, stand er im väterlichen Mundium.[13]) Nicht von der väterlichen Gewalt befreiete vollständig, wohl aber wahrscheinlich in politischer Beziehung machte selbstständig den Jüngling die swertleite, d. h. die Wehrhaftmachung vor versammelter Gemeinde.[14])

V. Nicht blos um die Gatten, die Eltern und Kinder schlingt sich ein festes Band, sondern auch um die durch das Blut mit einander Verknüpften,

---

[9]) Diese Rückkaufssumme hiess reipus. Siehe Grimm R.A. S. 425, 448, 452; Merkel Lex Salica (Berl. 1850) in der Vorrede (von J. Grimm) S. LIII f. Die Lex salica handelt davon im cap. 44.

[10]) In Betreff dieser stand ihm auch das Recht zu tödten, auszusetzen u. s. f. zu, Grimm R.A. S. 450, 455, dessen Ausübung jedoch die Sitte verbot.

[11]) Daraus fliessen dann wieder vermögensrechtliche Folgen. Ueber die Vormundschaft nach des Vaters Tode Grimm R.A. S. 465 f.

[12]) Tacitus Germ. cap. 21. „Convictibus et hospitiis non alia gens effusius indulget. Quemcumque mortalium arcere tecto nefas habetur; pro fortuna quisque apparatis epulis excipit. Cum defecere, qui modo hospes fuerat, monstrator hospitii et comes, proximam domum non invitati adeunt; nec interest: pari humanitate accipiuntur. Notum ignotumque, quantum ad jus hospitis, nemo discernit. Abeunti, si quid poposcerit, concedere moris; et poscendi in vicem eadem facilitas. Gaudent muneribus, sed nec data imputant, nec acceptis obligantur."

[13]) Ueber die Form der Entlassung ist nichts Sicheres bekannt. Grimm R.A. S. 462. Im nordischen Rechte war es ganz ebenso. Kolderup-Rosenvinge Grundriss §. 19.

[14]) Sie konnte gleich nach eingetretener Mannbarkeit stattfinden, mit fünfzehn Jahren; Grimm R.A. S. 462. Siehe Tacitus Germ. cap. 13. „sed arma sumere non ante cuiquam moris quam civitas suffecturum probaverit. Tum in ipso concilio vel principum aliquis vel pater vel propinqui scuto frameaque juvenem ornant. Haec apud illos toga, hic primus juventae honos; ante hoc domus pars videntur, mox rei publicae.". Man vgl. Waitz V.G. I. S. 39 ff. und oben §. 9. am Ende.

die Blutsverwandten. Alle durch das Blut sich nahestehenden Personen umfasst die Sippe (= Friede, Freundschaft); die Verwandten stehen sich nahe durch das Blut, die Nachbarschaft[15]) gleiches Interesse u. s. f. Es zerfällt die Sippschaft in swertmâge (germâge) und spillmâge (kunkel [= Kunkel, quenoeillu, Spindel] mâge), d. h. Verwandte von väterlicher und mütterlicher Seite, nach den für die beiden Geschlechter gebrauchten Symbolen des Schwertes und der Spindel. Berechnet wurde die Verwandtschaft nach Staffeln, Fächern, Spänen, Gliedern, parentelae, welche man an die Glieder des menschlichen Leibes vom Halse anfangend bis zum Nagel der Hand (daher nagelmâge die letzten) anknüpfte, bald 5, bald 6, bald 7 solcher Generationen zählend.[16])

VI. Wie das Vermögen, dessen einzig werthvollen Gegenstände ausser Kriegsgeräthe Grundstücke und solche Thiere und Geräthschaften waren, welche sich auf Ackerbau bezogen, ursprünglich der ganzen Familie gegeben war, so wurde dasselbe auf spätere Besitzer auch nur verpflanzt im Wege der Verwandtschaft, so lange diese dauerte; es gab nur eine Verwandtenerbfolge.[17]) Oben an stehen die Söhne und Enkel u. s. f. (busme, der Busen, die brust), von denen der nähere den entfernteren ausschloss; nach diesen kommen die Vorfahren (schossfall), dann die Seitenverwandten (mâgschaft), mit einem grossen Wechsel der Rechte.

VII. Aus diesem engen Bande der Verwandten erklärt sich leicht, dass dieselben im Heere die kleineren Abtheilungen bildeten, wodurch der Muth offenbar erhöhet wurde.[18])

VIII. Endlich ist es Sache der Verwandtschaft, dafür zu sorgen, dass ihre Glieder Frieden haben. Als erstes durch den öffentlichen Frieden zu verbürgendes Gut steht nothwendig da das Leben. Todschlag ist daher in Betreff der Einzelnen der grösste Friedensbruch. Ein solcher verletzt nun zunächst nach deutscher Anschauung die Rechte der Familie mehr als des Staates. Ihre, besonders des nächsten Erben Sache war es deshalb, an dem Verletzer die

---

[15]) Caesar de B. G. VI. 22. (§. 9. Anm. 3.)

[16]) Man sehe die Zusammenstellung bei Grimm R.A. S. 467 ff.

[17]) Tacitus Germ. cap. 20. „heredes tamen successoresque sui cuique liberi, et nullum testamentum. Si liberi non sunt, proximus gradus in possessione fratres, patrui, avunculi. Quanto plus propinquorum, quo major affinium numerus, tanto gratiosior senectus; nec ulla orbitatis pretia.“ Man sehe noch Grimm R.A. S. 467, 470 ff.

[18]) Tacitus cap. 7. „Quodque praecipuum fortitudinis incitamentum est, non casus neque fortuita conglobatio turmam aut cuneum facit, sed familiae et propinquitates. Et in proximo pignora, unde feminarum ululatus audiri, unde vagitus infantium. Hi cuique sanctissimi testes, hi maximi laudatores. Ad matres, ad conjuges vulnera ferunt; nec illae numerare aut exigere plagas pavent, cibosque et hortamina pugnantibus gestant.“

Blutrache zu üben, den Erschlagenen zu sühnen. Hierzu gab Recht und Sitte die Befugniss. Wollte aber die verletzte Familie sich damit zufrieden geben, so konnte sie anstatt dessen das Wergeld des Erschlagenen verlangen. Jeder Einzelne war nemlich nach seinem Stande und Geschlechte mit einem bestimmten Vermögensquantum (in Geld oder Vieh bestehend) geschätzt, das als Busse, als Sühne, Genugthuung für den Mord erschien und zugleich den Charakter einer Strafe hatte, weshalb ein Theil dem Staate (Fürsten), der andere den Verwandten zufiel.[19]) Solches zu geben war die ganze Familie des Thäters verhaftet, und die Sippe des Erschlagenen hatte das Recht, dasselbe zu fordern, ohne dass es dem Thäter frei stand, die Rache zu fordern, oder gar seine Verwandtschaft befugt oder verpflichtet gewesen wäre, denselben gegen die Familie des Erschlagenen zu schützen.[20]) Wie beim Morde, so gab es auch bei den geringeren Verletzungen bestimmte Geldbussen.

IX. Analog der Familienverbindung, namentlich zum Schutze gegen Friedensbrüche und mit der gegenseitigen Verhaftung für das von dem Einen verwirkte Wergeld haben Viele unter den Gemeindegliedern eine Verbindung finden wollen, welche sie mit dem Namen der Gesammtbürgschaft[21]) be-

---

[19]) Ableitung, Wortbedeutung und Synonyma s. bei Grimm R.A. S. 650 ff. Ueber die Sache selbst vgl. man Gaupp das alte Gesetz der Thüringer S. 160 ff., Wilda Strafr. S. 366 ff., Sachsse histor. Grundl. S. 312 ff., Waitz V.G. I. S. 191 ff. 212 f.

Tacitus Germ. cap. 21. „Suscipere tam inimicitias seu patris seu propinqui quam amicitias. Nec implacabiles durant: luitur enim etiam homicidium certo armentorum ac pecorum numero, recipitque satisfactionem universa domus, utiliter in publicum, quia periculosiores sunt inimicitiae juxta libertatem.

Cap. 12. (Forts. der Stelle im §. 10. Anm. 3.). „Sed et levioribus delictis pro modo poena: equorum pecorumque numero convicti multantur. Pars multae regi vel civitati, pars ipsi qui vindicatur vel propinquis ejus absolvitur."

Aus gleichem Prinzipe erklärt sich, dass die Familienglieder dem Angeklagten aus ihrer Mitte als Eideshelfer, Conjuratoren beistehen, weil sie am Meisten bei dessen Rechtlichkeit interessirt sind und am Besten dessen Unschuld kennen können. Vgl. Waitz I. S. 210 ff.

[20]) Dies weist besonders gut nach Wilda Strafr. S. 190 ff. und Waitz V.G. I. S. 195 ff. Es ist die Ansicht an sich eine Unmöglichkeit, weil dann eine geordnete Rechtspflege, ja ein Gemeinwesen überhaupt undenkbar gewesen wäre. Zuerst ist dies behauptet von Rogge, dann von Phillips D. Gesch. I. S. 124 f., der auch in der D. R.- und Rechtsgesch. (Seite 99. Anm. 10., 115) dieselbe festzuhalten scheint. Desgl. Siegel Gesch. des deutsch. Gerichtsverf. S. 18 ff.

[21]) Der Erste, welcher diese Idee aufgestellt hat, ist Möser Osnabrückische Geschichte I. §. 13 ff. Ihm folgen Eichhorn R.G. I. §. 18 (S. 80—86), Rogge S. 25 ff. Phillips Gesch. des Angelsächs. Rechts S. 98 ff., Unger Altd. Gerichtsverf. §. 6 ff. (S. 34 ff.), Grimm R.A. S. 291, bei denen man weitere Literatur findet. Gegen dieselben sehe man vorzüglich die Ausführung von Waitz V.G. I. S. 217 und in der

zeichnen. Eine solche hat indessen durchaus nicht existirt, ist nicht altgermanisch, und erst in späterer Zeit ist in nordischen Rechten (England) jedoch in anderer Beziehung ein solches Institut aufgekommen, woraus man jenes abstrahirt hat.

§. 12.

7. Die Freien. Der Adel. Die Unfreien.[1])

I. Aller bürgerlichen Rechte theilhaftig sind nur jene Personen, welche einer echten Ehe entstammend in einer echten Familie sich befinden und des Grundbesitzes fähig sind. Für frei gilt, dessen Vater und Mutter zur Zeit der Geburt frei waren. Nur Freie waren des echten Eigenthums, des Grundbesitzes fähig; nur sie konnten Waffen tragen, Theil nehmen an den Volks- und Gerichtsversammlungen, hatten das Recht, Verletzungen abzuwehren mit Gewalt, genossen ein Wergeld, durften sich auf bestimmte Art kleiden (z. B. langes Haar tragen). Der Freie hatte keinen Herrn über sich, als welchen Alle, das ganze Volk, anerkannten: den König, den selbstgewählten princeps. Sie thaten keine Dienste, zahlten keine Abgaben, sie seien denn bewilligt von den Freien in der Versammlung oder durch die Sitte gebilligt und von Allen zu entrichten. Es ist somit das charakteristische Zeichen der Freiheit: keinen anderen Herrn zu haben, als den Allen, dem Volke gemeinsamen, nur an das Gesetz gebunden, innerhalb dessen Schranken aber von jeder Macht unabhängig zu sein, und, da das Gesetz nur öffentliche Angelegenheiten ordnete, in seiner Familie, auf seinem Hofe nur sein eigenes Gebot zu kennen. Wohl aber kann die Freiheit des Einzelnen noch nicht zur vollen Uebung gekommen sein, nemlich wenn derselbe noch nicht wehrhaft ist (§. 11 sub IV.) oder noch keinen Grundbesitz hat (§. 9. sub V.).

II. Aus den Freien ragten hervor die edelen Geschlechter, der Adel.[2])

Beilage I. (zum 1. Bande) „Von der s. g. Gesammtbürgschaft" S. 225 ff., welcher auch die früheren Ausführungen von Feuerbach, Woringen, Weiske und Wilda berücksichtigt. Bemerkt möge noch werden, dass die Gesammtbürgschaftler unter einander sehr abweichen. Vgl. auch Hillebrand Lehrbuch §. 15.

[1]) Man sehe Grimm R.A. S. 281—300. Vgl. Walter D. Rechtsgesch. §. 9 (S. 7 f.), Zöpfl R.G. S. 249 ff., v. Daniels R.G. I. S. 325 ff.

[2]) Karl Dietr. Hüllmann Gesch. des Ursprungs der Stände in Deutschl. 2. Ausg. (erste 1806 ff.) Berl. 1830. Chr. Thierbach über den german. Erbadel, Gotha 1836. v. Savigny Beitrag zur Rechtsgesch. des Adels im neueren Europa, Berl. 1836. Konr. Maurer über das Wesen des ältesten Adels der deutschen Stämme in seinem

Ueber seinen Ursprung gehen die Meinungen sehr auseinander. Einige leiten ihn auf die damit verbundene Priesterwürde zurück (Eichhorn, Phillips, Grimm u. A.). Hiergegen ist zu bemerken, dass jeder Obrigkeit das Recht zur Ausübung solcher Functionen zustand,[2]) diese Ansicht also jedenfalls ihre Begründung in vorhistorischer Zeit suchen muss. Eine andere Ansicht gründet „den Uradel auf Abkunft aus einem herrschenden Geschlechte." Sie geht davon aus, dass die „reale Grundlage der staatlichen Verbindungen patriarchale Stammherrschaften waren, in welchen die von einer Urfamilie ausgehenden Familien und Geschlechter dadurch zusammengehalten wurden, dass sich die Hausgewalt des ersten Familienhauptes als Obergewalt in seinem Mannesstamme nach dem Altersvorzuge in absteigender Linie fortsetzte" und es findet nach ihr „der Adel seine natürliche Erklärung in den Machtvorzügen des herrschenden Hauses, an welchen die in dem Laufe der Zeit sich von ihm abzweigenden nachgeborenen Linien nicht unbetheiligt bleiben konnten."[3]) Diese nimmt offenbar als bewiesen an, was in älterer und neuerer Zeit beim Adel zur Erscheinung gekommen ist und von Adeligen wie Nichtadeligen als Bedingung der Stellung des Adels aufgestellt wird. Er kann auch nicht auf blos

---

Verhältnisse zur gemeinen Freiheit, München 1846. Phillips D. Gesch. I. S. 111 ff., Reichs- u. Rechtsgesch. §. 34.; Grimm R.A. S. 265—281. Waitz V.G. I. S. 65—85; Walter R.G. §. 10 (S. 8 fg.), Zöpfl u. v. Daniels a. a. OO.

Der Freie wird in den Quellen mit ingenuus und liber, fri, friman, frihals bezeichnet; „Adal bedeutet genus, prosapia mit dem Nebensinne nobilitas." Edili, edel, adaling, edeling bedeutet einen Mann von hoher Abkunft, dann einen Mann von Geburt überhaupt. Dies erklärt sich ganz deutlich aus der aufgestellten Ansicht über den Adel, weil danach gerade bei ihm Alles auf die Geburt ankam. Ihm entgegen heisst wohl der Freie minor, minoflidus (Grimm R.A. p. 273). Aus dieser Wortbedeutung und der Ansicht des Textes erklären sich auch die Prädikate: Wohl-, Hoch-Geboren u. s. f.; nicht minder, dass der neucreirte Adelige sich über Nichtadelige leicht erhebt, selbst wenn letztere in aller und jeder Beziehung ihn überragen, welche für den vernünftigen Menschen einen Schätzungsmassstab abgeben kann für den Werth der Person, und obwohl das blosse Wörtchen „von" grammatisch bei den meisten neuen Adeligen falsch ist, weil sie kein solches Gut haben, das als Grundlage des „von" dienen könnte.

Das Vorkommen des Adels ergibt sich hinlänglich aus einer grossen Anzahl von Quellenstellen, z. B. Tacitus Germ. cap. 7. 11. 13. 14. 18. 25. 44., Annal. I. 57., II. 11. 62., XI. 16. 17., Hist. IV. 12. 55.

[2]) Tac. Germ. c. 10. „. . publice aluntur isdem nemoribus ac lucis candidi (scil. equi) et nullo mortali opere contacti; quos pressos sacro curru sacerdos ac rex vel princeps civitatis comitantur, hinnitusque ac fremitus observant."

[3]) Also von Daniels R.G. §. 118. Die Beweise, welche er hierfür in den Anmerkungen beibringt, sind gar keine. Auf die Darstellung der Rechte des Adels ist diese Ansicht bei Daniels ohne Einfluss geblieben, jedenfalls der Zusammenhang ein äusserlicher.

persönlichen Eigenschaften, als einem Amte, grosser Tapferkeit u. dgl. beruhen, weil er dann offenbar stets neu sich hätte bilden können, während es in Wirklichkeit nur eine beschränkte Anzahl von adeligen Familien gab. Unstichhaltig ist auch die Ansicht, welche den Adel aufbaut „auf der Grundlage des grossen Gutsbesitzes, der dadurch bedingten Gefolgsherrschaft und Gewohnheit der Landesbevölkerung, ihre Oberhäupter aus den reichen und mächtigen Familien zu nehmen."[4]) Auch dies ist nur etwas Faktisches, erklärt aber nicht die Quelle des Adels. Uebrigens sind gewiss auch andere Familien allmälig zu grossem Gutsbesitze gelangt, ohne dass sich jedoch eine Spur davon vorfindet, dass die Zahl der adeligen Familien (Geschlechter) sich verändert oder vermehrt hätte.[5]) Zu verwerfen ist schliesslich die Ansicht, welche ihn daraus erklärt, dass er einer andern Race angehört habe, weil das Volk durchaus denselben Ursprung hatte.[6]) Die eigentliche Quelle des Adels fällt in vorhistorische Zeit und kann deshalb nur vermuthet werden. Uns tritt derselbe als ein Faktum entgegen. Es beruhete aber das Ansehen des Adels auf der Geburt, der Abstammung aus einem Geschlechte, welchem im Volke ein höheres Ansehen beigelegt wurde, vielleicht aus dem Grunde, weil man diese Geschlechter für Abkömmlinge von Göttern oder Heroen hielt;[7]) die Bedeutung des Adels war somit eine historische. Man legte ihnen höhere, edlere Eigenschaften bei. Befestiget und aufrecht erhalten wurde diese Anschauung durch die andere, dass sich durch die Zeugung das Blut, mit ihm die Seele, als deren Sitz das Blut galt, und somit auch die guten oder schlechten Eigenschaften der Eltern fortpflanzten;[8]) eine Anschauung, welche, obwohl durch das Christenthum offenbar entschieden verworfen, doch so sehr in vielen rechtlichen Sätzen sich

---

[4]) Zöpfl R.G. Th. II. §. 7. (S. 250 ff.)

[5]) Das nimmt Zöpfl a. a. O. N. 15 auch an und sucht es aus Tacitus c. 13 zu beweisen.

[6]) Tacitus Germ. cap. 2. „Ipsos Germanos indigenas crediderim, minimeque aliarum gentium adventibus et hospitiis mixtos." Cap. 4. „Ipso eorum opinionibus accedo; qui Germaniae populos nullis aliis aliarum nationum connubiis infectos propriam et sinceram et tantum sui similem gentem extitisse arbitrantur." Die verworfene Ansicht hält fest v. Savigny a. a. O. S. 29.

[7]) Bei den Gothen heissen die Adligen auch anses Halbgötter. Einzelne (Hengist und Horst) leiten ihren Ursprung auf Wuotan zurück.

[8]) Phillips D. R. u. R.Gesch. §. 32, §. 34 (S. 95), Walter R.G. S. 8. — Hillebrand Lehrbuch §. 16 (S. 31) erklärt den Ursprung des Adels daraus, dass das Ansehen besonders verdienstvoller Männer einen Vorrang geben musste, der, obschon an sich ein vorübergehender, sich zu einem dauernden gemacht habe, wenn die Söhne dem Beispiele des Vaters folgten.

ausprägte, dass sie schwer zu verbannen war, ja noch heut zu Tage vielfach sich zeigt.[9])

II. Der Adel bildete keinen eigentlichen von den Freien unterschiedenen Stand,[10]) keine bestimmte Klasse des Volkes, die von den übrigen Freien sich geschieden hätte, sondern hatte nur einzelne Vorrechte, welche sich in der Familie fortsetzten. Solche waren das durch die Tradition den adeligen Familien einwohnende höhere Ansehen im Volke,[11]) dass, wo Königthum bestand, der König nur aus dem Adel genommen werden konnte, obwohl meistens eine Familie die königliche war,[12]) dass man bei der Wahl

---

[9]) Dass die christliche Lehre von der Fortpflanzung der Erbsünde damit nichts zu thun hat, mithin auch nicht zur Stütze dienen kann, liegt auf der Hand.

[10]) Grimm R.A. p. 268 fg. Das ist auch die Ansicht von Waitz. Walter a. a. O. erklärt ihn neuerdings als „einen von den gemeinen Freien... unterschiedenen erblichen Stand," beschränkt aber den Stand auf: „im Eherecht und durch ein höheres Wergeld," fügt hieran ihre Thatenlust u. s. f. v. Daniels a. a. O., hält ihn für keinen Stand im heutigen Sinne des Wortes, aber wohl für einen solchen, wenn man dem Ausdrucke Stand nicht den heutigen Begriff unterschiebe. Er sieht nun „das Wesen der germanischen Standesunterschiede nicht in Rechten, welche allen Genossen des einen Standes vor denen eines anderen gemein sind, sondern nur darin, dass die persönliche Stellung, welche sich in rechtlichen Verhältnissen geltend macht, nicht Sache freiwilliger Anerkennung war, sondern auf rechtlich feststehenden Merkmalen beruhte."

[11]) Deshalb aber auch schon für die Zeit vor der Völkerwanderung ein höheres Wergeld (Grimm R.A. S. 272 ff., Wilda Strafr. S. 368, Walter R.G. §. 10, Hillebrand R.G. §. 16, s. auch Waitz I. S. 83 Anm. 2.) anzunehmen, ist sehr gewagt und das wirkliche Vorkommen in der folgenden Zeit nicht, wie Walter kurzweg sagt, ein Beweis. In den Leges findet es sich allerdings (zu dem der Freien durchgehends wie 2 : 1) und damit auch die höhere Geltung des von einem Adeligen geleisteten Eides.

[12]) Hierüber sehe man die Ausführung von Waitz I. S. 67 ff., der alle hieraus gezogenen Folgerungen beleuchtet. Material auch bei Grimm R.A. p. 269 f.

Phillips D. R. u. R.Gesch. §. 13. u. 34. vertheidigt nochmals die Ansicht, dass der Adel (wie eigentlich alle Freien) nur eine Entfaltung des Königthums sei, weil jener und dieses doch aus der ursprünglichen Stammfamilie, dem ersten Menschenpaare, herkomme; hiernach erscheint ihm der Adel und das königl. Geschlecht dieses Andenken nur am Besten bewahrt zu haben; er führt dieses alsdann zurück auf die h. Schrift. Ich sehe nicht ab, wozu dieser Beweis dienen soll. Stammten denn die Unfreien, die nichtgermanischen Völker u. s. f. auch von einer und zwar derselben Stammfamilie ab wie die deutschen Adels- und Königsgeschlechter? Falls man diese Frage bejaht, und das wird sicher Phillips thun, wenn er bei seinem Beweisgrunde (h. Schrift) stehen bleibt, so folgt hieraus: 1) dass mit dieser Ansicht in Betreff der Entstehung des Adels gar nichts gesagt ist, mithin die ganze Frage offen bleibt und wieder Alles darauf ankommt, eine blosse Ansicht des Volkes zu finden, weil ein objectiver Grund nicht existiren könnte, der der Geburt ein solches Gewicht beilegt; 2) dass in sich die ganze Anschauung keinen haltbaren Grund hat.

der Obrigkeiten meistens auf den Adel sah,[13]) offenbar aus dem Grunde, weil es nur sachdienlich war, dass zu dem amtlichen Ansehen noch ein persönliches hinzukam.

III. Unter den Freien stehen als eine besondere Klasse des Volkes die Freigelassenen, liberti,[14]) die von ihrem Herrn aus der Knechtschaft entlassen waren. Er blieb im Mundium des Herrn, oder kam in das des Königs, hatte nur das halbe Wehrgeld eines Freien, konnte kein echtes Eigenthum besitzen und deshalb auch keine politischen Rechte (Theilnahme in den Versammlungen u. s. f.) ausüben. Für ihn bot mithin nur die Gunst des Königs, das Erheben zu einem Amte das Mittel, höheres Ansehen und hiermit allmälig die volle Freiheit zu erlangen.[15])

IV. Ungefähr auf gleicher Stufe mit den Freigelassenen stehen die Liten,

---

In der spätern Zeit finden wir, dass auch zwischen Adeligen und blossen Gemeinfreien, wie überhaupt zwischen Leuten verschiedener Abstufung bei einzelnen Stämmen keine echte Ehe möglich war, was berichtet Ruodolfi Fuldensis et Meginharti translatio S. Alexandri (Pertz Monum. II. p. 675): „Quatuor igitur differentiis gens illa (die Sachsen) consistit, nobilium scilicet, et liberorum, libertorum atque servorum. Et id legibus firmatum, ut nulla pars in copulandis conjugiis propriae sortis terminos transferat, sed nobilis nobilem ducat uxorem et liber liberam, libertus conjugatur libertae et servus ancillae. Si vero quispiam horum sibi non congruentem et genere praestantiorem duxerit uxorem, cum vitae suae damno componat.“ Wenn aber Walter a. a. O. nach Waitz I. S. 84 f. dies als Vorrecht des Adels schon der ältesten Zeit anführt, so dürfte in der That diese Nachricht hierfür doch zu späten Datums sein, und Zöpfl a. a. O. hat Recht zu sagen, dass sich aus der Zeit vor der Völkerwanderung gar keine persönlichen Vorrechte des Adels nachweisen lassen, die sich auf das Privatrecht und Criminalrecht beziehen.

[13]) Dass es aber durchaus falsch ist, principes und nobiles für identisch zu halten, dasjenige, was dem Fürsten als einer obrigkeitlichen Person zukommt, dem Adeligen beizulegen, hat Waitz V.G. I. S. 86 ff. überzeugend dargethan, besonders gegen Eichhorn R.G. §. 146 und v. Savigny a. a. O. p. 5. Es folgt das Gegentheil offenbar deutlich aus Tacitus Germ. cap. 12. „Eliguntur in isdem conciliis et principes, qui jura per pagos vicosque reddant.“ Auf der andern Seite hat aber Zöpfl S. 255 N. 10 Recht, dass es gewiss eine für jene Zeit unpraktische und aus Tacitus Annal. XI. 17. erwiesene Redensart sei, anzunehmen, jeder freie Mann habe zum princeps gewählt werden können, da es in der Natur der Sache liegt, dass das Volk in jenen Zeiten von seinen alten Geschlechtern, mit denen seine Geschichte verwachsen war, nicht abliess.

Ueber die geringe Anzahl der edlen Geschlechter vgl. Waitz I. S. 76 fg.

[14]) Grimm R.A. p. 331—338, Eichhorn §. 51, Waitz I. S. 178 f.

[15]) Tacitus Germ. cap. 25. „Liberti non multum supra servos sunt, raro aliquod momentum in domo, nunquam in civitate, exceptis duntaxat iis gentibus quae regnantur. Ibi enim et super ingenuos et super nobiles ascendunt: apud ceteros impares libertini libertatis argumentum sunt.“

Leten, Lazzen.[16]) Auch diese waren ohne alle politischen Rechte, hatten hingegen ein Wehrgeld und bauten einen Acker, der mit verschiedenartigen Diensten und Abgaben belastet war. Ueber die Entstehung dieses Verhältnisses lassen sich keine sicheren Anzeichen auffinden.

V. Den völligen Gegensatz zu den Freien bildeten die Unfreien, Knechte, servi. Entstehungsgrund der Unfreiheit war Kriegsgefangenschaft, Geburt von Knechten, Begeben in die Knechtschaft.[17]) Sie stehen unbedingt unter dem Willen ihres Herrn, welchen nur die Sitte mildert,[18]) haben kein Wehrgeld, so dass der Herr für den erschlagenen Knecht einen Ersatz fordert wie für eine andere Sache, und entbehren jeder und aller Rechte, welche die Freiheit verleihet.

§. 13.

8. Die Fürsten. Der König.

I. Bei allen deutschen Stämmen finden wir bestimmte Obrigkeiten, welche mit der Leitung der Angelegenheiten des Gaues, der Gemeinde betraut waren, die principes, Fürsten. Sie wurden in den Versammlungen gewählt,[1]) ohne Zweifel wohl für die Lebensdauer, regelmässig aus den edlen Geschlechtern. Ihnen stand die Besorgung der geringfügigeren Gemeindeangelegenheiten und die Entscheidung in kleineren Rechtsstreitigkeiten zu,[2]) in grösseren die Vorbereitung und Anbringung bei der Gauversammlung. Desgleichen übten sie das Richteramt aus.

II. Nicht bei allen Stämmen, wohl aber im Laufe der Zeit bei den meisten gab es eine Obrigkeit über den ganzen Stamm, den König,[3]) der auch im Frieden als höchste Obrigkeit erscheint, während in Kriegszeiten ein gewählter

---

[16]) Grimm R.A. p. 305 ff., Waitz V.G. I. S. 179 ff.

[17]) Tacitus Germ. cap. 24. „Victus voluntariam servitutem adit."

[18]) Tacitus Germ. cap. 25.

[1]) Tacitus Germ. cap. 12. Vgl. die §. 12. N. 13 Genannten, sodann noch Roth Geschichte des Beneficialwesens, Erlang. 1850, Seite 8 ff. Ausführlich handelt auch über diesen Gegenstand v. Daniels R.G. §. 119.

[2]) Tacitus Germ. cap. 11. „De minoribus rebus principes consultant, de majoribus omnes, ita tamen, ut ea quoque, quorum penes plebem arbitrium est, apud principes pertractentur." Ueber die Sitte, denselben Geschenke zu geben, da sie kein Amtseinkommen hatten, vgl. Tacitus cap. 15.

[3]) H. v. Sybel Entstehung des deutschen Königthums, 1844; Wittmann das altgermanische Königthum, Münch. 1854; A. Gemeiner die Verf. der Centenen u. des fränk. Königthums, Münch. 1855.

Heerführer auftritt.[4]) Ueber seinen Ursprung[5]) lassen sich keine sicheren Angaben machen, soweit derselbe in die vorhistorische Zeit fällt. Jedenfalls ist die königliche Würde eine aus dem Volke herausgewachsene, nationale, und auch in der besonderen Weise demselben eigenthümliche. Es *besteht* das Königthum in der erblichen Herrscherwürde innerhalb einer bestimmten Familie, die entweder seit grauer Vorzeit dieselbe besessen, oder zwar durch Wahl des Volkes erhalten, sofort aber erblich behauptet. Innerhalb der Königsfamilie war keine bestimmte Erbfolge, sondern die Bezeichnung der Person geschah wohl durch die Familie unter Zustimmung des Volkes. Es war die königliche Familie unter allen edlen Geschlechtern das erste, ausgezeichnetste, und ragte deshalb weit über den Adel hervor.[6])

III. Keineswegs bei allen Stämmen war die königliche Macht eine gleiche.[7])

---

[4]) Tacitus Germ. cap. 7. „Reges ex nobilitate, duces ex virtute sumunt.“ Er zählt cap. 43 einige Völker auf, die Könige hatten. Caesar kennt das Königthum nicht, indem er B. VI. cap. 23 de B. G. sagt: „Cum bellum civitas aut inlatum defendit aut infert, magistratus, qui ei bello praesint, ut vitae necisque habeant potestatem, deliguntur. In pace nullus est communis magistratus, sed principes regionum atque pagorum inter suos jus dicunt controversiasque minuunt.“ Die Sachsen hatten noch im 8. Jahrh. keinen solchen Herrn. Auf den Namen kommt es nicht gerade an. Vgl. hierüber Grimm R.A. p. 229 ff.

[5]) Es sind darüber die wunderbarlichsten Meinungen aufgestellt. Waitz S. 155 ff. zählt die Völker auf, welche zu des Tacitus Zeit bereits Könige hatten, und zeigt, wie es bei andern sich in historischer Zeit entwickelt hat, widerlegt S. 159 ff. die Ansicht, dass das Königthum aus den Gefolgschaften sich entwickelt habe (die bei Eichhorn §. 17 [I. S. 75 ff.], Phillips R. u. R.Gesch. §. 13, 34, 53 u. A. die Grundlage ihrer Verfassung bildet); siehe auch in derselben Richtung die Ausführung von Roth Beneficialwesen S. 31, Walter R.G. §. 24 f.

Ursprünglich mag Priesterthum, grosser Reichthum, Ansehen, Adel, sodann im Kriege, in Kämpfen der Stämme unter einander erlangtes Ansehen, Aussterben der Adelsgeschlechter, Beispiel anderer Stämme u. s. f. zur Entstehung beigetragen haben.

[6]) Tacitus Germ. cap. 7, 42; Annal. XI. 16. Siehe die vielen Belege bei Waitz V.G. I. S. 165 ff. Vgl. desselben Ausführung S. 69 ff.

[7]) Tacitus Germ. c. 44. „Trans Lygios Gotones regnantur, paulo jam adductius quam ceterae Germanorum gentes, nondum tamen supra libertatem.“ „... omniumque harum gentium ... erga reges obsequium.“ c. 45. „Suionibus Sitonum gentes continuantur, cetera similes uno differunt, quod femina dominatur: in tantum non modo a libertate sed etiam a severitate degenerant.“ Das aber berechtigt noch nicht, wie Walter §. 24 thut, zu sagen: „Bei einigen Völkern im fernen Osten und Norden galt unbedingter Gehorsam. ...“ Weiter cap. 7. „nec regibus infinita aut libera potestas,“ was das Folgende noch erläutert. Annal. XIII. 54. „... auctore Verrito et Malorige, qui nationem eam (Frisios) regebant, in quantum Germani regnantur.“ Allein aus Tacitus Germ. cap. 11. „mox rex vel princeps ...“ folgert Walter a. a. O.: „Ja es konnte ein König bei einer übrigens ganz freien

Gesetz, mehr aber das Herkommen zeichneten den Umfang der königlichen Rechte vor. Hierzu gehörte der Oberbefehl im Kriege, Ernennung der Unterbefehlshaber, das Recht der Leitung und Berufung der Volksversammlungen, die Aufrechterhaltung des Friedens im Stamme und die Handhabung des Rechtsschutzes. Seit der Völkerwanderung fiel ihm auch das Recht zu, die einzelnen Gauobrigkeiten (Grafen) zu ernennen;[8]) damit war derselbe zugleich der eigentliche Richter geworden. Diess Verhältniss hat, gestützt auf die neuen christlichen Anschauungen, wichtige Folgen gehabt. An den König fiel zweifelsohne ein guter Antheil der neu eroberten Ländereien; ausserdem pflegten ihm alljährlich Geschenke gespendet zu werden.

§. 14.

9. Die Volksversammlung.[1])

I. Bei den nicht von Königen beherrschten Stämmen lag der ganze Schwerpunkt der Verfassung in der Volksversammlung, welche auch in den Staaten mit Königen diese bedeutend beschränkte und in allen wichtigen Dingen ein Mitregierungsrecht hatte. Analog der Gauversammlung hat es ohne Zweifel auch Versammlungen der unteren Kreise (Centenen u. s. f.) gegeben, deren Macht zunächst ausschliesslich die Angelegenheiten dieser umfasste, sodann wohl auf Vorbereitung der allgemeineren ging. Vor die Gauversammlung gehörte[2]) die eigentliche politische Leitung: Gesetzgebung, Beschluss über

---

Volksverfassung vorkommen," übersieht aber offenbar das kleine Wörtchen vel, das gerade andeuten kann: oder (nemlich wenn kein rex da war) zuerst der princeps, und gewiss dies bedeutet.

[8]) Nur das folgt aus dem von Waitz V.G. I. S. 172 ff. Erörterten. Hingegen ihm das Recht zur Einsetzung der Grafen und Unterbeamten schon in ältester Zeit zuzuschreiben (und doch stellt Waitz S. 173. Anm. 3. wieder in „Frage, ob alle Grafen von Fürsten (Königen) eingesetzt wurden; aber gewiss setzten alle Könige Grafen ein"), scheint auch mir, wie bereits Hillebrand S. 38 Anm. 15. behauptet hat, durchaus unwahrscheinlich, weil dies eine zu konzentrirte Verwaltung voraussetzt, wie sie erst in Folge der inneren Veränderungen seit der Völkerwanderung und der Nachwirkung der römischen Verhältnisse, auch durch den Einfluss der kirchlichen Einrichtungen sich gestaltete.

[1]) Der Name dafür ist thing, allthing = Versammlung Aller, bei Tacitus das Concilium. Letzterer spricht nur von den Gauversammlungen.

[2]) Ueber vieles Einzelne gibt die Schilderung Aufschluss von Tacitus Germ. cap. 11. „De minoribus rebus principes consultant, de majoribus omnes, ita tamen ut ea quoque, quorum penes plebem arbitrium est, apud principes pertractentur. Coëunt, nisi quid fortuitum et subitum incidit, certis diebus, cum aut inchoatur luna aut impletur: nam agendis rebus hoc auspicatissimum initium credunt. Nec dierum

Krieg und Frieden, Wahl (Gutheissung) der duces und principes; sie bildete das Gericht in allen wichtigeren Angelegenheiten; vor ihr wurden alle Rechtsacte vorgenommen, welche eine Beziehung auf die Gemeinde hatten wegen ihrer Bedeutung für die Stellung des Einzelnen in derselben: Freilassung,[3] Wehrhafterklärung,[4] Uebertragungen von Eigen,[5] Verlobungen.[6])

II. Die Versammlungen waren ungebotene (regelmässige, zu festgesetzten Zeiten) und gebotene (unregelmässige, nach Bedürfniss anzusetzende), wahrscheinlich einmal in jedem Monate.[7] Ueber der versammelten Gemeinde waltet der Schutz der Götter, sie geniesst Frieden, weshalb bei ihr die Priester eine so wichtige Rolle spielen.[8] In der Volksversammlung stellt sich zugleich dar das Heer.

III. Ob in der Gauversammlung Alle erscheinen mussten, lässt sich nicht mit unbedingter Sicherheit sagen, ist jedoch wahrscheinlich. Aus den einzelnen Gauen wurden, seitdem sich die Völkerschaften der grösseren Stämme mehr gefestiget und verbunden hatten, Abgeordnete abgesandt, aus denen die grosse Versammlung des Stammes gebildet wurde.[9]

---

numerum, ut nos, sed noctium computant. Sic constituunt, sic condicunt: nox ducere diem videtur. Illud ex libertate vitium, quod non simul nec ut jussi conveniunt, sed et alter et tertius dies cunctatione coëuntium absumitur. Ut turbae placuit, considunt armati. Silentium per sacerdotes, quibus tum et coërcendi jus est, imperatur. Mox rex vel princeps, prout aetas cuique, prout nobilitas, prout decus bellorum, prout facundia est, audiuntur, auctoritate suadendi magis quam jubendi potestate. Si displicuit sententia, fremitu aspernantur; sin placuit, frameas concutiunt; honoratissimum adsensus genus est armis laudare. 12. Licet apud concilium accusare quoque et discrimen capitis intendere. — Eliguntur in isdem conciliis et principes qui jura per pagos vicosque reddunt."

[3]) Grimm R.A. p. 333 sqq.

[4]) Tacitus cap. 13. „Nihil neque publicae neque privatae rei nisi armati agunt. Sed arma sumere non ante cuiquam moris quam civitas suffecturum probaverit. Tum in ipso concilio vel principum aliquis vel pater vel propinqui scuto frameaque juvenem ornant."

[5]) Grimm R.A. p. 555 ff.

[6]) Grimm R.A. p. 433.

[7]) Vgl. Waitz I. S. 56 ff.

[8]) Tacitus cap. 11. (Anm. 2.), 7: „Ceterum neque animadvertere neque vincire, ne verberare quidem nisi sacerdotibus permissum, non quasi in poenam nec ducis jussu, sed velut deo imperante, quem adesse bellantibus credunt."

[9]) Hierüber s. man Waitz I. S. 60 ff.

§. 15.

10. Das Kriegswesen.[1]) Die Gefolgschaften.

I. Von einem besonderen Heere konnte keine Rede sein; das Volk, die Hundertschafts-Gau-Versammlung war das Heer. Ihm stand vor der König oder ein gewählter Führer, dux, heretagan, herizohn, Herzog. Der Beschluss über Krieg und Frieden ging aus von der Versammlung. Ob die ganze Völkerschaft oder nur ein Theil auszog, hing davon ab, ob zu führen war ein Vertheidigungs- Angriffs- oder Bundesgenossen-Krieg. Im Heere ordneten sich die einzelnen Schaaren nach den natürlichen Familien- und Gemeindeverbänden unter den einzelnen Gaufürsten als Unterbefehlshabern; nur die Reiter bildeten eine besondere Abtheilung, zu der auch aus jedem Haufen Einzelne ausgewählt wurden. Alle wehrhaften Freien waren zum Kriegsdienste berechtigt und verpflichtet. — Wegen der religiösen Weise des Heeres ercheinen überall die Priester thätig; jeder Frevel gegen Tapferkeit war einer gegen die Gemeinde und die Götter.

---

[1]) Tacitus Germ. cap. 6. Zuerst beschreibt er die Waffen und Kampfesart. „— peditum, quos ex omni juventute delectos ante aciem locant. Definitur et numerus: centeni ex singulis pagis sunt; idque ipsum inter suos vocantur, et quod primo numerus fuit, jam nomen et honor est.“ Gewiss ist die Erklärung von Waitz V.G. I. S. 32 richtig, dass centeni nicht auf die mit den Reitern vermischt kämpfenden Fussgänger zu beziehen sei (— was auch aus Caesar de B. G. I. 48. folgt: „equitum milia erant sex, totidem numero pedites velocissimi ac fortissimi, quos ex omni copia singuli singulos suae salutis causa delegerant: cum his in proeliis versabantur —), sondern dass je hundert eine Abtheilung bildeten, und davon ihren Namen hatten, also im Lateinischen centeni hiessen, wofür es selbstredend ein deutsches Wort gab. Demnach ist dessen Paraphrase trefflich: „diese Schaaren heissen centeni, und was anfangs blos Zahlbegriff war, ist nun ein technischer und zugleich ehrenvoller Name geworden.“ Cap. 7. „— duces ex virtute sumunt. —, et duces exemplo potius quam imperio, si prompti, si conspicui, si ante aciem agant, admiratione praesunt, ceterum neque (siehe die Worte in §. 14. Anm. 8, worauf es weiter heisst:) — effigiesque et signa quaedam detracta lucis in proelium ferunt. Quodque (siehe die Worte in §. 11. Anm. 18.)“. — Caesar de B. G. VI. 23. „Cum bellum civitas aut inlatum defendit, aut infert, magistratus, qui ei bello praesint, ut vitae necisque habeant potestatem, deliguntur. — Latrocinia nullam habent infamiam, quae extra fines cujusque civitatis fiunt, atque ea juventutis exercendae ac desidiae minuendae causa fieri praedicant. Atque ubi quis ex principibus in concilio dixit se ducem fore, qui sequi velint, profiteantur, consurgunt ii, qui et causam et hominem probant, suumque auxilium pollicentur, atque ab multitudine conlaudantur: qui ex his secuti non sunt, in desertorum ac proditorum numero ducuntur, omniumque his rerum postea fides derogatur.“

II. Gewissermassen als eine Vorbereitung zum Kriegsdienste erscheint die Gefolgschaft.[2]) An die einzelnen Gaufürsten (principes), aber auch nur an diese, pflegten sich nemlich tapfere junge adelige und gemeinfreie Männer, welche dieselben aus den sich Erbietenden auserlasen, durch ein beschworenes Band völliger persönlicher Treue und Hingebung anzuschliessen. Dieses Gefolge, Comitatus, kämpfte im Kriege unter dem Fürsten, blieb im Frieden meistens sein Ehrengeleite. Hier konnte der Einzelne sich auszeichnen und Ruhm erwerben. Freilich konnte auf der einen Seite ein solcher Gefolgsherr leicht seine Macht auf Kosten der Gemeinfreiheit ausdehnen; auf der anderen Seite war es oft nicht zu vermeiden, dass die Gewöhnung die Begleiter dazu veranlassen musste, bei langem Frieden Ruhm durch Theilnahme an fremden Kriegen oder Anstiften solcher unter eigenen Führern zu suchen. So wenig dieses Gefolgswesen als die Grundlage der deutschen Verfassung angesehen werden kann, so sehr hat dasselbe gleichwohl beigetragen, blos persönlichen Verbindungen eine politische Unterlage zu geben, wodurch es das

---

[2]) Tacitus Germ. cap. 13. „Insignis nobilitas aut magna patrum merita principis dignationem (i. e. die Würdigung des Fürsten, Auszeichnung durch den Fürsten; so dass dignatio im transitiven Sinne steht. Die Richtigkeit dieser, sowie die Unrichtigkeit so mancherlei anderer Erklärung thut dar Sachsse Grundl. S. 430, und Waitz V.G. I. S. 149 ff.) etiam adolescentulis adsignant: ceteris robustioribus ac jam pridem probatis adgregantur: nec robur inter comites aspici (d. h. jene durch Adel oder väterliche Verdienste Ausgewählte werden denjenigen beigesellt, welche schon in kräftigerem Alter stehen und erprobt sind. Vgl. Waitz a. a. O.; die Erklärung selbst rührt von Orelli her, ähnlich hat sie auch Becker; anschliesst sich Hillebrand S. 35. Anm. 9.). Gradus quin etiam ipse comitatus habet, judicio ejus quem sectantur; magnaque et comitum aemulatio, quibus primus apud principem suum locus, et principum, cui plurimi et acerrimi comites. Haec dignitas, hae vires, magno semper electorum juvenum globo circumdari; in pace decus, in bello praesidium. Nec solum in sua gente cuique, sed apud finitimas quoque civitates id nomen, ea gloria est, si numero ac virtute comitatus emineat: expetuntur enim legationibus et muneribus ornantur et ipsa plerumque fama bella profligant. 14. Cum ventum in aciem, turpe principi virtute vinci, turpe comitatui virtutem principis non adaequare. Jam vero infamem in omnem vitam ac probrosum superstitem principi suo ex acie recessisse. Illum defendere, tueri, sua quoque fortia facta gloriae ejus adsignare praecipuum sacramentum est. Principes pro victoria pugnant, comites pro principe. Si civitas in qua orti sunt longa pace et otio torpeat, plerique nobilium adulescentium petunt ultro eas nationes, quae tum bellum aliquod gerunt, quia et ingrata genti quies, et facilius inter ancipitia clarescunt, magnumque comitatum nonnisi vi belloque tuentur. Exigunt enim principis sui liberalitate illum bellatorem equum, illam cruentam victricemque frameam.“ Vgl. die Anm. 1. abgedr. Stelle Caesar's VI. 23. Es liegt auf der Hand, dass die Worte dieser letzteren: „Atque ubi quis — conlaudantur“ und der so eben aus Tacitus mitgetheilten: „si civitas — tuentur“ sich also nicht auf die Gefolgschaft bezieht, sondern auf die einzelnen Glieder einer aufgelösten, welche bei fremden Völkern Krieg suchen.

Muster und die Quelle späterer Einrichtungen (Beneficial-Lehens-Wesen) ward, und den Schwerpunkt der Verfassung dadurch aus dem versammelten Volke heraus zu dem Haupte und seinem Rathe zu heben, weil die persönlich Verbundenen und Verpflichteten zugleich die Mächtigsten wurden.[3])

Zweites Kapitel.

Römische Besitzungen in Germanien. Die Germanen zur Zeit der Völkerwanderung und die einzelnen Reiche in Folge derselben.

§. 16.

1. Die römischen Besitzungen.[1])

I. Von Gallien aus wurde die Provinzialverfassung von den Römern eingeführt auf dem linken Rheinufer, auf dem folgende Provinzen lagen: Belgica prima längs der Mosel zu beiden Seiten mit der Metropolis Trier (Augusta Trevirorum) — Belgica secunda, die Gegenden zwischen Gallia, Germania secunda und Belgica I. an der oberen Maas umfassend — Germania prima oder superior anfangend vom Ausgange der Schweiz (Basel, Augusta Rauracorum) längs des Rheines bis in die Maingegenden, also den Oberrhein umfassend, mit der Hauptstadt Mainz, (Mogontiacum) — Germania secunda oder inferior unterhalb Koblenz ab den Niederrhein umfassend mit der Provinzialstadt Köln (Colonia Agrippina).[2]) Seit den Zügen des Drusus und Tiberius ward die Provinzialverfassung auch auf das rechte Donauufer verpflanzt und hier begründet: Rhaetia prima ausgehend von den Schweizergegenden und sich hinziehend von den Quellen der Donau bis zu denen des Rheines und von hier bis zur Mündung des Lech in die Donau, in sich begreifend das Hochland; — Rhaetia secunda die Gegenden zwischen Lech und Inn umfassend mit der Hauptstadt Augusta Vindelicorum (Augsburg); — Noricum reichend vom Inn bis gegen Wien hin, sich anlehnend an den Ge-

---

[3]) Ueber das Gefolgswesen ist noch besonders zu vergleichen: Waitz I. S. 94 ff., 120 ff., Sachsse Histor. Grundlagen §. 19 (S. 430 ff.), Roth Beneficialwesen S. 11 ff., der besonders S. 12—17 die oben angegebene Erklärung von Tac. Germ. cap. 13. als die einzig richtige ausführt.

[1]) Literatur bei Phillips D. R. u. R.G. S. 54 fg., v. Daniels R.G. §. 11 ff.

[2]) Zu Ehren der Agrippina, Tochter des Germanicus und Gemahlin des K. Claudius um 50 n. Chr. benannt.

birgszug, der vom Kahlenberge bei Wien bis zu den Alpen geht; — Pannonia an Noricum sich anschliessend, umfasste die Länder welche von der Donau im Norden und durch ihre Richtung nach Süden in Ungarn auch östlich begrenzt werden.

II. Während die beiden Provinzen Germania rein, Belgica zum grössten Theile von Germanen bewohnt waren, gab es in den Donauprovinzen fast gar *keine* germanische Bevölkerung.[3])

III. Zur Vertheidigung dieser Besitzungen diente der noch jetzt erkennbare Limes transrhenanus, Vallum Romanum (Hadrianum) vom Rhein (zwischen Köln und Koblenz) anfangend über die Lahn, längs des Taunus zum Main (bei Aschaffenburg), längs demselben dann oberhalb des Schwarzwaldes, der schwäbischen Alp, dem Neckar bis zur Donau bei Kehlheim hin.[4])

IV. Auf dem linken Rhein- und rechten Donauufer war römische Provinzialverfassung, jedoch ohne die volksthümlichen Einrichtungen gänzlich zu zerstören. Auf dem rechten Rhein- und linken Donau-Ufer war hingegen keine Provinzialverfassung; ein grosser Theil des Bodens war ager publicus und theils Veteranen, theils Kolonen gegen Entrichtung von Naturalabgaben, Zehnten, in Erbpacht gegeben (agri decumates); später entstanden eigentliche Militärkolonieen.

§. 17.

2. Die Germanen und Römer. Deutsche Stämme seit dem dritten Jahrhundert.

I. Bis ins 3. Jahrhundert blieben die Römer Herrn des oben beschriebenen Gebietes, indem weder die Kriege gegen Armin (9 n. Ch.), noch der Aufstand unter Marbod und der Batawer unter Claudius Civilis (69—71 n. Ch.), einen dauernden Erfolg hatte. Auch der Krieg der verbündeten Markomannen und Quaden (168 bis 182 n. Ch.) stürzte die römische Herrschaft nicht, bewies aber, dass die römischen Besitzungen auf die Dauer keinen hinreichenden Schutz gegen die Deutschen hatten.

II. Theils durch aus dem Osten nachrückende Völker gedrängt, theils durch die Nothwendigkeit grösserer Einheit gegenüber den Römern veranlasst, endlich in Folge des Anschlusses kleinerer Völkerschaften an einzelne Heerführer (als Gefolgschaften) zeigt sich allmälig eine grössere Vereinigung der Germanen. In Folge deren treten uns bald neue Namen bald andere Hauptstämme entgegen. Unter dem Namen Alemannen[1]) erscheint seit 213 n.

---

[3]) Eichhorn R.Gesch. I. S. 89.

[4]) Vgl. Eichhorn I. S. 91 ff. und die daselbst Citirten, Phillips Rechtsg. §. 23.

[1]) Joh. Merkel de republica Alamannorum, Berol. 1849. — J. Grimm Gött.

Ch.[2]) das Volk, welches in den römischen Gebieten zwischen Rhein, Main und Schwarzwald sass,[3]) und wiederholt über die römischen Linien gegen Gallien und Italien vordrang, bis es zuletzt die Länder des Oberrheins vom Main bis Bodensee und die Provinz Germania I. einnahm. In die von ihnen verlassenen Gegenden am oberen Main rückten vor die Burgunder.[4]) Am Niederrhein treten um die Mitte des 3. Jahrhunderts die Franci, Franken[5]) auf, welcher Name gleichfalls viele Völkerschaften umfasst: die Chatten, Amsivarier, Sigambrer, Chamaven u. s. f. Sie hatten im 3. Jahrhundert den römischen Grenzwall durchbrochen und später auf dem linken Rheinufer Sitze erhalten. Sie scheiden sich seitdem in die Salier, salische Franken,[6]) welche später Toxandrien die Landstriche zwischen Maas und Schelde einnahmen, — und die Ripuarier, ripuarische Franken,[7]) welche an den Rheinufern sassen, nemlich vom 5. Jahrhundert auch auf dem linken längs den Saliern. Im Norden zwischen Rhein und Elbe von den Franken anfangend werden die ingävonischen Stämme mit dem Namen der Sachsen[8]) bezeichnet, welche zur See besonders durch Einfälle in Britannien den Römern schadeten, auch im 5. Jahrhundert daselbst Königreiche gründeten. Zwischen Sachsen und Franken im Norden sassen die Friesen vom Rheine bis zur Weser, und drangen nach dem Vorrücken der Franken mehr nach dem Westen, in die Gegend von Utrecht vor. Seit der Mitte des 3. Jahrhunderts erscheinen im Osten viele Stämme unter dem Namen der Gothen, welche sich bis in die Mitte des 4. Jahrhunderts von dem schwarzen Meere, der untern Donau, dem Don bis zur Ostsee hin

---

Gel. Anzeigen 1835. S. 1103. und Gesch. d. D. Sprache 2. Aufl. I. S. 348 (n. 498) leitet den Namen her von ala (Verstärkungssilbe) und man, ein rechter, echter Mann, und sagt, dass er mit Recht passend bei Franzosen und Spaniern alle Deutschen bezeichne. Die übrigen Etymologien gibt Merkel l. c. p. 3 u. 25. Phillips D. R.G. §. 26. nimmt ihn für ellmyn, Fremdlinge, wie vor ihm Müller und Adelung.

[2]) Merkel l. c. pag. 3. n. II. Phillips a. a. O.

[3]) Eichhorn D. St. u. R.G. I. S. 100. Merkel p. 4. Also in den alten Sitzen der Sueven, welche offenbar den grössten Theil unter ihnen ausmachten.

[4]) Phillips D. R.G. §. 26. Eichhorn I. S. 104 ff.

[5]) Ich folge der Darstellung von Eichhorn D. St. u. R.G. I. S. 121 ff., Phillips D. R. u. R.G. §. 27. — Den Namen leitet man wohl am Besten ab von frank (frei) mit Grimm Gesch. d. D. Spr. I. S. 237 u. 358. Andere leiten ihn ab von framea, franka (Deminutivum), worüber Grimm a. a. O. S. 359.

[6]) Diese hängen zusammen mit den Sigambern. Der Name kommt her vom Gau Salo an der Issel (Isula), wo der Rhein sich spaltet und das Land Salland hiess. Grimm Gesch. d. D. Spr. I. S. 369 (528 f.). Vgl. über andere Etymologieen Phillips.

[7]) Der Name, von ripa herkommend, ist die Uebersetzung des alten deutschen Ubier, welche in ihnen enthalten sind. Grimm a. a. O. I. S. 368 (527).

[8]) Von Sahs, einem ihnen eigenthümlichen kurzen Schwerte. Grimm Deutsche Rechtsalterth. S. 772, 956.

erstreckten. Sie schieden sich in Ostgothen (Grauthungen) und Westgothen (Terwinger).[9]

III. Bis in die Mitte des 4. Jahrhunderts hin fanden zwischen den römischen und germanischen Völkerschaften beständige Reibungen statt, welche zwar *keine* dauernde Besiegung der römischen Macht herbeiführten, indem durch Einräumen von Wohnsitzen, Abschliessen von Bündnissen und Aufnahme deutscher Söldner der Anprall abgehalten wurde; jedoch war seit 350 die römische Grenze überall durchbrochen, so dass es nur eines Anstosses bedurfte, um die Römerherrschaft zu vernichten. Dieses bewirkte die Völkerwanderung.

§. 18.

3. Die Germanische Völkerwanderung.[1]

I. Kurz vor dem Tode K. Valentinians († 375) überschritten die nomadisirenden Hunnen, aus Asien vorrückend, die Wolga, wälzten sich auf die Alanen am Pontus, und mit diesen vereint auf die Ostgothen. Diese wurden zum Theil unterjocht, zum Theil von den Westgothen aufgenommen. Letztere wichen vor den unaufhaltsam weiter vordringenden Schaaren zurück und fanden in Thracien durch die Aufnahme der Römer Wohnsitze gegen die Pflicht zum Kriegsdienste.[2] Nach der Theilung des Reiches unter Arcadius (für den Osten) und Honorius (Westen) empörten sich die Westgothen unter dem Balthen Alarich, verheerten das Reich, fielen 400 in Italien ein, verliessen dasselbe zwar nochmals, bis Alarich mehrmals vor Rom rückte, endlich 410 dasselbe einnahm und plündern liess. Nach Alarichs Tode (410) schlossen die Gothen mit den Römern ein Bündniss, gingen unter Athaulf nach Gallien, und liessen sich in dessen Süden nieder. Von hier drangen sie auch in Spanien ein.

II. Um diese Zeit (genauer 405 oder 406) zog ein verbündeter Haufe von Sueven, Vandalen, Alanen, Burgundern nach Italien, wandte sich von dort in Folge der Gegenwehr des römischen Feldherrn Stilicho zu den oberen Rheingegenden, von hier aus nach Gallien und nach dessen Verwüstung nach Spanien. Hier wurden sie von den Gothen auf den westlichen Theil (Galicien, Asturien, Portugal) beschränkt. Ein Theil der Gothen überschritt

---

[9]) Vgl. Phillips §. 25. u. Eichhorn §. 21 b.

[1]) Dem mündlichen Vortrage muss es vorbehalten bleiben, den Plan, Zweck, sowie die Art und Weise der Wanderungen darzustellen, so weit dies überhaupt hier erforderlich ist.

[2]) Auf die näheren späteren Verhältnisse, die Schlacht bei Hadrianopel 378, den folgenden Zug der Gothen vermischt mit noch anderen Völkerschaften und die Verhältnisse unter Theodosius d. G. kann im Einzelnen nicht eingegangen werden.

später die Pyrenäen von Neuem und erhielt von den Römern Aquitania secunda. Die Vandalen hatten nach dem Rückzuge der Gothen ihre Wohnsitze wieder bedeutend ausgedehnt; im J. 429 zog aber der grösste Theil, der Einladung des Statthalters Bonifacius folgend, unter dem Könige Gaiserich von vielen Alanen begleitet nach Afrika, und gründete hier ein germanisches Reich. Die Sueven und Alanen erhielten sich noch eine Zeit lang im Westen Spaniens, bis sie sich mit andern Völkerschaften vermischten. Die Burgunder, welche sich an jenen Zug angeschlossen und den Rhein überschritten hatten, blieben in Germania I. sitzen, wurden hier zuerst von den Römern (unter Aëtius) bekämpft, sodann auch von den Hunnen besiegt. Sie zogen nunmehr südwärts und bekamen von den Römern 443 neue Sitze angewiesen zu beiden Seiten des Jura zwischen Aar, Rhone, Saone, Marne bis zu den Vogesen und Sevennen.

III. Gegen die Mitte des 5. Jahrh. treten die Hunnen unter Attila furchtbar auf. Nachdem sie die Ostgothen, Gepiden, Alanen, Scyren, Sueven unterworfen, somit ihre Macht über den grössten Theil Deutschlands ausgebreitet hatten, warfen sie sich auf Gallien, wurden aber von den vereinigten Römern, Gothen, Burgundern und Franken in Campis Catalaunicis (bei Châlons sur Marne in der Champagne) 451 geschlagen. Attila warf sich nun nach Italien; hier starb er kurz nachher. Mit ihm zerfiel das Hunnenreich; die Ueberreste kehrten zum Pontus zurück und haben seitdem aufgehört, in der Geschichte unter diesem Namen aufzutreten. Die unterjochten germanischen Völker wurden dadurch befreit, namentlich: Ostgothen in Panonien, Gepiden in Dacien, Heruler, Scyren, Rugier und Sueven in Norikum, Vindelicien. Aus dem Osten Germaniens waren so die deutschen Stämme herausgerückt; nicht minder hatten die Markomannen Böhmen verlassen und um die Mitte des 6. Jahrh. zwischen Enns und Lech in Norikum und Rhätien Sitze eingenommen unter dem Namen der Bajovarii, Bajuwari, Baiwari, Baiern.[3]) In diese östliche Gegenden rückten nach die slavischen Völker: nach Böhmen die Čechen, nördlich von denselben längs den Elbufern die Sorben, weiter nördlich im heutigen Meklenburg u. s. f. die Obotriten.[4]) Weiterhin gründeten ein neues Reich die Alemannen, welche, zwar ihre alten Sitze nicht ganz verlassend, den Rhein überschritten und das Gebiet zwischen ihm, der Mosel, Saar, bis zu den Burgundern einnahmen. Während im burgundischen Reiche die romanische Sprache

---

[3]) Dass die Baiern nicht Nachkommen der keltischen Bojer, sondern der Markomannen sind und ihr Name an den ihres früheren Wohnsitzes (Böhmen) sich anschliesst, thun dar: Grimm Gesch. d. D. Spr. I. S. 350 ff. (502—504), Zeuss die Herkunft der Baiern von den Markomannen, München 1839. Vgl. Phillips D. R. u. R.G. §. 30.

[4]) Zeuss die Deutschen, S. 641. Literatur bei Phillips a. a. O.

zur Herrschaft kam, behielt dies alemannische Gebiet seine deutsche bei. Die im alten Norikum und Vindelicien sitzenden Völkerschaften zogen nach Italien, wählten hier den Odoaker[5]) zu ihrem Anführer; dieser stürzte 476 den letzten Kaiser Romulus Augustulus vom Throne, begründete so ein germanisches Reich. Dieses aber wurde bald durch ein anderes germanisches abgelöst, indem Theodorich der Grosse, König der Ostgothen, nach Italien zog, das Herulerreich zerstörte und seine Herrschaft über Italien nebst Sicilien, das ihm K. Zeno und die Vandalen abtraten, bis zur Rhone, über Rhätien, Norikum bis in den Süden Panoniens hinein ausdehnte.[6]) Mittlerweile waren in die Donaugegenden auch die Langobarden vorgerückt. Diese besiegten die Gepiden (546) verbanden sich mit sarmatischen und avarischen Stämmen, zogen nach Italien und gründeten (568) das Longobardenreich mit der Hauptstadt Pavia. Die Oströmer, welche die Ostgothen im J. 554 besiegt hatten, wurden auf Unteritalien und die Länder bis zum Po und von hier bis gen Ancona beschränkt.

Drittes Kapitel.

Geschichte des fränkischen Reichs.

§. 19.

1. Die Franken unter den Merovingern.*)

Die salischen Franken (§. 17) wandten sich im J. 445 unter dem Könige Chlodio (oder Chlogio) nach Gallien und nahmen die Gebiete zwischen Maas und Somme ein.[1]) Ueber deren nähere Verhältnisse sowohl unter ihm als unmittelbar nachher ist nicht mit Bestimmtheit zu urtheilen.[2]) Bald als dessen Sohn, bald als seinen Verwandten nennt Sage und Geschichte einen

---

[5]) Dass derselbe nicht von Vornherein Anführer, die Völkerschaften nicht seine Gefolgschaft waren, wie Eichhorn D. St. u. RG. I. S. 113 ff. und die Meisten annehmen, zeigt Roth Gesch. des Beneficialwesens S. 25 ff.

[6]) Theodorich ist Mittelpunkt vieler Heldensagen, in denen er als Dietrich von Bern (Verona) auftritt.

*) Die oben §. 6. angef. Werke von Gregor von Tours, Fredegar u. a., wozu noch kommt Cassiodori (470—563) Variarum historiarum libri 12., Isidorus Hispalensis († 636) historia Gothorum, Vandalorum, Suevorum u. a.

[1]) Gregor. Touron. II. 9.

[2]) Man vgl. Waitz Deutsche Verfassungsgeschichte II. S. 36 ff.

König Merovech,[3]) von welchem die späteren Könige sich Merovinger nannten. Als dessen Sohn erscheint Childerich, welcher in mannichfache Beziehung zu den Römern und auch zu einzelnen deutschen Stämmen trat. Sein Sohn und Nachfolger (481) Chlodovech (Chlodwig) ist Begründer des fränkischen Reiches. Als er zur Herrschaft kam, hatten die Römer inne das Gebiet zwischen Somme und Loire, Armoricum (Bretagne), und einen Theil des Gebietes auf beiden Rhoneufern. Dieses Gebiet beherrschte seit dem Untergange des weströmischen Reiches selbstständig der Sohn des letzten römischen Statthalters Aegidius, Syagrius. Gegen ihn brachte Chlodwig ein Bündniss aller salischen und der ripuarischen Franken zu Stande, schlug ihn dann im J. 486 bei Soissons, erwarb so Gallien bis zur Seine und erwählte Paris zu seinem Hauptsitze. Im J. 496[4]) besiegte er die verbündeten Alamannen bei Zülpich. Zufolge eines in der Schlacht gemachten Gelübdes nahm er alsdann den katholischen Glauben an, während die meisten deutschen Stämme, welche sich dem Christenthum zugewandt hatten, dem Arianismus huldigten.[5]) Dieses Faktum wurde entscheidend für die Wendung der fränkischen und deutschen Geschichte. Zunächst ward Alemannien, soweit dasselbe den Elsass und die rechtsrheinischen Gebiete der Diöcesen Strassburg, Speier und Würzburg umfasste,[6]) fränkisch; hiezu kam 497 das Gebiet zwischen Seine und Loire. Nunmehr wandte er sich, um den Arianismus zu stürzen, veranlasst durch die Bischöfe Südgalliens, gegen die Westgothen, besiegte dieselben (507) bei Vouglé unweit Poitiers und eroberte deren Land mit Ausnahme der Provincia Narbonensis I. An weiterem Vordringen hinderte ihn der Ostgothe Theodorich. Chlodwig erhielt (508) vom (oströmischen) Kaiser Anastasius, der ihm bereits nach seiner Bekehrung den Titel eines Patricius Romanus verliehen hatte, den Namen eines Proconsul. In den letzten Lebensjahren gelang es Chlodwig, durch Ermordung der einzelnen fränkischen Könige alle Frankenstämme unter seinem Königthume zu vereinigen. Er starb 511 zu Paris.

---

[3]) Die Sage lässt ihn entstanden sein durch die Umarmung eines Meerungeheuers, welches die Gattin Chlogio's beim Baden überrascht habe.

[4]) Der angebliche Feldzug gegen die Thüringer im J. 491 ist nicht sicher, da dieselben nicht an das fränkische Reich grenzten und nichts über eine Untersuchung der zwischenliegenden Stämme überliefert wird. Es sind andere Thoringer gemeint. Vgl. Waitz a. a. O. II. S. 59.

[5]) Schon vorher hatte er in gutem Verhältnisse mit der kath. Geistlichkeit gestanden, Waitz II. S. 47 fg.

[6]) Eichhorn I. §. 22., Phillips a. a. O. S. 124. Sein weiteres Vordringen verhinderte Theodorich, welcher die alemannischen Gegenden von der Donau an, also besonders Rhätien dem Ostgothenreiche einverleibte.

Unter seinen 4 Söhnen wurde das Reich getheilt. Das altfränkische[7]) Land unter dem Namen Austrasia, Osterland, erhielt Theodorich I.; das den Römern abgenommene Gebiet (bis zur Loire gehend von den Grenzen Austrasiens) Neustrien[8]) mit dem Sitze Paris erhielt Childebert I.; Chlodomir ward König von Orleans, Chlotar I. von Soissons. Im Jahre 558 war von allen nur noch übrig Chlotar, welcher so das Reich wieder vereinigte. Dies hatte sich über die Thüringer ausgedehnt nach einem Siege über dieselben im J. 528. Fränkisch wurde deren Land bis zur Unstrut; das von dieser nördlich gelegene fiel an die Sachsen.[9]) Im J. 534 kam Burgund dauernd an die Franken; seit der Auflösung des ostgothischen Reiches fiel den Franken auch die Provincia Romana (Provence) zu. Freiwillig schlossen sich hierauf an die bisher nicht unterworfenen Alemannen[10]) und unter ihren Königen (Duces) aus dem Geschlechte der Agilolfinger die Bayern (536). Die folgende Herrschaft der merovingischen Könige ist ausgefüllt durch unzählige Familiengräuel. Daneben laufen zahlreiche Kriege mit den Grenznachbarn des weiten Reiches. Für die Rechtsgeschichte bedarf es nur der Hervorhebung weniger Fakten. In Folge der Theilung unter den Söhnen Chlotar I. setzte sich die bereits durch die frühere Theilung begründete Scheidung des Reiches in ein östliches und westliches noch mehr fest. Das östliche, Austrasien, umfasste: das alte Ripuarien, die fränkischen Besitzungen am Rhein, die alten salischen Gebiete im Osten der Maas. — hierzu Elsass und das fränkische Alemannien, später auch das Herzogthum Schwaben und Bayern nebst dem Lande der Hessen. Neustrien umfasste im weiteren Sinne alles andere fränkische Land, im engeren: das salische Land zwischen Maas, Schelde und Sambre, das römische Gebiet bis zur Loire und den längs der Seine liegenden Theil von Armorikum. Daneben tritt dann Burgund als besonderer Bestand-

---

[7]) Umfassend a) die Stammsitze der Franken am Rheine, b) Ripuarier, c) die ersten Eroberungen in Gallien bis zur Somme. Hauptsitz war unter Theodorich Metz. Dazu kamen als ausgezeichnete Orte Trier und Aachen. Zu diesem fränkischen Lande wurde dann auch der alemannische Elsass geschlagen und zu Austrien gerechnet. In späterer Zeit umfasste diese Bezeichnung auch die übrigen zum Frankenreiche gehörigen deutschen Länder (Baiern, Thüringen). Aquitanien erhielt ebenso Theodorich.

[8]) Dies Wort bedeutet ursprünglich = niustria, niuwestria, niwestria, Neuwesterland; später aber bezeichnet es einfach Westerland für Westria oder Westrasia im Gegensatze zu Austria, Austrasia. Grimm Gesch. d. D. Spr. I. S. 870. Anm.

[9]) Hierdurch hörte der Name Thüringen in seiner alten Bedeutung auf. Der fränkisch gewordene Theil nebst dem fränkischen Alemannien auf dem rechten Rheinufer führt von da ab den Namen Franconia. In die Gegenden an der Regnitz bis gegen Bamberg hin rückten slavische (wendische) Stämme.

[10]) Dies bildete seitdem ein abgeschlossenes Gebiet: Herzogthum Alemannien oder Schwaben. Ebenso blieb Bayern ein solches Herzogthum.

theil auf, desgleichen Aquitanien. Der Hauptgegensatz war Austrasien und Neustrien, besonders wegen der durch die Theilungen bewirkten Rechte der Grossen. Im J. 613 vereinigte Chlotar II. von Neuem das ganze fränkische Reich unter seinem Scepter, musste jedoch den Austrasiern, welche jede enge Verbindung mit Neustrien verschmähten, seinen Sohn Dagobert I. zum Könige geben. Ihm zur Seite als Vormünder und Reichsverweser standen die ersten unter den austrasischen Grossen, Arnulf[11]) und Pippin von Landen.[12]) Letzterer erlangte hier das Amt eines Majordomus;[13]) nach dem Tode Chlotars (628) gelangte Dagobert auch zur Herrschaft in Neustrien, wo er von da ab regierte. Weil er den Pippin aus Furcht vor dessen Macht mit sich genommen hatte, litt Austrasien unendlich, namentlich durch die Verluste gegen die Slaven unter Samo. Um dem abzuhelfen, gab er seinen Sohn Sigibert III. den Austrasiern zum König und setzte in Thüringen einen Herzog, Radulf, ein. Nach dem Tode Dagoberts (638) kehrte Pippin nach Austrien zurück und führte noch ein Jahr lang das Amt des Majordomus fort. Dessen Inhaber waren von jetzt ab eigentlich die Regierer des Reiches, während die verkommenen Könige nur den Namen hergaben. In Austrasien kam das Amt an den Sohn Pippins, den Grimoald, sodann an des letzteren Sohn, Childebert, mit welchem der Mannsstamm erlosch. Hierdurch gelang es K. Chlodwig II. das Reich nochmals zu vereinigen. Zwischen den Hausmeiern der drei Reiche (Austrasien, Neustrien, Burgund) kam es, da die Könige Schatten waren, zu unablässigen Kämpfen. Eine Zeit lang hatten die neustrischen Majoresdomus die Oberhand, bis Pippin von Heristall[14]) Herzog in Austrasien, die Neustrier bei Testri 685 schlug und seiner Familie die wirkliche Gewalt im ganzen Reiche verschaffte.[15]) Auf ihn folgte, da sein Sohn Grimoald ermordet wurde, im J. 714 sein unehelicher Sohn Karl, zubenannt Martell, welchem die Christenheit für die Besiegung der unter Abderrahaman aus Spanien nach Zerstörung des westgothischen Reiches (711) in Frankreich eingedrungenen Mauren (bei Poitiers 732, bei Narbonne 737) zu ewigem Danke verpflichtet ist. Karl theilte das Reich unter seine Söhne Karlmann, der Austrasien,

---

[11]) Abstammend von dem romanischen, jedoch in Austrasien einflussreichen, Geschlechte der Tonantii Ferreoli. Phillips Deutsche Geschichte II. S. 6 fg., wo der Stammbaum mitgetheilt ist.

[12]) Vgl. Phillips a. a. O. u. Deutsche St. u. R.G. S. 132.

[13]) Ob auch Arnulf Majordomus gewesen sei, ist streitig. Vgl. Phillips D. Gesch. I. 315, 317, 519, D. R. u. R.G. S. 131 für, Schöne die Amtsgewalt der fränk. Majoresdomus S. 78 fg. gegen dessen Majordomat.

[14]) Sohn des Ansegisel, des Sohnes von dem genannten Arnulf, und der Begga, Tochter Pippin's von Landen.

[15]) Er führte den Titel dux et princeps Francorum.

und Pippin, der Neusrtrien mit Burgund und Provence erhielt. Ersterer ging 747 in ein Kloster, und so war Pippin mit dem Beinamen der Kleine Alleinherrscher.

2. Die Karolingische Dynastie.*)

§. 20.

a. Bis zum Tode Karls des Grossen.

Auf Andringen der Grossen des Reiches sandte Pippin an Papst Zacharias Boten ab, um ihn zu befragen über die Stellung der damaligen fränkischen Könige, welche nur den Namen des Königs, nicht aber dessen Macht inne hätten. Nachdem der Papst erklärt: es sei besser, dass der König heisse, welcher die höchste Gewalt besitze,[1]) liess Pippin sich im J. 752 auf dem Reichstage zu Soissons am 5. März vom h. Bonifacius, Erzbischof von Mainz, zum Könige der Franken krönen und salben. Ihn erkannte das versammelte Volk durch Jubel und die Erhebung auf dem Schilde an. Den letzten Merovinger, Childerich III., steckte man in ein Kloster. K. Pippin musste seine Anerkennung bei den nicht fränkischen Stämmen mit dem Schwerte erzwingen, regierte indessen nicht lange genug, um dies dauerhaft zu erreichen. Papst Stephan II. legte ihm den Titel Patricius ecclesiae Romanae und damit die Schutzpflicht über die Kirche bei, deren er sich, vom Papste gegen den Langobardenkönig Aistulph zu Hülfe gerufen, in der Art entledigte, dass er 754 und 755 nach Italien zog, nach Besiegung der Langobarden die von diesen dem Papste entrissenen Ländereien letzterem zurückstellte und durch eine feierliche Urkunde garantirte.[2])

Ihm folgten 768 seine Söhne Karl in Austrasien, Karlmann in Neustrien. Nach Karlmanns Tode (771) entzog Karl dessen Söhnen die Herrschaft und regierte von da ab bis zum 28. Januar 814 allein. Karl der Grosse erhielt durch seine 53 Feldzüge nicht nur das Frankenreich in der bisherigen Ausdehnung, sondern unterwarf die meisten deutschen Völkerstämme, so dass sein Reich von der Eider bis in Italien (Ravenna) hinein, von der Saale bis zum

*) Einhardi († 844) annales (von 741—829) Monum. Scriptor. I. p. 135—218; vita Karoli imper. ib. II. p. 426—463. Nithardi († 843) historiarum libri IV. ib. II. p. 649—672. Monachi Sangallensis de gestis Karoli Magni libri II., ib. p. 726—763; Poetae Saxonis annal. de gestis Caroli magni imp. a. 771—814, ib. I. p. 225—279. Reginonis abbatis Prum. Chron. (bis 906) ibid. I. p. 537—612.

[1]) Einhardi Annales ad a. 749.

[2]) Vgl. über die Beziehungen der Päpste zu den Franken von Karl Martel anfangend noch Papencordt Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter. Herausgeg. von Höfler. Paderborn 1857. S. 80 ff.

Ebro, von Ungarn bis zur Bretagne sich erstreckte. Von dem Papste zu Hülfe gerufen eroberte er das Langobardenreich, entthronte den Desiderius und liess sich zum Könige von Italien ausrufen (774), welche Würde durch Unterdrückung eines Aufstandes im J. 776 befestigt wurde. Er bestätigte hierauf dem Papste Hadrian I. die Pippinische Restitution und Donation. Um der christlichen Religion Schutz zu geben und die Ermordung christlicher Missionäre zu rächen,[3] begann er den Kampf gegen die Sachsen, welcher in den Feldzügen von 772—804 mit deren Unterwerfung und Einverleibung in das fränkische Reich endigte,[4] jedoch in der Art, dass die Sachsen nur hauptsächlich der königlichen Gewalt unterworfen wurden, im Uebrigen ihre Verfassung und Rechte ziemlich beibehielten, soweit nicht das Reichsverhältniss und das bei ihnen eingeführte Christenthum ein Anderes von selbst herbeiführten.[5] Während dieser Kriege mit den Sachsen war (787) der Herzog von Benevent in Unteritalien dem fränkischen Reiche dienstbar gemacht, das Land der Friesen im J. 785 dem Frankenreiche untergeben[6]), bei den Bayern in Folge des Aufstandes von Herzog Thassilo II.[7]) das Herzogthum abgeschafft und das Land unter directe fränkische Verwaltung gestellt (788) worden. Hierauf zog Karl gegen die Avaren (im heutigen Niederösterreich und Pannonien), mit denen Thassilo ein Bündniss gegen die Franken geschlossen hatte, besiegte dieselben (791—799) und errichtete in den hierdurch gewonnenen Ländern die avarische Mark, Austria, marca australis, plaga orientalis, welche zu dem bayrischen Verwaltungsgebiete geschlagen wurde;[8])

---

[3]) Leo Vorlesungen über die Geschichte des deutschen Volkes und Reiches, Berlin 1842 ff. Bd. I. S. 498 ff.

[4]) Das Land der Sachsen, welches so mit dem fränkischen Reiche vereinigt wurde, umfasste: Westfalen (bis zum Rheine, zu den Friesen, zur Weser, im Süden an die Hessen stossend), Engern (zwischen Weser und Harz), Ostfalen (zwischen Harz und Elbe), Nordalbingien (die Länder im Norden der Elbe bis zur Eider; Holstein).

[5]) Die nothwendigen Aenderungen führte ein das Capitulare Paderbrunnense a. 785 (Pertz Monum. Legum I. 48., Merkel Lex Saxonum pag. 16. Abdrücke, bei Gengler Grundr. S. 69 ein Auszug mit den nöthigen literarhistorischen Notizen sachlichen u. sprachl. Erklärungen) und s. g. Capitulare Saxonum oder Saxonicum im J. 797 zu Aachen auf einem Reichstage der fränk. geistl. u. weltl. Grossen u. der Sachsen „de diversis pagis tam de Westfalahis et Angariis quam et de Ostfalahis" gemacht (bei Pertz Leg. T. I. p. 75, Merkel l. c. p. 19.).

[6]) Eichhorn D. St. u. R.G. I. S. 488.

[7]) Gemahl einer Tochter des Desiderius. S. die Literatur bei Gengler Grundr. S. 54. u. bes. dort Anm. 7. über die Wichtigkeit, welche die Franken diesem Ereignisse beilegten. Max Büdinger Oesterreichische Geschichte Bd. I. Leipzig 1858, S. 123 ff.

[8]) Dümmler über die südöstl. Marken des fränk. Reichs unter den Karolingern

die südlichen Theile (nemlich Unterpannonien zwischen Sau und Drau, Kärnthen im alten Sinne, Liburnien, Istrien, Dalmatien und Friaul) wurden zu einer Markgrafschaft Friaul (Forum Julii) gebildet. Eine Menge von Ländereien fielen an den Fiskus; von diesem wurden sie an Kirchen und Klöster, wie auch an Private verliehen,[9]) und hierdurch viele Kolonisten aus Bayern, Franken und Sachsen hereingezogen. Gegen die Böhmen, welche von Karl in den J. 805 und 806 bekriegt, aber nicht unterworfen wurden, errichtete er eine Mark (die nordgauische) mit dem Sitze des Markgrafen in Regensburg.[10]) Im Norden legte er gegen die slavischen Stämme zwischen Ostsee, Elbe und Oder (die Velatabi, Wilsen, Obothriten) an die sächsische Mark (limes saxonicus) unter dem Markgrafen zu Magdeburg, Scesla (Altenzelle) und Bardewic (im Bardengau), gegen die Sorben (zwischen Saale und Elbe) die sorbische Mark (limes sorabicus, thüringische Mark) mit dem Markgrafen in Erfurt. Nicht minder befestigte er die Grenzen im Süden, indem er nach glücklichen Zügen gegen die Saracenen in Spanien von den Pyrenäen bis zum Ebro die Marca Hispania gründete. Gegen die Dänen endlich wurde 811 durch Vertrag die Eider als Grenze festgestellt.

Für die Geschichte überhaupt und die deutsche insbesondere ist das wichtigste Ereigniss unter Karls Regierung, dass Papst Leo am Weihnachtstage des Jahres 800 ihm die römische Kaiserkrone aufsetzte, und auf diese Weise die abendländische Kaiserwürde erneuerte, zugleich aber von den Römern auf die Germanen übertrug.[11]).

(Archiv f. die Kunde österr. Geschichtsquellen Bd. X. S. 1 ff.), ders. Pilgrim von Passau oder das Erzbisth. Lorch, Leipz. 1854. Büdinger a. a. O. S. 167. Die Mark ging von der Enns bis zur Raab.

[9]) Dümmler Pilgrim v. Passau S. 11. u. die Anmerk. dazu und Büdinger a. a. O. S. 161 ff.

[10]) An diese schloss sich an das Gebiet der slavischen Mähren, welche unter Moimir 822 zum erstenmal erwähnt werden, fränkische Oberhoheit anerkannten, jedoch nur jährliche Geschenke entrichteten und, weil nicht mit Waffengewalt bezwungen, keinem kirchl. Sprengel noch politischen Gebiete zugetheilt wurden. Dümmler a. a. O. S. 11. Vgl. über die Verhältnisse Böhmens unter Karl noch Franz Palacky Geschichte von Böhmen Bd. I. S. 99 ff.

[11]) Man sehe hierüber, sowie über Karl überhaupt: Eichhorn D. St. u. R.G. I. 525 ff., Phillips D. Gesch. II. 75 ff. Ueber die angeblich aus der Kaiserwürde abgeleiteten neuen Rechte sehe man besonders Roth Beneficialw. S. 414 f. (gegen Eichhorn). Vgl. auch Hillebrand Lehrb. S. 175. — Ueber die Anschuldigung gegen Papst Leo, welche dessen Feinde machten und des Papstes freiwillige Ableistung des Reinigungseides s. Hildenbrand die purgatio canonica u. vulgaris, Münch. 1841. S. 45 ff. Vgl. auch Döllinger Kirchengesch. I. S. 415 ff.

§. 21.

b. Bis zum Aufhören der Karolinger im ostfränkischen Reiche (814—888).

Beim Ableben Karls fiel das ganze Reich an dessen einzigen noch lebenden Sohn Ludwig, mit dem Zunamen des Gutmüthigen (Louis le Débonnaire bei den Franzosen.[1]) Durch die Theilung des Reiches unter seine Söhne Lothar, Pippin und Ludwig,[2]) sowie die nach der Geburt eines vierten Sohnes Karl (der Kahle, weil er leer ausging) erfolgte neue Theilung entstand ein beständiger Kampf zwischen Vater und Söhnen, der bis zum Tode des ersteren im J. 840 anhielt und erst im J. 843 durch den Vertrag zu Verdun geendet wurde, nachdem Pippin schon zu Lebzeiten Ludwigs des Frommen gestorben war. Lothar erhielt: Italien, Burgund, das Land auf dem linken Rheinufer bis zur Maas und Schelde mit Ausschluss der Gaue von Speier, Worms und Mainz;[3]) Ludwig bekam alle östlich vom Reiche Lothars belegenen Länder sowie die Hoheit über die tributpflichtigen slavischen Völker und dazu die Gaue von Speier, Worms und Mainz; Karl erhielt das Frankenreich, soweit es im Westen des lotharingischen lag, mit Ausschluss von Aquitanien, welches an Pippin Sohn des verstorbenen Pippin kam. Nach Lothars Tode (855) zerfiel sein Reich unter seine Söhne Ludwig II. (Kaiser seit 850 durch Leo IV., vorher 844 von Sergius II, zum Könige gekrönt), der Italien, und Lothar, welcher die deutschen Länder bekam.[4]). Diese letzteren treten seitdem als ein besonderes Gebiet unter dem Namen Lothringen (Lotharii regnum) auf. Nach dessen Tode 869 fiel die eine (deutsche) Hälfte[5]) an Ludwig den Deutschen, die andere an Karl den Kahlen. Dieser erhielt nach Ludwigs II. Tode auch die Kaiserkrone. Nach Ludwig des Deutschen Tode erhielt dessen Sohn Karlmann als König Bayern mit den Grenzgebie-

---

[1]) Italien hatte Bernhard, unebenbürtiger Enkel Karls von dessen Sohne Pipin erhalten; dieser wollte nach Ludwigs Kaiserkrönung (816 zu Rheims durch Stephan IV.) dessen Hoheit nicht anerkennen, wurde aber besiegt, geblendet und starb hierauf.

[2]) Die „Divisio imperii domni Hludowici inter dilectos filios suos, inter Hlotharium videlicet et Pippinum et Hludowicum anno IV. imperii sui" steht bei Pertz Mon. Leg. I. p. 198 ff., im Auszuge mit Erläuterungen, Nachweisen von Literatur u. s. f. bei Gengler Grundr. S. 96 ff.

[3]) Sein Reich umfasste also ausser Italien und der Provence die westliche Schweiz und das Land zwischen dem Rheine, der Rhone, Saone, Maas und Schelde bis nach Friesland hin. Die Gebiete auf dem linken Rheinufer waren deutscher Zunge.

[4]) Der Dritte, Karl, hatte die Provence erhalten, starb aber 863; die beiden anderen theilten sich in dieselbe.

[5]) Das linke Rheinufer von Basel bis Leyden mit Strassburg, Nancy, Trier, Metz und Aachen. Vgl. Phillips D. R. u. R.G. §. 67.

ten, Ludwig als König das ostfränkische Reich mit Sachsen, Karl Schwaben (Alemannien). Lothringen wurde unter die beiden letzteren vertheilt, darauf theilten sich Ludwig und Karl in Karlmanns († 880) Länder, so dass Ludwig ganz Lothringen erhielt, Karl die Langobardischen Länder.[6]) Nach Ludwigs Tode (884) erhielt fast das ganze Reich[7]) Ludwigs des Deutschen Karl, zubenannt der Dicke (Charles-le-Gros), welcher bereits die Kaiserwürde beim Tode Karls des Kahlen erworben hatte (i. J. 881). Nach Karlmanns (des Sohnes des westfränkischen Karolingers Ludwig II.) Tode (884) wurde dessen nachgeborner Sohn Karl der Einfältige (le Simple) ausgeschlossen und so Karl der Dicke von Neuem alleiniger Herrscher im Frankenreiche. Von allen Seiten mehrten sich die Angriffe gegen das Reich, besonders Seitens der Saracenen und Normänner. Als Karl keinen Widerstand zu leisten vermochte, zog Arnulf von Kärnthen nach Bayern, wurde hier als König anerkannt, setzte zu Tribur Karl ab und kam so an die Spitze des ostfränkischen Reiches mit Inbegriff Lothringens. Karl starb 888; seit dessen Tode blieb die Trennung des ost- und westfränkischen Reiches eine dauernde und bildete sich das deutsche Reich.[8])

---

[6]) Diese waren nach Ludwigs II. Tode an Karl den Kahlen († 877), dann an Ludwig II. den Stammler (le Bègue), seinen Sohn gefallen, der 879 starb. Dessen Söhne Ludwig III. und Karlmann starben 882 und 884.

[7]) Kärnthen nebst Pannonien hatte Arnulf, unehelicher Sohn von Karlmann (Sohnes Ludwig d. D.) erhalten. Ern. Dümmler de Arnulfo Francorum rege. Dissert. inaug. Berol. 1852. pag. 3 sq. Ders. die südöstl. Marken S. 39, 47.

[8]) Vgl. Phillips D. R. u. R.G. §. 67. und die angef. Schrift von Dümmler, dazu Wenck die Erhebung Arnulfs und der Zerfall des karolingischen Reichs. Leipz. 1852.

Erst von hier ab kann man ein selbstständiges deutsches Reich annehmen, nicht vom Vertrage von Verdun.

Im westfränkischen Reiche kam Odo (Eudes) Graf von Paris zur Regierung, der 896 mit Karl dem Einfältigen das Reich theilte; auf diesen folgte 898 Robert I. (Bruder Odo's) Herzog von Frankreich (— 922), dann Raoul (Rudolph) Herzog von Burgund (— 923), Ludwig IV. (Sohn Karls III. des Einfältigen; — 936); Lothar (dessen Sohn; — 954), Ludwig V. (der Taugenichts, dessen Sohn, — 986). Darauf Hugo Kapet.

Burgund zerfiel in zwei Reiche: Arelat unter Ludwig (Sohn Boso's und der Tochter K. Ludwigs II., Irmengard) und Hochburgund (jenseits des Jura, transjuranisches B. im Gegensatze des cisjuranischen) unter Rudolph aus dem bayrischen Geschlechte der Welfen.

In Italien war die Krone streitig zwischen Berengar (Markgraf von Friaul) und Guido von Spoleto.

Viertes Kapitel.

Die Rechtsquellen.*)

§. 22.

1. Art der Rechtsbildung; die Aufzeichnungen des Rechts.

I. Obgleich im Wesentlichen die Rechtserzeugung und Bildung dieselbe blieb, wie in der ältesten Zeit, so brachten doch die Verhältnisse seit dem 4. Jahrhundert die Nothwendigkeit geschriebener Rechte mit sich. Denn das durch Gewohnheit und Sitte entstandene,[1]) deshalb von den Verhältnissen und Faktoren, unter denen und durch die es entstand, in gewisser Beziehung auch fortwährend bedingte Recht musste zunächst bei den ausgewanderten Stämmen nothwendig Aenderungen erleiden durch die völlig veränderten Zustände des Volkes: die Wohnsitze in neuen Gegenden, unter anderen

---

*) Literatur. Eichhorn D. St. u. R.G. I. S. 204 ff., Phillips D. Gesch. I. S. 559 ff., II. S. 278 ff. Dess. D. R. u. R.G. §. 60. 70. Zöpfl Deutsche Rechtsgeschichte Th. I. §. 1 ff. S. 7 ff. Gengler Grundriss S. 106 ff. Walter D. R.G. §. 31, 32, 36—38, 46, 136—152. Hillebrand Lehrbuch der D. St. u. R.G. S. 72 ff., 184 ff., v. Daniels R. u. St.R.G. §. 63—101. Am Ausführlichsten ist das Buch von O. Stobbe Geschichte der deutschen Rechtsquellen. Erste Abtheil. Braunschw. 1860 (Gesch. d. deutschen Rechts in 6 Büchern von G. Beseler u. A. Bd. I. Abth. I.) S. 4—265. Vgl. auch Davoud-Oghlou (Garabed Artin) Histoire de la législation des anciens Germains. 2 T. Berlin 1845. 4. und die ältern im §. 4. genannten Werke von Biener u. A. Allgemeine Sammlungen (die Separatausgaben und Literatur wird bei den einzelnen angegeben werden): Jo. Sichardi Leges Riboariorum Bajoariorumque quas vocant, a Theoderico rege Francorum latae. Item Alemannorumque leges a Lothario rege latae nunc primum vetustatis ergo excusae, Basileae a. 1530 in 8.; Bas. Jo. Herold Originum ac Germanicarum antiquitatum libri . . . . Basileae (a. 1557) fol. min.; zu Paris erschien 1573 die Ausgabe der L. Sal. Alam. Burgund. Ripuar. Bajuv. u. Sax. von du Tillet (Joh. Tillius). Sie enthält auch fränk. Königsgesetze. Fr. Lindenbrogii Codex legum antiquarum . . . . Francof. 1613. fol.; P. Georgisch Corpus juris Germanici antiqui . . . Consilio J. Gottl. Heineccii, Halae Magdeb. 1738. 4.; F. Paul. Canciani Barbarorum leges antiquae . . . Venet. 1781 ff. 5 Tom. fol.; Ferd. Walter Corpus juris germanici antiqui, Berol. 1824, 3 T. 8. Hierzu treten die Monum. Germ. Leg. T. III. fasc. I. enth. die Lex Alamannorum von Merkel, sodann die bei den Kapitularien genannten besondern Quellen.

[1]) Die Uebung, Sitte, Gewohnheit behält ihre ungeschwächte Kraft neben dem Gesetze. Capit. Langob. a. 813 c. 17. (Monum. Leg. T. I. p. 193): „Ut longa consuetudo, quae ad utilitatem publicam non impendit, pro lege servetur, et quae diu servatae sunt, permaneant." Const. Olonn. Hloth. I. a. 823. Memoria praec. com. c. 14. (eod. p. 235) „volumus, ut homines talem consuetudinem habeant, sicut antiquitus Langobardorum fuit."

klimatischen, agrarischen u. s. f. Einflüssen; die durchaus veränderte Stellung der Könige und Fürsten, der Stämme zu ihnen. Dazu kam vor Allem für einzelne Stämme die Berührung mit den Römern, die Nothwendigkeit, deren Verhältnisse zu berücksichtigen, und der unwillkürliche Einfluss ihres ausgebildeten Rechtes.[2]) Auch das engere Zusammentreten der Völkerschaften, die Bildung der grösseren Völker musste bei aller Zähigkeit und dem Hängen am Hergebrachten Einfluss üben, durch gegenseitige Einwirkung derjenigen Rechte, welche nebeneinander traten oder dadurch, dass eine Reibung entstand und *eins das* obsiegende blieb.[3]) Bedeutend wirkte unzweifelhaft auch die allmälige Bekehrung zum Christenthume, welche aus allen Theilen des Rechtes die Ausmerzung heidnischer Sätze und Ideen zur nothwendigen Folge haben musste.[4]) Alle diese Momente lassen sich deutlich in den seit dem 5. Jahrhundert uns aufbewahrten Gesetzen wiederfinden.

II. Weil nicht von einem Centrum aus über alle deutschen Stämme geherrscht wurde, und die alte Abgeschlossenheit der Stämme, geschaffen durch deren ganze Geschichte, politisch bestehen blieb, so ergab sich von selbst, dass der Charakter der alten Gesetze eine Mannigfaltigkeit zeigen musste, dass *die* Rechte durchweg als Rechte der einzelnen Stämme, nicht eines Gebietes erschienen, auf deren Genuss der Einzelne als Glied des Stammes *überall* einen festen Anspruch hatte.[5]) Auch auf die Römer, welche in den

---

[2]) Die Nothwendigkeit der Feststellung der Verhältnisse der besiegten Römer an sich und zu den Germanen hat hauptsächlich hervorgerufen die s. g. Leges Romanae, die Lex Burgundionum, Edictum Theodorici. Man mag behaupten (Eichhorn, Zöpfl, Gengler u. a.) oder bestreiten (Stobbe S. 15 N. 6.), dass das römische Recht durch das Beispiel des geschriebenen Rechts, durch die Furcht, das einheimische möchte vor dem ausgebildeten leiden, gewirkt habe: ein wirklicher Einfluss hat wohl auch hier stattgefunden, weil die Geschichte ihn überhaupt allmälig zu handgreiflich zeigt.

[3]) So finden wir, dass die Sachsen ihre Verbindung mit den Langobarden auf*gaben*, als ihr Recht bedroht wurde, die Salier ihrem Rechte Alle unterwarfen, im fränkischen Reiche hingegen Duldung fremder Rechte herrschte.

[4]) Im Prologus zu dem Gesetze der Lex Baiwar. (u. zu andern Volksrechten; siehe bei Walter Corp. jur. I. p. 238 diese Stelle) heisst es: „Ipso (scil. Theodorico) autem dictante jussit conscribere legem . . . unicuique genti . . . secundum consuetudinem suam, addiditque, quae addenda erant et inprovisa et inconposita in melius reformavit, et quae erant secundum consuetudinem paganorum, mutavit secundum legem Christianorum.“

[5]) Pippini regis capit. Aquit. a. 768. c. 10 (Monum. Leg. T. II. p. 14): „Ut omnes homines eorum leges habeant, tam Romani quam et Salici, et si de alia provincia advenerit, secundum legem ipsius patriae vivat.“ Agobardi Liber adv. legem Gundobadam. c. 4. (Kraut Grdr. §. 6. n. 4.): „tanta diversitas legum, quanta non solum in singulis regionibus aut civitatibus, sed etiam in multis domibus habetur. Nam plerumque contingit, ut simul eant aut sedeant quinque homines et nullus eorum

eroberten Ländern sassen, wandte man diesen Grundsatz an,[6]) nicht aber auf Personen, welche nicht als Einheimische in dem Gebiete des betreffenden Stammes erscheinen (die Fremden, wargangi).[7]) Eigenthümlich verallgemeinert wurde dieser Grundsatz in Betreff des Klerus und der Kirche, welche nach römischem Rechte lebten als dem Rechte Roms, das in den Augen jener Zeit ihre eigentliche Heimath zu sein schien.[8])

III. Der Stoff der Rechtsquellen gehört jenen Gebieten an, auf welche der Einfluss der neuen Verhältnisse sich direct geltend machen musste: öffentliches Recht, besonders Stellung des Königs, der Kirche oder richtiger des Klerus, der Beamten, vor Allem Strafrecht, sodann auch Gerichtswesen, weniger Privatrecht; auf letzterem Gebiete zumeist dem Erb- und Familienrechte. Man hatte überhaupt keine Vollständigkeit beabsichtigt, sondern nur einem Bedürfnisse abhelfen wollen. Genommen ist der Stoff zum grössten Theile aus dem Gewohnheitsrechte; jedoch enthalten dieselben auch directe legislato-

---

communem legem cum altero habeat." Vgl. über dieses Princip der Persönlichkeit des Rechts besonders Zöpfl R.G. Th. II. §. 5. (S. 236 ff.), v. Daniels R.G. §. 64. Ersterer geht auf die einzelnen Folgen genau ein.

[6]) Vgl. die Stelle in Anm. 5. — Daher auch die Aufzeichnungen des römischen Rechts. Das Edictum Pistense Karoli II. a. 864. c. 28. und 34. am Ende (Leges 1. p. 495 u. 498) vermag ich nicht (wie Zöpfl S. 238 N. 5) von Deutschen zu verstehen, die nach römischem Rechte lebten, weil in den Stellen nichts entgegensteht, an Nachkommen von Römern zu denken.

[7]) Edict. Rothar. c. 390 (Walter I. p. 752): „Omnes gargangi (besser waregangi), qui de exteris finibus in regni nostri finibus advenerint, seque sub scuto potestatis nostrae subdiderint, legibus nostris Langobardorum vivere debeant, nisi legem suam a pietate nostra meruerint. . . ." Vgl. Zöpfl die Evva Chamavorum p. 23 f.

[8]) Lex Ripuar. Tit. LVIII. §. 1. Const. Chlotarii I. a. 560. c. 13. (Monum. L. I. p. 3). Mit Unrecht fasst v. Daniels a. a. O. dies als eine Ausnahme von dem Rechte des Geburtsstandes auf, da in der That die Anschauung jener Zeit über den Klerus und seine Stellung die Anwendung des römischen Rechts für ihn ganz aus dem germanischen Grundsatze bedingte.

Ebensowenig möchte ich mit v. Daniels als eine Ausnahme ansehen, dass „in dem Verkehr wo nicht das angeborene Familienrecht Beschränkungen der Verfügungsfreiheit auferlegte, man sich römischer Formen bedienen und in römisch-rechtliche obligatorische Verhältnisse eintreten konnte," sondern vielmehr als einfache Folge der Befugniss der Parteien, sich den Rechtssatz selbst zu geben, wo das Volksrecht keinen hatte. Ueber die wirkliche Anwendung des römischen Rechts in dieser Zeit sehe man noch Zöpfl R.G. Th. I. §. 18. (S. 81 ff.), v. Daniels R.G. S. 202 f., Stobbe a. a. O. S. 260 ff., sodann die Untersuchungen bei v. Savigny Gesch. d. röm. Rechts im Mittelalter Kap. IX. (im 2. Bande). —

Das Princip der persönlichen Rechte brachte im Rechtsleben bei einzelnen Akten mit sich die Erklärung, welchem Rechte man angehöre (professio juris, profiteri). Vgl. Gaupp Ansiedlungen S. 243 fg.

rische Satzungen, was sie selbst durch die Worte „jubemus, constituimus" häufig andeuten.

IV. Sobald die fränkische Herrschaft über einen grossen Theil der Stämme die Oberhand gewonnen, war eine die Beziehungen der Gesammtheit untereinander und die Stellung des Königs und seiner Beamten ordnende allgemeine Gesetzgebung unerlässlich. So entstand neben den Stammesgesetzen ein Reichsrecht.[9])

V. Zur Seite ging dem geschriebenen Rechte das Gewohnheitsrecht, welches für die dem Willen der Einzelnen überlassene Rechtssphäre sich stets fortbildete. Wir erkennen dasselbe aus den Urkunden, gleichzeitigen Schriftstellern, besonders aber den Formelsammlungen.

VI. Alle eigentlichen Rechtsquellen dieser Periode sind in lateinischer Sprache abgefasst, weil die deutsche dazu ohne Zweifel noch zu ungebildet war.[10]). Wenige Bruchstücke deutscher Uebersetzungen sind uns erhalten. Das Latein ist ein barbarisches, oft nur sehr schwer zu verstehen, weil es deutsche Worte in latinisirter Fassung gibt, auch wohl die römische Bedeutung derjenigen, wofür das lateinische Wort gesetzt ist, nicht genau entspricht. Die Aufzeichnung selbst ging aus von den Herrschern und geschah durch dazu auserlesene Männer (sapientes, qui legem dictant), welche den Stoff selbst auf den grossen Placita fixirten, so dass hierdurch die Zustimmung des Volkes gewahrt blieb.[11])

---

[9]) Für dessen Bedeutung und die Anschauungen der Zeit sind lehrreich folgende Stellen: Capit. Franc. a. 783 c. 10 (Mon. L. I. p. 47). „Placuit inserere, ubi lex erit, praecellere consuetudine et nulla consuetudo superponatur legi." Gleichlautend Cap. Lang. c. 10. daselbst vom selben Jahre, Capit. Aquisgr. a. 802. c. 26 (eod. p. 94) „Ut judices secundum scriptam legem juste judicent non secundum arbitrium suum."

[10]) Vgl. über sonstige angebliche Gründe Stobbe a. a. O. S. 22 fg. — Die angelsächsischen Gesetze sind aber in der Landessprache abgefasst. Vgl. Eichhorn R.G. I. §. 33. Graff Diutisca I. S. 327 ff.

[11]) Decret. Tassilonis c. 9. (Walter Corp. jur. I. p. 294): „ut nullus hereditate sua privetur, nisi per tres causas, quae in pacto scribuntur." Pactus ist der technische Name für das Volksrecht. Edict. Pistense Karoli II. a. 864. c. 6. (Pertz I. p. 490): „Et quoniam lex consensu populi fit et constitutione regis." Das Schreiben haben jene Sapientes wohl nicht gethan, sondern nur den Rechtssatz formulirt und dictirt, was auch das Wort andeutet. Ueber sonstige Bezeichnungen der Gesetze (Ewa, bellagines; leges populorum, barbarorum) s. besonders Zöpfl, S. 9 ff.

II. Die Quellen des geschriebenen Rechts.

A. Die Volksrechte. Leges. Leges Barbarorum.

§. 23.

1. Die Lex Salica.[1])

I. Sie ist das älteste Volksrecht, nach den drei ältern und kurzen Prologi und zwei längern, einem minor und einem zum Theil gereimten Prologus major, welcher von diesen der ältere ist, auf drei grossen Volksversammlungen (per tres mallos) durch vier dazu auserlesene Männer zu Stande gebracht. Ihre Entstehungszeit fällt wahrscheinlich unter K. Chlojo; unter K. Chlodwich ist sie nach dessen Bekehrung zum Christenthum wesentlich durchgesehen und ergänzt worden. Unter den folgenden merovingischen Königen hat sie Zusätze erhalten, theils nach dem betreffenden Könige benannt, theils ohne diesen (Capitula pacto legis Salicae addita, extravagantia). Ausserdem finden sich noch vor s. g. Novellae, remissoria und glossae. Diese älteste Form, s. g. merovingische Recension enthält einen Kern von 65 Titeln, mit Einschluss der Zusätze von 99 bis 105 Titeln. Sie ist in einer sehr barbarischen Sprache geschrieben. Unter Karl d. G. (768) ist dieselbe revidirt worden nach dem Texte, welcher sich damals durch den Gebrauch festgesetzt hatte. Diese karolingische Recension führt den Namen der Lex salica emendata oder reformata; sie hat jedoch nur für die Verbesserung der Sprache durch Ausmerzung der bereits unverständlichen Ausdrücke Sorge getragen.[2]) Sie umfasst 70—72 Titel. Es sind über 70 Handschriften des Gesetzes bekannt.

---

[1]) Ausgaben. Loi salique ou recueil contenant les anciennes rédactions de cette loi et le texte connu sous le nom de lex emendata avec des notes et des dissertations par J. M. Pardessus. Paris 1843. 4. — Lex Salica herausgeg. von Joh. Merkel. Mit einer Vorrede von Jac. Grimm. Berlin 1850. 8.

Abhandlungen (die Préface bei Pardessus, — Einleitung von Merkel). T. D. Wiarda Geschichte und Auslegung des salischen Gesetzes, Bremen u. Aurich 1808. 8. Herm. Müller der Lex sal. und der Lex Angliorum et Werinorum Alter u. Heimath, Würzb. 1840. 8. K. J. Clement die Lex Salica, Mannh. 1843. 8. G. Waitz das alte Recht der salischen Franken, Kiel 1846. 8. Jul. Grimm de historia legis Salicae, Bonn 1848. 8.

Auf die zu §. 22. Anm. *) angeführte Literatur verweise ich der Kürze halber im Einzelnen nicht mehr; die Angabe der ganz vollständigen Titel und aller Literatur ist durch den Zweck eines Lehrbuchs ausgeschlossen; sie findet sich besonders bei Stobbe.

[2]) Ich folge Stobbe S. 22 u. 48. Der Inhalt hat keine Veränderung erfahren, auch die Capitula, quae in lege Salica mittenda sunt, von 803 (Leg. I. p. 113) beziehen sich nicht auf deren Inhalt.

II. Die L. S. ist ein rein germanisches Recht, frei vom Einflusse des römischen Rechts.[3]) Ihr Inhalt umfasst grösstentheils Bestimmungen (Compositionen)[4]) des Wergeldes für die einzelnen Verletzungen, ferner Satzungen über die Art, wie Jemand eigenmächtig sein Recht verfolgen kann, über die Uebertragung von Grundvermögen u. dgl. In der Bestimmung der Vergehen und des Wergeldes sind natürlich eine Menge von Sätzen des öffentlichen und Privatrechts implicite enthalten. Die Symbolik ist in ihr sehr reichlich.

III. In den Handschriften der merovingischen Recension finden sich häufig im Texte nichtlateinische Worte, denen das Wort mal. oder malb. vorausgeht, weshalb man sie Malbergische Glosse[5]) genannt hat, d. h. Gerichtsglosse. Sie ist entschieden deutsch (altfränkisch) und gibt die entsprechenden deutschen Namen, auch wohl die blosse Worterklärung; es sind im Ganzen über 100 Worte. Der Text der letzten Recension hat später kurze lateinische Glossen erhalten,[6]) welche jedoch keine grosse Bedeutung haben.

IV. Die Lex Salica war ein Stammesrecht, galt einmal in den Ländern der salischen Franken, dann aber für den Franken überhaupt.[7])

---

[3]) In der Lex Sal. Emend. gehört demselben eine Stelle (Tit. XIV. §. 12. des Heroldschen Textes) aus dem Breviar. Alaric. Tit. de incestis nuptiis an.

[4]) Dies erklärt sich für dieses wie die übrigen Volksrechte ohne Zweifel daraus, dass mit dem Eintreten des Christenthumes die Sitte, anstatt Rache zu üben das Wergeld anzunehmen, die Regel ward; seit Karl dies gebot, blieb die Feststellung der Bussen eine gleiche Nothwendigkeit.

[5]) Die Literatur ist vollständig angegeben bei Stobbe. Leo die malbergische Glosse ein Rest altkeltischer Sprache und Rechtsauffassung, 2 Hefte, 1842, 45. 8. Dagegen Clement a. a. O., J. Grimm in der Vorr. zu Merkel Lex Sal., u. Gesch. d. deutsch. Sprache I. S. 548—64.

[6]) Abgedr. bei Muratori Antiquitates italicae medii aevi T. II. col. 286—290. Vgl. Gengler a. a. O. S. 122 fg.

Die beiden noch auf der Lex Sal. ruhenden Stücke, s. g. Sententia de septem septennis und Recapitulatio legis Salicae sind bei Merkel p. 95—99 abgedruckt. Notizen gibt Gengler u. Stobbe.

[7]) Gegen den zuletzt von Zöpfl S. 11 vertheidigten Versuch, die L. Salica als „fränkisches Gerichtshofsrecht überhaupt" (salica gleichbedeutend mit judicia) zu erklären und einzelne neuere Ansichten v. Daniels' siehe die Ausführungen von Stobbe.

Die Lex Salica stand noch im neunten Jahrhundert im Gebrauche. Otto Frisingensis Chronica IV. c. 32. „Ab hoc (Salagasto) legem, quae ex nomine ejus Salica usque hodie vocatur, inventam dicunt. Hac nobilissimi Francorum, qui Salici dicuntur, adhuc utuntur. Vgl. auch Hincmarus Rhem. de divortio Lotharii et Tetbergae, Interrog. 5. „sciant se in die judicii nec Romanis, nec Salicis, nec Gundobadis, sed divinis et Apostolicis legibus judicandos." Vgl. Warnkönig von der Wichtigkeit der Kunde des Rechts und der Geschichte der belgischen Provinzen für die deutsche Staats- u. Rechtsgesch. Eine Rede gehalten zu Freiburg i. B. Freib. 1836.

§. 24.

2. Lex Burgundionum.[1])

I. Ihre älteste Gestalt führt zurück auf König Gundobald (oder Gundobad; daher auch Gundobada genannt) von 470—516. Dieser sammelte seiner Vorfahren und seine eigenen Gesetze in Betreff der Streitigkeiten der Burgunder unter einander und mit Römern,[2]) und machte so unter Zustimmung der Grossen einen liber constitutionum, welcher wahrscheinlich vor 501 publicirt wurde und wenigstens aus 105 Titeln bestand. Dasselbe ist von K. Sigismund (516—524) im zweiten Jahre seiner Regierung von Neuem revidirt. In den Ausgaben hat dasselbe 89 Titel. Es enthält kein systematisches oder nur überhaupt geordnetes Gesetzbuch, sondern ist ziemlich ordnungslos redigirt.[3])

II. Dieselbe war erlassen für alle Burgunder, somit ein Stammesrecht, galt aber auch für die Streitigkeiten von Burgundern mit Römern.[4]) Auf dieselbe hat das römische Recht eingewirkt, nicht minder die Stellung der Römer in dem burgundischen Lande, wie sich aus den directen Spuren römischen Rechtes[5]) und dem Zwecke des Gesetzes ergibt, die Römer und Burgunder politisch gleichzustellen.

III. Der Inhalt der Lex bezieht sich zum grössten Theile auf Vergehen und deren Bussen, besonders auch auf Verletzungen von Privatrechten mit strafbarem Charakter, z. B. Beschädigungen von Grundstücken, Vieh u. dgl., gibt sodann zahlreiche Bestimmungen über Gerichtswesen, überhaupt Gegenstände des Prozesses (Eid, Zeugniss), weiter enthält sie zahlreiche Sätze über öffentlich rechtliche Verhältnisse, z. B. die Stellung des Königs, welche sehr

---

[1]) v. Savigny Gesch. d. röm. Rechts II. S. 1 ff. Gaupp Ges. der Thüringer S. 7 ff. Bluhme in den „Jahrb. des gem. deutsch. Rechts von Bekker u. Muther," Bd. I. 1857 S. 48 ff. Ich folge den Ausführungen Bluhme's.

[2]) Gregor. Touron. II. 33 sagt von ihm: „Burgundionibus leges mitiores instituit, ne Romanos opprimerent."

[3]) Kaum bei irgend einem Gesetze gehen die Meinungen, welche am vollständigsten v. Daniels R.G. §. 70 auseinandersetzt, mehr auseinander. Deren Darlegung ist hier im Einzelnen nicht möglich. Zu vergleichen sind ausser den Genannten noch Stobbe §. 8. und Zöpfl Th. I. §. 12 (S. 58 ff.).

[4]) Siehe die Beweise hierfür bei Bluhme a. a. O. S. 72 ff., Stobbe S. 110 fg.

[5]) Ueber die diesen Einfluss zeigenden Stellen s. Savigny Gesch. d. röm. Rechts im Mittelalter (2. Ausg. Heidelb. 1834) II. S. 5—8. Vgl. auch Bluhme a. a. O.

In Betreff des angeblichen Einflusses auf das westgothische Recht halte ich das von Gengler Grdr. S. 182 fg. Gesagte für durchaus zutreffend.

ausgeprägt hervortritt, die einzelnen Stände; für das privatrechtliche Gebiet hat sie neben Bestimmungen über die Form von Verträgen vorwiegend Gegenstände des Familien- und Erbrechts normirt. Sehr wenig enthält sie aus leicht erklärlichem Grunde (vgl. Num. V. und oben §. 22. Anm. 8.) über die Stellung des Klerus. Ihre Latinität ist im Vergleich zu der der andern Volksrechte viel reiner.

IV. Ihre Geltung hörte mit der Einverleibung Burgunds in das fränkische Reich nicht auf, sondern blieb bestehen für die Burgunder. Dies ist bis in das 9. Jahrhundert hinein durch unzweideutige Zeugnisse erwiesen.[6])

§. 25.

3. Lex Romana Burgundionum.

I. Zwischen 506 und 534[1]) (Ende des burgundischen Reiches), wahrscheinlich aber noch vom König Gundobald[2]) ist für die im burgundischen Reiche lebenden Römer ein eignes Gesetz, die jetzt s. g. Lex Romana Burgundionum gesammelt worden aus den damaligen römischen Rechtsquellen (Codd. Gregorianus et Hermogenianus, Gajus, Codex Theodosii, des Theodos. spätere Constitutionen [Novellae], Pauli sent. rec., westgothisches Breviarium) und dem burgundisch-germanischen Gesetze, früher Papian (Papiani liber Responsorum) genannt.[3]) Sie variirt zwischen 46 und 48 Titeln.

---

[6]) Für die frühere Zeit s. Marculfi Form. I. 8. (Walter III. p. 294), für die spätere Agobardi (Bischof von Lyon) Liber adversus legem Gundobadi et impia certamina, quae per eam geruntur (bei Baluze Op. S. Agob. Paris 1666. T. I. p. 107 ff. u. Bouquet T. VI. p. 356), worin er K. Ludwig um deren Aufhebung bat, ferner Hincmar. Rhemens. de divortio Lotharii et Retbergae Interrog. 5. (in §. 23. Anm. 7).

[1]) Uebrigens ist die Entstehungszeit sehr streitig. Das Material enthalten: (ausser den Einleitungen der Ausg.) v. Savigny Rechtsgesch. II. S. 9 ff., Gaupp das alte Gesetz der Thüringer S. 8 ff., Gengler Grundr. S. 89 ff.

Ausgaben (die älteren zählt auf v. Savigny) Lex Romana Burgundionum, ex jure Romano et Germanico illustravit A. Fr. Barkow, Gryphiswald. 1826, 8.

[2]) Es heisst nemlich im s. g. Prologus II. legis Burgund. Germanicae (Walter I. p. 303): „Inter Romanos vero interdicto simili conditione venalitatis crimine, sicut a parentibus nostris constitutum est, Romanis legibus praecipimus judicari: qui formam et expositionem legum conscriptam, qualiter judicent, se noverint accepturos, ut per ignorantiam se nullus excuset.“ Dieses rührt aber nicht von Sigismund, sondern Gundobald her. Freilich kann auch erst ein Nachfolger dies Versprechen erfüllt haben.

[3]) Mit diesem Namen kommt die Lex in mehren ältern Handschriften (einer Vatic. u. Berolin.) vor, in deren erster dieselbe auf die Lex Rom. Visigoth. folgt, während

§. 26.

4. Lex Visigothorum.[1])

I. K. Reccared I. (586—601) hat eine Sammlung des Rechts anfertigen lassen in 350 Kapiteln, von denen 55 bekannt geworden und mit dem Namen der Antiqua collectio vom Herausgeber bezeichnet sind.[2])

Zu dieser ältern in fortlaufende Kapitel zerfallenden Sammlung fügte man die späteren Königsgesetze hinzu. Von Neuem wurde diese Sammlung redigirt, in 12 Bücher und 570 Art. gebracht unter König Chindaswind im J. 642, durch dessen Sohn und Nachfolger Receswind (649—672) bestätigt, unter den folgenden erweitert, zuletzt unter K. Egica auf der 16. Synode von Toledo (693) publicirt und ergänzt. Sie blieb sowohl unter fränkischer als maurischer Herrschaft in Geltung, wurde unter K. Ferdinand III. (1229 bis 1234) in's Altkastilische übersetzt unter dem Namen „Fuero Juzgo," forum s. liber judicum, und bildet die Grundlage des heutigen spanischen Rechtes.[3])

---

die letztre die umgekehrte Folge hat, aber offenbar Abschrift einer der erstern Gattung ist. Da nun die Lex Rom. Visigothorum mit einer Stelle aus Papiniani Liber Responsorum endigt, so ist das Ende derselben für den Anfang dieser Lex gehalten; Papianus ist einfache Abkürzung für Papinianus. So ging es in die Ausgaben (erste von Cujacius 1566) über. Vgl. v. Savigny (der früher überhaupt den Irrthum auf Cujacius zurückführte) Gesch. d. röm. Rechts VII. 37 ff. (33 das. den Zusatz von Merkel).

[1]) Die vollständige Angabe der Literatur u. Ausgaben bei Stobbe R.G. S. 72 ff.

[2]) Entziffert 1839 von F. H. Kunst († 1841) aus einem Codex rescriptus Paris. herausg. „die westgothische Antiqua oder das Gesetzbuch Reccared des Ersten. Bruchstücke eines Pariser Palimpsesten herausg. von Fr. Bluhme, Halle 1847. 8." Vgl. Merkel Reccared's I. Samml. des westgoth. Volksrechts u. deren Beziehungen z. Volksr. der Bayern in Zeitschr. f. D. R. XII. (Jahrg. 1848) S. 281 bis 294. Ders. in Savigny R.G. VII. S. 42—44. Gengler Grdr. S. 126 ff., der die Argumente u. s. f. zusammenstellt.

Andere haben angenommen, diese Collectio sei von K. Eurich (446—483) gemacht. Von demselben wissen wir allerdings (Isidorus Chron. aerae hisp. ad a. 504 — aerae vulgaris a. 466 —), dass er zuerst Aufzeichnungen des Rechts vorgenommen habe. Dass aber diese Sammlung von Reccared I. herrühre, ist von Merkel zuletzt überzeugend dargethan. Nach Eurich hat K. Leovigild (Isidor. Chron. aerae hisp. a 608, aerae vulg. 570), Vater des Reccared I., dessen Gesetze verbessert und ergänzt.

[3]) Gedruckt unter dem Titel: Fuero Juzgo ó libro de les Jueces en Latin y Castellano, cotejado con los mas antiguos y preciosos Códices par la Real Academia Espanola, Madrid 1815. 4.

II. Sie ist ein Landes-,[4]) kein Stammes- oder persönliches Recht, lässt jedes andere Gesetz nur zur Belehrung zu, enthält eine Menge moderner, gegenüber den anderen Gesetzen, Anschauungen: Ausfluss des Rechts vom König, der entscheidet, wo das Gesetz keine Bestimmung trifft, — Gebot der allgemeinen Kenntniss des Gesetzes und Nichtzulässigkeit des Rechtsirrthums, — Verbot des Fehderechtes, des Zweikampfes. Trotz seiner Härten in Bezug auf die Juden, desgleichen des Schwulstes und der Prahlerei lässt sich eine für jene Zeit und das Volk nicht unbedeutende Bildung, eine vorgeschrittene Civilisation in demselben nicht verkennen. — Sein Stoff ist ausser dem einheimischen Rechte entnommen dem römischen.[5]) — Dasselbe hat ausserhalb Spaniens in dem südwestlichen Frankreich beständig seine Geltung behauptet auch nachdem diese Länder von den Franken wiedererobert waren.

§. 27.

5. Lex Romana Visigothorum.*)

Für die Römer im Reiche der Westgothen galten bis auf K. Alarich II. (484—507) die römischen Rechtsquellen. Dieser liess 506 durch ein Collegium

[4]) L. II. Tit. I. c. 9, 10. Dass auch die Kirche diesem unterlegen habe, folgert Savigny R.G. S. 80 Anm. b. Indessen geht es aus dem dort Gesagten noch nicht hervor, weil doch vom Strafrechte noch kein unbedingter Schluss darauf gemacht werden kann, dass die Kirche nicht auch nach dem römischen Privatrechte habe leben können.

[5]) Im Einzelnen gezeigt von Savigny a. a. O. S. 73—79. Durchgehends waltet aber der Charakter vor, dass nicht bestehendes (Gewohnheits-) Recht aufgezeichnet, sondern neues gegeben wird, dass im Vornherein eine Regel aufgestellt werden soll.

*) Vgl. über dies für uns nur durch seinen Einfluss auf mehre Volksrechte bedeutende dem röm. Recht angehörende Werk v. Savigny R.G. II. S. 37—67., die Notizen bei Gengler Grdr. S. 76 ff. Die beste alle früheren ersetzende, den vollständigen kritischen Apparat u. s. f. liefernde Arbeit ist die Ausgabe: „Lex Romana Visigothorum . . . edid. G. Haenel, Bonnae 1849. 4.

Zu erwähnen ist hier noch das mehr der Geschichte des römischen Rechts zufallende Edictum Theodorici, ein vom Könige der Ostgothen Theodorich zwischen 506 und 526 für alle Angehörigen des Volks, Römer und Deutsche, gegebenes, aber nur aus Sätzen des römischen Rechts geschöpftes Gesetzbuch, das 184 capita ohne System enthält und über alle Theile des Rechts sich verbreitet. Die in den citirten Sammlungen und andre weist nach Stobbe R.G. S. 94. Vgl. überhaupt noch Rudorff Römische Rechtsgeschichte, Leipz. 1857. Bd. I. S. 294., v. Daniels R.G. S. 138 ff.

Ueber das denselben Charakter an sich tragende Edictum Athalarici regis vgl. die Genannten und dazu Gengler Grundr. S. 82—86.

Die Dauer der Geltung des Breviarium ergibt sich von selbst aus dem bei dem westgothischen Gesetzbuche Gesagten.

von Rechtsgelehrten unter formeller Leitung des Comes Palatii Gojarich zu Aire in Gascogne aus den geltenden Quellen einen Auszug machen, von einer Versammlung geistlicher und weltlicher Grossen bestätigen, jedem Grafen durch Zusendung einer beglaubigten Abschrift und eines Commonitorium (über Entstehung und Geltung des Gesetzbuches) publiciren. Seit dem 16. Jahrh. hat man demselben den Namen Breviarium oder Brev. Alaricianum beigelegt.

§. 28.

6. Lex Ribuaria s. Ribuariorum.[1])

Dieses 89 (91) Titel umfassende Volksrecht der ripuarischen (§. 17.) Franken ist nach dem diesem Gesetze mit der Lex Salica, Alamannor., Baiwar. und Visigoth. gemeinschaftlichen, nicht gleichzeitigen und auch nicht unbedingt zuverlässigen Prologe unter Theodorich I. (511—534) aufgezeichnet, unter Childebert und Chlotar (ob dem ersten oder zweiten dieses Namens, ist streitig; wahrscheinlich das letztere) überarbeitet, unter Dagobert I. (628—638) neu redigirt worden. Karl d. G. hat einen Zusatz dazu gemacht, (Capitula quae in lege Ribuariorum mittenda sunt,) nicht aber eine vollständige Revision des Gesetzes vorgenommen. Sie galt im alten ripuarischen Franken, dem grössten Theile der hart am Rhein liegenden Länder des heutigen Rheinpreussens, Nassau, Hessen bis in Würtemberg hinein, ferner in einigen Gegenden Hessens. Dieselbe hat mit der L. Salica manche Verwandtschaft, von Tit. XXXIV. ab manche Stellen direct, ja wörtlich aus derselben aufgenommen, unterscheidet sich jedoch auch von derselben in wesentlichen Punkten, beweist die bedeutend fortgeschrittene Entwickelung der königlichen Gewalt (Tit. 69, al. 71), des Einflusses der Geistlichkeit (Tit. 36, alias 38 von §. 5; 60 al. 62 §. 8.),[2]) hat eine viel reinere Sprache, und enthält an einigen Stellen directe Einwirkung des römischen Rechtes.[3]) Im Gesetze tritt auch schon deutlich hervor der regere Verkehr mit den Nachbar-

---

[1]) Abgedr. in den angef. Sammlungen. Die Literatur bei Gengler Grdr. S. 137 ff. Insbes. Gaupp das alte Gesetz der Thüringer S. 225 ff. Stobbe S. 56 ff.

[2]) Vgl. noch über den Inhalt Zöpfl S. 36 f., Stobbe S. 61 ff.

3. Tit. 58 (60) §. 1. „... jubemus ut qualiscunque Francus ... servum ... secundum Legem Romanam libertare voluerit, ut in ecclesia . . . in manu Episcopi servum cum tabulis tradat, et Episcopus Archidiaconum jubeat, ut ei tabulas secundum legem Romanam, qua Ecclesia vivit, scribere faciat . . .“ Tit. 61 (63) §. 1. 2. Zöpfl rechnet dahin auch Tit. 59 (61) und 69 (71) derselben. Ebenso Gengler Grundr. S. 141. Ich halte dies für durchaus unerweislich.

stämmen (Tit. 31 und 36). Gegenüber der L. Salica ist die Anschauung weniger sinnlich und bereits abstracter.

§. 29.

7. Lex Francorum Chamavorum.*)

Dieses kurze — 48. Kap. zählende — von Stephan Baluze als Capit. III. a. 813, von Pertz als Xantener Gaurecht erklärte — Volksrecht enthält das Sonderrecht des fränkischen Stammes im Hamaland (in Amore), dem ostrheinischen Theile des Gaues der Chamaver, verfasst wahrscheinlich um 802. Sie ist ein von Männern aus dem Volke geschöpftes Weisthum über die Abweichungen dieses Stammes vom Rechte der L. Ripuaria, von der es in Manchem sich unterscheidet.

§. 30.

8. Lex Alamannorum (s. Suevorum).[1]

Unter dem Namen „Pactus Alamannorum" ist wahrscheinlich bereits vor 580 das Alamannische Volksrecht aufgeschrieben, wovon sich noch drei Fragmente erhalten haben. Eine neue Redaction des Volksrechts in 75 Kapiteln hatte Statt unter Chlotar II. (zwischen 613 u. 622),[2]) wozu vielleicht unter

*) Abdruck u. Literatur vollständig bei E. Th. Gaupp Lex Francorum Chamavorum oder das vermeintliche Xantener Gaurecht. Breslau 1855. Vgl. auch Zöpfl die Evva Chamavorum. Ein Beitr. z. Kritik u. Erläut. ihres Textes. Heidelb. 1836. (Separatabdr. aus N. 22 ff. der Heidelb. Jahrb. v. 1856), Stobbe R.G. S. 200, der der Meinung des Recensenten im Lit. Centralbl. beitritt, es sei nur eine Zusammenstellung der durch die isolirte Lage und Berührung mit Friesen und Sachsen bedingten Abweichungen des Rechts der zum ripuarischen Stamme gehörigen Völkerschaft des Hamalandes, es somit nicht als drittes fränkisches Volksrecht, sondern nur als Zusatz (wie die additio Sapientum beim friesischen) aufgefasst wissen will.

[1]) Gedruckt in den cit. Sammlungen, den bei Gengler Grdr. S. 143 fg., Stobbe S. 143 genannten Ausgaben, am Besten und mit Zugabe des ganzen krit. Apparats in den Monumenta von Pertz, Leg. Tom. III. fasc. I. 1851 fol. pag. 1—182 edente Joh. Merkel. Ueber Handschr. u. s. f. ist hier alles Erhebliche mitgetheilt. Ueber die Staats- und Geschichte des alamannischen Rechts handelt erschöpfend Joh. Merkel de republica Alamannorum Commentatio. 1849. Berol.

[2]) „Lex Alamannorum, qui temporibus Chlotario rege una cum proceribus suis, id sunt 33 episcopi et 34 duces et 65 comites vel cetero populo adunatu." So der Prolog der ältesten Hdschr. bei Merkel Monum. l. c. p. 45, wo vier Ueberschriften mitgetheilt werden.

Dagobert I. (628—638) im Ganzen Zusätze von cap. 76—104 kamen.[3]) Das Ganze wurde unter H. Lantfried († 730) revidirt und bestätigt,[4]) endlich unter Karl d. G. reformirt und mit 6 Artikeln vermehrt.[5]) Sie galt allmälig ausserhalb des eigentlichen Alamanniens (§. 17.) in ganz Schwaben, dem nordöstlichen Theile der Schweiz bis in die Urcantone hinein. Der Charakter dieser vier Theile ist ein ungleicher; die offenbare Absicht der Revisionen geht dahin, das Compositionenwesen zu verbessern, die Stellung des Königs und seiner Beamten, der Kirche und des Klerus zu fixiren. In den Redactionen der Karolingischen Zeit zeigt sich ein Einfluss des fränkischen Rechts; aus dem römischen Rechte ist eine Stelle aufgenommen.[6]) Ihr Charakter ist der eines Stammesrechtes.

---

[3]) Bei Merkel l. c. p. 71—79 von cap. 76—97 (liber legis secundus), von pag. 80 bis 83 additamenta s. legum liber tertius von cap. 98—104.

[4]) Bei Merkel l. c. p. 84—119, „L. Alam. temporibus Lantfridi renovata" in 98 capita.

[5]) Bei Merkel l. c. p. 120—170 in 99 cap. pag. 171 Leges extravagantes, darauf „Epitome leg. Alam." von einem Unbekannten im 12. oder 13. Jahrhundert aus der letzten Recension verfasst.

[6]) L. Alam. T. 39. Siehe dazu Merkel p. 57 nota 76. Gerade so ist sie in L. Bajuvar. T. VI. c. 1. Ihre Quelle ist Cod. Theodos. l. 3. III. 12. l. 1. eod. III. 10 Vgl. v. Savigny R.G. II. S. 95. n. a. und b.

Zu erwähnen sind hier noch zwei Leges. I. Die s. g. Lex Romana Curiensis, ein wahrscheinlich im Anfange (vielleicht vor 806) des 9. Jahrhunderts für Churrhätien in 27 Büchern aus Cod. Theodos., den Novellae Theodos., Valent., Martian., Majorian., Severus, Gajus und Paulus excerpirtes Gesetzbuch zur Fixirung des römischen Rechts, wie es damals dort galt vermischt und vielfach verändert durch Sätze des deutschen, besonders alamannischen. Uebrigens sind die meisten dasselbe betreffenden Fragen kontrovers. Vgl. darüber v. Savigny Gesch. I. 426 ff., Haenel in der Ausg. der Lex Rom. Visigoth., in der es auch edirt ist, Rudorff R.G. I. §. 104. N. 6., Stobbe R.G. S. 203 ff. nach seiner diss. inaug. de lege Rom. Utinensi 1853. — II. S. g. Capitula Remedii, zwölf Satzungen des Bischofs Remedius von Chur im Anfang des 9. oder Ende des 8. Jahrhunderts entstanden, über verschiedene kirchliche und bürgerliche Vergehen, welche vielleicht zur Ergänzung der Lex Rom. Curiensis und Lex Alam. erlassen, mit den Grundsätzen der Volksrechte harmoniren. Edirt von Haenel in Richter's Krit. Jahrb. 1838. 2. Jahrg. III. S. 583—586 und in der Edit. Leg. Rom. Visigoth. p. 455 sq. Vgl. darüber noch Stobbe R.G. S. 206 f.

§. 31.

9. Lex Bajuvariorum (Pactus Bawarorum).[1])

Auch dieses Volksrecht besteht aus mehren vor und nach aufgezeichneten und verbundenen Stücken. Seine erste Redaction fällt wohl unter K. Dagobert (Reichstag v. 635) und hatte vor Augen das alamannische und westgothische Volksrecht; darauf ist es unter Pippin d. K. aus der L. Alam., dem Decretum' Tassilonis[2]) und Synodalschlüssen, welche man an den geeigneten Stellen einschob, ergänzt, von Karl d. G. mit Capitula legi Baioariorum addita und einem Capitulare a. 803 vermehrt worden. Sie hat in den der älteren Redaction angehörigen Stücken den Charakter der noch nicht durch die fränkische Herrschaft vernichteten kräftigen herzoglichen Gewalt und des freien Volkslebens unter dieser, zeigt überhaupt einen geordneten Zustand. Aus römischem Rechte sind in dieselbe manche Sätze, jedoch nicht direct, übergegangen.[3])

§. 32.

10. Leges Langobardorum.[1])

K. Rothar veranstaltete 643 eine Aufzeichnung des Rechts, welche er vom Volke bestätigen liess, das Edictum regis Rotharis in 390 Kapiteln, welche mit Ausschluss der letzten angehängten 11 Kap. systematisch geord-

---

[1]) Ausg. in den genannten Sammlungen und die bei Gengler Grdr. S. 147 ff., woselbst die Literatur angegeben ist.

Ueber ihre Entstehung, wie die der L. Alam., spricht sich aus der mehr erwähnte Prologus zu verschiedenen austrasischen Volksrechten. Roth über Entstehung der Lex Bajuvariorum, München 1850. 8. Am Vollständigsten betreffs der Literatur-Angaben und überhaupt in der Darstellung ist Stobbe R.G. S. 154 ff. Vgl. auch v. Daniels R.G. S. 207 ff. Ueber die damaligen Zustände Baierns vgl. man noch M. Büdinger Oesterr. Gesch. bis z. Ausgange des 13. Jahrh. Bd. I. Leipz. 1858. 8. S. 78 ff., der eine Schilderung des Zustandes nach der Lex gibt.

[2]) Walter Corp. jur. I. p. 293—298.

[3]) Vgl. darüber v. Savigny R.G. II. S. 84—94. Wörtlich nur Tit. I. c. 13. §. 2. aus l. 44. C. Theod. brev. (Brev. Alaric.) de episc. 16. 2; excerpirt Tit. II. c. 1. §. 2. aus l. 7. §. 3. D. ad Leg. Jul. majest.

[1]) Neueste Ausgabe: Edicta Regum Langobardorum, edita ad fidem optimorum codicum opera et studio Caroli Baudii a Vesme in Monum. historiae patriae Aug. Taur. 1855. fol. (Daraus hat J. F. Neigebaur einen blossen Text-Abdruck herausgegeben bei Franz in München 1855.) — Aug. Anschütz die Lombarda-Commentare des Ariprand und Albertus, ein Beitr. z. Gesch. des germ.

net sind. Dies Gesetz ist durchgängig rein germanisch, ähnelt dem sächsischen und thüringischen, vom römischen Rechte nur unbedeutend beeinflusst,[2]) hat neben dem Strafrechte vorzüglich das Familien- und Erbrecht zum Gegenstande, zeigt geringen Einfluss der Kirche, aber desto grösseres Hervortreten der königlichen Macht. An dieses Edict wurden chronologisch die Edicte der späteren Könige angehängt, und zwar nach den besonderen Prologen von Grimoald (Edictum s. leges IX) im J. 668, Liutprand (volumen legum CLV) von 713—735 (in den Ausgaben 6 Bücher mit 15 Edicten),[3]) Rachis (Edictum s. leges IX und zwei Zusätze) v. J. 746, endlich Aistulph (Edictum s. leges XIV) v. 748 u. 754. Diese späteren Gesetze unterscheiden sich von denen Rotharis einzeln durch grösseren Einfluss des römischen Rechts,[4]) bedeutenderer königlicher und Beamtengewalt, Abgang der persönlichen Freiheit und Unverletzlichkeit, grösseren Einfluss der Kirche. Unter karolingischer Herrschaft wurde eine Menge von Kapitularien über die lombardischen Verhältnisse erlassen,[5]) die man der einheimischen Sammlung anzuhängen pflegte. Bis zum Ende des eilften Jahrhunderts[6]) ist diese ganze chronologische Sammlung in Pavia zu einer systematischen (in 3 oder 4 Büchern) umgearbeitet worden, Liber legis Langobardorum oder schlechtweg Lombarda genannt. Diese Sammlung war in der Papienser Rechtsschule Gegenstand wissenschaftlicher Verarbeitung anfangs in doppelter Richtung, einer theoretischen (deren Produkt die s. g.

Rechts im 12. Jahrh. Nach den Hdschr. zum erstenm. herausg. Heidelb. 1855. — Joh. Merkel die Gesch. des Langobardenrechts. Eine Abhandlung von . . . als Beitr. zu Savigny's Gesch. d. röm. R. im M. A. Berlin 1850. Gengler Grundr. S. 183 ff. Stobbe R.G. S. 119 ff.

[2]) v. Savigny R.G. II. S. 219 ff. Ueber eine im 9. oder 10. Jahrh. gemachte griech. Uebers. die Angaben bei Gengler S. 189.

[3]) Eine Zusammenstellung gibt Gengler S. 192.

[4]) Die Nachweise der einzelnen in ihm fussenden Stellen gibt v. Savigny a. a. O. u. I. S. 123 fg. 129. 140 ff.

[5]) Genau angegeben von Gengler Grdr. S. 193. Die Gesetze Karls d. G., K. Pippins von Italien, Ludwigs d. F., Lothars I. und der folgenden bis auf die von Kaiser Lothar II. (von 1136) zählt auch auf Stobbe R.Gesch. S. 138 ff.

[6]) Merkel a. a. O. S. 22 ff. Ueber eine zw. 817. u. 855. von einem gewissen Lupus für den Grafen Eberhard von Rhätien und Friaul gemachte systematische Arbeit unter dem Namen „Concordia de singulis causis," über die Gesetze Widos, Lantberts, der sächsischen und salischen Kaiser zum lombard. Rechte und deren Zusammenstellungen vgl. Merkel S. 19 fg. Auf diesen und v. Savigny's Röm. Rechtsgesch. ist wegen der wissensch. Bearbeitung zu verweisen. Den Gegenstand bereits hier zu berühren veranlasst mich der Umstand, dass sie sich doch nur auf die Gesetze dieser Zeit hauptsächlich bezieht, als solche aber für die spätere Zeit der deutschen Rechtsgeschichte nicht angehört.

glossae)[7]) und praktischen (die s. g. formulae, formulae casuisticae, Lösung kurzer Rechtsfälle); daran schliessen sich dann die Commentare zur Lombarda (zuerst von Ariprand aus dem Anfange des 12. Jahrh., Aliprand nach 1136, und Albertus aus der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts) und mehre selbstständige Arbeiten über Beweistheorie des lombardischen Rechts, Sammlungen der Parallelstellen, Analogieen, Widersprüche u. s. w.

Das langobardische Recht galt für das ganze Gebiet des Reichs, hat also territoriale Geltung; für die Römer war aber das römische Recht im Gebrauche belassen,[8]) während es für die Fremden (wargangi) zur Behaltung ihres Rechts eines königlichen Privilegs bedurfte.[9])

§. 33.

11. Lex Frisionum.*)

Diese nur in einer (bekannten) Handschrift uns erhaltene Lex besteht aus 22 Titeln, die unter Karl d. G. aufgeschrieben wurden, und einer vermuthlich 802 zu Aachen zugesetzten Additio Sapientum (Uulemarus und Saxmundus) in 12 Titeln, galt längs der friesischen Westküste von der Wesermündung bis Sinkfal ausschliesslich, ist rein germanisch, bezieht sich grösstentheils nur auf Compositionen und zeichnet sich dadurch aus, dass auf die verschiedenen Theile des Gebietes Rücksicht genommen wird, indem sie gewöhnlich erst das Recht der Frisia libera angibt, darauf die Abweichungen der beiden anderen Landestheile.

---

[7]) Ueber die einzelnen Worterklärungen technischer Ausdrücke und die alphabetischen Wortverzeichnisse in denselben s. Gengler S. 197 ff., wo diese Vocabularien abgedruckt sind und deren Erklärung, so weit es möglich ist, mitgetheilt ist.

Stobbe R.G. S. 594 ff. geht auf die wissenschaftliche Behandlung gleichfalls ein.

[8]) Leg. Luitpr. VI. 37. 74. v. Savigny I. S. 128 ff. Gengler S. 189. 191. Walter R.G. §. 46.

[9]) Leg. Rothar. 390. v. Savigny I. S. 123.

*) Ausser in den cit. Sammlungen bei K. Freih. v. Richthofen Friesische Rechtsquellen, Berlin 1840. 4. p. XXVII—XLII., E. Th. Gaupp Lex Frisionum. In usum scholarum recens. introd. hist.—crit. et adnot. instruxit, Vratisl. 1832. Literatur ausserdem bei Gengler S. 155 ff. Dazu Gaupp in seinen Germanist. Abhandl. 1853. S. 1 ff.

§. 34.

12. Lex Saxonum.*)

Sie ist ein kurzes (gewöhnlich 19 Titel, bei Merkel 66 Cap. umfassendes) unter Karl d. G. (wahrscheinlich als Ganzes 802 auf dem Reichstage zu Aachen publicirt) aufgezeichnetes, rein deutsches (altsächsisches Gewohnheits- und fränkisches Reichsrecht) Recht enthaltendes Gesetz, welches grösstentheils Strafsatzungen, daneben aber auch auf eheliches Güter- und Erbrecht bezügliche Bestimmungen enthält, mehre Hauptzüge bietet, die uns im späteren sächsischen Rechte entgegentreten (nämlich im Sachsenspiegel) und unter den einzelnen Stämmen eine Rechtsverschiedenheit in einzelnen Punkten bekundet. Ergänzt ist dieselbe durch die „Capitulatio de partibus Saxoniae" a. 785 und ein Kapitulare vom J. 797.

Sie galt im ganzen Sachsenlande, also zwischen Ruhr und Weser und längs der Elbe.

§. 35.

13. Lex Angliorum et Werinorum hoc est Thuringorum.**)

Sie besteht aus verschiedenen Bestandtheilen, welche zum Theil bis in's 6. oder 7. Jahrhundert reichen, auf dem Reichstage zu Aachen im J. 802

---

*) In den cit. Sammlungen. Dazu: E. Th. Gaupp Recht und Verfassung der alten Sachsen. In Verbindung mit einer krit. Ausg. der Lex Saxonum, Bresl. 1837. Schulausg. Joh. Merkel Lex Saxonum, Berl. 1858. Literatur bei Gengler Grdr. S. 159 ff.

Merkel unterscheidet (Vorr. S. 5 fg.) drei Theile des Gesetzes: „I—XXIII. ein Adelsstatut und verbrieftes Landrecht des herrschenden Stammes sicherlich vorhanden vor dem ersten Kapitulare, nämlich 782; XXIV—LX. unter vorwiegend fränkischem Einflusse, nach 785, aber vor 797 verfasst, LXI. bis Ende frühestens von 798 setzt eine Zeit voraus, während welcher ein Theil des Adels in der Verbannung lebte." Dagegen tritt auf v. Daniels R.G. S. 263 ff. —

Die Geltung in späterer Zeit lehrt Wippo Vita Chuonradi c. 6. (Monum. Script. XI. p. 263) „Reversus Rex . . ad Saxoniam venit ibi legem crudelissimam Saxonum secundum voluntatem eorum constanti auctoritate roboravit." Dieser Ruf der crudelitas (der sich auch in Transl. S. Alexandri c. 2. Monum. Script. II. p. 675. zeigt) hat seinen Grund in dem Verhängen der Todesstrafe für in den übrigen Rechten mit Bussen bestrafte Verbrechen.

**) In den cit. Samml. dazu: E. Th. Gaupp das alte Gesetz der Thüringer oder die Lex A. et W. hoc est Th. in ihrer Verwandtsch. mit der L. Sal. u. L. Rip. dargestellt u. mit erklär. Anm. herausg. . . Breslau 1834. Joh. Merkel Lex Angliorum

revidirt und mit einem Weisthume — judicia Uulemari — vermehrt sind. Sie ist zusammengesetzt aus thüringischen, fränkischen und sächsisch-frisischen Rechtssätzen und galt bis nach Holstein, Dänemark und England hinein. Uebrigens ist sie ein sehr dunkles und schwieriges Gesetz, zeigt auch sehr geringen Einfluss christlicher Ideen.

§. 36.

Verwandte Rechte. Die Gesetze der Anglo-Sachsen. Leges Anglo-Saxonicae.*)

Wir besitzen eine chronologische Sammlung der Gesetze von 13 Königen von 561—1087, worunter hierher gehören die von Ethelbert aus dem Ende des 6. Jahrhunderts für Kent, von Lothar und Eadrich aus der 2. Hälfte des 7. für dasselbe, von Withred aus dem Ende des 7. für Kent, von Ina aus der letzten Hälfte des 7. oder Anfange des 8. Jahrh. für Wessex u. a. Zwar haben die neuen Verhältnisse, in welche die nach England eingewanderten Deutschen kamen, Einfluss geübt. Im Ganzen aber bieten diese Gesetze rein deutsches, vor Allem von jedem Einflusse des römischen reines Recht. Hierdurch und durch ihre Abfassung in deutscher Sprache bleiben sie von grossem Werthe.

§. 37.

B. Fränkisches Reichsrecht. Kapitularien.[1])

Neben den Volksrechten, als den Normen für die einzelnen Stämme und solche Rechtsverhältnisse, welche ihre Wurzel in der Gewohnheit, der Sitte, kurz dem Volke selbst finden, bedurfte es nothwendig im fränkischen Reiche bei der Verschiedenheit der Stämme und Rechte allgemeiner gesetzlicher Anordnungen über die nicht in den Kreis des Stammes- und Volksrechtes fallenden Verhältnisse (Heerbann, Handel, Verkehr und dessen Sicherheit, Kirchen- und Unterrichtsangelegenheiten, Finanzwesen, Strassen, Kanäle u. s. w.,

---

et Werinorum h. e. Thuringorum, Berl. 1851. (Im Nachtrage zur Handausg. der L. Saxonum hat ders. die Collation des Codex Corbejensis — jetzt dem Domkapitel in Paderborn gehörig — mitgetheilt.) Literatur bei Gengler Grdr. S. 162 ff.

*) Ausg. u. Literatur bei Gengler S. 203 ff. Reinh. Schmidt die Gesetze der Angelsachsen. In der Ursprache mit Uebers. u. Erläuterungen. 2. Aufl. Leipz. 1857. Vgl. noch Stobbe R.G. S. 194 ff.

[1]) Ausgaben: Die älteren weist nach Gengler Grdr. S. 208 ff. Bei Walter Corp. jur. II. u. III. (p. 1—282; 685—690); Pertz Monumenta, Leg. Tom. I. II. Literatur: Gengler a. a. O. S. 210. Dazu besonders die Darstellung von v. Daniels R.G. S. 278 ff. und Stobbe R.G. S. 209 ff.

Beaufsichtigung der Verwaltung, Rechtspflege), sodann gleichfalls Normen für jene Verhältnisse des Privat- und öffentlichen Lebens, die man zwar als Sache des Stammesrechts ansehen kann, welche aber doch im Einklang stehen mussten mit den Grundsätzen des Reichsrechts. Diesen Kreis umfassen die zahlreichen von den merovingischen Königen an erlassenen Königsgesetze, seit den Karolingern allgemein Kapitularien genannt.[2]) Sie gingen aus von den Königen.[3]) Wofern sie Angelegenheiten eines Stammes betrafen, pflegte man sie den geistlichen und weltlichen Grossen und dem ganzen Stamme auf der Reichsversammlung vorzulegen.[4]) War das nicht der Fall, enthielten sie blos allgemeine Bestimmungen, so legte man sie nur den geistlichen und weltlichen Grossen (wie der Eingang vieler beweist) vor.[5]) Abgefasst sind sie in lateinischer Sprache; das Original hinterlegte man in dem Archiv des Pfalzgrafen; publicirt wurden sie durch offiziell gemachte — vom Kanzler beglaubigte — Abschriften, die man den einzelnen Bischöfen und Grafen zustellte und von diesen verlesen liess.[6]) Dieselben sind früh gesammelt worden vom Abte Ansegisus von Fontanella im J. 827 in 4 Büchern und 3 Anhängen.[7]) Diese Sammlung hat bald öffentliches Ansehen erlangt. Weitere

---

[2]) Die Namen in der meroving. Zeit sind decretio, decretum, edictum, constitutio, pactus u. s. w.

Capitula, capitulationes, capitularia heissen sie davon, dass sie in mehren kleineren mit fortlaufenden Zahlen versehenen Abschnitten abgefasst — und wohl auch auf der Versammlung vorgelegt — wurden.

[3]) Es gibt übrigens noch zwei von Karlmann und Pippin als Majordomus erlassene.

[4]) Cap. Saxon. a. 797 (Leg. I. p. 75.) princip., Cap. minora a 803 c. 19. (Leg. I. p. 115.) „Ut populus interrogetur de capitulis quae in lege noviter addita sunt. Et postquam omnes consenserint, subscriptiones et manufirmationes suas in ipsis capitulis faciant.“ Dasselbe ergibt sich aus Cap. legi Sal. add. a. 819 (ib. p. 225 sq.) u. Cap. Long. a. 819 (ib. p. 228.), ferner Cap. Aquisgr. a. 820 c. 5. (ib. p. 229.): „Generaliter omnes admonemus, ut capitula, quae praeterito anno Legi Salicae per omnium consensum addenda esse censuimus, jam non ulterius capitula, sed tantum lex dicantur, immo pro lege teneantur.“

[5]) Uebrigens heissen auch diejenigen Königsgesetze Capitularia, die nicht vorgelegt wurden, weil sie keine solche Dinge betrafen, z. B. de villis imperialibus.

[6]) Cap. Aquisgr. a. 825 c. 26. (ib. p. 246.): „Volumus etiam, ut capitula quae nunc et alio tempore consultu fidelium nostrorum a nobis constituta sunt, a cancellario nostro archiepiscopi et comites eorum de propriis civitatibus modo, aut per se aut per suos missos, accipiant et unusquisque per suam dioecesim ceteris episcopis, abbatibus, comitibus et aliis fidelibus nostris ea transcribi faciant, et in suis comitatibus coram omnibus relegant, ut cunctis nostra ordinatio et voluntas nota fieri possit. Cancellarius tamen noster nomina episcoporum et comitum qui ea accipere curaverint, notet, et ea ad nostram notitiam perferat, ut nullus hoc praetermittere praesumat.“

[7]) Ueber diese Sammlung liefert das beste Material Pertz. Gedr. bei Pertz Mon. Leg. I. p. 256—325. (auch bei Walter Corp. jur. germ. II. p. 401—490.).

Sammlungen sind von dem mainzischen Diakon Benedict (daher Benedictus Levita) um 840,[8]) dann eine offiziell angelegte und publicirte unter K. Lothar I. vor 847,[9]) endlich eine des Erzbischofs von Tours Capitula Herardi archiepiscopi Touronensis, collecta ex Capitularibus regum Francorum a. 858.[10])

III. Quellen des ungeschriebenen Rechts.

§. 38.

A. Die Formelsammlungen.

Die wichtigste Quelle bilden diejenigen Sammlungen, welche in lateinischer Sprache abgefasste Beispiele enthalten für die Anfertigung von Rechtsgeschäften aller Art, formulae (alle möglichen Verträge, Eidesleistungen, Investituren u. s. w.) Sie stützen sich bald auf germanisches, bald auf römisches Recht, und haben namentlich dazu beigetragen, das letztere überhaupt in das Leben einzuführen. Sie sind einzeln Zusammenstellungen von wirklichen im Leben abgeschlossenen Geschäften u. dgl., einzeln freilich auch als Schablone gemacht. Durch sie wird uns der wirkliche Rechtszustand gewissermassen urkundlich dargestellt. Wir besitzen eine ganze Menge von solchen, die bald nach ihrem Verfasser, bez. Sammler, bald nach dem Herausgeber, bald nach dem Orte der Auffindung oder dem Kreise der darin behandelten Geschäfte benannt werden. So Formularum Marculfi monachi libri II. um 660;[1]) dazu ein adpendix von 58 Formeln und die s. g. formulae Lindenbrogianae.[2]) Andere sind „Anamodi subdiaconi Ratisponensis traditionum Sanct-Emmeranensium libri II.“ nach 886 verfasst;[3]) Form. Andegavenses[4]) aus

---

[8]) Diese Sammlung hat ihre Hauptbedeutung für das Kirchenrecht, weshalb hier nicht weiter darauf eingegangen zu werden braucht. Siehe Schulte die Quellen des kath. Kirchenrechts, Giess. 1860. S. 304. (Allgem. kath. Kirchenr. Bd. I.).

[9]) Vgl. die Notizen bei Gengler S. 220 fg. Erschöpfend handelt darüber schon Biener Commentarii Vol. I. p. 189. mit den Not. 1. u. 2.

[10]) Eine Uebersicht der wichtigsten meroving. und karoling. Königsgesetze gibt Gengler Grdr. S. 222—239.

[1]) Herausg. von Bignon, Paris 1613, Argentor. 1635. 8., bei Baluze Capitular. T. II., Walter Corp. jur. T. III. Ueber die Entstehung gibt die Praefatio Aufschluss. Gerade diese sind nach der Vorrede fingirt („ad exercenda initia puerorum“). Die Literatur überh. gibt Gengler Grdr. S. 244 ff.

[2]) Nach Lindenbrog, der sie zuerst fand und in seinem Codex legum antiquarum edirte (Frankf. 1613. fol.).

[3]) Bei Pez Thesaurus anecdotorum novissimus. Aug. Vindel. 1721 sq. fol. T. I. P. III.

[4]) Walter Corp. jur. T. III. p. 497—522. Gengler S. 247 f.

dem Anfange des 8. Jahrhunderts für die Gegend von Angers gemacht, besonders wichtig für den Process; Form. Alsaticae aus dem 9. Jahrhundert, Bignonianae und Baluzianae u. a.[5])

§. 39.

B. Urkunden und sonstige Schriftdenkmale.

I. Diese Urkunden über rechtliche Vorgänge gewähren nach der Natur der Sache einen tiefen Einblick in das Rechtsleben, besonders das privatrechtliche. Ihrer sind wenige im Originale, dagegen in Abschriften eine Unzahl erhalten, namentlich über die Besitzverhältnisse der Klöster, in denen die Erwerbs- (Schenkungs-, Kauf-, Tausch- u. s. w.) Urkunden in Bücher eingeschrieben zu werden pflegten, s. g. Polyptycha, polyptici indices, registra, libri censuales, Indices reddituum, Codex traditionum u. s. w. Sie zeigen uns die Anwendung der Rechtssätze, lehren, indem sie über die Art der Vertheilung des Bodens, die Zahl der Eingesessenen, Abgaben u. s. f. Aufschluss geben, uns die Verhältnisse von Grund und Boden kennen, und bilden so eins der wichtigsten geschichtlichen Hülfsmittel.[1])

II. Hierher gehören weiter Staatsschriften, Briefe u. dgl.[2])

III. Endlich sind noch anzuführen die sonstigen Sprachdenkmäler, als deren wichtigstes der in altsächsischer Sprache im 9. Jahrhundert geschriebene Heliand, in dem uns ein klares Bild der alten Verfassung unter Darstellung der Lebensgeschichte des Heilandes entgegentritt.[3])

---

[5]) Siehe über diese u. andere Gengler S. 248 ff. Stobbe R.G. S. 241 ff.

[1]) Gengler S. 270 ff. zählt die bekannteren und wichtigeren auf. Ich nenne nur „Polyptique de l'abbé Irminon (St. Germain) . . . par Mr. Benjamin Guérard 3 T. Paris 1836—45. 4. entstanden in Folge Befehls von Pippin (u. Karls v. 802) dass die fränk. Abteien ihre Güter u. Einnahmen sollten zur Besteuerung verzeichnen lassen. Codex traditionum Fuldensium herausg. von Dronke, Fulda 1844. 4. Allgemeine Sammlungen: L. d'Achéry Spicilegium veterum aliquot scriptorum, 13 T. Paris 1655—1677. 4. (2. Ausg. von de la Barre, 3 T. Paris 1724. fol.). Bouquet et Dantine Recueil des Historiens, T. 3. u. 4., Monumenta Boica ed. Academia scientiarum Boica, vol. 1—35; Collect. novae vol. 8. Muratori Rer. Italic. scriptores . . 25 T. fol. Mediol. 1723—51. Antiquitates italicae, eod. 1728—42. 6 vol. fol.

[2]) Besonders der Codex Carolinus (99 Briefe der Päpste an die Könige Karl Martell, Pippin u. Karl d. G. enthaltend) auf der kais. Hofbibl. zu Wien. v. Savigny R.G. I. S. 357. nota a.

[3]) Vilmar deutsche Alterthümer im Heliand, 1845. 4.

Fünftes Kapitel.

Die Verfassung des Reiches.

I. Die Gemeinden.

§. 40.

1. Die Niederlassung.[1])

I. Eine innere Verschiedenheit der Gemeinde- und hierauf gestützt der Staatsverfassung entstand anfänglich dadurch, ob die Einwanderung stattfand in eine früher römische Gegend oder nicht. Denn da der Zweck der germanischen Einwanderungen lediglich auf feste Wohnsitze ging, lag weder die Vernichtung noch die Unterdrückung der besiegten Völker in ihrem Plane.[2]) Daraus ergab sich aber von selbst, dass nach beendeter Unterwerfung eines Landes die Besiegten, so viel sich dies nur mit ihrer politischen Unabhängigkeit vertrug, selbstständig blieben, deren höhere Kultur und geregelte Verhältnisse Einfluss auf die Germanen übten.

II. Auf diesen Principien ruht das von den Germanen beobachtete Verfahren in Betreff der Aneignung des Bodens, welches sich übrigens nicht für alle Stämme genau feststellen lässt. Bei der Einwanderung in römische Gebiete liessen sie sich meist zuerst von den Römern verpflegen (hospitalitas), forderten darauf bald zusammenhängende Gebiete, gewöhnlich ein Drittheil, dazu wohl noch $^1/_3$, auch von Vornhinein zwei Drittheile; bald musste der

---

[1]) Gaupp die germanischen Ansiedlungen und Landtheilungen in den Provinzen des römischen Westreiches in ihrer völkerrechtl. Eigenthüml. u. mit Rücks. auf verwandte Erscheinungen der alten Welt u. des späteren M.A. dargest. Breslau 1844. Andere Literat. weist nach Gengler Grdr. S. 74 fg. Vorzüglich kommt in Betracht v. Savigny R.G. I. S. 289 ff.

[2]) Der Zustand der röm. Provinzialen wurde daher nach dem Kriege in der That besser. Salvianus de gubernat. Dei L. V. (v. Savigny l. c. p. 291.) „. . . Itaque unum illic Romanorum omnium votum est, ne unquam eos necesse sit in jus transire Romanum. Una et consentiens illic Romanae plebis oratio, ut liceat eis vitam agere cum barbaris. Et miramur si non vincantur a nostris patribus Gothi, cum malint apud eos esse quam apud nos Romani? Itaque non solum transfugere ab eis ad nos fratres nostri omnino nolunt, sed ut ad eos confugiant, nos relinquunt.“ Salvianus war Priester zu Massilia um 480. —

Es mag hingewiesen werden auf die Annahme römischer Titel Seitens der Könige (§. 19.). Eine Ausnahme machten die Vandalen.

einzelne Römer dem einzelnen Germanen ein Gebiet abtreten, bald endlich erhielten sie auch wohl freiwillig von den Römern Gebiete angewiesen.

III. Man liess den römischen Provinzialen ihr Recht, nahm die vornehmsten als convivae regis in dessen Dienstadel auf; die geringeren kamen in die mildere Abhängigkeit des deutschen Rechts; man legte den Römern ein Wehrgeld bei.[3]) Römische Municipalverfassung und römisches Steuerwesen blieb bestehen. Hierdurch änderte sich der Charakter der öffentlichen Gewalt. Diese blieb über die unterworfenen Römer im nämlichen Zustande, so dass noch eine Zeitlang die Herrschaft über Germanen und Römer sich schied. Die nothwendige Einwirkung der römischen Einrichtungen, das in Folge des Kriegsruhmes erlangte grössere Ansehen erhöheten fortdauernd die königliche Macht, welche mehr und mehr über Deutsche und Römer eine gleiche ward. Dazu kam das Christenthum, welches eine völlige Umwandlung im Gebiete des öffentlichen Rechts durch die Trennung der priesterlichen Macht von der königlichen, die Stellung der Kirche und des Klerus, die Anschauung über die Quelle der obrigkeitlichen Gewalt, die Abschaffung der Sklaverei hervorbrachte, auf dem des Privatrechts durch die Umwandlung des Eherechts, die privatrechtliche Stellung von Kirche und Klerus neuen Ideen Eingang verschaffte. So konnte sich das fränkische Königthum von Gottes Gnaden bilden, so fiel der alte schroffe Abstand zwischen Herrn und Knecht, war aber zugleich Raum geboten für Bildung neuer Stände, so ging die bisherige lose Verbindung der einzelnen Gaue über in eine organische Staatsverbindung. Vom fränkischen Reiche, in dem diese Zustände sich bildeten, weil alle jene Gründe dort vorlagen, ging diese Entwicklung mit der Ausdehnung der Königsgewalt auf alle Stämme über und hatte bereits den Sieg davongetragen, als die dauernde Trennung zwischen dem fränkischen und deutschen Reiche eintrat.

IV. In den nichtrömischen Ländern blieben die Verhältnisse wenn auch in einer Fortbildung begriffen doch wesentlich auf den frühern Grundlagen beruhen; dasselbe war auch der Fall in den bis zu Chlodwig von den Franken eingenommenen Gebieten im Gegensatze zu den Reichen in rein römischen Ländern. Die Form der Niederlassungen bildeten also bald die Dörfer, bald einzelne Höfe, villae, Curtis, Herrnhöfe mit ihren Aeckern und Feldern.

---

[3]) Unterschied der Romani tributarii (v. Savigny Zeitschr. f. gesch. Rechtswissenschaft VI. S. 369 ff.) und Romanus homo possessor. Ueber die leges Romanae Barbarorum §§. 24. 25.

§. 41.

2. Die Volksgemeinden.

Die ältere Form der Selbstregierung wich unter den Karolingern der Ausdehnung fränkischer Zustände auf die übrigen Gebietstheile. Bei den Franken zerfiel das Land in viele Comitatus unter der Leitung eines Comes, Grafio, Graf, auch wohl judex, Graf genannt. Diese Einrichtung dehnte man auch auf das römische Provinzialgebiet aus, desgleichen wohl ohne Zweifel auf die römischen Städte an der Donau, während die im alten Gallien bis in's 9. und 10. Jahrhundert ihre römische Verfassung behielten und erst dann zu den rein germanischen Bildungen übergingen.[1]) Unter den Karolingern ward die Grafschaftseintheilung auf das ganze Reichsgebiet in der Art übertragen, dass man je nach den Verhältnissen den Gau mit der Grafschaft zusammenfallen liess, oder aus einem Gau mehre Grafschaften[2]) oder aus mehren Gauen eine Grafschaft machte.[3]) Das alte Gemeindeleben machte in politischer Beziehung der Regierung durch den König und seine Beamten Platz; für die Gemeinde blieb die volle Freiheit in rein gemeindlichen Angelegenheiten. Von der Mitgliedschaft in denselben hing daher auch fernerhin nicht mehr die politische Rechtsfähigkeit allein, wenngleich im Grossen und Ganzen vorzugsweise, ab; dadurch trat der politische Charakter der Landgemeinden zurück und bestimmte Stände in den Vordergrund, während durch günstige Verhältnisse in der folgenden Periode auch die Städte zu politischer Bedeutung gelangten. In den Gemeinden selbst erhielten sich die alten Verhältnisse, insbesondere die Markenverfassung (§. 9.) diese ganze Zeit hindurch wegen des Fortbestandes der alten Verhältnisse des Grundeigenthums und Erbrechts.

---

[1]) Ueber die Fortdauer der röm. Municipalverf., namentlich in den lombard. Städten, herrscht grosser Streit. Hauptschr.: v. Savigny R.G. I. S. 409 ff. M. A. v. Bethmann-Hollweg Ursprung der lombard. Städtefreiheit, Bonn 1846. C. Hegel Gesch. der Städteverf. v. Italien seit der Zeit d. röm. Herrsch. bis z. Ausg. des 12. Jahrh. 2 Bde. Leipz. 1847. Die fernere Lit. weist nach und gibt eine gute Skizze der Controverse Gengler Grdr. S. 287 ff.

[2]) Daher ist so oft die Rede von Grafschaften in einem bestimmten Gau.

[3]) Dies aber nur an den Reichsgrenzen. Monachi Sangall. de gestis Karoli. Monum. Script. II. 736.

II. Das Reich.

A. Der König.

§. 42.

1. Erlangung der Würde. Stellung.

I. In der merovingischen Königsfamilie hatte sich keine feste Erbfolgeordnung ausgebildet, so dass überhaupt Familienangehörigkeit zum Throne berief.[1]), Söhne succedirten in der Regel zuerst, dann Brüder und Neffen; waren mehre vorhanden, so vertheilte wohl der König bei seinen Lebzeiten das Reich auf den Todesfall, oder setzte einen Sohn über ein einzelnes Land; ebenso kamen nach dem Tode Theilungen vor.[2]) Kraft des Familienrechts folgt der neue König, weshalb die Mitwirkung des Volkes seit Chlodwig nur da uns entgegentritt, wo entweder ein nicht nach strengem Erbrecht Berechtigter folgte oder es galt, den Thronfolger gegen Verwandte zu schützen.[3]) Nur bei den Theilkönigen macht sich besonders in Austrasien eine anerkennende Mitwirkung der Grossen geltend; als Pippin, ein nicht durch das Erbrecht Gerufener, zur Regierung gelangt, findet die Schilderhebung statt, welche in der Folge der blossen Akklamation der Grossen Platz macht, da sofort das Erbrecht wieder eintrat.[4])

Mit Pippins Weihung und Salbung durch den h. Bonifacius zu Soissons 752,[5]) so wie durch Papst Stephan III. im J. 754[6]) wurde die Weihe, mit der Krönung der Söhne Karl d. G. zu Rom durch Papst Hadrian I., im J.

---

[1]) Ueber die Ehen der Könige, für welche Ebenbürtigkeit als Regel erscheint, s. Waitz V.G. II. S. 125 fg. Vgl. übrigens Herm. Schulze de testamento Genserici seu de antiquissima lege successoria in Germanorum regnis. Jenae 1859.

[2]) Siehe hierüber noch v. Daniels R.G. §. 149. Es ist gewiss richtig, dass die Theilungen im fränkischen Reiche in den verschiedenen Bestandtheilen desselben ihren Grund haben. Nachstehen der Weiber nach L. Sal. emend. Tit. LXII. §. 6. „De terra vero salica nulla portio hereditatis mulieri veniat, sed ad virilem sexum tota terrae hereditas perveniat." Davon die successio ad legem salicam.

[3]) Waitz D. Verf.Gesch. II. S. 106 f. Den Grund sieht Waitz mit Recht in der durch die Ausdehnung der Herrschaft gewonnenen Macht der Merovinger.

[4]) Einhardi Vita Karoli M. c. 3. Divisio imperii a. 806. c. 5. Greg. Touron. II. 40. IV. 51. VII. 10.

[5]) Einhard. Annal. ad a. 750.

[6]) Einhard. Annal. ad a. 754. Zugleich wurden seine Söhne Karlmann und Karl gesalbt.

781[7]) die **Krönung** des neuen Herrschers üblich mit Krone und Scepter. Diese kirchliche Weihe veranlasste K. Pippin zugleich, sich „Rex Dei Gratia" zu nennen, ein seitdem üblicher Titel. Der eigentliche Titel war Rex Francorum, seit Unterwerfung des Langobardenreiches „Rex Francorum et Langobardorum."

II. Mündig wurde der König mit dem 15. Lebensjahre,[8]) bis wohin früher ein Verwandter, später der Majordomus die Regentschaft führte.

III. In Folge der inneren Kämpfe, des Sieges der Merovinger über die Aristokratie, der in langen Kämpfen errungenen Macht, der Berührung mit den Römern, vor Allem des Einflusses christlicher Ideen erschien unter den Merovingern zwar weniger deutlich ausgeprägt, unter den Karolingern aber nach dem Sturze des Majordomats und der Erlangung kirchlicher Weihe völlig entwickelt das Königthum als Inbegriff einer von Gott verliehenen obrigkeitlichen Gewalt, deren Träger selbe durch Gottes Gnade zu eigenem Rechte auszuüben befugt, aber zum Wohle der Unterthanen zu handhaben ebenso verpflichtet ist. Anfangs war das Verhältniss verschieden.

IV. Ueber die unterworfenen Römer und unterjochten Germanen erlangte der König mit dem Besitze des römischen Staatsgutes so wie des Privatgutes der römischen Kaiser die imperatorische Gewalt, dieselbe volle und unumschränkte Macht, wie sie die römischen Imperatoren gehabt; deren Handhabung unterscheidet sich jedoch kaum mehr unter den Karolingern von der über die freien Stämme. Denn auch über diese haben die Könige die höchste Gewalt über Leben und Tod zu eigenem Rechte erlangt. Diese ist getreten an die Stelle der Volksmacht; der König erscheint als Quelle des Rechts und Beschützer des Friedens; der Volksfriede ist zum Königsfrieden geworden.[9]) Ihm verpflichtete sich das ganze Volk durch Eidschwur zur Treue;[10])

[7]) Einhard. Annal. a. 781. Annal. Lauriss. a. 781. Pippin ward zum König der Lombardei, Ludwig von Aquitanien geweiht und gekrönt.

Die persönlichen Vorrechte und Auszeichnungen des Königs stellt zusammen Gengler Grdr. S. 274 fg.

Als persönliches Recht der Könige erscheint das ripuarische (Recht ihres Volks), wie sich aus Divisio imperii a. 817. c. 16. ergibt, wo es heisst: „Si vero alicui illorum contigerit, nobis decedentibus, ad annos legitimos juxta Ribuariam legem nondum pervenisse . . ."

[8]) Waitz Verf. Gesch. II. S. 112.

[9]) Diese Anschauung zeigt Lex Salica LVI., wo es von dem Contumax heisst: ". . . . tunc rex, ad quem mannitus est, eum extra sermonem suum ponat. Tunc ipse culpabilis et omnes res suas erunt, et quicunque eum aut paverit aut hospitalem dederit, etiamsi uxor sua proxima, malb. lampicii, hoc est 600 dinarios, qui faciunt solidos 15, culpabilis judicetur."

[10]) Gregor. Touron. IV. 30. VI. 12. VII. 7. Greg. IX. 30. sagt: „Similiter et ille (nämlich K. Charibertus) cum juramento promisit, ut leges consuetudinesque novas

anfänglich nur beim Antritte der Regierung, später auch der Einzelne nach seiner Mündigwerdung.[11])

V. Vom König geht aus der Schutz der Rechte und Personen, die mundeburdis regia,[12]) welcher sich allen gegenüber darin zeigt, dass der Verletzer des Friedens neben der Sühne für den Verletzten dem Fiskus einen Theil als fredum entrichtet.[13]) Wo ein besonderer Schutz nöthig ist, wird auch dieser, wie in früherer Zeit durch das Volk, so jetzt vom Könige gewährt, woraus der Ding-, Heer-, Heim-, Acker-, Kirchen-, Königsfrieden entstand,[14]) dessen Bruch höheres Friedensgeld oder Friedlosigkeit nach sich zog.

VI. Mit dem Schutze Aller verbindet sich nothwendig Recht und Pflicht des Königs, über Recht und Unrecht zu entscheiden; er ist oberster Richter, ernennt diejenigen, welche anstatt seiner und in seinem Namen Recht sprechen.

VII. Der König leitet das ganze Land, setzt die Vorsteher der einzelnen kleineren Kreise ein und vereinigt so in sich die höchste Machtvollkommenheit. Um diese seine Rechte desto nachhaltiger wahren, jeden Eingriff zurückweisen

---

populo non infligeret." Capit. gen. a. 789 c. 2. (Leg. I. p. 68.): „De sacramentis fidelitatis causa, quod nobis et filiis nostris jurare debent, quod his verbis contestari debet: Sic promitto ego ille partibus domini mei Caroli regis, et filiorum ejus, quia fidelis sum, et ero diebus vitae meae, sine fraude et malo ingenio."

Ueber die Frage, ob der bei Marculf I. 40. („Ut leudesamio promittantur regi. Dum et nos una cum consensu Procerum nostrorum in regno nostro illo glorioso filio nostro illo regnare praecipimus, ideo jubemus ut omnes pagenses vestros, tam Francos, Romanos, vel reliqua natione degentibus bannire et locis congruis per civitates, vicos, et castella congregare faciatis; quatenus praesente Misso nostro inlustri viro illo, quem ex nostro latere illuc pro hoc direximus, fidelitatem praecelso filio nostro vel nobis et leode et samio per loca Sanctorum vel pignora quae illuc per eodem direximus, debeant promittere et conjurare.") mitgetheilte Eid ein Unterthanen- oder besonderer Treu-Eid sei, sowie überhaupt über das Verhältniss beider vgl. man Waitz II. 115 f., Roth Beneficialw. 108 ff., Walter R.G. §. 67 f., Zöpfl R.G. Th. II. §. 10., v. Daniels R.G. §. 137.

[11]) Cap. Karoli M. in Theodoris villa 805. II. c. 9. „Et infantes qui antea non potuerunt propter juvenalem aetatem jurare, modo fidelitatem nobis repromittant."

[12]) W. Th. Kraut die Vormundschaft nach den Grundsätzen des deutschen Rechtes dargestellt. (Götting. 1837. 47, 1859. 3 Bde.) Bd. I. S. 63 ff. — Vgl. über diese Verhältnisse noch die Darstellung von v. Daniels §. 141 ff.

[13]) Tacitus Germ. cap. 12. Greg. Touron. de miracul. S. Mart. IV. 26. „Compositionem fisco debitam quam illi fredum vocant." Wilda das Strafrecht der Germanen (Halle 1842.) S. 469 ff.

[14]) Wilda Strafr. der Germ. S. 233 ff. Zusammenstellungen der Quellenstellen bei Walter R. G. §. 57.

und die allgemeine Ordnung aufrecht halten zu können, steht ihm das Recht zu, Befehle und Anordnungen zu treffen und auf deren Uebertretung eine Busse zu setzen, das Recht des Bannes (§. 10.).[15] Durch die Bannbusse wurden ursprünglich diese besonderen königlichen Befehle, die richterlichen Anordnungen, insofern sie sich auf solche stützten, geschützt, ausserdem besondere Arten von Vergehen, namentlich gegen den besonderen Königsfrieden und den Heerbann bestraft.[16] Er betrug in der Regel 60 sol.[17] und wurde von dem ripuarischen Rechte auf das ganze Reich ausgedehnt; im Laufe der Zeit verwischte sich der Unterschied zwischen dem Banne, als einem Vorrechte des Königs und dem Friedensgelde, das jenem gewissermassen nur als Nachfolger in die alte Volksgewalt zustand, so dass bannus und fredus gleichbedeutend wurden.[18]

VIII. Mit dieser veränderten Stellung des Königs nahm der Einfluss des Volkes, des einzelnen Stammes, auf die Regierung und Gesetzgebung einen anderen Charakter an. Bei den Merovingern hatte noch in den wichtigeren Angelegenheiten das Volk seine Zustimmung zu geben,[19] über Krieg und Frieden mit zu beschliessen; allmälig aber fiel dies fort. Wo gleichwohl eine derartige Zustimmung sich später findet, ist sie mehr eine Förmlichkeit, welche die Karolinger in der klugen Absicht beibehalten mochten, die Herrschaft weniger fühlbar zu machen. Je mehr diese königliche Gewalt sich ausbildete, desto mehr musste das besondere Verhältniss zum Könige Einfluss und Macht geben. An die Stelle des den König berathenden Volkes traten mehr und mehr die Grossen, denen ihr besonderes Verhältniss zum Herrscher Ansehen und Macht verlieh.

IX. Die königliche Gewalt war jedoch keine ungemessene.[20] Jeder untersteht ihr mit der Verpflichtung zur unbedingten Treue gegen die Person des

---

[15] Ueber den Königsbann siehe J. A. M. v. Woringen, Beiträge zur Gesch. d. deutsch. Strafrechts. I. Beitr. Erläut. ü. d. Compositionswesen. Berlin 1836. S. 154 ff. Wilda Strafr. d. Germ. S. 469 ff. u. ders. in Weiske's Rechtslexikon Art. Bann. Gegen deren Meinung Walter R.G. §. 58. Vergl. auch Zöpfl R.G. S. 407 ff. 412. N. 29.

[16] Die 7 älteren, die 8 karol. Fälle des Bannes sowie dessen allmälige Ausdehnung sind nachgewiesen von Walter R.G. §. 58.

[17] Lex Ribuar. XXXV. 3. LVIII. 12. LXV. 1. 3. LXXIII. 1. 2. 4. LXXXVII. Das Capit. Saxon 797 c. 9. gestattet eine bis zu 1000 sol. (Merkel Lex. Sax. p. 20.).

[18] Diese Entwicklung lehrt Wilda a. a. O.

[19] So bei der Taufe Chlodwigs. Gregor. Touron. II. 29. Vita S. Remigii (bei Bouquet III. p. 377.).

[20] Er konnte zwar auch begnadigen, aber doch nur in beschränkter Weise. Vgl. Capit. a. 797 c. 10.

Königs, zur Pietät gegen dessen Familie, zur Leistung dessen, was an Diensten alle leisten müssen. In der Regierung seines Hauses bleibt der freie Mann unbeschränkt. Der König ist verpflichtet, das Recht der Einzelnen zu achten und zu schützen, kann nur in den bestimmten Dingen und der hergebrachten Weise die Freien verbinden. Soll darüber hinaus eine Verpflichtung bestehen, so ist ein besonderes Treuverhältniss nöthig (§. 43.).

§. 43.

2. Antrustionen. Leudes. Beneficiaten. Vasallen.[1])

I. Aehnlich der älteren Zeit (§. 15.) erscheint in der merovingischen um den König eine Schaar von Getreuen, die trustis regia, dominica,[2]) Antrustionen, welche, ohne einen besonderen Stand zu bilden, oder eine erbliche Würde inne zu haben,[3]) vom Könige aus den Freien, aber auch den Römern, ja auch Halbfreien (Liten) genommen,[4]) durch einen in manu regis abgelegten Eid eine besondere Treue schwuren,[5]) von diesem beliebig entlassen

---

[1]) Paul Roth Geschichte des Beneficialwesens von den ältesten Zeiten bis in's zehnte Jahrhundert. Erlang. 1850. Lex.-8. Darin ist die gesammte Literatur angegeben, auch werden die verschiedenen Meinungen referirt, z. B. S. 209. 210. Waitz Verf.Gesch. II. S. 208 ff. 607 ff. Ders. über die Anfänge der Vassallität. (Abgedr. aus dem VII. Bde. der Abhandl. d. kön. Gesellsch. der Wissensch. zu Götting.) Götting. 1856. 4. Zöpfl R.G. Th. II. §. 10. (S. 282 ff.), v. Daniels R.G. S. 136 ff. Letzterer tritt besonders gegen Roth auf. Ganz adoptirt sind die Ausführungen Roths von Walter §. 67 ff.

[2]) Ueber die Ableitung, die Verwandtschaft mit dem neuhochd. trost, ahd. traust = mundium, potestas domini, solatium, s. Grimm R.A. 275. u. 603. Vgl. auch Zöpfl a. a. O. N. 45.

[3]) An den alten Adel knüpfen dieselben an nach dem Vorgange von Montesquieu im Esprit des loix XXX. 22.: Maurer Adel S. 87., Eichhorn R.G. §. 47., v. Savigny verm. Schriften IV. S. 30 f. Dagegen Roth Beneficialw. S. 119 ff.

[4]) Lex Sal. XLI. 3. „Si quis vero Romano homine conviva rege occiderit cui fuerit adprobatum, 12000 dinarios qui faciunt solidos 300 culpabilis judicetur." Recap. L. Sal. c. 30. „Inde ad solidos 900, ut si quis Romanum vel lidum in truste dominica occiserit." Merkel p. 99. Eod. p. 97. c. 33. „Solidos 900, ut qui antrusionem quo puer regis est occiserit et eum ignem combusserit."

[5]) Formular bei Markulf I. 18. „De Regis antrustione. Rectum est ut qui nobis fidem pollicentur inlaesam, nostro tueantur auxilio. Et quia ille fidelis Deo propitio noster veniens ibi in palatio nostro una cum arimannia sua (richtiger arma sua) in manu nostra trustem et fidelitatem nobis visus est conjurasse, propterea per praesentem praeceptum decernimus ac jubemus ut deinceps memoratus ille in numero antrustionum computetur. Et si quis fortasse eum interficere praesumpserit, noverit se wirgildo suo solidos sexcentis esse culpabilem judicetur." Dieser ist übrigens im Inhalt

werden konnten. Als stete Begleiter des Königs, seine Diener und Tischgenossen[6]) erlangten sie einen naturgemässen Einfluss, der sich juristisch jedoch nur in der Verdreifachung des Wergeldes, das ihrem Geburtsstande oblag, kund gibt.[7])

II. Mit dem fortwährenden Steigen der königlichen Macht hob sich immer höher auch das Ansehen seiner besonderen Getreuen, welche mit den gleichfalls durch dreifaches Wergeld und Ansehen hervorragenden Beamten des Königs mehr und mehr die Theilnahme der Freien in Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zurückdrängten. Zugleich lag es in der Anschauung jener Zeit — wie überhaupt aller Zeiten — dass zahlreiche Begleitung ein Zeichen von Ansehen und Macht bilde. Auch in der karolingischen Zeit begaben sich fortwährend in des Königs Dienstschaft (se commendare) Personen, die Vassi Vassalli regales, dominici genannt werden.[8]) Zwischen diesen Vasallen und den Antrustionen der merovingischen Zeit dürfte wohl nur ein Namens-

---

nicht von dem allgemeinen Fidelitäts- (Unterthanen-) Eide verschieden, wie Roth S. 122 ff. dargethan hat. Dagegen v. Daniels §. 137.

[6]) Siehe die Belege bei Roth S. 125 ff. Nota 52 ff.

[7]) Die Stellen in nota 4. dazu L. Sal. XLI. 2. XLII. 1. Wird der Antrustio bei Ausübung des Dienstes getödtet (z. B. in oste), so hat er dreifaches Wergeld, das neunfache seiner Geburt. L. Sal. LXIII. 2. Dreifaches auch der ingenuus nach LXIII. 1. „Si quis hominem ingenuum in oste occiserit (quia lege salica vivit et in truste dominica non fuit ille qui occisus est), malb. leude hoc est 24000 dinarios qui faciunt solidos 600 culpabilis judicetur. 2. Si vero in truste dominica fuerit ille qui occisus est cui fuerit adprobatum, malb. mother hoc est 1800 solidos culpabilis judicetur." bei Tödtung in oste. Gegen die Ansicht Eichhorns R.G. §. 26. 47., das Charakteristische der Antrustionen habe in der ausschliesslichen Befähigung bestanden, ein Dienstgefolge zu haben (diese hat ihren Grund in der entschieden falschen Lesart arimannia der in nota 5. abgedr. Stelle Marc. I. 18.) und Immunitäten besitzen zu können, sehe man Roth S. 116—119., dem sich Walter, v. Daniels, Zöpfl anschliesst.

[8]) In den Leges bezeichnet vassus noch theilweise einen Unfreien, der zu Diensten im Hause verwendet wird. So lex Sal. XXXV. 5. „Si quis vassum ad ministerium (quod est horogavo, puella ad ministerium) aut fabrum ferrarium vel aurifice aut porcario vel vinitorem aut stratorem furaverit aut occiderit cui fuerit adprobatum, 1200 dinarios qui faciunt solidos 30 culpabilis judicetur." L. Alam. Leg. lib. II. LXXXI. 3., bei Pertz Leg. T. III. p. 73., wo Merkel in den Noten die Literatur angibt; dazu Roth S. 367. und Waitz II. S. 152. Damit entfällt von selbst der hiergegen von Zöpfl R.G. S. 294. Anm. 70. aus „den ältesten Stellen" und der Etymologie, welche in diesem Falle nichts beweist, erhobene Einwand und dessen gegentheilige Behauptung, „die Bezeichnung vassus oder vasallus deute von Haus aus auf einen freien, durch eigne Wahl eines Herrn ergebenen Diener oder Gefolgsmann." Wie das Wort skalk in seniscalcus, mariscalcus (Grimm R.A. p. 302.), ist es mehr und mehr auch für freie Diener gebraucht worden und hat so jedes Entehrende verloren.

unterschied obwalten; der Treuschwur,[9]) das Begleiten des Königs, Versehen von Hofdiensten[10]) kommt auch bei ihnen vor. Das Gefolge war offenbar sehr gross geworden, so dass man bereits die Vasallen auch mit Aemtern belieh,[11]) ja selbst, wenn man ihrer nicht bedurfte, daheim liess.[12]) Zweifelsohne wurden diese Vasallen wie die früheren Antrustionen von den Königen, während sie bei Hofe waren, unterhalten. Wie in älterer Zeit die principes, hatten in der merovingischen Zeit die mächtigeren Antrustionen, in der karolingischen diese Vasallen, überhaupt die grösseren Grundbesitzer, wiederum eine zahlreiche Dienerschaft, bestehend aus ihren Unfreien[13]) (den pueri, ihrer familia), welche dieselben auch im Dienste des Königs begleiteten und höchst wahrscheinlich vom Könige unterhalten wurden, so lange sie mit ihren Herrn bei Hofe waren. Mit der allmäligen Abnahme der alten Freiheit, der wachsenden Macht einzelner Grossen, dem Anhäufen des Grundbesitzes in der Hand der Könige, der Kirche und der Grossen, der Unvermögenheit vieler Gemeinfreien, die grosse Last des ununterbrochenen und beschwerlichen Kriegsdienstes aus dem bei Vermehrung der Familie mehr und mehr keine ausserordentlichen Ausgaben gestattenden Grundbesitze zu tragen, endlich mit der Zunahme der von der Grafengewalt eximirten Güter vieler Grossen, auf denen auch Freie sassen, welche das Land bebauten, bot sich in der Nachahmung des Vasallenthumes ein Mittel zur Besserung seiner Lage[14]). Es commendirten sich so seit Karl Martell freie Leute freiwillig durch den Fidelitätseid[15]) ein-

---

Diese Entwicklung liegt bereits in den von Zöpfl a. a. O. citirten Kapitularien vor, nicht aber in den andern beiden von ihm angeführten.

[9]) Einhard. Annal. a. 757. „Tassilo more Francico in manus regis in vassaticum manibus suis semet ipsum commendavit, fidelitatemque jurejurando promisit," geschöpft aus Annal. Laurissens. a. 757 (Pertz I. p. 140.).

[10]) Capit. Bonon. 811. c. 7., ad Theodon. vill. 821. c. 4.

[11]) Capit. ad Theodon. vill. l. c.

[12]) Baluze Capitul. reg. Franc. II. col. 1400. 1405.

[13]) Siehe die Belege bei Roth Beneficialw. S. 152 ff.

[14]) Man sehe überhaupt Roth a. a. O. Buch IV. Kap. I. u. II., wo auch die in der politischen Geschichte liegenden Gründe dargelegt werden.

[15]) Capit. in Theod. villa 805. II. c. 9. (Leg. I. p. 133.) „De juramento, ut nulli alteri per sacramentum fidelitas promittatur, nisi nobis et unicuique proprio seniore ad nostram utilitatem et sui senioris, excepto his sacramentis quae juste secundum legem alteri ab altero debentur. Et infantis, qui antea non potuerunt propter juvenalem aetatem jurare, modo fidelitatem nobis repromittant." Praecept. pro Hispan. 815. c. 6. (Walter Corp. jur. II. 291.): „Noverint tamen iidem Hispani sibi licentiam a nobis esse concessam ut se in vassaticum comitibus nostris more solito commendent. Et si beneficium quisquam eorum ab eo cui se commendavit, fuerit consecutus, sciat se de illo tale obsequium seniori suo exhibere debere quale nostrates homines de simili beneficio senioribus suis exhibere solent." Praec. II.

zelnen Grossen, wurden deren homines, vassi, vassalli.[16]) Ihr Herr, senior, hatte gegen die persönliche lebenslängliche Verpflichtung der beständigen Treue, welche sich im Schutze des Herrn im Frieden und Kriege, dessen Begleitung zeigte,[17])

(eod. p. 308.), Cap. Aquisgr. a. 813. c. 16, (Leg. I. p. 189.) „Quod nullus seniorem suum dimittat postquam ab eo acciperit valente solido uno; excepto si eum vult occidere, aut cum baculo caedere, vel uxorem aut filiam maculare, seu hereditatem ei tollere." Cap. Pipp. a. 789 c. 12. 13. (Leg. I. p. 71.): „Stetit nobis de illos liberos Langobardos, ut licentiam habeant se commendandi ubi voluerint, si seniorem non habuerit, sicut a tempore Langobardorum fecerunt, in tantum quod ad partem comiti sui faciat rationabiliter quod debet." Divis. imper. a. 806 c. 10. (Leg. I. p. 112.) „Et unusquisque liber homo post mortem domini sui licentiam habeat se commendandi inter haec tria regna ad quemcunque voluerit. Similiter et ille qui nondum alicui commendatus est." Divis. a. 817 c. 9. (ib. p. 199.) „Praecipiendum etiam nobis videtur, ut post decessum nostrum uniuscujusque vassallus tantum in potestate domini sui beneficium, propter discordias evitandas, habeat, et non in alterius. Proprium autem suum et hereditatem, ubicumque fuerit, salva justitia cum honore et securitate secundum suam legem unusquisque absque injusta inquietudine possideat; et licentiam habeat unusquisque liber homo qui seniorem non habuerit, cuicunque ex his tribus fratribus voluerit, se commendandi;" divis. a. 830 c. 6. (ib. p. 357), Capit. de exerc. a. 803 c. 5. (ib. p. 119,) Adnunc. Karoli Calvi a. 847 c. 2. (ib. p. 395.) „Volumus etiam, ut unusquisque liber homo in nostro regno seniorem, qualem voluerit, in nobis et in nostris fidelibus accipiat." Ueber die Form der Commendation vgl. die Notizen bei Zöpfl §. 10.

[16]) Spätere Formen sind valvassor, walvassor. So schon in Const. Chuonradi Salici. a. 1037. Monum. Leg. II. 39. Das Verhältniss des Vasallen zum Herrn wird bezeichnet mit vassaticum, servitium, obsequium.

Unterschied der Vassi regii, welche wieder seniores waren, und vassi episcoporum, abbatum, comitum, ducum.

Vassi casati: Capit. Bonon. Karoli M. a. 811 c. 7. (Monum. Leg. I. 173.): „De vasallis dominicis qui adhuc intra casam serviunt, et tamen beneficia habere noscuntur, statutum est, ut quicunque ex iis cum domno imperatore domi remanserint, vasallos suos casatos secum non retineant, sed cum comitem cujus pagenses sunt ire permittat." Capit. ad Theodonis villam a. 821 (eod. p. 230.) c. 4.: „De vassis nostris, qui ad marcam nostram constituti sunt custodiendam aut in longinquis regionibus sua habent beneficia vel res proprias, vel etiam nobis assidue in palatio nostro serviunt, et ideo non possunt assidua custodire placita: quam rem volumus ut missi nostri vel comes nobis notam faciant, et nos faciemus, ut ad eorum placita veniant."

[17]) Roth S. 379 f. u. Walter §. 74. stellen die Belege zusammen. Es konnte der Vasall den Dienst aufsagen aus den Gründen im Capit. Aquisgr. 813 c. 16. (abgedr. in nota 15.) Const. de liberis et vasallis a. 816 c. 2. (Leg. I. p. 196.): „Si quis seniorem suum dimittere voluerit et ei approbare potuerit unum de his criminibus: id est primo capitulo, si senior eum injuste in servitio redigere voluerit; secundo cap., si in vita ejus consiliaverit; tertio cap., si senior vassalli sui uxorem adulteraverit, quarto cap. si evaginato gladio super eum voluntarie occurrerit; quinto cap. si senior vassalli sui defensionem facere potest, postquam ei ipse manus suas commendaverit, et non fecerit, liceat vassallum eum dimittere. Qualecumque de istis quinque capitulis senior contra vassallum suum perpetraverit, liceat vassallum eum dimittere."

die Pflicht, den Vasallen zu schützen[18]) und zu vertreten. Nach der Natur der Sache gab das höhere Ansehen des Senior auch ein solches den Vasallen. Daher erscheinen die vassi regii als die ersten, welche selbst wieder Vasallen hatten; nach ihnen erlangten auch die der Erzbischöfe und Bischöfe ein bedeutendes Ansehen.

III. Schon frühzeitig war es Sitte geworden, dass die Könige ausser der Verpflegung an ihre Getreuen einzelne Besitzungen, wozu ihr ausgedehnter Grundbesitz das Mittel bot, vergaben, anfangs wohl in der Regel zu Eigenthum.[19]) Jedoch bildete diese Beleihung nichts für das besondere Fidelitätsverhältniss Eigenthümliches, sondern kam auch ohne dieses vor, besonders als Mittel, sich einzelne mächtige Freie dadurch zur unbedingten Ergebenheit zu verpflichten,[20]) wie umgekehrt sich bis in die spätere Zeit Vasallen ohne solches Gut finden.[21]) Mehr und mehr aber wurde es seit Karl Martell Sitte, den Vasallen für die Verpflichtungen aus dem Dienstverhältnisse Grundstücke zum Genusse zu übertragen, welche man Beneficia[22]) nannte. Als zu sol-

---

[18]) Vgl. z. B. cap. Ingelh. 807. c. 9. (ib. p. 151.), Const. Hloth. Olonn. 823. c. 13. (ib. p. 233.), Capit. Aquisgr. 825. cap. 26. (in nota 6. §. 37.).

[19]) Dies hat Roth Gesch. d. Beneficialw. S. 204 ff. 242. nachgewiesen. Ueber die Möglichkeit der Confiskation hat derselbe sich gleichfalls ausgelassen. 216 ff.

Auch das Versprechen, ein hohes Amt zu verleihen, war wohl selbst Grund der Commendation. Darüber siehe Waitz Anfänge der Vassallität S. 31., wo aus Nithard III. c. 2. ein Beispiel gegeben wird, dass „honores" Grund zur Commendation waren. Ebenso ist ohne Zweifel auch ein Gut oft Grund gewesen. Aber weder in dem Einen noch dem Andern liegt das Wesen der Vassallität für diese Zeit. Vgl. auch Zöpfl S. 297.

[20]) Waitz V.G. II. S. 209 ff. sucht nachzuweisen, dass solche Verleihungen wesenlich als Entgeld der Treue für die Dauer des Treuverhältnisses gemacht seien, desshalb hätten vom Nachfolger bestätiget werden müssen, dass eine ausnahmsweise Schenkung zu vollem Eigenthum nur an Kirchen hauptsächlich vorgekommen sei. Dem ist Roth a. a. O. entgegengetreten. Dagegen hat Waitz in der angef. Abhandlung seine Meinung näher zu begründen versucht. Beneficien finden sich auch im Besitze von Mönchen, niederen Geistlichen und Weibern. Die Belege bei Roth S. 428. n. 50. 51. Ebenso hatten von Kirchen sowohl Frauen Beneficien, als auch andere Personen, die unmöglich im Dienstverbande zu denselben gedacht werden können, auch selbst der König und einzelne Grafen: Roth S. 435. n. 92. u. 93. Ueber die Entwicklung der Beneficia auf kirchlichem Gebiete sehe man Mein System des Kirchenrechtes. Giess. 1856. §. 99.

[21]) Nachweise bei Roth. S. 379. n. 53., 384. n. 75. u. a.

[22]) In dieser technischen Bedeutung kommt der Ausdruck zur Zeit der Merovinger nicht vor. Eichhorn R.G. §. 26. Waitz V.G. II. 213. Roth Benef. S. 232. Der Ausdruck beneficium findet sich schon im römischen Reiche bei den Militärkolonien, ist wohl von da durch die Kirche übernommen, und von dieser auf das offenbar analoge Verhältniss im weltlichen Gebiete übertragen. Hieraus ergibt sich, dass ein An-

chen die fiskalischen Güter nicht mehr hinreichten, griffen die Söhne Karl Martells zu dem Kirchengute, von dem sie in Neustrien einen Theil unbedingt einzogen und vergaben, in Austrasien hingegen Beneficien austhaten gegen eine bestimmte Abgabe und die Verpflichtung des Rückfalles an die Kirche nach dem Ableben des Beliehenen.[23]) Die Menge des Kirchengutes gestattete ohne Zweifel eine Beleihung aller königlichen Vasallen. Eine gleiche Verleihung nahmen nun die Senioren vor, indem auch sie wieder ihren Vasallen Beneficien gaben. Nicht minder wurde mehr und mehr die Verleihung eines Beneficiums directer Grund eines Dienstverhältnisses, indem einzelne grosse Grundbesitzer, um Fideles zu haben, ferner um als Entgelt die Kriegsfolge sich zu verschaffen, Ländereien nach Beneficialrecht austhaten. Endlich übertrugen Manche, um die Vortheile des Vasallenverhältnisses zu geniessen, ihr Gut dem Könige oder einem Grossen, und nahmen es von demselben nach Beneficialrecht zurück. In der Regel waren die Beneficien nur für die Lebensdauer des Herrn gegeben, allmälig wurden jedoch unter verschiedenen Formen dieselben auf die Lebenszeit des Empfängers verliehen und auch nach dessen Ableben häufig dem Erben auf's Neue übertragen, so dass, wenn kein Fall der Einziehung vorkam, das Verbleiben in der Familie zur Regel wurde.[24])

IV. Das anfänglich rein persönliche, allmälig aber auf ein dingliches Substrat gebaute Treuverhältniss wurde mehr und mehr von Einfluss und die Grundlage der Staatsverfassung; denn obwohl allmälig die trustis, das persön-

---

knüpfen an römische Einrichtungen für das Beneficialwesen durchaus unnöthig ist. — Die königl. Beneficien waren meist eine villa dominica mit ihrem Zubehör. Ueber die Verzeichnisse derselben und die Controle s. Walter §. 75.

[23]) Diese Säcularisation ist umständlich beschrieben von Roth Gesch. d. Benef. S. 313 ff. Roth hat auch gezeigt, dass nicht bereits Karl Martell zu derselben gegriffen, wie noch v. Daniels Syst. u. Gesch. des franz. u. rhein. Civilprocessrechtes I. Bd. Berl. 1849. S. 94 f. festhält. Ueber die in Folge davon zu Gunsten der Kirche constituirten Abgaben, und die Einwirkung dieser Säcularisation auf die Entwicklung des kirchl. Güterrechtes (Zehnten, Baulast) siehe mein System des Kirchenrechtes S. 513. 545. Abweichende Ansichten hat v. Daniels R.G. §. 160. aufgestellt, bez. von Neuem zu beweisen gesucht. Wo die Uebertragung eine bedingte war, geschah sie in der Form von Precariae, welche häufig auch nach dem Ableben des Inhabers durch den König mit dessen Sohne oder einem anderen Nachfolger erneuert wurden, so dass faktisch fast alles eingezogene Gut nach und nach der Kirche dauernd entfremdet ward.

[24]) Vgl. über diese Entwicklung die genauen Belege bei Roth S. 416 ff. Es kann hier nicht der Ort sein, auf die verschiedenen Meinungen über die Entstehung des Beneficialwesens näher einzugehen. Man findet sie sämmtlich aufgezählt bei Roth, Walter a. a. OO. Die Literatur am Genauesten bei Gengler Grdr. S. 290 ff.

liche Umgeben, fortfiel, blieb die Treue und Verpflichtung zu Diensten bestehen, und bildete das Band, durch welches in der Folgezeit König und Stände zusammengehalten wurden.

§. 44.

3. Die Einkünfte des Königs.[1])

I. Hauptquelle der königlichen Einkünfte waren die **Reichsgüter**, Domänen, **villae dominicae**, bestehend zum Theile aus dem angestammten Familienbesitze, zum grössten aber aus den in den früher römischen Theilen bestandenen Fiskalgütern und in den übrigen Gebieten aus den Ländereien, welche die Könige für sich behalten hatten. Durch Schenkungen an Getreue, Austhun zu Beneficien und besonders Ausstatten der Bisthümer, Klöster u. s. w.[2]) waren dieselben allmälig bedeutend zusammengeschmolzen.

II. Dazu kamen beibehalten aus der römischen Zeit in dem südlichen Gallien von den **Possessores** (Grundeigenthümern) die in jedem Steuerjahre (**indictio**) fällige **Capitatio** (Grundsteuern) bemessen nach je 1000 solidi des auf Grund des allemal auf 15 Jahre festgestellten **Capitastrum** abgeschätzten Vermögens, von den Uebrigen eine **Kopfsteuer** (tributum)[3]). Anfangs waren zwar nur die römischen Unterthanen dieser Steuer unterworfen, allmälig wurden auch die fränkischen dazu verpflichtet in jenem Gebiete.[4]) Diese Steuern sind aber aus mannigfachen Gründen (Erwerb des römischen Guts durch Franken, Verfall der Steuerrollen, Begeben der Kopfsteuerpflichtigen in's Treuverhältniss u. a.) theils fortgefallen theils in andre Formen über-

---

[1]) Zusammenstellung von Literatur und Quellenstellen bei **Gengler** Grdr. S. 283 ff. Dem mündlichen Vortrage überlassen die Darstellung des Zusammenfallens der königl. und Staatseinkünfte, Bedeutung von **fiscus**, **fiscalia**, **regalia** der Quellen; Art der Benutzung, Verwaltung, **palatia**. **Curtes**, **mansioniles dominicatae**, **villae** u. s. f. Vgl. bes. Cap. **Aquisgr.** 812 c. 7. (Leg. I. p. 174.) und Beneficiorum fiscorumque regal. describend. formulae 812. (ib. p. 175 sqq.). **Guérard** Explication du Capitulaire de villis. Paris 1853. **Waitz** II. S. 498 ff., v. **Daniels** R.G. §. 161.

[2]) Hiervon findet man bei **Roth** im oft cit. Werke, besonders aber bei **Thomassini** Vetus et nova ecclesiae disciplina circa beneficia et beneficiarios cet. Neap. 1769. III. Partes in 10. T. 4. reiche Belege; die Urkunden in den Urkundensammlungen (§. 3.) für die einzelnen Diöcesen, Kirchen u. s. w.

[3]) S. **Waitz** V.G. II. S. 510 ff. Ueber die Versuche, diese Steuern auszudehnen, deren Beibehaltung, Uebergang der Grundsteuer in eine auf dem Boden ruhende Abgabe (Reallast), der Kopfsteuer in eine den Familien obliegende, somit vererbliche Abgabe s. **Roth** Beneficialw. S. 85 ff. **Waitz** II. 174. not. 2.

[4]) **Waitz** V.G. II. S. 522 ff.

gegangen. In den übrigen Gegenden wurden gemäss dem Herkommen[5]) bald auch Steuern,[6]) bald vom ganzen Volke eine Abgabe,[7]) bald Geschenke[8]) der Einzelnen entrichtet. Hierzu kommen die Leistungen von Naturalien an den Hof, sowie verschiedene Beamte, die von Naturaldiensten (Hand- und Spann-Dienste, Fuhren) u. dgl.

III. Eine andere Klasse von Einkünften bildeten die Bussen für den Bruch des Friedens (freda) und die Banngelder, Bannbussen, ferner Einnahmen aus Confiscationen, erblose Sachen.[9]) Hierzu traten die Nutzungen, welche der königliche Forst- und Wildbann abwarf, die Zoll-, Wege-, Brückengelder, soweit dieselben nicht an Grosse vergabt waren, das Münzregal,[10]) eine Art Bergzehnt.[11])

B. Die Reichsregierung.

§. 45.

1. Die Reichsbeamten, Hofbeamten.[1])

I. In Nachahmung der byzantinischen Hofverfassung treten uns unter Chlodwigs Nachfolgern eine Anzahl von Hofämtern entgegen, welche theils nur für den Hof, theils für die ganze Reichsregierung von Bedeutung waren. In jener Beziehung erscheinen die Inhaber der Aemter, welche nach alter Sitte den Dienst für die Bedürfnisse des Königs versehen, für dessen Kleidung, Nahrung, Rosse. Diese sind 1) der Cubicularius,[2]) betraut mit der

---

[5]) Cap. Aquisgr. 828 Oratorum relatio ad Imp. c. 7. (Leg. I. p. 327.) „Census tamen singularum provinciarum antiquitus constitutus hujus rei occasione pauperibus non augeatur."

[6]) Eine solche findet sich bei den Alamannen: Waitz V.G. II. S. 507 ff., Merkel de rep. Alam. §. 10. n. 31. (p. 43.).

[7]) So z. B. von den Sachsen, Thüringern, desgleichen den slavischen Völkern, so oft sie die Oberhoheit des fränkischen Königes anerkannten.

[8]) Vgl. divis. imper. a. 817. c. 4. Eichhorn R.G. §. 171. Diese von den einzelnen Grossen (Bischöfen, Aebten, Grafen, Vasallen) alljährlich gebrachten unterscheiden sich von denen, welche der Einzelne zu geben pflegte, wenn er zu Hofe kam, und von den Naturalleistungen, welche auch wohl dona heissen. Vgl. Zöpfl R.G. Th. II. §. 40.

[9]) L. Rip. LVII. 4. L. Sal. Emend. LXIII. §. 3.

[10]) S. die Notizen bei v. Daniels R.G. §. 162. N. 13.

[11]) Waitz II. S. 554.

[1]) Hincmar Remens. de ordine palatii in Walter Corp. jur. germ. III. p. 761—772. nach der Schrift des Abtes Adalhardus von Corvey gearbeitet, wie Hincmar selbst c. 12. näher angibt.

[2]) Gregor. Touron. V. 13. 18. 21. 38. VII. 13. 17. 21. X. 10.

Sorge für das Haus und dessen Bewohner, somit auch für den Schatz (thesaurarius), der vor den Majoresdomus zurücktrat und unter den Karolingern als Camerarius die eigentliche Hofhaltung besorgte. 2) Der Dapifer oder siniscalcus, senescalcus, Seneschall,[3]) später Truchsess,[4]) Oberküchenmeister, dem die Sorge für die Küche und die Bedienung bei der Tafel oblag. 3) Pincerna, Scantio,[5]) in karolingischer Zeit buticularius,[6]) Schenke, Kellermeister. 4) Comes stabuli (Connetable), Marescalcus,[7]) Marschall, Oberstallmeister, betraut mit der Sorge des königlichen Stalles, für die Equipirung der Vasallen und deshalb deren allmäliger Anführer. Ausserdem gab es noch verschiedene andre Aemter (venatores, falconarius) und zur täglichen Leistung der Dienste eine Anzahl von Stellvertretern, Unterbeamten der Genannten, nebst den nöthigen Dienern (Ministeriales) zur Besorgung der niedern Geschäfte.[8])

---

[3]) Grimm R.A. p. 302. nimmt den Ausdruck für „der älteste Diener;" richtiger abzuleiten von sen (Gesinde oder Heerde, Schaar), so viel als ein Diener, der einer Schaar vorsteht, während jenes als Uebersetzung von major domus erschiene.

[4]) Einige leiten es ab von truhe, Gefäss und sehen es als Uebersetzung von dapifer an; richtiger von trustis, trucht, Schaar, der einer Schaar vorsteht. Vgl. über die Namen dieser Aemter noch Zöpfl Th. II. §. 29. in der Anm.

[5]) Lex Sal. Novell. bei Merkel p. 66.

[6]) Cap. Karoli M. de villis c. 16. Hincmar l. c. c. 23. von buta = Butte.

[7]) L. Sal. l. c. Die Stelle lautet: „Si quis majorem, infestorem, scantionum, mariscalcum, stratorem, fabrum ferrarium, aurificem sive carpentarium, vinitorem vel porcarium vel ministerialem furaverit . . ." Gregor. Turon. V. 39. Hincmar. c. 16. 23. Das deutsche Wort stellt sich als Uebersetzung heraus.

[8]) Ueber diese Verhältnisse geben Auskunft folgende Stellen von Hincmar de ord. pal. c. 16.: „Post eos vero (die sub num. II.) sacrum Palatium per hos ministros disponebatur: per Camerarium videlicet et Comitem Palatii, Senescalcum, Buticularium, Comitem stabuli, Mansionarium, Venatores principales quatuor, Falconarium unum. 17. Et quamvis sub ipsis aut ex latere eorum alii ministeriales fuissent, et ostiarius, sacellarius, dispensator, scapoardus, et quorumcunque ex eis juniores, aut Decani fuissent, vel etiam alii ex latere, sicut bersarii, veltrarii, beverarii . . . . . . 22. De honestate autem Palatii, seu specialiter ornamento regali, nec non et de donis annuis militum, absque cibo et potu, vel equis, ad Reginam praecipue, et sub ipsa ad Camerarium pertinebat . . . . 24. . . Sed et hoc et illud, id est, et intra et extra palatium, ita semper cum mensura et ratione ordinaretur, ut quantum prodesset, esset, et quantum non prodesset, non esset; quia in ipsis ministeriis non sic facile certus numerus . . . diffiniri potest: ideo in ipsorum arbitrio manebat, quanti et quales essent. Sensus autem in his omnibus talis erat, ut nunquam Palatio tales vel tanti deessent ministri, propter has praecipue inter ceteras necessitates, vel honestates . . ." Er beschreibt dann, wie man dies bewerkstellige. Ueber Erziehung u. Disciplin bei Hofe s. Waitz II. 393 ff., v. Daniels R.G. §. 154 f.

II. Für die Reichsverwaltung von directer Bedeutung waren 1) der Referendarius, welcher das königliche Siegel zu bewahren, die königlichen Urkunden zu beglaubigen hatte, der Kanzlei vorstand, unter den Karolingern Cancellarius, meist ein hoher Geistlicher unter dem Namen Apocrisiarius, Archicapellanus, welcher zugleich der Hofgeistlichkeit vorstand[9]) und überhaupt die geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten leitete (Cultusminister). 2) Der Comes palatii, Pfalzgraf, welcher hervorragender Gehülfe des Königs für die Gerichtsbarkeit in älterer merovingischer Zeit[10]) in dieser Stellung verdunkelt durch den Majordomus[11]) unter den Karolingern als oberster Hof- und Reichsbeamter für die weltlichen Angelegenheiten, somit als zweiter überhaupt erscheint.[12]) 3) In der merovingischen Zeit erscheint seit der Regentschaft von Frauen allmälig als der erste Hof- und Reichsbeamte sowohl im westlichen als östlichen Franken und in Burgund der früher nur mit der Leistung des Hofstaates betraute insbesondere als Kammerherr der Königin und Prinzessinen fungirende Majordomus, dem zuletzt die Oberverwaltung des Krongutes, damit auch der grösste Einfluss auf das Beneficialwesen, die Aemterbesetzung, ferner die Vormundsehaft über den minderjährigen König u. s. w. zustand. Mit König Pippin verschwand diese Würde.[13])

---

[9]) Hincmar c. 16. „Apocrisiarius autem quem nostrates Capellanum vel Palatii custodem appellant, omnem clerum Palatii sub cura et dispositione sua regebat. Cui sociabatur summus Cancellarius, qui a secretis olim appellabatur, erantque illi subjecti prudentes et intelligentes ac fideles viri, qui praecepta regia absque immoderata cupiditatis venalitate scriberent, et secreta illis fideliter custodirent.“ Dessen Amt beschreibt dann noch eingehend cap. 20., womit zu verbinden sind c. 13—15., welche die geistl. Angelegenheiten näher darlegen. Der Apocrisiarius hatte übrigens auch Geistliche als Stellvertreter.

[10]) Vgl. die Belege bei Waitz II. S. 373.

[11]) Siehe die Angaben bei v. Daniels §. 157. (S. 497.).

[12]) Hincmar c. 19. „. . E quibus praecipue duo, id est, Aprocrisiarius . . . de omnibus negotiis ecclesiasticis, vel ministris ecclesiae; et comes Palatii de omnibus saecularibus causis, vel judiciis suscipiendi curam instanter habebant: ut nec Ecclesiastici, nec saeculares prius Dominum Regem, absque eorum consultu inquietare necesse haberent, quousque illi praeviderent, si necessitas esset, ut causa ante Regem merito venire deberet. Si vero secreta esset causa, quamprius congrueret Regi, quam cuiquam alteri dicere, eundem dicendi locum eidem, ipsi praepararent introducto prius Rege, ut hoc juxta modum personae, vel honorabiliter, vel patienter, vel etiam misericorditer susciperet.“ c. 21. „Comitis autem Palatii, inter caetera paene innumerabilia, in hoc maxime sollicitudo erat, ut omnes contentiones legales, quae alibi ortae propter aequitatis judicium Palatium aggrediebantur, juste ac rationabiliter determinaret; seu perversa judicata ad aequitatis tramitem reduceret.“ An den König sollten nur die Sachen kommen, über die es keine oder eine solche weltliche Satzung gebe, die vom christlichen Standpunkte aus zu grausam oder verwerflich erscheine.

[13]) Die unendlich abweichenden Ansichten können hier nicht näher erörtert werden.

§. 46.

2. Die Reichs-Hoftage.

I. Neben der gewöhnlichen Versammlung der Hofbeamten und sonstigen gerade beim Könige anwesenden Grossen, deren sich derselbe als consilium, consistorium zur Entscheidung wichtiger Regierungssachen wie der vor ihn gebrachten Rechtsstreitigkeiten bediente, finden sich bereits im 6. Jahrhundert, seitdem die königliche Macht entwickelt und die alten volksmässigen Einrichtungen abgestorben waren, ausserordentliche Versammlungen, placita, conventus, die späteren Reichstage. Auf ihnen erschienen die geistlichen (Erzbischöfe, Bischöfe, Aebte) und weltlichen Grossen (Herzöge, Grafen, königliche Vasallen), schlechtweg die Majores, in Begleitung ihrer Unterbeamten und Vasallen, der juniores, in den austrasischen Ländern auch die einfachen Freien.[1])

II. In merovingischer Zeit wurde die allgemeine Versammlung (placitum generale) abgehalten im März zugleich mit der alljährlich zu dieser Zeit stattfindenden Heeresmusterung (Campus Martius); unter den Karolingern führte die Aenderung des Kalenders die Verlegung auf den Mai (Campus Madius) herbei.

III. Der Ort dieser Reichstage richtete sich nach dem jeweiligen Aufenthalte des Königs auf der einen oder andern Pfalz (palatium).

IV. Eigentliche Bedeutung erlangten die Reichstage unter den Merovingern, seit Chlotar II. im J. 614 auf Grund der Beschwerden seiner Getreuen eine Anzahl von Garantien für die geistlichen und weltlichen Grossen zugestehen musste.[2]) Auf ihnen wurden von da ab alle wichtigeren Angelegenheiten vorgenommen. Hatte auch unter Karl d. G. und schon seinem Vater

---

Das Material enthalten: J. G. Zinkeisen de majore domus, Jen. 1816. G. H. Pertz die Gesch. d. meroving. Hausmeier, 1819. G. Schöne die Amtsgewalt der fränk. majores domus, Braunschw. 1856. H. E. Bonnel de dignitate majoris domus cet. Berol. 1858. Waitz II. 367 ff. v. Daniels R.G. §. 156.

[1]) Das ist mindestens für bestimmte Fälle ausser Zweifel. Capit. Karoli M. minora a. 803 c. 19. „Ut populus interrogetur de capitulis, quae in lege noviter addita sunt: et postquam omnes consenserint, subscriptiones et manufirmationes suas in ipsis capitulis faciant.“ Edict. Pistense Karoli Calvi a. 864 c. 6. „. . Et quoniam lex consensu populi fit et constitutione Regis, Franci jurare debent.“

[2]) Siehe dieselben in Chlotharii II. Edictum (Monum. Leg. I. 14.). Sie sind gerichtet gegen willkürliche Erhöhung der Abgaben, Zölle, Forsten, — Erpressungen und Willkürlichkeiten der Beamten, — auf Handhabung des Landfriedens und Freiheit der Person u. s. w.

das Königthum eine viel grössere Macht, so behielten gleichwohl die Reichsversammlungen ihre Bedeutung theils wegen der wohlberechneten Wirkung für Festigung des königlichen Ansehens, theils der Entwicklung des Vasallenthums. Deren Angelegenheiten waren: Musterung des Heeres, Annahme der *dona* der Stämme und der Tribute, Erlassung (Publikation) von Gesetzen, Empfang von Gesandten, Entgegennahme der Berichte der Sendboten und deren Bestellung, endlich auch Fällung wichtiger Urtheile.[3])

V. Neben diesem grossen Tage fand regelmässig im Herbste ein kleinerer statt zur Vorbereitung der auf dem nächsten allgemeinen zu verhandelnden Angelegenheiten.[4])

VI. Mit diesen Versammlungen waren verbunden die von den geistlichen Grossen allein abgehaltenen Reichssynoden zur Regelung der kirchlichen Angelegenheiten, Aburtheilung der von Bischöfen begangenen Vergehen.[5]) Ihre Beschlüsse sind für die Entwicklung des kirchlichen Lebens jener Zeiten von Bedeutung und fanden ihre äussere Durchführbarkeit in den Kapitularien, welche die Könige nach denselben erliessen.

VII. Mit dem allmäligen Verfalle der durch Karl d. G. auf den höchsten Gipfel gehobenen königlichen Macht unter Ludwig d. F. und dessen Nachfolgern in Folge der innern Kriege, der Reichstheilungen, Schwäche der Könige, zunehmenden Macht der Grossen kam der Schwerpunkt der Regierung mehr und mehr an die Reichstage als Versammlung der allmälig zu einer von dem königlichen Willen im Wesentlichen unabhängigen Stellung gelangten geistlichen und weltlichen Grossen, deren Zustimmung auf den Reichstagen zu allen Sachen von grösserer Wichtigkeit erforderlich wurde.[6])

VIII. Die bei einzelnen Stämmen unter ihren Herzogen noch bis in die späte karolingische Zeit fortlebenden placita generalia sanken seit der Einverleibung in das fränkische Reich zu Versammlungen für Berathungen provinzieller Angelegenheiten herab.[7]) Denselben Character tragen die unter den

---

[3]) Hincmar de ord. pal. c. 29. Annal. Laurisham. ad a. 788 (Verurtheilung Herzog Thassilo's u. a.).

[4]) Hincmar de ord. pal. c. 30. „Caeterum autem .... aliud placitum cum senioribus tantum et praecipuis Consiliariis habebatur ..."

[5]) Gregor. Turon. X. 19. erzählt eine solche. —

Ueber den Gang der Verhandlungen, die Berathung, Bestätigung durch den König auf den Reichstagen gibt Aufschluss Hincmar de ord. pal. c. 34—36.

[6]) Schon im Conventus apud Marsnam a. 851 (Monum. Leg. I. p. 408) c. 6 werden dieselben genannt „seu adjutores atque cooperatores" des Königs. Im Cap. Karoli II. apud Carisiacum a. 877 (eod. p. 541) ist zu jedem decretum die Annahme und das Versprechen, es halten zu wollen, Seitens der Grossen bemerkt.

[7]) Vergl. über solche die Notizen bei Zöpfl Th. II. §. 42.

Karolingern vorkommenden Versammlungen von Grossen vorzüglich eines Stammes zur Berathung und Festsetzung provinzieller Gesetze.

§. 47.

3. Die Grafschaftsverfassung.

I. In altfränkischen Ländern und seit der Ausdehnung der Grafschaftsverfassung über das ganze Reich stand an der Spitze der Grafschaft (pagus, comitatus, grafia) ein in deren Hauptort[1]) residirender vom Könige eingesetzter und absetzbarer[2]) Beamter unter dem Namen comes, judex, judex fiscalis (auch palatii), grafio, Graf. Derselbe erscheint als Stellvertreter des Königs für die Regierung des Gaues, gehört zu den königlichen Leudes, Fideles, und zählt somit zu den Grossen des Reiches.[3])

II. Dem Grafen unterstehen alle freien Eingesessenen des Bezirks (pagenses),[4]) mochten sie Deutsche oder Römer sein. Ihnen gegenüber hat er die königlichen Rechte auszuüben, während er über die hörigen Leute des Königs als dessen Stellvertreter wie über seine eignen die Herrenrechte besitzt.

III. Das Grafenamt (comitatus) umfasste die Ausübung der Gerichtsbarkeit, die Polizei (Sicherheit der Wege u. s. f.), den Heerbann, die Finanzverwaltung (§. 44), endlich die Obsorge für die Kirche und alle hülfsbedürftigen Personen (Arme, Wittwen, Waisen); mit ihm war verbunden das Recht des Bannes.[5])

IV. Der Graf bezog keinen Gehalt, hatte aber Anspruch auf ein Drittheil der Bussen,[6]) auf verschiedene Naturalleistungen (Hand- und Spanndienste) und

---

[1]) Ueber die Verhältnisse in Gallien, wo die Grafschaften und Stadtgebiete zusammenfielen (daher der Graf auch judex, comes civitatis) und der Graf in der Stadt residirte, s. Waitz Verf. Gesch. II. S. 277 ff.

[2]) Waitz II. S. 333 ff. weist dies besonders aus Gregor v. Tours nach. Der Keim zur Stabilität der Grafen liegt in dem citirten Edict. Chlotarii II. von 614 c. 12, das die Versetzung in andere Provinzen aufhebt, also Indigenat des Grafen fordert; aber wohl erst allmälig wurde dieser Grundsatz praktisch.

[3]) Daher sein dreifaches Wergeld in den Leges.

[4]) v. Daniels R.G. §. 165 erklärt hiermit für gleich den Ausdruck bargildi, bhargildi, barigildi, den er als Bezeichnung für „die zu ordentlichen Leistungen verpflichteten Pfarrgenossen der Kirchspiele, aus denen die Grafschaft bestand", nimmt.

[5]) Dieser Bann für Befehle in Verwaltungssachen erscheint z. B. in Marculf I. 40 (abgedr. §. 42. Anm. 10.), Capit. exerc. a. 802 c. 57, Paderbr. 785 c. 31, zahlreiche Beispiele in der Lex Franc. Chamavor., z. B. c. 34, 35, 38, 41.

[6]) Capit. gener. Franc. a. 783 c. 5. (Leg. I. p. 46). „Si comites ipsas causas commoverint ad requirendum, illam tertiam partem ad eorum recipiant opus, duas vero ad palatium."

war überhaupt zufolge seiner Stellung in der Lage, die Pagenses unter verschiedenen Titeln zu bedrücken und dadurch viele in ein persönliches Abhängigkeits- und Dienstverhältniss zu bringen.[7]) Hierzu kam, dass man den Grafen in der karolingischen Zeit regelmässig Beneficien gab oder dieselben aus königlichen Beneficiaten in der Grafschaft wählte.[8])

V. Der Gau, die Grafschaft umfasste eine grössere oder geringere Anzahl von Centenen,[9]) Centenae, unter dem Centenarius, centurio, tunginus, Hunne, hundasi,[10]) welcher die Leitung der Versammlungen hatte. Bereits in der merovingischen Zeit leitete aber der Graf[11]) bei seinen Rundreisen die Versammlung der Centenen sowohl als politische Versammlung wie als richterliche. Der Centenar unterstützte ihn dabei.[12]) Mit den von Karl d. G. eingeführten drei jährlichen placita generalia der Grafschaft[13]) und der Ein-

---

[7]) Von vielen Stellen der Capitularien vergl. nur Cap. de exped. exercit. .. a. 811 c. 2 f. (ib. p. 168): „Quod pauperes se reclamant expoliatos esse de eorum proprietate. Et hoc aequaliter clamant super Episcopos et Abbates et eorum Advocatos, et super Comites et eorum Centenarios. 3) Dicunt etiam quod quicunque proprium suum episcopo, abbati, vel comiti aut judici, vel centenario dare noluerit, occasiones quaerunt super illum pauperum quomodo eum condemnare possint, et illum semper in hostem faciant ire usque dum pauper factus volens nolens suum proprium tradat aut vendat; alii vero qui traditum habent, absque ullius inquietudine domi resideant. 4) Quod Episcopi et Abbates, sive Comites, dimittunt eorum liberos homines ad casam in nomine ministerialium . . .“

[8]) Capit. Niumag. a. 806 c. 7. (ib. p. 144) beweist dies durch die Allgemeinheit, mit der es spricht. „Auditum habemus, qualiter et Comites, et alii homines qui nostra beneficia habere videntur, comparant sibi proprietates de ipso nostro beneficio, et faciunt servire ad ipsas proprietates servientes nostros de eorum beneficia, et curtes nostras remanent desertas, et in aliquibus locis ipsi vicinantes multa mala patiuntur.“ Ueber das allmälige feste Verbleiben bei den Grafen, wodurch sie förmlich als zum Amte gehörig erschienen, s. Roth Beneficialw. S. 430 ff.

[9]) Für die angelsächs. Verhältnisse s. die Citate bei Zöpfl R.G. Th. II. §. 38. N. 65 ff.

[10]) Z. B. L. Sal. (Merkel) Tit. 44. 46. 50. In den Leges Langob. kommt dafür unendlich häufig der Name sculdasius, scultetus, sculdahis (Schultheiss, Schulze, Schulte) vor. In den Capitularien erscheint der Centenarius unzählige Malen. Vergl. noch die cit. Werke von Waitz und Gemeiner.

[11]) Waitz Verf. Gesch. II. 432 ff.

[12]) Waitz a. a. O. Das gilt auch für die spätere Zeit. Vergl. noch Walter R.G. §. 99. N. 8.

[13]) Den Anfang macht Capit. a. 769 c. 12. (ib. p. 33). „Ut ad mallum venire nemo tardet, primum circa aestatem, secundo circa autumnum. Ad alia vero placita, si necessitas fuerit, vel denuntiatio Regis urgeat, vocatus venire nemo tardet.“ Im Capit. Langob. a. 802 c. 14 (ib. p. 104) werden drei placita für Alle, die andern nur für Schöffen und Parteien vorgeschrieben. Es heisst: „Et ingenuos homines nulla placita faciant custodire, postquam illa tria custodiant placita quae instituta sunt, nisi forte contingat, ut aliquis aliquem accuset; excepto illos scabinos qui cum judicibus resedere debent.“

setzung von Schöffen[14]) zog sich das politische Leben mehr aus den Centenen zurück und hörten die alten Versammlungen auf, eine andere als rein örtliche Bedeutung zu haben. Bereits in der merovingischen Zeit, regelmässig aber in der karolingischen hat der Graf für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter, Vicarius, später vicecomes, der die kleineren Gerichtsversammlungen bald überhaupt leitete und auch sonst in die Verwaltung mit eingriff.[15]) Neben diesen ordentlichen Gehülfen ordneten die Grafen zur Besorgung einzelner besondrer Angelegenheiten auch Missi[16]) ab. Innerhalb der Centenen standen die einzelnen Gemeinden, Dörfer, deren Einwohner vicini heissen, für ihre Gemeindeangelegenheiten unter Ortsvorstehern (tribunus, decanus), Schultheiss der spätern Zeit.[17])

§. 48.

4. Die Markgrafen und Herzöge.[1])

I. Zur wirksamen Bewachung der Marken (§. 20) bestellte Karl d. G. eigne Grafen, marchiones, marchisi, comes terminalis, duces, Markgrafen, welche einerseits einen grössern Sprengel, meist mehre Comitate, innehatten, sodann mit Rücksicht auf die Entfernung, die Sicherheit des Landes, Nothwendigkeit einer starken und raschen Vollzugsgewalt, grössere Rechte hatten bezüglich des Heerbannes, die Aufsicht über die Castra in der Mark, Recht

---

[14]) Darüber ist bei dem Gerichtswesen ausführlich zu handeln.

[15]) Vergl. über sie: Capit. min. a. 803 app. c. 3 (I. p. 116). Capit. a. 803 c. 18 (ib. p. 121). Cap. in Theodonis villa dupl. 805. II. c. 12 (ib. p. 134). Lang. 819 c. 3 (ib. p. 228). Cap. Aquense 807 c. 7 (ib. p. 149). Wormat. 829 alia cap. 13 (ib. p. 352). „Quicunque vicarii vel alii ministri comitum tributum quod inferenda vocatur, majoris pretii a populo exigere praesumpsit quam a missis bonae memoriae genitoris nostri constitutum fuit, hoc est duos solidos pro una vacca, hoc quod injuste superposuit atque abstulit sibique retinuit, his quibus hoc tulit cum sua lege restituat, et insuper fredum nostrum persolvat, et ministerium nostrum amittat. Vergl. noch überhaupt Waitz II. S. 338 ff., Walter R.G. §. 39 und gegen des letztern und Hillebrand Lehrb. §. 76. Behauptung, dass es für jede Centene einen vicarius gegeben, der vicecomes von diesem verschieden gewesen sei s. Stobbe in Zeitschrift f. d. R. Bd. XV. S. 84.

[16]) Vergl. Waitz II. S. 340.

[17]) Vergl. Waitz an verschiedenen Stellen (im Index), Walter §. 100. Ueber die Unterabtheilung der Grafschaften in decaniae unter dem decanus ist Streit.

[1]) Stenzel De marchionum in Germania, potissimum qui saeculo nono exstitere, origine et officio publico. Vratisl. 1824. 4.; idem de ducum Germanor. post tempora Caroli M. orig. et progressu Lips. 1816. 4. Dönniges Das deutsche Staatsr. S. 96—113.

Befestigungen anzulegen, Berufung der Nachbargrafen u. s. f. zu Versammlungen. Hierzu trat, dass in den Markgrafschaften keine Exemtionen gegeben wurden, der Markgraf alle Sachen unter eignem Banne abmachen konnte; auch erscheint das Gebiet insofern nicht festbestimmt, als sich dasselbe erweitern konnte über die Grenzvölker.

II. Herzöge, duces,[2]) kommen unter den Merovingern und auch bis auf Karl d. G. vor als Vorsteher der grossen Reichstheile, Provinzen, welche gewöhnlich mit dem Gebiete eines Stammes (Alemannien, Baiern) zusammenfielen; sie hatten zunächst den Heerbann zu besorgen, dann aber auch über die Amtsführung der Grafen ihres Gebietes die Oberaufsicht, in ihrem unmittelbaren Gebiete ausserdem die gewöhnlichen Grafenrechte. Einzeln war das Herzogsamt[3]) auch noch bis auf die Karolinger eine erbliche, nationale Obergewalt unter Anerkennung des fränkischen Königs. Karl d. G. brach die Macht der Volksherzoge gänzlich und setzte ebensowenig in den ducatus, provinciae beständige Herzoge ein. Vgl. §. 20.

§. 49.

5. Die Sendboten.*)

I. Zur Besorgung specieller ausserordentlicher Geschäfte und Aufträge ordnete man in merovingischer und karolingischer Zeit Boten, Gesandte, Missi ab.[1]) Karl d. G. sandte von Anfang seiner Regierung[2]) solche Missi zur Beaufsichtigung der Amtsführung der Grafen regelmässig ab, schuf daraus aber bald nach Erlangung der Kaiserwürde[3]) ein genau umgrenztes Amt.

II. In die einzelnen mit den Erzdiöcesen zusammenfallenden Missatica,

---

[2]) Vergl. die Darstellung von Dönniges a. a. O., Waitz II. S. 342 ff. v. Daniels §. 170.

[3]) Ueber die besondere Stellung des Baiernherzogs s. die Darstellung von Zöpfl R.G. Th. II. §. 42. VII. Walter R.G. §. 113. Ausser Baiern finden sich in Alemannien bis zur Mitte des 8. Jahrh. solche.

*) Literatur bei Gengler Grdr. S. 282.

[1]) Vergl. die Citate bei v. Daniels R.G. §. 172.

[2]) Capit. a. 779 c. 21. (Mon. Leg. I. 38.), Lang. a. 786 c. 6. 7. 8. (eod. p. 51) u. a. Dass die kirchlichen Visitationen durch die Metropoliten Vorbild waren, ist gewiss anzunehmen. Vgl. über diese mein System des Kirchenrechts.

[3]) Eichhorn R.G. §. 160. Walter §. 118. über die Gründe. Das gibt auch v. Daniels R.G §. 172. zu.

Die Bestimmungen enthalten die zahlreichen Capitula missis data von 802 anfangend, welche aufzählt Walter und v. Daniels.

legationes wurden alljährlich mehre (zwei bis vier) Abgeordnete, Missi, Sendboten, geistlichen und weltlichen Standes (Erzbischöfe, Bischöfe, Aebte, Grafen und Hofbeamte) abgesandt mit schriftlichen und oft auch noch mündlichen Instructionen[4]) zur Untersuchung des Zustandes der Provinz, die sich erstreckte auf die Beobachtung der Gesetze, Gerichtsbarkeit der Grafen, Verwaltung des Krongutes, das Abgabenwesen, auf die Bedrückungen und sonstigen Willkürlichkeiten der Grafen, endlich den kirchlichen Zustand.

III. Zu dem Ende hielten sie sowohl placita, conventus publici für alle pagenses, als auch besondere für die geistlichen und weltlichen Grossen und deren juniores.[5]) Am Schlusse der Legation erstatteten sie dem König schriftlichen und mündlichen Bericht.

IV. Unter Ludwig d. F. und dessen Söhnen beibehalten,[6]) obwohl man nicht mehr alljährlich Missi absandte, kam die Einrichtung am Ende des 9. Jahrhunderts mehr und mehr in Verfall, woran die Theilungen des Reichs, die aufkommende Macht der Grossen, die Schwäche der Könige Theil hatten.

§. 50.

6. Die Immunitäten.*)

I. Die Bewidmung der Kirche (Stiftung von Bisthümern, Klöstern u. s. f.) erfolgte im fränkischen Reiche zum grossen Theile aus königlichen (fiscalischen)

---

[4]) Diese schriftlichen enthalten die vorhergenannten Capitula. Mündliche erwähnt Capit. misso cuidam data a. 803 c. 6. (Leg. I. p. 122.). „In sexto autem capitulo scriptum erat de pontibus antiquis constitutis vel de inlicitis theloneis. Unde praecipimus, ut ubicunque antiqua consuetudo fuit theloneum accipiendi, theloneum legitimum accipiant. Nam et hoc antea vobis ore proprio injunximus et nequaquam intellexistis."

[5]) Zugleich verband sich damit regelmässig die Abhaltung der Provinzialsynoden und kirchlichen Visitationen, auch Sendgerichte, die jedoch nur den Geistlichen zufielen. Vgl. mein System des Kirchenr. u. Dove in der Zeitschr. f. d. R. Bd. 19. S. 321 ff.

[6]) Im Conventus apud Marsnam a. 847 c. 7. (Leg. I. p. 394.) heisst es: „Ut in singulis partibus regni missi idonei constituantur, qui querelas pauperum et oppressiones sive quorumcunque causas examinare, et secundum legis aequitatem valeant definire. Et si ab uno in aliud regnum hujusmodi praesumptores confugerint, similiter opprimantur." Vgl. Conv. Hlotharii et Karoli apud Valentinas a. 853 c. 1. (eod. p. 422.), Kar. II. Conv. Silvacensis a. 853 praef. c. u. c. 1. (eod. p. 423 sq.) Kar. II. Conv. Attiniacens. a. 854 c. 1. (eod. p. 428.), Karoli II. Edictum Pistense a. 864 c. 1. 2. 3. cet. (eod. p. 489.). Karl II. gab im Februar 865 nochmals Capitula missis data (Monum. l. c. p. 501 sqq.).

*) Vgl. Waitz Verf.Gesch. II. S. 291 ff., 317 ff., 569—580., v. Daniels Syst. u. Gesch. des franz. Civilproc. I. (Berlin 1849) S. 83 ff.

Gütern, welche auch in den römischen Provinzen keinerlei Abgaben trugen. Diese Lastenfreiheit liess man den Gütern bei der Schenkung.[1]) Nach dem bereits im römischen Reiche enthaltenen Vorbilde,[2]) welches das Kirchengut nicht allen Abgaben unterwarf, verliehen die fränkischen Könige auch dem von der Kirche anderwärts her erworbenen die Freiheit von Abgaben und Lasten (immunitas, emunitas).[3]) Schon unter den merovingischen Königen den einzelnen Kirchen regelmässig, wurde unter den Karolingern mehr und mehr die Immunität allen Kirchen ertheilt und so oft wiederholt und bestätigt, dass sie fast schon als ein unbedingtes Recht derselben erscheint.[4])

II. Aus der Freiheit von Steuern und andern Abgaben für das ganze Gut folgte von selbst, dass die Grafen und andern Beamten behufs ihrer Beitreibung das Gebiet nicht betreten durften. Um so mehr versuchten dieselben einzeln auf die auf den Stifts- und Klostergütern wohnenden Leute Druck auszuüben.[5]) Dies, sodann die Absicht, jede Gelegenheit zur möglichen Störung der geistlichen Ordnung und überhaupt zu den fast unausbleiblichen Reibungen zu vermeiden, veranlasste, den Stiftern und Klöstern nicht blos das Recht die von den Eingesessenen zu entrichtenden und sonstige Abgaben (Zölle u. dgl.) zu eignem Nutzen zu erheben zu verleihen, sondern auch den Grafen u. s. f. jede Amtshandlung in denselben zu verbieten und sie unter den besondern Königsschutz aufzunehmen. Aus dieser Stellung floss von selbst die Gerichtsbarkeit (civile und criminale) über die Insassen, kurz die Herrengewalt über das ganze Territorium.[6])

---

[1]) Z. B. dipl. Dagob. Reg. pro Monast. S. Dyonisii a. 636 (bei Bréquigny IV. 630.) heisst es: „sic ut hactenus a fisco nostro fuit possessus."

[2]) Vgl. mein System des Kirchenrechts S. 501.

[3]) Chlothacharii I. regis const. a. 560 c. 11. (Monum. Leg. I. p. 3.) „Agraria, pascuaria, vel decimas porcorum, ecclesiae pro fidei nostrae devotione concedimus, ita ut actor aut decimator in rebus ecclesiae nullus accedat; ecclesiae vel clericis nullam requirant agentes publici functionem, qui avi vel genitoris aut germani nostri immunitatem meruerunt."

[4]) So heisst es im Capit. Vern. a. 755 c. 9. (Leg. I. p. 27.) „De immunitatibus, ut omnes immunitates per universas ecclesias conservatae sint." Im Cap. a. 817 c. 6. (eod. p. 211.) heisst es, nachdem vorgeschrieben, wie jede Schenkung an Kirchen gültig und von den Erben aufrecht zu halten sei, ganz allgemein: „Postea ipsae res ad immunitatem ipsius ecclesiae redeant."

[5]) Das sprechen zahlreiche Kapitularien aus.

[6]) Bald wurden die einzelnen Rechte in den Urkunden ausgedrückt, bald nicht. S. die bei Waitz II. S. 506. N. 2., 575 ff. u. Walter §. 103. auszugsweise mitgetheilten Urkunden, in denen es z. B. heisst: „ut nulla publica judiciaria potestas . . . ad causas audiendum aut aliquid exactandum ibidem non praesumat ingredi, sed sub omni emunitate hoc ipsum monasterium vel congregatio sua sibimet omnes fredos concessos debeat possidere, vel quidquid exinde — fiscus poterat sperare, ex indulgentia nostra

III. Zur Sicherung der Immunität bestellte anfangs der König zumeist auf Bitten des Stifts im neunten Jahrhundert aber schon vielfach das Stift und Kloster selbst einen Advocatus, Vogt, Schirmvogt, aus den Getreuen des Königs, dem bald dafür bestimmte Einkünfte gereicht, bald Kirchengüter nach Beneficialrecht gegeben wurden; oft behielten auch die Stifter für sich und ihre Nachkommen die Vogtei vor.[7])

IV. Aus dieser Immunität entwickelte sich mehr und mehr eine feste Herrengewalt der Immunitätsbesitzer aus, nachdem die Beziehungen zwischen ihnen und den Grafen sich schärfer geschieden hatten. Bis zum Ausgange des 9. Jahrhunderts musste im Allgemeinen der Immunitätsherr für die Immunität[8]) und gegen Ansprüche Fremder d. h. nicht innerhalb der Immunität

---

in luminaribus ipsius sancti loci — debeant cuncta proficere" (Bréquigny II. n. 270.). Marc. Form. I. 3. „Statuentes ergo ut neque vos neque juniores, neque successores vestri, nec ulla publica judiciaria potestas quoque tempore in villas ubicunque in regno nostro ipsius ecclesiae aut regia aut privatorum largitate conlatas, aut qui inantea fuerint conlaturas, aut ad audiendum altercationes ingredere, aut freda de quaslibet causas exigere, nec mansiones aut paratas vel fidejussores tollere non praesumatis; sed quicquid exinde aut de ingenuis aut de servientibus caeterisque nationibus quae sunt infra agros vel fines seu supra terras praedictae Ecclesiae commanentes fiscus aut de freda aut undecunque potuerat sperare, ex nostra indulgentia pro futura salute in luminaribus ipsius Eccl. per manum agentium eorum proficiat in perpetuum." Vgl. n. 4. (eine confirmatio de emunitate) u. 1. —

Die Folge der bei der Immunität vorliegenden eigenthümlichen Grundherrlichkeit, Schutzhoheit, hiess die Mitio, mitium, mitium legitimum, z. B. Marc. Form. I. 23. „Cognoscat . . . dum . . . apostolico illo viro pro nostris utilitatibus ambulare praecepimus, ideo jubemus ut . . . omnes causas suas suisque amicis aut gasindis, seu undecunque ipsi legitimo redebit mittio, in suspenso debeant residere . . . decernimus . . ut . . omnes causas ejus aut amicorum suorum . . . vel undecunque ipse legitimo redebit mittio . . ." 24. Charta de mundeburde Regis et Principis. „Cognoscat magnitudo . vestra quod nos apostolico viro illo . . . cum omnibus rebus vel hominibus suis aut gasindis, vel amicis, seu undecunque ipse legitimo reddebit mittio, juxta ejus petitionem propter malorum hominem inlicitas infestationes, sub sermone tuitionis nostrae visi fuimus recepisse, et sub mundeburde vel defensione inlustris viri illius Majoris domus nostri cum omnibus rebus . . . quietus debeat residere, et sub ipso viro illo inlustris vir ille causas ipsius Pontificis . . . vel qui per eum sperare videntur, vel undecunque legitimo reddebit mittio, tam in pago quam in palatio nostro persequi deberet. . . Et si aliquas causas adversus eum vel suo mittio surrexerint, quae in pago absque ejus gravi dispendio definitae non fuerint, in nostri praesentia reserventur." Vgl. Waitz II. S. 291 fg., Roth Beneficialw. 163 ff., Zöpfl R.G. Th. II. §. 41., über das Wort noch Grimm Vorr. zur L. Sal. ed. Merkel p. XI.

[7]) Siehe O. Franklin Observat. ad articulos quosdam Constitutionis Pacis quam Frid. II. Imp. publicavit Moguntiae a. 1235 (dissert. inaug.). Berol. 1852. 4. pag. 2 sqq., wo die Literatur vollständig angegeben ist.

[8]) Denn für ihre Person unterstanden sie den Grafen nicht. Mein System des

Wohnender auch seine Grundholden (homines) vor dem Grafengerichte vertreten, wenn es ihm nicht gelang, oder er verweigerte dem Kläger Recht zu verschaffen.[9]) Dies galt auch für Streitigkeiten der Immunitätsherren unter einander[10]) sowie für die Rechtssachen der Freien, welche innerhalb der Immunitätsgrenzen wohnten oder zu den Immunitätsherrn im Verhältnisse der Vasallität oder als Beneficiaten standen.[11]) Zur Vermeidung der hieraus leicht hervorgehenden Streitigkeiten pflegte aber allmälig auch hierauf die Gewalt der Herrn ausgedehnt zu werden.[12])

V. Vertreten[13]) wurden die Immunitäten und deren eigne Insassen im Grafengerichte durch den vom Bischofe, Abte u. s. f. mit Zustimmung von Graf und Volk aus den im Gerichtssprengel Ansässigen, welche keine königlichen Beamte waren, zu wählenden defensor oder advocatus.[14]) Diesem

---

Kirchenrechts S. 379. 409. Const. Olonnens. a. 823 c. 7. (Mon. Leg. I. p. 233.) „Volumus ut episcopi, abbates et abbatissae eorum advocatos habeant, et plenam justitiam faciant ante comitem suum."

[9]) Capit. Lang. a. 802 c. 16. (eod. p. 105.) u. 803 c. 16. (eod. p. 111.) schreiben vor, dass der advocatus auf Klagen Fremder die Grundholden verurtheilen soll. Das letztere sagt dann: „Si vero de crimine aliquo accusantur (servi, aldiones, livellarii), episcopus primo compellatur, et ipse per advocatum suum secundum quot lex est, juxta conditionem singularum personarum justitiam faciant; sin vero, sicut lex sicut in capitulari domno imperatori scriptum est, ita fiat." Das hier bezogene Kapitular ist wohl Cap. 779 Franc. c. 21. (eod. p. 38.) über die Comites, Vassi u. s. f., die die Justiz verweigern, u. Cap. 782 c. 6. (Anm. 14.).

[10]) Capitula quae legibus addenda sunt a. 817 c. 10 (eod. p. 211). „Ubi vero ex utraque parte ecclesiasticum fuerit, rectores earundem ecclesiarum, si se familiariter pacificare velint, licentiam habeant. Si autem de hujuscemodi pacificatione inter eos convenire non possit, advocati eorum in mallo publico ad praesentiam comitis veniant, et ibi legitimus terminus eorum contentionibus imponatur."

[11]) Cap. Lang. 816 c. 16 cit. „Ceteri vero liberi homines qui vel commendationem vel beneficium ecclesiasticum habent, sicut reliqui homines justitias faciant."

[12]) Vergl. die bei Walter R.G. §. 106 N. 3 aus Böhmer Reg. n. 777 angef. Urkunde von 846.

[13]) Der Grund liegt in den Verboten des canonischen Rechts für den Clerus, vor dem weltlichen Richter zu Recht zu stehen oder anzuklagen. S. mein System des Kirchenrechts S. 378 ff. 408.

[14]) Chlot. II. Edict. a. 614 c. 19 (Leg. I. p. 15). „Episcopi vero vel potentes, qui in aliis possident regionibus, judices vel missos discussores de aliis provinciis non instituant, qui justiciam percipiant et aliis reddant." Cap. Pipp. 782 c. 6 (eod. p. 43). „Et si episcopus ipse, Francus aut Langobardus, distulerit justitiam faciendum, tunc juxta ut ipsi episcopi eligerunt, ubi consuetudo fuerit pignerandi a longo tempore, ut et in antea in eo modo sit pro ipsas justitias faciendas. Et hoc statuimus, ubicumque pontifex substantiam habuerit, advocatum habeat in ipso comitatu, qui absque tarditate justitias faciat et suscipiat. Et talis sit ipse advocatus, liber homo et bonae

fiel von selbst die dem Stifte oder Kloster zustehende Gerichtsbarkeit anheim, welche sich nicht auf grössere Verbrechen der Insassen[15]) noch auf die Personen bezog, welche sich in die Immunität flüchteten.[16])

VI. Neben dem Advocatus erscheinen in den Immunitäten der Monateria[17]) die Praepositi theils mit der Vermögensverwaltung betrauet theils zur Vertretung überhaupt und insbesondere auch als Gerichtsherrn. Unter ihnen, in den bischöflichen und den Immunitäten der Abtissinen überhaupt, stand die Verwaltung des Vermögens den Vicedomini, Kastenvögten zu, welchen beson-

---

opinionis, laicus aut clericus." . . . Cap. Aquisgr. a. 809 c. 11 (ib. p. 156). „Ut judices, advocati praepositi, centenarii, scabinii, quales meliores inveniri possunt et Deum timentes, constituantur ad sua ministeria exercenda cum comite et populo; elegantur mansueti et boni." Cap. Aquisgr. a. 813 c. 14 (ib. p. 188). „Ut episcopi et abbates advocatos habeant. Et ipsi habeant in illo comitatu propriam hereditatem. Et ut ipsi recti et boni sint, et habeant voluntatem recte et juste causas perficere." Cap. missor. a. 817 c. 19 (ib. p. 218). „Ut nullus episcopus, nec abbas, nec comis, nec abbatissa centenarium comitis advocatum habeat."

15) Cap. a. 779 Franc. c. 9 (ib. p. 36): „Ut latrones de infra immunitatem illi judicis ad comitum placita praesentetur; et qui hoc non fecerit beneficium et honorem perdat." . . . Lang. c. 8. 9., Cap. legibus addita 817 c. 18 (ib. p. 213), nemlich „hi, qui denarios bonos accipere nolunt."

16) Cap. quae in lege Sal. mitt. sunt a. 803 c. 2 (ib. p. 113). „De his qui infra immunitatem confugiunt, vel damnum aliquod ibi faciunt. Si quis in immunitatem damnum aliquid fecerit, 600 solidos componat. Si autem homo furtum fecerit aut homicidium, vel quodlibet crimen foras committens infra immunitate fugerit, mandet comes vel episcopo, vel abbate vel vicedomino, vel quicunque locum episcopi aut abbatis tenuerit, ut reddat ei reum. Si ille contradixerit et eum reddere noluerit, in prima contradictione solidis 15 culpabilis judicetur. Si ad secundam inquisitionem et eum reddere noluerit, 30 solidis culpabilis judicetur. Si nec ad tertia consentire noluerit, quicquid reus damnum fecerat, totum ille qui infra immunitatem retinet nec reddere vult, solvere cogatur, et ipse comes veniens licentiam habeat, ipsum hominem infra immunitatem quaerendi, ubicumque eum invenire potuerit. Si autem statim in prima inquisitione comiti responsum fuerit, quod reus infra immunitatem quidem fuisset, sed fuga lapsus sit, statim juret quod ipse eum ad justiciam cujuslibet disfaciendam fugire non fecisset, et sit ei in hoc satisfactum. Si autem intranti in ipsam immunitatem comiti collecta manu quilibet resistere temptaverit, comes hoc ad regem vel ad principem deferat, ibique judicetur; ut sicut ille qui in immunitatem damnum fecit, 600 solidos componere debeat, itaque qui comiti collecta manu resistere praesumpserit, 600 solidis culpabilis judicetur."

Ueber die abweichende Ansicht Eichhorn's R.G. I. §. 86, 172, 188, welche auch v. Daniels R.G. §. 169 zu theilen scheint, bezüglich der Stellung der Advocati vergl. Waitz Verf. Gesch. II. S. 608 f. und Walter R.G. §. 105 N. 2.

17) Dieser Ausdruck wird bis in's 11. Jahrhundert hinein sehr allgemein, nicht blos für Ordenshäuser im eigentlichen Sinne, sondern überhaupt für Häuser, in denen Cleriker in vita communi leben und für Institute der Art, auch wenn die vita communis factisch nicht mehr stattfand, z. B. Collegiatstifter, gebraucht.

ders die Aufsicht über die villae und ihre Verwalter oblag. Das Amt des vicedominus ist häufig mit dem des advocatus zusammengefallen; häufig erscheint jener als Stellvertreter des letztern.

VII. Wurde einem weltlichen Grossen Fiscalgut geschenkt oder als Beneficium verliehen, so behielt dies gleichfalls die Immunität bei, womit die Gerichtsbarkeit über die Grundholden von selbst verbunden war. Deren Ausübung besorgte der Herr oder ein Stellvertreter (vicedominus).[18] Auch die fortwährend im Besitze des Königs (Fiscus) verbleibenden Güter tragen gegenüber dem übrigen Grundvermögen den Character von Immunitäten, deren Leitung durch Actores mit judices zur Seite geschah.[19])

VIII. Durch Uebertragungen des Kirchenguts nach Beneficialrecht an Vögte und Vasallen, wobei dasselbe die Eigenschaft der Immunität beibehielt, sowie durch Verleihung der Immunität auch für die eignen Güter einzelner Grossen vermehrten sich die Immunitäten bedeutend und entstand eine vielfache Kreuzung der Gewalten in den Grafschaften.

§. 51.

7. Der Heerbann.*)

I. Die bis auf Karl d. G. bestehende Pflicht aller freien waffenfähigen Männer dem Aufgebote des Königs zum Heere jederzeit zu folgen wurde von diesem, wegen der Unmöglichkeit für die Aermern, dieser Pflicht zu genügen, in beschränkterer Gestalt beibehalten, indem die unbedingte Folge an einen bestimmten Grundbesitz geknüpft, für die, welche so viel nicht hatten, aber

---

18) Manche der in den vorherg. Noten mitgetheilten Stellen haben geistliche und weltliche Immunitäten im Auge.

19) Ueber diese Verhältnisse geben Aufschluss: Cap. Lang. a. 809 (Mon. Leg. I. p. 157) c. 1. „Qualiter jubet domnus rex ad omnes actores suos qui curtis ejus commissas habent; id est inprimis de illo quod jam nostris temporibus inpublicatum est, ut juret unusquisque actor et dicat per evangelias: quia quodcunque cognovero quod contra rationem alicui tultum est, facio exinde notitia domno mei regi, ut relaxetur . . .“ c. 2 eod. Aus Cap. de discipl. palat. a. 809 c. 2 (ib. p. 158) geht hervor, dass auch Grafen als actores fungirten. Das Cap. de villis imperialibus 812. (ib. p. 181 sqq.) zeichnet deren Amtswirksamkeit, besonders rücksichtlich der Justiz.

Ueber die Befreiung der grössern Güter von der gewöhnlichen Gemeindeverbindung (Feldgemeinschaft) s. Maurer Einleit. S. 239 ff.; über das Recht des ächten freien Grundbesitzers, kein Eindringen in sein Haus zu dulden s. Zöpfl R.G. Th. II. §. 41, vor Allem Ed. Osenbrüggen Der Hausfrieden, Erlang. 1857.

*) Vgl. besonders Waitz Verf. Gesch. II. S. 468 ff., Roth Gesch. des Beneficialw. S. 169—202, 392—416.

verordnet wurde, in Gemeinschaft mit andern derselben durch einen conjectus zu genügen. Art der Waffen, Pflicht der Selbstbeköstigung und deren Umfang sowie die Anzahl der von den Unbemittelteren zu stellenden Streiter war genau vorgezeichnet und richtete sich zum Theil nach dem Kriegsschauplatze.[1])

---

[1]) Die Hauptstellen sind: Cap. Aquense a. 807. (Mon. Leg. T. I. p. 149) „c. 1. In primis quicunque beneficia habere videntur, omnes in hostem veniant. 2: Quicunque liber mansos quinque de proprietate habere videtur similiter in hostem veniat. Et qui 4 mansos habet, similiter faciat. Qui 3 habere videtur, similiter agat. Ubicunque autem inventi fuerint duo quorum unusquisque 2 mansos habere videtur, unus alium praeparare faciat; et qui melius ex ipsis potuerit, in hostem veniat. Et ubi inventi fuerint duo quorum unus habeat 2 mans., et alter habeat 1 mans., similiter se sociare faciant, et unus alterum praeparet .... Ubicunque autem tres f. i. quorum unusquisque mans. unum habeat, duo tercium praeparare faciant .... Illi vero qui dimidium m. habent, quinque sextum p. f.... Et qui sic pauper inventus fuerit qui nec mancipia nec propriam possessionem terrarum habeat tamen in precio valente 5 solidos, quinque sextum praeparent; et ubi duo tercium, de illis qui parvulas possessiones de terra habere videntur. Et unicuique ex ipsis qui in hoste pergunt, fiant conjectati solidi 5 a suprascriptis pauperioribus qui nullam possessionem habere videntur in terra. Et pro hac consideratione nullus suum seniorem dimittat. c. 3. Omnes itaque fideles nostri capitanei cum eorum hominibus et carra sive dona, quantum melius praeparare potuerint, ad condictum placitum veniant. Et unusquisque missorum nostrorum per singula ministeria considerare faciat unum de vasallis nostris, et praecipiat de verbo nostro ut cum illa minore manu et carra de singulis comitatibus veniant, et eos post nos pacifice adducat .... c. 4. Einschärfung zur Beobachtung Seitens der Grafen... c. 5. Si partibus Hispaniae sive Avaritiae solatium ferre fuerit necesse praebendi, tunc de Saxonibus quinque sextum praeparare faciant. Et si partibus Beheim fuerit necesse solatium ferre, duo tertium praeparent. Si vero circa Surabis patria defendenda necessitas fuerit, tunc omnes generaliter veniant. c. 6. De Fresionibus volumus ut comites et vassalli nostri, qui beneficia habere videntur, et caballarii, omnes generaliter ad placitum nostrum veniant bene praeparati. Reliqui vero pauperiores, sex septimum praeparare faciant, . . c. 7. Volumus itaque atque praecipimus, ut missi nostri per singulos pagos praecidere studeant omnia beneficia quae nostri et aliorum homines habere videntur, quomodo restaurata sint post annunciationem nostram, sive destructa. Primum de ecclesiis . . . Similiter et alia beneficia.... Qualiter autem sit, hoc unusquisque vicarius singulis comitatibus in suo ministerio simul cum nostris missis praevideat, et sic ut ipse hoc conjurare valeat, totum quod invenerit in brevem mittat, et ipsos breves nobis deferant...." Cap. de exerc. promovendo a. 811 (nach Roth a. a. O. S. 397. gegen Pertz, der es 803 setzt) ibid. p. 119. c. 1. „Ut omnes liber homo qui 4 mansos vestitos de proprio suo sive de alicujus beneficio habet, ipse se praeparet . . . Qui vero 3 mans. de proprio habuerit huic adjungatur qui 1 m. habeat. . . . Qui autem duos habet . . . jungatur illi alter qui similiter 2 m. habeat . . . Qui etiam tantum 1 m. . . habet, adjungantur ei tres qui similiter habeant . . . c. 2. Volumus . . ut idem missi nostri diligenter inquirant, qui anno praeterito de hoste bannito remansissent .... et quicunque fuerit inventus, qui nec parem suum ad hostem suum faciendum secundum nostram jussionem adjuvit neque perrexit, haribannum

II. Das Aufgebot ging aus vom König; seine Ausführung hatten die Missi zu überwachen, zu dem Ende die Register zu führen, die Stellung zu beaufsichtigen, die Mannschaft des Missaticum durch einen von ihnen beauftragten

---

nostrum pleniter rewadiet, et de solvendo illo secundum legem fidem faciat. c. 3. Quod si forte talis homo inventus fuerit qui dicat, quod jussione comitis vel vicarii aut centenarii sui, hoc de quo ipse semetipsum praeparare debeat, eidem comiti vel vicario aut centenario vel quibuslibet hominibus eorum dedisset, et propter hoc illud demisisset iter, et missi nostri hoc ita verum esse investigare potuerint, is per cujus jussionem ille remansit, bannum nostrum rewadiet atque persolvat, sive sit comes, sive vicarius, sive advocatus episcopi aut abbatis. c. 4. De hominibus comitum casatis. Isti sunt excipiendi, et bannum rewadiare non jubentur; duo qui dimissi fuerunt cum uxore illius, et alii duo qui propter ministerium ejus custodiendum, et servitium nostrum faciendum remanere jussi sunt . . . . ut quanta ministeria unusquisque comes habuerit, totiens duos homines ad ea custodienda domi dimittat, praeter illos duos quos cum uxore sua. Ceteros vero omnes secum pleniter habeat, vel si ipse domi remanserit, cum illo qui pro eo in hostem proficiscitur, dirigantur. Episcopus vero vel abbas duo tantum de casatis et laicis hominibus suis domi dimittant. c. 5. De hominibus nostris et episcoporum et abbatum, qui vel beneficia, vel talia propria habent, ut ex eis secundum jussionem in hostem bene possunt pergere exceptis his quos eis secum domi remanere permisimus. Si aliqui inventi fuerint qui vel pretio se redemissent, vel dominis suis permittentibus domi remansissent, bannum nostrum sicut superius dictum est rewadient, et fidem faciant ac persolvant. . . c. 7. Volumus ut isti missi nostri qui hac legatione fungi debent, ab his hominibus conjectum accipiant qui in hostem pergere debuerunt et non perrexerunt. Similiter et a comite vel vicario vel centenario, qui ad hoc consenserunt ut domi remansissent." Capit. Bonon. a. 811 (ib. p. 172.). „c. 1. Quicunque liber homo in hostem bannitus fuerit, et venire contempserit, plenum heribannum, id est solidos sexaginta persolvat, aut si non habuerit unde illam summam persolvat, semet ipsum pro wadio in servitium principis tradat, donec per tempora ipse bannus ab eo fiat persolutus. Et tunc iterum ad statum libertatis suae revertatur. Et si ille homo qui se propter heribannum in servitium tradidit, in illo servitio defunctus fuerit, heredes ejus hereditatem quae ad ejus pertinent non perdant, nec libertatem, nec de ipso heribanno obnoxii fiant. c. 2. Ut non per aliquam occasionem, nec de wacta, nec de scara, nec de warda, nec pro heribergare, neque pro alio banno, heribannum comis exactare praesumat, nisi missus noster prius heribannum ad partem nostram recipiat, et ei suam tertiam partem exinde per jussionem nostram donet. Ipse vero heribannus non exactetur neque in terris neque in mancipiis, sed in auro et argento, palleis atque armis, et animalibus atque pecoribus, sive talibus speciebus, quae ad utilitatem pertinent . . . 4. Quicunque absque licentiam vel permissione principis de hoste reversus fuerit, quod factum Franci herisliz dicunt, volumus ut antiqua constitutio, id est capitalis sententia, erga illum puniendum custodiatur. . . c. 8. Constitutum est, ut secundum antiquam consuetudinem praeparatio ad hostem faciendam indicaretur et servaretur, id est, victualia de marca ad tres menses et arma atque vestimenta ad dimidium annum; quod tamen ita observari placuit, ut his qui de Reno ad Ligerem pergunt, de Ligere initium viatus sui computetur. His vero qui de L. ad R. ter faciunt, de R. trium mensium victualia habenda esse dicatur. Qui autem trans R.

königlichen Vasallen dem Heere zuzuführen, die Bussen für das unerlaubte Ausbleiben einzuziehen.

III. Ausser den Gemeinfreien waren, und zwar zum unbedingten Heerbanne, verpflichtet alle Senioren, geistliche und weltliche in Folge der Commendation und der Beneficien, desgleichen die Vasallen und sonstigen vermöglichen Leute jener.

IV. Ueber die Pagenses führte der Graf mit den Centenarien, über die Contingente der königlichen Vasallen jeder Senior oder an deren Stelle bei gesetzmässiger Verhinderung ein anderer Vasall oder der Graf den Oberbefehl; diese einzelnen Haufen ordneten sich weiter unter Führung der Missi, zuletzt unter dem persönlichen Oberbefehl des Königs.

V. Durch die bei Gelegenheit des Heerbannes ausgeübten Bedrückungen der Grafen, gegen welche Karls Gesetze vielfach eifern aber auch in dem theilweisen Uebertragen des Heerbannes an Missi kein wirksames Mittel schufen, sind allmälig bedeutende politische Veränderungen vor sich gegangen. Häufige Einberufungen und Verhalten zur Leistung von Frohndiensten aller Art sind gegenüber den Freien vielfach vorgekommen. Die Unmöglichkeit sofortiger und stets nachhaltiger Abhülfe dagegen durch den Missus einerseits, die Berechtigung der Grafen und Senioren eine bestimmte Zahl ihrer Leute überhaupt vom Heerbanne entbinden zu dürfen, ja dies auf die Gefahr hin, den Heerbann zu zahlen, allgemein thun zu können, in den Mark- und Grenzgrafschaften vorzüglich die Aufbietung zu vielfachen Wachdiensten, Leistung von Fuhren u. dgl., endlich die Pflicht, auf den Aufruf der Grafen zur Handhabung der Polizei, Instandhaltung von Brücken und Wegen Dienste zu leisten, alle diese Umstände machten die Lage der gemeinen in keinem Vasallenverhältnisse stehenden Freien mehr und mehr schwierig. Hierdurch veranlasst commendirten sich Viele an Grafen, vor Allem aber den Stiftern und Klöstern, ihr Gut denselben hingebend und gegen bestimmte Abgaben dasselbe zurückempfangend. Damit erreichten dieselben, dass sie gegenüber den Grafen wirksame Vertretung fanden, entweder wenig oder gar nicht zu Kriegsdiensten gezogen wurden, zu deren Besorgung die Grossen allmälig auch ihre nichtfreien Leute, die Ministerialen und Liten zuzogen. Auf der andern Seite aber

---

sunt et per Saxoniam pergunt, ad Albiam marcam esse sciant. Et qui traos L. manent, atque in Spania proficisci debent, montes Pirenaeos marcam sibi esse cognoscant. c. 9. Quicunque liber homo inventus fuerit . . cum seniore suo in hoste non fuisse, plenum heribannum persolvere cogatur. Et si senior vel comes eum domi dimiserit ipse pro eo eundem bannum persolvat; et tot heribanni ab eo exigantur, quod homines domi dimisit. . . . c. 11. Ut quandocunque navigium mittere volumus, ipsi seniores in ipsis navigibus pergant, et ad hoc sint praeparati." Die andern Kapitularien finde man aufgezählt bei den Genannten.

schmolz die Zahl der Vollfreien, stieg die Macht der Grossen, vermehrte sich der Immunitätsbesitz, und wurde der Boden geebnet, auf dem sich eine neue Staatsverfassung aufbauen konnte.

C. Die Stände.

§. 52.

1. Die Freien. Der Adel.

I. Der Begriff der Freiheit ist wesentlich in der merovingischen und karolingischen Zeit nicht geändert. Eine Modification desselben war es auch kaum, dass die Franken gegenüber den andern Stämmen durch ein höheres Wergeld ausgezeichnet waren,[1]) die Römer aber allen Stämmen an solchem nachstanden.[2]) Alle ingenui, liberi, franci, arimanni[3]) haben bestimmte Rechte miteinander gemein, welche gerade als die der Freien anzusehen sind.

II. Der Adel im ältern Sinne des Wortes war bei den Franken verschwunden, da er weder in dem salischen noch ripuarischen Gesetze hervortritt. Unzweifelhaft liegt der Grund in den verheerenden Kriegen, den innern Kämpfen und dem erreichten Bestreben der fränkischen Könige, jede ihnen gefährliche Macht im Volke zu stürzen.[4]) Bei den übrigen Stämmen findet sich aber nach deren Volksrechten ein durch höheres Wergeld und auch einzelne andre Eigenthümlichkeiten ausgezeichneter Adel.[5])

---

[1]) Lex Rip. Tit. XXXVI. §. 1. 2. 4. „Si quis Ripuarius advenam Francum interfecerit, 200 solidis culpabilis judicetur. Si quis Rip. advenam Burgundionem interf., 160 solid. culp. jud. Si q. Rip. advenam Alamannum seu Fresionem vel Bajuvarium aut Saxonem interf., 160 solidis c. j."

[2]) L. Rip. l. c. §. 3. „Si quis Ripuarius advenam Romanum interfecerit, 100 solidis multetur."

[3]) Vgl. über diese Ausdrücke L. Sal. XXV. 2. u. nov. 66. (Merkel p. 61.) „Si quis ingenuus cum ancilla aliena se publice junxerit, ipse cum ea in servitio cadat" und „si quis Francus cum ancilla aliena sibi in publice junxerit, ipse cum ea in servitio cadat." L. Rachis 2. 11. u. a. Grimm R.A. S. 262.

[4]) In L. Sal. XXIV. 2., LXVIII. 1. nov. 60. kommt ein „puer crinitus" vor, im Gegensatze zu dem nov. 293. auch einen „incrinitus" hat; ein höheres Wergeld findet sich nicht.

[5]) Z. B. L. Sax. XIV. „Qui nobilem occiderit 1440 solidos conponat. ruoda dicitur apud Saxones 120 solidi et in premium 120 solidi. XVI. Litus occisus 120 solidis componatur. . . XVII. Servus a nobili occisus 36 sol. conponatur vel tribus jurantibus negetur. a libero vel lito, pleno sacramento negetur."

Die einzelnen Folgen der Standesverschiedenheit zeigen sich bei den betreffenden Materien.

§. 53.

2. Die Grossen.

I. Mit der erhöhten königlichen Macht und der veränderten Verfassung begann eine ganz neue Ordnung der Volksklassen sich zu bilden. Die Bedeutung der Volksversammlung war sehr gesunken; ihre Rechte übten die Grafen, Missi, Immunitätsherrn aus, soweit sie nicht vom Könige selbst vorbehalten waren. Damit sank in der That die politische Bedeutung der Freiheit. Grafen, Missi, deren Stellvertreter, die Hofbeamten hatten ein höheres Ansehen erlangt, genossen höheres Wergeld und nahmen gewissermassen Theil an der königlichen Macht. Die in der trustis regia stehenden Personen, die königlichen Leudes, Fideles, Vassalli, Senioren bilden eine an Macht, Ansehen, Wergeld über den Freien ausgezeichnete Klasse. Sie sind die Optimates, Proceres, auch wohl Nobiles, der Quellen jener Zeit. Ihr Ansehen ruht aber so sehr auf der persönlichen Verbindung zum Könige, dass selbst die mindere Freiheit der Geburt ihnen nicht schadet.

II. In den Verhältnissen des Heerbannes einerseits und der zunehmenden Macht der geistlichen und weltlichen Grossen andrerseits lag der Grund zu der in den nächstfolgenden Jahrhunderten eintretenden grossen Umänderung. Vor den Grossen tritt in der karolingischen Zeit der Adel ganz in den Hintergrund. Es war dies nothwendige Folge davon, dass mit dem Aufhören des Wahlrechts der Vorsteher seine politische Bedeutung entfiel, der Adel von den Königen zu Hof- und Reichsämtern gezogen, in das Treuverhältniss aufgenommen wurde und auch selbst nach solchen Aemtern streben musste. Vor der aus dem Verhältnisse zum König fliessenden Bedeutung trat aber ihr Geburtsstand um so mehr zurück, als auch das höhere Wergeld keinen Unterschied mehr begründete, weil die königlichen Getreuen durch dasselbe ausgezeichnet waren.

§. 54.

3. Die Schutzbefohlenen.

I. Ein eigenthümliches Verhältniss hatte sich zunächst zwischen dem Könige und seinen Getreuen gebildet (§. 43), welches nothwendig ähnliche Bildungen hervorrufen musste. Dazu fand sich die Veranlassung vor.

II. Manche Freie konnten in Folge der vielen Kriege besonders unter Karl d. G. aus ihrem Grundbesitze die Lasten aller Art nicht mehr bestreiten.[1]

[1] Dies beweisen die Anordnungen Karls d. G. bezüglich des Heerbanns. Siehe §. 51.

Mit der Zunahme der Bevölkerung reichte der Grundbesitz der Familie nicht mehr aus, um alle Söhne mit einem genügenden Antheile zu versehen. Die Kirchen hatten durch königliche Verleihung und Vergabungen grosse Grundcomplexe erhalten, deren Bewirthschaftung blos durch eigne Leute kaum stattfinden konnte. Ebenso hatte auch der König und die königlichen Getreuen wegen ihrer grossen Beneficien Ueberfluss an Grundstücken. Je mehr aber die blosse Freiheit und gänzliche Unabhängigkeit von jedwedem Einflusse gegenüber den Anforderungen des Lebens zurücktrat, die mannigfaltigsten Verhältnisse und Gründe sich bildeten, welche den Schutz eines Grossen wünschenswerth erscheinen liessen, je höher das Ansehen der Grossen, besonders der Geistlichen, und je fester deren Macht wurde, desto mehr mussten Verbindungen der verschiedensten Art zwischen Grossen und Gemeinfreien entstehen. Zugleich lag aber einerseits in dieser Entwicklung selbst und der noch nicht zu einem abgeschlossenen Stande gediehenen Stellung der Grossen, sowie in der freiwilligen Natur solcher Schutzverhältnisse der Grund, hierin keine Minderung der Freiheit zu erblicken; andrerseits aber war doch der Keim gelegt, aus dem unter neuen Verhältnissen eine völlige Abhängigkeit entstehen konnte.

II. So finden sich allmälig unter den Freien Leute, welche ihre Freiheit besassen, aber an die Kirche bestimmte Abgaben zu entrichten hatten, sei es zufolge einer Uebertragung von Person und Gut an dieselbe und Rücknahme des letztern als beneficium[2]) oder als Folge des nach der Freilassung bleibenden Schutzverhältnisses.[3]) Aus gleichen Ursachen finden sich auf den königlichen Besitzungen und denen der Grossen freie aber schutzgehörige Leute.[4])

---

[2]) L. Alam. Hloth. (Merkel in Mon. Leg. III. p. 45.) 1. „Ut si quis liber res suas vel semet ipsum ad ecclesiam tradere voluerit, nullus habeat licentiam contradicere ei . . . 2. Si quis liber, qui res suas ad ecclesiam dederit et per cartam firmitatem fecerit, sicut superius dictum est, et post haec ad pastorem ecclesiae ad beneficium susceperit ad victualem necessitatem conquirendam diebus vitae suae: et quod spondit persolvat ad ecclesiam censum de illa terra, et hoc per epistulam firmitatis fiat, ut post ejus discessum nullus de heredibus non contradicat. Vgl. dazu Merkel in der nota 7. Dagegen Walter R.G. §. 409. N. 1.

[3]) Von der Abgabe ceraecensuales. cerarii, libellarii (L. Liutpr. VI. 38. u. a.). — „Si quis autem liber ecclesiae, quae colonus vocant, si occisi fuerint, sicut alii Alamanni ita componatur.“ L. Alam. Hloth. c. 8. b. — Homines votivi.

[4]) Cap. de villis imper. a. 812 c. 52. (Leg. I. p. 185.) „Volumus ut de fiscalis, vel servis nostris, sive de ingenuis qui per fiscos aut villas nostras commanent, diversis hominibus plenam et integram, qualem habuerint, reddere faciant justitiam.“ L. Sax. LXIIII. Liber homo, qui sub tutela nobilis cujuslibet erat qui jam in exilium missus est . . .“

Ueber die Möglichkeit, die den Schutzbehörigen des Fiscus gegeben wurde, dies Verhältniss zu lösen und mit der Kirche einzugehen s. Merkel n. 7. ad c. 2. L. Alam. Hloth.

§. 55.

4. Die Unfreien.[1])

I. Die Unfreiheit bestand wesentlich darin, dass der Unfreie nicht dem Könige und seinen Beamten als solchen unterstand, sondern einem besondern Herrn ohne Recht, das Verhältniss zu lösen, dass er der eigentlichen Rechtsfähigkeit entbehrte, dem Herrn gegenüber als Sache erscheint. In den Quellen kann man zwei Arten von Unfreien unterscheiden, die Servi und Liti.

II. Die Knechte (servus, ancilla, mancipium, Knecht, manahoupit, schalk, vassus, gasindus u. a.)[2]) stehen nach den Volksrechten im vollen Eigenthum ihres Herrn;[3]) dieser durfte den Schuldigen selbst richten, jedoch nur mit Beobachtung des Gesetzes, nicht nach blosser Willkür;[4]) sie wurden vom Herrn unbedingt in Folge seiner potestas vertreten,[5]) und denselben gebüsst,[6]) wur-

---

[1]) Vgl. die Zusammenstellungen in Grimm R.A. S. 300 ff., bei Walter R.G. §. 359 ff., Zöpfl R.G. Th. II. §. 25 ff.

[2]) Ueber die verschiedenen Ausdrücke s. Grimm R.A. a. a. O.

[3]) L. Alam. Hloth. c. XC. (Leg. III. p. 77.) „Si quis res suas post alium hominem invenerit, quicquid sit, aut mancipia aut pecus aut aurum aut argentum aut aliae spetiae, et illa reddere noluerit et contradixerit et post haec convictus est ante judicem, aut similem aut ipsum reddat et 12 solidos componat, quare quia proprietatem alterius apud se habens contradixit.“

[4]) L. Alam. Hloth. XXXVII. „Ut mancipia foris provincia nemo vendatur nec in pagano nec in christianos nisi si jussio ducis fuerit. 2. Infra provincia ubi necessitas est, unusquisque de mancipio suo potestatem secundum legem judicandi. 3. Foris terminum autem captivum faciendi non habeat . .“ Vgl. L. Visigoth. VI. tit. 5. c. 12. 13., VII. 2. c. 21.

[5]) L. Sal. XL. (1—3. bestimmt die Busse für Vergehen derselben) 4. „Si vero servus in quolibet crimine comprehenditur, dominus servi ipsius si praesens est ab eo qui requeret admonere debet, ut servum suum debeat justis suppliciis dare, ... Si dominus servi supplicia distulerit et servus praesens fuerit, continuo ille qui repetit domino solem collocare debet . . . .“ L. Sax. „4. Quicquid servus aut litus jubente domino perpetraverit dominus emendet. . . Si servus scelus quodlibet nesciente domino commiserit aut puta homicidium furtum, dominus ejus pro illo juxta qualitatem facti multam componat.“ L. Fris. Tit. I. c. 13. „Si servus nobilem seu liberum, seu litum, nesciente domino occiderit, dominus ejus, cujuscunque conditionis fuerit homo qui occisus est, juret, hoc se non fecisse, et mulctam ejus pro servo, bis simplum componat. 14. Aut si servus hoc se jussu domini sui fecisse dixerit, et dominus non negaverit, solvat eum, sicut manu sua occidisset, sive nobilis, sive liber, sive litus sit. 15. Et si servus hoc se perpetrasse negaverit, dominus ejus juret pro illo.“

[6]) Cf. nota 3. Dazu L. Sal. nov. 106. Die Bestimmungen über das Wergeld sind sehr zahlreich in den Leges.

den von dem Herrn nach Belieben zu den häuslichen und sonstigen Diensten verwendet (pueri, vassi ad ministerium, ministeriales) oder mit dem Betriebe von Gewerben oder der Bewirthschaftung des Bodens gegen bestimmte Leistungen an den Herrn beschäftigt, auch endlich zur Kriegsdienstleistung gebraucht.[7]) Was der Knecht besass und erwarb, war des Herrn; bereits bildete sich aber der Uebergang zu Eigenthum derselben.[8]) Diese mangelnde Rechtspersönlichkeit hatte die weitere Folge, dass man den Knecht bald überhaupt für unfähig hielt, eine Ehe einzugehen, welche unabhängig vom Willen des Herrn Rechtsbestand hatte, bald wenigstens zur Schliessung von Ehen mit Freien oder selbst den nicht vollkommen Freien ausser mit grossen Rechtsnachtheilen für Beide.[9])

---

7) In der L. Sal. erscheinen vassus ad ministerium. puella ad minist., faber ferrarius, aurifex, porcarius, vinitor, strator, moliarius, carpentarius, ministerialis (XXXV. 5. u. nov. 106.), in der L. Alam. (Pactus fragm. III. 35. 36.) faver ferrarius, aurifex (Lex Hloth. cod. adjunct. LXXVI. 3., LXXXI. LXXXII.) pastor, pastor porcarius, siniscalcus servus, vassus, mariscalcus, cocus, pistor, faber aurifex et spatarius („publice probati"), ancilla vestiaria, pulicla de genicio, die auf Grundstücken heissen servi casati, coloni, mansoarii u. dgl. Recap. leg. Salicae c. 22. (Merk. p. 99.) „servum ministerialem in oste."

8) L. Bajuv. T. XV. c. 6. „Si quis servum suum vendiderit, forsitan ejus nesciens facultates quas habebat, dominus ejus potestatem habeat, qui eum vendiderit, requirendi res ubicunque invenire potuerit. 7. Si quis servus de peculio suo fuerit redemptus, et hoc dominus ejus forte nescierit, de domini potestate non exeat: quia non pretium, sed res servi sui, dum ignorat, accepit." L. Alam Hloth. XXII. 3. „Servi dimidiam partem sibi et dimidiam in dominico arativum reddant. Et si super haec est, sicut servi ecclesiastici ita faciant, tres dies sibi et tres in domnico."

9) L. Sal. XIII. 4. Si vero puer regis vel letus ingenuam feminam traxerit, de vita componat. 5. Si vero ingenua puella quemcunque de illis suam voluntatem secuta fuerit, ingenuitatem suam perdat. XXV. 2. Si quis ingenuus cum ancilla aliena se publice junxerit, ipse cum ea in servicio cadat. Nov. 1. ad leg. Sal. „Ingenuus si ancilla aliena prisserit, similiter (d. h. wie im Falle von XIII. 5.) paciatur." Nov. 39. „Si ingenuus ancillam alienam in conjugium praeserit, malb. bonema, cum ea ipse in servitio permaneat. Si quis litam alienam ad conjugium sotiaverit, malb. anfamia 1200 denarios qui faciunt solidos 30 culpabilis judicetur." Cf. nov. 10. 66. 68.: „Si servus ancillam alienam extra voluntate domini sui sibi conjugium copulaverit, malb. anthamo solidos 3 culpabilis judicetur (nov. 296. „aut 120 ictus accipiat")." Aehnlich sind die Bestimmungen der andern Rechte; am strengsten war das sächsische nach Ruodolfi transl. S. Alexandri (Monum. Script. II. p. 675.) 1. „Quatuor igitur differentiis gens illa consistit, nobilium scilicet et liberorum, libertorum atque servorum. Et id legibus firmatum, ut nulla pars in copulandis conjugiis propriae sortis terminos transferat, sed nobilis nobilem ducat uxorem, et liber liberam, libertus conjugatur libertae, et servus ancillae. Si vero quispiam horum sibi non congruentem et genere praestantiorem duxerit uxorem, cum vitae suae damno componat."

III. Durch die fortwährenden Bemühungen der Kirche[10]) kam es dahin, dass man in der karolingischen Zeit die Ehen der Sklaven unter sich anerkannte und auch schützte,[11]) desgleichen dem Verkaufe der Knechte noch weitere allgemeine Schranken setzte.[12]) In ihrer vermögensrechtlichen Stellung wie auch gegenüber dem Herrn blieb es jedoch im Wesentlichen bei den Bestimmungen der Volksrechte, zumal die Reichsgesetzgebung nach ihrer Natur hier weniger Einfluss nahm.[13])

IV. Eine allmälige Umänderung trat aber einmal dadurch ein, dass die Knechte, welche die Güter des Fiscus (servi fiscalini) und der Kirchen (servi ecclesiae) bebauten, nicht nur überhaupt besser gestellt waren durch grösseren Schutz, höheres Wergeld, geringere Leistungen, eine gewisse Vertretungsfähigkeit, sondern auch vorzüglich durch Verwendung im persönlichen Dienste besonders des Königs (pueri regis) häufig zu hohem Ansehen gelangten.[14]) Dies wirkte auf die Behandlung und Stellung der übrigen zurück. Sodann stieg ihr Ansehen mit der sich steigernden Verwendung zum Kriegsdienste und dem in Folge ihrer persönlichen Dienstleistung bei den immerfort an Macht zunehmenden Herrn sich mehrenden Einflusse.

V. Die Unfreiheit entstand und pflanzte sich fort durch Geburt von unfreien Eltern oder aus Verbindungen zwischen einer unfreien und freien (halbfreien) Person,[15]) durch Heirath einer Unfreien.[16]) Dazu kam das freiwillige Begeben in

---

[10]) Zahlreiche Concilien haben von der ältesten Zeit an auch im fränkischen Reiche diesem Ziele zugesteuert. Vgl. Conc. Arausican. I. a. 441 c. 5. 6. 7. Arelat. II. zwischen 443 u. 453 c. 33. 34. Agath. a. 506 c. 62. („si quis servum proprium sine conscientia judicis occiderit, excommunicatione vel poenitentia biennii reatum sanguinis emendabit."). Aurel. I. a. 511 c. 3. 8. Epaon. a. 517 c. 34. 39. Aurel. IV. a. 541 c. 9. 24. Aurel. V. a. 549 c. 6. 7. 22. Matiscon. II. a. 585 c. 7. 8. u. a. Vgl. mein Handbuch des kath. Eherechts S. 115 fg.

[11]) Cap. Lang. a. 813 c. 5. (Leg. I. p. 192.) „Ut conjugia servorum non dirimantur si diversos dominos habuerint (anders noch Cap. Vermer. 753 c. 19. ib. p. 23.); sed in uno conjugio servi permanentes dominis suis serviant; sic tamen, ut ipsum conjugium legale sit, et per voluntatem dominorum suorum juxta illud evangelium: Quod Deus conjunxit, homo non separet." Vgl. L. Rothar. 213. Liutpr. VI. 12. 86. 87. 12.) Cap. Franc. 779 c. 19. (Leg. I. p. 38.) „De mancipia quae vendunt, ut in praesentia episcopi vel comitis sit, aut in praesentia archidiaconi, aut centenarii, aut in praesentia vicedomini, aut judicis comitis, aut ante bene nota testimonia. Et foras marca nemo mancipium vendat. Et qui hoc fecerit, tantas vices bannos solvat quanta mancipias vendidit. Et si non habet pretium, in wadio pro servo semet ipsum comiti donet, usque dum ipsum bannum solvat." Capit. Mantuan. a. 781 c. 7. (ib. p. 41.).

[13]) S. z. B. Cap. de villis imper. c. 4., Aquisgr. 817 legib. add. c. 1. 15. u. a.

[14]) L. Ripuar. LVIII., Alam. Hloth. XVIII. XXII., Cap. Aquisgr. 817 l. c. u. a.

[15]) Vgl. das Nähere Grimm R.A. S. 324 ff.

[16]) Stellen in den frühern Anmerkungen. L. Rip. LVIII. 14. „Si autem Ripuariu

die Knechtschaft[17]) sowie die Hingabe an Zahlungsstatt bei Insolvenz oder Unfähigkeit den Bann u. s. f. zu entrichten.[18]) Aufgehoben wurde sie regelmässig durch die Freilassung,[19]) welche vor dem König, vor der Kirche, der Volksversammlung mit Bürgschaft von Freien, durch Wehrhaftmachung, Ausstellung einer Urkunde u. s. f. stattfand. Sie hatte übrigens weder stets die volle gleiche Wirkung, indem häufig nur ein geringerer Grad der Freiheit verliehen wurde, noch löste sie jedes Verhältniss zum bisherigen Herrn. Neben der Freilassung wurde die Freiheit in einzelnen Fällen durch das Gesetz gegeben zur Strafe des Herrn[20]) oder zur Belohnung des Unfreien.[21])

§. 56.

5. Die Halbfreien.*)

I. Wie in der ältesten Zeit (§. 12. IV.) finden wir während dieser ganzen Zeit zwischen den Vollfreien und den Knechten eine zahlreiche Klasse von Leuten unter dem Namen liti, leti, ledi, lassi, lazzi, aldi, aldiones, welche wohl ihren Ursprung zumeist in der Freilassung haben,[1]) weshalb sie auch häufig den liberti gleichgestellt werden, zum Theil aber auch in dem Verhältniss der römischen Coloni stehen. Sie unterscheiden sich von den Freien vorzüglich durch das geringere Wergeld,[2]) das Mundium eines Herrn,[3])

---

ancillam Regis seu ecclesiasticam, vel ancillam tabulariam sibi sociaverit, non ipse, sed procreatio ejus serviat."

[17]) Capit. Aquisgr. 813 c. 15. (Leg. I. p. 189.) u. a. enthält Beschränkungen. Cap. leg. Sal. add. a. 819 c. 6. (ib. p. 226.) „Judicatum est ab omnibus, ut si Francus homo vel ingenua femina in servitio sponte sua implicaverit se, ut si res suas, dum in libertate sua permanebat, ad ecclesiam Dei aut cuilibet legibus tradidit, ipse cui traditae fuerint, eas habere et tenere possit. Et si filios vel filias, dum in sua fuit libertate, generavit, ipsi liberi permaneant."

[18]) Vgl. nota 12. dieses Paragraphen.

[19]) Vgl. Grimm R.A. S. 179 f. 331 ff. Im Einzelnen beschreiben die Formen genau Walter u. Zöpfl.

[20]) Z. B. beim Verkaufe ausser Landes: L. Burg. addit. II. c. 2., Ehebruch mit der Frau des servus: L. Luitpr. VI. 87.

[21]) Siehe L. Visig. VI. 1. c. 5., XII. 2. c. 12. 13. 14., XII. 3. c. 12. 18. u. a.

*) Grimm R.A. S. 305 ff. Waitz II. S. 158 ff. Eichhorn R.G. I. S. 294 ff. Walter R.G. §. 392 ff. Zöpfl R.G. Th. II. §. 27.

[1]) Das hat Walter §. 396. gezeigt.

[2]) In einzelnen Rechten die Hälfte von dem des Freien. Walter hat die desfallsigen Bestimmungen genau zusammengestellt.

[3]) L. Sal. XXVI. „Si quis alienum letum extra consilium domini sui ante rege per

den Mangel des connubium[4]) die Pflicht zu Diensten und Abgaben, den Anspruch des Herrn auf das Ganze oder einen Theil des Wergeldes,[5]) die Nothwendigkeit der Einwilligung des Herrn zur Eingehung einer Ehe,[6]) die Unfähigkeit, ihr Verhältniss einseitig zu lösen. Von den Knechten standen sie wesentlich ab durch die stets anerkannte Fähigkeit, eine im Volksrechte geschützte Ehe zu schliessen, das hierauf beruhende Wergeld, das zum Theil ihnen bez. den Verwandten zufiel, durch ihre Fähigkeit zum Besitz und Erwerb von Vermögen,[7]) zur eigenen Vertretung,[8]) die Waffen- und Eidesmündigkeit.[9]) In dem Ausschlusse jeder Willkür des Herrn, welcher

---

dinario (ingenuum) dimiserit et ei fuerit adprobatum, malb. malthoitus meo letu hoc est 4000 dinarios qui faciunt solidos 100 culpabilis judicetur, res vero leti ipsius legitime reformetur."

[4]) Das beweist die Erklärung in Capit. Chlodovechi a. 500—511 (Monum. Leg. II. p. 4.) 7. §. 2. („de puellas militunias vel litas, haec lex medietate servetur"), dass die Vorschriften über Mitgift u. s. f. Anwendung finden. L. Sax. LXV. „Lito regis liceat uxorem emere ubicumque voluerit, sed non liceat ullam feminam vendere."

[5]) L. Fris. Tit. IX. §. 1 ff. „Si foemina quaelibet homini cuilibet fornicando se miscuerit, componat ad partem regis weregildum suum. Hoc nobilis et libera faciant. 2. Lita vero ad partem domini sui. 3. Si vero ancilla et virgo erat . . . componat is, qui eam vilavit, domino ejus sol. 4. hoc est denarios 12." §. 10. „Si vero puella (nemlich rapta) lita fuerit, satisfaciat ei similiter solutione weregildi sui, et domino ejus decem solidos componat." §. 13. (not. 6.)

[6]) L. Fris. IX. 13. „Si lita fuerit, solid. X. domino ejus persolvere cogatur." Dazu §. 11. u. 12.: „Si liberam foeminam extra voluntatem parentum ejus, vel eorum, qui potestatem ejus habent, uxorem duxerit, componat tutori ejus solid. XX. id est dinarios LX — 12. Si autem nobilis erat foemina sol. XXX."

[7]) L. Fris. XI. 1. „Si liber homo spontanea voluntate, vel forte necessitate coactus, nobili seu libero, seu etiam lito in personam et servitium liti se subdiderit . . . 2. Si litus semetipsum propria pecunia a domino suo redemerit . ." L. Sal. L. §. 1. „Si quis ingenuus aut letus alteri fidem fecerit . . ."

[8]) Darüber hat besonders die L. Fris. in Tit. I—III. ausführliche Bestimmungen. Vgl. die Fortsetzung der Stelle in n. 7. der L. Sal. Der Herr hatte aber auch die Vertretungspflicht: L. Francor. Chamav. c. 44 ff. L. Sax. XVIII. „Si autem absque conscientia domini hoc fecerit, dimittatur a domino et vindicetur in illo et aliis septem consanguineis ejus a propinquis occisi, et dominus liti se in hoc conscium non esse cum undecim juret." Für das Verhältniss zum Herrn s. noch: Lex Sax. XXV. „Qui dominum suum occiderit capite puniatur. 26. Qui filium domini sui occiderit vel filiam aut uxorem aut matrem stupraverit juxta voluntatem domini occidatur." L. Fris. XX. 3. „Si servus dominum suum interfecerit, tormentis interficiatur. Similiter et litus."

[9]) L. Sal. XXVI. mit nov. 69.: „Si quis alienum letum qui apud dominum in oste fuerit . . ." Recap. leg. Sal. c. 27. „Inde ad solidos 300, ut si quis litum alienum in oste occiserit . . 30. Inde ad solidos 900, ut si quis Romanum vel lidum in truste dominica occiserit." — L. Fris. I. 8. „Si litus nobilem occiderit, similiter 80 sol. componat, aut, si negaverit, cum triginta quinque juratoribus suae conditionis se excuset.

verpflichtet war, den hergebrachten Zustand zu belassen, sowie in der Möglichkeit, sich durch Auszeichnung im Kriege emporzuschwingen, war von selbst der Grund zu einer Besserung ihrer Stellung und Erlangung der Freiheit gegeben.

II. Fortgesetzt wurde das Verhältniss der Liten durch die Geburt, die Ehe,[10]) freiwillige Ergebung[11]) und Versetzung in diesen Stand in Folge der *geringern* Grade der Freilassung. Freilassung[12]) oder Freikauf[13]) hoben dasselbe auf.

---

9. Si liberum occiderit, sol. 53 et unum denarium solvat, et si negaverit, cum viginti tribus sacramentalibus juret. 10. Si litum occiderit. sol. 27 uno denario minus componat domino suo, et propinquis occisi sol. 9 excepta tertia parte unius denarii, et si negaverit, sibi duodecimus juret." Daselbst noch andre.

[10]) L. Sal. XIII. 5. Si vero ingenua puella quemcunque de illis suam voluntatem secuta fuerit, ingenuitatem suam perdat." L. Fris. VI. „Si libera femina lito nupserit nesciens eum litum esse., et ille postea de capite suo, eo quod litus sit, fuerit calumniatus; si illa sua sexta manu jurare poterit, quod postquam eum litum esse rescivit, cum eo non concumberet, ipsa libera permaneat, et filii, quos procreavit. Si vero jurare non possit, in compositionem mariti sui una cum filiis suis transeat."

[11]) L. Fris. XI. 1. (s. nota 7.).

[12]) Vgl. die Stelle in nota 3.

[13]) L. Fris. XI. 2. „Si litus semetipsum propria pecunia a domino suo redemerit et unum, vel duos, vel tres, vel quotlibet annos in libertate vixerit, et iterum a domino de capitis sui conditione fuerit calumniatus, dicente ipsi domino: Non te redemisti, nec ego te libertate donavi: respondeat ille: Aut tu cum juratoribus tuis sex, vel 12, vel 20, vel etiam si 30 dicere voluerit, me tibi sacramento tuo ad servitutem acquirere; aut me cum meis juratoribus tantis, vel tantis ab hac calumnia liberare permitte. Si ille qui dominus ejus fuerat cum totidem hominibus, quorum ei propositi sunt, jurare velit, conquirat eum sibi ad servitutem; sin autem, juret alter, et in libertate permaneat."

Besondere Arten der liti die homines regii, fiscalini, ecclesiastici; coloni regis, ecclesiae. — Feste Dienste: Cap. Lang. 835 c. 6. (Leg. I. p. 371.) „Praecipimus ut nova conditio aldioni a domino non imponatur."

Zweite und dritte Periode.

Vom Aussterben der Karolinger bis zum Ewigen Landfrieden (888—1495).

Erstes Kapitel.

Die Rechtsquellen.

§. 57.

A. Gang der Rechtsbildung.

I. In Folge der Bildung neuer Herzogthümer, des Feudalwesens, der Territorialbildung, neuer Stände, kurz durch die allmälige Verfassungsänderung hatten die öffentlichrechtlichen Satzungen der Leges und Kapitularien grösstentheils ihre Anwendbarkeit verloren; die Veränderungen und Neubildungen auf dem Gebiete des Verkehrs im Verein mit jenen Gründen entzogen auch deren privatrechtlichem Inhalte den Boden. Finden sich auch für deren formelle Geltung bis ins zehnte Jahrhundert einzelne Spuren,[1]) so erscheint doch die Bekanntschaft mit ihnen im Allgemeinen als eine rein theoretische und blieb ohne merklichen Einfluss auf das Rechtsleben.[2]) Der Character der Zeit, die vielen Kriege zumal unter den Hohenstaufen, die Abgezogenheit der Kaiser durch die italienischen Verhältnisse, endlich der Particularismus, der im Rechte sich ausgebildet hatte, verhinderten die Vornahme einer neuen Redaction.

II. Die ältern Rechtssätze erhielten sich in Geltung und wurden weiter fortgebildet vom 10. bis ins 12. Jahrhundert fast ausschliesslich durch die Gewohnheit. Als deren natürliche Folge stellte sich ein der Particularismus, je mehr die Territorialbildung voranschritt, anstatt des alten Systems

[1]) Constit. Francof. a. 951 (Monum. Leg. II. p. 26.): „Anno incarnationis Domini 951, indict. 9. constitutum est in Franconofurt a rege gloriosissimo Ottone, anno illius 15, consentientibus episcopis, comitibus, aliisque fidelibus compluribus, canonum sanctorumque patrum auctoritate, nec non capitularium praecedentium regum institutis coram positis . . ."

[2]) Vgl. Stobbe Rechtsquellen S. 267 ff. — Der Ausdruck Lex Alamannorum Bajuvariorum, Saxonum, der hin und wieder vorkommt, bedeutet nicht mehr das Gesetz der Alamannen u. s. f., sondern nur das Recht der Alamannen u. s. w.

der Stammesrechte der Character der Territorialität. Im Privatrechte und auch zum Theil im öffentlichen[3]) geht die Rechtsbildung aus von den Betheiligten, fusst auf einer Willkür, Statut; ihre erkannte Zweckmässigkeit sichert die Annahme in der Gemeinde, die Verbreitung im Territorium; die gemeinsamen Bande vermitteln die Ausdehnung über das Gebiet des Stammes. Die Kenntniss des Rechts vermittelten die symbolischen Formen, die öffentliche Rechtssprechung, das Rathholen bei andern Gerichten (Gemeinden, Schöffen). Weisthümer, Weisungen, Oeffnungen, Ordele bilden neben Urkunden die wichtigste Quelle. Seit dem Ausgange des 11. Jahrhunderts treten hierzu Rechtsaufzeichnungen, deren Absicht bald darauf hinaus lief, die Unsicherheit der Uebung zu beheben, bald Statuten, Willküren für einen bestimmten Kreis festzusetzen.

III. Neben und trotz der Particularität erhielt sich und wurde fortgebildet ein gemeines Recht einzelner Länder[4]) und des Reiches[5]) überhaupt. Dessen Grundlage waren die gemeinsamen Prinzipien der alten Leges und Kapitularien, die im Wesentlichen überall gleichen Zustände des staatlichen Lebens, gemeinsame nationale Anschauungen, gleichmässige Bedürfnisse und Entwicklung des städtischen und des Verkehrs-Lebens überhaupt, der Einfluss mancher Stadtrechte, endlich die Entscheidungen der Könige u. s. w.

IV. Die Grundlagen des Rechts blieben zunächst durchaus nationale. Denn hatten sich auch in Folge der Bekanntschaft mit dem römischen Rechte in den ehemals römischen Provinzen und durch dessen Einfluss bei Abfassung der Leges für die in jenen Ländern sitzenden Stämme einzelne römische Rechtssätze Eingang verschafft, so schloss gleichwohl die unbestimmte Allgemeinheit dieser Aufnahme jeden gestaltenden Einfluss aus. Ebensowenig übte der Umstand, dass die Kirche und der Klerus durchgehends in ihren privatrechtlichen Beziehungen nach römischem Rechte lebte, bis ins 15. Jahrhundert hinein einen entscheidenden Einfluss.[6])

---

[3]) Dies beruhet auf dem, von unserm heutigen Standpunkte aus betrachtet, privaten Verbande zwischen Fürst und Vasallen u. s. w. durch das Lehenswesen, die Vogtei u. dgl.

[4]) Der Sachsenspiegel zeichnet das gemeine Recht der Sachsen auf, eine von Eike in der gereimten Vorrede wiederholt angedeutete Anschauung.

[5]) Vgl. die Stellen bei Stobbe S. 271. Anm. 16., welche von einem jus commune reden. — Der Schwabenspiegel hat deutlich den Zweck, ein gemeines Recht des Reiches aufzuzeichnen.

[6]) Ueber die Bedeutung des römischen und canonischen Rechts im Mittelalter für das deutsche siehe Eichhorn, Zöpfl u. a., besonders Stobbe S. 609 ff. Eine genaue, hier allein fruchtbringende, Entwicklung auch nur zu skizziren verbietet der Raum. Meine Lehre von den Quellen des kath. Kirchenrechts, Giessen 1860. §§. 79. 80. gibt den Einblick in den historischen Entwicklungsgang bezüglich des canonischen Rechts.

V. Mit den Leges selbst war die formelle Geltung der in ihnen aufgenommenen römischen Sätze gefallen; durch das Verschmelzen der Bevölkerungen in den früher römischen Provinzen und die Abtrennung der meisten vom deutschen Reiche hörte diese Geltung vollends auf. Trotzdem blieben viele Sätze des römischen Rechts theils rein theils verändert in steter Bekanntschaft und materieller Geltung, einmal wegen Aufnahme in den allgemein verbreiteten Sammlungen des canonischen Rechts, vor Allem in das um 1150 gemachte und rasch zu grosser Verbreitung gelangte Decretum Gratians,[7]) sodann durch die kirchliche Gerichtsbarkeit bezüglich einer grossen Anzahl rein civiler und civil-kirchlicher Rechtsverhältnisse,[8]) welche sich stützte auf römisches Recht oder eigne von der Kirche geschaffene bald sich an das römische bald an das einheimische anschliessende Sätze. Handelte es sich hierbei auch vorzugsweise um die rechtliche Stellung der Kirche und des Klerus auf dem vermögensrechtlichen Gebiete, so brachte doch der Verkehr beider mit Privaten und Corporationen von selbst eine grössere Ausdehnung mit sich. Nicht minder fand durch den stets grössern Einfluss des canonischen Strafrechts, Straf- und Civil-Processes eine faktische Handhabung römischer Rechtssätze auch auf diesen Gebieten statt. Hierzu trat die bereits unter Karl d. G.[9]) seit Uebertragung der römischen Kaiserwürde auftauchende und von da ab stets die Kaiser beherrschende Idee von einer Nachfolge in das (west-) römische Kaiserthum, zufolge deren seit Friedrich I. von den Kaisern die Befugnisse der römischen Imperatoren beansprucht, das Gesetzbuch Justinians als das ihrige angesehen wurde, ihre Gesetze als Authentiken in dasselbe Aufnahme fanden. Mit dem Wiedererwachen der römischen Jurisprudenz im 12. Jahrhundert durch Irnerius zu Bologna fand das römische Recht in Italien, wo es nie ganz ausser Geltung getreten war, eine neue praktische Bedeutung. Die Stellung der Kaiser zu Italien wirkte nothwendig zurück auf Deutschland. Dieses und die eben bezeichnete Anschauung förderten mehr und mehr den Begriff eines

---

[7]) Ueber diese Sammlungen überhaupt s. Schulte die Lehre von den Quellen des kath. Kirchenrechts (das kath. Kirchenrecht Bd. I.) §§. 52 ff.

[8]) Siehe die genaue quellenmässige Erörterung in meinen citirten Rechtsquellen §. 80. vgl. mit §. 95. u. mein System des Kirchenr. Giess. 1856.

[9]) In dem Schreiben Odilberti, Erzbischofs von Mailand (irrig sagt Stobbe S. 612. Anm. 2. Mainz) von 811 (Leg. I. p. 171.) an Karl heisst es: „. . . Qui vos sollicitudinem habentes orthodoxae fidei, magis prae ceteris omnibus qui ante vos christiani imperatores in universo mundo fuerunt devotione, quique divino zelo commoti id est Constantinus, Theodosius major, Martianus et Justinianus.“ Dasselbe liegt schon darin, dass Karl in den Gesetzen wiederholt von sich sagt „Romanum gubernans imperium“ (Leges I. p. 128. 140. 150. 171.), „Romanum regens imperium“ (Leg. I. p. 83.) u. a.

kaiserlichen Rechtes, Kaiserrechtes, worunter man neben den von den Kaisern ausgehenden Gesetzen auch das Corpus juris begriff.[10]) In den Kaisergesetzen finden sich auch fortan häufige Berufungen auf das römische Recht. Auf den italienischen Universitäten studirten viele Deutsche aus allen Gauen, welche in die Heimath zurückgekehrt mit Vorliebe römisches Recht anzuwenden suchten. Das war um so leichter als vom 14. Jahrhundert ab bei den Höfen, in Aemtern und auch bei einzelnen Gerichten gelehrte Juristen angestellt wurden. Mit der Errichtung von Universitäten im Reiche selbst (Prag 1348 durch Karl IV., Wien u. s. f.), an denen zwar anfänglich nur canonisches, aber bald auch römisches Recht gelehrt wurde, hob sich dessen Ansehen noch mehr, wurden die (gelehrten) Juristen ein ausgezeichneter Stand, dem man seit Karl IV. förmlichen Adel beilegte. Nunmehr behandelte man selbst die einheimischen Rechtsbücher im römischen Geiste, verfasste für die Gerichtspraxis (Ordines judiciarii) Bücher nach dem Muster der von den Glossatoren gemachten. Alle diese Umstände erklären zur Genüge, wie man bei dem im Zustande bunter Mannigfaltigkeit befindlichen und für die namentlich in den Städten rasch fortschreitenden Verhältnisse des Verkehrs ungenügenden einheimischen Rechte für etwaige Lücken zu dem fremden griff, welches als Weltrecht erschien, von der Kirche gehandhabt wurde, durch seine Vollendetheit dem Schöffen das Urtheilsfinden wesentlich erleichterte. So kamen nach und nach manche Institute und Sätze des römischen Rechts in Aufnahme. Bei diesem Vorgange war unwillkürlich der Anschauung vorgearbeitet, das römische Recht sei gemeines, das einheimische nur als particuläres, als Recht guter Gewohnheit anwendbar. Von der Mitte des 15. Jahrhunderts nahm durch den Einfluss der Universitäten, auf denen seitdem römisches Recht überwog, durch das Studium der italienischen Praktiker und vorzüglich durch die Wirkungen des Humanismus die Bedeutung und Anwendung des Corpus juris civilis als kaiserlichen Rechts, Gesetzbuches, der Art zu, dass am Ende des Jahrhunderts dasselbe thatsächlich als recipirt erscheinen konnte und nur das Bestehende in dem Reichsabschiede von Worms (1495) einen gesetzlichen Ausdruck fand, der Richter und Beisitzer des Kammergerichts geradezu anwies, nach ihm Recht zu sprechen.

VI. Schon im frühen Mittelalter gewann das canonische Recht durch die Anwendung in den geistlichen Gerichten allgemeines Ansehen. Dessen Einfluss erstreckte sich in Folge der Stellung und Macht der Kirche und des Klerus auch nach und nach auf bürgerliche Verhältnisse. Seine Reception in der Gestalt des Corpus juris canonici ist auf ganz ähnliche Weise als beim römischen mit diesem gleichzeitig erfolgt. Es erhielt aber dabei zugleich als wirklich

[10]) Die praktische Wirkung dieser Idee zeigt sich im Schwabenspiegel, kleinen Kaiserrechte u. s. w. Eine gute Zusammenstellung gibt Stobbe.

späteres, jüngeres Recht, wegen des Anschmiegens an germanische Anschauungen, wodurch es in manchen Punkten dem Rechtsleben stets näher stand, ferner als natürliche Wirkung der aus der Aufgabe der Kirche in jener Zeit: mit dem Kaiser die Welt zu ordnen, Alles zu entfernen, was gegen Gott und christliches Leben gehe, hervorgehenden Stellung der kirchlichen zur weltlichen Gewalt, das Ansehen einer lex posterior, durch welche das römische modifizirt wird.

VII. Endlich kam der in Italien entstandene Liber feudorum von 1300 ab mehr und mehr in den Gebrauch. Hierzu trug neben der durch die Schule bewirkten äusserlichen Verbindung mit dem Corpus juris civilis vorzüglich der Umstand bei, dass ein grosser Theil seines Inhalts aus Kaisergesetzen besteht. Bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts war jedoch auch sein Gebrauch ein lokaler, ohne den Sieg über deutsche Lehnsgewohnheiten, bis zu dem Ende des Jahrhunderts aber gerade so entschieden als die Anerkennung des römischen Gesetzbuches. [11])

§. 58.

B. Die Reichsgesetzgebung.

I. Im Vergleich zu den Zeiten Karls d. G. und seiner Nachfolger ist die Gesetzgebung des Reiches anfänglich wenig fruchtbar. Dies erklärt sich hinlänglich aus der Aenderung der Verfassung, den vielen Kriegen, den Streitigkeiten zwischen Kaisern und Päpsten, dem Mangel einheitlicher Gewalt. Bis ins 13. Jahrhundert erstrecken sich die Reichsgesetze grösstentheils nur auf das Lehnswesen, die Regelung der kirchlichen und italienischen Verhältnisse. Von da ab ist es die Stellung der Landesherrn, vor Allem aber der Landfriede, dessen Ordnung sich die Kaiser zuwandten. Dazu kommen Verträge, Privilegien, Urtheile u. s. w.

II. Erlassen wurden die Gesetze vom Kaiser unter Beirath und Zustimmung der Grossen[1]) bis zum Jahr 1281[2]) in lateinischer Sprache, seitdem regelmässig

[11]) Dieck de tempore quo jus feudale Langobardorum in Germaniam translatum ibique receptum sit commentatio, Hal. 1843. 4. Eichhorn R.G. III. S. 338 f.

[1]) Vgl. §. 57. nota 1. Die Eingangsformeln sind: „pontificum aliorumque primatum suorum consilio fretus" (Conv. August. a. 952 Leg. II. p. 27.), „wir setzen u. gebietten von unserm keyserlichen gewalt u. mit der fursten rate u. mit andren des riches getruwen mannen" (Landfrieden von 1235), „mit guten rathe unser u. des h. riches churfürsten, fürsten, herrn u. städte" (Landfr. K. Wenzels), „mit gutem rate, mit aintrechtigen rat, willen u. vollwort unser churfürsten" u. s. w. (Landfr. v. 1466). Daneben kommt vor die regia auctoritas, plenitudo potestatis des Kaisers u. dgl.

[2]) Der Landfriede von 1235 ist zuerst in deutscher Sprache amtlich kund gemacht. Vgl. die Literatur in nota 10. und Stobbe S. 462 f. —

Der allgemeine Name für die Gesetze ist Capitula, Leges, später Constitutiones.

in deutscher. Ihre Bekanntmachung fiel den auf den Reichstagen versammelten Grossen zu.

Offizielle[3]) Sammlungen gab es nicht, gleichwenig private, die zu Ansehen gelangt wären. Deshalb war die Bekanntschaft mit ihnen wie deren Handhabung, ungeachtet des Gebots dass der Richter sie kennen solle und der Vorschrift allgemeiner Geltung, häufig eine höchst mangelhafte. Friedrich I. liess einige seiner wichtigsten Gesetze ins Corpus juris als Authentiken aufnehmen; dies ahmte Friedrich II. nach.[4])

III. Die wichtigsten Reichsgesetze aus dieser Zeit sind:

a. Verfassungsgesetze. Die Constitutio Friderici I. de Regalibus von 1158,[5]) die confoederatio cum principibus ecclesiasticis Friedrichs II. vom 26. April 1220 zu Frankfurt, das Statutum in favorem principum König Heinrichs zu Worms vom 1. Mai 1231 nebst dessen Bestätigung durch K. Friedrich vom Mai 1232 in Curia Sibidati und ähnliche

---

[3]) Landfr. v. 1235 c. 15. (Leg. II. p. 318.): „Idem (scil. notarius judicis curiae) scribet omnes sentencias coram nobis in majoribus causis inventas maxime contradictorio judicio optentas, que vulgo dicuntur gesamint urteil, ut in posterum in casibus similibus ambiguitas rescindatur, expressa terra secundum consuetudinem cujus sentenciatum est."

[4]) Cod. Just. Lib. I. Tit. 2. ad c. 12., Tit. 3. ad c. 2. 13. 32. (33.), Lib. IV. Tit. 13. ad c. 5. („Hanc autem legem inter imperiales constitutiones sub titulo „ „ne filius pro patre" " etc. scribi jubemus. Datum apud Roncalias anno Domini 1158 mense Novembris" Leg. II. p. 114.). —

Sammlungen der Reichsgesetze. Die beste ältere ist „Neue und vollständigere Sammlung der Reichsabschiede u. s. w. Frankf. am Mayn bei Ernst August Koch („kais. Bücher-Commissions-Actuarius" unterschreibt er die Dedication an K. Franz u. den Churf. von Mainz), MDCCXXXXVII. 4 Thle. (mit separater Paginirung) in 2 Bdn. fol. Vor Th. I. steht S. 1—40. eine Einleitung, 41—60. ein Sendschreiben Senckenbergs an Olenschlager, welches über die frühern Sammlungen Auskunft gibt. Th. I. geht bis zum Landfr. von 1495 excl. — Monumenta Legum Tom. II. enthält die Constit. von Conrad I. bis Heinrich VII. (916—1313). — J. F. Böhmer Regesten, u. dess. die Reichsges. von 900 bis 1400. Frkf. 1832. 4. — Merkel de republ. Alam. p. 78. n. 35.

[5]) „Regalia sunt hec: Arimanie, vie publice, flumina, navigabilia, et ex quibus fiunt navigabilia, portus, ripatica, vectigabilia que vulgo dicuntur tholonea, monete, mulctarum penarumque compendia, bona vacantia, et que indignis legibus auferuntur, nisi que spetialiter quibusdam conceduntur, et bona contrahentium incestas nuptias, et dampnatorum et proscriptorum secundum quod in novis constitutionibus cavetur, angariarum et parangariarum et plaustrorum, et navium prestationes, et extraordinaria collatio ad felicissimum regalis numinis expeditionem, potestas constituendorum magistratuum ad justitiam expediendam, argentarie, et palatia in civitatibus consuetis, piscationum redditus, et salinarum, et bona committentium crimen majestatis, et dimidium thesauri inventi in loco Caesaris, non data opera, vel in loco religioso; si data opera, totum ad eum pertinet." Auch im II. Feud. 56.

Statuten und Urtheile; Bulla aurea von Karl IV. vom 10. Januar 1356 zu Nürnberg (Cap. I. bis XXIII.) und 25. Dezember 1356 zu Metz (Cap. XXIV—XXX.);[6]) — die verschiedenen Gesetze über das Lehnswesen von Conrad II. von 1037 an sowie im 15. Jahrhundert über die Heeresfolge (Feststellung der Heeres-Contingente, Reichsmatrikel, des gemeinen Pfennings)[7]) endlich viele Gesetze über Münzwesen u. dgl. m.

b. Die Landfriedensgesetze des Reichs, welche in den ältesten überlieferten Dokumenten auf Heinrich IV. und das Jahr 1081[8]) zurückgehen. Unter ihnen ist zu nennen die sog. treuga Henrici regis, wahrscheinlich 1224 von K. Heinrich als Statthalter seines Vaters Friedrichs II. in Deutschland erlassen,[9]) ferner der auf den von Heinrich 1234 zu Frankfurt errichteten sich stützende Landfriede Friedrichs II. zu Mainz von 1235.[10]) Von da ab gibt es bis auf den ewigen Landfrieden eine grosse Menge, deren spätere durchgehends auf den früheren fussen.

c. Strafgesetze. Solche bilden einmal die Landfrieden, dazu kommen einzelne über Mord u. dgl., vorzüglich aber die Gesetze K. Friedrichs II. über Ketzerei,[11]) welche seitdem allgemein befolgt und von mehren Kaisern erneuert wurden, desselben Kaisers Gesetz über die Acht,[12]) und Heinrichs VII. Edictum de crimine laesae majestatis vom 2 April 1313.[13])

---

[6]) Neue Samml. I. S. 45—87. lat. u. deutsch, auch in F. M. Oertel Die Staatsgrundgesetze des deutsch. Reiches, Leipz. 1841. S. 58—117. Vgl. v. Olenschlager Neue Erläuterung der guldenen Bulle Kaysers Carls des IV. etc. Frkf. u. Leipz. 1766. 4.

[7]) Die erste Aufstellung der Contingente für die einzelnen Territorien erfolgte auf dem Reichstage zu Nürnberg 1422 (Neue Samml. I. S. 117 ff.) behufs des Krieges gegen Böhmen; den gemeinen Pfenning legt zuerst um der Reichstag zu Frankf. 1427 (das. S. 120 ff.) auch wegen des Hussitenkrieges.

[8]) Aus diesem Jahre ist der im Conv. Ticinensis erlassene (Leg. II. p. 53.); an ihn schliesst sich für Deutschland der von Heinrich V. zu Mainz den 6. Jan. 1103 erlassene (das. pag. 60 sqq.).

[9]) Vgl. Homeyer Stellung des Sachsenspiegels (unten §. 62.) S. 74., Ficker Entstehungszeit des Sachsensp. S. 86 ff., welche die weitere Literatur angeben.

[10]) H. Boehlau Nove Constitutiones domini Alberti d. i. der Landfriede v. J. 1235 mit der glosse des Nicolaus Wurm, Weimar 1858. 4. Vgl. dazu Zöpfl in Heidelb. Jahrb. 1858., O. Franklin Observatt. ad articulos quosdam constit. pacis quam Frid. II. imp. publicavit Mogunt. a. 1235, Berol. 1852. 4.

[11]) In der Const. in basilica beati Petri a. 1220. 22. Nov., c. 5. 6. ist das erste enthalten, das seitdem oft von ihm wiederholt wurde; diese Gesetze sind auch in zahlreichen Decretalen aufgenommen.

[12]) Sentencia de feodis et receptatoribus proscriptorum a. 1219; const. cit. (nota 11.) c. 3. „Item quecunque communitas vel persona per annum in excommunicatione propter libertatem ecclesie facta perstiterit, ipso jure imperiali banno subjaceat, a quo nullatenus extrahatur, nisi prius ab ecclesia beneficio absolutionis obtento.“

[13]) Im Anhange zum Corpus juris civilis als Tit. II. (XVI.) aufgenommen.

d. Verschiedene Gesetze und Urtheile über Gerichtswesen, namentlich den Beweis, die Berufung und Rechtsverweigerung. Insbesondere sind hervorzuheben mehre das Vehmgericht betreffende,[14]) die Ordnung des Kayserl. Cammer-Gerichts Friedrichs III. von 1471.[15])

e. Das Privatrecht ist allein kein Gegenstand eines Reichsgesetzes, jedoch gibt es zahlreiche Urtheile über einzelne privatrechtliche Verhältnisse, die in der Geschichte des Privatrechts ihre Stelle finden.

f. Weiter gehören hierher die wichtigen und zahlreichen Gesetze über Kirche und Klerus, von denen die Verträge mit den Päpsten, Concordate[16]) zu Worms 1122 Constanz und unter K. Friedrich III., sowie die allgemeinen Gesetze K. Friedrichs II. von 1213 und 1219[17]) hervorzuheben sind.

g. Endlich ist zu gedenken der Privilegien, welche die Kaiser einzelnen Fürsten, Städten u. s. w. gaben rücksichtlich der dem Kaiser zustehenden Rechte. Der Art sind zwar auch einzelne der unter a aufgeführten Gesetze. Vorzugsweise sind aber zu nennen die Privilegien des Herzogthums Oesterreich.[18]) Von der grössern Form (s. g. privilegium majus; angeb-

---

[14]) Von K. Ruprecht 1408 (Neue Samml. I. S. 105 ff.), Arnsberger Reformation von 1430 unter Sigismund (das. S. 128 ff.), im Landfrieden K. Albrechts II. v. 1438 (das. S. 154 ff.).

[15]) Neue Sammlung I. S. 249 ff.

[16]) Schulte Quellen des Kirchenrechts §. 87. (S. 479—488.).

[17]) Promissio Innocentio III. Papae 12. Jul. 1213 in Leg. II. p. 224 sq. Prom. Honorio III. P. Sept. 1219 ibid. p. 231 sq. Die ältern u. neuern anderen im chronolog. Index bei Pertz u. in Neue Sammlung.

[18]) Ueber die Streitfragen betreffs derselben siehe die Abhandl. von Wattenbach „die österr. Freiheitsbriefe“ im Archiv f. die Kunde österr. Geschichtsquellen Bd. VIII. u. im Iter austriacum das. Bd. XIV., Chmel in den Sitzungsber. der kais. Akad. d. Wissensch. v. 1850 Dec., 1852 Bd. VIII. S. 435., IX. S. 616., die österr. Privil. H. I. 1857, Ficker über die Echtheit der kleinern österr. Freiheitsbr. Sitzungsber. XXIII. S. 489. Das priv. majus steht bei Pertz Leg. II. p. 99., der es für echt hielt, alle bei Wattenbach im Archiv VIII. S. 112 ff. Die wichtigsten Stellen des minus von *1156* lauten nach diesem Abdrucke: „. . Marchiam Austrie in ducatum commutavimus; et eundem ducatum cum omni jure praefato patruo Heinrico et prenobilissime uxori sue Theodre in beneficium concessimus, perpetuali jure sanctientes, ut ipsi et liberi eorum post eos indifferenter filii sive filie eundem Austrie ducatum hereditario jure a regno teneant et possideant. Si autem predictus dux austrie . . et uxor ejus absque liberis decesserint, libertatem habeant eundem ducatum affectandi cuicunque voluerint. Statuimus quoque ut nulla magna vel parva persona in ejusdem ducatus regimine sine ducis consensu vel permissione aliquam justiciam presumat exercere. Dux vero Austrie de ducatu suo aliud servicium non debet imperio nisi quod ad curias quas imperator prefixerit in Bavaria, evocatus veniat; nullam quoque expeditionem

liches Privileg Heinrichs IV. vom 4. Oct. 1058, worin die aufgenommenen Privilegien des K. Julius und Nero bestätigt und neue ertheilt werden, von Friedrich I. aus d. J. 1156, 17. Sept., die Confirmationen des majus von Heinrich VII. 24. August 1228 und Friedrich II. vom Juni 1245 und Rudolph vom 11. Juni 1283) existriren falsche Originale, deren Abfassung ins Jahr 1360 zu setzen ist. So unzweifelhaft unecht diese Formen sind, eben so zuversichtlich lässt sich das s. g. privilegium minus (vom 17. Sept. 1156 und bestätigt im Juni 1245), das nur in alten bis ins 13. Jahrhundert reichenden Abschriften erhalten ist, als echt behaupten.

§. 59.

C. Gesetze der Landesherrn. Landes- oder Territorialrechte.

I. Der Gang der Rechtsbildung, die erst am Ende dieser Zeit nach allen Richtungen hin zum Abschlusse gelangte Landeshoheit, die unabhängige Stellung der Einzelnen liessen der Gesetzgebung nur einen geringen Spielraum. Bis gegen das Ende des 14. Jahrhunderts bilden Privilegien beim Regierungsantritte über die Steuern, die Rechte der Stände[1]) u. dgl. neben Landfrieden[2]) mit benachbarten Fürsten, Judenprivilegien,[3]) Satzungen über Regalien[4]) (Bergbau, Münz- und Marktwesen) den Hauptinhalt der landesherrlichen Gesetze.

II. Die Landrechte dieser Zeit fixiren durchgehends nur bestehendes (Gewohnheits-) Recht. Sie sind bald von den Herrn mit Zustimmung der

---

debeat, nisi forte quam imperator in regna vel provincias Austrie vicinas ordinaverit .... Datum Ratisbone XV. Kal. Oct. ind. IIII. anno dominice incarnationis MCLVI ....“

[1]) Solche organische Gesetze, die übrigens häufig auch nur einzelne Punkte betrafen, sind die s. g. Landesordnungen, deren es für Tyrol, Böhmen u. a. gab. Einige Privilegien hat v. Meiller im Arch. f. die Kunde österr. Geschichtsq. Bd. X. S. 91 ff. abdrucken lassen.

[2]) Landfr. K. Rudolphs v. 1287 (Leg. II. p. 452.) c. 44. „Swaz ouch die furste oder die lantherren in irme lande mit der herren rate sezzent und machent disem lantfrieden zu bezzerunge und zu vestenunge, daz mugen si wol tun, und damitte brechen sie des lantfridis niht.“

[3]) Priv. K. Friedrichs II. für die Wiener v. 1238, H. Friedrichs II. von 1244, bestätigt von K. Rudolph v. 1277. Dergleichen gibt es weiter für Böhmen (Rössler Prager Recht S. 177 ff.). Mähren (Rössler Brünner Recht S. 367 ff.); vgl. auch Tomaschek Deutsches Recht in Oesterreich im dreizehnten Jahrh. Wien 1859, S. 18 ff.). Schlesien, Ungarn, Polen u. s. w. im Laufe des 13. bis 15. Jahrh. — Nachweise gibt auch Gengler Grdr. S. 538 ff.

[4]) Dahin gehört eine Bergordnung für Schlesien (Gaupp schlesisches Landr. S. 229 ff.), Berggesetze für Iglau (aufgezählt bei F. Bischoff österr. Stadtr. u. Privil. Wien 1857 S. 43 ff.), Böhmen (von K. Wenzel, für Kuttenberg circa 1300).

Stände gegeben, bald nur Aufzeichnungen von Urtheilen, Statuten u. dgl.[5]) Unter ihnen zeichnen sich aus: die theils von der Obrigkeit theils Privaten in lateinischer friesischer und niederdeutscher Sprache im 13. und 14. Jahrhundert aufgezeichneten, dem durch die beibehaltenen Volks-Versammlungen fortgebildeten Rechte entnommenen friesischen Gesetze (Landrechte, liudkesta, kesta, domar);[6]) — ferner das österreichische Landrecht aus der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts, welches über Gerichtsbarkeit, Verbrechen und ihre Strafen, Uebertragung und Vererbung von Eigen, Leibzucht, Lehen, eheliches Güterrecht, Civilklagen, Münzwesen, Landfrieden, Vogtei, Dienstmannenrecht, Zölle u. s. w. handelt; — die Culmische Handfeste von 1232 (1251);[8]) — das baierische Landrecht von 1346;[9]) — Ritter- und Landrecht der Grafschaft Berg von 1350;[10]) — Landesordnung für Salzburg vom Erzbischof Friedrich III. von 1328.[11]) Dazu kommen noch manche im 15. Jahrhundert gemachte Aufzeichnungen von Gewohnheitsrechten z. B. das Dithmarser Landrecht von 1447.[12])

III. Gegen die Mitte des 15. Jahrhunderts erliessen manche Landesherrn mit Zustimmung der Landstände Landesordnungen, welche die Verfassung,

---

[5]) Frid. II. (Heinrici regis) Sententia de jure statuum terrae vom 1. Mai 1231 (Leg. II. p. 283.): „Heinricus Dei gratia Romanorum rex et semper augustus, universis imperii fidelibus gratiam suam et omne bonum. Notum esse cupimus universis, quod nobis apud Wormaciam curiam solennem celebrantibus, in nostra presentia petitum fuit diffiniri, si aliquis dominorum terrae aliquas constitutiones vel nova jura facere possit, melioribus et majoribus terre minime requisitis. Super quare, requisito consensu principum, fuit taliter diffinitum, ut neque principes neque alii quilibet constitutiones vel nova jura facere possint, nisi meliorum et majorum terre consensus primitus habeatur."

[6]) Asega-Buch ein altfriesisches Gesetzbuch der Rüstringer. Herausg., übers. u. erläut. von T. D. Wiarda, Berl. u. Stettin 1805. 4. Friesische Rechtsquellen von Karl Freih. v. Richthofen, Berl. 1840. 4. (dazu ein altfries. Wörterbuch, Göttingen 1840. 4.).

[7]) Es findet sich in einer ältern u. jüngern Redaction, jene ist gedruckt in Ludwig Reliquiae manuscr. IV. p. 3—23., letztere bei Senckenberg Vision. divers. p. 213—266., beide am Besten neu durch A. v. Meiller im Archiv f. die Kunde österr. Geschichtsq. X. S. 148—172. Die ältere Recension hat 66, die jüngere 86 Artikel.

[8]) Literatur u. Ausgaben bei Gengler Stadtrechte S. 227 ff.

[9]) v. Freyberg Sammlung histor. Schriften u. Urkunden IV. S. 381 ff. (28 Titel mit 350 Abschr.)

[10]) Lacomblet Archiv f. die Gesch. des Niederrheins, 1831. I. S. 30 ff.; gedruckt S. 79 ff.

[11]) Rössler über die Bedeut. u. Behandl. der Gesch. des Rechts in Oesterr. 1847, Urkundl. Beitr. S. I—VI.

[12]) Michelsen Samml. altdithmarscher Rechtsquellen, Altona 1842. Ueber die Versuche Wenzels II. für Böhmen ein Landrecht zu geben u. die Karls IV. (majestas Carolina) s. Palacky Gesch. v. Böhmen II. Abth. I. S. 366., Abth. II. S. 290 ff., 381 ff.

Sicherheitspflege u. dgl. behandeln. So die thüringische von 1446, baierische von 1474, 1491, sächsische von 1482, württembergische 1495.[18]) Auch auf dem Gebiete des Gerichtswesens begann die landesherrliche Gesetzgebung im 15. Jahrh., wie die hessische 1455, baierische 1474, sächsische 1488 Gerichtsordnung zeigen.

§. 60.

D. Stadtrechte.*)

I. Der Aufschwung des Handels, grosser Fremdenverkehr, die Hebung der Gewerbe, Zunahme der Bevölkerung aus verschiedenen Ständen, das verschiedene Verhältniss der Städte zu dem Landesherrn, Vogte u. s. f., alle diese Gründe führten zu Privilegien, welche anfänglich meist im Interesse ihres Herrn, so besonders in den alten Römerstädten der Bischöfe, deren Aufblühen durch Exemtion von der Grafengewalt und Ertheilung von Vorrechten bezweckten, bald aber die Freiheit der Bürger zur Selbstregierung gegenüber den Beamten, Vögten des Herrn im Auge hatten, Streitigkeiten zwischen Herrn und Bürgerschaft schlichten sollten. Solche Privilegien gab man auch bei der Erhebung eines Orts zur Stadt. Gleiche Verhältnisse Lebensweise und Zwecke brachten im Grossen und Ganzen ein gleichförmiges in den einzelnen Theilen Deutschlands zufolge der engern Beziehungen übereinstimmendes Recht der Städte hervor, das Weichbildrecht.[1]) Sein in dem Privileg beschlossener Kern mehrte sich durch spätere Privilegien, Gewohnheiten, Schöffensprüche, Satzungen des Rathes, so dass man sich veranlasst fand, allmälig das Recht zusammenzustellen und von Zeit zu Zeit zu revidiren. Es bildete sich dies Stadtrecht später besonders fort durch Anlehnen an die Landrechtbücher, den Rechtszug an die Oberhöfe, wodurch der Oberhof seine Kenntniss erweiterte,

---

[18]) Nachweise bei Kraut Grdr. §. 19. sub III.

*) Abdrücke und Nachweise von Stadtrechten geben: E. Th. Gaupp deutsche Stadtrechte des Mittelalters mit rechtsgesch. Einleit. Breslau 1851 f., 2 Bde., Gengler deutsche Stadtr. des Mittelalt. Erlang. 1852., A. v. Meiller österr. Stadtr. u. Satzungen aus der Zeit der Babenberger im Arch. f. Kunde österr. Gesch. X. (1853.) S. 89 ff., Ferd. Bischof österr. Stadtr. u. Privil. mit Literaturangab. u. Anmerk. Wien 1857. Aufzählungen u. Literaturnachweise gibt auch Kraut Grundr. §. 20. Vgl. Stobbe a. a. O. S. 482—551.

[1]) Ueber die Etymologie (von weich = sanctus, so dass es das durch das ausgestellte Bild des Schutzheiligen bezeichnete Territorium bedeute; wic, weich = Stadt, so viel als Stadtbild, Rolandsbild, welches als Symbol des Königsfriedens in den Städten gestanden; nach Möser von wich = Dorf, Stadt, und bilden, bolen, abzirkeln = abgeschlossener Bezirk) vgl. die Zusammenstellung von Stobbe S. 483. N. 1.

die berufende Stadt ihr Recht läuterte. Diese Weisthümer bilden eine der wichtigsten Quellen besonders für das Privatrecht. Neben diesem mehr und mehr zusammengestellten einheitlichen Weichbildrechte wurden für einzelne besondere Verhältnisse vom Landesherrn oder der Stadt selbst Normen erlassen z. B. für die Polizei in den Bauersprachen[2]) der norddeutschen Städte, die Handhabung des Friedens in den Friedensbüchern,[3]) die Zunftordnungen[4]) u. dgl.

War das Stadtrecht direkt vom Landesherrn gegeben, so liess man sich *selbiges* meist vom Kaiser bestätigen, in den Städten des Reichs ging man den Kaiser um dessen Verleihung an.[5])

II. Das älteste bekannte Stadtrecht ist das von Strassburg[6]) aus dem 11. Jahrhundert in lateinischer Sprache mit deutscher Uebersetzung aus dem 13., ein Privileg über die Stellung der bischöflichen Beamten und des Bischofs zur Stadt und den einzelnen (gewerbtreibenden) Klassen der Bevölkerung. Es ist später, zwischen 1245 und 1260, vielleicht 1249, sehr erweitert worden und Quelle vieler schwäbischer Stadtrechte. Wichtig ist weiter das Stadtrecht von Köln, welches wir aus der Verleihung an Freiburg im Breisgau durch H. Conrad von Zähringen 1120[7]) kennen. Auf diesem ruhet die Berner Handfeste von 1218,[8]) durch goldne Bulle Friedrichs II. bestätigt. An das Stadtrecht von Köln schlossen sich an die meisten rheinischen Städte.[9])

---

[2]) Vgl. Eichhorn R.G. §. 284. N. d. II. S. 318., Michelsen Oberhof S. 137. Anm., Gengler Stadtr. S. 553., Stobbe S. 498 f.

[3]) Stobbe Rechtsquellen S. 499 f. N. 48.

[4]) J. A. Ortloff Corpus juris opificiarii oder Samml. von allgem. Innungsges. u. Verordn. für die Handwerker, Erlang. 1804., Kraut Grdr. §. 90 ff.

[5]) Privil. K. Rudolphs I. für Augsburg von 1276 (Gengler Stadtr. S. 15.): „Hinc est, quod supplicantibus nobis dilectis fidelibus nostris civibus Augustensibus, ut cum ipsi quasdam sententias sive jura pro communi in unum collegerint ac scripturam memoriae commendaverint, et adhuc ampliora et utilia cum prioribus velint reponere, et exinde codicem conficere, nos tam scripta quam scribenda velimus auctoritatis nostre munimine confirmare. Nos ipsorum precibus benignum prebentes assensum, jura sive sententias scriptas et scribendas sub debito juramenti confirmamus, confirmatas presentis decreti munimine roboramus."

[6]) Gaupp I. S. 36 ff. Gengler S. 471 ff., lat. u. deutsch bei Gaupp I. S. 82 ff., blos lat. bei Gengler.

[7]) Abgedr. bei Gaupp II. S. 19 ff.. Das. S. 28 ff. der Freiburger Stadtrodel aus dem Anfange des 13. Jahrh. Vgl. Gengler S. 124 ff.

[8]) Gaupp II. 38 ff. Gengler S. 22 ff. Die übrigen sich hieran anschliessenden: Handfeste von Laupen v. 1275 durch Rudolph I., Freiburg im Uechtlande v. 1219 durch Berthold IV. von Zähringen, Thun v. 1264 u. s. f. bei Gaupp a. a. O.

[9]) Z. B. Andernach, Rees, Colmar. Von letzterem Orte aus verbreitete es sich in Schwaben, dem Elsass und der Pfalz.

Neben ihm ist für die fränkischen besonders das Recht von Frankfurt am Main[10]) eine Quelle geworden, dessen ältester bekannter Freiheitsbrief von K. Konrad IV. von 1240 ist. Ihm folgen die Stadtrechte der Wetterau und in Hessen. In Thüringen war besonders das von Eisenach seit alter Zeit massgebend, neben welchem Erfurt und Nordhausen hervtorreten, obwohl alle innerhalb der innern Grenzen wirkten.[11]) In den baierischen (Donau-) Ländern hat sich kein hervorragendes Stadtrecht ausgebildet. Am einflussreichsten wurde das von Regensburg als dem Hauptsitze des alten norischen Herzogthums.[12]) Mit ihm verwandt ist das Stadtrecht von Nürnberg, dessen ältestes Privileg von 1219[13]) ist, und Eger (Privileg K. Rudolphs I. von 1279).[14]) Das von Eger fand Eingang in einzelnen Städten des südlichen Böhmens. Unter den österreichischen Städten nimmt einen hervorragenden Platz ein und hat andern zum Muster gedient das von Enns von Leopold dem Glorreichen (1198—1230) vom J. 1212, welches auf keinem direkten Vorbilde ruhet, auch keinen Rechtszug voraussetzt;[15]) ferner das Stadtrecht von Wien, welches manche Aehnlichkeit mit dem Ennser hat, aber viel ausgebildetere Verhältnisse voraussetzt. Es gehört hierher das für Wien im J. 1221[16]) vom Herzog Leopold dem Glorreichen, der Freiheitsbrief K. Friedrichs II. für Wien von 1237,[17]) das Stadtrecht H. Friedrichs II. für Wien von 1244,[18]) H. Leopolds von 1221—1230[19]) für Wiener-Neustadt, Freiheitsbrief für dessen Bürger

---

[10]) Die Nachweise bei J. G. Chr. Thomas der Oberhof zu Frankfurt a. M. u. das fränkische Recht in Bezug auf denselben. Ein Nachlass herausg. von L. H. Euler u. bevorwortet von J. Grimm, Frankf. 1841. Gengler Stadtr. S. 111 ff.

[11]) Gaupp I. S. XXVIII., 193 ff. über das Eisenacher von 1283.

[12]) Hierüber Gaupp I. S. XXX., über das älteste Privileg. von K. Friedrich II. v. 1230 das. S. 155 ff., abgedr. S. 167 ff. u. Gengler S. 372 ff.

[13]) Gaupp I. S. 171 ff. Gengler S. 320 ff.

[14]) Gaupp I. S. 189 ff. Gengler S. 97 ff. Bischof S. 29.

[15]) Gaupp II. S. 206., von Neuem nach dem Originale abgedr. durch v. Meiller a. a. O. S. 96 ff. Dahin gehören auch die hier S. 92 f. mitgetheilten „Satzungen für die nach der Stadt Enns Handel treibenden Kaufleute der Stadt Regensburg und einiger anderer Städte Deutschlands,“ nach dem Original abgedruckt. Es ist von Bischof übergangen. Ein ähnliches Privileg gab H. Leopold (das. S. 93.) 1192 für die nach Oesterreich überhaupt Handel treibenden Bürger von Regensburg.

[16]) Gaupp II. S. 225 ff., Gengler S. 529 ff., Bischof S. 173—206., wo die Literatur nachgewiesen ist. Das älteste Privileg ist v. 1208 für die in Wien angesiedelten Niederländer (Flandrenses). Das von 1221 am Besten bei v. Meiller a. a. O. S. 100 ff. nach einem Cod. saec. XIII. der Münchener Hofbibliothek.

[17]) Bei v. Meiller a. a. O. S. 125 ff. An dies schliessen sich die Satzungen K. Friedrichs II. v. 1238 über die Rechtsverhältnisse der Juden in Wien (das. S. 127 ff.).

[18]) Gedr. bei v. Meiller a. a. O. S. 131 ff. zum erstenmale.

[19]) Bei v. Meiller a. a. O. S. 107—124.

von H. Friedrich II. von 1239,[20]) desselben Satzungen von 1244.[21]) Eigenthümlich und in mannigfacher Hinsicht bedeutend ist das Stadtrecht von Augsburg, dessen Grundlage ein 1104 von Heinrich IV. zu Regensburg, 1152 von Friedrich I. bestätigtes Privileg bildet.[22])

Von dem grössten Einflusse auf die deutsche Rechtsbildung überhaupt sowohl durch ihren innern Werth als ihre weit über die Grenzen des Stammes ja selbst Deutschlands hinausreichende Verbreitung sind die sächsischen Stadtrechte geworden.[23]) Unter ihnen scheiden sich zwei Gruppen, deren Verschiedenheiten einmal auf Stammesunterschieden, sodann im Rechte besonders darauf beruhen, dass in der ersteren das eheliche Güterrecht die hervorstechende Richtung nach Gemeinschaft trägt, während in der zweiten das Recht des Sachsenspiegels mehr oder minder festgehalten wird und keine Gemeinschaft besteht, die westphälische und ostphälische Gruppe. Für die Rechtsgeschichte überhaupt ist in jener Gruppe hervorragend das Recht von Dortmund, an welches sich direct und mittelbar viele Städte Westphalens anschlossen,[24]) bei Weitem aber noch mehr das von Soest.[25]) Dessen älteste Willkür ist von 1120, gegen die Mitte des 13. Jahrh. neu verfasst. Hierzu kommen die Statute über die Stadtverfassung von 1259 und 1283; im 14. Jahrh. erhielt es eine ganz vermehrte Redaction. Mit dem Rechte von Soest bewidmete H. Heinrich der Löwe die neu erworbene Stadt Lübeck,[26]) wahr-

---

[20]) Abgedr. das. S. 128 ff.

[21]) Das. S. 129—131. Das. 138—145. ist auch des H. Friedrichs II. Stadtrecht für Haimburg (in deutscher Sprache) von 1244 nach einem Cod. membr. saec. XIV. der Servitenbibl. zu Wien u. S. 146—148. aus demselben Codex die Satzungen H. Friedrichs v. 1244 über die Rechtsverhältnisse der Juden in Oesterreich überhaupt.

[22]) Gaupp II. S. 185 ff. Ueber das Stadtrechtsbuch von 1276 u. dessen Verhältniss zum Schwabenspiegel s. Merkel de republ. Alam. p. 95. n. 12. p. 97. n. 20., Ficker Spiegel deutscher Leute S. 153—158.

[23]) Vgl. die Einleit. bei Gaupp I. S. XX ff., dessen Ausführungen ich mich anschliesse.

[24]) Bei Wigand Gesch. von Corvey I. Abth. II. Anl. 2. (S. 205 f.). Die einzelnen Nachweise für den Rechtszug sehe man in v. Kamptz die Provinzial- u. statutarischen Rechte in der preuss. Monarchie, Berl. 1826., 3 Theile in 2 Bdn. Im Herzogthum Westphalen ist das bedeutendste das von Rüthen, dem fast alle Städte desselben folgen. S. noch Seibertz die Statutar. u. Gewohnheitsr. des Herz. Westph. Arnsb. 1838. S. 83 ff. In Engern das Recht von Paderborn, Münster u. a., auf denen viele ruhen.

[25]) Gaupp I. S. XXII ff. Gengler S. 438 ff., die Abdrücke bei Seibertz Urkundenbuch zur westphäl. Gesch. I. Nr. 42., II. Nr. 719.

[26]) Ueber deren Recht besonders T. Fr. Hach das alte lübische Recht, Lüb. 1839, L. J. Michelsen der ehemalige Oberhof zu Lübeck u. seine Rechtssprüche, Altona 1839, Gaupp u. Gengler.

scheinlich um 1153. K. Friedrich I. (1188) und Friedrich II. (1226) erneuerten und bestätigten dasselbe. Dazu von 1270 die justitia Lubicensis und auch seit Anfang des 13. Jahrh. deutsche Abfassungen. Auf lübischem Rechte fusst das Recht der holsteinischen (auch einzelner schleswigischen) und der meisten Küstenstädte der Ostsee bis nach Esth- und Liefland hin.[27])

Neben dem lübischen ist das bedeutendste das von Magdeburg.[28]) Seine älteste Fassung ist die Constitutio des Erzbischofs Wichmann von 1188. Ausgebildet ist es durch die Mittheilungen an andre Städte, welche unendlich zahlreich waren, sodann durch die Schöffensprüche, die von den Tochterstädten eingeholt wurden. Seine wichtigsten Tochterstädte sind Halle, Leipzig, Brandenburg, Culm[29]) und Breslau.[30]) Von letzterer Stadt hat es sich über Schlesien, den nördlichen und nordöstlichen Theil von Böhmen,[31]) nach Mähren[32]) und Polen hin verbreitet. Ebenso wurde es von den andren Tochterstädten weiter verpflanzt, so dass es fast den ganzen Osten unterhalb der Küstenländer einnahm.[33]) Zur Klasse der sächsischen Stadtrechte gehört endlich noch das von Goslar.[34]) Sein erster Freiheitsbrief ist vom K. Friedrich II. vom J. 1219. Goslarisches Recht hatten viele sächsisch-thüringischen Städte,[35]) welche auch ihren Rechtszug nach Goslar nahmen.

Von grosser Bedeutung sind noch die zwar mit dem magdeburgischen in

---

[27]) Aufgezählt bei Michelsen a. a. O. S. 47—82. Einzelne dieser Töchterstädte (z. B. Rostock) sind selbst wieder Mutterstädte geworden, bei einzelnen findet sich eine Verschmelzung mehrer Rechte.

[28]) E. Th. Gaupp das alte Magdeb. u. Hallische Recht, Bresl. 1826., dess. Stadtr. I. S. XXII. ff., II. S. 256 — 274., enth. „Beitr. z. Gesch. des deutsch. namentl. des sächs. magdeb. Rechts in verschiedenen böhmischen Städten.“ Ueber seine Form im s. g. Weichbildrechte s. unten §. 65. I. b.

[29]) E. K. Leman das alte Kulmische Recht, mit einem Wörterb., Berl. 1838.; Gengler S. 227 ff. gibt die Literatur.

[30]) Gaupp a. a. O. Gengler S. 47 ff. O. Franklin Magdeb. Weisthümer für Breslau, Bresl. 1856.

[31]) Z. B. in Königgrätz, Chrudim, Glatz, Leitmeritz, Leitomischl, Braunau, Hohenmauth u. a. Gaupp II. S. 256 ff. Palacky Gesch. II. Abth. I. S. 157 ff.

[32]) Hier galt es in Neustadt seit 1221, Olmütz vor 1229. Vgl. Bischof S. 111., Gengler S. 336.

[33]) Ueber dessen Mischungen mit dem lübischen Rechte s. Gaupp Stadtr. I. S. XXIII f.

[34]) O. Göschen die Goslarischen Statuten mit einer vergleich. Zusammenst. der darin enth. Rechtss. unter Vergl. des Sachsp. u. vermehrt. Ssp. Berl. 1840., Ortloff Rechtsbuch nach Distinctionen, Einl. S. XXV f., Gengler S. 164 ff.

[35]) Z. B. Altenburg (Stadtr. v. 1256, Gaupp I. S. 205 ff.), Aschersleben, Halberstadt, Nordhausen u. a.

Verwandtschaft stehenden aber selbstständigen Rechte von Prag, Iglau und Brünn. Das Prager[36]) ist gebildet aus Privilegien mehrer Könige von Wratislaw II. (1061—1092) an bis auf Johann, sodann aus verschiedenen Sammlungen, Statuten u. s. w. Das Iglauer[37]) ist in vielen Bergstädten geltend gewesen. Das Brünner[38]) ist wegen seiner bis ins Kleinste bekannten Entwicklung eins der lehrreichsten.

III. Im Laufe des 15. Jahrh. sind viele dieser Stadtrechte revidirt, verbessert und vermehrt. Dabei hat sich im Ganzen[39]) der Einfluss des fremden Rechts noch nicht in einer überwiegenden Weise geltend gemacht, obwohl er bereits beginnt, namentlich im Forderungsrechte.

§. 61.

E. Hofrechte, Dienstrechte, Dorfrechte.[1])

I. Im Zeitraume von 900—1200 hatte sich allmälig wegen der unsichern Stellung der Eigengehörigen (Halbfreien, Kolonen, Zinspflichtigen u. s. f.) zu den Herrn, der veränderten Stellung der letztern als Immunitäts-Landesherrn die Nothwendigkeit fester Normen ergeben. Solche wurden unter Begünstigung des Kaisers und der Herzöge, welche sich dadurch treue Anhänger erwarben, durch Verträge mit den Herrn oder Privilegien geschaffen und trugen bei der ziemlichen Gleichförmigkeit der Verhältnisse im Ganzen einen gleichartigen Character. Wichtig sind die privilegia de justitia ministerialium ecclesiae Babebergensis, das Dienstrecht der Dienstmannen der Erzstifte Köln und Magdeburg, der Stifte Hildesheim, Basel, Worms u. a.[2])

---

[36]) C. F. Rössler deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen u. Mähren Bd. I. das altprager Stadtr. etc. Prag 1845. Derselbe gibt über den Rechtszug mancher Städte nach Prag Auskunft.

[37]) Gengler S. 209 ff., Rössler S. XXX. u. Bd. II. Die Stadtr. von Brünn a. d. 13. u. 14. Jahrh. Prag 1853. S. XV. XXIV. Tomaschek Deutsches Recht in Oesterreich im dreizehnten Jahrhundert. Auf Grundlage des Stadtrechts von Iglau. Wien 1859. Es bietet Text, kritische Bearbeitung, Erklärung, Vergleichung mit andern, Untersuchungen über das alte slavische Landrecht, und ist für die Rechtsgeschichte Oesterreichs sehr werthvoll.

[38]) Vgl. die Citirten und Stobbe S. 525 ff.

[39]) Eine Ausnahme bildet z. B. Brünn, in dessen Rechte sich früh ein grosser Einfluss des römischen zeigt.

[1]) Das Historische bei Aug. Freih. von Fürth die Ministerialen, Köln 1836. S. 247—260., Eichhorn R.G. §. 259. (II. S. 195 ff.), Nachweise bei Kraut Grundriss §. 21.

[2]) Bei Fürth S. 509 ff. sind einzelne abgedruckt. Weitere Nachweisungen bei den Genannten und Stobbe S. 579 ff.

II. Aehnliche Aufzeichnungen gibt es rücksichtlich der Beamten einzelner Höfe, s. g. Rotulus officiorum.[3])

III. Für das Lehnrecht sind nur einzelne kleinere Gesetze erlassen, welche das deutsche Lehnrecht der Rechtsbücher nicht wesentlich modifizirten, mit dem Eindringen des langobardischen aber ihre Bedeutung zum Theil verloren.[4])

IV. Für das Recht der um den Herrnhof liegenden Bauern gibt es eine grosse Zahl durchgehends auf Weisungen, Oeffnungen, Willküren der Betheiligten ruhender nach und nach aufgezeichneter, bald auch von den Herrn gegebener Rechte, welche zwar eine grosse Mannigfaltigkeit zeigen, jedoch gewisse Sätze und Richtungen gemein haben.[5])

F. Die Rechtsbücher.

I. Des dreizehnten Jahrhunderts.*)

§. 62.

a. Sachsenspiegel.

I. Mit dem Namen Sachsenspiegel bezeichnet man ein Rechtsbuch, bestehend aus einem Buche Land- und Lehnrechts. A. Das **Landrechtbuch** ist zwischen den Jahren 1224 und 1235 im südlichen Theile der Graf-

---

[3]) Fürth a. a. O. u. S. 533 ff. der rot. off. Hoinoiensium abgedruckt.

[4]) Vgl. die Nachweise bei Kraut Grundr. §. 21 ff.

[5]) Am reichhaltigsten ist die Sammlung von J. Grimm Weisthümer, Götting. 1840—42. 3 Bde. Nachweise von Drucken bei Stobbe S. 586. N. 2. S. auch H. Zöpfl Alterthümer des deutschen Reichs u. Rechts, Bd. I. Leipz. u. Heidelb. 1860 (über Dinghöfe u. s. w.).

*) Literatur: Homeyer die deutschen Rechtsbücher des Mittelalters und ihre Handschriften, Berl. 1856.

A. Zum Sachsenspiegel. a) Allgemeine: Homeyer die Genealogie der Handschr. des Sachsensp. Berl. 1859. (Abhandl. der Berl. Akad. d. Wiss. v. 1859 S. 83 ff.), desselb. Sachsenspiegel erster Theil, Einl. S. LI ff., Kraut Grundr. §. 22., Stobbe Rechtsquellen S. 288 ff. — b) Geschichte der Abfassung. Homeyer Sachs. I. Th. S. 4 ff., II. Th. I. Abth. Einl. S. 45—56., II. Abth. S. 21—23.; Jul. Weiske über d. Alter des Sachsp. in Zeitschr. f. deutsch. Recht I. S. 54—85., C. R. Sachsse das. X. S. 62—88., XIV. S. 90—112. — c) Ueber sein Verhältniss zum Schwabenspiegel. Alex. a Daniels de saxonici speculi origine ex juris communis libro suevico speculo perperam nominari solito, Berol. 1852. Dagegen Homeyer in den Monatsber. der Berl. Akad. d. Wiss. v. August 1854 S. 485 ff., Sachsse in der Heidelb. krit. Zeitschr. I. S. 173 ff.; v. Daniels Alter u. Ursprung des Sachsensp. u. s. w. Berl. 1853; Homeyer die Stellung des Sachsp. zum Schwabenspiegel, Berl. 1853; Gaupp in Germanistische Abhandlungen Mannh. 1853, IV. u. V. S. 92—139; Jul. Ficker über den Spiegel deutscher Leute u. dessen Stellung zum Sachsen- und Schwabensp. etc. (aus d. Februarhefte 1857 der Sitzungsber. der kais.

schaft Billingshöhe durch einen dortigen Landgerichtsschöffen Eike von Repgow[1]) wahrscheinlich lateinisch abgefasst, dann auf Bitten eines Grafen Hoyer von Falkenstein ins Deutsche übertragen.[2]) Das lateinische Original ist

---

Akad. d. Wiss. Bd. XXIII. S. 115.) Wien 1857; Homeyer in den Monatsber. d. k. Akad. d. Wiss. zu Berl. Dez. 1857 S. 622—639., meine Anzeige in Haimerls Vierteljahrsschr. I. H. 2., A. v. Daniels Spiegel deutscher Leute, Handschriftenfund des Prof. Dr. Ficker zu Innsbruck, Berl. 1858; J. Ficker über die Entstehungszeit des Sachsensp. u. die Ableitung des Schwabensp. aus dem Deutschenspiegel, Innsbr. 1859. — d) Handschriften, Textabfassung und Ausgaben bei Homeyer Einl. zu I. u. II. Abth. I., ferner in den Lehrbüchern. Beste Ausg. Des Sachsensp. erster Theil oder das sächs. Landrecht nach der Berliner Handschr. v. J. 1369, herausg. von C. G. Homeyer, Berl. 1827., 2. Ausg. 1835., Des Sachsensp. zweiter Theil nebst den verwandten Rechtsbüchern I. Bd. Das sächs. Lehnrecht u. der Richtsteig Lehnrechts, Berl. 1842. (a. E. ein Glossar), II. Bd. Der Auctor vetus de beneficiis, das Görlitzer Rechtsbuch, Berl. 1844. Text u. Uebersetzung: Sachsensp. oder sächs. Landr. zusammengestellt mit dem schwäbischen nach dem Cod. Pal. 167 unter Vergleichung des Cod. Pict. 164 mit Uebersetz. u. reichhalt. Repertor. von C. R. Sachsse, Heidelb. 1848. Kleine Schulausg. J. Weiske der Ssp. nach der ältesten Leipz. Handschr. 2. Aufl. Leipz. 1853. 16. — e) Erklärende und monographische Werke: H. Ch. Meckbach Anm. über den Sachsensp. u. s. w. Jena (Vorr. datirt 17. Mart. 1764.) 4. J. Weiske Grundzüge des teutschen Privatrechts nach d. Sachsp. mit Berücks. u. Vergl. des Schwabsp. u. s. f. Leipz. 1826., R. v. Sydow Darst. des Erbrechts nach den Grundsätzen des Sachsp. Berl. 1828., Steinbeck das Bergrecht des Sachsensp. (Zeitschr. f. D. R. XI. S. 254—265.), J. Weiske der Sachsp. u. das Bergrregal (das. XII. S. 270—280.), O. Stobbe die Gerichtsverfassung des Sachsp. (das. XV. S. 82 ff.), ders. die Stände des Sachsp. (das. S. 311 ff.), Sachsse Bemerkungen zum Sachsp. (zu I. art. 4, 10. 12. 13, 11. 31, Gesch. Andeutungen in den Bildern des Ssp. zu III. 53. 33. §. 1.) in Zeitschr. f. D. R. XIV. S. 1—45., Alb. Hänel das Beweissystem des Sachsp. Leipz. 1858.

B. Zum Schwabenspiegel. Ausser den Lehrbüchern und bereits hier angef. Schriften Reyscher die neuesten Ausgaben des Schwsp. in Zeitschr. VII. S. 157—172. Ausg. Der Schwabensp. oder schwäbisches Land- und Lehen-Rechtsbuch nach einer Handschr. v. J. 1287 herausg. von F. L. A. Freih. von Lassberg. Mit einer Vorr. von A. L. Reyscher. Tübing. 1840 (enthält ein Verzeichniss der Handschriften u. s. w.). Wilh. Wackernagel das Landrecht des Schwbsp. in der ältesten Gestalt mit den Abweichungen der gemeinen Texte u. den Zusätzen ders., Zürich u. Frauenf. 1841. Eine synopt. Ausg. des Schwsp. des Miroir de Souabe und des Sachsp. hat gegeben v. Daniels Berl. 1858 f. 4.

[1]) Er kommt in Urkunden von 1209 bis 1233 vor, zuerst als Schöffe der Grafschaft Wettin, zuletzt als Schöffe eines Gerichts nahe bei Magdeburg, nemlich zu Salpke an der Elbe. Homeyer Stellung S. 17.

[2]) Gereimte Vorrede von 261 ff.:

Nu danket al gemeine
dem von Valkensteine,
Der greve Hoyer ist genannt,
daz an diütisch is gewant

nicht erhalten. Ursprünglich bildete dasselbe ein fortlaufendes etwa in Artikel abgetheiltes Buch, welches der spätere Glossator Johann von Buch um 1340 in drei Bücher zertheilte. Dasselbe ist nach und nach mit vielen Zusätzen vermehrt worden und findet sich daher handschriftlich in verschiedenen Gestalten vor; am nächsten steht dem Originale der dem 13. Jahrh. angehörende Quedlinburger Codex.[3]) Geschrieben ist das Rechtsbuch in niedersächsischer Mundart, aber von den Abschreibern nach dem Bedürfnisse in die verschiedenen deutschen Mundarten übertragen.

II. Dem Werke vorher geht eine gereimte Vorrede (280 Verse), welche wohl von v. 97 an von Eike selbst gemacht und dem Werke beigefügt ist; daneben noch eine ganz kurze unter dem Namen Textus prologi und eine andere kurze prosaische beginnend „des hilegen geistes minne," welche beide wahrscheinlich gleichfalls von Eike herrühren. Manche Handschriften haben noch andere, so dass im Ganzen sechs Vorreden vorkommen, übrigens soviel bekannt in keiner zusammen.

III. Früh ist dasselbe über sein Vaterland hinaus im ganzen Norden, Westen und Osten verbreitet worden. Es gibt von ihm drei verschiedene lateinische Uebersetzungen, eine aus dem 13. Jahrhundert, ferner holländische und auch eine (1559 zu Krakau gedruckte) polnische.[4])

Diz buch durch sine bete:
 Eyke von Repgowe iz tete
Ungerne er'z aber an quam,
 do er aber vornam
So groz dar zu des herren gere,
 do ne hatte her keine were;
Des herren liebe in gare verwan,
 daz her des buches began,
Des ime was vil ungedacht
 do her'z an latin hatte gebracht
Ane helphe und ane lere:
 do ducht in daz zu svere,
Daz er'z an dütisch wante;
 zulest er doch genante
Des arbeites, unde tete
 greven Hoyeres bete.

[3]) Dies hat besonders Ficker gezeigt und hierdurch dem Scharfsinne Homeyers (in dessen Ausgabe ist der Text des Codex durch den Druck hervorgehoben) eine grosse Anerkennung verschafft.

[4]) Eine eigenthümliche Art von Handschriften sind vier (Heidelberg, Wolfenbüttel, Varel, Dresden), welche die Materien des Textes fortlaufend mit Bildern erläutern. Vgl. Kopp Bilder u. Schriften der Vorzeit, 2 Th. 1819 ff., Deutsche Denkmäler von Batt von Bobo, Eitenberg, Mone und Weber, Lief. I. 1820. fol., Homeyer Ssp.

IV. Der **Zweck** des Landrechtsbuchs geht auf Darstellung des Rechts der freien Landbewohner im Lande Sachsen,[5] also mit Ausschluss des Lehnrechts, Dienstrechts und Stadtrechts. Sachsen ist hier im weiteren Sinne gefasst. Auf den Inhalt hat der Unterschied der einzelnen Theile Sachsens einen nicht ganz unbedeutenden Einfluss geübt. So ist das Gerichtswesen westphälisch,[6] das eheliche Güterrecht hingegen ostphälisch.[7] Auch haben die besondern Verhältnisse der thüringischen und brandenburgischen Markgrafschaft[8] eingewirkt. Auf süddeutsches (schwäbisches) Recht ist nur insofern Rücksicht genommen, als einzelne Abweichungen desselben vom sächsischen Rechte angegeben werden, zweifelsohne in Berücksichtigung jener Schwaben, die ins Sachsenland eingewandert waren.[9]

V. **Veranlassung der Aufzeichnung** war zweifelsohne die Nothwendigkeit bei den vielfach neuen Verhältnissen der entwickelten Landeshoheit, eine feste Basis für die Schöffen zu haben, denen das Urtheilen auf Grund blossen mündlich überlieferten Gewohnheitsrechts zu schwer wurde. Auch mochte vielleicht der missliebige Einfluss mancher nach Sachsen übersetzter Grafen, ferner die Furcht, das auf der Universität Bologna aufblühende Studium des römischen Rechts möge durch den hieran haltenden Klerus sowie das canonische Recht allmälig das nationale verdrängen, dazu antreiben, in der Schrift diesem eine feste Grundlage zu geben.[10]

II. 1. S. 80 ff. — Uebersetzungen des reinen Sachsenspiegels in's Böhmische, wie Homeyer Verzeichniss, jedoch selbst zweifelnd, mittheilt, gibt es nicht.

[5]) Gen. Vorr. V. 178 ff.:

spigel der Saxen
Sal diz buch sin genant,
wende saxen recht ist hir an bekant,
Als an einem spiegele de vrouwen
ire antlize beschouwen.

V. 97. u. 98.

Got hat die sassen wol bedacht,
sint diz buch ist vore bracht
Den lüten al gemeine u. s. w.

[6]) Darauf hat Gaupp Von Fehmgerichten, Bresl. 1857. S. 24 ff. auf Grundlage der Uebereinstimmung der Gerichtsverfassung des Sps. mit der der Vehmgerichte und gestützt auf die besondere Entwicklung im Herzogthum Westphalen aufmerksam gemacht. Dagegen Stobbe Rechtsq. S. 304.

[7]) Gaupp Recht u. Verfass. der alten Sachsen, Bresl. 1837. S. 184., Ders. Deutsche Stadtr. I. S. XX ff., wo nachgewiesen ist, dass bereits in der Lex Saxonum diese Verschiedenheit ihre Grundlage hat.

[8]) Vgl. die Zusammenstellung bei Homeyer Register sub voce Mark u. Markgraf. Von Thüringens Geschichte spricht Sps. III. 44. §. 2. 3.

[9]) Homeyer im Register sub voce Schwabe stellt die Belege zusammen.

[10]) Diese Gedanken liegen nicht undeutlich in der gereimten Vorr. von v. 141. an.

VI. Seine Quelle bildet überwiegend sächsisches Gewohnheitsrecht,[11]) das auf gemeine deutsche Rechtsanschauungen zurückführt. Neben ihm ist auf Reichsgesetze (Landfrieden) und die wenigen Urtheile des kaiserlichen Gerichts zurückgegangen.[12]) Dem römischen Rechte ist kaum irgendwelcher Einfluss gegönnt,[13]) ebensowenig den civilrechtlichen Bestimmungen des canonischen Rechts, welches zwar in kirchlichen (z. B. Ehehindernisse, Stellung der Mönche u. dgl.) aufgenommen ist. Dass sich aber, wie behauptet worden, eine prinzipielle Abneigung gegen Papst und canonisches Recht finde, ist um so weniger annehmbar, als schwerlich Jemand in jener Zeit bei dem gerade an der Kirche so festhaltenden Sachsenvolke die Vorboten des 16. Jahrhunderts suchen wird. Was anscheinend im Vergleiche zum Schwabenspiegel gegen den Papst sich findet, erklärt sich sehr gut aus den politischen Verhältnissen der Zeit von 1215 ab, den Streitigkeiten Friedrichs II. mit den Päpsten. Zur Zeit des Sachsenspiegels hat noch Keiner die Theorie der zwei Schwerter in jenen Worten formulirt, welche Bonifacius VIII. in der Bulle Unam sanctam gebraucht; es liegt auch insofern keine Opposition vor.[14])

---

[11]) Deshalb heisst es ger. Vorr. v. 195 ff.:

Sver an dissem buche
  vrage rede suche
Ob ime dar an icht missehage,
  des ne tu er zu hant necheine clage,
Unde wege de sache na sineme sinne
  na dem ende un na deme beginne,
Unde ervrage sich mit wisen lüten,
  de di warheit künnen bedüten,
Unde ouch haven die siete,
  daz se recht sin da mite u. s. w.

[12]) Ob er aber für diese Handschriften hatte oder sie nur aus der Uebung kannte, lässt sich nicht feststellen.

[13]) Denn die gewöhnlich angeführten Stellen II. 56. §. 2. u. 3. über alveus derelictus und insula nata, II. 63. wo die in l. 1. §. 5. D. de postulando erzählte Geschichte offenbar aus unvollkommener Kenntniss referirt wird, I. 29. von der dreissigjährigen Verjährung, II. 40. §. 1. über Ersatz des durch Thiere angestifteten Schadens, I. 36. über uneheliche Geburt lassen sich, mit Ausschluss von II. 63., sehr gut ohne römisches Recht erklären, kommen aber selbst hiervon abgesehen kaum in Betracht. Vgl. Homeyer Stellung S. 80 fg.

[14]) Gleichwohl fanden sich im Sps. Artikel, in denen man einen Widerspruch mit den Lehren der Kirche fand. Dies griff Johannes Klenkok (aus einer Hoya'schen Ritterfamilie, geboren zu Bucken bei Hoya, Augustinermönch) auf und brachte es durch einen sein ganzes Leben hindurch währenden Kampf dahin, dass Gregor XI. durch Bulle vom J. 1374 vierzehn Artikel reprobirte. Uebrigens sind diese Artikel trotzdem meistens in die Handschriften aufgenommen; ob aber nicht die Antiquirung derselben mit eine Folge jener Bulle ist, lasse ich dahingestellt. Vgl. Homeyer Johann Klenkok wider den Sachsenspiegel, Berlin 1855. 4., wozu er noch einige Nach-

VII. Das Material gehört verhältnissmässig zumeist dem Privatrechte, ferner dem Strafrechte, Gerichtswesen und Verfassungs- (Staats-) Rechte an. Ein festes System ist in demselben nicht befolgt;[15]) die Folge der einzelnen Materien beruhet, wie das fast bei allen Werken des Mittelalters ausser den philosophischen und selbst bei diesen sich findet, sehr häufig auf äussern Anknüpfungspunkten, welche das vorhergehende Kapitel bietet. Daher wird über denselben Gegenstand bisweilen an mehren Stellen gehandelt und bei Gelegenheit eines Satzes abgemacht, was sich daran knüpfen lässt. Die einzelnen Sätze sind in einfacher, klarer und durchaus volksmässiger Auffassung und Sprache ohne Casuistik hingestellt.

VIII. B. Das **Lehnrechtbuch** ist wahrscheinlich von demselben Verfasser ziemlich bald nach dem Landrechte mit Benutzung von diesem geschrieben. Seine Quelle ist ein in den ersten Decennien des 13. Jahrh. mit Rücksicht auf das lateinische Landrecht verfasstes Buch in lateinischen Reimen, das uns erhalten ist und als Auctor vetus de beneficiis[16]) von den Neuern bezeichnet wird. Dieses Buch wurde von dem Verfasser frei übertragen, bedeutend vermehrt und gibt uns das sächsische Lehnrecht oder Lehnrecht des Sachsenspiegels. Nach dieser Uebersetzung ist der lateinische Text (Auctor) noch mit einzelnen reimfähigen Zusätzen versehen und in dieser Gestalt mit geringen Abweichungen und Zusätzen ins Deutsche übertragen und enthalten im s. g. **Görlitzer Lehnrecht** aus dem Ende des 13. oder Anfange des 14. Jahrhunderts.[17])

IX. Quelle des Lehnrechtsbuchs sind ausser dem sächsischen Landrechte der Feudist (Liber feudorum Langob.) und die Gewohnheitsrechte der sächsischen Lehenshöfe.

X. Das Lehnrecht ist nicht in Bücher eingetheilt, sondern nur in (80)

---

träge geliefert hat. Es liegt der Vorgang im Geiste jener Zeit (vgl. die Notate in meinen Quellen des Kirchenrechts S. 248. N. 19.), obwohl kaum abzusehen ist, dass die Sätze des Sps. an sich mit Lehren der Kirche oder, wie Walter in der Vorrede zur Rechtsgesch. 1. Aufl. S. VI. meint, Grundsätzen der gesunden Vernunft und gesunden Moral im Conflict stehen. Denn dann könnte man denselben Widerspruch auch in mehr als einer Bestimmung kirchlicher Quellen finden.

[15]) Dass aber von einer Verworrenheit, welche v. Daniels und Walter §. 297. findet, keine Rede sein könne, hat Homeyer in der cit. Schrift die Stellung zur Genüge bewiesen.

[16]) Abgedruckt bei Homeyer Sps. II. 2. S. 75—158. Die in der Einleitung und in den zwei ersten Bänden von H. niedergelegten Forschungen sind so überzeugend, dass ich ihnen unbedingt folge.

[17]) Mit diesem verband man dann nach 1304 eine aus andern Quellen geschöpfte landrechtliche Arbeit, das s. g. Görlitzer Landrecht, welche auch Einiges an den lehnrechtlichen Theil abtreten musste. Beide sind herausgegeben von Homeyer Sps. II. Abth. 2., deren Einleitung Geschichte, Literatur u. s. w. bietet.

Artikel und Paragraphen. Es ist früh nicht nur über ganz Nieder- und Obersachsen, sondern auch bis über den Niederrhein hin verbreitet, nicht minder über Schlesien und dessen benachbarte slavische Gegenden, jedoch hier bereits mit einigen Stoffvermehrungen. Grösser werden die Vermehrungen in Norddeutschland, so dass sie die älteste Form zuletzt verdrängten. Dieselbe Bedeutung mit dem Landrechte hat das Lehnrecht nicht erlangt, weil sich das langobardische gemeinrechtliche Geltung verschaffte.

Beide Bücher des Land- und Lehn-Rechts wurden früh mit einander verbunden und finden sich auch in den meisten Handschriften zusammen.

§. 63.

b. Schwabenspiegel.

I. Durchgehends auf dem Sachsenspiegel, daneben auf anderen Quellen — römisches, canonisches Recht, Reichsgesetze bis zur Zeit K. Rudolphs I., Stadtrechte, Bibel, Predigtbücher u. s. w. — ruhet ein Rechtsbuch, gleichfalls in Landrecht und Lehnrecht geschieden, welches in den Handschriften bis zum 15. Jahrh. schlechtweg „Landrechtbuch" und „Lehnrechtbuch," seitdem in Handschriften und in den Drucken „Keyserrecht," „Spiegel keyserlichen und gemeinen Landrechts" u. s. w. bezeichnet ist. Im Landrechte lassen sich zwei ältere Recensionen deutlich erkennen. Die frühere hat offenbar einen noch unvermehrten Sachsenspiegel vor Augen gehabt und aus den bezeichneten Quellen (Decretum, Decretales, Institutiones, Brachylogus u. s. w.) mit Zusätzen versehen; hieran schloss sich alsbald eine zweite, welche jener Sammlung unter Zugrundelegung von Stellen des Sachsenspiegels, der Lex Bajuvariorum, Alamannorum, Breviar. Alaric. und der Kapitularien nach Ansegisus grosse Zusätze beifügte.

II. Sein Zweck[1]) geht dahin: ein gemeines über dem Landesrechte stehendes, nur Stadtrecht und gute Gewohnheit vorbehaltendes Recht darzustellen. Ihm entsprechend ist dann auch im Ganzen Alles fortgefallen, was sich nur auf Sachsen bezog, jedoch sind aus Nachlässigkeit einzelne Stellen der Art beibehalten.[2]) Anstatt der spezifisch sächsischen Institute sind die des schwäbisch-bairischen Rechts gesetzt. Es zeigt auch mehrfache Missverständnisse des Sachsenspiegels, welche sich unmöglich ohne des letztern Priorität erklären lassen.[3])

---

[1]) Schwsp. (Wack.) cap. 1. „unde dar umbe wil man an disem buoche lêren alle die, die gerihte pflegen sullen, wie si ze rehte rihten süllen nâch gotes willen . . ." 4. v. 28: „aber diz buoch seit niht wan von wereltlichem gerihte," 40. 49. 76. a. E.

[2]) S. die Ausführung von Homeyer die Stellung S. 45 ff.

[3]) Vgl. Homeyer a. a. O., besonders aber hat Ficker solche an vielen Stellen aufgedeckt.

III. Das Werk selbst hat eine grosse Verbreitung über ganz Süddeutschland und Böhmen gefunden, ist ins Böhmische und Französische, auch 1356 ins Lateinische übersetzt, mit vielerlei Zusätzen und Veränderungen, welche zuletzt bis zur völligen Umstellung der Artikel gehen, so dass die Handschriften, als deren dem Urtexte nächststehende Form die Freiburger, sodann die Schnalser (Innsbruck Nr. 498) erscheint, unendlich von einander abweichen.

IV. Gemacht ist das Rechtsbuch um 1280 wahrscheinlich in Augsburg. Es ist blos in Kapitel oder Artikel eingetheilt. Seine Methode ist die einer ziemlich breiten Darstellung, in der bereits einige Casuistik auftritt. Eine eigentliche Glosse zu dem Werke existirt nicht soviel bekannt ist.

Die hier befolgte gemeine Ansicht über das Verhältniss des Sachsen- und Schwabenspiegels ist zur Evidenz hergestellt durch das von Ficker in Innsbruck aufgefundene (Cod. membr. saec. XIV. sign. II. 45. E. 8. Nr. 922 der Innsbr. Universitätsbibl.) Rechtsbuch

c. Spiegel deutscher Leute.

Diesen Namen gibt sich das Buch selbst, er entspricht dessen Bestreben, ein für alle Deutschen gemeines Recht aufzuzeichnen. Derselbe enthält auch Land- und Lehnrecht. Das Landrecht zerfällt in zwei Theile. Der erste (von Sps. I. 1. bis II. 12. §. 13. Homeyer) hält sich genau an den Sps., scheidet das sächsische aus, wirft Veraltetes weg, erweitert durch Zusätze aus dem römischen, canonischen und Augsburger Recht u. s. w. Theil II. (von Sps. II. 12. §. 13 bis zu Ende) enthält nur eine oberdeutsche Uebertragung des Sachsenspiegels mit Abweichungen meistens in Folge von Missverständnissen. Dieses Werk hat Jemand wahrscheinlich in Augsburg um 1280 zu dem s. g. Schwabenspiegel verarbeitet, sich im ersten Theile genau daran haltend, im zweiten auch im Allgemeinen, jedoch offenbar ungeschickter als der Verfasser minder gut und dessen Missverständnisse beibehaltend. Im Lehnrechte des Deutschspiegels liegt nur eine oberdeutsche Uebertragung des Sachsenspiegels vor. Ausgabe: Der Spiegel deutscher Leute. Textabdruck der Innsbrucker Handschrift. Mit Unterstützung der kais. Akad. der Wiss. herausg. von Jul. Ficker, Innsbr. 1859. Das Rechtsbuch hat nur einen relativen Werth für das Verhältniss der beiden andern. Aus diesem Grunde ist ein näheres Eingehen nicht erforderlich.

V. Das Lehnrecht des Schwabenspiegels ist gleichfalls nach dem sächsischen gearbeitet, jedoch unter Zugrundelegung einer bereits mit Zusätzen vermehrten Form. Die Ordnung des sächs. Lehnrechts ist im Ganzen beibehalten, jedoch durchgängig nach den verschiedenen Bestimmungen des süddeutschen Lehnrechts frei von dem Einflusse fremder Quellen bearbeitet. Ihre

Erklärung findet diese mindere Selbstständigkeit wie beim zweiten Theile des Landrechts in dem Zustande des vermittelnden Deutschspiegels, welcher für diese Theile der geschickten Ueberarbeitung entbehrte.

II. Die späteren Rechtsbücher.

A. Klasse der sächsischen.

§. 64.

1. Land- und Lehnrecht.

I. Der Sachsenspiegel wurde versehen mit alphabetischen Sachregistern (Abecedarien, Remissorien, Schlüsseln) und einer Glosse, die durchgängig artikelweise hinter dem Texte, auch wohl von ihm getrennt in denselben oder besondern Handschriften vorkommt.[1]) Das Landrecht hat zuerst glossirt um 1340 Nikolaus von Buch oder dessen Sohn Johann oder beide; diese Glosse ist allmälig vermehrt, besonders von Brand von Tzerstede um 1442 und Tammo von Bocksdorf.[2]) Die deutsche Glosse zum Lehnrecht stammt aus der Zeit von 1350 und ist später vermehrt von Nicolaus Wurm (Vermis) aus Neu-Ruppin in der Mark, der zu Bologna unter Magister Johannes (de Lignano) studirt hatte. Für diese Glosse sind nicht nur die deutschen Rechtsbücher, sondern vorzüglich römisches und canonisches Recht zum Theil in der geistlosesten Weise benutzt, so dass wohl der Vorgang der Glossatoren auf deren Abfassung gewirkt, aber auch diese Glosse zur Vertrautheit mit dem fremden Rechte und so zu dessen Verbreitung beigetragen haben mag.

II. Hierher gehören die s. g. Rechtsgangbücher, mit welchem Namen die Neuern eine Gruppe von Werken zusammenfassen, welche das Verfahren vor Gericht, den Gang des Rechts darzulegen und mit Beispielen klar zu machen bezwecken. Dahin

a. Der Richtsteig Landrechts,[3]) (des Richtes Stich, Rechtsteiger, Sche-

---

[1]) Homeyer deutsche Rechtsb. S. 5. 57 ff., Kraut Grundr. §. 22.

[2]) Eichhorn R.G. §. 281. Ueber die Art des Vorkommens in Drucken u. Handschriften s. Homeyer Verzeichniss S. 5 ff. Sachsp. II. 1. S. 71 ff. Es gibt deutsche und lateinische Glossen.

[3]) Eichhorn R.G. §. 281. (III. S. 290 ff.), Homeyer Verzeichn. S. 16 ff. Die Handschr. u. alten Ausg. beschreiben: Grupen bei Spangenberg Beiträge S. 66—69., Homeyer a. a. O. und in der Einleit. zur Ausg. des Richtsteigs S. 1—28., wodurch das Frühere entbehrlich wird. Die neueste u. beste Ausg. ist Homeyer der Richtsteig Landrechts nebst Cautela und Premis, Berl. 1857. Von S. 411—520. steht „das Gerichtswesen nach dem Richtsteige," von da bis zum Schlusse ein Glossar. — Ich folge den Forschungen, welche in dem Werke niedergelegt sind.

vecloit, processus judiciarius, Ordnung oder Handhabung des Rechten) ist von Johann von Buch um 1335 in der Altmark, im Stammhause Buch, in niedersächsischer Mundart abgefasst. Er zerfällt in eine Vorrede, das Hauptstück und 2 Nachreden, welche jedoch selten beide in Handschriften stehen, meist überhaupt fehlen. Das Hauptstück hat 47 bis 51 Kapitel, die bisweilen in 3 Bücher eingetheilt sind. Das Verfahren ist dargestellt nach: den Personen — den Klagen (bürgerliche, peinliche, gemischte) — dem Urtheile. Zweck des Buches ist dem einheimischen Rechte (Sachsenspiegel) mehr Geltung zu verschaffen. Er sucht die Gattungen der Klagen dadurch anschaulich zu machen, dass er zeigt, wie sie vor Gericht sich nach ihrem materiellen Inhalte verschieden gestalten; deshalb wird in der Regel der wirkliche Gang des Rechtfindens, seltener die directe Rechtsregel hingestellt. Bei der Abfassung hat derselbe wahrscheinlich die Bearbeitungen des römisch-canonischen Processes von Tancred und Durantis vor Augen gehabt, jedoch ohne von denselben bis zur Einbusse der Selbstständigkeit geleitet zu sein. Das Werk steht meist mit dem Sachsenspiegel Landrechts zusammen, hat eine grosse Verbreitung gefunden, ist in alle deutschen Hauptmundarten übersetzt und hat allmälig eine fünffache Redaction erlebt.

b. Der Richtsteig Lehnrechts[4]) sollte für das Lehnrecht sein, was der vorherige für das Landrecht. Ihn hat schon Johann von Buch versprochen (cap. 21 Richtst. Landr. „wo me denne len vor den heren wint ader vorlust, unde wo me lenes gewere betugen scal, des wil wi di wil got up des lenrechtes gerichte besceiden") aber nicht geliefert. Er ist wahrscheinlich abgefasst zwischen 1330 und 1390 in derselben Gegend als der Richtsteig Landrechts nach dem Muster von diesem, mit Verweisung auf ein Lehnrecht in 125 Kapiteln, ohne scharfe Abtheilung durch Kapitelzahlen und Rubriken und ohne Register,[5]) hat mehrfache Vermehrungen und Recensionen erfahren. An Bedeutung erreicht er bei Weitem nicht den vorhergehenden.

c. Cautela und d. Premis[6]) sind zwei Anleitungen von sehr geringem Umfange um die Mitte des 14. Jahrh. von Hermann von Oesfeld (Oebisfelde im Herzogthum Magdeburg) verfasst zu dem Zwecke: die Vorträge vor

---

[4]) Am Besten gedruckt bei Homeyer Sachsp. II. Th. Bd. I. S. 409—540. Einleit. S. 371—408 gibt über die Handschr., Drucke, Geschichte u. s. w. die eingehendsten Studien u. Literatur. Ich habe mich hieran gehalten.

[5]) Der Verfasser ist unbekannt, denn die Autorschaft des Hermann von Oesfelde (Obisfelde), die man früher annahm, steht nicht fest. Homeyer S. 386. Ueber verwandte Arbeiten das. S. 397 ff.

[6]) Neuester und bester Abdruck bei Homeyer Richtsteig Landr. S. 392—398. Ueber die Abfassung das. S. 390 ff. Verzeichn. S. 19 ff.

Gericht behutsam einzurichten, um sich in keiner Weise zu schaden, wie schon ihr Name andeutet.[7])

e. Die Blume des Sachsenspiegels[8]) heisst eine grosse noch ungedruckte Arbeit des Nicolaus Wurm (Vermis) aus Neu-Ruppin (unter dem Grafen von Lindau im Stifte Havelberg) aus dem letzten Viertel des 14. Jahrhunderts. Sie enthält ein ausführliches Register, dann vier Bücher 1. von den Klagen. Es entwickelt den Ursprung und die Arten des Rechts, Ursprung und Ansehen der magdeburgischen Schöffen, die Gerichtsverfassung, das gerichtliche Verfahren, die Klageformeln. 2. und 3. enthalten das weitere Verfahren nach der Klage jedoch unter Einmischung materieller Sätze und ohne strenge Ordnung. B. 4 über die Urtheile. Es leidet an Unbehülflichkeit und Unklarheit im Vergleiche zu den Richtsteigen, ist jedoch für die Kenntniss der Entwicklung des Rechts und gerichtlichen Verfahrens von Bedeutung. Sein Zweck ist gestützt auf den Sachsenspiegel, das magdeburgische Stadtrecht (Weichbild), geistliche und kaiserliche (römisches) Recht, den Gerichtsgebrauch, zu welchen Quellen noch unermittelte Schriften kommen, das Verfahren vor Gericht in seiner ganzen Ausdehnung zu lehren. Zu dem Ende werden die benutzten Rechtssätze in einer alphabetischen Abtheilung dem Werke beigegeben, bis in die kleinsten processualischen Einzelnheiten durchgeführt, so dass sich das Ganze als eine absichtliche Weiterführung des Richtsteiges darstellt.

f. Die Blume des Magdeburger Rechts[9]) ist eine ungedruckte, wohl ohne Zweifel demselben Nicolaus Wurm zuzuschreibende, vor 1375 vollendete Arbeit, welche in ähnlicher Weise wie die sub. e genannte, in 3 Abtheilungen zu 167, 100 und 399 Kapiteln unter ziemlich ausschliesslicher Benutzung des Sachsenspiegels, Richtsteig Landrechts und Weichbildrechts, den Zweck hat, das Verfahren nach dem magdeburgischen Rechte darzustellen und vielleicht den Entwurf zur Arbeit unter e. bildet.

---

[7]) Dies ergibt sich für Cautela von selbst. Premis kommt her von Premse, Bremse (premsen, bremsen), worüber zu vgl. Grimm Wörterbuch.

[8]) Homeyer Richtst. Landr. S. 355 ff. Verzeichn. S. 20 ff. Proben gibt derselbe Richtst. Landr. S. 363 ff. Der genaue Titel ist: „Die blume ubir der sachsen spiegel den wir ouch lantrecht heissen und ubir weicbildis recht daz wir ouch meideburgisch recht heissen und statrecht."

[9]) Homeyer Verzeichn. S. 23 f., Richtsteig Landr. S. 339 ff., wo die Art der Abfassung, der Inhalt dargelegt und Proben mitgetheilt werden. Andre zu dieser Gattung gehörige Arbeiten sind: 1) die Gerichtsformeln der Joachimsthaler Handschr. zu Berlin (Homeyer Richtst. Landr. S. 327 ff., abgedr. das. S. 329 ff.), 2) eine besondre Klasse des Richtsteigs (das. S. 381 ff. S. 76. u. Verzeichn. S. 18. beschrieben, 3) eine Weichbildsglosse (Homeyer Richtst. S. 399 ff.), 4) die Vehmgerichtsbücher (Homeyer Verzeichn. S. 24).

§. 65.

2. Kreis der Stadtrechtsbücher.

I. Wenngleich die Rechtsentwicklung in den Städten sich seit dem Ende des 13. Jahrhunderts an den Sachsenspiegel anschliesst, so hat die Bearbeitung des Stadtrechts doch einen speziellen Zweck, weshalb sie von der des Landrechts zu scheiden ist. Es gehören hierher zunächst einige in den Kreis des magdeburger Rechts[1]) fallende Bücher und zwar:

a. Magdeburger Schöffenrecht.[2]) Unter diesem Namen begreift man mehre zu verschiedenen Zeiten auf Ersuchen von den Schöffen zu Magdeburg angefertigte Aufzeichnungen ihres Rechtes, welche den ansuchenden Städten in eignen Urkunden mitgetheilt wurden. So das von Schöffen und Rathmännern zu Magdeburg der Stadt Breslau mitgetheilte Recht von 1261 und 1295, welches vielfache Zusätze und Vermehrungen erfahren und die Grundlage für das Recht mancher Städte gebildet hat.

b. Das Sächsische Weichbild[3]) (Weichbildrecht, Stadtrecht, Magdeburger Recht). Das unter diesem Namen in zahlreichen Handschriften und ältern Drucken vorkommende Rechtsbuch enthält zwei Theile. 1. vom art. 1—27, jedoch mit grosser Variation der Handschriften, ist eine doktrinelle Arbeit in belehrendem Tone (über die Arten des Rechts, der Personen, Freiheit, Unfreiheit, Bann und Acht, Ursprung des Weichbilds, Ursprung und Geschichte des Reichs, Recht des Kaisers, Bewidmung Magdeburgs mit Weichbildrechte, Urtheilholen aus Halle, Magdeburg u. s. w.), Th. 2 eine aus dem sächsischen Landrechte, vielleicht auch einer ältern Privatarbeit über dasselbe, dem magdeburger Schöffenrechte (sub. a.) und Weisthümern gemachte Zusammenstellung

---

[1]) Ueber den Begriff des Magdeburger Rechts s. Homeyer Verzeichn. S. 26 f.

[2]) Eichhorn R.G. §. 284., Gaupp das alte Magdeburgische und Hallische Recht, Bresl. 1826., Homeyer Verzeichn. S. 27 f., Gaupp das schlesische Landr. Leipz. 1828.

[3]) Gaupp Magdeb. Recht S. 119 ff., Homeyer Verzeichn. S. 28 ff., Kraut Grundr. §. 22. C., wo die weitere Literatur nachgewiesen ist. Das Alter dieses Buchs ist mit in den Streit über das Verhältniss des Sachsp. zum Schwabsp. gezogen, weshalb die Literatur darüber auch in Betracht kommt. Homeyer die Stellung S. 27 ff. hat die Behauptungen von v. Daniels widerlegt. Drucke bei Homeyer Verzeichn. Dazu: von Daniels dat buk wichbelde recht, Berl. 1853. und „Rechtsdenkmäler des deutsch. Mittelalters herausg. von A. v. Daniels, F. v. Gruben u. F. J. Kühns. Das sächs. Weichbildrecht. Jus municipale saxonicum, herausg. von v. Daniels und Gruben, I. Bd. Weltchronik u. Weichbildrecht in XXXVI (so auf dem Titelblatt, der Text enthält CXXXVI) Art. mit der Glosse, Berl. 1858. 4. Vgl. noch Stobbe S. 403 ff., der noch über andre Formen berichtet u. überhaupt am Eingehendsten ist.

des Rechts für Städte. Das Werk als Ganzes ist nicht vor 1304 entstanden, ein Stück (art. 6—18) ist schon vor 1294 geschrieben. Von ihm existirt eine lateinische Uebersetzung und eine um 1386 gemachte Glosse eines Unbekannten. Dasselbe hat eine sehr grosse Verbreitung gefunden, ist ins Polnische und Böhmische übersetzt.

II. Buch der Distinctionen,[4]) sächsische Distinctionen (Vermehrter Sachsenspiegel, schlesisches Landrecht, liber legum secundum distinctiones) ist eine nach der Mitte des 14. Jahrh. (die älteste bekannte Handschrift ist von 1387) von einem unbekannten in der Gegend von Meissen lebenden Verfasser in 5 bis 8 Büchern, die in Kapitel und Distinctionen (Ausscheidungen) zerfallen, zum Gebrauche in den nach sächs. magdeburgischen Rechte lebenden Städten gemachte Verarbeitung von Material aus dem Sachsenspiegel, sächsischem Weichbilde und den Goslarischen Statuten (in ihm keyserwicbilde oder keyserrecht genannt) mit Einfügung neuerer Gewohnheiten ohne erhebliche Benutzung des römischen Rechts.

III. Mit ihm hängt zusammen ein aus ihm Magdeburger Schöffensprüchen und zum sehr geringen Theile römisch-canonischem Rechte im 15. Jahrh. von Thorner Stadtschreiber Walther Echardi verfasstes Werk unter dem Titel: „Die IX. Bücher des Magdeb. oder sächsischen Rechten" durch den Notar Albert Pölmann 1547 zu Magdeburg herausgegeben.[5])

IV. Die Bücher, welche das Schöffenrecht systematisch[6]) verarbeiten. Diesen schliessen sich an die Magdeburger Fragen,[7]) in 3 Theilen mit der Unterabtheilung von Kapiteln und Distinctionen, Anfragen an die Magdeburger Schöffen nebst deren Antworten enthaltend.

V. Eisenacher Rechtsbuch,[8]) zusammengearbeitet aus den sächsischen Distinctionen, vermehrt durch Material aus dem Sachsenspiegel, dessen Glosse und dem Schwabenspiegel.

VI. Das von dem Eisenacher[9]) Stadtschreiber Johann Purgold um 1500

---

[4]) J. F. Böhme diplomat. Beiträge zur Untersuchung der schlesischen Rechte u. Gerichte: Th. 4. Berl. 1772. F. Ortloff das Rechtsbuch nach Distinctionen nebst einem Eisenachischen Rechtsbuch, Jena 1836. Eichhorn R.G. §. 443. (III. S. 359 f.), Homeyer Verzeichn. S. 33 ff., Kraut Grundr. §. 22. C.

[5]) Kraut Grundr. a. a. O., Homeyer Verzeichn. S. 36. Ueber ein grosses Abecedarium über die sächsischen Rechtsbücher von Pölmann s. Kraut Grundr. Vorr. z. 3. Aufl.

[6]) Gaupp Schles. Landr. S. 240 ff., Homeyer Verzeichn. S. 31.

[7]) Homeyer a. a. O. S. 32, wo noch ähnliche Arbeiten genannt werden. Zuerst gedruckt in der Ausg. des Sachsp. Augsb. 1517. Kraut Grundr. §. 24.

[8]) Gedruckt u. beschrieben bei Ortloff Rechtsb. nach Distinctionen.

[9]) Ortloff a. a. O. S. LIV ff., Homeyer a. a. O. S. 35 f.

aus dem sub. V. genannten, den Eisenacher Statutarrechten, Sachsenspiegel, Weichbilde, römischen und canonischen Rechte gearbeitete Rechtsbuch in 10 Büchern, zu denen 1512 noch 2 hinzugefügt sind.[10])

§. 66.

B. Aussersächsische Rechtsbücher.

I. Unter dem Namen lex, liber imperatoris, Keyserrecht, des Keysers Recht (boek), lüttike Keyserrecht[1]) besitzen wir ein Rechtsbuch eines unbekannten Verfassers in 4 Büchern, deren erstes vom Gerichtsverfahren und was dahin gehört, zweites von allen Sachen (Rechten), drittes vom Lehen, viertes vom Stadtrechte handelt, wahrscheinlich aus dem 14. Jahrhunderte, frühestens aus der Zeit Rudolphs von Habsburg. Es ist geschrieben in hochdeutscher Mundart in Franken, hat aber von hier aus Verbreitung gefunden bis in den Norden, Westen und Süden hinein, und ist vielfach in die niederdeutsche Mundart übersetzt worden. Seine Quelle ist vorzugsweise der Schwabenspiegel, daneben der Sachsenspiegel, die Kapitularien, Volksrechte. Sein Zweck geht, wie schon die Verbindung von Process- Land- Lehn- und Stadtrecht lehrt, darauf: ein für das ganze Reich gemeines Recht zur Aufrechthaltung des Landfriedens zu schaffen. Hierauf deutet auch die stete Verweisung auf das Reichsrecht und die Zurückführung auf Karl d. G.

II. Rechtsbuch Ruprechts von Freysing. Dieser, Fürsprecher zu Freysing, schrieb (im J. 1328 war das Buch vollendet) auf Grundlage des Schwabenspiegels für die Stadt Freising ein Rechtsbuch,[2]) welches häufig als zweites Buch des schwäbischen Landrechts (Schwabenspiegel) in Handschriften vorkommt. Ungefähr zu gleicher Zeit, aber wohl nicht vom selben Verfasser, ist der Schwabenspiegel für das Land Freising in ein Landrechtsbuch[3]) verar-

---

[10]) Ueber das Stadtrechtsbuch des oben genannten Wurm u. das Mährische Stadtrechtsbuch s. Homeyer Verzeichn. S. 37 ff.

[1]) Zuerst gedr. bei Senckenberg Corp. jur. Germ. 1760. T. I. von Neuem u. gut bei H. E. Endemann das Keyserrecht nach der Handschrift von 1372. Cassel 1846., dessen Einleit. über die Handschr., Geschichte u. Literatur Aufschluss gibt. Vgl. noch Kraut Grundr. §. 22. Homeyer Verz. S. 54 ff. Eichhorn R.G. §. 283., der aber gestützt auf die schlechte Senckenbergische Ausgabe dasselbe nur für einen Auszug des Schwabenspiegels hält.

[2]) Herausg. durch L. Westenrieder Baierisches Rechtsbuch des Ruprecht v. Freysing München 1802.

[3]) Nach einer solchen Handschr. von 1473 herausg. durch G. L. v. Maurer das Stadt- u. Landrechtsbuch Rupr. v. Freysing u. s. w. Stuttg. u. Tübing. 1839. Vgl. Kraut Grundr. a. a. O. u. Homeyer Verz. §. 55 ff.

beitet. Beide hat man im 15. Jahrh. (zuerst wohl 1436) zusammen abgeschrieben, dann am Ende des 15. Jahrh. zu einem Rechtsbuche verarbeitet, wobei die bereits im 1. Theile befindlichen Partien im 2. übergangen wurden. Dasselbe ist namentlich von Einfluss auf das Recht bairischer Städte und das Landrecht K. Ludwigs gewesen.

§. 67.

C. Formelbücher. Schriften der Juristen.

I. Seit dem 12. Jahrhundert entstand eine Menge neuer für den praktischen Gebrauch bestimmter Mustersammlungen (dictamen, summa dictaminis u. dgl.) in lateinischer und später auch in deutscher Sprache, welche für die Geschichte des Rechts von Wichtigkeit sind.[1])

II. Die Erkenntniss der Rechtsgeschichte wird endlich für diese Zeit gefördert durch die besonders in den Streitigkeiten zwischen Papst und Kaiser entstandenen Schriften, welche für die staatsrechtlichen Verhältnisse von Bedeutung sind. Hierher gehören die Schriften des Engelbert von Volkersdorf, Wilhelm von Occam, Marsilius de Menandrino, Lupold von Bebenburg und Peter von Andlo.[2])

---

[1]) L. Rockinger über Formelbücher vom dreizehnten bis zum sechzehnten Jahrhundert als rechtsgesch. Quellen, Münch. 1855. Stobbe Rechtsquellen S. 446 ff.

[2]) Siehe die Nachweise bei Stobbe a. a. O. S. 452—458.



Zweites Kapitel.

Die Reichsverfassung.

A. Ihre Bildung.



§. 68.

1. Die Territorien.

I. Durch die regelmässige Ernennung der Grafen aus den grössten Grundbesitzern des Bezirks, die mehr und mehr zur Regel gewordene Belehnung derselben mit einem meist in der Grafschaft liegenden Beneficium, welches durch lange Zeit jedesmal dem zum Nachfolger im Grafenamte ernannten Sohne des Besitzers verliehen nach und nach in der Familie erblich wurde, bildete sich auch die Erblichkeit des Grafenamtes aus, so dass man dies als der Familie zustehend ansah.[1]) Zu dieser Entwicklung trug wesentlich bei und wurde gleichzeitig durch selbe befördert das Verleihen des Grafenamtes an Bischöfe und Stifter zu vollem Rechte,[2]) welche ihrerseits wiederum theils

---

[1]) Interessant sind die beiden von Walter R.G. §. 180. hervorgehobenen Stellen von Lambertus (Monum. Script. V. p. 180 u. 182.) ad a. 1071. „In comitatu Balduwini ejusque familia et multis jam seculis servabatur quasi sancitum lege perpetua ut unus filiorum, qui patri potissimum placuisset, nomen patris acciperet, et totius Flandriae principatum solus hereditaria successione obtineret, ceteri vero fratres aut huic subditi dictoque obtemperantes ingloriam vitam ducerent, aut peregre profecti, magis propriis rebus gestis florere contenderent, quam desidiae ac socordiae dediti. egestatem suam vana majorum opinione consolarentur. Hoc scilicet fiebat, ne, in plures divisa provincia, claritas illius familiae per inopiam rei familiaris obsoleret. — Filius Balduwini . . . comitatum Reginheri quondam comitis cum castello munitissimo, Mons nomine, quae scilicet praedia mater ejus a priore marito suo dotis nomine acceperat, sancto Lamperto tradidit; quae rursum episcopus Leodiensis duci Gotefrido, illo itidem ipsi filio . . Balduwini beneficii loco dedit."

[2]) Als Beispiel Urk. K. Konrad II. v. 30. Juli 1031 (Günther Codex diplomat. Rheno-Mosellanus I. Kobl. 1822. S. 115.): „. . Nos nostro Popponi Trevirensi venerabili archiepiscopo et ecclesiae suae cui ipse . . . praesidet comitatum Marivelis (Marfels) nominatum situm in pago Einrich . . . quae ad eundem comitatum juste et legaliter pertinere videntur, in perpetuum concessimus, donavimus atque corroboravimus, eo quoque tenore ut praedictus archiepiscopus suique successores . . . vendant, commutent, vel quidquid sibi placuerit, inde faciant, ad usum tamen pronuntiatae ecclesiae." Dipl. Otto III. v. 28. Dez. 989 (eod. p. 85.) für Trier: „Per quod precipimus atque jubemus, ut nullus judex publicus, vel quilibet ex judiciaria potestate in

ganze Comitate, theils Stücke davon an Getreue austhaten. Auch an manche weltliche Grosse gab man Grafschaften zu eignem Rechte. So wurden bald mehre Comitate vereinigt, bald einzelne zerstückelt. Hierdurch trat der Charakter des Grafenamtes in den Hintergrund, das darin enthaltene Recht als beruhend auf dem mit dem geistlichen Amte verbundenen Gute oder erblichen Familienbesitze in den Vordergrund. Damit aber zerfiel die bereits in der fränkischen Zeit durch zahlreiche, seitdem mehr und mehr gehäufte, Immunitäten durchbrochene alte Gau- und Grafschaftsverfassung vollständig, der Bildung neuer Territorien Platz machend.

II. Hatte sich durch diese Veränderungen die Reichseinheit mehr und mehr gelockert, so war in den neugebildeten Herzogthümern[3]) ein zweites wich-

---

monasteria, ecclesias, castella, vicos, loca vel agros, seu reliquas possessiones predicte ecclesiae quas prisco et moderno tempore juste et legaliter tam cis Renum quam citra Ligerem in pagis, vel territoriis, infra ditionem regni nostri memorata tenet vel possidet ecclesia, vet que deinceps in jure ipsius sancti loci voluerit divina pietas augeri, ad causas audiendas, vel freda aut tributa aut conjectos aliquos exigendos, aut mansiones vel paratas faciendas, aut fidejussores tollendos, aut homines ipsius ecclesiae distringendos, aut redhibitiones vel illicitas occasiones requirendas, nostris et futuris temporibus ingredi audeat, vel ea que supramemorata sunt, neque teloneum penitus exigere presumat . . et quicquid de prefatis rebus ecclesie jus fisci exigere poterat, in integrum eidem concessimus ecclesie.“ Dipl. K. Friedrich I. v. 30, Juli 1167 (cod. p. 391.), worin er dem Erzb. Reinold von Köln zum Lohne für dessen Hülfe in Italien eine Schenkung macht: „ei et ejus successoribus omnibus archiepiscopis Coloniensibus concedimus, largimur, donamus et in perpetuum confirmamus omne nostrum jus et dominium ac totam curtem nostram in Andernaco cum hominibus, possessionibus, pratis, pascuis, silvis, terris cultis et incultis et in moneta et in theloneo placitis piscationibus, molendinis et districtu omnique honore et justitia eidem curti attinente. Concedimus etiam, largimur et donamus ei ejusque successoribus omnibus in perpetuum totam curtim nostram Eckenhagen cum omnibus possessionibus argenti fodinis ac aliis curtis ejusdem justitiis et pertinentiis.“ .

[3]) In Sachsen setzte Karl d. G. 809 zum Schutze gegen die Normannen Eckbert, Gemahl einer seiner Verwandten, über die Sachsen zwischen Rhein und Weser als Statthalter (Herzog) ein. Vgl. Vita S. Idae bei Pertz Scriptor. II. p. 571. Auf ihn folgte sein Sohn Ludolf † 864, der auch „dux Saxonum Orientalium fuit,“ und Enkel Bruno † 880 und Otto der Erlauchte † 912, auf letztern sein Sohn Heinrich, der Kaiser. Heinrichs Sohn, K. Otto I. gab 961 den nordöstlichen Theil des Herzogthums dem Hermann Billung † 973, in dessen Familie (Bernard I. † 1001, Bernard II. † 1010, Otto † 1061, Magnus 1073—1106) es bis zum Aussterben des Mannsstammes blieb. Heinrich V. verlieh es hierauf 1106 dem Lothar von Supplinburg, dem durch seine Gemahlin (Richenza, Tochter des Grafen von Nordheim) Braunschweig zugebracht wurde. Lothar gab es nach seiner Erhebung zur Kaiserwürde 1127 Heinrich dem Stolzen (Gemahl seiner Tochter Gertrud) aus dem Hause der Welfen, Herzog von Baiern.

Das zweite Herzogthum war Baiern. Hier folgte Arnulf seinem Vater, dem 985 mit der bairischen Mark beliehenen Grafen Liutbold, welcher im Treffen gegen die

tiges Element dieser Lösung durch die Bildung von Stammesherrschaften entstanden. Die auf grossem Allodialbesitze, zahlreichen Beneficien und in Folge dessen einer Schaar von Vasallen beruhende bedeutende Macht der Herzöge machte es leicht, das Amt, welches den vollen Heerbann, die Sorge für die öffentliche Sicherheit und ziemlich auch die übrigen Befugnisse der Missi umfasste und hierdurch eine Hoheit über die Grossen des Sprengels gab, ebenfalls erblich zu machen. Dies gelang in einigen früher, wurde bei allen am Ende des 11. Jahrhunderts als die Regel angesehen, obwohl die Kaiser noch mehrfache Verleihungen vornahmen und auch das Herzogthum einzelne Malén wieder entzogen. Von den Herzögen hing wesentlich im 9. und 10. Jahrhundert die Wahl des Kaisers und die Leitung der Reichsangelegenheiten ab.

Ungarn blieb, 907 und bekam die Rechte des Herzogthums in ausgedehntem Maasse Ihm folgte 937 sein Sohn Eberhard. Diesen setzte Otto I. ab 938 und verlieh Baiern dem Bruder Arnulfs, dem Herzoge Berthold von Kärnthen; die übrigen Söhne behielten einzelne Stammländer, so Arnulf den obern Donaugau (Graf von Scheiern, später Wittelsbach), Hermann bekam 939 die Rheinpfalz. Das Herzogthum Baiern war in verschiedenen Händen, bis es 1071 an Welf I., des Markgrafen Azo von Este Sohn kam († 1101), von ihm auf seinen Sohn Welf II. († 1120), den Bruder von diesem Heinrich den Schwarzen, welcher mit des H. Magnus von Sachsen Tochter Wulfhilde vermählt war. Nach seinem Tode fiel es 1126 an Heinrich den Stolzen..

Kärnthen (vgl. das vorher über Baiern Gesagte) war von 938—976, 983—985, 989—995 mit Baiern vereinigt, seit 996 ein selbstständiges Herzogthum.

Schwaben wurde ein Herzogthum nach der Hinrichtung der Kammerboten Erchanger und Berchtold (917), nach der die schwäbischen Grossen den („comes et princeps Alamannorum“, „dux Alamanniae“) Burchard zum „dux“ wählten. Das Herzogthum war bis 1079 in verschiedenen Händen, zuletzt in der Hand Rudolphs von Rheinfelden, des Gemahls der (Tochter Heinrichs III. und Agnes) Mechtildis, † 1080 bei Merseburg. Heinrich gab es darauf dem Grafen Friedrich von Staufen, Gemahl seiner Tochter Agnes, † 1105. In dessen Familie blieb es bis zum Untergange des Geschlechts.

Zähringen wurde Herzogthum unter Berthold, Graf des Breisgau, Herzog von Kärnthen und Markgraf von Verona. Es begriff unter sich die westlichen Theile Alemanniens mit der Reichsvogtei über Zürich. In Bertholds Familie blieb es bis zum Aussterben des Hauptstammes 1218. Die jüngere Linie (abstammend von Bertholds Bruder Hermann) nannte sich von dem Markgrafenthum Verona Markgrafen und war im Besitze einzelner schwäbischer Stammlande. Seit der Mitte des 12. Jahrhunderts erscheinen sie unter dem Namen Markgrafen von Baden.

Franken bildete kein eigentliches Herzogthum. Graf Konrad (der spätere König Konrad I.) und dessen Bruder Eberhard werden zwar duces genannt, jedoch weder allein noch auch in der Weise, dass man daraus auf ein fränkisches Herzogthum schliessen könnte. Es erscheinen daher im 11. Jahrhundert noch nuntii camerae in Franken, das auch später kein eigentliches Herzogthum bildete.

Ober- und Nieder-Lothringen waren schon im 9. Jahrhundert selbstständige Herzogthümer.

III. Gleiche Gründe führten die Erblichkeit der Markgrafen-Aemter, welche im zehnten und eilften Jahrhundert noch vermehrt wurden, herbei, wodurch an den Ostgrenzen der Grund zu mächtigen Herzogthümern gelegt wurde.[4])

IV. Lag auf der einen Seite in den Herzogen und Markgrafen seit der Erblichkeit der Würde ein grosses Hinderniss für die starke einheitliche Macht des Kaisers, so bildeten dieselben auf der andren Seite auch ein Gegengewicht gegen das fortwährende Streben der Bischöfe, Aebte und Grafen zur Vergrösserung ihrer Macht. So lag in der That noch bis ins 12. Jahrhundert die Entscheidung der Reichsangelegenheiten in der Hand des Kaisers, welchem mit Rath und Beschluss zur Seite standen die Bischöfe, Herzoge, Markgrafen und jene wenigen übrigen Grossen, denen die Exemtion vom Herzogthume mit den herzoglichen Rechten ertheilt war. Dieser Zustand änderte sich bedeutend, als von der Mitte des 12. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts die alten Herzogthümer, deren

---

[4]) Vgl. §. 20. — Die Ostmark wurde nach Besiegung der Ungarn und deren gänzlicher Zurückdrängung aus dem Reichsgebiete erneuert. Sie kam zuerst an Burchard. Otto II. gab sicher vor 976 die Mark Leopold I. dem Erlauchten aus dem Hause des Grafen Adalbert von Babenberg (Bamberg), der vorher Graf des bairischen Donaugaues war († 994 zu Würzburg). Ihm folgte durch kaiserliche Verleihung sein ältester Sohn Heinrich I., † 1018, darauf der vierte Sohn Leopolds, Adalbert I., † 1056. Unter Heinrich I. kommt in einer Urk. K. Otto III. v. 996 zum Erstenmale der Name Oesterreich — Ostirrichi — vor. Auf Adalbert („victoriosus"), der die Mark bis zur Leitha ausdehnte, folgte, da der älteste mit der Mark bereits beliehene Leopold schon 1043 gestorben war, dessen zweiter Sohn Ernst („strenuus," der Tapfere), der 1075 in der Schlacht an der Unstrut fiel. Die Mark erhielt Ernsts Sohn Leopold der Schöne; ihm nahm sie Heinrich IV. ab und gab sie dem H. Wratislav von Böhmen. Dieser besiegte 1082. 12. Mai Leopold bei Mailberg, wurde aber 1083 von ihm aus Oesterreich vertrieben. Leopold starb im Besitze der Mark 1096. Ihm folgte sein Sohn Leopold III. der Heilige, † 1137, diesem sein jüngster Sohn Leopold IV., † 1141.

Die von Karl d. G. gegen die Slaven errichteten Marken zerfielen allmälig. Graf Gero (Markgraf im östlichen Sachsen) schuf in Nordthüringen aus Theilen der serbischen (Meissen, Bautzen, Sorau) und sächsischen Mark (Land zwischen Ohre und Elbe) und der Gegend von Brandenburg eine neue Mark, welche nach dessen Tode 965 zerfiel in a) Nordmark, deren Hauptsitz seit Albrecht Brandenburg wurde, wovon sie den Namen erhielt. Sie hatte von 965 an sechs Markgrafen, kam 1056 an den Grafen Udo von Stade, in dessen Familie sie bis 1130 blieb, wo sie Konrad I. aus einer Nebenlinie erhielt. Von ihm kam sie 1134 an Albrecht den Bären, Sohn des Grafen Otto von Ballenstädt aus dem Hause Anhalt. b) Meissen, welches eine selbstständige Markgrafschaft blieb bis zu der unter Markgraf Heinrich III. (1220) erfolgten Vereinigung mit Thüringen. c) Lausitz, die 1210 Dietrich von Meissen erwarb.

Die Ostmark stand unter dem bairischen, die übrigen unter dem sächsischen Herzogthume.

Vernichtung gleichergestalt in des Kaisers wie der dem Herzogthume untergebenen Grossen Vortheile zu liegen schien, zersplittert wurden und sich auf deren Trümmern theils neue bildeten, theils zahlreiche Grafen die volle Unabhängigkeit erwarben.[5]) Hierdurch fiel von selbst die Machtbefugniss des herzoglichen Amtes allen bisher unter den Herzogen stehenden Grossen zu, welche sich im Besitze der Selbstständigkeit zu behaupten vermochten. Dies gelang den Meisten; einzelne aber blieben unter der Oberhoheit von andren Fürsten,

---

[5]) K. Konrad III. belegte H. Heinrich den Stolzen (vgl. nota 3.) 1138 mit der Reichsacht, nahm ihm seine Herzogthümer ab, gab Baiern seinem Stiefbruder (Leopold III. von Oesterreich war vermählt mit Agnes, Schwester Heinrichs V. und Wittwe des hohenstaufischen H. Friedrichs, des Vaters K. Konrads) Leopold IV. von Oesterreich, Sachsen Albrecht dem Bären. Auf Leopold folgte († 1141) in Oesterreich und Baiern dessen älterer Bruder Heinrich II. Jasomirgott, der sich mit der Wittwe Heinrichs d. St. (der 1139 gest. war) Gertrud vermählte. 1142 erhielt der Sohn Heinrichs d. St., Heinrich der Löwe, Sachsen, 1154 (aber erst 1156 verzichtete Heinrich Jasomirgott darauf) Baiern zurück. Von diesem aber wurde durch ein Privileg (vgl. §. 58. notal 8.) Oesterreich als selbstständiges Herzogthum getrennt. Auf den Reichstagen zu Goslar 1179, Würzburg und Gelnhausen 1180 wurde Heinrich beider Herzogthümer entsetzt. Baiern kam an den Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach. Vom Herzogthume rissen sich los die Bischöfe von Passau, Regensburg, Salzburg, Brixen, Seckau, Lavant, Chiemsee. Steiermark wurde 1180 zum selbstständigen Herzogthum erhoben, dessen Herzog Ottokar VI. es 1186 mit Zustimmung der Stände an H. Leopold V. von Oesterreich (1177—1194) schenkte, wozu der Kaiser seine Zustimmung gab. Weiter wurden selbstständig die Grafen von Andechs im Gebirge, die Grafen von Tirol (Herzöge von Meran) u. a. In Sachsen erhielt nach einer jedoch nicht unzweifelhaft echten Urkunde das Erzbisthum Köln das Herzogthum in den Grenzen des Kölner und Paderborner Diözesansprengels nebst allen Reichsländereien, den östlichen Theil Albrechts des Bären Sohn Bernhard von Anhalt, welcher auch den Herzogstitel führte. Dies trennte sich später in Sachsen-Wittenberg und Sachsen-Lauenburg. Aus den Erbgütern, welche Heinrich d. Löwe unter Fortführung des Herzogstitels behielt, wurde für dessen Enkel Otto vom K. Friedrich II. 1235 (Monum. Leg. II. p. 318.) ein auch im Weiberstamme vererbliches Herzogthum Braunschweig-Lüneburg als Reichslehen errichtet. Im alten Sachsenlande wurden nach und nach selbstständig: die Bisthümer Paderborn, Münster, Osnabrück, Hildesheim, Halberstadt, Erzb. Magdeburg, Schwerin, Verden, Lübeck, Erzb. Bremen; die Grafen von Arnsberg, Altena (zur Mark), Tecklenburg, Oldenburg, Holstein, Schwerin. Brandenburg wurde sofort 1142 mit allen Rechten des Herzogthums bewidmet.

Durch das Aussterben des Hauses der Hohenstaufen (1268) wurden vom Herzogthum befreit neben vielen geistlichen Herrn die Markgrafen von Baden, Pfalzgrafen von Tübingen, Grafen von Württemberg, Zollern, Herrn von Hohenlohe. Ebenso hatte dies Ereigniss auf Franken Einfluss, wo neben dem schon im 11. Jahrh. mit herzoglichen Rechten ausgestatteten Bisthume Würzburg eine Menge geistlicher und weltlicher Territorien sich bildete. Auch kamen in Schwaben, Franken und Baiern viele Städte unter das Reich.

andre wurden im Laufe der Zeit, zumal während des s. g. Interregnums, wieder unter dieselbe gebracht, oder auch davon frei.

V. Neben diesen neuen Territorialherrn war noch manches Gebiet im unmittelbaren Besitze des Reiches geblieben, besonders Städte, Burgen an den Grenzen, einzelne Landesgebiete. Diese standen bald unter Burggrafen (praefectus civitatis) oder Reichsvögten, Landvögten (advocatus provincialis), sind aber durch Erblichwerdung, Verpfändungen, denen keine Einlösung folgte, Verkauf und Verschenkung zum allergrössten Theile dem Reiche entfremdet worden.[6])

VI. Unter den verschiedenen Gebieten des Reiches treten bis ins spätere Mittelalter als ein eigenthümliches hervor die friesischen Seelande, welche ihre alte volksthümliche Verfassung behielten.[7])

VII. Fortwährend hatte sich von der Karolingischen Zeit an die Freiheit der zahlreichen Grafen und andren weltlichen Grossen bald zu Eigenthum, bald nach Beneficialrecht verliehenen königlichen Güter erhalten. Dazu hatten sich aber im Laufe der Zeit durch königliche Verleihung, Uebertragung Seitens der Kirche an Vögte und Vasallen, eine Menge neuer gesellt. So finden wir eine bedeutende Anzahl von Gebieten verschiedenen Umfangs, welche sich an einen Herrenhof (ein Schloss, eine Burg) anlehnen, dessen Herr über die Einwohner den Gerichtsbann und andre obrigkeitliche Rechte besass.[8])

---

[6]) Eine Masse von Material findet man für diese Verhältnisse in Pfeffinger Vitriarius illustr. unter den betreffenden Worten des Index.

[7]) Wiarda Ostfriesische Geschichte 1781—1813, 10 Bde. Dess. Von den Landtagen der Friesen in den mittleren Zeiten bei Upstalsboon, 1777.

[8]) In den Sammlungen der Urkunden (§. 39. A. 1.) und den Regesten von Böhmer findet man zahlreiche Beispiele. Die folgenden mögen zur Erläuterung dienen. Urk. K. Otto III. v. 19. Mai 992 (Günther, p. 88.), worin er seinen Getreuen Sigebod und Richwin concedirt, „ut faciant forestum infra spacium quod hic praenotatum est. . . Et in eodem foresto dedimus eis bannum nostrum . . ita ut nulla persona magna vel parva infra spacium supradictum aliquam feram vel bestiam, hoc est cervum aut cervam, aprum vel apram, aut hinnulum, sive aliam bestiam, quae ad bannum nostrum pertineat, sine licentia eorum insequi, venari aut capere praesumat, nisi statim sibi sicut nobis fieri solet in forestis nostris regium bannum persolvat.“ Urk. dess. v. 995 (ib. p. 90.) „. . Nos . . dedimus nostrae proprietatis praedium Donnissa dictum Becillino fideli nostro, atque id ipsum praedium in pago Nachgowe dicto et in pago Emichonis comitis situm, cum omnibus utensilibus suis, hoc est in mancipiis utriusque sexus, areis, aedificiis, terris cultis et incultis, agris, pratis, campis, pascuis, silvis, venationibus, aquis aquarumve decursibus, piscationibus, molendinis, viis et inviis, exitibus et reditibus, quaesitis et inquirendis, cunctisque aliis quae adhuc dici aut nominari possunt, et in proprium tradidimus, ea videlicet ratione, ut idem jam dictus Becilinus de praefata proprietate sibi a nobis tradita liberam dehinc faciendi quod velit potestatem habeat, sive eam tradere vel commutare aut vendere, seu magis

VIII. Völlig selbstständig, im Einzelnen je nach der Verfassung des Landes mit grösserer oder geringerer Herrschergewalt versehen, und nur in einer sehr losen Verbindung mit dem Reiche standen die Gebiete jener slavischen Fürsten, welche theils tributpflichtig waren, theils in Lehnsverband zum Reiche traten und überhaupt als Reichsfürsten anerkannt wurden.[9])

§. 69.

2. Die Landeshoheit.

I. Durch die in der Zeit vom Ende des 9. bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts erfolgten innern Umänderungen (§. 68.) zerfiel das Reich in eine grosse Zahl von Gebieten, deren Besitzer durch die Zersplitterung der alten Herzogthümer die volle herzogliche Gewalt, mit dieser die Unmittelbarkeit unter dem Kaiser erworben hatten. Neben ihnen waren allmälig nur wenige eigentliche Reichsgebiete unter Burggrafen, Reichs- oder Landvögten geblieben, zu denen sich als eine besondere Klasse die Pfalzgrafschaften[1]) gesellten. Alle diese Herrn vereinigten je nach der Verschiedenheit der historischen Entwicklung des Gebiets in ihrer Hand: die alten Grafenrechte, die herzoglichen, die Befugnisse, welche der Besitz von Immunitäten Herrnhöfen sowie das Verhältniss des Senior zum Vasallen verlieh. So war einerseits die rechtliche Stellung der Einwohner eines solchen Gebiets nicht durch das Wohnen, Befinden in dem-

---

sibi retinere voluerit." Vgl. Urk. Heinr. II. v. 1002, 1015, 1021 (ib. p. 98, 103, 106.) und 1044 (ib. p. 117.), worin Heinrich III. dem Kloster zu Neuss schenkt „curiam et omnia ad illam pertinentia absque servitio et placito ullius advocati in proprium tradidimus sitam in loco qui dicitur Bochhardum (Boppard) et in comitatu Berchtoldi comitis, ea videlicet ratione, ut praedicta ecclesia et ejusdem ecclesie abbatissa de prefata curia liberam dehinc potestatem habeat obtinendi, tradendi, commutandi, praecariandi et quicquid sibi ad usum ecclesie placuerit inde faciendi." — Ueber die Dinghöfe und ihre Rechte handelt ausführlich Zöpfl Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts. Bd. 1. Leipz. u. Heidelb. 1860.

[9]) Dahin Böhmen, Schlesien, Mähren (ausser Palacky Gesch. von Böhmen, vgl. man die Literatur bei: Pölitz Oesterr. Geschichte, neu herausgeg. von Ottokar Lorenz, Wien 1859), Pommern (Rügen), dessen Fürsten seit 1181 Herzöge des Reichs waren, Mecklenburg, dessen Fürsten Karl IV. im J. 1349 die Herzogswürde verlieh. Vgl. die Notate in Pfeffinger Vitriar. illustr. sub voc. duces Pomerani cet.

[1]) Pfaff Geschichte des Pfalzgrafenamtes, Halle 1847. Früher dess. dissert. de origine et natura potestatis quae fuit sacri palatii comitum, 1827. 4. Dönniges deutsch. Staatsr. S. 354 ff. 529 ff. Eichhorn R.G. §. 221. (II. 54 ff.). Walter R.G. §. 172 ff. Vgl. auch den Artikel bei Ersch u. Gruber. — Ueber die Pfalzgrafschaft am Rheine, Comes Palatinus Reni siehe Reiseisen de origine comit. palat. (Acta academiae palat. I. p. 99 sqq.), Häusser Gesch. der rhein. Pfalz. Heidelb. 1845. 2 Th., die schwäbische L. Schmidt Gesch. der Pfalzgr. von Tübingen, 1835.

selben bestimmt, wurde Niemand durch den blossen Aufenthalt (Wohnsitz) im Lande Unterthan, sondern jene richtete sich nach dem persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse vom Herrn, war mithin eine sehr mannigfaltige (§. 76.). Auf der andern Seite aber war durch das gemeinsame Merkmal der Erblichkeit und Eigenthümlichkeit bei den weltlichen, der Zuständigkeit an das Stift, Kloster u. s. w. bei den geistlichen Gebieten der Charakter des Amtes gänzlich in den Hintergrund, die Ausübung der Herrscherbefugnisse zu eignem Rechte kraft eines Amtes oder des Erbrechts in den Vordergrund getreten. Blieb auch für das Herzogsamt und die Reichslehen die fortwährende Belehnung des Kaisers, kam noch hin und wieder eine Entziehung wegen Verhängung der Reichsacht vor, so erschien doch allmälig Reichslehen und Amt nicht mehr gesondert; es fielen die verschiedenen Gründe der Herrnrechte in der praktischen Anschauung so sehr zusammen, dass die Herrlichkeit über das Land, die Hoheit über das Gebiet sich bilden musste. Schon im eilften, stärker aber im 12. und 13. Jahrhundert treten uns diese Gebiete entgegen unter dem Ausdrucke terrae, territoria, dominium, ihre Besitzer als domini, principes, rectores terrae.[2])

II. Die meisten Gebiete dieser Art bildeten jedoch keine zusammenhängenden Länder; sie waren bald durchbrochen von Herrnhöfen, Dinghöfen, deren Besitzer (liberi domini, dynastae, freie Herren) sich durch die Verhältnisse begünstigt von der Unterordnung unter die Grafengewalt bei der (im §. 68.) geschilderten Entwicklung zu befreien oder in der bereits früher erlangten Exemtion von jener zu erhalten gewusst hatten, — bald von Gebieten, welche vom Reiche oder geistlichen Fürsten als erbliche Lehen besessen wurden, namentlich Besitzungen der Vögte, — bald von den Besitzungen erblicher Burggrafen, welche mit dem Untergange der alten Gau- und Graf-

---

[2]) Juramentum pacis dei Henrici IV. imperatoris a. 1085 (Monum. Leg. II. p. 59.): „Qui vero absque inevitabili necessitate se subtraxerit, si principum terrae aliquis est decem libras, si nobilis quinque, si liber aut ministerialis duas, si servus aut lito quinque solidos persolvat, aut cutem et capillos perdat.“ Pactum Friderici I. cum Bertoldo duce a. 1152 (eod. p. 91.): „Dominus rex dabit eidem duci terram Burgundiae et Provinciae . . . Post discessum regis dux utrasque terras in potestate et ordinatione sua retinebit. . . Si quos autem episcopos comes Willehelmus vel alii principes ejusdem terrae investierint, eosdem dux investiat.“ Privil. domus Austriae (§. 58. Anm. 18.). Constitutio pacis Frid. I. a. 1158 (ib. p. 112.): „Duces, marchiones, comites, capitanei, valvassores, et omnium locorum rectores . . .“ Frid. II. statutum in favorem principum (ib. p. 282.): „Item locum cente nemo mutabit sine consensu domini terre. Item conductum principum per terram eorum, quam de manu nostra tenent in feodo . .“ Der Ausdruck principes imperii, ecclesiastici, seculares, mundani findet sich an zahllosen Stellen im zweiten Bande der Leges. Vgl. die Stellen in nota 3 ff. dieses §.

schaftsverfassung selbstständig geworden waren. Hierzu kamen noch Gebiete, meist bestehend aus einem Schlosse, einer Burg nebst Gütern und Grundholden, die nachgebornen Söhnen zur Abfindung gegeben bei deren Nachkommenschaft erblich verblieben oder aus Stücken einer zersplitterten Grafschaft bestanden. Solche Besitzer nahmen sehr früh den Grafentitel von ihrem Sitze an und führten ihn fort (Burggrafen). Eine weitere Durchbrechung hatte ihren Grund darin, dass seit der Ausbildung der vollen Erblichkeit des Grafenamtes bei der Vereinigung mehrer Grafschaften in derselben Hand das Gericht häufig zu Lehen gegeben wurde, woraus sich regelmässig Erblichkeit bildete. Dazu kam noch, dass viele Dynasten sich als Vasallen einem mächtigen Nachbarn unterworfen hatten, einzelnen Herzogen u. s. w. Beneficien in andern Territorien zustanden oder Vasallen und Ministerialen des Reichs behufs des Heerbannes zugewiesen waren.

III. Seit der Durchbrechung der alten Herzogthümer richtete sich, da die Kaiser die Grossen in das alte Abhängigkeitsverhältniss zurückzubringen ausser Stande waren, das natürliche Bestreben aller unmittelbaren Herrn dahin, ihre Herrschaft von der bisherigen persönlichen Grundlage zu befreien und zu einer Vollgewalt über das Territorium zu gestalten. Hier traten ihnen zwar die gemeinsamen Interessen aller kleinern Herrn entgegen, auf deren Seite der Kaiser zu stehen schien. Aber einmal vermochte ihre nur für ihr angestammtes Gut ganz selbstständige deshalb regelmässig geringe Macht und die Unmöglichkeit vereinten Handelns dem Streben der Grossen keinen dauernden Einhalt zu thun. Sodann lag es im Interesse der freien Grundbesitzer, bei den vielfachen Anforderungen und Lasten einen grössern Herrn zu haben. Weiter hatten die grossen Herrn durch ihren bedeutenden Allodial- und Lehenbesitz Mittel, sich zahlreiche Anhänger zu verschaffen; endlich liessen die Verhältnisse in Italien und besonders die Streitigkeiten mit den Päpsten die hohenstaufischen Kaiser nicht dahin gelangen, die in den Verhältnissen liegenden Mittel anzuwenden, welche eine grössere Kräftigung der kaiserlichen Macht auf Kosten der emporkeimenden Landesherrn hätten bewirken können. So wurden bereits im 13. Jahrhundert für die Bildung der Landeshoheit die Grundlagen gelegt, auf denen sie unaufhaltsam vorwärts schritt. Diese waren die allmälige Abschliessung der Territorien und die Aufhebung der beziehentlich Ausschliessung neuer Exemtionen.

IV. Was zur Erreichung dieses Zieles durch die Privilegien Friedrichs II. die geistlichen Fürsten im Jahre 1220,[3]) alle aber 1232[4]) erlangt hatten, be-

---

[3]) Confoederatio cum Principibus ecclesiasticis a. 1220, 26. Apr. u. Nov. 1234 (Leg. II. p. 236.): „. . . 1. Primo promittentes, quod nunquam deinceps in morte cujusquam principis ecclesiastici reliquias suas fisco vindicabimus. Inhibentes etiam, ne laicus quisquam aliquo pretextu sibi eas vindicet, set cedant successori, si antecessor

haupteten sie von da ab um so mehr, als diese Zusagen theils wesentlich nur bereits Bestehendes anerkannten, jedenfalls bereits in der ersten Hälfte des

---

intestatus decesserit. Cujus testamentum, si quod inde fecerit, volumus esse ratum. 2. Item nova thelonea et novas monetas in ipsorum territoriis sive jurisdictionibus, eis inconsultis seu nolentibus non statuemus de cetero; set antiqua thelonea et jura monetarum eorum ecclesiis concessa, inconvulsa et firma conservabimus et tuebimur . . . 3. Item homines, quocunque genere servitutis ipsis attinentes, quacumque causa ne ab eorum obsequiis alienaverint, in nostris civitatibus non recipiemus in eorum prejudicium; et idem ab ipsis inter se, eisque a laicis omnibus, inviolabiliter volumus observari. 4. Item statuimus, ne quis ecclesiam aliquam in bonis suis dampnificet occasione advocatie eorumdem bonorum; set si dampnificaverit, dampnum in duplo restituat, et centum marcas argenti camere nostre solvat. 5. Garantie der Lehen. 6. Beachtung von Excommunicationen derselben. 7. Et quia gladius materialis constitutus est in subsidium gladii spiritualis, excommunicationem, si excommunicatos in ea ultra sex septimanas perstitisse, predictorum modorum (scil. per litteras vel per nuntios) aliquo nobis constiterit, nostra proscriptio subsequatur; non revocanda, nisi prius excommunicatio revocetur. 8. Versprechen, sie bei ihren Rechten zu schützen. 9. Item constituimus, ut nulla edificia, castra videlicet seu civitates, in fundis ecclesiarum, vel occasione advocacie, vel aliquo quoquam pretextu, construantur; et si qua forte sunt constructa contra voluntatem eorum quibus fundi attinent, diruantur regia potestate. 10. Item inhibemus, ad imitationem avi nostri fel. mem. imperatoris Friderici, ne quis officialium nostrorum in civitatibus eorumdem principum jurisdictionem aliquam, sive in theloneis sive in monetis, seu in aliis officiis quibuscumque, sibi vendicet: nisi per octo dies ante curiam nostram ibidem publice indictam et per octo dies post eam finitam. Nec etiam per eosdem dies in aliquo excedere presumat jurisdictionem principis, et consuetudines civitatis. Quocienscumque autem ad aliquam civitatum eorum accesserimus sine nomine publice curie, nichil in ea juris habeant; set princeps et dominus ejus plena in ea gaudeat potestate . . ."

[4]) Zuerst gab der Sohn Friedrichs II., K. Heinrich, zu Worms den 1. Mai 1231 ein Statutum in favorem principum (Leg. II. p. 282 sq.), darauf folgte die curia Sibidati Friedrichs II. (ib. p. 291 sqq.): „Concedimus igitur, juxta quod idem rex filius noster noscitur concessisse, ac perpetue confirmacioni donamus, statuentes: quatenus nullum novum castrum vel civitas, in fundis ecclesiarum, vel occasione advocatie, per nos vel per quemquam alium sub pretextu quolibet construantur. Item: Quod nova fora non possint antiqua aliquatenus impedire — Nemo cogatur ad aliquod forum ire invitus — Strate antique non declinentur nisi de transeuncium voluntate — In civitatibus nostris novis bannitum miliare deponatur. — Unusquisque principum libertatibus, jurisdictionibus, comitatibus, centis, sive liberis vel infeodatis, utatur quiete secundum terre sue consuetudinem approbatam. — Centumgravii recipiant centas a domino terre, vel ab eo qui per dominum terre fuerit infeodatus. — Locum cente nemo mutabit sine consensu domini. — Ad centas nemo sinodalis vocetur. — Cives qui phalburgere dicuntur, penitus ejiciantur. — Census vini, pecunie, frumenti, vel alii quos rustici constituerunt hactenus sē soluturos, relaxentur, et ulterius non recipiantur. — Principum, nobilium, ministerialium, ecclesiarum homines proprii in civitatibus nostris non recipiantur. Item principibus, nobilibus, ministerialibus et ecclesiis proprietates et feoda per civitates nostras occupata restituantur, nec ulterius occupentur. — Item

13. Jahrhunderts im Rechtsleben völlige Anwendung fanden.[5]) Nachdem während des Interregnums die Herrn ihre Macht gefestigt hatten, manche kleinere im Laufe desselben wieder in Abhängigkeit gebracht, zu Vasallen gemacht waren, blieb den folgenden Kaisern nichts übrig als Anerkennung des Bestehenden.[6]) Die Unfähigkeit der Kaiser allein den Frieden im Reiche zu schützen und aufrecht zu halten (§. 73.) führte die Landesherrn zu stets grösseren Rechten; die Vergabungen von Reichsgut machten die Kaiser vollends machtlos und abhängig von einer Hausmacht. Auf Errichtung dieser ging wesentlich von Rudolph von Habsburg an das Streben aller Kaiser. Hierdurch aber fiel ihr Interesse mit dem der Landesherrn zusammen. Seine feste Grundlage bekam der Abschluss der Territorien, nachdem bereits früher ihre Untheilbarkeit ausgesprochen und die Nichtberechtigung des Königs, dieselben zu behalten, festgesetzt war,[7]) durch die Satzungen der goldnen Bulle hin-

---

conductum principum per terram eorum, quam de manu nostra tenent in feodo, per nos vel per nostros non impediemus vel infringi paciemur. — Item non compellantur aliqui per scultetos nostros ad restitutionem eorum que a longinquo tempore ab hominibus receperant priusquam se in nostris civitatibus collocarent nisi homines ipsi fuerint imperio immediate subjecti, quos tenebuntur juvare super eorum jure, in foro eorum in quorum terris talia sunt percepta. — Item in civitatibus nostris nullus terre dampnosus, vel a judice dampnatus, vel proscriptus, recipiatur scienter; recepti, convicti, ejiciantur. — Item nullam novam monetam in terra alicujus principis cudi? faciemus, per quam moneta ejusdem principis deterioretur. Item civitates nostre jurisdictionem suam ultra civitatis ambitum non extendant, nisi ad nos pertineat jurisdictio specialis. — Item in civitatibus nostris actor forum rei sequatur, nisi reus vel debitor principalis ibidem fuerit inventus, quo casu ibi tenebitur respondere. — Item nemo recipiat in pignore bona quibus quis infeodatus sit, sine consensu et manu domini principalis. — Item ad opera civitatum nemo cogatur, nisi de jure teneatur. — Item homines in nostris civitatibus residentes consueta et debita jura de bonis extra civitatem suis dominis et advocatis persolvant, neque indebitis exactionibus molestentur. — Item homines proprii, advocaticii, feodales, qui ad dominos suos transire voluerint, ad manendum per officiales nostros non artentur."

[5]) Vgl. Sachsp. III. 52 ff., Schwabsp. cap. 99 ff. (Wack.)

[6]) Rudolph von Habsburg bestätigte die mitgetheilten Privilegien in curia Nurenbergae a. 1274. 19. Nov. (Leg. II. p. 399 sqq.) und Spirae a. 1275 (ib. p. 401 sq.). Die geringen Abweichungen kommen hier nicht in Betracht.

[7]) Frid. I. constit. de jure feudor. a. 1158 (Leg. II. p. 113 sq.) „Praeterea ducatus, marchia, comitatus, de cetero non dividantur." Curia Ratisbon. a. 1281 (ib. p. 426.) „ . . . dictatum et etiam approbatum, quod curie et alia bona principum ad principatus suos spectantia, sive Ratispone sive alibi, ubicunque sita, alienari non possint, nec de eis aliquid per ipsos principes ordinari, quod successoribus prejudicium aliquod valeat generare . . ." Sent. in curia August. a. 1283 (ib. p. 442.): „. . quod nullus comitatus sub Romano imperio sine nostro consensu possit vel debeat dividi vel vendi, aut distrahi pars aliqua, per quam esset comitatus hujusmodi diminutus . ." Sps. III. 53. §. 3. „Man ne mut ok nen gerichte delen, noch ganz lien noch del, de

sichtlich der Kurfürstenthümer und Kurfürsten.[8] **Deren Stellung bildete** fortan **das** von **Allen angestrebte nach und nach durch kaiserliche** Verleihung und

---

dem it dar gelegen is, so dat dar volge an si unde it die lantlüde liden solen; it ne si en sunderlik grafscap, die in en vanlen hore; die ne mut man san nicht ledich hebben: Also ne mut die koning nen vanlen, he ne verlie't binnen jar unde dage." Schws. c. 101. (W.) „Man enmac mit rehte dehein fürsten ampt zwein mannen gelîhen. Geschihet ez aber, ire deweder mac dâ von ein fürste geheizen noh gesîn. alsô enmac man weder marcgrâveschaft noch phalenzgrâfschaft noch grâveschaft. unde swer si teilet, sô hânt si iren namen verloren. Der künic sol mit rehte diser hêrschefte deheine in sîner gewalt hân jâr unde tac: er sol si hin lîhen. unde tuot er des niht, daz klagen die herren unde ander daz in werre dem phalzgrâven von Rîne. der ist ze rehte rihter über den künic." Sps. III. 64. §. 6. „Koninges ban ne mut nieman lien wen die koning selve. Die koning ne mach mit rechte nicht weigeren den ban to liene, deme it gerichte gelegen is."

[8]) Bulla aurea Karoli IV. a. 1356 cap. IX. §. 1. „. . statuimus, . . . quod successores nostri Boemiae Reges, nec non universi et singuli Principes Electores, ecclesiastici et seculares, qui perpetuo fuerint, universas auri et argenti fodinas, atque mineras stanni, cupri, ferri, plumbi, et alterius cujuscunque generis metalli, ac eciam salis tam inventas quam inveniendas in posterum, quibuscunque temporibus in Regno predicto, aut terris et pertinenciis eidem Regno subjectis, nec non supradicti Principes in Principatibus, terris, dominiis, et pertinenciis suis tenere juste possint, et legitime possidere cum omnibus juribus, nullo prorsus excepto, prout possunt seu consueverunt talia possideri. §. 2. Nec non Judeos habere, thelonea, in preterito statuta et indicta percipere. Cap. X. dehnt das unbedingte Münzrecht und Recht der Gebietsvergrösserung auf alle Kurfürsten aus. Cap. XI. §. 1. Statuimus eciam, ut nulli comites, barones, nobiles, feudales, vasalli, castrenses, milites, clientes, cives, burgenses, nulle quoque persone, Coloniensi, Moguntinensi et Treverensi ecclesiis subjecti vel subjecte, cujuscunque status, condicionis vel dignitatis existant, ad cujuscunque actoris instantiam, extra territorium et terminos ac limites earundem ecclesiarum et pertinenciarum suarum, ad quodcunque aliud tribunal, seu cujusvis alterius, praeterquam archiepiscoporum Mag. Trever. et Colon. et judicum suorum judicium citari potuerint temporibus retroactis, vel trahi seu vocari debeant perpetuis in antea temporibus . . . §. 2. Quod si . . . predictos . . . subditos . . ad cujuscunque instanciam, seu ad cujuscunque tribunal, pro quacunque causa criminali, civili, vel mixta, seu quocunque negocio . . . . citari contingeret, comparere vel respondere minime teneantur, et citacio ac processus, et sentencie interlocutorie vel diffinitive contra non venientes a talibus judicibus extraneis late vel facte, fiende vel ferende, nec non precepta et premissorum execuciones, et omnia, quae ex eis, vel aliquo eorum quolibet sequi attemptari possent, vel fieri, irrita decernimus eo ipso. §. 3. Adjicientes expresse, quod nulli . . . . . . a processibus, sentenciis interlocutoriis et diffinitivis, ... ad quodcunque tribunal aliud liceat appellare, quamdiu in archiepiscoporum predictorum et suorum judicio querulantibus non fuerit justicia denegata, appellationes contra hoc factas non recipi statuimus, cassasque et irritas nunciamus. §. 4. In defectu vero justiciae omnibus ad Imperialem duntaxat Curiam et tribunal, seu judicis immediate in Imperiali Curia pro tempore presidentis audienciam, et etiam eo casu non ad quemvis alium judicem sive ordinarium sive eciam delegatum, hiis quibus denegata fuerit

blosse Uebung erreichte Ziel.[9]) Wären die nachfolgenden Kaiser auch weniger um ihr Hausland besorgt und energische Charaktere gewesen, sie hätten dennoch unter dem Einflusse der Verhältnisse, namentlich wegen der zur Handhabung des Reichsfriedens nothwendigen Unterhandlungen mit den als Stände des Reichs als geschlossener Körper ihnen entgegentretenden Fürsten der einmal begonnenen Entwicklung kein Ziel setzen können. An die Stelle der persönlichen Abhängigkeit war die Unterthanenschaft der Landeseinwohner getreten, während umgekehrt der Verband der Landesherrn mit dem Reiche immer lockerer wurde. So trat bereits durch das ganze 15. Jahrhundert allgemein der Charakter der Landesherrlichkeit dahin auf, dass, wer im Lande wohnt, von Landesbewohnern geboren ist, dessen Herrn untersteht, dass jedwede Exemtion von ihm ausgeht. Die noch immer vorhandenen Ausnahmen kommen allmälig kaum in Betracht.

B. König und Reich.

§. 70.

1. Erlangung der Königswürde.[1]) Stellung des Königs.

I. Arnulfs Wahl zum Könige sowie die seines Sohnes hatte ohne Zweifel ihren Grund in deren Abstammung von den Karolingern. Mit dem Aussterben dieser fiel fort jedes Anrecht auf den Thron, den naturgemäss die Wahl der Grossen (§. 68.) vergab. Die Berechtigung der einzelnen Wähler setzte vor der goldnen Bulle kein Rechtssatz fest; es entschied die Geschichte allmälig für eine kleine Zahl von Fürsten, die Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln,

---

justicia, liceat appellare . . . §. 5. Eandem constitutionem ad . . comitem Palatinum Reni, Ducem Saxonie et Marchionem Brandenburgensem, Principes Electores seculares, sive laicos, heredes, successores et subditos eorum plene extendi volumus sub omnibus modis et conditionibus, ut prefertur." Wegen der Exemtion Böhmens s. cap. VIII. Cap. XIII. revozirt alle Privilegien, welche den Rechten der Kurfürsten zu nahe treten; c. XXIV. „de crimine lese majestatis Principum Electorum." Cap. XXV. „Decernimus . . . quod ex nunc in antea . . . insignes et magnifici Principatus, videlicet Regnum Boemie, Comitatus Palatinus Reni, Ducatus Saxonie, et Marchionatus Brandenburgensis terre, districtus, homagia, vasallagia, et alia quevis ad ipsa spectantia, scindi dividi, seu quavis conditione dimembrari non debeant, sed ut potius in sua perfecta integritate perpetua maneant." §. 3 ff. über die Succession in dieselben.

[9]) Oesterreich hatte schon früher die Exemtion (§. 58. nota 18.). Wie weit diese aber um die Mitte des 14. Jahrhunderts ging, beweist das privilegium majus, welches gewiss der Uebung jener Zeit entspricht.

[1]) G. Phillips die deutsche Königswahl bis zur goldenen Bulle, Wien 1858 (von Neuem abgedr. im 3. Bande von dessen Vermischten Schriften, Wien 1860).

den Pfalzgrafen vom Rheine, Herzog von Sachsen, Markgrafen von Brandenburg und Herzog von Baiern; daneben, beziehentlich anstatt des letztern erscheint auch der König von Böhmen.[2])

II. In der goldenen Bulle[3]) (§. 58. III. a.) wurde das ausschliessliche Wahl-

---

[2]) Ssp. III. 57. 2. „In des keiseres kore sal die erste sin die bischop von megenze; die andere die von trere; die dridde die von kolne. Under den leien is die erste an' me kore die palenzgreve von brandeburch die kemerere. Die schenke des rikes die koning von behemen, die ne hevet nene kore, umme dat he nicht düdesch n'is. Sint kisen des rikes vorsten alle, papen unde leien. Die to 'me ersten an' me kore genant sin, die ne solen nicht kiesen na iren mutwillen, wenne sven die vorsten alle to koninge irwelt, den solen sie aller erst bi namen kiesen." Ssp. Lehnr. Art 4. §. 2. „Svenne aber die düdeschen enen koning kiesen, unde he to rome vert, to der wienge, so sint plichtich ses vorsten mit ime to varene. die de ersten in des rikes kore sin: die bischop von megenze unde von triere unde von kolne, unde die palenzgreve von 'me rine, die hertoge von sassen unde die marcgreve von brandeburch, durch dat dem paves wetenlik si des koninges redelike kore." Schws. c. 110: „Den künic sullen dri phafen fürsten unde vier leien fürsten kiesen. Der bischof von Menze ist kanzler ze diutschen landen; der hat die ersten stimme an der kür. Der bischolf von Triere ist kanzler über daz künicrich Arel; dêr hat die andern stimme an der kür. Der bischolf von Kollen der ist kanzler ze Lamparten, unde hat die dritten stimme an der kür. Daz sint driu fürsten ampt, diu hoerent ze der kür. under den leien fürsten so hat der phalenzgrave von Rine die ersten stimme an der kür; der ist des riches truhsaeze, unde er sol dem künige die ersten scüzel tragen. Der herzoge von Sahsen hat die andern stimme an der kür under den leien; der ist des küniges marschalc, unde sol dem künige sin swert tragen. Der marcgrave von Brandenburc der hat die dritten stimme an der kür, unde ist des riches kamerer, unde sol dem künige wazer geben. Der herzoge von Beiern hat die vierten stimme an der kür, unde ist des riches schenke, unde sol dem künige den ersten becher tragen. Dise vier sallen tiutsche man sin von vater unde von muoter oder von eintwederme." Siehe die §. 62. n. * A. c. angegebenen Schriften, welche diese Stellen erörtern. Vgl. noch Albertus Stadiens. ad a. 1237, 1240, 1245. — Gotfried von Hagen in der Kölner Reimchronik v. 1270. vers 21 ff.:

„Der leigen fürsten der sint vier,
der palantzgrave von me ryne,
darna voigt sich wail zo syn
der koninc van Beme an der kure, *
die node des riches reicht verlure."

Im Graf Rudolf (ed. W. Grimm 2. Ausg. Gött. 1844. 4.) heisst es, als der Reichstag beschrieben wird:

man saget joch svenne in durste,
so schenke im ein riche künic,
der ist kreftic unde vrumic,
der trage von ime die crone.

Grimm p. 44 f. weist nach, dass dies auf Wladislav II. geht, dem Friedrich I. im J. 1158 die Krone verlieh. S. hierüber auch Palacky Gesch. von Böhmen I. S. 437.

[3]) Cap. II. (cap. I. handelt über den conductus, Geleite, der Wahlfürsten).

recht beigelegt sieben Kurfürsten, den sechs vorher zuerst genannten und dem König von Böhmen. Die Wahl schreibt aus der Erzbischof von Mainz als Erzkanzler; sie findet statt in Frankfurt am Main. Auf sie folgt unter grossen Feierlichkeiten die Krönung zu Aachen; der so Gewählte und Gekrönte (Geweihte) heisst deutscher König, Rex Romanorum. Den letztern Titel „Römischer König" führten schon früh auch die bei Lebzeiten des Königs erwählten Nachfolger.

III. Mit dem Fortfallen des Erbrechts auf den Thron, welches trotz der Versuche Heinrichs VI., die Krone erblich an sein Haus zu bringen,[4]) nicht wieder eintrat, obwohl man selten von einem Hause abging, so lange noch *fähige* Nachkommen vorhanden waren,[5]) erschien von selbst als wahlfähig, wer ein vollkommen freier Herr (§. 84.) und körperlich wie geistig zur Regierung befähigt war.[6])

IV. Der König erscheint nach der Krönung als Franke und lebt nach fränkischem Rechte.[7])

C. VII. bestimmt, dass die Stimme am Territorium hafte, untheilbar sei und bei den weltlichen nach dem Rechte der Primogenitur vererbe. Ueber die ältern Wahlformen siehe die Fortsetzung der Stelle von Schwabsp. cap. 110.

[4]) Ficker de Henrici VI. conatu electiciam regum in imperio Romano-Germanico successionem in hereditariam mutandi, Bonnae 1849.

[5]) Dies zeigt das sächsische, fränkische und hohenstaufische Haus. Bruno de bello saxonico c. 91. (Monum. Scriptor. V. p. 365.): „Hoc etiam ibi (nemlich 1071 zu Forchheim bei der Wahl Rudolfs von Rheinfelden zum Gegenkönig Heinrichs IV.) consensu communi comprobatum, Romani pontificis auctoritate est corroboratum, ut regia potestas nulli per hereditatem, sicut ante fuit consuetudo, cederet, sed filius regis, etiam si valde dignus esset, potius per electionem spontaneam, quam per successionis lineam rex proveniret; si vero non esset dignus regis filius, vel si nollet eum populus, quem regem facere vellet haberet in potestate populus." Otto Frisingens. de gestis Frider. I. lib. II. c. 1. „Id juris Romani imperii apex, videlicet non per sanguinis propaginem descendere, sed per principum electionem reges creare, sib. tamquam ex singulari vendicat praerogativa."

[6]) Ssp. III. 54. 3. „Lamen man noch meselseken man, noch den die in des paves ban mit rechte komen is, den ne mut man nicht to koninge kiesen. Die koning sal wesen vri unde echt geboren, so dat he sin recht ok behalden hebbe." Schwsp. cap. 103. W. (123 L.): „Die fürsten sullen kiesen einen künic der ein vrier herre si, also vri daz sin vater unde sin muoter vri gewesen sint, unde sullen nicht mitter vrien sin, unde sullen niemans man sin wan der phafen fürsten man, unde sol mitter vrien ze man han. unde hant si wip genommen so man si kieset, unde ist diu niht also vri, so sol man si niht kiesen ze künige, wan daz wäre wider reht."

[7]) Oben §. 42. nota 7, — Ssp. III. 54. 4. „Die koning sal hebben vrenkesch recht svenne he gekoren is, von svelker bord he ok si, wanne alse die vranke sinen lif nicht verwerken ne mach, he ne werde in der hanthaften dat gevangen, oder ime ne si sin vrenkesch recht verdelet, also ne mach deme koninge neman an sin lif spreken ime ne si dat rike vore mit ordelen verdelt. Schws. c. 104. (W.), 123b. (L.).

V. Mit der deutschen Königswürde war seit Otto d. G.[8]) dauernd verbunden die römische Kaiserkrone; der deutsche König Imperator Romanorum, das deutsche Reich Sacrum Imperium Romanum Nationis Germanicae. Obwohl der Papst gebunden war, Keinen als den König der Deutschen zum römischen Kaiser zu weihen und zu krönen,[9]) machte sich doch aus der Verbindung der Königs- und Kaiserwürde ein Einfluss des Papstes auf die Wahl und Stellung des Königs geltend, der für das Verhältniss von Kirche und Staat im Mittelalter von der grössten Bedeutung wurde. Denn beruhte auch die königliche Macht auf der Wahl, und galt als unmittelbar von Gott übertragen,[10]) so brachte jenes Verhältniss von selbst mit sich,

---

[8]) Pact. Ottonis M. et Leonis VIII. übergegangen ins Decret. Grat. D. LXIII. c. 23. Mein System des Kirchenrechts S. 197 fg. in den Noten. Dasselbe hängt zusammen mit den Bestimmungen über die Papstwahl.

[9]) Dafür sind am interessantesten die Erklärungen Innocenz III. (Registr. de negotio imperii epist. 55. Coloniensi Archiep. bei Steph. Baluzius Epistolar. Innoc. III. Rom. Pont. Libri undecim cet. Paris. 1682. fol. T. I. p. 712 sq.): „. . . Nec te moveant maledicta quorumdam, qui nos asserunt libertatem electionis adimere Principibus voluisse, cum libertati eorum detulerimus potius in hoc facto, et illaesam eam duxerimus conservandam. Non enim eligimus nos personam, sed electo ab eorum parte majori, qui vocem habere in Imperatoris electione noscuntur, et ubi debuit et a quo debuit coronato, favorem praestitimus et praestamus, cum apostolica sedes illum in Imperatorem debeat coronare qui rite fuerit coronatus in Regem. In eo quoque stamus pro Principum libertate quod ei favorem penitus denegamus, qui sibi jure successionis imperium nititur vendicare . .“ Epist. 62. nobili viro duci Zaringiae (ib. p. 715. auf das Schreiben der Anhänger Phillips daselbst die Antwort). Er sagt, man werfe seinem Legaten vor, derselbe habe sich entweder als Wähler gerirt und dann eine fremde Saat gemähet oder als „cognitor“ und dann nicht in der Form Rechtens gehandelt, und fährt fort: „Verum nos qui secundum apostolicae servitutis officium sumus singulis in justitia debitores, sicut justitiam nostram ab aliis nolumus usurpari, sic jus Principum nobis nolumus vendicare. Unde illis Principibus jus et potestatem eligendi Regem, in Imperatorem postmodum promovendum recognoscimus ut debemus ad quos de jure ac antiqua consuetudine noscitur pertinere; praesertim cum ad eos jus et potestas hujusmodi ab apostolica sede pervenerit, quae Romanum imperium in persona magnifici Karoli a Graecis transtulit in Germanos. Sed et Principes recognoscere debent, et utique recognoscunt, quod jus et auctoritas examinandi personam electam in Regem et promovendum in imperium ad nos spectat qui eam inungimus, consecramus et coronamus. Est enim regulariter et generaliter observatum, ut ad eum examinatio personae pertineat ad quem impositio manus spectat. Numquid enim si Principes, non solum in discordia, sed etiam in concordia sacrilegum quemcunque vel excommunicatum in Regem, tyrannum vel fatuum, hereticum eligerent aut paganum, nos inungere, consecrare, ac coronare hominem hujusmodi deberemus? Absit omnino . . .“

[10]) Ssp. III. 51. 1. „Die düdeschen solen durch recht den koning kiesen. Svenne die gewiet wert von den bischopen die dar to gesat sin, unde up den stul to aken

dass beide Kronen der Art unzertrennlich erschienen, dass derjenige, welchem die kaiserliche verweigert oder abgesprochen werde, die königliche nicht behalten könne, dass der Bann der Kirche für den König den Verlust der Krone herbeiführen müsse.

VI. Die dritte Krone, welche der deutsche Kaiser seit Otto I. trug, war die des Königs von Italien. Als solcher wurde er gekrönt vom Erzbischofe von Milaand in Pavia, einzeln auch in Mailand oder Monza.[11])

VII. Als König hatte der deutsche Kaiser im Prinzipe dieselbe Macht wie früher (§. 42.) in Wirklichkeit aber war diese durch die veränderte Verfassung allmälig eine viel geringere geworden. Er erscheint zwar durch das ganze Mittelalter als Träger und Schützer des Friedens und Rechts; in seinem Namen wurde die Rechtspflege gehandhabt, der Friede geboten. Wem der *Königs*schutz entzogen wird durch die Achterklärung, der wird recht- und friedlos. Zunächst aber haben die Grafen, Herzoge u. s. w., kurz die Landesherrn, sehr grosse und wichtige Rechte erlangt, die durch Herkommen geschützt und vom Reiche selbst anerkannt auch der Kaiser nicht mehr zu kränken vermochte. Obwohl ferner der Grundsatz galt, dass dem Kaiser alle Rechte zuständen, welche die Fürsten nicht besonders erworben hätten, dass, wo er erscheine, die Fürstengewalt bezüglich des Gerichtsbannes und der Regalien aufhöre, so fiel doch mit der festen Gestaltung der landesherrlichen Gewalt fast jede Einflussnahme auf die Regierung der einzelnen Territorien

---

kumt, so hevet he koninglike walt unde koningliken namen. Svenne in die paves wiet, so hevet he des rikes gewalt unde keiserliken namen." Ssp. I. 1. (nota 14.). Dazu Glossa: „Das Reich hat man von niemand denn von Gott, ut di. 10. quoniam et 22. q. 3. quesitum (c. 8. D. X.; c. 45. C. XXIII. qu. 4. Das Citat der Ausgaben ist falsch.) Were es das der Keiser das Reich von dem Bapst hette, so möcht man in weltlichen Sachen sich beruffen von dem Keiser an den Bapst. Das widerspricht Bapst Alexander und sagt es gehöre an sein gericht nicht: de appel. si duobus et causam qui fil. sunt legit. (c. 7. x. de appell. II. 28; c. 4. x. qui fil. IV. 17.)." Schws. c. 98. (W.) „Die tiutschen kiesent den künic. daz erwarb in der künic Karl. Svenne er gewihet wirt, unde uf den stuol ze Ache gesezet wirt mit der willen die in erwelt hant: so hat er volleclichen des riches gewalt unde keiserlichen namen." Der Deutschspiegel c. 285. hat genau den Satz des Sachsenspiegels. — Decretum et constitutio ab Imperat. (Ludwig dem Bayer) et ordinibus de jure Imperat. facta 8. Aug. 1338 (abgedr. nach Leibnitz und Freher bei Oertel Grundges. p. 47 ff.) §. 4. „Et ea propter hac in perpetuum valitura lege decernimus, ut electus in Imperatorem concorditer vel a majori parte Electorum ex sola electione censeatur et habeatur ab omnibus pro vero et legitimo Imperatore, et eidem ab omnibus subjectis Imperio debeat obediri, et administrationem et jurisdictionem Imperialem et Imperialis potestatis plenitudinem habeat, et habere ac obtinere ab omnibus censeatur et firmiter asseratur."

[11]) Die Geschichte bei Muratori de corona ferrea in Anecdota Tom. II.

hinweg. Auch die Gerichtsbarkeit des Kaisers wurde stets beschränkter; an der Handhabung des Landfriedens, des Heerbännes nahmen die Fürsten mehr und mehr Antheil; die Regalien kamen in den Territorien gleichfalls an die Landesherrn. So übte der König die durch das Herkommen, das Gesetz und gute Gewohnheit ihm zustehenden Rechte. Kein Recht zu kränken, Jedem zu dem seinigen zu verhelfen, Allen Frieden zu geben, gelobte er feierlich bei der Krönung. Fehlt er dagegen, so richtet über ihn der Pfalzgraf vom Rheine als sein Stellvertreter mit den Fürsten.[12]) Als das Band, welches die Fürsten an den Kaiser knüpft, erscheint bis zum Ende des Reiches die Lehentreue.

---

[12]) Ueber die rechtliche Stellung des Königs vergl. man: Constit. pacis Frid. II. a. 1235 c. 4. de judiciis, Ssp. I. 59., III. 52. 2. „Den künic küset man to richtere over egen unde len unde over jewelkes mannes lif. Die keiser ne mach aver in allen landen nicht sin, unde al ungerichte nicht richten to aller tiet, dar umme liet he de vorsten grafscap unde den greven scultheitdum.“ III. 54. 1. „Len an gerichte ne mut neman hebben he ne si scepenbare vri, unde dat he deme koninge hulde du na vries mannes rechte, unde bi den hulden sik verplege, svenne man getüges an in tüt.“ III. 55. 1. „Over der vorsten lif unde ire gesunt ne mut neman richtere sin, wan die koning.“ III. 60. 2. „In svelke stat des rikes de koning kumt binnen deme rike, dar is ime ledich monte unde toln, unde in svelke lant he kumt, dar is ime ledich dat gerichte, dat he wol richten mut alle die klage, die vor gerichte nicht begunt noch nicht gelent ne sin.“ §. 4. das. — III. 64. (§. 69. nota 7.). Schws. (W.) c. 106. 112. 114. 115. u. a. — Ssp. III, 54. 2. „Als man den koning küset, so sol he deme rike hulde dun, unde sveren dat he recht sterke unde unrecht krenke unde it rike voresta na sime rechte, als he künne unde moge; seder ne sal he nümmer nenen eid dun, it ne si dat in die paves scüldege, dat he an'me rechten geloven tvivele. Dar na sal he getüch sin aller dinge, die man an in tüt, bi des rikes hulden; unde sin gelovede sal he dun vor den eid, dar man vrede sveret.“ Schws. c. 102. (122 L.) „Als man den künic kiuset, so sol er dem riche hulde sweren, unde sol in den eit vier dinc nemen. Daz er reht sterke, unde unreht krenke, unde daz riche verspreche an sinem rehte, unde daz riche alle zit mêre unde nit ermer mache. Diz schribet der künic an allen sinen brieven die er sendet, daz er das riche alle zit richende si, unde niht ermer mache. Als der künic uf den stuol ze Ache gesezet wirt mit dem meren teile der fürsten die in der welt hant, so sol er nimmer mer deheinen eit gesweren; wan umb ein dinc: ob in der pabest zihet daz er an dem gelouben zwivel. er muoz ouch der vrowen sweren die er ze ê nimt. daz hoeret aber hie zuo niht. wan svie ofte daz geschiet, daz ist reht. Ob er geziuc sol sin einer sache, des sol er helfende sin, unde sol sagen bi des riches hulden. daz sol man im gelouben. unde umbe swelicher sache ander liute swerent, für die eide sol er gelübde tuon. daz sol man gelouben.“ — Ssp. III. 52. 3. „wenne klaget man over den richtere, he sal antwerden vor deme scultheiten, wen die scultheite is richter siner schult; als is die palenzgreve over den keiser, unde die burchgrefe over den marcgreven.“ Schws. c. 110.; C. 121., 128., 130 c. (L.): „und wirt der kunc derselben schulde uberkomen, so ist er ze unreht an dem riche, da sol man in umb beclagen vor dem phalzgraven von dem rine. niemen mac geziuc uber in sin umb die schulde, wan die fursten si sin phafen oder leigen.“ vgl. Ssp. III. 54. 4. (vorherg.

VIII. Die Stellung und Aufgabe des Kaisers war aber auch eine kirchliche. Sein Verhältniss zum Papste und zur Kirche, daraus die Stellung der Kirche zum Staate im Mittelalter, beruhet auf der Anschauung, dass der Kaiser als weltliches Haupt der Christenheit, wie der Papst deren geistliches war, den Beruf hatte, Sorge zu tragen, dass die christliche Religion und Kirche aufrecht erhalten bleibe und Alle nach deren Geboten leben. Man legte dem Kaiser geradezu ein Imperium mundi bei.[13]) Ihm lag ob die Pflicht, als Advocatus der römischen Kirche vor Allem für den Stuhl Petri Sorge zu tragen, in Gemeinschaft mit dem Papste christlichen Glauben und echte christliche Sitte aufrecht zu halten und rein zu bewahren.[14]) In gewissem Sinne

---

nota 7.), Schws. c. 104. 105. (W.), c. 123 b., 124. (L.). Bulla aurea cap. V. §. 3. „Et quamvis Imperator sive Rex Romanorum super causis, pro quibus impetitus fuerit, habeat, sicut ex consuetudine introductum dicitur, coram Comite Palatino Reni, Sacri Imperii Archidapifero, Electore Principe respondere: illud tamen judicium Comes Palatinus ipse non alibi preterquam in Imperiali Curia, ubi Imperator seu Romanorum Rex *presens* extiterit, poterit exercere."

[13]) Siehe die Zusammenstellung bei Pfeffinger Vitriar. illustr. Lib. I. tit. IV. §. 7. (T. I. p. 375 sqq.) von Savigny Gesch. d. röm. Rechts IV. S. 171 fgg.

Daraus leitete man das Recht des Kaisers ab, den Königstitel fremden Fürsten zu geben (dasselbe Recht hat der Papst bis auf die neueste Zeit faktisch geübt), die Thatsachen stellt zusammen Pfeffinger l. c. tit. V. §. 8. (I. p. 423 sqq.). — Es erscheint das deutsche Reich des Mittelalters deshalb auch nicht als ein nationales im engsten Sinne, sondern umfasste verschiedene Nationen, welche ihre volle nationale Berechtigung behielten. Das zeigt besonders die Bestimmung — welche offenbar die regula cancellariae de idiomate nachahmt — der aurea bulla cap. XXX., dass die Söhne der weltlichen Kurfürsten vom 7. Jahre an böhmisch und italienisch lernen sollten, damit sie es mit 14 Jahren verständen und so später fähig seien, die Rechtssachen aus diesen Ländern ohne fremde Hülfe mit dem Kaiser zu entscheiden. Der hier ausgesprocheue Satz findet seine Bestätigung ganz besonders in Sachsp. III. 71. „Jewellk man den man sculdeget mach wol wegeren to antwerdene, man ne scüldege ine an der sprake, die ime angeboren is, of he düdisch nicht ne kan unde sin recht dar to dut. Scüldeget man ine denne an siner sprake, so mut he antwerden, oder sin vorspreke von sinent halven, als it die klegere unde die richtere verneme. §. 2. Hevet aver he in düdeschem geklaget oder geantwerdet oder ordel gevunden vor gerichte, unde mach man's ine vertügen, he mut antwerden in düdischem, ane vor deme rike, wende dar hevet manlik recht na siner bort." Vgl. §. 22. II. Das deutsche Recht des Mittelalters beweist, dass es nicht deutsche Art ist, eine Nationalität auf ihrem Gebiete zu unterdrücken, dass aber die Nationalität nicht als Grundlage der Staatenbildung angesehen werden kann.

[14]) Hieraus der Antheil des Kaisers bei der Papstwahl: Mein System des Kirchenrechts a. a. O.; über das Verhältniss des Papstes zum Kaiser überhaupt meine Lehre von den Quellen des Kirchenr. §. 79. (Kathol. Kirchenr. I. S. 363 ff.), mein Syst. d. Kirchenr. §. 85.

Promissio Imp. Frid. I. a. 1158 (Leg. II. p. 97.): „In nomine Christi promitto,

war somit zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt eine Einheit; gerade diese war in ihrer idealen Auffassung zwar einerseits die Quelle der grossartigsten Erscheinungen (Ritterthum, Kreuzzüge, Poesie), litt jedoch auch andrerseits

---

spondeo, atque polliceor ego N. imperator coram Deo et beato Petro, me protectorem ac defensorem esse hujus sanctae Romanae ecclesiae in omnibus utilitatibus, in quantum divino fultus fuero adjutorio secundum scire meum et posse." Dass der Kaiser aber nicht Vasall des Papstes war, erklären ausführlich die litterae Adriani papae excusatoriae vom 14. Juni 1158 (Leg. II. p. 106 sq.); den Eid des Papstes gegen den Kaiser s. Leg. II. p. 106. — Die verschiedenen Formen des Versprechens Seitens des Kaisers an den Papst s. im 2. Bande der Leges. — Const. Frid. II. a. 1220 (§. 69 n. 3.). Ssp. I. 1. „Tvei svert lit got in ertrike to bescermene de christenheit. Deme pavese is gesat dat geistlike, deme keisere dat wertlike. Deme pavese is ok gesat to ridene to bescedener tiet up eneme blanken perde unde de keiser sal ime den stegerip halden, dur dat de sadel nicht ne winde (hergenommen von dem auf einem Lehnsverhältnisse beruhenden Vorgange bei Lothar II., Friedrich I. und Friedrich II.). Dit is de beteknisse, svat deme pavese widersta, dat he mit geistlikeme rechte nicht gedvingen ne mach, dat it de keiser mit wertlikem rechte dvinge deme pavese gehorsam to wesene. So sal ok de geistlike gewalt helpen deme wertlikem rechte, of it is bedarf." Dazu die Glosse: „dat ene svert hadde sinte peter, dat het nu de paves; dat andere hadde johannes, dat het nu de keyser." Schws. c. 1. (W.) „Sint nu got des friedens fürste heizet, so liez er zwei swert hie uf erderiche, do er ze himmel fuor, ze schirme der kristenheit. diu lech got Sant Peter beidiu, daz eine mit geistlichem gerihte, unde daz ander mit wereltlichem gerihte. Daz wereltliche swert des gerihtes, daz lihet der pabst dem keiser. daz geistliche ist dem pabest gesezet daz er da mit rihte. Dem pabest ist gesezet ze bescheidenlicher zit ze riten uf einem blanken pherde unde der keiser sol dem pabest den stegreif haben, daz sich der satel iht winde. daz bezeichent als vil: swaz dem pabest widersteht, des er mit geistlichem gerihte nicht betwingen mac, daz sol der keiser unde ander wereltlich gerihte betwingen mit der achte. Als ein man ist in dem banne sehs wochen unde einen tac, so sol in der wereltliche rihter ze achte tuon. unde swer ouch in der achte ist sehs wochen unde einen tac, den sol man ze banne tuon." Ssp. III. 63. 2. „Ban scadet der sele unde ne nimt doch niemanne den lif, noch ne krenket niemanne ne lantrechte noch an lenrechte, dar ne folge des koninges aehte an." Ssp. III. 57. „Den keiser ne mut de paves noch neman bannen seder der tiet dat he gewiet is, ane umme dre sake: of he an'me geloven tviflet, oder sin echte wif let, oder godes hus tostoret." Der Schwabenspiegel c. 108 (W.) sagt, nachdem er denselben Satz hat: „Diz reht hat er als er ze keiser gewihet wird, unde tuot er da vor einem bischolfe iht oder jemande anders, der sol aber dem phalzgraven von Rine klagen, bi dem ersten, der sol sinem erzbischolfe klagen. der mac in mit rehte wohl bannen." Vgl. Sächs. Weichb. VIII. §. 1. 2. (Dan.) „Nu vornemet umme dy fursten unde vrie herren, wy sy mit den Romern zu rate wurden, unde alle dy do rittersnamen hatten. Dy wolden wissen, an welchem rechte daz rich besteen solde, unde sazten dem koninge zotan recht mit der fursten rate, daz er den stul zu Rome vorsteen salde von sente Peters halben mit dem werltlichen swerte, do er noch romischer voit von heist. Dorumme ist em ledik wurden in allen steten daz gerichte, so er komet in deutsche lant, obir alle gerichte, unde monze, unde zolle. — Dorumme daz er romischer voit ist, hirumme mag er synen lip nicht vorwirken, noch ouch an synen eren ich krenken, wen mit drien dingen, die wir uch ouch wollen sagen. Daz eyne ist,

an einer Unklarheit oder Unbestimmtheit, welche den Keim zu den grossen Kämpfen zwischen beiden Gewalten von Anfang in sich trug. Sie lag aber im Plane der weltgeschichtlichen Entwicklung. Vergeblich und falsch wäre es, an jene Zeit unseren Massstab anzulegen, sie als Muster aufzustellen für die Ordnung der Welt; ebenso aber auch lächerlich, die Männer in Kirche und Staat jener Zeit dafür zu tadeln, dass sie nicht die Maximen des 19. Jahrhunderts befolgten.

§. 71.

2. Die Reichs-Hofämter. Die Reichsvicarien.

I. Unter den aus der karolingischen Zeit (§. 45.) erhaltenen Reichsämtern war das erste das des Erzkanzlers, Archicancellarius, das sich allmälig in ein dreifaches theilte: für Deutschland (per Germaniam) mit dem erzbischöflichen Stuhle von Mainz, für Italien mit dem von Köln, für Gallien (per Galliam et regnum Arelatense) mit dem von Trier verknüpft.[1]) Nur das Amt des Mainzer Erzbischofs ist für das Reich dadurch von Bedeutung, dass mit ihm bis zum Untergange des Reiches die Leitung des Wahlgeschäfts, die Anordnungen und Beglaubigung der Reichstagsgeschäfte und die Bestellung der Personen verknüpft war, die beim Kaiser die wirklichen Kanzlerdienste versahen.

II. Von den Pfalzgrafenämtern blieb nur das des Pfalzgrafen vom Rheine von Bedeutung, insofern derselbe Richter im Gerichte der Fürsten war.[2]) Er hatte zugleich das Hofamt des Truchsess, Archidapifer, inne.[3])

III. Neben diesen führte der Herzog von Sachsen-Wittenberge[4]) das Amt

ab er den stul zu Rome vorstoren wolde, daz andere, ab er den unglouben sterken welde, daz dritte ab er sien elich wip lest. Welcher drier er eyns obirwunden wurde, so sal man ober en richten; man sal em daz houpt abeslaen mit eyner gulden barten, darumme daz er daz werltliche swert hat zu richten obir alle, die unrecht thun."

[1]) Das Mainzer bestätigte K. Albrecht 1298 (Böhmer Reg. a Conr. I. usque ad Henr. VI. num. 4946, 4948 (Vortritt von Trier). Ueber das Kölner s. mein System des Kirchenr. S. 250 Anm. 1., woraus sich dasselbe schon fürs 11. Jahrh. ergibt. In der Sent. a. 1174 (Leg. II. p. 145) unterschreibt, der Erzbischof wird selbst unter den Anwesenden aufgeführt, „ego Gothofredus cancellarius vice Philippi coloniensis archiepiscopi et Italiae regni archicancellarii recognovi." Die Bestätigung aller drei in Bulla aur. Karoli IV. cap. I. §. 18 sqq., cap. III. Vgl. auch Schws. c. 110. (§. 70 n. 2.) Reiches Material hat über die Aemter überhaupt Pfeffinger Vitriar. illustr. L. I. tit. XIII. u. XIV.

[2]) Siehe die Stellen im §. 70. n. 12. — Für die Geschichte Adolph. Fred. Jo. Riedel (Diss. inaug.) de comite palatii judiciis praefecto. Berol. 1831.

[3]) Siehe die §. 69. n. 1. angegebene Literatur.

[4]) Siehe §. 68 n. 5.

des **Marschalls**, Archimarescallus, der Markgraf von Brandenburg das des **Kämmerers**, Archicamerarius, endlich das **Schenkenamt** der König von Böhmen.[5])

IV. Den wirklichen Dienst leisteten lange Zeit hindurch Stellvertreter, für den Erzkanzler ein (Vice-) Cancellarius mit Notaren, für die anderen Officiales. Bis zur goldenen Bulle waren auch die Aemter dieser Officialen bei bestimmten Familien erblich geworden.[6]) Aus diesem Grunde wurden zur täglichen Dienstleistung Gehülfen bestellt aus den Reichsministerialen, welche sich im Gefolge des Kaisers befanden oder auf den Reichsgütern sassen, in denen der Kaiser seinen Aufenthalt nahm.[7]) So versahen die Erbämterinhaber ihre Amtsverrichtungen nur bei etwaigem Aufenthalte am Hofe; die Inhaber der Erzämter aber hatten nur bei Gelegenheit der Krönung wirkliche Dienstleistung.[8])

V. Mit den Erzämtern der genannten drei geistlichen und vier weltlichen Fürsten war zugleich verbunden die **Kurfürstenwürde**. Beides gab deren Trägern über die andern Fürsten ein Uebergewicht, zugleich aber auch gegenüber dem Kaiser eine besonders mächtige Stellung. Hierzu kam, dass die goldne Bulle sie als die Säulen des Reiches pries,[9]) die Stimme an das für

---

[5]) Bestätigt von Rudolph 1290 (Böhmer Reg. num. 4672; Reg. ab a. 1246 ad 1313 pag. 151).

[6]) Sie hiessen im Gegensatze der vorhergehendeu Erzämter die Reichs-Erbämter und waren nach der Bulla aur. cap. XXVII., XXIX. also vertheilt: Subcamerarius die Grafen von Falkenstein, Magister coquine die von Nortenberg, Vicepincerna die Grafen von Limburg, Vicemarescallus die Grafen von Pappenheim. Erbkämmerer waren seit dem 15. Jahrh. die von Weinsberg, dann seit Anfang des 16. die Grafen von Seinsheim, und die Fürsten und Grafen von Hohenzollern; Erbtruchsessen seit dem Ende des 15. Jahrh. die von Selden-Eck, seit dem Ende des 16. (belehnt 1538 in eventum) die Freiherrn spätern Grafen von Waldburg, welche übrigens bereits vor der goldnen Bulle dies Amt auch bekleideten. Vgl. Besoldus Thesaurus practicus cet. cum contin. Dietherri et Fritschii, Pedep. et Ratisp. 1740 fol. sub voce Erb-Aemter (P. I. p. 253 ff., P. II. p. 195), der noch andre nennt, Dokumente angibt u. die Sporteln nachweist, welche diese bei Belehnungen durch den Kaiser erhielten.

[7]) Bulla aurea cap. XXVII. §. 8. „Si tamen ipsi in Curia Imp. seu Regali tali presentes existant, et eorum quilibet in officio suo ministret: si vero ipsi vel eorum aliqui a prefata Curia se duxerint absentandos, extunc Imp. vel Regalis Curiae cottidiani ministri vice absencium, puta quilibet in loco ejus absentis, cui in vocabulo seu officio communicat, sicut geret officium, sic tollat in premissis et fructum.

[8]) Das Nähere Bulla aurea l. c. Der Marschall trug das Schwerdt, der Truchsess den Reichsapfel, der Kämmerer den Scepter.

[9]) So heisst es z. B. cap. III. §. 1. „Decor et gloria . . . Imperii, et honor cesareus, et Reipublicae grata compendia, . . . Principum Electorum concordi voluntate foventur, qui velut columpne proceres, sacrum edificium circumspecte prudencie solerti sustentant, quorum presidio dextra Imperialis potencie roboratur." Vgl. cap. und das in byzantinischem Geschmake abgefasste Proemium.

untheilbar erklärte Territorium band,[10]) und durch die Vorschrift, jährlich in einer Congregation die Reichsangelegenheiten zu berathen, sie zu einem directen Einflusse auf die Reichsregierung veranlassen musste.[11]) Obgleich nemlich gerade diese Satzung nicht ins Rechtsleben trat, so haben doch die Kurfürsten sich bei passender Gelegenheit vereinigt und entscheidend auf die Regierung gewirkt.[12])

VI. An diese obersten und natürlichen Räthe der Krone fiel bei der Abwesenheit des Königs und der Erledigung des Thrones die Verwaltung des Reichs. Im erstern Falle bestellten die Könige in der Regel in älterer Zeit den Pfalzgrafen, einzeln auch andere Fürsten, besonders die zu Nachfolgern Erwählten;[13]) im letztern Falle übte der Pfalzgraf und der Reichsmarschall das Amt der Reichsvicarien aus.[14])

---

[10]) Bulla aur. cap. VII. XX. XXV.

[11]) Bulla aur. cap. XII. de congregatione Principum. Vorher der Kurverein zu Rense 1338 und in Folge dessen die Const. Ludovici aus Frankfurt (Oertel l. c. p. 47 sqq.).

[12]) So bei den Verhandlungen über den Abschluss von Konkordaten unter Friedrich III. S. mein Kirchenrecht I. S. 482 fg. (Lehre von den Quellen des Kirchenrechts).

[13]) Die Bestellung des Pfalzgrafen kommt schon vor unter Karl II. im Conv. Carisiac. a. 877. c. 17. (Leg. I. pag. 540). Shws. c. 125. (L.; c. 106. W.) „und vert der kiunig von tüschem lande, so sol er einen hof gebieten, an die stat da er ze rehte sin sol, da sol er dem phallentzgraven von Rine den gewalt geben, daz er rihter si an des kiunigs stat, uber der fursten lip. unde git er im dez gewalt niht, so hat er kein reht dar an.“ — K. Otto setzte Hermann Billung zum Statthalter ein; unter Friedrich II. waren es dessen Sohn Albrecht und Heinrich. Material und Literatur bei Pfeffinger im Index sub voce vicarius, vicariatus.

[14]) Bulla aurea cap. V. Quociens . . vacare continget Imperium, illustris comes Palatinus Reni . . . ad manus futuri Regis . . . in partibus Reni et Suevie, et in Jure Franconico, racione Principatus seu Comitatus Palatini privilegii esse debet provisor ipsius Imperii, cum potestate judicia exercendi, ad beneficia ecclesiastica praesentandi, recolligendi redditus, et proventus, et investiendi de feudis, juramenta fidelitatis, vice et nomine Sacri Imperii recipiendi, que tamen per Regem Romanorum postea electum, suo tempore omnia innovari, et de novo sibi juramenta ipsa praestari debebunt, feudi Principum duntaxat exceptis et illis que Vanlehen vulgariter appellantur: quorum investituram et collationem soli Imperatori vel Regi Romanorum specialiter reservamus. Ipse tamen Comes Palatinus omne genus alienacionis seu obligacionis rerum Imperialium, hujusmodi provisionis tempore expresse sibi noverit interdictum. Et eodem jure provisionis illustrem Ducem Saxonie, Sacri Imperii Archimarescallum, frui volumus, in hiis locis, ubi Saxonica jura servantur, sub omnibus modis et condiciomibus, sicut superius est expressum.“ Ausführlich ist über das Vicariat des Pfalzgrafen bezüglich des Lehnswesens Schws. Lehnr. c. 147. L. — Gerlach Adolph. de Münchhausen de vicariatu italico, Hal. Magdeb. a. 1712. 4.

§. 72.

3. Die Reichsstände. Der Reichstag.

I. Wie in der fränkischen Zeit (§. 43.) standen dem Könige bei der Reichsregierung zur Seite die Grossen, deren Einfluss mit dem steten Abnehmen der königlichen Gewalt über die Territorien mehr und mehr stieg, bis er zu einem vollen Rechte der Mitregierung wurde, als jede Spur von dem ehemaligen Beamtencharakter derselben verwischt und aus deren verschiedenen Ordnungen eine geschlossene Korporation gegenüber dem Kaiser erstanden war. In den Besitz dieser Stellung traten von Anfang an: 1) die Inhaber der alten Herzogthümer und jene, welche bei deren Zersplitterung die vollen Herzogsrechte (§. 48.) über ihr Territorium erworben hatten, geistliche und weltliche,[1]) mochten sie den herzoglichen Namen führen[2]) oder ihren bisherigen beibehalten.[3]) Allen kam das gemeinsame Merkmal der blossen Abhängigkeit vom Kaiser, der Unmittelbarkeit unter ihm und dem Reiche zu; sie trugen ihr Land direct vom Reiche zum Lehen, wurden vom Kaiser unmittelbar, in Person, mit ihm beliehen. Ob der Einzelne Herzog, Bischof, Abt, Markgraf, Pfalzgraf, Graf hiess, war für seine rechtliche Stellung bis gegen das Ende des 12. Jahrhunderts ohne Einfluss. Von dem sachlichen Merkmale hiessen sie Fürsten, Principes.[4]) Der Gipfel ihrer Macht lag im königlichen Banne, den sie direct vom Könige hatten, und im Herzogthume, als dessen äusserer Ausdruck der Heerbann galt. Sein Zeichen, die Fahne, diente darum dem Kaiser bei der Belehnung als Symbol, woher der Name Fahnlehen für diese Länder. Mit der bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts eingetretenen festeren Bildung der landesherrlichen Gewalt und der ausgeprägteren Stellung der Landesherrn zum Kaiser und zu den kleinern Herrn trat der Fürstenstand

---

[1]) Siehe die Darstellung der neuen Territorialbildung des 12. und 13. Jahrhunderts im §. 68.

[2]) Wie Oesterreich.

[3]) Z. B. der Markgraf von Brandenburg. Dasselbe war der Fall bei den Pfalzgrafen.

[4]) Eigentlich so viel als die Vordersten, Ersten, Vorsten, first, weil sie die Ersten im Reiche, die Nächsten beim Kaiser sind. Vgl. auch oben §. 13. In der karolingischen Zeit wird der Ausdruck princeps für den König gebraucht (z. B. Capit. Bonon. a. 811. c. 1. 4. Oben S. 105.); auch später kommt princeps Romanorum für den deutschen Kaiser vor. Mit dem Ausdrucke principes (in der fränkischen Zeit erscheinen die Grossen als fideles oder werden einzeln aufgezählt: Bischöfe, Aebte, Herzöge, Grafen) kommt bis ins 13. Jahrh. hinein der Ausdruck primates, proceres, majores synonym vor. Im 10. Jahrh. ist der Ausdruck fideles (vgl. §. 57. n. 1., §. 58. n. 1.) noch häufig.

schärfer hervor; es wurde der Name Fürst, princeps, ein technischer Ausdruck für: reichsunmittelbarer Herr eines direct vom Kaiser verliehenen mit vollem Gerichts- und Heerbann versehenen Territoriums. Im Laufe der Zeit hatten die meisten älteren Glieder des Standes den Fürstentitel angenommen. Wer diesen nicht führte, kein Bischof war, den höhern herzoglichen Titel oder nicht den eines Markgrafen, Pfalzgrafen von Alters her hatte, der wurde nunmehr den Fürsten nur zugezählt, wenn er deren „consortium, collegium" vom Kaiser beigesellt wurde. Das geschah bei manchen Aebten, Landgrafen, Grafen und Burggrafen, welche das angegebene materielle Substrat des Fürstenthums hatten.[5]) — 2) Die zweite Ordnung der Reichsstände bildeten die Herrn, welche

---

[5]) Ich finde den Ausdruck principes jedoch ganz allgemein zuerst in Ottonis I. et Ottonis II. Leges a. 969 (Leg. II. p. 34.): „nostri imperii principes publici officii et ecclesiastici ordinis, divites et pauperes, majores et minores." In Ottonis II. Pax cum Venetis von 983 (ib. p. 35.) ist die Rede von „principibus ultramontanis et italicis," worunter aufgezählt werden mehre Bischöfe, der Herzog von Baiern, zwei Grafen, „aliisque quam pluribus majoris et inferioris ordinis nobilibus hominibus." Unter Konrad II. (z. B. Leg. II. p. 39.) ist der gewöhnliche Ausdruck „walvassores majores" und minores." Deutlicher heisst es in Const. Henr. III. a. 1054 (ib. p. 42.): „consilio nostrorum principum, archiepiscoporum, episcoporum, marchionum, comitum, ac judicio judicum." Heinrich IV. schreibt 1076 aus Worms (ib. p. 48.) an die Bischöfe: „quia de nullius regni principum fidelitate, quam de tua majora speramus." In dessen Promissio Canusina a. 1077 (ib. p. 50.): „archiepiscopi et episcopi, abbates, duces, et comites, caeterique principes regni Teutonici." Curia Mogunt. a. 1100 (ib. p. 60.) „principes qui nobiscum erant" u. dgl. Const. pacis a. 1103 (ib. p. 60.) „filius regis juravit et primates totius regni, duces, marchiones, comites, et alii quam multi." Conv. Ratispon. a. 1104 (ib. p. 62.) „tam ecclesiae quam regni principibus conlaudantibus et confirmantibus." Des Rathes, Consenses der Fürsten zu Heerzügen u. Anderm gedenken z. B. Expeditio Flandrica a. 1107 (ib. p. 64.), Conv. Spir. a. 1110 (ib. p. 65.), Conv. Wiceburg. a. 1121 (ib. p. 74.; Beilegung des Streites mit dem Papste) Concordat. Wormat. (ib. p. 76.) Chuonradi III. const. a. 1136 (ib. p. 84.) „Habito itaque consilio archiepiscoporum, episcoporum, ducum, marchionum, comitum palatinorum, ceterorumque nobilium, simul et judicum." Mehr und mehr ist blos Rede von principes. Wer dazu gehörte, darüber liessen die Quellen keinen Zweifel. S. Const. Chuonr. III. a. 1144 (1147) ib. p. 84., Curia Wirceb. a. 1148 ib. p. 86., Exped. Rom. a. 1151 ib. p. 87. — Um die Mitte des 12. Jahrhunderts kommen Verleihungen des Fürstenstandes vor. So wurde der Landgraf von Thüringen 1130 zum Fürsten (Historia Erphesfordiensis Anonymi scriptoris de Landgraviis Thuringiae cap. XVIII. bei Jo. Pistorius Rerum germanicarum scriptores aliquot insignes cet. Ratisp. 1731 fol. T. I. p. 1310 sq. Ludovicus, tertius comes Thuringiae, filius Ludovici secundi, duxit in uxorem filiam Lotharii, ducis Saxoniae imperatoris, successoris Henrici regis, nomine Hedevig. Nota, anno Domini MCXXIV monasterium in Walckenrieden fundatum est ordinis Cisterciensis. Qui imperator videns Ludovicum generum suum esse militem strenuum et potentem in Thuringia et Hassia, de consilio principum ipsum cum vexillorum festiva exhibitione, ut moris est, imperatoris largitione solenniter extulit, et cum magno

eine Grafschaft von geistlichen oder weltlichen Fürsten zum Lehen trugen, desgleichen die Dynasten (Vgl. §. 68.). Viele von diesen haben ihre Reichsstandschaft verloren, die meisten sich allmälig den Grafentitel beigelegt, viele endlich sind im Laufe der Zeit in den Reichsgrafen- oder selbst den Reichsfürstenstand erhoben. 3) Seit Wilhelm von Holland erscheinen auch die Städte des Reiches auf den Reichstagen.[6])

II. Das Verhältniss der Fürsten, Grafen und Herrn zum Kaiser hatte sich mit der Territorialbildung von selbst dahin gestaltet, dass sie von ihm das mit dem Territorium verbundene Fürstenamt oder die Grafschaft zum Lehen trugen, ihn als Senior anerkannten, ihm durch die Lehenstreue verbunden waren. Trat ein neuer Kaiser oder ein Nachfolger auf, so musste das Band binnen Jahr und Tag erneuert werden.[7]) Durch dieses Lehensband war die

---

preconio ei nomen Principis imposuit, et Landgravium Thuringiae ipsum proclamari ab omnibus fecit"), der Markgraf von Oesterreich 1156 zum Herzog erhoben, der von Brandenburg vom sächsischen Herzogthum eximirt. Verleihung der Reichsunmittelbarkeit an Monte Cassino (Böhmer Reg. n. 2831) durch Heinrich VI. im J. 1194, der Unmittelbarkeit mit der Fürstenwürde an den Abt von Pfeffers (Böhmer num. 2864, er belehnt ihn mit dem Scepter). Dies bestätigte Friedrich II. a. 1221 (Böhmer n. 3255). Derselbe erlaubte 1226 (Böhmer n. 3312) dem Deutschorden und dessen Hochmeister Hermann von Salza, das von Herzog Conrad von Masovien ihm angebotene Culmische Land anzunehmen, Preussen von da aus zu erobern und es als ein Reichsfürstenthum zu besitzen. Derselbe erhob 1235 die Stadt Braunschweig und die Veste Lüneburg mit ihren Zugehörungen zu einem Herzogthum, „ducem et principem" (Leg. II. p. 318.). Rodulf I. erhob 1274 (Böhmer Reg. n. 4144.) den Abt Ulrich von Marien-Einsiedeln in den Reichsfürstenstand. — Ssp. III. 52. 2. (§. 70. n. 12.); Ssp. III. 58. 1. 3. (§. 69. n. 7.). III. 58. „Des rikes vorsten ne solen nenen leien to herren hebben, wen den koning. 2. It n'is nen vanlen, dar die man af moge des rikes vorste wesen, he ne untva't von deme koninge. Svat so en ander man von ime untveit, dar n'is jene die vorderste an' me lene nicht, went et en ander vor ime untfeng, unde ne mach des rikes vorste dar af nicht sin." Glosse §. 2. „Wen brüder deilen, wi dit forstendum beholt, di wert des rikes forste, unde die ander ein slicht forste, den heiten wie forste genot." Sachsp. Lehnr. art. 71. §. 21. „Vorste het dar umme vorste des rikes, dat sin vanlen dar he vorste van wesen wel nieman vor ime untvan ne sal. Sven it en ander vor ime untveit die 't ime liet, so n'is he die vorderste an der lenunge nicht; dar umme ne mach he von deme lene nen vorste wesen. Svie so vanlen hevet unde vorste is, die ne sal nenen leien to herren hebben ane den koning." Den Grund dieser Unmittelbarkeit erklärt Ssp. III. 53. 1. Vgl. überhaupt Homeyer System des Lehnrechts §. 62. Die Pfalzen, Vanlehn, Erzbisthümer und Bisthümer in Sachsen zählt auf Ssp. III. 62. — Vgl. Schws. c. 111. 114. (W.) 131. 132. 136. (L.), Schwäb. Lehnr. c. 133. 143. 144. (L.) —

[6]) Sent. Wilh. regis a. 1255 (Leg. II. p. 371.), ejusdem confirm. pacis (ib. p. 372.), Conv. Oppenheim. (ib. p. 375.). Vgl. §. 73. IV.

[7]) Sächs. Lehnr. XXII. 1., XXV. 1. 2. 3. Schws. Lehnr. art. 143 a. 147 a. (L.). Ueber die Form der Belehnung s. Const. ducatus Colon. a. 1180 (Leg. II. p. 163.):

Verbindung zwischen den Fürsten und dem Reiche erhalten, indem dasselbe einerseits die Grundlage für die Gewalt des Herrn bildete,[8]) und andrerseits zur Folge verpflichtete, wenn der Kaiser rief.[9]) Brach der Herr die Treue, so konnte der Kaiser das Lehen einziehen.[10]) Die volle Erblichkeit der Lehen brachte aber mit sich, dass der Kaiser dem fähigen Nachfolger dieselben nicht verweigern konnte (§. 76.). Sie gab zugleich der Herrschaft über das Land den Charakter der Patrimonialität, indem das zu Lehen besessene Fürstenthum u. s. f. nicht so sehr als Inbegriff öffentlicher Rechte, sondern als Folge eines der Familie erworbenen Besitzthums erschien. Diese Doppelnatur der Reichslehen brachte einerseits mit sich, dass der Herr über dasselbe nicht wie über sein Allode verfügen konnte; zugleich hatte aber das gemeinsame Interesse der Reichsstände und ihre Macht dem Grundsatze Anerkennung verschafft, dass auch der Kaiser weder ohne ihre Zustimmung[11]) die

---

„praememoratum archiepiscopum Philippum portione illa ducatus, suae collata ecclesiae, vexillo imperiali solemniter investivimus.“ Const. ducat. Brunsvic. et Luneburg. a. 1235 (ib. p. 318.) „et eum solempniter juxta consuetudinem investivimus per vexilla.“ Concordat. Wormat. a. 1122 (ib. p. 75.): „Electus autem regalia absque omni exactione per sceptrum a te recipiat.“ Bulla aurea a. 1356 cap. V. §. 1. (§. 71. n. 14.); cap. XXIX. über die Taxen bei der Belehnung. — Sachsp. III. 59. 1. „Svenne man küset bischope oder ebbete oder ebbedischen, die den herschilt hebben, dat len solen sie vore untvan unde die biserge na.“ III. 60. 1. „Die keiser liet alle geistlik vorsten len mit deme scepter, alle vertlik vanlen liet he mit vanen. Nen vanlen ne mut he ok ledich hebben jar unde dach.“ Vgl. hierüber Homeyer a. a. O.

[8]) Dies entscheidet für die Vasallen der Fürsten ausdrücklich die Sententia de officiatis principum a. 1223 (Leg. II. p. 250.). Dasselbe ergibt sich aus den Bestimmungen der Reichsgesetze über Untheilbarkeit, Unveräusserlichkeit ohne Zustimmung von Kaiser und Reichsständen u. s. w.

[9]) Siehe überhaupt Homeyer System des Lehnrechts §. 23 ff. Sächs. Lehnr. art. 3., art. 4. „Des rikes denst, dat dem manne geboden wert mit ordelen ses weken vor deme dage er he varen sole, unde ime dat gekündeget wert dar't tvene man des herren horen, dar sal he denen bi plicht binnen düdischer tungen die deme romeschen rike underdan is . . . .“ art. 4. §. 2. (§. 70. n. 2.). §. 3. „Ok sal dar varen jegelik man mit sime herren die des rikes gut to lene hevet, oder he sal die vart losen mit deme tegeden punde dat he jarlikes von ime hevet. Disse hervart sal man ok gebieden vore ses weken unde en jar unde dre dage er der samenunge, unde die hervart lent den düdischen alse die koning gewiet is.“ Schwäb. Lehnr. art. 8 L. „Swer lehen von dem künige oder von dem riche habe, dem sol der künig heizzen gebieten eine hervart mit im ze varenne, die sol man in gebieten über sehs wochen unde einen tag ê daz er varn sule“ etc. (über die Römerfahrt des Königs).

[10]) Wie bei Heinrich dem Löwen geschah.

[11]) Dies zeigt deutlich die citirte Const. ducatus Colon. a. 1180. „Nos itaque habita cum principibus deliberatione, communi ipsorum consilio, ducatum, qui dicitur Westphaliae et Angariae, in duo divisimus, et . . . . . . unam partem, eam videlicet quae

Reichslehen verändern durfte, noch ein erledigtes Fahnlehen über Jahr und Tag in seiner Hand behalten konnte.[12]) Uebrigens konnte der König ein solches jeder fähigen Person geben.

III. Während dieses ganzen Zeitraumes schreibt kein Reichsgesetz die Art genau vor, wie der Kaiser die Reichsstände zur Theilnahme an der Reichsregierung beiziehen solle. Es geschah dies einzeln durch Zuziehung der gerade bei ihm anwesenden, regelmässig jedoch auf den Reichstagen. Diese wurden, ausgenommen wenn Kriege abhielten, beinahe alljährlich oder nach Bedürfniss abgehalten. Auf ihnen wurden die Gesetze erlassen, der Landfriede geboten, die Streitigkeiten entschieden, welche vor den Kaiser gehörten, wie die Sachen der Reichsunmittelbaren,[13]) die Beschlüsse über Krieg und Frieden, Abschliessung von Bündnissen, Verträge mit dem Papste und fremden Fürsten, Fällung der Reichsacht, Entziehung der Reichslehen vorgenommen u. dgl. m.[14])

IV. Neben den bisher aufgezählten Grossen und den Städten kommen bis zum 14. Jahrhundert regelmässig auch noch die Ministerialen des Reiches als anwesend und mitwirkend auf den Reichstagen vor.[15])

V. Bei der Entscheidung von Streitigkeiten oder Lösung von Rechtsfragen forderte der Kaiser einen Bischof, Fürsten oder Grafen u. s. w. auf, seine Meinung auszusprechen, welche dann der König nach erlangter Zustimmung der Stände als Reichssentenz (sententia imperii) verkündigte.[16]) Bei Gesetzen u. s. w. wird des consilium, consensus, assensus der Stände erwähnt, ohne dass über die Art der Verhandlung und Beschlussfassung ein Näheres

---

in episcopatum Coloniensem et per totum Patheburnensem episcopatum protendebatur, cum omni jure et jurisdictione, videlicet cum comitatibus, cum advocatiis, cum conductibus, cum mansis, cum curtibus, cum beneficiis, cum ministerialibus, cum mancipiis, et cum omnibus ad eundem ducatum pertinentibus, ecclesiae Coloniensi legitimo donationis titulo imperatoria liberalitate contulimus, et requisita a principibus sententia, an id fieri liceret, adjudicata, et communi principum et totius curiae assensu approbata" cet. (nota 7.). Aehnlich die const. ducatus Brunsvicensis. Cf. §. 75. n. 4.

[12]) Ssp. III. 53. 3. (§. 69. n. 7.), III. 60. 1. (dieses §. n. 7.). Es wurden in der Folgezeit für solche Fälle im Vornhinein Eventualbelehnungen ertheilt. Z. B. Böhmer Reg. n. 3343. 3549.

[13]) Ssp. III. 45. „Over der vorsten lif unde ire gesunt ne mut neman richtere sin, wan die koning."

[14]) Ueber alle diese Dinge findet man im 2. Bande der Leges viele Belege.

[15]) Sie werden in fast allen der bisher erwähnten Reichstage aufgezählt.

[16]) Z. B. Chuonradi III. regis sententia a. 1149 (Leg. II. p. 564.), Rudolphi I. a. 1281 (ib. p. 426). Handelte es sich um eine Verurtheilung, so ging der Sentenz die gewöhnliche dreimalige Ladung voraus, auf deren Fruchtlosigkeit die Acht folgte. Vgl. z. B. Henrici VII. sent. in regem Robertum a. 1313 (ib. p. 545.), die Aechtung Heinrichs des Löwen (Böhmer Reg. n. 2611. 2614. 2615. 2619. 2624. 2625.).

erhellt. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass mit der schärferen Sonderung der Stände auch ein förmlicheres Verfahren eintrat und sich die Genossen zusammenfanden. Seitdem die Kurfürsten zu Rense in collegiale Berathung getreten waren, haben sie zweifelsohne factisch ein besonderes Kolleg gebildet; denn von da ab ist regelmässig in den Reichsgesetzen die Rede von Kurfürsten, Fürsten, Grafen, Herrn und Städten.[17])

VI. Ausser den Reichstagen hielt der Kaiser in den einzelnen Theilen des Reiches Hoftage, auf denen die dazu geladenen Grossen des betreffenden *Reichs*landes (Sachsen, Baiern, Franken, Schwaben) zu erscheinen hatten.[18]) Wer ohne Grund ausblieb, den konnte Strafe treffen.[19]) Auf diesen Hoftagen wurden die besondern Angelegenheiten des Reichstheiles geordnet und die allgemeinen vorbereitet.

VII. Die Zeit der Reichs- und Hoftage bestimmte der Kaiser; er musste nur zur rechten Zeit vorher die Fürsten entbieten. Der Ort waren die kaiserlichen Pfalzen, die Städte des Reichs und die bischöflichen.[20])

---

[17]) Landfrieden K. Wenzels zu Eger 1389 (Neue Samml. der Reichsabsch. I. S. 91.); Abschied v. 1422 (das. S. 117 ff.). —

Es hing mit den Territorialverhältnissen zusammen, dass, abgesehen von der Kurstimme bei der Wahl (Bulla aurea cap. VII.), nicht blos das Familienhaupt auf dem Reichstage erschien. So sind im Landfr. zu Nürnberg 1383 (Neue Samml. I. S. 88.) ausser dem ältesten Pfalzgrafen noch vier — im Reichsabsch. zu Nürnberg 1431 (das. S. 149.) fünf Pfalzgrafen bei Rhein, zwei Landgrafen zu Luchtenberg, zwei von Wolkenstein — in dem von 1495 mehre Landgrafen von Hessen (ib. II. S. 15.) erwähnt. Häufig geschieht auch der mitgebrachten Söhne Erwähnung.

[18]) Vgl. das §. 58. n. 18. abgedruckte Privileg für Oesterreich, dass der Herzog nur zu den in Baiern ausgeschriebenen Hoftagen zu erscheinen brauche.

[19]) Ssp. III. 62. 1. „Vif stede die palenze heten liegen in 'me lande to sassen, dar die koning echte hove hebben sal. Die irste is gruna; die andere werle, die is to goslere geleget; walehusen is die dridde; alstede die vierde; merseburch die vefte." III. 64. 1. „Büt die koning des rikes dienst oder sinen hof mit ordelen, unde let he ine kündegen den vorsten mit sinem brieve unde ingesegele ses weken er he werden sole, den solen se süken binnen düdischer art svar he is; laten sie't, sie wedden dar umme." Er zählt dann die Grösse der Bussen auf und die Grösse des Bannes. Vgl. Schwabsp. c. 136. 137. 138 L.

[20]) Vgl. Ssp. III. 62. 1. (n. 19.) Schws. c. 137 L. „Der kunc giht er sul in allen steten da bistum inne sint hof gebieten. da criegten etwenne die phaffen fursten wider die hant ir criec nu gelaezen. er sol och sinen hof gebieten ze frankenfurt, und ze nurenberc, und ze ulme, in ander stete die des rikes sint, dar in mac er wol gebieten sin gespraeche mit reht." Ueber die Zeit Ssp. III. 62. 1. u. Schws. c. 138. L.

§. 73.

4. Handhabung des Friedens und Rechts.[1])

I. Während des Mittelalters war der öffentliche Rechtszustand sehr unsicher, durch beständige Fehden der grossen und kleinen Herrn getrübt. Dies lag anfänglich in der Unbestimmtheit aller Verhältnisse während der Uebergangsperiode des 9. und 10. Jahrhunderts, in der stets zunehmenden Macht der Landesherrn, der grossen Anzahl von Territorien, deren Zersplitterung und Durchbrechung mit vielen exemten Gebieten, wodurch die Landesherrn selbst an einer kräftigen Regierung gehindert waren, später in der stets sinkenden Macht des Kaisers, den vielen Kriegen und sonstigen Verwicklungen nach Aussen, endlich als Folge aller dieser Verhältnisse in dem Mangel eines einheitlichen und kräftigen Heerwesens und in dem Vorwiegen des privatrechtlichen Charakters des Unterthansbandes wie der Landesherrlichkeit. Auf die Verfassung des Reiches waren diese Zustände vom grössten Einflusse.

II. Zunächst suchte die Kirche um der durch die ungezügelte Selbsthülfe nothwendig eintretenden Lockerung christlicher Zucht einen Damm zu setzen, wenigstens die kirchlich geheiligten Tage und Zeiten durch Stellung derselben unter den Gottesfrieden (Pax Dei) zu schützen, dessen Bruch sie mit Ausschliessung aus ihrer Gemeinschaft und auch andern Strafen bedrohte.[2])

---

[1]) Volumen rerum germanicarum novum sive de pace imperii publica libri V. cet. authore Jo. Phil. Datt, Ulmae 1698, fol.

[2]) Aug. Kluckhohn Geschichte des Gottesfriedens, Leipzig 1857. In Deutschland führte ihn zuerst ein Erzbischof Sigiwin von Köln in Constitutio Pacis Dei in synodo Coloniensi a. 1083 d. 20. Aprilis promulgata bei Pertz Leg. II. p. 55 sqq. Ib. p. 61. die const. pac. in dioec. Constant. a. 1103. Der Charakter erhellt aus dem ins Corpus juris canonici (Tit. X. de treuga et pace I. 34.) aufgenommenen can. 21. u. 22. des 3. Concils vom Lateran 1179: „Treugas a quarta feria post occasum solis usque ad secundam feriam in ortu solis, et ab Adventu Domini usque ad octavas Epiphaniae, et a Septuagesima usque ad octavas Paschae ab omnibus inviolabiliter observari praecipimus. §. 1. Si quis autem treugas frangere praesumpserit, post tertiam admonitionem si non satisfecerit, suus episcopus sententiam excommunicationis dictet in eum, et scriptam vicinis episcopis annunciet, quorum nullus excommunicatum in communione recipiat, immo scriptam sententiam quisque confirmet. Si quis autem haec violare praesumpserit, ordinis sui periculo subjaceat. §. 2. Et quoniam funiculus triplex difficile rumpitur, praecipimus, ut episcopi ad solum Deum et ad salutem populi habentes respectum, omni trepidatione seposita ad pacem firmiter tenendam mutuum sibi consilium et auxilium praebeant, neque hoc alicujus amore vel odio praetermittant. Quod si quis in hoc opere trepidus inventus fuerit, damnum propriae dignitatis incurrat. Cap. 2. Innovamus, ut presbyteri, clerici, monachi, conversi, peregrini, mercatores, rustici, euntes et redeuntes, et in agricultura existentes, et animalia, quibus arant et quae semina portant ad agrum, congrua securitate laetentur.“ Sachsp. II. 66.

III. Weder dieser Gottesfrieden noch dessen Verkündigung durch den Kaiser[3]) erwiesen sich als wirksam, da sie die Berechtigung zur Fehde nur auf Tage unterbrachen,. diese darum in offenen Zeiten nur einen desto heftigeren Charakter annahm. Es griffen darauf die Kaiser zu dem Mittel, auf bestimmte Zeit alle Fehde zu verbieten, diesen **Landfrieden** selbst zu beschwören und eidlich von den grossen und kleinen Vasallen geloben zu lassen, unter Festsetzung von Strafen für dessen Bruch.[4]) Da jedoch die Fehde gestattet blieb, wenn die vom Gesetze geforderten Bedingungen zur gütlichen Beilegung eines Streites und die Formen für die Befehdung eingehalten wurden,[5]) ausreichende

---

[3]) Henrici IV. Constit. pacis Dei in synodo Moguntina a. 1085 promulgata in Leg. II. p. 55 sqq.

[4]) Auch den Gottesfrieden beschwor man. Juramenta pacis dei a. 1083, 1085 in Leg. II. p. 58 sq., wodurch jedoch sein Charakter nicht verändert ist. Das erste Beispiel des Landfriedens ist Const. pacis generalis Henrici IV. a. 1103 in Curia Moguntina in Leg. II. p. 60. Im zweiten Bande der Leges und in Neue Samml. der Reichsabschiede Bd. I. u. II. sind alle abgedruckt.

[5]) Henr. V. treuga a. 1105 (so nach Homeyer Sachsensp. II. 1. S. 97. Anm.; bei Pertz Mon. Leg. II. p. 266., wo sie Heinr. VII. zugeschrieben ist), benutzt in Ssp. II. 66 ff. Frid. I. const. contra incendiarios (ib. p. 183.) a. 1187, Henr. reg. const. a. 1234. (ib. p. 300 sqq.), Frid. II. const. pacis Mogunt. a. 1235. (ib. p. 313.; oben S. 122.) c. 3. 5. „Ut nemo se vindicet sine judicis auctoritate. Ad hoc magistratus et jura sunt prodita, ne quis sui doloris vindex sit; quia ubi juris cessat auctoritas, excedit licencia seviendi. Statuimus igitur, ut nullus, in quacumque re dampnum ei vel gravamen fuerit illatum, se ipsum vindicet, nisi prius querelam suam coram suo judice propositam secundum jus usque ad diffinitivam sententiam prosequatur; nisi in continenti ad tutelam corporis sui vel honorem suorum vim vi repellat, quod dicitur nothwere. Si quis aliter processerit ad vindictam, dampnum illatum adversario solvat in duplum, nullam actionem sibi de dampnis vel gravaminibus illatis sibi de cetero competente. Si quis vero coram judice sicut predictum est in causa processerit, si jus non fuerit consecutus, et necessitate cogente, oportet eum diffidare inimicum suum, quod vulgo dicitur widersage, hoc diurno tempore faciat, et extunc usque in quartum diem, id est post tres integros dies, diffidans et diffidatus integram pacem servabunt sibi, in personis et rebus. Is autem in quo violatum fuerit hoc statutum, coram judice conqueratur qui per se vel per nuncium citabit violatorem, et nisi violator productus super hoc vel septena manu sinodalium hominum purgaverit innocentiam suam, quod non commiserit contra hoc statutum, perpetuo pene subjaceat quod dicitur erenlos und rechtlos." Bulla aurea a. 1356. c. 17. §. 2. „... Et sancimus, ... nec licere, pretextu diffidacionis cujuslibet quempiam invadi per incendia, spolia, vel rapinas, nisi diffidacio per tres dies naturales ipsi diffidando personaliter vel in loco quo habitare consuevit, publice fuerit intimata, possitque de intimacione hujusmodi per testes idoneos fieri plena fides. Quisquis secus quempiam diffidare et invadere modo premisso presumpserit, infamiam eo ipso incurrat, ac si nulla diffidacio facta esset, quem etiam tanquam proditorem per quoscunque judices poenis legalibus statuimus castigari." — Verbot des Waffentragens: Const. Rudolphi I. a. 1281. c. 45. (Leg. II. p. 430). Ssp. II. 71. §. 2. 3. (vgl. auch II. 67.), III. 2., 56. §. 2., 69. §. 1.

Mittel zur Ueberwachung geschweige denn zur Durchführung fehlten, so hatten die Landfrieden keinen durchgreifenden Erfolg.

IV. Ganz besonders litt unter der Rechtsunsicherheit der Handel und mit ihm das Interesse der Städte. Diese schlossen daher schon im Anfange des dreizehnten Jahrhunderts unter sich Bündnisse zum gegenseitigen Schutze, zur Sicherung des freien Geleites für die fremden Kaufleute und eignen Bürger.[6]) Aus Besorgniss vor der hierdurch wachsenden Macht derselben traten die Landesherrn und auf deren Betrieb der Kaiser diesen Bündnissen entgegen.[7]) Die wirkliche Macht der Städte siegte aber; während des s. g. Interregnums fanden sich selbst die Fürsten bewogen, diesen Bündnissen beizutreten,[8]) der König bestätigte sie,[9]) ja liess die Boten der Städte zu den Reichstagen,[10]) so dass seitdem ihre Reichsstandschaft entschieden war.[11])

V. Von jetzt ab sind die Landfrieden nicht mehr kaiserliche Gebote, welche die Stände zu grösserer Bekräftigung beschworen, sondern in Wahrheit Verträge zwischen dem Kaiser und den Reichsständen, deren Inhalt jener als Reichsgesetz publicirte. Erscheint dies auch anfänglich nicht deutlich,[12]) so ist doch bereits seit dem 14. Jahrhundert jeder Zweifel daran unmöglich,[13])

---

[6]) Auch das Institut der Phalbürger (§. 80.) hängt hiermit zusammen.

[7]) Cassatio confoederationis Moguntinae, Pinguiae etc. Friedrichs II. vom 27. Nov. 1226 (Leg. II. p. 257.), Henr. reg. sent. contra communiones civitatum a. 1231 (ib. p. 278.); dess. Edictum contra communia civitatum a. 1232. (ib. p. 286.) hatte den Zweck, jede Machtentfaltung der Städte zu verhindern und sie wieder unter die Landesherrn zu bringen.

[8]) Am 13. Juli 1254 (Leg. II. p. 368) schlossen Mainz, Köln, Worms, Speier, Strassburg, Basel u. a. ein Friedensbündniss auf zehn Jahre, dem die Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, die Bischöfe von Worms, Strassburg, Metz, Basel, viele Grafen u. Nobiles beitraten. Dies wiederholten sie am 6. Okt. ej. a. zu Worms (ib. p. 369).

[9]) Confirmatio pacis a. 1255 in Leg. II. p. 371.

[10]) Wilhelmi reg. sent. de bonis naufragantium et de moneta a. 1255, ib. p. 371.

[11]) Schon im August 1274 gab K. Rudolph (Mandatum de negotiis imperii administrandis in Leg. II. p. 398.) dem Erzb. v. Salzburg sowie den Bisch. von Regensburg u. Passau den Auftrag zur Ordnung der Reichsangelegenheiten zu conferiren „cum baronibus, comitibus, liberis ministerialibus, militibus, civibus et communitatibus civitatum," bestätigte am 20. Sept. ib. p. 399. die Immunität der Reichsstädte und erklärte in Curia August. a. 1275 (ib. p. 402.), dass er behufs des Landfriedens einen Reichstag berufen wolle, zu dem er zuzuziehen beschlossen „principes, comites et barones nec non et communia civitatum." Vorher hatte er im selben Jahre (ib. p. 401.) die constitutiones contra communiones civitatum seiner Vorfahren bestätigt.

[12]) Erst die const. pacis in curia Mogunt. a. 1281. Rudolphs erwähnt die Städte neben den Grossen.

[13]) Landfr. Ludwigs des Baier zu Nürnberg v. 1323. (Neue Samml. I. S. 43.) „mit gunst und mit rat der erbern herren und fursten, geistlicher u. weltlicher, grafen und freyen dinstman u. stet."

vollends aber von da ab, als die andern Stände des Reiches, weil ihnen die Macht der Städte immer gefährlicher zu werden schien,[14]) sich gleichfalls in verschiedenen Bündnissen zusammenthaten,[15]) und endlich der Kaiser Wenzel selbst die gesammten Stände zur vertragsmässigen Schliessung eines Friedensbundes, ja selbst die Fürsten u. s. f. zum Eintritte in den grossen Städtebund bewog.[16]) So treten die Reichsstände vollends dem Kaiser gegenüber als wirklich zur Theilnahme an der Regierung berechtigt entgegen.[17])

VI. Der Rechtszustand wurde trotz aller Landfrieden und der aus alter Zeit hergebrachten wie der neu angewandten Mittel[18]) kein völlig gesicherter, weil kein Reichsgericht existirte, das über Friedensbrüche unbedingt erkannte und Mittel hatte, seinen Urtheilen Geltung zu verschaffen. Erst durch den Ewigen Landfrieden von 1495 wurde ein geordneter Rechtszustand geschaffen. Dies wurde nicht so sehr durch dessen neue Bestimmungen als vielmehr dadurch erreicht, dass die veränderte Kriegsführung in Folge der Erfindung des Schiesspulvers und das Aufkommen stehender Milizen die Möglichkeit bot, das Faustrecht gründlich abzuschaffen. Indem nun im ewigen Landfrieden die Handhabung der Ordnung in die Hand der grösseren Landesherrn gelegt wurde, welche in ihren Territorien schon länger im Ganzen geordnete

---

[14]) Grund der schwäbische Städtebund von 1331, 1356, 1376, welcher besonders dem Handwerk der vielen schwäbischen Herrn Eintrag that.

[15]) Datt. L. I. c. VII. (S. 42 ff.) beschreibt die „societates bellicae sub S. Gregorii, S. Wilhelmi, et Leonum symbolo“, u. viele andere.

[16]) Vgl. Datt. l. c. c. VIII. S. 52 ff. Die rheinischen u. schwäbischen Städte hatten 1381 sich zu einem Bunde vereinigt. Wenzel bewirkte 1383 (Neue Samml. I. S. 88.) zwischen den Städten u. andern Ständen „eyne Eynunge“; Landfr. v. Eger 1398 (das. S. 91.) sagt, er thue kund, „das wir . . . eins gemeinen lantfridens uberkommen sin“ §. 1. „Auch haben wir uns mit den Kurfursten, Fursten, Grafen, Herren u. Stedten . . . . uff ersten gnugen gentzlichen vereiniget. . .“

[17]) Das zeigen die Reichsgesetze seitdem deutlich. In den Beschlüssen zu Mainz v. 1402 wegen der Münze §. 1. (Neue Samml. I. S. 103.) heisst es: „Es ist zu wissen, dass unsers gnedigen Herren des römischen Königs u. unser Herren der Kurfürsten Frunde . . . von der gulden Muntze wegen gerathschlaget haben, und eynmudeclich überkommen sin. . .“ Im J. 1435 legt der Kaiser dem Reichstage Propositionen vor, worauf diese Erklärungen abgeben.

[18]) Beschränkung des Waffenrechts (nota 5.), Einführung von Schiedsgerichten (nach den Anfängen unter Wenzel besonders von Albrecht im Landfr. v. 1438, Neue Samml. I. S. 155, und seitdem öfter versucht) Austrägalgerichte — Eintheilung des Reichs in Kreise (unter Albrecht vier, dann in einem andern Vorschlage das. S. 164. sechs vorgeschlagen) zur besseren Durchführung der Justiz u. dgl. m. Auch die Abschaffung der Selbsthülfe (die Schwankungen der Gesetzgebung weisen die Reichsabschiede von 1438, 1442, 1467 und 1486) half nicht unbedingt.

Rechtszustände geschaffen hatten, hörte von selbst das Räuberhandwerk der kleinen Herrn auf; die Neuzeit liess ferner von selbst das Ritterthum, welches keine Stätte mehr hatte und von seiner idealen Art im frühern Mittelalter nur das beibehalten hatte, was auch an jenem nicht ideal war, die Gelage, Turniere u. dgl., verschwinden; die Selbsthülfe der grossen Herrn, mochte ihr ein Rechtsgrund unterliegen oder nicht, nahm den Charakter des modernen Kriegs an. Von diesem hat die Folgezeit zwar weniger Beispiele, als das Mittelalter Fehden bietet, aufzuweisen, aber doch leider einige, die deutsche Fürsten im Bunde mit dem Auslande gegen deutsche Brüder, ja selbst deutsche Fürsten gegen den Kaiser führten, ein Zeichen, dass das einst so grosse heilige römische Reich deutscher Nation zum Schatten geworden war.

§. 74.

5. Das Heerwesen.[1])

I. Mit der Bildung der Landesherrlichkeit, welche den Gemeinfreien der Territorien aus dem unmittelbaren Verbande mit dem Reiche drängte, sowie der Ausbildung der Ritterschaft (§. 86.) trat die bis zum Ende der karolingi-

---

[1]) Stenzel Geschichte der Kriegsverfassung Deutschlands, vorzüglich im Mittelalter. Berl. 1820.

Die wenigen Gesetze, welche sich auf das Kriegswesen in der ersten Hälfte des Mittelalters beziehen, siehe in Monumenta Leges II. Für die Römerzüge, die Kriege in Italien, aber auch für das Kriegswesen überhaupt, wichtig ist das fälschlich Karl d. G. zugeschriebene (s. die Einleitung bei Pertz) aus den letzten Jahren des 12. Jahrhunderts herrührende s. g. Decretum de expeditione Romana in Leg. II. P. II. p. 2 sqq. Ihre Hauptstellen sind: „Statuimus . . . quando pro corona nostra vel aliqua regni utilitate aut honore Romana expeditio . . praeparetur, ad omnium nobiscum euntium praeparationem annus cum sex ebdomadibus pro induciis detur, et taliter per totum regnum fidelibus nostris indicetur. Cuicunque . . . expeditio imperetur, si ad curiam Gallorum, hoc est in campum qui vulgo Rungalle dicitur, dominum suum non comitetur, et ibi cum militari apparatu non repraesentetur, feodo preter hos qui cum gratia dominorum suorum remanserint, in conspectu nostro absque spe recuperationis privetur. Qui autem per hominium, sive liberi sive famuli, dominis suis adhaeserint, quot decem mansos in beneficio possideant, tot brunias cum duobus scutariis ducant; ita tamen ut pro halsperga tres marcas et pro singulis scutariis singulas marcas accipiant; et sic eundo ac redeundo cum hoc stipendio sine omni dominorum dampno vel expensa nisi quantum ipsis dominis placuerit fideliter serviant. Si . . accidat, ut idem milites diversos dominos propter diversa beneficia acquirant, . . singuli singula debita singulis dominis persolvant, videlicet quantum ab ipsis si irent accepturi erant, tantum se daturos cognoscant, vel . . . feodum amittant; nisi aliqui a nobis vel a regno sint inbeneficiati, hi si nobiscum vadant, nolumus ut feodum amittant, sed stipendia nisi voluntate dominorum non praetermittant. Similiter de ecclesiarum filiis vel domesticis, id est ministerialibus, vel quorumcunque principum clientela qui cotti-

schen Zeit bestehende Pflicht der Freien zur Heeresfolge gänzlich in den Hintergrund. Diese Pflicht lastete seitdem auf den grossen und kleinen Vasallen

---

die ad serviendum parati esse debent, statuimus, ut quicunque 5 mansos in beneficis possideant, domino suo . . bruniam cum uno scutario ducant. Et hoc in arbitrio dominorum pendeat, quos ducant, a quibus stipendia accipiant, quibus etiam halspergas concedant. Ipsis etiam ad itineris praeparationem 5 librae suae monetae in stipendium tribuantur, et duo equi, unus currens alter ambulans, addantur, ac duobus sociis soumarius victilibus bene oneratus committatur, . . Ipsi quoque in dominorum tamdiu vivant procuratione, quamdiu in incepta vadant expeditione, et quicquid a rebellibus regnis pugnando acquisierint, partes duas ad dominos deferant, tertiam sibi pro consolatione retineant. Quos autem non pascunt domini ad ipsos reportent tertiam partem sui acquisiti. Singuli vero principes suos habeant officinarios speciales, marscalcum, dapiferum, pincernam et kamerarium; qui 4 quanto plus sunt laboraturi, tanto plus in stipendio, in vestitu, in equitura prae ceteris sunt honorandi; scilicet unicuique eorum 10 librae cum tribus equis tribuantur; quartus marscalco addatur, quorum unum ad praecurrendum, alterum ad pugnandum, tertium ad spatiandum, quartum ad loricam portandum. Isti vero tales remanere cupientes, si apud dominos impetrare valeant, quot mansos possideant tot libras suae monetae vel totum fructum feodi in illo anno pro stipendio persolvant . . . . . praecipimus, ut singuli buringi decem cum 12 funibus de canapo solidos dominis suis impendant, et . soumarium cum capistro concedant; quem, si domini voluerint, ipsi ad primam navalem aquam usque perducant. Mansionarius 5 solidos, absarius 30 denarios, bunuarius 15, quorumlibet larum possessores 6 suppleant . . ." II. Feud. 40. §. 2., 55. §. 3. Chuonr. II. Capitula de benef. (Leg. II. p. 38.) §. 3., Edict. de benef. a. 1037. (ib. p. 39.), Frid. I. const. de jure feudor. a. 1158. (ib. p. 113).

Einen Einblick geben folgende Stellen aus Schriftstellern. **Lambertus** Hersfeldensis Annales ad a. 1075. (Pertz Scriptor. V. p. 223 sqq.) „Rex . . . solemni edicto cunctis qui in regno suo erant expeditionem indixit in Saxoniam; diemque et locum statuit coadunandi exercitus, videlicet 6. Idus Junii, in possessione Herveldensis monasterii in loco, qui dicitur Bredingen . . . . . . Statuta die venit in Bredingen cum infinita multitudine . . Quicquid in regno episcoporum erat, quicquid ducum, quicquid comitum, quicquid ecclesiasticarum aut secularium dignitatum, omnes . . in hoc bellum enisi convenerant. Nemo prorsus, nisi quem forte gravis admodum et omnino inexplicabilis necessitas excusasset, aberat. Jetzt zählt er als entschuldigt vom Könige auf den Erzbischof von Köln u. Bischof v. Lüttich. Uterque tamen milites suos amplissimo numero transmisit . . . Missi a rege exploratores speculari exercitum Saxonum retulerunt . . . Ueber das Friedensgebot der Sachsen lachten des Königs Begleiter: secum esse militem lectissimum, qui in faciendis stipendiis aetatem exegisset, et quem singuli principes, diligenti delectu habito, de toto orbe exquisissent; illinc vulgus esse ineptum, agriculturae pocius quam militiae assuetum, quod non animo militari, sed principum terrore coactum, contra mores et instituta sua, in aciem processisset . . . Dato ad pugnam signo, ocius omnes assunt; . . singuli duces suas seorsum legiones instruunt. Et quia nec situs loci, nec multitudo patiebatur, ut uno eodemque tempore omnibus una fieret manus conserendi copia: datum negotium est duci Ruodolfo, ut ipse cum suis prima acie confligeret, peculiari scilicet Suevorum privilegio, quibus ab antiquis jam diebus lege latum est, ut in omni expeditione regis Teutonici ipsi exercitum praecedere

des Reiches, Fürsten, Grafen, freien Herrn und auf den Städten. Jene mussten, soweit sie der Kaiser nicht aus Gründen im einzelnen Falle oder durch

---

et primi committere debeant . . ." Der Schwabsp. C. 31. W. sagt hierüber: „dar nach besaz künic karl Rôme. dô viel der herzoge Gêrold von Swâben bî dem êrsten in Rôme mit den Swâben, unde gewan Rôme über houbet mit der swâbe helfe. Er lêch ouch den swâben, swâ man durch des rîches nôt strîten solde, dâ suln die swâbe vor allen sprâchen strîten, unde sol sîn ir houbet man der herzoge von Swâben. Ist der dâ nicht, sô sol ez des rîches marschall sîn." Otto Frisingensis de gestis Friderici I. Lib. II. c. 12. (Edict. Basil. 1569. fol.): „Inde castra movens in campo Roncaliae super Padum . . . resedit. Est autem consuetudinis regum Francorum, quae et Teutonicorum, ut quotienscunque ad sumendam Romani imperii coronam, militem ad transalpizandum coegerint, in praedicto campo mansionem faciant. Ibi ligno in altum porrecto scutum suspenditur, universorumque equitum agmen feuda habentium, ad excubias proxima nocte principi faciendas, per curiae praeconem expositur: quod sectantes qui in ejus comitatu fuerunt, singuli singulos beneficiatos suos per praecones exposcunt. at sequenti die quicunque nocturnis vigiliis defuisse deprensus fuerat, denuo ad praesentiam regis aliorumque principum, vel virorum illustrium evocatur: sicque omnes omnium beneficiati, qui sine bona voluntate dominorum suorum domi remanserunt, in feudis condemnantur. Hunc morem principe secuto, non solum lacorum feuda sed et quorundam episcoporum, id est, Hartvici Bremensis, et Ulrici Halberstatensis regalia personis tantum, quia nec personis, sed ecclesiis perpetualiter a principibus tradita sunt, abjudicata fuere." Radevici Frisingensis Canonici Append. ad Ottonem de reb. gestis Frid. I. (benutzt nach der Ausg. Ottonis Ep. Fris. Leopoldi Pii March. Austr. T. Chron. cet. Basil. 1569. fol. p. 261 sqq.) Lib. I. c. 32. „Itaque . . . Fridericus ad obsidionem civitatis ducens exercitum, omnes copias suas in VII legiones partitur, praeficiens singulis de principibus rectores ordinum, quos antiqui centuriones decacontarchos, seu chiliarchos appellare consueverunt, cum signiferis, aliisque disciplinae et ordinis custodibus. Praemissi autem milites cum stratoribus viarum ibant . . . Circum aquilam, et signa alia, tubicines et comicines. Servi singulorum agminum cum peditibus erant, mulis aliisque jumentis advehentes militum sarcinas. Hos sequebantur qui expugnandis civitatibus machinas et caetera tormenta portarent. Omnium vero agminum postrema erat mercenaria multitudo." Voran ging der Pfalzgraf Conrad und der Herzog Friedrich von Schwaben.

Ueber die Pflicht der Vasallen: Auctor vetus de beneficiis cap. I. §. 8. „Exhibeat etiam domino suo debitum honorem et servitium. 9. Regis justum servitium a domino suo sententialiter praeceptum, sex hebdomadis ante diem expeditionis in duorum hominum suorum audientia, serviat inquam ex justitia infra terram teutonicam Romano regno subditam. 10. Omnes Trans-Salani inbeneficiati in parte orientali serviant in Poloniam, Sclaviam et Bohemiam. 11. Sex hebdomadibus homo serviat domino suo in domini expensa; a servitio sex hebdomadibus quiescat postea. 12. Rex quem eligunt Teutonici, cum Romam vadit ordinari, secum ibunt de jure sex principes, qui primi sunt in ejus electione, ut pateat Apostolico regis justa electio. 13. Ibunt illuc et alii omnes imperialia beneficia habentes, quisquis cum domino suo, nisi talento decimò iter redimat, quod annuatim a domino suo habuerat. 14. Haec expeditio prius tribus diebus et anno et sex hebdomadibus ante diem expeditionis cuilibet ex justitia erit intimanda. 15. Hujus servitii sit terminus, cum rex fuerit ordinatus.

ein Privileg dieser Pflicht enthob, in Person erscheinen mit jener Anzahl von Streitern, welche Gesetz, Gewohnheit oder ein etwaiger Vertrag bestimmte.

II. Dieselbe unbedingte Pflicht zum Erscheinen lag ob den Reichsdienstleuten, während die Städte nur die herkömmliche Anzahl zu stellen hatten. Die Stände nahmen ihr Contingent aus ihren Vasallen, Ministerialen und Hörigen; der Lehnsvertrag, die Beschaffenheit des Gutes, die Art der Uebertragung entschieden neben den Gesetzen über den Umfang des Dienstes, sowie über die Pflicht des Herrn, seine Leute auszurüsten und zu unterhalten. Neben diesen Truppen kommen seit Friedrich I. auch stehende Schaaren (Söldner) vor, die um festen Sold beständig oder auf Zeit dienten.

III. Dauer und Art der Kriegsleistung richtete sich sowohl danach, ob der Krieg im Lande (Deutschland) oder ausserhalb zu führen war, ob ein Römerzug oder ein Reichskrieg vorlag. Davon hing auch der Zeitraum ab, welcher bis zur Sammlung des Heeres voraus zu bestimmen war. Ihn, sowie den Ort der Zusammenkunft setzte der König fest und liess beides allen Vasallen durch Boten auf glaubhafte Weise verkündigen.

IV. Jeder Herr führte seine Truppen; die Reichsministerialen und Contingente der Städte standen unter dem Befehle von Reichsvögten. Kam es zu einer Schlacht, so ordnete der König als Oberbefehlshaber oder ein von ihm hierzu bestimmter Herzog die Vertheilung und Führung der einzelnen Abtheilungen, wobei auf einzelne herkömmliche Rechte bezüglich des Vortritts gehalten wurde.

V. Je mehr sich die alten Verhältnisse änderten, die Reichsunmittelbarkeit sich auf die Landesherrn und Städte allein zurückzog, desto ungeregelter und ohnmächtiger erwies sich die Kriegsverfassung. Das Schiesspulver gab ihr vollends den Todesstoss. Die Hussitenkriege und später die Türkenkriege zwangen das Reich, an die Ordnung des Kriegswesens zu gehen. So wurde

---

108. 110. Si homo duos vel tres habet dominos, si quis prius inter eos sibi regis servitium denuntiet, illi homo serviet, aut expeditionis auxilium aliis det, si quod habeat ab eis beneficium.“ Sächs. Lehnr. art. 4. §. 1. 2. 3. (§. 72. n. 9.); 46. §. 2. „Of die man hevet tvene herren oder mer die ime des rikes dienst alle bieden mit ordelen, die't ime toirst gebot mit deme sal he varen, unde den anderen alle herstüre geven, den tegeden schilling oder punt die he jarlikes von ime hevet.“ Lehnr. des Schwbsp. art. 8.

Privilegien der Befreiung vom Kriegsdienste z. B. für Monte-Cassino von 1194 (Böhmer Reg. Henr. VI. n. 2830), für St. Maximin (das. Reg. Henr. II. a. 1023 n. 1249) gegen 6656 Mansi, die dem Herzog von Baiern, dem Pfalzgrafen Ezzo und dem Grafen Otto gegeben wurden mit der Pflicht, für den Abt die Kriegsdienste zu leisten; Befreiung für einzelne Unterthanen von Reichsstiftern (das. Reg. Ottonis I. n. 373); einzelne Kirchen lieferten nur Kriegsmaterial (Böhmer Reg. Ottonis I. n. 81); bisweilen war die Anzahl besonders bestimmt, z. B. für Böhmen zur Romfahrt 300 Bewaffnete (Böhmer Reg. Frid. II. n. 3061).

zuerst im J. 1422[a]) festgesetzt, wie viele Streiter der einzelne Reichsstand, die Städte und Ritter zu stellen und wie grosse Beiträge man zu leisten habe. In dieser Weise wurde durch Reichsschlüsse für die einzelnen Fälle Fürsorge getroffen,[b]) auch die Art der Kriegsführung bestimmt.

§. 75.

6. Die Einkünfte des Kaisers und Reichs.

I. Mit der immer grösseren Ausdehnung des Beneficialwesens war das königliche Krongut (§. 44.) beständig verringert worden; dies nahm noch mehr zu, weil manche Kaiser nur durch Schenkungen von Gütern oder Gefällen den Beistand einzelner mächtiger Grossen erhalten konnten; endlich verzehrte die Gründung und Dotirung von Bisthümern, besonders aber von Klöstern, ein unermessliches Gut.[1]) Trotzdem blieb bis ins 13. Jahrhundert hinein den Kaisern manches Gut, manches Gefälle in allen Theilen des Reiches. Seitdem ist beides auf ein sehr bescheidenes Maass herabgesunken. Uebrigens wurden auch insofern die Ausgaben stets geringer, als mit der allmäligen Umänderung des Fidelitätswesens (§. 48.) der König in keiner Weise mehr für den Unterhalt der Vasallen zu sorgen hatte.

II. Die Güter (villae) des Königs, soweit sie nicht seinem Privatvermögen angehörten, waren gegen bestimmte Abgaben in natura oder Zins wie in älterer Zeit in der Hand von Kolonen oder Ministerialen; über sie führten besondere Kammerboten (nuncii camerae) die Aufsicht, diese sorgten auch für die Abfuhr an den Hof.[2]) Die Einkünfte hieraus schmolzen auch dadurch, dass auf manchen Reichsgütern die Ministerialen und Zinsleute verschenkt wurden.[3])

---

[a]) Anschlag des tegliches Kriegs zu Beheim etc. zu Nürnberg (Neue Samml. I. S. 117 ff.).

[b]) Reichstag zu Frankfurt 1427 (das. S. 120 ff.), Nürnberg 1431 (das. S. 131 ff.), Wien 1460 (das. S. 190 ff.), Nürnberg 1466 (das. S. 204 ff.), Regensburg 1471 (das. S. 233 ff.), Nürnberg 1480 (das. S. 265.), 1481 (S. 268.), Frankfurt 1486 (S. 271.), Frankf. 1489 (das. S. 284.), Nürnberg 1491 (S. 290.)

[1]) Wenn man die Böhmer'schen Regesten durchliest, begreift man, wo das königliche Gut geblieben ist; der grösste Theil (besonders unter Heinrich II.) ist für Klöster verwendet worden; das seit alter Zeit in den Händen der Grafen bereits befindliche Gut ist seit dem Ende des 9. Jahrhunderts gar nicht mehr zu rechnen.

[2]) Siehe die Zusammenstellung von Pfeffinger l. c. T. II. p. 302 sqq. Sie kommen besonders in Franken u. Schwaben vor. Für die Einkünfte aus den Reichsstädten besorgten die Burggrafen des Reichs, für die übrigen Reichsgüter seit dem 12. Jahrhundert die Landvögte dies Geschäft.

[3]) Ein Beispiel in Böhmer Reg. Fried. II. num. 3154.

Obwohl schon im 13. Jahrhundert das freie Veräusserungsrecht des Königs aufgehoben ward,[4]) so sind doch mit Zustimmung der Reichsstände und ohne dieselbe deren zahlreiche vorgekommen.

III. Eine zweite Klasse von Einnahmen bilden die verschiedenen Arten öffentlicher Abgaben (Steuern). Allgemeine Steuern aus der früheren Zeit waren nur vereinzelt geblieben.[5]) Die wichtigsten Einnahmen dieser Art waren die von den Eingesessenen der Reichsburgen,[6]) den Reichsstädten,[7]) den

---

[4]) Sententia de non alienandis principatibus a. 1216 (Leg. II. p. 227 sq.) „Cum ad summam instantiam dilecti principis nostri Chunradi, Ratisp. episcopi, cum ipso episcopo nomine ecclesie sue quoddam concambium fecissemus de duobus principatibus, scil. de inferiori et superiori monasteriis in civitate Ratispona constitutis, pro quibusdam aliis prediis et possessionibus ad prenominatum episcopum et episcopatum suum pertinentibus, accedens ad presentiam regis . . . domina Tuta . . nec non domina Gerdrudis . . (abbatissae) . . per suum procuratorem . . . coram principibus et baronibus atque tota curia nostra gravi querimonia protulit, se et ecclesias suas indebite a nobis fuisse gravatas, et super hoc adjutorium et sententiam principum postularunt . . . Super quo . . per sententiam principum et subsecutionem tam nobilium quam baronum atque ministerialium et omnium qui aderant judicatum est, nullum principatum posse vel debere nomine concambii vel cujuscunque alienationis ad aliam personam transferri ab imperio, nisi de mera voluntate et assensu principis presidentis et ministerialium ejusdem principatus.“ Rud. I. sent. a. 1281 (Leg. II. p. 435.) „Nos Rudolphus Dei gratia Romanorum rex semper augustus tenore presentium profitemur et publice protestamur, quod nobis pro tribunali sedentibus in solemni curia nostra apud Nuremberg, sententiatum extitit coram nobis omnium principum, nobilium et aliorum fidelium . . . applaudente consensu, quod omnia donata, confirmata, seu facta quocunque alio modo, de rebus vel bonis imperii per quondam Richardum regem illustrem aut predecessores suos in Romano imperio, a tempore quo lata fuerat in olim Fredericum imperatorem secundum depositionis sententia, nullius habere debeant roboris firmitatem, nisi consensu majoris partis principum in electione Romani regis vocem habentium fuerint approbata.“

[5]) So in Chur, wie die Angaben bei Böhmer Reg. Ottonis I. n. 179. 218. beweisen.

[6]) Böhmer Reg. Otto IV. a. 1213 num. 3049. verordnet, dass diejenigen, welche in der Reichsburg Duisburg Erb oder Eigen besitzen, welcher Profession sie auch seien, nur nach alter Gewohnheit Steuern zahlen sollen.

[7]) Curia Mogunt. a. 1182 (Leg. II. p. 165.). Die Canonici zu Worms beklagten sich „quod cives W. ecclesie sue ministros ad solvendas de suo peculio collectas, que in civitate ad nostrum fiunt obsequium, ipsos acriter angariarent . . . . judicatum fuit, quod universi ecclesiarum ministri ab hujusmodi exactionibus liberi esse debeant et immunes, hii videlicet, qui fratribus et ecclesie cottidie in propria persona deserviant, nec mercimoniis operam dant, nec foro rerum venalium student, nec pro subterfugio nostre collecte obsequio fratrum se applicant.“ Friedrichs II. Handfeste für Bern von 1218 (Gaupp Stadtrechte II. p. 44.; Böhmer Reg. n. 3160.): „§. 1. . . in perpetuum vos liberos facientes et posteros vestros, et absolventes ab omni servitii

Abteien und sonstigen reichsunmittelbaren Klöstern zu entrichtenden,[8]) welche letzteren aber durch vielfache Privilegien erlassen wurden. Hierzu kamen die Tribute von unterworfenen oder solchen Völkern, die gegen Tribut sich in den Schutz des Reiches begeben hatten.[9]) In besondern Fällen wurden vom Kaiser und Reiche seit dem 12. Jahrhundert allgemeine Steuern ausgeschrieben und deren Einziehung genau geregelt.[10]) Während des 13. und 14.

---

exactione, qua oppressi fuistis, nisi tamen a censu domorum et arearum vestrarum, videlicet de qualibet area, 100 pedes in longitudine et 60 in latitudine habente, XII denarios usualis monete singulis annis de fundo imperii persolvendos, per cujus census solutionem vos et posteros vestros liberos esse volumus ab omni alia servitii exactione a nobis et a cunctis successoribus nostris vel a nostris vicariis . ." Friedrich II. (Böhmer Reg. n. 3510.) erliess 1238 der abgebrannten Stadt Nördlingen die Reichssteuer auf drei Jahre, wozu Conrad IV. (ib. n. 3701.) im J. 1239 noch weitere zwei Jahre bewilligte. S. die folgende Anmerk.

Diese Einkünfte aus den Reichsstädten waren der Grund häufiger Verpfändungen derselben durch die Kaiser, z. B. der Reichsstadt Düren durch Friedrich II. im J. 1241 an den Grafen Wilhelm von Gülch für zehn tausend Mark (Böhmer Reg. n. 3532.), der Stadt Rotenburg mit den Juden und dem Dorf Gebsattel um dreitausend Mark durch Conrad IV. im J. 1251 an Gotfried von Hohenlohe (Böhmer n. 3848.), der Reichsstadt Duisburg an seinen Vetter Waleram von Limburg für zwölfhundert Mark durch Wilhelm 1248 (Böhmer n. 3867.), Dortmunds mit den umliegenden Höfen an Erzb. Conrad von Cöln um zwölfhundert Mark durch Wilhelm 1248 (Böhmer n. 3886.), der Städte Horburg und Dinkelsbühl (des Schlosses Sorheim und der Vogtei des Klosters Roth nebst den Zehnten zu Aufkirch) an Graf Ludwig von Oettingen um 1590 Mark (Böhmer 3852.) durch Conrad IV. im J. 1251. Um dem zu entgehen, liessen sich einzelne Städte ein Privilegium de non alienando geben. So Rheinfelden 1225 vom K. Heinrich (Böhmer n. 3631.), Mülhausen 1251 von Conrad IV. (Böhmer n. 3850.).

[8]) Otto I. bestimmte 962 (Böhmer Reg. n. 254.) St. Maximin bei Trier zum Wittum der Kaiserin, den Abt zu deren Kaplan. Curia Francofurt. a. 1149. (Leg. II. p. 86.) „. . certi, quod Corbejenses pecuniam, quam juramenti assertione promiserant, indubitanter nobis (Chuonr. III.) persolvant." Otto IV. befreite 1198 (Böhmer Reg. n. 2960.) das Kloster Werden an der Ruhr von den an frühere Kaiser jährlich gezahlten 25 Mark; Friedrich II. erliess 1218 dem Niedermünster zu Regensburg die 10 Pfund jährlicher Reichssteuer, gab 1219 u. 1222 dem Kloster Volkolderode Steuerfreiheit für seine Bezitzungen in der Reichsstadt Mühlhausen, ertheilte 1221 dem Deutschorden Steuerfreiheit, gab 1232 dem Kloster Bebenhausen die Steuerfreiheit für dessen Besitzungen in der Reichsstadt Esslingen; Heinrich (VII.) gab 1225 dem Kloster Schönthal bei Heilbronn Steuerfreiheit, 1227 dem Cisterzienserkloster Wettingen (maris stella) Abgabenfreiheit für seine Häuser in den Reichsstädten; Heinrich VII. wiederholte 1233 das Privileg für Bebenhausen. Siehe Böhmer Reg. n. 3169. 3268. 3185. 3259. 3388. 3633. 3669. 3747.

[9]) Ueber den Böhmens in älterer Zeit (unter Wenzel 928, 500 Mark Silber u. 120 Stück Ochsen jährlich; neue Verpflichtung Boleslaws I. dazu 950) s. Palacky I. S. 205, 215.

[10]) Frid. I. mandatum de subsidio solvendo a. 1177 „abbati Campidonensi" Leg.

Jahrhunderts kam diese allgemeine Besteuerung Seitens des Reiches nicht mehr vor; die Kriege gegen die Hussiten im Anfange des 15. und die Türkenkriege gaben die Veranlassung zu erneuerter Ausschreibung, bei der man bald einen s. g. gemeinen Pfenning (z. B. den hundertsten) des Vermögens abzugeben vorschrieb, bald auch auf die einzelnen Reichsstände eine bestimmte Summe legte (Anschlag). In beiden Fällen wurde die Erhebung von den Landesherrn bez. kaiserlichen Commissarien besorgt; im letztern stand es den Landesherrn frei, für ihre Quote die Unterthanen verhältnissmässig beizuziehen.[11])

IV. Eine anfängliche sehr reichlich, im Laufe der Zeit aber in Folge von Schenkungen, Belehnungen, Verpfändungen, die nicht eingelöst wurden, und durch den Erwerb von fast allen Landesherrn sehr spärlich fliessende Einnahmequelle bildeten die Zölle und Mauthgefälle (Wege- Brücken- Kanal-Gelder[12]). Sie stehen am Ende des 14. Jahrhundert überall den Landes-

---

I. p. 151): „Noverit tua discretio, quod . . . . . ordinatum est, ut ab ecclesiasticis principibus per terram Teutonicam mille marcarum summa persolvatur. Quare tibi ad solvendum decem marcae tantum sunt assignatae. Mandamus ergo . . ., quatenus ipsas omni occassione remota in octava paschae H. de Bretice in pondere Coloniensi de puro argento persolvas." Curia Quedlinburg. Phil. a. 1207 (ib. p. 218 sq.). Hier wurde die zu Nordhausen zur Unterstützung des h. Landes beschlossene Steuer ausgeschrieben „una cum principibus convenimus, ut per singulas imperii provincias de quolibet aratro sex denarii persolvantur; in singulis etiam civitatibus aut villis quilibet mercator vel alterius officii, seu cujuscunque fuerit homo proprias habens aedes, duos denarios persolvat. . . Principibus vero, sive sint clerici sive laici, comitibus quoque et liberis sive quibuscunque nobilibus, nulla eleemosynae summa est constituta, nisi quantum unicuique juxta arbitrium suum divina gratia voluerit inspirare. Haec autem collecta de nostra et principum constitutione per quinque annos fieri debet, et taliter est quolibet anno expedienda, ut quilibet episcoporum per totam dioecesim suam eam per certos et utiles nuntios colligi faciat; quilibet etiam princeps laicus, sive comes vel alius nobilis, in sui jurisdictione eam cum discretione dari praecipiat; et ita unusquisque eam in ordine suo expediat, ut in proxima nativitate Domini per omnes partes imperii pariter collecta, nuntiis certis ad ipsam deferendam deputatis parata sit assignari."

[11]) Siehe die im §. 74. n. 2. u. 3. citirten Reichsabschiede.

[12]) Vgl. die Stellen im §. 70. n. 12. Dazu: Ssp. II. 27. (Zolltarif, Zollfreiheit). Curia Wormat. Frid. I. a. 1157. (Leg. II. p. 104.) „Noverit igitur omnium Christi imperiique nostri fidelium presens etas et successura posteritas, quod cum divina largiente gratia, Urbis et Orbis corona et dignitate percepta, ab Italia redeuntes . . maxima civium ac negociatorum querimonia occurrit, pro eo quod a Babenberc usque Maguntiam in fluvio Mogo nova et inconsueta omnique ratione carentia thelonea . . exigerentur . . Unde . . . . ex judicio principum . . palatino comite Hermanno de Rheno sententiam proferente, precepimus, ut in proxima nativitate Dom. futura omnes qui . . theloneum solebant accipere, nostro se conspectui praesentarent, et sua thelonea imperatorum vel regum donationibus sibi esse collata per privilegia coram posita monstrarent; ea vero thelonea que imperatorie vel regie donationis auctoritate carerent, nostro judicio perpetualiter amputarentur. . ." Curia August. 1209 (ib. p. 215 sq.) „Item

herrn zu; die vielfachen Bedrückungen brachten mit sich, dass in den Landfrieden Bestimmungen getroffen wurden.[13]) Auch das Münzrecht (moneta) lieferte einige Einnahmen, kam jedoch auch bis zum Ende des 14. Jahrhunderts in die Hände aller Landesherrn. Hierdurch war der schon während des früheren Mittelalters schlechte Zustand des Münzwesens ein so kläglicher geworden, dass sich endlich im 15. Jahrh. das Reich veranlasst sah, Anordnungen zu treffen, welche jedoch nicht von besonderem Erfolge waren.[14]) Gewissermassen als eine Art von Zoll für den ihnen verliehenen Schutz erscheint die Steuer,[15]) welche dem Kaiser von den Juden zu entrichten war, allmälig aber

---

quesivit (nemlich Fridericus Tridentinus episcopus) in sententia, si aliquis sine regia licentia et authoritate novum possit instituere theloneum? Et data est . . sententia, quod nullo modo hoc fieri possit vel debeat; et si factum fuerit, irritum sit et inane." Sent. a. 1220 (ib. p. 237.) „apud Frankenvoert in curia . . . . talis data est sententia et a principibus approbata, quod nullam auctoritatem seu warandiam thelonei vel monetae in dampnum sive praejudicium alicujus prestare possimus," cassirt dann die, welche der „Comes Gelriae" von ihm zu haben behaupte. Confoed. Frid. II. cum princ. eccl. c. 2. (oben §. 69. n. 3.), Landfr. v. 1235. c. 6. „. . . Receptores vero teloneorum, tam in terris quam in aquis, debito modo teneri volumus ad reparationem poncium et stratarum, transeuntibus et navigantibus, a quibus telonea accipiunt, pacem securitatem et conductum, ita quod nihil amittant, quatenus durat districtus eorum, prout melius possunt procurando. . ." Cassatio exactionis Ungelt Wormatiensis a. 1269 (ib. p. 382.) Mandat. de deponendis theloneis für Strassburg 1269. (ibidem), Rudolphi I. sent. contra thelonea injusta a. 1290 (ib. p. 454.), Alberti I. cassatio theloneorum ad Rhenum a. 1301 (ib. p. 474.). Bulla aurea cap. IX. (s. §. 69 n. 8.). Vgl. auch Böhmer Reg. n. 2981 Otto IV. a. 1209 (verzichtet zu Gunsten des Erzbischofs von Magdeburg auf verschiedene königliche Rechte, namentlich an den Nachlass verstorbener Prälaten, die Zolleinnahmen in den bischöflichen Städten, wenn der König darin Hof hält, und das Herbergsnehmen in den Besitzungen des Erzstiftes), n. 3025. (hebt zu Gunsten des Bisthums Trient eine von K. Philipp dem Ulrich de Arcu verliehene Zollstätte auf), n. 3141. (Friedrich II. ertauscht 1217 von dem Kloster der h. Fides zu Schlettstadt die Hälfte des dortigen Zolls u. Gerichts gegen Liegenschaften daselbst zu Brunner u. zu Königsheim), n. 3267. (derselbe gibt 1221 dem Schiffe des Nonnenklosters Königsbrück die Zollfreiheit auf dem Rhein). —

[13]) Siehe die im §. 74. n. 3. citirten.

[14]) Siehe die Note 12. Dazu Heinr. VI. const. de moneta Spirensi a. 1196 (Leg. II. p. 569.), Frid. II. const. de cambiis et denariis civitat. a. 1231. (ib. p. 181.), sent. de argento vendendo a. 1234. (ib. p. 302.), Henr. const. gen. a. 1234. (ib. p. 301.), Frid. II. const. a. 1232. (§. 69. n. 4.), const. pac. a. 1235 c. 7., Wilh. sententiae . . de moneta a. 1255. (ib. p. 371.), Rud. I. statutum de moneta a. 1282. (ib. pag. 440) a 1283. (ib. p. 443.) sent. contra falsatores monetae a. 1285. (ib. p. 446.), bulla aurea l. c.; Handl. u. Abschied u. Churfürstentag zu Mainz wegen der Münz a. 1402. (Neue Samml. I. S. 103 fg.) Reichstag zu Nürnberg von 1438. (das. S. 163 fg.) — Ssp. II. 26. Schwsp. c. 165 W.

[15]) Richardi R. dipl. a. 1262 (nach Kraut Grundr. §. 79.) „volumus — ut judei

an die Kurfürsten und sonstigen Landesherrn kam, denen das Recht, Juden zu geleiten, verliehen wurde. Schon im 12. Jahrhundert nahmen die Kaiser das Recht in Anspruch, ausschliesslich edle Metalle zu graben, welches nach und nach auf alle Metalle und das Salz ausgedehnt, vielfach zu Lehen oder gegen bestimmte Abgaben überhaupt übertragen, im 14. Jahrhundert den Kurfürsten ganz allgemein zugesprochen und seitdem allmälig als ein landesherrliches Recht angesehen wurde.[16])

Alle diese Rechte, jedoch auch andere,[17]) aus denen Einkünfte fliessen konnten, oder die überhaupt als eigenthümliche Rechte des Königs galten, fasste man unter dem Begriffe jura regalia, Regalien, zusammen. Dahin gehören dann noch die Naturaldienste in Kriegszeiten, sowie die an den

---

de Hagenowe, camere nostre servi, nostre camere tantum et per nostras patentes litteras serviant, nec ab aliquo quicunque fuerit ad indebita et inconsueta servicia compellantur." Siehe bei Kraut l. c. eine Menge von Urkunden-Zeugnissen über Verpfändungen derselben u. dergl. Bulla aurea a. 1356. cap. IX. §. 2. Das (falsche) privil. majus für Oesterreich spricht auch das Recht zu, Juden zu dulden. Vgl. Schwsp. c. 106 W. (125 L.) „Er sol ouch alle sine juden die in tuitschen landen sint sînem kanzelaere emphelen. unde tuot er des niht, sô phleget er ir doch mit rehte." Ssp. III. 7., Schwsp. c. 214, 215, W. 260, 261 L. — Die sent. de bonis judeorum vacantibus Alberti I. a. 1299. (Leg. II. p. 471.) spricht dem Erzbischofe von Mainz zu „omnia debita suorum judeorum occisorum heredes non habentium." Pax Alb. cum archiep. Moguntino a. 1302 (ib. p. 477.). „Daz ungelt und die Juden zu Frankenfurt die sal er behalden recht als unser breffe stant und kunic Adolfs, die er darüber hat, die briffe sal er auch behalden."

[16]) Vergl. §. 44. III. Thictmari Chron. II. 8. (Pertz Scriptor. III. p. 747): „Temporibus suis (961. Otto I.) aureum illuxit seculum; apud nos inventa est prima vena argenti." Von dem Finden auf königlichem Boden ist gewiss das Recht des Königs abgeleitet. Urk. Konrads II. v. 1150. (bei Joh. Suibert Seibertz Urkundenbuch zur Landes- u. Rechtsgesch. des Herzogthums Westfalen, Arnsb. 1839. Bd. I. n. 51. S. 67.): „Conradus dei gratia rom. rex secundus Wieboldo Corbeiensi abbati suisque successoribus regulariter ordinatis in perpetuum venas metalli videlicet auri argenti cupri plumbi et stanni et omnem pecuniam sive rudem sive formatam que intra montem Eresberg qui Corbeiensi ecclesie jure proprietario pertinere noscitur latet, tibi et per te Corbeiensi ecclesie damus et presenti scripto confirmamus ut liceat tibi et successoribus tuis absque ullius persone contradictione in eodem monte fodere omne metallum quod inventum fuerit eruere et conflare. ." Andre bei Kraut §. 127. Das Silber musste der Münze angeboten werden: sent. de argento vendendo Heinr. reg. a. 1234. (Leg. II. p. 302.). Bulla aur. a. 1356 c. IX. §. 1. — Die Urkunden Heinr. VI. a. 1189 für den Bischof von Minden, Friedr. I. v. 1189 für Trient u. a. beweisen, dass man nicht blos auf Reichsgütern oder königlichen, sondern allgemein das Bergregal annahm. Dagegen Zöpfl Rg. II. §. 50. (S. 478. n. 4.) u. a. vgl. auch die const. Frid. I. im §. 58. n. 5.

[17]) Siehe die constitutio de regalib. a. 1158 (§. 58. n. 5).

König und sein Gefolge auf dem Durchzuge zu leistenden Fuhren, Abgaben von Lebensmitteln u. dgl. m.

V. Damit im Zusammenhange stehen die Einkünfte, welche der König aus der Vogtei über Reichsklöster oder deren Abtretung an diese,[18]) ferner aus dem schon früh aufgekommenen, jedoch bereits im 13. Jahrhundert abgeschafften Rechte auf den Mobilarnachlass der Geistlichen,[19]) endlich aus der Handha-

---

[18]) So überliess Friedrich II. im J. 1219 (Böhmer Reg. n. 3196.) die Vogtei der Klostergüter dem Abt Heinrich von Kempten gegen eine jährliche Abgabe von 50 Mark.

[19]) Es ist dies das s. g. Spolienrecht, jus spolii, mit dem das Recht, die Einkünfte der vakanten Reichsbisthümer und Abteien zu geniessen, aufs Engste zusammenhängt. Const. Frid. I. de bonis clericorum decedentium (Leg. II. p. 138. sq.) „Nos, predecessorum nostrorum . imperatorum, magni Constantini . . Justiniani et Valentiniani . . Karoli et Ludowici, vestigiis inhaerentes, et sacras leges eorum tanquam divina oracula venerantes, imitari non erubescimus Constantinum . . . . dicentem: Habeat unusquisque decedens bonorum quod optaverit relinquere, et non sint cassa judicia . . . Item sacratissimam legem Valentiniani praef. praet. Palladio conscriptam recolimus; verum sive testamento . . . . . Hiis sacris legibus . . . . sententiam venerabilis cleri Wormaciensis ecclesiae, decedenti bonorum suorum mobilium, quod optaverit, aut pro remedio anime sue, vel alio quovis respectu tribuere, et testamentum facere sub testimonio adminus duorum confratrum suorum, sane huic libertati perpetuam tribuimus firmitatem." Sent. a. 1170 (ib. p. 141.) spricht den advocatis jedes Recht auf die dos der Kirche und die Sachen der Geistlichen im Leben oder Tode ab. Die Sent. a. 1172 (ib. p. 142.) spricht den Mainzer Geistlichen ebenso zu „ut mobilia sua que infra emunitatem habuerint, ecclesiis seu personis pro arbitrio suo inter vivos seu in ultima voluntate donandi liberam habeant facultatem." Ottonis IV. coronatio aquisgran. a. 1198 (ib. p. 203 sq.). Er sagt im Briefe an den Papst: „et quod consuetudinem illam detestabilem, qua episcoporum, abbatum principum de hac vita migrantium bona tempore mortis relicta quidam nostri antecessores hactenus occupabant, omnino in posterum dimittemus, et de beneficentia nostra principibus ecclesiasticis in perpetuum relaxamus." Dasselbe Versprechen mit dem Zusatze „aut etiam ecclesiarum vacantium" wiederholt er in der promissio regis Coronatio Rom. a. 1209 (ib. p. 217.); Friedrich II. in der promissio Papae a. 1213 (ib. p. 224.) leistete dasselbe Versprechen, das er öfter wiederholte: renunciatio juri spoliorum a. 1216, ib. p. 226 „Ideoque veterem illam consuetudinem detestantes, quam . . . . imperatores et reges in cathedrales exercuerunt ecclesias et abbatiasque manu regia porriguntur, quod videlicet decedentibus episcopis et prelatis earum, non tam reliquias rerum mobilium eorundem consueverunt occupare ac convertere in usus proprios occupatas, quam etiam redditus et proventus per totius primi anni circulum ita prorsus auferri, ut nec solvi possent debita decedentis nec succedenti prelato necessaria ministrari, eidem consuetudini sive juri vel quocunque vocabulo exprimatur, renunciavimus penitus . . . . statuentes, ut ecclesiarum omnium libertate integra semper in omnibus permanente, res et redditus hujusmodi in solvenda debita decedentium prelatorum et in alios ecclesiarum usus per manus legitime succedentium libere convertantur;" Promissio Papae a. 1219, ib. p. 231, Confoed. cum princip. eccl. c. 1. (§. 69. n. 3.). Rudolph I. a. 1274 in (tractatu) confirm. privil. Rom. eccl. (ib. p. 394 sqq.) erneuerte diese Versprechen. Nichtsdesto-

bung der Rechtspflege bezog.[20]) In letzterer Beziehung sind zu nennen die Geldstrafen, Einziehung von Gütern Geächteter, des Vermögens von Personen, die ohne Erben starben, die Gerichtssporteln,[21]) auch die Taxen bei der Erneuerung von Lehen, der Ausstellung kaiserlicher Gnadenbriefe u. dgl.

Wie bereits angedeutet wurde, fielen die meisten Einnahmsquellen mit der vollständig ausgebildeten Landeshoheit fort.

Drittes Kapitel.

Die Gebiete des Reiches; ihre Verfassung und Regierung.

A. Die landesherrlichen Territorien.

§. 76.

1. Der Landesherr.[1])

I. Die Hoheit über das Territorium ruhte auf dem der Familie als Allod oder Lehen zustehenden Besitze, auf dem Amte des Bischofs, Abts u. s. w., verbunden mit dem vom Reiche direct empfangenen Gerichts-Grafen-Bann, zu welchem bei den Herrn mit fürstlichen Rechten das Herzogthum kam.

II. Bei den geistlichen Territorien war mit der Würde von selbst

---

weniger wurden sie geübt, so dass man für gerathen hielt, sich die Freiheit durch besondere Privilegien versprechen zu lassen. So 1209 der Erzb. von Magdeburg von Otto IV. (nota 12.), die Aebtissin von Quedlinburg 1216 (Böhmer Reg. n. 3130.), der Bischof von Hildesheim 1226 (das. n. 3331.), die Aebtissin von Gandersheim (das. n. 3684.) von Friedrich II. beziehentlich K. Heinrich.

[20]) Siehe die im §. 58. n. 5. abgedr. Const. de regalibus. Vgl. noch Otto Frising de gestis Frid. I. Lib. II. c. 13. von den Worten an: „Mos enim antiquis, ex quo imperium Romanum ad Francos derivatum est," und Radevicus de reb. gestis Frid. I. lib. II. c. 5., wo er erzählt, welche Rechte Bulgarus, Martinus, Jacobus u. Hugo dem Könige zugesprochen hätten.

[21]) Vgl. über die Grösse der Sporteln die Const. Auximana Frid. I. a. 1177 (Leg. II. p. 162.), über die erblosen Sachen dieselbe u. Sent. Alberti I. a. 1299 (ib. p. 472.) bezüglich der Lehen, desgl. die Sent. das. p. 473. über erblose Lehen von Kirchen. — Heinrich VII. gab (Böhmer Reg. n. 3653.) 1227 dem Deutschorden die Taxfreiheit bei allen kaiserlichen und königlichen Gnadenbriefen.

[1]) Es wird hier selbstredend die Entwicklung der §§. 68 ff. vorausgesetzt.

auch die Landeshoheit erworben; denn diese haftete so sehr an dem Amte, dass sie vom Inhaber zu dessen Schaden selbst durch Verbrechen nicht verwirkt, sondern nur der Person für ihre Lebenszeit abgenommen werden konnte.[2]) Diese geistlichen Gebiete trugen den doppelten Charakter eines Reichslehen und der Ausstattung des Bisthums u. s. w.; ersterer waltete aber so sehr im Mittelalter vor, dass für Dispositionen betreffs deren keineswegs die Kirchengesetze, sondern Gesetz und Herkommen des Reichs als massgebend erachtet und angewendet wurde.[3]) Wegen der Einheit des geistlichen Amtes war für die Untheilbarkeit des Territoriums von selbst gesorgt; die Gesetze festigten diese noch mehr.[4]) Zu jeder Veräusserung von Kirchengut, das die Eigenschaft von Reichsgut trug, war deshalb der kaiserliche und der Reichsstände Consens erforderlich, zu dem aber auch Kraft der Reichsgesetze sowohl bei Bisthümern als Abteien Consens der Kapitel beziehentlich Convente und der Landstände hinzutreten musste.[5])

III. Für die weltlichen Territorien waltete, so lange die Anschauung lebhaft blieb, das mit dem erblichen Besitze verbundene Amt sei unbedingtes Reichslehen, der Grundsatz der Untheilbarkeit gleichfalls vor und wurde in den Entscheidungen des Reichs wiederholt ausgesprochen.[6]) Bevor aber die

---

[2]) Vgl. §. 74. nota 1. am Ende.

[3]) Das geht schon zur Genüge aus den Rechten der weltlichen Stände in denselben hervor, da nach dem Kirchenrechte Laien als solche hier nicht mit zu sprechen hätten. Man braucht übrigens nur einen Blick in die Regesten von Böhmer zu thun, um sich durch die zahlreichen Verfügungen der Kaiser hiervon vollends zu überzeugen.

[4]) Frid. I. sent. de bonis mensae episcopalis non alienandis a. 1153 (Leg. II. p. 94 sqq.), Sent. de bonis eccl. non alien. Henr. VI. a. 1191 (ib. p. 194.) „dictata est sententia, quod nullus episcoporum vel abbatum imperio pertinentium possit vel debeat aliquid de bonis ad coquinam vel ad aliud suum officium pertinentibus infeodare vel alienare; quod si forte aliquem episcoporum seu abbatum facere contigerit, talis infeodatio seu alienacio a successore episcopo potest et debet de ratione in irritum revocari. De abbatibus idem est judicium.“ Frid. II. sent. de alienat. bonor. eccles. (irritatio alienationum) a. 1219 (ib. p. 233.), Sent. a. 1250 (ib. p. 365.), Sent. a. 1253 (ib. p. 367 sq.).

[5]) Vgl. oben §. 69. nota 7., unten §. 77. und Heinr. reg. sent. de jure abbatiarum a. 1223 (Leg. II. p. 252.), Sent. de officiis et possessionibus eccles. Wilh. a. 1250 (ib. p. 365.), Sent. a. 1255 (ib. p. 373.) „responsum fuit et in nostra presentia sententialiter judicatum, quod (abbas princeps territorii) nec vendere nec alienare aut distrahere seu donare potest aliqua feuda vel bona sui monasterii, non requisito consensu nostro et sui capituli et obtento.“ Sent. contra infeodationem episcoporum, capitulis irrequisitis Rudolphi I. a. 1277 (ib. p. 412.).

[6]) Frid. I. const. de jure feodor. a. 1158 (Leg. II. p. 113.), Rud. I. sent. de comitatibus non dividendis (ib. p. 442.) Schwsp. c. 132. L. 101. W. „Man enmac mit rehte dehein fürsten ampt zwein mannen gelihen. Geschihet ez aber, ire

verschiedenen von manchen Fürsten besessenen Grafschaften u. s. w. als ein einheitliches Land sich abgeschlossen hatten, galt es für keine Theilung, dass die einzelnen Grafschaften, jede für sich ungetheilt, unter die mehren Erben vertheilt wurden; dies kommt bis ins 15. Jahrhundert hinein vor.[7]) Je mehr aber die Landeshoheit zum Abschlusse gelangte, desto mehr trat diese Anschauung bei jenen Territorien zurück, deren Inhaber keine directe Verleihung vom Reiche beständig an das Lehensband mit diesem erinnerte; Theilungen in verschiedener Gestalt kamen deshalb im 14. Jahrhunderte bei manchen *nicht*fürstlichen Gebieten vor. Dies war um so leichter, als keine besondere Successionsordnung bestand. Die goldene Bulle von 1356[8]) setzte zuerst für *die* Kurlande Untheilbarkeit und Sucession nach der Primogenitur fest als natürliche Folge der nach dem Rechte der Erstgeburt zu vererbenden untheilbaren Kurstimme (§. 71. III.). Diesem Vorgange folgend wurde zur Behebung der mancherlei aus den möglichen Gebietstheilungen hervorgehenden Nachtheile im Laufe des 14. und. 15. Jahrhunderts in vielen fürstlichen und gräflichen Häusern gleichfalls die untheilbare Erbfolge nach der Primogeniturordnung hausgesetzlich festgestellt. Dabei aber ging man, seit die volle Landeshoheit das ganze in der Hand des Fürsten vereinte Gebiet als einheitliches Territorium erscheinen liess, allmälig einen Schritt weiter, indem nicht nur für das Haupt*land*, sondern für dies und die damit verbundenen Länder jene einheitliche Folge bestimmt wurde. Damit aber war der Anfang gemacht zu neuem Hervortreten des öffentlich rechtlichen Charakters der Territorialhoheit.

---

deweder mac dâ von ein fürste geheizen noh gesîn. alsô enmac man weder marcgrâveschaft noch phalenzgrâfschaft noch grâveschaft. unde swer sî teilet, sô hânt si iren namen verloren." Ssp. III. 53. §. 3. III. 64. §. 5. wider die Theilung der Grafschaft. Vgl. §. 68. n. 1. u. §. 69. n. 7. §. 75. n. 4.

[7]) Deshalb erscheinen auf den Reichstagen mehre Fürsten, welche demselben Hause angehören. Siehe §. 72. n. 17. Hieraus haben sich auch die verschiedenen Linien einzelner Häuser mit denselben Fürstentiteln gebildet.

[8]) Cap. XXV. §. 2. „Decernimus . . . quod . . . insignes et magnifici Principatus . . . terra, districtus, homagia, vasallagia, et alia quevis ad ipsa spectantia, scindi, dividi, seu quavis condicione dimembrari non debeant, sed ut potius in sua perfecta integritate perpetua maneant. §. 3. Primogenitus filius succedat in eis, sibique soli jus et dominium competat, nisi forsitan mente captus, fatuus, seu alterius famosi, et notabilis defectus existeret, propter quem non deberet seu posset hominibus principari. §. 4. In quo casu inhibita sibi successione, secundo genitum si fuerit in ea progenie, seu alium seniorem fratrem, vel consanguineum laicum, qui paterno stipiti, in descendenti recta linea proximior fuerit, volumus successurum." §. 5. gebietet Unterhalt der Geschwister mit Ausschluss jeder Theilung des Fürstenthums „et pertinenciarum ejus." Das Privilegum majus für Oesterreich hat diese Erbfolge auch bereits aufgenommen.

IV. Der neue Landesherr trat dem Reiche gegenüber durch die Lehnserneuerung (§. 72. II.), seinem Lande gegenüber durch feierliche Besitzergreifung[9]) in die Regierung ein. Er musste aus echter Ehe stammen, körperlich und geistig zur Herrschaft befähigt sein.[10]) War die erbfähige Verwandtschaft ausgestorben, so fiel das Land als erledigtes Reichslehen in die freie Besetzung des Kaisers zurück, der selbiges während dieser ganzen Zeit nach Belieben an Reichsunmittelbare oder auch Reichsministerialen austhun konnte.[11])

V. Die Rechte der Landesherrn waren die Grafengewalt und das Herzogthum mit ihren Befugnissen. Die Fürsten, welche beides besassen, also alle geistlichen Landesherrn und die wirklichen Reichsfürsten hatten als Ausfluss des Grafenamtes die Gerichtsbarkeit, das Recht Placita abzuhalten, die Sorge für den Frieden (Polizei), das Recht Anordnungen hierüber zu treffen, als Rechte des Herzogthums dazu den Heerbann, das Recht Hoftage zu halten u. s. w. Mit diesen Rechten verband sich allmälig der Genuss der Regalien (§. 79.). Sie erscheinen somit als die Herrn und Schirmer des Landes, domini, principes territorii.[12])

VI. Ihr Verhältniss zu den Einwohnern des Territoriums war

---

[9]) Empfang der hulde Seitens der Stände, wobei der Fürst auf dem Fürsten- (Herzogs-) Stuhle sass in festlichem Gewande u. dgl. Siehe einzelne Formen, besonders aus Kärnthen, bei Grimm R.A. S. 252 ff.

[10]) Bulla aurea cap. XXV. Unter §. 84.

[11]) Der Herzog von Oesterreich (§. 58. n. 18.) hatte für diesen Fall das Recht der freien Verfügung. Vergl. §. 84. n. 4.

[12]) Den Inbegriff dieser Rechte lässt die Urk. K. Ludwigs v. J. 1338. 17. Aug., womit er den Grafen Gotfried IV. von Arnsberg belehnte, deutlich erkennen (Seibertz Urkundenbuch II. S. 302. num. 666.). „Nos Ludovicus d. g. Rom. Imp. S. A. tenore presentium profitemur — quod veniens ad nostre majestatis presentiam spectabilis Godofridus Comes de Arnsberg fidelis noster dilectus — supplicavit ut sibi feoda infra scripta ex successione paterna eidem pertinentia videlicet Advocatiam in Susato, tres Gogravias que vulgo Goggericht dicuntur unam scilicet in Huvele, alteram in Wicke, tertiam in Calle, omnes Cometias que Frigrafschaft vulgariter nuncupantur, monetam suam, ducatum infra terminos dominii sui, silvam suam que dicitur Lurewalt et in eadem silva forestum vulgariter dictum Wildforst, pedagium vel Theloneum in Neyheim, nec non jus primam pugnam habendi quando Regem vel Imperatorem Romanum vel summum ducem Westfalie infra terminos Reni et wysere pugnare vel bellare continget que volgo dicitur forstreit, conferre et ipsum de hiis investire gratiosius dignaremur. Nos itaque — feoda suprascripta a nobis et sacro Rom. imp. descendentia prefato Godfrido Comiti de Arnsberg prout et quantum per progenitores suos et ipsum hactenus — habita sunt et possessa conferimus et cum — titulo feodali presentibus investimus.“ Sehr belehrend ist das Privil. majus für Oesterreich, weil thatsächlich sein Inhalt damals geltendes Recht für dieses Land war.

Ueber die Succession überhaupt Schulze das Recht der Erstgeburt in den deutschen Fürstenhäusern, Leipz. 1851.

lange Zeit hindurch ein sehr verschiedenes. Die grosse Mehrzahl derselben war theils in Folge der Angehörigkeit an den Allodialbesitz des Herrn, theils zufolge des Abnehmens der alten Freiheit (§. 54.), theils als Hörige der an die Landesherrn gekommenen Reichsgüter, endlich auch durch Belehnung, in einem directen persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse zum Herrn; sie standen als Hörige, Ministerialen, Vasallen unter dem jus curiae und seiner (privaten) Herrngerichtsbarkeit. Diese sind in Wahrheit schon im frühen Mittelalter Unterthanen. Eine zweite Klasse bildeten die Freien, welche dem Herrn nur *als* Inhaber der Grafenrechte unterstanden, ihren Gerichtsstand im Landgerichte hatten (§. 85.). Auch sie sind seit der Ausbildung der Landeshoheit *Unterthanen*. Die erste Klasse umfasst der spätere Ausdruck Hintersassen, die zweite der Landsassen.[13]) Ob der Einzelne in einer Stadt, welche dem Herrn gehörte, oder auf einer Burg, in einem Dorfe oder Hofe wohnte, machte keinen Unterschied. Wohl aber trat ein solcher dadurch ein, dass viele ursprünglich der ersten Klasse angehörige Personen, ferner Ministerialen und Vasallen gegen den Ausgang des 13., besonders aber im 14. Jahrhundert eine höhere Stellung erlangten gerade durch das persönliche Band zum Herrn, und dass in Folge dessen alle übrigen selbst innerhalb der Territorien als minder frei erschienen und in ein gewisses Abhängigkeitsverhältniss von jenem *niedern* Adel kamen, so dass sich aus ihnen ein eigner Stand bildete (§. 87. §. 107.), dem gegenüber die höher Gestellten gewisse Rechte an der Regierung erwarben (§. 77.). Darin aber war des Herrn Macht über alle diese Personen gleich, dass sie seinem Blutbann (jus vitae ac necis) unterlagen. Eine dritte Klasse von Unterthanen, oder als Gegensatz gegen alle vorhergehenden eine zweite, bildeten jene Personen, welche die Grafschaft vom Reiche, einem geistlichen oder weltlichen Fürsten zu Lehen trugen, Besitzer eines Herrnhofes (dynastae), kurz selbst Landesherrn waren, aber nicht die vollen fürstlichen Rechte erlangt hatten (§. 68. VII.) desgleichen die Reichsministerialen, welche *auf* den Reichsgütern wohnten. Diese[14]) standen bezüglich des Heerbannes

---

[13]) Siehe Pfeffinger l. c. I. XXII. (T. II. p. 959 sqq.).

[14]) Auch diese Klasse von Personen wird einzeln, und offenbar ganz mit Recht, mit dem Namen Landsassen bezeichnet. — In diesem Verhältnisse standen volle Landesherrn. So z. B. die Grafen von Arnsberg gegenüber den Erzbischöfen von Köln als Herzögen von Westphalen. S. Dipl. a. 1340 (Seibertz III. p. 484. n. 1117.), worin Erzbischof Walram bekundet, dass Graf Gotfried von Arnsberg seine villa, die in puro et libero allodio suo „infra ducatum quidem nostrum Westphalie“ liege, ihm übertragen und als Lehen zurückgenommen habe, und erlaubt ihm daselbst ein Schloss zu bauen und das Dorf als Stadt zu befestigen. Daselbst n. 1095. (im J. 1275.) erklärt sich die Stadt Paderborn, die doch dem Bischofe von Paderborn gehörte, „quod ven. dno Archieps. Colon. decem annis nunc instantibus, quibus nos et

und der Lehnsherrlichkeit, sowie der Pflicht, ihre Hoftage zu besuchen, unter den Fürsten. Uebrigens kam es darauf an, ob sie innerhalb der Grenzen des fürstlichen Territoriums wohnten oder nicht. Im letztern Falle, der durchgehends nur in Franken, Schwaben und am Rheine vorkam, haben sie ihre Reichsunmittelbarkeit behauptet und auch der aus dem Fürstenthume herrührende Verband fiel fort, seitdem dieses selbst seinen alten Charackter geändert hatte. Im ersteren Falle sind sie mit sehr geringen Ausnahmen[15]) allmälig unter die wirkliche Landeshoheit gekommen, wenngleich sie Grafenrechte beibehielten. Diese Entwicklung hatte in den Kurlanden bereits zur Zeit der goldnen Bulle ihren Abschluss gefunden,[16]) und trat auch in den meisten andern Fürstenthümern bis zum Ausgange des 15. Jahrhunderts dahin ein, dass rücksichtlich der wirklichen Obergewalt alle Einwohner des Territoriums in gleichem Verhältnisse zum Fürsten standen, die Unterschiede zwischen den Einwohnern nur darin lagen, dass eine geringe Anzahl selbst gewisse landesherrliche Rechte von verschiedenem Umfange übte, und Landstände waren, die Uebrigen hingegen lediglich als Unterthanen erscheinen.

---

nostra in suam protectionem recepit et tutelam et quia in suo ducatu consistimus" gegen jeden zwischen Ruhr und Weser ausser den Kirchen zu Paderborn und Cöln beistehen wolle. — Im J. 1291 (das. p. 438.) wird Erzbischof Siegfried von Bischof Otto von Paderborn und Graf Ludwig von Arnsberg und Andern ersucht „quod nobis . . ., cum officii vestri debitum id exigat ratione ducatus vestri . . . vestram sententiam et jus dare et docere dignemini super eo, alioquin hujusmodi jus et sententiam a Serenissimo Romanorum rege nos requirere oportebit." Einen noch deutlicheren Beleg, dass der Herzog über die vollen Landesherrn noch am Ende des 13. Jahrh. eine gewisse Hoheit hatte, gibt das. num. 327. von 1263, worin Erzbischof Engelbert II. dem Grafen Gotfried III. von Arnsberg erlaubt, das Dorf Neheim als Stadt zu befestigen gegen die Verpflichtung zum Beistande gegen feindliche Angriffe. —

Für die spätere Zeit siehe Chr. Henr. Drewerus De jure territorii subordinati dissert. II. Lips. 1727. 4.

[15]) Z. B. die Häuser Schönburg und Stolberg.

[16]) Cap. XI. §. 1. „Statuimus ut nulli Comites, Barones, Nobiles, Feudales, Vasalli, Castrenses, Milites, Clientes, Cives, Burgenses, nulle quoque persone, Coloniensi, Moguntinensi et Treverensi Ecclesiis subjecti vel subjecte, cujuscunque status, conditionis vel dignitatis existant . . ." Oben §. 69. IV. Für Oesterreich lag diese Entwicklung schon im privileg. von 1156, für Brandenburg im Charakter der Markgrafschaft, und ergibt sich auch aus den Sätzen des Sachsenspiegels II. 12. §. 4. 6. III. 64. §. 7. III. 65. §. 1.; für Böhmen bestätigt sie Bulla aurea cap. VIII. als altes Herkommen.

§. 77.

2. Die Landstände,[1]) Landtage.

I. Aus der Beschaffenheit der Landesherrlichkeit, welche dem Inhaber nur die bestimmten herkömmlichen Rechte gegenüber den einzelnen Landesbewohnern verlieh, sowie aus dem noch lange Zeit fortlebenden Bewusstsein, dass der Herr aus kaiserlicher Uebertragung die Grafenrechte übe, ist erklärlich, dass in den Territorien nur sehr allmälig die alten Formen der Regierung verlassen wurden. Dies zeigte sich zunächst in den meistens fortdauernden drei grossen jährlichen (§. 47. V.) Versammlungen, die noch geraume Zeit von den Herrn gehalten wurden. Mit der zunehmenden Bedeutung des Lehnswesens und der stets abnehmenden der gemeinen Freiheit hörte der Einfluss der Gemeinfreien auf die Ordnung der politischen Dinge mehr und mehr auf, während so die Vasallen und Ministerialen das Hauptgewicht erlangten. Dies war der Grund, weshalb diese Versammlungen mehr zu blossen Gerichtstagen wurden. Als solche wurden sie auch von Reichswegen den Herrn bei Strafe befohlen[2]) und haben sich in manchen Territorien, jedoch in der spätern Zeit nicht mehr für das ganze, sondern als Versammlungen der kleinern Kreise (Gografschaften, Centen u. s. w.) bis in die spätesten Zeiten erhalten. Die Geschäfte, welche man auf diesem Landding, Landtag, placitum provinciale, vornahm, waren: Entscheidung der Rechtsstreitigkeiten und Vornahme (Beurkundung) von Rechtsgeschäften.[3]) Neben diesen Gerichtsversamm-

---

[1]) Friedr. Wilh. Unger Geschichte der deutsch. Volksvertretung. I. Theil Gesch. der deutsch. Landstände, 2 Bde. Hannover 1844. (S. XI—XXVIII. die Literatur); Carl Hegel Gesch. der mecklenburgischen Landstände bis zum Jahr 1555 cet. Rostock 1856. Michelsen in der Zeitschr. f. D. Rt. Bd. I.

[2]) Heinr. reg. Const. gener. a. 1234 (Leg. II. p. 301.): „Et ut in judicando diligencie formam omnibus preferamus, ecce in manus principum promisimus, quod in quolibet mense, ubicumque in imperio fuerimus, quatuor diebus ad minus personaliter volumus judicio publice praesidere. Quod etiam a quolibet judice fieri volumus, temporibus ad hoc secundum provinciarum consuetudinem constitutis. Quod si princeps facere neglexerit, et de hoc convictus fuerit, ut exigit juris ordo, domino regi centum libras auri in pondere Karoli persolvet. Comes vero vel alius nobilis judicium habens, si non judicaverit secundum provinciarum consuetudinem, domino regi . . . centum marcas argenti componet."

[3]) Vgl. die Citate bei Unger I. S. 178 ff., Walter R.G. §. 264. In den meisten Urkunden über Streitigkeiten und Uebertragungen u. s. w. (vgl. die Note 6.) wird nur die Zustimmung zu dem Akte bez. Bekundung erwähnt; diese ist aber nach den damaligen Verhältnissen nur mündlich, also auf solchen Gerichtstagen gegeben.

lungen, welche die Fürsten oder deren judices provinciales,[4]) Landmarschälle abhielten, wurden in den kleinern Distrikten der mit dem Gericht beliehenen Grafen, Vögte der Abteien und Klöster gleichfalls solche jährliche Gerichtsversammlungen abgehalten.[5])

II. Die Stellung der Landesherrn zu den verschiedenen Klassen von Eingesessenen einerseits, die Anschauung des Mittelalters, jede Gewalt sei eine übertragene, jedes herkömmliche Recht ein wohl erworbenes, nicht ohne den Willen des Berechtigten zu kränkendes, endlich die persönliche Regierung der Herrn und die Oeffentlichkeit bei allen Arten rechtlicher Akte brachten von selbst mit sich, dass die Landesherrn kein Geschäft von irgend welcher Wichtigkeit vornahmen, ohne die Männer ihres Vertrauens zu berathen und deren Billigung zu besitzen. Gerade darin zeigt sich aber die allmälige Entwicklung am Besten, dass wie beim Könige (§. 43. 72.) auch in den Territorien analog nur Vasallen und Ministerialen, aus denen die Landesherrn ihre Stellvertreter nahmen, zugezogen wurden. Im Einzelnen waren nach der besondern Entwicklung manche Verschiedenheiten. In den geistlichen Fürstenthümern war vor Allem das Kapitel (bei den Abteien der Convent) hierzu berufen; in allen Fürstenthümern traten in den Vordergrund die allenfalls zu demselben gehörigen Grafen und freien Herrn (Dynasten); einzeln kommt, jedoch nur in Angelegenheiten rein privatrechtlicher Natur, auch die Zustimmung der eignen Leute u. s. w. vor. So wurden Veränderungen im Besitzstande der Landesherrn (Schenkungen von Gütern) oder einzelner Institute (z. B. von Kirchen, Klöstern), Verpfändungen oder Verkäufe von landesherrlichen Rechten (z. B. der Grafschaft, Münze u. dgl.) u. s. w. durch das ganze Mittelalter hindurch mit Beirath des Landes vorgenommen.[6])

---

[4]) Ueber die in Thüringen (Hessen) s. Carl Phil. Kopp ausführl. Nachricht von der ältern u. neuern Verfassung der Geistl. u. Civil-Gerichten in den fürstl. Hessen-Casselischen Landen. 2 Bde. Cassel 1769. 4. I. §. 200 ff. (S. 273 ff.)

[5]) Es waren aber nicht immer drei. So bestimmt Erzb. Anno d. H. von Cöln in der Stiftungsurk. der Abtei Grafschaft im Herzogthum Westphalen von 1072 (Seibertz n. 30., I. p. 33.) „advocatus placidum bis tantum in anno habeat.“

[6]) Dipl. a. 1104, worin Graf Ervo von Padberg ein Kloster stiftet, dem er übergibt „omnia mea et me ipsum, ministeriales meos cum beneficiis et possessionibus, item servos omnes mihi bene in hoc consentientes.“ Seibertz Urkundenb. n. 37.; Dipl. a. 1166, Erzb. Reinald gibt einen Wald bei Soest hin „consultis super hoc prioribus inbeneficiatis et ministerialibus ecclesiae Colon., ex communi eorum et tocius Susatensis familiae consilio“ das. n. 56.; ein zweiter Verkauf eines Waldes als Zinslehen geschieht 1166 „ex deliberatione et consilio priorum Coloniensium, inbeneficiatorum, et ministerialium nostrorum, ex consilio quoque totius familiae Sosatensis.“ Die priores sind: Probst und Dekan des Domstiftes, Vertreter der Kapitel in Xanten und Soest, der Abt von Siegburg, mehre Grafen, Advocati, Ritter, ein Scultetus, das. n. 57.; 1170

Dieses Herkommen wurde nicht blos von Reichswegen anerkannt, sondern schon früh ist gesetzlich bestimmt, dass zu allen wichtigen Akten die Landesherrn

---

stiftet und bewidmet Erzb. Philipp I. von Köln das Kloster Bredelar „ex instinctu quorundam fidelium, et totius cleri nostri, . . . nostrorumque optimatum consilio, ipsiusque castellani (der vorher mit dem Orte belehnt war) et heredum suorum consensu." Die Zeugen sind ausser dem Bischofe von Paderborn und andern Geistlichen der Graf von Arnsberg, Ravensberg, Froithisbreht, dann die Dynasten von Lippe, Rudenberg, von der Mark. u. a., advocati, Leute aus Köln und Soest, ein villicus, das. n. 60.; — 1177 tritt derselbe dem „Scolteto nostro Susatiensi" Hermann einen Wald gegen Zins ab „ex consilio hominum, et ministerialium nostrorum, et Familiae predicte curtis," das. n. 71.; — dipl. a. 1178 über Verwandlung des palatium zu Soest in einen Thurm „communi et unanimi consensu tam Suffraganeorum et Priorum quam etiam Procerum, Bernhardi quoque Susat. Prepositi et Ministerialium nostrorum;" unter denen die adstipulirt haben und zugegen waren, heisst es nach den namentlich genannten Grossen „ministerialium nostrorum et aliorum multorum tam consulum quam civium ejusdem civitatis." Das. n. 75., — 1181 schenkt der Graf von Arnsberg einem Kloster „Dominam Godam cum omnibus filiis et filiabus" und sagt: „Nam civili jure consensu condomesticorum suorum et judiciali sententia tam liberorum quam ministerialium meorum confirmatum est." Das. n. 82.; — 1186 bestätigt der Erzbischof von Köln die Rechte einiger Oberhöfe „assensu et consilio priorum ac fidelium nostrorum tam nobilium quam ministerialium." Das. n. 90.; ähnliche Erklärungen das. n. 93. von 1188, n. 101. v. 1191, n. 173. v. 1200, n. 162. v. 1221, n. 206. v. 1235, n. 222. v. 1241 (Schenkung von Gütern der kölnischen Kirche an ein Kloster „de consilio et conniventia priorum Coloniensium fidelium eciam et ministerialium nostrorum assensu et approbacione," n. 245 a. 1246, n. 250. v. 1247 (Verkauf einer Fruchtrente, die die Abtei Bredelar einer Kirche zu zahlen hatte, durch den Abt von Corvei „unanimi consensu et voluntate [abbas et conventus] ministerialiumque nostrorum consilio"), n. 382. (Verkauf der Vogtei über Soest an die Stadt 1278. 18. Febr. durch den Grafen von Arnsberg ausser dem Consens seines Vaters, seiner Gattin und Kinder „de consilio fidelium ac ministerialium nostrorum." Es kommen vor als Zeugen: 4 Ritter (milites), ein vir nobilis, ein notarius, dapifer noster, Camerarius, vier namentlich aufgeführte et alii quamplures nostri ministeriales et fideles, der judex Susatiensis, zwei magistri consulum et totum consilium Oppidi et alii quamplures universitates. Datum et actum in domo Consulum in Susato.), n. 385 a. 1279 (Graf Ludwig von Arnsberg bekundet die Uebertragung von Gütern an ein Kloster mit dem Consensus aller seiner Erben „accedente etiam nobilium fidelium nostrorum, vassallorum, ministerialium et castellanorum consensu"), n. 502. (Erzb. Wigbold verpfändet a. 1303 der Stadt Soest das Schulten-Amt und den Schlagschatz von der Münze für die ihm geliehenen 1000 Mark Pfenninge „de consilio prelatorum nobilium et fidelium nostrorum"), n. 743. a. 1356; n. 793. a. 1368. Gotfried IV. verkauft die ganze Grafschaft Arnsberg an die Kölnische Kirche „communi fidelium et Subditorum nostrorum Comitatus nostri predicti communicato consilio . . quilibet nostrum in solidum fatetur et recognoscit pro se ac heredibus et successoribus suis quibuscunque . . . ac bona et spontanea nostra et cujuslibet nostrum voluntate de consilio amicorum fidelium et subditorum nostrorum Comitatus praedicti . . . . comitatum nostrum Arnsbergensem . . infra limites sive terminos ducatus Angarie sive Westphalie, qui

den Consens ihrer Stände einholen sollten, so namentlich zu Dispositionen mit den Gütern des Landes, zur Erlassung allgemeiner Anordnungen u. dgl. m.,

---

ducatus ad dictam Eccliam Colon. pertinet, situatum cum omnibus et singulis ipsius Comitatus juribus, dominiis, jurisdictionibus altis et bassis, ac mero et mixto imperio ac specialiter cum castris et opidis in . . . . item cum villis et opidis in . . . item cum villis et parochiis in . . . . . item cum dignitate officio seu prerogativa juris primipulariatus seu antebellatoris inter Weseram et Renum, nec non cum omnibus et singulis hominibus, ministerialibus, castrensibus, fidelibus, vasallis, militaribus, oppidanis, villanis, litonibus, servis et ancillis et Subditis quibuscunque utriusque sexus, quocunque etiam tytulo sive jure, ad nos et ad dictum nostrum Comitatum pertinuerint, vel pertineant, etiam sive infra terminos dicti Comitatus resideant sive extra, ac cum universis silvis, nemoribus, pascuis, pratis, aquis, aquarum decursibus, fluviis, piscariis, banno ferarum, mansionibus, domibus, curtibus, mansis, agris, cultis et incultis, decimis animalium et bladorum, molendinis, pensionibus, redditibus, petitionibus, censibus, theloneis seu vectigalibus, nec non comiciis liberis, dictis friegrafschaffe et hominibus dictis frien et earum sedibus, locis, terminis et distinctionibus, ac cum actionibus realibus et personalibus. Item cum advocatiis quibuscumque cum jure patronatus Ecclesiarum . . . . . . item cum omnibus instrumentis et rebus bellicis et defensoriis, videlicet machinis, tentoriis, cattis, pixidibus tonitrualibus, balistis grossis et minutis ac Sagatis cum ipsorum attinentiis . . . . item cum omnibus et singulis actis, munimentis, litteris, cartis, instrumentis, privilegiis, registris et scripturis ad dictum Comitatum spectantibus, seu ipsum Comitatum, bona, jura, jurisdictiones et possessiones illius quomodolibet concernentibus . . . . pro pretio . . centum milium et triginta milium florenorum aureorum, quorum triginta millia . . . sunt persoluti . . . Pro residuis vero centum . . nobis . . . pensiones et redditus annui . . sunt deputati et legitime assignati, videl. sex milium et quadringentorum flor. aur. in theloneis Nussiensi et Bonnensi ac castrum in Bruele cum opido totoque officio et districtu suo et cum universis suis redditibus et pertinentiis nobis ad vitam mei Comitis . . possidendum deputatum est atque assignatum . . . Dictum itaque comitatum et terram Arnsbergensem cum . . . . . . juribus et pertinentiis suis universis, quae omnia et singula nostra bona libera et allodialia fuerunt et a nemine feudali seu alio jure dependent, exceptis dignitate seu officio primipulariatus ac jurisdictionibus liberis, dictis frygedinge et silva de Arnsberg ac theloneo seu vectigali in Nehem, que a sacro Romano Imperio, Castro Hirtzberge, villa hustene et bonis quondam dominorum de Ardey, advocatiis et aliis quibusdam bonis que ab Ecclia Colon. tytulo feodali dependent . . . . in Eccliam Colon. . libere transtulimus et transferimus per presentes eisdem Comitatui et terre ac rebus venditis . . . omnique juri nobis in eisdem competenti renunciantes et effestucantes perpetuo, ore, manu et calamo, . . . pro nobis, heredibus et Successoribus nostris quibuscunque, ad usus et ad utilitatem perpetuos Eccl. Colon. — Et propterea renunciamus omnibus fidelitatibus et juramentis nobis per quoscunque fideles, vasallos ministeriales, castellanos, castrenses, officiatos, judices, scabinos, juratos, universitates, homines et subditos quoscunque . . factis et prestitis, eosque . . a . . suis juramentis et fidelitatibus . . et ab omni nexu fidelitatum et juramentorum . . quitamus et absolvimus in perpetuum cum hujusmodi fidelitates, homagia et juramenta Ecclie Colon. . . . sine dolo prestiterint et fecerint. Volumus ut exnunc inantea

auch sind vorkommendenfalls durch Urtheile des Reiches Akte, welche dem Reichsrechte oder guten Herkommen zuwider waren, vernichtet; Veräusserungen ohne Zustimmung der Stände rückgängig gemacht, landesherrliche Mandate entkräftet.[7]) Zur Berathung und Ordnung der Landesangelegenheiten bedienten sich die Fürsten je nach der Beschaffenheit des Gegenstandes der Hoftage, auf denen alle Grossen des Herzogthums oder Fürstenthums nebst den Vasallen und Ministerialen desselben erschienen, oder auch der Landtage.[8])

---

dicto domino — ut vero eorum domino perpetuis temporibus — pareant obediant et intendant.. Comitatum ... nos constituimus nos nomine .. Eccl. Colon. jure precario possidere donec idem dominus .. seu alius nomine Ecclie Colon. illorum possessionem vel quasi per se, vel alium ... intraverit et acceperit corporalem, quam accipiendi sua propria auctoritate, sine aliquo mandato judicis vel requisitione intrandi et retinendi deinceps plenam et liberam potestatem et licentiam omnimodam .. damus et concedimus." Versprechen der Gewährleistung und vacua possessio, Verzicht auf alle Einreden. Siegel von Graf und Gräfin, 2 militum, 6 armigerorum, 5 Städten und Burgen, die gegenwärtig und einwilligten, ferner Unterschriften der 2 Ritter, 6 armigeri castrenses et fideles, „nosque proconsules et consules ac universitates opidorum" (5). Diese unterschreiben: „Et nos ... fideles et Subditi Spectabilis domini nostri domini .. Comitis, ac nobilis domine nostre ..." Die ausführliche Mittheilung aus dieser Urkunde, welche mein Vaterland betrifft, ist dadurch gerechtfertigt, dass sie über *eine* Menge von Punkten vollen Aufschluss gibt. Die Belehnung durch Karl IV. mit der Grafschaft siehe bei Seibertz n. 623. vom 20. Nov. 1371.

[7]) Vgl. die §. 59. n. 5, abgedr. Sent. Frid. II. a. 1231, das. n. 2. die Stelle aus Landfr. K. Rudolphs v. 1287. Dazu: Heinr. reg. sent. a. 1222 de non distrahendis hofmarchiis episcopatuum (Leg. II. p. 248.) „sententia data fuit: Quod nulli episcoporum liceat aliquatenus redditus hujusmodi distrahere sive alienare per infeodationes taliter (nemlich „preter consilium et assensum chori sui atque ministerialium eorum") quoquam modo; sed si forsitan per aliquem hoc factum fuerit, talis distractio seu infeodatio firmitatem aliquam non habet."

[8]) Die Auffassung der Spiegel lehren folgende Stellen: Ssp. III. 61. 1. „Over achtein weken sal die greve sin ding utlecgen buten den gebundenen dagen to rechter dingstat, dar de scultheite unde die scepenen unde die vrone bode si." Schwsp. c. 104 L. 86 W. „Versumet ein herre sin lantteidinc daz er dar niht kumet: dâ mit versumet er den liuten niht wand daz eine lantteidinc." c. 113 W. (135 L.) „139 L. 118 W.: „Ein ieglich fürste unde ouch ander herren unde rihter hât siner gewanheit buoze in sinem lande. doch sô sagen wir die alten buoze, die die künige gesezet hânt. Sumeliche herren hânt daz reht daz si hof gebieten für sich selben. Ist er ein herzoge oder ein ander leien fürste, unde sint bistuom in sinem lande gelegen: die selben bischove sullen sine hove suochen. unde allez daz reht daz der künic hât gein den, die sine hove niht suochent, daz selbe reht hânt die leien fürsten gein den, die ire hove niht suochent. Diz reht hânt alle die leien fürsten, die mit rehte hof gebietent. Ein leien fürste mac dem andern leien fürsten niht ze sinem hove gebieten, ob er daz selbe reht hat, daz er ouch hove gebieten mac. unde hât er aber des rehtes niht, unde hât er bürge unde stete in sinem lande: er muoz mit rehte sinen hof suochen. Diz reht hânt si umbe grâven unde umbe vrien unde umbe dienstman die

III. Im Laufe des 14. Jahrhunderts gestalteten sich die Verhältnisse der Stände bestimmter. Die Abschliessung der Ritter und Ministerialen zu einem Stande brachte dessen geschlossenes Auftreten mit sich; die Städte waren in der Lage, durch ihren Reichthum, ihre Macht und Freiheiten ihr Interesse zu wahren und wurden zu dem Ende zur Vereinigung gedrängt. Die Prälaten hatten von jeher eine selbstständige Stellung. Veranlassung zu gemeinsamem Auftreten boten der Regierungsantritt, indem man sich bei der Huldigung die alten Rechte bestätigen liess, die Versuche einzelner Herrn, gegen das Herkommen Rechte auszuüben, z. B. Veräusserungen und Verpfändungen vorzunehmen, der schlechte Rechtszustand, der die mächtigern Einwohner zu Bündnissen und Vereinigungen trieb, endlich die öftern Geldverlegenheiten der Herrn und deren Anträge zur Bewilligung von Darlehen, Steuern u. s. w.[9]) Waren auch durch Reichsgesetze alle derartigen Vereine verboten, so siegte doch die Macht der günstigen Verhältnisse.[10]) Verlangte ein Landesherr ausser-

---

bürge unde stete in ir lande hânt. unde hânt si aber ander guot dar inne, sô sint si ledic daz si ir hove niht ze rehte suochen. unde sint si niht gesezen in diutschen landen, oder sint si sust sô verre gesezen, daz si den hof niht gereichen mugen in ahtagen: si sint des hoves mit rehte ledic. si sullen aber dar senden ir înboren dienstman. der sol vür in dâ loben das er staete halde als verre als er sülle allez daz dâ gelobet oder gesezet si guoter dinge. unde lez in sust êhaft nôt, sô tuo daz selbe. der vrie herre unde der mitter vrîe senden ir eigen man dar. der dienstman sende sînen mâc. die getuon als vor gereit ist.“ c. 358 L. 292 W. — Beispiele solcher Hoftage geben die Urkunden bei Seibertz num. 54. von 1165 (zu Soest), n. 60. u. 61. v. J. 1170, n. 87. v. 1185, n. 90. v. 1186, n. 103. v. 1193 u. A.

[9]) Heinr. reg. sent. contra communitates vassallorum a. 1224. (Leg. II. p. 254.) bestimmt auf Anfrage des Libaldus de Bafrimont „quod vasalli et ceteri homines sine consensu dicti Lebaldi et etiam absque nostra et imperii voluntate nullas communitates, constitutiones, conventiones et novitates poterant attemptare.“

[10]) Auch in den Territorien schlossen schon im 13. Jahrh. die Städte Bündnisse; so in Westphalen (Seibertz Urkundenbuch n. 277. 296.). 1325 (das. n. 610.) schlossen Burgmänner und Städte, 1326 (das. n. 615.) diese und der Marschall einen gemeinen Landfrieden, der 1344 (das. n. 691.) erneuert wurde (hier führte man eine ständige Miliz von 50 Mann — 17 der Marschall von Westfalen, Soest 10, Brilon 4, Werl, Geseke und Rüthen je 3, Warstein 2, Kallenhardt und Beleke je 1, Medebach, Hallenberg, Schmallenberg und Winterberg zusammen 6; vier „Biedermänner,“ zwei Ritter und 2 Bürger, zur Ausführung und Vertheilung der Miliz — ein). Andere Schutzbündnisse von 1370, 1385, 1386, 1451, 1452 das. n. 818. 870. 872. 873. 958. 959. Im J. 1437 verbanden sich Ritterschaft und Städte (das. n. 911.) zu wechselseitigem Schutze, 1452 (das. n. 959.) zur ordentlichen Handhabung der Rechtspflege; 1463 (das. n. 968.) schlossen Erzbischof, Domkapitel und Landstände eine Erb-Land-Vereinigung. Zum Widerstande gegen die Uebergriffe des Erzbischofs verband sich 1474 (das. n. 977.) das rheinische Erzstift mit der Landschaft Westfalens. 1479 (das. n. 980.) schlossen Ritterschaft und Städte Westfalens mit mehren Fremden

gewöhnliche Leistungen, so gab man sie nur gegen urkundliche Bestätigungen der alten Freiheiten,[11]) Anerkennung des ständischen Selbsthülferechts im Falle der Nichteinhaltung der Zusage u. dgl. m. So traten im 14. und 15. Jahrhundert Prälaten, Ritter und Städte in den meisten[12]) Territorien als Status terrae auf, deren Zustimmung zu allen wichtigern Angelegenheiten erforderlich war. Zur Berathung derselben berief man die Landtage, auf denen der Fürst seine Propositionen machte. Die von den Ständen gebilligten und sonstigen landesherrlichen Erlasse wurden bei Verabschiedung derselben als Gesetze, Landtagsabschiede, kundgemacht. Die Rechte der Stände waren durchgehends Zustimmung zur Erhebung neuer Abgaben, Veräusserung oder Verpfändung von Staatsgut, Berathung der Gesetze u. s. w. Uebrigens waren die Verhältnisse im Einzelnen höchst mannigfaltig; bald waren nur die drei genannten Stände, bald nur Adel und Städte, bald auch die freien Landbewohner vertreten. Durch diese Stellung kamen Prälaten, Ritterschaft und Städte allenthalben in den noch festeren Besitz des Rechts der Gerichtsbarkeit, Polizei u. s. w.[13])

§. 78.

3. Die Regierung, Administration.

I. Analog den Erz- und Erbämtern des Reiches bestanden in den fürstlichen und überhaupt landesherrlichen[1]) Territorien zunächst die vier Hofämter des Dapifer, Pincerna, Camerarius und Marscalcus,[2]) welche

---

zur Beilegung der Fehden und Erhaltung gemeinen Landfriedens ein Bündniss. 1493 (das. n. 998.) vereinigten sich mehre westfälische Städte, um dem zu hohen Geldkurse zu steuern.

[11]) G. v. Lerchenfeld die altbayerischen landständischen Freiheitsbriefe (Einleit. von L. Rockinger), München 1853. Der älteste ist von 1311.

[12]) In einigen gab es nie Stände, z. B. der badischen Markgrafschaft und in mehren kleinern Gebieten.

[13]) So erliessen die Stände mit Zustimmung des Herrn auch Gesetze; so 1423 (Seibertz n. 921.) die westfälischen eine „gemeine Gesinde- und Tagelohns-Ordnung."

[1]) Dies beweist z. B. für die Grafschaft Arnsberg die Urk. bei Seibertz Urkundenbuch n. 209. von 1237 u. A.

[2]) Für Köln z. B. die Urk. v. 1147 (Seibertz n. 47.) u. 1230 (das. n. 189.) und zahlreiche andere in dieser Sammlung.

Frid. II. sent. de officiis episcopatuum a. 1219 (Leg. II. p. 234.): „per sententiam diffinitum est, quod mortuo uno episcopo et alio substituto omnia officia vacant, exceptis quatuor principalibus, dapiferi videlicet et pincernae, mareschalii et camerarii." Frid. II. sent. de officiis principum a. 1223

mit Ministerialen besetzt regelmässig nach dem Rechte der Erstgeburt vererbt wurden. Zur Dienstleistung waren jenen subministri oder subofficiati aus Ministerialen oder eignen Leuten beigegeben, deren Dienst häufig auch erblich und mit Lehen versehen war. Daneben kommt vor das Amt der Castellani in den Schlössern und Burgen, das gewöhnlich Ministerialen mit Schloss und Gütern zum Lehen gegeben war,[3]) des Capellanus als Hofgeistlichen,[4]) des Notarius für die Beurkundung, der Villici auf den Haupt-Ober-Höfen u. a. Durch alle diese Beamten wurden die verschiedenen Leistungen in natura oder Geld, welche an den Hof abzuführen waren,[5]) beaufsichtigt und deren Verwendung für die Hofhaltung geleitet.

II. Die Verwaltung des Landes stand unter dem Landmarschall,[6]) der für das Heerwesen, den Landfrieden, die Landtage u. s. w. zu sorgen und die Aufsicht über die sonstigen Beamten zu führen hatte.

Hierzu kam in den Stiftern das Amt der Advocati[7]) für die Vertretung des Stifts, die Handhabung der Rechtspflege über die Leute des Stifts und die

---

(ib. p. 250.): „. . princeps domnus Conradus Hildensemensis episcopus, sententiam imperialis curiae nostrae sibi postulavit edici super eo, si officiatus aliquis principis cujuscumque, dapifer scilicet, marscalcus, camerarius vel pincerna, posset principi domino suo ratione sui officii quemquam ponere subministrum, vel aliquid de rebus ejus mobilibus vel immobilibus preter assensum ejusdem principis et ejus beneplacitum voluntatis ordinare. Super quo sententiam hanc imperialis curia nostra promulgavit, quod nisi de assensu principis fuerit et ejus libera voluntate, nullus talium officiatorum subofficiatum quemquam talem domino suo dare potest, nec aliquid de rebus principis disponere preter ejus beneplacitum voluntatis." Sent. Wilh. a. 1250 (Leg. II. p. 366.): „postulavit (der princeps D. Pataviensis electus), si omnia officia sua exceptis quatuor principalibus officiis de jure vacarent et forent pro suo beneplacito instituenda, dummodo per homines ecclesie sue eadem officia procuraret? Quod utique per sententiam principum et magnatum adjudicatum ei extitit, et ab omnibus approbatum, nisi forsan ex antiquo jure hereditario homines ecclesie aliqua officia possedissent." Vgl. Heinr. reg. sent. de jure abbatiarum a. 1223 (ib. p. 252.); Heinr. reg. sent. a. 1230 (ib. p. 278.): „. . lata fuit sententia, quod nulla virgo vel mulier in ullo quatuor officiatorum principalium, scil. dapiferi, pincernae, camerarii, marschalci, ratione hereditatis succedere possit." Conr. IV. sent. a. 1240 (ib. p. 333. u. 334.). Rud. I. bestätigte 1281 die sententia „qua in quatuor officiis principalibus ecclesiae Salisburgensis patrem filius major natu sequi debeat" Vgl. die Bemerkungen von Pertz in Leg. II. p. 422. Vgl. die Exped. Rom. (§. 74. n. 1.).

[3]) So die von Padberg in Westphalen. Siehe im Register zu Seibertz Urkundenbuch dies Wort.

[4]) Urk. von 1114 bei Seibertz n. 38.

[5]) Ein genaues Verzeichniss des Bestandes und der Einkünfte der Grafschaft Arnsberg von 1348 (1363) ist abgedruckt bei Seibertz n. 795. (II. S. 521—540.)

[6]) Vgl. die bei Seibertz im Register s. v. Marschalle angegebenen Urkunden.

[7]) Siehe die gute Zusammenstellung bei Walter R.G. §. 259.

Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens. Während man jenes Amt regelmässig nach Belieben besetzte, war die Vogtei meistens zu Lehen gegeben oder kam in erblichen Besitz, wodurch viele Vögte zu mächtigen Herrn und grossen Grundbesitzern wurden. Neben beiden Aemtern kamen allmälig noch andre (Landdrosten, Landjägermeister, Landrichter u. dgl.) auf.

III. Unter diesen Hauptämtern gab es für die Gerichtsbarkeit über die Hofesleute, die Erhebung der Einkünfte, die Polizei u. s. w. Beamte, die bald Schultheisse, Schulzen, Schulten, (z. B. in Westphalen, überhaupt Sachsen), bald schlechthin Officiales, Centgrafen, Amtmänner, Amtleute, Villici u. s. f. heissen; in den Städten war die Verwaltung eine eigne (§. 81.); ebenso führten die Ritter und Ministerialen auf ihren Burgen und Schlössern eine eigene Verwaltung unter Aufsicht des Marschalls. Je mehr sich das Verhältniss der Einwohner zu dem von Unterthanen gestaltete, desto geregelter wurde die Administration. Im Laufe des 14. Jahrhunderts fing man bereits an, auch bei Hofe vollständige Verwaltungsbehörden zu organisiren, an deren Spitze ein oder mehre Räthe, Consiliarii, für die verschiedenen Geschäftszweige standen, an welche die Beamten zu berichten hatten. Diese bereiteten ihrerseits die Sache zur fürstlichen Entscheidung vor. Hierzu nahm man vielfach Doctoren der Rechte. Für die Angelegenheiten des ganzen Landes hatten die Stände auf den Landtagen oder durch eigne ständige Abgeordnete ein bedeutendes Recht der Mitwirkung. Je mehr auf diese Art die Verwaltung, ausser in den Städten, durch fürstliche Beamte stattfand, desto mehr fiel jede Autonomie der einfachen Landbewohner fort, so dass nur Ritterschaft und Städte, höchst selten die Landgemeinden, autonomische Rechte besassen.

§. 79.

4. Kriegs- und Finanzwesen.[1])

I. Zur Aufrechthaltung der Ordnung in dem Territorium, Verfolgung von Räubern, zur Führung der Fehden, in welche der Landesherr verwickelt wurde,

---

[1]) Vgl. die im §. 74. abgedruckten u. citirten Stellen. Ausserdem gehören von Reichsgesetzen hierher: die Sent. de jure muniendarum civitatum Heinr. reg. a. 1231. (Leg. II. p. 283.) „quod quilibet episcopus et princeps imperii civitatem suam debeat et possit, ad opus et obsequium imperii et ipsius, in fossatis muris et in omnibus munire." Rud. I. sent. de constructione munitionum (ib. p. 422 von 1279.) Reichssentenz „quod nullus homo qualiscunque condicionis fuerit, in alicujus comitis comicia, castrum vel munitionem aliam qualemcunque erigere sive construere debeat, nisi prius ipsius comitis super eo requisito beneplacito et obtento." Curia Nuremberg. Adolphi reg. a. 1294. c. 2. (ib. p. 461.). — Die im §. 77. angeführten Ur-

sowie zur Leistung der Reichskriegspflicht entboten die Landesherrn ihre Vasallen, welche bald eine Burg, bald ein sonstiges Gut zu Lehen trugen, desgleichen ihre Ministerialen, ferner die Leute, welche unter dem Castellan, Burgvogt u. s. w. als Burgmänner in den nicht zu Lehen verliehenen Burgen sassen, weiter die Städte, endlich auch nach Bedürfniss, namentlich bei Angriffen gegen das Land als Landwehr, die Landbewohner. Art und Umfang der Leistung waren durch den Lehnsvertrag, das Hofesrecht (§. 61.) besonderes Uebereinkommen, Landesstatut oder Gewohnheit geregelt. Einzeln hatte man schon früh sowohl Ritter als Knappen im stehenden Solde. Im 14. Jahrhundert fing man auch an, in einzelnen Territorien zur Aufrechthaltung des Landfriedens eine stehende Miliz zu haben, wozu die verschiedenen Kriegspflichtigen ein Contingent stellten, das entweder aus fremden Söldnern oder solchen Personen genommen wurde, die sich aus dem Lande freiwillig hierzu gegen Entschädigung anboten.

II. Die Kosten für Bewaffnung und Unterhalt hatte bald der Mann überhaupt in Folge des besondern Vertrages, bald auf bestimmte Zeit, sonst der Herr zu tragen, soweit die vom Lande, den Städten, Klöstern für diesen Zweck zu entrichtenden Abgaben, sowie Naturallieferungen und sonstige Leistungen der Landleute nicht ausreichten.[2])

III. Während dieser ganzen Zeit musste der Landesherr nicht blos alle Kosten seiner Haushaltung, sondern auch der Verwaltung des Landes decken; das Einkommen aller Art, welches vom Lande aufgebracht wurde, erscheint daher als Einkommen des Landesherrn, dies und Einkommen des Landes ist identisch.[3]) Quellen des Einkommens bildeten: 1) die Güter aller Art (Grundstücke, Wiesen, Wälder, Häuser u. s. w.), deren Erträgnisse, soweit man nicht den Unterhalt der Beamten und Hofleute darauf anwies, oder sie nicht zu Lehen ausgethan waren, durch den Villicus an den Camerarius oder Marschall abgeführt wurden. Bedeutend war der Ertrag der Mühlen,[4]) deren An-

---

kunden über die westphälischen Landfrieden u. s. w. geben über manche Punkte guten Aufschluss. Vgl. Ssp. III. 66. 2. „Man ne mut ok nene burch buwen, noch stat vestenen mit planken noch mit müren, noch berch noch werder noch türne binnen dorpe, ane des landes richteres orlof."

[2]) Ueber diese Verhältnisse geben Aufschluss die im §. 61. angeführten Dienstrechte.

[3]) Ueber die meisten im Contexte berührten Punkte geben Aufschluss das §. 78. n. 5. angeführte Verzeichniss; dazu bei Seibertz n. 370. (I. S. 453.) das interessante Verzeichniss über den Bestand des Schultenamtes zu Soest aus der Zeit von 1275 — 1332, und num. 484. aus der Zeit von 1293—1300 (I. S. 598 ff.) über den Bestand des Marschall-Amtes in Westfalen, das. n. 665. das Güterverzeichniss des Grafen Gotfried IV. von Arnsberg von 1338 (II. S. 273 ff.).

[4]) So in dem n. 3. zuletzt genannten Verzeichnisse sehr oft, z. B. „Item habet Archiepiscopus ibidem aliud molendinum valens XXIV. maldra siliginis annuatim, quod

legung als landesherrliches Vorrecht galt und gegen bestimmte jährliche Abgaben auch Privaten gestattet wurde. 2) Grundzinsen, auf Grund und Boden ruhende Naturalabgaben: Zehnten vom Getreide, Lieferungen von Thieren (Hühner, Gänse, Kühe[5]) Eiern u. s. w., die auf den verschiedenartigsten Rechtstiteln beruhten: Kolonat, Erbleihe, Schenkung oder Belehnung mit Vorbehalt eines Zinses, Grundzinsen von Häusern in der Stadt u. s. w. 3) Gerichtszinsen, Abgaben der Städte u. s. w. für die Ausrüstung zur Reichsdienstleistung, Kriegsschillinge, Naturaldienste zu diesem Zwecke, 4) die Beden, petitones, collectae, welche verschiedenartigen Ursprung haben, 5) Einkünfte aus der Advokatie, 6) Abgaben von den Thieren und Waaren, die in den Städten, namentlich auf den Märkten, verkauft wurden (Accise) 7) für bestimmte ausserordentliche Fälle: Gefangenschaft des Herrn, Ertheilung des Ritterschlages an den Sohn, Verheirathung der Tochter (Fräulein-Prinzessinnen-Steuer).

IV. Zu diesen Einnahmen gesellten sich die Regalien (§. 75.): Zölle, Münze, Bergzehnt u. s. w., die übrigens auch vielfach an Städte und Ministerialen als Lehen gegeben oder verkauft waren. Ein eigenthümliches Einkommen bildete der Conductus.[6])

V. Wollte aber der Landesherr ausser den ihm durch das Herkommen zustehenden Leistungen von seinen Unterthanen eine Steuer erheben, so musste

quidam famuli dicti de antiquo monte pro media parte habent pro feodo suo castrense in Segen; alians partem Erenfridus de Bredenole, cum fuit, marscalcus, Hermanno de Haldinchusen militi contulit et sic adhuc habet."

[5]) Urk. v. 1262 n. 322. bei Seibertz „Nos godefriduscomes des arnesberg . . . . villicam, qui pro tempore fuerit in curte ipsius ecclesie in Menberge ab omni exactione vaccarum, que in totius terre nostre terminis fieri solet annuatim, immunem reddidimus."

[6]) Darüber heisst es in der Urk. bei Seibertz num. 484. am Ende: „Item jus Ducis Westphalie est conductus a Wesera usque ad Renum sic quod quilibet currus oneratus III. solidos, carruca XVIII. denarios et equus cui nullus insedet, vendendus de quolibet pede unum denarium dabit pro conductu. Et quandocunque conductus violatus fuerit Dux soluet ablata mercatoribus et ad vocationem suam vel sui marscalci, omnes gogravii Ducatus sui cum communitate hominum tenentur insequi predones, faciendo eis sequelam que communiter dicitur Volge. Et hanc eandem sequelam de jure facere tenentur, quando Dux vult obsidere castrum aliquod propter predicta de eodem commissa, vel castrum edificare pro necessitate sua et defensione terre. Si etiam aliquis vult habere conductum ad mensem unum duos tres vel quatuor vel annum aut plus, de hoc potest conuenire cum marscalco. — Item quicumque fuerit deprehensus cum littera alterius conductus in illo judicio de eo tamquam de spoliatore judicabitur quia spoliavit Ducem conductu suo." — Vgl. das statutum Heinr. reg. in favor. principum (§. 69. n. 4. verbis „Item conductum"), Curia Nuremberg. Adolfi reg. a. 1294. (Leg. II. p. 461.).

er das Land darum bitten, von dessen Bewilligung dieselbe abhing. Gerade solche Steuerbewilligungen gaben den Ständen Veranlassung, sich ihre Rechte und Privilegien nicht blos bestätigen sondern vermehren zu lassen, und sind in vielen Ländern einer der Hauptgründe für die Ausbildung ständischen Wesens, namentlich auch die Landstandschaft der Städte, geworden.[7])

B. Die Städte.*)

§. 80.

1. Ihre Entwicklung.[1])

I. Der Ursprung der Städte führt zurück auf die alten Römerstädte (§. 16. 41.), welche bereits in den ersten vier Jahrhunderten als Bischofssitze Mittelpunkte

---

[7]) Urk. v. 1372 bei Seibertz n. 835, worin der Erzb. Friedrich III. „die gemeyne Riddere und knechte ind onse manne ind burchmanne in onsem Marschalcampte im Lande van Westfalen ind in onsem lande van Arnsberg ind ampte van Waldenberge“ bittet, ihm zur Bezahlung des Kaufgeldes der Grafschaft Arnsberg eine Beisteuer zu geben u. reversirt, dass sie dies nicht schuldig seien, wofür er dann noch Soest (das. n. 845. v. 1376) für die geliehenen 2000 Goldgulden verspricht, dass das Marschallamt von Westphalen und Arnsberg stets vereinigt bleiben solle. Einen andern Revers des Erzbischofs von 1482 siehe das. n. 984.

*) Gaupp. Ueber deutsche Städtebegründung, Städteverfass. u. Weichbild. Jena 1824. Hüllmann Städtewesen des Mittelalters, 4 Thle. Bonn 1826. C. W. v. Lancizolle Grundzüge der Geschichte des deutsch. Städtewesens, Berl. 1829. Eichhorn in Zeitschr. f. gesch. Rechtswiss. (Ueber den Ursprung der städtischen Verfassung in Deutschland.) Bd. I. S. 147 ff., II. S. 165 ff., (1815, 1816). Vgl. die oben §. 60. citirte Literatur Reiches Material bietet die Darstellung von Walter R. G. §§. 212—224., 276., 289. Der Raum gestattet nicht, mehr als allgemeine Grundzüge zu geben, noch weniger auf die zahllosen Quellen einzugehen oder aus den einzelnen Stadtrechten Auszüge zu liefern. Auch ist es gerade bei dieser Materie nicht möglich, wegen der unendlichen Mannigfaltigkeit der Entwicklung, wenngleich gemeinsame Grundlagen vorhanden sind, ein Bild der Ausbildung zu geben durch Mittheilung von Quellenstellen, ausser man dehnt diese mindestens auf zahlreiche Belege aus den in den verschiedenen Gruppen hervorragenden aus. Deshalb muss ich mich durchgehends auf die Mittheilung aus den Reichsgesetzen beschränken. —

[1]) a. Bischöfliche Städte. Frid. II. Sent. de consiliis civitatum episcopalium a. 1218 (Leges II. p. 229 sq.) „princeps noster Theodoricus ven. Trevirorum archiep. . . a nobis requisitus . . per sententiam indixit, nos nec posse nec debere in civitate . . principis Basileensis dare vel instituere consilium, citra ejusdem episcopi assensum et voluntatem, atque suorum in eodem principatu successorum. Facta . . secundum juris ordinem inquisitione per singulos qui aderant, sententia episcopi fuit per subsecutionem proclamata et confirmata.“ Darauf revocirt er die Privilegien von Basel. Confoed. cum princip. eccl. in curia Sibidati a. 1231

des kirchlichen Lebens wurden, auf die grössern Orte, welche bald als Bischofssitze, bald als Stätten von Klöstern, berühmte Wallfahrtsorte, Sitze der Tauf-

---

(§. 69. n. 3.). Heinr. reg. Curia Herbipol. a. 1226 (ib. p. 257 sq.). Cassation seiner und seiner Vorgänger Privilegien für die communia Cameracensis (Cambray): „Hoc addito, quod dicti cives omnia privilegia sua sive scripta reddere teneantur . . episcopo.“ Die nicht übergebenen cassirt er, desgleichen die Genossenschaften. Cassatio confoederat. Moguntiae etc. ibidem: „Statuimus, ut ministeriales, burgenses, sive quicunque alii homines quovis jure prefato archiepiscopo (Mog.) attinentes, cum omni integritate reddantur eidem, et nulli ex hominibus ejus ultra in predicto opido (nemlich nostro opido i. e. Reichsstadt Oppinheim) colligantur.“ Cassation aller Bündnisse der Städte „in prejudicium ecclesie Moguntinensis.“ Edict. contra communia civitatum a. 1232 (ib. p. 286 sq.) „revocamus in irritum et cassamus in omni civitate vel oppido Alemannie, communia, consilia, et magistros civium seu rectores, vel alios quoslibet officiales, qui ab universitate civium sine archiepiscoporum vel episcoporum beneplacito statuuntur, quocunque pro diversitate locorum nomine censeantur. Irritamus nihilominus et cassamus cujuslibet artificii confraternitates seu societates, quocunque nomine vulgariter appellantur. Item hac nostra edictali sanctione placuit statuendum, ut in omni civitate vel oppido ubi moneta jure cuditur, nec mercimonia nec victualia aliquo argenti pondere vendantur vel emantur, preter quam illis denariis, qui cuilibet civitati vel oppido sunt communes. Sicut enim temporibus retroactis ordinatio civitatum, et bonorum omnium, que ab imperiali celsitudine conferuntur, ad archiepiscopos et episcopos pertinebat, sic eandem ordinationem ad ipsos et eorum officiales ab eis specialiter institutos, perpetuo volumus permanere; non obstante abusu aliquo, si quis in aliqua civitate forte contrarius extitisset, quod de facto potius quam de jure censemus. Ut igitur talis omnino removeatur enormitas et abusus, nec auctoritatis aliquo velamine pallietur, omnia privilegia, litteras apertas et clausas, quas vel nostra pietas, vel predecessorum nostrorum, archiepiscoporum etiam et episcoporum, super societatibus, communibus, seu consiliis, in preiudicium principum et imperii, sive private persone dedit, sive cuilibet civitati, ab hac die in antea in irritum revocamus, ac frivola penitus et inania judicamus.“ Const. gen. Frid. II. a. 1234 (ib. p. 301.), Rud. I. declaratio de libertatibus civitatum juri imp. et praelator. non praejudicantibus a. 1282 (ib. p. 441.): „ad universorum . . . notitiam volumus pervenire, quod per libertates illas, quibus a creationis nostre tempore civitates et loca quecunque dotavimus, nullum volumus imperio et ecclesiis ac ecclesiarum prelatis in suis iuribus et honoribus preiudicium generari, sed volumus, quod imperium et prelati ecclesiastici omnibus iuribus illis gaudeant, quibus ante libertatem huiusmodi civitati et locis a nobis indultam usi fuerunt, et que in eis ante tempora libertatis eiusdem habuisse noscuntur.“

b. Reichsstädte. Sent. Frid. II. de immunitate civitatum imperii a. 1218 (ib. p. 229.): „Significamus vobis, talem in presentia nostra per principes et magnates imperii latam esse sententiam: quod si forte alicui per cirothecam nostram contulerimus forum annuale vel septimanale in quocunque loco, quod comes aut alius iudex aliquis illius provincie non debeat illic habere iurisdictionem vel aliquam potestatem puniendi maleficia. Sed si forte latro vel fur vel alius maleficus fuerit comdempnatus, comiti sive iudici provinciali de loco illo erit presentandus ad sententie in eum late executionem.“ Confoed. cum princip. eccl. a. 1220 §. 3. — Rud. I. Mandatum de im-

kirchen, Begräbnissplätze [2]) u. s. w. eine stets wachsende Volksmenge anzogen; dazu kamen die an Mündungen von Flüssen, natürlichen Centralpunkten für

---

munitate civitat. imp. a. 1274 (ib. p. 399.): „Volentes dilectos cives nostros Thuricenses, ac omnes alias civitates nobis et imperio adtinentes, hac gratie prerogativa gaudere, ut nullus extra huiusmodi civitates super quacunque causa in iudicium evocetur, sed si quis contra cives dictorum locorum aliquid habuerit actionis, coram iudice civitatis actione proposita, recipiat quod est iustum: singulis ac universis nostris officialibus, iudicibus et fidelibus damus presentibus in mandatis, ne contra presentis nostri decreti tenorem cives predictos extra suam civitatem super quacunque causa audeant evocare, in civitatibus singulis de civibus singulis iustitiam recepturi."

c. Verhältniss zu den Landesherrn. Heinr. reg. sent. contra communiones civit. a. 1231 (ib. p. 279.) „Notum esse volumus universis, quod nobis apud Wormatiam curiam sollempnem celebrantibus, in nostra presentia petitum fuit diffiniri, utrum civitas aliqua vel oppidum in regno nostro constitutum, communiones, constitutiones, colligationes, seu coniurationes aliquas, quibuscumque nominibus appellentur, facere possent, vel ordinare. Super quo principes nostros et ceteros proceres sacri palatii monuimus, tamquam qui universis sumus in iustitia debitores.

Ipsi igitur sententialiter pronuntiando diffiniverunt; quod nulla civitas, nullum oppidum, communiones, constitutiones, colligationes, confederationes, vel coniurationes aliquas, quocumque nomine censeantur, facere possent; eas penitus abiudicantes, et quod nos, sine domini sui assensu, civitatibus seu oppidis in regno nostro constitutis auctoritatem faciendi communiones, constitutiones, colligationes, confederationes vel coniurationes aliquas, quecumque nomina imponantur eisdem, non poteramus, nec debebamus impertiri, et quod dominis civitatum et oppidorum sine nostre maiestatis assensu similia in suis civitatibus facere non licebat." Heinr. reg. statut. in favor. princip. (§. 69. n. 4.). Sent. de jure muniendar. civit. a. 1231 (ib. p. 283.): „. . coram principibus, nobilibus et familiaribus curiae nostrae subscriptis talis lata sententia fuit et ab omnibus approbata: quod quilibet episcopus et princeps imperii civitatem suam debeat et possit, ad opus et obsequium imperii et ipsius, in fossatis muris et in omnibus munire. Inde est, quod authoritate praesentium dilecto principi nostro venerabili Frisingensi episcopo liberam authoritatem dedimus aedificandi civitatem et montem Frisingensem ad commodum et obsequium imperii et ecclesiae ipsius." Curia Viennae, const. pacis in Austria Rud. I. a. 1276 (ib. p. 410 sq.): „Item nullus recipiat et teneat homines proprios alicuius vel alio iusto titulo alteri attinentes, contra domini voluntatem; salvis iuribus, libertatibus et privilegiis civitatum, municipiorum, seu aliarum communitatum, eis competentibus, ex imperiali munificentia, et terrarum principibus, et approbata consuetudine ex antiquo." Rud. I. Sent. de jure communitatum a. 1291 (ib. p. 457.): „judice nostre curie sedente pro tribunali, fuit per sententiam inquisitum: si aliquis dominus terre habeat ex antiqua consuetudine, quod possit locare et exponere communitatem in terra sua, utrum hoc aliquis sibi possit prohibere? Ad quam inquisitionem responsum sententialiter extitit sub hac forma, quod si ab antiqua consuetudine et prescriptione illud extitit observatum, ita debet perpetim observari. Item inquisitum fuit per sententiam: si homines alicuius ville, communitatem adiacentem ville, in qua morantur, sibi attrahere possent, sine consensu domini terre? Ad quam inquisitionem sententialiter extitit iudicatum, quod non. Item inquisitum fuit: si aliqui occupaverint communitatem aliquam sine licentia domini terre,

den Verkehr, an zu Häfen geeigneten Orten angelegten Dörfer. Mit der Bedeutung endlich, welche eine grössere Niederlassung für die Sicherheit von

---

utrum dominus terre huiusmodi terram occupatam posset redigere in communitatem, et quam penam tales occupatores inciderint? Ad quam inquisitionem extitit sententialiter responsum, quod dominus terre huiusmodi terram occupatam potest redigere ad communitatem, et pena occupantium, cum sit arbitraria, consuetudini terre relinquitur imponenda." Alberti reg. Mandat. de castro in dispendium pacis exstructo a. 1302 (ib. p. 479 sq.): „Ad noticiam serenitatis nostre insinuacione querelosa pervenit, quod viri nobiles, Alb. et Frid. comites de Werningherode, in generalis iurate pacis dispendium quoddam castrum prope civitatem nostram Goslariensem, in fundo alieno de novo erexerunt et fundarunt, quod cum eidem civitati Goslariensi, ac viis regiis, prout intelleximus, impedimenta possit et incommoda generare, sinceritati vestre duximus committendum, quatinus circa dictum castrum, quicquid tranquillitati terre et bono communi expedire videritis, faciatis; caventes ne occasione castri eiusdem oriatur turbacio patrie sive pacis." Adolfi reg. Curia Nuremberg. a. 1294 (ib. p. 461.): „4. Quarto fuit quesitum pro ipso comite, si alicuius domini familia in oppido, cuius dominium *spectat* ad ipsum, male tractatur verbis vel factis, utrum dominus loci, vel scabini ipsius, debeant factum huiusmodi iudicare. Et obtentum fuit communi sententia, quod *potius* spectat ad dominum judicium huiusmodi, quam ad scabinos predictos; nisi forsan ipsi cives per libertatem, concessam ab ipso domino vel a suis predecessoribus, contrarium doceant."

d. Reichsgesetze, Zölle etc. Wilh. reg. cassatio sent. contra privil. regia latarum a. 1253 (ib. p. 367.): „Universitatem vestram (nemlich die Stadt Lüttich) scire volumus, quod nobis pro tribunali apud Traiectum sedentibus, quesitum extitit, utrum sententie late a scabinis vel quibuscunque aliis contra privilegia, ecclesiis auctoritate imperatorum vel regum nostrorum predecessorum indulta, vim aliquam deberent habere vel firmitatem? Ad quod responsum extitit coram nobis per sententiam; quod huiusmodi sententie contra privilegia imperatorum vel regum ecclesiis, locis, dignitatibus vel quibuscunque personis indulta, a quibuscunque late, nec vim habeant nec firmitatem. Unde nos auctoritate regia predictas sententias, taliter ut dictum est latas, revocamus et nullas esse penitus denunciamus." Adolfi reg. sent. a. 1293 (ib. p. 460.): „Et in eadem sententia coram nobis extitit adjectum, quod nulla constitutio municipalis, vel civium ordinacio seu eorum diffinicio, in casu superius expresso regali sentencie poterit aliquale prejudicium generare" Richardi reg. cassatio exactionis Ungelt Wormatiensis a. 1269 (ib. p. 381.), Alberti reg. cassatio theloneorum ad Rhenum a. 1301 (ib. p. 474.) hebt alle Zölle am Rheine zum Nachtheile der Städte auf ausser vorbehaltenen.

e. Städtevereine zu Worms 1254, Mainz, Worms, Oppenheim 1255, Köln, dazu Mainz, Würzburg 1256, Mainz 1273 über die Königswahl siehe in Monum. Leges II. p. 368 ff.

f. Reichssentenzen gegen die Verbindungen der Städte, die Innungen u. s. w. v. J. 1158, 1226, 1231 u. s. w. ib. p. 112. 257. 279. etc.

g. Pfalbürger. Stat. in favor. princ. a. 1231 u. Curia Sibidati a. 1232 (§. 69. n. 4.) Frid. II. Const. pacis a. 1235 §. 9. (ib. p. 315.). „De phalburgaris et muntmannis. Precipimus, ut phalburgari in omnibus civitatibus, tam in

Person und Eigenthum gab, nahm die Bevölkerung in der Umgebung von Burgen und überhaupt an durch die Natur befestigten Orten schon in alter Zeit zu. Nachdem sich bereits ein bestimmter städtischer Charakter gebildet, wurden zahllose Orte geradezu zu Städten erhoben, was regelmässig eine bedeutende Vermehrung der Seelenzahl zur Folge hatte; endlich wurden im strategischen Interesse einzelne Plätze so befestigt und von vornherein mit dem Charakter von Städten bekleidet, dass sich auch rasch die Bewohnerschaft selbst einfand.[3])

II. Bischöfe und Aebte hatten schon in der karolingischen Zeit und seitdem nach und nach die Immunität im Sinne der vollen Exemtion von der Grafengewalt erhalten, welche ihnen hierdurch theils von selbst, theils durch

---

nostris quam aliorum, cessent et removeantur omnino. Muntmannos eciam ubique penitus cessare jubemus." Conventus civit. Wormat. a. 1254 (ib. p. 369 sq.). „Item inhibitum est, quod nulla civitatum sibi assumat cives non residentes, quod vulgo appellatur paleburger." Dasselbe in conv. Mogunt. a. 1255 ib. p. 372. in curia Nuremb. a. 1274 (ib. p. 401.), const. pasis in Curia Nuremb. a. 1281 §. 6. ib. p. 433., const. pac. in curia Mogunt. a. 1281 §. 6. ib. p. 437., const. pac. in Curia Wirzburg. a. 1287 §. 16. 17. ib. p. 449., const. pac. in curia Nuremb. a. 1303 ib. p. 482.: „§. 8. Von den pfalburgern (ib. c. 16.). Wir gepieten auch, dass man die pfalburger allenthalb lass; wir wellen in unseren steten ihr keinen haben. Und davon setzen wir und gepieten, wer ain purger well sein und purgerrecht well haben, dass der summer und winter pawlich und hablich in der stat seye, oder man sol in nicht für ein purger haben; des haben wir ain frist geben yedem man sich zu berichten, bis zu sant Walburgen tag, der da nnr schierst komt, ob er purger well sein oder nicht. §. 9. Von aigen lewten. Wir gepieten auch, das kein stat yemant sein aigen man oder der sein recht lehen ist, einnem zu purger. Wir wellen auch, wär es das kain stat darüber tät, mag dan des mannes herr oder sein wissenthaffter ambtman den man bestellen inner iars frist als recht ist, so sol die stat den man dem herren wider antwurten. Es en sol kain stat eins herren ungeraiten ambtman zu purger nemen. Wir wellen auch allen freyen steten ir recht behalten, dass sie nyemant aus der stat laden auff kain weltlich gericht die weil sie vor iren rechten richtern gehorsam seint; an uns und an unseren hoffrichter, die mugent allenthalben richten umb weltliche sach." — Vgl. noch die §. 73. n. 13 ff. angef. Landfrieden.

[2]) Vgl. mein System des Kirchenrechts S. 277 ff. 307.

[3]) So ist offenbar zu verstehen die Erzählung von Widukind Res gestae saxonicae ib. I. c. 35. (Pertz Scriptor. III. p. 432.): „Igitur Heinricus rex accepta pace ab Ungariis ad novem annos, quanta prudentia vigilaverit in munienda patria et in expugnando barbaras nationes, supra nostram est virtutem edicere, licet omnimodis non oporteat taceri. Et primum quidem ex agrariis militibus nonum quemque eligens, in urbibus habitare fecit, ut caeteris confamiliaribus suis octo habitacula extrueret, frugum omnium tertiam partem exciperet servaretque; caeteri vero octo seminarent et meterent frugesque colligerent nono, et suis eas locis reconderent. Concilia et omnes conventus atque convivia in urbibus voluit celebrari; in quibus extruendis die noctuque operam dabant, quatinus in pace discerent, quid contra hostes in necessitate facere buissent. Vilia aut nulla extra urbes fuere moenia."

ausdrückliche Erklärungen der Könige verliehen wurde.[4]) Ganz analog der kirchlichen Verfassung, zufolge deren dem Klerus der bischöflichen Kirche eine vorzügliche Stellung zukommt, blieb von Anfang an die Immunität des Bischofssitzes ein selbstständiges Ganzes, das mit den übrigen Gebieten der Immunität in keiner direkten Verbindung stand, und durch eigne Beamte, welche der Bischof, Abt oder Advocatus einsetzte, in Betreff der Rechtspflege und was damit zusammengehört, verwaltet wurde. Der Erwerb der Landesherrlichkeit durch die Bischöfe änderte hieran im Wesentlichen nichts, indem dieselben Rechte bisher geübt waren; es fiel somit nur der Charakter der Exemtion von der Grafengewalt fort. Dadurch aber hatten die Umänderungen, welche in den übrigen Grafengebieten vor sich gingen (§. 69. 84—86.), auf die bischöflichen Städte fast gar keinen Einfluss, so dass sich hier die alten Verhältnisse der Rechtspflege u. s. w. erhalten konnten. Hierin liegt der Grund, dass in den bischöflichen Städten von jeher die Ordnung der Gemeindeangelegenheiten unter Leitung des Advocatus, des Centenarius oder sonstigen bischöflichen Beamten den Bürgern verblieb und sich eine bedeutende Anzahl von freien Geschlechtern, aus denen fortwährend die Schöffen genommen wurden, erhielt. Neben diesen bestand die Bewohnerschaft aus den Grundholden des Stifts, welche fortwährend unter der Gerichtsbarkeit besonderer Beamten bleiben. Es lag in der Natur der Verhältnisse jener Zeit, dass Gewerbe und Handel nur in den Städten sich ausbilden konnten; daraus floss von selbst ein grosser Fremdenverkehr, die Einrichtung von Messen und Märkten. Die Leute desselben Gewerbes waren durch ein natürliches Interesse miteinander verbunden, welches unter den Genossen deshalb nicht durchkreuzt wurde, weil bei dem Alleinbetriebe der Gewerbe in der Stadt das Bedürfniss, welches der Absatz in der Gegend sofort erkennen liess, der einzige Grund für neue Gewerbe wie für die Vermehrung der bestehenden abgab, dem Unternehmungsgeiste aber durch den Handel ein weites Feld geboten war. So erklärt es sich aus der Natur der Sache wie aus dem Triebe des Mittelalters zu Genossenschaften, dass die einzelnen Gewerbsgenossen schon früh in bestimmten Vereinen[5]) (fraternitates, sodalitia, consortia, conjurationes, societas, convivium, conspiratio, geldonia, congilda, bursa, compania, Innungen, Zunft, Amt, Stube, Hansa, Selschop, Gilde, Zeche, Gaffel u. a.) zusammentraten. Hierzu führte auch die Nothwendigkeit, dass zur Handhabung der Ordnung über das einzelne Gewerbe, über Handel und Markt durch eine Anzahl von Beamten (Magistri) gesorgt wurde, was von selbst eine gemeinsame Führung ihrer Angelegenhei-

---

[4]) Man vgl. §. 50. u. §. 68., deren Quellenstellen die rechtlichen Zustände des 9., 10. und 11. Jahrhunderts deutlich erkennen lassen.

[5]) **Wilda** das Gildenwesen im Mittelalter 1831.

ten mit sich brachte. Der Wohlstand, welcher dem Gewerbe und Handel folgte, gab der Stadt eine um so grössere Bedeutung in den Augen ihres Herrn, als die verschiedenen Leistungen, zu denen die Städter verpflichtet waren (§§. 44. 75. 79.) von diesen in Gelde gemacht werden konnten, das ihnen durch den Handel und Fremdenverkehr zufloss, während das Landvolk nur mit Naturalleistungen auszuhelfen vermochte. Hierzu trat, dass die Einwohner für die Sicherheit der Stadt wie die Instandhaltung der Mauern u. s. w. zu sorgen das grösste Interesse hatten und auch stets sorgten, so dass hierdurch einerseits der Herr wenig Ausgaben hatte, andererseits aber auch der freie Sinn erhalten, der kriegerische Geist genährt und die Macht der Städte sehr vermehrt wurde.

III. Während der Periode der Umgestaltung des öffentlichen Rechts konnte es nicht fehlen, dass bald auf Seiten der Bischöfe, bald auf Seiten der Städte Versuche gemacht wurden, ihre Rechte zu vergrössern. Jene suchten die landesherrliche Gewalt schärfer anzuziehen; diese aber widersetzten sich und bestanden auf Fortdauer der alten Verhältnisse. In diesem Kampfe siegten die Städte. Wegen des bedeutenden Nutzens, den die Stadt dem Herrn bot, wegen des Glanzes, den die Residenz in einer volksreichen Stadt gab, deren Bewohner bei dem regen Kunstsinne des Mittelalters und bei ihren grossen Mitteln förmlich wetteiferten im Erbauen von Kirchen und Klöstern, hatten allmälig manche Städte durch blosse Duldung oder Privilegien der Herrn das Recht erhalten, gewisse Beamte selbst zu wählen oder dem Herrn vorzuschlagen, überhaupt eine gemeinsame Vertretung zu haben; dazu versicherten die Bischöfe denselben, sie nicht ausserhalb der Städte vor ihre Richter laden zu lassen. Häufig hatte der Herr, sei es zum Danke für besonderen Beistand, den die Stadt in Fehden gab, oder wegen ausserordentlicher Unterstützung durch Geld u. s. w., der Stadt manches Recht abgetreten, die Gerichtsbarkeit zum Theile überlassen u. dgl. m. Hierzu kam, dass bei der häufigen Abwesenheit der Bischöfe im Laufe des 11. und 12. Jahrhunderts in Italien oder beim Reichsheere, nicht minder wegen der vielen Fehden, welche die Herrn durchzufechten hatten, die Städte manchem Drucke der Beamten und Vögte ausgesetzt waren, der die natürliche Veranlassung wurde zum desto kräftigeren Aneinanderschliessen und zur Ausbildung ihrer Verfassung. Allmälig hatte das Gildenwesen und Selbstregiment der Städte eine solche Festigkeit erreicht, dass selbst die zahlreichen Verbote des Reiches dagegen wenig mehr ausrichteten. Die Bischöfe wählten daher den Weg des Uebereinkommens und verliehen im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts ihren Städten theils blosse Privilegien, welche die Verhältnisse der Stadt zum Bischofe und dessen Beamten ordneten und die Autonomie der Städte zur Ordnung der Gemeindesachen anerkannten, theils ausführliche Rechte. Auf dieser Grundlage geschah dann der Ausbau des städtischen Wesens.

IV. Eine zweite Klasse von Städten hatte sich um die palatia und auf den bedeutenderen villae der Könige (§. 44.) sowie in den zum Schutze des Reiches angelegten Castra gebildet. Die Einwohner waren theils freie Leute, die als Pächter, Handwerker, Kaufleute sich in denselben niederliessen, theils Ministerialen und sonstige eigne Leute des Königs. Auch sie waren durch die Immunität der Fiskalgüter in der Lage, die alten Verhältnisse mehr zu bewahren. Die Bedeutung für den König, die Unterstützungen an Geld und Mannschaften, welche einzelne Kaiser schon im 10. und 11. Jahrhundert von ihnen erhielten, führten früh dazu, dass man ihnen bedeutende Privilegien gab, so dass sie namentlich die Zölle und Münze erhielten. Zur Leitung der Rechtspflege und Erhebung der königlichen Einkünfte war ein königlicher Beamter (Reichsvogt, Burggraf) mit der Grafschaft über sie betraut.

V. Einen Abschnitt in der Entwicklung des städtischen Lebens nach Aussen hin bildet besonders die Regierungsperiode Friedrichs II. und das s. g. Interregnum. Die Kämpfe, welche fast während der ganzen Zeit der Regierung Friedrichs I. die lombardischen und andre italienische Städte zu bestehen hatten, legten ohne Zweifel den deutschen Städten die Befürchtung nahe, es sei auch auf ihre Freiheit abgesehen. Diese Gefahr wurde vermehrt unter Friedrich II., welcher bei seinen Kämpfen mit den Päpsten auf den Beistand der geistlichen und weltlichen Grossen unbedingt angewiesen denselben solche Privilegien gab, dass fernerhin die Landesherrlichkeit feststand. Für die Städte war diese Entwicklung um so gefährlicher, als die Ausbildung von Lehenswesen und Ritterthum, mit dem die Bürger in den Städten nicht gleichen Schritt gehen konnten, den Landesherrn die Mittel gab, sie zu unterdrücken. Hierzu kam für die Reichsstädte wie die grössern bischöflichen aus der vielfachen Belehnung mit dem Amte eines Reichsvogtes oder Advocatus an mächtige Herrn die Gefahr, in den Unterthansverband dieser erblich gewordenen Vögte zu kommen. Endlich wirkte der Nachtheil, welchen die öffentliche Unsicherheit für Handel und Gewerbe unvermeidlich mit sich führte. So schlossen sich die Städte eng aneinander, errichteten Bündnisse, deren schliesslicher Erfolg (§. 72. 73.) zur Reichsstandschaft der königlichen Städte führte, und auch manche bischöfliche fast gänzlich unabhängig machte. Die meisten der letztern Art erreichten dies zwar nicht, ja die Bischöfe brachten es dahin, dass durch Reichssentenzen jedes Statut entkräftet wurde, das ihren Rechten zuwider war. Gleichwohl waren diese Ereignisse auch für sie von der grössten Wichtigkeit. Es hatte sich überall die städtische Verwaltung fester gestaltet, so dass es schwer war, den früheren Zustand wieder herzustellen. Dazu kam die häufige Geldverlegenheit der Herrn, welche den Städten Veranlassung gab, für Darlehen die Aemter verpfändet zu erhalten oder geradezu die Advokatie, das Zollrecht, Münzrecht u. s. w. käuflich zu erwerben. Endlich trug

das trotz der zahlreichen Verbote mehr und mehr um sich greifende Institut der Pfahlbürger zur Hebung der städtischen Macht wesentlich bei.

VI. Die letzte Klasse bildeten die Territorialstädte, welche unter der Landesherrlichkeit weltlicher oder geistlicher Landesherrn standen, im letztern Falle aber nicht Sitz des Bischofs waren. Ihre Entstehungsgründe sind theils analog den angegebenen, theils liegen sie in dem Verluste der Reichsunmittelbarkeit durch Erblichwerdung der Vogtei, Unterwerfung von Seiten des Reichs unter einen Herrn durch Verpfändung u. s. w.[6]) Seitdem den Fürsten allgemein das Recht verliehen war, in ihren Territorien befestigte Orte anzulegen, haben selbige zahlreiche Orte zu Städten erhoben, welchen dann auf ihren Antrag vom Kaiser und seit Abschluss der Landesherrlichkeit auch von ihnen selbst Stadtrecht, Markt und damit zusammenhängend die Gerichtsbarkeit u. s. w. verliehen wurde. Das Verhältniss dieser Städte zum Herrn blieb dadurch ein stets lebhaftes, dass die Rechtspflege durch den herrschaftlichen Richter geübt wurde, ausser wenn dieselbe der Stadt verliehen verpfändet verkauft oder auch Rittern u. s. w. zu Lehen gegeben war. In den städtischen Angelegenheiten hatten aber auch diese Städte eine grosse Autonomie.

§. 81.

2. Die Verfassung und Rechte.

I. Wesentlich war ein kaiserliches oder königliches Privileg, das einen Ort als Stadt, civitas, anerkannte; bei den aus der Römerzeit und der fränkischen herrührenden lag diese Anerkennung in dem Herkommen. Damit hing sofort zusammen die Bewidmung mit Weichbildrechte (§. 60.), das entweder neu gegeben oder von einer andern Stadt hergenommen wurde. Hiermit war die Stadtgemeinde ausdrücklich oder stillschweigend als eine Universitas erklärt, welche in den städtischen Dingen das Recht der Autonomie, der Erlassung von Statuten hatte. Die allenfalls errichteten mussten je nach dem Inhalte des Privilegs und dem Objekte zur Bestätigung des Herrn unterbreitet werden oder bedurften deren auch nicht nothwendig.

II. Zu ihrem Schutze erlangte die Stadt das Recht, Mauern, Gräben und Thürme anzulegen, falls der Ort noch nicht befestigt war. Die Instandhaltung und Vertheidigung der Mauern, wie die Aufrechthaltung der Ordnung inner-

---

[6]) Es gibt auch einzelne Städte, welche Ministerialen unterworfen waren theils durch Belehnung des Landesherrn, theils durch Bildung auf seinem Gute. Siehe Dipl. a. 1290 (Seibertz n. 432.), womit der Ministeriale Friedrich von Padberg der Stadt Padberg die Statutarrechte bestätigt, welche dieser von seinem Vater und Oheim gegeben waren.

halb derselben und der zum Weichbilde gehörigen Fluren lag der Bürgerschaft ob. Dieser stand deshalb das Waffenrecht zu; den Waffendienst versahen bald die Bürger selbst nach einer gewissen Ordnung, bald einzelne Klassen. Die Leitung stand unter der mit Ausübung der Gewalt betrauten Person.

III. Die Bürger der Stadt genossen das Recht der Exemtion von den Landgerichten oder sonstigen Gerichten des Kaisers oder Herrn und standen sowohl in Streitigkeiten untereinander als auf Klagen Dritter zu Recht vor eignen in der Stadt befindlichen Richtern. Zu dem Ende wurde gewöhnlich im Privileg eine direkte Bestimmung gegeben; bewidmete man eine Stadt mit fremdem Rechte, so war ein desfallsiges Privileg der Mutterstadt damit von selbst verliehen; vielen Städten wurde wiederholt dies Recht zugesichert.[1])

IV. Alle Städte hatten das Recht, einen Markt zu haben (mercatus publicus, nundinae, forum), woran sich die Jurisdiction in Marktstreitigkeiten und Anderes knüpfte.

V. Nach und nach erlangten die Reichsstädte, die meisten bischöflichen, sowie viele der grössern Territorialstädte theils durch Schenkung für geleistete Dienste, theils durch einfaches Privileg, um den Ort zu heben, theils durch Ankauf, Darlehen u. s. f. das Recht der Erhebung von Zöllen, Abgaben für die zu Markt gebrachten Waaren und Lebensmittel (Accise, assicia), ferner das Münzrecht u. dgl. Für die Bestreitung der städtischen Auslagen stand den Städten das Recht zu, von ihren Einwohnern Steuern zu erheben, welche auf die Grundstücke und Gewerbe basirt, auch wohl nach dem Vermögen bemessen waren. Auch die landesherrlichen Abgaben (§. 79.) wurden im Laufe der Zeit regelmässig zu runden Summen oder festen Lieferungen, für deren Beitreibung die Stadt sorgte, welche an die fürstliche Kammer die Abgaben abführte.

VI. Obwohl anfänglich die Einwohner den verschiedensten Ständen angehörten, so hatte sich doch früh festgesetzt, dass alle wirklichen Bürger als freie Leute galten, ausser in jenen Territorialstädten, welche unter der Patrimonialgewalt (dominium) eines Landsassen standen. Dies war bald durch besondere Privilegien, im Allgemeinen aus mancherlei Ursachen allmälig bewirkt worden. Einmal nahmen die Städte Hörige auf, die sie trotz der Reichs-

---

[1]) Das älteste Soester Stadtrecht von 1120 (Seibertz n. 42.) hat zahlreiche Bestimmungen hierüber. Ausser in den §. 60. citirten Werken findet man in den Urkundensammlungen von Seibertz, Günther, Lacomblet Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, Düsseld. 1840 ff. 3 Thle. 4., Niesert Münster'sche Urkundensammlung, Crefeld 1826, 7 Thle. u. a. für alle Verhältnisse reiche Belege. Vgl. noch Böhmer Reg. Friedr. I. n. 2548. (Privil. v. 1171 für die Bürger von Osnabrück de non evocando dergestalt, dass man dorten coram rectoribus civitatis klagen solle), Heinrichs VIII. n. 3769. (Privileg von 1234 de non evocando für Bamberg).

verbote zu schützen wussten. Mit der grössern Bildung des städtischen Wesens, dem allmäligen Erwerbe der Vogtei und der sonstigen herrschaftlichen Rechte, endlich mit der Landstandschaft derselben hatten sie nach Aussen hin sich vollkommen abgeschlossen. Nach Innen blieben zwar manche Unterschiede bestehen; aber der gemeinsame Gerichtsstand, die wenngleich im Einzelnen verschiedene Berechtigung aller Bewohnerklassen zur Mitwirkung bei Leitung der öffentlichen Angelegenheiten brachten mit sich, dass mit der Stadt auch die Bewohner für frei galten. Daher galt als Ausfluss des Stadtrechts Freiheit von den blossen Lasten der Hörigkeit aller Art, wenngleich manche Leistungen aus frühern Verhältnissen in anderer Form bestehen geblieben waren.

VII. Die privatrechtlichen Verhältnisse der Bürger entwickelten sich durch Gewohnheit, Statuten, Weisthümer, welche man von andern Städten einholte (§. 60.), ganz eigenthümlich aus; deren Ordnung galt überall als Sache der Bürger. Ebenso waren Art und Bedingungen der Aufnahme als Bürger durch die Statuten geregelt. Nur insoweit waren die Städte beschränkt, als sie zur Schmälerung der Rechte der Landesherrn, des Adels, der Klöster keine unfreien Leute ohne Consens ihrer Herrn aufnehmen noch Personen das Bürgerrecht verleihen durften, welche in der Stadt keinen Wohnsitz hatten.

VIII. Was die Verfassung der Städte anbetrifft, so muss man unterscheiden zwischen den Angelegenheiten, welche den Herrn oder das Reich berühren, und den innern. In den Reichsstädten war der Reichsvogt, Burggraf mit dem Gerichtsbanne vom König beliehen; im Laufe der Zeit fiel jedoch die Vogtei über die meisten Städte durch Erwerb Seitens der Stadt fort. Zur Seite stand dem Vogt ein bald vom Kaiser, bald vom Reichsvogt selbst ernannter Untervogt, Schultheiss. Kam die Vogtei an die Stadt so lieh der Kaiser dem Richter noch den Bann. Der Vogt übte auf den drei alten placita und eignen Gerichtstagen mit Beihülfe der Schöffen die Gerichtsbarkeit, sorgte für die Sicherheit der Stadt, wozu besonders ein innerhalb derselben liegendes Schloss, Castellum oder auch eine bei der Stadt befindliche, dem Vogt zum Lehen gegebene Reichsburg diente, bis die Bewachung u. s. w. an die Stadt selbst kam. Von ihm ging weiter aus die Erhebung und Ablieferung der königlichen Einkünfte, die Leitung des Zoll- und Münzwesens, sofern dieses nicht der Stadt selbst zustand. — In den bischöflichen Städten hatte dieselbe Stellung ein vom Bischofe eingesetzter, vom Könige mit dem Bann beliehener Beamter, welcher bald der Advocatus des Stifts war, wo es keine Advokatie gab oder dieselbe lediglich nach Belieben des Bischofs u. s. w. verliehen wurde, ein aus den Ministerialen gesetzter Beamter (Schultheiss, Burggraf, comes oder praefectus urbanus, Richter u. dgl.) Dies Amt wurde häufig zu Lehen gegeben und in manchen Familien erblich;

je mehr aber die Territorialität sich abschloss, desto mehr tritt es wieder als Amt freier bischöflicher Verleihung auf. Unter diesem Beamten war für die geringeren Sachen ein Schultheiss. — Ausser diesen gab es noch für die Einhebung der landesherrlichen Einkünfte, Zölle, eigne Beamte, sowie auch für die Münze. In den Territorialstädten war gleichfalls ein landesherrlicher Richter, Schultheiss, Vogt u. dgl. mit einem Unterbeamten für die Rechtspflege bestellt, neben denen für die übrigen Geschäfte ähnliche Beamte vorkommen.

IX. Die eigentliche Gemeindeverfassung war im Einzelnen höchst mannigfaltig, jedoch im Grossen und Ganzen in ihren Grundlagen allmälig eine gleiche, seitdem die Bürger einen Stand bildeten, dessen sämmtliche Glieder zur Mitregierung der Stadt berufen waren, so dass die Unterschiede zwischen schöffenbar Freien und übrigen Einwohnern sich mehr und mehr verwischten. An der Spitze der Verwaltung stand ein Collegium, unter dem Namen der Schöffen, Scabini, Rathmannen, Consules, Jurati, an deren Spitze ein magister Consulum, magister civium, Bürgermeister oder mehre magistri, rectores u. dgl. Die Glieder dieses Collegiums wurden früher aus den Schöffenbaren genommen, später meist von der Bürgerschaft oder den einzelnen Fraternitäten gewählt; dessen Vorsteher bestätigte auf Wahl des Collegs oder der Bürgerschaft der Landesherr. Neben diesem Colleg kommt häufig, besonders dort, wo jenes aus bestimmten Familien besetzt wurde, ein von der ganzen Bürgerschaft oder den Innungen gewähltes grösseres vor, welches bei wichtigeren Angelegenheiten zustimmen musste oder auch als Controlbehörde für jenes administrirende erscheint. Die Vorsteher besorgten die laufenden Geschäfte nach Anordnung des Rathes. Die wichtigsten Angelegenheiten wurden auf den grossen öffentlichen placita vorgenommen. Zur Ausführung setzten sich die Consuln mit Bestätigung des Vogts oder Landesherrn camerarii, magistri censuum, monetarii, precones (Gerichtsdiener), quaestores u. dgl.

X. Die Gewerbe schlossen sich zu Vereinen ab, welche sich theils selbst Statuten gaben mit Genehmigung des Raths oder auch von diesem erhielten, und durch Zunftmeister, Aelteste u. dgl. die Angelegenheiten der Zunft besorgten und deren Interessen wahrten. Häufig zerfiel die Gemeinde in verschiedene kleinere Sprengel, Burschaften, Nachbarschaften, in denen ein Burrichter die Gerichtsbarkeit in Bagatellsachen handhabte und die besondern Angelegenheiten verwaltete.

§. 82.

C. Die übrigen Reichsgebiete.

I. Von den Gebieten, welche nicht an Landesherrn kamen, sondern im unmittelbaren Besitze des Reichs blieben, hatten sich nur wenige ausser den Reichsstädten erhalten, meist nur in der Schweiz, in Schwaben und am Rhein. Sie standen unter einem Landvogt,[1] judex provincialis, dem der König den Bann lieh und einen Schultheiss, vicarius, zur Seite setzte. Unter jenem waren aus den Reichsministerialen verschiedene Officiales mit der Erhebung der Steuern, Vollziehung der Urtheile u. dgl. betraut.

II. Eine den alten Verhältnissen analoge Verfassung bewahrten die Ostfriesen,[2] welche lediglich Gemeinden bildeten, die zur Leitung und Ordnung wichtiger Angelegenheiten von Zeit zu Zeit zusammentraten und sämmtlich eine allgemeine Jahresversammlung bei Upstallsboom hielten, auf der die allgemeinen Angelegenheiten berathen wurden.

III. Mit der Ausscheidung der Schweiz aus dem directen Reichsverbande und der Wahl eines erblichen Grafen durch die Prälaten, Adeligen und freien Grundbesitzer von Friesland im Jahr 1454 blieben nur noch einige Dörfer und eine Anzahl von ehemaligen Reichsministerialengütern als freie Gebiete des Reichs neben den Territorien und Reichsstädten bestehen.

---

[1]) Rud. I. mandat. contra judices servilis conditionis a. 1291 (Leg. II. p. 457.): „Rudolfus Dei gratia Romanorum rex semper augustus, prudentibus viris, universis hominibus de Switz, libere conditionis existentibus, dilectis suis fidelibus, gratiam suam et omne bonum. Inconveniens nostra reputat serenitas, quod aliquis servilis conditionis existens, pro iudice vobis detur, propter quod auctoritate regia volumus, ut nulli hominum, qui servilis conditionis extiterit, de vobis de cetero iudicia liceat aliqualiter exercere, presentium testimonio litterarum, quas maiestatis nostre sigillo iussimus communiri."

[2]) Wiarda Gesch. Ostfrieslands, ders. Landtage der Friesen, Leer 1818., und Willküren der Brockmänner, Berl. 1820. Walter R.G. §. 277.

Viertes Kapitel.

Die Geburtsstände.

§. 83.

1. Gang der Entwicklung.

I. Blieb in der fränkischen Zeit (§. 52. ff.) die Abstammung das Merkmal, nach welchem die Freiheit der Person beurtheilt wurde, weil trotz der mehr und mehr zunehmenden Bedeutung der königlichen Getreuen und Grossen auf der einen Seite die einheitliche Macht des Königs alle Volksklassen als Unterthanen (Subjecti) umfasste und auf der andern die Macht der Grafen u. s. w. auf der Verleihung eines blossen Amtes beruhte; so musste sich mit der politischen Umbildung (§§. 68. 69.) zunächst ein grosser Abstand zwischen den verschiedenen Herrn (§. 76.) und den übrigen Volksklassen bilden. Aus blossen Beamten waren die Herrn zu eigenberechtigten Inhabern des Herzogthums, der Grafschaft geworden, besassen beide als Ausfluss des mit dem geistlichen Amte verbundenen oder ererbten Familienbesitzes. Hiermit war sofort die Unmittelbarkeit des Verhältnisses der Freien zum Könige gelöst, traten die Landesherrn als ein Mittelstand zwischen beide. Die Concentration der öffentlichen Gewalt in der Hand Karls d. G. hatte die nothwendige Folge, dass diese Herrn mit ihrer veränderten Stellung die Theilnahme an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, zu der sie lediglich das Vertrauen des Königs berufen hatte (§§. 43. 45. 46. 53.), nunmehr als eignes Recht ausübten, Reichsstände (§. 72.) wurden. Hing auch lange Zeit hindurch das Recht des Herrn gegenüber den Einwohnern des Territoriums (§§. 69. 76.) von einem persönlichen Verpflichtungsgrunde ab, so standen doch in den Territorien Alle, welche nicht selbst die Grafschaft hatten, unter dem selbstständigen Inhaber der Grafschaft, waren seinem Grafenrechte unterworfen. Dass der Herr den Bann vom Könige erhielt, später blos mit dem Reichslehen begabt wurde, änderte hieran nichts. So hatte von selbst der Gemeinfreie die Stellung des Genossen gegenüber dem Landesherrn verloren; sie waren aus Gleichen, Pares, deren Untergebene, Subjecti, geworden. Solange die Quelle der Landesherrlichkeit noch ersichtlich blieb, konnte die Abstammung von Freien noch für die private Stellung von Bedeutung sein und in dieser Beziehung der blosse Freie dem Herrn noch gleich stehen. Da aber diese blosse private Stellung keine öffentlichen Rechte gab, trat sie gänzlich in den Hintergrund. Mit dem Abschlusse der Landeshoheit sank aber völlig jede Genossenschaft, wurden die Landesherrn in jeglicher Beziehung der erste und höchste Stand, aus dem der König

hervorging, fiel das alte Moment der Freiheit (§. 12. 52.) fort. So nahm die Freiheit den Charakter an, dass für frei galt, wer nur der öffentlichen Gewalt (dem Grafenrechte) des Herrn unterstand, nicht aber auch zufolge eines privatrechtlichen Unterthänigkeitsgrundes dessen eigner Mann war.[1])

---

[1]) Die Bezeichnungen in den Quellen für diese Klasse sind, wie schon das früher (§. 69.) Gesagte ergibt, nicht constant; man ersieht sie aus den Unterschriften, Eingängen und Schlüssen der Reichstage u. dgl. Nach diesen ist der ältere allgemeine Ausdruck primates (z. B. Heinr. I. Conv. Erford. a. 932. Leg. II. p. 18., Ottonis M. Conv. August. a. 952. ib. p. 27. „pontificum aliorumque primatum"), schon früh kommt vor principes imperii (so schon in Ottonis I. Leg. a. 969. ib. p. 34., imp. principes publici offitii et ecclesiastici ordinis, majores et minores"), „episcopi, marchiones, comites, nobiles, vasalli" (Heinr. II. leg. a. 1019 ib. p. 38., „archiep. episc. abbates duces et comites caeterique principes regni Teutonici" (Promissio Canusina Heinr. IV. a. 1077 ib. p. 50.) u. a. Seitdem der Ausdruck princeps eine bestimmte Bedeutung annahm, schied man überhaupt diese Klasse in principes (in der Sent. de advocat. Frid. I. a. 1180 ib. p. 164. heisst es noch: „Principes vero qui in confirmacione . . . convenerunt hi sunt — folgen Bischöfe, Herzöge, Grafen, Markgrafen, dominus Eyelolfus de Urselingen, dominus Wernherus de Bolande, et multi alii liberi et ministeriales,") und nobiles (Landfr. v. 1235 Eingang, vgl. auch §. 4.) oder barones. Frid. II. Edicta contra heret. ib. p. 326.; Conr. IV. sent. a. 1240 ib. p. 333 sq. „dictantibus eas principibus, baronibus et nobilibus qui aderant," wo offenbar der letztere Ausdruck die sonst aufgezählten vasalli u. ministeriales begreift; Curia Francof. a. 1252 ib. p. 366. „omnes principes, nobiles et ministeriales", Wilh. reg. sent. a. 1255 ib. p. 371. „principibus nostris, quam pluribus comitibus, nobilibus et ministerialibus imperii", „ut quilibet, sive princeps vel comes aut nobilis seu civis burgensis opidanus vel agricola sive villanus vel cujuscunque conditionis existat." Rud. I. tractatus a. 1274 ib. p. 395. „et nobilibus viris Federico burcravio de Nuremberch, ac Gottifredo comite Seunensi", „archiep. episc. et nobilium consensu." Curia Nuremb. a. 1274 ib. p. 399. „considentibus principibus ac honorabili caterva comitum et baronum, maximaque multitudine nobilium et plebejorum astante." Curia Augustae a. 1282 ib. p. 442. „nobiles, ministeriales, milites et civitates Swevie." Sent. a. 1283 p. 444. „illustrissimi regis Bohemie, illustris marchio de Brandenburg", unterschrieben „nobiles viri H. marchio de Hohberg, F. burggravius de Nurnberg, Al. de Hohemberg, Egeno de Furstenberg, comites de Nifen, B. de Geroltseke, nobiles, et alii quam plures." Curia Erfordiae a. 1290 ib. p. 454. „principum, baronum, comitum, et nobilium .. consensu," Sent. de actione dominorum in vasallos ib. p. 455. „praesentibus principibus, comitibus, nobilibus, baronibus, nec non proceribus regni," „illustres dux Saxonie, dux Brunsvicensis, principes nostri; nobilis burggravius de Nurenberg, comes de Winsberg, comes Everh. de Catzenellenbogen, et quam plures alii nobiles et barones." Aehnlich das. p. 456.; „nobiles comites" in Sent. Adolfi a. 1293 ib. p. 460.; Const. pacis a. 1307 Alberti I. ib. p. 488. „den edelen lüten, graven . . . voget und den erbern lüten den burgern . . . und dorzu gemeinlich allen edeln lüten und burgern unsern und des riches getruwen." Diese Belege beweisen, dass zwar die Prädikate illustris, nobilis, die Titel baro, nobilis, allmälig einen festern Sinn annahmen, jedoch bis ins

II. Obwohl in den Reichsstädten die Unmittelbarkeit der Bürger zum Reiche geblieben war, so hatte doch der Umstand, dass nur die Stadt, nicht der Einzelne an der Reichsregierung Theil nahm, nothwendig den Einfluss, dass ihre Stellung nicht mehr als eine mit den Landesherrn gleiche angesehen werden konnte.

III. Unter den verschiedenen Klassen der Reichsbewohner bildeten sich aber mit den veränderten Verfassungszuständen des Reichs und dem Verhältnisse zum Landesherrn allmälig ganz neue Standesunterschiede, welche sich an die Umänderung des Heerwesens und die Regierung der Territorien anlehnen. Auf den bereits im karolingischen Zeitalter sich bildenden Grundlagen (§§. 43. 47. num. IV., 51. num. V., 54.), besonders durch die Traditionen ihrer Güter an Kirchen und mächtige Grossen, welche im Laufe des 10. und 11. Jahrhunderts mehr und mehr zunehmend von den Kaisern häufig bestätigt und geradezu allgemein als berechtigt anerkannt wurden,[2]) kam es allmälig dahin, dass die Freien regelmässig nur zu Abgaben verschiedener Art verpflichtet, dahingegen vom Heerbanne ausser zur Landesvertheidigung befreiet waren (§. 74.). Der Heerbann selbst lastete seitdem auf den unmittelbaren Reichsunterthanen, den Landesherrn, Bewohnern der Reichsstädte und Reichsgüter. Zur Leistung der ihnen obliegenden Kriegspflicht nahmen die Herrn ihre Vasallen, Beneficiaten (§. 48.) und Unfreien (§. 55.); als dies nicht mehr genügte, gaben sie Güter, Grundrenten, welche sie von ihren Unfreien bezogen oder als Advocati von den Stiftern und Klöstern oder durch königliche Schenkung besassen, Einkünfte aus der Gerichtsbarkeit und dergleichen als Beneficien, feuda, feoda, an solche Freie, welche das Waffenhandwerk anzog. Die Stellung dieser Dienstmannen, welche des Herrn tägliche Begleiter und natürliche Rathgeber waren, stieg mit der der Herrn immer höher, so dass immer mehr Freie, um derselben theilhaftig zu werden, ihr Gut dem Herrn auftrugen (tradere, commendare) und als Lehen zurückempfingen. Hiermit wurde die Uebung in den Waffen Beschäftigung einer bestimmten Klasse. Diese Beschäftigung ward zum förmlichen und ständigen Berufe, seitdem der Schwerpunkt der Kriegsführung im Reiterdienste lag, der einerseits grössere und beständigere Uebung, andrerseits auch viel bedeutendere Kosten erforderte. Zugleich gab das Reiterhand-

---

14. Jahrh. hinein durchaus keine technische Bedeutung haben. Die goldne Bulle von 1356 hat aber bereits die scharfe Sonderung der Kurfürsten, „alii **Principes**, feuda a sacro Imp. Rom. tenentes, quocunque nomine censeantur, Comites, Barones, Milites, Clientes, Nobiles, et Ignobiles, Cives, Communitates Castrorum, Civitatum et locorum Imperii“, begreift bis auf die Clientes alle unter den Nobiles (z. B. §. 2.).

[2]) Siehe z. B. Böhmer Regesten Heinrich I. n. 53. von 930, Otto I. n. 229. 248. 291. 318. 377. und zahllose Urkunden über die Bestätigung von Gütern der Stifter und Klöster.

werk dem Auftreten des Herrn einen grössern Glanz, wurde Veranlassung zu beständigen Uebungen (Turnieren) und setzte sich als förmlicher Beruf vom Vater auf den Sohn fort. Damit waren auch die Beneficien am Ende des 12. Jahrh. erblich geworden.[3]) An die Stelle der persönlichen Kriegsleistung bei den Freien war nun die Abgabenpflichtigkeit in verschiedener Gestalt getreten; damit verloren sie auch das volle Waffenrecht des freien Mannes ausser zur Nothwehr, und hatten als Landbebauer beständigen Frieden.[4]) Umgekehrt stieg aber der Reiterstand immer höher; dazu trugen vor Allem die feierlichen Formen bei, welche man für den Eintritt anwandte, die Grade und Abstufungen, die aufkamen, der Gebrauch der Wappen u. s. w.[5]) Eine natürliche Entwicklung dieser Verhältnisse war die Anschauung der Ritter von einer höhern Standesehre; diese aber hatte zur Folge, dass nicht mehr das blosse Ueben des Ritterdienstes, sondern das ritterliche Blut, die Geburt von rittermässigen Eltern als Erwerbsgrund der Genossenschaft galt. So bildete sich im 12. Jahrhundert der Ritterstand zu einem Geburtsstande um.[6]) In

---

[3]) Die Fälle, in denen die beneficia entzogen werden können, setzte fest: Const. Henr. III. de benef. amittendis (Leg. II. p. 43 sq.), Lothar III. a. 1127, ib. p. 80. u. a. gegen die Veräusserung ohne Consens des Herrn Frid. I. Curia Roncaliae a. 1154 ib. p. 96., a. 1158 ib. p. 113. Heinr. reg. sent. a. 1230 ib. p. 278. gegen die Erbfolge der Weiber in feodo, ejusd. sent. a. 1234 ib. p. 304., Curia Francof. a. 1246 ib. p. 362., Curia Francof. a. 1252 ib. p. 366 sq., Rud. I. sent. a. 1276 ib. 406 u. a.

In zahllosen Urkunden ist von vornherein die Erblichkeit aufgenommen. Vgl. Seibertz Urkundenbuch n. 57. von 1166, n. 91. von 1186, n. 109. von 1196, n. 116 von 1202, n. 163. von 1221 u. a.

[4]) Die Landfrieden enthalten sämmtlich diese Bestimmung; damit stehen andre derselben im Zusammenhange. Siehe Frid. I. const. de pace tenenda a. 1156 (Leg. II. p. 101 sqq.) c. 8.: „Si rusticus militem de violata pace pulsaverit, de manu sua iurabit, quod non voluntate, set necessitate hoc faciat; manu quarta se miles expurgabit. 9. Si miles rusticum de violata pace pulsaverit, rusticus manu sua iurabit, quod non voluntate set necessario hoc fecit; de duobus unum rusticus eligat, an divino, an humano judicio innocentiam suam ostendat, aut testibus ydoneis, quos iudex elegerit, se expurget. 10. Si miles adversus militem pro pace violata aut aliqua capitali causa duellum committere voluerit, facultas pugnandi ei non concedatur, nisi probare possit, quod antiquitus ipse cum parentibus suis natione legitimus miles existat. 12. Si quis rusticus arma vel lanceam portaverit vel gladium, iudex in cuius potestate repertus fuerit, vel arma tollat, vel 20 solidos pro ipsis accipiat a rustico. 13. Mercator negotiandi causa per provinciam transiens, gladium suum suae sellae alliget, et super vehiculum suum ponat, ne umquam laedat innocentem, set ut se a praedone defendat."

[5]) Unterschied der Milites, Armigeri, famuli, servientes, servi, Ritter, Knappen, Edelknechte, Knechte; Ritterschlag, Rittereid.

[6]) Siehe const. Frid. I. a. 1156 c. 10. (in nota 3.). Frid. I. Const. contra incendiarios (ib. p. 185.): „De filiis quoque sacerdotum, dyaconorum ac rusticorum statuimus, ne cingulum militare aliquatenus assumant, et qui jam assumserunt, per

diesen konnten noch bis zum 14. Jahrhundert die Nachkommen von Personen eintreten, welche den ritterlichen Beruf betrieben; seitdem aber forderte man

---

judicem provintiae a militia pellantur." Wilh. reg. constit. Electio regia a. 1247. (*Leg.* II. p. 363.): „Preparatis in ecclesia Coloniensi omnibus, post euangelium solennis misse prefatus Wilhelmus armiger coram cardinali productus est per regem Bohemie, dicentem in hunc modum: Vestre reverentie, pater almiflue, presentamus hunc electum armigerum, devotissime supplicantes, quatenus vestra paternitas votivam eius professionem accipiat, ut militari nostro collegio dignanter adscribi valeat.

Dominus autem cardinalis in pontificalibus assistens ornamentis, eidem dixit armigero, secundum etymologiam eiusdem nominis, quod est miles: Oportet unumquemque militare volentem, esse magnanimum, ingenuum, largifluum, egregium et strenuum: magnanimum in adversitate, ingenuum in consanguinitate, largifluum in honestate, egregium in curialitate, et strenuum in virili probitate; verumtamen, antequam votum professionis tue facias, cum matura deliberatione iugum regule prius audies. Hec est itaque regula militaris ordinis: In primis cum devota recordatione dominice passionis missam diurnatim audire; pro fide catholica corpus audacter exponere; sanctam ecclesiam cum ministris eius a quibus cunque grassatoribus liberare; viduas, pupillos aut orphanos in eorum necessitate protegere; iniusta bella vitare, iniqua stipendia renuere, pro liberatione cuiuslibet innocentis duellum inire; tyrocinia non nisi causa militaris exercitii frequentare; imperatori Romanorum seu eius patritio reverenter in temporalibus obedire; rempublicam illibatam in vigore suo permittere; feudalia bona regni vel imperii nequaquam alienare; ac irreprehensibiliter apud Deum et homines in hoc mundo vivere. Hec statuta militaris regule si devote custodieris, et pro posse sive nosse diligenter adimpleveris, scias te mereri temporalem honorem in terris, et post hanc vitam requiem eternam in celis.

His autem expletis, dominus cardinalis coniunctas manus eius tyronis clausit in missali super lectum euangelium, ita dicens: Vis ergo militarem ordinem in nomine Domini suscipere devote, et regulam tibi verbotenus explicatam pro tua possibilitate perficere? cui respondit armiger: Volo.

Dominus autem cardinalis subsequentem exinde professionem eidem armigero dedit, quam et idem armiger palam omnibus in hunc modum legit: Ego Wilhelmus Hollandiensis militie princeps, sacrique imperii vasallus liber, iurando profiteor regule militaris observantiam in presentia domini mei Petri sancti Georgii ad Velum aureum diaconi cardinalis et apostolice sedis legati, per hoc sacrosanctum euangelium quod manu tango. Cui cardinalis: Hec devota professio, peccatorum tuorum sit vera remissio, Amen.

His itaque peractis, rex Bohemie grandem dedit ictum in collo tyronis, ita dicens: Ad honorem omnipotentis Dei te militem ordino, ac in nostro collegio te gratulanter accipio; et memento, quod Salvator mundi coram Anna pontifice pro te colaphisatus et illusus, coram Herode rege chlamyde vestitus et derisus, et coram omni populo nudus et vulneratus in cruce suspensus est; cuius opprobria te meminisse suadeo, cuius crucem acceptare te consulo, cuius etiam mortem ulcisci te moneo. Quibus ita solemniter adimpletis, novus tyro post dictam missam cum stridentibus buccinis, perstrepentibus tympanis, et tinnientibus cymbalis, contra filium regis Bohemie tribus vicibus commisit hastiludium, et exinde cum gladiis emicantibus dimicando tyrocinium explevit, celebravitque magnificis expensis triduanam curiam, ac donis largifluis cunctis magnatibus suam manifestavit honorificentiam."

bestimmte Ahnen, deren Abgang nur eine kaiserliche Standeserhöhung ersetzen konnte.

IV. Die schon in der karolingischen Zeit (§. 45. num. I.) auftretende Sitte, den höhern Hofbeamten zahlreiche Gehülfen (ministri) beizugeben, wurde zur Regel, seitdem die grössere Macht und Stellung der geistlichen und weltlichen Grossen die Umgebung mit einem zahlreichen Gefolge und namentlich auch kriegsgeübten Leuten erheischte. Sie bedienten sich hierzu der tauglichsten unter ihren hörigen Leuten, welchen sie ausser der freien Verpflegung meistens noch beneficia oder die Bewachung von Schlössern, Besorgung des Amtes eines villicus u. dgl. gaben. Diese Diener im vorzüglichen Sinne des Wortes, Ministeriales,[7]) traten von selbst mit dem stets wachsenden Ansehen

---

[7]) Aug. Freih. von Fürth die Ministerialen, Cöln 1836. Dies Werk liefert eine urkundliche bis ins Kleinste durchgeführte vortreffliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung und rechtlichen Stellung. Die im Anhange abgedruckten Ministerialenrechte von Bamberg, Köln, Magdeburg, Hildesheim und Tecklenburg geben in deren Stellung den besten Einblick.

Aus den Reichsgesetzen mögen folgende Stellen hier Platz finden: Heinr. VI. sent. a. 1190 (Leg. II. p. 187.): „talem dictavit sententiam, quod filii ministerialium ecclesie cujuslibet ex liberis matribus progeniti, et filie similiter, patrum imitando conditionem ecclesie debeant esse ministeriales . .“ Sent. Heinr. VI. imper. de feodis ministerialium a. 1192 (ib. p. 195.): „sententiatum est, quod nullus ministerialis alicujus ecclesie feodum quod habet ab ecclesia jure ministerialium, filio suo qui sue non est condicionis, vel alii persone, in fraudem ecclesie vel subterfugium potest vel debet concedere.“ Curia August. a. 1209 (ib. p. 216.): „Et dictatum est in sententia, quod pueri ex hujusmodi (scil. ministerialis cum muliere libera) matrimonio nati, esse debeant ipsius ecclesiae ministerialis; alias enim omnes ministeriales omnium ecclesiarum imperii deperirent. — Item quaesivit in sententia, si aliquis ministerialis alicujus ecclesie de bonis suis, sive patrimonialibus sive feudalibus, aliquid possit alienare vel in aliquam aliam personam transferre sine manu et domini sui licentia et voluntate. Et dictatum est in sententia, quod hoc fieri non possit . .“ Sent. de officiis episcopat. (§. 78. n. 2.) Heinr. reg. sent. de variis casibus juris feodalis (ib. p. 249.): „Inventum igitur et sentenciatum est ibi, quod in iure feodali omnis ministerialis feodatarius eque iudicare possit super feodis nobilium et ministerialium, exceptis tamen feodis principum. Ad hec sentenciatum est ibi, quod quilibet nobilis sive ministerialis feodatarius a domino suo in iure feodali prima citacione ad quindenam potest citari. Iterum si aliquis, sive nobilis sive ministerialis, allodium ducis de duce tenet in feodum, ipse dux ipsum citare potest super illo allodio ad alium locum ubi habet allodium, ubicunque voluerit. Si autem illud feodum sit feodum ab alio principe obtentum, tunc dux suum feodatarium citare potest super quamcunque partem illius feodi, quod ab illo principe descendit. Ceterum quemcunque dux de iure sicut tenetur citaverit, ille si citatus non comparet, ad primam citationem, emendam solvere tenetur, que bota vocatur. Insuper si dux sententiam ab aliquo requisierit, ille requisitus tenebitur dicere sentenciam infra terminum quo dux sedet pro tribunali illo die, nisi ipse dux de gracia sibi remittat.

der Herrn und ihrem damit steigenden Einflusse gegenüber den andern Unfreien in ein ausgezeichnetes Verhältniss, da ihre ganzen Leistungen in der persönlichen Bedienung und Beschützung des Herrn bestanden, was, seit der Bischof, Graf u. s. w. Herr der Freien geworden war, nicht mehr als unehrenvoll angesehen werden konnte, so dass selbst vielfach freie Leute sich in diese Stellung durch Begebung in den Dienst eines Herrn setzten. Auf die zahlreichen Ministerialen stützte sich im Laufe des 10. 11. und 12. Jahrhunderts bis zur Abschliessung der landesherrlichen Gewalt vorzugsweise die Macht der Herrn. Darin lag der Grund, dass einzelne Herrn ihren Ministerialen schon früh mancherlei Vorrechte gaben, sie von dem drückenden Hörigkeitsverhältnisse befreiten. Gleiches Interesse bewog andere zur Ertheilung ähnlicher Privilegien oder Bewidmung mit dem Rechte, welches andere bereits hatten, so dass sich ein eignes jus ministerialium bildete, das im Grossen und Ganzen auf denselben Grundlagen ruhte (§. 61.). Mit der Ausbildung der Landesregierung erhielten Dienstmannen namentlich auch die obern Hof-

Ad hec in iure feodali nullus potest esse advocatus nisi sit ipsius ducis feodatarius: advocatum appellamus patronum cause. Additum quoque ibi est per sentenciam, quod servi per stipitem et parentelam ex parte matris provenientem sunt retinendi; homines advocaciarum autem per curiam cui sunt censuales sunt retinendi.“ Sent. de offic. princip. a. 1223 (§. 78. n. 2.), ejusd. sent. de jure abbatiarum ib. p. 252. Rud. I. sent. contra alienationem bonorum feudalium a. 1290, ib. p. 456. Rud. I. sent. de damnis in bello per stipendiarios sustinendis a. 1295, ib. p. 463.: „obtentum fuit . . per . . sententiam coram nobis: si aliquis princeps aut dominus interpellat aliquem subditum pro impendendo sibi auxilio contra suos adversarios de castro quod ab eodem suo domino tenet in pignore, pacto interposito de danda sibi pro huiusmodi auxilio pecunie certa summa, idemque subditus adiuvans dominum ipsum de eodem castro sibi obligato, factusque eiusdem domini officialis, quod ipse subditus seu officialis dampna que exinde pertulerit, nisi aliud deducatur in pactum, debet personaliter sustinere, nec illud tenetur sibi suus dominus resarcire.“ Adolfi sent. a. 1296 ib. p. 465.: „Nos Adolphus Dei gratia Romanorum rex semper augustus, ad universorum noticiam volumus pervenire, quod anno Domini 1296 die sanctorum Cosme et Damiani, indictione decima, nobis in Werthaim pro tribunali sedentibus, quesitum fuit in sententia coram nobis: si duo domini equo iure habeant unum castrum, et iurant sive compromittunt societatem sive pacem que vulgariter borchvrede nuncupatur inter se in castro memorato servare, postea vero alter eorum prohibet ne ab altero suo consocio custodiatur idem castrum per excubias sive vigilias pro parte sua, ymmo mandat ut destruatur suburbium sue partis, ut per hoc totius castri amissio seu perditio consequatur; utrum alter eorum hoc facere possit altero reclamante? diffiniente multorum nobilium tunc ibidem astancium sententia, est obtentum, quod neuter eorum, altero invito, partem suam in eodem castro sine custodia relinquere potest nec destruere, nec quicquam attemptare in alterius preiudicium et gravamen; presentium testimonio litterarum, nostre maiestatis sigilli robore signatarum.“

ämter,[8]) aus denen sich in den meisten Territorien erbliche Aemter (Landes-Erb-Aemter) bildeten. Unter diesen verschiedenen Aemtern standen die übrigen Dienstleute, welche nach Herkommen oder Ruf des Herrn sowohl bei Hofe Dienste leisteten, als auch für die Vertheidigung der ihnen anvertrauten Burg u. dgl. sorgen, ausserdem bei Fehden gegen den Herrn diesem unbedingt beistehen mussten. Hatte er vom Herrn ausserdem ein Lehen, so war er überhaupt zum Kriegsdienste verpflichtet. Als Entgelt wurden sie während der wirklichen Dienstleistung bei Hofe verpflegt, gekleidet, gerüstet; mehr und mehr aber wurden ihnen Lehen gegeben, die gleich den übrigen erblich wurden. Unter den Ministerialen standen oben an die des Kaisers und Reichs, welche als stete Begleiter selbst auf den Reichstagen erschienen und stimmten (§. 72.), zum Reichsdienst verbunden waren (§. 74.). Diese Stellung gab ihnen bald ein so grosses Ansehen, dass ihre Unfreiheit gänzlich zurücktrat. Wollte der Kaiser Ministerialen auszeichnen, so gab er ihnen die Rechte der Reichsministerialen, was bezüglich der Dienstmannen geistlicher Fürsten so häufig geschah, dass man diese allmälig als gleichstehend mit den Reichsdienstmannen ansah. Durch die Uebung des Ritterdienstes, die Erwerbung von Lehen, die allmäligen Befreiungen von den Beschränkungen, welche das Hörigkeitsverhältniss mit sich brachte und den Eintritt vieler Freien in das Dienstverhältniss kam es dahin, dass man sie nicht mehr als unfrei ansah, sondern ihre Stellung als Ausfluss des Lehensverhältnisses auffasste, sie selbst aber den Rittern beizählte und als einen über den gewöhnlichen Freien stehenden Stand betrachtete.

II. Die Stände nach den Spiegeln.

A. Der Sachsenspiegel.

§. 84.

1. Die vollkommen Freien. Fürsten und Herrn.

I. Die allmälige Sonderung der Stände (§. 83.) findet in den beiden grossen Rechtsbüchern des 13. Jahrhunderts ihren genauen Ausdruck; auf der hier gelegten Grundlage zeigt die spätere Zeit nur eine Fortbildung.

II. Nach dem Sachsenspiegel[1]) steht oben an der Stand der Fürsten

---

[8]) Siehe §. 78. besonders die Stellen in dessen nota 2.

[1]) Sachsenspiegel III. 45. §. 1. „Nu vernemet aller lüde weregelt unde bute. Vorsten, vrie herren, scepenbare lüde, die sin gelik in bute unde in weregelde. Doch eret man die vorsten unde die vrie herren mit golde to gevene, unde gift in tvelf güldene penninge to bute, der sal jegelik en dre penningwichte silveres wegen. Dat

und freien Herrn, zwischen denen nur ein politischer Unterschied obwaltet, während beide der Geburt nach gleich stehen. Dies bringt mit sich, dass er häufig, wo er offenbar beide bezeichnen will, nur eine Klasse nennt.[3]) Die

---

penning wichte goldes nam man do vor teine silveres, süs waren die tvelf penninge drittich schillinge wert. Den scepenbaren vrien lüten gift man drittich schillinge to bute pündeger penninge, der solen tvintich schillinge ene mark wegen. Ire weregelt sin achtein punt pündeger penninge." I. 3. §. 2. „Tu dirre selven wis sint de herschilde ut geleget, der de koning den irsten hevet; de biscope unde ebbede unde ebdischen den anderen, die leien vorsten den dridden, sint se der biscope man worden sin; die vrien herren den vierden; de scepenbare lüde unde der vrien herren man den veften; ire manne vort den sesten. Alse de kristenheit in der seveden werlt nene stedicheit ne weit, wo lange se stan sole, also ne weit man ok an dem seveden scilde, of he lenrecht oder herschilt hebben moge. Die leien vorsten hebbet aver den sesten schilt in den seveden gebracht, sin se worden der biscope man, des er nicht ne was. Alse de herschilt in me seveden to stat, also to geit de sibbe an deme seveden." Vorr. von der herren geburt. „Nu vernemet umme der herren bord von me lande to sassen. De von anehalt, de von brandeburch; de von orlemünde, de marcgreve von mysne, de greve von brenen; disse vorsten sint alle svavee. Under den vrien herren sint svavee: de von hakeborne, de von gneiz, de von müchele. Under des rikes scepenen sint svavee." II. 1. „Svar herren mit eiden sik to samene sekeret, se ne besceiden dat rike der buten, so hebbet se weder deme rike gedan." II. 27. 1. „Penninge sal man vernien alse nie herren komet." I. 51. 2. „Ein wif mach winnen echt kint, adel kint, egen kint unde keves kint." §. 3. „Swelk man von sinen vier anen, dat is von tven eldervaderen unde von tven eldermuderen, unde von vader unde muder unbesculden is an sime rechte, den ne kan neman bescelden an siner bord, he ne hebbe sin recht vorwarcht." I. 16. §. 1. „Nieman ne mach irwerven ander recht, wan als im an geboren is. Versmat aver he sin recht vor gerichte unde seget he ime to en ander recht, des he nicht vulkumen ne kan, he verlüset beide. Sunder de egene man, den man vri let, die behalt vrier lantseten recht. — §. 2. Svar't kint is vri unde echt, dar behalt it sines vader recht. Is aver die vader oder de muder dinstwif, it kint behalt sogedan recht, als it in geboren is." III. 72. „Dat echte kint unde vri behalt sines vader schilt, unde nimt sin erve unde der muder also, of it ir evenburdich is oder bat geboren." Sächs. Lehnr. art. 21. §. 1. „Die sone behalt des vader schilt to lenrechte die im evenbordich is, die wile he sik mit manscap nicht ne nederet. §. 2. Of die sone in des vader stat nicht man ne werden ne wel, dar mede n'is sin schilt nicht gehoget. It ne hoget nicht des mannes schilt denne vanlen, of ime dat geleget wert." — III. 55. 1. „Over der vorsten lif unde ire gesunt ne mut neman richtere sin, wan die koning." III. 58. §. 1. „Des rikes vorsten ne solen nenen leien to herren hebben, wen den koning." Vgl. die Stellen in §. 72. n. 5. III. 64. §. 2. „Die vorsten die vanlen hebbet, die wedden deme koninge hundert punt. Alle andere lüde (nemlich die des Königs Hof suchen müssen) wedden tein punt . . . §. 3. Deme hertogen weddet ok tein punt jewelk edele man."

[3]) So z. B. offenbar III. 55. Denn dass dies auch von den Freiherrn galt, lehrt Landfr. v. 1235 c. 15. (Leg. II. p. 317.): „Statuimus igitur, ut curia nostra iusticiarium habeat, virum libere conditionis, qui in eodem persistat officio ad minus per annum,

Fürsten sind Inhaber der Vanlehen, die freien Herrn offenbar die Dynasten, nicht mit dem Fürstenthume beliehenen Söhne von Fürsten u. s. w.[3]) Vom Stande der Freiherrn ging man zu dem der Fürsten allein über durch Ertheilung eines Fahnlehens; dieses war auch der einzige Weg, auf welchem ein anderer freier Mann oder ein Ritter Freiherr und Fürst werden konnte.[4])

III. Als Folge der Unmittelbarkeit hatten diese höchst Freien das politische Standesrecht, nur vor dem Kaiser im Fürstengerichte, nicht vor den gewöhnlishen Reichs-Land-Gerichten oder dem Hofrichter zu Recht zu stehen, ferner unbedingt zum Erwerbe von Fahnlehen befähigt zu sein. Die Geburtsrechte theilen sie mit der zweiten Klasse (§. 85.).

IV. Bei den Geistlichen, welche ein Bisthum oder eine Reichsabtei erwarben, trat ihr Geburtsstand vor dem mit dem Fahnlehen erworbenen Heerschilde in den Hintergrund, so dass sie wegen dieser politischen Stellung dem ersten Stande nicht blos angehören, sondern sogar höher standen als die Laienfürsten.[5])

V. Wie bei dieser ersten Klasse, so ist überhaupt der Verband mit dem Reiche und dessen Fürsten und Herrn durch das Lehenswesen das eigenthümliche Bindemittel zwischen der politischen und privaten Stellung. Nur in den schöffenbar Freien hatte sich noch ein Rest der alten Zustände erhalten.

§. 85.

2. Die Schöffenbaren.

I. Die vom Sachsenspiegel den Fürsten und Freiherrn zunächst gestellten scepenbare lüde, scepenbare vri man, schöffenbar Freien sind jene

---

si bene et iuste se gesserit. Hic singulis diebus iuditio presideat, exceptis diebus dominicis et aliis festis maioribus, ius reddens omnibus querelantibus, preterquam de principibus et aliis personis sublimibus in causis que tangunt personas, ius, honorem, feoda, proprietatem vel hereditatem eorundem et nisi de causis maximis, predictorum etenim discussionem et iudicium nostre celsitudini reservamus."

[3]) Vgl. Homeyer System des Lehnrechts S. 550 fg. Später nahmen diese Söhne den höhern Titel in vielen Häusern mit kaiserlichem Privileg an.

[4]) Das hat Walter R.G. §. 416. N. 14. zuerst auf Grund der im Chron. Ursperg. a. 1195 erzählten Freilassung eines Reichsministerialen und Belehnung desselben mit einem Fahnlehen hervorgehoben. Trotzdem halte ich dafür, dass Eichhorn R.G. §. 340. Anm. i. (II. S. 561.) u. Homeyer System des Lehnr. S. 306 f. u. 550 f. Recht haben, wenn sie Sächs. Lehnr. 21. 2. dahin auffassen, dass dasselbe nur die Ertheilung eines Fahnlehens an einen freien Herrn im Auge habe.

[5]) Ssp. I. 26. „Wirt en besloten (ist einfache Uebersetzung für reclusa, sub clausura) nunne ebbedische, oder en monik biscope, den herscilt mogen se wol hebben von me rike; lantrecht ne irwervet se aver dar mede nicht."

[1]) Für das Verständniss des Sachsenspiegels Landrecht muss man wohl, was leicht

Freien, welche auf der einen Seite nicht durch Eintritt in das Lehensverhältniss zum Könige einen höheren Stand erlangt haben, auf der andern weder durch ein Dienstverhältniss zu einem Herrn noch durch Unterwerfung unter die Vogtei ihre echte Freiheit gemindert haben. Ihnen kommen alle Rechte der Freiheit zu, welche noch bei den veränderten Verhältnissen möglich waren, unter denen als das sicherste Kennzeichen hervortritt der Gerichtsstand im echten Dinge unter Königsbann, dem nunmehrigen Landgerichte, sowie Pflicht und Recht zu dessen Besuch und zum Urtheilsfinden. Hiervon rührt ihr Namen her; das sich hieraufbeziehende hantgemal[2]) bildet auch den besten Beweis ihrer schöffenbaren Freiheit. [3])

übersehen wird, beachten, dass er nur die Beziehungen auf dem Gebiete des Landrechts als eigentliches Object seiner Darstellung im Auge hat; seine Sätze aus dem Lehnrechte sind nur zufällige oder bezwecken den Gegensatz oder die Verbindung und Wirkung bezüglich des Landrechts zu zeigen. — Ssp. I. 2. „Vriheit de is aver drierhande: scepenbare lüde, die der biscope senet süken solen, plechhaften der dumproveste; landseten der ercepriestere. (Diese Sätze werden besonders durch das älteste Statutarrecht von Soest von 1120 [Seibertz n. 42.] beleuchtet) §. 2. Te geliker wies solen se wertlik gerichte süken. De scepenen des greven ding over achtein weken under koninges banne.“ I. 3. §. 2. (§. 84. n. 1.); III. 45. §. 1. (daselbst); I. 59. §. 1. „Allerhande klage unde al ungerichte mut de richtere wol richten binnen sime gerichte, swar he is, ane of man up egen klaget, oder up enen scepenbaren vrien man ungerichte claget. Des ne mach die richtere nicht richten wan to echter dingstat unde under koninges banne.“ III. 69. §. 2. „Ordel solen sie (die scepenen) vinden vastene over jewelken man, he si düdisch oder wendisch, oder egen oder vri. Dar ne sal anderes neman ordel vinden wan sie.“ II. 12. 2. „Scepenbare lüde muten wol ordel vinden over jewelken man. It ne mut aver uppe se neman ordel vinden, dat an ir lief, oder an ir ere, oder an ir erve ga, noch ordel scelden, he ne si in evenburdich.“ III. 19. „Vrie lüde unde des rikes dienstman die moten vor'me rike wol getüch sin unde ordel vinden, durch dat sie deme rike hulde dun, ir jeweder na sime rechte. Doch ne mut des rikes dienstman over den scepenbaren vrien man noch ordel vinden noch getüch wesen dar't ime an den lief oder an sin ere oder an sin erve gat.“ III. 54. §. 1. „Len an gerichte ne mut neman hebben, he ne si scepenbare vri, unde dat he deme koninge hulde du na vries mannes rechte, unde bi den hulden sik verplege, svenne man getüges an in tüt.“ III. 64. §. 5. „Ban liet man ane manscap.“ III. 55. §. 2. „Over scepenbare vrie lüde, svenne se iren lif verwerken unde verdelet sin, ne mut neman richten wenne die echte vrone bote.“ I. 3. §. 2. „Grot man enen man to kampe de ungewarnet dar komen is, unde ime umme die sake dar nicht gedegedinget n'is, he sal dach hebben no siner bord, of he's bedet, dat he sik dar to warne, sven it kamp gelovet is, unde er nicht. Die vri scepenbare man over ses weken, die dinstman over virteinnacht, unde andere vri lüde.“ I. 51. §. 4. „Svelk scepenbare vri man enen sinen genoten to kampe an sprikt, die bedarf to wetene sine vier anen unde sin hantgemal unde die to benomene, oder jene weigeret ime kampes mit rechte.“

[2]) Darüber Homeyer in den Abhandl. der Berliner Akad. d. Wissensch. 1852.

II. Auf dieser Stellung zum Herrn als blossem Inhaber des königlichen Bannes beruhet die Gleichheit der Schöffenbaren mit der ersten Klasse bezüglich des Geburtsstandes, soweit nur dessen Folgen, nicht aber politische und Lehenrechte in Frage kommen, sowie deren Geburtsvorzug vor den Dienstmannen. —

III. Erwerb und Beweis des Standes liegt in der Abstammung von Schöffenbaren, wozu vier Ahnen gehörten; diese kann nur ersetzen Erhebung in den Stand durch den König.[4])

S. 85 ff.; über dessen Zusammenhang mit der Hausmarke noch Monatsberichte ders. Akad. von 1853 S. 747 und ein fliegendes Blatt desselben vom 21. Dez. 1857. „Die Haus- und Hofmarken," welches andre Literatur angibt.

[3]) Die vom Ssp. I. 2. §. 1. auf die kirchliche Stellung gemachte Beziehung ist ganz den Quellen gemäss. Denn die Gemeinfreien, welche die Reichsgesetze des 13. Jahrh. vor Augen haben, werden oft geradezu mit Beziehung auf den kirchlichen Stand bezeichnet. So Heinr. reg. statut. in favor. princip. a. 1231. „Item ad centas nullus synodalis vocetur:" dass. in Curia Sibidati Frid. II. a. 1232. Beweis „cum hominibus synodalibus," in Const. gen. Heinr. reg. a. 1234 (Leg. II. p. 301.), c. 3. 5. 11. („cum duobus viris bone opinionis et integeri status, synodalibus hominibus" entspricht genau der Bezeichnung, welche die Kapitularien für die Schöffen wählen) 13. Landfr. v. 1235. So haben auch die spätern Landfrieden, welche den von 1235 erweitern, bez. erneuern, dieselben Bezeichnungen: „sentbere mannen" im c. 1. 3. Const. Rud. I. pac. in Franconia a. 1281 (Leg. II. p. 432 sq.), ejusd. Const. pacis Mogunt. (ib. p. 436 sqq.) c. 1. 3. 14., Const. pac. Wirzburg. a. 1287 (ib. p. 448 sqq.) („sentber mannen") c. 10. u. 36. Der Dreitheilung des geistlichen Sends, welche in diesen Gesetzen und dem Sachsenspiegel vorkommt, und der des weltlichen Gerichts entsprechend hat auch das Soester Stadtr. v. 1120 §. 2. „tria oppidi susatensis judicia: prepositi, Advocati, et sculteti. 3. Prepositus susattensis de jure debet facere denunciari synodum, tribus vicibus in anno, quamlibet sex septimanis ante, cui interesse tenentur omnes qui domestici sunt infra oppidum."

[4]) Ssp. III. 81. §. 1. „Togat aver die scepenen binnen ener grafscap, die koning mut wol des rikes dienstman mit ordelen vri laten, unde to scepenen dar maken, dur dat man rechtes bekome unde koninges ban dar halden moge. He sal aver des rikes gudes also vele to egen in geven, dat sie scepenen dar af wesen mogen: ir jewelkeme dri hoven (vgl. dazu §. 51. u. 74.) oder mer. Dat gut mut he wol nemen ut deme gude der grafscap, svar it die greve ledich hevet, dur dat der scepenen egen in die grafscap irstorven is. — §. 2. Dinstman ervert unde nemet erve alse vri lüde na lantrechte, wen allene, dat sie buten irs herren gewalt nicht ne ervet, noch erve ne nemet."

§. 86.

3. Die Rittersleute.[1])

I. Vasallen, Ritter, welche meistens aus freien Familien stammten oder im Laufe der Zeit zu den grossen Grundbesitzern des Territoriums gehörten, stehen mit den Schöffenbaren auf gleicher Geburtsstufe, übertreffen sie aber bereits durch die mit dem wirklichen Ritterdienste und dem Vasallenverhältniss verbundene höhere Ehre und politische Bedeutung.

II. Mit der geschilderten Entwicklung (§. 83.) gelten aber im 14. Jahrhundert die Schöffenbaren, welche nicht in den Ritterstand eingetreten waren, als geringere Freie.[2]) Die Abschliessung des Ritterstandes zu einem Geburtsstande brachte aber die weitere nothwendige Folge mit sich, dass der Stand nicht mehr durch die Lebensart bedingt war; seitdem erscheint der Ritterstand als Adel.

§. 87.

4. Die freien Landbewohner.

Neben diesen Klassen der Freien kennt der Sachsenspiegel noch mehre Arten von freien Landbewohnern, welche eine niedrige Stufe der Freiheit einnehmen. Dazu gehören zunächst die nicht vor dem echten Grafending, sondern dem Schultheissen zu Recht stehen, allmälig mit der Ausbildung der Ritterschaft und dem veränderten Heerbannswesen zinsbar geworden waren und hierdurch die Standesgleichheit mit den Schöffen eingebüsst hatten, die Biergelden.[1]) An sie reihen sich die Pfleghaften,[2]) welche unter die Eigen-

---

[1]) Ssp. I. 3. §. 2. (§. 84. n. 1.), I. 20. §. 1. „man von ridderes art. I. 27. §. 2. „Jewelk man von ridderes art erft ok tvier wegene: dat erve an den nesten evenbürdigen mach, sve de is, unde it herwede an den nesten svert mach. Svelk man von ridderes art nicht n'is an deme to stat des herschildes, de let hinder ime erve to nemene, svenne he stirft, unde nein herwede.“ II. 21. §. 1. Die tinsman, sve he si, die erft sin gebu uppe sinen erven uppe tinsgude; it ne si en man von ridderes art, die't sime wive to morgengave hebbe gegeven.“ Sächs. Lehnr. II. §. 1. „Papen wif dorpere koplüde, unde alle die rechtes darvet oder unecht geboren sin, unde alle die nicht ne sin von ridders art von vader unde von eldervader, die solen lenrechtes darven.“

[2]) Controverse, ob Sächs. Lehnr. II. §. 1. 20. §. 1. nur ritterl. Stand des Vaters und freie Geburt der Mutter oder auch Abstammung dieser von Rittern fordere. Vgl. Richtst. Lehnr. 4. §. 1. 28. §. 3. gegen Glossa zu Ssp. I. 5. s. Homeyer System §. 5., Göhrum geschichtl. Darstellung der Lehre von der Ebenbürtigkeit, Tübing. 1846. 2 Th., I. S. 331 fg. Walter Rg. §. 418 N. 18.

[1]) Ssp. I. 2. §. 3. „De plechhaften sint ok plichtich des scultheiten ding to sükene

gerichtsbarkeit (Vogtei) gekommen sind, als familia libera eines Hofes erscheinen, von ihrem Gute Abgaben aller Art zu entrichten hatten. Dieselben unterscheiden sich von den Unfreien durch den Grund ihres Verhältnisses, die Vogtei. Die letzte Klasse sind ihm die freien Landsassen,[3]) d. h. Personen, welche sich im Lande aufhalten, aber, weil sie nicht in ihm Grundbesitz haben, trotz ihrer Freiheit nicht vor dem echten Ding zu Recht stehen, jedoch, weil sie keiner Vogtei unterliegen, nicht vor dem Eigengerichte, sondern vor dem niedern Gerichte des Centenarius, dem sächsischen Gogerichte.

§. 88.

5. Die Unfreien.

I. Der Sachsenspiegel kennt zunächst unter den nichtfreien Leuten die Dienstmannen,[1]) welche nur im Hofe und Gerichte des Herrn rechtsfähig[2]) mit Freien nicht ebenbürtig sind[3]) und vom Herrn eigenmächtig vertauscht werden können.[4]) Nur des Reiches Dienstleute können vor dem Reiche beschränkt Urtheil finden und zeugen[5]) und vom Könige in einen höhern Stand erhoben werden.

over ses weken von irme egene; under den mut man wol kesen enen vronen boden, of de vrone bode stirft.“ Ssp. III. 45. §. 4. „Die biergelden unde plechhaften heten unde des scultheiten ding süken, den gift man veften schillinge to bute unde tein punt to weregelde.“ III. 64. §. 8. „Deme scultheiten weddet man achte schillinge sine biergelden.“ III. 73. §. 1. „Nimt aver en vri scepenbare wif enen biergelden oder enen landseten, unde wint sie kindere bi inte, die ne sint ire nicht evenburdich an bute unde an weregelde, wende sie hebben irs vader recht unde nicht der muder; dar umme ne nemen sie der muder erve nicht, noch nemannes die ire mach von muder halven is.“ III. 80. §. 1. „Erstirft en egen von enem biergelden ervelos dre huve oder dar beneden, dat hort in dat scultheitendom, van svenne it erstirft.“

[2]) Ausser den Stellen der nota 1. Sachsp. I. 2. §. 1. (§. 85. n. 1.).

[3]) III. 45. §. 6. „Andre vri lüde sint landseten geheten, unde komet unde varet gastes wise, unde ne hebbet nen egen in'me lande; den gift man ok veften schillinge to bude unde tein punt is ire weregelt.“ I. 2. §. 1. (§. 85. n. 1.), §. 4. „De landseten, de nen egen hebbet in me lande, die solen süken ires gogreven ding over ses weken.“ III. 73. §. 1. (nota 1.); I. 16. §. 1. (§. 84. n. 1.); III. 80. §. 2. „Let die koning oder en ander herre sinen dinstmann oder sinen egenen man vri, die behalt vrier landseten recht.“

[1]) Ssp. III. 42. §. 2. 3., III. 73. §. 2.

[2]) Ssp. I. 38. §. 2. III. 81. §. 2. Vgl. II. 3. §. 2.

[3]) Siehe die vorhergehenden §§.

[4]) I. 52. §. 1., III. 73. §. 2. Vgl. III. 80. §. 2.

[5]) Sachsp. III. 19.

II. Neben ihnen kennt er Eigne Leute,[6]) welche im Ganzen die alte Stellung (§. 55.) innehaben, jedoch vielfach modifizirt, ohne dass ihre Stellung im Einzelnen scharf bestimmt erscheint.

III. Von den mancherlei Arten der Halbfreien (§. 56.) erwähnt der Sachsenspiegel nur hauptsächlich die Laten, Lassen.[7])

§. 89.

B. Der Schwabenspiegel.

I. In den Sätzen des Schwabenspiegels zeigt sich einerseits die gegen das Ende des 13. Jahrhunderts eingetretene schärfere Sonderung der Stände auf der mehr abgeschlossenen Landeshoheit, andrerseits das Zurücktreten der feineren Unterschiede zwischen den geringern Graden der Freiheit, endlich das Streben, die vielerlei Mannigfaltigkeiten, welche sich zum Theil überhaupt kaum unter feste Sätze bringen lassen, durch Aufstellung einzelner Kategorien zu heben.

II. Er kennt drei Stände: Semperfreie, Mittelfreie und freie Landsassen.[1]) Die ersteren sind ihm die Fürsten und freien Herrn, die zweiten

---

[6]) Vgl. Ssp. III. 42. §. 3—6., III. 32. §. 7. 8. (Entstehung); III. 32. §. 2. 3. 4. 9. (Beweis der Eigenschaft) III. 32. §. 8. III. 73. §. 2. (Kinder) u. a.

[7]) Ssp. III. 44. §. 3. 45. §. 7.

[1]) Schwsp. (nach Wackernagel) c. 2. „Diz ist von vrîen liuten. Wir zelen drîer hande vrîen. der heizent eine sempervrîen: daz sint die vrîen herren als fürsten unde die ander frîen ze man hânt. Sô heizent die andern miter vrîen: daz sint die, die der hohen vrîen man sint. Die driten vrîen daz sint die vrîen lantsaezen, die gebûren die dâ vrî sint. der hât ieglîcher sîn sunder reht, als wir her nâch wol bescheiden." — c. 19. („man von ritterlicher art," „frîer herre," „mittern vrien," „dienestman der fürsten," „der gebûr der vrî ist, oder ander vrîhen die niht ritter sint", „eigen man"), c. 57. besonders von v. 20. „Diu fürsten ampt sint mit fürsten unde mit andern dingen gestiftet. unde gît ein vrîer herre sîne eigen liute an ein fürsten ampt, die sint niht dienstman: si sint des fürsten eigen; si hânt niht dienstliute reht. Als wir dâ hân gesprochen von den fürsten ampten, alsô wart ouch daz rîche von erst gestiftet. Ez ist nieman sempervrî wan des vater unde muoter sempervrî wâren. die von den mittern vrîen sint geboren, die sint mitter vrîen. unde ist joch diu muoter sempervrî, unde der vater mitter vrî; oder ist der vater sempervrî, unde diu muoter mitter vrî: sô werdent diu kint doch niht wan mitter vrîen. ingenuus daz sprichet in der latîn der hôhste vrîe, libertinus vrîe, liber die lantsaezen vrîen. Der hât iegelicher sunderlich sîn reht, als wir ernâch wol sagen." c. 58.; c. 86. „unde sprichet ein man den anderen kamplichen an, unde ist in dar umbe niht tac dar gegeben: man sol im tac geben nâch sîner geburt, daz er sich dâ zuo bereite, swes er dâ zuo bedarf. Den sempervrîen gît man tac über sehs wochen. Den mittern vrîeu über vier wochen. Dienestmannen unde allen liuten über zwô wochen; siehe die Stellen im §. 70., 72., 76.; c. 117. (über die Busse) ff. c. 229. „Vrîhe liute unde des rîches dienestman unde der fürsten die-

alle Freien, welche im Lehensverbande mit jenen stehen, die letzten umfassen zum Theil die schöffenbar Freien des Sachsenspiegels und dessen Arten der freien Landbewohner. Dass auch mehrfache Missverständnisse des Sachsenspiegels unterlaufen sind, lässt sich nicht in Abrede stellen.[2])

---

nestman die mugen über alle vrie herren unde über ander vrihen wol geziuc sin, unde urtêil über si vinden. Aber die dienstman die ich hie vor genennet habe, die enmugen drîer dinge niht geziuc sîn über die vrîen liute, dâ ez in an ir lip oder an ir êre oder an ir erbe gêt. dâ sullen ir genôzen umbe sprechen. Daz wir sprechen „an ir êren, daz meine wir alsô: der einem sprichet an sînem eit, oder an sîn êwerc, oder daz er niht geloubic si, oder daz man in saget von der kristenheit, daz er diu dinc gêtan habe diu unkristenlich sint. Dirre dinge mac man niemanden überziugen dann mit sînem genôzen." c. 240. (von eigen liuten), 241 u. a. —

[2]) Darüber siehe die Schriften, welche über das Verhältniss beider Rechtsbücher im §. 62. note * A. c. citirt sind.

Vierte Periode.

Vom Ewigen Landfrieden bis zum Untergange des Reichs (1495—1806).

Die Neuere Zeit.

Erstes Kapitel.

Die Rechtsquellen.

§. 90.

1. Gang der Rechtsbildung. [1]

I. Für das Gebiet des öffentlichen Rechts zog sich von selbst mit dem Momente, wo die Landesherrlichkeit einen festen Abschluss gefunden hatte und die wirkliche Reichsregierung an den Kaiser und Reichstag gekommen war, der Schwerpunkt der Rechtsentwicklung aus der Gewohnheit heraus ziemlich ausschliesslich auf die Gesetzgebung des Reichs (§. 91.) und der Territorien (§. 92.) zurück. Es fusste zwar das Staatsrecht auf der bisherigen Grundlage, nahm jedoch mehr und mehr die Richtung an, dass die Reichsgesetzgebung regelmässig nur die für alle Reichsgebiete, für die Erhaltung der Reichseinheit nothwendigen Gegenstände in ihren Bereich ziehend regelte, so dass die Verhältnisse der Territorien fast nur der Gesetzgebung der Landesherrn, Autonomie der Reichsstädte u. s. w. anheimfielen, bis zuletzt im westphälischen Frieden ziemlich jede Einflussnahme von Kaiser und Reich auf die Rechtszustände der Territorien fortfiel. Die Fortbildung des Rechts kam seit der Entstehung eines auf den Universitäten gebildeten Juristenstandes und der Landesverwaltung durch Aemter, welche mit landesherrlichen mehr und mehr nur aus gelernten Juristen genommenen Personen besetzt wurden, an die von diesen gehandhabte Legislation, auf welche selbst die Stände (§. 102.) nur einen geringen stets abnehmenden Einfluss übten. Hieraus ist ersichtlich, dass fortan die Schriften der Juristen zu einer bedeutsamen Quelle der Rechtsgeschichte (§. 94.) werden.

---

[1]) Vgl. Kraut Grundr. §. 25. — §. 30.

II. Der Entwicklung des **Privatrechts** war durch die Reception des römischen Rechts[2]) ein fester Weg vorgezeichnet. An dieses lehnte sich die Rechtsbildung so sehr an, dass, obwohl die Reichsgesetze[3]) sicherlich davon ausgingen, dass weder das bisherige deutsche Recht noch überhaupt die Bildung guter Gewohnheiten durch das fremde Recht Eintrag erleiden sollten, durch den Einfluss des Reichskammergerichts und der Juristen mehr und mehr das deutsche Recht verdrängt wurde. Erst allmälig machte sich in der Theorie ein Zurückgehen auf das einheimische Recht geltend, das sich gewohnheitsmässig in lebendigem Gebrauche erhielt. Mit dieser Entwicklung der veränderten Stellung der Landesherrn und Umänderung der Geburtsstände steht in nothwendigem Zusammenhange der Umstand, dass auch auf diesem Gebiete die Gesetzgebung nicht blos einen grössern Einfluss übte, sondern mehr und mehr die gewohnheitsrechtliche Weiterbildung verdrängte.

§. 91.

2. Die Reichsgesetzgebung.[1])

I. Der Kaiser konnte ohne Zustimmung des Reichstages kein Gesetz erlassen, keine Privilegien ertheilen, ausser in den ihm besonders vorbehaltenen Sachen (§. 95.). Die hiervon scheinbar vorkommenden Ausnahmen[2]) erklären sich leicht. Abgefasst wurden die Gesetze regelmässig[3]) in deutscher Sprache welche neben der lateinischen seit Karl V. überhaupt für die in Reichssachen allein zulässige erklärt wurde.[4]) Publizirt wurden sie als **Reichsabschiede** bei Entlassung des Reichstags durch den Kaiser oder seinen Abgeordneten und im Reichsarchive aufbewahrt, sowie auch in authentischen Abschriften den Reichsständen verabfolgt; Publikationen in einem offiziellen Blatte oder offizielle Sammlungen gab es nicht.

---

[2]) Vgl. §. 57. num. V. — Bei **Kraut** §. 26. ist eine Anzahl von Quellenstellen mitgetheilt, welche in den innern Entwicklungsgang einen guten Einblick gewähren.

[3]) Vgl. die Ausführung von **Eichhorn** R. G. §§. 442. 562.

[1]) Theils wegen ihrer Wichtigkeit für die Entwicklung, theils wegen des nothwendigen öftern Verweisens auf sie werde ich den Inhalt der wichtigsten Reichsgesetze summarisch angeben, die entscheidenden Sätze aber dem Wortlaute nach abdrucken.

[2]) Nämlich die **Wahlkapitulation** (§. 95.) und die **Reichshofrathsordnung**.

[3]) Nur die Reichsgesetze, welche zugleich Friedensschlüsse mit auswärtigen Mächten sind (z. B. **Westphälischer**, **Ryswicker**, **Lüneviller** Frieden u. s. w.) machen eine Ausnahme und sind in lateinischer, bez. französischer Sprache abgefasst und erst in die Deutsche übertragen.

[4]) Wahlkapitulation Karls V. §. 14. Vgl. Oben §. 70. nota 13.

a) Verfassungsgesetze. Hierher gehören besonders:

1) die Wahlkapitulationen,[5]) deren erste Karl V. am 23. Octbr. 1520 vor der Königskrönung zu Aachen beschwor und hierauf kund machte, nachdem sie seine Gesandten am 3. Juli zu Mainz unterzeichnet hatten. Sie umfasst 34 Paragraphen oder Artikel (capitula), woher der Name Capitulation oder Artikelsbrief stammt. Die Abfassung von Wahlbedingungen wurde von Friedrich dem Weisen von Sachsen, der die am 27. Juni 1519 auf ihn gefallene Wahl ablehnte und Karl I. von Spanien gegen die Mitbewerber (Heinrich VIII. von England und Franz I. von Frankreich) empfahl, auf die bereits gegebene Anregung des Kurfürsten Albert von Mainz (Brandenburger) den Kurfürsten zur Sicherung vorgeschlagen, welche sofort darauf eingehend eine genaue schriftliche Redaction machten. Seitdem musste jeder Kaiser vor der Krönung eine solche unterzeichnen und beschwören. Deren Inhalt erhielt mehrfache Zusätze, je nachdem die Kurfürsten solche für gut fanden. Diese redigirten sie allein Namens des Reichs ohne Zuziehung der übrigen Reichsstände. Hierbei blieb es auch, obwohl beim Tode Rudolphs II. (10. Jan. 1612) die Frage zur Erörterung kam, ob die Kurfürsten allein im Namen des Reiches dem neuen Kaiser gesetzliche Bedingungen vorschreiben könnten, bis auf die Wahl Ferdinands III. Auf die Beschwerden der Reichsfürsten zu Osnabrück wurde im westphälischen Frieden[6]) die Abfassung einer certa constansque capitulatio ex communi Statuum consensu auf den nächsten Reichstag verwiesen. Hierzu kam es nicht, so dass bei der Wahl des römischen Königs Ferdinands IV.[7]) wieder nur die Kurfürsten dieselbe redigirten, weshalb die Bestimmung des westphälischen Friedens erneuert wurde.[8]) Es kam dann vom Jahr 1664 an zu mancherlei Verhandlungen, die zu der Annahme eines Projects der gewissen und beständigen Wahl-Capi-

---

[5]) Capitulationes Imp. et regum Romano-germanorum Caroli V., Ferdinandi I., Maximil. II., Rud. II., Matthiae, Ferd. II., Ferd. III. cum annotamentis Joh. Limnaei, Ed. 2. Argent. 1658. 4. Chr. Ziegler Wahlcapitulationes, welche mit denen Römischen Kaisern u. Königen, dann des h. Röm. Reichs Churf., seit Carolo V. her, bis auf Ferd. IV. etc. vereiniget u. verglichen u. s. w. Frkf. 1711. 4. Die übrige Literatur geben an Pütter Literatur des deutsch. Staatsrechts (Gött. 1776—83, 3 Thle.) II. S. 392 fg. Ersch. Literat. der Jurisprud. u. Politik, Amsterd. u. Leipz. 1812. Num. 915—932. Bei den zuerst genannten, dann in den Werken von Moser u. a. findet man die genaue Geschichte, welche auch die Einleitungen bei Oertel nach jenen erzählen.

[6]) I. P. O. VIII. §. 3. I. P. M. IX. §. 64.

[7]) Gewählt am 31. Mai 1653 zu Augsburg, gekrönt am 18. Juni, gestorben am 19. Juli 1654, so dass er nicht zur Regierung gelangte.

[8]) Jüngster Reichsabsch. von 1654 §. 192.

tulation[9]) durch das Kurfürsten- und Fürsten-Kolleg führte, jedoch die Kraft eines Reichsgesetzes nicht erlangte. Sie wurde dem am 12. Oct. 1711 er-

---

[9]) Abgedr. in Neue Samml. IV. S. 233 ff. —

Die letzte Wahlk. hat 30 Artikel mit einer verschiedenen Anzahl von §§. Art I. verspricht Erfüllung der Pflichten als advocatus ecclesiae u. Sedis apostolicae, Schutz für „Kurfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen, Herrn u. Stände (die unmittelbare freie Reichsritterschaft mitbegriffen) bei ihren Hoheiten" u. s. w., keinen Stand seiner Landesregierung zu entsetzen, keinen Fürsten, Grafen und Herrn in die fürstl. collegiis aufzunehmen ohne einen geeigneten Immediatbesitz u. Einwilligung der Kurfürsten u. der betreffenden Bank, Garantie gegen Eingriffe der Reichsgerichte oder Anderer in die „Landeshoheits- u. Regierungs- besonders in Religions- Polizei- Cameral- Militair- Justiz- Lehens- Criminal- u. Gnadensachen" wider die Reichsgesetze u. s. w., Bestätigung aller Rechte der Stände, Garantie der den Evangelischen zustehenden Religionsfreiheit, Art. II. verheisst: stete Mehrung des Reichs, Haltung der Reichsgesetze, keinerlei Ordnungen u. Gesetze im Reiche Interpretation derselben ohne Rath u. Vergleichung gesammter Stände, Massregeln behufs der Literatur über die Religionsfrieden u. dgl. III. Titel (Hochwürdigst u. Durchlauchtigst) Rechte (Anhörung bei allen wichtigen Sachen) der Kurfürsten; Erhaltung dabei, Confirmation der Kurvereine; Garantie des Wahlrechts, Versprechen nur ausnahmsweise bei Lebzeiten einen Nachfolger wählen zu lassen, Recht der Kurfürsten zu Vereinen, Anerkennung der Reichsvikarien u. ihrer Regierungsakte, Ceremoniel der Gesandten ausländischer Höfe; Bestimmungen über die Rangordnung der Reichsgrafen u. Herrn; Garantie der Erbämter, IV. §. 1. „In allen Berathschlagungen über die Reichsgeschäfte, insonderheit diejenigen, welche in dem Instrumento Pacis namentlich exprimirt, und dergleichen, sollen und wollen Wir die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches ihres juris suffragii sich gebrauchen lassen, und ohne derselben reichstägige freie Beistimmung in selbigen Dingen nichts vornehmen noch gestatten." Ordnung des Kriegwesens. V. Versprechen, ohne Bewilligung der Stände keine neuen Steuern aufzuerlegen u. die bewilligten genau nach der Bewilligung zu verwenden, keine Exemptionen zu ertheilen. VI. Zusicherung, kein Bündniss ohne die Stände zu schliesen, die Freiheit dieser nach dem westphälischen Frieden zu respectiren. VII. Versprechen, die Polizei zu bessern, zu handhaben. VIII. keine neuen Zölle zu erheben, Missbräuche abzuschaffen. IX. das Münzwesen zu bessern. X. Garantie gegen jedwede Veräusserung von Reichsgütern und Versprechen der Einlösung nach Möglichkeit mit Belassung der Stände bei ihren Reichspfandschaften u. dgl. XI. Confirmation der Lehen und Lehenbriefe in hergebrachter Form u. Bestimmungen über dieselben. XII. Versprechen der Ergänzung der Reichskreise u. Erhaltung ihrer Selbstständigkeit. XIII. alle 10 Jahre einen Reichstag zu halten u. Verfahren. XIV. Versprechen, die Befolgung der Concordate u. kirchlichen Statute u. s. f. zu sichern, die appellatio in causae civiles ad Nuntios apostolicos oder ad Curiam Romanam zu verhindern u. zu entkräften, die saeculares von den ecclesiasticis zu trennen. §. 5. „Da es aber Gegenstaende giebt, die ohne Zweifel zur geistlichen Gerichtsbarkeit gehören: so wollen Wir, wenn über solche geistliche Sachen ein Prozess entsteht, die Bischöfe nach Maassgabe der Fürstenkonkordate bei der ersten, die Erzbischöfe bei der zweiten Instanz, und diejenigen Erz- und Bischöfe, welche dem Pabste nach der Wahl des Provincial- oder Diöcesansynods, oder mit Beirath ihrer Domkapitel für die dritte Instanz tüchtige

wählten K. Karl VI. vorgelegt, jedoch mit Zusätzen, welche die Kurfürsten kraft des behaupteten jus adcapitulandi machten. Solches übten sie bei

---

Richter vorgeschlagen haben, oder vorschlagen werden, kräftigst schützen, dass jede geistliche Streitsache in dritter Instanz vor keine andere, als die vorgeschlagenen und vom Pabste genehmigten Richter unmittelbar gebracht, und von Ihnen collegialiter im Namen Sr. paebstlichen Heiligkeit abgeurtheilt werde. Jedoch sind hievon die causae majores in jure expresse enumeratae ausgenommen;“ Alles unbeschadet der Rechte der augsburgischen Konfessionsverwandten. XV. Garantie der landesherrlichen Rechte bezüglich der mittelbaren Unterthanen. XVI. Erhaltung aller Stände bei ihren Rechten, Versprechen, Keinen ausserhalb des Reichs vor Gericht zu laden, die Reichsgerichte ohne Eingriffe thätig sein zu lassen. XVII. Feste Execution der reichsgerichtlichen Urtheile, Ordnung des beneficium revisionis et supplicationis, der Visitation des Kammergerichts, Abstellung von Missbräuchen beim R. Hofrathe. XVIII. Versprechen, in Zukunft keine Exekution von den Reichsgerichten zu geben, Confirmation der bestehenden Privilegien, Versprechen zur Abstellung der Beschwerden gegen die kaiserl. Gerichte in Schwaben. XIX. Versprechen die Restitution nach Inhalt des westph. Friedens zu Ende zu führen. §. 6. „Wenn auch Landstaende und Unterthanen wider ihre Obrigkeit in Privatsachen, welche die landesfürstliche Kammer betreffen, Klage führen; so sollen und wollen Wir diese bei ihren ordentlichen Landesgerichten entscheiden lassen, weder den Reichsgerichten gestatten, über solche Klagen in letzter Instanz, wenn privilegia de non appellando vorhanden sind, und darin kein ausdrücklicher Vorbehalt enthalten, oder ein anderes durch Vertraege mit den Landschaften und Obrigkeiten nicht bestimmet ist, zu urtheilen. Auch sollen und wollen Wir bei anderen Klagsachen der Landstände und Unterthanen wider ihre Obrigkeit, insonderheit, wenn es die landesherrliche Obrigkeit und Regalien, sowohl überhaupt, als in specie die jura collectarum, armaturae, sequelae, Landesdefension, Besatzung der Festungen und Unterhaltung der Garnison, nach Inhalt des Reichsabschiedes vom Jahre 1654. Und gleichwie etc. und dergleichen betrifft, ad nudam instantiam subditorum keine Mandate oder Reskripte, welche Anordnungen in meritis causae enthalten, weder Ordinationen, noch protectoria oder conservatoria ertheilen, sondern nach Inhalt itztgedachten Reichsabschiedes. (§. 105.) Benebens sollen Kammerrichter etc. und (§. 168.) Was dann Kurfürsten, Fürsten und Ständen etc. zuvorderst die Austraege in Acht nehmen.“ XX. Ordnung des Achtsprozesses gegen Reichsstände. XXI. Unbedingte Garantie für die Landesherrn bezüglich der Lehen u. a. XXII. Versprechen, fürstl. u. gräfliche Würde nur Denen zu verleihen, die den Stand pro dignitate ausführen können, keinen zur Schmälerung alter Häuser oder Geschlechter desselben Standes und Titels mit neuen Prädikaten, höheren Titeln oder Wappenbriefen zu begaben, „noch auch (§. 4.) den aus unstreitig notorischer Missheirath, oder einer gleich Anfangs eingegangener morganatischen Heirath, erzeugten Kindern eines Standes des Reichs, oder aus solchem Hause entsprossenen Herren, . . die väterlichen Titel, Ehren und Würden beilegen, vielweniger dieselben zum Nachtheile der wahren Erbfolger u. ohne deren besondere Einwilligung für ebenbürtig und successionsfähig erklären,“ durch einen Reichsschluss erklären zu lassen, „was eigentlich notorische Missheirathen seyn“; Bestimmungen über Standeserhöhungen u. dgl. XXIII. Residenz im Reiche, ausschliesslicher Gebrauch der deutschen oder lateinischen Sprache in Reichssachen, Besetzung aller „kaiserl. u.

jeder folgenden Wahl bis auf die Leopolds II. (30. Sept. 1790). Nur bei der Wahl des letzten Kaisers Franz II. (7. Juli 1792) wurde die Kapitulation Leopolds II. mit geringen Ausnahmen angewandt.

2) Der (am 31. Juli, nach der Urkunde am 2. Aug.) 1552 abgeschlossene Passauer Vertrag,[10]) Pactum s. foedus Passovicum, welcher die Reli-

---

des Reichs Aemter am Hof u. inn- u. ausserhalb Deutschlands (Protectio Germaniae, Gesandtschaften, Obristhofmeister, Obristkämmerer, Hofmarschälle, Hatschier- u. Leibgarde, Hauptleute u. dergl.) „mit keiner andern Nation, dann gebohrnen Deutschen, oder mit denen, die aufs wenigste dem Reiche mit Lehenspflichten verwandt .... nicht niedern Standes u. Wesens, sondern namhafte hohe Personen, u. mehrentheils von Reichsfürsten, Grafen, Herrn u. von Adel, oder sonst guten tapfern Herkommens.“ XXIV. Bestimmungen über den Reichshofrath. XXV. Stellung der Reichshofkanzlei u. Besetzung durch Mainz, nebst Privilegien für deren Personal, die Gesandten der Stände u. dgl. XXVI. Confirmation für den König von Sardinien als Herzog von Savoyen, bezüglich des Herzogthums Montferrat u. des Reichsvikariats u. Generalats in Italien. XXVII. Ausschluss jeder ausländischen Schirmherrschaft über mittelbare Städte und Landschaften sowie jeder Ladung vor ausländische Gerichte. XXVIII. Ausschluss fremder Einmischung in Reichssachen u. Verbot, dass fremde Botschaften „mit bewehrter Garde zu Pferd oder zu Fuss auf den Gassen u. Strassen aufziehen u. erscheinen mögen.“ XXIX. Versprechen, das Reichspostwesen zu erhalten u. zu ordnen. XXX. Verpflichtung der Reichshofräthe u. des Kammergerichts sich nach der Wahlkapitulation zu richten, des Kaisers vor Krönung dieselbe zu beschwören u. sich nicht eher der Regierung zu unterziehen. —

[10]) Fr. Hortleder Handlungen u. Ausschreiben von den Ursachen u. s. w. des deutsch. Kriegs v. J. 1546 bis auf d. J. 1558, Gotha 1645. fol. Abgedr. in Neue Samml. III. S. 2 ff., Oertel Grundges. S. 162 ff.

Vertrag zu Passau von 1552. §. 5 ordnet die Abhaltung eines Reichtags an, auf dem beschlossen werde, was zur Beilegung der Religionsstreitigkeiten geschehen solle. „Und mitler Zeit, weder die keyserliche Majestät, wir, noch Churfürsten, Fürsten, vnnd Staende des Heiligen Reichs, keinen Stand der Augspurgischen Confession verwandt, der Religion halben, mit der That gewaltiger weiss oder in andere Wege, wider sein Conscientz vnnd Willen dringen, oder derhalben vberziehen, beschaedigen, durch Mandat, oder einiger andern Gestalt, beschweren oder verachten, sondern bey solcher seiner Religion vnd Glauben rühiglich vnd friedlich bleiben lassen.

Es sollen auch der jetzigen Kriegsübung, auch alle andere Staend, der Augspurgischen Confessionsverwandte, die andern des Heil. Reichs Staende, so der alten Religion anhaengig, Geistlich vnd Weltlich, gleichergestalt jhrer Religion, Kirchengebraeuche, Ordnungen oder Ceremonien, auch ihrer Haab, Gütern, liegend vnd fahrend, Landen, Leuten, Renten, Zins, Gülten, Ober- vnd Gerechtigkeit halben, unbeschwert, vnd sie derselben friedlich vnd ruhiglich gebrauchen vnnd geniessen, auch mit der That, oder sonst in Vngutem, gegen denselbigen nichts führnehmen, sondern in allweg, nach Laut vnd Ausweisung vnserer vnd des H. Reichs Rechten, Ordnungen, Abschied, vnd auffgerichten Landfrieden, jeder sich gegen dem andern, an gebührenden, ordentlichen Rechten, alles bey Vermeidung der Poen, in jüngst ernewerten Landfrieden begriffen, benügen lassen.“

gionsstreitigkeiten beilegte und zwischen den beiden Confessionen beständigen Frieden schuf.

3) der Augsburger Religionsfrieden[11]) vom 24. Sept. 1555, wodurch

---

Hierauf Freistellung der Eidesformel: „zu Gott und den Heiligen" oder „zu Gott und auf das heilige Evangelium," Bestimmungen über das Kammergericht. §. 6. über die Beschwerden der deutschen Nation. §§. 7—15. Amnestie, Restitution u. Ordnung der Verhältnisse in Folge des Kriegs. Dieselben Bestimmungen enthält dann noch der *Passauische* Nebenvertrag (§. 17.), dessen wichtigste Stellen lauten: „Auff den Artickel die Religion auch Friede vnd Recht belangend, bedenckt die Röm. Königl. Maj. sampt den Churfürstlichen Gesandten, erscheinenden Fürsten, vnd der abwesenden Bottschaften, dass ein bestaendiger Friedstandt zwischen den Keys. vnd Kön. Maj. den Churfürsten, Fürsten vnd Staenden der Teutschen Nation, biss zu endlicher Vergleichung der spaltigen Religion, angestellt, auffgericht vnd gemacht werde, dergestalt, dass Keyserl. vnd Königl. Maj. auch Churfürsten, Fürsten vnd Staende des heiligen Reichs keinen Standt der Augspurgischen Confession verwandt, oder die sonst keiner andern öffentlichen verworffenen vnd durch die Reichs-Abschiede verdampten Secten anhengig, mit der That gewaltiger Weise, oder in andere Wege, wider sein Conscientz vnd Willen von seiner Religion vnd Glauben dringen, oder derhalben vberziehen, beschaedigen, durch Mandat, oder in einiger anderen Gestalt beschweren oder verachten, sondern bei solcher seiner Religion vnd Glauben ruhiglich vnd friedlich bleiben lassen Vnd die streitige Religion nicht anders denn durch freundliche, friedliche Mittel vnd Wege, zu einhelligem Christlichen Verstandt vnd Vergleichung gebracht werden."

[11]) Chr. Lehmann de pace religionis acta publica et origin. Frkf. 1707., C. F. Baumeister Gesch. des Religionsfried. Görl. 1755., Th. Perger Nachricht vom Religionsfr. Cob. 1755. 4. — Abgedr. auch in Neue Samml. III. S. 16 ff., Oertel S. 206 ff. — Augsb. Reichsabsch. v. 1555. §. 7—14. ordnet den beständigen Frieden. §. 15. Und damit solcher Fried auch der spaltigen Religion halben, wie aus hiebevor bemelten und angezogenen Ursachen, die hohe Nothdurfft dess Heil. Reichs Teutscher Nation erfordert, desto beständiger zwischen der Röm. Kayserl. Majestät Uns, auch Churfürsten, Fürsten vnd Ständen dess Heil. Reichs Teutscher Nation angestellt, auffgericht, und erhalten werden möchte: So sollen die Kayserl. Majestät, Wir, auch Churfürsten, Fürsten und Stände dess H. Reichs, keinen Stand dess Reichs, von wegen der Augspurgischen Confession, und derselbigen Lehr, Religion, und Glaubens halben, mit der That gewaltiger Weiss überziehen, beschädigen, vergewaltigen, oder in andere wege, wider sein Conscientz, wissen und willen, von dieser Augspurgischen Confessions-Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, so sie auffgericht, oder nachmals auffrichten möchten, in ihren Fürstenthumen, Landen und Herrschaften, tringen, oder durch Mandat, oder in einiger anderer Gestalt, beschweren oder verachten, sondern bey solcher Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, auch ihrem Haab, Gütern, liegend oder fahrend, Land, Leuthen, Herrschaften, Obrigkeiten, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten, rühiglich und friedlich bleiben lassen, und soll die streitige Religion nicht anders, dann durch Christliche, freundliche, friedliche Mittel und Wege, zu einhelligem Christlichem Verstand und Vergleichung gebracht werden, alles bey Kayserlicher und Königl. Wür-

die reichsgesetzliche Anerkennung der beiden von der katholischen Kirche getrennten Confessionen statuirt wurde. Er umfasst die §§. 7—30, 139, 140 des Reichsabschieds zu Augsburg von 1555.

---

den, Fürstl. Ehren, wahren Worten, und Pön des Land-Friedens. §. 16. Dargegen sollen die Stände, so der Augspurgischen Confession verwand, die Röm. Kayserliche Majestät, uns und Churfürsten, Fürsten und andere dess Heil. Reichs Stände der alten Religion anhängig, Geistliche oder Weltliche, sampt und mit ihren Capituln, und anderen geistlichen Stands, auch ungeacht, ob oder wohin sie ihre Residentzen verruckt oder gewendet hätten, (doch dass es mit Bestellung der Ministerien gehalten werde, wie hie unten darvon ein sonderlicher Articul gesetzt), gleicher Gestalt bei ihrer Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, auch ihren Haab, Gütern, liegend und fahrend, Landen, Leuthen, Herrschaften, Obrigkeiten, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten, Renthen, Zinsen, Zehenden, unbeschwert bleiben, und sich derselbigen friedlich und ruhiglich gebrauchen, geniessen, unweigerlich folgen lassen, und getreulichen darzu verholffen seyn, auch mit der That, oder sonst in ungutem gegen denselbigen nichts fürnehmen, sondern in alle wege nach laut und Ausweisung dess Heil. Reichs Rechten, Ordnungen, Abschieden, und auffgerichten Land-Frieden, jeder sich gegen dem andern an gebührenden ordentlichen Rechten begnügen lassen, alles bey Fürstlichen Ehren, wahren Worten, und Vermeidung der Pön, in dem auffgerichten Landfrieden begriffen. §. 17. Doch sollen alle andere, so obgemelten beyden Religionen nicht anhängig, in diesem Frieden nicht gemeynt, sondern gänzlich ausgeschlossen seyn.

§. 18. Und nachdem bey Vergleichung dieses Friedens Streit fürgefallen, wo der Geistlichen einer oder mehr von der alten Religion abtretten würden, wie es der von ihnen biss daselbst hin besessenen und eingehabten Ertzbisthumb, Bisthumb, Praelaturen und Beneficien halben gehalten werden soll, welche sich aber beyder Religions-Stände nicht haben vergleichen können: Demnach haben wir in Krafft hochgedachter Römisch Kaiserl. Majestät uns gegebenen Vollmacht und Heimstellung erklärt und gesetzt, thun auch solches hiemit wissentlich, also, wo ein Ertzbischoff, Bischoff, Prälat, oder ein anderer Geistliches Stands, von unser alten Religion abtretten würde, dass derselbig sein Ertzbisthumb, Bisthumb, Praelatur, und andere Beneficia, auch damit alle Frucht und Einkommen, so er davon gehabt, alsbald ohn einige Widerung und Verzug, jedoch seinen Ehren ohnnachtheilig, verlassen, auch den Capituln, und denen es von gemeinen Rechten, oder der Kirchen und Stifft Gewohnheiten zugehört, ein Person der alten Religion verwand, zu wehlen und zu ordnen zugelassen seyn, welche auch sampt der Geistlichen Capituln und anderer Kirchen, bey der Kirchen und Stifft Fundationen, Electionen, Praesentationen, Confirmationen, altem Herkommen, Gerechtigkeiten und Gütern, liegend oder fahrend, unverhindert und friedlich gelassen werden sollen, jedoch künfftiger, Christlicher, freundlicher und endlicher Vergleichung der Religion unvergreifflich."

§. 19. Restitution gewisser geistlicher Güter. §. 20. „Damit auch obberührte beyderseits Religions-Verwandte, so viel mehr in beständigem Frieden, und guter Sicherheit, gegen, mit und bey einander sitzen und bleiben mögen, so soll die Geistlich Jurisdiction (doch den Geistlichen Churfürsten, Fürsten und Ständen, Collegien, Klöstern und Ordensleuten, auch in ihren Renthen, Gülten, Zinss, und Zehnden, welt-

4) der **Westphälische Friede**,[12]) **Pax Westphalica**, verhandelt seit 10. April 1645, bestehend aus **Instrumentum Pacis Caesareo-Suecicum** oder **Osnabrugensis** de dato Osnabrück 8. Aug. 1648 und **Instr. Pacis Caesareo-Gallicum** oder **Monastericusis** vom 17. Sept. 1648, welche beide als Ganzes in beiden Städten am 14. bez. 24. October 1648 unterzeichnet sind. Er hat siebzehn Artikel mit verschiedenen Paragraphen, welche im osnabrückischen Instrumente in jedem Artikel neu beginnen, im münsterschen in der Anzahl von 120 durchlaufen. Zum Reichsgesetze erhob ihn der jüngste Reichsabschied von 1654.[13]) Zur Ausführung wurde eine Commission bestellt,

---

lichen Lehenschafften, auch andern Rechten und Gerechtigkeiten, wie obstehet, unvergriffen) wider der Augspurgischen Confession-Religion, Glauben, Bestellung der Ministerien, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, so sie auffgericht oder auffrichten möchten, biss zu endlicher Vergleichung der Religion nicht exercirt, gebraucht oder geübt werden, sondern derselbigen Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen, Ceremonien und Bestellung der Ministerien, wie hiebevon nachfolgends ein besonderer Articul gesetzt, ihren Gang gelassen, und kein Hindernuss oder Eintrag dardurch beschehen, und also hierauff, wie obgemelt, biss zu endlicher christlicher Vergleichung der Religion, die geistliche Jurisdiction ruhen, eingestellt und suspendirt seyn und bleiben: Aber in andern Sachen und Fällen, der Augspurgischen Confession, Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen, Ceremonien, und Bestellung der Ministerien nicht anlangend, soll und mag die geistliche Jurisdiction, durch die Ertzbischoff, Bischoff und andere Prälaten, wie deren Exercitium an einem jeden Ort hergebracht, und sie in deren Ubung, Gebrauch und Possession sind, hinfür wie bissher unverhindert exercirt, geübt und gebraucht werden." §. 21. Garantie der „weltlichen Obrigkeit, Renth und Gerechtigkeit" bezüglich der in einem Territorium liegenden geistlichen Güter fremder Confessionen. §. 22. Schiedsgerichte für den Fall von Conflicten. §. 23. Verbot der gewaltsamen Bekehrung, des Inschutznehmens seiner Confessionsverwandten gegen ihre Obrigkeit. §. 24. Recht der Auswanderung mit billiger Ablösung der fremden Confessionsverwandten. §. 25—33. Ausführung des Friedens. §. 139—141. Verschiebung der Vergleichung wegen der Religion auf den künftigen Reichstag.

[12]) Liter. bei Pütter Liter. II. S. 420 ff., 492 f., III. 69 ff. — J. G. v. Meiern Acta pacis publica oder Westph. Friedenshandlungen u. Geschichte, 6 Thle. Hann. u. Gött. 1734—36. J. J. v. Moser Von der Garantie des westph. Friedens etc. Stuttg. 1767. 4. Dess. Erläut. des westph. Fried. aus reichshofräthl. Handlungen, Erl. u. Ulm 1775—76. 2 Thle. 4. J. N. F. Brauer Abhandl. u. Erläut. des westph. Fried., Offenb. 1782—85. Pütter Geist des westph. Fried. nach dem innern Gehalt und wahren Zusammenhange der darin verhandelten Gegenstände histor. u. system. dargest. Gött. 1795. v. Senckenberg Darstell. des westph. Fried. Frkf. 1804. — Abdrücke in der Neuen Samml. III. S. 574 ff., Oertel S. 260 ff.

[13]) J. R. A. „§. 4. Und aber bey dem ersten Haupt-Puncten u. dessen Subdivision, wie der mit so grosser Mühe, Arbeit u. Kosten erhobene Fried, 1. zwischen Haupt u. Gliedern, und 2. diesen unter sich selbsten, wie auch 3. denen Ausländischen Cronen stabilirt, das uhralte Recht, durch den Frieden wieder

welche den Executionsrecess[14]) entwarf. Ihn genehmigte und vollzog das Reich; übrigens sind einzelne Punkte nie zur Ausführung gelangt.

---

aufgerichtetes Vertrauen befestiget, und mithin das werthe allgemeine Vaterland von aller weiterer Missverständniss beständig gesichert bleiben möge, in dem zu Münster und Ossnabrück zwischen Uns, auch Churfürsten und Ständen des Heil. Reichs und bey den auswärtigen Crönen aufgerichten, publicirten, und ratificirten allgemeinen Reichs-Frieden-Schluss mit allerseits transigirender Theilen Willen und Belieben, Art. 17. die Versehung beschehen, dass derselbe zu aller und jeder darin enthaltenen Pacten und Vereinigungen Gewiss- und Sicherheit, ein ewiges Gesetz und Sanctio pragmatica gleich andern des Heil. Reichs Fundamental-Satz- und Ordnungen verbindlich seye, zu solchem End auch, dem nächsten Reichs-Abschied einverleibt werden solle. §. 5. So haben wir um dessen allen wahrer Bestärk- und Befestigung willen, berührten allgemeinen Reichs-Frieden-Schluss, und die darüber zu Münster und Ossnabrück aufgerichtete Instrumenta Pacis, samt dem Arctiori exequendi modo und Nürnbergischen Executions-Recess gegenwärtigem Reichs-Abschied von Worten zu Worten, nachfolgenden Buchstäblichen Inhalts inseriren und einrücken lassen."

[14]) Vgl. die Edicte u. s. w. in Neue Sammlung III. 621—640. Instr. Pac. Osnabr. art. I. Friedensstipulation. II. u. III. Amnestie u. Restitution. IV. Verbleiben der pfälzischen Chur bei Bayern, Errichtung einer achten Chur, so lange nicht das baierische Haus aussterbe und dessen Chur an Pfalz zurückfalle, Ordnung der sonstigen Verhältnisse der Pfalz, Ordnung und bez. Restitution rücksichtlich einer Menge von Fürsten, Grafen etc. V. §. 1. Bestätigung des Passauer Vertrags v. 1552 und Augsburger Religionsfriedens von 1555; §. 2. Bestimmung des 1. Jan. 1624 als „terminus a quo restitutionis in ecclesiasticis, et quae intuitu eorum in politicis mutata sunt." §§. 3—13. Durchführung bezüglich einiger Reichsstädte. §. 14. „III. Bona Ecclesiastica immediata quod attinet, sive sint Archiepiscopatus, Episcopatus, Praelaturae, Abbatiae, Balliviae, Praepositurae, Commendae, sive liberae fundationes seculares, aut alia, una cum reditibus, pensionibus, aliisque, quocunque nomine signatis, seu in urbibus, seu ruri sitis, ea seu Catholici, seu Augustanae Confessionis Status die prima Januarii anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti possederint, omnia et singula, nullo plane excepto, ejus religionis consortes, qui dicto tempore in reali eorum possessione fuerunt, usque dum de Religionis dissidiis per Dei gratiam conventum fuerit, tranquille et imperturbate possideant, neutrique parti liceat alteri seu in judicio seu extra negotium facessere, multo minus turbas aut impedimentum aliquod inferre; si vero, quod Deus prohibeat, de Religionis dissidiis amicabiliter conveniri non possit, nihilominus haec conventio perpetua sit et pax semper duratura. §. 15. Si igitur Catholicus Archiepiscopus, Episcopus, Praelatus, aut Augustanae Confessioni addictus in Archiepiscopum, Episcopum, Praelatum electus vel postulatus, solus aut una cum Capitularibus seu singulis seu universis, aut etiam alii ecclesiastici, religionem imposterum mutaverint, excidant illi statim suo jure, honore tamen famaque illibatis, fructusque et reditus citra moram et exceptionem cedant, Capituloque, aut cui id de jure competit, integrum sit, aliam personam religioni ei, ad quam beneficium istud vigore hujus transactionis pertinet, addictam eligere aut postulare, relictis tamen Archiepiscopo, Episcopo, Praelato etc. decedenti fructibus et reditibus interea perceptis et consumptis. §§. 16. 17. Garantie des Besetzungsmodus in den reichsunmittelbaren geistlichen Stiftern. §. 18. Garantie des kaiserl. jus pri-

5) der Lüneviller[15]) Friede vom 9. Febr. 1801 zwischen dem Kaiser und der französischen Republik, genehmigt vom Reiche durch den Reichsschluss

---

mariarum precum, §§. 19. 20. über gewisse päpstliche Rechte, §. 21. u. 22. Taxen u. Titel geistl. Reichsfürsten, §. 23. Besitzstand in den gemischten Kapiteln; §. 25—27. Statuirung des 1. Jan. 1624 für den Besitzstand (bez. Restitution) der protest. u. kathol. Reichsstände bezüglich aller geistlichen Güter und Stiftungen. §. 26. Die Reichspfandschaften (Oppignorationes Imperiales) sollen den Inhabern bleiben, die gegenseitigen Verpfändungen der Reichsstände werden geordnet. §. 28. „Libera et immediata Imperii Nobilitas, omniaque et singula ejus membra una cum subditis et bonis suis feudalibus et allodialibus, nisi forte in quibusdam locis ratione bonorum et respectu territorii vel domicilii aliis Statibus reperiantur subjecti, vigore Pacis religiosae et praesentis Conventionis, in juribus religionem concernentibus et beneficiis inde promanantibus, idem jus habeant, quod supradictis Electoribus, Principibus et Statibus competit, nec in iis sub quocunque praetextu impediantur aut turbentur; turbati vero omnes omnino in integrum restituantur.“ §. 29. garantirt den Liberae Imperii Civitates dieselben Rechte in kirchlicher Beziehung als den Fürsten. §. 30. „Quantum deinde ad Comites, Barones, Nobiles, Vasallos, Civitates, Fundationes, Monasteria, Commendas, Communitates et subditos Statibus imperii immediatis sive Ecclesiasticis sive secularibus subjectos pertinet, cum ejusmodi Statibus immediatis cum jure territorii et superioritatis, ex communi per totum Imperium hactenus usitata praxi, etiam jus reformandi exercitium religionis competat, ac dudum in Pace Religionis talium statuum subditis, si a Religione Domini territorii dissentiant, beneficium emigrandi concessum, insuper majoris concordiae inter Status conservandae causa cautum fuerit, quod nemo alienos subditos ad suam religionem pertrahere, eave causa in defensionem aut protectionem suscipere illisve ulla ratione patrocinari debeat, conventum est, hoc idem porro quoque ab utriusque religionis Statibus observari, nullique Statui immediato jus, quod ipsi ratione territorii et superioritatis in negotio religionis competit, impediri oportere. §. 32. Hoc tamen non obstante Statuum Catholicorum Landsassii, Vasalli et Subditi cujuscunque generis, qui sive privatum Augustanae Confessionis exercitium anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto quacunque anni parte, sive certo pacto aut privilegio, sive longo usu, sive sola denique observantia dicti anni habuerunt, retineant id etiam imposterum una cum annexis, quatenus illa dicto anno exercuerunt, aut exercita fuisse probare poterunt. Cujusmodi annexa habentur institutio Consistoriorum, Ministeriorum, tam Scholasticorum quam Ecclesiasticorum, Jus patronatus aliaque similia jura, nec minus maneant in possessione omnium dicto tempore in potestate eorundem constitutorum templorum, fundationum, monasteriorum, hospitalium, cum omnibus pertinentiis, reditibus et accessionibus. Et haec omnia semper et ubique observentur eo usque donec de religione Christiana vel universaliter, vel inter Status immediatos eorumque subditos mutuo consensu aliter erit conventum, ne quisquam a quocunque ulla ratione aut via turbetur. §. 32. Turbati aut quocunque modo destituti vero, sine ulla exceptione in eum, quo anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto fuerunt, statum, plenarie restituantur; idemque observetur ratione subditorum Catholicorum Augustanae Confessionis Statuum, ubi dicto anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto usum et exercitium Catholicae religionis publicum aut privatum habuerunt.“ §. 33. bestätigt etwaige Verträge. §. 34. sichert allen protest. Unterthanen katholischer und katholi-

vom 10. März 1801, dessen Bestimmungen über die Reichsgrenzen [16]) zur Einsetzung einer ausserordentlichen Reichsdeputation [17]) führten, bestehend aus

---

lischen Unterthanen protest. Reichsstände, die 1624 weder exercitium religionis publicum noch privatum hatten oder nach dem Frieden ihre Religion wechselten, zu: „ut patienter tolerentur, et conscientia libera domi devotioni suae sine inquisitione aut turbatione privatim vacare, in vicinia vero ubi et quoties voluerint publico religionis exercitio interesse, vel liberos suos exteris suae religionis scholis, aut privatis domi praeceptoribus instruendos committere non prohibeantur, sed ejusmodi Landsassii, Vasalli et Subditi in caeteris officium suum cum debito obsequio et subjectione adimpleant, nullisque turbationibus ansam praebeant.“ §. 35—37. führt dies weiter aus. §. 38. sichert den schlesischen protest. Ständen, den Herzögen von Brieg, Liegnitz, Münsterberg und Oels, und der Stadt Breslau ihre früheren Privilegien u. freie protest. Religionsübung zu. §. 38—41. über die Verhältnisse der Protest. in Schlesien u. Oesterreich. §. 42—44. bestimmt, dass die blosse Lehnsherrlichkeit, die sola criminalis jurisdictio, Cent-Gericht u. dgl. kein jus reformandi gebe, ordnet den status quo bei Streitigkeiten über das jus territorii. §. 45—47. über kirchliche Einkünfte. §. 48. 49. über die Uebung des jus dioecesanum und der jurisdictio ecclesiastica; §. 50. Verbot, gegen die Religionsfrieden zu schreiben und zu handeln. §. 51. Für Conventus Deputatorum Imperii ordinarii und extraordinariae Commissiones sollen gleich viele katholische u. protestantische Mitglieder bestellt, die nur eine Confession betreffenden Sachen nur von den Mitgliedern dieser verhandelt werden. §. 52. „In Causis religionis omnibusque aliis negotiis, ubi Status tanquam unum corpus considerari nequeunt, ut etiam Catholicis et Augustanae Confessionis Statibus in duas partes euntibus, sola amicabilis compositio lites dirimat, non attenta votorum pluralitate.“ §. 53. erhöht die Zahl der Kammergerichtsmitglieder ausser dem vom Kaiser zu ernennenden Richter und vier Präsidenten, von denen zwei augsburg. Confession sein sollten, auf 50 Assessoren, von denen mit Einschluss von zwei der kaiserl. Ernennung vorbehaltenen 26 katholisch, 24 protest. sein sollen. §. 54. „Caesarea Majestas mandabit, ut non solum in isto judicio Camerali causae ecclesiasticae, ut et politicae inter Catholicos et Augustanae Confessionis Status, vel inter hos solos vertentes, vel etiam quando Catholicis contra Catholicos Status litigantibus tertius interveniens Augustanae Confessionis Status erit, et vicissim quando Augustanae Confessionis Statibus contra ejusdem Confessionis Status litigantibus tertius interveniens erit Catholicus, adlectis ex utraque religione pari numero Assessoribus discutiantur et judicentur; sed idem etiam in judicio Aulico observetur, huicque fini aliquot Augustanae Confessionis doctos et rerum Imperii peritos viros, ex iis imperii circulis ubi vel sola Augustana Confessio vel simul etiam Catholica viget religio, adsciscat, eo quidem numero, ut eveniente casu paritas judicantium ex utraque religione Assessorum observari possit. Idem etiam quoad paritatem Assessorum observetur, quoties Augustanae Confessionis Status immediatus a mediato Catholico, vel immediatus Catholicus a mediato Augustanae Confessionis Statu judicio convenitur.“ §. 55. über die Revision gegen Erkenntnisse beim Reichshofrath. §. 56. Visitation des Reichskammergerichts wird theils geordnet, theils nebst der Aufhebung der Curia Imperialis Rottwilae an den nächsten Reichstag verwiesen. §. 57. 58. Vertheilung der 24 protest. K.G.Assessoren unter die protest. Stände. Art. VI. Bestätigung des kais. Dekr. v. 14. Mai 1647, welches die Stadt Basel und die vereinigten Cantone der Schweiz

8 Abgeordneten (Mainz, Böhmen, Sachsen, Brandenburg — Baiern, Hoch- und Teutschmeister, Würtemberg, Hessenkassel), welche unter Controle und Theil-

---

im Besitze der „plena libertas et exemptio" vom Reiche erklärt. VII. Erklärung, dass unter den Augustanae Confessioni addicti Status et subditi auch die Reformati zu verstehen seien, nebst näheren Auseinandersetzungen. VIII. §. 1. „Ut autem provisum sit, ne posthac in statu politico controversiae suboriantur, omnes et singuli Electores, Principes et Status Imperii Romani in antiquis suis juribus, praerogativis, libertate, privilegiis, libero juris territorialis tam in ecclesiasticis quam politicis exercitio, ditionibus, regalibus, horumque omnium possessione, vigore hujus transactionis, ita stabiliti firmatique sunto, ut a nullo unquam sub quocunque praetextu de facto turbari possint vel debeant. §. 2. Gaudeant sine contradictione jure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis Imperii, praesertim *ubi leges* ferendae, vel interpretandae, bellum decernendum, tributa indicenda, delectus aut hospitationes militum instituendae, nova munimenta intra Statuum ditiones exstruenda nomine publico, veterave firmanda praesidiis, nec non ubi pax aut foedera facienda, aliave ejusmodi negotia peragenda fuerint, nihil horum aut quicquam simile posthac unquam fiat vel admittatur, nisi de Comitiali liberoque omnium Imperii Statuum suffragio et consensu. Cumprimis vero jus faciendi inter se et cum exteris foedera, pro sua cujusque conservatione ac securitate, singulis Statibus perpetuo liberum esto, ita tamen ne ejusmodi foedera sint contra Imperatorem et Imperium pacemque ejus publicam, vel hanc imprimis transactionem, fiantque salvo per omnia juramento, quo quisque Imperatori et Imperio obstrictus est." §. 3. Geschäfte des nächsten Reichstags. §. 4. Erklärung, dass auf den allgemeinen Reichstagen wie den besondern die *freien* Städte ein den übrigen Reichsständen gleiches votum decisivum haben und im Besitze aller ihrer Rechte bleiben, jede fremde Jurisdiction über sie aufgehoben *sei.* „De caetero omnes laudabiles consuetudines et S. Rom. Imp. constitutiones et leges fundamentales imposterum religiose serventur." §. 5. Versprechen einer neuen Executionsordnung, Aufrechthaltung der in Holstein gebräuchlichen. IX. Aufhebung der zum Nachtheile des Handels eingeführten Zölle u. dgl. X. Restitution für Schweden durch Zuweisung des Herzogthums Vorpommern mit Rügen, dann von: Stettin, Gartz, Dam, Golnaw, Insel Wollin, der Oder, dem frischen Haff mit den Häfen Peine, Schweine und Diewenau, Wismar mit Wallfisch, Poël und Neuen-Kloster, dem Erzbisthum Bremen und Bisthum Verden mit Wilshausen; Erklärung Schwedens als Reichsstand und Ordnung seines Sitz- und Stimmrechts, Verleihung des privil. de non appellando unter Bedingung der Errichtung eines Appellationsgerichts in Deutschland und Bestimmung, dass Schweden als Reichsstand wegen Klagen vor dem Kammergericht oder R.Hofrath zu Recht stehen könne, worüber es sich drei Monate a die denunciatae litis erklären müsse; Privileg für dasselbe zur Errichtung einer Akademie oder Universität und sonstige Bestimmungen über die neuen Verhältnisse. — Entschädigung für Brandenburg durch Hinterpommern und das Bisthum Camin. — XI. Weitere Entschädigung für Brandenburg durch das Bisthum Halberstadt mit der Grafschaft Hohenstein, das Bisthum Minden, Camin, die Expectanz auf das Erzbisthum Magdeburg, Restitution Seitens Schwedens von Colberg, Bisthum Camin, den brandenburgischen Orten im schwedischen Besitze, den Gütern des Johanniterordens in Preussen ausserhalb der schwedischen Territorien. Bestimmungen über die Rechte der Kirchen, Stände und Unterthanen in diesen Gebieten. — XII. Entschä-

nahme von Frankreich (Citoyen Laforest als Ministre extraordinaire) und Russland (Ministerresident Klüpffel) und dem Vorsitze des kais. Abgeordneten einen Schluss entwarf, datirt 25. Febr. 1803, der von dem Reichstage angenommen (Reichsgutachten vom 24. März 1803) und vom Kaiser mit Ratificationsdecret vom 28. April 1803 bestätigt wurde. Es ist dies

6) der Reichsdeputations-Hauptschluss,[18]) der in seinen 89 Para-

---

digung für den Herzog von Meklenburg mit dem Bisthum Schwerin und Ratzeburg, einigen Johanniterordens-Commenden und Ordnung der Verhältnisse — XIII. Entschädigung für Braunschweig-Lüneburg durch das Recht der Postulation seiner Prinzen auf den bischöflichen Stuhl von Osnabrück, der zum gemischten gemacht wurde, unter näheren Bedingungen. — XIV. Rente für den postulirten Erzb. von Magdeburg, Christian Wilhelm von Brandenburg. — XV. Amnestie für Hessen-Cassel und Entschädigung mit der Abtei Hersfeld, einigen Herrschaften und Renten. Ordnung der Verhältnisse. — XVI. Ausführung des Friedens. Reichsentschädigung für Schweden von 5 Millionen Thalern und deren Vertheilung. — XVII. Versprechen der Ratihabition des Friedens, Aufhebung der entgegenstehenden Gesetze etc. aller Art.

Instr. Pac. Monast. (nur die besondern Punkte werden angegeben). §. 3. 6. Stellung des burgundischen Kreises zum Reiche. §. 70—84. Abtretungen an Frankreich des „supremum Dominium, Jura Superioritatis aliaque omnia" auf die Bisthümer Metz, Toul und Verdun, auf die Festung Pignerol (in Savoyen), die Stadt Breisach, Landgrafschaft Ober- und Unter-Elsass, den Sundgau, die Landvogtei der zehn Reichsstädte im Elsass (Hagenau, Kolmar, Schlettstadt, Weissenburg, Landau, Oberenheim, Rossheim, Münster, Kaisersberg, Türingheim) mit Zubehörungen, Zuerkennung des Besetzungsrechts in Philippsburg. Ordnung der Verhältnisse. §. 75—91. Restitutionen, welche Frankreich an Oesterreich zu machen hat. §. 92—97. Ordnung der Streitigkeiten in Italien.

[15]) Abdr. in G. v. Meyer Staatsacten (Corpus Constitut. Germanicarum, Corp. jur. Confoed. Germ.), Fkft. 1847. 3. Aufl. Nr. 1. Vgl. Klüber Oeffentl. Recht des teutsch. Bundes §. 58., Zachariä Staatsrecht §. 35. u. a.

[16]) Art. VI. „S. M. l'Empereur et Roi, tant en son nom, qu'en celui de l'Empire Germanique, consent à ce que la République Française possède désormais, en toute souveraineté et propriété, les pays et domaines situés à la rive gauche du Rhin .... de manière, que ... le Thalweg du Rhin soit désormais la limite entre la Rép. Franç. et l'Emp. Germ." VII. „... l'Empire sera tenu de donner aux princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement, qui sera pris dans le sein du dit Empire ..."

[17]) Reichsgutachten v. 2. Oct. 1801, kais. Ratifik. Dekr. v. 7. Nov. 1801.

[18]) Protocoll der ausserordentl. Reichsdeput. zu Regensburg 1803. Regensb. 1803, 2 Bde. u. 2 Bde. Beylagen. 4. Ad. Ch. Gaspari der Deputations-Recess, mit histor. geogr. u. statist. Erläut. und einer Vergleichungstafel, Hamburg 1803. 2 Th. J. V. Cämmerer Hauptschl. der ausserord. Reichsdep. v. 25. Febr. 1803 nebst d. Reichsgutachten v. 24. März u. d. kays. Ratific. Dekr. v. 28. Apr. nach den Originalacten durchgesehen. Regensb. 1804. 4. Jos. Ant. Vahlkampf Reichsbeschl. v. 27. Apr. 1803, dem kais. u. Reichskammergerichte mit verschiedenen Staatsacten am 3. Aug.

graphen das Reich zu einem neuen Wesen schuf, und ihm überhaupt den Todesstoss gab.

1803 insinuirt., Wetzlar 1804. 4. (H. v. Schelhass) pragmat. Gesch. d. deutsch. Reichsverh. v. d. neuesten Deputat. H. S. bis gegen Ende d. J. 1804, Regensb. 1805.

Inhalt des R. d. H. S. §. 1. weist zu dem Kaiser für die Landvogtei Ortenau, Trient u. Brixen; dem Grossherz. von Toskana Salzburg, die Probstei Berchtolsgaden, den auf österr. Seite der Ilz u. des Inns gelegenen Theil von Passau, das Bisthum Eichstädt; das Breisgau u. die Ortenau dem Herzoge von Modena. §. 2. Dem Kurf. von Baiern: die Bisthümer Würzburg, Bamberg, Freisingen, Augsburg, Passau nebst der Stadt, 13 reichsfürstliche Probsteien u. Abteien, 17 Reichsstädte u. Reichsdörfer (Baiern erhielt 100 □Meilen u. 2 Mill. G. jährl. Einkünfte mehr als der Verlust betrug). §. 3. Dem Könige von Preussen: (Verlust 48 □Meil. mit 172,000 Einw., Entschädigung 230 □Meil. mit 600,000 Einw.) die Bisth. Hildesheim, Paderborn, das Gebiet von Erfurt mit Untersgleichen u. den andern mainzischen Besitzungen in Thüringen, das Eichsfeld, den mainzisch. Antheil an Treffurt, 6 Abteien, 3 Reichsstädte, die Stadt Münster u. einen Theil des Bisthums. Der Rest von Münster kam an verschiedene Fürsten. §. 4. Braunschweig-Lünneburg: Osnabrück, Braunschw.-Wolfenbüttel: die Abteien Gandersheim u. Helmstädt. §. 5. Markgraf von Baden (verlor 8 □Meil., erhielt siebenmal so viel): Bisth. Konstanz, Reste von Speier, Basel und Strassburg, 3 pfälzische Aemter mit 2 Städten (Heidelb. u. Mannheim), Herrschaft Lahr, 2 hessiche Aemter, 11 Abteien und Probsteien, 7 Reichsstädte. §. 6. Würtemberg: 8 Abteien u. dgl., 10 Reichsstädte u. Reichsdörfer. §. 7. Hessenkassel: 4 mainz. Aemter, 2 Kapitel, 1 Reichsstadt, 1 Reichsdorf. Hessen-Darmstadt (82 □Meil. mehr): das Herz. Westphalen, 12 mainz. Aemter, 3 mainz. Höfe, 5 pfälz. Aemter, bez. ihre Reste, Theil von Worms, 3 Abt. u. Probst., 1 Reichsstadt. §. 8—24 setzt die Entschädigungen für eine Masse kleinerer Herrn fest, legt Renten auf u. ordnet wie auch schon vorhergehende §§. die Grenzen. §. 25. Uebertragung des Mainzer Stuhls auf die Domkirche zu Regensburg nebst den Würden des R. Erzkanzlers, Erzbischofs u. Primas von Deutschland, gibt ihm die Fürstenth. Aschaffenburg u. Regensburg, die Reichsstadt Wetzlar, das Haus Compostell zu Frankfurt a. M. nebst Renten als Ausstattung. §. 26. Entschädigung für den Teutschen u. Maltheser-Orden. §. 27. constituirt das Kollegium der Reichsstädte aus den freien u. unmittelbaren Städten Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen u. Hamburg, setzt ihre „volle Landeshoheit u. alle Gerichtsbarkeit ohne Ausnahme u. Vorbehalt, jedoch der Appellation an die höchsten Reichsgerichte unbeschadet“, Neutralität in allen Reichskriegen u. deshalb Entbindung von der Berathung u. Beschliessung an Kriegssachen fest u. umschreibt ihre Gebiete, setzt endlich die Stellung der Landesherrn gegebenen Reichsstädte fest. §. 29. etwaige Entschädigung der Reichsritterschaft u. Reichsgrafen. §. 30. Die helvetische Republik erhielt für den Verlust der Rechte u. Ansprüche auf die von ihren geistl. Stiftungen abhängigen Besitzungen in Schwaben das Bisthum Chur u. die Herrschaft Trasp. §. 30. Ablösung der festgesetzten Renten gegen ein Kapital von $2^1/_2$ Procent. §. 31. Neue Kurwürden für: Erzherzog Grossherzog, Markgr. von Baden, Herz. von Würtemberg, Landgr. von Hessenkassel. §. 32. Neue Virilstimmen im Reichsfürstenrathe u. Aufrufsordnung. §. 33. Priv. de non appellando für alle Kurfürsten, Landgr. von Hessen-Darmstadt u. das Gesammthaus Nassau. §. 34. „Alle Güter der Domcapitel

b) Gesetze über den **Landfrieden** und die **Reichsgerichte**. Darüber finden sich in verschiedenen Gesetzen Bestimmungen (siehe num. a.); die hier besonders in Betracht kommenden sind:

---

und ihrer Dignitarien werden den Domänen der Bischöfe einverleibt, und gehen mit den Bisthümern auf die Fürsten über, denen diese angewiesen sind. In den zwischen mehrere vertheilten Bisthümer werden die, in den einzelnen Theilen befindlichen Güter dieser Art mit denselben vereinigt. §. 35. Alle Güter der fundirten Stifter, Abteyen und Klöster, in den alten sowohl als in den neuen Besitzungen, katholischer sowohl als A. C. Verwandten, mittelbarer sowohl als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respektiven Landesherren, sowohl zum Behuf des Aufwands für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen. §. 36. Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteyen und Klöster, so wie die der Disposition der Landesherren überlassenen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten, Kapitalien und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, sofern oben nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.“

§. 37. Güter gemeinnütziger Anstalten. §. 38. Uebergang der bisherigen Schulden auf die neuen Landesherrn. §. 39. Aufhebung der Rheinzölle und Einführung des Schifffahrts-Octroi. §. 40. Regulirung der Lehen. §. 41. Stimmen der Reichsgrafen.

§. 42. „Die Säcularisation der geschlossenen Frauenklöster kann nur im Einverständniss mit dem Diöcesan-Bischofe geschehen. Die Mannsklöster hingegen sind der Verfügung der Landesherren oder neuen Besitzer unterworfen, welche sie nach freiem Belieben aufheben oder beibehalten können. Beiderlei Gattungen können nur mit Einwilligung des Landesherren oder neuen Besitzers Novizen aufnehmen.

§. 43. Der Genuss der zur Entschädigung angewiesenen Güter nimmt für die entschädigten Fürsten und Stände, welche nicht im Falle gewesen seyn möchten, vor den Declarationen der vermittelnden Mächte, Civilbesitz zu ergreifen, mit dem ersten Dez. 1802 seinen Anfang. Der Civilbesitz selbst geht für Alle 8 Tage vor jenem Termine an. — Die Rückstände der unter der Disposition der Nutzniesser gestandenen Fonds bis zum Zeitpunkte des neuen Genusses, gehören den alten Besitzern, ohne jedoch hiedurch anderen Verabredungen zwischen den interessirten Theilen vorzugreifen. §. 44. Alle seit dem 24. August 1802 in den Entschädigungslanden und Gebieten vorgenommenen Veräusserungen, welche nicht als Folgen der gewöhnlichen Verwaltung anzusehen sind, werden hiemit für ungültig erklärt.“ §. 45. Regulirung der Ansprüche auf an Frankreich abgetretene oder zur Entschädigung überwiesene Länder. §. 46. „Alle Tauschverträge, Länderpurifikationen und andere Vergleiche aller Art, welche von den Fürsten, Ständen und Gliedern des Reichs unter sich innerhalb eines Jahrs geschlossen werden, sollen ebensowohl volle Kraft haben, und vollzogen werden, als wenn sie gegenwärtigem Hauptschlusse wörtlich einverleibt wären.“ §. 47—59. Ordnung der Verhältnisse (Pensionen, Rang etc.) der abtretenden Landesherrn, Kapitularen, Mönche u. s. w. §. 60. Die dermalige politische Verfassung der zu säcula-

1) der **Ewige Landfriede,**[19] aufgerichtet von K. Maximilian I. in dem Reichstagsabschiede zu Worms vom 7. August 1495, umfassend dreizehn Paragraphen. Derselbe ist in einer Menge späterer Reichsgesetze stets von Neuem bestätigt, auch mit mancherlei Zusätzen und Verbesserungen versehen worden.[20]

2) Die Ordnungen des **kaiserlichen und Reichs-Cammer-Gerichts**, *dessen* Einsetzung der Ewige Landfriede zu seiner Durchführung bestimmte.

---

risirenden Lande, in so weit solche auf gültigen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andern reichsgesetzlichen Normen ruht, soll ungestört erhalten, *jedoch* in demjenigen, was zur Civil- und Militäradministration, und deren Verbesserung und Vereinfachung gehört, dem neuen Landesherren freie Hand gelassen werden. §. 61. Die Regalien, bischöflichen Domainen, domcapitelischen Besitzungen und Einkünfte fallen dem neuen Landesherren zu. §. 62. Die erz- und bischöflichen Diöcesen aber verbleiben in ihrem bisherigen Zustande, bis eine andere Diöcesan-Einrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen seyn wird, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domcapitel abhängt. §. 63. Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt seyn; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuss ihres eigenthümlichen Kirchenguts, auch Schulfonds nach der Vorschrift des westphälischen Friedens ungestört verbleiben; dem Landesherren steht jedoch frei, andere Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den *vollen* Genuss bürgerlicher Rechte zu gestatten." §. 64—76. Bestimmungen über Unterhalt der Mitglieder der Mediat-Stifter u. dgl. §. 65. „Fromme und milde Stiftungen sind, wie jedes Privateigenthum zu conserviren, doch so, dass sie der landesherrlichen Aufsicht u. Leitung untergeben bleiben." §. 77—85. Ordnung des Schuldenwesens der zur Entschädigung überwiesenen Länder wie der Landesherrn. §. 86 bis 89. Sustentation des Reichskammergerichts.

[19]) Neue Samml. II. S. 3 ff. — §. 2. „Und darauf haben Wir all offen Vehde und Verwarung durch das gantz Reych aufgehebt und abgetan, heben die auch hiemit auf und tun die ab von Römischer küniklicher Macht Vollkumenheyt, in und mit Krafft diss Brieffs.

§. 3. Und ob yemandt, was Würden oder Stands der oder die wären, wider der eins oder mer, so vorgemellt im nächsten Artickel gesetzt ist, handeln, oder zu handeln understeen würden, die sollen mit der That, von Recht, zusampt andern Penen in unnser und des heyligen Reychs Acht gevallen sein, die Wir auch hiemit in unnser und des heyligen Reychs acht erkennen und erklären, also, dass jr Leib und Gut allermenigklich erlaubt, und niemands daran freueln oder verhandeln sol oder mag. Auch alle Verschreibung, Pflicht oder Pündtnuss Ihn zusteende, und darauf sy Fordrung oder Zuspruch haben möchten, sollen gegen den jenen, die je verhafft wären, ab und tod, auch die Lehen so vil der Uberfarer der gepraucht, den Lehn-Herren verfallen, und sy dieselben Lehen oder derselben Tail, so lang der Fridbrecher lebt, Im oder andern Lehenserben zuleyhen, oder den seinen Tail der Abnutz volgen zulassen, nit schuldig sein."

[20]) R. A. zu Freiburg 1498 (Neue Samml. II. S. 38 ff.), Augsburg 1500 §. 1 ff. (das. S. 64.), Cöln 1505 §. 2. (das. S. 102.), Trier u. Cöln 1512 §. 3. (das. S. 137.), Worms 1521 (das. S. 194 — 203.), Nürnberg 1522 Art. 8 ff. (das. S. 233 ff.) u. a.

Im R. A. von 1495 wurde die erste aufgerichtet, welche seitdem vielfach verbessert und ergänzt wurde bis auf die letzte von 1555, deren Ergänzungen theils durch einzelne Bestimmungen in Reichsgesetzen, theils durch besondere Reichsschlüsse, theils durch die R. K. G. Visitations-Schlüsse, theils durch die vom Kammergerichte selbst ausgehenden „Gemeinen Bescheide“ erfolgten.[21])

3) Die zur Durchführung des Landfriedens und der Urtheile des Kammergerichts erlassenen Reichs-Regiments-[22]) und Reichs-Executions-Ordnungen.[23])

4) Die Reichshofraths-Ordnungen, von denen die erste, nachdem früher nur einzelne den Reichshofrath betreffenden Punkte in die Reichsgesetze aufgenommen waren,[24]) von K. Ferdinand I. im J. 1559 gegeben wurde. Sie blieb im Gebrauche bis auf K. Ferdinand III., der 1654 eine neue publizirte, deren Gültigkeit die Stände des Reichs wegen Mangels der Mitwirkung des Reichstages zwar bestritten, jedoch die Wahlcapitulation Karls VII. vom Jahr 1742 endlich anerkannte.[25])

---

[21]) Ordnung des Kayserl. Cammer-Gerichts zu Worms v. 1495 (Neue Samml. II. S. 6—11.); R. A. zu Freiburg 1498 §. 23. (das. S. 43.), K. G. O. v. 1500 zu Augsburg (das. S. 67 ff.), R. A. zu Costnitz v. 1507. Wiederaufrichtung des C. G. (das. S. 113 ff.), C. G. O. zu Regensburg v. 1507 (das. S. 119 ff.), K. G. O. zu Worms v. 1521 (das. S. 179 ff.), Nürnberg 1523 (das. S. 247 ff.), Speyer 1527 (das. S. 289 ff.), Reformation des K. G. zu Speyer 1531 (das. S. 345 ff.), C. G. O. zu Speyer 1533 (das. S. 403 ff.). Erneuerte Ordn. etlicher Puncten belangend den Gerichtl. Proc. des kais. C. G. zu Speyer 1538 (das. S. 419 ff.), K. G. O. Augsburg 1548, K. G. O. zu Augsburg v. 1555. (Neue Samml. III. S. 43 ff.). Sie hat drei Theile: „von Personen des Cammergerichts — vom Gewalt- und Gerichtszwang des Kayserl. Cammergerichts in erster Instanz — von dem Gerichtlichen Process.“ — Des Kayserl. und Reichs-Cammer-Gerichts-Cantzley-Ordnungen von 1656, 1662, 1673 sind abgedruckt in Neue Samml. Anhang (IV. S. 91 ff.).

[22]) Regiments-Ordnung Anno 1500 auf dem Reichstage zu Augspurg aufgerichtet. Neue Samml. II. S. 56—63.; Röm. Königl. Maj. Regiment, auff dem R. T. zu Wormbs Anno 1521 auffgericht, das. S. 172—179., R. A. v. 1521 zu Worms §. 1 ff. (das. S. 203 f.), Nürnberg 1534 §. 2. (das. S. 254.), Speyer 1526 §. 15 ff. (das. S. 277.), Speyer 1529 §. 28. (das. S. 298).

[23]) Executions-Ordnung im R. A. zu Augsburg 1555 §. 31 — 103. (Neue Samml. III. S. 20 ff.).

[24]) Z. B. im §. 14. des Passauer Vertrags v. 1552.

[25]) Abdr. der von Ferdinand III. vom 16. März 1654 in Neue Samml. Anhang zum IV. Bde. S. 44 — 75. Daselbst die spätern kaiserl. Dekrete, S. 83 ff. die Chur-Mayntzische Reichs-Hof-Cantzley-Tax-Ordnung v. 1658, die erneuerte v. 1659.

Von sonstigen Bestimmungen sind noch zu beachten: §. 30. des Prager Friedens von 1635 (Neue Samml. III. S. 539.), §. 90., 92. des R. A. zu Regensburg v. 1641 das. S. 565., I. P. O. art. V. §. 54. 55., kais. Commissionsdecr. v. 14. Aug. 1715 das. III. S. 335.

5) Die Reichsgesetze und kaiserlichen Ordnungen betreffend die Vehmgerichte.[26])

6) Die Reichsgesetze über Handhabung der Polizei,[27]) das Münzwesen,[28]) den Handel, die Gewerbe, das Postwesen, das Bücher- (Censur-) Wesen u. dgl. m.

7) Die „Ordnung des peinlichen Halss-Gerichts, welches von Kaiser Carl V. und des heil. Röm. Reichs Churfürsten, Fürsten und Ständen aufgerichtet ist," von 1532.[29]) Dazu eine Menge verschiedener Strafgesetze und strafrechtlicher Satzungen über Duelle, verbotene Vereine, Gotteslästerung u. s. w., namentlich aus der Zeit vor der peinlichen Halsgerichts-Ordnung.

c. Das Kriegswesen ist theils Gegenstand von zahlreichen Reichsabschieden, theils in besondern Gesetzen: Reichs-Matrikeln,[30]) Reiterbestallung,[31]) Fussknechtsbestallung[32]) u. s. w. geordnet.

---

[26]) Reformation, die Freyschöffen u. das heimliche Gericht zu Westphalen betreffend Maximilians I. v. 10. Sept. 1495 in Neue Samml. II. S. 18 ff., §. 17. R. A. von Worms 1521 das. S. 206. — Ueber die processualen Bestimmungen der Reichsgesetze s. noch v. Linde Lehrb. des deutsch. gem. Civilproc. 7. Aufl. Bonn 1850. §. 17 ff.

[27]) R. A. v. Augsburg 1530 §. 98. (Neue Samml. II. S. 322.) u. die auf demselben aufgerichtete „Röm. Kayserl. Majest. Ordnung u. Reformation guter Policey" v. 1530. Das. S. 332—345., bestätigt im art. VIII. R. A. v. 1532 zu Regensburg (das. S. 361.) §. 76. 77. R. A. zu Regensburg 1641 das. S. 440 fg., §. 90 — 93. R. A. zu Augsburg 1548 das. S. 543., §§. 69 ff. R. A. zu Augsburg 1551 das. S. 621 ff., R. A. zu Augsb. v. 1555 §. 135., 136. das. III. S. 37 u. a. Dahin auch die Bestimmungen über Kleiderordnung z. B. in §. 39 des R. A. v. 1498 das. II. S. 47., art. XXIII. des R. A. v. 1500 das. S. 78 u. a.

[28]) Handel der Münz halben (9. Th. d. R. A.) v. 1495 in Neue Samml. II. S. 27., R. A. v. 1497 §. 33 ff. das. S. 33., R. A. v. 1498 §. 38. das. S. 46., art. XXII. R. A. v. 1500 das. S. 77., §. 19. R. A. v. 1512 das. S. 144., §. 25 ff. R. A. v. 1524 das. S. 257., K. Karl V. Münz-Ordnung zu Eslingen von 1524 das. S. 261., §. 134. R. A. v. 1530 das. 327., §. 61 ff. R. A. v. 1541 das. S. 439., §. 40. ff. R. A. v. 1548 das. S. 535., §. 35 ff. R. A. v. 1551 das. S. 616., Münzmandat von 1548 das. S. 634., K. Ferdinandi neue Müntz-Ordnung samt Valvirung der gülden u. silbern Müntzen u. darauf erfolgtem Kays. Edict zu Augsb. 1559 das. III. S. 186—201., §. 147 ff. R. A. zu Augsb. 1566 das. S. 235., §. 120 ff. R. A. zu Speyer 1570 das. S. 303., §. 16 ff. R. A. zu Frankf. 1571 das. S. 343., §. 65 ff. R. A. zu Regensb. 1576 das. S. 363., §. 66 ff. R. A. zu Augsb. 1582 das. S. 409., §. 48 ff. R. A. zu Regensb. 1603 das. S. 509., mehre Kaiserl. Decrete von 1666 fg. das. IV. S. 50., 65., 108., 112., 129 u. a.

[29]) Vgl. die Citate bei Heffter Lehrb. d. gemeinen deutsch. Strafrechts 5. Aufl. Braunschw. 1854 §. 13., 14., Zöpfl R. G. S. 220., H. Hälschner Gesch. des brandenburgisch-preuss. Strafrechtes, Bonn 1855 S. 78 ff., die Schriften von Koch, Meister, Horix, Malblanc, Kress, Meckbach, Böhmer, Walch bei Ersch a. a. O. n. 1423 ff. Es gibt zahlreiche Abdrücke, auch in Neue Samml. II. S. 365 — 403.

[30]) Matrikel von Worms 1521 (Neue Samml. II. S. 216.), Artikel zu §. 75. R. A.

d) Das Finanzwesen ist in den angeführten Gesetzen über das Reichskammergericht, die Reichsmatrikeln, die Münze geordnet, wozu noch zahlreiche Bestimmungen verschiedener Gesetze über Zölle u. dgl. kommen.

e) Die kirchlichen und religiösen Verhältnisse sind in den sub a genannten Gesetzen normirt, zu denen noch hinzukommen einzelne Reichsgesetze, deren Geltung jedoch nur eine provisorische war.[33])

f. Auf dem Gebiete des Privatrechts sind einzelne Punkte theils durch besondere Gesetze geordnet, theils in den Reichsabschieden überhaupt normirt worden. Von jenen ist am wichtigsten die Vormundschaftsordnung.[34])

g) „K. Maximilians I. Ordnung zu Unterrichtung der offenen Notarien wie die ihre Aempter üben sollen, zu Cölln auffgericht Anno 1512.“[35])

§. 92.

3. Die Landesgesetzgebung. Landrechte.[1])

I. Für das öffentliche Recht: Verfassung, Verwaltung, Stände- Steuer- Kriegs- Polizei-Wesen u. dgl. wurden in den meisten grössern Territorien Landesordnungen[2]) erlassen, denen besonders seit dem Ausgange des 17. Jahrhunderts zahlreiche landesherrliche Gesetze aller Art folgten.

---

zu Augsb. 1548 das. S. 607.; andere Bestimmungen über Militairwesen enthalten die Polizei-Ordnungen, I. P. O. art. VIII., Reichsschluss v. 1655 das. IV. S. 40.; kais. Commissions-Dekret v. 1670, 1671. Reichsgutachten v. 1681 u. kais. Dekr. (das. IV. S. 80., 83., 137., 141.), Reichsgutachten v. 1726 mit kais. Dekr. v. 1727 (das. S. 358., 362.).

[31]) Kais. Mandat im §. 18 ff. des R. A. zu Speyer v. 1542 in Neue Samml. II. S. 449.; §. 5 ff. des R. A. zu Speyer 1570 das. III. S. 287. und auf Grund dessen „Der Röm. Kays. Majestät . . . Reuter-Bestallung von 1570 das. S. 321 — 334., §. 50. R. A. zu Regensb. 1576 das. S. 361., Reichsschluss v. 1664 u. a. das. IV. S. 17 ff.

[32]) „Articul auf die Teutsche Knechte“ von 1570 in Neue Samml. III. S. 334—341.

[33]) Kayserl. Erklärung, wie es der Religion halben im heil. Reich bis zu Austrag des gemeinen Concilii gehalten werden soll, v. 15. Mai 1548 zu Augsburg in Neue Samml. II. S. 550—574., Constitution wider die Wiedertäufer von Speyer 1529 das. S. 302 ff. u. a.

[34]) R. P. O. v. 1548 Tit. 32., Gemeine Form Tutorii u. Curatorii v. 1570 in Neue Samml. III. S. 317., R. P. O. v. 1577. Tit. 32.

[35]) Neue Samml. II. S. 151—166. Deutsch u. latein. Dazu manche andre Bestimmungen. S. Register zu Bd. 4. der neuen Samml. unter d. Worte Notarien.

[1]) Eichhorn R. G. §§. 550., 561. Zöpfl R. G. I. §. 58. Für das Privatrecht besonders Gerber, das wissenschaftl. Princip des gem. deutsch. Privatr. Jena 1846 S. 159 ff., die Lehrbücher des g. d. Privatr., namentlich das von Mittermaier, ferner Kraut Grundriss §. 28 ff. —

[2]) Die Landesordnungen für Böhmen von K. Ferdinand I. von 1530, Maximilian II.

II. Für das Strafrecht und den Strafprocess waren schon vor der Carolina[3]) einzelne Ordnungen erlassen; seit der von Karl V. ist auf diesem Gebiete bis ins 18. Jahrh. hinein nur in einzelnen Territorien[4]) durch umfassende Gesetze Vorsorge getroffen. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts hat aber in mehren grössern Territorien eine Codification des Strafrechts und Strafprocesses stattgefunden, so dass gegen das Ende des Reichs die Ordnung Carls V. an ihrer allgemeinen Geltung bedeutend einbüsste.[5])

III. Das Civilprocessverfahren ist theils durch manche Gesetze, theils durch umfassende Gerichtsordnungen in einzelnen Territorien[6]) normirt worden. Die allgemeine Grundlage blieb jedoch bis auf das vorige Jahrhundert, das umfassende Codificationen zu Wege brachte,[7]) der gemeine auf römischem und canonischem Rechte, deutschem Gerichtsgebrauch und den Satzungen der Reichsgesetze, besonders den Kammergerichtsordnungen, beruhende gemeine Process.

IV. Für das Privatrecht wurden seit der Reception des fremden Rechts unter dem Einflusse und meistens der Redaction gelehrter Juristen in der

---

von 1564, Rudolph II. von 1594, erneuerte Landesordnung K. Ferdinand II. von 1627 nebst den Declaratorien und Novellen Ferdinands III. von 1640, sowie für Mähren (Einführung der Ferdinandeischen im J. 1555) stellt zusammen mit Angabe der Drucke u. Literatur Dr. Legis-Glückselig in der Oesterreich. Zeitschrift für Rechts- u. Staatswissensch. 1847 I. S. 177 ff. — Bezüglich Steiermarks s. J. C. Hofrichter Quellen des steirischen Staats- u. Privatrechts u. ältere Steiermark betreffende Gesetze. Gratz, 1845. Viele andre auch in E. H. Costa Bibliographie der deutsch. Rechtsgesch. Braunschw. 1858. n. 222 ff.

[3]) Malefizordnung K. Maxim. I. von 1499 für Tirol. In den Bayerischen Annalen 1834 Nr. 137. ist sie edirt u. commentirt. Bambergische peinl. Halsgerichtsordnung v. 1507, gemacht von R. Freiherr Johann von Schwarzenberg. Vgl. Zöpfl peinl. H. G. O. K. Karls V. nebst der Bamb. u. Brandenburger .... Heidelb. 1842., eingeführt 1516 in den fränkisch. brandenb. Ländern. S. auch Hälschner a. a. O.

[4]) Land- u. peinl. Gerichtsordnung Carl's II. für Steiermark vom 24. Dec. 1574, peinl. Landgerichtsordn. Ferdinannd III. für Oesterreich unter der Enns v. 30. Dec. 1656, peinl. Halsger. Ordn. K. Joseph I. für Böhmen, Mähren u. Schlesien. Ed. Herbst Einleit. in das österr. Strafprocessrecht, Wien 1860 S. 2 ff. —

[5]) Siehe Heffter Lehrb. des Strafr. §. 16., 17. Hälschner, Herbst a. a. O. — Codex juris bavarici criminalis von 1751; peinl. Gerichtsordnung der Kaiserin Maria Theresia v. 31. Dec. 1768, allgemeine österr. Criminalgerichtsordn. v. 1. Juni 1788; preuss. allg. Landr. von 1794 Th. II. Tit. 20.

[6]) Siehe die vollständigen Nachweise in v. Linde Lehrbuch §. 29.

[7]) Codex juris bavarici judicarius v. 14. Dec. 1753. Oesterr. allgem. Gerichts- u. Concurs-Ordnung v. 1. Mai 1781. Preuss. Allgem. Gerichtsordn. v. 6. Juli 1793; Würtemb. Landr. v. 1610 u. Hofgerichtsordn. v. 29. März 1654 u. a.

Mehrzahl der bedeutenderen Territorien Landrechte[8]) abgefasst, welche durchgehends auf dem fremden Rechte ruhen, daneben aber die einheimischen Gewohnheiten, Statutarrechte u. s. f. berücksichtigen. Sie haben recht eigentlich dem römischen Rechte auch in den Gerichten einen dauernden Halt gegeben; ihr Charakter besteht nicht in der Ausschliesslichkeit gegenüber dem geschriebenen fremden und Gewohnheitsrechte, sondern mehr in einer Fixirung des geltenden Rechts in einem Buche, neben dem römisches und einheimisches Recht seine Geltung behielt, so dass namentlich jenes fortdauernd als subsidiäres Recht zur Anwendung kam.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts nahm die Gesetzgebung mehr und mehr die Richtung an, das gemeine Recht durch einheitliche Gesetzesbücher entbehrlich zu machen und der Geltung zu entkleiden, wozu theils die von den Gesetzgebern angenommene Rechtsunsicherheit und Unbestimmtheit, theils die damalige Richtung der Jurisprudenz führte. Hatte noch das „neu verbessert und ergänzt Churbayerische Landrecht von 1756" den bisherigen Charakter in Etwa der Landrechte beibehalten, so setzte sich das Allgemeine Landrecht für die preussischen Staaten vom 5. Febr. 1794, das vom 1. Juni 1794 an Gesetzeskraft erlangte, an die Stelle des gleichzeitig aufgehobenen gemeinen Rechts und trat in das Verhältniss des letztern zu den Provinzialrechten,[9]) während das „Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch

---

[8]) Badisches der Markgrafsch. Baden Statuten u. Ordnungen von Testam. etc. v. 1511 (von Ulrich Zasius); Bayern „das Buch der gemeinen Landpot, Landsordn., Satzung etc. v. 1516, Reformation v. 1518, Codex Maximilianeus bavaricus civilis v. 1756; Würtembergisches Landrecht v. 1554, 1567, 1610; Churpfälzisches v. 1582, 1611, 1698 (1606 auch für die Oberpfalz); Gericht- und Landterdnung der Grafschaft Solms u. Herrschaft Mintzenberg v. 1571 (von Jos. Fichard); die Landesordnung der Grafschaft Henneberg v. 1539; Erzstifts Cöllnische Rechtsordnung v. 1663; Landr. des Fürst. Julich v. 1537; Churf. Augusten von Sachsen Constitutiones v. 1572; Revidirte Landesordn. der Grafschaft Tirol v. 1532 u. a. Vgl. auch die cit. Abhandlung von Dr. Legis-Glückselig. Vgl. auch Costa a. a. O. n. 429 ff. 1006 ff.

[9]) Publik. Patent art. I. „Das gegenwärtige allgemeine Landrecht soll an die Stelle der in Unsern Landen bisher aufgenommen gewesenen Römischen, gemeinen Sachsen- und andrer fremden subsidiarischen Rechte und Gesetze treten; also, dass von dem oben bemerkten Zeitpunkte, dem 1. Junius 1794 an, auf diese bisherigen subsidiarischen Gesetze und Rechte nicht mehr zurückgegangen, sondern in vorkommenden spätern Fällen nur nach den Vorschriften des gegenwärtigen Landrechts in allen Unsern unmittelbaren und mittelbaren Gerichtshöfen erkannt werden soll." Art. II. behält die Geltung der allgemeinen Landesgesetze vor. Art. III. „Die in den verschiedenen Provinzen bisher bestandenen besondern Provinzialgesetze und Statuten, behalten zwar vor der Hand noch ihre gesetzliche Kraft und Gültigkeit; dergestalt, dass die vorkommenden Rechtsangelegenheiten hauptsächlich nach diesen, und nur erst in deren Ermangelung, nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts beurtheilt und entschie-

für die gesammten Deutschen Erbländer der Oesterreichischen Monarchie" vom 1. Juni 1811, das mit 1. Januar 1812 in Wirksamkeit trat, für die in ihm behandelten Gegenstände und nicht ausdrücklich reservirten Punkte sich als ausschliessliche Quelle des Privatrechts kundgibt.[10]) Ausser diesen beiden codificirten Landrechten war während der französischen Herrschaft auf den zu Frankreich gehörigen linksrheinischen und einigen rechtsrheinischen Theilen die französische Gesetzgebung eingeführt worden; sie ist auch für das Privatrecht daselbst in Kraft geblieben. Deren Grundlage, der Code Napoléon war bereits durch die Edicte vom 3. Febr. und 22. Dezbr. 1809 als „Landrecht für das Grossherzogthum Baden nebst Handelsgesetzen" eingeführt worden.

§. 93.

4. Das Stadtrecht,[1]) Dorfrecht.

I. Mit der gänzlich freien Stellung, welche die Reichsstädte erlangt hatten, stellte sich das Bedürfniss von Ergänzungen und Verbesserungen der alten Stadtrechte lebhaft heraus. Hierzu kam für das Privatrecht die Nothwendigkeit von Reformen, welche theils wegen der Reception des römischen Rechts, theils wegen der grossen Umänderung auf dem Gebiete der Verkehrsverhält-

---

den werden sollen." Art. IV. ordnet Sammlungen der Provinzialrechte an, die zu Provinzialgesetzbüchern erhoben werden sollten. Sie sind alle gesammelt, jedoch nur das für Ostpreussen (Pat. v. 4. Aug. 1801 u. 6. März 1802) mit Gesetzeskraft versehen.

[10]) Publikations-Patent Absatz 1. „Aus der Betrachtung, dass die bürgerlichen Gesetze, um den Bürgern volle Beruhigung über den gesicherten Genuss ihrer Privatrechte zu verschaffen, nicht nur nach den allgemeinen Grundsätzen der Gerechtigkeit, sondern auch nach den besonderen Verhältnissen der Einwohner bestimmt, in einer ihnen verständlichen Sprache bekannt gemacht, und durch eine ordentliche Sammlung in stätem Andenken erhalten werden sollen, haben Wir seit dem Antritte Unserer Regierung unausgesetzt Sorge getragen, dass die schon von Unseren Vorfahren beschlossene und unternommene Abfassung eines vollständigen einheimischen bürgerlichen Gesetzbuches ihrer Vollendung zugeführt werde." Abs. 3. „. . . haben Wir nun beschlossen, dieses allgemeine bürgerliche Gesetzbuch für Unsere gesammten deutschen Erbländer kund zu machen, und zu verordnen, dass dasselbe mit dem ersten Januar 1812 zur Anwendung kommen solle. Abs. 4. Dadurch wird das bis jetzt angenommene gemeine Recht, der am 1. November 1786 kund gemachte erste Theil des bürgerlichen Gesetzbuches, das für Galizien gegebene bürgerliche Gesetzbuch, sammt allen auf die Gegenstände dieses allgemeinen bürgerlichen Rechtes sich beziehenden Gesetzen und Gewohnheiten, ausser Wirksamkeit gesetzt."

[1]) Kraut Grundriss §. 30. Ueber die Entwicklung in Böhmen die cit. Abhandl. von Dr. Legis-Glückselig.

nisse vor Allem das Forderungsrecht, aber auch das eheliche Güterrecht und Erbrecht erheischte. Es lag im Geiste der Zeit, dass die Weiterbildung des Rechts im Allgemeinen stattfand auf der römisch-rechtlichen Grundlage und deshalb auch von gelehrten Juristen vorgenommen wurde, während die Fortbildung auf einheimischer Grundlage zu den Ausnahmen gehört.

II. Zu den bedeutendsten Arbeiten gehören die Stadtrechte von Nürnberg,[2]) Hamburg,[3]) welchem die Nürnberger Reformation zum Muster diente, Freiburg i. B.,[4]) das von Ulrich Zasius durchaus im Geiste des römischen Rechts abgefasst ist und mit dem badischen Landrechte desselben Verfassers in den meisten Punkten zusammentrifft, Frankfurt a. M.,[5]) endlich das revidirte lübische Recht von 1586,[6]) welches im Gegensatze zu den genannten auf dem einheimischen Rechte fusst und nur sehr wenige Sätze aus dem römischen Rechte herübergenommen hat.

III. Auch in manchen Territorialstädten wurden seit dem 16. Jahrhundert Reformationen vorgenommen, welche gleichfalls meistens von römisch gebildeten Juristen ausgeführt und von den Landesherrn bestätigt wurden. Sie tragen, wie das in der entwickelten landesherrlichen Gewalt begründet liegt, mehr den Charakter von Gesetzen für privatrechtliche Verhältnisse und Ordnung der rein städtischen Angelegenheiten an sich, bieten hingegen für öffentlich rechtliche Beziehungen geringes Material.

IV. Mit der seit dem westphälischen Frieden zunehmenden Gesetzgebung der Landesherrn über alle Klassen und Rechtsverhältnisse der Unterthanen beschränkte sich allmälig das Eigenthümliche der Stadtrechte auf deren Verfassung und Verwaltung, während das Privatrecht mehr und mehr dem für die übrigen Bewohner geltenden sich näherte und höchstens auf dem Gebiete des ehelichen Güter- und des Erbrechts noch Besonderheiten blieben. In den Codificationen am Ende des achtzehnten und im Anfange des neunzehnten Jahrhunderts ist jeder Unterschied beinahe völlig verwischt.

V. Die eigenthümlichen Verhältnisse der Dörfer, Höfe u. s. w. verschwanden mit der Verwaltung durch landesherrliche Beamte (§. 78.) und der Aus-

---

[2]) Reformation von 1479, mit Aenderungen und Verbesserungen 1522 fol. Der Stadt Nürnberg erneuerte Reformation von 1564 u. s. w. Vgl. Kraut a. a. O. Gerber a. a. O. S. 195 ff.

[3]) Von 1497. Der Stadt Hamburg Gerichtsordnung u. Statuta von 1603. Ueber deren Charakter Gerber S. 200 ff.

[4]) Nüwe Stattrechten und Statuten von 1520. Darüber Gerber S. 209 ff.

[5]) Reformation von 1509, erneuerte Reformation von Joh. Fichard von 1578. Gerber S. 212 ff. — Andere gibt an Kraut a. a. O.

[6]) „Der Stadt Lübeck Statuten und Rechtsbuch aufs neue übersehen.“ Gerber und Kraut, welcher die Literatur nachweist.

dehnung der landesherrlichen Gesetzgebung über alle Verhältnisse mehr und mehr. Hiermit hörte die reiche Quelle der Weisthümer (§. 61. IV.) allmälig auf.

§. 94.

5. Die Schriften der Juristen.[1])

I. Bereits in den Privatdarstellungen des Rechts aus dem 13. bis 15. Jahrhundert (§§. 62—66.) finden sich mancherlei theoretische Elemente und Anfänge theoretischer Darstellungen über öffentliche Rechtsverhältnisse, obwohl im Ganzen der Zweck derselben auf Darstellung des Rechts für den unmittelbaren Gerichtsgebrauch gerichtet blieb. Denselben Zweck verfolgten noch im 16. Jahrhundert eine Anzahl von Formelbüchern, Formularien, Rhetorica[2]) u. dgl. In derselben Richtung jedoch bei weitem bedeutender und schon der wissenschaftlichen Behandlung näher ist gearbeitet der richterliche Klagspiegel, welchen im J. 1516 der berühmte Sebastian Brandt neu edirte[3]) dessen Darstellung ganz auf dem römischen Rechte ruhet und neben dem Civilrecht auch das Strafrecht umfasst, sodann der Layenspiegel des Ulrich Tengler,[4]) der Privatrecht, Civilprocess und Strafrecht behandelt.

II. Die Pflege des Privatrechts blieb, nachdem die gegen das Eindringen des römischen Rechts im Volke wie von einzelnen Juristen erhobene Opposition besonders durch den Einfluss des auf Handhabung des römischen Rechts angewiesenen Reichskammergerichts fast resultatlos blieb, ziemlich ausschliesslich

---

[1]) Vgl. §. 4. §. 67. — v. Haller Restauration der Staatswissenschaften Bd. I., Eichhorn R.G. §. 614. (IV. S. 636—654., Walter R.G. §. 355. Zöpfl R.G. I. §. 53 ff., für das Privatrecht auch Gerber Princip S. 25 ff. Vgl. auch die Literatur des Staatsrechts, worüber die Werke aufzählt Zachariä Staatsrecht I. S. 15 ff.

[2]) Z. B. Formulari, darin begriffen sind allerhand Brief auch Rhetoric, Augsb. 1483. Fol., Fr. Riederer Spiegel der wahren Rhetorik etc. Freib. 1493. fol. u. ö. Andre bei Zöpfl S. 204.

[3]) Vgl. Adrian der richterliche Klagspiegel u. Sebastian Brandt in (Giesser) Zeitschr. f. Civilr. u. Proz. Neue Folge I. (1845) S. 425—438, der darthut, dass der Klagspiegel, der zuerst unter dem Titel „Clag, Antwurt“ u. s. w. in den 70ger Zahren des 15. Jahrh. erschien, nicht von Brandt herrührt, noch von diesem besonders verbessert oder vermehrt ist. Andre Literatur bei Zöpfl S. 204 fg.

[4]) Erste Ausg. Layenspiegel von rechtmässigen Ordnungen in burgerlichen und peinlichen Regimenten, Augsb. 1509. fol. u. ö. Vol. Kraut §. 26., besonders aber Zöpfl I. S. 206., der mittheilt, dass Seb. Brandt, dessen Name auch in den neuen Ausgaben genannt ist, schon bei der von 1509 thätig war. Ulrich Tengler war anfänglich Stadtschreiber in Nördlingen, später bairischer Landvogt zu Höchstett. —

Andre Werke der Art nennt Kraut Grundr. §. 26.

den romanisirenden Juristen überlassen, von denen dem einheimischen Rechte nur in der Form des Usus modernus Pandectarum ein höchst bescheidenes Plätzchen gegönnt wurde. Erst die Bemühungen von Hermann Conring machten eine selbstständige Pflege desselben möglich. Diese wurde begründet durch Georg Bayer, der 1707 das deutsche Privatrecht zum Gegenstande einer besondern academischen Vorlesung machte.[5]) Seitdem hat sich dasselbe mehr und mehr wissenschaftlicher Behandlung erfreut, die jedoch erst in unserem Jahrhundert sich zur Gleichberechtigung mit der Wissenschaft des römischen Rechts aufschwang.

III. Auf dem Gebiete des Civilprocesses[6]) war mit dem Absterben des deutschen Gerichtsverfahrens und der allgemeinen Aufnahme des römisch-canonischen Processes von selbst die sich bildende Literatur darauf angewiesen, das fremde Recht zu bearbeiten, neben dessen Sätzen nur wenige ältere des deutschen Rechts eine Stelle fanden, während die reichsgesetzlichen Bestimmungen seit dem Ende des 15. Jahrhunderts auf dem Boden des fremden Rechts erwachsen sind.

IV. Nicht anders verhielt es sich mit der Literatur des Strafrechts,[7]) die sich bis zur Carolina an die auf dem Standpunkte des römischen und canonischen Rechts stehenden Glossatoren anlehnt, seitdem das Recht der Carolina durch das fremde ausbildet, bis die Einwirkung der Philosophie eine ganz neue Grundlage und Behandlungsweise schuf, auf der Recht und Wissenschaft der Neuzeit ruhet.

V. So blieb recht eigentlich nur das Staatsrecht der Gegenstand, welcher eine vom Einflusse fremden Rechtes wegen der eigenthümlichen Verhältnisse und nationalen Bildung der öffentlichen Rechtszustände verhältnissmässig freiere Wissenschaft zu erzeugen vermochte. Die nächste Veranlassung bot die Stellung des Reichskammergerichts, vor allem aber die religiösen Fragen des 16. Jahrhunderts, welche eine äusserst zahlreiche Literatur hervorriefen.[8]) An diese schlossen sich alsbald an, zum Theil auch hervorgerufen durch die religiösen Verhältnisse, Bearbeitungen des Rechts der Landesherrn. Im Anfange des 17. Jahrhunderts wurde das Staatsrecht zuerst durch Dominicus Arumaeus zu Jena[9]) in den Kreis der akademischen Lehrvorträge aufgenommen,

---

[5]) Die nähere Ausführung bleibt der Wissenschaft des deutschen Privatrechts vorbehalten.

[6]) Vgl. die literarischen Nachweise in v. Linde Lehrb. des Civilproc. §§. 30 ff.

[7]) Vgl. die Werke bei Heffter Lehrbuch §. 15.

[8]) Joh. Sleidanus Comment. de statu relig. et reipubl. Germ. sub Carolo V. Argentor. 1555. fol. Man sehe überhaupt die Werke bei Pütter Literatur des deutsch. Staatsrechts.

[9]) Geb. 1579, gest. 1637. Discursus academici de jure publico. Jenae 1616 ff.

und seitdem besonders in zahlreichen Dissertationen bei Gelegenheit der Doktorspromotionen behandelt. Eine neue Aera bildete für das Studium die Herausgabe der ältern Quellen sowie der zahlreichen besonders auf die Religionsfrieden des 16. Jahrhunderts und den westphälischen Frieden bezüglichen Staatsschriften. Die mit Hugo Grotius beginnende philosophische Methode äusserte seit dem 17. Jahrhundert einen bedeutenden Einfluss. Sie entzog recht eigentlich dem Baue des Reichs wissenschaftlich sein bisheriges Fundament und setzte an die Stelle des bisherigen Staatsbandes den Begriff des modernen Staates, der in die Spitze der Staatsgewalt mehr und mehr die Allgewalt legte, die Einwohner als Staatsunterthanen, nicht als Unterworfene des Regenten ansah. Für diese Theorie war im westphälischen Frieden der praktische Boden geschaffen, der umgekehrt durch jene stets mehr geebnet wurde. Kaum ein Zweig der Literatur hat aus dem 18. Jahrhundert zahlreichere Bearbeitungen aufzuweisen, als die Behandlungen des Reichs- und Territorialstaatsrechts im Allgemeinen wie für seine einzelnen Theile. Unter ihnen zeichnen sich die Werke von Johann Jakob Moser (geb. zu Stuttgart 1701, gest. 1785), noch mehr aber die von Johann Stephan Pütter (geb. 1725 zu Hagen in Westphalen, gest. 1807) besonders aus. Neben ihnen zeigt das Ende des Reichs noch eine gute Anzahl tüchtiger Staatsrechtslehrer. Der Einfluss der Staatsrechtswissenschaft auf den Gang der Bildung des öffentlichen Rechts ist seit dem 16. Jahrhundert dadurch von ungeheuerer Bedeutung gewesen, dass die Männer der Wissenschaft als Mitglieder des Reichs-Kammergerichts oder Reichs-Hofraths, der höchsten Landesämter, berufen waren, die schwebenden Fragen direct zu entscheiden, oder als Lehrer der Universitäten sowohl durch Gutachten wie durch den Einfluss, welchen die Wissenschaft überhaupt hatte, bestimmend einzuwirken. Es bilden daher in der That die Schriften der Juristen für den Ausbau des Details der Rechtsgeschichte eine wichtige Quelle.

Zweites Kapitel.

Kaiser und Reich.

§. 95.

1. Der Kaiser.*)

I. Ueber die Wahl des Königs blieben die Bestimmungen der goldnen Bulle maassgebend, desgleichen über die Krönung, deren Ceremoniel sich durch

*) J. J. Moser Von dem röm. Kaiser, röm. Könige u. d. Reichsvicarien nach d. Reichsges. u. d. Reichsherkommen u. s. w. Frkf. a. M. 1767. 4. Ders. Von d. kaiserl.

das Herkommen bis ins Kleinste ausbildete. Der letzte zu Aachen gekrönte Kaiser ist Karl V. (1520); die Nachfolger wurden zu Frankfurt am Main gekrönt, jedoch erhielt die Stadt Aachen stets einen Revers, dass ihrem Rechte hierdurch nicht präjudizirt werde. Selbst diese Feierlichkeiten wurden allmälig nicht mehr von den Churfürsten in Person, sondern vielfach durch deren Gesandte vorgenommen.

II. Zum römischen Kaiser und König der Lombardei ist seit Karl V., der 1530 noch in altherkömmlicher Weise gekrönt wurde, kein deutscher König mehr geweiht, gesalbt und gekrönt. Es kam darüber zu Unterhandlungen mit dem Papste, deren Resultat war, dass die spätern Kaiser den Titel führten Electus Romanorum Imperator semper Augustus, Erwählter römischer Kaiser. Für den bei Lebzeiten des Kaisers gewählten Nachfolger blieb seitdem der Titel Römischer König[2]) im Gebrauch.

III. Zum Reiche und dessen Theilen hatte sich die Stellung des Kaisers durch die Abgeschlossenheit der Reichsstände wesentlich verändert. In der Theorie besass der Kaiser die majestas und eine gewisse mit ihr verbundene plenitudo potestatis, in der Wirklichkeit aber umfasste dieselbe nur einzelne ganz bestimmte Rechte. Denn die mit dem Ewigen Landfrieden anerkannte Theilnahme der Stände an der Reichsverwaltung wurde noch bedeutender als die Kurfürsten durch die eigenthümlichen Verhältnisse beim Tode K. Maximilians I. in der Lage waren, dem Nachfolger als Bedingung der Wahl eine Wahlcapitulation (§. 91. II. a.) vorzuzeichnen, welche sich auf alle

---

Regierungs-Rechten u. Pflichten, 2 Thle. 4. das. 1772 fg.; Ch. Gotl. Biener Bestimmung d. kaiserl. Machtvollkommenheit in der deutsch. Reichsregier. nach ihrem wahren Urspr. u. Absichten u. s. w. Leipz. 1781. X. Hörl Versuch einer Abhandl. üb. den Rechtsgrund d. kais. Reservatrechte u. s. w. Landsh. 1802. 4. — Ueber die Krönung u. s. w. A. v. Heuser hist. polit. Beleuchtung d. Wahleigensch. eines röm. Kais. Frankf. a. M. 1792. J. Rich. v. Roth Aechtes vollst. Protocoll d. kurfürstl. hoh. Wahl-Convents zu Frankf. i. J. 1790 u. s. w. Mainz 1791. 2 Bde. — Ueber einzelne Rechte: J. St. Pütter Vers. einer Bestimmung der kais. Ratificationsrechte bey Schlüssen reichsständ. Versamml. u. Visitat. des Kammerger. Gött. 1769. 4. F. H. K. Stegman Vers. üb. d. Rechte d. Kais. bei Streitigkeiten der Reichsstände u. ihre Staatsgerechtsame im Verhältn. z. Verfass. des Reichs im Ganzen, Leipz. 1787. Conr. Oligenii Diss. de primariis precibus imperial. Frib. Brisg. 1707. 12., Chr. Gottl. Buder De canonicatibus Imperator. Augg. Germaniaeque Reg. ac Praebenda regia, die Königspfründe in Opusc. Jen. 1745. p. 425—454. H. J. T. Bartmann Diss. de jure caesar. primariarum precum, Colon. 1773. 4. de Senckenberg de jure primar. precum reg. Germ. cet. Frankf. 1790. 4. u. a. Vgl. mein System des Kirchenr. §. 62.

[2]) Ueber dessen Wahl I. P. O. art. VIII. §. 3. Wahlkapit. Franz II. art. III. §. 10. J. J. Moser von der röm. Königswahl in: Von denen deutsch. Reichs-Tags-Geschäften. Frkf. 1768. 4. S. 146 ff.

wesentlichen Theile der Reichsregierung beziehend dem Kaiser im Vornhinein die Hände band und durch die Nothwendigkeit beständiger Annahme und Beschwörung von Seiten aller spätern Kaiser zu einem Reichsgrundgesetze wurde, das den Kurfürsten und allmälig auch den Reichsständen überhaupt ein wirkliches Mitregierungsrecht verlieh. War schon hierdurch die kaiserliche Macht gegenüber den Reichsständen auf ein bescheidenes Maass zurückgeführt, so boten die religiösen Streitigkeiten des 16. Jahrh. und die zu ihrer Austragung aufgerichteten Verträge von Passau und Augsburg den Territorialherrn ein wirksames Mittel, unter dem dehnbaren Begriffe der Nichteinmischung in die religiösen Verhältnisse der Territorien die kaiserliche Einwirkung auf deren Entwicklung und Rechtszustände beinahe völlig auszuschliessen. Insoweit aber trotzdem noch dem Kaiser und auch in manchen Punkten den kaiserlichen und Reichsgerichten ein Recht der Einsprache und Ordnung in Landesangelegenheiten geblieben war, fiel theils mit den immer zahlreicheren privilegia de non appellando, vollends aber mit den durch den Westphälischen Frieden errungenen Satzungen, die kaiserliche Macht in Landesangelegenheiten fast gänzlich fort und wurde das Reich mehr und mehr einem Vereine selbstständiger Staaten gleich, welche nur gewisse gemeinsame Angelegenheiten hatten, deren Ordnung dem Kaiser und Reich d. h. dem unter dem Kaiser versammelten Reichstage zustand.

IV. So hatte sich die kaiserliche Machtvollkommenheit bezüglich aller Reichsangelegenheiten herausgebildet zu dem Rechte des Vorschlags auf den Reichstagen, ferner der Verwerfung der Reichsschlüsse, sowie der formellen Sanction der Gesetze. Im Einzelnen gestalteten sich die kaiserlichen Rechte hierdurch in völliger Umkehr des alten Rechtssatzes, dass von Rechtswegen dem Kaiser, wo er erscheine, alle Rechte zuständen, den Herrn nur als Ausnahme in Folge besonderer Verleihung (§. 70. VII.), zu dem entgegengesetzten: dass der Kaiser bezüglich der Territorien und Rechtsverhältnisse, welche auf diese und nicht bloss auf die allgemeine Reichslage Einfluss übten, nur gewisse kaiserliche Reservatrechte besitze. Mehr und mehr begriff man jedoch in der Theorie alle kaiserlichen Rechte unter diesem Namen.

V. Ausser den bereits genannten besass der Kaiser die folgenden auf die Leitung des Reichs bezüglichen Rechte:

a) Vertretung des Reichs nach Aussen[3]) im Kriege und Frieden.

b) Verleihung der Reichslehen.[4])

c) Ertheilung der privilegia de non appellando.[5])

---

[3]) I. P. O. art. VIII. §. 1. Wahlkapit. art. IV. VI.

[4]) Wahlkapit. art. X. XI. XXI. I. P. O. art. V. §. 25 ff.

[5]) Wahlkapitulat. art. XVIII.

d) Visitation und Besetzung bestimmter Stellen des Reichskammergerichts.[6])

e) Die Besetzung uud Ordnung des Reichshofraths (§. 121.).

f) gewisse kirchliche Rechte: jus primarum precum, Besetzungsrechte in den reichsunmittelbaren Stiftern, Verleihung von Panisbriefen u. dgl.[7])

g) Verleihungen von Titeln (Pfalzgrafen), Standeserhöhungen u. dgl.[8])

Im Uebrigen war der Kaiser bei Besetzung der Hofämter, bezüglich seiner Residenz u. a. an die in der Wahlcapitulation festgesetzten Bedingungen gebunden.

VI. Reservatrechte, bei denen die Interessen der Territorien direct berührt wurden, waren:

a) Verleihung der Zoll- und Münzgerechtigkeit.[9])

b) Creirungen von kaiserlichen Notarien, denen im ganzen Reiche publica fides zukam.

c) Verleihungen von mancherlei Privilegien: für Universitäten und Academien, zur Ertheilung akademischer Grade, des Stadtrechts, des Adels u. dgl. Jedoch wurden die meisten derartigen Rechte auch allmälig von einzelnen Landesherrn ausgeübt.

d) Gewisse Privilegien, die auf die private Stellung Bezug haben: Legitimationen, Grossjährigkeitserklärungen.

VII. Zur katholischen Kirche (§. 70. VIII.) war[10]) zwar theoretisch des Kaisers Stellung unverändert geblieben. Sie wurde aber thatsächlich eine neue mit dem Religionsfrieden und dem westphälischen. Denn mit der Anerkennung der beiden von der katholischen Kirche getrennten Confessionen und durch die Bestimmungen der genannten Friedensschlüsse über die Rechte der Landesherrn bezüglich der Religion ihrer Unterthanen sowie über das Verhältniss des Kaisers zu den Reichsständen in diesem Punkte war das Fundament, welches dem Reiche zugleich einen bestimmten kirchlichen Charakter verlieh, gefallen. Zugleich überkam der Kaiser gegenüber den anerkannten Confessionen die gleiche Schutzpflicht als rücksichtlich der katholischen; vor Allem aber bildeten seit dem Westphälischen Frieden die Religionssachen nicht so sehr gemeinsame Sachen des einigen Reichs und Kaisers, sondern der katholischen und augsburgischen Reichsstände. Dies drang trotz der Protestationen des Papstes gegen die in den Reichsgesetzen der katholischen Kirche nachtheiligen Bestimmungen mit dem endlichen Erfolge durch, dass der Kaiser,

---

[6]) I. P. O. art. V. §. 51 ff., Wahlkapit. art. 1. XVII. XVIII. unten §. 121.

[7]) I. P. O. art. V. §. 16 ff. Wahlkapit. art. 1. XIV.

[8]) Wahlkapit. art. III. XXII.

[9]) Wahlkapit. art. V. VIII. IX.

[10]) Wahlkapitulation art. 1.

Reichstag, Reichshofrath und die Reichsstände schon seit dem Augsburger Religionsfrieden, besonders aber seit dem westphälischen auch ohne den Papst einseitig Bestimmungen über katholische Angelegenheiten trafen. So gestaltete sich nach und nach das Verhältniss des Staats zur Kirche gänzlich um.[11])

§. 96.

2. Die Reichsstände,*) Reichsämter, Reichsvicarien.

I. Im Verlaufe der Entwicklung bis zum Ende des 15. Jahrhunderts (§. 72.) hatte sich mit der festeren Gestaltung der Verhältnisse im Reichstage (§. 97.) der Begriff eines Reichsstandes dahin bestimmter ausgebildet, dass nur jene dafür galten, denen Sitz und Stimmrecht auf den Reichstagen zukam. Das war regelmässig nur der Fall bei den Herrn, welche ein reichsunmittelbares Territorium hatten und im Besitze des Sitz- und Stimmrechts sich befanden. Es gab indessen einzelne Personen, welche kein solches Territorium mehr besassen, aber im Genusse der Standschaft geblieben waren, zu den Reichslasten beitrugen, und daher auch zu den Reichsständen gezählt wurden.[1]) Zu diesen kamen noch andre, welche kein stimmberechtigtes oder überhaupt reichsunmittelbares Land hatten, sondern nur durch kaiserliche Verleihung die Reichsstandschaft erlangten (s. g. Personalisten). Diese zu verleihen stand dem Kaiser unbestritten zu bis ins 17. Jahrhundert. Wegen allzuhäufiger Verleihungen und Erhebungen in den Reichsfürstenstand traten aber die Stände entgegen. Es wurde der Beschluss gefasst, dass die blosse kaiserliche Standeserhöhung ohne Erwerb eines qualificirten Territoriums und Admission im Reichstage die Standschaft nicht mehr verleihe.[2]) Daher gab seit-

---

[11]) Siehe über diese Entwicklung die ausführliche Darstellung in meinem Allgem. kath. Kirchenrechte Bd. I. S. 370—395.

*) J. J. Moser Von deutsch. Reichsständen, d. Reichsrittersch. auch d. übrigen unmittelbaren Reichsgliedern, Frankf. a. M. 1767. 4., H. F. C. v. Lyncker Von der Reichsstandsch. u. damit verknüpften Sitz- u. Stimmrecht auf Reichstagen, Frankf. 1761.

[1]) So der Bischof von Chur, der Erzbischof von Besançon (der es freilich in der spätern Zeit praktisch nicht mehr ausübte), die Herzöge von Lothringen für die Markgrafschaft Nomeny, die an Frankreich abgetreten war (Reichs-Gutachten vom 18. Mai 1736 in Neue Samml. IV. S. 424.), dann mehre Grafen, die Häuser Stolberg und Schönburg, deren Güter landsässig waren, obwohl mit fast landesherrlichen Rechten, der Fürst v. Dietrichstein, dessen Herrschaft auch in der Sache unter Oesterreich stand. Vgl. v. Lancizolle Uebersicht, Einleit. S. XVI.

[2]) R. A. v. 1654. §. 197. „Und diss haben Wir die bei nächstverwichenem Reichs-Tag mit der Churfürsten und Ständen Einwilligung in Fürsten-Rath aufgenommene, aber wegen deren selbiger Zeit noch unvollzogener, von dem Chur-Mayntzischen Directorio ausgestellter Conditionen, nicht introducirten Fürsten, die Hochgebohrne, Eitel

dem die kaiserliche Verleihung des Reichsfürsten- oder Reichsgrafenstandes nur den Titel, nicht die Standschaft.[3])

Blosse Reichsunmittelbarkeit der Herrschaft machte hingegen auch nicht zum Reichsstande.[4])

Friederich von Hohenzollern, Johann Anthon Hertzogen zu Crumaw und Fürsten zu Eggenberg, und Wentzeln, Fürsten und Regierern des Hauses Lobkowitz, vor sich und hre Erben, nachdem sie obberührte Conditiones erfüllet, wie ingleichem die auch Hochgeb. Fürsten, Leopold Philipps Carl Fürsten von Salm, Maximilian Fürsten von Dietrichstein, weyland Johann Ludwigen, Fürsten zu Nassau Hadamar und dessen Erben, Octavio Fürsten von Piccolomini, Hertzogen zu Amalfi, folgends aus dem Haus Nassau diejenige, welche nach erstgemeldten Fürsten von Uns, laut Unserer den 26. jüngst verflossenen Monats Februarii, an die Chur- und fürstliche Collegia ertheilter Resolution in Fürsten-Stand erhoben worden. Ingleichen Johann Weickard, Fürsten von Awersberg, etc. auf der Churfürsten und Ständ, und der abwesenden Räth, Bottschafften und Gesandten vorgehendes Wissen und Consens, bey diesem Reichs-Tag zu würcklicher Session und Stimm, jedoch dergestalt introduciren lassen, dass diejenige, welche ohne vorgehende Vollziehung der schuldigen Prästationen, und insonderheit der im Reich ohnmittelbarer Begüterung, wegen dero vortrefflichen Meriten dissmahl, jedoch nach Besag derselben zum Chur-Mayntzischen Reichs-Directorio abgegebener schriftlicher Erklärung, admittirt und eingeführt worden, von niemand, wer der auch seye, über kurtz oder lang, pro Exemplo oder Praeiudicio nicht an, noch zu einiger Consequentz gezogen, und dieses Beneficium Sessionis et Voti, auf dero Erben und Successorn nicht extendirt werden solle, sie haben sich dann vorhero mit ohnmittelbaren fürstmässigen Reichsgütern versehen, und solle forthin ohne vorgehende Real-Erfüllung aller nothwendiger und bestimmter Requisiten, und insonderheit erstgemeldter Begüterung, und ohne der Churfürsten und Ständen Vorwissen und Consens, keiner zur Session und Stimm in Fürstenrath zugelassen werden. Solches alles und jedes, wie hier oben geschrieben stehet und Uns Kayser Ferdinand den Dritten berühren thut, gereden und versprechen Wir bey Unsern Kayserlichen Würden und Worten, stät, vest und unverbrüchlich, aufrichtig zu halten, zu volleziehen, deme stracks nachzukommen und zu geleben, sonder Gefährde." Wahlkapitul. art. XXII. (Project der beständigen von 1711 art. XXII.). „§. 1. Bei Kollation fürstlicher und gräflicher, auch anderer Dignitäten sollen und wollen Wir dahin sehen, damit inskünftige auf allen Fall dieselben allein denen von Uns ertheilt werden, die es vor andern wohl meritiret, im Reiche gesessen, und die Mittel haben, den affektirenden Stand pro dignitate auszuführen; §. 2. Niemanden aber von den neuerhöheten Fürsten, Grafen und Herren zur Session und Stimme im Fürstenrath oder gräflichen Kollegien mit Dekreten und dergleichen, anderst, als wenn er vorher dasjenige erfüllet, was nach dem ersten Artikel dieser Unserer Wahlkapitulation dazu erfordert wird, zu statten kommen; §. 3. Auch keinen derselben, wer der auch sey, zum Präjudiz oder Schmälerung einigen alten Hauses oder Geschlechtes desselben Dignität, Standes und üblichen Titels, mit neuen Prädikaten, höheren Titeln oder Wappenbriefen begaben."

[3]) So gehörten die Bischöfe der in den kaiserlichen Erblanden liegenden Bisthümer (Wien, Prag, Olmütz u. a.) trotz ihres Fürstentitels nicht zu den Reichsständen.

[4]) Deshalb gehörten z. B. die Grafen von Bentinck wegen der reichsunmittelbaren

II. Zu den Reichsständen gehörten mit voller Gleichberechtigung die Reichsstädte.[5])

III. Die Reichsstände hatten sich allmälig in bestimmte Collegien geschieden (§. 97.). Unter ihnen standen obenan die Inhaber der alten Erzämter. Zu den sieben Kurstimmen trat in Folge des westphälischen Friedens[6]) für Pfalz eine achte Kur des Erzschatzmeisters, welche jedoch 1777 wieder fortfiel. Schon 1692 hatte der Kaiser für Braunschweig-Lüneburg eine neue Kur errichtet, welche 1708 durch einen Reichsschluss anerkannt wurde.[7]) Mit dem Wiedereintritte der Pfalz in die alte Kur trat Hannover in das Erzschatzmeisteramt. Der Reichsdeputationshauptschluss[8]) schuf vier neue Kuren, hob zwei geistliche (Köln und Trier) gänzlich auf und übertrug die von Mainz auf Regensburg. Diese neuen Kurfürsten haben keine Gelegenheit gehabt, ihr Kurrecht zu üben; einer (Hessen-Kassel) behielt auch nach dem Untergange des Reichs den Kurtitel bei.

IV. Durch ihre Eigenschaft als Wähler errangen die Kurfürsten seit der ersten Wahlcapitulation eine in jeder Beziehung vor den übrigen Fürsten hervorragende Stellung. Diese haben sie nach Bedürfniss durch Erneuerung des alten Kurfürstenvereins aufs Neue bekräftigt.[9]) Sie standen dem zufolge schon zur Zeit des Reichs vom Kaiser fast unabhängig da und besassen namentlich bezüglich der Ausbildung der territorialen Verhältnisse die grösste Freiheit.

V. Bezüglich des Reichsvicariates (§. 71. VI.) blieb es bei den alten Bestimmungen. Je seltener der Fall einer Ausübung wegen der häufigen Wahl des Nachfolgers bei Lebzeiten des Kaisers praktisch wurde, desto mehr hat sich die Theorie des Stoffes bemächtigt und ihn selbst für den in dieser

---

Grafschaft Kniphausen nicht zu den Reichsständen. Im Ganzen gab es deren 1792 noch siebzehn, die v. Lancizolle a. a. O. S. 58 f. mit Angabe der Besitzungen aufzählt.

[5]) Ausdrücklich ausgesprochen im I. P. O. art. VIII. §. 4.

[6]) I. P. O. art. IV. — Die Linea Guilhielmiana erlosch am 30. Dec. 1777 mit Maximilian Joseph von Baiern, so dass die bayrische u. pfälzische Chur wieder vereinigt wurde unter Karl Theodor aus der Linie Neuburg.

[7]) Vgl. Kais. Commissionsdecr. v. 21. Juli 1706, Reichsgutachten v. 30. Juni 1708 u. kais. Ratifications-Decr. v. 6. Sept. 1708 (Neue Samml. IV. S. 224., 226 ff.). Zugleich mit dieser Einführung wurde in diesen Decreten die Readmission der böhmischen Kurstimme vorgenommen, welche faktisch seit K. Wenzel nicht mehr ausgeübt worden war.

[8]) R. D. H. S. §§. 25., 31. — I. L. Klüber. Ueber Einführung, Rang, Erzämter, Titel, Wappenzeichen u. Wappenschilde der neuen Kurfürsten, Erlang. 1803.

[9]) Zuletzt 1558 (Schmauss Corp. jur. publ. pag. 210).

[10]) Project der Wahlkap. v. 1711. art. III., K. Franz II. art. III., XI. §. 7. XIII. §. 9., XXVI. §. 4. — Jos. v. Sartori Reichsvicariatisches Staatsrecht, Augsb. 1790.

ganzen Periode nie vorgekommenen Fall der Minderjährigkeit des Königs behandelt.[10])

VI. Das Lehensband zwischen Kaiser und Ständen litt durch die stets wachsende Macht der letztern, die Bestimmungen der Reichsgesetze über die Achtserklärung,[11]) welche dem Kaiser factisch unmöglich wurde, aufs Tiefste. Hierdurch war die Belehnung zur blossen Form geworden, welche die grössten Landesherrn schon früh nur durch Gesandte, gegen den Ausgang des Reichs überhaupt die meisten durch Boten sich ertheilen liessen.

§. 97.

3. Der Reichstag.*)

I. Aus der anfänglich (§. 72. V.) nur factischen Sonderung der einzelnen Stände hatte sich mehr und mehr eine feste Gestaltung herausgebildet, wonach der Reichstag aus drei einander gleichstehenden[1]) Collegien bestand: Collegium der Kurfürsten, Reichsfürstenrath, Colleg der Städte.

II. A. Collegium der Kurfürsten. In ihm sassen die Inhaber der mit Sitz- und Stimmrecht versehenen Kurlande unter dem Directorium von

---

(J. M. v. Abele) Vers. ü. d. deutsche Staatsr. während eines Zwischenreichs, Kempten 1792. H. F. Ch. v. Lyncker hist. publ. Anmerk. zu dem zwischen d. hohen Reichs-Vicar. im J. 1750 abgeschlossenen Vicar. Gränzvergl., Hildburgh. 1791. — Ch. D. Erhard Selecta capita de vicariatu saxon. Dresd. 1790. E. A. Lamey. Vom Ursprung des kurpfälz. Reichsvic. u. s. w. Mannh. 1791. — Ueber die Stellung von Mainz während des Interregnums: Th. K. Hartleben Unters. der Rechte u. Pflichten eines Kurf. v. Mainz während des Interregn. Regensb. 1792, J. R. v. Roth pragmat. Interregnumsgesch. bes. des Reichskanzler-Vicariats v. J. 1790 u. s. w. Frankf. a. M. 1794. —

[11]) Wahlkap. v. 1711. art. XX., K. Franz II. art. XX.

*) H. G. Franke Nachr. von der neuesten Beschaffenheit eines Reichstags im h. röm. Reich, nebst C. G. Oertel's Verzeichn. d. Reichsstände, Regensb. 1761. 4., J. F. Joachim Gesch. der deutsch. Reichstage, 2 Th. Halle 1762., J. J. Moser. Von den deutsch. Reichstagsgeschäften, Frankf. 1768, 4. Ders. Von den deutschen Reichstagen das. 1774., H. W. v. Bülow, Ueber Gesch. u. Verfass. des gegenw. Reichstages, Regensb. 1792, 2 Th., Andre in Ersch Literat. S. 121. — Carl Wilh. von Lancizolle Uebersicht der deutsch. Reichsstandschafts- u. Territorial-Verhältnisse vor dem franz. Revolutionskriege, der seitdem eingetretenen Veränderungen u. der gegenw. Bestandtheile des deutsch. Bundes u. der Bundesstaaten, Berl. 1830. Eine treffliche und unentbehrliche Arbeit.

[1]) Die Kurfürsten hatten aber einzelne Vorrechte (Wahlrecht) unbestritten, andere (ausschliessliche Feststellung der Wahlkapitulation, Propositionsrecht) behaupteten sie trotz des Widerspruchs der übrigen Stände.

Mainz. Jeder hatte eine Stimme; die Mehrheit derselben ergab den Beschluss des Collegiums.

B. Reichsfürstenrath. In demselben unterschied man Viril- und Curiatstimmen. Die Virilstimmen standen bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts dem Hause zu, weshalb oft ein Besitzer mehrer Fürstenthümer nur eine, mehre Fürsten desselben Hauses aber mehre führten, auch wenn sie nur ein Fürstenthum hatten. Auf diese Art schwankte die Anzahl der Stimmen fortwährend. Die neuen Erhebungen zu Reichsfürsten, welche Ferdinand III. vornahm, gaben den Anlass zur Protestation der Stände, welche den Erfolg herbeiführte, dass die Stimmen als fest angenommen wurden und im einzelnen Falle durch das Herkommen erwiesen werden mussten. Man stellte dabei als Norm auf den sehr zahlreichen Reichstag von 1582; daraus ergab sich der Unterschied von altfürstlichen und neufürstlichen Geschlechtern. Die von jenen geführten Stimmen ruhten der Art auf dem Territorium, dass sie in der 1582 geführten Weise mit ihm auf jeden Erwerber übergingen.[2] Wer zu ihnen nicht gehörte, konnte nur durch kaiserliche Verleihung und Reception des Reichs (§. 91. I.) Sitz- und Stimmrecht erhalten. Dies fiel aber mit dem Untergange des Stammes fort.[3] Ohne besondere Admission erhielt man daher seit dem Jahre 1654 (§. 96. Anm. 2.) auch durch Erwerb der Fürstenwürde keine Virilstimme.

Im J. 1792 gab es im Reichsfürstenrathe 100 Standschaften, unter ihnen 94 Virilstimmen, von denen 33 geistliche[4]) und 61 weltliche waren.[5]) Neben

---

[2]) Einzelne Ausnahmen hebt hervor v. Lancizolle a. a. O. Einleit. S. XIX fg.

[3]) Die Fortführung war aber ausnahmsweise von Kaiser u. Reich zugestanden z. B. bei Nassau-Hadamar und N.-Dillenburg, deren Stimmen auf N.-Dietz übergingen. Lancizolle a. a. O.

[4]) Nemlich: Oesterreich, Burgund (den Grund, dass dies hieher gehörte, s. bei von Lancizolle a. a. O. S. XX.), die Erz- bez. Bischöfe von: Salzburg, Bisanz (Besançon), Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstädt, Speier, Strassburg, Constanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freisingen, Regensburg, Passau, Trient, Brixen, Basel, Münster, Osnabrück, Lüttich, Lübeck, Chur, Fulda, Abt von Kempten, Probst von Elwangen, Johannitermeister, Pröbste von Berchtesgaden, Weissenburg, Aebte von Prüm (Erzb. von Trier) Stablo, Corvey und nach Bisanz Hoch- und Deutschmeister. Hiervon war Lübeck ein protest. Bisthum, Osnabrück abwechselnd kath. u. protest., also 31 kath., 1 protest., 1 gemischte. —

[5]) Bayern, Magdeburg (Preussen), Pfalz-Lautern, P.-Simmern, P.-Neuburg (für diese drei Bayern), Bremen (Hannover), Pfalz-Zweibrücken, P.-Veldentz (Bayern), Sachsen-Weimar, S.-Eisenach (derselbe), S.-Coburg, S.-Gotha. S.-Altenburg (derselbe), zwei Brandenburgische (Preussen), drei Braunschweigische (Hannover), Braunschweig-Wolfenbüttel, Halberstadt (Preussen), Vor-Pommern (Schweden), Hinter-Pommern (Preussen), Verden (Hannover), Mecklenb.-Schwerin u. Mecklenb.-Güstrow, Würtemberg, Hessen-Kassel, H.-Darmstadt, drei Badische, Holstein-Glückstadt (Dänemark),

ihnen hatten bis zum J. 1653 alle reichsständischen nichtfürstlichen Prälaten eine gemeinschaftliche Stimme als „schwäbische Prälaten"; im gedachten Jahre machte man zwei Bänke: der rheinischen[6]) und schwäbischen[7]) Prälaten. Alle nichtfürstlichen weltlichen Grafen und Herrn führten zu Anfang des 16. Jahrhundert zwei Curiatstimmen: wetterau'sche und schwäbische Grafenbänke. Dazu trat 1640 eine fränkische, 1653 eine westphälische.[8])

Der ganze Fürstenrath zerfiel in die Geistliche Bank, auf der die Vertreter der geistlichen Virilstimmen und Prälaten, und in eine Weltliche Bank, auf der die übrigen sassen. Diese Trennung war ohne sonstigen Einfluss. Das Directorium im Reichsfürstenrathe führte Salzburg, abwechselnd mit Oesterreich; jedes der Grafenkollegien hatte aber wieder ein besonderes Directorium. Die Mehrheit aller Stimmen bildete das Conclusum. — Der im Reichsdeputationshauptschlusse von 1803 festgesetzten neuen Stimmvertheilung versagte der Kaiser seine Ratification.

C. Collegium der Reichsstädte. Es zählte 1792 einundfünfzig Glieder, welche sich in eine rheinische (14) und schwäbische (37) Städtebank schieden.[9]) Den Vorsitz führte die Stadt, in welcher der Reichstag gehalten wurde.

III. Mit der genauen Sonderung der Stände fiel die directe Verhandlung des Kaisers fort, so dass nur bei feierlichen Anlässen als Eröffnung und Schliessung des Reichstags die sämmtlichen Stände um den Kaiser in Person versammelt

---

Sachsen-Lauenburg (Hannover), Minden (Preussen), Holstein-Oldenburg, Savoyen (König von Sardinien), Leuchtenberg (Bayern), Anhalt, Henneberg (sächs. Haus), Schwerin, Camin (Preussen), Ratzeburg (Meckl.Strelitz), Hirschfeld (H.-Kassel), Nomeny (Oesterreich), Mömpelgard (Würtemberg), Arenberg, Hohenzollern, Lobkowitz, Salm, Dietrichstein, Nassau-Hadamar u. N.-Dillenburg, Auersberg, Ostfriesland (Preussen), Fürstenberg, Schwarzenberg, Lichtenstein, Thurn u. Taxis, Schwarzburg. Im Ganzen führten also diese 61 Stimmen 40 regierende Herrn; 20 Stimmen waren katholische, 41 protest. —

[6]) Dieselbe hatte 1792 achtzehn Stimmen; 15 Prälaten (einer aber der H. von Anhalt-Bernburg) und 3 Aebtissinnen. Darunter 4 protest.

[7]) 1792 zweiundzwanzig Stimmen, unter denen 5 Aebtissinnen: sämmtlich kathol.

[8]) 1792. In dem wetter. Grafencollegium waren 27 Stimmen geführt von 36 Herrn (darunter zwei Virilstimmberechtigte); in dem schwäb. 26 geführt von 36 Gliedern (darunter 3 geistliche, 7 Personalisten, 10 Virilstimmberechtigte): im fränk. 16 geführt von 39 Gliedern (darunter 7 Personalisten u. 4 mit anderweitiger Reichsstandschaft); in der westphäl. 34 geführt von 33 Gliedern (darunter 1 Personalist, 9 anderweitig Versehene).

Die Stimmen der Prälatenbänke waren katholische, die der Grafenbänke evangelische, nur die westphälische abwechselnd katholisch.

[9]) Unter ihnen waren 13 katholische, 33 evangelische, 5 gemischte.

waren. Die Art der Verhandlung bestand in der Zufertigung der kaiserlichen Propositionen direct (Hof-Decret) oder durch den kais. Commissarius (Commissions-Decret) an den Reichserzkanzler, der den ganzen Reichstag leitete. Von diesem ging das Stück gleichzeitig an das Kurkollegium und den Reichsfürstenrath; hatte eins dieser beiden Collegien einen Beschluss gefasst (Relation), so theilte es ihn dem andern zur Corelation mit. Stimmte diese zu, so ging die Sache durch Mainz an das Städtecolleg. In jedem Colleg wurden die Stimmen zu Protocoll dictirt; jedem Colleg stand ein votum devisivum zu. Stimmten alle drei überein, so übermittelte Mainz dieses Reichsgutachten (Consultum, suffragium imperii — Conclusum trium collegiorum) dem Kaiser, nach dessen Sanction es als Reichsabschied (recessus imperii) bei Verabschiedung des Reichstages, seit dessen Permanenz nach ertheiltem kais. Ratifications-Decret als Conclusum imperii, Reichsschluss, publicirt wurde.

IV. Sobald Religionssachen in Frage standen, nahm der Reichstag in Folge der Itio in partes die Gestalt zweier Collegien: des Corpus Catholicorum unter dem Vorsitze von Mainz, Corpus Evangelicorum unter dem von Kursachsen (auch nach dessen Rücktritt zur katholischen Kirche), an, in denen Stimmenmehrheit entschied, während nur Einstimmigkeit beider das Reichsgutachten zu formiren vermochte.[10])

V. Jeder Kaiser sollte den ersten Reichstag zu Nürnberg[11]) halten. Die über die Zwischenräume der Reichstage erlassenen Reichsbestimmungen waren unpraktisch. Am Letztenmale wurde der Reichstag verabschiedet 1654; der Abschied dieses Jahres heisst deshalb auch der Jüngste. Der nächste 1663 zusammenberufene Reichstag gestaltete sich um zu einem unter dem Vorsitze des vom Kaiser aus dem Reichsfürstenstande bestellten Fürst-Principal-Commissarius, dem ein rechtsverständiger Commissarius als Adlatus beigegeben wurde, in Regensburg ständig tagenden Congresse der Abgeordneten der Reichsstände. Hierdurch kam das Einholen von Instructionen, mit ihm eine unendliche Geschäftsverschleppung auf, der auch durch die ordentlichen und ausserordentlichen Deputationen nur unvollkommen abgeholfen wurde.

VI. Hat der Reichstag schon im ganzen 15. Jahrhundert (§. 72. III.), obgleich ohne feste Grundsätze über Umfang und Wirkung der Theilnahme, bei

---

[10]) I. P. O. art. V. §. 52. — Die Literatur über diesen Punkt, sowie die Sammlungen der Beschlüsse des Corpus Evangelicorum siehe in Ersch Literatur S. 121. — Das Corpus Evangelicorum nahm sich seiner Glieder stets sehr warm an, während das Corpus Catholicorum nur eine sehr geringe Thätigkeit entfaltet hat, die zwar in dem Umstande mitliegt, dass die meisten protest. Territorien weniger katholische Unterthanen hatten; jedoch hätte es reichen Stoff zu grösserer gefunden.

[11]) Bulla aurea cap. XXVIII. §. 5. Karl V. in dem R.A. v. Worms v. 1521 entschuldigt ausdrücklich die Nichtansetzung in Nürnberg (Neue Samml. II. S. 172.).

Ordnung aller wichtigen Angelegenheiten intervenirt, so erhielt derselbe durch die spätern Reichsgesetze besonders die Wahlcapitulationen und den westphälischen Frieden ein formelles Mitregierungsrecht in allen nur irgend für das ganze Reich wie für die Territorien bedeutenden Angelegenheiten.[12] Die Gesammtheit der Stände trat dem Kaiser gegenüber als Reich auf; bei Kaiser und Reich ruhete thatsächlich seit dem westphälischen Frieden die Reichsregierung und Souveränetät.

VII. Ausserdem konnte der Reichstag auch auf ausserordentlichen Recurs von den Urtheilen der Reichsgerichte, im Falle einer im Reichshofrathe stattgefundenen Itio in partes und endlich dann in richterlicher Eigenschaft, als richterliche Behörde auftreten, wenn es sich um die Achtserklärung eines Reichsstandes handelte.[13]

§. 98.

4. Die Reichskreise.*)

I. Zur Handhabung des Reichsfriedens und Ausführung der Urtheile des Reichskammergerichts war auf dem Reichstage zu Worms 1495 eine jährliche Reichsversammlung angeordnet. An deren Stelle trat 1500 ein Reichs-Regiment,[1] das ständig zu Nürnberg tagen und aus einem Abgeordneten des Kaisers und zwanzig der Stände bestehen sollte. Von diesen rief man 14 speciell ins Regiment, die übrigen durch Vertretung der gleichzeitig geschaffenen sechs Kreise: bairischer, schwäbischer, fränkischer, rheinischer (s. g. oberrheinischer), westphälischer (niederrheinisch-westphälischer), sächsischer.[2] Zu diesen errichtete man 1512 noch einen österreichischen, burgundischen, kurrheinischen (umfassend die vier rheinischen Kurlande), obersächsischen (Kursachsen und Kurbrandenburg).[3]

II. Obwohl das Reichsregiment schon unter Karl V. aufhörte, blieb die

---

12) I. P. O. art. VIII. §. 2.

13) I. P. O. art. VIII. §. 3., Wahlkapitulation art. XX.

*) J. J. Moser Von d. deutsch. Kreisverfassung, Stuttg. 1773. 4. (M. Hoffmann) Versuch einer staatsrechtl. Theorie von d. deutsch. R.Kreisen überh. und d. schwäb. insbes. Kempt. 1788 f. 2 Thle.

1) Siehe die im §. 91. II. b. 3. genannten Reichsabschiede.

2) Einzelne Stände, z. B. Böhmen, die Schweiz, Preussen, Liefland u. a., übten faktisch ihre Standschaft nicht aus und wurden daher weder in Kreise eingetheilt, noch zu den namentlich bestimmten geschlagen. Oesterreich schlug man zu den namentlich vertretenen und deshalb nicht zu den Kreisen.

3) Einzelne Länder: Böhmen mit Mähren, Schlesien, Grafschaft Glatz u. a. sind niemals in die Kreise eingereiht worden.

Kreisverfassung das Mittel für Kaiser und Reich zur Durchführung der Reichsregierung und nahm allmälig die folgende Gestalt an. Jedem Kreise stand vor ein Kreis-Oberster oder Hauptmann; die Leitung kam in den einzelnen Kreisen an einen oder mehre Fürsten, welche die Kreistage ausschrieben, abwechselnd leiteten, die Reichsexecution handhabten und sonstige Angelegenheiten besorgten, die s. g. kreisausschreibenden Fürsten, Kreisdirectoren.[4])

III. Auf den Kreistagen sassen mit Virilstimmen auf gesonderten Bänken (geistliche, weltliche, Fürsten-, Grafen-, Reichsstädte-Bank) alle zur Reichsstandschaft berechtigten Glieder des Kreises, zu denen in einzelnen auch solche kamen, die keine Reichsstandschaft hatten. Die Standschaft haftete am Territorium und ging auf den neuen Erwerber über. Gang und Verhandlung bildeten sich allmälig analog den reichstäglichen aus. Ein reges Leben entwickelte nur der schwäbische, fränkische und oberrheinische Kreis, während bei dem Uebergewichte einzelner und der kleinen Anzahl grösserer Territorien in dem bairischen, niederrheinischen, westphälischen und den beiden sächsischen dafür weniger Raum war, in dem burgundischen überhaupt von keiner, im österreichischen aber kaum von Thätigkeit die Rede sein konnte.

IV. Die Geschäfte der Kreise bestanden ausser denen, welche nur die Interessen des Kreises selbst betrafen, in Handhabung der Execution, Polizei und Münzordnung; auch hatten sie für das Heerwesen Bedeutung.

§. 99.

5. Reichskriegswesen.*)

I. Die Kriegspflicht lag mit der veränderten Verfassung den Reichsständen allein ob. Von diesen wurde sie geübt durch Stellung der ihnen nach den Matrikeln (§. 91. II. c.) obliegenden Contingente, deren Aufbringung und

---

[4]) Diese waren im Bairischen mit 20 Ständen: Baiern und Salzburg — Burgundischen Oesterreich, das hier den einzigen Stand ausmachte — Fränkischen mit 23 Ständen: Bamberg u. Brandenburg — Kur- u. Niederrheinischen mit 10 Ständen: Mainz allein — Niedersächsischen mit 24 St.: Magdeburg, Bremen, Braunschweig — Oberrheinischen mit 54 Ständ.: Worms u. Simmern — Obersächsischen mit 22 St.: Kur-Sachsen — Oesterreichischen: Oesterreich; 5 Stände: Oesterr. Trient, Brixen, Deutsch. Orden, Dietrichstein — Schwäbischen mit 95 Ständen: Constanz u. Würtemberg — Westphälischen mit 54 St.: Münster, Jülich und Cleve.

*) G. F. Blum Pragmat. Erörter. der Grunds. d. deutsch. Reichskriegsverfassung, Frankf. u. Leipz. 1799. Andere siehe bei Ersch Literatur S. 123, 153.

Vgl. die §. 91. II. c. aufgezählten Reichsgesetze.

Unterhaltung Sache der einzelnen Reichskreise war, übrigens thatsächlich vom Willen der einzelnen Reichsstände fast ausschliesslich abhing.

II. Die Ordnung des Kriegswesens nebst allen auf Krieg und Frieden bezüglichen Angelegenheiten gehörte vor den Reichstag und wurde in verschiedenen Reichsgesetzen festgestellt. Die ganze Kriegsverfassung bewies sich bei jeder Gelegenheit als unbrauchbar; so oft etwas geleistet wurde, lag der Grund nur darin, dass der Kaiser aus seinen Hausländern ein bedeutendes Heer aufstellte und einzelne grössere Landesherrn ebenfalls weit über ihre reichsgesetzliche Verpflichtung hinaus Theil nahmen.

§. 100.

6. Reichsfinanzwesen.

I. Die persönlichen Einkünfte des Kaisers waren fast null, da das Reich keine Güter oder nutzbringende Rechte mehr hatte, der Erwerb und Genuss heimfallender Reichslehen nicht eintrat,[1]) Reichspfandschaften nicht eingelöst,[2]) Steuern vom Kaiser nicht auferlegt, neue Zölle oder dgl. nicht angelegt werden durften;[3]) alle von Alters her gebliebenen sonstigen Einkünfte aus Reichsstädten, von den Juden u. dgl. gleichfalls bestimmten Personen verliehen waren, die verschiedenen für die Lehensbriefe u. s. w. herkömmlichen Taxen endlich den Erbämtern bez. deren Substituten zufielen.

II. Ebensowenig gab es stehende Einnahmen zur Deckung der Reichsbedürfnisse vor dem 16. Jahrhundert; erst 1548 wurde zur Bestreitung der Kosten des Reichskammergerichts eine stehende Steuer (Kammerziele) von den Ständen übernommen, deren Umschreibung sich auf Grundlage der Matrikeln verschieden gestaltete und zuletzt in der s. g. Usualmatrikel fixirte.[4]) Für die Deckung des Aufwandes zu Reichskriegen wurde vom Reichstage eine nach dem Contingente der Stände bemessene ausserordentliche Steuer bewilligt, für die man eine Minimal-Einheit, Römermonat genannt, festsetzte, welche dann einfach oder mehrfach angenommen und erhoben wurde. Ihre Beitreibung fiel später den Kreisen anheim, war aber eine so unvollkommene, dass sie zu der Ungenügenheit der Steuer hinzugenommen die militärische Kraft des Reichs sehr lähmte.[5]) Auch die von der Reichsritterschaft gezahlten Subsidien waren unbedeutend.

---

[1]) Wahlkapit. v. 1519 §. 24., spätere art. X.

[2]) I. P. O. art. V. §. 26. Wahlkapit. art. X.

[3]) I. P. O. art. VIII. Wahlkapit. art. V. VIII.

[4]) R.A. v. 1548 (Neue Samml. II. S. 533.) §. 30—35. Die Einnahme besorgte der Pfenningmeister des Cammergerichts. Die Usual-Matrikul v. 1745 ist abgedr. das. IV. Zugabe S. 109 ff.

[5]) Vgl. die §. 91. II. b. 7. aufgezählten Reichsgesetze.

§. 101.

7. Reichspoliceiwesen. *)

Mit der zunehmenden grössern Regierungsgewalt und der abnehmenden Freiheit, wie nicht minder den namentlich in den Städten, jemehr die neuere Zeit herannahte, desto eigenthümlicher sich gestaltenden socialen Zuständen erweiterte sich fortwährend der Kreis der Gegenstände, welche der Staat in seinen Bereich zog. Neben Ordnungen zur Aufrechthaltung des Friedens und Vermeidung auch der kleinern Unordnungen (Duelle, Schlägereien, öffentliches Schelten u. dgl. m.) und der Aufsicht über das mehr und mehr verkommende Münzwesen boten vor Allem die religiösen Zustände Veranlassung zur Aufstellung präventiver Massregeln gegen Störung der Religionsübung. Hierzu kamen Festsetzungen betreffs des Gewerbetriebes, besonders des Handels mit Lebensmitteln, über Betrug durch Uebervortheilung, Wucher, über Luxus (Kleiderordnung), Missbrauch der Presse (Censur, Bücherwesen überhaupt), über öffentliche Unsittlichkeit, verbotene Verbindungen (z. B. auf Universitäten). Ein ganz neuer Gegenstand der Fürsorge des Reichs war das durch die Herrn von Taxis begründete Postwesen, welches vom K. Mathias 1615 dem Grafen Lamoral von Taxis als Reichregal zum Lehen ertheilt wurde (General-Post-Meister-Amt).[1])

---

*) Siehe die oben §. 91. II. b. 6. angeführten Reichsgesetze.

[1]) Die Geschichte ist am Besten dargestellt in von Linde, Das deutsche Postrecht nach der bundesgesetzl. Bestimmung unter Garantie acht europäischer Mächte (Archiv f. d. öff. Recht des deutsch. Bundes Bd. II. H. 2. u. 3.). Giess. 1857 S. 18 bis 143, woselbst S. 248 ff. die wichtigsten Urkunden abgedruckt sind. Die hier begründete Ansicht, dass auch nach Auflösung des Reichs, das Recht des Hauses Taxis fortdauere, entspricht sowohl der Geschichte, die den Fürsten Taxis als Reichsstand auf Grund des Reichslehens (quasi Reichs-Post-Fürstenthum) nicht eines Territoriums kennt, wie sie direct folgt aus R. D. H. S. von 1803 §. 13., dessen Entschädigung mit Ländern für die verlorenen linksrheinischen Posten keinen Sinn gehabt hätte, wenn man nicht sein Reichs-Post-Lehen einem Territorium gleich achtete, und in der D. Bundes-Akte Art. XVII. ihre deutliche Bestätigung findet, nach der das Taxis'sche Postwesen dem Hause so garantirt ist, dass nur wie bei jedem Privatrechte freie Uebereinkunft Aenderungen hervorbringt.

Drittes Kapitel.

Die Territorien.

§. 102.

1. Die Reichs-Fürstenthümer, Grafschaften.*)

I. Die Folge in die Territorien blieb in den geistlichen Ländern, deren übrigens manche im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts von weltlichen Herrn occupirt und durch den westphälischen Frieden rechtlich säcularisirt, auch einzelne zu gemischten oder geradezu protestantischen wurden, geknüpft an den Erwerb des geistlichen Amts, mit dessen Verlust das Land selbst ledig wurde (geistlicher Vorbehalt).[1] In allen weltlichen war seit dem 16. Jahrhundert die Primogeniturordnung eingeführt.

II. Grund der Landeshoheit war bei den geistlichen das mit dem Stifte u. s. w. verbundene Reichslehen, bei den weltlichen gleichfalls durchgängig das Reichslehen, einzeln aber auch die allodiale Herrschaft, immer aber der Familienbesitz. Auf die Stellung der Landesherrn haben seit Karl V. entscheidend eingewirkt: die religiösen Verhältnisse, die Kriege und Verbindungen von Reichsständen unter einander selbst gegen den Kaiser, der Ewige Landfriede und die aus ihm hervorgehende ausschliessliche Berechtigung der Landesherrn, in ihren Territorien den Landfrieden zu handhaben, als Folge hiervon und der mit Erfindung des Schiesspulvers fortfallenden bisherigen Kriegsführung die Errichtung stehender Heere, ferner die Verbindungen mit auswärtigen Fürsten, der Besitz auswärtiger Lande in der Hand einzelner Reichsfürsten, die allmählige Unterdrückung der landständischen Macht. Das

*) Die zahlreichen Schriften, ausser den Lehrbüchern des früheren Reichsstaatsrechts, welche bei Zöpfl Grundsätze des Staatsr., Zachariä Lehrb. des Staatsrechts Klüber u. a., angeführt sind, siehe in Pütter's Literatur des deutsch. Staatsr. u. bei Ersch Literatur S. 126 ff. Aus ihnen nenne ich nur: K. Sal. Zachariä Geist d. deutsch. Territorialverfass. Leipz. 1800. J. F. X. Eplen (v. Hartenstein) über d. Princip, der deutsch. Territorialverf. (gegen Zachariä) Frkf. 1803, N. T. Gönner ü. das rechtl. Princip der deutsch. Territorialverf. Landsh. 1804. — J. J. Moser V. d. deutsch. Reichsstände Landen, deren Landständen, Unterthanen u. s. w. Frankf. u. Leipz. 1769. 4. Ders. Von d. deutsch. Unterthanen Rechten u. Pflichten das. 1744. 4. J. R. v. Roth Staatsr. deutsch. Reichslande, Mainz 1790—92, 2 Thle. — J. v. Sartori geistl. u. weltl. Staatsr. der deutsch. cathol. geistl. Erz-, Hoch- u. Ritterstifter, Nürnb. 1788—91, 2 Bde. in 4 Abth.

[1]) Augsb. Religionsfriede §. 18. I. P. O. art. V. §. 15.

sind die Momente, durch welche im Einzelnen rascher oder langsamer, je nachdem alle jene Umstände und andere zusammentrafen oder nicht, geleitet die Landesherrlichkeit allmälig zur vollen Hoheit über das Land und Alles, was darin sich befand, geworden war. Der Westphälische Friede [2]) sanctionirte nur, was faktisch bestand und nicht mehr zu ändern war. Auch in der Theorie, welcher die romanisirenden Juristen bedeutenden Vorschub leisteten, erschienen die Landesherrn seitdem als Kaiser in ihrem Lande. [3]) Ihre Superioritas territorialis hatten sie in den Wahlkapitulationen und Reichsgesetzen auf die festeste Weise gesichert. Sie nahm ganz besonders durch die Vergrösserung einzelner Territorien und den Besitz auswärtiger Länder in den Händen deutscher Fürsten, so wie die Reichsstandschaft fremder Souveräne zu; denn was der eine besass, nahm der andere gern auch in Anspruch, wobei er gegenüber dem Kaiser stets auf den Beistand der Meisten rechnen konnte. Die Einwirkung des Kaisers auf die Territorialverhältnisse war gänzlich zurückgetreten; die wenigen Fälle, in denen es den Unterthanen frei stand, den Schutz des Kaisers oder der Reichsgerichte anzurufen, waren nur eine geringe Schranke. Kam eine Beschwerde vor, so bot die schleppende Justiz, die precäre Execution, vor Allem aber der dem Landesherrn nie fehlende Beistand der übrigen Stände selten eine genügende Abhülfe.

III. Auf solche Art durch das Reich wenig beschränkt, ja von ihm und auswärtigen Mächten [4]) mit völkerrechtlicher Selbstständigkeit anerkannt, ward es den meisten Landesherrn leicht, die Mitwirkung ihrer Landstände auf ein Minimum zu reduciren, selbe einzeln geradezu aufzuheben, nicht einzuberufen und namentlich in den neu erworbenen Territorien absterben zu lassen. Hieraus floss von selbst die Erstreckung der Regierung auf alle Theile des Rechtslebens, so dass öffentliches wie Privatrecht fortan in der landesherrlichen Gesetzgebung seine fast ausschliessliche Entwicklung fand. [5])

IV. Diese zunehmende Macht führte dahin, dass die verschiedenen Klassen der Einwohner vom Herrn mehr und mehr als gleichstehend angesehen wurden, an die Stelle der bisherigen Selbstregierung des Adels und der Städte stehende Behörden traten, welche anfangend von dem Geheimen Rathe (Hofrathe, Hofkanzlei u. dgl.) durch die Unterämter der Regierungen, Kreisämter, Amtmänner u. dgl. die Zweige der Regierungsgewalt handhabten, welche keine besonderen Behörden hatten, namentlich die Polizei,

---

[2]) I. P. O. art. VIII. §. 1. u. a.

[3]) „Quilibet status tantum potest in suo territorio, quantum imperator in imperio" ist die überall wiederkehrende Regel.

[4]) I. P. O. art. VIII. §. 2.

[5]) Verhältnissmässig blieb nur in wenigen Territorien theils durch den Rechtssinn der Herrn theils die Kraft der Stände die landständische Verfassung in Kraft.

Heerwesen, Einziehung der Steuern u. s. w. Für die Rechtspflege und das Domänenwesen hatte man durchgehends besondere Behörden, obwohl es auch vielfältig Collegien gab, denen Administration und Rechtspflege zustand.

V. Für die Besteuerung der Unterthanen wurde der Landesherr zunächst an keinen Consens gebunden, insoweit er dieser zur Erfüllung seiner Reichs- oder Kreis-Pflichten bedurfte[6]) oder überhaupt durch das Herkommen zur Auflage, beziehentlich Einziehung von Steuern berechtigt war.[7]) Verwarf auch der Kaiser 1671 das Gutachten des Reichstages, welches volle Freiheit der Landesherrn zur Besteuerung verlangte, so ist es doch hierzu in manchen Territorien gekommen. Die Kosten der Hofhaltung und des sich stets mehrenden Beamtenwesens, vor Allem aber die Auslagen für den Unterhalt der stehenden Heere überstiegen allmählig die Einnahmen aus den landesherrlichen Domänen und den hergebrachten Abgaben vollends. Dadurch kam es, dass die Landesherrn ihre Einkünfte für den Unterhalt ihres Hofes und ihrer Familie bestimmt, die Regierungskosten aber als eine Last des ganzen Landes betrachteten. Hierin und in dem stets wachsenden Maasse der Staats-

---

[6]) Hierüber gibt es zahlreiche Bestimmungen in den im §. 91. citirten Reichsabschieden, z. B. im R.A. von 1530 §. 118., Speyer 1542 §§. 53. 54., Nürnberg 1543 §. 24. Speyer 1544 §§. 10. 11., Augsburg 1548 §. 102. Execut. Ordn. v. 1555 §. 82., R. A. von Augsburg 1566 §. 42., Regensburg 1576 §. 11.; Augsburg 1582 §§. 10. 11., I. R. A. v. 1654 §§. 14. 160. 181. kais. Decret von 1670.

[7]) Kais. Dekr. v. 12. Febr. 1671 (Neue Samml. IV. S. 83 ff.): „. . . Als können Ihro Kayserl. Majestät zwar gnädigst gern geschehen lassen, dass es nicht allein bey angedeutetem §. Und gleichwie etc. und dann denen Churfürsten und Ständen gegen Ihren Unterthanen wegen der Reichs- und Creyss-Verfassungen, wie auch der Reichs-Anlagen, gebührendem Jure collectandi verbleibe, sondern auch jene Chur-Fürsten und Stände, so ein mehrers, als in vor- angezogenem §. begriffen, gegen Ihre Unterthanen und Landsassen rechtmässig hergebracht, dabei geschirmet und gehandhabet, die Landsassen und Unterthanen aber zu allem deme zu contribuiren angewiesen werden, was das Reich pro Securitate publica verwilliget, die Executions-Ordnung vermag, und die Lands-Defension contra quemvis aggressorem, dem Herkommen und erheischender Nothdurfft nach, erfordert.

Dass aber Ihre Kayserl. Majestät in obangezogenen neuen Vorschlag, und praetendirte Extension des §. Und gleichwie etc. ohne einigen Unterschied, und zwar Ihrer, der Chur-Fürsten, Fürsten und Stände Mediat Stände, Landsassen und Unterthanen, habenden Behelffs gantz, und zumahlen ungehört und unvernommener, willigen, und sogar die Rechts-Processe in dergleichen Materiis cassiren, und sonderlich denenselben, wann sie sich über die Billigkeit beschwert zu seyn erachten sollten, noviter, et sine cognitione causae an die Hohe Reichs-Dicasteria, entziehen sollten, darzu können Dieselbe, in Erwegung der hierbei vorgefallenen hochwichtigen Bedenken, einmahl nicht gehellen, sondern werden, um der dabey sich ereignenden Umstände willen, vielmehr gemüssiget, einen jeden bei deme, wessen er berechtiget, und wie es biss dato observirt worden, in alle Wege verbleiben zu lassen."

abgaben liegt ein Hauptmoment zur Substituirung des modernen Staatsprincips an die Stelle der mittelalterlichen Patrimonialität der Landeshoheit.

VI. Das Kriegswesen nahm mit der völlig veränderten Kampfesweise, welche den Verfall des Lehenwesens herbeiführte, einen ganz anderen Charakter an. Erhielt sich auch selbst bis in das 17. Jahrhundert der persönliche Dienst der Vasallen, so kam doch, seit K. Maximilian I. in seinen Erblanden ein stehendes Heer (Fussknechte) errichtete, in mehren grössern Territorien die gleiche Einrichtung auf. Zum grössten Theile bildete man diese Truppe aus Söldnern; der Ritterstand (Adel) trat vorzugsweise, in manchen Territorien ausschliesslich, als Officiere ein. Nach dem dreissigjährigen Kriege wurde die Errichtung der stehenden Heere allgemein; zu deren Ergänzung führte man im 18. Jahrhundert bei der Unhaltbarkeit des blossen Werbesystems die Conscription ein, welche gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts neben dem Werbesystem ziemlich allgemein angenommen wurde.

VII. So näherte sich gegen den Ausgang des Reichs die Landeshoheit faktisch der Souveränität;[8]) die Kriege Friedrichs des Grossen brachten zum Bewusstsein, dass Kaiser und Reich gegen die Stände nichts vermochten, sobald diese sich über den blossen Wortlaut der Reichsgesetze hinwegsetzend selbst gegen Kaiser und Reich mit Erfolg Krieg zu führen vermochten. Der Hubertsburger Frieden gab den Beweis, dass der Kaiser thatsächlich nur mehr ein Genosse des mächtigsten Fürsten im Reiche war und dass sich bereits zwischen den beiden Wächtern im Osten ein Dualismus gebildet habe, der den Keim einer Spaltung des Reichs in sich trug, dass überhaupt die kaiserliche Macht bei dem ersten äussern Anpralle aufhören werde, die Schranke der noch mangelnden nominellen Souveränität der Reichsfürsten zu bilden.

VIII. Je mehr unter dieser Entwicklung die Einheit und Kraft des Reichs dahinsiegte, der Verband des Kaisers mit den Reichsständen ein leerer Begriff wurde, desto kräftiger entfaltete sich die Entwicklung innerhalb einzelner Territorien, unter denen das brandenburgisch-preussische seit Friedrich II. in mancher Beziehung voranging, durch Handhabung prompter Justiz, Hebung des öffentlichen Unterrichts, Abwerfen der Schranken, welche die historische Entwicklung nach allen Richtungen hin dem Aufschwunge des individuellen Lebens derer setzte, welche keiner privilegirten Klasse angehörten. Das viele Falsche, welches die Richtung des s. g. philosophischen 18. Jahrhunderts bie-

---

[8]) Das Allodifications-Edict K. Friedrich Wilhelm's I. von Preussen v. 5. Jan. 1717, welches den Lehnsverband aufhob, constatirt am Schärfsten die neue Zeit, deren Staaten nur des Unterthansverbandes bedurften. Praktisch war das Lehnsband überall ohne Einfluss; formell blieb es in den meisten Staaten bestehen, einzeln bis auf die Jetztzeit.

tet, die materialistische unseres Jahrhunderts als Erbtheil überkam, es wird sich abstossen, wenn wir, fern von principieller Negation, von grundsätzlicher Destruction und Ueberstürzung unsere durch die Ereignisse der Revolutionen in vollem Gährungsprocesse begriffenen Rechtszustände auf dem Grunde aufbauen, der sich aus der geschichtlichen Entwicklung als fest ergibt, das Gebäude aber stützen und ausbauen mit den Elementen, welche die Entwicklung der Neuzeit als berechtigt und lebensfähig bereits herausgekehrt hat, vor Allem aber im Auge behalten, dass das wahre Wohl des Staats niemals auf den Egoismus gegründet, sondern nur von dem Principe getragen werden kann, dass Alle mit vereinten Kräften wirken sollen, damit Jedem das Seinige werde und als unerschütterliche Norm des Staatslebens der Satz gelte: Justitia est fundamentum regnorum.

§. 103.

2. Die Reichsstädte.*)

Man bestritt Seitens der Fürsten den Reichsstädten auf den Reichstagen die Berechtigung des votum decisivum, bis der westphälische Friede dasselbe ausdrücklich anerkannte[1]) und ihnen zugleich in politischer wie religiöser Beziehung[2]) die gleiche Territorialhoheit zusprach. Alle directen Beziehungen zum Reiche hatten wie bei den Territorien mit kaum zu nennenden Ausnahmen aufgehört. Verfassung und Recht bildete sich in ihnen auf der früheren Grundlage weiter, jedoch in unendlicher Mannigfaltigkeit. Mehr und mehr sank aber der alte freie Geist der Einwohner. Das Ritterthum fiel fort, die Städte bildeten aus ihren Bewohnern seit dem dreissigjährigen Kriege meist nur eine Policeiwache, während sie für Kriege Bündnisse mit fremden Staaten abschlossen, von denen sie gegen Zahlung grosser Summen Truppen zum Schutze und zur Theilnahme an dem Kriege erhielten. Im Reichsdeputationshauptschlusse liess man einige wenige Städte nur bestehen, weil man noch nicht einig werden konnte über den Genuss.

---

*) J. J. Moser. Von der Reichsstädt. Regimentsverfass. Stuttg. 1772. 4. J. F. Malblanc Abhandl. aus dem reichsstädt. Staatsr. Erlang. 1793.

[1]) I. P. O. art. VIII. §. 4.

[2]) I. P. O. art. V. §. 29.

§. 104.

3. Die Reichsritterschaft.*) Die Reichsdörfer.**)

I. In jenen Gegenden des Reichs, welche theils zufolge der Beschaffenheit des Landes, das zahlreiche Punkte bot, auf denen Herrn in festen Schlössern sitzend in der Lage waren, sich selbstständig zu behaupten, theils bei dem Verfalle der Herzogthümer und in der Uebergangsperiode zur Bildung der Landeshoheit in eine grosse Anzahl von Territorien zerfielen: Schwaben, Franken, Rheinland, gab es während des ganzen 14. und 15. Jahrhunderts eine Menge von Herrn, die theils alte Dynasten waren, theils die Grafschaft an sich gebracht, theils endlich wegen ihrer Reichsministerialenqualität reichsunmittelbare Güter besassen und deshalb in directer Verbindung mit dem Reiche blieben. Sie hatten einerseits die Theilnahme an den Reichstagen nicht zu erlangen oder zu behaupten vermocht, andrerseits aber doch durch ihre Macht bei dem Zustande jener Gegenden und vor Allem durch ihre Bemühungen zur Aufrechthaltung des Landfriedens, welchem sie durch Errichtung von Bündnissen (§. 78.) Nachdruck gaben, unter dem besondern Schutze des Kaisers,[1]) der in ihnen anhängliche und kräftige Helfer fand, faktisch ihre Unmittelbarkeit behauptet. Diese Ritterschaft zu Franken, Schwaben und Rhein-Landen ist seit dem J. 1500 unbedingt vom Reiche anerkannt und berücksichtigt worden.[2]) Ihnen wurde in Religionssachen dieselbe

---

*) C. L. Pfeiffer. Unpartheisch. Vers. eines ausführl. Staatsr. d. unmittelb. freyen R. Rittersch. Mannh. 1783, 2 Bde. J. G. Kerner allg. posit. Staatsr. d. unmitt. freyen R. Rittersch. Lemgo 1785—89, 3 Bde. J. J. Moser Verm. Nachrichten v. reichsritterschaftl. Sachen, Nürnb. u. Ulm 1772 f. 6 St. Dess. Beiträge Ulm 1775, 4 St. Dess. Neueste Gesch. der unmitt. Reichsrittersch. v. K. Matthias bis Joseph II. etc. Frankf. u. Leipz. 1755 f., 2 Thle.

**) E. L. W. Freih. von Dacheröden Versuch eines Staatsrechts, Geschichte u. Statistik der freyen Reichsdörfer in Deutschland. Leipz. 1785. 1. Theil.

[1]) K. Friedrich III. schickte den 12. Sept. 1488 ein Mandat „ad nobiles partis Kraichgoeanae," das dieselben aufforderte, dem schwäbischen Bunde beizutreten, Datt l. c. p. 287 n. 2. 3. Daselbst S. 287 ff. sind mehre hierauf bezügliche Urkunden, welche über ihre Stellung Aufschluss geben.

[2]) R.A. zu Augsburg 1500 art. XLVIII. (Neue Samml. II. S. 84.): „Wir oder der, so an Unser statt sitzen wird, und Unser verordnet Regiment, sollen und wöllen auch mit der Ritterschafft zu Francken, Schwaben und Rheinlanden ernstlich handeln und reden lassen, zu obangezeigtem Christlichen Fürnehmen, auch zu Beschirmung des H. Reichs, dieweil sie umb ihrer Vordern Verdienst willen, von demselben Reich ihr Ehr und Würde, auch den mehren Theil ihres Guts haben, ihre getreue Hülff, wie ihnen als Christglaubigen Rittern und Knechten dess Heil. Reichs wohl anstehet, zu thun." Im R.A. zu Nürnberg 1543 §. 28. (das. S. 488.) sagt der Kaiser, er wolle

Freiheit als den Reichsständen schon im Augsburger Religionsfrieden zuerkannt;[3]) bei Ausschreibung von Reichssteuern verhandelte der Kaiser mit ihnen stets besonders,[4]) ebenso zur Stellung von Truppen oder Subsidien bei Reichskriegen.[5]) Diese Stellung ist für ihre Personen und Güter in Religions- und andern landesherrlichen Rechten durch den Westphälischen Frieden und seitdem überhaupt stets anerkannt worden.[6])

II. Somit war die Reichsritterschaft im Vollbesitze der Landeshoheit, ausser wenn einem Fürsten kraft besonderer Titel das eine oder andere Recht zustand, war befreit von Reichssteuern, der Einquartierungslast, wogegen sie freiwillig s. g. subsidia caritativa, persönlichen Kriegsdienst und auch dem neu antretenden Kaiser Geschenke zu leisten pflegte. Uebrigens standen Viele aus ihr im Lehnsverbande mit Reichsfürsten. Im weitern Sinne gehörte sie auch zu den Ständen des Reichs,[7]) es wurden ihr auch die Reichsschlüsse durch Zufertigung kundgemacht. Zu den Reichsgerichten stand sie in Folge ihrer Stellung in einem andern Verhältnisse als die eigentlichen Reichsstände.

III. Das Bewusstsein nothwendigen Zusammenhaltens führte die Ritterschaft dazu, sich schon im 16. Jahrhundert eine corporative Gestaltung zu geben. Diese schuf sich die schwäbische 1530, die fränkische 1590, die rheinische 1652 durch ihre Ritterordnung; für alle war aber bereits 1577 eine gemeinsame Verbindung entstanden. Sie erscheinen seitdem als die drei Ritterkreise, welche in Ritter-Cantone und Orte zerfielen,[8]) die ein

---

auf Bitten der Stände „mit den Ritterschaften zu Schwaben, Francken und am Rhein, so ohn Mittel dem Reich zugehörig," unterhandeln u. von ihnen Geld zu dem Türkenkrieg collectiren. Ebenso im R.A. zu Speyer 1544 §. 33. (das. S. 501.).

[3]) §. 26. „Und in solchem Frieden sollen die freyen Ritterschaft, welche ohne Mittel der Kayserl. Majestät und uns unterworfen, auch begriffen seyn, also und dergestalt, dass sie obbemeldter beeder Religion halber, auch von niemand vergewaltigt, bedrängt, noch beschwert werden sollen."

[4]) Siehe noch (nota 2.) R.A. zu Regensburg 1557 (das. III. S. 144.) §. 53., R.A. zu Augsb. 1566 §. 49. (das. S. 221.), Regensb. 1576 §. 23. (das. S. 357.), Augsb. 1582 §. 22. (das. S. 402.), Regensb. 1594 §. 8. (das. S. 421.).

[5]) Die Stellen in nota 4. und R.A. v. Worms 1564 §. 21. 32. (das. S. 207.), Augsburg 1566 §. 29. (das. S. 217.).

[6]) Vgl. Prager Frieden v. 1635 §. 22. (das. S. 533.), I. P. O. art. V. §. 28. Kays. Dekret v. 1664 (Neue Samml. IV. S. 5. 7.), Reichsschluss v. 1665 (das. S. 40.), Kays. Com. Dekr. v. 1669 (das. S. 67 fg.), Wahlkapit. Franz I. (das. Anhang S. 2—34.) art. I. §. 2. 9. 10. 11., II. §. 3. III. 7. IV. 19. VIII. 16. 21. XIV. 6. XV. 2. 6. XVIII. 3. XIX. 4. XXI. 5. XXIII. 2. XXVII. 2.

[7]) Folgt aus Wahlkapitulat. art. I. §. 2.

[8]) Der schwäb. Ritterkreis hatte 5 (darunter zwei mit je 2 Bezirken), der rhein. 3 (darunter einer mit 4 Bezirken), der fränk. 6 (darunter zwei mit je 4 Bezirken) Cantone. Die Güter standen auch landesherrlichen Familien u. geistl. Landesherrn zu. Vgl. v. Lancizolle S. 34 fg.

Ritterhauptmann mit Räthen und Ausschüssen nach der Ordnung leitete. Einzeln bildeten Vertreter aller Kreise unter dem abwechselnden Directorium einen gemeinsamen Correspondenztag.

IV. Ihre exemte Stellung bewahrten sie durch das dem einzelnen Ritter und der Korporation zustehende Vorkaufsrecht bei Veräusserung von Rittergütern, das Recht des Cantons und Kreises zur Besteuerung der Unterthanen besonders behufs Aufbringung der Subsidien, die herkömmlichen Erbverzichte der Töchter. Daneben gab es Institute zur Versorgung adelicher Töchter,[9]) und andere der Art.

V. Die Reichsdörfer[10]) waren ohne Mittel unter Kaiser und Reich stehende Landgemeinden, die theils aus Reichsdomänen herrühren, theils andern Ursprungs sind; mit dem Reichsdeputationshauptschlusse verschwanden sie.

Viertes Kapitel.

Die Geburtsstände.

§. 105.

1. Der Adel.

I. Alle zur ersten Klasse der Freien gehörigen Personen: Fürsten, Grafen und Herrn erschienen mit der Ritterschaft gegenüber den andern Freien als ein Adel, Nobilitas. In diesem musste sich aber mit Rücksicht auf die thatsächlichen Verhältnisse eine scharfe Grenze zwischen jenen Reichsunmittelbaren und den adeligen Unterthanen bilden. Sie findet ihren Ausdruck in

---

[9]) Die ausschliessliche Fähigkeit des rittersch. Adels zum Eintritte in manche Stifter ist der Grund, dass auch Stifter u. Klöster ihr zum Theil angehörten. Vgl. Kerner I. S. 30 ff. — Es ist fast unmöglich (s. v. Lancizolle a. a. O. Einl. S. XXVI.) die Zahl der reichsunmittelb. Güter anzugeben; gedruckte Verzeichnisse der Güter und Familien gibt es nicht. —

Die Ganerbschaften zählt auf v. Lancizolle S. 33.

[10]) Die 8 nicht in der Kreiseintheilung begriffenen zählt auf v. Lancizolle S. 33. Er waren zuletzt 1) Alschhausen (Oberschwaben), 2) Althausen (Franken), 3) Gochsheim (Fr.), 4) Freie Leute auf der Leutkircher Heide (in Oberschw.) 5) Holzhausen (Hessen), 6) Sennfeld (Fr.), 7) Soden (Wetterau), 8) Sulzbach (Wetterau). Num. 1. 2. 4. sind jetzt würtembergisch, 3. u. 6. bairisch, 5. hessencassel., 7. u. 8. nassauisch.

dem Gegensatze des hohen (Reichs-) Adel und niedern Adel; in der Mitte stand gewissermassen die libera imperii nobilitas equestris. Jener Begriff ist übrigens ebensowenig technisch fixirt worden als die mannigfaltigen Adelsprädicate.[1]) Als aber in Folge der zahlreichen Erhebungen in den Reichsfürsten- und Grafenstand, welche bis auf Ferdinand II. die Theilnahme an den Reichstagen selbst dann bewirkten, wenn der neue Fürst oder Graf vordem blosser Ritter war, die Reichsstandschaft von dem blossen Titel gelöst wurde, bildete, obgleich ohne technische Bezeichnung, die Klasse der Fürsten, Grafen und Herrn im alten Sinne eine über den niedern Adel weit hervorragende Klasse, zu der nur kaiserliche Standeserhöhung und Admission der Genossen, welche nicht ohne die Grundlage der Reichsunmittelbarkeit erfolgte, erheben konnte.

II. Die Ritterbürtigen erhielten sich auch nach dem Absterben des Lehnswesens in seiner alten Bedeutung durch ihre Stellung zum Landesherrn, die Vorrechte ihrer Güter, befreiten Gerichtsstand, ihre ausschliessliche Befähigung zum Eintritte in die meisten Stifter u. a. als ein von den gemeinen Unterthanen ausgezeichneter Stand, zumal sich mit der Zunahme der Landeshoheit die Landesherrn am Hofe meist nur mit Adeligen umgaben. Je mehr jedoch die Regierung bureaukratische Gestalt annahm, traten neben den Adel ganze Kategorien von Beamten. Dies einerseits, das römische Recht andrerseits, lockerte mehr und mehr die alten Principien der Ebenbürtigkeit. Der Fortfall der ständischen Verfassungen vollendete die Entwicklung. Bis zum Ausgange des Reichs blieb der Adel zwar noch eine Klasse mit bestimmten Rechten, hörte jedoch mehr und mehr auf, einen schon durch die Geburt höheren und mit politischen Vorrechten ausgerüsteten Stand zu bilden. Das Moment der höheren politischen Rechte, insoweit es auch für den niedern Adel bestehen blieb, setzte man allmälig nur in den rittermässigen Grundbesitz ohne Rücksicht auf die Geburt des Besitzers. Jedoch war im Einzelnen die Entwicklung sehr mannigfach und verschieden.

§. 106.

2. Der Bürgerstand.

In den Städten gaben die Vorrechte gegenüber den Landbewohnern auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes, die Freiheit von der Leibeigenschaft und Hörigkeit, welche vor und nach die Bewohner der Landstädte gleichfalls

---

[1]) Im R.A. von 1582 wie in manchen andern unterschrieben einzelne Herrn aus dem Grafen- u. Herrnstande noch mit dem Beisatze „Semperfrey" beim Namen.

erwarben,[1]) allen Einwohnern ein gewisses gemeinsames Gepräge, zufolge dessen sie als ein eigner Stand, der Bürgerstand, erschienen. Je mehr die Feudalverhältnisse ihrem Untergange zueilten, verwischten sich die bedeutenden früheren Unterschiede zwischen den verschiedenen Klassen der Städtebewohner. Es erhielten sich zwar in manchen Städten, besonders den freien, einzelne Geschlechter (Patricier)[2]) im Genusse städtischer Vorrechte. Im Ganzen aber führte der Betrieb bürgerlicher Gewerbe, die mehr und mehr verallgemeinerte Fähigkeit aller Bürger zur Theilnahme an der Leitung städtischer Angelegenheiten die Gleichstellung der Bürger herbei. Mit der sinkenden Bedeutung der städtischen Rechte verschwand auch der alte Bürgersinn; seit dem Ende des 17. Jahrhunderts bildete sich der Begriff des Bürgerstandes als blosser Gegensatz zum Adel und Bauernstande dahin aus, dass man die Einwohner der Städte ohne Rücksicht auf ihre bürgerlichen Rechte und bürgerliche Beschäftigung im alten Sinne darunter zusammenfasste.

§. 107.

3. Der Bauernstand.

Bis ins 18. Jahrhundert blieben die alten Verhältnisse auf dem Lande, wenngleich in einzelnen Ländern vielfach modificirt, im Ganzen bestehen. Wohl aber war allmälig in vielen Territorien mit der abgeschlossenen Landeshoheit das persönliche Verhältniss ein anderes geworden. Die landesherrliche Gewalt nahm immer mehr den Charakter einer öffentlichen an; die persönliche, privatrechtliche Abhängigkeit des Landbewohners vom Gutsherrn wurde unvermerkt zur Abhängigkeit vom Territorialherrn. Dies konnte nicht ohne Einfluss bleiben auf das Verhältniss der Landbewohner zu dem Adel. Auch gegenüber den Herrschaftsbesitzern fand der Bauer allmälig Schutz beim Landesherrn; landesherrliche Behörden regierten jenen wie diesen. So wurde allmälig das persönliche Abhängigkeitsband lockerer. Als dann vollends die Kaiserin Maria Theresia und König Friedrich der Grosse die Leibeigenschaft gänzlich aufhoben, gestaltete sich das Verhältniss zu den bisherigen Herrn theils um zu einem rein privatrechtlichen, dessen Lösung für die Person möglich war, weil es nur mit Grund und Boden zusammenhing, theils blieb es noch bestehen in der Form der Unterwürfigkeit unter die den Gutsherrn belassene patrimoniale Obrigkeit, deren Handhabung die Landesregierung beaufsichtigte und leitete.

---

[1]) Ausnahmen waren aber in manchen Territorien z. B. Böhmen, Mähren u. a.

[2]) C. H. Freih. Roth von Schreckenstein. Das Patriciat in den deutschen Städten, Tüb. 1856.

Fünftes Kapitel.

§. 108.

Ueberblick über die neuere Entwicklung seit dem Untergange des Reichs.

I. Nachdem die im Lüneviller Frieden stipulirte Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich das Reich um einen grossen und schönen Theil seines Besitzthums gebracht, der Reichsdeputationshauptschluss die Verfassung des Reichs von Grund aus umgeändert hatte, ohne irgend ein haltbares Fundament zu einer Neugestaltung zu legen, bedurfte es nur noch eines äussern Impulses, um den Verband der Fürsten mit dem Kaiser und Reiche zu lösen. Der zur Rettung deutscher Ehre und zum Schutze deutscher Rechte von Oesterreich im J. 1805 unternommene, aber mit dem unglücklichen Pressburger Frieden vom 26. Dez. 1805 beendigte Krieg gab die Vielen willkommene Gelegenheit. Die alsbald von Napoleon eingeleiteten Unterhandlungen führten zur Unterzeichnung der Acte vom 12. Juli 1806, wodurch der Kaiser Napoleon mit sechszehn[1]) deutschen Fürsten den Rheinbund (Confédération du Rhin) stiftete, der unter dem Protectorate Napoleons und dem Vorsitze des Fürsten-Primas (Prince-Primat) eine nie zu Stande gekommene Bundesversammlung (Diète) zu Frankfurt am Main haben und mit Frankreich durch ein Schutz- und Trutzbündniss vereinigt sein sollte. Der Kaiser, welcher in der Voraussicht der kommenden Ereignisse bereits am 14. August 1804 den Titel eines Kaisers von Oesterreich angenommen hatte, legte sofort nach der Publikation der Rheinbundsacte in einer feierlichen Erklärung[2]) die

---

[1]) König von Baiern, K. von Würtemberg, Kurerzkanzler (Dalberg), Kurfürst von Baden, (von Napoleon creirte) Herzog von Berg und Cleve, Landgraf von H.-Darmstadt, die Fürsten von Nassau-Usingen u. N.-Weilburg, von Hohenzollern-Hechingen, H.-Sigmaringen, Salm-Salm, Salm-Kyrburg, Isenburg-Birstein, Herzog von Ahremberg, F. von Lichtenstein, Graf von der Leyen. Die Acte ist abgedr. bei Oertel S. 649 ff.

[2]) Sie lautet: „Wir Franz der Zweyte, von Gottes Gnaden erwählter römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, Erbkaiser von Oesterreich etc., König in Germanien, zu Hungarn, Böheim, Croatien, Dalmazien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Jerusalem, Erzherzog zu Oesterreich etc.

Nach dem Abschlusse des Pressburger Friedens war Unsere ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt dahin gerichtet, allen Verpflichtungen, die Wir dadurch eingegangen hatten, mit gewohnter Treue und Gewissenhaftigkeit das vollkommenste Genügen zu leisten, und die Segnungen des Friedens Unsern Völkern zu erhalten, die glücklich wieder hergestellten friedlichen Verhältnisse allenthalben zu befestigen, und zu erwar-

deutsche Kaiserkrone nieder. Kein Kurfürst, kein andrer Reichsstand erhob sich für den Fortbestand des Reichs, welches nach neunhundert achtzehnjährigem Bestande deutsche Fürsten dem fremden Despoten opferten. Auf Grund des offengehaltenen Beitritts zum Rheinbunde schlossen sich noch im selben Jahre an der als Grossherzog mit Würzburg dotirte Kurfürst von Salzburg, der Kurfürst von Sachsen unter Annahme des Königstitels, im J. 1807 Anhalt, Lippe, Reuss, Schwarzburg, Waldeck, im J. 1808 Mecklenburg und Olden-

---

ten, ob die durch diesen Frieden herbeygeführten wesentlichen Veränderungen im deutschen Reiche, es Uns ferner möglich machen würden, den nach der kaiserlichen Wahlcapitulation Uns als Reichs-Oberhaupt obliegenden schweren Pflichten genug zu thun. Die Folgerungen welche mehreren Artikeln des Pressburger Friedens gleich nach dessen Bekanntwerdung und bis jetzt gegeben worden, und die allgemein bekannten Ereignisse, welche darauf im deutschen Reiche Statt hatten, haben Uns aber die Ueberzeugung gewährt, dass es unter den eingetretenen Umständen unmöglich seyn werde, die durch den Wahlvertrag eingegangenen Verpflichtungen ferner zu erfüllen: und wenn noch der Fall übrig blieb, dass sich nach fördersamer Beseitigung eingetretener politischen Verwickelungen ein veränderter Stand ergeben dürfte, so hat gleichwohl die am 12. Julius zu Paris unterzeichnete, und seitdem von den betreffenden Theilen begnehmigte Uebereinkunft mehrerer vorzüglichen Stände zu ihrer gänzlichen Trennung von dem Reiche und ihrer Vereinigung zu einer besonderen Conföderation, die gehegte Erwartung vollends vernichtet.

Bey der hierdurch vollendeten Ueberzeugung von der gänzlichen Unmöglichkeit, die Pflichten Unseres kaiserlichen Amtes länger zu erfüllen, sind Wir es Unseren Grundsätzen und Unserer Würde schuldig, auf eine Krone zu verzichten, welche nur so lange Werth in Unsern Augen haben konnte, als Wir dem, von Kurfürsten, Fürsten und Ständen und übrigen Angehörigen des deutschen Reichs Uns bezeigten Zutrauen zu entsprechen und den übernommenen Obliegenheiten ein Genügen zu leisten im Stande waren.

Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, dass Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des deutschen Reichs gebunden hat, als gelöst ansehen, dass Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der conföderirten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das deutsche Reich los gezählt betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen.

Wir entbinden zugleich Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Constitution gebunden waren.

Unsere sämmtlichen deutschen Provinzen und Reichsländer, zählen Wir dagegen wechselseitig, von allen Verpflichtungen, die sie bis jetzt unter was immer für einem Titel gegen das deutsche Reich getragen haben, los, und Wir werden selbige in ihrer Vereinigung mit dem ganzen österreichischen Staatskörper, als Kaiser von Oesterreich unter den wieder hergestellten und bestehenden friedlichen Verhältnissen mit allen Mächten und benachbarten Staaten, zu jener Stufe des Glücks und Wohlstandes zu

burg. Dazu war auch der am 18. August 1807 creirte König von Westphalen (Hieronymus Bonaparte) gekommen.

II. Die nächste Folge des Rheinbundes waren die Souveränität und höhere Titel für dessen Glieder. Ausserdem unterwarf die Acte zur Arrondirung der Länder alle innerhalb der betreffenden Gebiete der Fürsten liegenden Territorien der Reichsfürsten und Reichsgrafen, die freien Reichsstädte und Güter der reichsunmittelbaren Ritterschaft und Ganerbschaften der Souveränität der Fürsten und erklärte jede Kraft der Reichsgesetze, insoweit nicht durch sie die ausdrücklich bezeichneten Privatrechte begründet waren, für erloschen.[3]) Es folgte jetzt eine Zeit, welche im buntesten Wechsel[4]) alte Fürstenthümer aufheben, neue Territorialbildungen entstehen, Rheinbundsfürsten zu Unterthanen werden, Deutschland zu den Füssen des fremden Gewaltherrn liegen sah. Als endlich unter der Fahne Oesterreichs und Preussens die Völker sich ermannten, in den ewig denkwürdigen Freiheitskriegen Den stürzten, welcher nichts geschont, der das Haupt der Kirche in jahrelanger Gefangenschaft gehalten, mit den Waffen des Kriegs wie der Treulosigkeit die europäische Welt vor seinem Winke zittern gemacht und endlich im Begriffe, seine euro-

---

bringen beflissen seyn, welche das Ziel aller Unserer Wünsche, der Zweck Unserer angelegensten Sorgfalt stets seyn wird.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den 6. August, im eintausend achthundert und sechsten, Unserer Reiche des Römischen und der Erblichen im fünfzehnten Jahre.

Franz

L. S.

Johann Philipp Graf von Stadion.

Ad Mandatum Sacrae Caesareae ac caes. regiae apost. Maj. proprium

Hofrath von Hudelist."

[3]) Die für das öffentliche Recht wichtigsten Bestimmungen der Rheinbundsacte sind: „Art. II. Toute loi de l'Empire germanique, qui a pu jusqu'à présent concerner et obliger Leurs Majestés et Leurs Altesses Sérénissimes les Rois et Princes et le Comte, dénommés en l'article précédant, leurs sujets et leurs Etats ou partie d'iceux, sera à l'avenir, relativement à leurs dites Majestés et Altesses et au dit Comte, à leurs Etats et sujets nulle et de nul effet; sauf néanmoins les droits acquis à des créanciers et pensionaires par le recès de mille huit cent trois, et les dispositions du paragraphe trent neuf du dit recès, relativesà l'octroi de navigation du Rhin lesquelles continueront d'être exécutées suivant leur forme et teneur.

Art. III. Chacun des Rois et Princes confédérés renoncera à ceux de ses titres qui expriment des rapports quelconques avec l'Empire germanique et le premier Août prochain il fera notifier à la Diète sa séparation d'avec l'Empire.

Art. XXVI. Les droits de souveraineté sont ceux de législation, de jurisdiction suprême, de haute-police, de conscription militaire ou de recrutement, et d'impôt."

[4]) Alle Territorialveränderungen stellt das citirte Werk v. Lancizolle's zusammen.

päische Universalmonarchie zu begründen, in den Schneefeldern Russlands seinen Stern erlöschen gesehen hatte, — da traten die kriegführenden Mächte in Wien zu dem ewig denkwürdigen Congresse zusammen. Manche hofften auf des Reiches Auferstehung. Die deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815[5]) setzte an die Stelle des ehemaligen Reiches einen völkerrechtlichen

---

[5]) Deren wichtigste hierher gehörige Bestimmungen sind:

Artikel I. Die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands, mit Einschluss I. I. M. M. des Kaisers von Oesterreich und der Könige von Preussen, von Dänemark und der Niederlande, und zwar der Kaiser von Oesterreich, der König von Preussen, beide für ihre gesammten vormals zum deutschen Reich gehörigen Besitzungen; der König von Dänemark für Holstein, der König der Niederlande für das Grossherzogthum Luxemburg, vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der deutsche Bund heissen soll.

Artikel II. Der Zweck desselben ist Erhaltung der äusseren und inneren Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten.

Artikel III. Alle Bundesglieder haben als solche gleiche Rechte. Sie verpflichten sich alle gleichmässig, die Bundesacte unverbrüchlich zu halten.

Artikel XI. Alle Mitglieder des Bundes versprechen, sowohl ganz Deutschland, als jeden einzelnen Bundesstaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen, und garantiren sich gegenseitig ihre sämmtlichen unter dem Bunde begriffenen Besitzungen.

Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schliessen.

Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art; verpflichten sich jedoch in keine Verbindung einzugehen, welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären.

Die Bundesglieder machen sich ebenfalls verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung anzubringen.

Dieser liegt alsdann ob, die Vermittlung durch einen Ausschuss zu versuchen; falls dieser Versuch fehlschlagen sollte, und demnach eine richterliche Entscheidung nothwendig würde, solche durch eine wohlgeordnete Austrägal-Instanz zu bewirken, deren Ausspruch die streitenden Theile sich sofort zu unterwerfen haben.

Artikel XIII. In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.

Artikel XIV. Um den im Jahr 1806 und seitdem mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsständen und Reichsangehörigen in Gemässheit der gegenwärtigen Verhältnisse in allen Bundesstaaten einen gleichförmig bleibenden Rechtszustand zu verschaffen, so vereinigen die Bundesstaaten sich dahin:

a) Dass diese fürstlichen und gräflichen Häuser fortan nichtsdestoweniger zu dem hohen Adel in Deutschland gerechnet werden, und ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit in dem bisher damit verbundenen Begriff verbleibt.
b) Sind die Häupter dieser Häuser die ersten Standesherrn in dem Staate, zu dem sie gehören. Sie und ihre Familien bilden die privilegirteste Klasse in demselben, insbesondere in Ansehung der Besteuerung.
c) Es sollen ihnen überhaupt in Rücksicht ihrer Personen, Familien und Besitzungen

Bund der souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands mit dem Organe einer Bundesversammlung zu Frankfurt am Main, welche fortfiel durch die

---

alle diejenigen Rechte und Vorzüge zugesichert werden oder bleiben, welche aus ihrem Eigenthum und dessen ungestörtem Genusse herrühren, und nicht zu der Staatsgewalt und den höhern Regierungsrechten gehören. — Unter vorerwähnten Rechten sind insbesondere und namentlich begriffen:

1) Die unbeschränkte Freiheit, ihren Aufenthalt in jedem zu dem Bunde gehörenden oder mit demselben im Frieden lebenden Staate zu nehmen.
2) Werden nach den Grundsätzen der früheren deutschen Verfassung die noch bestehenden Familienverträge aufrecht erhalten, und ihnen die Befugniss zugesichert, über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügungen zu treffen, welche jedoch dem Souverain vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kenntniss und Nachachtung gebracht werden müssen. Alle bisher dagegen erlassenen Verordnungen sollen für künftige Fälle nicht weiter anwendbar seyn.
3) Privilegirter Gerichtsstand und Befreiung von aller Militärpflichtigkeit für sich und ihre Familien.
4) Die Ausübung der bürgerlichen und peinlichen Gerechtigkeitspflege in erster, und wo die Besitzung gross genug ist, in zweiter Instanz, der Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizey und Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen, auch über milde Stiftungen, jedoch nach Vorschrift der Landesgesetze, welchen sie, so wie der Militärverfassung und der Oberaufsicht der Regierungen über jene Zuständigkeiten unterworfen bleiben.

Bei der näheren Bestimmung der angeführten Befugnisse sowohl, wie überhaupt und in allen übrigen Punkten wird zur weiteren Begründung und Feststellung eines in allen deutschen Bundesstaaten übereinstimmenden Rechtszustandes der mittelbar gewordenen Fürsten, Grafen und Herren die in dem Betreff erlassene Königl. Baierische Verordnung vom Jahr 1807 als Basis und Norm unterlegt werden.

Dem ehemaligen Reichsadel werden die sub Nro. 1 und 2. angeführten Rechte, Antheil der Begüterten an Landstandschaft, Patrimonial- und Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizey, Kirchenpatronat, und der privilegirte Gerichtsstand zugesichert. Diese Rechte werden jedoch nur nach der Vorschrift der Landesgesetze ausgeübt.

In den durch den Frieden von Lüneville vom 9. Febr. 1801 von Deutschland abgetretenen und jetzt wieder damit vereinigten Provinzen werden bei Anwendung der obigen Grundsätze auf den ehemaligen unmittelbaren Reichsadel diejenigen Beschränkungen statt finden, welche die dort bestehenden besondern Verhältnisse nothwendig machen.

Artikel XVI. Die Verschiedenheit der christlichen Religionspartheien kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sey, und wie insonderheit denselben der Genuss der bürgerlichen Rechte gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne; jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens

mit Beschluss vom 12. Juli 1848 erfolgte Uebergabe ihrer „verfassungsmässigen Befugnisse und Verpflichtungen“ an den von der constituirenden deutschen Nationalversammlung erwählten Erzherzog Johann als deutschen Reichsverweser. Die „Grundrechte des deutschen Volks“ vom 21. December 1848 wurden in manchen Ländern eingeführt, in den folgenden Jahren wieder aufgehoben. Eine Reichsverfassung ward von der Nationalversammlung festgesetzt, am 28. März 1849 der König von Preussen von dieser Versammlung zum erblichen Kaiser mit 290 Stimmen (248 enthielten sich der Abstimmung) erwählt. Friedrich Wilhelm IV. lehnte am 28. April Krone und Reichsverfassung ab, die Nationalversammlung zerfiel, die meisten Mitglieder folgten dem Rufe ihrer Landesherrn, der Rest beschritt den Weg der Revolution und ward mit ihr überwunden. Nachdem dann auch das Dreikönigsbündniss (Preussen, Sachsen, Hannover) vom 26. Mai 1849, die Beitritte andrer deutscher Fürsten, die Gothaer Versammlung vom 26. bis 28. Juni 1849, das Unionsparlament von Erfurt vom 20. März bis 29. April 1850, der Berliner Fürstencongress vom 9—16. Mai 1850, durch das Widerstreben namentlich der süddeutschen Fürsten, ein Deutschland ohne Oesterreich sich constituiren zu lassen, und die Proteste Oesterreichs zu keinem praktischen Resultate geführt hatten,

---

bis dahin die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.

Artikel XVIII. Die verbündeten Fürsten und freien Städte kommen überein, den Unterthanen der deutschen Bundesstaaten folgende Rechte zuzusichern:

a) Grundeigenthum ausserhalb des Staats, den sie bewohnen, zu erwerben und zu besitzen, ohne desshalb in dem fremden Staate mehreren Abgaben und Lasten unterworfen zu seyn, als dessen eigene Unterthanen.

b) Die Befugniss:

1) des freien Wegziehens aus einem deutschen Bundesstaat in den andern, der erweislich sie zu Unterthanen annehmen will, auch

2) in Civil- und Militärdienste desselben zu treten, beides jedoch nur insofern keine Verbindlichkeit zu Militärdiensten gegen das bisherige Vaterland im Wege stehe; und damit, wegen der dermalen vorwaltenden Verschiedenheit der gesetzlichen Vorschriften über Militärpflichtigkeit, hierunter nicht ein ungleichartiges, für einzelne Bundesstaaten nachtheiliges Verhältniss entstehen möge, so wird bei der Bundesversammlung die Einführung möglichst gleichförmiger Grundsätze über diesen Gegenstand in Berathung genommen werden.

c) Die Freiheit von aller Nachsteuer (jus detractus, gabella emigrationis), insofern das Vermögen in einen andern deutschen Bundesstaat übergeht und mit diesem nicht besondere Verhältnisse durch Freizügigkeits-Verträge bestehen.

d) Die Bundesversammlung wird sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleichförmiger Verfügungen über die Pressfreiheit und die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck beschäftigen.

auch der Reichsverweser schon am 20. December 1849 an die zufolge Vertrags Oesterreichs und Preussens vom 30. September 1849 behufs eines bis zum 1. Mai 1850 dauernden Interim aus zwei österreichischen und zwei preussischen Bevollmächtigten zusammengesetzte provisorische Bundescentralcommission seine Centralgewalt übergeben hatte, wurde auf Oesterreichs Einladung im Mai 1850 das Plenum der Bundesversammlung einberufen. Preussen gab seinen Widerstand im November auf und so besteht denn wieder als einziges, alle deutschen Staaten umfassendes Band der deutsche Bund mit seiner Bundesversammlung.[5])

III. Rücksichtlich der Einzelstaaten wurde die Bestimmung des Reichsdeputationshauptschlusses, welche die Verfassung der Entschädigungslande garantirte, allgemein ignorirt. Im Verlaufe der Kriege bis auf den Wiener Congress waren in den meisten Staaten die Verfassungsverhältnisse gänzlich umgekehrt worden. Nur sehr vereinzelt erhielt sich das alte ständische Wesen.[6]) Die deutsche Bundesacte und Wiener Schlussacte vom 15. Mai 1820[7]) sicherten allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung zu. In

---

[5]) Es liegt der Rechtsgeschichte fern, mehr als eine Uebersicht zu geben. Für die genauere Entwicklung und die Literatur verweise ich auf das Staatsrecht von Zachariä und die Grundsätze des Staatsrechts von Zöpfl; letzteres Werk geht besonders auf die neueren Verhältnisse sehr genau ein.

[6]) So in den österreichischen Erblanden, in denen freilich schon seit dem Ende des 16. Jahrhunderts bedeutende Veränderungen stattgefunden hatten, bis auf das Jahr 1848.

[7]) Art. 54. Da nach dem Sinn des dreizehnten Artikels der Bundesacte und den darüber erfolgten spätern Erklärungen, in allen Bundesstaaten landständische Verfassungen statt finden sollen, so hat die Bundesversammlung darüber zu wachen, dass diese Bestimmung in keinem Bundesstaate unerfüllt bleibe.

Art. 55. Den souverainen Fürsten der Bundesstaaten bleibt überlassen, diese innere Landesangelegenheit mit Berücksichtigung sowohl der früherhin gesetzlich bestandenen ständischen Rechte, als der gegenwärtig obwaltenden Verhältnisse zu ordnen.

Art. 56. Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmässigem Wege wieder abgeändert werden.

Art. 57. Da der deutsche Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten besteht, so muss, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben, und der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.

Art. 58. Die im Bunde vereinten souverainen Fürsten dürfen durch keine landständische Verfügung in der Erfüllung ihrer bundesmässigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden.

Art. 59. Wo die Oeffentlichkeit landständischer Verhandlungen durch die Ver-

einigen Staaten, die zum Theil niemals ständische Verfassungen gehabt hatten (Baden, Nassau), und den meisten andern wurde bald nach dem J. 1815 das Verfassungswerk begonnen, welches im Ganzen zu Verfassungen führte, die ein Gemisch von ständischem Wesen und nordamerikanisch-französischem Constitutionalismus bilden; in einigen (Oesterreich, Lauenburg, Mecklenburg) blieben die alten ständischen Ordnungen mit Hinzukommen einzelner Modifikationen in Kraft; in wenigen endlich (Preussen, Oldenburg) wurden gar keine Gesammtverfassungen gegeben, obwohl man auch die verschiedenen alten nicht bestehen liess. Das Jahr 1848 schien den ganzen bisherigen Staatsorganismus zusammenbrechen zu wollen. Dessen Ereignisse waren auf die Verfassungen aller Länder von Einfluss. Die meisten derselben wurden revidirt; wo noch keine oder keine Gesammtverfassungen waren, solche gegeben. Nachdem aber das Verfassungswerk des gesammten Deutschlands gescheitert war, wurden in den einzelnen Ländern theils die Verfassungen des J. 1848 wieder aufgehoben, theils wenigstens revidirt. Im Verlaufe der folgenden Jahre hatten alle deutsche Länder bis auf Oesterreich Verfassungen erhalten; das Manifest und Diplom des Kaisers von Oesterreich vom 20. Oktober 1860 sichert allen Kronländern zu ihre historische Selbstständigkeit und Landtage, während es

---

fassung gestattet ist, muss durch die Geschäftsordnung dafür gesorgt werden, dass die gesetzlichen Gränzen der freien Aeusserung, weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck, auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaats oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden.

Art. 60. Wenn von einem Bundesgliede die Garantie des Bundes für die in seinem Lande eingeführte landständische Verfassung nachgesucht wird, so ist die Bundesversammlung berechtigt, solche zu übernehmen. Sie erhält dadurch die Befugniss, auf Anrufung der Betheiligten, die Verfassung aufrecht zu erhalten, und die über Auslegung oder Anwendung derselben entstandenen Irrungen, so fern dafür nicht anderweitig Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, durch gütliche Vermittelung oder compromissarische Entscheidung beizulegen.

Art. 61. Ausser dem Fall der übernommenen besonderen Garantie einer landständischen Verfassung, und der Aufrechthaltung der über den dreizehnten Artikel der Bundesacte hier festgesetzten Bestimmungen, ist die Bundesversammlung nicht berechtigt, in landständische Angelegenheiten, oder in Streitigkeiten zwischen den Landesherren und ihren Ständen einzuwirken, so lange sie nicht den im sechs und zwanzigsten Artikel bezeichneten Charakter annehmen, in welchem Falle die Bestimmungen dieses, so wie des sieben und zwanzigsten Artikels auch hiebei ihre Anwendung finden. — Der sechs und vierzigste Artikel der Wiener Congressacte vom Jahre achtzehnhundert und fünfzehn, in Betreff der Verfassung der freien Stadt Frankfurt, erhält jedoch hiedurch keine Abänderung.

Art. 62. Die vorstehenden Bestimmungen in Bezug auf den dreizehnten Artikel der Bundesacte sind auf die freien Städte in so weit anwendbar, als die besondern Verfassungen und Verhältnisse derselben es zulassen."

für die gemeinsamen Angelegenheiten einen Reichsrath durch Wahl der Stände und Berufung der Krone aufstellt bez. festhält. Der Charakter der deutschen Verfassungen ist ein höchst mannigfaltiger; er bewegt sich zwischen der reinsten ständischen Form (Mecklenburg) und dem vollendeten Constitutionalismus.[8])

---

[8]) Die Verfassungsurkunden der deutschen Staaten siehe in H. A. Zachariä die deutschen Verfassungsgesetze der Gegenwart, einschl. der Grundgesetze des deutsch. Bundes u. den das Verfassungsr. der Einzelstaaten direct betreffenden Bundesbeschlüssen, Götting. 1855.

ZWEITES BUCH.

Geschichte des Gerichtswesens.*)

Erstes Kapitel.

Richter. Gericht. Gerichtsstand.

I. Die ältere (fränkische) Zeit.

§. 109.

a. Gang der Entwicklung.

I. Seitdem es ein geordnetes Gemeinwesen gab, bot sich dem in seinem durch die Gemeinde geschützten Frieden Verletzten die Möglichkeit dar, für die ihm zugefügten Rechtsverletzungen vor der Gemeinde als dem Ge-

---

*) Von ältern Werken: Hauschild Gerichtsverfassung der Teutsehen wie solche vom 8. bis zum 14. Seculo üblich gewesen, Leipz. 1741. Carl Phil. Kopp Ausführl. Nachricht von der ältern u. neuern Verfassung der Geistl. u. Civilgerichten in den fürstl. Hessen-Casselliscben Landen. Th. I. (histor.) Cassel 1769. 4. J. J. Moser Von der Teutschen Justiz-Verfassung, Frkf. u. Leipz. 1775. 4. Ders. Von der Landes-Hoheit in Justiz-Sachen, Frkf. u. Leipz. 1773. 4. Von neuern: K. A. Rogge Gerichtswesen der Germanen, Halle 1820. G. Ludw. Maurer Geschichte des altgermanischen namentlich altbairischen öffentlichen mündlichen Gerichtsverfahrens u. s. w. Heidelb. 1824. 4. A. Buchner Das öffentliche gerichtliche Verfahren nach altdeutscher Rechtspflege, Erlang. 1825. Freih. Max v. Freyberg Ueber das altdeutsche öffentliche Gerichtsverfahren, Landshut 1824. J. W. Chr. Steiner über das altdeutsche und insbesondere altbairische Gerichtswesen in Bezug auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Aschaffenb. 1824. F. W. Unger Die altdeutsche Gerichtsverfassung, Götting. 1842. Heinr. Siegel Geschichte des deutschen Gerichtsverfahrens. Bd. I. (das altdeutsche umfassend), Giessen 1857. —

richte Genugthuung zu fordern. Dabei blieb aber die persönliche Freiheit so sehr gewahrt, dass nur, wo die Gemeinde selbst verletzt war, ein Einschreiten derselben stattfinden konnte, für alle übrigen Fälle sein verletztes Recht zur Geltung zu bringen der Eigenmacht des Einzelnen und der Familie zustand.[1]) Bald bildete sich ein Unterschied, je nachdem die Verletzung gegen die Person oder das Vermögen gerichtet war. Für jenen Fall, bei dem die individuelle Freiheit und die Familie am directesten betheiligt ist, musste man durch die Erfahrung, dass mit der Rache und ihrem Ausdrucke der Fehde in manchen Fällen der Gemeinfrieden selbst beinahe unverträglich sei, dahin kommen, anstatt der Blutrache eine Sühne, Busse, Compositio, anzunehmen.[2]) Immerhin aber blieb bis in die karolingische Zeit das Recht, in gewissen Fällen die Selbstrache üben zu dürfen.[3])

II. Um das Friedenswerk herbeizuführen, ordnete man schon frühzeitig einzelne Männer aus der Gemeinde als Vermittler, Schiedsmänner ab.[4])

---

[1]) Vgl. §. 10., §. 11. VIII., §. 13., §. 14.

[2]) Tacitus Germ. cap. 12. 21. (S. 28. Anm. 19.).

[3]) Lex Fris. II. §. 1. „Si nobilis nobilem per ingenium alio homini ad occidentem exposuerit, et is qui eum occidit patria relicta profugerit, qui eum exposuit tertiam partem leudis componat. §. 2. Si uero homicida non fugerit, nihil soluat, sed tantum inimicitias propinquorum hominis occisi patiatur, donec quomodo potuerit eorum amicitiam adipiscatur. §. 3. Si autem hoc fecisse dicitur, et negauerit, cum tres sacramentalibus iuret, si ille qui hominem occidit profugium fecit; sin uero homicida infra patriam est, expositor nihil iuret, sed tantum inimicitias propinquorum occisi hominis patiatur, donec cum eis quoquo modo potuerit in gratiam reuertatur." §§. 4—10. enthält analoge Bestimmungen für die übrigen Volksklassen. Sodann heisst es: „Haec Vvlemarus addidit: Si quis seruum, aut ancillam, caballum, bouem, ouem, uel cuiuscunque generis animal, uel quodcunque homo ad usum necessarium in potestate habuerit, arma, uestem, utensilia quaelibet, et pecuniam, alii ad auferendum exposuerit, si ille qui abstulit patria profugerit, expositor tertiam portionem compositionis exsoluat, aut si negare uoluerit, maiori uel minori sacramento, prout qualitas pecuniae fuerit, se excusare debet; si qui abstulit, non profugit, expositor nec iuret, nec soluat, sed tantum inimicitias portet eius cuius pecuniam abstulit." Lex Saxonum XVIII. „Litus si per jussum vel consilium domini sui hominem occiderit ut puta nobilem, dominus compositionem persolvat vel faidam portet. Si autem absque conscientia domini hoc fecerit, dimittatur a domino et vindicetur in illo et aliis septem consanguineis ejus a propinquis occisi, et dominus liti se in hoc conscium non esse cum undecim juret."

[4]) Dies sind die Sacebarones der Lex Sal. LIV.: „Si quis grafionem occiderit, 24000 dinarios qui faciunt solidos 600 culpabilis iudicetur. 2. Si quis sacebarone (aut obgrafionem) occiderit qui puer regis fuit, 1200 dinarios qui faciunt solidos 300 culpabilis iudicetur. Si quis sacebarone qui ingenuus est occiderit, 24000 dinarios qui faciunt solidos 600 culpabilis iudicetur. 3. Sacebaronis vero in singulis mallobergis plus quam tres non debent esse. et de causa aliquid id est quod eis solvitur factum

Gelang die Vermittlung, so ersetzte das an den Schiedsmann zu zahlende fredum, Friedensgeld, und das an den Verletzten oder dessen Familie zu entrichtende Wergeld[5]) die Rache. Allmälig wurde diese Sühne durch Geld und Geldeswerth unter dem Einflusse des Christenthums so zur Regel, dass man die Annahme des angebotenen Wergeldes sowie die Zahlung des geforderten geradezu gebieten konnte.[6]) Damit war aber gleichzeitig das

---

dixerint, hoc ad grafionem non requiratur unde illi securitatem fecerunt." Diese neuerdings von Siegel a. a. O. S. 24 ff. ausgeführte Ansicht halte ich für die dem Texte am meisten entsprechende. Ueber andere Ansichten siehe Maurer a. a. O. S. 19 ff., Eichhorn R.G. §. 75., v. Savigny Gesch. d. röm. Rechts II. S. 263., v. Daniels Gesch. u. Syst. des franz. Civilproc. I. S. 75 ff., Gengler Grundr. S. 391., der andre Literatur anführt. Vgl. auch Grimm R.A. S. 783.

[5]) Oben S. 28.

[6]) Cap. Karoli M. Francicum a. 779 (Leg. I. p. 36 sqq.) c. 22. „Si quis pro faida precium recipere non vult, tunc ad nos sit transmissus, et nos eum dirigamus ubi damnum minime facere possit. Simili modo et qui pro faida pretium solvere noluerit, nec iustitiam exinde facere, in tali loco eum mittere volumus, ut pro eodem maius damnum non crescat." Cap. Aquisgran. a. 802. c. 32. (ib. p. 95.) „Homicidia, pro quibus multus Deo perit populus christianus, omni contextatione deserere ac vetare mandamus; qui ipse Dominus audivit et inimicitie suae fidelibus contradixit, multommagis homicidia. Quomodo enim secum Deum placatum fore confidit, qui filium suum proximum sibi occiderit? Qualiter vero Christum dominum sibi propitium esse arbitretur, qui fratrem suum interficerit? Magnum quoque et inhabitaculum periculum est cum Deo patre, et Christo coeli terrae dominatore, inimicitias hominum moveretur, quos aliquit tempus latitando effugere potest, sed tamen casu aliquando in manus inimicorum suorum incidit; Deum autem ubi effugere valet? cui omnia secreta manifesta sunt, qua temeritate eius iram quis extimat evadere? Qua ne propter populus nobis ad regendum comissos hoc male pereat, hoc omni disciplina devitare praevidimus; quia nos nullo modo placatum vel propitius habere, qui sibi Deum iratum non formidaverit: sed saevissima districtione vindicare vellimus qui malum homicidii ausus fuerit perpetrare. Tamen ne etiam peccatum adcrescat, ut inimicitia maxima inter christianos non fiat, ubi suadentes diabulo homicidia contingant, statim reus ad suam emendationem recurrat, totaque celeritate perpetratum malum ad propinquos extincti digna compositionem emendet. Et hoc firmiter banniamus, ut parentes interfecti nequaquam inimicitia super commissum malum adaugere audeant, neque pacem fieri petenti denegare, sed datam fidem paratam compositionem recipere; et pacem perpetuam reddere, reum autem nullam moram compositionis facere. Ubi autem hoc peccatorum merito contingerit, ut quis vel fratres vel propinquum suum occiderit, statim se ad poenitentia sibi compositam sumit, et ita ut episcopus eius sibi disponat absque ulla ambiguitate, sed iuvante Domino perficere suum remedium studeat, et componat occisum secundum legem, et cum propinquis suis se omnino complaceat, et data fidem ullam inimicitiam exinde movere nemo audeat. Qui autem digna emendationem facere contemserit, hereditatem privet usque ad iudicium nostrum." Cap. in Theodonis villa a. 805. c. 5. (ib. p. 133.) „De armis infra patria non portandis, id est scutis et lanceis et loricis. Et si faidosus

Vermittleramt fortgefallen, das Friedensgeld zu einer Sühne geworden für die Verletzung der öffentlichen Rechtsordnung, des Gemein-Königs-Friedens, neben dem Wergelde als der Entschädigung für die Verletzung des individuellen und Familienfriedens.

III. Auch rücksichtlich des Vermögens stand das Recht der Selbsthülfe zu, namentlich in der Form der Pfändung[7]) wegen offenkundiger und pfandbarer Schulden, als Recht abhanden gekommene Sachen mit Gewalt während einer bestimmten Zeit, ohne Gewalt allgemein zu verfolgen. Während nun in dem erstern Falle die Selbsthülfe mehr und mehr aufhörte, bis sie im Mittelalter auf's Neue auflebte,[8]) blieb die Eigenmacht im letztern zu Recht bestehen bis auf die neuere Zeit.[9])

IV. Getreu der alten Grundlage behielt das Verfahren bis in die späteste Zeit wegen seines formellen, dem Willen der Parteien vielfach überlassenen Ganges den Charakter eines scheinbaren Kampfes bei,[10]) der nach festen Regeln, anstatt zwischen den streitenden Parteien allein, vor der Gemeinde stattfand. Im engsten Zusammenhange mit der Gerichtsversammlung, dem Gerichte als der Gemeinde, Gemeindeversammlung, steht die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit aller Akte, endlich der Einfluss, welchen die politische Stellung in der Gemeinde, der Stand, auf das Verfahren selbst ausübte.

---

sit, discutiatur tunc quis e duobus contrarius sit ut pacati sint; et distringantur ad pacem, etiamsi noluerint. Et si aliter pacificare nolunt, adducantur in nostram praesentiam. Et si aliquis post pacificationem alterum occiderit, conponat illum, et manum quam periuravit perdat, et insuper bannum dominicum solvat." Cap. legibus addenda a. 817 c. 13. (ib. p. 212.) „De faidis cohercendis. Si quis aliqua necessitate cogente homicidium conmisit, comes in cuius ministerio res perpetrata est, et conpositionem solvere, et faidam per sacramentum pacificari faciat. Quod si una pars ei ad hoc consentire noluerit, id est aut ille qui homicidium conmisit, aut is qui conpositionem suscipere debet, faciat illum qui ei contumax fuerit ad praesentiam nostram venire, ut eum ad tempus quod nobis placuerit in exilium mittamus, donec ibi castigetur, ut comiti suo inoboediens esse ulterius non audeat, et maius damnum inde non adcrescat." Cap. a. 832 (ib. p. 363.) c. 9. „Si quis per faida pretium recipere non vult, tunc ad nos sit transmissus, et nos eum dirigamus ubi damnum minime facere possit. c. 10. Simili modo et qui pro faida pretium solvere noluerunt nec iustitiam exinde facere, in tali loco eum mittere volumus, ut pro eodem maior damnum non crescat."

[7]) Siehe Wilda Das Pfändungsrecht in Zeitschr. f. deutsches Recht I. S. 176 ff., Siegel Gesch. I. S. 35 ff.

[8]) Vgl. Oben §. 78.

[9]) Vgl. das Privatrecht Kap. III. Abth. V.

[10]) Siehe Grimm R.A. S. 854.

§. 110.

b. Richter. Gericht.

I. In der ältesten Zeit fällt das Gericht zusammen mit der Volksversammlung, deren Vorsitzender als Richter, judex, fungirt, in frühester Zeit ein Priester,[1]) der König, in den Centenen der Centenarius, die principes.[2])

II. Im Frankenreiche steht die ordentliche Gerichtsbarkeit über alle Freie des Gaues, der Grafschaft zu dem Grafen, unter ihm dem Centenar, über ihm dem Missus, dem König und dessen Stellvertreter dem Pfalzgrafen. Das Gericht, dem diese vorsitzen, ist das echte, rechte Ding. Zu dessen Schutz hat der Graf den Königsbann; auf seine Uebertretung folgt die Bannbusse (bannus).[3]) Unter Königsbann wird gerichtet vom Grafen selbst in allen Dingen, welche die Stellung des Freien in Gemeinde und Staat angehen, seine Freiheit, seinen Leib oder sein echtes Eigen betreffen,[4]) während in geringern Sachen das Gericht unter dem eignen Bann (Grafenbann) hinreicht,[5]) weshalb auch der Centenarius und Vicarius Richter sein kann.

III. Neben diesen öffentlichen aus königlicher Uebertragung handelnden Richtern hatte sich die Gewalt der Immunitätsherrn zu einer förmlichen Gerichtsbarkeit ausgebildet, welche jener gegenüber den Charakter einer privaten trägt, nicht mit dem Königsbanne geschützt war. Ausgeübt wurde

---

[1]) Tacitus Germ. c. 11. Oben §. 14. N. 2. Vgl. Grimm R.A. S. 272.

[2]) Oben §. 13. Roth Gesch. des Beneficialwesens S. 3—11.

[3]) §. 47. N. 5. Dazu Grimm R.A. S. 657. 732. — Der Königsbann betrug 60 solidi. Ueber ihn s. besonders Waitz Verfassungsgeschichte Bd. III. (Kiel 1860, ist mir erst während des Drucks der 2. Lief. zugekommen) S. 272 ff.

[4]) Cap. Langob. 802 c. 14. (Leg. I. p. 104.) „Ut ante vicarios nulla criminalis actio diffiniatur, nisi tantum leviores causas quae faciles possunt diiudicari; et nullus in eorum iudicio aliquis in servitio hominem conquirat, sed per fideiussores remittatur usque in praesentiam comitis. Et ingenuos homines nulla placita faciant custodire, postquam illa tria custodiant placita quae instituta sunt, nisi forte contingat, ut aliquis aliquem accuset; excepto illos scabinos qui cum iudicibus resedere debent.“ Cap. Aquisgr. 810 c. 2. (ib. p. 162.) „Ut ante vicarium et centenarium de proprietate aut libertate iudicium non terminetur aut adquiratur, nisi semper in praesentia missorum imperialium, aut in praesentia comitum.“ Cap. Aquisgran. 812 c. 4. (ib. p. 174.): „Ut nullus homo in placito centenarii, neque ad mortem neque ad libertatem suam amittendam, aut ad res reddendas vel mancipia, iudicetur; sed ista aut in praesentia comitis vel missorum nostrorum iudicentur.“ Aquisgran. 817 c. 11. Cap. Aquisgran. 817 alia capitula c. 11. (ib. p. 215.) „Omnis controversia coram centenario definiri potest, excepto redempcione terrae et mancipiorum, quae nonnisi coram comite fieri potest.“

[5]) Lex Sal. Tit. I. „De mannire.“ LVI. Derselbe betrug 15 solidi.

sie durch die Vertreter der Immunität.[6]) Jedoch war schon zur karolingischen Zeit an die Besitzer der Immunitäten vielfach die gräfliche Gerichtsbarkeit gekommen.

IV. Vor Gericht wurden ausser den Streitigkeiten und der Untersuchung der Verbrechen auch alle wichtigeren Rechtsgeschäfte vorgenommen. Dies war theils geradezu geboten, theils geschah es herkömmlich in Folge des Grundcharakters der Gerichtsversammlung, der Bedeutung mancher Akte für das öffentliche Recht und der Rechtsbildung jener Zeit.[7])

---

[6]) Vgl. §. 50. Die dort abgedruckten Stellen geben über das Verhältniss der Eigengerichtsbarkeit zur gräflichen genügenden Aufschluss.

[7]) L. Sal. XXVI. Ripuar. LVII. 1. „Si quis libertum suum per manum propriam seu per alienam in praesentia Regis secundum legem Ripuariam ingenuum demiserit per denarium, et eiusdem rei chartam acceperit, nullatenus eum permittimus in servitium inclinare sed sicut reliqui Ripuarii liber permaneat.“ L. Sal. XLIV. De reipus. 1. Sicut adsolit homo moriens et viduam demiserit, qui eam voluerit accipere, antequam accipiat ante thunginum aut centenario. Hoc est ut thunginus aut centenarius mallum indicat et in ipso mallo scutum habere debet et tres homines tres causas demandare debent. Et tunc ille, qui viduam accipere debet, tres solidos aequos pensantes et dinario habere debet, et tres erunt qui ipsos solidos pensare vel probare debent, et hoc factum si eis convenerit accipiat. Si vero istud non fecerit et sic eam acciperit, malb. reipus nihil sinus hoc est 2500 dinarios qui faciunt solidos 62½ culpabilis iudicetur, cui reipi debentur exsolvere debet. Si vero quod superius diximus omnia secundum legem impleverit, 3 solidos (et dinario) ille cui reipi debentur accipiat. 2. Hoc discernendum est cui reipi debeantur. Si nepus sororis filius fuerit senussimus, ipse eos accipiat. si vero nepus non fuerit, neptis filius senior eos accipiat. si vero neptis filius non fuerit, consobrine filius qui ex materno genere venit ille eos accipiat. Si vero nec consobrine filius fuerit, tunc avunculus frater matris reipus accipiat. si vero nec avunculus fuerit, tunc frater illius qui eam mulierem ante habuit si in hereditatem non est venturus ipse reipus accipiat. si nec ipse frater fuerit, qui proximior fuerit extra superius nominatos qui singulatim secundum parentilla dicti sunt ad sexto genuculo, si in hereditatem illius mariti defuncti non accedat, ipse reipus accipiat. iam post sexto genuculo si non fuerint, in fisco reipus ipse vel causa quae inde orta fuerit colligatur.“ XLVI. „De adfathamire hoc convenit observare, ut thunginus aut centenarius mallum indicant et scutum in ipso mallo habere debent et tres homines tres causas demandare debent. et postea requirant hominem qui ei non perteneat et sic fistucam in laisum iactet, et ipse in cuius laisum fistucam iactavit de furtuna sua quantum dare voluerit aut totam furtunam cui voluerit dare. Ipse in cuius laisum fistucam iactavit in casa ipsius manere debet et hospites tres suscipere debet et de facultate sua de quantum ei datur in potestatem suam habere debet. Et postea ipse cui scutum creditum est ista omnia cum testibus collectis agere debet. postea aut ante regem aut in mallo illi cui furtuna sua depotavit reddere debet et accipiat fistucam, in mallo ipso ante duodecim menses quos heredes appellavit in laisum iactet nec minus nec maius nisi quantum ei creditum est. Et si contra hoc aliquis aliquid dicere voluerit, debent tres testes iurati dicere, quod ibi fuissent in mallo quem thunginus aut centenarius indixerunt et quomodo vidissent hominem illum qui furtuna sua dare voluerit in laisum

V. Während in der merovingischen Periode das Gericht vor dem König oder seinem Stellvertreter in beiden Richtungen vielfach neben dem des Grafen thätig war, ohne dass eine feste Grenze bestand,[8]) erscheint dasselbe in der karolingischen Zeit als ein wirklich höheres Gericht für die Rechtsstreitigkeiten der Grossen unter einander, für deren Vergehen und für jene Fälle, in denen die Macht der Grafen nicht ausreichte, von ihnen das Recht verweigert wurde oder das directe Interesse des Königs und Reichs in Betracht kam.[9])

---

illius quem elegit fistucam iactare. nominare debent denominatim illum qui festucam in laiso iactat et sic fortuna sua in laiso iactitur, et illum quem heredem appellat similiter nominent. et alteri tres testes iurati dicere debent, quod in casa illius qui furtuna sua donavit ille in cuius laiso fistuca iactata est ibidem mansisset et hospites tres aut amplius collegisset et in beodum pultis manducassent et testes collegisset et hospites illi tres aut amplius de susceptione gratias egissent. Ista omnia illi alii tres testes iurati dicere debent. Et hoc quod in mallo aut ante regem vel in legitimo (mallo) publice ille qui accepit in laiso furtuna ipse ante regem aut in mallo publico legitimo, hoc est in mallobergo ante teoda aut thunginum furtunam illam quos heredes appellavit publice coram hominibus fistucam in laiso iactasset: hoc est novem testimonia ista omnia debent adfirmare." LX. „De eum qui se de parentilla tollere vult. In mallo ante thunginum ambulare debet et ibi tres fustis alninus super caput suum frangere debet, et illos in quatuor partes in mallo iactare debet et ibi dicere quod iuramento et heriditatem et totam rationem illorum tollat. Et sic postea aliquis de suis parentibus aut moriatur aut occidatur, nulla ad eum nec hereditas nec conposicio pertineat. si vero solo moriatur aut occidatur, conposicio aut hereditas ad eis permaniat."

[8]) Das lehren die Formeln für solche Akte, sowie viele Stellen der Leges. Siehe überhaupt Waitz Verfassungsgesch. II. S. 451 ff., auch die Zusammenstellung bei Walter R.G. §. 576.

[9]) Cap. Langob. 783 c. 7. (Leg. I. p. 46.) „De rebus forfactis per diversos comites, volumus ut at palatium pertineat." Cap. Bajoaricum 803 c. 7. (ib. p. 127.): „Ut si aliquis voluerit dicere quod juste ei non judicetur, tunc in praesentia nostra veniat. Aliter vero non se praesumat in praesentia nostra venire pro alterius justitiam dilatandam." Aquisgran. 812. c. 2. (ib. p. 174.) „Ut Episcopi, abbates, comites, et potentiores quique, si causam inter se habuerint, ac se pacificare noluerint, ad nostram jubeantur venire praesentiam, neque illorum contentio aliubi diiudicetur, neque propter hoc pauperum et minus potentium iustitiae remaneant. Neque comes palatii nostri potentiores causas sine nostra iussione finire praesumat, sed tantum ad pauperum et minus potentium iustitias faciendas sibi sciat esse vacandum." Cap. missorum 817. c. 1. (ib. p. 216.) „Legatio omnium missorum nostrorum haec est. Primo, ut sicut iam aliis missis iniunctum fuit, iustitiam faciant de rebus et libertatibus iniuste ablatis; et si episcopus, aut abbas, aut vicarius, aut advocatus, aut quislibet de plebe hoc fecisse inventus fuerit, statim restituatur. Si vero vel comes vel actor dominicus, vel alter missus palatinus, hoc perpetravit, et in nostram potestatem redegit, res diligenter investigata et descripta ad nostrum iudicium reservetur." — Verweigerung des Gehorsams in kirchlichen Dingen Wormat. 829 gen. c. 1. (ib. p. 350.), wissentliche

II. Das Mittelalter.

A. Ordentliche Gerichte.

a. Für Freie.

§. 111.

1. Die Landgerichte.

I. Mit der Bildung der Landeshoheit war der zum Landesherr gewordene Graf, Bischof u. s. w. (§§. 68. 69.) aus dem königlichen Beamten, Beneficiaten oder mit der Grafengewalt betrauten Immunitätsbesitzer in Folge seiner territorialen Gewalt zum Inhaber des Gerichts, Richter zu eignem Rechte geworden. Allen diesen Herrn stand auch der Königsbann im vollen alten Umfange zu. Dessen Verleihung war bei den weltlichen Landesherrn in der Belehnung mit den Reichslehen enthalten. Bei den geistlichen hingegen fand bis in's 14. Jahrhundert hinein eine directe Belehnung der Vögte Seitens des Königs mit dem Blutbanne statt;[1]) von da ab hatte sich die

---

Production falscher Zeugen Wormat. cit. alia cap. c. 6., gewohnheitsmässige Friedensstörer das. c. 7. (ib. p. 352.) c. 15. (ib.) „Hoc missi nostri notum faciant comitibus et populo, quod nos in omni ebdomada unum diem ad causas audiendas et iudicandas sedere volumus. Comites autem et missi nostri magnum studium habeant, ne forte propter eorum neglegentiam pauperes crucientur, et nos taedium propter eorum clamores patiamur; si nostram gratiam habere velint. Populo autem dicatur, ut caveat de aliis causis se ad nos reclamare, nisi de quibus aut missi nostri aut comites eis iustitias facere noluerunt.“ Responsa misso cuidam dato 819 c. 5. (ib. p. 227.) „Volumus ut comes potestatem habeat in placito suo facere que debet, nemine contradicente. Etsi aliter fecerit quam iuste, ad quem factum illud pertinet, veniat in praesentiam nostram, et nos illi de eodem comite faciamus iustitiam.“ Genaue Bestimmungen über die Aufrechthaltung des Friedens gegen aussergewöhnliche Störungen in Conv. Carisiacus Karoli II. 877. c. 15 sqq. (ib. p. 539 sq.).

[1]) Sachsenspiegel I. 59. §. 1. (Oben §. 85. n. 1.; die Fortsetzung lautet:) „Bi koninges banne ne mut neman dingen, he ne hebde den ban von deme koninge untvangen. Sve den ban enes untfet, he ne darf ine anderwarve nicht untvan, of die koning stirft. Binnen ener vogedie ne mach nen koninges ban sin sunder ein. Sve bi koninges banne dinget die den ban nicht untvangen hevet, de sal wedden sine tungen. — §. 2. It ne mach nen richtere, de bi koninges banne dinget, echt ding hebben ane sinen scultheiten, vor deme he sik te rechte beden sal. Dar umme sal he den scultheiten des irsten ordeles vragen, of it ding tiet si, unde dar na, of he verbeden mute dingslete unde unlust. Svenne eme dat gevunden wirt, so klage manlik dat ime wirre mit vorspreken, durch dat he sik nicht ne versume.“ — III. 64. §. 4. „Sistich schillinge weddet man deme greven unde ok deme vogede, die under koninges banne dinget, of he den ban von 'me koninge selve hevet. §. 5. (oben §. 69. n. 7.). Verliet en greve siner grafscap en deil, oder en voget siner vogedie, dat is weder

staatliche Eigenschaft der geistlichen Fürstenthümer so ausgeprägt, dass man eine Belehnung des Vogts u. s. w. mit dem Blutbanne selbst durch den Bischof

---

recht. Die belende man ne mut dar over nenen koninges ban hebben, als man ine von ime dulden dorve. Ban liet man ane manscap. — §. 6. Palenzgreven unde landgreven dingen unter koninges banne, als die greve; den weddet man ok sestich schillinge." — Schws. c. 75. (W., vgl. c. 92. L.): „Ez enmac mit rehte dehein bur rihter gefin, noch nieman der sin reht verloren hat. Kumet aber ein tat diu minner ist wan umbe fümf schillinge, von roube oder von diupheit, da mac man wol einen vogt über kiesen, da doch des küniges ban ist, der da über rihte. Ich meine also. swa der rihter niht ist der über wunden rihten sol, da mac man wol einen kiesen der ze hut unde ze hare rihte, ez si in steten oder in dorfen. swa man anders rihtet wenne hie geschriben stet, der wirt schuldic an den liuten. Kein vogetei ist niht lehen. wan swa man rihter nemen sol, da sol man nemen nach der liute rate. Swer des bannes von dem künige niht enhat, der enmac niht gerihten wan ze hut unde ze hare. daz bescheide wir also. Hat ein phafen fürste regalia von dem künige, der mac niemande da von deheinen ban gelihen da ez den liuten an den lip oder an den gesunt oder an bluotrunst geit. unde enphilhet er einem rihter also sin gerihte, daz er über menschen bluot rihte: der wirt schuldic an allen den, die ir bluod vergiezent. wan wil er rehte tuon, so sol er den rihter ze dem künige senden. unde mac der da hin niht komen, so sol der phafen fürste sinen boten ze dem künige senden, daz er sinem rihter den ban an sinem brieve sende. Des bedurfen leien fürsten niht die iriu lehen von dem künige enphahent. der lihet den ban wol sinem rihter. unde der rihter mac 'in für baz niht gelihen. unde hat ein leien fürste funderiu gerihte, da man über menschen bluot rihten sol: der sol ieglichem rihter besundern sin gerihte lihen. unde der phafen fürsten rihter die sullen daz selbe von dem künige. Aller leie klage unde allez ungerihte mac der rihter rihten der den ban hat, unde daz in sinem gerihte lit; ane ob man umbe eigen klagete. dar umbe mac dehein rihter niht gerihten wan uf der rehten dincstat. Daz ist also gesprochen. swa daz eigen lit, da sol man ouch dar umbe rihten. Bi künges banne mac man wol rihten. Swer den ban eines enphahet, der darf sin anderweide niht enphahen diwile unde er rihter ist, der künic lebe oder er si tot. wirt im aber daz gerihte genomen, unde wil er aber rihter werden: er muoz den ban anderweide enphahen." Schws. c. 96. a. E. 115. L. — Schwäb. Lehnr. art. 41. „Bischove gut, vnde van lehen sol der kiunig gantzes lihen. alle bischoeve enphahent von dem kiunige miuntzzen vnd zoelle vnde etliche enphahent van lehen. vnd etliche weltliche gerihte, swaz dez gerihtes ist. daz iuber blovt rivnsa gat. vnd iuber den totslag. swem daz der bischof lihet. den sol er senden mit sinem brieve an den kiunig. daz er im den ban lihe. Swer iuber menschen bluot rihtet. vnd den ban von dem kiunige niut enphangen hat dem sol der kiunig die zongen vz heizzen sniden. oder er sol si loesen nach dez kiuniges genaden. vnde verseit der kiunig einest dem bischove. oder so er sinen brief sendet. daz er den ban dem rihter niut lihet. so rihtet der rehter ein iar mit rehte ane den ban. also ob der bischof sin reht von dem kiunige enphangen hat. Der kiunig sol vil vol vizzen wem er den ban lihen miuge. daz er zerehte rihter miuge sin da sol der kiunig sehen an daz lant reht bouch. da vindet er ez inne wer mit rehte rihter miuge sin vnde mag gesin. elliu diu gerihte die iuber blout riunse. vnd iuber den totslag gant. die movz man alle von dem Roemeschen kiunige enphahen. Die leigen (forsten) bedurffen ir rihter den ban von dem kiunige

oder Abt nicht als eine Theilnahme des Geistlichen am Richten über Leib und Leben ansah.[2]) Dies hatte zur Folge, dass ihnen bald der Blutbann ein für allemal zur Weiterbelehnung an ihre Vögte verliehen wurde, bald von denselben ohne ausdrückliche Begabung des Kaisers faktisch dies Recht ausgeübt wurde.[3])

II. Setzte der Landesherr einen Stellvertreter für die Gerichtsbarkeit ein, so war es auch bei den weltlichen noch einzeln im 13. Jahrhundert Sitte, den Bann vom Könige zu erbitten,[4]) obwohl im Allgemeinen der Landesherr ihn direkt lieh.

III. Der Landesherr führte in Person[5]) mehr und mehr nur selten den Vorsitz im Gerichte, sondern bestellte dazu regelmässig Beamte unter verschiedenen Namen.[6]) Unter Königsbann leiteten die ordentlichen Gerichte

---

niut heizzen enphahen. si lihent in selbe wol. so eht si in von dem kiunige enphahent mit rehte. Alse der kiunig in tivschem lande niut ist. so mugen der phaffen fiursten rihter wol rihten ane ban. vntz in ein brief komet von dem kiunige. vnd so der kiunig von tivschem lande vert. so mag er dez riches marschalk wol den gewalt geben. daz er den ban lihe. daz ist der herzoge von sahsen. daz sol er tovn in tiuringen. vnd in Sahsen. vnde in hessen. vntz an beheim. vnd iuber alle vranken. swer der ist der sin vndertan ist. vnd git im der kiunig den gewalt. daz er den ban lihe. So hat der marschalk reht iuber allez Swaben. vntz an den Rin. vnd durch daz gebirge. vntz fiur Triende eine mile. Der phallentz grave von Rine. der hat gewalt den ban zelihenne. ienesit Rines vntz fiur metze eine mile. vnd vntz an die vse. vnd in flandern. vnde ob im der kiunig den ban lihet oder niut. so hat er den gewalt daz er in doch lihet. daz ist von dem rehte. alse die fiursten den kiunig went beclagen. ob er wider reht tovt. daz soln si tovn vor dem phallentz graven von Rine. die ere hat er vor andren fiursten. diz reht hant die zwene herren. so daz riche ane kiunig ist."

[2]) Vgl. mein System des Kirchenr. S. 115 — C. ult. ne clerici vel monachi in VIto III. 24. Bonifac. VIII. „Episcopus seu quicunque alius praelatus vel clericus, iurisdictionem obtinens temporalem, si homicidio aut alio maleficio, ab aliquibus in iurisdictione sua commisso, ballivo suo aut alii cuicunque iniungat, ut super hoc veritatem inquirens iustitiae debitum exsequatur, irregularis censeri non debet, quamvis ipse ballivus vel alius contra malefactores ad poenam sanguinis processerit iustitia mediante. Nam licet clericis causas sanguinis agitare non liceat: eas tamen, quum iurisdictionem obtinent temporalem, debent et possunt metu irregularitatis cessante aliis delegare."

[3]) In der Urk. Karls IV. v. 1371 (Seibertz n. 823.), womit die Belehnung der Grafschaft Arnsberg (§. 77. n. 6.) vorgenommen wird, werden ausdrücklich auch die Freigrafschaften verliehen. Gegen Ausgang des 13. Jahrh. gibt das mehrfach citirte Verzeichniss (Seibertz n. 484.) das Recht des Erzb. von Köln als Herzogs von Westfalen genau an (abgedr. §. 116. n. 3.).

[4]) So gibt K. Richard 1262 auf Bitten des Grafen Gottfried III. von Arnsberg dem von diesem ernannten Vogte für Soest den Königsbann (Seibertz n. 323.).

[5]) Ausser auf den Hoftagen und den placita generalia. Vgl. §. 77., dessen Noten zahlreiche Belege bieten.

[6]) Vgl. Oben §. 78.

Landrichter, Vögte, Burggrafen, Gografen, Centgrafen, Schultheissen u. a. Vor ihnen hatten ihren Gerichtsstand die Schöffenbaren (§. 85.) in allen Dingen, welche vor das alte Grafengericht unter Königsbann gehörten.[6a] Ausser den Rechtsstreitigkeiten wurden fortwährend auch alle wichtigeren Rechtsgeschäfte, welche sich auf echtes Grundeigenthum und Freiheit bezogen, im Landgerichte vorgenommen.[7]

[6a]) Sachsp. III. 26. „§. 1. Die koning is gemene richtere over al. — §. 2. In enem utwendigen richte ne antwerdet nen scepenbare vri man nemanne to kampe. In deme gerichte mut he antwerden, dar sin hantgemal binnen leget. Hevet he scepen stul dar, he is dar ok dingplichtich. Die's scepenen stules dar aver nicht ne hevet, de sal des hogesten richteres ding süken, svar he wonehaft is. — §. 3. Dissen stul ervet die vader uppe sinen eldesten sone; of he des sones nicht ne hevet, so erft he ine uppe sinen nesten unde eldesten evenbürdigen svertmach.“

[7]) So erwähnt die Urk. des Erzb. v. Köln von 1170 (Seibertz n. 61) der Uebertragung eines patrimonium Seitens des nobilis Rabodo consensu suorum heredum an seine Frau „sub imperiali banno.“ In der Urk. des Erzb. Philipp I. von Köln v. 1174 (ib. n. 67) über die Stiftung und Bewidmung eines Klosters durch einen cölnischen Ministerialen heisst es: „Et ne parte aliqua id infirmum et minus perfectum constare uideretur. consilio ac nutu nostro in loco qui dicitur grambeke sub banno imperiali. similiter ibi astantibus heredibus prenominatis. ac aliis et assensum porrigentibus. quo in banno illo predia predicta sita sunt. datio eadem legitime et rationabiliter consummata est.“ — Urk. Erzb. Engelbert I. v. 1218 über die Schenkung einiger Güter an das Stift zu Geseke, worin es zum Schlusse heisst: „Huic vero collationi testes sunt: Bernhardus plebanus forensis ecclesiae. Herrmannus, Arnoldus, Godefridus sacerdotes in conventuali ecclesia. Godescalcus advocatus ejusdem ecclesie. Gerhardus qui presedit judicio, quod in vulgari dicitur vrieban, et sub banno regio donationem factam confirmavit . . . Insuper liberi illi banno attinentes. Praeterea ministeriales . . . et alii quam plures.“ Seibertz num. 151. — Urk. v. 1225 (Seibertz n. 177.) Graf Gotfried II. von Arnsberg bekundet die Schenkung von Gütern an ein Kloster durch den „theodoricus nobilis vir de bilstene,“ worin es heisst: „tamen ad abundantem cautelam . . . sub banno regio, Rudolfo milite de ervethe auctoritate regia banno in volkelinchusen praesidente . . . renunciarunt.“ In Urk. v. 1247 (das. n. 254) schenkt Conrad Burggraf von Stromberg die Güter, welche der miles de Uthene von ihm zu Lehen gehabt und dessen Erben „coram nobis in judicio nostro quod vridinch dicitur“ renunciirt hatten, dem Kloster Welver und sagt „. . . et in judicio nostro quod vridinch dicitur sub banno regali perpetuo stabiliri, auctoritate regia inhibentes . . Acta sunt hec presente dom. arturo plebano in welvere, et dom. Siffrido socio suo. Hermanno milite de hachnen. dom. lamberto advocato de werle. conrado de madvic. dom. Paschedach. Sebertus liber. et universi liberi, quorum testimonium inducimus.“ Ganz ähnlich in einer zweiten Urk. desselben v. 1250 (das. n. 265), einer dritten von 1253 (ib. n. 276). In einer Urk. das. n. 612 von 1325 bekundet Godefridus nobilis de Rudenberg einen Tausch: „coram libera nostra sede Antonio de Clothingen vryegravio nostro sedi judiciali presidente, convocatisque ibidem liberis hominibus notre Comicie libere ac aliis testibus fide dignis

IV. In Folge mannigfacher Verleihungen der blossen Grafschaft, Theilungen derselben, Verleihungen von königlichen Gütern, Erblichwerdung der Gerichtsbarkeit in der Hand von Rittern oder Ministerialen, sowie zufolge des Besitzes von Herrnhöfen und Reichsministerialengütern war in der ersten Hälfte des Mittelalters die Grafengerichtsbarkeit an manche Herrn gekommen, denen die Eigenschaft von Landesherrn abging. Diese Verhältnisse änderten sich mit der grössern Bedeutung und Macht, welche die Hofgerichte (§. 119.) erlangten, und der sich abschliessenden Landeshoheit. Seit dem Ausgange des 14. Jahrhunderts finden sich von einer Uebertragung des königlichen Bannes durch den König an einzelne Richter, ausser in den kaiserlichen Gerichten, kaum mehr als einzelne Spuren. Hierdurch war die Gerichtsbarkeit im Umfange der alten gräflichen in der That zu einem rein landesherrlichen Rechte geworden. Sie hatte sich nur bei den wirklichen Reichsständen, der Reichsritterschaft, sowie den wenigen freien Gemeinden erhalten.

V. Im 15. Jahrhundert verloren die Landgerichte immer mehr ihre alte Bedeutung. Hieran trug Schuld die veränderte Verwaltung der Territorien (§. 78.), das steigende Ansehen der Hofgerichte, die Aufnahme des fremden Rechts (§. 57.), vor Allem aber das stete Abnehmen der Bedeutung, welche die blosse Freiheit der Geburt gab, damit im Zusammenhange die abnehmende ja verschwindende Autonomie der Landbewohner. So bilden in der That die forterhaltenen freien Gerichte in Westfalen eine wahre Ausnahme (§. 116.)

---

dictata et prolata ab eisdem hominibus liberis sententia (bei Seibertz steht summa) justa et perfecta . ." — Für die Verhältnisse in den geistlichen Territorien ist noch von Bedeutung Frid. II. sent. in favorem ecclesiarum a. 1234 (Leg. II. p. 304): „Universis igitur imperii nostri fidelibus tam presentibus quam futuris volumus esse notum, quod dictante sententia principum aliorumque nobilium imperii fidelium existentium in presentia nostra, exstitit approbatum, ut nullus episcopus Theutonie de hiis que spectant ad regalia, et ab imperio tenet, aliquem infeodare possit preter assensum nostrum, et quod nulli advocato liceat in cives cathedralis civitatis exactionem aliquam facere. Nec liceat alicui comiti vel advocato, sibi iuditium usurpare de hiis que in emunitatibus fiunt ecclesiarum, nisi tantum ecclesiastico iudici, ad hoc de voluntate episcopi constituto, et quod nulla ecclesia in uno predio plures advocatos possit habere. Item quod nulli advocato liceat in officiatos episcopi et familiam ecclesie sue aliquam exactionem facere vel iudicium exercere. Item quod quilibet episcoporum Theotonie secularem officiatum in suis civitatibus, oppidis et villis habere tenetur, ut iudicet loco sui et duas partes compositionis et satisfactionis spectantes ad episcopum loco ipsius pro parte sua recipiat, et tertiam habeat advocatus." Vgl. überhaupt noch die §. 69. nota 3. u. 4. angef. Reichsgesetze. Siehe auch O. Stobbe. Die Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels in Zeitschr. f. Deutsch. Recht XV. (1855) S. 82—124.

§. 112.

2. Die Stadtgerichte.[1])

I. Alle bischöflichen und Reichsstädte waren von vornherein von der Grafengerichtsbarkeit in der Art befreit, dass für sie eigene Richter in den Städten bestellt waren; dasselbe fand auch gleich anfänglich in den Territorialstädten Platz. Die Entwicklung der Verhältnisse in den Städten brachte mit sich, dass der Gegensatz der Gerichte über Freie und Nichtfreie allmälig fortfiel und die verschiedenen Gerichte sich von einander nur durch die Person des Richters, der Beisitzer und den Umfang der ihnen zugewiesenen Sachen unterschieden.

II. Unter Königsbann[2]) richtete während der ersten Hälfte des Mittelalters der Advocatus, Vogt, in den Reichsstädten der Burggraf; im Einzelnen kommen verschiedene Namen vor. Oft gab es einen höheren und niederen Vogt. In manchen Territorien übte auch der Centenarius, Gograf in gewissen Sachen die Gerichtsbarkeit aus. Daneben gab es für bestimmte Klassen (die Hörigen des Bischofs, des Landesherrn) eigne Vögte, sowie auch die Stadt selbst für gewisse Dinge Richter bestellte und die städtischen Obrigkeiten direkt eine Gerichtsbarkeit handhabten. Während sich in den Reichsstädten die Belehnung des Bannes durch den Kaiser noch bis zum Ausgange des Mittelalters dort erhielt, wo die Stadt selbst die Vogtei nicht an sich gebracht hatte, fand in den übrigen mit der (§. 111) geschilderten Entwicklung nach und nach nur die Ertheilung des Bannes durch den Landesherrn statt. Aber auch das fiel allmälig zusammen mit der Bestellung zum Richter überhaupt.[3])

---

[1]) Vgl. §. 47. n. 1., §. 80. u. 81.

[2]) Sehr interessant sind die Bestimmungen des ältesten Soester Stadtrechts von 1120 (?) bei Seibertz n. 42, von Medebach von 1165 das. n. 55. Im letztern ist den Städtern das Recht gegeben, für gewisse kleinere Vergehen selbst Richter zu wählen. Für die spätere Zeit die Articuli de juribus Civitatis Medebacensis (Medebach im Herzogthum Westfalen) das. n. 718 um das J. 1350. Dieselben lehren die genaue Competenz der mannigfaltigen landesherrlichen und städtischen Richter; ebenso die alte Soester Schrae von 1350 das. n. 719. — Wohl am ausgebildetsten ist das Gerichtswesen fast von allen Stadtrechten in dem von Brünn, dessen Bestimmungen besonders über die Stellung des Richters (Rössler S. 187 f.) und der Jurati (das. S. 189) sehr lehrreich sind. Zur Vergleichung dienen auch die flandrischen Verhältnisse in Warnkönig Flandrische Staats- und Rechtsgeschichte, Tübingen 1835, 36, 42, 3 Bde.

[3]) Auf zweierlei ist hier noch aufmerksam zu machen. Erstens gab es in den Markgrafschaften keinen Königsbann. Dies bekundet Sachsp. II. 12. §. 6. III. 64. §. 7. III. 65. §. 1. Hiermit hängt zusammen die besondere Gerichtsverfassung, welche der Sachsenspiegel für die Mark Brandenburg beschreibt. Vergleiche Homeyer Sachsp. I. Register S. 353., Richtsteig Landr. S. 510 ff. Die natürliche

b. Ueber eigne Leute.

§. 113.

1. Lehnsgerichte,[1]) Ministerialengerichte.

I. Der Vasall stand unter der Gerichtsbarkeit des dominus feudi ohne Rücksicht darauf, ob er frei oder nicht ganz frei war, in allen das Lehen

---

Folge war, dass die Gliederung der Gerichte nach den Ständen, die Berufung an den König in der Weise wie in andern Territorien nicht stattfand und die Verleihung des Richteramtes nur vom Markgrafen ausging. Für Brandenburg sind alle diese Punkte ausser Zweifel durch den Sachsenspiegel, dessen Darstellung andre Quellen bestätigen. Für Oesterreich galt aber ganz dasselbe. Darauf hat meines Wissens zuerst Gaupp Stadtrechte II. S. 208 ff. aufmerksam gemacht. Er leitet es, da er auch das privilegium majus nicht anerkennt, daraus mit Recht ab, dass man dem erblichen Herzogthume offenbar nicht weniger habe lassen wollen, als die Mark gehabt habe. Es ist nun aber in der That die Darstellung des Sachsenspiegels eine allgemeine, die auf jede Mark passt. Uebrigens folgt es auch direct aus dem privilegium minus (im §. 58. n. 18.), wenn gesagt ist, „ut nulla persona . . in ejusdem ducatus regimine sine ducis consensu vel permissione aliquam justiciam presumat exercere." Durch diese höhere Selbstständigkeit von Oesterreich und Brandenburg erklärt sich, dass in diesen Ländern früh eine viel grössere Selbstständigkeit in Betreff der Justiz eintreten konnte. In der That ist auch in keinem Rechte innerhalb des Herzogthums vom Königsbanne die Rede. Zweitens ist in den Ländern der Krone Böhmens von einem Banne des deutschen Königs keine Spur. Dies beruht darauf, dass Böhmen mit Mähren und Schlesien, trotz der Verbindung mit dem Reiche, in allen innern Angelegenheiten durchaus selbstständig und somit von der Einwirkung des Kaisers wie des Reichstages gänzlich unabhängig dastand. Die goldne Bulle Karl's IV. erklärt dies für ein dem Königreiche Böhmen vom Reiche ertheiltes Privileg. Bulla aurea anni 1356 cap. VIII. „De Regis Boemie et Regnicolarum ejus immunitate. Cum per divos Romanorum Imperatores et Reges, predecessores nostros Illustribus Boemie Regibus, progenitoribus et predecessoribus nostris, nec non Regno Boemie ejusdemque Regni Corone olim **concessum fuerit graciosius et indultum**, sitque in Regno eodem à tempore, cuius contrarii hodie non existit memoria, consuetudine laudabili inconvulse servata, diuturnitate temporum et prescripta moribus vtencium sine contradiccionis aut interrupcionis obstaculo introductum: quod nullus Princeps, Baro, Nobilis, Miles, Cliens, Burgensis, Ciuis, nulla denique persona eiusdem Regni, et pertinenciarum eius vbicunque consistencium, cuiuscunque status, dignitatis, preeminencie vel condicionis existat, ad cuiuscunque actoris instanciam extra regnum ipsum, ad quodcunque tribunal, seu alterius, preterquam Regis Boemie et iudicum Regalis Curie sue iudicium citari potuerit siue trahi nec vocari debeat, perpetuis in antea temporibus, siue possit. Ideoque Priuilegium, consuetudinem, et indultum huiusmodi auctoritate Imperiali, et de Imperialis potestatis plenitudine, ex certa sciencia innouantes, et eciam confirmantes, ac presenti nostra constitutione Imperiali perpetuis temporibus valitura statuimus, ut si contra Priuilegium, consuetudinem vel indultum prefatum, quispiam predictorum, puta Princeps, Baro, Nobilis, Miles, Cliens, Ciuis, Burgensis,

betreffenden Sachen. Stritten sich zwei Vasallen desselben Herrn, so sass dieser persönlich oder durch einen Stellvertreter zu Gericht. Klagte der Mann

---

seu Rusticus, aut alia quecunque persona premissa, ad cuiuscunque tribunal, extra Regnum predictum Boemie, in quacunque causa criminali, ciuili vel mixta, seu super quocunque negocio citatus fuerit, quocunque tempore, vel citata comparere, vel in iudicio respondere minime teneatur. Quod si aduersus huiusmodi non comparentes vel non comparentem à quocunque iudice, cuiuscunque auctoritatis existat, extra Regnum ipsum Boemie constituto, iudicialiter procedi, processus fieri seu sentencias interlocutorias vel diffinitiuas, unam vel plures, in quibuscunque prenominatis causis siue negociis, quouis modo ferri et promulgari continget, auctoritate premissa de plenitudine insuper antedicte Imperatoris potestatis, citationes, precepta, processus et sentencias huiusmodi, nec non execuciones, et omnia que ex eis vel aliquo eorum quolibet sequi, attemptari possent, vel fieri, irritamus penitus et cassamus. §. 2. Adiicientes expresse et edicto Imperiali perpetuo valituro, eadem auctoritate et de premisse potestatis plenitudine decernentes, vt quemadmodum in predicto Regno Boemie à tempore cuius contrarii non habetur memoria, iugiter obseruatum existit, ita nulli prorsus Principi, Baroni, *Nobili*, Militi, Clienti, Ciui, Burgensi, seu Rustico, nulli demum persone, seu incole Regni Boemie sepedicti, cuiuscunque status, preeminencie, dignitatis vel condicionis existant, vel existat, à quibuscunque processibus, sentenciis interlocutoriis, sel diffinitiuis siue preceptis Regis Boemie aut quorumcunque suorum iudicum nec non execucionibus eorundem contra se in Regali iudicio, seu coram Regis Regni, seu predictorum iudicum tribunalibus factis, aut latis, habitis vel ferendis, in antea seu fiendis ad quodcunque aliud Iudicium appellare, prouocaciones quoque seu appellaciones huiusmodi, si quas contra hoc interponi contigerit, eo ipso viribus non subsistant, et appellantes ipsi penam perdicionis causarum ipso facto se nouerint incurrisse.“ Hierdurch war somit für die Folgezeit festgestellt, dass, weil dies Immunitätsprivilegium unbeschränkt (ohne die im cap. XI. §. 4. derselben Bulle bezüglich des privilegium de non appellando et de non evocando für die Kurfürsten gemachte Einschränkung, welche auch in allen spätern Privilegien der Art wiederholt wurde) bestätigt wurde, in keinem Falle eine Jurisdiction des deutschen Königs als solchen über Untergebene der Krone Böhmens ausgeübt werden könne. Die Ertheilung jenes Privilegs hatte mithin den Sinn, festzustellen, dass trotz der Verbindung Böhmens mit dem Reiche das bisherige Verhältniss des Königs zu seinen Kronländern, das Folge eines nationalen Herrscherthums war, nicht alterirt werden solle. Um dem Ausdruck zu geben, bediente man sich der dem Mittelalter geläufigen Form des Privilegs. Somit beruht diese Selbstständigkeit auf ganz andern Grundlagen als bei Oesterreich und Brandenburg. Folge hiervon war, dass in Böhmen alles Gericht vom König ausging, die Berufung an ihn ging. Dass aber gleichwohl Berufungen an Städte ausserhalb der Kronlande und in diesen ganz wie im übrigen Deutschland von Städten an Städte vorkamen, lag in der Einwirkung des durch die Könige gegebenen bez. anerkannten und in seiner Entwicklung gelassenen deutschen Rechts.

[1]) Konrad II. Edict. de beneficiis a. 1037 (Leg. II. p. 39.) „Si contentio fuerit inter seniores et milites, quamvis pares adiudicaverint illum suo beneficio carere debere, si ille dixerit hoc iniuste vel odio factum esse, ipse suum beneficium teneat, donec senior et ille quem culpat, cum paribus suis ante praesentiam nostram veniant, et ibi causa iuste finiatur. Si autem pares culpati in iudicio senioribus defecerint, ille qui

aber gegen den Herrn aus dem Lehnsverbande (z. B. wegen Verweigerung des Lehns, ungerechter Entziehung u. dgl.) oder hatte der Herr Forderungen an den Mann oder beschuldigte ihn eines Verbrechens gegen die Lehnstreue, so sass zu Gericht ein Stellvertreter des Herrn. In andern als Lehnssachen behielt aber der freie Vasall den gewöhnlichen Gerichtsstand bei.[2]) Dies ist bis zum Ausgange des 15. Jahrhunderts im Allgemeinen ausser Zweifel.

II. Ganz ähnlich findet sich mit der Ausbildung der Ministerialität für die Ministerialen und die auf deren Stellung bezüglichen Verhältnisse ein besonderes Dienstmannengericht unter dem Vorsitze des Herrn oder seines Stellvertreters (Landmarschall). Dies besondere Gericht hatten jedoch die Mini-

---

culpatur suum beneficium teneat, donec ipse cum suo seniore et paribus ante nostram praesentiam veniant. Senior autem aut miles qui culpatur, qui ad nos venire decreverit, sex hebdomadas antequam iter incipiat, ei cum quo litigaverit innotescat. Hoc autem de maioribus walvassoribus observetur. De minoribus vero in regno aut ante seniores aut ante nostrum missum eorum causa finiatur." Heinr. III. const. de benef. amitt. ib. p. 43. Frid. I. const. de jure feudor. a. 1158 ib. p. 114. „. . Preterea si de feudo inter duos vasallos controversia sit, domini sit cognitio, et per eam controversia terminetur. Si vero inter dominum et vasallum lis oriatur, per pares curiae a domino sub debito fidelitatis conjuratos terminetur." Heinr. VI. sent. de citacione super feoda a. 1196 ib. p. 199: „Quia questio apud vos fuit, quod dilectus noster Johannes Trevericus archiepiscopus homines suos super feodo ad ius per 14 dies debebat vocare, quidam affirmabant per sex septimanas per ternam vocationem; curie nostre dictavit sententia, quod idem archiepiscopus homines suos super feodo ad 14 dies tantum per ternam vocacionem vel ad sex septimanas peremtorie teneatur citare." Ejusd. sent. de testibus jure feodali a. 1195 ibidem. „Dilectus noster Rodolfus sancte Verdensis ecclesie episcopus in curia nostra sententiam requisivit, si aliquis homo suus qui nullum ab eo tenet beneficium, possit homini suo ab eo inbeneficiato in feodali causa testimonium ferre; et item, si ministerialis ecclesie qui nullum tenet beneficium ab eo, valeat ferre testimonium ministeriali beneficiato in iure feodali. Super hoc itaque data est sententia, et a fidelibus imperii, tam liberis quam ministerialibus approbata, quod nec liber nec ministerialis, qui non habet beneficium a domino, debeat ferre testimonium pro beneficiato in causa feodali contra beneficiatum vel contra dominum." — Confoed. cum princ. eccles. Frid. II. n. 5. Frid. II. sent. de variis casibus juris feodalis (§. 83. n. 7.). Const. pac. Frid. II. a. 1235 §. 11. Adolfi reg. sent. a. 1295 ib. p. 462. „Nos Adolphus D. g. Rom. rex semper aug., ad universorum notitiam volumus pervenire, quod anno Domini 1295 tertia feria post diem annuntiationis beate Marie virginis nobis apud Oppenheim pro tribunali sedentibus, per sententiam est obtentum, quod dominus aliquorum feudorum invasus hostiliter a vassallo vel feodatario antequam feoda reportet ad manus domini, prefixo die et loco invasori in presentia comparium et convassallorum suorum, stabit contentus — sententia quam ii super invasione huiusmodi duxerint proferendam, presentium testimonio litterarum." Die genaueren Verhältnisse zeigen die Lehnrechtsbücher des Sachsen- u. Schwabenspiegels, die libri feudorum u. das System des Lehnr. von Homeyer.

[2]) Das zeigen z. B. die §. 111. n. 7. angeführten Urkunden.

sterialen, seitdem sie sich von den übrigen eignen Leuten scharf sonderten und einen Stand bildeten, überhaupt in allen sie betreffenden bürgerlichen oder peinlichen Klagen, wofern sie nicht als Freie den höhern Gerichtsstand der Freien hatten.[3])

III. Beide Arten von Gerichten umfasst der Ausdruck curia, jus curiae, jus curiae feudalis. Je mehr beide Stände in einander übergingen (§. 83.) und gegenüber den Gemeinfreien sich zu einem höheren Stande herausbildeten, desto mehr schwand der Unterschied dieser Hofgerichte. Im Laufe des 15. Jahrhunderts sind dieselben mehr und mehr zusammengefallen und bilden das unter dem Landesherrn selbst oder einem obern Beamten als Stellvertreter tagende Hofgericht, vor dem im Gegensatze zu den nicht ritterlichen Landbewohnern und Bürgern der Städte der Ritterstand, niedere Adel, in allen Civil- und Criminalsachen seinen Gerichtsstand hatte.

§. 114.

2. Die übrigen Gerichte.

I. Für die auf den Gütern der Landesherrn, Dynasten, freien Ritter, Freien, sitzenden aus verschiedenartigen Gründen[1]) von dem Herrn des Hofes persönlich abhängigen Leute, sowie für die unter der Pflege eines Herrn, die nicht die gewöhnliche mit der ordentlichen Gerichtsgewalt versehene Vogtei war, befindlichen Personen, kommen verschiedene Gerichte vor, welche je nach der Beschaffenheit des Verhältnisses Eigengerichte, Hofesgerichte, Hofsprachen, Hyensprake u. dgl. heissen.[2])

---

[3]) Aufschluss geben die citirten Ministerialenrechte. Vgl. §. 83., auch §. 88.

[1]) Vgl. §. 54 — 56., 87. 88.

[2]) Für diese Verhältnisse sind am lehrreichsten die Weisthümer von Grimm. Die Verhältnisse im Einzelnen waren höchst mannigfaltig. So gibt die Urk. Erzb. Phillip's I. von Köln v. 1186 (Seibertz n. 90.) der familia von 5 Höfen der cölnischen Kirche bei Soest Privilegien, in denen es heisst: „Indultum est eis praeterea, ut coram Comite qui vrigreve dicitur, sive advocato loco liberorum sentencias proferant, advocati esse possunt et patroni causarum. Quod si aliquis liber se ad condicionem hanc contulerit, habens predia vel mancipia, possidebit ea, et pro eis stabit loco liberi absque mundiburdo infra ipsum bannum.“ — In einer Urk. von 1258 (Seibertz n. 311.) entsagt der Vogt von Gesecke mit seinem Sohne gewissen behaupteten Vogteirechten auf Höfe eines Stifts und erklärt: „Reservamus etiam nobis in dictis lignis judicium quod Kunenigesban dicitur faciendum.“ Urk. v. 1327 (Seibertz n. 620.), worin der Nobilis dominus de Bylsteine dem Kapitel zu Meschede die Vogtei über einen Hof verkauft. Es heisst darin: „Renunciantes insuper expresse nos et heredes nostri omni iuri, si quod nobis in exigendis precariis advocaticiis a villico dicte curtis

II. Den Vorsitz führte der Herr selbst, gewöhnlich aber der mit der Verwaltung des Hofes betraute Villicus oder der Advocatus, Praepositus u. s. w. Gerichtet wurde hier über alle auf das Hofverhältniss bezüglichen Sachen: Dienste, Zinsen, Abgaben u. dgl., ferner die Rechtsverhältnisse der Hofesleute: Erbrecht, Güterrecht der Eheleute, Verkäufe u. s. w., sowie über die kleineren Vergehen. Die an Leib und Leben gehenden Verbrechen waren hingegen meistens den (ordentlichen) höheren Richtern vorbehalten.

III. Innerhalb der Höfe und in den Dörfern gab es ausserdem für eine Menge von örtlichen Verhältnissen noch eine Anzahl verschiedener Gerichte.[3])

B. Die königlichen Gerichte.

§. 115.

1. Die kaiserlichen Landgerichte.[1])

In den dem Reiche gebliebenen Gebieten war der Reichsvogt, Landvogt, Landrichter mit Handhabung der Gerichtsbarkeit betraut, die er mit Hülfe von

---

et casariis dictarum casarum qui pro tempore fuerint necnon in presidentia jurisdictionis, que vulgariter Coningesban dicitur, infra septa ejusdem curtis conpetere videbatur, a quibus omnibus et singulis, necnon ab omni alio onere advocaticio dictas curtem et casas villicum quoque et casarios earundem in perpetuum reddimus et recognoscimus liberas et exemptas, ita videlicet, quod dicti . . prepositus, capitulum, deinceps cum ipsis libere suam, sicut ante motam litem, disponere potuerunt voluntatem et utilitatem nostra contradictione non obstante. Judicio tamen quod vulgariter hyensprake dicitur infra septa eiusdem curtis eo modo, prout hoc hactenus fieri consuevit una cum officiato prepositi meschedensis, sine tamen prejudicio villici consuetis temporibus poterimus presidere, adjectum est tamen, quod dicti . . prepositus, decanus et capitulum, ad arbitrium dictorum comitum nobis et heredibus nostris unam particulam aree curtis predicte, septem antiquam in tantum atrahendo dabunt et assignabunt pro nobis ad presidendum dicto judicio, extra septem tamen curtis sufficiant conpetenter. In qua quidem particula, si judicio presiderimus dicti villicus et casarii, qui pro tempore fuerint ad ipsum judicium per nos citari seu evocari nec in ipso stare juri vel comparere non tenebuntur, nec debebunt nisi ad instantiam dictorum . . prepositi vel capituli, ad ipsum judicium evocandi fuerint pro suis excessibus sive culpis et extunc emenda excessuum si qua inciderint vel prestare debebunt, non apud nos vel judicem nostrum, sed apud prepositum dicte ecclesie permanebit, nec per nos vel heredes nostros in dicto judicio vel extra debebunt in aliquo aggravari."

[3]) Vgl. Walter R. G. §. 606. fg.

[1]) Vgl. §. 70. — Bericht von der kais. u. Reichs-Vogtey in Schwaben, wie auch dem kais. Landgericht auf Leutkircher Haid, Lindau 1755—59, 2 The. fol. Struvii Corpus juris publici Imp. nostri Rom.-Germ. cet. Ed. 3. Jenae 1738. 4.

Reichsschultheissen und Reichsministerialen als Unterbeamten ausübte. Mit den im Laufe der Zeit eingetretenen Verminderungen der Reichsvogteien gab es nur noch einige solcher Landgerichte.[2]) Der Landrichter wurde vom Kaiser bestellt, richtete unter Königsbann über alle Eingesessenen des Gebiets. Uebrigens verwies der Kaiser während des ganzen Mittelalters an ihn gelangte Berufungen zur Entscheidung an diese Gerichte, wie auch die Landgerichte selbst Klagen aus andern Theilen des Reichs annahmen.[3]) Dies führte schon im 15. Jahrhundert dazu, von Reichswegen ihre Gerichtsbarkeit auf den Sprengel selbst zu beschränken,[4]) hatte jedoch nicht den erwünschten Erfolg. Denn noch in der spätern Zeit haben wiederholte Beschwerden gegen die kaiserlichen Landgerichte stattgefunden, welche eine Gerichtsbarkeit für solche Territorien behaupteten, deren Inhabern kein privilegium de non evocando ertheilt war. In Folge der Bestimmungen der spätern Reichsgesetze und der Unausführbarkeit der Urtheile wegen des Widerstandes der Stände war ihre Wirksamkeit als wahre Obergerichte allmälig eine sehr unbedeutende. Gleichwohl bildeten sie einen steten Gegenstand der Beschwerde.[5]) Noch der letzte Kaiser

---

Cap. XXV. §. LXV—LXXVII (pag. 982—990), der ihre Geschichte, Verfassung, Competenz und damaligen Bestand angiebt. Moser Teutsche Justizverf. II. 938—1020.

[2]) Das Hofgericht zu Rotweil, die kais. Landgerichte in Schwaben, unter denen besonders das auf der Leutkircher Heide hervorragt, kais. Landgericht in Ober- u. Niederschwaben, in Nürnberg, kais. Landgericht des Herzogthums Franken zu Würzburg, im Elsass (Hagenau), ferner kais. Landrichter in Altorf, Auerbach, Eger, Pleissen u. s. w.

[3]) Dies hob für die kurfürstlichen Territorien auf die Bulla aurea c. XI. §. 4.

[4]) R.A. zu Nürnberg v. 1438 num. 2. §. 2. (Neue Samml. I. S. 161.): „Item uff das dass alle Gerichte und Urteil die daran gesprochen werden, deste wirdiclicher gehalten und föllicliche ingebroht werden, ist gerotslaget worden, dass kein Lantgerichte, Zent, Stat, oder Dorfgerichte, ferrer richten sülle, dann desselben Lant Fürsten, oder Herren, Zent, Stat oder Dorffes, Fürstentum, Herrschafft, Marck, Gemärcke oder Grenitz begriffet, und dass je eigentliche gelutert und bezeichnet werde, wie wit und ferre die Lantgerichte griffen und richten süllen, nemmelich Franken, Nürenberg und Rotwil, und obe jemand fürneme, dass ime Gerichtes und Rechtes versaget, oder geweigert werde, der sol und mag darumbe vor desselben Gerichtes do ime recht versaget worden ist, nechst Obergericht und nicht anders Zuflucht haben, und was darüber, oder do witer beschen, soll alles vernichtet sien, und der Richter x Margk Goldes verfallen sien, und nach der dirtten manunge des Gerichtes fellig sien, und aller Gnaden und Fryheit etc.“

[5]) R.A. v. Regensb. 1641 §. 93. (Neue Samml. III S. 566.); I. P. O. art. V. §. 36. „Denique cum etiam de abolendis curia Imperiali Rotwilae, judiciis provincialibus Sueviae et aliis hinc inde per Imperium hactenus usitatis, mentio injecta fuerit, resque haec gravioris visa sit momenti, de his quoque ulterior deliberatio ad proxima Comitia remissa esto.“

versprach ihre Abstellung in reifliche Erwägung zu ziehen und dem Reiche darüber eine Vorlage zu machen.[6])

2. Die westfälischen Vehmgerichte.*)

§. 116.

a. Geschichte.

I. Bei dem Uebergange aus der karolingischen Zeit ins Mittelalter hatte sich in Westfalen die alte karolingische Gemeinde- und Gerichtsverfassung erhalten. Hierzu trug vor Allem der freie, unabhängige Sinn der Bewohner und deren Liebe zum Alten bei. Dazu kam, dass viele königliche Güter geblieben waren, dass es nur geistliche sehr wenige weltliche Grosse gab; die meisten Geistlichen (Aebte, Pröbste) aber kein grosses zur Landesherrlichkeit führendes Besitzthum hatten. Ganz besonders wirkte aber für die Beibehaltung unmittelbarer Beziehungen zum Reiche die Oberherrschaft der Sachsenherzoge und der Erwerb der Kaiserwürde durch dieselben.[1]) Nach der Auflösung des alten Sachsenherzogthums blieb durch die Belehnung des Erzbischofs von Köln mit dem Herzogthume von Westfalen und Engern eine Obergewalt, welche sich bis in die spätere Zeit nicht blos dadurch als wirksam zeigte, dass selbst die zu vollen Landesherrn gewordenen Grafen vom Herzoge Lehen nahmen,[2]) sondern dass selbst wirkliche Fürsten,[3]) Dynasten, Grafen und Städte die Hoheit des Herzogs fortwährend anerkannten.

---

[6]) Wahlkapit. art. XVIII. Reichsstädtische Monita zum Project der perpetuirl. Wahlkapit. art. XVIII. (das. IV. S. 254.). Wahlkapit. K. Franz II. art. XVIII. §. 8 ff.

*) Literatur. Die Monographieen sowie die Stellen in sonstigen Werken giebt genau an C. G. v. Wächter Beiträge zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte des Deutsch. Strafrechts, Tübing. 1845. S. 113—117., der selbst S. 3—38. über sie handelt. Walter R.G. §. 585—591., Zöpfl R.G. S. 973 ff. P. Wigand Wetzlar'sche Beiträge, Wetzlar 1840., 3 The. (an mehren Stellen) ist von Wächter vergessen. Desselben Denkwürdigk. des Archivs des Reichs-Kammer-Gerichts liefern noch weitere Beiträge. E. Th. Gaupp Von Fehmgerichten mit besonderer Rücksicht auf Schlesien, Breslau 1857. Von ältern Werken sei nur genannt: Carl Phil. Kopp Ueber die Verfassung der heimlichen Gerichte in Westphalen, vollendet u. herausgeg. von Ulr. Fried. Kopp, Götting. 1794. (von S. 359. bis zum Schluss Urkunden), Paul Wigand Das Femgericht Westphalens, aus den Quellen dargest. Hamm 1825., Eichhorn R.G. III. S. 167—223.

Quellen. Hierüber handelt genau Wächter a. a. O. S. 117—144. Sie sind: Vehmrechtsbücher, s. g. Reformationen der Vehmgerichte, Weisthümer und Urkunden über gerichtliche Akte.

[1]) Vgl. §. 68. nota 3. 5. Gerade derselbe Umstand hat auch ohne Zweifel dazu beigetragen, dass in Schwaben und Franken so viele reichsunmittelbare Gebiete u. a. entstanden.

[2]) So der von Arnsberg. Vgl. §. 77. nota 6. Urk. v. 1368. Dazu die Urk. §. 76. n. 12.

II. Diese Stellung der Erzbischöfe von Köln als förmlicher Grossherzoge von Westfalen (summi duces) auch über den mit den herzoglichen Rechten bekleideten Landesherrn hatte zur Folge, dass, nachdem sich anderwärts überall die volle Erblichkeit der Grafengewalt vollzogen hatte, die unter Königsbann dingenden Richter in Westfalen, denen der Erzbischof als geistlicher Fürst den Blutbann nicht selbst leihen konnte, diesen auch in den Territorien der weltlichen westfälischen Landesherrn nicht, wie an-

---

[3]) In der Urk. von 1291 bei Seibertz n. 438 wird der Erzbischof ersucht vom Bischof von Paderborn und dem Grafen von Arnsberg zur Schlichtung eines Streites mit Worten (siehe dieselben §. 76. n. 14.), die gar keinen Zweifel lassen. Die Urk. im §. 76. n. 12., welche dem Grafen von Arnsberg den „ducatus" in seinem Territorium zuspricht, anerkennt gleichzeitig den „summus dux Westphaliae." Vgl. auch die Urk. v. 1368 im §. 77. n. 6. In dem Vertrage des Erzbischofs mit dem Bischofe von Paderborn v. 1294 bei Seibertz n. 450. ist wiederholt die Rede von dem ducatus des erstern. Bezeichnend ist folgende Stelle: „Item cum Episcopus Paderburnensis quasdam nouas municiones apud Burcholte et alibi in sua diocesi ob varios insultus inimicorum pro conseruacione uberiori bonorum ecclesie sue infra terminos Ducatus Westfalie (absque) licencia et connivencia Archiepiscopi Coloniensis Ducis Westphalie fecerit erexerit et construxerit pro quarum demolicione idem Episcopus et ecclesia sua ab eodem Archiepiscopo tanquam a duce sepius fuerint requisiti. Dicimus et ordinamus pro commodo pacis quod Episcopus et Ecclesia Paderburnensis infra annum continuum et inmediate sequentem huiusmodi Municiones nouas ex gratia Archiepiscopi tenere poterunt sic constructas." Den ducatus desselben erkennt weiter an der Vertrag zwischen dem Erzbischofe, Bischofe von Münster, Grafen von der Mark, und mehren Städten von 1298 bei Seibertz n. 473. — Wie sehr die Herzöge ihre Rechte noch in späterer Zeit handhabten, beweisen die Beschwerden des Grafen von Arnsberg gegen den Erzbischof bei dem Kaiser aus der Zeit von 1297—1303 bei Seibertz n. 471. Die mehrerwähnte Beschreibung des westphälischen Marschallamtes (§. 79. n. 3.) bei Seibertz n. 484. beschreibt die Gerichtsbarkeit des Erzbischofs also: „Judicia et jura Ducis Westphaliae. Item nota quod Archiepiscopus habet in vniuerso per totam Westphaliam hec judicia Gograuiatus que sunt XII videlicet in Heruorde Ruden Geseke Eruethe Gograuiatum vpper Hare, item in Brylon, item Medebeke, item in Susato; item in Werle, item in Menden, item in Swelme item in Rekelinchusen. Hec judicia in medietate sunt Archiepiscopi et judices ipse vel suus marscalcus in eis instituit pro sua voluntate. — Item Archiepiscopus habet Comitatus hos, qui dicuntur Vrygraschap, in Ruden Scerue Car.sten in Medebeke; et isti judices dicti Vrygreven auctoritatem judicandi inmediate a Rege recipiunt et idem seruatur in omnibus comitatibus consimilibus. — Et simili modo omnes Gograuii per totam Westphaliam cujuscunque fuerint non debent judicare nisi auctoritate per gladium a Duce recepta. Modo quilibet Comes tales gograuios instituit et destituit et judicant sine Duce quod facere non possunt et infringunt jus judicis. — Item judicium Gograuiatus attinens Archiepiscopo habet Comes de Arnsberg in pignore vt supra dictum est." (Hierauf folgen die Bestimmungen über den Conductus im §. 79. n. 6.). Item Dux in omni loco Ducatus sui potest ponere sedem suam et iudicare et nullus comparens coram judicio suo habet aliam securitatem

derwärts, von diesen, sondern vom Könige direct empfingen.[4]) Auch nachdem das für die directe Ertheilung des Blutbannes bestandene kirchliche Hinderniss gefallen war, fand noch eine geraume Zeit die Ertheilung des Bannes durch den König selbst statt.

III. So hatten sich in Westfalen unter diesen günstigen Umständen auch allenthalben zahlreiche Freie dadurch erhalten, dass sie im Besitze des alten Gerichtsstandes vor den wirklichen alten Grafengerichten blieben und in diesen dieselben Rechte übten, welche sie schon vor den Zeiten Karls besessen hatten.[5]) Hierdurch hatten im Gegensatze zu andern Gegenden neben den landesherrlichen Gerichten — den Gaugerichten, Gograviatus — für

---

comparandi coram eo, quam quod eo jure quod dicitur oppeslacterecht veniat et hoc propter descriptum judicare. — Item cum cera Ducis per totum Ducatum suum vbicumque sententia jam est lata de aliquo ad mortem potest condempnatus arrestari cum nuncio jurato Ducis vel ministeriali suo et tenebitur arrestatus per sex septimanas et iterum sex si Dux est presens, si est vltra alpes in seruitio imperatoris duplicabitur hoc tempus et sit ista arrestatio vt cognoscat Dux de equitate vel inequitate."

[4]) Dafür geben die §. 111. n. 3 ff., sowie frühere und noch spätere mit Absicht aus der westfälischen Geschichte entlehnte Urkunden den quellenmässigen Beweis. Es weicht diese Erklärung vom Ursprunge der Vehmgerichte von allen anderen ab, ist aber durch ihre quellenmässige Entwicklung wohl ausser Zweifel gesetzt.

[5]) Interessant ist die nota 3. erwähnte Urk. von 1291, also lautend: „Venerabili in Christo Patri ac domino sancte Coloniensis ecclesie archiepiscopo, Duci Westfalie, ac omnibus quibus hoc scriptum fuerit exhibitum Otto Dei gratia paderbornensis episcopus et L. comes de Arnesberg cognoscere veritatem notum vobis facimus quod cum in quadam discordia inter nos hinc et inde orta adeo processum fuisset quod ex ea rapine, incendia et homicidia fuissent subsecuta, tandem forma compositionis, inter nos ordinata in die placiti ad hoc assignata, propositum fuit ex parte nostri paderbonensis Episcopi quod de huiusmodi discordia inter nos habita compositionem justam haberemus, quod nos Comes de Arnesberg plane negauimus, super qua contentione a quibusdam dominis militibus et famulis communibus sententiatum fuit, quod si cum sex viris ydoneis et fide dignis qui vulgariter Sentbere appellantur qui compositioni interfuissent, nos episcopus predictus huiusmodi compositionem probare possemus, jus pro nobis esse deberet et compositio inuiolabiliter obseruari. quidam vero predictam sententiam reprobabant, asserentes quod non solum ab ordinatoribus compositionis unius partis tantum sed utriusque partis huiusmodi compositionis probatio deberet fieri ipso jure. Super isto questionis casu nos episcopus et comes predicti, nos quoque de marca, de Swalenberg, de Waldegge Comites et Otto Comes de Ewerstene marescalcus Westfalie Albertus de Amelungessen, Ecbertus dictus Spegel, W. de Ense et Oldricus de Heldene milites qui huiusmodi tractatui interfuimus, vestram discretionem consulimus et rogamus quod nobis pro communi nostra vtilitate, cum officii vestri debitum id exigat ratione ducatus vestri, domine et pater reuerende Coloniensis Archiepiscope vestram sententiam et jus dare et docere dignemini super eo, alioquin huiusmodi jus et sententiam a Serenissimo Romanorum rege nos requirere oportebit."

die kleinern Sachen und über die nicht schöffenbaren, sentbaren Leute, und neben den verschiedenen Arten von Eigengerichten, Hofsprachen u. s. w., die alten Grafengerichte sich mit dem Charakter von wirklichen Freigerichten, Vrigrafschaft, erhalten.

IV. Im Laufe der Zeit waren in Folge von Belehnungen Seitens des Reichs[6]) die meisten dieser Freigrafschaften, später Freistühle genannt, an Landesherrn, Ritter, geistliche und weltliche Communitäten gekommen und nur einige dem Erzbischofe selbst zur Besetzung geblieben. Ihr freier Charakter erhielt sich aber in Folge der geschilderten Umstände dadurch, dass entweder der Stuhlherr in Person[7]) dem Gerichte vorsass oder gleich dem Erzbischofe selbst bis ins 14. Jahrhundert dem aus der Zahl der freien Gerichtseingesessenen oder aus sonstigen Freien des Herzogthums zu ernennenden Freigrafen vom Könige den Bann musste ertheilen lassen. Die Oberhoheit des Herzogs zeigte sich darin fortwährend, dass er sowohl von der Gerichtsbarkeit der Freigerichte Exemtionsprivilegien[8]) ertheilen, wie auch von ihren Urtheilen eine Art Berufung annehmen, ein Begnadigungsrecht[9]) ausüben

---

[6]) Das sagt ausdrücklich die §. 77. n. 6. abgedr. Urk. von 1368. Viele Familien und Städte, welche Grafschaften hatten, ergeben die bei Seibertz im Register zum 3. Bande unter dem Worte Freigrafen, Freigrafschaften citirten Urkunden.

[7]) Das zeigt sich in zahlreichen Urkunden bei Seibertz, von denen manche bereits mitgetheilt sind.

[8]) Urk. des Erzb. Konrad vom 4. Jan. 1251 für die Stadt Brilon bei Seibertz n. 269, worin es heisst: „vos et vestros perpetuo posteros de nostri consensu capituli, ea cupimus et annuimus, libertatis praerogativa gaudere, quod illud occultum judicium quod vulgariter Vehma seu vridinch appellari consuevit, nullo unquam tempore, contra vos, aut e vobis aliquem infra ipsum debeat opidum exerceri."

[9]) Urk. v. 4. Dec. 1299 bei Seibertz n. 483: „Albertus dei gratia Romanorum Rex semper Augustus . . Uniuersis sacri Romani Imperij fidelibus et precipue Comitibus Baronibus et militibus ceterisque hominibus quibuscunque in Ducatu Westfalie et in ipsa terra Westphalia constitutis ad quos presentes littere peruenerint Gratiam suam et omne bonum. Ex parte venerabilis Wicboldi Coloniensis . . Archiepiscopi westphalie Ducis nostro et culmini supplicatum, quod cum ipse . . Archiepiscopus suique antecessores, Archiepiscopi Colonienses westphalie Duces qui pro tempore fuerint ratione Ducatus sui Westphalie fuerint in possessione juris uel quasi siue consuetudine a tempore cuius memoria non existit habuerunt, tenuerunt et possederunt habeant teneant et possideant in ipso Ducatu Westphalie pacifice et quiete quod vbicunque infra terminos dicti Ducatus Westphalie aliquis homo per judicium quodcunque morti adiudicatus seu ex quacunque causa vltimo supplicio deputatus per ceram ducis, qui impressione cere ad Sigillum dicti . . Archiepiscopi fieri assolet, arrestatur ipsius dampnati seu ad mortem judicati vita ad sex septimanarum spacium et per arrestationem huiusmodi prorogatur Judicis seu Actoris aut alterius cuiusuis contradictione aliquatinus non obstante, Nos cum dictus Ducatus a nobis et sacro Romano Imperio descendat jus siue consuetudinem huiusmodi de benignitate Regia ipsi . . Archiepiscopo et sue ec-

konnte. In solcher Stellung bildeten die Freigerichte ganz auf der alten Grundlage im 13. und 14. Jahrhundert ein Verfahren aus und schufen für die Aufnahme der Mitglieder, vor Allem aber die Ausführung ihrer Urtheile Formen und Mittel, welche ihnen eine grosse Macht und Festigkeit verliehen, dass es schwer hielt, dieselbe umzustürzen. Aus diesen Gründen hatte die dem Erzbischofe von Karl IV. ertheilte Belehnung der Freistühle mit dem Rechte der Afterbelehnung [10]) und der Absetzungsbefugniss über

---

clesie cum adjectione pene contra Rebelles hoc jus seu Consuetudinem infringentes dignaremur innouare et pariter confirmare. Attendentes igitur iustis petencium precibus animum fore regium inclinandum Cum eciam ex hoc quod nostris principibus eorum Jura corroboramus ipsorum deuotionem et fidelitatem erga nostram celsitudinem augmentamus Jus et consuetudinem predictam in omni ea forma qua premittitur et hucusque obseruatum est, ipsi Archiepiscopo et ecclesie sue Coloniensi auctoritate regia innouamus et tenore presencium imperpetuum confirmamus. Inhibentes vniuersis et singulis cuiuscunque status preeminencie aut condicionis existant, ne quis contra jus et consuetudinem antedictam venire presumat. Quod si quis fecerit penam decem Marcarum auri puri nostre Camere pro media parte et . . Archiepiscopo Coloniensi Duci Westphalie pro tempore existenti pro alia media parte remissione qualibet exsoluendis incidat ipso facto, In huius innouacionis et confirmacionis nostre testimonium et perpetuam firmitatem has litteras dicto . . Archiepiscopo Duci Westphalie et ecclesie sue Coloniensi nostre maiestatis appensione Sigilli tradidimus communitas, Datum apud Tullum. II. nonas Decembris Anno domini M° CC° XCIX° Indictione XIII. Regni vero nostri Anno Secundo." Urk. Karl's IV. bei Seibertz n. 727. nach dem Originale: „Karolus d. g. Rom. Rex S. A. et Boemie Rex notum facimus vniuersis presentes litteras inspecturis quod ven. Wilhelmus Colon. Archieps S. I. per Ital. Archicancell. princeps noster dilectus in nostra constitutus presentia nobis significare curauit qualiter sepius et pluries nonnullos homines in ducatu Angarie et Westfalie residentes contingit per judicium comitum scabinorum comitatuum liberorum qui vulgariter frygraifschafft vel stilgericht nuncupantur nullis eorum demeritis exigentibus minus debite condempnari Quare dictus Archieps pietate motus super premissis instanter petens per nostram celsitudinem de oportuno remedio prouideri Nos de fidei nec non circumspectionis et legalitatis industria prefati Archiepi singularem fiduciam obtinentes sibi et successoribus suis ut condempnatos siue proscriptos necnon imposterum condempnandos vel proscribendos per judicium comitum et scabinorum comitatuum liberorum predictorum infra dictum ducatum consistentium ad quoscunque cuiuscumque dignitatis condicionis et status pertinentium fame et honoribus pristinis in totum et libere restituere et reintegrare possint et valeant auctoritate nostra Regia indulgemus ipsisque plenam et omnimodam damus et concedimus facultatem dum tamen eidem Archiepo vel suis successoribus liquide constare poterit dictos tales condempnatos fore minus debite, vel proscriptos. In cuius rei testimonium presentes scribi et sigilli nostri iussimus appensione muniri. Datum Maguntie ao dni M° CCC° LIII° Indictione sexta XV. Kalend. Januarii Regnorum nostrorum anno octauo." Vgl. die Anm. 3. am Ende abgedruckte Stelle.

[10]) Die Urkunde bei Seibertz n. 728 nach dem Originale lautet: „Karolus d. g. Rom. Rex semper Aug. et Boemie Rex notum facimus vniuersis presentes litteras inspecturis quod venerabilis Wilhelmus Colon. Ecclie Archieps S. I. per Ital. Archican-

die Freigrafen,[11]) sowie selbst die vom K. Wenzel dem Erzbischofe ertheilte[12]) Berechtigung zur eignen Ertheilung des Blutbannes an die von ihm

---

cellarius princeps noster dilectus in nostra constitutus presentia nobis significare curauit quod licet ducatus Angarie et Westfalie ex donatione Imperiali ad Eccliam Colon. pertinuerint et pertineant ab antiquo et ratione ducalis dignitatis omnes comitie libere eiusdem ducatus siue jurisdictiones que vulgariter frygraifschafft vel stilgericht appellantur ad ipsum Archiepum suosque predecessores et ad Eccliam Colon. pertinuerint et pertinere noscuntur, sic quod nullus cuiuscunque status vel conditionis aut dignitatis infra ipsum ducatum aliquam comitiarum liberarum seu jurisdictionum praedictarum habere possit vel debeat nisi per Archiepum Colon. pro temp. existentem infeodatus fuerit de eisdem Nonnulli tamen premissorum veritate suppressa à nobis necnon à quondam Ludwico de Bauaria qui sibi Romanum Imp. de facto indebite usurpabat tales comitias seu jurisdictiones infra supradictum ducatum se obtinuisse se quoque infeodatos esse asserunt de eisdem Quare nostre celsitudini dictus Archieps instantissime supplicauit ut sibi et Ecclie sue super premissis dignaremur de oportuno remedio prouidere. Nos itaque qui Augustalis potentie dignitati licet insufficientibus meritis celestis dono gratie presidemus, sanctas et venerandas Ecclesias ministros quoque ipsius ex nostri debito officii in suis confouere juribus affectantes omnes et singulas concessiones et infeodationes nouas quibuscumque personis de comitiis et jurisdictionibus supradictis per nos et supra dictum Loedewicum de Bauaria factas cum eorum sequelis et effectibus subsecutis reuocamus cassamus et de certa nostra scientia penitus irritamus Antiquis concessionibus infeodationibus siue jurisdictionibus dumtaxat exceptis quas in suo robore volumus permanere harum nostrarum et testimonio litterarum quibus nostre maiestatis sigillum ducimus appendendum Datum Maguntie ao dni M° CCC° LIII° Indictione sexta XV. Kalend. Januarii Regnorum nostrorum anno octauo." Ueber die Urkunde Karls d. d. Mailand 5. Jan. 1355 siehe die Note bei Seibertz II. S. 429. — Dass er darum weder sofort noch später alle selbst besass und besetzte, beweist die mehrfach citirte Urk. von 1368 über den Verkauf der Grafschaft Arnsberg an den Erzbischof, ferner die Urk. v. 1358 bei Seibertz n. 746, welche einen Revers der Stadt Marsberg enthält über die ihr vom Abt Dietrich zu Corvey geschenkte halbe Freigrafschaft Horhusen, die Urk. v. 1359 das. n. 751. enthaltend einen Vergleich über die Freigrafschaft Heggen zwischen dem Grafen von Arnsberg und der Stadt Soest.

[11]) Urk. Karl's des IV. v. 3. Apr. 1359 nach Wigand S. 246. abgedr. bei Seibertz n. 752: „Karolus quartus div. fav. clementia R. I. semp. Aug. et Boemie Rex ven. Wilhelmo Archiepo Col. S. R. I. per Ital. Archicancell. — gratiam suam et omne bonum. Cum — in ducatu Ang. et Westph. certe sint comitie libere seu jurisdictiones frygraschaft seu stillgericht vulgariter nuncupate ad te et tuam Colon. eccles. pertinentes, quibus fortasse per nos aut divos R. Imp. et reges predecessores nostros persone insufficientes et minus idonee in comites preficiuntur seu hactenus sunt prefecte, eo quod de ydoneitate earundem propter patrie distantiam cognitio vera seu testimonium sufficiens commode haberi non possit, dicteque jurisdictiones in pluribus dicti ducatus locis minus conuenientibus consueuerint exerceri, nos — tibi de speciali nostra gratia et auctoritate imperiali — concedimus in hiis scriptis personas ydoneas dictis comitiis seu jurisdictionibus comites liberos instituere et preficere et minus ydoneas seu insuffientes institutas deponere seu destituere et loco depositarum alias ydoneas et sufficientes de nouo instituere necnon dicta loca minus conuenientia ad alia

bestellten Freigrafen keineswegs zur Folge, dass die Vehmgerichte zu blossen landesherrlichen Gerichten herabsanken. Vielmehr behalten sie auch seitdem

---

loca magis conuenientia transponere et eadem — tantam roboris habere firmitatem ac si talia per nos aut successores nostros — fierent — quouis modo Presentium sub nostre imperialis majestatis sigilli testimonio litterarum datum aquisgrani ao dni M° CCC° LIX° — ind. duodecima. III. non. mensis Aprilis regnorum nostrorum ao XIII° imperii vero IV°." Urk. v. 1372. 6. Juli Karl's IV. nach dem Orig. bei Seibertz n. 829., die noch daran festhält, dass der vom Herzog geprüfte und bestätigte Freigraf sich dem Kaiser „infeudandus et investiendus" präsentiren solle. — Interessant sind noch die Urk. das. n. 760 v. 1360 worin Karl der IV. die an Johann von Padberg geschehene Belehnung eines Freistuhls zu Padberg widerruft, weil er nicht an die dem Erzbischofe von Köln ertheilten Briefe gedacht habe, die Urk. das. n. 785, womit am 22. Jan. 1367 Erzb. Engelbert III. seinem Coadjutor Erzb. Cuno von Trier die volle Statthaltershaft über die Vehmgerichte überträgt.

[12]) Nach dem Orig. die Urk. bei Seibertz n. 862: „Wentzeslaus d. g. Rom. Rex S. A. et Boemie Rex. ven. Frederico Archiepo Colon. S. R. Imp. per Ital. Archicancell. principi et consanguineo suo dilecto gratiam Regiam et omne bonum. In nostre maiestatis presentia nobis supplicando curasti proponere quatenus cum judicia secreta dicta vulgariter Stilgerichte liberalium sedum in partibus ducatuum Westfalie et Angarie ad insignem Colon. Eccliam spectantia ac à nobis et S. R. Imp. in nobile et insigne pheudum Regaliorum titulo dependentia graue ut asseris dispendium in suis jurisdictionibus et censuris ac illarum executionibus patiantur propter defectus comitum liberorum dictorum vrygrauen qui dictis habent judicijs presidere et quorum nonnulli multotiens morte perimuntur infirmitatibus et alijs occupationibus detinentur Et dum alij subrogandi forent grauis periculosus et incertus ut frequentius ad nostre maiestatis presentiam que pro S. R. Imp. et regni reique publice dispositione et regimine uersu volubili hinc inde disp[illegible]ur veniendi pro infeudatione et inuestitura huiusmodi comitiarum recursus incumbere[illegible]t accessus Et sic dicta judicia in suis jurisdictionibus exercitio et censuris sepius starent vacua et suspensa in S. R. I. et Regni ac rei publice preiudicium et grauamen Nos defectibus huiusmodi Regali prouidentia dignaremur succurrere remedijs oportunis premissis igitur quantum possumus cum ratione obuiare tuamque personam in hoc honorare volentes deuotioni tue Regia auctoritate concedimus et de gratia speciali indulgemus quatenus dum quando et quotiens opus fuerit locus aut facultas se ad hoc obtulerit aliquem seu aliquos comites liberos dictos freygreuen dictis sedibus liberis et judicijs preficiendi et instituendi ipsos postquam per te prout ex alijs priuilegijs Imperialibus tibi et ecclie tue indultum est examinati et ad hoc ydonei reperti fuerint auctoritate Regia recipias et admittas, infeudes et inuestias omni jure priuilegijs et solempnitatibus quibus per nostram regiam maiestatem hoc fuerit faciendum nostroque et S. R. Imperij et Regni romanorum nomine juramenta et fidelitates ab eisdem recipias debitas et consuetas Presentibus usque ad nostre maiestatis beneplacitum valituris. Presentium sub Regie nostre maiestatis sigillo testimonio litterarum. Datum franchenuort super mogano ao Dni M° CCC° LXXXII° Indict. Va XVIII° Kalend. Aug." Damit kamen aber keineswegs alle Stühle aus der Hand der bisherigen Herrn. (Siehe Urk. Wenzels v. 22. Juli 1387 aus Nürnberg bei Seibertz n. 876. nach dem Orig., worin er den von den Herrn von Padberg sich angemassten Freistuhl aufhebt. Vgl. auch Ur[illegible] das. n. 1124., worin Karl IV. auf Presentation des

in den Urkunden den alten Charakter bei, ist in diesen stets die Rede von Freien und übten sie fortwährend ihre alten Rechte aus. Dazu trug übrigens auch der Umstand bei, dass ihre Schwächung keineswegs im Interesse des Erzbischofs lag. In Wirklichkeit veränderte sich der Charakter der Freigerichte nicht. Sie erscheinen auch nach dieser vollen Belehnung des Erzbischofs als kaiserliche Gerichte und standen unter des Kaisers und des Reichs Gesetzgebung.[13]) Der Kaiser konnte auch ausserdem fortdauernd über die einzelnen Freistühle seine Gewalt ausüben.[14])

V. Der Erzbischof von Köln war demnach und wurde von den Kaisern genannt „des Kaisers und des heiligen Reichs Statthalter der

---

Hermann von Letmate den Heinrich von Holthausen mit dem Freigrafenamte belehnt. Urk. v. 10. Juli 1372 das. n. 1126., worin Karl IV. dem Erzbischof Friedrich III. sagt: „Tue dilectioni committimus tenore presentium et mandamus quatenus recepto fidelitatis solito juramento à Johanne Seyner, nostro et imperii sacri fideli dilecto, cui freygrauiatus officium in sedibus Coloniensis Ecclesie ad presentationem tuam commisimus et committimus per presentes, cures eundem Johannem autoritate imperiali de eodem freigrauiatus officio prout est de more, manualiter inuestire, ita videlicet quod idem officium dictus Johannes in sedibus dicte Ecclesie uniuersis exercere debeat libere atque poterit, prout in illis partibus obseruatum est actenus de consuetudine uel de jure presentium sub imperialis nostre Majestatis sigillo testimonio literarum." In der Urk. das. n. 1128. von 1412 verspricht Abt Dietrich von Corvey der Stadt Marsberg sie beim Besitze des Freistuhls zu schützen. Diese Urkunden nebst den in den folgenden Noten beweisen, dass mit der Statthalterschaft nicht die Stuhlherrschaften aufhörten. Am Ende der Fragen K. Ruprechts werden die wichtigsten Stuhlh[illegible] aufgezählt. Diese Zusammenstellung ist jedoch, wie Seibertz angiebt, eine [illegible] unvollständig und später zugesetzt.

[13]) Das zeigen die vielen, theils Oben §. 58. n. 14., theils bei Wächter a. a. [illegible] aufgeführten reichsgesetzlichen Bestimmungen über dieselben.

[14]) Dies zeigen folgende Urkunden. Im J. 1393 (Seibertz n. 886. [illegible] consules et Consules opidi Susaciensis" den K. Wenzel, „Sedem et [illegible] tatus nostri in Rudenberghe situati in loco dicte deydwordischusen [illegible] opido nostro magis propinquum dictum oppe den weddepote [illegible] ... graciose collocare et alterare .... quia locus sedis [illegible] existit et non tutus propter diversorum emulorum nostrorum [illegible] eundem secure non audemus aggredi nec eidem congrue [illegible] was Wenzel auch 1393 nach der Note von Seibertz (II [illegible] bertz n. 896.) befiehlt aber K. Wenzel der Stadt Soest [illegible] binnen ihren Mauern abzuthun; in der Urk. erwähnt er [illegible] Privilegien des Erzbischofs verletze. 1483 (Seibertz n. [illegible] sagt K. Friedrich III. dem Bischofe von Münster, [illegible] Münster, durch ihre Freigrafen gemeine Kapitelstage [illegible] die Rechte des Erzbischofs verletze. 1488 (das. n. [illegible] Bitter v. Raesfeld ertheilte Erlaubniss, Freigrafen [illegible]

heimlichen **Gericht und Acht in Westphalen.**" In dieser Eigenschaft hatte er die Ernennung und Belehnung der Freigrafen, das Recht, untaugliche Freigrafen und Freischöffen abzusetzen, Urtheile zu verfristen, dem Vehmgerichte Ordnungen zu geben.[15]) Zur Durchführung dieser und ähnlicher Dinge beriefen die Erzbischöfe s. g. **Gemeine Kapitels-Tage** auf **der rothen Erde** zusammen.

VI. Während des 14. Jahrhunderts war der Einfluss und die Wirksamkeit der Vehmgerichte in jedweder Beziehung für die Sicherheit des Rechtszustandes von grösster Bedeutung und sehr heilsam. Ihre zu grosse Macht und das Streben nach beständiger Ausdehnung derselben führte zu Missbräuchen, welche bereits im Anfange des 15. Jahrhunderts einzelne Beschwerden hervorriefen und den Kaiser zur Untersuchung veranlassten.[16]) Solche wurden im Laufe des 15. Jahrh. erneuert, und hatten mancherlei Reformationen der Vehmgerichte zur Folge.[17]) Gleichwohl hörten weder die Klagen von Auswärts auf, noch hielten sich die Vehmgerichte im Herzogthume selbst von Uebergriffen frei.[18]) Seitdem aber die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit in ganz anderer Weise möglich geworden war (§. 73. 98.), wurden in der That die Vehmgerichte entbehrlich. Mit dem Ewigen Landfrieden hätte jede Jurisdiction über ihre engern Sprengel hinaus fortfallen können. Nichts destoweniger gab ihnen K. Maximilian gleichzeitig eine Reformation, die sie, jedoch in sehr beschränkter Weise, noch als Reichsgerichte anerkannte.[19]) Fiel ihre

---

[15]) Im 15. Jahrh. erstreckte sich aber die Statthalterschaft über alle Freistühle auch ausserhalb des eigentlichen Herzogthums. Vgl. die Ausführung von Kopp a. a. O. S. 308 ff.

[16]) Kapitel zu Heidelberg berufen von K. Ruprecht 1404 und dessen Fragen, auch abgedr. bei Seibertz n. 904. nach einer alten Handschr. im Soester Archiv. Andre setzen sie in 1408.

[17]) Vgl. §. 58. n. 14.

[18]) Urk. vom 28. Nov. 1475 bei Seibertz n. 978., worin der Gubernator der Kirche zu Köln, Landgraf Hermann von Hessen, die Stadt Werl gegen deren und der geistlichen Gerichte Uebergriffe in Schutz nimmt.

[19]) Ref. v. 10. Sept. 1495 in Neue Samml. II. S. 18 ff. Hier heisst es §. 2. „. . . gebieten, von Römischer Königlicher Macht, in Krafft diss Brieffs, dass solche heimliche Gericht fürbass mit frommen, verständigen vnd erfahrnen Leuten besetzt, vnd nicht durch bännisch, onehlich geboren, meineydig, oder eygen Leüth, gehalten werde. Vnnd dass es damit dieselbe nicht anders halten, dann als das von Anbegin durch Kayser Caroln den Grösern, Vnsern Vorfahrn im Reich, auch durch die Reformation, so der Ehrwürdig Dietrich, Ertz-Bischoff zu Cölln, Unser lieber Neve vnd Churfürst, als ihm das durch Keysser Sigismunden, Löblicher Gedächtnüss, Unsern Vorfahren befohlen war, zu Augspurg, in Beyseyn vieler Graffen, Freyen, Herrn, Ritterschafft, Stulherrn, Frey-Graffen und Freyschöffen gemacht hat, geordnet vnnd gesetzt ist; Besonder, dass man niemandes dahin heische, fordere oder lade, dann

Wirksamkeit ausserhalb Westfalens dadurch auch praktisch im Ganzen fort, so mussten doch noch im 16. Jahrhundert die Reichsgesetze gegen sie einschreiten.[20]) Mit der Einsetzung des Reichskammergerichts hörten sie in Wirklichkeit auf, kaiserliche Gerichte zu sein. Dies und die ausgebildete Landeshoheit drückte sie nothwendig herab zu landesherrlichen Gerichten des Erzbischofs von Köln wie der übrigen Herrn, in deren Territorien sie bestanden. Von nun an waren sie eine förmliche Anomalie im Verhältnisse zu den neuen Zuständen. Hätte man ihnen die alte Macht im Territorium gelassen, so wäre in der That die Stellung des Landesherrn gefährdet gewesen, zumal ihre Ordnungen gegen die Fortschritte der Zeit zurückstanden. Sie wurden daher von dem Erzbischofe selbst zu Gerichten für unbedeutende Vergehen herabgedrückt und erhielten sich in dieser Eigenschaft

---

die, vnd vmb die Sachen, die dahin gehören, oder der man zu den Ehren nicht mächtig seyn möchte. §. 3. Dann ob jemandts dahin gefordert würde, dass sein Herr oder Richter mächtig were, zu den Ehren, vor ihm, oder andern Landleüffigen Gerichten, vnd das derselbig Herr oder Richter dem Frey Graffen oder Richter solches zu wissen thäte, oder schriebe, vnnd einen solchen abforderte, vnnd er mit zweyen oder dreyen andern unversprochen Mannen, dem Frey Graffen oder Richter Tröstung zu den Ehren, obgemelter Mass, vnder ihrem Innsiegel zuschrieben, so sol alsdann solche Ladung abseyn, vnd der Sachen nachgangen werden, vor dem Herrn oder Richter, da die Sach hingehört, vnd gefordert wird, ohn Eintrag des Frey-Graffen oder heimlichen Richters. Wo aber dem nicht also nachgegangen würde, so sollen alle Process, Erfolgung vnd Gericht, die darüber geschehen weren, oder geschehen würden, gantz krafftlos, todt vnnd ab seyn, die wir auch itzt als dann, vnnd dann als itzt, von Romischer Königlicher Macht, krafftlos sprechen vnd vrtheilen. §. 4. Es soll auch kein Frey-Graff keinen Freyschöffen machen, dann die es von Rechts wegen werden mögen, vnd die solch ihr Tüglichkeit durch genugsame Kundtschafft fürbringen. Nemlich, sollen sie keinen zu Schöffen machen, der vnehlig geboren, jemandts eygen, sonst verbunden oder zugehörig sey. Die auch in des Reichs Acht vnd Bann, geistlich oder weltlich sind, sollen sie keines Wegs zu Schöffen machen. Solches, so von den heimlichen Gerichten abstehet, wollen Wir, von manniglich festiglich vnd vnzerbrochenlich gehalten werden, befohlen haben. Und gebieten darumb allen vnd jeglichen Stulherren, Frey-Graffen, vnd allen andern, in was Wesen oder Stand sie sind, ernstlich vnd festiglich, mit Krafft diss Brieffs, dass sie solchs auff ihren Stülen vnd Gerichten bestellen, es ordentlich gehalten werde. Dann wo ichts darwieder, oder anders geschehe, so sol der Stulherr zehen Marck Goldes in Unnser Königlich Cammer vnablässlich bezahlen, vnd der Frey-Graf sein Ampt der Frey-Graffschaft verlohren haben. Auch der, der also vnrechte Förderung oder Fürbittung erwürbe, sich selbst verurtheilt, seinen Leib verwürket vnd jr jeglicher wieder Ehr gethan haben vnd soll männiglich zu ihnen richten, als sich gebürt."

[20]) R.A. zu Worms v. 1521 §. 17. (Neue Samml. II. S. 206.). Die R.K.G.O. v. 1555. Th. II. Art. XX. §. 8. (das. S. 100.) schreibt Einschreiten von Seiten des Reichs-Fiscals gegen sie vor bei Ueberschreitung ihrer Competenz.

vereinzelt aber unter steter Anwendung der alten feierlichen Formen bis auf unser Jahrhundert.[21])

§. 117.

b. Verfassung. Competenz.

I. An der Spitze des Vehmgerichts[1]) stand der Freigraf, der entweder früher der Erbherr oder Reichs-Lehnsträger des Freistuhls oder ein von diesem ernannter und vom Kaiser, später vom Erzbischofe von Köln bestellter und investirter freier Mann (Ritter oder Gemeinfreier) sein musste. Er war für die ordentliche Handhabung des Gerichts verantwortlich dem Kaiser, bez. dem Erzbischofe als kaiserlichem Statthalter.

II. Ihre Gerichtsbarkeit leiteten die Vehmgerichte zurück auf Karl den Grossen,[2]) der ihnen die Privilegien und Ordnung gegeben habe. Hierin liegt das Wahre, dass sie überhaupt die Nachfolger der karolingischen Grafengerichte waren. Dies brachte vor Allem mit sich die Anwendung feierlicher Formen bei der Bestellung der im Gerichte thätigen Personen und bei dem Verfahren selbst.

III. Die Vehmgerichte waren zunächst die alten Grafengerichte für die Klagsachen der Freien, wegen ihres freien Grundeigenthums und zur Vornahme der wichtigeren Rechtsgeschäfte. In dieser Beziehung hatten sie nur für ihre einzelnen Sprengel Gerichtsbarkeit.[3])

---

[21]) Vgl. die Darstellung von Wigand.

[1]) Ueber den Ausdruck Vehme, der zuerst in der §. 116. n. 8. abgedr. Urk. v. 1251 vorkommt, siehe die Ausführung von Wächter a. a. O. S. 145 ff., Gaupp S. 10 ff. Das Wort fehmen, vemen bedeutet im sauerländischen Plattdeutschen (und darauf kommt es wohl an, besonders mit Rücksicht auf die für Brilon ausgestellte Urkunde) soviel als binden; der Faden heisst in demselben Faem; einfäden heisst invaemen. So kann der Ausdruck sehr gut ein Gericht bezeichnen, wodurch man κατ' ἐξοχήν gebunden, gebannt wird, selbst auf den Modus der Vollziehung der Todesurtheile hindeuten.

[2]) Vgl. Wächter S. 148 ff. Siehe auch die Note 19. des vorherg. §.

[3]) Siehe die §. 77. n. 6. §. 111. n. 3. §. 111. n. 7 ff. citirten Urkunden. Kais. Ruprechts Fragen, R.A. v. 1495. Ueberschreitungen weisen aber nach Usener u. Wigand. In der Urk. n. 74. bei Seibertz v. 1177. heisst es: „Heinricus cognomento Munzun eodem tempore apud eundem locum super Liberos et Liberorum agros Comicia positus.“ Das. n. 86. Urk. v. 1184 „Philippus Arch. justum et ratum intimare duximus — qualiter Comes Symon de Tekeneburg cum matre sua Eileken bona que eis attinebant in Olinchusen — fratribus in eodem loco conuersantibus uendidit et donauit, ministerialibus suis Hermanno scilicet et Hunoldo fratre eius cum filiis eorum et heredibus, qui ab ipso Comite et Matre eius super his bonis inbeneficiati erant, presentibus et astantibus, qui in nostri presentia et multorum bona wor-

Weiter hatten sie eine keiner andern Berufung als an den Erzbischof und Kaiser[4]) unterliegende Blutgerichtsbarkeit über die Gerichtseingesessenen.

---

piuerunt et resignauerunt coram Arnoldo de wiclo, qui tunc temporis bannum imperialem in loco qui dicitur Grambeke, super his administrabat." — In Urk. v. 1203 das. n. 118. bekundet der Erzb. eine Schenkung des Grafen von Arnsberg an ein Kloster. Es heisst darin: „Ut igitur talis donatio rata permaneat, Henricus Rumescotele cuius erat ius Comescie de predictis domibus et bonis, ius suum resignauit, Hermanno de altena, Hermannus Comiti Arnsbergensi Comes nobis, Vnde nos easdem donationes, simul quoque venditiones sic rite factas coram nobis approbamus et in nomine domini confirmamus, easdem domos et bona cum suis pertinentiis eximentes ab onere fiscali quod dicitur Grascult. — Urk. v. 25. Febr. 1269 das. n. 345. Nos Rudolfus de Aquis judex Sosatiensis, vniuersis presentem paginam inspecturis, vtriusque vite salutem. Tenore presentium protestamur, quod cum Albero de Smidehusen inhibitionem fecisset, Alberto preposito et conuentui in Weluere de emptione quorundam bonorum sitorum in Smidehusen, asserens se et sororem suam duas partes in prefatis bonis hereditario iure habere vnde prefatus Albertus prepositus. Dictum Alberonem coram nobis conueniens, fecit inquiri in sententia, ubi eidem Alberoni stare iuri deberet, eum dicta bona essent libera, et responsum ei fuit, sicut iuris ordo exigit, quod ante sedem liberam. vt autem predictus Albero ad prosequendum ius suum ante sedem liberam, et ante liberum comitem, videlicet Seredere de alen. absque metu vite et rerum secure venire posset. Dictus Albertus prepositus, tutum ei conductum spopondit. Qui rennuit et in sua iniusta inhibitione sicut multis presentibus honestis et discretis viris visum est, perseuerauit." — Urk. das. n. 361. von 1273: „Conradus de Rudenbergh filius domini Conradi burggrauii quondam in stromberg, vniuersis ad quos presens scriptum peruenerit salutem in domino. Cum pater noster dominus Conradus accepto seruitio à preposito et Conuentu sancte Walburgis iuxta Sosatum, domum quandam in Rikelinchusen eis pertinentem, que banno patris nostri qui vigraschap dicitur subiacebat ab omni actione ac seruitiorum onere de consensu et permissione nostra ac heredum suorum perpetuo dimiserit liberam et absolutam, Et cum filiorum sit, factis parentum rationabiliter peractis per omnia obedire, Nos itaque factum patris nostri approbantes et ratum habentes, de consensu et uoluntate vxoris nostre ac amicorum nostrorum, predictam domum perpetuo dimittimus liberam et solutam. Ita quod predicta domus. aut colonus ipsius qui pro tempore fuerit. in nullo penitus nobis aut officialibus nostris de cetero erit astrictus, Damus etiam predictis. preposito et Conuentui sancte Walburgis, de consensu et voluntate vxoris nostre ac amicorum. recepto seruitio a preposito et Conuentu sepedictis Lambertum nostrum hominem, qui colonus dicte domus in Rikelinchusen existit, vt ipsis attineat eo iure quo nobis attinebat."

Interessant ist die Urk. bei Seibertz n. 1100 (aus der Zeit von 1290—1293, wie Seibertz III. S. 464. in der Note darthut) lautend: „Nobili domino et predilecto sororio suo O.(ttoni) comiti de Polle, Jo. nobilis dominus de Bilsten, quantum potest dilectionis amicicie et favoris. Vestra noverit discrecio, quod nulli secularium vel religiosorum virorum bona libere condicionis estimata ad eorum utilitatem vel profectum ex causa emptionis vel venditionis eis possint approbari, nisi illa liberorum bonorum transactio fiat cum concambio bonorum aliorum, que eciam libera possint approbari, et hoc precipue fieri debet de voluntate liberi comitis, sub quo illa bona fuerint constituta. Et hoc etiam de voluntate heredum bonorum predictorum. Insuper predicta

IV. Zu dieser Competenz behaupteten und übten sie eine gleiche über alle Freischöffen, mochten diese in Westfalen wohnen oder nicht. Sie gingen aber noch weiter und hielten sich als eigentliche kaiserliche Gerichte für das ganze Reichsgebiet competent: 1) in allen, auch Civilsachen, wenn der Kläger durch Schuld des Richters oder den Ungehorsam des Beklagten kein Recht fand und der Schuldige der Aufforderung, welche nach der auf Bitten des Klägers oder auf Grund der von einem Freischöffen aus eigenem Antriebe angebrachten Vehmwroge erfolgte, nicht genügte, 2) für alle Friedensbruchsachen, 3) die schweren Verbrechen gegen die Religion und christliche Sitte (Meineid, Ketzerei, Ehebruch u. dgl.)[5]) Diese subsidiäre Gerichtsbarkeit ist zwar einzeln angezweifelt, jedoch selbst in den Reichsgesetzen anerkannt und faktisch auch von den Vehmgerichten geübt worden.

V. In persönlicher Beziehung erstreckte sich ihre Gerichtsbarkeit, abgesehen vom Kaiser[6]) und Erzbischofe von Köln, nicht auf Geistliche[7]) und Juden.[8]) Zweifelhaft bleibt es, ob Weiber[9]) unbedingt ihr unterstanden.

---

transactio in presencia liberi comitis, seu coram libera sede debet confirmari. Sciturus, quod omnia ista peracta per probos viros et ydoneos possem approbare."

In den meisten der hier und früher aufgezählten Urkunden ist auch die Rede von Einkünften aus dem Freibanne.

[4]) Vgl. §. 118. n. 9. Ueber die Berufung an den Kaiser und im 15. Jahrhunderte auch an das kaiserl. Hofgericht sehe man die Citate bei Wächter S. 286 f.

[5]) K. Ruprechts Fragen XXVI. XXVIII. (bei Seibertz; in Neue Samml. §. 31 ff.). Die 26. Frage lautet: „wat saken ond punten dat sin daromb dat men eynen mann an die fristoill ond gerichte heischen, verboden ond verfemen solle ond moge? — Die frigreuen hebn darop geantwort: mit dem eirsten ketter die von dem kristen glouen fallent, Duffstall, kirchhoue ond kirchen schynnen, die noittoch doin, kindelbedde rouen ond plündern, heymliche veyrederie, verrait, onentsacht eym hern dat sine to nemen ond meynheide vursatlich to sweren." R.A. v. 1438 (Neue Samml. I. S. 158.) §. 34., von 1442 §. 13. 14. und ganz so in der Ordnung Maximilians von 1495 (n. 19. des vorhergehenden §.). Vgl. auch die Darstellung von Wigand u. Wächter, welche gegen die falsche Eichhorns gerichtet ist.

[6]) Trotzdem massten sich drei Freigrafen an, den K. Friedrich III. und dessen Kanzler, Bischof Ulrich von Passau, im J. 1470 vor das Freigericht zwischen den Pforten zu dem Wünnenberg zu laden. Siehe hierüber Wächter a. a. O. S. 240 ff. Bei Usener ist in der Samml. der gemeinen Urtheile aus den Jahren 1438—1455 S. 160 f. ein Urtheil mitgetheilt, das eine Ladung des Königs für eine höchst strafbare Handlung erklärt.

[7]) K. Ruprechts 24. (19.) Frage. „Darop antwerden die frygreven die genen die gewyet sint wo wenich des is die gehorent erme oversten to, die soll men jrme bischop antworden off sie missdait van dar over begrepen werdent." Daher der Gebrauch, bei Ladungen von ganzen Gemeinden die Geistlichen ausdrücklich auszuschliessen. Usener S. 54. 95. Ausnahmen bei Wächter S. 197 f.

[8]) Urk. vom 5. Oct. 1348 bei Seibertz n. 1118, worin Graf Gotfried IV. von Arns-

Dagegen ist sicher, dass es über Reichsfürsten und andere Reichsstände Competenz beanspruchte und auch handhabte.[10])

VI. Im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts wurde aber durch eine Anzahl von Privilegien der Kaiser manchen Territorien und Städten das privilegium de non evocando gegenüber den Vehmgerichten ertheilt.[11]) Dasselbe war bereits im 13. Jahrhundert einzelnen Städten im Herzogthum Westphalen selbst vom Erzbischofe verliehen und ist auch später einigen ertheilt.[12]) Dies erklärt sich aus dessen Stellung zur Genüge.

§. 118.

3. Die höchsten kaiserlichen Gerichte.

I. Bis ins 13. Jahrhundert hinein sass der Kaiser wie in der fränkischen Zeit auf den Reichs- und Hoftagen in den verschiedenen Reichsländern, sei es in den Pfalzen oder in Städten zu Gericht über die Sachen der Grossen. Auch konnte man jegliche Sache vor ihn bringen. Dazu wurden auch besonders Rechtsgeschäfte aller Art vor dem Könige abgeschlossen oder bekundet.[1])

---

berg bekennt „dat uns unse Here dey Keysere van Rome hevet enboden dat men over neyneschen juden richten en sal vor den vrigen stuhle und dat dey veme is gheheten wante dat nu van aldes recht hevet ghewesen, hir umme want uns unse here dey keyser van Rome alsus hevet enboden so sy wy des to rade woren my willen und mit volburt al unser Nachkomelinge unde unser rechten erven myt rade unser vront“ u. s. w. Andre stellt zusammen Wächter S. 194 ff., der übrigens auch faktische Ueberschreitungen nachweist.

[9]) Arnsberger Reformation von 1437 (Seibertz n. 938) §. 8. „Item so en soll man nyet heyschen noch verbodynge doin umb eyncherleye sachen Vrawen anders dan vur dat offenbare gedynge mit dem Vroenen in dem fryenbanne dar sy yene gesessen synt.“ Dieser Abdruck ist nach einer gleichzeitigen Abschrift gemacht. Vgl. auch Wächter S. 198 f.

[10]) Wächter S. 199 ff. Bernh. Thiersch Die Vervemung des Herz. Heinrich des Reichen von Baiern u. s. w. Essen 1835. Dann die Ladung Herz. Wilhelm von Sachsen 1454.

[11]) Wächter S. 190 ff. weisst deren nach für Würtemberg von 1361, 1415, 1495, Ulm 1359, Kurmainz 1447 u. s. w. Andere bei Usener und Gaupp. Meistens war aber auch hier zur Voraussetzung gemacht, dass der ordentliche Richter thätig werde. Dies entsprach durchaus der Gewohnheit des Kaisers bei Verleihung derartiger Privilegien überhaupt. Vgl. §. 69. n. 8. den §. 3. cap. XI. der bulla aurea von 1356.

[12]) Vgl. §. 116. n. 8. Urk. von 1286 bei Seibertz n. 1099, worin Erzb. Siegfried der Stadt Attendorn das ihr von Erzb. Engelbert I. im J. 1222 gegebene Exemtionsprivileg bestätigt, dessen Tenor der Urkunde in deutscher Sprache inserirt ist.

[1]) Siehe §. 72. Zahlreiche Urtheile sind in der bisherigen Darstellung erwähnt

Zur Seite stand ihm hierbei ein Pfalzgraf, unter dessen Vorsitze die minder wichtigen Sachen entschieden wurden.[1]

II. Friedrich II. gab der kaiserlichen Justiz eine festere Gestaltung durch Einsetzung eines Hofrichters, judex curiae, im J. 1235,[2]) welchem die

---

worden. Vgl. Otto Franklin De justitiariis curiae imperialis, Vratisl. 1860. cap. I. In dieser Schrift ist die ältere Literatur vollständig angegeben; sie bietet zudem eine vollständige Ausbeute aus allen in Betracht kommenden Quellen.

[2]) Landf. v. Mainz c. 15 (Leg. II. p. 317.; siehe die verschiedenen Lesarten bei Boehlau): „De iusticiario curie. Trahunt ad se sollicitudinem imperii regimen et diversarum negocia terrarum et regionum, que cum semper expediat per nostram diligentiam expediri, querelancium causas quibus personaliter presidere non possumus, per virum probate fidei, opinionis honeste, prepositum iudiciis, loco nostri volumus terminari. In quo preter hec que nostre censure specialiter reservavimus, inviolabile iudicium attendatur. Statuimus igitur, ut curia nostra iusticiarium habeat, virum libere condicionis, qui in eodem persistat officio ad minus per annum, si bene et iuste se gesserit. Hic singulis diebus iuditio presideat, exceptis diebus dominicis et aliis festis maioribus, ius reddens omnibus querelantibus, preterquam de principibus et aliis personis sublimibus in causis que tangunt personas, ius, honorem, feoda, proprietatem vel hereditatem eorundem et nisi de causis maximis; predictorum etenim discussionem et iudicium nostre celsitudini reservamus. Hic iudex terminos sive dies in illis arduis causis eorundem que ad ipsum spectant, non prefiget sine nostro speciali mandato. Reos non proscribet nec a proscriptione absolvet; hec namque auctoritati nostre excellencie reservamus. Et idem iurabit, quod nichil accipiet pro iuditio, quod nec amore nec odio, nec prece nec precio, nec timore nec gracia, nec alia quacumque de causa, iudicabit aliter quam iustum sciat, vel credat secundum conscienciam suam, bona fide sine omni fraude et dolo. Eidem dimittimus et assignamus iura, que ex absolutione proscriptorum proveniunt, que vulgo dicuntur wette; eorum dumtaxat quorum cause coram eo tractate sunt, ut benevolencius iudicet et a nullo munera recipiat; quam penam nemini relaxabit, ut homines proscriptionem pocius timeant. Idem habebit notarium specialem, qui nomina proscriptorum scribet, et actorum et causam ipsam sive querelam, et diem quo proscriptioni involventur; item nomina absolutorum a proscriptione et actoris propter quem proscripti fuerunt, causam et diem absolucionis, fideiussorum absoluti nomina, qui sint, et unde sint, sive aliam cautionem quam prestat absolvendus iuxta consuetudinem terrarum pro satisfactione querelantis. Idem recipiet litteras continentes querelas, et servabit. Idem nullam aliam curam negociorum curie habebit. Idem scribet nomina eorum qui accusantur vel denunciantur tanquam nocivi terre, et infamiam et eorum nomina quando a suspitione absolventur delebit. Idem scribet omnes sentencias coram nobis in maioribus causis inventas maxime iuditio obtentas, que vulgo dicuntur gesamint urteil, ut in posterum in casibus similibus ambiguitas rescindatur, expressa terra secundum consuetudinem cuius sentenciatum est. Idem erit laicus propter sentencias sanguinum, quas clerico scribere non licet, et preterea ut si delinquid in officio suo, pena debita puniatur. Item iuramentum prestabit secundum formam iuramenti qualiter iusticiarius facit, et quod fideliter et legaliter se habebit in officio, nichil scripturus et facturus contra ius et debitum secundum conscienciam bone fidei, omni dolo et fraude cessante."

laufenden Sachen zur Entscheidung zufielen, während er dem Kaiser selbst nur die wichtigsten vorbehielt, so dass seitdem das kaiserliche Hofgericht entweder unter dem Vorsitze des Kaisers oder regelmässig des Hofrichters tagte. Diese Einrichtung blieb auch unter den folgenden Kaisern bestehen,[3]) obwohl vielfach die Kaiser selbst durch Cassation der Erkenntnisse ihrer Hofrichter und auf sonstige Weise deren Jurisdiction Eintrag thaten.

III. Vor den Hofrichter gehörten alle Sachen, die man vor den König brachte mit besondern Ausnahmen. Diese waren die grössern Sachen, Causae maximae oder majores der Fürsten und andern hohen Leute, nemlich Criminalklagen gegen dieselben und Klagen, welche ihre Reichslehen und Erbgüter betrafen.[4]) Ueber diese konnte nur im Gerichte unter des Königs Vorsitze abgeurtheilt werden.[5]) Dies bestand aus den auf Reichs- oder Hoftagen um den König versammelten Grossen. Im Laufe der Zeit wurden jedoch den Hofrichtern auch mancherlei andere Sachen entzogen.[6])

Voraussetzung der richterlichen Thätigkeit des Hofrichters war, dass er sich beim Kaiser an dessen Hofe befand. Deshalb hörte seine Jurisdiction auf, wenn der Kaiser sich ausserhalb des Reiches aufhielt oder der Thron erledigt war. In beiden Fällen hatten dies Richteramt die Reichsvicarien, sowohl die kraft ihrer Kurämter dazu berufenen als auch die im einzelnen Falle besonders eingesetzten.[7])

Klagen gegen den König selbst gehörten aber nicht vor den Hofrichter, sondern den Pfalzgrafen vom Rheine und das Fürstengericht.[8])

IV. Es lag in der Beschaffenheit der dargestellten Einrichtung, dass bei der Entwicklung des Staatsrechts (§. 69. 76.) und der Beschaffenheit des öf-

[3]) Die Geschichte der Hofrichter bis auf das J. 1400 gibt Franklin l. c. p. 90—127 (Schluss). Hier sind die Nachweise über die Personen der Richter, die Urtheile u. s. w. gegeben.

[4]) Vgl. §§. 69. 72. 76. 84 ff. Dazu Franklin l. c. p. 28 sqq.

[5]) Die in nota 4. citirten §§. und andere bieten zahlreiche Belege von solchen Urtheilen.

[6]) So die Friedensbruchssachen, Franklin p. 34. (die Gesetze citirt §. 73.); dazu kam die Jurisdiction der für einzelne Theile des Reichs aufgestellten Vicarii (Franklin p. 35; oben §. 71, 73.); die vielen privilegia de non evocando (Franklin p. 35 sqq.; oben §. 69. n. 8. 9.).

[7]) Vgl. §. 71. VI. — Die im Texte ausgesprochene Ansicht hat besonders Franklin l. c. p. 21. sqq. und p. 44. sqq. gegen ältere Meinungen, dass der Hofrichter nur ein dem Namen nach veränderter ständiger Richter in der Königlichen Pfalz gewesen sei, und gegen neuere, namentlich die Zöpfl's R. G. S. 469 n. 23. der 3. Aufl., welche die der von Franklin benutzten zweiten wiederholt, dass sich die ganze Einrichtung auf das Hofgericht zu Rottweil bezogen habe, gründlich bewiesen.

[8]) Oben §. 70. n. 12. — A. Schulze De jurisdictione principum, praesertim comitis palatini in imperatorem. Jenae 1847. Franklin l. c. p. 22.

fentlichen Rechtszustandes (§. 73.) durch diese in der That unvollkommene Reichsjustiz keine gründliche Besserung der Rechtspflege möglich war. Je ernster man auf die Setzung eines beständigen Landfriedens bedacht war, je mehr die Möglichkeit zu dessen Durchführung mit der veränderten Kriegsführung im 15. Jahrhundert sich darbot, desto eindringlicher stellte sich auch die Forderung eines ständigen geordneten obersten Reichsgerichtshofes heraus. Diese machten auch die Fürsten;[9]) der Kaiser ging darauf willig ein.[10]) Seine Errichtung kam zwar zu Stande,[11]) indem Friedrich III. ein Cammergericht einsetzte und mit einer Ordnung versah. Indessen blieb seine Gerichtsbarkeit wegen des Misstrauens der Fürsten eine sehr unvollkommene.

§. 119.

C. Der Rechtszug an die Oberhöfe.*) Die Hofgerichte.

I. Der Ursprung mancher Stadtrechte durch Bewidmung mit dem Rechte einer andern führte früh dazu, in Zweifeln bei der Mutterstadt anzufragen, auch geradezu den einzelnen streitigen Fall zur Entscheidung vorzulegen. Hieraus bildete sich herkömmlich das Gericht der Mutterstadt zu einer höhern Instanz für die Töchterstädte aus, ohne dass in den meisten Fällen irgend ein Zwang vorlag. Ein solcher bestand jedoch, wenn bei der Mittheilung eines Rechts oder später die bewidmete Stadt geradezu angewiesen wurde, zur Rechtsbelehrung sich an eine andere zu wenden.[1])

---

[9]) R. A. v. 1435 §. 2. (Neue Samml. I. S. 150): „Ist beratschlagt, dass derohalb der Kays. und Kön. Maj. Hofgericht ordentlich mit Personen zur Notturfft besezt werden sollen.“

[10]) Landf. K. Albrechts v. 1438 §. 25. (das. S. 157.). Vgl. Reichst. zu Nürnb. 1438 §. 8. 9. (das. S. 162.)

[11]) Ordnung des kais. Cammer-Gerichts vom 24. Oct. 1471 (das. S. 249—252).

*) Die Literatur gibt der §. 60. In den dort genannten Werken von Thomas und Michelsen ist dieser Gegenstand gründlich behandelt. Für ähnliche Verhältnisse in anderen Gerichten auf dem platten Lande geben die Weisthümer von Grimm manche Belege. Vgl. auch unten §. 136.

[1]) Höchst interessant ist die Notariatsurkunde bei Seibertz n. 851. vom 31. Juli 1377, worin der judex, proconsul, consul et opidani in Gegenwart des Erzb. Friedrich III. und seiner Getreuen auf den Befehl des Erzbischofs bekunden, „quod a sententiis judicis proconsulum et consulum opidi in Gesecke appellari possit et debeat ad judicium opidi in Ruden, quodque opidum et opidani in G. predicti, universaliter et singulariter, in causis hujusmodi appellationum sequi teneantur forum et judicium judicis proconsulum et consulum opidi in Ruden et sententias super hujusmodi appellationibus ab ipsis judice proconsulibus et consulibus in Ruden tanquam a capite eorum immediato, sicut alia (opida) parva Westfalie predicta faciunt, recipere ac illis in omnibus stare et parere. Quodque premissa sic fieri de-

II. Abgesehen von diesem Falle kennen die Stadtrechte des früheren Mittelalters durchgehends keine Berufung von einem Erkenntnisse; vielmehr bestimmen die meisten, dass eine entschiedene Sache nicht mehr vor einen andern Richter gebracht werden dürfe.[2])

III. In den Territorien kam es mit der mehr und mehr erstarkenden landesherrlichen Macht im Laufe des 15. Jahrhunderts dahin, dass man von den gewöhnlichen Gerichten, seitdem diese ihren alten Charakter verloren hatten, anfing, Berufungen an den Landesherrn einzulegen. Diese wurden den Hofgerichten zugewiesen.

III. Die Neuere Zeit.

§. 120.

1. Die Territorialgerichte.

I. Mit den Veränderungen, welche in der Stellung der Landesherrn als Reichsstände und Territorialherrn im 15. Jahrhundert bereits eintraten und von da ab immer mehr deren volle Selbstständigkeit förderten (§. 95. 102. ff.), hörten auch die alten Zustände des Gerichtswesens auf. Dass es zur Gerichtsbarkeit irgendwie des Königsbannes bedürfe, daran dachte Niemand mehr; alle Gewalt im Lande galt als Ausfluss der Hoheit über das Gebiet. Neben dieser Entwicklung wurde von der grössten Bedeutung für die Territorien die gänzliche Veränderung der Geburtsstände (§. 105—107.). So mussten die alten Landgerichte ihren Charakter gänzlich verlieren. Hierzu kam als ferneres wichtiges Moment die veränderte Stellung der Städte (§. 102.), endlich

---

bere semper dici audiverint a suis parentibus progenitoribus et ea etiam sic facta esse et fieri in pluribus causis appellationum de judicibus seu judicio in Gesecke ad judices seu judicium in R. interpositarum viderint et alias communis de premissis in opido R. . ac in terra Westfalie semper fuerit et sit fide dignorum assertio, vulgare verbum ac publica vox et fama, itaque contra premissa de jure non debeat esse contradictio sive excusatio aut defensio aliqualis.“

[2]) Z. B. im Soester Recht von 1120 §§. 6. 16. 17., Medebacher (Seibertz n. 55.) von 1165 §§. „1) Quodcunque negocium coram preposito nostro vel Decano terminatum fuerit sive per justiciam sive per misericordiam in tali stabilitate manebit ut ad altiorem judicem amplius non transferatur. — 2) Quod uero coram Aduocato terminatur, sub regis banno et ciuium testimonio ratum habemus ita, ut nec Archiepiscopus nec Imperator nec aliquis judex deinceps super hoc fatigetur. — 3) Causa que coram uillico, uel coram judice quotidiano terminata fuerit ciuili justitia, stabilis et rata manebit et coram aduocato nihil amplius de ea debet retractari.“ Die österreichischen lassen aber regelmässig die Berufung an den Herzog, die böhmischen und mährischen an den König zu. Vgl. §. 136. u. oben §. 112. n. 3.

immer auf dem Gebiete des Privatrechts wie des Strafrechts die Geltung des fremden Rechts, beziehentlich die in dessen Geiste gemachten Gesetze und vorgenommenen Revisionen der Stadt- und Landrechte (§. 92. 93.). Zwar erhielten sich einzeln noch bis tief ins 16. Jahrhundert hinein Spuren des alten Zustandes; im Ganzen jedoch bildete sich der folgende aus.

II. Die Gerichtsbarkeit über die Landbewohner, welche weder dem Adel angehörten noch ihr Domizil in den Städten hatten, stand in bürgerlichen und peinlichen Vergehen entweder zu den Herrschaften, Rittern, Rittergutsbesitzern oder dem Landesherrn selbst. In jenem Falle versah sie der herrschaftliche Amtmann, Verwalter, Gerichtspfleger, Patrimonialrichter, im letztern gleichfalls ein landesherrlicher Amtmann. Während man zu dem letztern Amte schon seit dem 16. Jahrhundert mehr und mehr studierte Leute nahm, blieb den Herrschaftsbesitzern die Besetzung ziemlich frei; erst im Laufe des 18., ja einzeln erst unseres Jahrhunderts wurde auch diesen vorgeschrieben, ihr Gericht mit Leuten zu besetzen, die vom Landesherrn als befähigt anerkannt und bestätigt seien. Neben beiden Arten erhielten sich noch in mannichfacher Gestalt in einzelnen Territorien Dorf- oder Orts-Gerichte, welche bald durch Wahl der Gemeinde besetzt wurden, bald aber auch mit einem Hofe (Schulzenhofe, Gerichtsschulze u. dgl.) verknüpft waren. Diese Gerichte hatten jedoch mehr und mehr nur über Streitigkeiten in Gemeindesachen, Feld- und Waldfrevel und Injurien zu erkennen, ja sind vielfach zu blossen Ortsbehörden für Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Vornahme von Rechtsgeschäften, Inventarisirung, Führung der Grundbücher u. dgl.) herabgesunken.

III. In den landesfürstlichen[1]) Städten war in der Regel für alle Sachen der Bürger, soweit diese keinen höhern Gerichtsstand hatten, das Stadtgericht competent, dessen Besetzung indessen gleichfalls nur vom Landesherrn, obgleich einzeln auf Präsentation der Städte, ausging.

IV. Ueber die dem Adel angehörigen Personen und die adligen Güter übte das fürstliche Hofgericht die Gerichtsbarkeit. Vor diesem gab man auch allmälig den höheren landesherrlichen Beamten, im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts in vielen Territorien den meisten Klassen der wirklichen Beamten, überhaupt gewissen Klassen von Unterthanen (z. B. Doktoren, Geistlichen u. a.) in allen persönlichen Civilklagen sowie in Strafsachen den Gerichtsstand, während die Klagen, welche liegendes Gut der Nichtadeligen oder

[1]) In den in dem Hörigkeitsverbande eines unterthänigen Herrn stehenden übten herrschaftliche Beamte wie auf dem Lande die Jurisdiction. Uebrigens gab es solche Städte nur in der Markgrafschaft Brandenburg, dem Herzogthum Pommern, Oesterreich, Böhmen, Mähren und Schlesien; der Grund liegt in der eigenthümlichen Stellung dieser Länder sowie darin, dass anderwärts die Ausbildung der Städte sich mit der Unterwerfung unter einen Landsassen nicht vertrug.

nichtadelige Güter betrafen, je nach dessen Lage vor das Gericht des Amtmanns oder das Stadtgericht gehörten.

V. In Folge der Errichtung des Reichskammergerichts und der Aufnahme des fremden Prozesses bildete sich der Grundsatz aus, dass in bürgerlichen Rechtssachen drei Instanzen möglich seien. Dies rief in den Territorien, welchen ein privilegium de non appellando zur Seite stand, die Errichtung eigener Appellationsgerichte,[2] Kammergerichte, Oberhofgerichte, u. dgl. hervor, theils in Gestalt von Gerichtshöfen, welche nur über Berufungen erkannten, theils so, dass man die Hof-Kammer-Gerichte u. s. w. für die niedrigen Gerichte zu Appellationsgerichten erhob, für die in erster Instanz bei diesen selbst verhandelten Sachen einen andern Senat desselben Gerichts oder in den Territorien, wo es mehre Hofgerichte gab, ein anderes bestellte. Hiermit ging meist Hand in Hand, dass den höheren Gerichten über die niederen ein Aufsichtsrecht eingeräumt wurde.

VI. In einzelnen Ländern haben die Landstände auf die Besetzung und Ordnung besonders der höhern Gerichte mancherlei Einfluss gehabt. Mit dem Abnehmen ihrer Gewalt fiel jedoch dieser meistens hinfort. Dadurch konzentrirte sich die ganze Leitung des Gerichtswesens in der Hand des Landesherrn, der sich zu dem Ende seiner höchsten Behörde, einer eignen Hof-Justiz-Kanzlei, oder eines Justiz-Ministerii bediente.

VII. Neben den Berufungen an eine höhere Instanz blieb auch in einigen Territorien das Recht in Gebrauch, sich an den Landesherrn und die Landstände im Wege der Bitte (supplicatio, revisio u. dgl.) um wiederholte Läuterung des Erkenntnisses zu wenden. Eine solche nahm derselbe mit dem Landtage oder mit seinen obersten Räthen vor. Während jenes fortfiel, blieb letzteres bestehen; vielfach wurde auch dieses Recht der obersten Justizbehörde übertragen, bis sich im vorigen Jahrhundert in einzelnen Territorien der Rechtszug durch Berufung an eine dritte Instanz fester gestaltete und die Einsetzung eigner Oberhofgerichte, Ober-Appellationsgerichte, Obertribunale



[2]) Neue privilegia de non appellando, da sie auf die in der bulla aurea verzichtet hatten, bekamen Chur-Pfalz 1652, Köln 1653, Mainz 1655. Trier hat sich keins geben lassen. Obwohl Sachsen und Brandenburg nicht verzichteten, hatten sie doch faktisch keinen Gebrauch davon gemacht; es wurde erneuert für Sachsen 1559, für Brandenburg 1558. Auch Würtemberg hatte seit 1495, 1555, Baiern 1620, Schweden im westphälischen Frieden solche. Auch Oesterreich liess sich 1530 ein solches geben, 1548 Burgund. In allen diesen Staaten wurden im Laufe des 16. u. 17. Jahrh. eigene Appellationsgerichte constituirt. Ein solches ward auch von Ferdinand I. für Böhmen zu Prag 1547 errichtet. Siehe Graf Auersperg Geschichte des kön. böhm. Appellationsgerichts, Prag 1806.

zur Folge hatte. Die ordentliche Einrichtung solcher wurde endlich in der deutschen Bundesakte[3]) allen Staaten vorgeschrieben.

VIII. In den Reichsstädten blieb die Justiz auf der alten Grundlage bestehen; jedoch traten auch in ihnen allmälig an die Stelle der früheren Gerichte mit gelehrten Richtern besetzte Behörden, deren es gleichfalls in den grösseren mehre mit verschiedener Competenz gab.[4])

IX. Gleichartig bildete sich endlich das Gerichtswesen aus in den übrigen unmittelbar unter dem Reiche stehenden Gebieten.

X. Das fremde Recht hatte auf das Gerichtswesen ferner den grossen Einfluss, dass an die Stelle des Urtheilholens bei Oberhöfen und auch in manchen Territorien die Aktenversendung an die Juristenfakultäten stattfand zur Fällung des Spruches im Namen des erkennenden Gerichts.[5])

§. 121.

2. Die Reichsgerichte.

I. Im Reichsabschiede zu Worms von 1495[1]) wurde zunächst das vordem (§. 73.) schon bekannte Mittel der Austräge in eine festere Form gebracht und auch in den spätern Ordnungen des Kammergerichts belassen.[2]) Von den im Wege dieses Verfahrens geschöpften Urtheilen blieb aber die Berufung an das Reichsgericht vorbehalten,[3]) wodurch die Austrägalgerichte den blossen Charakter von Schiedsgerichten an sich trugen.

II. Das eigentliche Mittel zur wirksamen Aufrechthaltung des Landfriedens bildete die Einsetzung bez. Neugestaltung des kaiserlichen und heiligen

---

[3]) Art. XII. Wiener Schlussakte Art. 29. 30. Vgl. dazu v. Meyer Staatsakten S. 498.

[4]) Die Appellation blieb aber hier an die Reichsgerichte fortwährend in Kraft und Uebung.

[5]) Peinl. H. G. O. Karl's V. v. 1532 cap. CCXXII. §. 1. lässt zuerst die Oberhöfe bestehen. „. . . . Wo aber die Oberkeit, ex officio, u. von Amtswegen, wider einen Misshändler mit peinlicher Anklag oder Handlung volleführe, so sollen die Richter, wo ihnen Zweiffel zufiel, bey den nächsten hohen Schulen, Städten, Communen oder andern Rechtsverständigen, da sie die Unterricht mit den wenigsten Kosten zu erlangen vermeinen, Rath zu suchen schuldig seyn.“ §. 2. Vgl. die Quellen der Anm. 3.

[1]) Vgl. Oben §. 73. 91. b. 1. 2. 3., wo alle in Betracht kommende Reichsgesetze angeführt sind.

[2]) K. G. O. v. 1495 §. 28. 30. — K. G. O. v. 1555 Th. II. Art. II.—V. VIII. §§. 1. ff. u. a.

[3]) K. G. O. v. 1555 Th. II. Art. VI. §. 1. „Es soll auch in allen vorgemeldten Articuln, jedem Theil an das Kayserl. Cammer-Gericht zu appelliren zugelassen seyn. .“

Reichs **Cammer-Gerichts.**[4]) Es sollte nach der ursprünglichen Bestimmung „an einer füglichen Stat im Reich“ bleibend gehalten werden,[5]) wurde später an den Ort des Reichsregiments (§. 98.) verlegt.[6]) In Wirklichkeit wurde es auf Galli (16. Oct.) 1495 zu Frankfurt am Main eröffnet, wechselte mehrmals den Sitz,[7]) litt anfänglich an Mangel des Unterhalts und der Ausführbarkeit seiner Erkenntnisse, so dass es wiederholt stillstand, wurde dann zu Galli 1507 nach Regensburg unter dem Bischof von Passau auf ein Jahr, für das zweite Jahr nach Worms, falls Bischof und Stadt bis dahin den Frieden hätten, im gegentheiligen Falle nach Nördlingen oder Eisslingen verlegt unter dem Grafen von Nassau oder, wenn dieser sich weigere, dem Fürsten zu Anhalt als Cammerrichter.[8]) Im J. 1521 wurde es nach Nürnberg transportirt,[9]) 1524 nach Esslingen,[10]) 1526 nach Speyer zu verlegen beschlossen,[11]) welche Stadt als sein immerwährender Sitz bestimmt ward.[12]) Als 1689 Speyer von den Franzosen verbrannt war, wurde durch einen Reichsschluss Wetzlar zu dessen künftigem Sitze bestimmt.[13]) Hier ist es 1693 neu constituirt und bis zum Ende des Reichs geblieben.

III. An der Spitze stand ein Kammerrichter. Ihm waren zwei Senats-Präsidenten beigegeben, welche mit den Urtheilern, R. K. G.-Assessoren, Beisitzern das Richterpersonal bildeten. Ausser ihnen war ein vom Kaiser bestellter Reichs-Fiscal mit einem vom Kaiser ihm beigegebenen Advokaten als Gehülfen. Hierzu kam die erforderliche Anzahl (24) von Procuratoren und Advokaten[14]) für die Parteienvertretung und Rechts-

---

[4]) Die Literatur in: Aug. Jos. K. v. Fahnenberg Literatur des Kais. Reichskammergerichts, Wetzlar 1792., Ersch a. a. O. num. 1343 ff. und in den Werken über das Staatsrecht. F. Thudichum in Zeitschr. f. d. Recht Bd. XX. (1860) S. 148—222.

[5]) R. A. v. 1495: K. G. O. §. 18. Handhab. Friedens und Rechtens §. 5.

[6]) Regiment v. Worms 1521 §. 10. (Neue Samml. II. S. 174).

[7]) Dies ergibt §. 1. des R. A. von 1497 zu Worms (Neue Sammlung II. S. 35), in dem der Kaiser erklärt, er habe demselben zu Galli 1496 den Sold für's erste Jahr bezahlt.

[8]) R. A. zu Costnitz 1507 §. 24. das. S. 113.

[9]) R. A. zu Worms v. 1521 §. 10.

[10]) R. A. zu Worms v. 1524. §. 2.

[11]) R. A. zu Speyer v. 1526 §. 23. Hier wurde es (1527) eröffnet und auch eine neue Ordnung publicirt.

[12]) R. A. zu Augsburg v. 1530 §. 83. R. K. G. O. v. 1555 Th. II. art 34.

[13]) Kais. Comm. Dekr. vom 20. Oct. 1689 in Neue Samml. IV. S. 157. Schon am 1. Nov. 1688 das. S. 156. hatte ein Commissions-Dekret auf die Nothwendigkeit der Verlegung hingewiesen. Die die Wiedereröffnung betr. Schreiben siehe das. S. 161.

[14]) R. K. G. O. v. 1495 §. 1. Zum ersten, das Camer Gericht zu besetzen mit eynem Richter, der ein Geistlich oder Welltlich Fürst, oder ein Graf oder Freyherr

belehrung, welche der Gerichtshof selbst und das Kanzlei-Personal (Verwalter, Protonotarii, Notarii, Leser, Botenmeister, Ingrossisten, Copisten, Canzley-

---

ey, vnd sechzehen Vrtailern, die all wir mit Rat vnd Willen der Samblung yetz hie kiesen werden, aus dem Reych, Teutscher Nacion, irer redlichen, erbarn Wesens, Wissens, Übung, vnd ye der halb tail der Vrtailer der Recht gelert vnd gewirdigt, vnd der ander halb tail auf das geringest aus der Ritterschafft geboren sein sollen, vnd was die sechtzehen Vrtailer oder der merer tail in Sachen erkennen, vnd ob sy [illegible] vnd auf yeglichem Tail gleich wären, welchem dann der Richter einen Zufall thut, dabey soll es bleyben, vnd soll sy an dem rechtlichen Erkennen kein andere Pflicht verhindern oder irren. Es sollen auch der Camer Richter vnd die sechtzehen Vrtailer dem Camer Gericht allein auswarten, vnd mit andern Hendeln vnbeladen bleiben, sich auch zu keiner Zeit dem Gericht entziehen, oder abwesent sein, on sunderlich Erlaubnuss, die der Camer Richter von den Vrtailern, vnd die Vrtailer von dem Camer Richter erlangen sollen, doch so sollen auf kein mal mer, dann vier Vrtailer vom Gericht sein, vnd weder dem Camer Richter oder den Vrtailern, aus der Stat da das Camer Gericht ye zu Zeyten gehallten wirdt, erlaubt werden, on merckliche schwäre Ehehafft. Vnd so der Camer-Richter durch Kranckheit oder mercklich Ehehafft des Camergerichtz zu warten, eyn zymlich Zeyt, verhindert würd, so solle Er seinen Gewallt, mit Wissen vnd Willen der Vrtailer befelhen der Vrtailer einem, vnd sunderlich einem Grafen oder Freyherrn, so der einer am Camer Gericht ein Vrtailer wäre. Vnd in des Camer Richters, auch der vermellten eins, zwaier, dreyer, oder vier Vrtailer Abwesen, sollen die andern Vrtailer dannoch Vrtail zu sprechen, vnd in Recht zuhandeln, Macht haben, als ob sy all entgegen wären. Allein so ein oder mer Sachen am Camer-Gericht würden gehanndelt, einen Churfürsten, Fürsten, oder Fürstmässigen für sich selbs antreffendt, in der oder denselben Sachen soll der Camer-Richter selbs sitzen, oder so Er das nit thun möcht, aus Ehehaffen obgemelt, auch mit Wissen vnd Willen der Vrtailer einen andern Fürsten, Grafen, oder Freyherrn an sein Stat setzen, derselb Fürst, Graf oder Freyherr auch den nachfolgenden Ayd schweren, der In binden soll, dieweyl er den Camer Richter wird verwesen." §. 2. ordnet die provisorische Bestellung des Kammerrichters. K. G. O. v. 1555 Th. I. art. I. §. 1. erhöht die Beisitzer auf 24., die nach §. 2. also bestellt wurden: der Cammerrichter, 2 aus den Grafen oder Freiherrn, 2 aus den Rechtsgelehrten, 2 aus der Ritterschaft durch den Kaiser, von den sechs Kurfürsten je einer, von jedem der sechs Kreise je zwei, zur Hälfte aus den Rechtsgelehrten, zur Hälfte aus der Ritterschaft; die drei geistlichen Kurfürsten sollten ihre Beisitzer aus Rechtsgelehrten, die weltlichen aus der Ritterschaft nehmen. Art. II. ordnet die Vertheilung auf die Kreise an. (Bereits 1530 war die Zahl auf 18 erhöht). Ihre Präsentation, Prüfung durch das Gericht, Zulassung, Entfernung wegen Untauglichkeit, u. a. ist genau in den folgenden Artikeln geordnet. Art. III. §. 3. lässt beide Confessionen zu. — R. A. zu Augsburg v. 1566 §. 75 vermehrte die Zahl um 8 Beisitzer, von denen 2 die Kurfürsten, 6 die Kreise zu besetzen hatten. — I. P. O. v. 1648 art. V. §. 53. „Praeterea cum ob enatas ex praesenti bello mutationes et alias causas de judicio Camerae Imperialis, ad alium universis Imperii Statibus commodiorem locum transferendo, et Judicem, Praesides, Assessores et quoscunque Justiciae ministros pares numero utriusque religionis praesentando, sicut etiam de reliquis ad judicium Camerale spectantibus quaedam in medium allata fuerint, sed in praesenti congressu ob negotii gravitatem non tam plene expediri queant, in proxime

Knecht; Boten-Meister und Einnehmer), welches Kurmainz theils selbst ernannte, theils bestätigte.[16] Die Kosten für die Unterhaltung[17] wurden aus Sporteln und Taxen, ausserdem lange Zeit hindurch bald vom Kaiser und Ständen bald von jenem allein bestritten, bis durch die s. g. Kammerzieler eine für diesen Zweck zwar stehende aber zum Theil sehr unregelmässig eingehende Reichssteuer, geschaffen wurde.

IV. Angemessen der Stellung des Gerichts genoss dieses des besondern Reichsschutzes, der Ort völliger Neutralität; die Richter konnten nur durch Urtheil des Gerichts oder einer Visitation entsetzt werden, und hatten mehrfache Privilegien. Das übrige Personal stand in verschiedener Weise unter dem Kammerrichter und Gericht und dem Verwalter.[18]

V. Das Reichskammergericht war oberstes Kaiser und Reich repräsentirendes Gericht,[19] welches in erster Instanz[20] nur über Reichsunmittel-

---

indicendis Comitiis de his omnibus agi et conveniri, deliberationesque de reformatione justitiae in Deputatorum Imperii Conventu Francofurtensi habitae, effectum dari, et si quae in his desiderari videntur, suppleri et emendari debere conventum est. Ne tamen res haec prorsus in incerto maneat, placuit praeter judicem et quatuor Praesides, et quidem duos horum ex Augustana Confessione a sola Caesarea Majestate constituendos, numerum Assessorum Cameralium ad quinquaginta in universum adaugeri, ita ut Catholici, computatis duobus Assessoribus Imperatoris praesentationi reservatis, viginti sex, Augustanae Confessionis Status, viginti quatuor Assessores praesentare possint et teneantur, atque ex singulis circulis mixtae religionis non tantum duos Catholicos, sed etiam binos Augustanae Confessioni addictos assumere et eligere fas sit. Caeteris ad judicium Camerale pertinentibus, ut dictum est, ad proxima comitia rejectis.“

[15]) K. G. O. v. 1555 Th. I. art. 18—25.

[16]) Siehe K. G. O. v. 1555 Th. I. art. 26—41.

[17]) Darüber lassen sich die citirten Reichsgesetze sämmtlich aus. Vgl. auch §. 100.

[18]) K. G. O. v. 1495. §. 18., von 1555 Th. I. art. 49—56. I. R. A. v. 1654 §. 141. 142., Wahlkap. Art. IV. §. 10. u. a.

[19]) R. A. v. 1550 §. 76. „Dieweil nun Unser Kammer-Gericht das oberst und letzt Gericht, (davon, laut Unser Ordnung, nicht appellirt werden kann) . . .“ wiederholt in K. G. O. v. 1555 Th. I. art. 3. I. R. A. v. 1654. §. 165: „Damit aber auch Unsern und des heiligen Reichs Cammer-Gericht, als welches Uns samt Churfürsten und Stände des Reichs repräsentirt . . .“

[20]) K. G. O. von 1495 §. 16. 29. K. G. O. v. 1521 art. 22., von 1522. I. §. 3. u. a., von 1555 Th. II. Tit. 1. „Erstlich, ordnen und setzen wir, dass alle des heiligen Reichs Verwandte und Unterthanen bei ihren ordentlichen inländischen Rechten und Gerichten, (ausserhalb der Fäll, die nach Laut dieser Ordnung an das Cammer-Gericht ohn Mittel gehören) gelassen, also dass ein jeder in dem Gericht, darinn er ohn Mittel gesessen und gehörig ist, fürgenommen, doch dass nach Ansuchen der Parteyen innerhalb eines Monats, das Recht auffgethan, mit dem Process Vermög desselben Unter-Gerichts Ordnung und Gewonheit und sonst hierinn gehalten werde,

are Jurisdiction hatte. Ausgenommen waren und gehörten auch in erster Instanz vor dasselbe ohne Rücksicht auf den Stand der Person: Bruch des Landfriedens,[21]) die fiskalischen Sachen,[22]) Besitzstreitigkeiten über Güter in verschiedenen Ländern.[23]) Damit die Jurisdiction in erster Instanz über Reichsunmittelbare begründet würde, mussten die Vorschriften über Austräge und verweigerte Rechtshülfe erfüllt sein.[24])

VI. In höherer Instanz[25]) hatte dasselbe Jurisdiction, wenn eine Berufung von den Austrägalerkenntnissen stattfand, ferner wenn der ordentliche

---

nach eines jeden Fürstenthums, Graffschafft, Herrschafft, und Oberkeit löblichen Herkommen und Gebräuchen: Doch sollen daneben alle und jede Geistliche und Weltliche Obrigkeiten ein gebührliches Einsehens thun und verschaffen, dass die Missbräuch und Unordnung der Geistlichen und Weltlichen Gerichten abgestellt, an denselbigen vermög gemeiner Rechten ordentlich und formlich gehandelt und procedirt werde, und eines das ander bey seinem Process und Lauff bleiben lassen, allerhand Unrath, Widerwill, Unwesen, auch Nichtigkeit des Process, so daraus erwachsen, damit zu fürkommen. §. 2. Es soll auch demnach das Kayserl. Cammer-Gericht in erster Instanz der Rechtfertigung, auff niemands Klag oder Ansuchen, Ladung erkennen oder geben, gegen denjenigen, die der Kayserl. Majest. und dem Reich, nicht ohn Mittel unterworffen sind, und doch sonst ihren ordentlichen Richter haben, und so über das jemand solche Ladung oder Citation erlangt, so soll die mit allem, was darauff gefolgt, nichtig, unbündig, und unkräfftig seyn: Es wäre dann Sach, dass einer die ordentliche Unter-Gericht um Recht ersucht, und ihme darauff in Zeit eines Monats, nach beschehenem Ersuchen, zu Recht nicht verholffen, oder ihme das kündlich versagt oder mit Gefährden verzogen wäre: In welchem Fall dann der, dem das Recht also geweigert oder verzogen, desselben Unter-Gerichts nechste Oberkeit und Herrschafft ihme Rechtens zu verhelffen ansuchen, und da ihme daselbst auch nicht zum Rechten, wie sich gebührt, verholffen, solches dem Kayserl. Cammer-Gericht anbringen mag, daselbst ihme alsdann verholffen werden soll, inmassen hie unten in einem sondern Articul, vom geweigerten Rechten, davon Meldung geschicht."

[21]) K. G. O. v. 1555 Th. II. Tit. 9—19.

[22]) Daselbst Tit. 20.

[23]) Daselbst Tit. 21.

[24]) Vgl. noch das. Tit. 26. u. 27. „Weiter ordnen, setzen und wollen Wir, dass alle und jede Personen und Sachen, die der Kayserl. Jurisdiction ohne Mittel unterworffen und durch sondere Austräg dieser Ordnung, oder andere Privilegien, Freyheiten, gewillkührte und rechtmässige Gewohnheiten, nicht ausgenommen sind, an dem Kayserl. Cammer-Gericht fürgenommen und gerechtfertiget werden sollen."

[25]) K. G. O. v. 1555 Th. II. Tit. 1. §. 2., Tit. 28. §. 1. 2. (Verbot, die Unterthanen zum Verzichte auf die Appellation zu bewegen und Nullität des erzwungenen) 3 ff. Tit. 29. Beide ordnen auch die nöthige Appellationssumme, Appellation von Beiurtheilen, die Appellation in peinlichen Sachen. Th. III. tit. 34. Nullitätsklage und Suplikation. I. R. A. v. 1654. §. 123. — Ueber das vom Kammergericht selbst zu verhandelnde Rechtsmittel der Restitution gegen dessen Erkenntnisse s. K. G. O. von 1555 Th. III. Tit. 52., der Revision durch die Visitation des Kammergerichts das. Tit. 54. Recurs an den Reichstag.

Appellationsrichter die Justiz verweigerte, endlich allgemein von den Urtheilen der Appellationsgerichte jener Landesherrn, die kein privilegium de non appellando hatten, sowie von den Urtheilen aus den Reichsstädten.[26])

VII. Neben diesem kaiserlichen und Reichsgerichte stand als oberstes blosses kaiserliches Gericht der **Reichshofrath.**[27]) Durch die Errichtung des Reichskammergerichts fiel keineswegs das persönliche Recht des Kaisers zur Entscheidung von Streitsachen fort und wurde ihm auch in einzelnen Sachen ausdrücklich vorbehalten.[28]) Für die Reichs- wie erbländischen Angelegenheiten hatte Maximilian I. schon 1501 einen Hofrath bestellt, dem er auch die Vorbereitung der an ihn gelangenden Berufungen zu seiner Entscheidung zuwies. Die wiederholte Unterbrechung der Justiz des Kammergerichts veranlasste zahlreiche Berufungen an den Kaiser, welche Seitens der Reichsstände mannigfache Beschwerden hervorriefen. Diese bewirkten, dass K. Ferdinand I. im J. 1559 die erbländischen Sachen diesem Collegium entzog. Seitdem erscheint es nur als Reichshofrath. Gleichwohl weigerten sich die Stände dessen mit dem Cammergericht concurrirende Gerichtsbarkeit anzuerkennen, führten auch über die Besetzung und Anderes Beschwerde, bis der Westphälische Friede diesem Streite principiell ein Ende machte.[29])

---

[26]) Dies sagt zuletzt R. D. H. S. v. 1803 §. 27. — Ueber die Jurisdiction zur Zeit der Reichsvacanz s. §. 118. III. §§. 71. VI., 96. V.

[27]) v. Moser Pragmat. Gesch. u. Erläuterung der kais. Reichs-Hofraths-Ordnung, Nürnb. 1751 f. 2 The. I. G. Herchenhahn Geschichte der Entstehung, Bildung u. gegenwärt. Verfassung des kais. Reichshofraths u. s. w. Mannh. 1791 ff. 3 Bde., J. J. v. Riefel der Reichshofrath in Justiz-, Gnaden und anderen Sachen u. s. w. Augsb. 1791 — 98, 4 The. Die Ordnungen u. s. f. in (R. K. Frh. v. Senckenberg) Sammlung der den kaiserl. Reichshofr. betreff. Ordnungen u. Verordnungen u. s. w. Giess. 1800.

[28]) R. A. v. 1512 §. 10. (Neue Samml. II. S. 138), von 1521 §. 12. (das. S. 174), §. 7. „Ob auch Sachen fürfielen, Fürstenthum, Hertzogthum, Graffschafft etc. belangend, so vom Reich zu Lehen rühren, so einem Theil gäntzlich und endlich abgesprochen werden solten, derselben Erkänntnüss wollen Wir Uns hierinn auch vorbehalten haben. Doch sonst in andern Sachen, diesem Unserem Regiment, und der Cammer-Gerichts-Ordnung unabbrüchig." — K. G. O. v. 1555 Th. II. Tit. 7.

[29]) I. P. O. art. V. §. 55. 56. „§. 55. Quoad processum judiciarium ordinatio Camerae Imperialis etiam in Judicio Aulico servabitur per omnia, tum ut ne partes ibidem litigantes omni remedio suspensivo destituantur, loco revisionis in Camera usitatae licitum esto, parti gravatae a sententia in Judicio Aulico lata, ad Caesaream Majestatem supplicare, ut acta judicialia denuo adhibitis aliis, gravitati negotii paribus neutrique partium addictis, ex utraque religione aequali numero Consiliariis, et qui concipiendae et ferendae priori sententiae non interfuerint, aut certe referentium et correferentium partes non sustinuerint, revideantur, liberumque sit Suae Majestati in causis majoribus et unde tumultus in Imperio timeri possent, insuper etiam quorundam utriusque religionis Electorum et Principum sententias et vota requirere. §. 56. Vi-

VIII. Der Reichshofrath bestand aus einem Präsidenten und Räthen, welche der Kaiser selbst ernannte,[80] zu denen bisweilen ein von ihm ernann-

sitatio Consilii Aulici fiat ab Electore Moguntino toties, quoties opus fuerit, observatis iis, quae in proximis Comitiis de communi Statuum placito observanda esse videbuntur: si quae vero dubia circa interpretationem constitutionum ac recessuum Imperii publicorum occurrunt, aut in dijudicandis causis ecclesiasticis vel politicis inter partes supra expressas vertentibus, ex paritate Assessorum utriusque religionis, post quam in pleno etiam Senatu, pari tamen semper utrinque judicantium numero, examinata fuerint, contrariae oriantur sententiae, Catholicis quidem in unam, Augustanae vero Confessionis Assessoribus in aliam abeuntibus, remittuntor ad Comitia Imperii universalia: sin autem duo pluresve Catholici cum uno aut altero Augustanae Confessionis Assessore, et vicissim unam, reliqui vero totidem numero, quamvis religione dispares, alteram amplexi fuerint sententiam, indeque contrarietas oriatur, hoc casu juxta ordinationem Camerae lis terminabitur, ulteriori remissione ad Comitia cessante. Et haec omnia in causis Statuum comprehensa immediata Imperii Nobilitate, sive actores illi, sive rei, sive intervenientes fuerint, observentur. Si vero inter mediatos vel actor vel reus vel tertius interveniens fuerit Augustanae Confessionis, et paritatem judicantium ex utriusque religionis Assessoribus postulaverit, adhibeantur pares. Eveniente autem tunc votorum paritate, cesset remissio ad Comitia, et lis juxta ordinationem Camerae terminetur. Caetera in aulico non minus, quam in Camerae Imperialis judicio privilegium primae instantiae, austregarum jura et privilegia de non appellando Statibus Imperii illibata sunto, nec per mandata aut commissiones, aut avocationes, aut quovis alio modo turbantor. Denique cum etiam de abolendis curia Imperiali Rottwilae, judiciis provincialibus Sueviae, et aliis hinc inde per Imperium hactenus usitatis mentio injecta fuerit, resque haec gravioris visa sit momenti, de his quoque ulterior deliberatio ad proxima Comitia remissa esto." Ueber die Reichshofrathsordnungen s. Oben §. 91. I. b. 4.

[80]) R. H. R. O. v. 1654 Tit. I. „Unser Kayserlicher Reichs-Hof-Rath, dessen oberstes Haupt und Richter allein Wir, und ein jeder Römischer Kayser selbst ist, solle hinfüro jederzeit mit einem verständigen, und wie zu Führung eines solchen Amts vonnöthen, wol-qualificirten Praesidenten, der ein Reichs-Fürst, Graff, oder Herren-Stands seye, mit genugsamer Anzahl Reichs-Hof-Räthen, gleichfalls von Fürsten, Grafen oder Herren, Rittermässigen, graduirten, oder sonsten gelehrten, wolerfahrnen, ansehentlichen, frommen und geschickten Personen, so im Reich Teutscher Nation gebohren, erzogen, und auch der Teutschen Sprach wolerfahren, gutes Namens und Herkommens, bevorab auch darinnen begütert, in den Rechten und Reichs-Sachen wolgeübt, und die Gerichtliche Processen zu referiren tauglich und geschickt seyn, damit männiglich schleunige und unparteyische Justitia administrirt, besetzt werden. §. 2. Und dieweil die allzugrosse Menge der Räthe nur zu mehrer Verlängerung der Raths-Geschäfften gereicht; also haben Wir Uns allergnädigst resolvirt, dass hinfüro jetzt ermeldtes Unsers Reichs-Hof-Raths-Mittel über achtzehen Personen, mit eingeschlossen des Reichs-Hof-Raths-Praesidenten (ausser des Reichs-Vice-Cantzlers) sich nicht erstrecken soll; gestaltsam Wir auch keinen neuen Rath annehmen oder resolviren wollen, biss ein ordentliche Vacanz, von obgemeldten achtzehen Personen sich ereignen wird. Wir wollen auch unter diesen achtzehen Personen, Sechs vom Herren- Ritter- und Gelehrten-Stand der Augspurgischen Confession Verwandte und der Reichs-

ter Vicepräsident und auch der Reichs-Vicekanzler kam.[31]) Für die Parteien gab es vom Hofrathe selbst bestellte (24—30) Procuratores und Agenten. Das zahlreiche Kanzleipersonal ernannte der Kurfürst von Mainz, von dem auch die Feststellung der Taxordnung ausging und die nie *erfolgte* Visitation geschehen konnte.[32]) Die Unterhaltung des Richterpersonals hatte der Kaiser, die des Kanzleipersonals der Kurfürst von Mainz zu tragen. Persönliche Stellung, Privilegien und Rang der Mitglieder waren ähnlich wie beim Cammergericht und in den Ordnungen genau normirt.

IX. Der Reichshofrath war das oberste Gericht des Kaisers für seine Gerichtsbarkeit im Reiche, nicht ein Gericht des Kaisers und Reichs; er hörte daher mit dem Ableben des jeweiligen Kaisers von selbst auf. Gleichwohl war er als Gerichtshof durchaus selbstständig und unterlag weder kaiserlichen Befehlen in einzelnen Streitsachen, noch durfte der Kaiser in seine Entscheidungen eingreifen.[33]) Seine Competenz[34]) war zunächst gesetzlich eine ausschliessliche für die Reichslehnssachen,[35]) ferner herkömmlich für die Criminal-*(Achts-)* Sachen der Reichsunmittelbaren.[36]) Ausserdem hatte er eine concurrirende Gerichtsbarkeit[37]) mit dem Reichskammergericht für die Klagen gegen

---

Sachen erfahrne Männer, aus denen Reichs-Craisen, darinn entweder die Augspurgische Confessions-Verwandte allein, oder zugleich die Catholische Religion, im Schwang gehet, annehmen, damit auf begebenden Fall, die Gleichheit der Richter von beeder Religion Assessorn, observirt werden möge: Thun auch hiemit befehlen, dass nicht allein bey dem Cammer-Gericht, sondern auch bey Unserem Kayserl. Reichs-Hof-Rath, so wol geistliche als auch weltliche Sachen, so zwischen den Catholischen und Augspurgischen Confessions-Verwandten schweben, oder auch wann Catholische wider Catholische streiten, und der tertius Interveniens ein Augspurgischer Confessions-Verwandter ist: Und hinwiederum, wann der Streit zwischen der Augspurgischen Confession zugethanen Stände wäre, und der tertius Interveniens ein Catholischer seyn würde, mit Zuziehung beederseits Assessorn in gleicher Anzahl erörtert und entschieden werden; und eben diese Gleichheit der Assessorn soll auch observirt werden, so offt ein Augspurgischer Confessions-Verwandter unmittelbarer Stand, oder ein unmittelbarer Catholischer, von einem mittelbaren Augspurgischen Confessions-Stand, für Gericht besprochen wird."

[31]) Siehe die Anmerkungen in der Neuen Samml. (Zugabe) IV. S. 45 ff.

[32]) Vgl. Oben §. 91. n. 25. — Reichshofrath als kaiserliche Regierungsbehörde.

[33]) Project der perpet. Wahlkap. Art. 17. Franz II. art. 18. §. 5., besonders kais. Dekr. v. 15. Apr. 1637. (Neue Samml. IV. Zugabe S. 75 ff.).

[34]) R. H. R. O. v. 1654. Tit. 2. „Von Sachen in Reichs-Hofrath gehörig, und Erkennung in Process."

[35]) Die Stellen der Anm. 28.

[36]) Vgl. jedoch Oben §. 96. n. 11.

[37]) Prager Frieden v. 1635 §. 30. R. H. R. O. v. 1654. Tit. 2. §. 8. „So wollen Wir auch, dass Unser Reichs-Hof-Rath, sonsten und in denen Fällen, darinnen Wir und Unsere Vorfahren am Reich, Unserm Cammer-Gericht concurrentem Jurisdictionem

Reichsunmittelbare, in der höheren Instanz, und rücksichtlich der Aufsicht über ordentliche Handhabung der Territorialjustiz.

Zweites Kapitel.

Die übrigen Personen des Gerichts.

§. 122.

1. Aeltere Zeit.

I. Den Richter unterstützt von ältester Zeit her die gesammte Gemeinde (§. 14. 47.) der Freien. Ihre Theilnahme ist jedoch eine verschiedene. Alle im Vollgenusse der Ehre befindlichen Männer — rachimburgi der Franken — durften oder mussten in der Gerichtsversammlung anwesend sein. Aus ihnen sassen die angesehensten und erfahrensten auf Bänken zu beiden

---

zu mehrer Befürderung der Partheyen und Unserer Ubertragung mitgetheilt haben, demselben seinen starken Lauff lassen, und per avocationem causarum nicht verhindern, wann nemlich solche Sachen allbereit daselbst durch ausgewürckt- und insinuirte Citation anhängig gemacht worden, darauf dann Unsere Reichs-Hof-Räthe ein sonderes Aufmercken haben, auch, so viel müglich, desselben Unsers Kayserl. Cammer-Gerichts-Ordnung und in allen Sachen gewöhnlichen Process, Termin, und Solennitäten gebrauchen und observiren, insonderheit aber in allen Processen keine Substantialia auslassen, jedoch auch allen Uberfluss und Verzüchlichkeit abschneiden, die gegebene terminos ohne erhebliche Ursachen nicht erstrecken, und in alle Weeg so viel die Substanz eines Gerichtlichen Process anlangt, sonderlich darinn unwiederbringliches Praejudiz zu befahren, von der Ordnung, wie sie im Kayserl- Cammer-Gericht eingeführt und verbessert werden möchte, in substantialibus requisitis processus nicht abweichen sollen." Wahlkapitul. Proj. v. 1711. art. 16., Franz II. art. 16. — I. R. A. von 1654. §. 109. „Wann sich auch aus denen an bemeldtem Unserm Kaiserlichen und des Heil. Reichs-Cammer-Gericht durch Appellation oder sonsten eingebrachten Rechtfertigungen entweder von wegen Ersetzung der Gerichten, oder Administrirung der Justitien einiger Mangel, oder sonsten in facto genugsam verificirt befinden würde, dass aus des Richters Ungeschicklichkeit, oder Unerfahrenheit, auch Versäumniss, Corruption, oder Bosheit, zu jemands Präjuditz, Nachtheil und Schaden geurtheilt und gesprochen, das Recht versagt, oder verzogen worden wäre, so solle gegen der schuldhafften Obrigkeit so wohl, als deren geordneten Unter-Richtern gebührende Bestraffung fürgenommen, und durch Unsern Kayserlichen Fiscal zu Einbringung solcher Straff, wie sich gebührt, verfahren werden." — Mit den Rechtsmitteln gegen die Erkenntnisse verhielt es sich wie beim Kammergerichte (Anm. 25.).

Seiten des Richters. Für die Findung eines Urtheils, dessen Vollstreckung, die Vornahme rechtlicher Akte wählte der Richter oder die Partei aus ihnen eine kleinere Zahl, meist sieben, aus. Neben ihnen wird der Umstand nur zur Bekräftigung oder Schwächung des Urtheils thätig.[1])

II. Die Pflicht des regelmässigen Erscheinens im ordentlichen Gerichte (mallus publicus) wurde durch die Gesetze Karls des Grossen auf gewisse hierzu von den Sendboten in Eid und Pflicht genommene Männer beschränkt. Aus diesen Schöffen, Scabini, nahm man die zur Vornahme des betreffenden Akts erforderliche Anzahl.[2]) Diese Einrichtung blieb nicht nur in der

[1]) Lex Sal. L. §. 2., LVI.; dazu Nov. 19. p. 55. LVII. De rachineburgiis (mit nov. 151. sqq. pag. 71.) Merkel; Lex Ripuar. Tit. 32. (34.), 55. (57.); Edictum Chilperici regis (561—584) in Leges II. p. 10. sq. c. 7. 9. Pippini regis capitulare incerti anni c. 7. in Leg. I. p. 31. — Marculfi Form. append. form. 6. „veniens magnificus vir ille .... in mallo publico ante inlustre viro illo Comite et ante apostolico viro illo, vel presentibus quampluribus viris venerabilibus Rachimburgis qui ibidem ad universorum causas audiendum vel recta in Dei judicia terminandum residebant vel adstabant . .“ — Ueber die Rachimburgen s. v. Savigny Gesch. des röm. Rechts I. S. 177 ff., Grimm R. A. S. 293 fg., 774 f. (von ragin, rachin als Verstärkungsilbe und burgius, also civis optimo jure; „es kann darin auch ein ahd. raginporo liegen“ = Consilium ferens, consilii lator). Zöpfl S. 863 N. 23. „denkt an rac- (racht-) himburgi = recht = Eid, geschworne Heimburgen; welches Wort sich bis auf die neueste Zeit für kleine Ortsvorsteher, Dorfmeister, Sicherheitsbeamte in Städten u. s. w. erhalten hat.“

[2]) Capit. Langob. a. 802. c. 14. (S. 95. n. 13.), cap. minora a. 803. c. 20. (Leg. I. p. 115.) „Ut nullus ad placitum banniatur, nisi qui causam suam quaerere aut si alter ei quaerere debet, exceptis scabineis septem, qui ad omnia placita praeesse debent.“ Ingelheim. 807. (ib. p. 151.) c. 7. 12. „Ut per placita non fiant banniti liberi homines, excepto si aliqua proclamacio super aliquem venerit, aut certe si scabinus aut judex non fuerit; et pro hoc condemnati illi pauperiores non fiant.“ Aquisgr. 809. c. 5. 11. (S. 102. n. 14.). Hloth. Const. Olonn. 823. c. 13. (ib. p. 233.), Cap. Wormat. 829, Item alia cap. 2. (ib. p. 351.) „Ut missi nostri ubicumque malos scabinos inveniant, ejiciant, et totius populi consensu in locum eorum bonos eligant. Et cum electi fuerunt, jurare faciant ut scienter injuste judicare non debeant;“ cap. pro lege habenda c. 5. (ib. p. 354.). Karoli II. Capit. Carisiac. 873. c. 9. 10. Eine besondere Klasse von Schöffen, die aus folg. Stellen: Capit. a. 819 resp. cuid. misso data c. 2. Responsa misso cuidam data 819 c. 2. (ib. p. 227.) „Vult domnus imperator, ut in tale placitum quale ille nunc jusserit, veniat unusquisque comes, et adducat secum duodecim scabinos, si tanti fuerint. Sin autem, de melioribus hominibus illius comitatus suppleat numerum duodenarium. Et advocati tam episcoporum, abbatum, et abbatissarum, ut cum eis veniant.“ Cap. missor. 825 c. 4. (ib. p. 247.): „Itaque volumus, ut medio mense Maio conveniant idem missi unusquisque in sua legatione, cum omnibus episcopis, abbatibus, comitibus, ac vassis nostris advocatis nostris, ac vicedominis abbatissarum, necnon et eorum qui propter aliquam inevitabilem necessitatem ipsi venire non possunt, ad locum unum. Et si necesse fuerit, propter oportunitatem conveniendi, in duobus vel tribus locis, vel maxime propter

fränkischen Zeit, sondern auch im ganzen Mittelalter besonders im Landgerichte bestehen. Die Schöffen wurden im ganzen fränkischen Reiche eingeführt. Hierdurch verschwanden diejenigen Besonderheiten, welche etwa bei einzelnen Stämmen früher vorhanden waren.

III. Im Gerichte des Königs traten als Urtheiler auf die bei ihm anwesenden Getreuen, die Hofbeamten, Grossen. Dasselbe war der Fall, wenn an des Königs Stelle der Pfalzgraf (Majordomus) zu Gericht sass. Ebenso wurde in den Versammlungen der Missi das Urtheil geschöpft von den anwesenden geistlichen Grossen, den Grafen, Schöffen u. s. w.[3])

IV. Auch in den Gerichten, welche dem Grafen als solchem entzogen waren, wurde unter Theilnahme des Volkes gerichtet, indem sich am Urtheilsfinden die besseren und angeseheneren Männer aus der Herrschaft betheiligten. Es war die Theilnahme selbst je nach dem Stande und der Art des Gerichts eine verschiedene.

V. Ausser den Urtheilern und den bei Ausübung der Gerichtsbarkeit den Grafen unterstützenden Unterbeamten (§. 47. V.) finden sich bereits in der fränkischen Zeit gewisse Hülfsbeamte im Gerichte zur Beurkundung der Urtheile und Rechtsakte,[4]) die Notarien und Kanzler. Für die Parteien kennt man bereits Fürsprecher und Prokuratoren.[5])

---

pauperes populi, idem conventus habeatur, qui omnibus congruat. Et habeat unusquisque comes vicarios et centenarios suos secum, necnon et de primis scabinis suis tres aut quattuor. Et in eo conventu primum christianae religionis et ecclesiastici ordinis conlatio fiat. Deinde inquirant missi nostri ab universis, qualiter unusquisque illorum qui ad hoc a nobis constituti sunt, officium sibi commissum secundum Dei voluntatem ac iussionem nostram administret in populo, aut quam concordes atque unanimes ad hoc sint, vel qualiter vicissim sibi auxilium ferant ad ministeria sua peragenda. Et tam diligenter ac studiose hanc investigationem faciant, ut omnem rei veritatem per eos cognoscere valeamus. Et si aliqua talis causa ad eorum notitiam perlata fuerit quae illorum auxilio indigeat, secundum qualitates causarum quae in nostro capitulari continentur, tunc volumus ut illuc pergant, et ex nostra auctoritate illud corrigere studeant." Cap. Aquisgr. 828 de instr. missor. c. 3. (ib. p. 328.). Wormat. 829 cap. 3. „Ut in omni comitatu hi qui meliores et veratiores inveniri possunt, eligantur a missis nostris ad inquisitiones faciendas et rei veritatem dicendam; et ut adjutores comitum sint ad justitias faciendas." Capit. Carisiac. 873 c. 11. wörtlich mit dem vorhergehenden gleichlautend, — Walter R.G. §. 99. u. 574. herleiten will, gab es nicht.

[3]) Für die ältere Zeit s. Marculfi form. I. n. 37. „Veniens ille in nostri vel Procerum nostrorum praesentia suggessit .... Proinde nos taliter una cum nostris proceribus constitit decrevisse, ... dum et illustris vir Comes palatii nostri testimoniavit ..." n. 38. „Cum in nostra v. p. n. praesentia homo ... interpellasset .... Sed dum inter se contenderent, sic eidem a proceribus nostris. in quantum illustris vir ille Comes palatii nostri testimoniavit fuit judicatum ..."

[4]) Im Cap. 803 misso cuid. data c. 2. (Leg. I. p. 121.): „De secundo unde me

§. 123.

2. Das Mittelalter.

I. Im **Landgerichte unter Königsbann** fanden nach **sächsischem Rechte**[1]) nur **Schöffen**, deren Amt erblich geworden war bei den Schöffenbaren und im Falle des Abnehmens der nöthigen Zahl durch königliche Erhebung ergänzt wurde, das Urtheil. Ausser Königsbann und in allen andern öffentlichen Gerichten konnte jeder freie Landmann Urtheil finden.[2]) Ausser-

---

interrogasti, si comes de notitia solidum unum accipere deberet, et scabinii sive cancellarius. Lege Romanam legem, et sicut ibi inveneris, exinde facias. Si autem ad Salicam pertinet legem, et ibi minime repereris quid exinde facere debeas, ad placitum nostrum generale exinde interrogare facias." — Cap. dupl. in Theodonis villa 805 (ib. p. 131.) c. 3. „De scribis ut vitiose non scribant. Ut unusquisque episcopus et abba et singuli comites suum notarium habeant." Hloth. Const. Olonn. 823 c. 1. „Ut cancellarii electi boni et veraces chartas publicas conscribant ante comitem et scabinos et vicarios ejus; et nullimodis hoc facere praesumant de pecunia antequam legitimum pretium detur." Vgl. auch c. 9. „Ut cancellarii veniant ad omnibus infirmis." Dass Notarien wohl regelmässig schon im 9. Jahrh. zugegen waren, beweisen zahlreiche Urkunden.

[5]) Einen vollen Auftrag zur Stellvertretung in allen gerichtlichen Dingen gibt Marculf I. n. 21. — Gegen unbefugtes oder unstatthaftes Patrocinium Lex Wisigoth. L. II. Tit. II. c. 2. 8. — Leges Rachis c. 7. (Walter II. p. 829.). — Chlodovechi reg. capit. c. 12. (Leg. II. p. 5.): „Si quis in causa aliena dicere praesumpserit, cui nec demandata nec laevespita fuerit, et non potuerit vindicare, sol. 15. culp. jud. De postea ei cui causa est, liceat legibus causam suam mallare." Capit. 817 quae legibus add. sunt c. 3. (Leg. I. p. 211.): „De viduis, et pupillis, et pauperibus. Ut quandocunque in mallum ante comitem venerint, primo eorum causa audiatur et definiatur. Et si testes per se ad causas suas quaerendas habere non potuerint, vel legem nescierint, comes illos vel illas adiuvet, dando eis talem hominem qui rationem eorum teneat, vel pro eis loquatur."

[1]) Sachsp. I. 63. 2. „. . bereden mit al dem rechte, dat me dat lantvolk irdelt, oder de scepenen of it under koninges ban is. II. 12. §. 2. (Oben S. 231.) §. 13. „Stande sal man ordel scelden. Sittene sal man ordele vinden unter koninges banne, manlik up sime stule. Die aver to den benken nicht geboren is, de sal des stules bidden mit ordelen, en ander ordel to vindene. So sal ime jene den stul rumen, die't irste ordel vant." — III. 26. 2. u. 3. (§. 111. n. 6 a); III. 69. 2. (Seite 231.): III. 81. 1. (Seite 232.). Ein merkwürdiges Privileg für Leute eines Herrnhofes, im echten Freigerichte als Schöffen zu fungiren, gibt die Urk. v. 1186 n. 90. bei Seibertz.

[2]) Sachsp. I. 63. 2., II. 12. 3. „Buten koninges banne mut jewelk man over den anderen ordel wol vinden unde ordel scelden, die vulkomen is an sime rechte, um also gedan sake, die man ane koninges ban richten mach." Einfluss der Nationalität: Ssp. III. 70. „§. 1. Svar man nicht ne dinget under koninges banne, dar mut jewelk man wol ordel vinden over den anderen, den man nicht rechtlos bescelden

halb der Länder des sächsischen Rechts findet sich gleichfalls überall, dass das Finden des Urtheils ausgeht vom Volke, jedoch in der Art, dass alle Anwesenden oder eine bestimmte Zahl bald erblicher bald gewählter Schöffen dasselbe weisen.[3]) — Die Zahl der Schöffen, die im Gerichte thätig sein mussten, ist in der Regel sieben, einzeln auch zwölf. Sie mussten sitzen und eine bestimmte Kleidung tragen.[4])

II. Ganz allgemein war die Schöffeneinrichtung in den Städten während des Mittelalters. Man nahm sie entweder aus den bestimmten schöffenbaren Familien oder aus der Bürgerschaft überhaupt; auch bildeten wohl beim Rathsgerichte die Consules, Jurati u. s. w. das Collegium der Urtheiler.[4a])

III. In den eignen Gerichten,[5]) den verschiedenen Arten der kleinern Gerichte (Markgenossenschaften u. a.) treten überall sämmtliche zur Curia, Curtis gehörige, die Familie des Hofes bildenden Leute, ferner die Genossen als Urtheilsfinder auf. Aus ihnen findet sich aber keine bestimmte kleinere Anzahl hierzu auserlesen, sondern alle anwesenden nehmen Theil durch Billigung oder Tadeln des auf Erfordern des Richters vom Schultheissen oder einem aus der Zahl der Gerichtseingesessenen gewiesenen Urtheils.

IV. Am eigenthümlichsten und wirksamsten hatte sich die Schöffenverfassung erhalten in den Vehmgerichten. Diese nahmen ihrem Charakter ge-

---

ne mach, ane die wenet uppe'n sassen unde die sasse uppe'n wenet. — §. 2. Wert aver die wenet oder die sasse mit ungerichte gevangen in der hanthaften dat, unde mit deme gerüchte vor gerichte gebracht, die sasse tüget uppe'n wenet, unde die wenet uppe'n sassen, unde mut ir jeweder des anderen ordel lieden, die also gevangen werden." — Ueber die besonderen Verhältnisse der Markgrafschaft (Brandenburg) s. die Stellen im Sachsp. von Homeyer Register u. d. W. Mark u. Markgraf.

[3]) Schwabsp. c. 97. v. 25.; 125. „Swâ shepfen sint, die sullen urteile sprechen umbe ein jeglich dinc, unde anders nieman . . ." c. 148. (hat zwölf) c. 162. c. 235. (alle nach Wackernagel).

[4]) Ssp. III. 69. 1. „Svar man dinget bi koninges banne, dar ne sal noch scepenen noch richtere kappen hebben an, noch hut noch hüdeken noch huven noch hantschun; mentele solen sie uppe'n schulderen hebben; sunder wapene solen sie sin." Aufgenommen im Schwsp. c. 125. W.

[4a]) Der Ausdruck Jurati ist besonders in den österreichischen, böhmischen, mährischen Stadtrechten dafür gebräuchlich, deutsch Geschworene. Ihre Zahl ist verschieden.

[5]) Siehe schon Chuonr. II. Edict. de benef. a. 1037 (Oben §. 113. n. 1.). Const. Heinr. III. de causis amittendi feodi (Leg. II. p. 43.) „Si autem aliqua inter dominum et vasallum discordia fuerit, vel si domicilia in longinquum habuerint, vasallus domino se repraesentando servitium promittat, et si necesse fuerit, hoc probet jurejurando, saltem ad finem controversiae vasallo a paribus dato . . . De aliis vero culpis unde beneficium non amittitur, parium laudatione defendat se, ut supra, vel emendet."

treu Schöffen aus allen Klassen der Freien, vom freien Bauern bis zum Kaiser[6]) auf. Freischöffe konnte somit werden jeder freie, an seinem Rechte vollkommene unbescholtene Mann im Reiche; die Aufnahme aber konnte nur geschehen in Westfalen im gehörigen Freiding nach Erfüllung bestimmter Bedingungen und unter feierlicher Form.[7]) Die Freischöffen fanden das Urtheil; ihrer drei konnten selbst bei handhafter That sofort richten und vollstrecken;[8])

---

[6]) Im J. 1420 liess sich K. Sigismund in Dortmund als Freischöffe aufnehmen — Es ist nicht genau festzustellen, wann zuerst auswärtige Freischöffen gemacht sind. Vgl. Wächter a. a. O. S. 171. fg.

[7]) K. Ruprechts Fragen n. 21. (Seibertz III. S. 14.) „Die XXI. frage, off eyn Romisch Koning ouch moge frischeffen machen an andern enden dan in dem lande to Westfalen an den frienstoilen, so hie dry oder vier frischeffen by eme haue? — Darop hebe die frigreuen geantwert, dat hie noch yemand anders dat in geyne wys doyn solle noch en moge, van ere vnd van rechtes wegen, dan to Westfalen an den frien Stoilen. Atzlichen die in vurtyden also frischeffen worden weren van Konige Wentzelaus, wo men die dan halden solle, dat men sie fragen moge wie end wa sie frischeffen worden sint? — Die frigreuen hebn darup gesacht dat men sie fragen solle an welchem frienstoill vnd vur wilchem frigreuen dat sie frischeffen worden sint; Erfindt sich dan dat sie dat an den frien stolen vnd den frigreuen, dar sich dat geburt nicht fryscheffen geworden en sint, wern sie dan in westfalen so hange men sie van stont.“ Rechtsbuch (Wigand S. 558.) art. 33. Der frifrone sall wysen vur rechte: were dat dese man dat brechte int gemeyne und sechte eynich stuke dair van der heymlichen achte, so solde men en ane gripen, und bynden eme syne hande vur to samen, und eynen doik vur syne oygen, und werpen ene up sinen buck, und vynnen eme syne tungen to syme nackem und eynen drystrengeden reyp umb sinen halss, und hangen ene seven vote hoger den eynen verfoirten, verfemden, misdadigen deeff.“ Protokoll des Kapitels zu Arnsberg v. 1490 (Wigand S. 265): „Wie man Fryscheppen alden Gepreuchs na uffnehmen solde. Thom ersten, mütten de beszten trewlichsten Luthe uffgesuchet unde van sesz Freyenscheppen beborget werden . . . . Thom seszten, mutet se den Veihmen-Eidt schweren, also als Carolus Magnus vorgeschrieven hefft; se mutet dabey sitten uff den rechteren Knee, de bloet maket isz, mit bedeckten Höfft unde ere linkere Hand, de bloet maget isz, up dat Stryck, up dat Schloet, undte up de beeden Grützwiszen Swerter leggen, und dan schweren, de Veihme hemlick to holden vor Wief und Kind, Sand und Windt, als dat vorgeschrieven isz. Thom sieveten, seeget ehnen de Frygrefe mit bedeckten Hoefft de hemlike Vehme: Strick Stein Gras Grein, unde kleret ehnen dat up als vorgeschreven isz. Thom achdeden, segget he enen dat Nothwordt, als et Carolus Magnus der hemliken Achte gegeven het, tho wytten Reinir dor Feweri, unde kleret ehnen dat up als vorgeschreven isz. Thom niegenden, leret he enen den hemlicken Scheppengrusz alszo: dat de ankommende Scheppe seine rechtere Hand up seine linkere Schuldere legt und segget: Eck grüt ju lewe Man, Wat fange ji hi an. Darna legget he sine rechtere Hand up des andern Scheppen sine linkere Schulder, undt de andere doet des Glicken und segget: Allet Glücke kehre in, Wo de Fryenscheppen syn.“

[8]) Ruprechts Fragen n. XXV. (Seibertz III. S. 16.) Die XXV. Frage: „Dar dry

sie allein konnten Ankläger sein, nahmen die Ladungen vor, vollstreckten das Urtheil. Ausserdem genossen sie mancherlei Privilegien. Die Ausdehnung des Institutes über das ganze Reich und ihre grosse Zahl trug am meisten bei zur Hebung der Macht der Vehmgerichte. Eine Beschränkung der mitwirkenden auf eine bestimmte Zahl findet sich bei den Vehmgerichten nicht.

V. Als eine nothwendige Person tritt im Mittelalter bei den ordentlichen Gerichten überall auf ein Frohnbote, Büttel, Gerichtsdiener, der mit der Ladung, Handhabung der Ordnung, Bewachung und Sicherstellung Angeklagter, Vollstreckung der Urtheile u. dgl. betraut war.[9])

VI. Notarien, Gerichtschreiber werden in zahllosen Urkunden erwähnt. Sie waren nicht eigentliche Gerichtspersonen, sondern wurden nur zur Abfassung der Urtheile und Beurkundung von Rechtsgeschäften zugezogen.[10])

VII. Vorsprecher[11]) der Parteien finden sich allgemein; sie wurden von der Partei gewählt und vom Richter gesetzt ohne Zwang zu ihrer Annahme.

---

off vier frischeffen off mehr eynen missdadigen man yn frischer dait an qwemen ond ene dair ouer antasteden ond an grepen wo sie sich dan halden solden mit deme genen? — Die frygreuen hebn darop geantwort, den mogen sie dan verrichten, as sich dat geburt, doch dat men nyemantz verfemen en mach oder na der feme rechte verordelen solle hie en sy dan verfolget vnd verfoiert as recht is an den frienstolen as sich dat geburt, doch uit genomen dar men eynen owel dadigen man an frischer dait dat is in westfalscher spraken mit hauender hant oder mit gichtigen monde vindet, den mogen dry off vier fryscheffen an vrischer dait ond an der statt hen setten verrefemen ond richten ouer jen; doch komet hie dair van so en sall men eme dairna nicht doin hie en sy dan verfempt an den frienstolen as recht ys." — Siehe hierüber Wächter S. 221 ff.

[9]) Seine Stellung nach dem Rechte des Sachsenspiegels weisen aus die bei Homeyer im Register zu dem Worte Frohnbote angegebenen Stellen, die im Schwabenspiegel c. 12. 66. 75. 76. 78. 84. 113. 150. 175. 352. W. u. a. In den Städten finden wir dieselbe Person, häufig jedoch den Namen praeco, Amtmann u. dgl.

[10]) In den Städten gab es meist Stadtschreiber. Vgl. die unten §. 136. abgedruckten Belege.

[11]) Sachsp. Vorr. von der herren geburt; I. 60. §. 1. „Sunder vorspreken mut wol klagen en man unde antwerden, of he sik scaden getrosten wel, die ime dar an bejegenen mach, of he sik vorsprict, des he sik nicht erhalen ne mach, alse he bi deme vorspreken wol mut, die wile he an sin wort nicht ne jet. — §. 2. Die richtere sal tu vorspreken geven, svene man aller erst bedet, unde nenen anderen, he ne werde des ledich mit rechte. Vorspreke ne mach nieman weigeren to wesene binnen deme gerichte, dar he wonehaft is, oder gut binnen hevet, oder dar he recht vorderet, ane uppe sinen mach unde uppe sinen herren oder uppe sinen man, of ime die klage an sin lif oder an sin gesunt oder an sin recht gat." — I. 61. §. 2.—5., I. 62. §. 7. 11.

§. 124.

3. Die neuere Zeit.

I. Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Gerichte stehen in genauer Verbindung mit dem Aufkommen eines andern Verfahrens. Bis zum Ende des 15. Jahrhunderts war jedoch der Einfluss noch kein sehr wesentlicher. Einen solchen übte aber die für das Reichskammergericht eingeführte, gleichfalls für den Reichshofrath angenommene schriftliche Procedur auf der Grundlage des canonisch-römischen Processes,[1]) womit die Nothwendigkeit für die Landesherrn in Verbindung stand, ihre Appellationsgerichte, und, falls ihnen auch ein privileginm de non appellando zustand, von dem sie Gebrauch machen wollten, ihre Oberappellationsgerichte nach dem Muster der Reichsgerichte einzuführen,[2]) wofern nicht bereits eine feste Ordnung für selbe herge-

---

„Openbare ne sal die man vor gerichte nicht spreken, sint he vorspreken hevet; mer vraget in die richtere, of he an sines vorsprecken wort je, he mut wol spreken ja oder nen, oder gesprekes bidden." — III. 14. §. 1. „Of en man an sines vorspreken wort nicht ne jet, de wile blift he sunder scaden sines vorsprekes worde." — Nietzsche de prolocutoribus Commentatio juris Germ. Lips. 1831. G. V. Schmidt Comment. jur. rom. germ. ac saxon. de advocatis, Dresd. 1842.

[1]) Der Anfang liegt in R. A. v. 1342 (Neue Samml. I. S. 44.), worin der Kaiser sagt, der Erzbischof von Mainz habe als Kanzler des Reichs „seinen Willen und Gunst dazu geben," „daz man furbatz vor desselben unsers Herren des Keisers Hofgericht allermannichichen richten sulle und muge, nach Kunig und Keisern, seiner Vorvare an dem Romischen Riche Gesetzen, und ire geschriben rechten. Wer ouch das dhein ir gesetzt oder geschribens recht von böser Gewonheit abgangen, oder ze einem unrechten worden were; das sol und mag er bezzern, setzen und machen nach der Kurfürsten und anderer Herren rat, als in danne dünket, daz es allermennichich nutz und gut sei. Doch mit Behaltnizze unser und anderer Kurfürsten Recht, Freiheit, und guter Gewonheit." — K. G. O. v. 1495. §. 3., v. 1555 Th. I. Tit. 13. §. 1. Tit. 57., Th. III. Tit. 53. §. 9., R. H. R. O. Tit. 7. §. 24. „So sollen auch unsere Kaiserl. Wahl-Capitulation, alle Reichsabschiede Cammer-Gerichts-Ordnung, Münster und Osnabrüggischen Frieden-Schluss, Reichs-Matricul, Concordata Nationis Germanicae, Corpus juris civilis et canonici und der Stände Privilegia, auf der Reichs-Hof-Raths-Tafel, damit man sich deren in zweiffelhafftigen Fällen gebrauchen könen, stets vorhanden sein, und von selbiger nicht verruckt werden." I. R. A. v. 1654 §. 105.

[2]) K. G. O. v. 1555 Th. II. Tit. 31. §. 2. „Daneben ist nicht minder vor noth und gut ermessen, dass allenthalben an der Fürsten Höfen, und andern Commun-Gerichten in Schrifften gehandelt oder das mündlich Fürtragen jederzeit eigendlich auffgeschrieben werde, damit die Gerichts-Händel in der Appellation, so an das Cammergericht erwachsen, der Ende mit minderm Verdacht, und desto förderlicher erlangt mögen werden." — Absch. des Deputations-Tags zu Speyer v. 1600 §. 15. (Neue

bracht war. Aber auch in diesem Falle war durch die absolute Vorschrift, alles Wesentliche der Verhandlungen aufzuzeichnen, der angedeutete Erfolg angebahnt.

II. Es wurden nun in den Territorien zunächst die Hofgerichte nach dem Vorbilde des Reichsgerichts mit einer gelehrten Bank, bestehend aus studirten Juristen, welche den Titel von Räthen, Hofräthen u. dgl. führten, neben den bisherigen Beisitzern aus dem Ritterstande, der adeligen Bank, besetzt. Für die letztern trat theils wegen der schriftlichen Procedur, theils in Folge der Geltung des fremden Rechts auf dem Gebiete des Civil- und Criminalrechts, von selbst die Nothwendigkeit ein, sich Kenntniss des gemeinen Rechts, folglich eine gelehrte juristische Bildung zu verschaffen. Hierdurch aber fiel, seitdem mit der gänzlich veränderten Stellung der Landesherrn der schroffe Abstand zwischen Ritterstand und den Nichtadeligen, welche in höheren Aemtern standen, hinfort gefallen (§. 105. fg.) und das Besetzungsrecht der Gerichte in der Hand der Landesherrn konzentrirt war, allmälig auch die

---

Samml. III. S. 476.): „Dieweil aber hiebey die höchste Nothdurfft erfordert, dass in allen Churfürstenthumen, Fürstenthumen, Landen, Herrschafften und Orten, wo die in dem Heil. Reich begriffen, die Unter- Ober- und Hoff-Gericht, in denen Orten es noch nicht geschehen, und noch Mangel und Gebrechen bevor, aufs ehest förderlichst und unverhinderlich visitirt, reformirt, mit verständigen Urtheilern besetzt, und in ein gute richtige, der rechten Reichs- und Cammer-Gerichts Process gemässe Ordnung so viel nach eines jeden Orts Gelegenheit immer erspriesslich sein wird, gebracht, und darauf festiglich gehalten werde, damit den Unterthanen, da sie Rechtloss gestellt worden seyen, Ursachen zu klagen abgeschnitten werden; So wollen wir hiemit allen und jeden Churfürsten, Fürsten und Ständen dess Reichs, und allen anderen dess Reichs eingesessenen Zugethanen und Verwandten, wie die Namen haben mögen, ernstlich auferlegt und befohlen haben, solche hievor, und jetzo bedachte nützliche Anordnungen ihrer Unter- Ober- und Hof-Gericht, in denen Orten es noch nicht geschehen, und noch Mangel bevor, zum allereheisten unverhinderlich ihren und des Reichs Unterthanen selbsten, zum besten anzuordnen, und darinnen einigen weitern Aufschub noch Einstellung nicht zu suchen." — I. R. A. v. 1654 §. 137. (das. S. 665.) „Es sollen auch Churfürsten und Stände des Reichs, bey ihren Unter-Gerichten die Verordnungen thun, damit, so viel müglich, bei denenselben die Norma des Cammer-Gerichtlichen Process observirt werde, jedoch mit diesem ausdrücklichen Vorbehalt, dafern bey solchen Judiciis ein anderer Modus eingeführt, und bis dahero beständig hergebracht worden, dass es auch dabei sein ohngeändertes Verbleiben haben solle, gleich wol aber, was von Abschneidung der Productorum Weitläufigkeit oben versehen, in Acht genommen werde." Rudloff von der Aehnlichkeit der deutschen Hofgerichte mit dem Kaiserl. Reichs-Kammer-Gerichte, Bützow 1796. Vgl. noch R. A. von Speyer 1570 §. 68. „Damit aber die Unterthanen nicht Rechtlos gelassen würden, soll ein jeder sein Unter- oder Hof-Gericht mit vertsändigen Urtheilern besetzt halten, auf dass daselbst den Partheien zu Recht und Billigkeit verholffen werden möge."

Trennung der Beisitzer fort. Im Laufe des 17. Jahrhunderts besetzte man die Obergerichte fast allgemein mit studirten fürstlichen Räthen ohne principielle Rücksicht auf ritterlichen oder nichtritterlichen Stand.[3]) Damit hatte aber das Urtheilen den Charakter des Urtheilsfinden über Genossen verloren. Richter und Beisitzer fanden nicht mehr das Urtheil, sondern sprachen es aus auf Grund der aus dem geschriebenen und ungeschriebenen Rechte vermittels rein logischer Schlussfolgerung geschöpften Ueberzeugung. In den Reichsstädten war die Entwicklung allmälig eine analoge, indem man schon im 16. Jahrhundert anfing, studirte Mitglieder in das Rathsgericht zu nehmen oder auch eigne mit gelehrten Richtern wenigstens theilweise besetzte Gerichte einzuführen.

III. Bei den Gerichten auf dem Lande erhielten sich noch in unendlich bunter Mannigfaltigkeit Schöffen zum Theil bis in das 19. Jahrhundert. Im Allgemeinen jedoch war dies nur der Fall für besondere Gerichte (Holzgerichte, Märkerdinge, Feldgerichte; Gerichte zur Vornahme von Rechtsgeschäften u. dgl.) Die ordentliche Gerichtsbarkeit in streitigen Civil- und Criminalsachen wurde mehr und mehr von dem Richter (§. 120.) allein ausgeübt.

IV. Als wesentliches Erforderniss eines gehörig besetzten Gerichts galt mehr und mehr ein Gerichtsschreiber, Actuarius, Notarius, welcher als öffentliche Urkundsperson die Aufzeichnung und Beglaubigung der Verhandlungen hatte. Neben ihm kommen dann allmälig zahlreiche Schreiber vor mit verschiedenen Namen für die Ausfertigung der gerichtlichen Akte, Boten, Gerichtsdiener u. s. w. für Ladungen, Pfändungen, Vollstreckung der Urtheile u. dgl. m.

Drittes Kapitel.

Das Verfahren vor Gericht.

§. 125.

I. Ort, Zeit, Hegung des Gerichts.

I. In ältester Zeit kannte man als Ort des Gerichts[1]) nur einen Platz unter freiem Himmel in heiligen Hainen, auf Bergen, in Thälern, auf Wiesen,

[3]) Ausnahmen kommen noch vor. So z. B. in „Landt-Rechten ende Ordination van Lingen" vom 31. Okt. 1639 ist das „Appel-Gerichte" besetzt mit dem Drosten oder seinem Commissar und zwei Edelleuten als Assessoren (C. A. Schlüter Provinzialr. der Provinz Westphalen. II. Bd. herausg. v. F. H. v. Strombeck Leipz. 1830 S. 88.).

[1]) Siehe Grimm R. A. S. 746. ff. 793—813.

unter Linden oder Eichen, den das Herkommen zur echten Dingstatt machte. Sein Name ist mallus, mallobergus, placitum, thing. An ihm schied ein durch natürliche Grenzen oder künstliches Gehege[2]) eingefriedeter runder[3]) oder viereckiger Platz den Raum, in dem der Richter auf seinem Stuhle und zu beiden Seiten die Urtheiler auf Bänken sassen; um ihn herum stand das übrige Volk (Umstand).[4]) Bereits in karolingischer Zeit wurde aber dieser Platz durch eine Bedachung geschützt oder auf ihm ein Gebäude errichtet. An echter Dingstatt konnte allein unter Königsbann gerichtet werden, für das Gericht unter blossem Grafenbann und die Untergerichte war keine feste Stätte wesentlich. Ebenso hielt man auch im Mittelalter für das Gericht unter Königsbann fest an der alten Mahlstätte.[5]) Das Herkommen bewirkte auch für alle anderen Gerichte die Abhaltung an bestimmtem Platze, auf dem Lande meist unter freiem Himmel, wobei es in manchen Gegenden bis auf die neuere Zeit blieb.[6]) In den Städten kam es aber schon früh[7]) auf, im

---

[2]) Haselstöcke mit Schnüren verbunden; davon Richtpfahl, Richtplatz, — oder Geländer und Schranken von Holz; davon Schranne.

[3]) Davon Ring, ringlich dinglich = judicialis.

[4]) Vgl. Grimm R. A. S. 783. und v. Maurer S. 30. fg. — Vgl. noch Lex Sal. XLIV. 1. XLVI. 1. Cap. quae leg. add. sunt a. 809. c. 14. (Leg. I. p. 212.): „Ubi sacramenta juranda sint. Ubi antiquitus consuetudo fuit de libertate sacramenta adrahmire vel iurare, ibi mallum habeatur, et ibi sacramenta iurentur: mallus tamen neque in ecclesia neque in atrio eius habeatur. Minora vero placita comes sive intra suam potestatem, vel ubi impetrare potuerit, habeat. Volumus utique, ut domus a comite in loco ubi mallum tenere debet, construatur, ut propter calorem solis et pluviam publica utilitas non remaneat." Cap. Karisiacense 873. c. 12. (ib. p. 521.): „Volumus ut secundum capitula avi et patris nostri et nostra mallus neque in ecclesia neque in porticibus, aut atrio ecclesiae, neque in mansione presbyteri iuxta ecclesiam habeatur: quia non est aequum, ut ibi homines ad mortem iudicentur et dismembrentur et flagellentur, ubi si confugerint, secundum aliud capitulum pacem habere debent. Domus vero, sicut in capitulis avi et patris nostri continentur, a comite in loco ubi mallum tenere debet construatur, quatenus propter calorem solis et pluviam publica utilitas non remaneat. Minora vero placita comes, sive intra suam potestatem, vel ubi impetrare potuerit, excepto in ecclesia, et porticibus, atque atrio ecclesiae, et mansione presbyteri, habeat, sicut in eisdem capitulis continetur."

[5]) Sachsp. Vgl. die bei Homeyer im Register u. d. W. Gerichts-Ort und Versammlung zusammengestellten Artikel. I. 62. 10. „In allen steden is gerichte, dar die richtere mit ordelen richtet." III. 61. 1. (Seite 201.).

[6]) Die Vehme hielt auch in ihrer spätern Gestalt ihr Gericht immer unter freiem Himmel. Aber auch andere Gerichte thaten dies. S. z. B. Urk. n. 1015 bei Seibertz enthaltend gemeine Land-Urtheile gefragt und gewiesen am offenen Landfeste vor Attendorn von 1521—1527, desgl. die Urk. das. n. 1020 von 1537, n. 1021 von 1540.

[7]) Dafür kommen in westfälischen Urkunden folgende Ausdrücke vor: „in pretorio id est coram sede judiciaria" (Urk. bei Seibertz n. 58. von 1159—1167), „a area . . que dimissa est ei coram pretorio in jure civili" als Gegen-

Stadthause oder einem eignen Gebäude die Sitzungen zu halten. Diese für das Hofgericht des Kaisers gleichfalls stets befolgte Sitte wurde bei den Reichsgerichten festgehalten, kam auch bei den landesherrlichen Hofgerichten und mit der Umgestaltung der Gerichtsverfassung überhaupt bei allen Gerichten in der Art als Regel auf, dass die Gültigkeit jedes gerichtlichen Aktes durch Vornahme innerhalb des Gerichtssprengels und in dem ordentlichen Lokale oder an einem nach der Gerichtsordnung statthaften anderen Orte bedingt wurde.

II. Die Zeit[8]) für die Gerichtsversammlung war der Tag[9]) d. h. die Zeit nach Sonnenaufgang und vor Sonnenuntergang, so dass sie vor Mittag begonnen werden musste und bis zum Sonnenuntergange dauerte. Gehalten wurde das Gericht in ältester Zeit bald an bestimmten Tagen,[9a]) welche sich von einer Frist zur andern nach dem Mondwechsel bestimmten, über vierzehn Nächte,[10]) dreimal vierzehn Nächte (sechs Wochen) u. s. w. In der karolingischen Zeit wurden durch das Gesetz für bestimmte Zeiten ordentliche Gerichtstage feststehend angeordnet; neben diesen ungebotenen Dingen wurden nach Bedürfniss besondere vom Richter bestimmt und angesagt.[11]) An allen Tagen ausser den kirchlich geschlossenen Zeiten durfte Gericht gehalten werden. Die karolingischen Einrichtungen haben sich im Ganzen, mit Wechsel der

---

satz zu der in derselben Urk. geschehenen Auflassung im Freigerichte unter Königsbann (Urk. n. 151. das. von 1218); „acta sunt hec in pretorio susaciensi" (Urk. das. n. 242. von 1246).

[8]) Grimm R. A. S. 813—826. stellt eine grosse Menge von Belägen zusammen.

[9]) Daher tagadinc, tagafart, tagafrist, Tagfahrt, Tagsatzung, tagen = verhandeln, Landtag, tagdingen, solem collocare u. s. w.

[9a]) Besonders am Dienstag, bei den Alamannen am Samstag. Interessant ist, dass nach dem Soester Stadtr. v. 1120 §. 7. der advocatus zu 3 Zeiten „judicio suo presidebit . . . secunda foria (Dienstag) et III. (Mittwoch) post octavam epiphanie. Item II. feria et III. post quasi modogeniti. Item II. et III. feria post nativitatem sancte marie."

[10]) Tac. Germ. c. 11. (Oben Seite 36.).

[11]) Capit. a. 769. c. 12., Langob. a. 802. c. 14. (Beide Seite 95. N. 13.); dazu §. 76. n. 2 ff. Capit. Aquisgr. 812. c. 8. (Leg. I. p. 174.): Volumus propter iustitias quae usque modo de parte comitum remanserunt, quatuor tantum mensibus in anno missi nostri legationes nostras exerceant, in hieme Januario, in verno Aprili, in aestate Julio, in autumno Octobrio. Ceteris vero mensibus unusquisque comitum placito suo habeat et iustitias faciat. Missi autem nostri quater in anno mense uno et in quatuor locis habeant placita sua cum illis comitibus, quibus congruum fuerit ut ad eum locum possint convenire." Ueber das Ansagen der gebotenen Dinge durch den Landschrei, Glockengeläute s. Grimm R. A. S. 840 ff.

Formen im Einzelnen, durchs Mittelalter erhalten.[12]) Gegen dessen Ende kam es mit der veränderten Gerichtseinrichtung von diesen alten Gebräuchen ab und wurde zur Regel, die bis auf die neueste Zeit gilt, dass im ganzen Jahre gerichtliche Handlungen vorgenommen werden können. Ausnahmen bilden nur die Sonn- und Feiertage, sowie die s. g. Gerichtsferien, während welchen bald alle, bald nur bestimmte Akte untersagt sind. Die Bestimmung der Tage geht in der Neuzeit selten vom Gesetz aus, sondern ist meistens dem Vorsitzenden des Gerichts überlassen.[13])

III. Eröffnet wurde das Gericht durch feierliche Hegung[14]) des Richters, bestehend in der Aufhängung der Symbole (Schild, Schwert u. dgl.), Aufstellung der Bänke, Wirkung des Dingfriedens; geschlossen[15]) wird es durch Abnahme der Symbole, Umstürzen der Bänke, Aufstehen des Richters, worauf in ältester Zeit in fröhlichem Trinkgelage die Bussen verzehrt wurden. Eine solche feierliche Eröffnung des Gerichts durch Fragen an den Frohnboten

---

[12]) Interessant ist das älteste Soester Stadtr. v. 1120 §. 43. „Quicunque pro sua voluntate sine verbo magistri consulum vel judicis campanas pulsare praesumpserit, dimidiam libram burgensibus vadiabit. et hoc in arbitrio stabit burgensium quid sit accipiendum. tercia pars erit judicis. §. 45. Omnes precones inbeneficiati burgensibus nostris in suo officio, ad appellandum homines ad judicium, burgensibus nostris sine munere debent parati esse, ita, quod si per negligentiam preconum aliquod inde dampnum provenerit, ipsi plene actori pecuniam persolvent.“ Vgl. §. 77. n. 2. 5. 8. §. 85. n. 1. §. 87. n. 1. 3. §. 89. n. 1. u. 5. — Gebundene Tage Sachsp. II. 10. 5. II. 11. 4. „Binnen gebundenen dagen ne mut man nicht dingen.“ Sachsp. III. 61. 4. „Gerichtes solen warden alle die dingplichtich sint von des dat die sunne upgat wente to middage, of die richtere dar is.“ Schwsp. c. 76. 91. 95.

[13]) Beim Reichskammergericht war „Vacanz“ vom 24. December bis 6. Januar einschliesslich, vom Sonntag Esto Mihi bis Invocavit, vom Palmsonntag bis Quasimodogeniti, Sonntag Vocem jucunditatis bis Exaudi, Pfingstabend bis Trinitatis, 8. Juli bis 14. Aug. und an allen Feiertagen; in den andern Zeiten musste dreimal wöchentlich zwei Stunden Vormittags und zwei Nachmittags Gerichtstag sein. Uebrigens durfte mit Ausschluss der Sonn- und Feiertage im Rath referirt, Urtheil gefasst, Ladungen und Supplicationes angenommen werden. R. K. G. O. v. 1495 §. 26., von 1521. Tit. 2. u. 26., von 1555 Th. II. Tit. 32. u. Th. III. Tit. 1. u. 2., der etwas ändert. Der Reichsschluss vom December 1713 §. 38. (Neue Samml. IV. S. 268) macht noch einige Anordnungen in Folge der allgemeinen Geltung des Gregorianischen Kalenders. Im Reichshofrathe war Alles dem Präsidenten überlassen. R. H. R. O. v. 1654 Tit. I. §§. 11. 13.

[14]) Grimm R. A. S. 851—854.

[15]) Grimm R. A. S. 869—871. — Vgl. L. Sal. XLIV. 1., XLVI. 1. Ssp. I. 59. 2. (§. 111. n. 1.), III. 64. 11. „Deme burmeistere weddet man ses penninge unde underwilen dre schillinge vor hut unde vor har, dat is der bure gemene to vertrinkene.“ Vgl. besonders die Darstellung im Richtsteig Landr. c. 1. §. 2. (Homeyer S. 88 ff.), Homeyer Gerichtswesen des Richtsteiges S. 434—439.

oder die Schöffen um ein Urtheil darüber: ob es an rechter Zeit, rechter Stätte sei u. s. w., wie auch die formelle Schliessung des Gerichts erhielt sich, solange das öffentliche mündliche Verfahren stattfand. Mit Eintreten des schriftlichen Processes fiel diese Feierlichkeit von selbst hinfort. Wo noch Mündlichkeit bestehen blieb oder wieder eingeführt wurde, bestand die unförmliche Eröffnung und Schliessung in der blossen Erklärung, zu deren Beachtung theilweise ein Zeichen mit der Glocke oder Ruf des Gerichtsdieners im Gebrauche blieb, des Vorsitzenden: die Sitzung, Audienz ist eröffnet oder geschlossen.

§. 126.

II. Einleitung. Ladung. Klagstellung.

I. Der Richter wurde von jeher nur thätig auf Antrag. Ein solcher konnte bei Verletzung des öffentlichen Friedens in älterer Zeit vom Princeps oder einem sonstigen Beamten, ohne Zweifel auch wohl von jedem freien Manne ausgehen. Trug aber die Verletzung den Charakter einer privaten, oder handelte es sich um bürgerliche Streitigkeiten im Gegensatze der peinlichen Klagen, so konnte nur auf Antrag des Verletzten, Berechtigten, oder seines Vormundes, Vogtes, Herrn das Gericht thätig werden.

II. Zu dem Ende muss der Kläger[1]) in älterer Zeit regelmässig[2]) den

[1]) Die Ausdrücke sind: a) In der ältern Zeit: für Klage: causa, actio, sahha, mahal, intentio, appellatio u. a. Kläger: clamans, reclamans, proclamans se, pulsans, appellans, provocans u. a. später auch actor; für Beklagter: pulsatus, accusatus, interpellatus u. a. gasachio, später reus; für Parteien: causantes, causatores, causidicus, litigatores u. a. b) Im Mittelalter: klage, clage; klagen, clagen; klegere, sakeweldige, oder Umschreibungen; antwerder, lider, uppe den man klaget, man sprikt, de klage gat, beclagede man und ähnliche Umschreibungen, die auch für andere Verhältnisse vorkommen.

[2]) Die Ausnahme gibt Lex Alam. Hlothar. XXXVI. (Leg. III. p. 56.): „1. Ut conventus secundum consuetudinem antiquam fiat in omne centina coram comite aut suo misso et coram centenario. Ipse placitus fiat de sabato aut quale die comes aut centenarius voluerit; de septe in septe noctis, quando pax parva est in provincia; quando autem melior est, post 14 noctis fiat conventus in omni centina, sicut superius diximus. 2. Et si quis alium mallare vult de qualecumque causa, in ipso mallo publico debet mallare ante iudice suo, ut ille iudex eum destringat secundum legem et cum iusticia respondeat vicino suo aut qualiscumque persona eum mallare voluerit. In uno enim placito mallet causam suam; in secundo, si vult iurare, iuret secundum constitam legem. 3. Et in primo mallo spondeat sacramentales et fideiussores praebeat sicut lex habet, et wadium suum donet ad misso comiti vel ad illo centenario, qui praeest, ut in constituto die aut legitime iuret, aut si culpaviles est, conponat, qualiter per neglectum non evadat; et si evaserit, 60 solidos de fredo sit culpaviles. Ille autem

Gegner erst zum Gerichte vor Zeugen laden, was in besondern Fällen auch eine schriftliche Aufforderung ersetzen konnte.[3]) Zu der alten Ladung gesellte sich schon unter Karl d. G. auch die Heischung zum Gericht durch den Grafen auf Antrag der klagenden Partei.[4]) Von der Ladung bis zum Tage,

distringat, ut neglectus non fiat, nec pauperi pacientur iniuriam, ne sint sine lege nec maledicant duci nec populo terrae, sed in omnibus sit disciplina, qualiter qui rebelli sunt de mallo se abstineant, et qui boni sunt pacem possideant. 4. Si quis autem liber ad ipsum placitum neglexerit venire vel semet ipsum non ostenderit aut comiti aut centenario aut ad missum comiti in placitum, 12 solidos sit culpaviles; qualiscumque persona sit aut vassus ducis aut comitis aut qualis persona, nemo neglegat ad ipsum placitum venire, ut in ipso placito pauperi conclament causas suas. Et quod in uno placito finire non poterint, in alio finiatur, ut sine ira Dei sit defensa patria, et illi rebelli, qui usque modo rapto fecerunt, amplius potestatem faciendi non habeant. 5. Si est talis persona, quod comes ad placitum vel centenarius vel missus comitis distringere non potest; tunc eum dux legitime distringat; plus quaerat Deo placere quam homini, ut illum neglectum in animam ducis Deus non requiratur."

[3]) Lex Sal. I. „Si quis ad mallum legibus dominicis mannitus fuerit et non venerit, malb. reapte hoc est 600 denarios qui faciunt solidos 15 culpabilis iudicetur. Ille vero qui alium mannit et ipse non venerit, ei qui manebit 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis iudicetur. 2. Et ille qui alium mannit, cum testibus ad domum illius ambulare debet. et si praesens non fuerit, sic aut uxorem aut quemcumque de familia illius appellit, ut illi faciat notum quod ab eum mannitus est. Nam si in dominica ambascia fuerit occupatus, mannire non potest. Si vero infra pago in sua ratione fuerit, sicut superius diximus mannire potest." — XLVI. (§. 110. n. 7.). Nov. 22. (Merkel p. 55.) „Si quis ad mallum legibus dominicis mannitus fuerit et non venerit si eum sunnis non detenuerit, 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis iudicetur. Ille vero qui allium mannit si non venerit et eum sunnis non detenuerit, quem mannivit similiter 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis iudicetur." Lex Ripuar. XXXII. Bajuvar. T. XII. c. 2. Lex Alam. l. c. Childeberti reg. cap. c. 6. (Leg. II. p. 7.): „De antruscione ghamalta. Si antruscionem antruscio de quacumque causa admallare voluerit, ubicumque eum invenire potuerit super noctes septem eum cum testibus rogare debet, ut ante iudicem ad mallobergo de causa quae inputatur ex hoc responso dare debeat vel convenire, et eis si ibidem non convenerit aut certe si venire distulerit, qui ipsum admallavit ibi eum solesacire debet, et inde postea iteratam tres vices ad noctes 14 eum rogare debet, ut ad illo mallebergo respondere aut convenire ubi antruscione si mithio reddant." Hierauf folgen die Bestimmungen über Beweis, Busse u. s. f. im Falle des Ungehorsams und zuletzt dieselbe Folge als in L. Sal. LVI. Chlotharii reg. cap. pacto leg. sal. add. um 550 (Leg. 2. p. 9.) c. 1. „Ut cuicumquae domus arserit, et res quas liberaverit ubi reponat non habet, similiter si eum infirmitas detenuerit, aut certe de proximis aliquid mortuo in domo sua habet, vel in dominica ambassia fuerit detricatus, per ista sunnis se homo, si probatione dederit, excusare se poterit."

[4]) Cap. Ticin. 801. Cap. quae addita sunt ad leg. Langob. (Leg. I. p. 85.) c. 12. „Ut de statu suo, id est de livertatem vel de hereditatem, conpellandus iuxta legis constitutionem manniatur. De ceteris vero causis unde quis rationem est redditurus, si post secundam comitis admunitionem aliquis ad mallum venire noluerit, rebus eius

an dem der Geladene im Gerichte erscheinen musste, waren genaue Fristen gesetzlich bestimmt. Hatte der Geladene gesetzliche Hinderungsgründe, so war sein Ausbleiben für ihn ohne Nachtheil; im andern Falle traten Bussen und Strafen ein sowie das Contumacialverfahren (§. 135.).

III. Nach dem Rechte des Mittelalters konnte man entweder einen im Gerichte Anwesenden[5]) belangen oder den Abwesenden laden. In jenem Falle hatte der Beklagte je nach seinem Stande und der Klage das Recht eine Frist d. h. die Verschiebung der Verhandlung auf einen spätern Gerichtstag zu fordern, in gewissen Fällen musste er sofort antworten. Zur Vorladung[6]) eines Abwesenden konnte man entweder den Richter bitten, der als-

---

in bannum missis venire et iustitiam facere conpellatur. c. 13. Cuiuscumque hominis proprietas ob crimen aliquid hab eo commissum in bannum fuerit commissa, et ille re cognita ne iustitiam faciat venire distulerit, annumque hac diem in eo banno illum esse permiserit, ulterius eam non adquirat, set ipso fisco regis societur. Debitum vero, quod his cuius ea fuit solbere debuit, per comitem ac ministros eius iuxta examinationem damni, de rebus movilibus qui in eadem proprietate inventa fuerit, his quibus idem devitor fuit exolvatur. Quod si rerum movilium ibidem inventarum quantitas ad conpositionem non sufficerit, de inmovilibus suppleatur, et quod superfuerit, sicut dictum est, fiscos regis possedeat. Si nihil super conpositionem remanere potuerit, totum in illam expendatur. Si autem homo ille nondum cum suis coeredibus proprium suum divisum habuit, convocet eos comes, ut cum eis legitimam divisionem faciat, et tunc sicut iam dictum est partem eius fiscos regis addiciat: et conpositionem de eam iuxta modum superius conprehensum hiis ad quos ille legibus pertinet hecsolbat." Cap. Lang. 802 c. 21. (ib. p. 105.): „De mannire vero nisi de ingenuitate aut de hereditate non sit opus observandum, de ceteris vero inquisitionibus per districtionem comitis ad mallum veniant, et iuste examinentur ad iustitiam faciendam. Comites vero non semper pauperes per placita opprimant."

[5]) Sps. II. 3. „§. 1. Beklaget man enen man in sine jegenwarde umme egen oder len, dat he in rechten geweren hevet, man sal ime degedingen to me nesten dinge, of he spriet: me n'is hir umme herre nicht gedegedinget; to der anderen klage bedet he des dinges, dat sal man ime geven, sint sal he antwerden." §. 2. (§. 85. n. 1.). §. 3. Um al ander sake dar man den man umme scüldeget, sal he antwarden to hant, bekennen oder besaken." Schws. c. 86. W. Richtst. Landr. c. 21. §. 4., 23. §. 3. u. a. Kl. Keyserr. (End.) I. 15. Weichb. art. 34. 35. (Dan.).

[6]) Sps. I. 67. (vgl. dazu Stobbe in Zeitschr. f. D. Recht XV. S. 110 f.); I. 49. (Aufschub des Kampfes bis zur Genesung des verwundeten Klägers), II. 24, 1. „Man ne sal niemanne ut sinen geweren wisen von gerichtes halven, al si he dar mit unrechte an komen, man ne breke sie eme mit rechter klage, dar he selve to jegenwarde si, oder man lade ine vore von gerichtes halven to sinen rechten degedingen, unde he denne nicht vore ne kome, so verdelt man ime die gewere mit rechte." §. 2. III. 45. 1. Schws. c. 83., c. 164. (das den im Deutschsp. c. 128. behaltenen Fall der Ladung von Ssp. II. 24. 1. ausgelassen hat, so dass man nicht weiss, wie er vor kommen soll). Ssp. I. 62. 9. I. 63. §. 5. „Die klegere sal irst in den warf komen; of die andere to lange in irret, die richtere sal ine laten vore eschen den

dann den Frohnen beauftragte, oder sich der an manchen Orten bestehenden besondern Boten bedienen, oder auch die Ladung mit Zeugen selbst vornehmen. Einen Zwang zur Klageanstellung gab es nicht, wohl aber die Pflicht, eine begonnene durchzuführen.[7]) Deshalb kann der Kläger nur bis zur wirk-

---

vronen boden in deme huse, dar he sik inne gerwet, unde sal tvene scepenen mede senden. Süs sal man ine laden to deme anderen unde to deme dridden male. Ne kumt he to der dridden ladunge nicht vore, die klegere sal up stan, unde sik to kampe bieden, unde sla tvene slege unde enen steke weder den wint. Dar mede hevet he jenen verwunnen sogedaner klage, alse he ine an gesproken hevet, unde sal ime die richtere richten, alse of he verwunnen were mit kampe.“ Die Parallelstellen aus den sächsischen Rechtsbüchern findet man bei Homeyer ober den einzelnen Kapiteln des Sachsenspiegels angegeben. Die Ladung von Fürsten ergibt die Curia Nuremb. Rudolfi I. a. 1274 (Leg. II. p. 400.): „Secundo peciit rex sententiari, quid juris sit de rege Boemie, qui per annum et diem et amplius a die coronacionis regis Romanorum celebrate Aquisgranis contumaciter supersedit, quod feoda sua a rege Romanorum nec peciit, nec recepit? Et sententiatum fuit ab omnibus principibus et baronibus, quod quicunque sine causa legitima per negligentiam vel contumaciam per annum et diem steterit, quod de feodis suis se non pecierit infeodari, ipso lapsu temporis cecidit a jure omnium feodorum suorum. Tercio peciit rex sententiari, qualiter contra regem Boemie deberet procedere ad ipsius contumaciam reprimendam? Et sentencia fuit lata, quod Palatinus comes Reni per virum ingenuum ad certum locum et diem, videlicet infra sex septimanas et tres dies a die iudicii numerandos, deberet dictum regem citare, coram ipso Palatino questionibus regis super contumacia peremptorie responsurum; et si ingenuus electus ad citacionem faciendam assereret, et confirmaret proprio iuramento, quod ob metum, qui cadere potest in constantem virum, non auderet se ipsius regis Boemie conspectibus presentare, vel terram regis ingredi, sufficeret edictum publicum proponi in ipsa sollempni curia, et citationem fieri publice in civitate vel oppido sepe dicti comitis Palatini regno Boemie plus vicino. Ut autem omnia procederent ordinate, ad faciendam presentacionem citacionis sex septimanis et tribus diebus superadditis decem et octo diebus, in summa date sunt inducie prefato regi Boemie novem ebdomade, a duodecimo Kalend. Decembr. computande, ita quod decimo Kalend. Febr. ipse rex Boemie coram praefato comite Palatino Reni in Herbipolensi civitate debeat comparere, alioquin contra ipsum, prout ius permiserit, procedetur.“ Vgl. überhaupt über die Ladungen zum kais. Hofgerichte Franklin l. c. p. 54 ff. — Auf Ort, Zeit der Ladung kam viel an. Vgl. z. B. Articuli de juribus civitatis Medebacensis c. a. 1350 (Seibertz n. 718.) §. 51. „Item preco advocati quemlibet ad jus advocaticum pertinentem citare potest; sed locus et tempus distinguitur, quia nullo die celebri, nec in diebus quatuor temporum nec in vigiliis festorum citare potest. — 52. Item in nullo loco sacro, nec super bonis feudalibus, in quibus verus heres bonorum feudalium residet, nec super bonis, de quibus solvitur pensio cameralis, preco advocati debet vel potest officium citandi exercere.“

[7]) Ssp. I. 62. §. 1. „Man ne sal niemanden dvingen to nener klage, der he nicht begunt ne hevet. Manlic mut sines scaden wol svigen de wile he wel. Scriet aver he dat gerüchte, dat mut he vul vorderen mit rechte, wende dat gerüchte is der klage begin.“ Schwsp. c. 79. W. Ssp. I. 53. 1., I. 62. 4., II. 8.

ichen Anhängigmachung seine Klage bessern, muss in gewissen Fällen für den Fortgang Sicherheit bestellen.[8])

IV. Versäumniss des Richters schadete nur dem Kläger;[9]) versäumt dieser selbst das Ding, so kann ihn der Verlust des Rechts treffen.[10]) Ohne Antrag des Beklagten konnte der Richter keinen Kläger abweisen.[11]) Der Beklagte musste sich einlassen, wenn der Kläger zur Klagestellung berechtigt war, im rechten Gerichte, in der rechten Weise geklagt hatte.[12]) Erscheint er nicht, ohne Ehehaften anführen zu können, so ist der Kläger zur Ungehorsamsbeschuldigung berechtigt (§. 135.)[13]) Verweigert der Beklagte aus einem gesetzlichen Grunde die Einlassung oder verwirft den Richter als nicht zuständig,

---

[8]) Ssp. I. 63. §. 2., III. 14. 2. bevor in einer Criminalklage „eine gewere" gethan ist. Vgl. Ssp. I. 61. 1., II. 4., II. 5. 1. u. a. Schwsp. c. 94. W. Dessen enthebt nach diesen Stellen Grundbesitz im Gerichtsbezirke, dessen Werth den Betrag des Wergeldes übersteigt. —

Ueber die Concurrenz mehrer Kläger Ssp. I. 61. 2. Schws. c. 79. W.; Recht des Klägers, den Beklagten in gewissen Fällen festzunehmen: Sps. III. 13. Schws. c. 221. W., des Frohnboten die Partei festzunehmen: Ssp. I. 61. 1.; Dingflüchtigkeit des Beklagten II. 45.

[9]) Sachsp. II. 2. „Versumt die greve sin echte ding, dat alene verlüset die klegere. Versumt he der dinge jenich, die um ungerichte ut geleget werdet, man mut der klage beginnen al von voren." Schws. c. 86. W.

[10]) Vgl. die Stellen in nota 7. Schws. c. 260. W. „Unde gebiutet ein man dem andern vür, unde kumet dirre vür, unde klaget jener ûf in niht; unde hât er koste gehabet, die sal im jener abe legen. unde gebiutet er im dristunt vür, unde kumet der unde er klaget dannoch niht: so ist er ledic umbe swaz er in beklaget hât, unde sol im dannoch sine kost abe legen unde sine arbeit; in habe danne êhaft nôt geirret. daz sol er bewaeren als vor geschriben stet."

[11]) Ssp. III. 16. 1. „Die richtere noch nieman ne mach nemanne von siner klage wisen, ane die, uppe den die klage gat."

[12]) Statut Frid. II. in favor. princ. a. 1232 (S. 156. n. 4.). Ssp. I. 59. 1., I. 60. 3., III. 6. 2., III. 9. 2., III. 12. 2., III. 25. 23., III. 26. 2., III. 33. 5., III. 71., III. 79. 2. — Landfr. v. 1398 §. 7. (Neue Samml. I. S. 98.) „Hätte auch jemand dem andern zuzusprechen umb Eigen und umb Erbe, das soll man usstragen an den Gerichten, da die Gute inne gelegen sint. Und umb Lehen, das sol man usstragen vor den Herrn, von den die Lehen rürent." R.A. von Nürnb. v. 1438 §. 2 ff. (das. S. 161.) zu Ulm 1466 §. 11 ff. (das. S. 199.), Nördlingen 1466 §. 6 ff. (das. S. 202.) u. a.

[13]) Sachsp. I. 28. „Svat susgedanes dinges ervelos irstirft, herwede oder erve oder rade, dat sal man antwerden deme richtere oder deme vronen boden, of he't eschet, na deme drittegesten. Dit sal de richter halden jar unde dach unvordan unde warden of sik jeman dar to tie mit rechte. Sint kere't de richter in sinen nut; it ne si of de erve gevangen si, oder in des rikes denist gevaren, oder in godes denst buten lande. So mut he sin warden mit dem erve, wente he weder kome, wande he ne kan sik an sinem erve de wile nicht versumen; dit is geredet von varender have."

oder wehrt er aus einer sonstigen Ursache den Anspruch ab, ohne sich über die Sache zu erklären, so hat er sich nicht eingelassen.[14])

V. Um vor den kaiserlichen Gerichten zu klagen, bedurfte es im Wesentlichen derselben Formen. Im 14. Jahrhundert kam jedoch bereits die Nothwendigkeit auf, vor der Klagstellung in denselben die Sühne zu versuchen und sich des Austrags von Schiedsrichtern zu bedienen.[15]).

VI. Eigenthümlich war die Einleitung des Verfahrens vor den Vehmgerichten, indem das Gericht hier nur auf Anklage eines Freischöffen, sei es in Folge der Pflicht zur Rüge oder auf Grund einer erlittenen Verletzung oder im Namen eines anderen Verletzten thätig werden konnte. Auf diese Anklage wurde zuerst darüber entschieden, ob die That eine Vehmwroge sei. Stand das fest, so erfolgte die Ladung bei angeklagten Freischöffen, Wissenden, durch die von zwei Freischöffen zuzustellende schriftliche vom Freigrafen gesiegelte Ladung. Bei einem Freigrafen sollten zwei Freigrafen und sieben Freischöffen laden. Die Ladung erfolgte vor die heimliche Acht mit einer Frist von 6 Wochen und 3 Tagen. Nichtwissende lud man gleichfalls schriftlich durch den Freifrohnen oder zwei Freischöffen vor das Offene Ding über 6 Wochen und 3 Tage. Konnte die Ladung gefahrbringend sein, so brauchte sie nicht persönlich zu geschehen, sondern durfte zur Nachtzeit oder wie immer an ein Thor u. dgl. mit Zurücklassung von Zeichen stattfinden. Wusste man nicht, wo sich der Angeklagte aufhalte, so lud man ihn an vier Kreuzwegen.[16])

---

[14]) Sachsp. III. 30. §. 1. „Vorspreken sal he darven, die selve geantwerdet hevet. Die wile sik die man weret antwerdes mit ordelen unde mit rechte, die wile ne hevet he nicht geantwerdet."

II. 7. „Vier sake sint, die echte not hetet: vengnisse, unde süke, godes dinst buten lande, unde des rikes dienst. Svelke dirre sake den man irret, dat he to dinge nicht ne kumt, wirt se besceneget alse recht is von eneme sinen boden, sve he si, he blift is sunder scaden, unde gewint dach bit an dat neste ding, als he von der echten not ledich wirt." Vgl. Schwabsp. c. 29. 355. W.

[15]) Siehe die Stellen der nota 12. dieses §., sodann die im §. 73. citirten Reichsgesetze.

[16]) Kaiser Ruprecht's Fragen (Neue Samml. I. S. 105 ff.) II. §. 4. „Auch merket, ist eyner, den man vorheischen wil, ein fryenschepfe, so sol man in zu deme erstin gebote vorfurdern, mit zween andern Schepphen, und zu deme andern gebote mit vier Schepphen, und zu dem dritten gebote mit sechs Schepphen, und mit eyme freygrafen, und sal der eyne Gerichtistag von deme andern sien ye sechs wochen und drye tage, und nicht korzer, sundern ehir lenger, pussen gebündener Zyt." §. 5. 6. „Auch sal man merken, wer is af her uf eyme Slosse wonte, daz man syner ane grosse Sorge und Ebinthure nicht bekommen kunde, so mogen die Scheppen, die in heischen wollin, eyns Nachtis, adir so es in fuget, vor dasselbige Sloss ryten adir gehen, und uss deme Reynebome, Zingelen adir Regilen dry kerbin hauwen, und

III. Verhandlung.

§. 127.

a. In älterer Zeit.

I. Zu einer Verhandlung kommt es nur, wenn der Beklagte erscheint; denn im andern Falle greift die Ungehorsamsbeschuldigung (§. 135.) Platz. Die wirkliche Verhandlung prägt sich aus durch scharf abgemessene Rede- und Widerrede der Parteien, welche jedesmal durch Bitten an den Richter gewonnen wird, ferner dadurch, dass über alle und jede Punkte und Abschnitte, über jedwede Frage durch ein vom Richter den Schöffen abzufragendes Urtheil entschieden werden musste. Im Einzelnen hing die Form des Klagegesuches wie der ganzen Verhandlung von der Beschaffenheit der Klagen ab.

II. Räumte der Beklagte den Anspruch oder das Recht des Klägers ein, ohne eine Einrede zu erheben, so erklärte man ihn durch ein Urtheil für schuldig. Ueber dies Anerkenntniss wurden schon früh Urkunden aufgesetzt. Machte er Einwendungen, über welche keine Einigung zu Stande kam, oder läugnete er, so kam es zum Beweise. Hierzu erbot sich der Kläger oder Beklagte gleich bei Stellung des Antrags oder sobald kein Anerkenntniss erfolgte. Auf ihn wurde durch Urtheil erkannt.

§. 128.

b. Im Mittelalter.

I. In den Landgerichten, Stadtgerichten und sonstigen ordentlichen niedern Gerichten hat sich während des ganzen Mittelalters der formelle Gang des Verfahrens erhalten. Es geht mit Urtheilen[1]) vor sich, welche den einzelnen

---

einen Konighes Pfennig darin steken, und die stuke, die sie vss den kerbin houwen, zu zeugkenisse behalden, vnd dess Namen, den sie heischen, vff ein Zedilen verzeichent beschriben in die kerbin stegken, adir deme Wechter rufen und yme sagen, dass der deme, der danne also geheischet in der Borghe ist, sage und verkundige, dass er sines Rechttags worten solle vf den tag N. und vor deme fryen stule N. also vorgeschrieben steit." — Anhang §. 35. 37—39. Usener S. 121; Urth. des Generalkapitels zu Arnsberg d. 30. Juli 1441 bei Usener S. 269. „und den greven solde man daromb verboden tom ersten mit Seven frygreven, tom andern mit veyrtzen, tzo dem dritten mall myt eyn und tzwensigen frygreven off syne Brüche." Arnsberger Reformation (Neue Samml. I. S. 128 ff. mit der falschen Zahl 1430 statt 1438. Wächter S. 135 ff.) cap. III. VI. VII. ff. XIV.

[1]) Mit ordelen ist der Ausdruck für gerichtliche Verhandlung. Siehe die

Akt feststellen und für die Folge als bindend erscheinen.[2]) Zweck derselben ist sowohl die formelle Richtigkeit des Verfahrens, als auch die Feststellung aller für den Processgang selbst, wie auch die Entscheidung in der Hauptsache bedeutenden Fragen. In jener Beziehung wird die Ungültigkeit des Verfahrens, die vare,[3]) Gefahr von Verletzungen, vermieden. Das Letztere ist als Parteisache den Parteien überlassen, so dass die antragende Partei dem Richter die Frage angiebt, dieser den Gegner vernimmt und alsdann die Frage stellt.[4]) Die Frage selbst wird bald mit bald ohne rechtliche und thatsächliche Begründung gestellt.

II. Auf die Anstellung der Klage erfolgt nach Bitte des Klägers das Ur-

---

Zusammenstellung von Homeyer im Register zu Sachsp. I. S. 386. und II. 1. S. 601. Richtsteig Landr. S. 430 f. — Der Richtsteig Landrechts und die andern Werke der Art lehren das Verfahren aufs Genaueste (vgl. §. 64.). Ganz besonders wird dessen Verständniss gefördert durch Homeyer's Gerichtswesen des Richtsteiges (S. 411—520.).

[2]) Ssp. I. 62. „Die richtere . . . sal ordeles vragen tvischen tvier manne rede. Vraget he na sineme mutwillen unde nicht na rechte, dat ne scadet noch ne vromet ir newederme.“ Als Beispiel Richtst. Landr. c. 12. §. 1—6. „Van der antwerde umme gevunden gut. Sprikstu enes wort, de umme gevunden gud beclaget wert, so sprik alsus: her richter wil gi N wort horen; hir steit N unde secht, he vunde bisterliken sodan gut also N eschet; dat hebbe he unvorholen behalden wen tu her; dat wil he gerne tu rechte beholden, oft sic ieman dar tu ten wil, unde biddet enes ordels, wo me sic tu rechte dartu ten scal. So vintme tu rechte: jene sulf drudde uppen hilgen. So vrag vort: her richter nu biddet N vort ens rechtes na deme dat sic N mit rechte tu desseme gute getogen heft, oft he icht scole sine kost na guder lude werdinge irlegen. So vintme he scole. Wultu aver dat gevunden gut weren, so sprek sus: her richter, N biddet ens ordels, na deme dat he den vunt upbot tur kerken unde vor gerichte, wo lange he ene em tu rechte na halden scole. So vint me ses wecken. So vrage, wo hes vullenkomen scole, dat het upgeboden hebbe unde halden als he tu rechte scole. So vintme mit twen bedderven mannen. Mach hes aver nicht vullenkomen unde heft des lichte vorsaket unde gehut, so vrage des clegers vorsprake, na deme dat hes vorsaket hebbe, oft it icht tu rechte en dufte si. Dat vintme. Hir vrage du denne wedder, oft de antwerder mit der düve lif edder ere vorwerken moge, de he ut jenes weren nocht dufliken nocht rofliken ne brachte. So vintme, it ne scade en noch tu me live noch tu ter ere. So vrage des clegers vorspreke, wat he an der duve edder an dem vunde unde an dem vorsakeden gude gebroken hebbe. So vintme, he scole deme richtere wedden unde deme clegere bute geven. So vrag wat sin bute si. So vintme na des clegeres gebort. So vrag wat he deme richtere wedde. So vintme dat dar ne de richter si. So vrage wen it scole bereit sin. So vintme, is de bute er gewunnen, so scoleme se over ses weken bereiden unde it gewedde dar na over virteinnacht. So vrag wes eme helpen scole dat it ut kome. So vintme de richter edder de vronebode.“

[3]) Homeyer Ssp. II. 1. S. 618. u. d. Worte vare, Richtst. S. 431.

[4]) Vort ordelen. Homeyer Richtst. S. 432 f.

theil über die Pflicht zur Antwort, mit der sich der Beklagte auf die Sache einlässt. Erhebt er Widerrede, Einrede ohne Einlassung, so ist darüber zunächst zu urtheilen. Fällt dies Urtheil gegen den Beklagten aus oder hat er keine Einrede gestellt, so kann der Beklagte entweder 1) die Antwort verweigern, schweigen, oder 2) die vom Kläger behauptete Thatsache leugnen oder 3) diese zugebend den rechtlichen Anspruch bestreiten oder 4) eine Thatsache behaupten, wodurch er die Ansprüche des Klägers entkräften will, oder 5) einen Gegenanspruch, Widerklage erheben, oder endlich 6) eine Frist zur Antwort begehren.

Steht ihm das Letztre zu,[5]) so gibt man ihm die neue Frist. Räumt er den Anspruch ein, bekennt er, oder ist die Rechtsfrage, welche er allein bestreitet, durch Urtheil zu Gunsten des Klägers entschieden, so wird das Anerkenntniss durch Urtheil ausgesprochen, d. h. der Beklagte für schuldig erklärt. In allen andern Fällen kommt es zum Beweise.

III. Bei den Vehmgerichten[6]) schied man offene, gemeine, echte Freidinge, denen alle Eingesessenen, Wissende und Unwissende, beiwohnen konnten (die alten placita), und gebotene heimliche Dinge, die stattfanden, wenn es sich um Verurtheilung eines abwesenden Unwissenden oder eines Freischöffen und Freigrafen handelte. Das offene Ding kann jederzeit in ein heimliches verwandelt werden, in welchem Falle bei Strafe des Strangs alle Unwissenden sich zu entfernen haben. Danach lud man vor das offene Ding der heimlichen (geschlossenen) Acht, oder vor das heimliche Ding. Seit dem Ende des 14. Jahrhunderts fing man an, die Unwissenden gar nicht mehr zu laden. Erschien er auf die erste Ladung nicht, so ward er verfehmt. Ob Unwissende sich mit Beweisen vertheidigen konnten, ist nicht ausgemacht. Schöffen stand ihr Eid mit andern Schöffen als Eidhelfern zu. Gottesurtheile waren ausgeschlossen. Wer ungehorsam war, ward in die Oberacht des Reichs verfällt. Zur Ausführung des Urtheils ward bestellt ein Schöffe, dem ein Brief gegeben wurde, der Allen ihm beizustehen befahl bei Verlust der Ausstossung für Schöffen, der Acht für Unwissende. Wo der Schöffe den Verurtheilten findet, vollzieht er das Urtheil durch Aufknüpfen mit dem Strange an einen Baum, in den er sein Messer steckt oder ein anderes Zeichen macht. Die Berufung stand zu an den Kaiser und den Erzbischof, später auch an die Kapitel.

---

[5]) Ssp. II. 3. 1. 2., Richtst. Landr. 21. §. 4., 23. §. 3.

[6]) Ich anticipire diese kurze Skizze, um nicht den Zusammenhang zu unterbrechen. Die Quellen sind im Früheren angegeben.

IV. Der Beweis.

A. Die Beweismittel.*)

§. 129.

1. Der Eid.

I. Nach den Volksrechten erscheint als das häufigste Beweismittel sowohl zur Erhärtung der Leugnung des klägerischen Anspruches oder der Anklage (— Ablehnungs- oder Reinigungseid; sacramento se excusare, purgare, defendere —) als auch zur Bewahrheitung des Anspruches,[1]) der Anklage (— Bekräftigungseid, Ueberführungseid; juramento, asserere, superjurare, u. dgl. —) der Eid, sacramentum, juramentum, jusjurandum. Ihn zu leisten war nur fähig, wer als rechtsfähig anerkannt war,[2]) deshalb nicht der Knecht. In Person leistet jedoch nur der zur Selbstvertretung Befähigte, für andere Personen und die Gemeinheiten ihr Vertreter.

Wahrscheinlich ist, dass wenigstens bei den Franken erst mit dem Christenthume der Gebrauch des Eides ein häufiger wurde,[3]) sowie dass in älterer

---

*) Ueberhaupt: Albrecht doctrinae de probationibus secundum jus Germanicum medii aevi adumbratio P. I. Regiom. 1825, II. ibid. 1827. Sachsse das Beweisverfahren nach deutschem, mit Berücksichtigung verwandter Rechte des Mittelalters, Erlang. 1855. Nach sächsischem Rechte: Homeyer im Register zu Sachsenspiegel I. S. 294. (Beweis) 401—404. (Zeuge, Zeugniss), II. 2. S. 596—622. (Beweis im Lehnrechte); Jolly über das Beweisverfahren nach dem Rechte des Sachsenspiegels, Mannh. 1846; Planck das Recht der Beweisführung nach dem älteren deutschen, besonders sächsischen Verfahren, Zeitschr. f. Deutsch. Recht Bd. 10. (1846) S. 205—324.; ders. die Lehre vom Beweisurtheil 1848 S. 38—60.; A. Hänel das Beweissystem des Sachsenspiegels. In Beschränkung auf den bürgerlichen Prozess. Leipz. 1858. Einzelne Punkte: F. Majer Geschichte der Ordalien, insbes. der gerichtlichen Zweikämpfe in Deutschland, Jena 1795; Wächter Beiträge (Beweis durch Eidhelfer im Mittelalter) S. 262—267.; F. W. Unger der gerichtliche Zweikampf bei den germanischen Völkern, Gött. 1847; Delbrück das Recht zur Beweisführung bei Klagen um Gut, Zeitschr. f. d. R. Bd. 14. (1853) S. 213—241.; derselbe über diesen Gegenstand (Kap. 26. Richtst. Landr.) in Zeitschr. f. d. R. Bd. XIX. (1859) S. 98—120. Platner historische Entwickelung des Privatrechts, Marb. 1854. S. 328 ff.; O. Stobbe Beweis der Verträge in: Zur Gesch. des Vertragsrechts, Leipz. 1855 S. 56—115; Fel. Dahn Studien zur Geschichte der germanischen Gottes-Urtheile, Münch. 1857, bei dem andere Literatur angeführt ist.

[1]) Vgl. jedoch Siegel Gesch. I. S. 182.

[2]) Die Stellen im §. 55. n. 5., §. 56. n. 9.

[3]) Edict. Chilperici reg. (Leg. II. p. 6) c. 4. „In quantas causas electi de-

Zeit der Eineid vorkam.[4]) In den Volksrechten aber treten zum Hauptschwörer regelmässig eine Anzahl von Gehülfen, Mitschwörer, Eideshelfer, conjuratores, consacramentales, coadjutores, von freien Leuten[5]) aus dessen Verwandtschaft oder Bekanntschaft. Ihre Anzahl wechselt bis zu zweiundsiebenzig, sich richtend in mannigfachen Abstufungen[6]) nach dem Stande des Verletzten, Beklagten, nach der Beschaffenheit der Sache, dem Stande des Schwörenden, so dass sich bald eine genau ersichtliche Proportion zwischen dem Objecte des Rechtsstreites in Gelde angeschlagen und dem Gesammtwergelde der Schwörenden ergiebt, bald auch nur die blosse Festsetzung der Zahl der Eideshelfer ohne ein solches bestimmtes Verhältniss sich vorfindet. Die Eideshelfer nannte bald der Beweisende (conjuratores nominati), bald dieser und der Gegner zur Hälfte (conjuratores electi); bald konnte der Gegner des Beweisenden eine bestimmte Zahl aus den vom letztern vorgeschlagenen verwerfen oder durch selbstgenannte ersetzen.

Während der Hauptschwörer die Wahrheit seiner Behauptung beschwört, enthält der Eid der Eideshelfer die Versicherung, dass sie von der Wahrhaftigkeit jenes und mithin von der Richtigkeit seines Eides überzeugt seien.

---

beant iurare. De dote et de res qui in hoste perdita sunt et de homine qui in servitio revocatur. Si amplius iurarent quam tres causas, rem illa in capite reddant. Et quantum lex de causa illa habet, culpabilis iudicetur, et de illis qui iuraverunt tres qui seniores fuerant sol. 15 culp. iudicentur et reliqui iuratores quinos solidos solvant. De iuratores, de quantas causas tho alapus debet iurare. In quantas causas talentas iuratores sunt 12; in reliquo in dextera et armata lenta causas sunt talentas tres, unam de ducem, et alias de res qui in hoste perdidit, tertiam de homine qui revocantur, et causa est sed non misticis suammala burginam non te respondo. Propterea non est sacramentum in Francos; quando illi legem conposuerunt, non erant christiani. Propterea in eorum dextera et arma eorum sacramenta adfirmant. Sed post ad christianitatem fuerunt reversi. Propterea in eorum arbitrio ad sacramento revocaverunt. Nam non per arma eorum. Et in eorum arbitrio in eorum sacramento resederunt, ut sic iurant super semispatio: Vide ille tu auditor vobis arbitriorum, per istum arbitrium, de illas res unde tu me mallasti ego de illas te mallare non redebeo, nisi isto idoneo sacramento orbens iuro per isto arbitrio."

[4]) Grimm R. A. S. 859. Note.

[5]) Die Ausnahmen bei den Friesen zeigen die Stellen im §. 56. n. 9. u. 13.

[6]) Siegel hat eine Tabelle beigefügt über „die Bestimmungen der einzelnen deutschen Volksrechte (er nimmt aber nur auf Legges Fris., Sax., Angl. et Wer., Ribuar., Bajuvar., Cham.) über die Grösse der Eide." Es ist des Raumes wegen nicht möglich, gehört auch in der That zu sehr ins Gebiet der Antiquitäten, selbst nur die wichtigsten Stellen der verschiedenen Leges abdrucken zu lassen; ohne eine solche Zusammenstellung aber würde kein Bild gewonnen werden. Eine Aufzählung der Stellen findet man bei Siegel.

Abgelegt wurde der Haupteid in heidnischer Zeit stets im versammelten Gericht, seit der Einführung des Christenthums mehr und mehr in der Kirche vor dem Altare.[7] Die Form der Ablegung[8] bestand in der Nachsprechung der Eidesformel,[9] welche der Gegner mit einem Stabe in der Hand vorspricht (gestabter Eid), wobei man in älterer Zeit entweder im vollen Waffenschmucke[10] oder in gewöhnlicher Kleidung schwört,[11] während es in der christlichen Zeit Sitte wurde, die Hand auf geweihte Sachen, besonders ein Reliquien-Kästchen zu legen.[12] Nach dem Hauptschwörer legen die

---

[7]) Lex. Francor. Chamavor. c. 10. 11. „Si quis hominem ingenuum ad servitium requirit, cum duodecim hominibus de suis proximis parentibus in sanctis juret, et se ingenuum esse faciat, aut in servitium cadat. Qui per hantradam hominem ingenuum dimittere voluerit, in loco qui dicitur sanctum sua manu duodecima ipsum ingenuum dimittere faciat." In sanctis jurare heisst auf die Reliquien schwören, in loco qui dicitur sanctum vor dem Hochaltare, im Chor. Dies hat Zöpfl Evva S. 5 ff. nachgewiesen und zahlreiche Parallelstellen beigebracht.

[8]) Grimm R. A. 894 ff. —

[9]) L. Ribuar. LXVI. 1. „Si quis Ripuarius sacramento fidem fecerit, super quatuordecim noctes sibi septimus seu duodecimus vel septuagesimus secundus cum legitimo termino noctium studeat coniurare. Si autem contentio orta fuerit, quod sacramentum in die placito non coniurasset, tunc cum tertia parte iuratorum suorum adfirmare studeat, aliquibus a dextris seu a sinistris stantibus. Sin autem nec sic satisfecerit, tunc secundum praesentiam iudicis vel secundum terminationem sextam iuratorum suorum cum dextera armata tam prius, quam posterius sacramentum in praesentia iudicis confirmare studeat. Quod si verbis non dixerit omnem repetitionem cum legis beneficio studeat reformare, et unusquisque de iuratoribus quindecim solidis culpabilis iudicetur. Si autem contradixerint, iudicium accipiat." LXVII. 3. „Quod si sacramentum ille, qui prosequitur, non pronuntiaverit, ipse qui placitavit ante annum revolutum vel septem noctes sacramentum suum coram testibus offerat, et coniurare studeat, et deinceps innocens habeatur." 5. „Si quis pro hereditate vel pro ingenuitate certare coeperit post malo ordine cum sex in Ecclesia coniuret, et cum duodecim ad stappulum Regis in circulo et in hasla hoc est in ramo, cum verborum contemplatione coniurare studeat. Si non adimpleverit, cum legis beneficio restituat. Aut si quis eum contra prendere voluerit, aut cum armis suis se defensare studeat ante Regem, aut omnem repetitionem cum legis beneficio restituat." Siegel S. 226 f.

[10]) L. Alam. Fragm. I. 1. (Leg. III. p. 34.). „in ferramenta sua" nach dem Citate von Merkel in n. 4. das. soviel als in der Rüstung. Siehe die in Anm. 3. dieses §. abgedruckte Stelle, L. Sal. (ed. Merk.) CIV. Andre bei Siegel S. 229.

[11]) L. Fris. Tit. III. §. 5. „Si servus furti reus esse dicatur, dominus eius in vestimento suo sacramentum pro illo perficiat." XII. §. 1. „Si servus rem magnam quamlibet furasse dicatur, vel noxam grandem perpetrasse, dominus eius in reliquiis sanctorum pro hac re iurare debet."

[12]) Vgl. nota 7. L. Bajuv. Tit. I. c. 5. „juret in altare in illa Ecclesia." Cap. quae in lege Rib. mitt. sunt 803 c. 12. (Leg. I. p. 118.) „Omne sacramentum in aecclesiae aut supra reliquias juretur. Et quod in ecclesia jurandum est, vel cum

Eideshelfer den Eid ab gemeinschaftlich, nach den Gesetzen des 9. Jahrhunderts einzeln.[13])

Der Zusammenhang des Instituts der Eideshelfer mit der Stellung der Familie bewirkte, dass, im Falle der Hauptschwörer unterlag, jene eine Strafe treffen konnte.[14])

II. In dem Rechte des Mittelalters hat sich zunächst nicht nur im sächsischen[15]) Rechte, wie es im Sachsenspiegel und den ihm zunächst stehenden Werken enthalten ist,[16]) sondern allgemein die Tr ennung des Eides der Eides-

---

sex electis, vel si duodecim esse debent, quales potuit invenire, sic illum Deus adjuvet et sancti quorum istae reliquiae sunt, ut veritatem dicat."

[13]) L. Alam. Karoli. VI. 4. (Leg. III. p. 133.) „Ista sacramenta debent esse iurata, ut illi coniuratores manus suas super capsam ponant, et ille solus cui causa requiritur verba tantum dicat et super omnium manus manum suam ponat, ut sic illi Deus adiuvet vel illae reliquiae ad illas manus quas conprehensas habet, ut de illa causa unde interpellatus est culpabilis non sit." Vgl. die erste Stelle in nota 9. Form. Marc. app. 33. Sirmond. (Walter Corp. jur. III. p. 390.) n. 31. „Breve sacramenti qualiter ingressus est ille in loco nuncupante illo, in Ecclesia illa, sub praesentia illius Judicis vel bonorum virorum qui subter tenentur inserti, ad placitum suum custodiendum. Unde retroactis diebus quadraginta relationem de morte illius per iudicium bonorum virorum accepit, iuratus dixit. Per hunc locum sanctum et Dei reverentiam, dum ego solemniter mihi ambulabam, iam dictus ille quondam in loco nuncupante illo me malo ordine adsallivit vel livoravit, et colaphos super me posuit, et ad rapinam vel ad insidiam super me faciendam adstetit et res meas mihi malo ordine diripere vel tollere tentavit. Et ego in sua orta contentione vel in sua motiva atque per sua culpa in ipso loco ipsum interfeci. Et per reverentiam istius sancti et Deo altissimo similiter testes sibi similes visores et cognitores, secundum quod ei iudicatum fuit, post ipsum iuraverunt ut quiquid iam dictus ille de hac causa iuravit, verum et idoneum sacramentum exinde dedit. Id sunt qui hoc sacramentum exceperunt, manibusque eorum subter firmaverunt." Const. Olonn. 825. Cap. gen. c. 8. (Leg. I. p. 252.): „Statuimus ut juratores omnes singillatim jurent." —

[14]) L. Sal. XLVIII. 2. „Si cuicumque aliquid fuerit inculpatum quod perjurasset et ei fuerit adprobatum, juratores quinos solidos condemnentur. ille vero cui adprobatum fuerit, excepto capitale et dilatura atque causa extra hoc 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis judicetur." Nov. 136. (Merk. p. 69.): „. . tres de ipsis juratores 15 solidos culpabilis iudicetur quisquis illorum, illorum vero qui super tres fuerint quinos solidos solvant." L. Burg. LXXX. 2. die aber XLV. schon den Versuch, das Anerbieten straft, wenn ein testis überwunden wird. Nach Lex Fris. X. XIV. 3. zahlten die Conjuratoren ihr Wergeld. —

[15]) Vgl. die Zusammenstellung bei Homeyer Sachsp. I. Register u. d. W. Eid, Zeuge, Richtsteig S. 455 ff. Hänel S. 30 ff. Den Stand der Frage über das Verhältniss des Eineides, der Gehülfen als Zeugen und Eideshelfer gibt in klarer Darstellung Homeyer Richtst. S. 457 ff.

[16]) Von Bedeutung sind für die Zeit vor dem Sachsenspiegel folgende Stellen aus dem ältesten Soester Recht von 1120: §§. 18—20. 28. 30. 39. 42. 55. „Si quis ferro acuto quempiam uulnerauerit. duobus testibus rationabilibus conuinci potest quam reus

helfer und der Zeugen im engern Sinne (§. 130.) erhalten,[17]) obwohl der Umfang, in welchem die Rechte den blossen Eineid oder den Eid mit Eideshelfern oder von Zeugen zulassen, sehr verschieden ist.

---

poterit se excusare. — Siquis est de homicidio pulsatus. septima manu tactis reliquiis conuinci potest. Siquis uero de homicidio uel de acuti ferri lesione conuinci nequiuerit. tactis reliquiis. duodecima manu se expurgabit. — Quod si ille qui maleficium perpatrauit. aufugerit. domus eius et quicquit habet. secundum nostri iurisdictionem destruetur. et ipse proscribetur. quod uulgo. frethelos dicitur. si uero factum negare uoluerit duo probabiles uiri si adsunt. cogentur testimonium ueritati perhibere. et sic non admittetur rei expurgatio. — In contractu matrimonii. uel etiam post contractum. quamcumque donationem uir mulieri. aut mulier uiro sub testimonio bonorum uirorum dederit. si duorum bone opinionis uirorum testimonium probare poterit. super eo amplius in causam trahi non ualebit. — Item. siquis conciui suo bona sua ad negociandum commiserit. presentibus uiris idoneis. si inficiari uoluerit. conuinci possit. — Quicumque pro aliqua causa coram consulibus terminata. testimonium ipsorum appellauerint. uterque fideiussores pro sexaginta solidis ponet et si quis ipsorum. burgensium testimonio conuictus ceciderit. predictos sexaginta solidos. burgensibus persoluet. in gratiam. — Si conciui suo quicumque de quacumque causa. uel de suo proprio arbitrio. uel presentibus duobus testibus. confessus fuerit. uel promissionem fecerit. magis conuinci potest quam se expurgare. — Quicumque autem hominum se per iuramentum expurgare tenebitur, in arbitrio stabit actoris utrum iuramentum accipere uelit an non. Et super eo nullum ad ipsum iudicem respectum habebit. nisi forte contingat ex aliqua proclamatione.“ — Medebacher Recht v. 1165 (Seibertz n. 55.) §§. 6. 14. 15. 22. 23. „Qui autem pugno uel baculo aliquem percusserit, quod sanguis erumpit, si ueraces homines presentes sunt, qui dicunt eum esse reum virgis uerberabitur et crines ejus abradentur, quia pacem Dei uiolauit; si in nocte contigerit qui presentes non sunt quibus credatur, si percussor de hoc incusatur et negauerit manu duodecima se expurget. — Qui uxorem legitimam uobiscum duxerit, quicquid primo mane coram paranimphis et concivibus suis uxori sue dederit et illa ei cum assensu heredum utriusque, quod tevtonice Morengaue vocatur, uterque integra pace optinebit; sed si forte contigerit, quod aliquis datum illud quod moregengaue vocatur, infringere voluerit, ille qui datum habet in usucapione quod vulgo dicitur angeweren, testimonio paranimphorum et adiutorio concivium suorum, sicut justum est, sua veritate et juramento debet optinere et talis justicia debet sufficere illi qui eum impetit. — Qui pecuniam suam dat alicui conciui suo ut inde negocietur in Datia vel Rucia vel in alia regione ad utilitatem utriusque assumere debet concives suos fideles ut uideant et sint testes hujus rei; si postea ille qui pecuniam accipit fraudulenter egerit et falso juramento optinere voluerit ille qui pecuniam prestitit, testimonio illorum qui aderant majori justicia debet optinere, sic justum est, quia ille possit contradicere et si illí qui presentes fuerunt, pro amicitia vel pro mercede vel pro inuidia vel pro perfidia, ueritatem negare uoluerint singuli jurent super sanctos, quod nunquam aduenerint. — Qui possessionem conciuis sui minorare voluerit, duos assumat secum fideles et juramento optineat sine banno. — Qui possessionem wuorth alicujus sui conciuis per sepem suam in aliquo decurtauerit, ille qui in usucapione hoc est angeweren habet, assumat duos concives suos, qui domos habeant et juramento optineat; de hoc negocio nihil pertinet ad advocatum.“ Mit den abge-

Der blosse Parteieid, Eineid, erscheint als die Bekräftigung des Schwörenden bezüglich der Richtigkeit seines Rechtsanspruches, des von ihm gefällten Urtheiles, nicht als blosse Bestärkung von Thatsachen, aus denen der Richter einen Schluss ziehen könnte.[18]) Dies hängt zusammen mit dem ganzen Geiste des den Parteien überlassenen Verfahrens. Anwendung findet der Eineid im Sachsenspiegel am häufigsten zur Abwehr der Klage oder Anklage, somit als Leugnungs- oder Reinigungseid, selten zur Begründung. Bereits in dem Richtsteig Landrechts ist aber der Fortschritt gethan, dass der Eineid zur Begründung einer Behauptung gegeben wird, wenn der Beklagte durch sie den Anspruch gleichzeitig zurückweist, mithin auch sachlich eine Leugnung vorliegt.[19])

Mit Eideshelfern[20]) unterstützt die Partei nach dem Rechte des Sachsenspiegels sich nur[21]) in peinlichen Sachen. Deren Eid hat den Inhalt, dass

---

druckten Artikeln des Soester Stadtr. von 1120 correspondiren genau der Soester Schrae v. 1350 (Seibertz n. 719.) Art. 16. 18. 19. 118. 61. 21.

[17]) Das beweisen die zahlreichen von Homeyer Richtsteig S. 466—472. zusammengestellten Belege evident. Hänel S. 43 ff. unterscheidet im Ssp. wieder nicht, sondern „erfasst das Institut der sächsischen Gezeugen als eine Einheit.“

[18]) So heisst es z. B. in Richtst. c. 8. „Van der antwerde umme scult. Is de beclagede man dar, so spreke sin vorsprecke sus: her richter wil gi N wort horen? Ja. Unsculdich secht he sic des men ene tiet unde biddet enes ordels, oft hes icht neger tu untgande si wen jene em overtugande. Dat vint me. Sprikt he aver, he hebbet vorgulden, dat mut he sulf drudde bewisen. Sprikt he aver, jene hebben loz gelaten, des wert he loz mit sime ede. So sprek vort: her richter he biddet unde ic van siner wegen der hilgen unde enes steveres. So sprikt de richter: ic gans em wol. So spreke de stevere: here her richter, gunne gi mi dat ic N stave sinen ed, so biddet he, dat gi eme orloven tu dunde wat tu dem ede hore. So sprikt he: ic orloves eme, he se dat he rechte du. So vrage, wo dat sin ed tu rechte gan scole. So vint me: der ticht, der N eme tiet, dat he der unsculdich si, edder dat he de scult vorgulden hebbe, dat eme god so helpe unde de hilgen. Wen he sus gesworen heft unde mit orlove afgenomen heft unde upgestan is, so vrage, oft he vullenkomen si mit sime rechte. So vintme he si.“ So beweist man die Nothwehr mit dem Eide Ssp. II. 62. 2., Schws. c. 244. L.

[19]) So Richtst. Landr. c. 13. §. 5.

[20]) Der Sachsenspiegel kennt kein derartiges Wort, sondern fasst diesen und den Fall des wahren Zeugnisses unter dem Worte tüch, getüch, vertügen, mit getüge vulkomen, verwinnen, getüges up enen volbringen u. a. zusammen.

[21]) Homeyer nimmt aus den Fall von Ssp. I. 6. §. 2. „. . . de scult sal de erve gelden, of he is geinnert wirt als recht is mit tven unde seventich mannen, de alle vrie scepenbare sin, oder echt borene late.“ Richtst. Landr. c. 10. §. 1. „Claget men up enen des wort du sprikst, dat he si N sculdich von N wegen, des erve he genamen heft, so sprek tu: her richter, N de biddet enes ordels, na deme dat he

der Hauptеid sei „reine und unmeine" d. h. nicht mein, nicht meineide, und wird nach dem Eide der Partei abgelegt.[22])

Zum Eineide kann nur gelassen werden ein unbescholtener Mann; beim Gehülfeneide kommt hierzu auch wohl noch das Erforderniss der Genossenschaft.[23]) Was die Form der Eide betrifft, so wurden sie abgelegt auf den Heiligen (Reliquienkästchen), jedoch allmälig im Gerichte selbst.

---

sculde vorderet uppe N na doder hant, oft he se eme icht scole bewisen. Dat vintme. So vrage, wo het scole bewisen. So scalme vinden mit twen unde seventich scepenbaren vrien mannen edder echterbornen laten." Ich kann hier nur Zeugen finden. In beiden Rechtsbüchern sind sich die Fälle streng entgegengesetzt, dass man eine Schuld des Todten behauptet, von der man den Erben nicht einmal der Wissenschaft beschuldigt oder die er nicht weiss, und der Fall, wo der Erbe sie weiss, oder man seine Wissenschaft behauptet. Offenbar ist es wahrscheinlicher, dass der Erbe vom Verstorbenen über seine Verhältnisse unterrichtet ist als Fremde; denn der Sachsp. verlangt keine Verwandten. So wäre nach dem Prinzipe des Ssp. der Erbe näher daran, die Schuld eidlich abzuleugnen. Dies ihm für den Fall, dass man nicht einmal sein Wissen annehmen kann und der Todte vielleicht die Schuld eingestanden, ohne dass es gerichtlich geschah, so dass dennoch Viele sie kennen, zuzumuthen oder ins Belieben zu stellen, wäre ein Unrecht gegen den Gläubiger. Auf der andern Seite ist eine solche Schuld bei dem Verhältnisse der Erben zu den Besitzern so unwahrscheinlich, dass man offenbar einen Notorietätsbeweis fordern muss. Ein solcher liegt meines Erachtens in diesen Artikeln, zumal nur schöffenbare oder echt geborne Laten, also volle Gemeindeglieder und Personen, die im Gerichte sitzen, zugelassen werden. Damit stimmt ganz Ssp. III. 25. §. 1. „Stirft en richtere, svat so binnen sinen tiden geschin is, des sal sin nakomeling an'me Gerichte getüch wesen, al ne secge he's nicht, svenne he mit scepenen getüge der warheit geinneret wert.", der das inneren auch gerade für den Fall braucht, dass die im Gerichte anwesenden Personen die Wahrheit d. h. ihr wirkliches Wissen von dem Vorgange bescheinigen können. Zur Unterstützung dient weiter Schws. c. 8. W. 56. L. 9. Deutschsp.

[22]) Sachsp. III. 88. §§. 3. 4. „Sven aver die man gesat wert, so mut die klegere aller erst up ine sveren, dat he der dat scüldich si dar he umme vervestet si, dat ime got so helpe unde die hilgen. Dar na sal sveren sin getüch, dat sin eid si reine unde unmeine. — Süs sal ok die klegere unde sin getüch sveren up enen unvervesten man, die um ungerichte in der hanthaften dat gevangen wert, unde vor gerichte gebracht unde mit ordelen gesat." Richtst. Landr. c. 32. §. 10. c. 35. §. 6. Andre bei Homeyer das. S. 468. 473. Hänel S. 44. Ueber einen an manchen Orten vorkommenden Gebrauch, dass eine Partei, die keine Gehülfen hat, die sonst von diesen abzulegende Anzahl von Eiden selbst schwört, s. Homeyer Richtst. S. 473. N. **. (Richtst. 45. §§. 4. 5. verwirft diese Sitte).

[23]) Siehe Homeyer Register zu Ssp. I. S. 403., Richtst. S. 474. Hänel S. 46 ff. Vgl. §. 132.

§. 130.

2. Das Zeugniss Dritter.[1])

I. Zeugen im Sinne von Personen, welche im Gerichte ihr Wissen, beruhe dies auf zufälligem[2]) oder von den handelnden Personen durch Aufforderung herbeigeführtem[3]) Hören oder Sehen, bekunden, somit im Gegensatze zu den Eidhelfern die Wahrheit der von der Partei gemachten Behauptung, sowohl das blosse Thatsächliche, wie überhaupt das von der Partei gemachte und geforderte Urtheil, die rechtlichen Thatsachen, feststellen, kennt das Recht von der ältesten Zeit an. Ein festes Prinzip über die Zulässigkeit von Zeugen im Gegensatze zu Eidhelfern lässt sich nicht unbedingt aufstellen;[4])

[1]) Siehe die Zusammenstellung bei Walter R.G. §. 620 ff., Zöpfl. R.G. S. 875 ff., 888 ff., Homeyer Richtst. Landr. S. 462 ff., wo gerade solche ältere Quellenbelege nebeneinander gestellt sind, in denen testes und consacramentales gegensätzlich vorkommen.

[2]) Ganz allgemein spricht z. B. Lex Sal. XLIX. „Si quis testes 'necesse habuerit (ut donet) et fortasse testes nolunt ad placitum venire, ille qui eos necessarios habet satisfacere et mannire illos (cum testibus) debet, ut ea quae noverint iurati dicant. Si venire noluerint et eos sunnis non tenuerit, malb. uuidridarchi hoc est 600 dinarios qui faciunt solidos 15 quisque illorum culpabilis iudicetur. Si vero praesentes fuerint in testimonium vocati et noluerint iurati dicere ea quae noverint et ferbanniti fuerint, 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis iudicetur." Lex Bajuv. T. XVI. c. 1. §. 2. u. andre.

[3]) Dies sind die „testes per aurem tracti," welche die L. Bajuv. (T. XV. c. 2. §. 1. bei Käufen von Grundstücken, T. XVI. c. 2. „de qualibet causa") hat; die L. Ripuar. hat folgendes Mittel Tit. LX. §. 1. „Si quis villam aut vineam vel quamlibet possessiunculam ab alio comparavit, et testamentum accipere non potuerit, si mediocris res est, cum sex testibus, et si parva, cum tribus, quod si magna cum duodecim ad locum traditionis cum totidem numero pueris accedat, et sic eis praesentibus pretium tradat, et possessionem accipiat, et unicuique de parvulis alapas donet, et torqueat auriculas, ut ei in postmodum testimonium praebeant. Si autem testes non potuerit congregare, ut ei testimonium praebeant, tunc rem suam cum sex sive cum septem cum sacramenti interpositione sibi studeat evindicare." Zeugen zog man bei zahlreichen Akten zu, wie sich im Privatrechte zeigt. Interessant ist die Bestimmung des Medebacher Stadtr. von 1165 §. 15.: „Qui pecuniam suam dat alicui conciui suo ut unde negocietur in Datia vel Rucia vel in alia regione ad utilitatem utriusque assumere debet concives suos fideles ut uideant et sint testes hujus rei; si postea ille qui pecuniam accipit fraudulenter egerit et falso juramento optinere voluerit ille qui pecuniam prestitit, testimonio illorum qui aderant majori justicia debet optinere, sic justum est, quia (quam) ille possit contradicere et si illi qui presentes fuerunt, pro amicitia vel pro mercede vel pro inuidia vel pro perfidia, ueritatem negare uoluerint singuli jurent super sanctos, quod nunquam aduenerint."

[4]) Die vier von Walter R.G. §. 620. aufgestellten Fälle sind eine reine Genera-

es findet sich ihr Gebrauch am meisten in Civilsachen und für die Frage des Schadensersatzes in Criminalsachen. Schon in der karolingischen Zeit nimmt aber[5]) die Bevorzugung des Zeugenbeweises einen grösseren Umfang an und wird nicht nur in Streitigkeiten über Grundbesitz und Freiheit,[6]) sondern auch in gewissen Criminalsachen unbedingt jedem andern vorgezogen.

Von den Zeugen forderte man Wahrhaftigkeit, Vermögen, in bestimmten

---

lisirung. Es beweist kein Prinzip, einmal die Zeugen zuzulassen, wenn die Handlung eines Dritten, dann, wenn ein vor Zeugen vorgenommenes Rechtsgeschäft, also eine Handlung der Partei, in Frage steht.

[5]) Walter §. 621. behauptet schlechthin, bei den Alamannen und Baiern sei der Eid des Beklagten nur in Ermangelung von Zeugen zugelassen, wofür er L. Alam. Hloth. XLII. 1. („Si quis interpellatus ante ducem de qualecumque causa, quod iam manifestum est tribus vel quatuor testibus, aut de homicidio aut de furto aut de aliquo neglectu, quod illi testantur, qui boni testimonii sunt in plebe, non iuratores nec fallaces nec pecuniarum acceptores, sed qui veritatem volunt dicere, cognuscat hoc iudex. Tunc licenciam ille homo, qui mallatus ille abante iudicem, de causa illa potestatem iurandi non habeat, sed sicut lex habet in hoc iudicio persolvat, ut sua nequicia alii, qui volunt Deo esse, non periurent nec per culpam alienam semet ipsos perdant. 2. Testis enim, qui iam convictus fuerit, quod mendacium semel aut bis aut ter testificasset, amplius ad testimonium non recipiatur.") und Bajuv. VIII. c. 16. §. 1. 3. (Ut sacramenta non cito fiant, iudex causam suam bene cognoscat, et prius veraciter inquirat, ut eum veritas latere non possit. Nec facile ad sacramenta veniatur. In his vero causis sacramenta praestentur, in quibus nullam probationem discussio iudicantis invenerit.") anführt. Jene handelt aber offenbar nur von dem einen Fall der offenkundigen That, die hier mit der hanthaften wohl zusammentrifft; die letztere spricht so allgemein von der probatio, dass man diese nicht blos auf den Zeugenbeweis beziehen kann.

[6]) Capit. Ticin. 801 c. 9. (Leg. I. p. 84.): „De qualibet causa. Si quis cum altero de qualibet causa contentionem habuerit, et testes contra eum per iudicium producti fuerint, si ille falsos eos esse suspicatur, liceat ei alios testes, quos meliores potuerit, contra eos opponere, ut veracium testimonio falsorum testium perversitas superetur. Quod si ambae partes testium ita inter se dissenserint, ut nullatenus una pars alteri cederi vellit, elegantur duos ex ipsis, id est ex utraque parte unus, qui cum excutis et fustibus in campo discernunt, utra pars falsitatem, utra veritatem suo testimonio sequatur. Et canphioni qui victus fuerit, propter periurium quod ante pugna commisit, dextera manu amputetur. Caeteri vero eiusdem partis testes, qui falsi apparuerint, manus suas redimant; cuius compositionis duae partis eis contra quem testati sunt, dentur, tertia pro fredo solvatur. Et in seculari quidem causa huiuscemodi testium diversitas campo comprovetur, in eclesiasticis autem negotiis crucis iudicio rei veritas inquiratur. Hoc est de timidis adque inbecillibus seu infirmis qui pugnare non valent, nec propter hoc iustitiam suam careant, censuimus faciendum. Testes vero de qualivet causa non aliunde querantur, nisi de ipsum comitatum, in quo res unde causa agitur posite sunt, quia non est credevilem, ut vel de statum hominis vel de possessionem cuiuslibet per alios melios rei veritas cognosci valeat quam per illis qui viciniores sunt." Cap. 10., das von dem Falle eines Rechtsstreites handelt, wenn Jemand „in aliena patria . . . assidue conversari solet," also vom Verklagen dort, wo man ein Quasi-

Fällen Grundbesitz und Freiheit.[7]) Seine Aussage musste der Zeuge beschwören, während der Beweisführer keinen Eid leistete, denn wenn das Zeugniss genügte und unangefochten blieb, wurde die Sache entschieden.[8])

II. Im Rechte des Mittelalters hat das Beweisen mit Gezeugen, Zeugen, allmälig über das mit Eidhelfern den Sieg davon getragen. Daran waren theils kirchliche Bemühungen Schuld, theils der Umstand, dass man im Gegensatze zu der ältern Zeit, welche das Leugnen begünstigend als Recht des Beklagten auffasste, seine Unschuld beweisen zu können, mehr zu dem logischen Satze kam, vom Behauptenden den Beweis seiner Behauptung zu verlangen und somit ihm den Beweis zu geben.[9]) Im Sachsenspiegel wird das

---

domicil hat, und der Schluss von c. 9. zeigen, dass letzteres nur im ordentlichen Gerichte gelten soll. Cap. 816 c. 1. (ib. p. 195.): „Si duo testimonia de qualibet re testimoniaverint et inter se discordant, tunc comis eligat unum ex una parte, et alium ex alia parte, ut illi duo testes decertent cum scutis et fustibus. Nam si flebiliores ipsi testes fuerint, tunc ad crucem examinentur. Quod si maioris etatis sunt et non possunt ad crucem stare, tunc mittant aut filios suos aut parentes aut qualemcunque hominem possunt, qui pro eis hoc contendunt. Et ille qui de ipsa falsitate convictus fuerit, dextram manum perdat." — Das Cap. Aquisgr. 817 cap. leg. add. c. 10. wiederholt das c. 9. des von 801 und macht zum Schlusse den Zusatz: „Si tamen contentio quae inter eos exhorta est, in confinio duorum comitatuum fuerit, liceat eis de vicina centena adjacentis comitatus ad causam suam testes habere." Cap. legi sal. add. 819 c. 12. lässt die Zeugen unbedingt zu, wenn sie nach den früheren Kapitularien geeignet sind, die Wahrheit zu bezeugen.

[7]) Vgl. die Stellen der n. 5. u. 6. Const. Olonn. 825 Cap. gen. 7. (Leg. I. p. 252.): „Ut in testimonium non recipiantur de his capitulis, id est de libertate, vel de hereditate vel de proprietate in mancipiis et terris, sive de homicidio et incendio, illi qui non habent, si convicti fuerint falsum dixisse testimonium, unde secundum legem conpositionem plenam reddere possint." Cap. Wormat. 829 c. 6. (ib. p. 354.): „De liberis hominibus qui proprium non habent, sed in terra dominica resident, ut propter res alterius ad testimonium non recipiantur. Cumiuratores tamen aliorum liberorum hominum ideo esse possunt, quia liberi sunt. Illi vero qui et proprium habent et tamen in terra dominica resident, propter hoc non abiciantur quia in terra dominica resident; sed propter hoc ad testimonium recipiantur quia proprium habent."

[8]) Vgl. L. Sal. 49. 56., die nur von testes jurati reden, Alam Hloth. II. 2., wo sie schwören quod nos veri testes sumus und es ausdrücklich heisst, die Partei schwöre nicht. Ebenso in der L. Bajuv. T. XVI. c. 5. Die zur Ladung gebrauchten Rachimburgen schwören hingegen mit der Partei in L. Ribuar. XXXII. 2. 3., um die Ladung zu beweisen und den Ungehorsam zu constatiren.

[9]) Hierauf macht Homeyer Richtst. Landr. S. 460. aufmerksam. — Im Sachsenspiegel und vielen andern Quellen zeigt sich der Uebergang deutlich darin, dass erst der Kläger beweisen darf, der Beklagte aber, wenn jenem kein Beweis gelingt, nicht freigesprochen, sondern zur Reinigung gelassen wird. — Vgl. besonders Homeyer Sachsp. I. S. 401 ff., Richtsteig Landr. S. 474 fg., Hänel S. 43 ff., Tomaschek

Zeugniss gebraucht zum Beweise der Behauptung in Civilsachen[10]) oder des Civilanspruches in Criminalsachen. In andern sächsischen Rechten kommt aber der Zeugenbeweis schon viel ausgedehnter vor. Im süddeutschen Rechte des 13. Jahrhunderts wie in den Reichsgesetzen nimmt er gleichfalls eine wichtigere Stellung ein.[11]) Die Zeugen bekunden nicht gleich den Eidhelfern die blosse Richtigkeit oder Wahrhaftigkeit des von der Partei geschworenen Eides, sondern die Richtigkeit, Wahrheit der von der Partei gemachten Behauptung in derselben Art wie die Partei. Sie schwören also einen Wissenseid über die Richtigkeit des von der Partei gesprochenen Urtheils, also der Thatsachen. Von den Zeugen des späteren und heutigen Prozesses unterscheiden sie sich wesentlich dadurch, dass sie nicht blosse Fakta bekunden, aus denen der Richter schliesst, sondern das Urtheil selbst durch ihren Ausspruch feststellen. Darin liegt der Grund, weshalb auch eigentliche Zeugen mit der Partei als Einheit erscheinen und die Partei sammt ihnen schwört.[12]) Das

---

a. n. O. S. 147 ff. 152 ff. 176. u. ö., der interessante Zusammenstellungen aus Stadtrechten bietet, sowie die §. 129. nota * citirten.

[10]) Ssp. III. 88. §. 5. „Svelkes getüges aver en man vor gerichte oder jegen dat gerichte vulkomen sal, it si umme gut oder umme gewere, dat sal sin getuch vore seggen bi deme eide, unde he sal it selve na sveren." Die übrigen Fälle s. bei Homeyer. Vgl. auch §. 129. n. 13.

[11]) Schws. c. 11. „Swer borget oder entlêhent, der sol daz gelten; unde swaz er lobet, daz sol er staete hân. Wil aber er lougenen, des sal man in überziugen als reht ist. Swaz aber vor gerihte geschihet, dâ sol man niht um sweren, niwer bî dem eide sagen; ez engê danne dem manne an den lip oder an sînes lîbes ein teil." — C. 39. sagt vom Strassenraube: „Unde sprichet man si aber an umbe die selben getât, unde enmac man si es niht überkomen vor gerihte mit dem schube oder mit geziugen, so sol man ir eides niht dar umbe nemen. man sol in drî wal für legen: die wazerurteile, oder daz heize îsen ze tragene, oder in einen wallenden kezel ze grîfende unz an den ellenbogen. gerichet er mit der einem, sô ist er ledic." C. 81. „Sprichet ein man dem andern an sîne triwe, unde wil jener bereden daz er ein getriwe man sî, unde mac er in überziugen mit siben mannen daz er sîne triwe gebrochen hât, unde wâ oder wie: man sol im die hant abe slahen. unde ist daz er der geziuge niht enhât, er mac in wol kempfen an bieten, daz selbe mac er tuon umbe einen meinen eit."

[12]) Vgl. n. 10. Es heisst davon selbdritte, selve sevede u. s. w. zeugen, wobei die Partei mitgezählt wird. Die vollständigen Aufzählungen bei Homeyer und Hänel überheben mich der Anführung der einzelnen Stellen. — Für den Inhalt des Zeugnisses sind von Bedeutung Ausdrücke als „of he des getüch hevet dat he it unhelinge gehalden hebbe" in Ssp. III. 89. Landfr. v. 1235 c. 3. hat offenbar den Beweis des Friedensbruchs durch Zeugen. Landfr. K. Rudolphs v. 1281 c. 4. (Leg. II. p. 427.): „Swer den andern entwert. Wir setzen, swa ein man den andern ansprichet: er hab in sines guts entwert mit gewalt an reht; mag der chlager daz bringen mit zwein der nahsten und der besten in der pfarre, daz er in entwert

Erforderniss der Wissenschaft des Zeugen von der Sache hat zur Folge gehabt, dass die Gegenpartei eine Erklärung des Zeugen über die Beschaffenheit, Quelle seines Wissens, verlangen und zu dem Ende der Richter den letzteren befragen kann.[13])

Regelmässig wird die Anzahl von zwei (selbdritte) Zeugen oder sechs

---

hat mit gewalt an reht; den sol man in sin gewer als lang setzen als lange als er im auzen gewesen ist; und sol der schuldige fumf phunt geben dem rihter ze wandel, und sol im den schaden abtun. c. 6. Swer einen edelen man feintlich heimsuchet, wirt er des uberret mit zwein oder mit der (drin?) gewizzen, der sol in der ahte sin." u. a. Richtst. Landr. 8. §. 3. „Alsus du oc umme sinen tuch, oft he ne rede heft. Heft hes aver nicht, so vrage he, wenne he ne tu rechte bringen scole. So vintme tu hant edder over ses weken. Lere oc de tuge, dat se vor gerichte sic nicht tu tuge ne biden, se ne werdens na rechte gevraget, edder man vorlecht se. Disse vrage kumpt sus tu: wen de tuge wedder den dinen tugen willen, so sprik: her richter, ic bidde enes ordels, oft se icht secgen scolen, wat se tugen willen unde war van it en witlik si. Dat scun se in dessen saken vor secgen unde sweren na."

[13]) Vgl. Richt. Landr. 8. §. 8. Dies ergeben die zahlreichen Stellen, welche ein bestimmtes Wissen fordern, z. B. Ssp. I. 25. 3. „Begift sik aver en man, de to sinen jaren komen is, he hevet sik van lantrechte unde van lenrechte geleget, unde sine len sint von ime ledich, wende he den herschilt up gegeven hevet; deste man disses dinges getüch hebbe an den monicken, dar he begeven was oder an seven mannen siner genoten, de ine in dem levende hebbet gesien; al vare he ut binnen enem jare, alse grawer monecke recht stat." I. 33. „Nu vernemet umme en wif die kint dreget na irs mannes dode, unde sik barehaft bewiset to der bigraft oder to me drittegesten: wirt dat kint levendich geborn, unde hevet de vrowe des getüch an vier mannen de't gehort hebbet, unde an tven wiven de ire hulpen to irme arbeite, dat kint behalt des vader erve; unde stirft it dar na, it erft up de muder, of sie ime evenbürdich is, unde brict al gedinge an des vader lene, wend'it levede na des vader dode, so werdit de len den herren ledich, of it kint bewist wirt unde gesen also grot, dat it lifhaftich mochte wesen. Wirt it aver to der kerken gebracht openbare, sve it siüt unde hort, de mut sines lives wol getüch wesen." I. 54. 3. „Tins mut de herre, oder sin bode de dat lant bestadet, bat behalden, den is de man besaken moge, unde tegeden dat selve an deme gude, dar die man uppe sit. Seget de man aver dat he vergulden hebbe, dat mut he vulbringen selve dridde, de dat sagen unde horden dat he vergulden hebbe, of man's ime besaken welle." Vgl. Schwsp. c. 69. W. „Nu hoeret, wie er den zins vordern sol. er oder sîn bote sol in vordern ze sînem hûse, unde sol die naehsten gebûren dar zuo nemen, ob si dâ sint; unde sint si dâ niht, sô neme ander biderve liute; ob man im lougen, daz er erziuge daz er in gevordert habe als reht ist. daz sol er selbe dritte tuon. unde ist sîn hûs ze verre, sô sol er in suochen ûf dem guote dâ man im den zins von geben sol. unde swederhalb er in vordert mit geziugen, sô hât er reht. Mac aber jener, der die gewer hât, erziugen selbe dritte daz er sînen zins gegeben hât als er ze rehte solde, sô hât er sîn guot gehabet unde jene geziuge verleit. daz ist dâ von, daz er die gewer hât."

(selbsiebente) Zeugen gefordert, ohne dass jedoch im letztern Falle eine andere Ursache sichtbar ist, als das Verstärken der Parteibehauptung in einem vorzugsweisen Maasse dort, wo die ganze rechtliche Stellung in Frage kommt.[14]) Aus dem geführten Zeugnisse entsteht nur der Partei, welche die Zeugen stellte, ein Recht. Deshalb ist ihr auch gestattet, eine grössere als die nöthige Zahl zu stellen.[15]) Deren Aussage giebt dem Gegner noch kein Recht; ihm steht nur die Befugniss zu, die Fähigkeit der Zeugen oder ihr Urtheil anzugreifen.[16])

Rücksichtlich der Eigenschaften haben die Rechte theils wegen des ständigen Charakters des Zeugnisses gewisse natürliche Bedingungen vorgeschrieben,[17]) theils wegen des besondern Grundes der Wissenschaft und des Ver-

---

[14]) Die Zusammenstellung für das sächs. Recht bei Homeyer Sachsp. I. S. 403 f. Richtst. S. 474., Planck a. a. O. S. 223 f.

[15]) Ssp. II. 22. §. 4. „Svar man mit seven mannen getügen sal, dar mut man wol enen unde tvintich man umme den getüch vragen.“ Dasselbe Sächs. Lehnr. art. 13. §. 1. Auf der andern Seite sagt Lehnr. art. 24. §. 7. „To dem utgelegeden dage dar sal die man kiesen sevene, die man vrage umme sinen tüch, under alle den die de herre bringen sal, unde ok he selve. Vulkumt die man mit tven under den allen, he behalt; ne dut he's nicht, he verlüst. He verlüst ok of he to' me lenrechte nicht ne kumt. Die man behalt ok dat gut sunder getüch, of die herre to'me lenrechte nicht ne kumt. Doch mach ir jewederem echt not untscüldegen: vangnisse süke unde des rikes dienst, unde des landes not of it en ander land anvechtet, unde he dar to geladen wert mit geruchte.“

[16]) Vgl. nota 13. die Stelle des Schwbsp. c. 69. Dazu c. 240. W., das den Grundsatz aufstellt: „Swer die gewer hât an dem menschen, der hât bezer reht wan der der gewer darbet.“ Ssp. III. 28. §. 1. „Svenne man unecht seget von bort oder von ammechte, dat mut up ine getügen die't dar seget selve sevede mit vulkomenen lüden.an irme rechte. Doch mut en man sin echt unde sin recht bat behalden mit getüge, dan man ine mit getüge dar af wisen moge.“

[17]) Schws. c. 14. W. „Wer niht geziuc mac sin. Wir sullen iuch wîsen wer niht geziuc mac sîn. Diu kint diu niht ze ir tagen komen sint, ze vierzehen jâren; wîp wan um etlich sache, als wir ernâch wol sagen; unde buoben, unde die tump sint, daz in ir friunde ir guot an gewunnen hânt vor gerihte, die ir pflegende sint, unde si daz mit ir tumpheit dar zuo brâht hânt; unde die unsinnic sint, unde die blint sint, unde die tôren sint; die niht gehoerent, unde die stummen sint; unde verbannen liute, unde verachtet liute, unde kezer, unde meineide liute: die der dinge vor gerihte überziuget sint, die enmugen alle niht geziuge sin.“ Die sächs. Quellen gibt an Hänel S. 46. Warhafte lüde in Ssp. III. 32. 4. deshalb ausgeschlossen: Ssp. III. 37. §. 2. „Sve sik vor gerichtes to getüge bud, er he's von gerichtes halven gevraget werde na rechte, he si von deme tüge verleget.“ Vgl. Richtst. Landr. c. 8. §. 3. Deshalb schliessen viele Rechte erkaufte, im Dienste der Partei stehende, verwandte (s. jedoch Ssp. III. 32. §§. 4. 5. 9. Schws. c. 240. W. u. a.), alle die rechtlosen, bescholtenen aus. Schws. c. 39. 44. W.

hältnisses zur Partei positive Merkmale gefordert,[18]) als: Genossenschaft, echter Grundbesitz, Ebenbürtigkeit.

Wer zum Zeugniss aufgefordert wird, muss dasselbe leisten oder sein Nichtwissen beschwören, widrigenfalls er der Partei haftet.[19]) Das falsche Zeugniss zog die Strafen des Meineids nach sich.

Je grösser die Thätigkeit des Richters im Prozesse wurde, desto mehr hörte auch der innige Verband der Zeugen mit der Partei auf. Während sich allerdings im sächsischen Rechte dieser noch geraume Zeit erhält, tritt die richterliche Thätigkeit im süddeutschen[20]) schon im 13. Jahrhundert schärfer hervor. Dies beförderte die durch die Landfriedensgesetze und die geistlichen Gerichte mehr und mehr aufkommende öffentliche Anklage bei Verbrechen, welche sich in den Vehmgerichten bereits völlig ausgebildet zeigt. Man neigte sich allmälig dahin, den Beweis der Parteien nicht als die Erbringung ihres Urtheils anzusehen, sondern als den Beweis von Thatsachen, aus denen das Gericht seine Schlüsse zieht. Damit erschien das Zeugniss von selbst als ein für den Richter erbrachtes objectives Beweismittel.[21])

---

[18]) So Nachbarschaft, Standesgenossen, echte Geburt, bei Schöffenbaren diese Qualität u. dgl. Ssp. I. 6. 2. II. 43. 1. „Sve en gut eme seget to lene, unde en ander seget it si sin egen; spreket se't mit geliker were an, jene mut it bat to egene behalden mit tvier scepenen getüge, denne die andere to lene.“ II. 44. 3. „Sve so an sime lene, oder an lifgedinge siner muder oder nichtelen ime egen seget, he mut die egenlike gewere mit ses scepenbaren vrien mannen getugen, oder ime wirt dar burst an.“ Schws. c. 54. W. „Ist daz kint sempervrîe, man sol ez mit sînen genôzen überziugen. über swen man anders geziuge leiten sol, die mac man überziugen mit allen liuten die ir reht niht verloren hânt; âne die mit den mezen geltent: die enmugen an den dingen niht geziugen; unde die eigen sint. wir nemen ûz die sempervrîen unde die mittern vrîen. die enmac nieman überziugen dâ ez in an iren lîp oder an ir êre get oder an ir eigen, wan mit ir genôzen. anderre dinge überziuget man si wol mit unversprochen liuten. Swie frî si sint, man überziuget si des roubes unde der diupheit mit allen liuten die ir reht niht verloren hânt, unde der manslähte.“ Deshalb im Lehnsgerichte nur als Regel Mannen: Homeyer System des Lehnrechts S. 599 ff.

[19]) Vgl. Keyserrecht I. c. 18.

[20]) Schws. c. 294. W. „Wie man geziuge nemen sol. Der saelige unde der heilige keiser Karel lêret uns hie unde gebiutet uns wie man geziuge nemen sol. Swer einen geziuc leiten wil, den sol der rihter besundern nemen, unde sol in vrâgen waz er dar umbe wize. alsô sol er den geziugen allen tuon. ir einer sol es den andern niht lâzen hoeren waz er seit, wan vor gerihte unde vor den liuten allen. unde sagent si gelîche, sô hânt si jenem geholfen, der si an gedinget hât. unde sagent se unglîche. sô habent si im niht geholfen.“

[21]) Sächs. Distinctionen IV. c. 47. d. 16. „Welch man sinen geczugen stellet vor gericht, von rechte sal der czug swern den eyd: wy swern, daz wir dy worheyd wul-

§. 131.

8. Die gerichtliche Wahrnehmung. Das Gerichtszeugniss.

I. Der nachgewiesene Brauch, in den Gerichten Rechtsgeschäfte aller Art vorzunehmen, welcher sich selbst bis auf die heutige Zeit erhalten hat, sicherte diesen Akten gleich allen übrigen im Gerichte vorgekommenen Handlungen: Ladungen, Anerkenntnissen, Urtheilen u. s. w. den unbedingten Beweis durch das Zeugniss von Richter und Schöffen.[1])

II. Im Rechte des Mittelalters nimmt das Zeugniss des Gerichts eine wichtige Stelle ein. Es kommt dasselbe in doppelter Art vor, zunächst als Zeugniss des Gerichts über eine Thatsache, welche die Partei durch selbiges feststellen will: Besitz, Zustand eines Baues, Grenzen, Beschaffenheit eines Verwundeten u. dgl., somit auf Grund des vom Gerichte genommenen Augenscheines. Diese leibliche Beweisung[2]) schloss jedes andere Beweismittel aus;[3]) ihre Vornahme heisst in den ältern Quellen vorzugsweise beweisen. Sie fand auf Antrag der Partei in der Art statt, dass entweder das Gericht an den Ort hinging oder die ins Gericht gebrachte Sache oder Person ansah. Diese scheinbare That bildete für das Urtheil die unmittelbare Grundlage. Neben ihr steht das eigentliche Gerichtszeugniss über einen im ordentlich besetzten Gerichte vorgenommenen freiwilligen Rechtsakt oder irgendwelche gerichtliche, processuale Handlung. Ein solches Zeugniss kann also über eine im Gerichte vorgenommene fremde oder des Gerichts eigne That oder auch über einen von diesem besichtigten Zustand vorkommen. Gegeben wird es stets vom

---

len swern (al. geczwgen), dy wir wissen umbe dy sache, al uns god helffe unde alle heyligen. Wan der eyd geschen ist, so sal eyn iczlich sagen uff den eyd, waz om wissentlich ist. Ged der czuge obereyn, weme der czu hulffe kempt, daz werden dy schepphen zcuirkennen. Czweygen sich dy geczugen an orme bekenntniss. daz eyme onders wissen ist wen deme andern, so en ist man an deme geczuckenisz nicht bestanden" — Eine bis ins Kleinste ausgebildete Theorie hat das Brünner Schöffenbuch im Capitulum de testibus bei Rössler S. 307—325. Ausgebildet und theilweise eigenthümlich ist der Zeugenbeweis nach flandrischem Rechte. Siehe Warnkönig Flandr. Rechtsgesch. III. S. 289 ff.

[1]) Vgl. Rogge S. 106 ff. Belege sind im Verlaufe der Darstellung vorgekommen.

[2]) Vgl. die Darstellung von Homeyer Richtst. S. 443. 478. u. Sachsensp. Landr. Register S. 294. (Beweis).

[3]) Ssp. I. 18. 1. „Is it aver andere gut, dat man bewisen mach, dar ne mogen se nicht vore sveren." I. 15. 2. „Svat man aver under ime bewisen mach, dar vore mut he antwerden ane unscult." I. 22. 4. Schwsp. c. 25. b. L. Weitere Zeugnisse bei Hänel S. 69 ff.

Gerichte als einer Behörde, welche der Richter repräsentirt. Es sind also nicht die Gerichtspersonen, welche nur das von ihnen selbst Vorgenommene bekunden, sondern die mit unbedingtem amtlichen Glauben versehenen Richter und Schöffen, welche die durch das Gericht vorgenommene oder wahrgenommene Handlung oder ein darauf beruhendes Urtheil aussprechen. Aus diesem Grunde muss der Richter auch dann zeugen, wenn er den Akt nicht in eigner Person wahrgenommen. Das Zeugniss steht gegen jeden Angriff fest, es werde denn als falsch nachgewiesen.[4])

Je mehr es Sitte wurde, über die im Gerichte vorgekommenen wie die Akte des Gerichts selbst Urkunden aufzunehmen, desto mehr ersetzte eine solche authentische Urkunde das Zeugniss, welches sich nur für den Fall als nöthig erwies, dass die Urkunde nicht im Original vorlag. Die schriftliche

---

[4]) Die Fälle siehe bei Homeyer Sachsp. I. Reg. S. 403. Richtst. S. 476 fg. Vgl. Planck, Hänel u. s. w. Ssp. I. 7. „Sve icht borget oder lovet, die sal't gelden, unde svat he dut, dat sal he stede halden. Wil he is aver versaken dar na, he untvort it ime mit sinem ede, svat he vor gerichte nit gelent ne hevet. Svat he aver vor gerichte dut, des vertüget en de sakeweldige mit tven mannen, unde de richter sal de dridde sin.“ I. 8. §. 1. „Svar man aver egen gift oder sat, oder enem manne tügen wil an sin recht, oder an sin lif, oder an sin gesunt, dat de man vor gerichte verlovet hebbe, oder ime verdelt si; des mut die richter selve sevede sogedaner lüde de eme ordel vinden getüch sin.“ II. 22. §. 1. „Svat en man jegen den richtere getügen sal, dar to ne bedarf he des richteres getüges nicht, dar ime de scüldegunge nicht hoger wen an sin gewedde ne gat; dat getücht he selve dridde der dingplichten, die dar ordel vindet. Is aver die scult hogere, so mut he den scultheiten oder den vronen boden to getüge hebben in richteres stat over den richtere. — §. 2. Svar en man sines getüges vulkumt mit deme scultheiten, oder mit deme vronen boden, unde mit den scepenen, dar sal die richtere ok getüch sin von der warheit irs getüges, den he gehort hevet, al ne wiste he's er nicht. Weigeret die richtere getüch to wesene wider recht, jene is doch vulkomen an sime getüge.“ III. 25. 1. III. 82. §. 1. „Svie sin recht vor gerichte verlüset in ener stat, die het it over al verlorn, of man's an'me gerichte getüch hevet. Des gerichtes tüch n'is aver neman plichtich to bringene in en ander gerichte; mer jene richtere, vor deme he rechtlos geseget wert, de sal tvene sine boden senden vor den richtere, dar he sin recht verloren hevet, dat sie horen, of man's ine vertügen moge; unde des solen sie denne getüch sin.“ III. 88. §. 1. 2. 5. „Svat en man mit deme gerichte tügen sal, des sal die richtere bi des koninges hulden sik verplegen, dar na die scepenen also al andere dingplichten bi irme eide. — Svenne man aver enen vervesten man ane hanthafte dat gevangen vor gerichte bringet, unde der sattunge over ine bedet, unde he der vestinge besact; die vestunge sal man tügen er der sattunge mit deme richtere unde mit den dingplichten. Selve ne darf die klegere nicht getüch sin, svar he mit deme gerichte tüges vulkumt.“ §. 5. — Vgl. dazu Schwabsp. c. 11. 12. 137. W. (letzteres ganz anders und dem Ssp. ähnlicher in c. 157. L. Siehe auch die Varianten bei Wack.) 162. 234. W. Vgl. Prager Statutarrecht a. 24. (Rössler S. 16.), Brünner (Rössler S. 187. 189.).

Auskunft in amtlicher Form trat im spätern Mittelalter nebst der Mittheilung der Originalakten oder beglaubigter Abschriften an die Stelle des mündlich im Gerichte abgegebenen Zeugnisses.

§. 132.

4. Urkunden.

I. Schon in der fränkischen Zeit wurde den über die Vornahme von Rechtsgeschäften und anderen rechtlichen Akten aufgenommenen Urkunden insolange unbedingter Glauben und deshalb beweisende Kraft beigelegt, als nicht die Fälschung erbracht war.[1]) Dies hatte seinen innern Grund in der

[1]) Die Hauptstellen sind: L. Ribuar. T. LVIII. (der die Freilassung per tabulas beschreibt) c. 5. „Quod si quis tabulas Episcoporum manibus seu Clericorum roboratas inrumpere voluerit, tunc Archidiaconus cum testibus qui tabulas roboraverunt, ante Episcopum vel Regem accedat, ut testes, quod sciunt, dicant. Quod si ille, qui causam prosequitur, adquiescere noluerit, tunc tabulae in praesentia iudicis perforentur, et Archidiaconus in praesente sacramento fidem faciat, et sibi septimus super noctes septem coniuret cum ipsis testibus, qui tabulas conscripserunt, quod ipse tabularius secundum legem Romanam legitime fuisset ingenuus relaxatus. Et tunc ille qui causam prosequitur in praesente constringatur, ut se ante iudicem repraesentet, et ad partem Ecclesiae centum solidis culpabilis iudicetur, et unicuique de testibus quindecim solidis culpabilis iudicetur, et Archidiacono quadraginta quinque solidis culpabilis iudicetur, et nihilominus tabulae stabiles permaneant." LIX. (de venditionibus) c. 1. „Si quis alteri aliquid vendiderit et emtor testamentum venditionis accipere voluerit, in mallo hoc facere debet, et pretium in praesente tradat, et rem accipiat, et testamentum publice conscribatur. Quod si parva res fuerit, septem testibus firmetur: si autem magna, duodecim roboretur. 2. Et si quis in posterum hoc refragari vel falsare voluerit, a testibus convincatur, aut Cancellarius cum sacramenti interpositione cum simili numero, quorum roboratum est, idoneum confirmet. 3. Quod si charta in iudicio perforata idonea fuerit, tunc ille, qui causam prosequitur, dupla repetitione culpabilis iudicetur, et unicuique de testibus quindecim solidis culpabilis iudicetur, et ipsum testamentum inviolatum perseveret. Si autem testamentum falsatum fuerit, tunc ille, qui causam persequitur, rem quam repetit cum sexaginta solidis recipiat, et insuper Cancellario pollex dexter auferatur, aut eum cum quinquaginta solidis redimat, et unusquisque de testibus quindecim solidis multetur." LX. 1. L. Alam. Hloth. I. „1. Ut si quis liber res suas vel semetipsum ad ecclesiam tradere voluerit, nullus habeat licentiam cantradicere ei, non dux non comes nec ulla persona, sed spontanea voluntate liceat christiano homine Deo servire et de proprias res suas semetipsum redemere. Et qui voluerit hoc facere, per cartam de rebus suis ad ecclesiam, ubi dare voluerit, firmitatem faciat, et testes sex vel septem adhibeat, et nomina eorum ipsa carta contineat, et coram sacerdote qui ad ecclesiam deservit, super altare ponat, et proprietas de ipsas res ad illam ecclesiam in perpetuo permaneat. 2. Et si aliqua persona, aut ipse qui dedit vel aliquis de heredibus eius, post haec de ipsas res de illa ecclesia abstrahere voluerit, vel aliquis homo qualiscumque persona hoc praesumpserit facere,

angegebenen Art der Aufnahme, wodurch die Urkunde gleichsam den Akt selbst bildete. Zu dieser Sitte kam aber auch die andere, Urkunden für bereits vergangene Akte nachträglich aufzunehmen oder in Urkunden über frühere Vorgänge u. s. w. ein Zeugniss niederzulegen.[2])

Neben der Unterschrift der handelnden Personen und des Schreibers kommt schon in der ältesten Zeit auch die Beidrückung von Siegeln vor, wofür im Mittelalter meistens das Anhängen der in Wachs ausgeprägten Siegel an Fäden, Schnüren in Kapseln (bullae) oder auch ohne solche in Anwendung kam.

II. Im Rechte des Mittelalters erscheinen die Briefe als vollgültige Beweismittel, wenn sie über im Gerichte vorgekommene Akte von diesem ausgestellt oder von öffentlichen Personen mit ihren Siegeln bez. Unterschriften versehen sind.[3]) Seitdem das Institut des Notariats eine grössere Verbreitung

---

effectum quod inchoavit non obtineat, et multa illa qui carta contenit persolvat, et res illas ex integro reddat et fredo in puplico solvat sicut lex habet. II. 1. (§. 54. n. 2.). 2. Et si contigerit, ut post mortem his, qui dedit illas res, filius relinquit, forsitan ipse filius vult dicere, quod hereditas paterna sua sibi sit legitima ad possidendum, et pater eius non dedisset nec firmitatem fecisset, non liceat ei iurare: sed ipsa carta, quod pater eius fecit, praesens veniat, et illi testes, qui manus eorum in ipsa carta miserunt, una cum presbitero ecclesiae sicut lex habet ita testificentur, ut illi ad praesens fuissent, quod pater eius illas res ad ecclesiam dedisset (et cartam fecisset), et illos vocasset: hoc per sacramentum dicant quod nos veri testes sumus. Post haec pastor ecclesiae res suas possideat, et praesumptor, quod contradixit, illa multa quod carta continet, ad ecclesiam persolvat. 3. Si autem illa carta arserit aut perdita fuerit, quod ille homo fecit, tunc licet illum heredem cum illos testes nominatos quinque, ipse sit sextus, in ipsam ecclesiam iuret, quod pater eius nec cartam fecisset, nec ad illa loca sancta dedisset. Et si hoc praesumit facere, illas res possedeat.“ XLIII. „Scriptura non valeat, nisi in qua annos et dies evidenter ostenditur. Vgl. L. Sal. Extrav. III. u. IV. bei Merkel p. 100.

[2]) In der Urk. v. 952 bei Seibertz n. 8. bekundet K. Otto die Schenkungen an ein Kloster. Eine andere das. n. 22. zw. 1009 u. 1035, n. 37. von 1104. Die meisten Urkunden, die auf uns gekommen sind, enthalten Beurkundungen von Rechtsgeschäften.

[3]) Der Sachsp. erwähnt nur den Lehensbrief II. 42. §. 3. den Königsbrief, womit die Acht über Jemand behoben wird III. 34. §. 1. und den Königsbrief, womit zum Reichsdienste u. s. w. aufgeboten wird, III. 64. §. 1. Dabei bleibt auch der Richtsteig Landrechts stehen. Andre sächsische Rechte gehen aber weiter. Die Stellen aus den Goslar'schen Statuten, Magdeb. Fragen u. Distinctionen bei Hänel S. 73 ff. — Blume des Ssp. (Homeyer Richtst. Landr. S. 366.): „Der vorspreche: Ich dinge ym auch eyner sachen beweysunge briflich und muntlich czuwidirsprechen.“ Sehr ausführlich ist der Schwabensp. c. 34. W. „Wir sprechen daz brieve bezer sint danne geziuge. Wan geziuge die sterbent: so belibent die brieve immer staete (diz heizent hantfeste), unde hilfet ein tôter geziuge als wol dir als ein lebendiger. Swer ouch von leihen lîpgedinge gewinne, der neme die selben staetigkeit. unde hât der leie niht insigels, unde sizet er in einer stat, man sol im der stat insigel

fand, wurde den Urkunden, welche Notarien auch ausserhalb des Gerichtes in beglaubigter Form aufnahmen und ausstellten, gleichfalls voller Glauben beigemessen. Blosse Privaturkunden konnte man aber einfach bestreiten, ohne gehalten zu sein, deren Fälschung darzuthun. Alsdann kamen für den Beweis ganz die gewöhnlichen Regeln in Betracht.[4])

§. 133.

5. Das Gottesurtheil.[1])

I. Bald als direktes Mittel zur Bekräftigung der Behauptung, bald im Falle der Beweis durch die übrigen Mittel nicht gelingt, oder Eide u. s. w. sich widersprechen oder endlich, wo dies im Rechte zugelassen war, der Gegner den geführten Beweis angreift, wandte man an die Berufung auf die Gottheit, von der man annahm, sie werde durch unmittelbares Eingreifen demjenigen den Sieg verschaffen, welcher im Rechte sich befinde. Diese Anschauung führte dazu, sowohl den wirklichen Streit, Zweikampf, Duell, anzuwenden in der Meinung, das Bewusstsein des Rechts werde nothwendig selbst dem an physischer Kraft oder Geschicklichkeit nachstehenden Kämpfer mit Hülfe der Gottheit den Sieg verleihen über seinen Gegner, welchen das Gefühl des Unrechts und die Rache der Gottheit schwächen müssten, — als auch die Versuche zu machen, gegen die Kräfte der leblosen Natur so kämpfen zu lassen, dass der Sieg scheinbar nur in einem direkten Helfen der

---

geben, ob si einez hât. hât si es aber niht, sô neme er des rihters insigel. unde hat er niht insigels, sô neme er der stete herren insigel. unde ist ez ûf dem lande, sô neme er des lantrichters insigel." c. 140. W. beschreibt genau die Siegel, welche Kraft haben und die Form der Urkunden. c. 270. W. über Vergabungen an Gotteshäuser, entspricht den Bestimmungen der Lex Alam., davon noch c. 336. W., c. 339. W. über Hantvesten für Geschäfte des Mannes mit Frau und Kindern, c. 419. W. über die Merkmale falscher Hantvesten, 306. W. über die Strafe der Urkundenfälschung.

[4]) In den Städten wurden solche Urkunden vom Stadtschreiber aufgenommen und mit dem Insiegel der Stadt bekräftigt nebst den Unterschriften von Consules, Jurati u. s. w. Wiederholt so im Brünner, Prager, Iglauer Recht. Vgl. einzelne Stellen im §. 136. — Das flandrische Recht (Warnkönig III. S. 294 f.) erwähnt nur eine Urkunde, ein zwischen zwei Grundbesitzern, von denen einer gestorben ist, gemachtes Chirographum, das beweist, wenn das im Nachlasse gefundene Exemplar zu dem des andern passt; ohne Zweifel hat es aber, wie Warnkönig zeigt, für unnöthig gehalten, über die Kraft öffentlicher Urkunden Bestimmungen zu treffen.

[1]) Die Art und Weise, wie die Kirche sich dem germanischen Beweissystem anschloss und dasselbe umzubilden trachtete, entwickelt K. Hildenbrand die Purgatio canonica und vulgaris. München 1841.

Gottheit liegen konnte. Zu diesen beiden Arten des heidnischen Gottesurtheils gesellte die christliche Zeit andere, denen dieselbe Idee nur insofern geläutert zu Grunde liegt, als nicht mehr der Kampf gegen physische oder Naturkräfte das Entscheidende ist, sondern die Vornahme von Akten, welche für das schuldbewusste Gewissen einen solchen Frevel enthalten, dass es schien, als müsse die furchtbare Strafe, die Furcht vor der Gerechtigkeit Gottes, die sich leicht im Momente des Frevels offenbaren könne, sicherlich aber nicht ausbleibe, abhalten, somit den Frevelnden im Momente der Handlung die Kraft verlassen.

II. Den gerichtlichen Zweikampf[2]) (judicium pugnae, jud. duelli, pugna duorum, einwîc, chamfwîc) kennen die Volksrechte[3]) für bürgerliche, wie

[2]) Ausser den Genannten Grimm R.A. S. 927 ff. Siegel S. 202 ff., der S. 123 ff. die „kampfbedürftigen" Klagen aufzählt.

[3]) In der Lex Sal. kommt er nicht vor, wohl in Chilperici cap. pacto leg. sal. addita c. 15. (Leg. II. p. 13.): „Si quis alterum inculpaverit periurasse et ei potuerit adprobare, 15 solidos conponat qui periurat; si tamen non potuerit adprobare, cui crimen dixerit solidos 15 solvat, et postea si ausus fuerit pugnet." Die Lex Rip. hat folgende Stellen: XXXII. 4. um die strudes (Vollstreckung) abzuwenden; LVII. 2. 3. (zur Vertheidigung der Freiheit gegen Behauptetes „inlicito ordine ingenuum dimittere"), LIX. 4. „Quod si ille, qui causam sequitur, manum Cancellarii de altari traxerit, aut ante ostium basilicae manum posuerit, tunc ambo constringantur, ut se super quatuordecim noctes seu super quadraginta ante Regem repraesentare studeant pugnaturi." (vgl. dazu die §§. 1—3. im §. 132. n. 1.). LXVII. 5, (§. 129. n. 9.). L. Alam. Pactus II. frag. 34.: „Si quis alterius ingenuam de crimina seu stria aut herbaria sisit et eam priserit et ipsam inclinata miserit, et ipsam cum 12 medicus electus aut cum spata tracta quilibet de parentes adunaverit: 800 solidos componat." Hloth. XLIV. 1.: „Si quis liber liberum crimen aliquod, quod mortale, inposuerit et ad regem aut ad ducem eum accusaverit, et exinde probata res non est nisi quod ipse dicit: liceat illum alium, cui crimen inposuit, cum tracta spada exoniare se contra illum alium." Exoniare von sunnis = legalis excusatio. S. Merkel in nota 89. zur Stelle. LVI. 1. „Si autem proximis mariti defuncti contradicere ipsam dotem ad illam mulierem voluerit quod lex non est, illa sequat cum sacramento cum nominatos quinque aut cum spata tracta pugna duorum: si potest adquirere aut per sacramentum aut per pugnam illam pecuniam, post mortem mulieris retro numquam revertat, sed ille sequens maritus aut filii eius usque in sempiternum possedeant." LXXXVII. „Si quis contentio orta fuerit inter duas genealogias de termino terrae eorum, unus hic est noster: ibidem praesente sit homo de plebe illa, ponat signum ubi isti voluerint terminos et gerint ipsa contentionem. Postquam girata fuerit, veniant in medium et de praesente comite tollant de ipsa terra, quod Alamanni surfo dicunt, et rama de ipsis arboribus infigant in ipsa terra, quod tollat, et illa genealogia, qui contendunt, levent illa terra praesente comite et comendent in sua manu: ille involvat fanonem et ponat sigillum, comendit ad fidele manu usque ad studio. Tunc spondeant inter se pugna duorum. Quando parati sunt ad pugnam, ipsa terra

peinliche Streitigkeiten in mehrfacher Richtung. Zunächst um den Beweis des Behauptenden zu entkräften, wenn letzterer zum Beweise bereit ist. In diesem Falle gestatten die Gesetze ihn regelmässig[4]) dann, wenn jener Beweis zu erbringen ist mit einem Zwölfereide. Weiter zur Behauptung eines Zustandes, welchen der Kläger angegriffen hat, sofern es sich handelt um Freiheit, Eigenthum und Besitz. Drittens wird er gegeben, um die Wirkung eines bereits im Gerichte geführten Beweises oder eines Urtheiles aufzuheben. Es ist also wesentlich der Beklagte, welchem das Recht auf dies judicium dei zusteht, damit er trotz der gegen ihn sprechenden Gründe seine Unschuld oder sein besseres Recht durch die ihm Kraft verleihende Gottheit darthun könne.

---

in medio veniat et tangant ipsa cum spatas suas qui pugnare debunt, et testificent Deum creatorem, et cui sit iustitia illi donet victoria, et pugnent. Quales de ipsis vincerit, ille possideat illa rem, unde inter eos contentio fuit, et illi alii, qui presumpserunt proprietate contradicere, conponant 12 solidos.“ L. Alam. lib. II. XCII. 4. zur Abwehr einer imputirten Verwundung. XCVII. „Si quis aliquem post finiendam causam emendatam mallare voluerit post testes tractos et emendacionem datam si quis hoc praesumpserit temptare et iste non potest per sacramenta vel per testes defensare vel per pugna duorum se defendat, post hoc ille testatur cum 40 solidis conponat.“ L. Bajuv. T. II. c. 1. §. 2. (Anklage wegen Nachstellung gegen den dux, wenn sich die Zeugen widersprechen) VIII. 2. 6. („duo campiones pugnent“ oder Schwur mit 6 Eidh., wenn ein Diebstahl an Rindvieh behauptet wird) c. 3. (gleichfalls Schwur mit 12 Eidhelfern oder duo campiones bei Anschuldigung eines Diebstahls von 12 sol. oder mehr oder eines Pferdes oder mancipium dieses Werthes, IX. 4. 4. („cum campione se defendat aut cum 12 sacramentalibus juret“ bei beschuldigter Brandlegung, wenn das Feuer gelöscht ist), XI. 5. (wenn beide Parteien verschiedene Grenzen behaupten, ohne campiones), XII. 8. (Eid mit 12 Eidh. „aut cum campione cincto defendat se, hoc est, pugna duorum“ gegen die Beschuldigung, eine fremde Erndte genommen zu haben), 9. 2. (Eid mit 12 „aut cum campionibus suam quaerat justitiam“ gegen die Anschuldigung, einem fremden Knecht zur Flucht geholfen zu haben), XVI. (um Zeugen zu widerlegen), XVII. 1. 2. (Eid mit 12 oder Kampf zur Vertheidung des Erwerbers gegen die Eviction). L. Frisionum T. XI. 3. (um die Knechtschaft eines als frei lebenden zu erweisen), XIV. 5. 7. (auch campiones mercede conducti zum Beweis der Behauptung des wegen Mordes Beschuldigten, dass ein anderer diesen vollbracht). L. Anglior. et Werinor. L. Thuring. I. 2. (Eidschw. mit 11 oder Kampf zur Reinigung vom Morde eines Adeligen oder Freien). II. De furto 5. „Homo in furto occisus non solvatur. sed si proximus ejus dixerit innocentem occisum, campo eum comprobet innocentem, vel 12 hominum sacramento furem credi juste occisum.“ 8. „Qui liberum ligaverit, 10 solidos conponat. qui adalingum, 30 solidos. si negat, cum 11 juret aut campo decernat.“ III. 1. (wie in L. Bajuv. IX. 4. 4.) Die L. Saxonum kennt den Zweikampf nicht, von den andern Volksrechten ist er der Lex Visigothorum unbekannt. Ueber die Entstehung des Kampfurtheils geben die von Grimm mitgetheilten Stellen Aufschluss.

[4]) Die Ausnahmen ergeben sich aus den Stellen der nota 3. von selbst.

Das Recht zu kämpfen war wohl anfänglich abhängig von dem Waffenrechte;[5]) bereits die Volksrechte[6]) gestatten jedoch die Annahme von Kämpfern, *Campiones*, welche man aus den Unfreien nahm. Für eine Person, welche sich nicht selbst vertreten konnte, kämpfte ihr Vertreter (Vormund, Advokatus, Gemahl u. s. w.)[7]) Als Waffe bediente man sich des Schwertes. Der Kampfplatz war bald das Gericht, bald ein besonderer Ort, an dem zu dem unter Hingabe von Pfändern anberaumten Tage die Kämpfer unter Aufsicht des Richters oder dazu bestimmter Personen nach den im Herkommen bestimmten Regeln den Streit ausfochten.

In den karolingischen Gesetzen wurde der Zweikampf nicht nur beibehalten sondern in gewisser Beziehung noch erweitert und genauer geregelt.[8])

---

[5]) Vgl. Oben §§. 12. I. 55. u. ö.

[6]) Siehe die Stellen in n. 3.

[7]) Vgl. jedoch L. Bajuv. III. 13. 3. „Si autem pugnare voluerit (nemlich *femina*) per audaciam cordis sui, sicut vir, non erit duplex compositio ejus, sed sicut fratres ejus, ita et ipsa recipiat."

[8]) Cap. *Langob.* 779 c. 11. (Leg. I. p. 38.), das „contendere in campo cum fustibus vorschreibt, „ubi palam apparet, quod aut ille, qui crimen injecerit, aut ille qui se defendere vult, perjurare se debeant." *Ticin.* 801 c. 9. (oben §. 130. n. 6.). Cap. de latronibus 804 c. 3. (ib. p. 129.) ähnlich der L. Alam. Hloth. XLIV. 1. Cap. de exercitalibus 811 c. 5. (p. 170.) „Si aliquis *Saxo* hominem conprehenderit absque furto aut absque sua propria aliqua re, dicens quod illi habeat damnum factum, et contendere voluerit, in iudicio aut in campo aut ad crucem licentiam habeat. Si vero hoc noluerit, cum suis iuratoribus ipse liber homo se idoniare faciat. Et si servum cuiuslibet absque aliqua conprobatione conprehenderit, ipse servus aut ad aquam ferventem aut ad aliud iudicium se idoniare faciat." Langob. 813 c. 12. (p. 193.): „Si quis pro alterius debito se pecuniam suam promiserit redditurum, in ipsa promissione est retinendus. De illis hominibus vel sacerdotibus aut quibuslibet per regnum nostrum, qui propter premia aut parentelam, de nostra iustitia inquirentibus aut emendantibus iustitiam, veritatem obfuscare volunt missis vel fidelibus nostris, et se in periuria mittunt, iubemus atque praecipimus, ut si suspectio fuerit quod homo periurasset, ut postea sive campo vel cruce iudicetur, ut ipsa veritas vel periurium fiat declaratum; et si Dei fuerit voluntas, quod in ipso iuditio veritas aut periurium declaretur, tunc volumus atque iubemus, ut si sacerdos vel clericus fuerit, dupliciter bannum nostrum persolvat, sicut supra decrevimus, et postea secundum canones iudicetur, si autem laicus fuerit, widrigild suum ad partem nostram persolvat." Cap. 816 c. 1. Cap. 817 leg. add. c. 10. (gleich dem von 801 c. 9.) cap. 15. (p. 213.): „Si liber homo de furto accusatus fuerit, et res proprias habuerit, in mallo ad praesentiam comitis se adhramiat. Et si res non habet, fideiussores donet qui eum adhramire et in placitum adduci faciant. Et liceat ei prima vice per sacramentum se secundum legem idoneare, si potuerit. At si alia vice duo vel tres eum de furto accusaverint, liceat ei contra unum ex his cum scuto et fuste in campo contendere. Quod si servus de furto accusatus

II. Hierdurch erklärt sich, dass in der ersten Hälfte des Mittelalters derselbe ganz allgemein im Reichsrechte,[9]) Landrechte[10]) und Stadtrechte[11]) vor-

---

fuerit, dominus eius pro eo emendet, aut eum sacramento excuset, nisi tale furtum perpetratum habeat, propter quod ad subplicium tradi debeat." — Const. Olonn. 825 c. 12. (p. 252.) „Quibuscumque per legem propter aliquam contentionem pugna fuerit judicata, praeter de infidelitate, cum fustibus pugnent . . ." Cap. 827. Anseg. IV. c. 22. (ib. p. 315.) wie das von 801 c. 9. Ansegis. IV. 27. wie c. 15. Cap. 817. Hloth. I. Const. Papiens. c. 11. (ib. p. 361.) für den Fall des Widerspruchs von Zeugen.

[9]) Ottonis I. et II. Edict. a. 967 (Leg. II. p. 33.) c. 1—6. 9. 10. (Nachweis der Falschheit von Urkunden, Entscheidung des Streits über investitura praedii, Beweis eines depositum, Behauptung einer erzwungenen carta de praedio, de furto aut scacho ultra 6 solidos; der Kampf ist für jeden quacumque lege, sive etiam Romana, in omni regno Italiae homo vixerit, für die welche juvenilis oder decrepita aetas seu infirmitas abhält per pugnatorem, zugelassen; c. 10. „Aecclesiae et comites seu viduae lites suas de his quae in suprascriptis capitulis continentur, per consimiles advocatos pugna dirimant. Ceteri homines natura liberi, secundum legem pristinam per semetipsos respondeant et determinent."). Ottonis I. et II. leg. a. 969 c. 1. (ib. p. 34.): „Si servus propter appetitum libertatis liberus se vocaverit, liceat domino, si sibi ita melius visum fuerit propter difficultatem approbationis insidiosae, aut per se aut per suum campionem litem dirimere. Liceat autem servo pro se campionem dare, si morbus aut aetas eum pugnare prohibuerit." Ottonis Conv. Papiens. a. 971 (ib. p. 35.) „Si inter ecclesias vel alios ingenuos, vel liberos homines, aut inter ecclesiam vel hominem de praediis seditio vel certamen sit, pugna decernatur. Si non audeat, res sue infiscentur, et ecclesie vel homini cui justitia pertinet, res sue reddantur." Henr. II. leg. a. 1019 (ib. p. 38.) c. 2. (Leugnung eines Verwandtenmordes. Campio nur in den drei Fällen der aetas juvenilis, decrepita oder der infirmitas) 3. (Leugnung eines Mordes infra treuwam vel datum pacis osculum mit Zulassung von Campiones unter denselben Bedingungen). Heinr. III. Const. Langob. de venefitiis (ib. p. 42.) „Si quis . . praedicti criminis (Meuchelmord) aut de facto aut de consensu accusatus, negare voluerit, aut per duellum si liber est, si vero servus per judicium, se defendat." Frid. I. Const. de pace 1156 c. 10. (ib. p. 103.) „Si miles adversus militem pro pace violata aut aliqua capitali causa duellum committere voluerit, facultas pugnandi ei non concedatur, nisi probare possit, quod antiquitus ipse cum parentibus suis natione legitimus miles existat." Conv. Brixiae 1158 (p. 107) c. 1—3. (für Streitigkeiten von milites, servientes, zum Beweise der Nichtschuld an Verwundung und Mord; in lorica, scuto, galea nur mit einer fustis). Reconc. Caes. a. 1184 (p. 181.) Es sollen stattfinden in der Lombardei „duella, quae firmantur ante consules, in praesentia nuncii (des Kaisers) et consulum." Heinr. reg. treuga 1230 (Oben S. 122.) c. 13. (ib. p. 267.) für Raub („actor vel per se vel per alium in monomachia convincere potest"). Heinr. Curia Francof. 1234 sent. de violata treugar. (ib. p. 301.) „. . . sententialiter fuit diffinitum, quod si manuali fide interposita treuge date sunt, et aliquis illas violaverit, et in causam tractus se expurgare voluerit, illi cui interest et cui dampnum datum est, incumbit probatio, ut tertia manu iureiurando confirmet, quod treuge violate sunt, vel si testes habere non potuerit, in monomachia coram iudice seculari cum eo congredietur." Rud. I. sent. de def. a periculo duell. 1290

kommt. Aber seine frühere Bedeutung nahm allmälig ab. Hieran hatte sowohl die Nothwendigkeit der Beschränkung für die Aufrechthaltung des

(ib. p. 455.) „. . . quaesitum fuit per sententiam coram nobis, si aliquis suum adversarium in iudicio conveniat, de incendio nocturno, per eum modum quo moveat ei questionem duellionis, quod vulgo dicitur Kamprecht, quo iuris auxilio talis in iudicio conventus valeat se tueri. Et extitit sententialiter diffinitum, quod, quicumque pugna duellionis quod vulgo dicitur Kamprecht, prestando iurisiurandi sacramento manualiter exhibito, suam possit innocentiam expurgare; nedum in hoc crimine accusatus, sed in multis aliis et diversis; nisi conscius repertus fuerit lese crimine maiestatis, in quem casum a duellionis periculo quod vulgo dicitur Kamprecht, nullatenus se poterit defensare.“ — Ej. sent. de termino duelli prorogando 1291 (p. 458.) bestimmt, dass der Landesherr den Kampftermin verlegen könne.

[10]) In dem Sachsenspiegel kommt der Kampf vor in peinlichen Sachen für den Kläger wegen Friedensbruchs, den wegen Verbrechen Rechtlosen, der sich mit dem Eide nicht vertheidigen kann, den, welcher einen verklagten verwandten Todten vertreten will, in andern Sachen nur im Falle von I. 18. §. 3. II. 12. §. 8. „Schilt en sasse en ordel, unde tiüt he's an sine vorderen hant unde an die meren menie, he mut dar umme vechten selve sevede siner genoten wider andere sevene; svar die mere menie segevichtet, die behalt dat ordel.“ Ueber Kämpfer, Kampfvormund, Recht den Kampf wegen Standesungleichheit zu weigern, Vorgang u. s. f. wie überhaupt s. die vollständige Zusammenstellung in Homeyer Register S. 340 fg. Richtsteig Landr. S. 479 f. Vgl. noch für das sächs. Recht Gloss. zu Ssp. I. 48. §. 3., Blume des Ssp. Buch I. art. 98. bei Homeyer Richtst. S. 481. u. a. Schwabenspiegel Wack. c. 38. 62. 64. 80. 81. 82. 86. 187. 194. 208. 241. 242. 350. 352. — Kl. Keyserr. II. 69. spricht ein vollkommenes kaiserliches Verbot des Kampfes aus.

[11]) Vgl. Strassb. Recht aus d. 11. Jahrh. (Gengler Stadtr. S. 474 ff.) §. 35. (nur für Injurien). Das Soester Recht von 1120 §. 41. sagt: „Item statuimus, quod nemo concivem suum de criminali conveniens, ad congressionem duelli ullo modo trahere presumat.“ Dasselbe Verbot in der alten Schrae um 1350 Art. 117., mit dem Zusatze, dass auf der Uebertretung die höchste Busse stehe. Das Medebacher Recht um 1350 (Seibertz II. S. 384 f.) hat den Zweikampf noch in eigenthümlichen Fällen, §§. 29. 35.: „Item si quis rogatus ad plebiscitum, abeat inermis, quia nemo coram judice debet armatus sine licentia comparere et viderit rogatores violentiam facientes, debet statim recedere et intimare tam ipsis violatoribus, quam aliis quod viderit, et precipue judici, pro metu mortis quod ipsis violatoribus non consentiat, sed magis dolet de tali facto, si insuper proclamatus fuerit et die sibi prefixo non competenter desententiatus fuerit, non potest jus suum recuperare, nisi coram Duce, per proprium corpus cum duello, si ibidem fuerit conventus ab actoribus, sed convinci non poterit aliter ab aliquo, nisi a Gogeravio vel judice, de manu Ducis judicium tenente et VII. aliis hominibus fide dignis. — Si aliquis iniuste fuerit proclamatus, potest se extra juris ordinem expurgare et proclamatorem, si voluerit, super injusta vexatione reconvenire et vincere duello.“ — Ueber das Stadtrecht von Iglau siehe Tomaschek S. 156., 274 ff., woselbst auch eine Vergleichung mit andern österreichischen sich findet. Ueber die flandrischen Städte vergl. Warnkönig a. a. O. III. S. 298 ff. Einzelne flandrische Städte hatten schon im 12. andre im 13. Jahrh. Privilegien da-

Friedens, als besonders die unter dem Einflusse der Kirche[12]) geänderte Anschauung Einfluss. Im Allgemeinen wurde er am Ende des 13. Jahrhunderts auf den Fall der Reinigung von bestimmten Vergehen beschränkt. In den Städten war er jedoch einzeln bereits früher theils eingeschränkt, theils sogar verboten. Letzteres geschah in manchen Städten auch durch ausdrückliche Privilegien. Dies und landesherrliche Gesetze, die ihn geradezu abschafften und für strafbar erklärten, haben dahin geführt, dass er im 14. Jahrhundert abkam und sich nur als Singularität bis auf die neuere Zeit erhielt.[13])

III. Neben dem Zweikampfe kennt die älteste Zeit noch eine Menge von Gottesurtheilen, Ordal, judicium dei,[14]) die theils aus der heidnischen Zeit stammen, theils in der christlichen an die Stelle jener gesetzt oder neben denselben gebraucht wurden. Man bediente sich hierzu der Elemente (Feuer-Wasserprobe)[15]) und des Loosens.[16]) Zu diesen treten wohl schon in

---

gegen; er war so im 13. dort bald unter Strafen verboten, bald erlaubt, wenn beide Parteien wollten. Wo er nicht ausdrücklich aufgehoben war, bestand er noch im 14. Jahrh. Das Campghedinghe kommt regelmässig nur für Freie vor. Das privil. K. Friedr. II. für Regensburg v. 1230 §. 1. gestattet den Bürgern, dem duellum mit dem Zwölfereide zu entgehen (Gengler Stadtr. S. 373.). Das Privileg. K. Otto IV. v. 1209 (Gengler S. 455 ff.) §. 19. gibt der Stadt Stade das Privileg, dass weder ein Fremder einen Bürger noch ein Bürger den andern zum Zweikampf fordern könne. Ein gleiches hatte Bremen von 1259 (Unger a. a. O. S. 65.). Das sächs. Weichbild art. 33. 35. (Daniels) hat die Bestimmungen des Sachssp. Die meisten Stadtrechte übergehen den Zweikampf.

[12]) Vergl. die Commentatoren des Kirchenrechts zu Decr. Greg. IX. Lib. V. Tit. 14 (de clericis pugnantibus in duello) z. B. Reiffenstuel, Schmalzgrueber u. a.

[13]) Majer a. a. O. S. 294 ff. gibt über einige Kampfgerichte (zu Halle in Schwaben, des Burggrafthums Nürnberg, des Landgerichts zu Franken) sowie über die Fortdauer des Duells in den kaiserl. Landgerichten im 14. und 15. Jahrh. Auskunft. Vgl. auch Struve Corp. jur. publ. c. XXV. §. 76. (pag. 989.).

[14]) Grimm R. A. S. 908 ff. Ordâl ist angelsächsisch. Ueber den Standpunkt der Kirche gibt die citirte Schrift von Hildenbrand Auskunft. Dass Gottesurtheile auch in der heidnischen Zeit vorkamen, ist ausgemacht. Siehe die bei Siegel a. a. O. S. 212. n. 6. abgedruckten Zeugnisse.

[15]) Judicium ignis, jud. ferri candentis; jud. aquae, jud. aquae calidae oder ferventis. — Lex. Rip. XXX. „Quod si quis in judicio pro servo interpellatus fuerit, si servus talis non fuerit, unde dominus eius de fiducia securus esse possit, dominus eius in iudicio pro eo interrogatus respondeat, et sine tangano loquatur, et dicat: Ego ignoro utrum servus meus culpabilis, an innocens de hoc extiterit. Propterea eum secundum legem Ripuariam super quatuordecim noctes ad ignem repraesento. Et sic de eius praesentia cum festuca fidem faciat. Quod si servus in ignem manum miserit, et laesam tulerit, dominus eius, sicut lex continet, de furto servi culpabilis iudicetur. Quod si servus, quando dominus interpellatus fuerit, infra ducatum fuga

der heidnischen Zeit die Bahrprobe,[17]) Bahrgericht, Probe des geweihten Bissens (judicium offae). Die in der christlichen Zeit aufkommenden sind das Kreuzurtheil[18]) und die Abendmahlsprobe.[19])

---

lapsus fuerit, supra quatuordecim noctes aut ipsum repraesentet, aut pro eo faciat rationem. Quod si postquam eum ad ignem adplicuerit, fuga lapsus fuerit, ad placitum veniens cum tribus testibus in haraho coniuret, quod servus ille, quem ad ignem repraesentare debuerat, extra eius voluntatem fuga lapsus sit, et sic denuo placitus ei concedatur, ut super quatuordecim seu super quadraginta noctes eum repraesentare studeat; aut ipse in rem respondeat." XXXI. 5. „Quod si in provincia Ripuaria (nemlich homo ingenuus) juratores invenire non potuerit, ad ignem seu ad sortem se excusare studeat." L. Angl. et Wer. „De venefitiis. Si mulier maritum veneficio dicatur occidisse vel dolo malo ad occidendum prodidisse, proximus mulieris campo eam innocentem efficiat, aut si campionem non habuerit, ipsa ad novem vomeres ignitos examinanda mittatur." L. Sal. LIII. LVI. Chilp. cap. pacto leg. sal. add. c. 4. (Leg. II. p. 13.) 16. „Si qui falsi testes fuerit adprobati, quinos dinos solid. multos sustineat; si vero eis inculpaverit quod falsum testimonium dedissent, manum suam in eneum mittat, et sicut sana tulerit sicut superius diximus simili multa sustineant. Si certe manum suam conburet, 15 solidos damnum sustineat." — Frision. III. 6. 8. 9.

[16]) L. Rip. XXXI. 5. Eigenthümlich L. Fris. XIV. de homine in turba occiso, welche den Vorgang beim Loosen genau beschreibt.

[17]) Grimm S. 930 f. Es kommt erst in Gedichten des 13. Jahrh. vor, ist aber entschieden heidnischer Grundlage. Ich übergehe solche Formen, welche nicht im deutschen Rechte vorkommen.

[18]) Die Stellen gibt an Dahn S. 45., der auch für die übrigen die meisten beibringt. S. 43 ff.

[19]) Lambertus ad a. 1077 (Pertz Scriptor. T. V. p. 259. sq.): „Ita absoluto eo excommunicatione, papa missarum solemnia celebravit, confectaque sacra oblatione, regem cum cetera, quae frequens aderat, multitudine ad altare evocavit, praeferensque manu corpus dominicum: Ego, inquit, iam pridem a te tuisque fautoribus litteras accepi, quibus me insimulabas sedem apostolicam per simoniacam heresim occupasse, et aliis quibusdam, tam ante episcopatum quam post acceptum episcopatum, criminibus vitam maculasse, quae mihi secundum scita canonum omnem ad sacros ordines accessum obstruxerint. Et licet multorum idoneorum certe testium astipulatione crimen refellere queam, eorum scilicet qui omnem vitae meae ab ineunte aetate institutionem integerrime noverunt, et eorum qui meae ad episcopatum promotionis auctores fuerunt: ego tamen, ne humano pocius quam divino niti videar testimonio, ut satisfactionis compendio omnem omnibus scandali scrupulum de medio auferam, ecce corpus dominicum, quod sumpturus ero, in experimentum mihi hodie fiat innocentiae meae, ut omnipotens Deus suo me hodie iudicio vel absolvat obiecti criminis suspicione, si innocens sum, vel subitanea interimat morte, si reus. Haec et alia, ut solemne est, praefatus verba terribilia, quibus Deum causae uae aequissimum iudicem et innocentiae assertorem adesse precabatur, partem dominici corporis accepit et comedit." Bonizonis Sutriens. liber ad amicum (Hildenbrand

Der Gebrauch der Gottesurtheile war, wie schon das Vorkommen in verhältnissmässig wenigen Stellen andeutet, ein subsidiärer und im Ganzen auf die Fälle beschränkt, in denen auch der Kampf zulässig war oder gar kein Beweismittel und kein Kämpfer zu Gebote stand. Deshalb fand ein Gottesurtheil im eigentlichen Sinne besonders behufs der Reinigung eines wegen Verbrechen beschuldigten Unfreien statt, den sein Herr zu vertreten Anstand nahm.

Während der Zweikampf im Zusammenhange mit den Ansichten über Freiheit sich in lebendigem Gebrauche erhielt, als bereits der Gesichtspunkt des Gottesurtheils mehr schwand, wurden einzelne der eigentlichen Gottesurtheile schon in den fränkischen Königsgesetzen verboten.[20]) Ebenso wurde deren Gebrauch durch die Gesetze der Kirche wiederholt aufs Strengste untersagt.[21])

Nichtsdestoweniger erhielten sich einzelne Arten bis ins zwölfte Jahrhundert hinein reichsgesetzlich[22]) im Gebrauch. Seitdem verschwindet ihre An-

---

S. 114. f.): „Rex. . . . absolutionem, quam petebat, invenit sacramento dominico mediatore in ipsa missarum celebritate hoc modo. Nam divinae mensae astantibus episcopis, abbatibus, religiosis ac laicis hoc modo fecit esse participem, ut, si se mente ut corpore fecisset humiliatum, et si se jure crederet pontificem, seque vere excommunicatum secundum imitationem Phoci et Dioscori, et per hoc crederet posse absolvi sacramentum, ut amplius illi fieret in salutem, sin vero aliter, ut Judae per buccellam intraret in ipsum Satanas.“ Hildenbrand hält dies für kein Gottesurtheil. Siehe dagegen Dahn S. 18 ff.

[20]) Cap. Aquisgr. 817. Cap. ad eccles. ordines pert. c. 27. (Leg. I. p. 209.): „Sancitum est, ut nullus deinceps quamlibet examinationem crucis facere presumat, ne quae Christi passione glorificata est, cuiuslibet temeritate contemptui habeatur.“ Cap. Wormatt. 829. alia capit. c. 12. (ib. p. 352.) „Ut examen aquae frigidae quod actenus faciebant, a missis nostris omnibus interdicatur, ne ulterius fiat.“

[21]) Es genügt hier, auf die Ausführung von Hildenbrand a. a. O. S. 109 ff., c. 7. (Epist. Greg. a. 603.) 20. (Epist. Steph.?) C. II. qu. 5., Tit X. de purgat. vulgari V. 35. und die Commentatoren zu verweisen.

[22]) Z. B. Heinr. IV. const. pacis dei a. 1085 (Leg. II. p. 56; gleichlautend die const. pacis dei in syn. Colon. a. 1083 das.) „Si autem cui (scil. servo) imputatur (der Friedensbruch) se innocentem probare voluerit, judicio aque frigide se expurget, ita tamen ut ipse et nemo alius pro eo in aquam mittatur.“ Juramentum pacis daselbst „Cuicumque vero violacio hujus pacis imposita fuerit et ipse negaverit, si ingenuus est sive liber est, duodecim probatis se expurget, si servus, tam leto quam ministerialis, judicio aquae frigidae, ita scilicet ut ipse mox in aquam mittatur.“ Conv. Brixiae a. 1158 (ib. p. 108.) c. 10. „Si servus aliquis culpatus et non in furto fuerit deprehensus, sequenti die expurgabit se judicio igniti ferri, vel dominus ejus juramentum pro eo praestabit. Actor vero jurabit, quod aliam ob causam non interpellat eum de furto, nisi quod putat eum culpabilem.“ In den Gesetzen Friedrich's II. contra haereticos von 1221 (ib. p. 253. und p. 328.) kommt der Ausdruck ignis und flammarum judicio vor für Strafe des Feuertodes.

wendung zwar im Allgemeinen, ist jedoch bis ins 14. Jahrhundert hinein im Land-[23]) und Stadtrechte[24]) theilweise erhalten, ja selbst bis ins siebzehnte Jahrhundert in den Hexenprozessen (Hexenbad) angewendet worden.[25])

§. 134.

B. Beweisrecht.[1])

I. Das Recht der ältern Zeit wie des Mittelalters sieht das Beweisen nicht so sehr als eine Last, denn als eine Wohlthat, einen Vorzug an. Einer-

---

[23]) Manche Belege gibt Grimm. — Der Sachsensp. hat nur folgende Anwendung: I. 39. „De ir recht mit rove oder mit düve verloren hebbet, of man se düve oder roves anderwerve scüldeget, se ne mogen mit irme ede nicht unscüldich werden. Se hebbet drier kore: dat glogende isern to dragene, oder in enen wallenden ketel to gripene bit to dem ellenbogen: oder deme kempen sik to werene.“ III. 21. 2. „N' is it (es handelt sich um den Fall, wo zwei ein Gut gleichmässig ansprechen) den ummesetenen nicht wetenlik wie't in geweren hebbe, so mut man't wol besceiden mit enem water ordele, oder die klegere unde up den die klage gat solen dar to sveren, dat sie rechte wisen als it ire si; dar sal die richtere sine boden to geven; svar sie beide up sveret, dat sal man in gelike delen.“ Die Glosse (abgedr. bei Homeyer) sucht den Gebrauch des Wasserurtheils fort zu demonstriren. Der Richtsteig Landr. hat diesen Fall nicht mehr, aber cap. 40. §. 3. die drei Fälle von I. 39. Der Schwabensp. kennt sie (wie der Sachsp. im erstern Falle) im c. 39. W. (c. 48. L. hat genau die Bestimmung von Ssp. I. 39.) c. 165. (ein bereits der Falschmünzerei überführter hat bei einer neuen Beschuldigung nur ohne Eid die wal: „daz heize îsen, oder die wazerurtheil, oder in einen wallenden kezel ze grîfen“) c. 232. W. (wie Ssp. III. 21. 2.) c. 359. W. (lässt nur diese drei zu zur Reinigung eines ampmann, den sein Herr im Verdachte der Untreue hat). —

[24]) Den Gebrauch der Ordeele in den flandrischen Städten besonders für Unfreie lehrt Warnkönig a. a. O. III. S. 300 ff. Hier ist er aber bereits einzeln im Anfange des 12. Jahrh. abgeschafft. Das Brünner Privileg. v. 1243 §. 7. (Rössler S. 345) hat das jud. aquae und ignitum ferrum, das Stadtrecht aus dem 14. Jahrh. nicht mehr. Das von Enns v. 1212. §. 12. lässt jud. ferri igniti zu bei Nothzucht oder Raub einer virgo vel mulier honesta u. §. 19. dies und jud. aquae bei der Verletzung des Hausfriedens, das von Wien von 1221 §. 2. 3. für den Beweis der Nothwer das ferrum ignitum, §. 18. jud. aquae für die Reinigung, wenn der vorait geschworen ist und er keine Eidbürgen hat, §. 25. wie im Ennser §. 12.; das Braunschweiger Recht aus dem 13. Jahrh. (Gengler S. 36 ff.) §. 21. lässt die Kreuzprobe in einer sonderbaren Art zu. §. 63. spricht vom heissen Eisen als einer Beweisart ohne Fälle zu bezeichnen. — Ueber die Aufhebung der Gottesurtheile in den böhmischen Ländern unter Karl IV. in der Mitte des 14. Jahrh. s. Palacky Gesch. II. 2. S. 335 f.

[25]) Beispiele bei Grimm R. A. S. 925., Majer S. 99 ff.

[1]) Die verschiedenen Meinungen stellt zusammen in bündigster Weise Homeyer

seits hat dies seinen Grund in der Art der Beweismittel, andrerseits hat umgekehrt jene Anschauung auch auf diese eingewirkt. Regelmässig hat deshalb der Vertheidiger, Angegriffene, mit der Wehre Recht und Pflicht des Beweises seiner Nichtschuld, Unschuld, sei es, dass seine Vertheidigung in blossem Leugnen oder in einem Leugnen besteht, das sich auf eine positive Behauptung stützt. Der Angreifer hat das Beweisrecht, wenn der Vertheidiger sich nicht oder nicht in rechter Weise vertheidigt, wenn er sich auf das Gericht beruft, sowie in bestimmten Fällen, welche wegen der Sache einen Vorzug geben. Es kam auch ein gemeinsames Beweisrecht vor.

II. War der Beweissatz und das Beweisrecht durch Urtheil festgestellt, so wurde zur Erbringung des Beweises je nach dem Stande des Beweisenden, der Beschaffenheit der Sache und der Natur des Beweismittels eine Frist anberaumt über 14 Tage, zweimal, dreimal vierzehn Tage. Im Mittelalter kam jedoch allmälig auch die Aufnahme des Beweises auf, wenn der Beweisende dies verlangte, bevor die gesetzlich zu verlangende Frist abgelaufen war.

III. Für die Einhaltung der Frist und die wirkliche Durchführung des Beweises sorgte man durch Cautionen, die bald ähnlich dem juramentum calumniae in einem Voreide, bald auch in Bürgen oder Unterpfändern bestanden. Im Falle jener nicht zulässig erschien wegen der Beschaffenheit der Sache oder Person und letztere nicht zu erbringen waren, konnte auch die Bewachung, Inhaftnahme des Beweispflichtigen eintreten.

§. 135.

V. Das Ungehorsamsverfahren.

I. Regel ist von ältester bis auf die neueste Zeit, dass die Nichtbefolgung der ersten Ladung oder Nichteinhaltung eines Termins noch nicht als ungehorsam erscheinen lässt. Vielmehr gehörte dazu eine dreimalige Ladung, theilweise auch dreimalige Klage. Blieb der Beklagte zum ersten und zweitenmale aus ohne Ehehaften nachzuweisen, so verfiel er in eine Busse für den Richter, welcher sich auch zu Gunsten des Klägers den Ersatz von Schaden oder eine Busse zugesellen konnte. Liess er auch die letzte Frist verstreichen, so konnte der Kläger nach erfolgtem Beweise der rechten Ladung u. s. w. ihn des Ungehorsams beschuldigen und das Urtheil verlangen.

Richtst. S. 482 ff. dessen Ausführung S. 486—505 für das sächsische Recht erschöpfend ist. Dies aber ist im Ganzen überhaupt das Recht des Mittelalters. — Die Quellenbelege enthalten die früheren Paragraphen.

II. Die Folge war alsdann, dass der Ungehorsame für sachfällig erklärt wurde. Hierdurch hatte je nach der Natur der Sache der Behauptende seine Klage gewonnen, die Schuld des Beklagten bewiesen, das behauptete Verbrechen dargethan. Je nach den Umständen kam es alsdann zur Verfestung oder Aechtung des Beklagten, zur Freisprechung desselben, zur Sicherung des Beklagten, oder zur Vollstreckung der von dem Kläger gemachten Ansprüche.

III. Nichtbeantwortung des Beklagten oder Verlassen des angetretenen Beweises zog nach dem Antrage der Gegenpartei gleiche Folgen herbei.

IV. Mit diesen Strafen des Ungehorsams verband sich durchgehends noch die Busse für den Richter, Ersatz der Kosten für den Gegner.

§. 136.

VI. Das Urtheilfinden, Urtheilschelten. [1])

I. Auf die Bitte der Partei musste der Richter Urtheil fragen, die Beisitzer, Schöffen finden nach dem Rechte. Weigerung des Urtheilsfindens

---

[1]) Für die Gegenstände dieses §. liegen die Quellenbelege im Früheren, namentlich in den zu §. 110. abgedruckten Stellen; es folgen hier nur einige noch nicht angeführte Stellen: L. Sal. LVII. „Si quis rachineburgii in mallobergo sedentes dum causam inter duos discutiunt legem noluerint dicere, veni et dic ad illo qui cum causa prosequitur: „hic ego vos tangano ut legem dicatis secundum lege salica." Quod si ille legem dicere noluerint, septem de illis rachineburgiis collocato sole, malb. schodo hoc est 120 dinarios qui faciunt solidos 3 solvant. Quod si nec legem dicere voluerint nec ternos solidos fidem fecit, tunc solem illis collocatum 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis iudicetur. 2. Si vero illi rachineburgii sunt et non secundum leges iudicaverunt, his contra quem sententiam dederint causa sua agat et potuerit adprobare quod non secundum legem iudicaverunt, 600 dinarios qui faciunt solidos 15 culpabilis iudicetur." L. Ripuar. LV. (enthält ganz ähnliche Bestimmungen) LIX. 7. L. Bajuvar. II. c. 18. „Judex si accepta pecunia male iudicaverit, ille qui iniuste aliquid ab eo per sententiam iudicantis abstulerit, ablata restituat. Nam iudex qui perperam iudicaverit, in duplum ei cui damnum intulerit cogatur exsolvere, quia ferre sententiam contra legum nostrarum statuta praesumpsit, et in fisco cogatur quadraginta solidos persolvere. c. 19. Si vero nec per gratiam, nec per cupiditatem, sed per errorem iniuste iudicaverit, iudicium ipsius, in quo errasse cognoscitur, non habeat firmitatem; iudex vacet a culpa." — L. Alam. Hloth. XLI. 2. 3. „Si autem per cupiditatem aut per invidiam alicuius aut per timorem contra legem iudicaverit, cognuscat se delinquisse et 12 solidos sit culpaviles cui iniuste iudicavit; et quod per illum damno passus iniuste, ille iudex restituat ei. — Si autem ille, qui ad illum iudicium audire debet, in hoc constitutus est, iudicium suum contempnit, dum ille iuste iudicaverit, et dedignet eum audire et spernet eum et arguit coram aliis, et dicet Non rectum iudi-

zog Strafen nach sich. Jedoch war es von jeher zulässig, dass die Urtheiler, im Falle es ihnen nicht möglich war, sofort zu antworten, sich eine Zeit aus-

---

cas, dum ille rectum judicat; et si hoc ad aliis iudicibus inquisitum fuerit quod ille iuste iudicavit, ille contemptor, qui iudici iniuriam fecit, solvat 12 solidos ad iudicem illum, et post haec non contempnat audire iustum iudicium, quia sic convenit duci et omni populo concilio." — Cap. Pippini regis incerti anni (Leg. I. p. 31.) c. 7. „De justicia facienda, ut omnes iusticiam faciant, tam publici quam ecclesiastici. Et si aliquis homo ad palacium venerit pro causa sua, et antea ad illum comitem non innotuerit in mallo ante rachemburgis, aut si causa sua ante comitem in mallo fuit ante rachemburgis, et hoc sustinere noluerit quod ipsi ei legitime iudicaverint; si pro ipsis causis ad palacium venerit, vapuletur. Et si maior persona fuerit, in regis arbitrio erit. Et si reclamaverit quod legem ei non iudicassent, tunc licenciam habeat ad palacium venire pro ipsa causa. Et si ipsis convincere potuerit quod legem ei non iudicassent, secundum legem contra ipsum emendare faciat. Et si comes vel rachimburgii eum convincere potuerint quod legem ei iudicassent, et ipse hoc recipere noluerit, hoc contra ipsos emendare faciat. Similiter de ecclesiasticis, si ad palatium venerint de eorum causa se reclamare super eorum seniore, vapulentur, nisi senior suus pro sua causa transmiserit." — Cap. Mantuanum a. 781. c. 3. 4. (ib. p. 40.) „Comites vero de illorum parte per testes adfirmant quod eis iustitiam facere voluisset, et omnia notarium suum et scribere faciat quanti ad se proclamassent vel quantas iustitia factas habent, ut cum proclamaverint nulla excusationem habere possint, nisi veritas clara sit ut iustitiam facere voluisset, et hoc ipse comis aut eius advocatus per sagramentum firmare possit, quod de illorum iustitias nulla neglegentia habeat, et per ipsa brebe cognoscere valeat utrum ad se proclamasset aut non. — Hoc omnibus notum sit, si quislibet post causam legibus fenita se proclamaverit, aut quindecim accipiat camactos aut solidos 15 conponere cogatur." — Cap. Saxon. 797 c. 4. (ib. p. 76.), in Lege Sal. mitt. 803. c. 10. (ib. p. 112.): „Si quis causam iudicatam repetere in mallo praesumpserit, ibique testibus convictus fuerit, aut quindecim solidos componat, aut quindecim ictus ab scabiniis qui causam prius iudicaverunt, accipiat." Lang. 803 c. 23. (p. 116.), Bajoaric. 803 c. 6. 7. (ib. p. 127.), in Theodonis villa II. c. 8. (ib. p. 133.) „De clamatoribus vel causedicis qui nec iuditium scabinorum adquiescere, nec blasfemare volunt, antiqua consuetudo servetur, id est ut in custodia recludantur donec unum e duobus fatiant. Et si ad palatium pro hac re postea reclamaverint, et litteras detullerint, non quidem eis credatur, nec tamen in carcere ponantur; sed cum custodia et cum ipsis litteris pariter ad palatium nostrum remittantur, ut ibi discutiantur sicut dignum est." — Ssp. I. 18. 3.; II. 6. 4.; II. 12. §. 1—15. enthält die meisten Bestimmungen; II. 22. §. 1. III. 19., III. 30. 2., III. 69. 2., III. 70. 1. Vgl. die Darstellung von Homeyer Richtst. Landr. S. 506—519., wo besonders auf die Eigenthümlichkeiten der Mark eingegangen ist, desgl. die Genannten. Homeyer System des Lehnr. S. 622 ff. — Schwabensp. c. 96. 97. 364. W. — Vgl. die Zusammenstellungen über das Brünner Recht bei Rössler S. XC. f., Prager bei Rössler S. LXXIV fg. (Appellation an den König mit Frist von 14 Tagen, wenn er im Lande, 6 Wochen, wenn er ausser Landes war; Schelten jeder Partei u. den Schöffen gestattet), das von Iglau mit Verweisung auf verwandte bei Tomaschek a. a. O. S. 124., 221., 231. Wegen ihrer Eigenthümlichkeit mögen die folgenden Stellen des Brünner Schöffenbuchs (Rössler S. 280 fg.) hier Platz finden. Art. 613.

baten zum Besprechen mit den andern, ja auch ihre Unwissenheit (eidlich) erklärend das Urtheil ablehnten oder die Einholung von einem andern Gerichte herbeiführten.

II. Die Form des Urtheilfindens war stets das Aussprechen durch einen aus den Schöffen bez. den umstehenden Dingpflichtigen (§. 122—124.), entweder sofort in der Versammlung selbst auf Befragen des Vorsitzenden, wie in dem Gerichte des Königs und nach der Darstellung der Rechtsbücher des 13. Jahrhunderts, oder nach vorheriger Berathung der Schöffen unter sich

---

„Quamvis usus et consuetudinis non minima sit auctoritas, nunquam tamen veritati aut legi praejudicat, nisi sit consuetudo ratinonabilis et legitime praescripta; talis enim praejudicat legi, et si ex hujusmodi consuetudine rationabili sententia lata fuerit, vigorem habet, nec poterit reclamari. Si autem ex consuetudine irrationabili feratur, licite poterit reclamari. (Enthält eine eigenthümliche Auffassung von c. 11. X. de cons. I. 5. Vgl. mein Kirchenrecht I. S. 237 ff.). 614. In sententiis proferendis non oportet, quod jurati omnia exprimant, quae eos movent, sed sufficit, quod talibus in eorum conscientia diligenter cribratis sententias pronuntient brevibus et planis verbis. 615. Si jurati sub expensis partium sententias ad examen suorum superiorum inducent, virtute juramenti sui, si partes petunt, fatebuntur, quod solum hoc faciant propter informationem justitiae et non ob causam aliam qualemcumque. 616. Jurati de Gewiczka proposuerunt in maniloquio. Quod cum unus concivium eorum haberet in Boskowicz placitare, et jurati sententiam quandam ratione diffinitionis Brunnam ad consilium devolvissent una cum judice in quadam stuba se claudentes sententiam eandem secrete scribere, nec partes ad hoc recipere voluerunt. Quaerunt ergo, hoc utrum esset justum, et sunt instructi, quod juratis, qui omni justitia juraverunt licitum est hoc facere. Cum enim frequenter auditis partium allegationibus in judicio ad locum secretum pro invenienda sententia declinent partibus et judice coram judicio dimissis, quare non licet eis easdem allegationes etiam in absentia partium scribere, quando volunt; tamen, quia semper jurati cavere debent, ne reddantur suspecti, si partes petunt, sententiae coram ipsis et eorum prolocutoribus sunt scribendae. Judex vero, nisi sententia per eum ratione jurium et emendarum suarum sit quaesita, ad scripturam praedictam admitti non debet ut suspectus. Quando etiam judex sententias et emendas ejus tangentes ad audientiam deduci petit majorem, tunc scriptori in salario et juratis, qui ad diffinitores literas ducunt, de bursa propria satisfaciet in expensis. Sed de solutione expensarum aliarum sententiarum tenendum est, quod ipsas solvet in causa succumbens.“ — Interessant ist über die Appellation von Dorfgerichten an die Stadt die Urk. v. 1307 bei Seibertz n. 516. Vgl. noch die Articuli de juribus Civitatis Medebacensis um 1350 (bei Seibertz II. S. 383.) §. 13. „Item quicumque vult culpare injustam sententiam, debet non motis pedibus, deposito pileo, mitra, calcariis, gladio et manibus ante se compositis dicere: Sententiam illam contradico, quia magis justam exponam et tum proponere sententiam suam, nominando oppidum vel judicem a quo tenetur sententiam afferre, prestans super illa adducenda fidejussoriam vel pignoratitiam cautionem.“ Vgl. die Darstellung der §§. 115—119.

oder des Gefragten mit Leuten aus dem Umstande. Eine solche vorherige Berathung finden wir im 15. Jahrhundert als die Regel.

III. Hat Einer das Urtheil gewiesen, seine Vulbort gegeben, so erlangt dasselbe Rechtskraft durch die entweder in lautem Rufen und Waffengeklirr kundgemachte allgemeine Billigung oder die besondere Zustimmung (vulbort) jedes einzelnen Schöffen, Beisitzers. Will einer von diesen oder aus dem Umstande die Vulbort bereden, so muss er ein besseres Urtheil finden. Welchem alsdann die Folge, Volge, der Mehren wird, das gilt. Kommt aber keine Mehrheit zu Stande, so wird der höhere Richter, oder ein anderer um eine Weisung, Oeffnung, angegangen.

IV. Will die Partei sich bei dem Urtheile nicht beruhigen, weil es nicht dem Rechte entspreche,[2]) so muss sie es sofort, oder nach einzelnen Rechten im Mittelalter innerhalb einer bestimmten Frist, schelten. Hierdurch zieht sie die Sache an den König, ein höheres Gericht, einen Oberhof. Freventliches Schelten, welches durch das Unterliegen des Scheltenden erbracht wurde, zog eine Busse, auch wohl, besonders in älterer Zeit, andere Strafen nach sich.

V. Im Laufe des 13. u. 14. Jahrhunderts wurde es besonders in den Städten Sitte, die Urtheile, ja überhaupt wichtigsten Processakte in Bücher (Stadtbücher, Gerichtsbücher) einzutragen. Aus diesen wurden dann die auch schon in der fränkischen Zeit gebräuchlichen Urkunden über das Urtheil vom Gerichte ausgestellt.[3])

---

[2]) Die stete Hervorhebung dieses Umstandes hebt jede Willkür der Schöffen auf. Ist es auch richtig, dass dieselben nicht über Thatsachen entscheiden, sondern das, was recht sein soll, aussprechen, so lässt sich dies doch nicht anders denken, als dass sie ihre Ueberzeugung auf Grund des ihnen bekannten oder von ihnen gefundenen Rechtssatzes für den vorliegenden Fall aussprechen, dass also doch die Entscheidung über den Rechtsfall ein legitimum judicium sein musste. Ich sehe das Wesentliche darin, dass das Recht (Gesetz) das Urtheil gesprochen, die Partei durch ihren Beweis sich einen Anspruch auf das Recht zuerkannt hat und das Urtheil ihr deshalb dies gibt. Vgl. Siegel S. 148. u. 154 n. 6.

[3]) Siehe hierüber die jüngst erschienene Abhandlung von Homeyer. Die Stadtbücher des Mittelalters, insbes. das Stadtb. von Quedlinburg. (Aus d. Abh. der k. Akad. d. Wiss. zu Berl.) Berlin 1860. 4. — Interessant ist Brünner Schöffenbuch art. 427. (Rössler S. 197.) „Antiqua consuetudo civitatum habet: Quod quidcumque coram judicio obtinetur, et in tabulis judiciariis signatur, hoc ante proximum futurum peremptorium judicium, vel per impignorationem vel modum alium, si expeditum non fuerit, de cetero caret robore firmitatis, nisi per scriptorem civitatis in librum, ubi census et alia notantur acta, per obtentorem de scitu juratorum scribi fuerit procuratum. Sic sententiatum est consilio juratorum.“

§. 137.

VII. Die Vollstreckung.

I. Die Ausführung eines Urtheils in einer peinlichen Sache wurde durch eigens hierzu bestellte Personen besorgt.[1]) Ging das Urtheil auf eine Geldstrafe, so blieb deren Beitreibung dem Kläger überlassen.

II. Bei Verurtheilungen um Schuld war es Sitte, dass der Beklagte dem Kläger ein Schuldbekenntniss ausstellte oder die Zahlung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes bez. an einem festgesetzten Tage zu leisten gelobte. Hielt er dies nicht, so kam es in genau vorgeschriebenen Formen zur Pfändung durch den Grafen, im Falle der Vermögenslosigkeit auch zur Festnahme der Person. Diese Folge trat auch in älterer Zeit ein bei fortgesetzter Weigerung. Auch die Aechtung konnte erfolgen. Die Rechte des Mittelalters gehen auf dieser Grundlage sehr auseinander.[2])

---

[1]) Siehe Waitz Gesch. d. Verf. II. S. 329. 434. (lictores, custodes carceris, carnifices), Walter R.G. §. 719. — Ein eigenthümliches Mittel hat Cap. Saxon. 797 c. 8. „De incendio convenit, quod nullus infra patriam praesumat facere propter iram aut inimicitiam, aut qualibet malivola cupiditate; excepto si talis fuerit rebellis qui iustitiam facere noluerit, et aliter districtus esse non poterit, et ad nos, ut in praesentia nostra iustitiam reddat, venire dispexerit, condicto commune placito simul ipsi pagenses veniant; et si unianimiter consenserint, pro districtione illius causa incendatur, tunc de ipso placito commune consilio facto secundum eorum ewa fiat peractum et non pro qualibet iracundia aut malivola intentione, nisi pro districtione nostra. Si aliter facere ausus fuerit, sicut superius dictum est, solidos sexaginta conponat.“ Das Vorkommen dieses Niederreissens und Verbrennens der Häuser des Verurtheilten im 12. Jahrh. in Flandern zeigt Warnkönig Flandrische Rechtsgeschichte III. S. 322 ff. Dasselbe kennt das Soester Stadtr. v. 1120 §. 20., wenn der Verurtheilte flüchtig war; die Schrae v. 1350 Art. 17. hat die blosse Verbannung. Andre Mittel waren allgemein die Proscriptio und Confiscatio; letztere kam meist im 13. Jahrhundert ab.

[2]) Vgl. Grimm R.A. S. 866 fg. L. Sal. L. LI. LVI. Nov. 19, die mehrfach citirten Cap. Chilperici, Lex Rip. XXXII. LI.; Cap. Paderbr. de part. Sax. 785 c. 25. 27. (Leg. I. p. 49 sq.), Ticin. 801 c. 13., Cap. Lang. 803 c. 19. (ib. p. 111.), Bajoar. 803 c. 6. (ib. p. 127.) u. a.) — Sachsp. I. 53. §. 3. „Sve gewedde unde bute nicht ne gift to rechten dagen, de vrone bode sal en dar vore panden, unde sal it to hant utsetten oder verkopen vor de scult. Nicht ne mut ok de vrone bode panden, he ne werde mit ordelen dar to gewunnen.“ I. 70. §. 2. (Pfändung des Nichtdingpflichtigen und abwesenden Schuldners) II. 5. §. 2. „Over virteinnacht sal man scult gelden, de man vor gerichte gewint; gewedde over ses weken; bute na me gewedde over virteinnacht. Wint aver de man sine bute er deme gewedde, man sal se lesten over ses weken, unde it gewedde dar na over virteinnacht. To des huse, sal man't gelden,

III. War ein liegendes Gut gewonnen oder ein Recht auf solches, das zur Ausübung den Besitz voraussetzt,[3]) so bestand die zwangsweise Vollstreckung eventuell in dem Einweisen durch den Richter.[4])

---

deme man't scüldich is, bi sunnen schine, of he hus binnen deme gerichte hevet, oder to des richteres nesten hus, of jene dar ungehuset is." II. 11. §. 2. (Verlust der Schuld, wenn der Kläger die Eidesleistung nicht will, oder zu ihr nicht erscheint) 3. „Svenne man aver penninge oder silver gelden sal, ne wardet he des to me rechten dage nicht, oder ne annamet he's nicht, he ne hevet dar mede sin gelt nicht verloren. Hadde he ok jeneme gelovet dar vore in to ridene, he is des inridenes ledich, unde nicht des geldes noch der scult, dar he vore inriden solde." II. 41. (Execution richterl. geweddes). III. 39. §. 1. 2. „Sve so scult vor gerichte vorderet up enen man, der he gelden nicht ne mach noch burgen setten, de richtere sal ime den man antwerden vor dat gelt, den sal he halden gelik sinem ingesinde mit spise unde mit arbeide. Wil he ine spannen mit ener helden, dat mach he dun, anderes ne sal he ine nicht pinen. — Let he ine oder untlopt he ime, dar mede n'is he des geldes nicht ledich, die wile he ime nicht vergulden ne hevet, unde he dat nicht vulbringen ne kam, so is he immer sin pand vor dat gelt." Schwabsp. c. 66. W. „Swer buoze noch gewette niht engit ze rehten tagen, der vrônbote sol in phenden, unde sol ez ze hand versezen oder verkoufen, ob er ein gast ist dem die phenninge sullen. unde ist er niht ein gast, man sol daz phant behalten siben tage. der ez danne niht loeset, sô sol manz verkoufen oder versezen. Man sol dehein phant an die juden sezen, wan mit jenes willen, des ez dâ ist; ern habez danne gedinget." c. 175. nach W. c. 249—252. W. — Die Stadtrechte stehen auf demselben Standpunkte. Z. B. Iglauer art. 37. (Tomaschek S. 233., der Nachweise aus andern gibt): „Ist, das ainer dem andern ym gerichte umb seine schult begreiffet, und hat nicht, wovon er gelde, und wil denn der im geparget hat nicht enparen, der richter schol yn mit seiner hant dem geben, der ym gepargt, und also schol er yn halden weder in kelde weder in hieze yn aym hanteysen und schol yn speisen mit aynem virteil ayns protes, dacz kawft ist umb ainen haller, und mit aynem pecher wassers. Ist aber, das er dewpleich entrinnet, wo yn danne der schult herre begriffet, da mak er yn gefangen halden mit des richters wissen." Prager Statutarrecht (Rössler S. 48.) art. 68. de debitoribus. „. . . . Welcher man aber helt und layst als sein prief lauten, di weil er das beweisen mak mit seinem gut, das des als wil ist, das er houptgout und schaden verrichten mag, di weil sol man in nicht hoher treiben." 78. Stat. v. 28. Aug. 1359. Rössler S. 51. Bis Und ob ist es nur eine ausführlichere Fixirung von 68.): „Wir . . richter . . . und dy ander unser eydgenoss gesworn purger der stat ze Prage bekennen, das wir mit den eltisten von der stat zu Prage haben das zu eim recht gefunden, wen ein man dem ander ein gelt schuldig ist und nicht mag noch en hat zu gelten, so sol man in, dem er schuldig ist, bey der hant antworten, und wen das geschiehet, so sol er in halten noch kalt noch warm, aber in kein fessern, noch in keinen panten, und sol im nor wasser und prot zessen geben, es wer den das er im icht mer von gnaden geben wolt, oder ob er gestaten wolt, das im sein freunt icht mer geben, das stet zu im. Entrint er aber aus der fanknuss, so soll man in echten auf das host recht; stirbt er aber in der selb fanknuss, der, der in helt, soll dar umb nyemant antworten. Und ob einer eim Jud schuldig wer und im nicht zu gelten hett, so sol der Jud ein ersamen christen

Anhang.

§. 138.

Umbildung des Gerichtsverfahrens durch Aufnahme des fremden Rechts.

I. Während des ganzen Mittelalters ging neben dem Verfahren in den mannigfaltigen weltlichen Gerichten das in den geistlichen Gerichten seinen

---

haben, der im sein schuldigen halt in aller der weis, als da vorgeschriben stet." 79. (Der Geständige muss dem Gast in 14 Tagen zahlen). Sehr ausführlich ist das Brünner Recht, Cap. de debitis bei Rössler S. 83—90., das über Pfändung und Schuldhaft genaue Bestimmungen enthält. Sehr ausführlich und genau war das flandrische Recht. Vgl. Warnkönig III. S. 312 ff. Näheres im Privatrechte Kap. III. num. IV.

[3]) Marculfi form. append. 7. notitia de terra evindicata (Walter Corp. jur. germ. III. p. 346.).

[4]) Sachsp. I. 70. §. 1. „Hevet en man geklaget uppe gut to dren dingen, man sal ine dar in wisen unde sal is ine geweldigen; dar ne mut in nieman ut wisen, he ne du't mit rechter klage. Die inwisunge mach die man untreden binnen der jartale uppe'n hilgen, he mut aver dat gut to hant vore stan unde to nesten dren dingen of man dar up klaget." III. 82. §. 2. „Svie en gut enem anderen gift unde let it in sine gewere, dar he selve nene gewere an ne hadde, unde wert jene von gerichtes halven dar in gewiset; jene die de gewere hevet mut die inwisunge wol wederspreken und jenen utwisen deste he't voresta to'me nesten utgelegedeme dinge wende; en man n'is nicht plichtich sine were to rumene, he ne werde dar umme beklaget unde vorgeladet; wert jeneme de were denne erdelt, unde wiset man ine denne dar in von gerichtes halven, so ne mut man ine nicht utwisen, man ne du't mit ordelen." III. 83. 1. „Svat man enem manne oder wive gift, dat solen sie besitten dre dage. Svat sie mit klage irvorderet, oder uppe sie geervet wert, des ne dorven sie nicht besitten." Schwabsp. c. 65. 358. W. u. a. Die Parallelstellen der spätern sächs. Rechtsbücher s. bei Homeyer in seiner Ausgabe zu den citirten Art. des Sachsp. — Brünner Schöffenbuch art. 407 (Rössler S. 187.): „Judex etiam tenetur sententias a juratis prolatas exequi reverenter, ut, si accusatori res immobilis fuerit adjudicata, ipsum mittat in possessionem rei ejusdem, in ea ipsum viriliter manutenendo; quia non sufficit quem mittere in possessionem, nisi in eam missus tueatur. Si autem res sit mobilis, ipsam actori cum effectu praecipiat praesentari. Sed si reus a petitione actoris fuerit per sententiam absolutus, ex tunc ipsum judex in jure suo similiter tueatur, actori super eo perpetuum silentium imponendo."

Gang.[1]) Ihm fielen, jedoch nicht überall in gleichem Umfange, ausser den kirchlichen Sachen eine Menge von bürgerlichen und peinlichen Rechtssachen zu, welche keineswegs kirchlicher Natur sind. Das Verfahren, welches man in diesen geistlichen Gerichten anwandte, war in Civilsachen ein Prozess, der gebaut auf römischem Rechte durch die Theorie besonders der Schule zu Bologna und die Praktiker des 14. u. 15. Jahrhunderts aus dem germanischen Rechte vielfache Elemente aufgenommen und allmälig alle jene Punkte abgestreift hatte, welche mit der römischen Staats- und Gerichts-Verfassung im Zusammenhange standen. Es war ein Prozess entstanden, der im Ganzen[2]) die auf nationalen Anschauungen ruhenden Sätze abgestreift und rein logische Sätze hingestellt hatte, welche die Entscheidung des Richters herbeiführten. Damit war von selbst das Beweisrecht zu einer Beweispflicht geworden, soweit der Gegner nicht anerkannte. Es hatte sich so der Beweis als eine Pflicht des Behauptenden hingestellt. Hiermit hing zusammen, dass die Beweismittel keine der einen Partei allein gehörigen Mittel waren, um ihren Anspruch über den Gegner zu gewinnen, sondern objective Momente, aus welchen der Richter auf die Begründetheit oder Unzulässigkeit des Anspruches schloss. Sie waren von selbst hierdurch gemeinsam. Auch war es nothwendig die Thatsache, welche zu erweisen war, nicht das Recht; dies zu wissen und nach den logischen Beweisregeln auf die Thatsachen anzuwenden, ist die Pflicht und Aufgabe des Richters. In der kirchlichen Verfassung lag weiter von selbst gegeben, dass der Richter, wenn wir unter ihm den Inhaber der Gerichtsbarkeit verstehen, die Rechtsprechung hatte, nicht aber, dass Urtheiler das Recht fanden. Es waren die Bischöfe, ihre Officiale u. s. w., welche urtheilten. Die von jeher in der Kirche gebräuchliche Feststellung aller Verhältnisse führte auch im Verfahren zur schriftlichen Fixirung aller Akte. Hierzu trug noch bei einerseits der aus dem römischen Rechte in seinen Grundzügen entlehnte Gebrauch der schriftlichen Klage, welcher mit der schriftlichen Feststellung um so nothwendiger wurde, als bereits in den ersten drei Jahrhunderten die Zulässigkeit der Berufung von den Urtheilen der Bischöfe an die Provinzialsynoden (Metropoliten) und auch an den Papst eine feste Ausbildung erlangte. So bildete sich ein kirchlicher Prozess,

---

[1]) Vgl. meine Quellen des Kirchenrechts (Allg. kath. Kirchenr. I. Bd.) S. 388 f. 396 ff. und mein System des Kirchenr. (Bd. II.) S. 377—389. 405—415., welche Literatur nachweisen.

[2]) Einzelnes erhielt sich auch im Civilverfahren, in Rom selbst bis auf die neueste Zeit, z. B. das jusjurandum cum septima manu und der Eid der Parteien bei der Nullitätsklage wegen Impotenz (siehe mein Handb. des kath. Eherechts, Giess. 1855. S. 99 ff.; dies hat der österr. kirchl. Eheprocess mit Recht aufgegeben), die Zulässigkeit der Verwandten als Zeugen in Ehesachen (mein Eheproc. S. 169 f.) u. A.

dessen Durchführung von Anstellung der Klage bis zum Urtheile in Schriftsätzen sich bewegte. Der Beweis bestand in aktenmässiger Feststellung aller Thatsachen, welche nach dem richterlichen Urtheile für die Entscheidung erheblich schienen, durch die von den Parteien beigebrachten Beweismittel (Urkunden, Zeugenaussagen, Augenschein, Gerichtszeugniss, Geständniss, Eid), deren Anwendung der Richter vornahm.

II. In peinlichen Rechtssachen hatte das Verfahren bis ins 13. Jahrhundert hinein einen doppelten Charakter, indem einerseits die Anklage auf der römisch-rechtlichen Grundlage mit dem hierauf beruhenden Prozesse in Anwendung blieb, andrerseits schon früh die Pflicht der Kirche zur Erforschung der gegen christliche Sitte verstossenden Handlungen hervorgehoben und gehandhabt wurde.[3]) Bis ins dreizehnte Jahrhundert war das peinliche Verfahren dem vor den weltlichen Gerichten noch ziemlich ähnlich. Seitdem nahm es aber in Folge des Abwerfens mancher Sätze und Formen, welche auf germanischer Sitte und Anschauung ruheten, und der Aufnahme einer Beweistheorie, welche auch hier auf Feststellung der Thatsachen ging, um dem Richter für sein auf diese zu gründendes Urtheil ein festes Substrat zu geben, allmälig einen ganz andern Charakter an. Dies war um so mehr der Fall, als die Bedeutung gewisser Vergehen für die Kirche wie überhaupt die Gesellschaft, nemlich der Häresie und der damit zusammenhängenden, dahin führte, die Untersuchung von Amtswegen sowie die Erforschung der Wahrheit durch den Richter aufzunehmen.[4]) Blieben daneben auch die Anklage sowie andere Formen bestehen, so legte man doch allmälig auf die amtliche Feststellung das Hauptgewicht, so dass aller Criminalprozess materiell zum Inquisitionsprozesse wurde, obgleich bis auf die neueste Zeit der Erfolg, die Zuerkennung von Strafen, nach der Veranlassung des Verfahrens eine sehr verschiedene blieb. Damit aber stand die Nothwendigkeit der

---

[3]) In den Sendgerichten. Siehe Dove Untersuchungen über die Sendgerichte in Zeitschr. f. deutsch. Recht XIX. (1859) S. 321—394., der die Literatur angiebt. Es ist gewiss richtig, wie von Vielen bemerkt ist, dass die Vehmgerichte aus den Sendgerichten die öffentliche Anklage hernahmen. Aus letzteren und den alten placita legalia erhielten sich noch Rügegerichte unter dem Namen stille Wahrheiten, souveraine Waerheden, generalis veritas, in Flandern. Warnkönig Flandr. Rechtsgesch. III. S. 332 ff. Ebenso in Frankreich die franches, communes verités. Auch in Deutschland kommen sie, abgesehen von Westfalen, noch bis ins 18. Jahrhundert vor.

[4]) Ueber die Geschichte des Inquisitionsprozesses vgl. F. A. Biener Beiträge zu der Geschichte des Inquisitionsprozesses und der Geschwornen-Gerichte, Leipz. 1827.

schriftlichen Procedur in inniger Verbindung, weil einmal in der Kirche überhaupt keine stehenden placita sind,[5]) für die Erforschung der Wahrheit sodann manche Akte erforderlich werden, die nur allmälig und selbst heimlich d. h. nicht öffentlich vorgenommen werden müssen.

III. Dieser kirchliche canonisch-römische Prozess wurde auf den Universitäten gelehrt, in zahlreichen Werken bearbeitet; er lag in dem kirchlichen Gesetzbuche (Corpus juris canonici), während der germanische Prozess durch das ganze Mittelalter auf den Universitäten vollständig ignorirt wurde. Mit den oben dargestellten (§§. 90. 102 ff. 120. 121.) Umänderungen und der Aufnahme des fremden Rechts erfolgte mehr und mehr auch die Aufnahme des fremden Prozesses. Dieser war einmal schon durch die Glosse zum Sachsenspiegel und die Rechtsbücher des 14. und 15. Jahrhunderts (§. 64 ff.) bekannter geworden und hatte dem deutschen Rechte manchen Satz abgetreten. Hierzu kam, dass seit dem 13. Jahrhundert viele bis dahin der kirchlichen Gerichtsbarkeit unterliegenden Gegenstände den weltlichen Gerichten zufielen, wobei es kein Wunder nimmt, dass man die bisher angewandten Formen beibehielt. Je mehr sodann gelehrte Juristen aufkamen, desto grössern Einfluss erlangte das fremde Recht. Am Frühesten vollzog sich dessen Aufnahme auf dem Gebiete des Criminalrechts mit dem Abwerfen der alten Beweisformen (Gottesurtheile, Reinigungseid) und der Annahme des untersuchenden Prinzips, sowie neuer Mittel zur Feststellung der Wahrheit (Abhörung von Zeugen, welche der Richter aussucht, vor Allem aber die Tortur). Auf dem Gebiete des Civilverfahrens erhielt sich zwar das alte Recht länger. Mit der gänzlichen Umänderung der Gerichtsverfassung und der Aufnahme des fremden Rechts drang aber auch für dieses der fremde Prozess ein. Die dem Reichskammergerichte gegebene Ordnung beruhet ebenso als die Halsgerichtsordnung auf dem fremden Prozessrechte; beide haben bewirkt, dass dieses nunmehr in allen Territorien für die Obergerichte wie auch die ordentlichen Landgerichte aufkam,[6]) wie die Gerichtsordnungen des 16. Jahrh. beweisen. Vereinzelt erhielt sich allerdings das alte Verfahren bis ins 18. selbst in den Anfang des 19. Jahrhundert, besonders in den Resten der Vehmgerichte und in einigen Arten von Gerichten für gewisse ländliche Angelegenheiten.

IV. Die Folge dieser Aufnahme des fremden Rechts war im 15. und theilweise 16. Jahrhundert ein Verfahren, das gemischt war, bestehend aus deutschen und römisch-canonischen Sätzen und Instituten. In Praxis und

[5]) Die kirchlichen Rügegerichte (nota 3.) sind für die spätere Zeit auf die Bildung des Rechts ohne besondern Einfluss.

[6]) Siehe Oben §. 124. besonders die nota 2.

Theorie siegte aber letzteres Recht und es bildete sich ein durchaus in Civil- und Strafsachen rein schriftliches Verfahren aus. Erst in der neuesten Zeit ist mit dem wiedererwachten öffentlichen Leben auch das Streben nach mündlichem und öffentlichem Verfahren rege geworden. Dasselbe hat im Strafprozesse bis zu einem gewissen Grade fast überall seine Befriedigung erlangt, ohne dass aber damit zugleich allenthalben die Beweisführung sich wesentlich geändert hat; im Civilprozesse ist hingegen Oeffentlichkeit und Mündlichkeit nur in einzelnen Staaten durchgeführt, wobei man jedoch mit Recht die logische Beweistheorie des fremden Rechts behalten hat.

DRITTES BUCH.

Geschichte des Privatrechts.*)

Erstes Kapitel.

§. 139.

I. Ueberblick über die historische Entwicklung.

I. Die Aufgabe des Rechts für die menschliche Gesellschaft bringt nothwendig eine Wechselbeziehung in der Stellung des Individuum als solchen und als Glied einer Gemeinde, einer Staatsverbindung hervor, indem die fast unerlässliche Berührung mit andern auf jedem Schritte des Lebens getragen werden muss durch eine Ordnung, deren Festigkeit vom Einzelwillen unabhängig ist. Ob aber die Stellung des Individuum in höherem oder niedrigerem Grade bedingt und getragen werde von seiner Berechtigung zur Mitleitung der ganzen Gesellschaft innerhalb eines Volkes, eines Landes, das hängt von dem Charakter des Volkes, der Nationalität, von seiner Geschichte und der Gestalt ab, welche auf dieser Grundlage dessen gesellschaftliche Ordnung annahm.

Für die germanischen Völker und das deutsche Volk insbesondere lehrt die Geschichte, dass anfänglich die Rechtsfähigkeit überhaupt bedingt war durch die Nationalität. Das Recht ist ein angestammtes, angebornes;

*) Belege für die Geschichte der Privatrechtsinstitute wie deren heutige Gestaltung giebt in sehr reichhaltigem Maasse der ausgezeichnete „Grundriss zu Vorlesungen über das deutsche Privatrecht mit Einschluss des Lehn- und Handelsrechts nebst beigefügten Quellen von Wilh. Theod. Kraut, 4. Aufl. Gött. 1858. (Erste 1829). — Das am Ende abgedruckte Verzeichniss der Quellenstellen ersetzt den jedesmaligen Nachweis der Seiten, an welchen manche oft allegirte Quellenbelege abgedruckt sind. Bei der Mittheilung solcher leitete mich vor Allem der Gesichtspunkt, wo möglich ein Bild der Rechtsentwicklung in dem ganzen Gebiete des deutschen Rechts zu geben.

wessen Nation als solche anerkannt war, der lebte auch in der Regel nach deren Rechte, wo er immer sich aufhielt. Hierdurch erscheint äusserlich das Recht als ein um das Individuum gezogener Kreis von Befugnissen, als die Sphäre seines subjectiven Willens. Solange die nationale Verbindung blieb, war von selbst die individuelle Rechtsfähigkeit verbunden mit der öffentlichen; wer nicht als Glied der herrschenden Nation anerkannt war, konnte nur durch ein Glied derselben, gedeckt durch eine fremde Persönlichkeit, Befugnisse, Rechte haben. Diesen war ein Schutz dadurch gewährt, dass sie dem einzelnen Dritten wie dem Volke gegenüber als Rechte des vertretenden Herrn erscheinen.

II. Mit dem Fortfalle der ausschliesslichen nationalen Staatsverbindung, mit der Zusammenschmelzung verschiedener gentes zu einem neuen Volke und der Bildung einer Ordnung im fränkischen Reiche, welche sich auf fremde Nationen erstreckte, änderte sich nothwendig das frühere Princip. Neben die aus der Nation erwachsene Rechtsordnung, das Herkommen, die von der Nation ausgehende lex, das pactum (pactus) der gleicherweise befugten Volksgenossen, trat die mit gleicher Kraft ausgerüstete, vom Volke angenommene Ordnung des Königs. In dem Stammeslande hatte sich allmälig das Gebiet der Geltung des Stammesrechts abgeschlossen. Denn trug auch der Einzelne sein Recht mit sich, so musste gleichwohl, weil thatsächlich die aus einem bestimmten Lande stammenden Personen so sehr ihr Leben im Lande vollbringen, dass die Wenigen, welche dauernd oder zeitweilig ausserhalb desselben sich befinden, nicht in Betracht kommen, nach und nach Stammesrecht und Landesrecht zusammenfallen. Diese Entwicklung ist erst vollständig in der Neuzeit eingetreten. Aber trotzdem wurde schon in der fränkischen Zeit der Keim gelegt, aus welchem die Umbildung des ältern Prinzips hervorging. Hatte zweifelsohne in der ältern Zeit jeder Nationale seine Vollberechtigung, so trat dies Merkmal mit der Bildung von Ständen in den Hintergrund. Von ihnen hing im Mittelalter das Maass der Berechtigung in Sachen der allgemeinen Ordnung ab. Aus dem Stammesrechte wurde ein Geburts-, Standes-Recht. Danach trennte sich das Recht des Mittelalters in ein Land-, Lehen-, Stadt-, Hofesrecht u. s. w. Die Bildung der Stände (§§. 52 ff., 83 ff.) war gerade so erfolgt, dass einzelne Personen als ihre Rechte Befugnisse erworben hatten, welche in älterer Zeit Allen, später dem Könige als Haupte Aller, zukamen, Andere hingegen aus dem Besitze selbiger Rechte verdrängt wurden oder sie nur in einem veränderten Sinne ausübten. Eine der Grundlagen dieser Umgestaltung war ein Object des Einzelnwillens, der in die Sphäre des Privatrechts fallende Grundbesitz. Mit ihm verband sich eine Menge von Rechten und Pflichten, welche in ihrer Quelle öffentlicher Natur waren. Er bildete in der Gestalt des feudum das

Band, welches die Verbindung zwischen der königlichen Gewalt und den Fürsten, zwischen diesen und der bevorrechteten Klasse der Unterthanen herstellte und bis ins 17. Jahrhundert unbedingt, ja selbst bis tief ins achtzehnte hinein die Staatsgewalt als ein patrimoniales Recht erscheinen liess. Dies führte zu vielfachen Erweiterungen und Beschränkungen des Rechts am Grund und Boden je nach dem Stande des Besitzers. Dass aber der Grundbesitz eine solche Rolle im Mittelalter spielte, erklärt sich wieder aus der Bedeutung, welche ihm für die Stellung des Individuums innerhalb der Gemeinde schon in der ältesten Zeit beiwohnte. Hieraus begreift sich auch, dass der Erwerb von Grund und Boden als ein die Gesammtheit angehendes Geschäft erscheint und mit andern auf die rechtliche Stellung Einfluss übenden Akten eine Publicität annahm, welche sich überhaupt auf alle dinglichen Rechte erstreckte und im heutigen Rechte erhalten hat, obgleich die historischen Gründe durch andere ersetzt sind. Die ständische Gliederung der Gesellschaft führte weiter zu Rechtsformen auf Gebieten, die an sich als auf rein natürlicher Grundlage beruhend von öffentlicher Berechtigung unabhängig sind. Dahin gehört die Ausschliessung der Ehe zwischen Ungenossen beziehentlich der Verlust von Rechten in einer solchen nach älterm, die Missheirath nach späterm Rechte. Das Vorwiegen des öffentlichen Rechts führte im Erbrechte zu dem Zurücktreten der Weiber hinter den Männern, zur Vormundschaft über das weibliche Geschlecht, zur Pflicht des Richters, aller der Selbstvertretung unfähigen Personen Vormund zu sein u. dgl. m. Im Zusammenhange hiermit steht die Abhängigkeit der Rechte von der Mitgliedschaft der einen Kirche, an deren Stelle seit dem 16. Jahrhundert die Eigenschaft eines Bekenners der drei im Reiche anerkannten Religionen trat.

III. So bietet das Mittelalter die Erscheinung eines vielfach verschiedenen Privatrechts, welche auch im jetzigen Rechte noch mehrfache Spuren zurückgelassen hat. Erst als die alten Standesverschiedenheiten gefallen waren, an die Stelle des Lehnsstaates der moderne Staatsbegriff der öffentlichen Gewalt über die Einwohner des Territoriums als Folge der Angehörigkeit an dieses trat, das Erforderniss der bestimmten Kirchlichkeit fortfiel, konnte sich das Privatrecht im Ganzen zu einem allgemeinen der Staatseinwohner herausbilden. Von dieser Entwicklung war aber nur ein Schritt bis zu jener, die sich in einem Lande bereits vollzogen, im andern im Werden ist, in allen aber mehr oder minder deutlich vorbereitet, wonach die Privatrechtsfähigkeit, sobald die natürlichen Bedingungen der Rechts- und Handlungsfähigkeit vorliegen, nach dem allgemeinen Rechte unbedingt Jedem zusteht, zugleich aber die öffentliche Rechtsfähigkeit im Prinzipe als Ausfluss der ungeschmälerten Staatsbürgerschaft erscheint. Zwar gibt es noch einzelne Erweiterungen und im Vergleiche zu diesen relative Minderungen. Solche erscheinen aber nur

bei einzelnen Klassen und in einzelnen Ländern als Ausfluss der historischen Stellung der betreffenden Klassen und Individuen, im Ganzen hingegen lediglich als Folge von rein gesetzlichen Bestimmungen, deren Grund bald in einem Sträuben gegen die Gleichmachung aller Stände, bald in reinen Nützlichkeitsrücksichten oder darin ruhet, dass die absolut gleiche Theilnahme Aller an der Leitung des Staats ein in Wirklichkeit undurchführbares und nach Lehre der Geschichte zur Selbstauflösung oder zum Despotismus führendes Experiment ist.

IV. Mit der engen Verbindung zwischen öffentlichem und Privatrechte hängt der Reichthum an Rechtsformen zusammen, welchen das deutsche Recht auf dem Gebiete des Eigenthums am Grund und Boden, im ehelichen Güter- und Erbrechte darbietet im Gegensatze zu der geringen Ausbildung anderer Theile des Privatrechts. Denn so lange als hervorstechender Zug des deutschen Geistes das öffentliche Rechtsleben blieb, war die Stabilität aller Verhältnisse eine nothwendige, das Zurücktreten des Verkehrsrechtes eine selbstverständliche Folge. Letzteres beginnt deshalb auch nur dort sich zu bilden, wo die gleiche Lage Aller und mit ihr die aus dem Charakter der Stadt sich ergebende gleichmässigere Lebensweise und Beschäftigung zum Verkehre in loseren, im Augenblicke zu knüpfenden und zu lösenden, Verhältnissen drängte, in den Städten. Was auf dem Lande die mit Grund und Boden zusammenhängenden Rechte und Pflichten waren, mussten in den Städten die Verträge ersetzen. Mit der Umänderung der alten Verhältnisse und dem gänzlich veränderten Charakter der Städte trat dies Bedürfniss für alle Klassen des Volkes ein; in der neuesten Zeit wurde dasselbe durch die Entlastung von Grund und Boden ein unbedingtes. Mit dieser Entwicklung ging gleichen Schritt die Erweiterung des Gebiets der Forderungsrechte, welchem die vorzugsweise auf diesem vermittelte Aufnahme des fremden Rechtes lange Zeit genügte, bis sich auf Grund der gänzlich veränderten sozialen Zustände sowie der Ausbildung der modernen Industrie neue und der Art eingreifende Verkehrsformen bildeten, dass das jetzige Obligationenrecht einen Reichthum zeigt, gegen den das römische Recht verschwindet, so sehr auch dessen Sätze wegen ihrer innern Richtigkeit und juristischen Vollendung die ewige Basis bleiben werden.

V. Das Resultat der Geschichte ist, dass der Besitz der vollen privaten Rechtsfähigkeit durch die öffentliche Stellung des Individuums nicht mehr bedingt ist, die Privatrechte gleich allen andern Rechten lediglich unter der Herrschaft des Gesetzes stehen.

II. Die Grundlagen.

§. 140.

a. Die Freiheit.*)

I. Die Freiheit erscheint von jeher als Grundlage und Bedingung der Fähigkeit zum Haben und Ueben aller Rechte, welche der Einzelne im individuellen Kreise der Familie, innerhalb seines Hauses und Hofes, im vermögensrechtlichen Verkehre mit allen übrigen Individuen, erwerben kann. Wer darum in Unfreiheit sich befand, entbehrte anfänglich als Person dieser Fähigkeit vollends. Insoweit zwischen der Vollfreiheit und Knechtschaft Mittelstufen lagen, fand sich auch die theilweise Fähigkeit in privatrechtlicher Beziehung.

II. Als die öffentlichen Rechte nicht mehr allein von der blossen Freiheit getragen und bedingt wurden in Folge des Zurücktretens der Freiheit im alten Sinne und ihrer Umbildung durch die mittelalterlichen Stände, gab die alte Freiheit allein nicht mehr die volle Rechtsfähigkeit. Denn alle Rechte, welche einen höhern Stand voraussetzten, hatte ohne diesen der blosse Freie nicht; zugleich verlor er damit die Fähigkeit zum Erwerbe solcher Privatrechte, mit denen jene verknüpft waren. Der Gemeinfreie des Mittelalters konnte kein Reichslehen noch ein Ritterlehen erwerben. An die Stelle der alten Freiheit war die der Reichsunmittelbaren getreten; zu dieser gesellte sich ungeachtet des Dienstverhältnisses eine zweite, welche dem Ritter- und Ministerialenstande beiwohnte. So war es nicht mehr die private Unabhängigkeit, welche die Freiheit bestimmte. Gleichwohl hat auch seitdem die zwar begrifflich umgestaltete Freiheit die frühere Wirkung, so dass im Ganzen der schlichte freie Landmann gegenüber dem Adel und Bürgerstande zurücktrat, und mit den Unfreien auch in ein Verhältniss der Abhängigkeit kam, welches ein privates war, insoweit es einem Andern als dem Landesherrn unterwarf, ein öffentliches, insofern die Rechte des Herrn in ihrer Grundlage nicht reine Privatrechte bildeten.

III. Erst von da ab, wo die Uebung obrigkeitlicher Rechte durch Unterthanen als Ausfluss des Grundbesitzes u. s. w. gefallen ist, hat sich wieder die gemeine Freiheit in den Vordergrund gestellt. Ihr Begriff war jedoch dadurch von dem der ältern und mittlern verschieden, dass nunmehr als frei erschien, wer nur dem Gesetze und der Staatsgewalt unterstand, so dass jede persönliche Verpflichtung gegenüber Dritten nur auf dem Willen der

---

*) Vgl. die §§. 12. 52—56. 84—89. 105—107.

Person oder einem vom Gesetze anerkannten Rechtsgrunde beruhen konnte. Diese Freiheit Aller war die Folge der neuern Rechtsentwicklung.

IV. Der Einfluss der Freiheit zeigt sich im Privatrechte zunächst rücksichtlich der ganzen Stellung des Individuums (§§. 141. 142.), sodann am Meisten bei jenen Verhältnissen, welche als Grundlage der Rechtsstellung erscheinen (Ehe, Erbrecht) oder im deutschen Rechte zusammenhingen mit der öffentlichen Rechtsfähigkeit (Grundeigenthum), am Geringsten dort, wo der individuelle Wille die Quelle des Rechts wird (Forderungsrechte, Verträge). Die Modifikationen der Freiheit haben zur Bildung zahlreicher Rechtsformen geführt (Lehen, Lasten des Grund und Bodens u. dgl.). Ebenso hat die von der Freiheit abhängige politische Stellung, die Befugniss und Fähigkeit zur vollen Vertretung seiner Rechte mannigfaltige Erscheinungen und Formen (Vormundschaft über Weiber, Ausschluss derselben von der Erbfolge u. dgl.) hervorgerufen. Im Zusammenhange hiermit stehen die Rechtssätze und Rechtsinstitute, welche sämmtlich mehr oder minder dahin zielen, die vermögensrechtliche Grundlage für die Stellung der Familie und deren Glieder im Staate zu sichern (Rechte der Erben am Gute des Lebenden, Erbverzichte von Töchtern, Stammgut, Familienfideicommisse, manche Retractrechte).

V. So entschieden auch der Zusammenhang des Privatrechts mit dem öffentlichen sich in der Geschichte des deutschen Rechts stets ausprägt, zeigt sich doch auch hier wie allerwärts, dass politische Neubildungen nicht sofort auf das Privatrecht gestaltend einwirken, vielmehr die Bildung des letztern eine stetigere ist. Wir finden, dass manche Institute erst dann fielen, als ihre Basis bereits so lange entschwunden war, dass sie in der That dem oberflächlichen Beobachter als eine reine Anomalie auffallen mussten. Manche haben sich nur geändert, obwohl ihre Grundlage längst zerstört ist, manche sind erst in der neuesten Zeit durch Akte der Gesetzgebung mit Gewalt aufgehoben, manche endlich haben sich noch bis auf den heutigen Tag erhalten und constatiren die Scheide von Zeiten, deren eine verschwundene Hälfte in der Gliederung der menschlichen Gesellschaft nach Ständen eine göttliche Ordnung und in ihr das Heil sah, indem sie deren Gegengewicht und gemeinsames Interesse als wirksamen Gegendruck gegen die destructiven Mächte betrachtete, deren andere gegenwärtige in der völligen Gleichheit Aller im Sinne der Gleichmachung jeden sozialen Unterschied des rechtlichen Einflusses zu entkleiden und hierdurch zu verwischen trachtend nur jene Unterschiede anerkennen will, welche sich nicht ändern lassen oder auf dem Prinzipe des alles regierenden Geldes beruhen. Auf der richtigen Lösung ruhet das Geschick der Völker.

§. 141.

b. Die Ehre.*)

I. Die Achtung einer Person bei ihren Mitmenschen, ihr Ruf ist verschieden nach der Stellung der Person als Glied des Ganzen oder eines Standes, so dass wir eine gemeine und Standesehre haben. Während die Folgen der letztern besondere sind (§. 142.), hat jene allgemeine. Der Grund aller Ehre erscheint in der zumeist nationalen Anschauung über das, was ziemt;[1]) deshalb kennt das älteste Recht nur bei dem Freien den Anspruch auf volle Anerkennung, die bei dem Minderfreien geschwächt, bei dem Knechte nicht vorhanden ist. Aus gleicher Ursache hat sich im Mittelalter die Ehre in ihrer juristischen Gestalt als rechtliche Ehre, Ehre mit bestimmten Rechtsfolgen, zu einer ständischen gestaltet und nach der rechtlichen Gliederung der Gesellschaft vorzüglich ihre Bedeutung für die Standesrechte. Daneben aber hat die allgemeine Menschenwürde insoweit sich auch directe rechtliche Anerkennung verschafft, dass deren Minderung durch Handlungen oder in Folge eines Zustandes, wie sie in der geringeren Meinung Anderer sich ausprägt, rechtliche Wirkungen äussert. Diese gemeine Ehre gewann an erhöheter Bedeutung mit dem allmäligen Sinken der ständischen Gesellschaftsgliederung; die Territorialität der Neuzeit musste sie auf dem Rechtsgebiete als Recht des in seiner (Menschenwürde und) Rechtspersönlichkeit unbedingt anzuerkennenden Staatsbürgers auffassen. So trat die bürgerliche (§. 106.) Ehre an die Stelle der ältern Formen und wurde mit der eingetretenen Gleichheit der Stände vor dem Gesetze zur gemeinen Ehre. Neben ihr kann Standesmeinung nur noch einen sozialen Einfluss und insofern für den besondern Stand einen rechtlichen äussern, als das Recht diese Wirkung anerkennt. Mit dieser Umwandlung war zugleich gegeben, dass nicht die blosse Entziehung der Achtung im Kreise der Rechtsgenossen den Jedem zustehenden guten Ruf, seinen ehrlichen Namen im rechtlichen Sinne, befleckt, sondern dazu erforderlich ist ein Rechtssatz, der denselben wegen eines Zustandes abspricht, oder ein Ausspruch des Richters, der die Ehre nimmt.

II. Jemandes Ruf, Leumund, Gerüchte ist unbesprochen, unbe-

---

*) Th. Marezoll Ueber die bürgerl. Ehre, Giess. 1824. J. F. Budde Ueber Rechtlosigkeit, Ehrlosigkeit u. Echtlosigkeit, Bonn 1842. J. Hillebrand Ueber die gänzliche und theilweise Entziehung der Ehre nach den Rechtsbüchern des Mittelalters, Giess. 1844. Andere Literatur bei Gengler Deutsch. Privatrecht S. 106 ff. Vgl. Grimm R.A. S. 711 ff., Zöpfl R.G. S. 967 ff., Walter R.G. §§. 679—684.

[1]) Vgl. die Stellen des §. 10. n. 3. §. 11. n. 2. 3. 4. §. 15. n. 1. 2.

scholten, fromm, gut, oder unecht, ehrlos u. dgl. Das Letztere trat im Mittelalter[2]) ein in den Formen der Echtlosigkeit, Rechtlosigkeit, Ehrlosigkeit.

Die Echtlosigkeit hat mehrfache Bedeutungen, indem sie als Folge der Aechtung ausserhalb der Rechtsordnung setzt[3]), bürgerlich todt macht, somit als höchste Wirkung eines Verbrechens erscheint. Eine zweite Bedeutung lässt sie mit Rechtlosigkeit zusammenfallen, eine dritte endlich fasst sie auf als den Abgang der Familienrechte,[4]) so dass uneheliche Kinder als unecht erscheinen.

Rechtlosigkeit[5]) tritt ein als Folge der Acht, sodann bei Ueberführung vor Gericht wegen gewisser Verbrechen, mag die ehrenkränkende Strafe vollzogen oder abgewendet sein, — ferner durch die uneheliche Geburt, endlich

---

[2]) Die Volksrechte und Kapitularien haben kein festes System.

[3]) Sachsp. I. 51. §. 1. It is menich man rechtlos de nicht n'is echtlos; wende en rechtlos man mut wol elik wif nemen unde kindere bi ire gewinnen, di ime evenburdich sin; die muten ok wol sin erve nemen, unde irer muder also, wende sie en evenburdich sin; se ne tveien von in mit egenscap. — Echt man noch echt wif ne nimt ok unechtes mannes erve nicht.“ Die Stellen in Kraut Gdr. §. 71.

[4]) Ssp. I. 3. 3. (echtlik = legitime), I. 6. 2. „echt borene late“, I. 16. 2. I. 37. „Sve so enes mannes wif behuret openbare, oder wif oder maget nodeget, nimt he se dar na to echte, echt kint ne wint he nimmer bi ere.“ — I. 48. §. 1. „Alle die unecht geboren sin, oder de sik rechtlos gemaket hebbet, die ne mogen nenen vormünden hebben an ir klage, noch an irme kampe.“ — I. 51. §§. 1. 2. III. 54. 3.

[5]) Kraut a. a. O. n. 1. ff. — Sachsp. I. 38. §. 1. „Kempen unde ir kindere, spelüde, unde alle die unecht geborn sin, unde die düve oder rof sünet oder weder gevet, unde de des vor gerichte verwunnen werdet, oder die ir lif oder hut unde har ledeget, die sint alle rechtlos. — §. 2. Die ok jar unde dach in des rikes achte sin, die delt man rechtlos, unde verdelt in egen unde len, dat len den herren ledich, dat egen in die koningliken gewalt. Ne tiet de erven nicht ut ut der koningliken gewalt binnen jar unde dage mit irme ede, se verleset it mit sament jeneme, it ne neme in echtnot, dat se nicht vore komen ne mogen; de echten not sal man bewisen alse recht is.“ — I. 39. I. 48. 1., I. 50. 2. „Al si ok en man speleman oder unecht geboren, he n'is doch dieves noch roveres genot nicht, alse man kempen up ine leden moge.“ — I. 51. §. 1., I. 61. 4. „Jewelk man mut wol vorspreke sin binnen deme lande to sassen to lantrechte, sunder papen, den man an sime rechte bescelden ne mach.“ — I. 65. 2. „Sve lief oder hant ledeget, dat ime mit rechte verdelt is, die is rechtlos.“ II. 12. §. 3. 4. II. 13. 1. „. . So blift jene erenlos unde rechtlos“, der Dieb. III. 16. §. 2. „Rechtlose lüde ne solen nenen vormünden hebben. — §. 3. Des rikes achteren unde vervesten lüden ne darf neman antwerden, of sie klagen. Klaget aver man up sie, sie muten antwerden binnen deme gerichte, dar sie vervest sin.“ — III. 45. §. 9—11. beschreibt ihre Scheinbusse. In den bei Kraut abgedruckten Stellen findet sich dieselbe Anschauung mannigfach bestätigt. Sie liegt auch im Schwabenspiegel c. 38. 39. 41. W. u. a.

auf Grund einer verächtlichen Lebenweise. Ihre Wirkungen sind ungleich. Im letztern Falle, wo sie mit der Unechtheit zusammentrifft, äussert sie nur vorzugsweise auf dem Gebiete der Familie Wirkungen, in den andern entzieht sie die Fähigkeit zur Ausübung gewisser öffentlicher Rechte: Theilnahmeschaft an der Gerichts- (Gemeinde-) Versammlung (wofern nicht der Rechtlose Partei ist), Anspruch auf Vertreter im Gerichte, Vormund zu sein, Lehen zu besitzen. Hierzu kommen für die wegen Verbrechen Rechtlosen der Verlust des Reinigungseides und der beinahe gänzliche Mangel einer Busse, des Wehrgeldes.[6])

Die Ehrlosigkeit[7]) ist in ihrer Grundlage natürliche Folge von Handlungen, die das Vertrauen der Mitmenschen mit allem Rechte entzieht, sie also vom Erweisen der Ehre entbindet. Der ehrlose Charakter jener Handlungen kann sich offenbaren in dem Verletzen von Pflichten, die besonders heilig erscheinen, oder in einer den Menschen vor sich selbst erniedrigenden Sinnesart. Daher verknüpft das Recht die Ehrlosigkeit mit dem Bruche der Treue gegen den Staat (Heerflüchtigkeit), gegen den Herrn (Verletzung der Lehenstreue,

---

[6]) Der Richter hat das Gewedte, aber nicht der rechtlose Verletzte. Ssp. III. 45. §. 11. „Ane weregelt sin unechte lude. Doch sve so ir enen dodet oder wundet oder rovet, oder unechte wif nodeget, unde den vrede an en brict, man sal over in richten na vredes rechte.“ Man vergl. noch die Stellen des §. 129. 130. n. 7. 17., 133.

[7]) Sachsp. I. 5. §. 2. „Wif mach mit unkuschheit irs lives ire wifliken ere krenken; ire recht ne verlüst se dar mede nicht noch ir erve.“ (Kraut n. 54. 55.) I. 40. „Sve so trüwelos beredet wert, oder herevlüchtich ut des rikes denste, dem verdelt man sin ere unde sin lenrecht, unde nicht sin lif.“ — Schwsp. c. 43. W. „Swer triuwelôs oder flühtic ûz des riches dieneste wirt, dem verteilet man sîn erbe unde sîn lêhenreht, unde niht sînen lîp, unde alsô ob der herre selbe niht enfliuhet. fliuhet aber der herre vor, nâch des flühte enbrichet nieman sîne triwe.“ — Schsp. II. 13. 1., II. 19. 2., II. 29. (bei Diebstahl u. Raub), III. 78. 6. (Verwundung und Tödtung des Herrn Seitens des Mannes und vice versa aus Nothwehr macht nicht ehrlos) III. 84. 2. „Dodet en man sinen herren, he hevet verworcht sinen lif unde sin ere unde dat gut dat he von ime hadde. Dit selve verwerct die herre, of he sinen man dodet, unde die overherre ne mach sine kindere mit deme gude an den herren nicht weder wisen.“ — Vgl. Schwsp. c. 132. W. — Sächs. Lehnr. art. II. §. 1. „Papen wif dorpere koplüde, unde alle die rechtes darvet oder unecht geboren sin, unde alle die nicht ne sin von ridders art von vader unde von eldervader, die solen lehnrechtes darven.“ — Sachsp. (Landr.) III. 78. 4. „Die man mut ok vol volgen vor sines herren hus, unde die herre vor des mannes, unde die mach vor des mages, dar he um ungerichte mit deme gerüchte vore geladet wert, unde mut it san wol helpen breken, of man't mit rechte nicht ne untredet, unde ne dut weder sine trüwe nicht.“ — III. 78. 8. — Ein besonderer Fall ist auch die Untreue des Vormundes. Ssp. I. 41. Schwsp. c. 44. W. — Vgl. noch Schws. c. 229. W.

sofern nicht die höhere Pflicht des über der privaten Treue stehenden Gesetzes ruft) und mit der Unsittlichkeit der Weiber. Der letztere Fall hatte keine directen Rechtsfolgen; in jenen anderen hingegen traten solche nothwendig ein. Einmal nemlich ist das directeste Feld der persönlichen Thätigkeit der Kreis der Genossen. Dieser ist im Mittelalter am Engsten bei den durch die Lehentreue Verbundenen. Die Ehrlosigkeit zieht demnach auch die Lehenunfähigkeit herbei. Sie verbindet sich aber in allen Fällen mit der Rechtlosigkeit, wo der Grund dieser auf die Meinung des Kreises der Genossen nicht ohne Einfluss sein kann. So finden wir rechtlos und ehrlos zusammengestellt, Treue und Ehre in einer festen Verbindung.

III. Auf diese Art erscheint durch das ganze Mittelalter für das Gebiet des Privatrechts die Ehre als Bedingung des Vollgenusses aller Rechte. Der innere, obgleich in der concreten Redeweise der Quellen nicht ausgesprochene, Grund dieser Stellung ist der Zusammenhang der Familienrechte mit dem Stande der Person. Indem letzterer für die öffentliche Rechtsfähigkeit die durchgreifende Unterlage bildet, auf der die an sich privaten Beziehungen besonders zwischen Herrn und Mannen sich zu öffentlichen Rechtsverhältnissen gestaltet haben, nach deren Analogie auch die ähnlichen Institute einen öffentlichen Charakter annahmen (§. 87—89., 107.), äussert der Verlust der persönlichen Ehre directe öffentliche Folgen. Neben diesem Gesichtspunkte liegt jedoch in den Quellen ein zweiter. Es hat sich bereits gezeigt, dass nicht jede soziale Ehrminderung rechtliche Folgen herbeiführt, dass aber, wo dies der Fall ist, dieselben nie rein private sind ausser den bei unehelichen Kindern, denen in staatsrechtlicher Hinsicht nur die Lehenfolgefähigkeit abging. Je mehr sich sodann der Charakter des Staats ausprägte, äussert er auch hier Einfluss. Erscheint in der fränkischen Zeit vor Allem der Bruch des Königsfriedens und die Verletzung des besondern Königsschutzes, Amtsuntreue u. dgl., somit Verletzung der dem Könige schuldigen Treue, als Grund des Verlustes von Recht und Ehre, so tritt im Mittelalter jedes Verbrechen, das sich als Bruch des öffentlichen (Land-) Friedens darstellt, mit dieser Wirkung auf.[8]) Als mit der Abschliessung der Landeshoheit der Einfluss der

---

[8]) Frid. I. Const. contra incendiarios a. 1187 (Leg. II. p. 184.) belegt in den näher bestimmten Fällen die incendiarii mit dem Banne u. sagt: „Si quis autem a proscriptione et excommunicatione simul infra annum et diem non fuerit absolutus, universo iure et honore et legalitate sua privatus habeatur, ita ut in ferendo testimonio, vel ad causandum de cetero nequaquam sit admittendus. Omni quoque feodali iure perpetuo carebit.“ Treuga Heinr. reg. (Leg. II. p. 267.) c. 13. „Quicumque predam que reraup, et predam que sexanraup, et tertium quod sach (i. e. scach) dicitur, commiserit . . . . si, aufugerit, et ad juditium vocatus infra 15 dies non comparuerit, ut reus, ut infamis judicabitur. Si quis . . . manutenere et defendere presumpserit

Familien- und Standesstellung bei den Personen, welche nicht dem Adel angehörten, auf ihre öffentliche Rechtsfähigkeit allmälig darum fortfiel, weil diese Personen überhaupt in öffentlicher Beziehung gänzlich zurücktraten, konnte man zunächst den Unechten alle Rechte geben, soweit sie ohne Ehe sich denken lassen.[9]) Eine weitere Folge war, dass die Minderungen der Ehre jedweder Art für das öffentliche Rechtsgebiet nur dann Folgen erhielten, wenn ein Rechtssatz sie als Strafen mit einer bestimmten Strafart verband oder als selbstständige Strafen aussprach, immer also die Handlung als solche richterlich festgestellt war.[10]) Hiermit kam dann auch die Möglichkeit auf, dass der Richter die Ehre vorbehalten konnte.[11]) Die Wirkungen der Ehrenminde-

---

tam ipse detentor . . . proscribatur. Quod si detentor . . . . non resipuerit, cum reo pari infamie ac sententie subjacebit . . . 14 Hic autem qui in infamia que loimunt dicitur laborant, ad expurgationem nonnisi in publico iudicio admittentur; quorum tamen expurgationem iudex secundum suum arbitrium potest aggravare. Si autem loimunt contra quemquam probari debet, per plurum ac meliorum illius provincie confessionem hoc fieri debet." — Frid. II. Const. pac. Mogunt. a. 1235. c. 3. „Quod si per mortem alicujus treuge fuerint violate, et consanguineus interfecti aliquis probaverit secundum formam iam dictam, violator convictus perpetuo sit erenlos et rehtlos." Ebenso c. 5., c. 11. „Filius vero qui mortem patris fuerit machinatus, aut vulnerando aut vinculando manus violentas in eum iniecerit, si de hoc coram suo iudice fuerit convictus supra dicto modo omni iure omnique actu legitimo perpetuo sit ipso iure privatus, quod vulgo dicitur erenlos et rehtlos, nulla circa ipsum restitucione locum habente." — c. 12. „Item statuimus, ut quicumque per annum et diem in proscriptione imperatoris perstiterit, si actor ad cuius querelam fuit proscriptus, de hoc ipsum legitime convicerit coram nobis, per sentenciam nostram erenlos et rehtlos pronuncietur. Item quicumque inpetitur ab alio provocatus ad duellum pro crimine lese maiestatis, tamquam consilio vel auxilio contra nos aut imperium aliquid attemptaverit factiosum, si legitimis sibi induciis prefixis non comparuerit suam innocenciam purgaturus, per sentenciam nostram erenlos et rehtlos iudicetur. (Item pro perfidia vel homicidio quod dicitur mort.)" Vgl. auch Landfr. v. 1281 K. Rudolphs c. 1. („eilos ande regtlos" im Falle des c. 11. des von 1235) 2. 3. u. a.

[9]) Daher die Erbrechte der unehelichen Kinder. Kraut n. 88 ff.

[10]) Peinl. Halsger. Ordn. Art. 107. „Welcher vor Richter, oder Gericht einen gelehrten Meineid schwört, so derselbig Eid zeitlich Gut antrifft, das in dess, der also fälschlich geschworen hat, Nutz kommen, der ist zuförderst schuldig, wo er das vermag, solch fälschlich abgeschworen Gut dem Verletzten wieder zu kehren, soll auch darzu verleumbt, und aller Ehren entsetzt seyn." Art. 108. „So aber einer ein Urphede, mit Sachen, darum er das Leben nicht verwürkt hat, fürsetzlich und freventlich verbreche, der soll als ein Meineidiger, mit Abhauung der Hand oder Finger, und andern, wie im nächst obgemeldten Articul berührt, gestrafft werden." Art. 122. „So jemand sein Eheweib oder Kinder, um einigerley Geniess willen, wie die Nahmen haben, williglich zu unehrlichen, unkeuschen und schändlichen Werken gebrauchen läst, der ist Ehrloss, und soll nach Vermög gemeiner Rechten, gestrafft werden."

rung wurden dadurch von selbst wesentlich öffentlich rechtliche. Nur in zweierlei Beziehung erhielten sich private, nemlich insofern die ungeschmälerte Ehre zur Mitgliedschaft in Zünften oder ähnlichen Genossenschaften erforderlich blieb, und der Mangel der Ehre zur Verwerfung des Zeugnisses (Eid) vor Gericht oder zur Enterbung berechtigen konnte. Jener Fall streift aber wegen der Stellung der Korporationen an das öffentliche Recht, der letztere stellt sich heraus als ein nothwendiger Einfluss der sozialen Achtung. Als letzte Wirkung der Neuzeit trat die gänzliche Unabhängigkeit der Ehre von der Berufsart (Beschäftigung, Stand im vulgären Sinne) ein, ausser in dem Falle, wo diese eine Entwürdigung des sittlichen Menschen enthält.

IV. Die Hereinziehung römischrechtlicher Anschauungen und Normen, welche zwar von Einzelnen versucht ist, selbst in Gesetzen unklaren Wiederhall findet und noch bis auf unsere Tage festgehalten wird, ist durchaus unzulässig, indem jene Sätze dem Boden einer gänzlich fremden Volksanschauung und durchaus verschiedenen Staatsverfassung angehören.[12])

§. 142.

c. Die Ebenburt.*)

I. Der in die älteste Zeit hinaufreichende Unterschied von Klassen des Volkes, die in persönlicher Beziehung wie bezüglich der öffentlichen Rechtsfähigkeit eine höchst ungleiche Stellung hatten, verbunden mit der germanischen Anschauung über den Einfluss der Geburt auf den Werth und die Eigenschaften der Person[1]) brachte nothwendig für alle Seiten des Rechts-

---

[11]) Reichsschluss von 1668 (Neue Samml. IV. S. 55 fg.) §. Fürs Erste . . „also dass, wo einer entweder mit Worten, oder mit der That beschmähet, oder beschimpfet worden, kein ordentlicher Process verstattet, sondern, wann der beleidigte solches bey behöriger Instanz anzeiget, darinnen gantz summarie, und dergestalt verfahren werden sollte, dass, wann sich befindete, dass der Injuriant sich zu dem Beleidigten ohne Ursach genöthiget, der Injuriant, nebenst Refundirung der Unkosten, zu gebührender Satisfaction, vermittelst einer Ehrenerklärung, und öffentlichen Abbitte, oder Wiederruffs, (mit der dabey gefügten Erklärung, dass ohne grosse erhebliche Ursachen einiger Reservationi Honoris, wodurch, die Infamiam zu evitiren, per indirectum gesucht wird, nicht statt zu geben, sogar, dass auch der Richter, da er die Ehre ohne genugsame erhebliche Ursache vorbehalten sollte, selbst darum zu straffen wäre,) ohne alle Weitläuffigkeit vermögt."

[12]) Vgl. die Oben Genannten und von Savigny System des heutigen Römischen Reechts. II. S. 224 ff. (§. 83.).

*) C. G. Göhrum Geschichtliche Darstellung der Lehre von der Ebenbürtigkeit nach gemeinem deutschen Rechte, 2 Bde., Tübing. 1846.

[1]) Vgl. §§. 12. 52 — 56. 84 — 88. 105 — 107. Die zahlreichen Stellen dieser §§. werden hier vorausgesetzt.

lebens hervor den Einfluss der Genossenschaft, Standesgleichheit, als Folge der gleichen Geburt, der Ebenburt. Es erscheint das Recht als ein angebornes,[2]) so dass gleiche Rechte Alle haben, sich Genossen sind, die gleicher Geburt ihren Ursprung danken. Hierzu gehört aber dieselbe Geburtsgleichheit von Vater und Mutter,[3]) weil nur dadurch keine Mischung des Bluts eintritt, welche dem Kinde ungleiche Eigenschaften giebt. Zwar verlor sich mit dem Christenthume allmälig die national-heidnische Grundlage der Ebenbürtigkeit; diese selbst mit ihren Folgen erhielt sich indessen auf der politischen Grundlage der scharfen Sonderung verschiedener Stände. Zugleich hatte aber diese Umbildung den Einfluss, dass, wie in früherer Zeit im Allgemeinen[4]) die Ebenburt der Freien auch dort sich vorfand, wo die Mutter einer bevorzugteren Klasse (dem Adel) angehörte, im Mittelalter die Geburt von einer Mutter aus dem höchsten Stande in der Ehe mit einem Schöffenbaren die schöffenbare Ebenbürtigkeit gab, nicht aber das Kind der Mutter gegenüber als ebenbürtig erscheinen liess, jedoch höhere Geburt die Rechte der niedern in der Familie verlieh.[5]) Auch gab der höhere politische Stand allein nicht die Ebenburt für das Gebiet des Privatrechts.[6])

II. Im Mittelalter übte die Ebenbürtigkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Rechts[7]) ihre Wirkungen, wo politische Stellung der Person sowie diese in ihrer physischen (Leib, Leben) oder moralischen Existenz (Ehre) in Betracht kam. Davon ist aber unzertrennlich ihre privatrechtliche Stellung. Hieraus erklärt sich, dass die Ehe und mit ihr die Stellung in der Familie, das Erbrecht, und das Eigen, welches regelmässig Erbe ist, wesentlich durch die Sätze der Ebenbürtigkeit geleitet wurden.[8]) Je mehr sich die Ständeunterschiede abschwächten oder doch an politischer Bedeutung verloren, desto mehr sank auch der Einfluss der Ebenbürtigkeit, bis zuletzt in der Neuzeit ihr Begriff und Wesen nur bei dem Stande noch eine reelle Bedeutung hat, dem man als Ersatz seiner früheren Standesgleichheit mit den heutigen Souveränen die Ebenbürtigkeit mit diesen garantirt hat (die s. g. Mediatisirten), während in Wirklichkeit die gesetzliche Möglichkeit, die

---

[2]) Sachsenspiegel I. 16. §. 1.

[3]) Ssp. I. 51. §. 3. 4. Schwsp. c. 57. u. a. — Ist sie nicht vorhanden, so ist einer Ungenoss oder Uebergenoss.

[4]) Eine Ausnahme findet sich bei den Sachsen. Oben S. 33. nota 12.

[5]) Sachsp. III. 72.

[6]) Ssp. II. 12. 2. III. 19. u. a.

[7]) Diese Einwirkungen der Ebenbürtigkeit ergeben sich aus den §§. 84 ff., 110., 111 ff., 129., 130., 133. u. a.

[8]) Die einzelnen Wirkungen werden sich bei den betreffenden Materien zeigen.

Ebenbürtigkeit mit der alten Wirkung (z. B. in Familienfideicommissstiftungen u. dgl.) vorzubehalten, für die neuere Rechtsentwicklung ebensowenig einen rechten Sinn hat als einzelne noch bestehende Gesetze, welche Folgen der Standesungleichheit auf privatrechtlichem Gebiete kennen.

Zweites Kapitel.

Die Rechte an Sachen.*)

§. 143.

I. Charakter des Sachenrechts.

I. Es ist die Geschichte des Sachenrechtes getragen von mehren in der ganzen Entwicklung des deutschen Rechts bedeutsam auftretenden Umständen.[1]) Dahin gehört einmal die Art der Ansiedlung und Gemeindebildung, welche vielfache eigenthümliche Erscheinungen herbeiführte, in Verbindung mit ihr der überwiegende Grossgrundbesitz der Könige, welcher durch Verleihung sich auf Kirchen und weltliche Grosse fortpflanzend Grundlage besonderer Rechtsformen für das Recht an Sachen wurde. Ein ferneres Moment ist die Bedeutung des Grundbesitzes für das öffentliche Recht, welche sich wirksam erhielt durch die Verbindung öffentlicher Rechte mit Grund und Boden.[2]) Daraus erklärt sich das Bestreben, den Beziehungen der Personen zu einander, soweit diese nicht auf rein natürlichen Verhältnissen beruhen,[3]) eine dingliche Grundlage zu geben. Hieraus entstand eine bunte Mischung

---

*) Jul. Weiske Grundzüge des teutschen Privatrechtes nach dem Sachsenspiegel mit Berücks. u. Vergleich. des Schwabensp., verm. Sachsp. u. sächs. Weichb., Leipz. 1826. Buch 3., S. 69 ff. — Friedr. Stein Die Entwickelung und Fortbildung des deutschen Sachenrechtes in der Zeit vor der Aufnahme des röm. Rechtes, Erlang. 1857. Sehr gut sind die Bemerkungen von Gerber System des deutschen Privatrechts §§. 72 ff.

[1]) Vgl. §. 9. 12. num. IV. V. 43. num. III. 50. 54 ff.

[2]) Gerichtsbarkeit, Landstandschaft, Regierungsrechte, Patronat und dgl.

[3]) Dieser Beschaffenheit aber sind nur jene, welche aus der Ehe hervorgehen und im Keime in derselben beschlossen liegen.

von dinglichen und persönlichen Rechten, der mannigfachsten Verbindungen der Personen mit Sachen.[4]) Zugleich war die Möglichkeit gegeben, dass Grund und Boden je nach der Person des Besitzers einen verschiedenen juristischen Charakter annehmen konnte,[5]) dass sich Rechte mit Grund und Boden gewissermassen verkörperten, deren Inhalt an sich ein rein persönlicher Anspruch ist.[6])

II. Alle diese Momente verbunden mit dem Umstande, dass erst sehr spät durch das Aufblühen von Gewerbe und Handel das bewegliche Gut in dem Kreise der Städte im Vergleiche zu dem unbeweglichen grosse Bedeutung gewann, erklären, dass die natürliche Beschaffenheit der Sachen und das auf dieser beruhende Verhältniss der Personen zu denselben in den Vordergrund, der juristische Charakter des Rechts der Person auf die Sache in den Hintergrund trat. Die Eigenschaft der Beweglichkeit und Unbeweglichkeit scheidet das Sachenrecht in zwei Hälften. Mit diesem Ausgangspunkte und der hervorgehobenen Bedeutung der liegenden Habe für das öffentliche Rechtsgebiet trat von selbst der Besitz, welcher an liegender Habe jederzeit erkennbar sein kann, als Grundlage des Rechts an Sachen auf, der abstrakte Begriff der rechtlichen Herrschaft dagegen zurück. Nicht das dominium sondern die Eigenschaft bildet im deutschen Rechte das Charakteristische; weil die letztere dauernd nur beim unbeweglichen Gute sich erkennen lässt, heisst dies vorzugsweise Eigen, Eigenthum. Aus dieser Beschaffenheit des Sachenrechts hat sich ein Mangel scharfer Rechtsformen ergeben, in denen das Verhältniss zu einer Sache sich durch blosse juristische Function fortsetzen kann. Die einzelnen Beziehungen zu und Rechte an Sachen gestalten sich nicht zu ebenso vielen Rechtsinstituten, sondern der materielle Charakter des Gegenstandes verbunden mit dem Inhalte des Verhältnisses giebt diesem seine Gestaltung.[7]) Einen Ersatz für diesen Mangel bot der Reichthum der concreten Verhältnisse, welcher jenen nicht zum Bewusstsein kommen liess. Jenes Vorwiegen des Faktischen bringt einerseits hervor,

---

[4]) Lehenrecht — Formen des Besitzes der Halbfreien, Kolonat, an Bauerngütern des erblichen und nicht erblichen Nutzungsrechts.

[5]) Rittergüter, adelige Güter, Bauerngüter, städtische Grundstücke.

[6]) Reallasten, Erbpacht, Zwangs- und Bannrechte etc.

[7]) So ist auch der Besitz an Grundstücken unter gleichzeitiger Verbindlichkeit jährlicher Abgaben, Dienste, Naturalfrüchte nicht zu einem scharfen Rechtsinstitute geworden, so dass unter Setzung bestimmter Bedingungen Jemand stets und nothwendig die bestimmten Rechte erwarb, sondern das durchaus Gleichmässige war nur das Recht zum Besitze, dessen Inhalt überall verschieden war. Festere Formen entwickelten sich durch den Einfluss des römischen Rechts, welchen das canonische vermittelte.

dass, wo Faktum und Recht verbunden sind, beides ohne besondern Akt übertragbar wird,[8]) auf der andern Seite das blosse Recht auf die Sache unter Umständen sich nur als Forderung gegen eine Person geltend machen lässt.[9])

III. Im engsten Zusammenhange mit dieser Gestaltung des Sachenrechts, welches für den Staat, die Gemeinde von grösstem Interesse war, steht die Oeffentlichkeit, Offenkundigkeit, gerichtliche Form der Constituirung dinglicher Rechte, die im deutschen Rechte eine so bedeutende Rolle spielt. Im Laufe der Zeit fielen manche der einwirkenden besonders öffentlichrechtlichen Momente fort;[10]) neue Grundsätze und Formen kamen durch das römische Recht in Aufnahme. Trotzdem hat sich weder der Charakter des Sachenrechts gänzlich verändert, noch haben sich alle eigenthümlichen Formen desselben verloren. Vielmehr ist auch für das Verständniss des heutigen Rechts die Geschichte unentbehrlich. Ja es ist leicht zu zeigen, dass ein strengeres Festhalten an den deutschrechtlichen Prinzipien, besonders aber ein Fortbilden des Immobilarverkehrs auf Grundlage der Oeffentlichkeit der dinglichen Rechte in unserer Zeit als Basis der Solidität für den Realcredit unerlässlich ist.

§. 144.

II. Arten der Sachen.

I. Die beweglichen Sachen heissen fahrende Habe, Fahrniss, gereide Gut, und umfassen, was sich bewegen lässt oder selbst bewegen kann.[1]) Unter ihnen tritt hervor das Ingethum, Ingedömpte, der Hausrath, ferner die Gerade, Rade, das Heergeräthe und Musteil.

---

[8]) Erbe geht von selbst über.

[9]) Bei Mobilien giebt das Eigenthumsrecht bisweilen nur eine persönliche Klage; der Verkauf von Grundstücken mit hinzukommender Uebergabe giebt noch kein Recht auf die Sache, ja bisweilen (beim Mangel des Consenses der Erben) nicht einmal ein vollkommnes Besitzrecht.

[10]) Z. B. der Charakter der alten Unterthanenschaft durch die Ausbildung der Landeshoheit, die Bedeutung des Lehenbandes, das zur reinen Antiquität herabgesunken ist.

[1]) Schwabsp. c. 145. W. „Waz varende guot heizet, daz sul wir sagen. Golt unde silber unde edel gesteine, unde vie unde ros, unde allez daz man getriben unde getragen mac, unde pfantschaft swie diu geschafen ist, verworhtez golt unde silber, unde allez harnasch unde vederwât unde geschüze.“ — Siehe die zahlreichen Stellen bei Kraut §. 95.

II. Ihnen gegenüber[2]) standen die unbeweglichen Sachen, das Eigen. Sie können aber sein[3]) Eigen im engern Sinne, proprium, proprietas, Alode, Erbe, hereditas, terra salica, terra, terra aviatica, durchslacht eigen, — oder Lehen, Len, Lehngut, — oder Leibzucht.

III. Je nach verschiedenen Merkmalen oder Gesichtspunkten kann ein Stück als fahrendes oder liegendes Gut erscheinen.[4]) So gelten im Mittelalter Häuser[5]) und auch später noch oft Alles, was die Fackel verzehrt,[6])

---

[2]) Ssp. I. 31. 2. „dar umme ne mach nen wif irme manne nene gave geven an irme egene, noch an irer varende have."

[3]) Sachsp. I. 32. „Nein wif ne mach ok to egene behalden ire liftucht, noch ir erve na ireme dode, de wile man dat getügen mach, dat ir ire to irme live gegeven si. Sprikt se, dat it ir egen si, unde wirt se dar af gewiset mit rechte, se hevet beide egen unde liftucht dar an verlorn." — III. 75. III. 76. §. 3. „Nimt en man ene wedewen, die egen oder len oder liftucht oder san tinsgut hevet, svat so he in deme gude mit sinem pluge arbeidet, stirft sin wif er der sat, he sal't vul arbeiden unde seien unde afsniden, unte tins oder plege sal he dar af geven jenen uppe den it gut irstirft."

Lex Sal. Tit LIX. De alodis. LXXVII. CI. (Merkel) L. Rip. Tit. LVI., L. Angl. et Werin. Tit. VI., L. Bajuv. II. c. 1. §. 3. Ueber die Bedeutung s. Grimm R. A. S. 492 f. von al = totus und ôd = bonum, al — eigen, mere proprium. — Die Stellen bei Kraut n. 16—29. — Ssp. I. 6. §. 1. „Mit svelkeme gude de man bestirft, dat het allet erve. §. 2. Sve so dat erve nimt, die sal dur recht die scult gelden also vern, als it erve geweret an varender have." — Hamb. Statuten von 1497. (Kraut n. 37.) „So we syn erve, dat eme nicht angeervet is, verkopen wil" . . . Aeltestes Soester Stadtr. §. 27. „Potest clericus. aut mulier. quelibet mobilia. uel bona. uel donationes. uel caduca. que Ratha dicuntur, in iudicio petere. sine procuratore. sed si intersunt mancipia. uel predium fundale. quod vulgo dicitur Torfhaht egen, sine procuratore agere non potest." andere bei Kraut n. 9—15.

[4]) Grimm Weisthümer I. 45. Aus der Stäfner (Stâfa am Zürcher See) Oefnung (15. Jahrh.) 10. „Aber sprechen sy, das kornn ligend gut ist, byss das es vnnder die wid kumpt, vnd vin ligend gut ist, byss das er vnnder die reiff kumpt. Aber sprechen sy, das hüser farend gut ist gegen den fründen, vnd ligend gut ist gegen dem Herren." — Kraut n. 53. 54.

[5]) Sachsp. III. 76. §. 2. „Hadde aver die vrowe man genomen, unde was he to ire unde to den kinderen in dat ungetveide gut gevaren, unde stirft denne dat wif, die man behalt al des wives recht in der varender have, sunder dat gebu unde sunder die rade." — Anders in den Städten: Lübisch. Recht v. 1240 Art. 242. (Kraut n. 51.). „So wor wif und man bi erer beyder levende hebben wichbelde — in husen und in erven, und de dinge also komen und vallen, dat en de hus und erve stande bliven vor den tins und uppe laten werden vor dem rade, und darna deme manne sin wif storve, de hus und erve de schullen deme manne bliven varende have, ghelic deme wichbelde, dat se dar inne hedden." u. Zürcher Recht das. n. 59.

[6]) Siehe die Stelle bei Kraut n. 56. u. ähnliche Merkmale in den folgenden Stellen.

Früchte bisweilen auch so lange sie stehen, als fahrende Habe, dagegen dingliche Rechte an Gütern (Grundzinsen, Zehnten) als liegende, jedoch die einzelne Giebigkeit als fahrende.[7])

IV. Nach dem Verhältnisse mehrer Sachen zu einander schied man schon im Mittelalter Haupt- und Nebensachen. Bald ist dieses erkennbar nach rein äussern Momenten,[8]) bald namentlich bei Grundstücken aus dem Herkommen, das eine bestimmte Grösse des untheilbaren Besitzes fordert[9]) oder gewisse Theile als Pertinenzen, nothwendige Zubehörungen erscheinen lässt.[10]) Nicht blos Grundstücke erscheinen aber als Zubehörungen andrer, sondern vor Allem auch Rechte und Gerechtsame der verschiedensten Art.

V. Unter die liegenden Güter gehören auch die Territorien[11]) sowie die nach Lehnrecht oder Alod zustehenden Hoheitsrechte. Darin liegt der Grund, weshalb auf sie in mehrfacher Beziehung die privatrechtlichen Grundsätze Anwendung finden.

III. Besitz und Eigenthum. Gewere.*)

§. 145.

1. Allgemeines.

I. Schon das älteste Recht kennt ein ausschliessliches Recht des Einzelnen an Sachen, was für bewegliche an sich keines Beweises bedarf, für liegende

---

[7]) Rigisch Ridderr. 56. (Kraut n. 50.) „Tynse u. tegeden in den dörpen ys nene varende have, u. wat erdtfaste u. nagelfaste ys." Nürnb. Ref. (das. n. 52.) „Es werden auch Rent, Zinsz, Gült, Weysat, Frücht u. Nutzungen, so die auf bestimpte u. erschine Zeit u. Zil verfallen sein u. s. w. für farende Hab gehalten."

[8]) Goslar. Statuten 26. Z. 23. (Kraut §. 96. n. 1.) „We en hus vorkoft eder ene boden, wat dar ane is ertvast u. neghelvast, dat hört dar to, it en si anders ghewilleköret." Das. n. 2. 3. niet-, nagel-, erd-, mauerfest u. dgl.

[9]) Sachsp. I. 34. §. 1. „Ane des richteres orlof mut en man sin egen wol vergeven in ervengelof, deste he's behalde ene halve hüve unde ene word, dar man enen wagen uppe wenden moge; dar af sal he deme richtere sines rechten plegen."

[10]) Dies zeigt sich deutlich in den Traditionsurkunden. Man vgl. z. B. die §§. 68. n. 1. 8., 72. n. 11., 77. n. 6. u. andere, abgedruckten Stellen.

[11]) Dafür bieten viele der in nota 10. citirten Stellen und andere im Früheren mitgetheilte den Beweis.

*) Ausser den Lehr- und Handbüchern des deutsch. Privatrechts und der deutschen Rechtsgesch. von Eichhorn, Walter u. Zöpfl sehe man Wilh. Ed. Albrecht, Die Gewere, als Grundlage des ältern deutschen Sachenrechts, Königsb. 1828. Gaupp Kritische Untersuchungen über die Gewere des deutschen Rechts, in Zeitschr. f. D.

durch unzweideutige Quellen und die Gesammtbetrachtung der ältern Zustände erbracht ist.[1]) Neben ihm erhielt sich aber durch das ganze Mittelalter bis in die neuere Zeit und bis auf die Gegenwart ein körperlich ungetheiltes gemeinsames Gut in den Markgenossenschaften[2]) und den Gemeinden, das bald den Gliedern nach bestimmtem Verhältnisse zu Nutzung und Eigenthum obwohl häufig ohne Recht der Veräusserung zustand, bald als ein Gut erscheint, welches eine dauernde Zweckbestimmung für eine bestimmte Anzahl oder alle Glieder einer Gemeinde oder die Gesammtbedürfnisse einer solchen trägt, ohne dass sich ein bestimmtes Einzelnrecht am Gute selbst erkennen liesse.

II. Für die verschiedenen Arten von Rechten an Sachen hat das deutsche Recht keine einzelnen einen festen Begriff technisch abschliessenden Bezeichnungen. In den lateinischen Quellen der fränkischen Zeit werden die bereits (§. 144.) mitgetheilten lateinischen Ausdrücke gebraucht, ohne dass ihnen jedoch der römischrechtliche Begriff beiwohnt. Im Mittelalter wird oft der Ausdruck für das Objekt auch für das Recht gebraucht,[3]) der Begriff Eigen-

---

Recht. I. S. 86—143., C. G. Bruns Das Recht des Besitzes im M.A. und in der Gegenwart, Tübing. 1848. V. Absch. §. 40—46. (S. 283 ff.), G. Sandhaas Germanist. Abhandlungen, Giess. 1852 (Zur Lehre von der Uebertragung dinglicher Rechte an Grund und Boden — Ueber das Wesen der Gewere — Ueber die Rechte des nächsten Erben bei Verfügungen über das Grundeigenthum nach älterem deutschem Sachenrechte.). — Ueber die Gewere in den deutschrechtl. Quellen des Mittelalters von Gerber in Zeitschr. f. Civilr. u. Proz. N. F. Bd. XI. 1854. S. 1—54. Vgl. auch L. Duncker Ueber den Quasibesitz der auf Grund u. Boden radicirten eigenthümlich deutschen Rechte und den possessorischen Schutz derselben, in Zeitschr. f. deutsch. Recht II. S. 26—114. Andere Schriften sind zu §. 143. citirt.

[1]) Vgl. Oben §. 9.

[2]) Ausser der Oben §. 9. angegebenen Literatur Zöpfl R. G. S. 729 ff. und die so eben mir zukommende Schrift Friedr. Thudichum die Gau- und Markverfassung in Deutschland, Giessen 1860.

[3]) Dies lehren die Stellen des §. 144. Dazu z. B. Richtst. Landr. c. 25. §. 4. „Weret aver dat it mit dinen willen ener vrowen gegeven were tu lifgedinge, unde lite se it edder sprike it were er egen, unde hedde se it in erer gewere, so vrag, wo se edder ere nakomelinge des vulkomen scolen, dat it ir egen si. So vintme, se scolens mit ses scepenbaren vrien mannen vullenkomen. Kan se des nicht gedon, so vrag, oft se icht an deme eigene beide liftucht unde egen scole vorboret hebben. Dat vintme.“ c. 27. §. 1. „Claget en uppe gut unde secht it si sin len, de ander secht it si sin egen, unde hebbe gi beide nene gewere daranne, so vrag, wedder du icht neger tu behaldende sist dines egenes an deme gude, edder it jene tu lene neger tu behaldende si. So vintme du sistes neger. So vrag wo du dat eigen behalden scolest. So vintme mit drier scepen tuge.“ Sachsp. II. 44. §. 3. „Sve so an sime lene, oder an lifgedinge siner muder oder nichtelen ime egen seget, he mut

thümer meist umschrieben, das Wort dominus, herr wird nur gebraucht für das Recht an Thieren und Knechten.[4]) In der spätern Zeit wurde der Ausdruck Eigenthum, Eigenthümer in genauer Festhaltung des Moments, wodurch sich dieser Begriff von den übrigen Rechten an Sachen unterscheidet, zum technischen für die Bezeichnung der vollen rechtlichen Herrschaft und des Verhältnisses eines solchen Herrn über ein der rechtlichen Befugniss unterstehendes Ding.

III. Mit dem Ursprunge dieses Begriffes hängt eng zusammen einmal dessen Uebertragung auf Rechte,[5]) sodann die Theilung des Eigenthumsrechtes in seine bei verschiedenen Personen möglicherweise vorhandenen Befugnisse, woraus sich in Anlehnung an römischrechtliche Bezeichnungen[6]) der Begriff eines s. g. getheilten Eigenthums[7]) gebildet hat, der allerdings für den heutigen dem römischen Rechte entsprechenden Ausdruck Eigenthum nicht

---

die egenlike gewere mit ses scepenbaren vrien mannen getugen, oder ime wir dar burst an."

[4]) Das ergeben viele früher abgedruckte Stellen. Im Uebrigen geht dominus und dominium auf die öffentlich rechtliche Stellung des Herrschers. Siehe z. B. die Stellen im §. 69. n. 2. 3. 4, u. a. In den lateinischen Urkunden des Mittelalters wird allerdings dominium, proprietas u. s. w. auch schon im römischrechtlichen Sinne gebraucht. Vgl. die Urkunden im §. 68. n. 1. (von 1167) p. 8. u. a.

[5]) Vgl. die Stellen bei Kraut §. 105. Den Uebergang bildet das canonische Recht, welches eine proprietas, in deren Begriff es genau dem deutschen Rechte seinen Inhalt entlehnt, bei allen Rechten annimmt, welche mit dem Besitze einer Sache verbunden sind oder direct gegen eine Sache ausgeübt werden können oder endlich zur Ausübung den Besitz einer Sache fordern oder selbst eine quasi possessio zulassen. Siehe zahlreiche Nachweise in meinen Quellen des kath. Kirchenr. (Kirchenr. Bd. 1.) S. 225 ff. Andere in meinem System des Kirchenr. (Bd. II.) S. 487 f.

[6]) Glossa ad l. 1. 2. D. de bonor. poss. 37. 1. „Bonorum possessio tribuit dominium sc. utile, nam directum solus heres habet. Non autem (bonorum possessores) vere sunt heredes, unde non habent petitionem hereditatis directam, sed utilem." Gloss. ad L. 3. D. de usurpat. (41. 3.). „Non solum usucapione quaeritur dominium, quod secundum omnes constat; sed etiam praescriptione, quod Martinus concessit. Sed Bulgarus dixit, principaliter quaeri exceptionem, secundario utile dominium. — Patet ergo quod hoc verbum dominii diversimodo accipitur pro directo et utili. Accurs."

[7]) Matthaeus de Afflictis in Comment. in feudor. usus. 1629. p. 416. a. Nr. 3. „Et scias, quod triplex est dominium: videlicet directum, utile, et dominium utile subalternatum, quod subalternatur directo, et istud habent feudatarii et emphyteutae." Alvarottus de feud. Prooem.: „notandum insuper, quod habemus sex contractus, ex quibus transfertur dominium rei retento dominio directo, quorum quilibet habet nomina diversa, nempe contractus superficiarius, — locationis ad longum tempus, emphyteuticarius, libellarius, precarius, feudalis." Siehe diese und andere Stellen bei Kraut.

passend ist. Endlich kann, wenn man die blosse Eigenschaft als Massstab annimmt, dieselbe Sache Mehren so gehören, dass sie gesammt, zu gesammter Hand als ihre Eigenthümer erscheinen, obwohl unter Zugrundelegung des römischen Begriffes kein s. g. Gesammteigenthum vorliegt, sondern die betreffenden Rechtsverhältnisse sich in verschiedene Rechte auflösen.[8])

IV. Als die Haupteigenthümlichkeit des deutschen Rechts, welche zwar mit der vollendeten Reception des römischen vielfach modifizirt jedoch nicht ganz aufgehoben ist und noch im heutigen Rechte Wirkungen äussert,[9]) erscheint das Vorwiegen des Habens einer Sache, des Besitzers derselben, kurz des thatsächlichen Verhältnisses, in welchem Jemand zu einer Sache steht. Da sich in diesem die Einwirkungen auf die Sache scharf ausprägen und daher verschieden erscheinen nach dem Grunde, auf welchem das Verhältniss selbst ruhet, da ferner für die Herbeiführung jenes Verhältnisses so feste und bezeichnende Formen angewandt wurden, dass die beabsichtigte Folge keinem Zweifel unterlag: so war kein Bedürfniss vorhanden, an die Stelle der dieses concrete, sinnliche Verhältniss bezeichnenden Ausdrücke solche den rein logischen Begriff des Rechts an der Sache im scharfen Gegensatze zu dem blossen Innehaben derselben bezeichnende zu setzen. Die für alle Verhältnisse zu Sachen vom blossen faktischen Innehaben selbst ohne Recht bis zum Rechte an einer Sache auf Grund eines Rechts, welches jeden Dritten völlig ausschliesst und demnach die vollkommne rechtliche Herrschaft über eine Sache giebt, anwendbare ganz allgemeine Bezeichnung ist Vestitura, vestitio, giwerida, geweri, Gewere,[10]) in welchen Ausdrücken durch den Ursprung des Verhältnisses das Verhältniss zur Sache als das hervorstechende Moment bezeichnet ist.[11])

---

[8]) Siehe die Stellen bei Kraut §. 107. und L. Duncker Das Gesammteigenthum, Marb. 1843. Für die Natur des Rechts der Gesammthänder beim Lehen s. die Ausführung Homeyers im System des Lehnrechts §. 45. (Sachsp. II. 2. S. 461—464.). Vgl. vorher num. I.

[9]) Besonders in Betreff der Folgen der Einverleibung in die öffentlichen Bücher, welche als Beweis des „Besitztitels“ und „Besitzes“ auf Erwerb und Verlust von der entschiedensten Wirkung ist.

[10]) Die verschiedenen Ansichten siehe besonders zusammengestellt bei Sandhaas. Ausser den Genannten ist noch zu vergl. Walter R.G. §§. 493 ff. und Zöpfl R.G. S. 732 ff.

[11]) Das Wort giwerî, giwerida entspricht genau dem Worte investitura. Das ahd. warjan, werjan ist gleich dem goth. vasjan = vestire. Es drückt die Einkleidung in den Besitz aus, der antretende Besitzer wird vestitus. S. Grimm R.A. S. 555 fg. — Cap. Lud. P. a. 817 Leg. I. p. 211. oder Anseg. IV. 18. Leg. I. p. 314. Daselbst p. 261. steht es mit einer aus dem Schlusse des 9. oder Anfange

§. 146.

2. Arten der Gewere.

I. Das äusserlich durch die Vornahme eines die Befugniss zur Einwirkung auf die Sache bekundenden Aktes sichtbar gewordene Verhältniss[1]) der Gewere tritt ganz besonders hervor bei den unbeweglichen Sachen. Dies erklärt sich leicht aus deren Bedeutung sowie aus der bezüglich ihrer vorzugsweise festzustellenden Sicherheit der Verhältnisse. Weil dadurch eine feste Form des Erwerbes von Grundeigenthum seit den ältesten Zeiten hergebracht wurde (§. 148.), so war es schwer, dass bei den stabilen Verhältnissen der *ältern* Zeit ein anderer als ein rechtmässig erworbener Besitz vorkam, so dass überhaupt nur dieser als ein im Rechte anerkanntes Verhältniss auf*trat*. Es lag weiter in den Zuständen der ältesten Zeit, dass alle Freien Grundbesitz hatten, den sie entweder selbst oder durch ihre Leute bewirth-

---

des 10. Jahrh. datirenden deutschen Uebersetzung „Si quis res suas pro salute animae suae vel ad aliquem venerabilem locum, vel propinquo suo, vel cuilibet alteri tradere voluerit, et eo tempore intra ipsum comitatum fuerit, in quo res illae positae sunt, legitimam traditionem facere studeat. Quod si eodem tempore, quo illas tradere *vult*, extra eundem comitatum fuerit, id est sive in exercitu sive in palatio sive in alio quolibet loco adhibeat sibi vel de suis pagensibus, vel de aliis qui eadem lege vivant qua ipse vivit, testes idoneos; vel si illos habere non potuerit, tunc de aliis quales ibi meliores invenire possit, et coram eis rerum suarum traditionem faciat, et fideiussores vestiturae donet ei, qui illam traditionem accipit, ut vestituram faciat. Et postquam haec traditio ita facta fuerit, heres illius nullam de praedictis rebus valeat facere repetitionem. Insuper et ipse per se fidejussionem faciat eiusdem vestiturae, ne heredi ulla occasio remaneat hanc traditionem inmutandi, sed potius necessitas incumbat illam perficiendi." Vestitura wird in der deutschen Uebersetzung stets mit geweri gegeben. Tradit. Fuldens. I. 91. „item testes, qui vestitionem viderunt." I. 92. „et isti sunt testes, qui hoc audierunt et viderunt giweridam." Diese und andere Stellen bei Kraut §. 99., aus denen ich noch hervorhebe: Cap. a. 817 c. 2. „Volumus — ut de his libertatibus et rebus reddendis, quae in nostra vestitura sunt, — inquiratur." Cap. Wormat. a. 829 c. 8. „De vestitura triginta annorum, sive de rebus ecclesiae, quae — per triginta annos possessae sunt." Cap. a. 819 c. 6. „Vestitura domni et genitoris nostri eo modo volumus ut teneatur, ubicumque esse dicitur, ut prius diligentissima investigatione perquiratur. Et si invenitur esse justa et legitima, tunc vestitura dicatur; nam aliter ne vestitura nominari debet, sive sit in ecclesiasticis, sive in palatinis rebus. — c. 8. De rebus unde domnus Carolus imperator legitimam vestituram habuit. etc."

[1]) Dass dieses dem Worte zu Grunde liege, zeigen die im vorherg. §. n. 11. angef. Stellen deutlich, nach denen der Ausdruck für die Folge (vestitura) zusammenfällt mit dem für den Grund (sala, traditio).

schaften liessen. Der Stand der unfreien Person bewirkte somit von selbst, dass ihr Innehaben, Besitzen von Grundstücken keine Vermuthung ihres Eigenthums herbeiführte; der Besitz einer unfreien Person konnte auch nur durch den Herrn mit Erfolg geschützt werden. Darin liegt der Grund, dass die ältesten Quellen nur von einer vestitura bei dem Uebergange von Grundstücken zu Eigenthume reden und vestitura mit rechtmässigem Besitze, ja mit echtem Eigenthume identisch ist.[2]) Mit dem Aufkommen des Hingebens von Grundstücken auch an Freie als precariae und beneficia, wofür man sich derselben Formen bediente, musste man nothwendig dazu kommen, die Vestitur mit mehrfachem Inhalte anzunehmen, je nachdem das Eigenthum oder das berechtigte Innehaben, Benutzen allein hervortrat. Damit aber war nur ein Schritt bis zur Klarstellung des reinen Besitzverhältnisses überhaupt im Gegensatze zum Besitze auf Grund eines Rechts, oder dem Eigenthumsrechte ohne die Thatsache des körperlichen Besitzes, der thatsächlichen Einwirkungfähigkeit auf die Sache. Je mehr Formen sich für den Besitz fremder Sachen bildeten, desto bedeutender musste diese Entwicklung fortschreiten.

II. Gewere[3]) bezeichnet in den Quellen des Mittelalters

1. Das rein körperliche, faktische Verhältniss zu einer Sache, die detentio, possessio, das Innehaben, die Gewahrsam.[4]) Diese Gewere, abgesehen

---

[2]) Vgl. die Stellen im §. 145. n. 11.

[3]) In diesem Ausdrucke liegt in Rechtsbüchern des Mittelalters, vor Allem im Sachsenspiegel, ein dreifaches Element: a) im Sinne von vestitura, b) wern, goth. varjan, prohibere, defendere, davon were, munitio, ein im Rechte bedeutungsloser Begriff, c) wērn, praestare, davon wēre, gewēre praestatio, thun, leisten, gewährleisten (wovon garantir franz., warrant engl.). Vgl. Grimm R. A. S. 602 f., Homeyer Register zu Sachsp. I. S. 326 ff. Das Wort nach dem ersten Stamme kommt in den mannigfaltigsten Bedeutungen vor, auf welche ich mich hier im Einzelnen nicht einlassen kann. Ueber die saisine des franz. Rechts siehe Warnkönig Französische Staats- und Rechtsgesch. II. (Basel 1848) S. 295 ff., über das flandrische Dess. Flandr. Rechtsgesch. III. S. 67 ff.

[4]) Sachsp. II. 24. §. 1. Schwsp. c. 164. Die verschiedenen Fälle im Sachsp. lehrt das Register von Homeyer. — Unrechtmässige Gewer II. 24., raubliche G. II. 25. §. 1. „Wirt aver en man beklaget umme roflike gewere, dar man die hanthaften dat bewisen mach, unde wirt die richtere mit deme gerüchte dar to geladet, die richtere sal volgen to hant, unde richten deme klegere umme den rof unde over den rovere unde over sine unrechten vullest aller erst. Tu hant dar na sal he ine geweldigen siner gewere, of it jene, uppe den die klage gat, nicht ne weder redet mit rechte.“ Dasselbe Schwsp. c. 362 W. — Diese Gewere ist im Landrecht wie Lehnrecht. Sächs. Lehnr. art. 38. §. 3. „Lenes gewere ne mach nieman getüch sin ane die von'me herren belent is. Gemener gewere si getüch jewelk unbesculden man an sime rechte. §. 4. Man ne sal niemanne von sinen ge-

von jedem Rechte auf sie und von dem Erforderniss des animus domini, ist schon einmal dadurch nicht ohne Bedeutung, dass sie in der Rechtsanschauung sich als etwas von dem Besitzrechte Gesondertes darstellt. Dies hat die Folgen: a) dass im Gerichte der, welcher die Gewere hat, näher ist, die Sache zu behalten, also den Vortheil des Beweises;[5] b) dass keine Gewere mit Gewalt genommen, sondern nur durch den Richter aberkannt werden konnte.[6] Ein eigentliches Schutzmittel für das Besitzrecht[7] kennt das Recht nicht, obwohl die gewaltsame Entsetzung aus der Gewere ebenso verboten war, als deren Wiedererlangung durch den Richter Folge einer Klage auf hanthafte That wegen Raubes sein konnte.[8] Aus diesem Grunde drang bis ins 13. Jahrhundert selbst der gewaltsame Entsetzer, dem das Recht auf die Gewere zur Seite stand, durch gegen den schwächeren Inhaber.[9] Mit den kräftigeren Massregeln zum Schutze des Landfriedens, welche nothwendig die Beschränkung der Eigenmacht zur Folge hatten, kam auf der Grundlage des canonischen Rechts ein Rechtsmittel zur Wiedererlangung der Gewere auf.[10] Indessen auch dieses ist kein civiles

---

weren wisen, sie ne si ime afgewunnen mit rechte." — 39. §. 1. „Sveme sin gut mit lehnrechte verdelt wert oder he't up let, die sal der gewere darven. Doch mach die man sime herren besaken binnen der jartale, dat he ime jenich gut gelaten hebbe, darn he sin unscult dar to dun. Of die herre aver dat gut enem anderen liet, in jenes antwerde de't dar gelaten hevet ane sine rechten wedersprake, so ne mach he nene unscult dar vore dun jene de't dar gelaten hevet." 53. art. 62. §. 1., art. 74. §. 2. „Lenes geweren mut man getügen mit ses mannen des herren. Ene blote gewere getüget en man selve sevede mit unbesculdenen lüden an irme rechte, svie sie sin." Richtsteig Landr. (Die Zusammenstellung bei Homeyer Register u. d. W. Were) c. 20. a. §. 2. „gut, dat he in rechter hebbende were heft," c. 26. §. 4. „na deme dat ic dat gut in minen hebbenden weren hebbe." c. 27. §. 1. cap. 26. §. 4. „wo dat gut in sine were komen si . . . wo he de were tugen scole." u. s. w. Vgl. auch Richts. Lehnr. c. 15. §. 8. Andere Stellen bei Kraut §. 99.

[5]) Ueber den Beweis der Gewere durch die Umsassen, welcher nur einen processualen Zweck hat, siehe z. B. Richtst. Landr. cap. 26. und Sachsp. II. 24. §. 2.

[6]) Sachsp. II. 24. II. 36. §. 8. II. 70. „Man ne sal niemanne wisen von sime gude, dat he in geweren hevet, ime ne werde die gewere mit rechte afgewunnen." III. 32. §. 6.

[7]) Das in Anm. 5. erwähnte Beweisen des Besitzes hat nur für den Rechtsstreit Bedeutung.

[8]) Das ist offenbar der Gesichtspunkt von Sachsp. II. 25., Schwsp. c. 362 W.

[9]) Das bezeugt gerade der Sachsp. II. 25. §. 1.

[10]) Rud. I. Curia Ratisbon. const. pac. gen. c. 4. (Leg. II. p. 427.) „Wir setzen swa ein man den anderen ansprichet: er hab in sines guts entwert mit gewalt an reht; mag der chlager daz bringen mit zwein der nahsten und der besten in der

Mittel zum Schutze oder zur Erlangung des Besitzes; solche kamen erst durch die Annahme der im canonischen Rechte geschaffenen Rechtsmittel auf, welche mit der Errichtung des Reichskammergerichts entschieden war. Eine dritte Wirkung ist c) die Nothwendigkeit des Erwerbs der Gewere zum Erwerbe des Eigenthums, Lehens u. s. w.[11])

2. Das Recht auf die Gewere im ersten Sinne, das **Besitzrecht** (jus possidendi), welches regelmässig mit dem Besitze selbst verbunden ist, so dass rechtmässiger Besitz, Besitzrecht und Recht an der Sache in der äussern Erscheinung und im Ausdrucke zusammenfällt.[12]) Ein Besitzrecht, das ohne die Gewere erworben und übertragen werden könnte, kennen die ältern Quellen nicht. Wohl aber scheiden sie die beiden Momente so, dass der Verlust des Faktums nicht auch den des Rechts herbeiführt. Wer deshalb den körperlichen Besitz verloren hatte, konnte ihn nicht nur mit einer Klage auf sein Recht zu demselben gestützt wieder fordern, sondern auch wer des Entsetzten Rechtsnachfolger war, hatte das Klagerecht, wenn jener entweder die Klage schon angestellt hatte oder dem Nachfolger aus eignem Rechte (Erbrechte) die Frist lief.[13]) Je nach dem Grunde des Besitzrechtes haben

---

pfarre, daz er in entwert hat mit gewalt an reht; den sol man in sin gewer als lang setzen als lange als ez im auzen gewesen ist; und soll der schuldige fumf phunt geben dem rihter ze wandel, und sol im den schaden abtun."

[11]) Sächs. Lehnr. art. 11. §. 1. „Svelk gut en man an sinen geweren nicht ne hevet unde ime nicht bewiset n'is deme ne mach he nicht volgen an enen anderen herren, noch erven an sinen sonen. Svelk gut man aver nimt mit gewalt deme manne, unde he dat irvolget mit rechter klage, dat gut erft he an sinen sone unde volget ime selven an enen anderen herren, al darve he der gewere, of he der rechten klage getüch hevet." — Vgl. Schwäb. Lehnr. art. 80. L.

[12]) Ssp. II. 3. §. 1. II. 24. §. 1. II. 70. I. 31. §. 2. „Svenne en man wif nimt, so nimt he in sine gewere al ir gut to rechter vormuntscap; dar umme ne mach nen wif ireme manne nene gave geven an irme egene, noch an irer varende have, dar se't iren rechten erven mede verne na irme dode; wende die man ne mach an sines wives gude nene andere were gewinnen, wen alse he to dem irsten mit ire untvieng in vormuntscap." II. 44. §. 3. II. 43. §. 1. III. 82. §. 2.

[13]) Sachsp. II. 44. §. 1. Sächs. Lehnr. art. 11. §. 1. Schwabsp. c. 22 W. „Wil er imz aber gar state machen, sô seze im einen zins dar ûz. dâ mit hât er die gewer, unde mac daz guot niht verliesen mit rehte." — Schw. Lehnr. art. 77. L. „Ob der herre dem man sin guot verteilt mit vnrehte, da der man niut zegegen ist. vnd den clager wiset vf daz guot. vnd im die gewer antwiurtet. daz schadet ienèm niut er habe sine gewer fiur sich." art. 96. „Lehen satzvnge ist weder lehen noh satzvnge. lehen ane gewer ist nit lehen. gewer ane lehen is nit lehen. Swem man sîne gewer mit gewalte nimt. der verlivset weder gewer noch lehen. dem man och sîn lehen mit gewalte nimt. der verlivset och weder lehen noh gewer." — Altes Culm. Recht 4., 25.

die Quellen für diese Gewere einzelne technische Bezeichnungen, nemlich ledigliche,[14]) eigenliche,[15]) gemeine (gemeinsame)[16]) Gewere.

III. So ist der Ausdruck von selbst zur Bezeichnung des Eigenthums wie des Rechts an fremden Sachen[17]) fähig geworden und konnte dieses andeuten, obwohl er quellenmässig nur das Besitzrecht auf Grund des Eigenthums, Lehens, Zinsrechts u. s. w. bedeutet. Zugleich war mit ihm die oben dargestellte Auffassung des Eigenthums in ein nutzbares und direktes durch die Trennung des Besitzrechtes in der lediglichen Gewere mit dem vollen und ausschliesslichen Nutzungs- und Vertretungsrechte von dem blossen Eigen erklärlich.

IV. Jene Gewere musste als eine vorzügliche erscheinen, welche auf einem der dem ältern Rechte vorzugsweise bedeutsamen Erwerbstitel beruhete.

3. Erwerb und Verlust des Eigenthums.

§. 147.

a. An Sachen in Niemandes Gewere.

I. Wie aus dem bebauten eignen Boden erwarb man zu Eigenthum auch die Früchte aus fremdem Boden, sobald die dazu nöthige Arbeit gethan

---

(Kraut §. 99. n. 23.) „so sal der man synen tzyns behalden als her den in der gewere hat an deme verkouften erbe.“ — Bair. Landr. art. 106. (das. n. 22.) „Wär aber ob yeman ains aigens-sezze pey nutz u. gewer u. würd er des entwert mit herrenbrief, oder von welherlay sache oder — gewalt das geschehe, daz sol dem unschedlich sein an seiner gewer; — so sol er stien in allen dem rechten, alz des tags, da er sein entwert ward.“

[14]) Sachsp. I. 34. §. 2. II. 57. „Al sie en gut manges mannes, also dat dat en von dem anderen hebbe, swat so man up deme gude dut, dat sal man beteren deme die't in ledichliken geweren hevet, unde anders nemanne.“ Schwsp. c. 180 W. „Unde ist daz ein man sîn guot von einem andern hât, swer an dem guote frevelt, der sol dem bezern, der ez mit nuze in lediger gewer hât.“ Für das Verständniss dieser sehr verschieden aufgefassten Gewere sind wichtig die Stellen Sächs. Lehnr. 14. §. 1., Richtst. Landr. 26. am Ende, Schwäb. Lehnr. c. 29. L.

[15]) Sachsp. II. 44. §. 3. Dass hier Eigenthum gemeint ist, geht besonders aus Richtst. Landr. c. 25. §. 4. hervor. Gleichlautend ist Schwsp. c. 21. I. L. 173 W.

[16]) Sächs. Lehnr. art. 35. §. 2. „Svar aver die vader unde die kindere ene gemene unde ene gelike gewere hebbet an enem gude, die kindere behaldet des vader gut na des vader dode, of sie die lenunge getüget dar an jegen iren herren binnen irer jartale.“ Schw. Lehnr. art. 64 L.

[17]) Ausser den angeführten Stellen muss auf Kraut §§. 99. — 101. verwiesen werden.

war, wenn man an ihm das Recht der Nutzung besass[1]) oder in gutem Glauben die Arbeit gethan hatte.[2]) Somit erscheint die Saat als fahrende Habe. Den Rechtssatz drückt aus die Parömie „Wer säet der mähet."

II. Ueberhängende Aeste eines Baumes auf dem Nachbargrundstücke und die herabfallenden Früchte konnte bald der Bodenbesitzer nehmen, bald wurde beides zwischen den Nachbarn getheilt; die Theilung fand auch Statt, wenn ein Baum auf den fremden Grund fiel.[3])

III. In gutem Glauben verarbeitete Sachen[4]) und selbst gezogenes Vieh[5]) erwarb der Verfertiger bez. Aufzieher.

IV. An wilden Thieren fand die Aneignung statt durch die herbei-

---

[1]) Sachsp. II. 58. §. 1. „Of en man nenen lenerven ne hevet na sime dode, sve sin erve is na lantrechte, die sal nemen sin verdenede gut in deme lene. — §. 2. Nu vernemet wen it verdenet sie. In sente bartholomeus dage is allerhande tins unde plege verdenet. In sente wolburgen dage is die lemmer tegede verdenet. To wortmissen die gense tegede. In sente johannes dage allerhande vleisch tegede, dar man mit penningen den tegeden jarlikes loset; svar man aver ine nicht ne loset, dar is he verdenet, wen it ve geworpen wert. In sente margreten dage al korn tegede. Svat aver er geschocket is, dar an is die tegede verdenet. In sente urbanus dage sin wingarden unde bomgarden tegeden verdenet. — Des mannes sat, die he mit sime pluge wirkt, die is verdenet, als die egede dar over gat; unde die garde, als he geseit unde geharket is. — Geld von molen unde von tolne unde von münte unde von wingarden is verdenet, svene die tins dach kumt, die ime to geldene bescheiden is." — III. 76. §. 3.; §. 4. „Stirft aver die vrowe na der sat, als die egede dat lant began hevet, die sat is ires mannes, unde he n'is dar nemanne nicht plichtich af to geldene plege noch tins, dar sie nen tinsgelde af ne was. — §. 5. Svat ok tinses oder plege in der vrowen gude was, dar man ire af gelden solde, stirft sie na den rechten tinsdagen, dat gut is des mannes vordende gut als it der erven wesen solde, of sie ane man were." Schwsp. c. 181—183, 129., 130., 325 W.

[2]) Sachsp. II. 46. §. 3. „Svat so he saiet unverklaget, he behalt die sat unde gift sinen tins jeneme die dat lant behalt." — Im §. 1., 2. wird bestimmt, dass die Klage während des Ackerns (eren) oder Säens den guten Glauben aufhebt. Vgl. Schws. c. 309 W. Ssp. II. 44. 2. Richtst. L. c. 27.

[3]) Siehe die Stellen bei Kraut §. 109. N. 9—15. und Sachsp. II. 52. — Vgl. überhaupt noch Grimm R. A. S. 70., 550.

[4]) Sachsp. II. 36. §. 3. 6.

[5]) Sachsp. II. 36. §. 3. „Sprikt aver jene dar weder, of it laken is, he hebbe't geworcht laten, of it en perd is oder ve, he hebbe't in sime stalle getogen, he mut it mit mereme rechte behalden jene die it in geweren hevet, of he't selve dridde siner gebure getügen mach, denne jene de't anegevanget hevet. §. 6. Man mut wol tien uppe mangen geweren, die ene uppe den anderen, also lange went man kome uppe den, de't in sime stalle getoggen hebbe of it ve is, oder it selve getiücht hebbe of it gewand is." — Schwsp. c. 265 W.

geführte Möglichkeit, dieselben in seine Gewalt zu nehmen.[6]) Das Recht hierzu war jedoch beschränkt (§. 154.). Sehr reich ist sowohl das ältere Recht als das des Mittelalters bezüglich der Aneignung wie der Feststellung des Eigenthumsrechts an Bienenschwärmen.[7])

V. Gefundene (verlorene) Sachen erwarb man nicht durch die Aneignung sondern durch den Zuschlag des Richters nach fruchtloser Bekanntmachung auf die vorgeschriebene an die Obrigkeit gemachte Anzeige.[8]) Schätze[9]) waren des Finders, wenn diesem der Boden gehörte, im andern

---

[6]) L. Rip. XLII. 1. nimmt an gestohlenen jagdbaren Thieren und Fischen keinen Diebstahl im gewöhnlichen Sinne an „quia non est haec res possessa, sed de venationibus agitur." Das. LXXVI. L. Sal. nov. 98. (Merk. p. 65.). Schws. c. 197 W.

[7]) L. Wisig. VIII. 6. 1. L. Rothar. 314. L. Bajur. XXI. 8 — 10. Diese u. andre bei Kraut, n. 17 — 23.

[8]) L. Rip. LXXV. „Si quis caballum, hominem, vel quamlibet rem in via propriserit, aut eum secutus fuerit, per tres marcas ipsum ostendat, et sic postea ad Regis stapplum ducat. Sin autem aliter egerit, fur iudicandus est. Quod si quis latroni aliquid tulerit, similiter faciat." Aehnlich L. Fris. Additio Sap. Tit. VII., L. Wisig. VIII. 4. 14. VIII. 5. 6. 8., L. Rothar. c. 265. Sachsp. II. 37. §. 1. „Svat so jeman vind, besakt he's of man dar na vraget, so is it düvech. Svat so en man vint, oder dieven oder roveren afjaget, dat sal he up bieden vor sinen buren unde to der kerken; kumt jene binnen ses weken, deme dat gut tohort, he sal sik dar to tien selve dridde, unde gelde die kost die jene dar mede gehat hevet, of it perd oder ve is. — §. 2. Is aver jene von eme anderen Gerichte des dat gut is, so behalt he's den dridden deil, die't den dieven oder den roveren afgejagt hevet. — §. 3. Nekumt aver nieman binnen ses weken, die sik dar to tie, so nimmt de richtere tvene dele, unde jene behalt den dridden deil." Richtst. Landr. c. 12. 15. Schws. c. 282 W. „unde vindet ein man guot uf der vrien strâzen ob der erden, daz sol er dem nâhsten pharrer oder rihter geben den er vindet, unde sol alsô sprechen: „herre, ich hân daz guot funden an der strâzen," unde sol die stat nennen; „unde, herre, daz enphilhe ich iu ûf iuwer triwe unde ûf iuwer sêle." unde sô sol ez der pharrer alle suntage in sîner kirchen af dem lectôr künden; unde der wereltlîche rihter sol ez künden als oft er ze gerichte sizet. unde swer dan dar nâch kumet mit geziugen, oder mit gewissen warzeichen diu an dem guote sint; unde sô er die gewisheit bringet, dannoch sô sol er sweren zuo den heiligen daz daz guot sin sî. unde ist er niht wol erkant, sô swere selbe dritte ûf daz guot daz ez sîn sî. unde hât im sîn guot iemant anders verloren wan er selben, dannoch hât er sîn guot alsô behabet, unde dem vinder git er swaz im guot dunket unde niht mêr. unde ist aber daz niemand dar nâch kumet in drin jâren, sô sol man ez enzwei teilen, unde sol dem rîche ein teil geben unde daz ander teil ûf daz gotes hûs. unde wellent danne die dem pharrer unde dem rihter iht geben, daz stêt an in." Görl. L. 47., Kaiserr. II. 40., 41.

[9]) Sachsp. I. 35. §. 1. „Al schat under der erde begraven deper den ein pluch ga, die hort to der koningliken gewalt." — Glossa dazu: „dat alle schat hore in dat rike, dat is war, war man schat nimt vor ercze." — Schwsp. c. 280 — 282 W.

Falle hatte der Finder, wofern er nicht zum Suchen gedungen war, einen Anspruch auf Finderlohn; wurden sie in öffentlichem Grunde gefunden, so gehörten sie dem Fiskus.

VI. Der Anwachs oder eine im Flusse sich bildende Insel sowie ein verlassenes Flussbette fiel dem Ufereigenthümer bez. den mehren;[10]) Inseln, die sich in öffentlichen Flüssen bildeten, fielen dem Reiche oder dem Landesherrn zu.[11])

VII. In manchen Gegenden kommt in älterer Zeit vor das Grundruhrrecht, wonach aus einem gebrochenen Fahrzeuge herabfallende Güter dem Herrn des Bodens zufallen. Eine besondere Art ist das Strandrecht. Bereits im 13. Jahrhundert hatte sich aber durch den Einfluss der kirchlichen Gesetzgebung[12]) der Grundsatz ausgebildet, dass weggeschwemmte Sachen dem Eigenthümer zurückgegeben werden müssten[13]) und es wurde das Strandrecht durch Reichsgesetze aufgehoben.[14]) Wohl erhielt sich ein s. g. Berge-

„Swaz der man uf sinem guote vindet under der erden, daz ist mit rehte sîn. unde vindet ez aber ein ander man, unde den erz niht hât geheizen suochen, dem sol er daz vierteil geben dâ von. wan daz ist sîn funtreht. hiez aber erz in suochen, sô sol er im sîn lôn geben daz er im hât geheizen. oder hât er mit ihm niht gedinget, swaz er im danne gît, daz sol jener nemen mit rehte. — Unde vindet ein man ûf vremden ertrîche ein guot, swes daz ertrîche ist, des ist ouch daz guot. daz bewaeret man mit dem heiligen êwangêlî. Daz sprichet alsô „daz himelrîche gelîche ich einem aker dâ schaz inne verborgen ist. swâ des ein mensche innen wirt, daz verkoufet allez sîn guot, unde koufet den aker, daz im der schaz werde.“ er sol aber dem vinder daz vierde teil geben. daz ist sîn reht.“ Andre Stellen bei Kraut n. 32 ff.

[10]) Sachsp. II. 56. §. 3. „Svelk werder sik ok irhevet binnen enem vliete, svelkeme stade he nar is, to dem stade hort die werder; is he vormiddes, he hort to beiden staden. Dat selve dut die agang, of he verdroget.“

[11]) Adolfi reg. Cur. Nuremb. a. 1294 c. 1. (Leg. II. p. 461.): „Quod si insula nata est in Rheno vel alio flumine, in comitatu alicuius comitis, qui in ipso flumine recipit telonia et conductus, habetque comitatum eundem telonia et conductum ab imperio in flumine predicto, eadem insula potius spectat ad imperium et ad ipsum comitem, quam ad alium dominum cuius districtus protenditur ad ripam fluminis.“

[12]) Vgl. c. 3. X. de raptoribus V. 17. (c. 24. Concil. Lateran. III. a. 1179).

[13]) Sachsp. II. 29. „Sveme enes anderen mannes have, dat varende have het, in watere to vlüt, die sal se jeneme weder geven, deste he sik dar to tie als recht is, unde he ime sine kost gelde na guder lüde kore. He sal't ok up bieden unde halden unverdan ses weken. Vreget dar jeman na, he sal's bekennen. Besakt he's so man dar na vreget, so is it diuvech, of man't seder under ime vint, unde mut it mit bute weder geven unde mit gewedde, wende he't düfliken gehalden hevet. Nene düve ne hevet he aver dar an gedan, die eme an sin ere oder an sin gesunt oder an sin lief ga, wende he't undüflike unde unroflike ut von jenes mannes weren gebracht hevet.“ Glossa: „Me helt it oc sus in Denmarken, wat gruntruringe heit, dat is verloren des id was. Hir sprek ik jegen etc.“ Richt. Landr. c. 12.

[14]) Wilh. reg. sent. de bonis naufragant. a. 1255 (Leg. II. p. 371.) „. . requisitum

lohn.[15]) In vielen ausserdeutschen Gegenden am Meere blieb jedoch dies schändliche Recht bestehen, so dass namentlich die Städte sich durch Privilegien gegen dasselbe sicherten.[16])

b. An (freien) Grundstücken.

§. 148.

α. Die Auflassung und Investitur.

I. [Ausser der ältesten allmälig gänzlich verschwundenen, dem Loosen,[1]) erscheinen als regelmässige Arten des Erwerbs von Eigen der Erbfall und die förmliche feierliche Uebertragung der Sache.

---

fuit in iudicio coram nobis de quadam consuetudine, que inolevit in plerisque partibus regni Alamanie, que potest dici potius coruptela, ut cum contingit interdum aliquos predicti regni pati naufragium, circumadiacentes patrie, superaddentes afflictionem afflictis, omnia bona naufragantium velut propria sibi vendicant et usurpant. Ad quod per eundem archiepiscopum sententiatum fuit et etiam diffinitum, quod talis consuetudo de cetero cessaret omnino, cum detestabilis et perniciosa existat." Peinl. Ger.Ord. Art. 218. „Dessgleichen an vielen Enden der Missbrauch so ein Schiffmann mit seinem Schiff verfährt, schiffbrüchig würde, dass er alsdann der Oberkeit dessen Orts mit Schiff, Leib und Gütern verfallen sein soll: — dergleichen Gewohnheit wollen wir, dass ein jede Oberkeit abschaffen — soll."

[15]) Hamb. Statut. II. 17. 5. (Kraut n. 26.) „So jemand schiffbrüchig Gut berget, und holet es über Reff, oder in der See; der soll haben den dritten Theil: es wäre denn, dass er es ohne sonderliche Gefahr bey gutem Wetter bergete; so soll er davon, nach Gelegenheit und Erkenntniss guter Leute, was die Billigkeit erfordert, zu geniessen haben. Wofern es aber jemanden zufällig an des Schiffes Boort getrieben käme; — soll ihm der zwanzigste Pfennig allein davon bezahlet werden."

[16]) So z. B. liess sich die Stadt Soest ein Privileg vom K. Erich IV. von Dänemark geben für das ganze dänische Reich, wie es vorher von den dänischen Königen Köln und dessen Bürger erhalten hatten. Urk. v. 1232 bei Seibertz n. 201. Derselben Stadt gab K. Wilhelm ein solches für den Fall eines Schiffbruches ihrer Bürger in Holland. Urk. v. 26. Nov. 1252 nach dem Orig. bei Seibertz n. 275. u. von 1255. 31. Oct. nach dem Orig. das. n. 292.

[1]) G. Homeyer Ueber das germanische Loosen (Sitzungsber. der Berl. Akad. d. Wiss. Dec. 1853 S. 747.). Dasselbe steht in Verbindung mit der Hausmarke. Oben §. 84. n. 2. L. Burgund. Tit. I. §. 1. „Quia nihil de praestita patribus donandi licentia vel munificentia, dominantium legibus fuerat constitutum, praesenti constitutione omnium uno voto et voluntate decrevimus, ut patri etiam antequam dividat, de communi facultate et de labore suo cuilibet donare liceat, absque terra sortis titulo acquisita, de qua prioris legis ordo servabitur." Tit. LXXXIV. §. 1. „Quia cognovimus Burgundiones sortes suas nimia facilitate distrahere, hoc praesenti lege credidimus statuendum, ut nulli vendere terram suam liceat, nisi illi qui alio loco sortem aut possessiones habet. §. 2. Hoc etiam interdictum, ut quisque habens alibi ter-

II. War durch ein Rechtsgeschäft[2]) die Veräusserung eines im echten Eigenthum befindlichen Grundstückes bedungen, so musste die Abtretung des Eigenthums geschehen durch einen feierlichen Akt regelmässig vor der im Gerichte versammelten Gemeinde[3]) (in mallo publiço) oder auch auf dem Grundstücke selbst.[4]) Dieser Akt hiess sala, salunga, traditio[5]) und bestand in dem unter Anwendung bestimmter Symbole[6]) vor sich gehen-

---

ram, vendendi necessitatem habet, in comparando, quam Burgundio venalem habet, nullus extraneus Romano hospiti praeponatur nec extraneo per quodlibet argumentum terram liceat comparare. §. 3. Observandum tamen, ut de illo ipse hospes suus comparet, quem alibi terram habere constiterit." Lex Visig. L. X. Tit. 2. c. 1. „Sortes Gothicae et Romanae, quae intra quinquaginta annos non fuerint revocatae, nullo modo repetantur."

[2]) Ueber die Form s. §. 156., über die Beschränkungen der Veräusserungsbefugniss §. 180.

[3]) Lex Sal. LVI. L. Rip. LIX. §. 1. 7. LX. §. 1. Cap. Ludov. Pii a. 817 leg. add. c. 6. (Leg. I. p. 211.) Cap. Aquisgr. 809 c. 26. (Leg. I. p. 157.) „De traditionibus ut in abscondito non fiant propter contentiones diversas." Trad. Fuld. (Schannat I. 313.) a. 819: „facta haec traditio in conventu publico in villa S. coram comite et judicibus suis." bei Kraut §. 110. n. 44. Siehe daselbst noch andere.

[4]) Letzteres hebt mit Recht besonders hervor Walter R.G. §. 509., dafür in Anm. 3. zahlreiche Formeln citirend.

[5]) Grimm R.A. S. 555. saljan (angels. sellan, altnord. selja) = dare, tradere. Dasselbe bedeutet der Ausdruck vestire, giweri. Vgl. oben §. 145.

[6]) Die äusserst zahlreichen stellt zusammen Grimm R.A. Einleit. Kap. IV. Sie werden bald von beiden Theilen, bald nur von einem angewendet. Quellenstellen giebt auch Kraut §. 110. n. 14—35. Hier nur einige. L. Sal. LXVI. Vgl. Michelsen über die fistuca notata u. die germanische Traditionssymbolik, Jena 1856. Ueber adfatimire u. adfatimus s. Wilbrandt in Zeitschr. f. Deutsch. R. V. S. 182—188. — Form. Langob. 9. (Walter Corp. jur. germ. III. 551.): „Si est Robuarius, si est Francus, si est Gothus, vel Allemannus venditor pone cartam in terra et super cartam mitte cultellum, festucam nodata, vuantonem, vuasonem terre, et ramum arboris, et atramentarium et Alamanni Vuandelabe, et levet de terra. Et, eo cartam tenente, dic tradictionem, ut supra diximus, et adde istorum carta et Baioariorum et Gundebaldorum, nam in Gundebalda, et Baioria non ponitur insuper cultellum per heredes, et repetitione, et tolle, et spondite, et mitte, et obligate et omnium fine traditionis adde, et super mitte pena stipulationis nomine, que est mulcta auri optimi uncias quattuor et argenti pondera octo, quam inferatis ad illam partem, contra quam exinde litem intuleritis, et, quod repetieritis, vindicare non valeatis. Et adde vuarpite, cetera sunt secundum sit promissum. Dic tantum in fine, et ita trade ei per hoc missum, et huic Notario ab scribendum." Dipl. a. 825 (Kraut n. 21.): „traditionem — ita fecit —, ut abscisso proprie arboris ramo et coram cunctis ipse Wolfheri in manus Wagonis tradito, — tradidit, et tunc legitimos testes per aures truxit." Eine sehr gute Sammlung von Stellen bei Sandhaas a. a. O. S. 45 ff.

den Lossagen des bisherigen Eigenthümers,[7]) und dem Aufnehmen[8]) des aufgelassenen Rechtes zum Besitze durch den neuen Erwerber. War ein Theil nicht im Gerichte, dem die Sache unterstand, anwesend, so liess man anfänglich wohl nur in bestimmten Fällen, sodann allgemein die Vornahme in einem andern Gerichte oder durch Treuhänder, Salmänner zu.[9]) Zur grössern Sicherheit zog man bei dem Akte selbst häufig die Erben bei. Ueber diese Handlung nahm man schon früh Urkunden auf.[10]) Diese das Recht auf die Sache übertragende Uebergabe[11]) hatte nunmehr durch die Mitwirkung der Gemeinde, des Gerichts, eine öffentliche Anerkennung gefunden.[12]) Als deren Folge und zur Realisirung des erhaltenen Rechts wird hierauf vorgenommen die Investitur, Vestitura, Investitura, Einweisung in den Besitz, welche der Tradent versprechen und gewähren musste.[13]) Sie fand bald durch einseitigen Akt des Erwerbers vor Zeugen,[14])

---

[7]) Dies ist das effestucare, guerpire, werpire, abnegare (z. B. incurvatis digitis), renunciare (z. B. ore et digito). Grimm R.A. S. 556 f.

[8]) Aufnehmen des Halmes, Anziehen des Handschuhes, Aufnehmen der Erdscholle, Annahme der Urkunde u. s. w. in Form. Lang. cit.

[9]) Cap. a. 817 c. 6. cit. — Grimm S. 555. Man nahm hierzu „Verwandte, Freunde, Erben und angesehene Leute, sie bezeugten, billigten, bekräftigten das durch ihre Hand gehende Geschäft."

[10]) Siehe nota 6. und Grimm R.A. S. 557 fg. Unten §. 180.

[11]) Die Meinungen sind getheilt. Die Einen nehmen diese an, die Andern aber lassen erst durch die feierliche Besitzeinweisung (Investitur) das dingliche Recht entstehen. Vgl. die Zusammenstellung bei Sandhaas S. 51 ff. Für die erstere Ansicht ist noch zu nennen Walter R.G. §. 509. — Aus dem Wortlaute der ältern Quellen lässt sich die hier vertheidigte Meinung allerdings nicht direkt beweisen; nach den mittelalterlichen unterliegt sie keinem Zweifel. Auch für das 9. Jahrhundert folgt sie schon aus Form. Lindenbrog. 18. „omne et ex omnibus, quicquid in ipso loco nostra videtur esse possessio vel dominatio, rem exquisitam, totam et ad integrum, tam de alode quam et de comparato seu de quolibet adtractu, quidquid ad nos ibidem noscitur pervenisse, de nostro iure in jus et dominationem jam dicti Monasterii per hanc chartulam donationis sive per festucam atque per andelangum a die praesente donamus, tradimus, atque perpetualiter in omnibus transfirmamus." Dipl. a. 824 (Kraut n. 53.) „ipsi firmiter tradiderunt medietatem hereditatis eorum in loco H. — eo modo, ut a die presente firmiter ad domum Sanctae Mariae. — Postea vero misit — episcopus missos suos —, ut vestituram ipsius rei accepissent."

[12]) Darum hat auch der Akt selbst wohl eine processuale Form, worin gewissermassen eine Zuerkennung durch den Richter liegt. Sie ist ersichtlich für die ältere Zeit aus dem ganzen Hergange im Gerichte und der bei der Investitur vorkommenden direkten Mitwirkung.

[13]) Siehe das oft citirte Cap. a. 817 c. 6. Dipl. a. 819 (Kraut n. 46.) „omnibus simul audientibus in publico synodo Frisinga congregato ibique coram cuncta congregatione accesserunt ad altare S. M. ipse M. — et tradidit. — Fidejussores:

bald durch wirkliche Einweisung des Tradenten auf dem Grundstücke,[15]) bald endlich durch den Richter mit Zeugen auf dem Grundstücke statt und wurde ebenfalls durch eine Urkunde sichergestellt.[16]) Dabei bediente man sich bezeichnender Symbole.[17]) Zur Ausschliessung von Drittberechtigungen kommt auch der Besitz des Guts durch drei Tage vor.[18]) War durch die traditio das Recht (die gewere als Recht; traditio juris) zum Besitze, das Recht an der Sache und mit ihm die Berechtigung zur Besitznahme der Sache auch erforderlichenfalls durch Klage auf richterliche Einweisung, sowie das Recht, den Tradenten als Vormann zur Gewährleistung zu verhalten,[19]) erworben, so

---

S., A., C. ad vestituram seu firmitatem hujus traditionis perficiendam." Urk. v. 1049 (Kraut n. 29.) „Tradidit — churtim, — statimque juxta legem et ritum Westphalensium ejusdem rei investituram cum digito suo promisit ore et digito. renuntiare."

[14]) Siehe die im §. 145. n. 11. citirten Urkunden aus den Traditiones Fuldenses.

[15]) Siehe die Urk. bei Kraut n. 61—67. Andre führt noch an Walter R.G. §. 510. n. 1.

[16]) Dies folgt aus den Formularien z. B. Form. Baluz. (Walter Corp. jur. germ. III. p. 473.): „Notitia locum traditionis qualiter vel quibus praesentibus, qui subter firmaverunt, ubi veniens homo alicus nomen ille vocatus Monachus ad illas quod ille ante hos annos per suam epistolam donationis ad Monasterio illo, quod est in honore Sancti illius, ubi ille Abba una cum Congregatione Monachorum praeesse videtur, jamdictus ille in villa illa qui vocatur illa, et ad praesens fuit, et per unamquamque villas et loca per singulas per portas et per ostia de ipsas villas vel de illas casas dominicatas iam praefatus ille ad Misso de ipso Monasterio vel ipsius iamdicti Abbatis illius nomen ille, omnia quantum in illa epistola donationis est insertum vel comprehensum, in omnibus tradidit et consignavit et cum de ipsas res in omnibus vestrum et pillo et fistuca exinde in omnibus se exitum dixit et fecit. His praesentibus actum fuit." Vgl. Walter R.G. §. 510. n. 1.

[17]) Stellen bei Kraut n. 61 ff. Dipl. a. 793. „per circuitum — vestivit — et perduxit eum in circuitu et ostendit illi confinia — N. 62. Dipl. a. 829. Isti sunt, qui hoc viderunt quod M. et filius ejus circumduxerunt missos — episcopi omnem rem quam antea tradiderunt. — N. 63. Dipl. a. 839. Ipse vero R. viriliter circumcinctus gladio suo stabat in medio triclinio domus suae tradiditque — quicquid ibidem habuit. — His omnibus firmiter peractis statim de omnibus rebus suis per superliminarem domus suae vestivit E. episcopum et advocatum suum R., et exivit ipse R. traditor et intravit E. episcopus et advocatus ejus."

[18]) Siehe folg. Stellen bei Kraut N. 65—67. Dipl. a. 828. „vestivit legaliter de omnibus rebus suis servum S. Mariae, et ille servus ibi sedebat tres dies et noctes. — Dipl. a. 845. Episcopus et advocatus illius — acceperunt ipsam traditionem, et postea sessionem, juxta morem Bajowariorum adfieri decreverunt; hoc egit E. servus — noctibus tribus — Dipl. c. a. 1008—1017. quod patrimonium fiscalis Advocatus P. manu sua cum accepisset, triduana sessione legitime peracta Abbatis vendicavit."

Bajuv. XVII. c. 2. „De his qui propriam alodem vendunt et quascunque

gab die Investitur die gewere als Besitz mit allen daraus sich ergebenden Folgen (vgl. §. 146. II. und §. 149.). Uebrigens konnte auch die Einweisung der traditio vorausgehen.

III. Seit dem zwölften Jahrhundert bildete sich der Gebrauch, die Rechtsübertragung, wofür noch häufig das Wort Sale[20]) allmälig jedoch ziemlich allgemein das Wort Auflassung (uplaten, verlassen u. s. w.) vorkommt, vorzunehmen im Gerichte. Je nach der Lage und Beschaffenheit des Guts geschah der Akt im (ordentlichen Grafen-) Landgerichte[21]) oder vor dem Landesherrn im Beisein seines Landes[22]) oder in den Städten auch vor dem Richter, dem Proconsul und den Consuln, dem Rathe.[23]) Ueber den

---

res, et ab emptore alter abstrahere voluerit et sibi sociare in patrimonium, tunc dicat emptor ad venditorem: Terram, aut quaecunque fuerit res, abstrahere mihi vult vicinus meus, dicens quod sua fuerit. Et iste respondet: Ego quod tibi donavi, cum lege integra et verbis testificatione firmare volo. Super septem noctes fiat constitutum. Si dicit, cum utrisque utraeque partes conveniunt: Cur invadere conaris territorium quod ego iuste iure heriditatis donavi. Ille alius contra: Cur meum donare debuisti, quod antecessores mei antea tenuerunt? Iste vero dicit: Non ita, sed mei antecessores tenuerunt et mihi in alodem relinquerunt, et vestita est illius manus cui tradidi, et firmare volo cum lege. Si statim voluerit, liberam habeat potestatem. Sin autem, postea super tres dies aut quinque aut certe septem ea ratione firmet. Per quatuor angulos campi, aut designatis terminis, per haec verba tollat de ipsa terra, vel aratrum circumducat, vel de herbis, aut ramis, silva si fuerit: Ego tibi tradidi, et legitime firmabo per ternas vices. Dicat haec verba, et cum dextera manu tradat; cum sinistra vero porrigat wadium huic qui de ipsa terra eum mallat, per haec verba: Ecce wadium tibi do quod terram tuam alteri non do, legem faciendo. Tunc ille alter suscipiat wadium et donet illum vicessoribus istius ad legem faciendam. Si causa fuerit inter illos pugnae, dicat ille qui wadium suscepit: Iniuste territorium meum alteri firmasti, id est, farsvirotos. Ipsum mihi debes reddere, et cum duodecim solidis componere. Tunc spondeant pugnam duorum, et ad Dei pertineat iudicium. Sin autem, cum sacramento se defendat, id est, cum duodecim, quod suam terram iniuste non firmaret alteri, nec suae ditioni restituere deberet, nec cum duodecim solidis componere."

[20]) Vgl. die Stellen bei Kraut n. 3—13. von 1200 bis zum Ende des 15. Jahrh.

[21]) Sachsp. I. 52. §. 1. „Ane erven gelof unde ane echt ding ne mut nieman sin egen noch sine lüde geven." Vgl. auch I. 8. §. 1. Verm. Sachsp. I. 45. 1. „Keyn eygen mag man gelossen ane gerichte in lantrechte u. in wichbilde. Wert abir in keyserwichbilde des riches stete vor dem rathe icht — gelassen adder gegeben; daz sal man halden. Doch so ist in unsen wichbilden sachsischer art nicht, wenn alle uffgelassen eigen und gobin — sullen geschen an gerichte."

[22]) Ueber die vor dem König vgl. Sachsp. I. 34. §. 3. Vgl. §. 77. n. 6. u. a., wo viele Urkunden angeführt sind.

[23]) Verm. Sachsp. I. 45. 1. — Lübisch v. 1240 Art. 115. „De ein verkofft erve will uplaten, edder ein erve stetten will, de schal beyde don vor deme sittende rade, so is dat stede u. vast." Hamb. Stat. v. 1270 (Kraut n. 80. Das. n. 81.

Akt, bei welchem die alten Symbole des Halmes, des Handschuhes und andere fortwährend angewandt wurden,[24]) liess man allgemein durch einen Notar oder den Stadtschreiber eine Urkunde aufnehmen und von den anwesenden Schöffen und dem Richter, den Rathspersonen u. s. w. unterfertigen. Auch zog man fortwährend die Erben und sonstigen Personen, denen Ansprüche zustehen konnten, bei.[25]) Schon früh trug man in den Städten die einzelnen Erwerbsgeschäfte ihrem vollen Inhalte nach in ein hierzu bestimmtes Buch ein oder legte Ausfertigungen der Akte in einem dafür bestimmten Kasten (Schrein)[26]) nieder. Diese Auflassung, bei welcher sich der Veräusserer seines Rechtes begab, sich quit ledig und los sagte, der Erwerber sich desselben unterwand,[27]) hatte gleich der alten traditio die Wirkung des Uebergangs der gewere als Recht, des Eigenthumsrechts, auf den neuen Erwerber.[28]) Zu ihr kam dann die Einweisung bald durch den

---

gleich die von 1497): „So we sin Erve verkofft, de schal dem anderen dat uplaten vor dem Rade, und up deme Huse, so wen id em vergulden is, — und scall id darmede scriven laten in der Stadt Erve-Bock, und weme so Erve upgelaten werd, de schall jummer Borgen nemen, dat he gewaret werde Jaer und Dag, und breke eme wat in der Warschup, dat schall de Bürge uprichten.“ Das sächs. Weichbildr. art. XXII. §. 1. 2. erwähnt nur des Gebens vor Gericht; danach erklärt das alte Kulm. Recht IV. 21. (Kraut n. 51.) die Gaben vor dem Rathe nach magdeburgischem Rechte für unkräftig. Für das Recht von Köln s. die Stellen bei Walter R.G. §. 511. — In Baiern geschah die Uebertragung auch im 13. Jahrh. noch vor Zeugen und mit Aufnahme einer Urkunde, nicht im Gerichte. Vgl. Häberlin Systemat. Bearbeitung der in Meichelbeck's historia Frisingensis enthaltenen Urkundensammlung, Berlin 1842, S. 204. Wohl aber hat den Satz des Sachsenspiegels I. 52. §. 1. der Schws. c. 22. I. L. und c. 349. W. Letztere Ausgabe hat dies Kapitel aus der Freiburger Handschrift. Aus Kl. Keyserr. II. 106. kann mit Rücksicht auf II. 92. die Vornahme im Gerichte nicht gefolgert werden. Vgl. Sandhaas S. 32 ff.

[24]) Vgl. die Stellen bei Kraut n. 15—18. 22. 23. 29—35.

[25]) Jede Urkundensammlung giebt hierfür zahlreiche Belege.

[26]) Vgl. die Stellen der nota 23. Andre giebt Kraut §. 111.

[27]) Grimm R.A. S. 556 fg.

[28]) Verm. Sachsp. I. 25. Wenne man obir ein eigen vrede wirket vor gerichte, so der richter vrogit deme, der is let, ab is sin wille sey, so sal her is bekennen und sal uffrecken czwene vinger an der rechten hand, domete sal her sich der gewere reine gancz und gar vorczhien und sal denne die gewere uffsagen mit vingern und mit orkunde eines hutis adir eines hantczkens also, das her is mit eime czeichin uffgebe, und domete entpfet yener auch die gewere. Dornoch so sal im der richter vrede wirken.“ Das. I. 39. 4. „Wer erbegut uffgeboten hot vor gerichte, der sal is dornach halden dri tage ond dri nachte denne her jm vrede lose wirken dorobir, und wirt her denne in der czit nicht angesprochin, so mag her darobir vrede lassin wirken, und her sal is dornoch besetzin und sin bote dri tage nacht. Noch 6 tagen en hot her nicht me rechtis doran von des wegin es n ist; und das ist keiserrecht und wichbilde. Dist. 5. Abir noch desim

Richter mit den Schöffen oder den Frohnboten und Schöffen,[29]) bald durch die Partei vor Zeugen.[30]) Mit der Einweisung verbunden oder auch von ihr getrennt findet sich im sächsischen Rechte die Sicherung des Rechts durch den Bann, das Friedewirken;[31]) auch der dreitägige Besitz[32]) hat sich er-

---

unssm lantrechte und wichbilde in sechssichsser art, welche czit ein man der gewere abetrit und ufflest, adir sich vorczit mit vinger und mit czungen, mit hanczken, mit kogeln, adir mit hut, so hot her sich geulediget von der gewehre des gutis, und mus darumb ein gewere sin vor allin mannin." Für das Lehnrecht vgl. Sächs. Lehnr. X. §. 4. XI. §. 1. 2. XXXIX. §§. 1. 3. u. a. Homeyer im Reg. sub voce bewisen. Schws. Lehnr. art. 13. L. — Als eine Aenderung des alten Rechts sieht dies an Albrecht S. 66 ff. Sandhaas S. 13 ff., der die übrige Literatur genau angiebt.

[29]) So das sächsische Recht: Sachsp. III. 82. §. 2. Sächs. Weichb. art. XX. (Dan.) §. 1. „Sal eyn man sin eigen vorgeben in wichbilde nach rechte, do sal yener, der sien eigen vorgeben wil, und ouch ghener, der is entphaen wil, komen in eyn geheget ding vor die vier bencke. So bitte ghener, der daz eigen wil vorgeben eynes vorsprechen, unde frage mit orteiln, wie er sien eigin vorgeben solle, daz is em helfende were zu sinem rechte. So vint man zu rechte: mit erben gelobde, ab is em unvorgeben ist; hot er aber daz erbe gekouft umme sine phennige, so mag er is geben weme er wil, an ymandis wedersprache. Wenn er is denn vorgeben hot, unde ghener is entphangen hat, so frage er mit orteiln, ab is em alzo gegebin ist, alz is em hulflich sy an sinem rechte. Wenn em daz gefunden wirt, so bitte er mit orteil der inwisunge von rechtes halben; zo sal en der richter ader der schultis ynwisen, ader der von deme dy gabe gegeben ist, unde die schepphen sollen mit em gehen, die do keinwertig warn, daz sy gezug sien, daz is em gegeben sy zu allem rechte. §. 2. So wist man yn in, alz ich uch sagen wil. Der richter sal yn daz huz gheen, ader uff dy hovestat, ab do kein huz ist, unde ghene sollen dovor stehn. So neme der richter ghenen bei der hant, unde leite en vor die schepphen, yn daz eigin, unde spreche disse wort: „Dy gabe, dy dir gegeben ist vor gerichte, do wyse ich dich yn alz mir daz orteil geteilt hat, unde seze des die schepphen zu gezuge unde die dinglute, daz ich dich hie yngewist habe alzo recht ist." §. 3. So trete er vor die vir bencke, unde bitte den richter, daz er sien gezeug sy durch recht. Daz mus der richter thun by dem eyde, den er zu deme gerichte gesworen hat. So gebe ghener sinen wissin phennig dem richter unde den schepphen; zo ist er vollkomen an dem rechte. §. 4. Glicher wise als der richter vorgezuget, so sollen die schepphen nachgezugen."

[30]) Dies ergeben die bei Kraut §. 110. num. 61—64. (zum Theil oben in nota 17.), Sandhaass S. 10. aus Meichelbeck abgedruckten Stellen. Sandhaas S. 36 ff. giebt noch andere und sucht S. 39 ff. diese Verschiedenheit des sächsischen und aussersächsischen Rechts aus Gründen des Beweisrechts (Sachsp. I. 7.) abzuleiten.

[31]) Sächs. Weichb. art. XXI. (Dan.), Verm. Sachsp. I. 25. (bei Kraut n. 74.), Sächs. Distinct. bei Pölman IX. 17. 2. (das. n. 76.), Verm. Sachsp. I. 39. 4.

[32]) Sachsp. III. 83. §. 1. Andre Stellen bei Kraut n. 69—71. Für die Wirkung des Aktes überhaupt s. noch Verm. Sachsp. I. 39. 4. „Wer hierzu (nem-

halten. Während der Erwerber durch die Auflassung nicht mehr von seinem Autor abhängt und eine Klage auf den Besitz hat, giebt die blosse Einweisung kein vom Autor unabhängiges, dingliches Recht.[33]) Im Laufe der Zeit vereinfachte sich die Auflassung mehr und mehr.[34]) Bald nemlich mochten die Parteien nicht mehr im Gerichte selbst erscheinen und die Uebergabe vornehmen, sondern reichten ihre Urkunde einfach zur gerichtlichen Eintragung ein, welcher dann eine formlose Bestätigung des Gerichts in einer Urkunde, dem Gerichtsbriefe, Wehrbriefe, vorherging; bald mussten sie ihren Vertrag nur bei Gericht verlautbaren; bald endlich fand einfache Ueberreichung zur Eintragung ohne besondere Bestätigung statt. Der Erwerb des Eigenthums geschah hiernach durch die Bestätigung oder die Eintragung, jedoch einzeln in Folge des römischrechtlichen Satzes auch durch die Einweisung (traditio im römischen Sinne), so dass die Eintragung nur die Bedingung zur Vornahme gerichtlicher Akte wurde.[35]) Gleichzeitig war die Anlegung von Grund- Erb- Lager- Hypotheken-Büchern, Landtafeln u. s. w. für Grundstücke in Städten wie auf dem Lande allgemein geworden, ohne dass jedoch bis auf die Jetztzeit die wirkliche Aufnahme aller Grundstücke (Güter) in den Grundbüchern allenthalben durchgeführt ist. Dies hat für das heutige Recht in einzelnen Ländern die gleichzeitige Geltung des deutschen und römischen Rechts hervorgebracht. Als eine Folge dieser Vereinfachung stellte sich alsdann heraus, dass die Einweisung den Parteien überlassen blieb und vor oder nach der Auflassung bez. Eintragung stattfinden konnte.[36]) Von ihr hingen dann lediglich die auf dem fremden Rechte beruhenden possessorischen Schutzmittel ab.

---

lich zum Friedewirken vor Gericht) kegenwortig ist und im swiget, der sal immer swigen." —

Ueber die Auffassung und Einweisung, wenn der Veräusserer die gewere nicht hat, siehe Sachs. III. 82. §. 2.

[33]) Sachsp. I. 9. §. 5. „Swe ok dem anderen gut in siner were lot, ir he't ime up late, he sal ine in der gewere vorstan, dewile he't ime nicht upgelaten ne hevet, svenne he siner werscap bedarf. Wirt aver ime oder jeneme deme he't laten sal, de were gebroken mit rechte, he sal ime sin gut wider geven, dat ime dar up gegeven was." III. 83. §§. 2. 3. „Svie en gut liet oder let enem anderen, die sal is im geweren jar unde dach. — Svie egen oder varende have verkoft, des sal he gewere sin die wile he levet; man sal aver ime dat gut laten in sine gewere to behaldene unde to verliesene, die wile he't vorstan sal, wende jene ne mach dar nicht anspreken, deme it gegeven is, den ene gave."

[34]) Siehe diese Folgen in den Stellen bei Kraut §. 111. —

[35]) Diese Richtung hat das preussische Recht. A. L. R. Th. I. Tit. 10. §. 1. 6. ff.

[36]) Vgl. die Urk. bei Kraut §. 110. n. 79. — Nachweise von der heutigen Fortdauer der Auflassung mit dem Halme in Frankfurt am Main bei Zöpfl

§. 149.

β. Die Verjährung.

I. Eine scheinbar ganz allgemeine germanische Rechtsanschauung[1]) verband mit dem Besitze durch ein Jahr bestimmte rechtliche Wirkungen, wobei die Annahme stattfand, durch Nichtgeltendmachung des Rechts habe man sein Recht verschwiegen. Dies hatte die Folge, dass der Zustand des Besitzenden zu einem durch das Recht geschützten und anerkannten, somit zum wirklichen Rechte an der Sache führen konnte. Neben dieser Verjährung (d. h. der Nichterhebung einer Klage, Versäumung seines Anspruches, Verschweigung des Rechts durch ein Jahr bez. Jahr und Tag) kommen bereits in der fränkischen Zeit mannigfaltige Bestimmungen vor, die im offenbaren Anschlusse an römisches Recht verschiedene Zeiträume aufstellen, deren Ablauf eine Klage entkräftet und dadurch einen Besitz rechtmässig macht, wenn kein Einspruch erhoben wurde.[2])

II. Im Mittelalter giebt die Verjährung im eigentlichen Sinne als Ablauf der Zeit von Jahr und Tag[3]) ganz allgemein gewisse Rechte. Wer

---

Alterthümer II. S. 375 f. Fortdauer der Auflassung im alten Landgerichte im heutigen Hamburgischen Rechte bei Zöpfl Alterthümer II. S. 458 ff. Eine jedoch offenbar aus dem Lehnrechte herübergenommene Reminiscenz ist auch die sächsische allodiale Belehnung. Vgl. Kraut Grundr. §. 111. n. 6.

[1]) L. Sal. XLV. 2. Leg. Lang. Pipp. R. 32. (Walter III. p. 617.). Der Zusammenhang mit dem Ungehorsamsverfahren (§. 135.) und den alten Gerichtstagen (§. 125 f.) ist ersichtlich. Der dies, den die letztere Stelle dem annus zugiebt, lässt sich kaum erklären. Die Vehmgerichte leiteten den Gnadentag, welchen der Freischöffe hatte, auf Karl zurück. Zur Erklärung der Zeit s. man Alt. Lüb. R. Cod. Hach I. 6. „Hereditaria bona licet homini litigiosa facere ter in anno in egitimo placito; tercia vice vel prevalebit vel deficiet."

[2]) Decret. Childeberti. a. 595. c. 3. „convenit, — ut quaslibet res ad unum ducem vel judicem pertinentes per X annos quicunque — possedit, nullam habeat licentiam intertiandi, nisi tantum causa orphanorum usque ad XX annos. — De reliquis vero conditionibus omnes omnino causas tricenaria lex excludit." — Rotharis c. 231. — „Si quis alium de re — pulsaverit, — et possessor negaverit, ita prospeximus: quod si per annos V fuerit possessor, tunc ipse, qui possedit, aut per sacramentum debeat negare, aut per pugnam se defendere." — Liutprandi. 6. 1. „qui per XXX annos — possedit." — Eod. 6. 16. „qui per XL annos possedit." — Eod. 6. 24. „De possessione, quam aliquis — per LX annos — possedit."

[3]) Dieser Zeitraum ist bald ein Jahr und ein Tag (z. B. Lüb. Recht Cod. Hach I. 20.) bald ein J. und sechs Wochen (im sächs. Rechte z. B. Rüthen u. a. auch so im Prager Stat. v. 1370 bei Rössler S. 44. art. 62. Eigenthümlich ist

durch Jahr und Tag Eigen in der faktischen Gewere[4]) hatte auf Grund eines ordentlichen Titels: Erbgang — Auflassung — Zuweisung durch ein Urtheil, ohne einen wider seinen Besitz erhobenen rechtlichen Widerspruch,[5]) der hatte eine rechte Gewere daran. Diese gab dem Besitzer a) das eigne Vertretungsrecht,[6]) welches ihn nicht nöthigt, seinen Vormann zu benennen und zu stellen, aber berechtigt, den Nachweis seines Rechtsgrundes mit seiner eignen Hand, seinem Eide zu führen,[7]) b) im Processe das Recht eine Ant-

---

in dem Medebacher R. um. 1350 bei Seibertz II. p. 384. §. 32. der Ausdruck „per annum et tempus et diem.") 1. J. 6. W. u. ein Tag (Augsb. Stat. v. 1276 bei Kraut §. 112. n. 19. u. a.) bald 1. J. 6. W. u. drei Tage. (Verm. Ssp. I. 28. pr. Ortl. I. 34. 1.). Im langob. Lehnrechte bedeutet es ein J. u. einen Monat. I. Feud. 22. pr.

[4]) Vgl. §. 146. II. 1. Sehr deutlich erklärt dies das Bremer Statut v. 1303 (Kraut §. 100. n. 5.) „Swor en claget — umme erve, — dat eme bestorve si van sine olderen ether van sinen vrunden, — the andere sprict also: dat erve, dhar men ene um beclaget — hevet, dat si sin echtilich eghen u. hebbe dat beseten jar u. dach u. hebbet an nud u. in ghelde u. in hebbende were ane rechte bisprake, mach he thes alsus vullencomen, so is he thes nagere to holdene thennet eme jenech man untwinnende." Bair. Landr. (Kraut §. 112. n. 18.): „wer umb aigen wirt angesprochen das er jar u. tag bey nutz u. gewer ist gesessin u. das bereden mag, der sal fürbas sein aigen ane alle ansprache haben." Magdeb. R. (Kraut n. 22.): „Swaz so ein man gibt in gehegitim dinge, besiczt er domite jar u. tak ane imandis widersprache, — des ist er nehir zu behaldene, — den iz im imand inpfurin muge."

[5]) Sachsp. II. 44. §. 1. „Svelk gut en man in geweren hevet jar unde dach ane rechte wedersprake, die hevet dar an ene rechte gewere. Die wile man aver en gut under enem manne beklaget na rechte, svo lange he't halt dar boven mit gewalt, nimmer ne gewint he dar rechte gewere an, die wile man de rechten klage getügen mach." Schwsp. c. 177 W. Andere Stellen bei Kraut n. 9. 10. 12 ff.

[6]) Folgt aus Schsp. III. 83. §. 2. II. 42. §. 1. „Sve so klaget up enen anderen, he neme ime gut, dat ir jeweder ime to lene seget; secget se't in von tven herren, ir jeweder sal sinen geweren to dinge bringen; sve gewerd werd de behalt; sves gewere nicht ne kumt die verlüset, of se't beide sunder gewere anspreket unde to like mit deme gude belent sin. — §. 2. Hevet aver ir en ene rechte were an deme gude jar unde dach gehat ane rechte wedersprake, he ne verlüset dar mede nicht, of ime sin gewere afweke dut to rechter werscap, deste he't selve vor sta na sime rehte." Vgl. die Stellen in nota 4.

[7]) Rüdener R. v. 1310 Art. 39. (bei Seibertz II. p. 78.): „Is dat also dat eyn weder den anderen eyn huys copet in der stat efthe eyne houestat de ghene de dat vorcopet de sal borghen setten yar vnd dach vor rechte ansprake ne comet dan neyment bynnen der tyet dat ys eyn yar vnd ses weken de dar na dan queme vnd spreke en an myt rechthe de ghene de dat ghecoft heuet vnd beseten heuet dem ys dat nar tho behaldene myt syner eynen hant ouer den hylghen dan et eme gen man afghedeghedyngen moghe myt rechthe." Soester R. v. 1120 §. 53. (Seibertz I. p. 53.):

wortsfrist zu erbitten,[8]) c) das Recht die verlorne Gewere mit Klage wieder zu fordern. Ihre Grundlage bildet die Versäumung, Verschweigung des Rechts. Wer in dieser Lage sich befindet, steht dem in der rechten Gewere Befindlichen unbedingt nach.[9]) Dabei ist also vorausgesetzt, dass kein rechtmässiger Hinderungsgrund vorlag. War das der Fall, so läuft die Frist erst vom Tage des Fortfalles des Hindernisses,[10]) oder wird ausgedehnt.[11]) Immerhin aber hatte die rechte Gewere nur Wirkung gegen denjenigen, dessen Recht dem des Besitzers weichen muss.[12]) Diese keinerlei guten Glauben voraussetzende und nur unbedingt zur Vertheidigung gegen Angriffe wirksame rechte Gewere nahm dadurch, dass man den Eid fallen liess, somit bei dem unangefochtenen Besitze von Jahr und Tag keinen fernern Nachweis des Rechtes forderte, aus einer blossen Verjährung den Charakter eines Erwerbsgrundes an, wurde, wie man später sagte, zur s. g. Acquisitivverjährung. Der wirkende Grund liegt in der Auflassung vor Gericht[13]) und der Ein-

---

„Quicunque de manu schultheti uel ab eo qui auctoritatem habet. domum uel aream. uel agros. uel mansum. uel mansi partem receperit. et per annum. et diem legitimum quiete possederit. si quis in eum agere uoluerit. possessor tactis reliquiis sola manu obtinebit. et sic de cetero sui warandus erit. nec amplius supra predictis. grauari poterit.“

[8]) Ssp. II. 3. §. 1. III. 38. §. 1. Homeyer Sachsenspiegel Erster Theil 1835 Register S. 328. in der letzten Zeile: („Rechte gewere“) „berechtigt den Beklagten, eine Antwortsfrist zu verlangen II. 3. §. 1. III. 38. §. 1. (I. 70. §. 1.).“

[9]) Urk. K. Friedr. I. v. 1182 (Kraut n. 9.): „Si quis curtem aut domum per annum et diem sine contradictione possederit, nulli hoc interim scienti ultra respondeat.“ — Bair. Landr. in der Note 4. abgedr. Stelle.

[10]) Als Abhaltungsgründe waren anerkannt: Gefängniss, Abwesenheit, Unmündigkeit, Geisteskrankheit. Vgl. die Stellen bei Kraut n. 20. 29. ff.

[11]) So nach dem Ingolstädt. Stat. für Leute ausserhalb Landes 10 J. und 1 Tag, nach dem Bair. Landr. 2 jahre. Kraut n. 40 fg. Sachsp. I. 28. Schwsp. a. 372. Richtst. c. 27.

[12]) Verm. Sachsp. I. 37. 2. „Vorkauft einer ein Erbe, do her nicht recht zu hot und des auch kein vormunde en ist, wirt das yeme angesprochin, der is ym abe hot gekawft u. is wol jar u. tag in siner gewere gehabit hot ane ansprache, das en hilft im nicht, her mochte denne vorkomen mit rechte, das is mit simme willin is geschehen, der is im anspricht, das mus her im bewisen mit gerichte.“

[13]) Ausser den früher angeführten Stellen z. B. Alt. Culm. Recht III. 45.: „Ist das erbliche gut der eldistin swestir man myt ir gegeben vor dem richter u. vor den schepen in gehegetem Dynge und haben sy das jar u. tag besessen ane ansproche, so sol die gabe macht haben u. dy jungiste swestir kan darzu nicht komen, u. ist is der eldistin swestir manne nicht gegebin vor dem richter

tragung.[14]) Hierdurch war es ermöglicht, ohne besondere Schwierigkeit die römische usucapio aufzunehmen, neben welcher jedoch im heutigen Rechte noch Wirkungen des deutschen sichtbar blieben.

III. Ausser den längern Fristen der Verjährung in Hinderungsfällen findet sich bereits im Mittelalter hier und da offenbar aus dem römischen Rechte eine acquisitive Verjährung mit verschiedenen Fristen.[15])

§. 150.

c. An beweglichen Sachen.

An fahrender Habe erwarb man das Eigenthum durch die Gewere als Besitz aus der Hand des Eigenthümers oder eines Dritten, in dessen Hand sie mit dem Willen des Eigenthümers mittelbar oder unmittelbar gekommen war. Die rechte Gewere findet sich bei fahrender Habe nur in bestimm-

— in eime gehegeten dinge, so kumet dy jungiste swestir mit der eldistin glych yres vatir erbe u. yrre mutir erbe u. des dy eldiste swestir u. ir man besessen haben in der were, u. dy jungiste des nicht gevordir hat, das sol ir nicht schaden." — Colmar. R. v. 1293 §. 15. (Gaupp. Stadtr. I. S. 117.) „Swas gutes ein burger jar und tag in siner gewalt gehebet hat, darumbe sol in nieman danach ansprechen, ob eht jener innewendic landes ist, der in darnach ansprechen wil."

[14]) Vgl. Hamb. St. v. 1270. VII. 2. „So wat in dem Ervebocke der Stad steid beschreven u. Jar unde Dag darinne stan hefft, dar ne geit ne Tugh en boven, id were also, dat de genne buten Landes were, de it byspraken wollde, und mochte he dat tughen, he ne hadde sine Klaghe nicht vorlaren."

[15]) Schwsp. c. 49. W. (vgl. auch c. 50. 51. daselbst): „Swaz man varende guot heizet, hât daz ein man in stiller gewer driu jâr âne rehte ansprâche bî dem, der by im in dem lande ist, unde seit im sîn guot gewizen daz er reht dar an hât: sô hât er ez mit rehte. seit aber im sîn gewizen daz er niht reht dar an hât, swie lange erz danne inne hât, sô hât erz doch mit unrehte. hât erz mit rehte, sô wirt ez nimmer mêr ansprache. Unde behabet ez im ieman mit rehte an, unde ist vihe dar under: allen den nuz der dâ von komen ist über die suore, den sol er wider geben. Swaz anders guotes ist, daz niht varende guot enheizet, hât daz ein man in sîner gewer zehen jâr ân ansprâche bî dem, der bî im in dem lande ist: der selbe kan ez nimmer an gesprechen. hât ez ein man zwenzic jâr vor den, die ûzer landes sint, sô hât er reht dar an; ez sî danne daz er jehe waere gevangen ûzer landes oder inner landes. unde mac er daz behaben als reht ist, sô sol man im reht tuon umbe allez daz er an spricht." Regensburger R. v. 1230 §. 7. (Gaupp I. 169.). „Item quicunque domos, vineas, areas, curias vel alias possessiones, infra terminos pacis civitatis Ratisbonensis sine impetitione possederit decem annis, et postea super illis fuerit impetitus, si quietam possessionem septima manu probabit, in pace res ipsas postea possidebit."

ten Fällen.[1]) Der Grund liegt überhaupt in dem Zurücktreten der beweglichen Habe gegenüber dem Grundvermögen und zeigt sich am Deutlichsten bei der Eigenthumsklage (§. 153.).

§. 151.

4. Rechte an fremden Sachen.

I. Grundstücke und Grundzinsen wurden zu Lehen[1]) gegeben in einer dem Landrechte analogen Form durch die Auflassung und Investitur. Letztere[2]) nahm jedoch im Laufe der Zeit den Charakter einer Uebertragung des Rechts (dominium utile) an und fand unter Anwendung von Symbolen fortwährend statt, die Lehnbriefe pflegte man schon frühe in einem eignen bei dem Lehnhofe geführten Buche (Lehntafel) einzutragen.

II. Innerhalb des Hofesrechts findet sich eine vom Herrn übertragene Gewere,[3]) welche den Hofesleuten in mannigfaltiger Abstufung bald ein widerrufliches Nutzungsrecht, bald ein erbliches gegen Erbzins, bald ein obgleich beschränktes Eigenthumsrecht gab. Während ihre Verleihung lediglich vom Herrn abhing, kommen für die Uebertragung des Rechts auf Personen in dem Hofe wie ausserhalb desselben, wo solche gestattet war, ähnliche Formen als nach dem Landrechte vor mit ähnlichen Folgen.

III. Ausser diesen Fällen von Rechten an fremden Sachen kennt das ältere Recht deren beim Rentenkauf (§. 162.), Pfandrecht (§. 159.).

5. Die Klagen.

§. 152.

a. Bei Grundstücken.[1])

I. Für die Klage, womit man eine Sache als Eigen, Lehen u. s. w. ansprach, kam es darauf an, ein besseres Recht als der Beklagte hatte, nach-

---

[1]) Sachsp. I. 28. §. 1. Schws. c. 29 f. 372. W. Andre Stellen bei Kraut §. 103. 112.

[1]) Ausser manchen bereits citirten Stellen vgl. Kraut Grundriss §§. 101. 241 ff.

[2]) Vgl. Homeyer Syst. des Lehnr. S. 324 ff. Zöpfl. R. G. §§. 98 ff.

[3]) Glosse zum Sächs. Lehnr. 41. „Meine bawren, die do in meinem dorfe sitzen, die sind mein, und die ecker, die sie haben, die sind auch mein. Nun mag ich meinen bawren nicht davon treiben, er verwürk es denn mit sonderlichen Sachen. Und woelt ich in denn darvon treiben mit unredlichen Sachen, der bawer blieb billicher bei seiner gewer, wann das ich in darvon treiben moecht, obwol der bawer die gewer von mir hette." — Kraut Grundr. §. 321 ff. — Dazu s. oben die §§. 54 — 56., 88., 107.

[1]) Hier kommen die Belege und Ausführungen von §§. 129—134. und §§. 145—149

zuweisen. Hierfür entschied auf Seiten des Klägers der Nachweis eines bessern Erwerbsgrundes (Erbgang, näheres Erbrecht, früherer Erwerb vom selben Vormann, Erwerb vom bessern Vormann, Erwerb zu Eigen gegenüber dem geringern Rechte). Der Beklagte hatte die Vortheile des Besitzes immer, bei der rechten Gewere das Recht zur eignen Vertretung. Beim Berufen auf den Erwerb vom Kläger lag diesem der Beweis ob.

II. Wurde das Grundstück dem Beklagten abgesprochen, so liess sich der Kläger auf die gewöhnliche Weise einweisen[2]) durch den Besitzer oder das Gericht. Die Herausgabe der Früchte hing ab von dem guten Glauben und der Zeit der Klageanstellung.[3])

§. 153.

b. Klage um fahrende Habe.[1])

I. Das Recht kennt eine Klage auf Herausgabe einer beweglichen Sache mit dinglichem Charakter, die gegen jeden Besitzer angestellt werden kann, nur in dem Falle, wo die Sache wider den Willen des Besitzers abhanden gekommen ist. Sie ist entweder die schlichte Klage oder die Klage mit anevang.

II. Die schlichte Klage[2]) stützt sich auf die blosse Behauptung, der

---

in Betracht. Ueber den Fall, dass der Beklagte sich der Klage entzog s. Sachsp. I. 70. §. 1. — Sehr lehrreich sind die Kap. 22—27. Richtst. Landr., in dem ersten kommt auch die Theilungsklage wegen Erbe vor, worüber noch zu vergl. Frid. II. Sent. de divis. haered. a. 1232 (Leg. II. p. 294.): „si quis infra minores annos positus cum aliquo consanguineo suo bona pro indiviso possideat, deinde ad legitimam etatem perveniens, et id coram iudice probans, divisionem ipsorum bonorum petierit optinendam, et consanguineus contradicat, si fuerit divisio pronunciata per iudicem, tantum iuris ex illa sententia iudicis consequatur, quanto si de communi partium fieret voluntate. Quod eorundem principum dictante sententia extitit approbatum."

[2]) Vergleiche jedoch Schsp. III. 83. §. 1.

[3]) Vgl. §. 147. I. und Sachsp II. 44. §. 2. „Sve aver en gut in geweren hevet, dat ime an irstorven is oder ime gegeven oder gelegen is, unde he't selve niemanne ne nimt, des ne darf he nicht wedergeven des he dar ut nimt, of ime dat gut afgewunnen wert, de wile he dar af nenes rechtes ne weigeret."

[1]) Die hauptsächlichsten Meinungen stellt zusammen Walter R.G. §. 506., der die Klage §§. 502—505., 642., 645., 646. ausführlich beschreibt. Vgl. noch die oben zu §. 129. cit. Werke und Abhandlungen, welche diesen Punkt ausführlich erörtern, und Homeyer Richtsteig Landrechts S. 439 ff.

[2]) Richtst. Landr. c. 11. Vgl. damit Sachsp. I. 53. §. 2. „Sprikt die man gut an, unde klaget he dar up, unde wirt he mit rechte dar up gewiset, he blift is ane bute unde anne wedde, de wile he's sik nicht underwint." — Das Ver-

Beklagte habe die Sache des Klägers. Hier steht dem Kläger der Beweis zu, der Gegner habe die Sache unter sich, diesem die Leugnung mit dem Eide.[3]) Im letztern Falle wird der Kläger abgewiesen, wofern er nicht zum Beweise greift. Gelingt dieser, so steht ihm die Klage mit Anefang zu.[4]) Giebt der Beklagte den Besitz zu, behauptet aber die Sache in erster Hand[5]) erworben oder von dem Eigenthümer ererbt,[6]) oder vom Kläger selbst zu Eigenthum erhalten zu haben,[7]) so hat er wegen der Gewere das Beweisrecht. Der Beklagte kann sich auch auf einen Dritten berufen.[8]) Der Erfolg der Klage war entweder Abweisung des Klägers oder Zusprechung der Sache an denselben.

III. War eine Sache dem, welcher sie im Besitze hatte,[9]) auf eine strafbare Weise, vorzüglich durch Raub oder Diebstahl,[10]) abhanden gekom-

---

hältniss des unterwinden zum anevangen ist nicht klar. Siehe Homeyer a. a. O.

[3]) Sachsp. I. 15. §. 2. „Sculdeget man den man umme dat, des he nicht ne hevet, des untgat he mit siner unscult. Svat man aver under ime bewisen mach, dar vore mut he antwerden ane unscult." — Vgl. dazu Homeyer S. 504.

[4]) Richtst. Landr. c. 11. §. 3.

[5]) Vgl. die bei Homeyer Reg. zu Sachsp. I. S. 404. u. Richtst. S. 495. zusammengestellten Fälle u. Sachsp. I. 15. §. 1. „Sve dem anderen sin varende gut lit, oder sat, oder to behaldene dut, umme bescheit oder ane bescheit, wil's ime jene dar na besaken, oder sin erve na sime dode, dese is't nar to behaldene selve dridde, dan jene al ene dar vor to sverene. Mach aver jene, de't in gewerenn hevet, sin varende gut dar an getügen oder sin erve gut, oder hevet he's geweren to rechte, he brikt ime sinen getüch; ime ne werde burst an sime geweren."

[6]) Sachsp. I. 15. 1. Richtst. L. R. 16. §. 2.

[7]) Sachsp. III. 4. §. 1. „Sve so weder eschet, dat he vergeven oder verkoft hevet an varender have, unde besakt he der köpinge oder der gift, jene, die sie under ime hevet, mut sie selve dridde wol behalden der die't sagen." Richtst. 13. §. 1. Darüber Homeyer S. 495 fg.

[8]) Sachsp. I. 15. §. 1. Richtst. c. 13.

[9]) L. Bajuv. XIV. §. 1—3. L. Liutpr. VI. 8. sprechen die Klage dem Leiher zu. Schwsp. c. 191. W. „unde ist daz mir ein guot verstolen wirt daz mîn niht ist, dâ sol ich der klager umbe sîn. unde stirbe ich, oder entwîch ich von der klage, sô sol der dar nâch klagen, des ez dâ ist." Sachsp. II. 60. §. 1. „Svelk man enen anderen liet oder sat perde, oder en kleid, oder jenegerhande varende have, to svelker wis he die ut von sinen geweren let mit sime willen, verkoft sie die die sie in geweren hevet, oder versat he sie, oder verspelet he sie, oder wert sie ime, verstolen oder afgerovet; jene die sie verlegen oder versat hevet, die ne mach dar nene vorderunge up hebben, ane uppe den, deme he sie leich oder versatte. — §. 2. Stirft aver jene rechtes dodes oder unrechtes, so tie he sik to sime gude mit rechte jegen den erven, oder jegen den richtere, of it an in geboret."

[10]) Vgl. nota 9. Goslar. Stat. 42. 1. (Kraut §. 103. n. 3.). „Von rechte sal man keyn gud anefangen, wen dubig gut adder geroubet gud, adder gud, daz eyn

men, oder findet sie der, dem sie entfremdet ist, bei Jemand, der sie nicht sofort herausgibt, oder zu besitzen verredet,[11]) so kann er sie, in welcher dritten Hand er sie immer findet, anpacken, anfangen, als habe er die Sache bei der hanthaften That ertappt.[12]) Der Inhaber giebt entweder die Sache heraus oder erklärt sich bereit vor Gericht zu kommen, oder weigert beides; in letzterm Falle kann man ihn als Dieb belangen. Kommt er vor Gericht, so beginnt der Kläger seine Klage auf gleiche Art zu[13]) dem Zwecke

---

gesinde — syme herren obel zu brengen." — Salfeld. Stat. (das. n. 11.) „Ab einem manne — ein verstolen ding versatzt wirt, komt her darnach, dez iz ist, her sal iz anvangen." Vgl. noch L. Rip. LXXV.; Ssp. II. 37. §. 1.; Schwsp. c. 265 W. Ssp. III. 6. §. 1.

[11]) Richtst. Landr. c. 11. §. 3. „Dit mach de cleger anspreken tvierlei wis. He mach it anspreken mit ener slichten clage, edder he mach it anvan. Sprictu sin wort in slichter clage so sprik alsus: her richter, N. claget gode unde iu, dat N. des sines hebbe unde biddet, dat gien tur antwerde biden. Sprikt denne de antwerder: her richter unsculdich bin ic, dat ic des sines icht hebbe; wen he sus mit dem ede wil van di komen, so hefstu twier kor. Wultut bewaren dat he nicht sweren ne moge, so vrag sus: her richter, ic bidde ens ordels, na deme dat wit under eme bewisen mogen, oft hes mit sīme ede vorsaken moge, dat hes nicht ne hebbe edder wat en recht si. So vintme he ne moge. Wultu aver ene scenden, so lat ene den ed don, unde aneva dar na din ding, so helpet em sin ed nichtes nicht unde du crigest dat dine wedder. Wete aver dat itlike secgen, dat anevank an neneme dinge tu rechte gescin moge, wen an deme dat vorstolen odder genomen si. Des is nicht, den en islik mut sic des sinen wol mit rechte underwinden war het süt. Tom anderen male mach me varende have mit anevange beclagen. Spriksta desser clagen wort, so du alse he leret." Vgl. dazu L. Sal. XLVII. „Si quis — quodlibet pecus super alterum agnoverit, mittat eum in tercia manu . ." Lex Rip. XXXIII. „Si quis rem suam cognoverit, mittat manum super eam . ." Ottonis I. et II. Edict. a. 967. c. 7. (Leg. II. p. 33.) „Si quis equum suum vel cetera animalia sive rem suam super aliquem reppererit, et ipse warentem dare se dixerit, statim iuret ut ad certum warentem eum conducat, et super tertium warentem et tertium comitatum non procedat. Et si hoc facere noluerit, rem perdat, et secundum legem componat."

[12]) Hierüber vgl. L. Sal. XXXVII. Rip. XLVII. Homeyer im Reg. z. Sachsp. I. S. 333.

[13]) Sachsp. II. 36. §. 1. „Sve so over den anderen dach sine düve oder sinen rof under enen manne vint, die dat openbare gekoft hevet, unde unhalinge gehalden hevet, unde des getüch hevet, den ne mach man nener hanthaften dat sculdegen, al vinde die man die düve under ime he ne hebbe vor sin recht verloren. Wan mit des richteres orlove mut he sin gut wol anevangen mit rechte. — §. 2. Wil aver jene sin gut weren ime, er it vor dat richte kome, so bidde he ine weder keren vor gerichte; weigeret he des, he scrie ine dat gerüchte an unde gripe in an vor sinen dief, also of die dat hanthaft si, wende he sik sculdich hevet gemaket mit der vlucht. Kumt aver jene willes vor gerichte, he sal sik underwinden sines gudes to rechte. — §. 3.

die Sache bis zur Entscheidung in einer dritten Hand bewahren zu lassen.[14]) Mit diesem Akte muss er sofort die Behauptung seines Rechts und das Entkommen wider Willen anbringen, einzeln auch beweisen.[15]) Der Beklagte musste gleichfalls sofort eine positive Behauptung entgegenstellen d. h. seinen Erwerbsgrund angeben und beweisen.[16]) Als solchen kann er einen

---

§. 4. Sprict aver jene, he hebbe't gekoft uppe deme gemenen markete, he ne wete weder wene, so is he düve unscüldich, deste he die stat bewise unde sinen eid dar to du. Sine penninge verlüset he aver, die he dar umme gaf, unde jene behalt sin gut dat ime verstolen oder afgerovet was, of he sik dar to tiüt uppe'n hilgen selve dridde vulkomener lüde an irme rechte, die dat weten dat it ime düflike oder roflike geloset si. — §. 5. Seget aver jene, it si ime gegeven oder he hebbe't gekoft, so mut he benomen sinen geweren weder den he't gekoft hebbe, unde die stat dar he't kofte; he mut aver sveren, dat he't tie to rechter tücht. So mut eme jene volgen over virteinnacht svar he tiüt, ane over soeprike water. Wirt he's gewert alse recht is, die gewere mut antwerden an siner stat vor it gut. Wert aver ime burst an'me geweren, he mut dat gut mit gewedde unde mit bute laten; unde tiet man ime düves oder roves dar an, des mut he sik unscüldegen na rechte. Verlüset ik ok die, de't anevanget hevet, he mut it laten mit bute unde mit gewedde. — §. 6. — §. 7. Selve dridde sal he sik dar to tien de't anevanget hevet; of jeme burst wird an deme geweren. — §. 8. Under deme dat gut geanevanget wirt, die sal dat gut halden in sinen geweren, went it ime mit rechte afgewunnen werde."

[14]) Davon in tertiam manum mittere, intertiare, res intertiata. Augsb. Stadtr. (Kraut §. 115. n. 9.) v. 1276. „Swa ain man sin diupiges oder sin raubiges vih vindet, — das sol er anvahen mit des richters boten. mag er des richters boten nicht gehaben, so sol er es selb anvahen unz an den richter u. sol man das vih antwurten in des richters gewalt u. sol es fur gerichte furen u. sol es vervahen als recht ist. dem recht ist also, das er im grifen sol an das zesin ore u. sol ze den hailgen bereden, das es im diuplich verstolen si oder geraubet. darnach sol er es schieben hinz dem in des gewalt er es funden hat. der sol es denn auch widervahen mit gelerten worten: ich widervah das ros oder rint u. tun es dahin dannan es mir komen is, ob ich mac."

[15]) Siehe die Stellen bei Kraut §. 103. n. 5—7. Die in nota 15. Freib. R. v. 1120 §. 28. (Gaupp. II. S. 23.) „Nemo rem sibi quoquo modo sublatam vendicare potest. nisi iuramento probaverit sibi furto vel preda ablatam. Si autem herus in cujus potestate invenitur dixerit se in publico foro pro non furato vel predato ab ignoto sibi emisse. cujus etiam domum ignoret. et hoc iuramento confirmaverit. nullam poenam subibit. Si vero a sibi noto se confessus fuerit emisse. XIV. diebus ei per comiciam nostram licebit. quem si non invenerit et waranciam habere non poterit penam latrocinii sustinebit." — Freiburger Stadtrodel aus dem 13. Jahrh. §§. 58. 59. (das. S. 36.).

[16]) Vgl. Homeyer Richtst. Landr. S. 441., 494 ff. u. die das. citirten. Das weitere processuale Verfahren ergiebt sich aus dem früheren. Vgl. Homeyer S. 498 ff. Walter a. a. O.

ursprünglichen angeben oder sich auf den Erwerb von einem Dritten berufen (tertiam manum quaerere, sinen geweren benomen). Behauptet er den Gewähren nicht zu kennen, so wurde er durch seinen Eid von Busse frei, war aber zur Rückgabe verpflichtet.[17] Benannte er seinen Vormann und stellte sich dieser, oder wurde vom Beklagten gestellt, so wurde der Beklagte frei und es trat jener ein, worauf dieselben Regeln zur Anwendung kamen. Konnte der Vormann nicht gestellt oder nicht überführt werden, so unterlag der Beklagte. Der unterliegende Kläger zahlte eine Busse; eine solche traf gleichfalls neben dem Verluste der Sache den unterliegenden Beklagten in bösem Glauben. Somit liegt die eigenthümliche Beschaffenheit der Klage in der ehrverletzenden Voraussetzung und der Pflicht zur Rückgabe dessen, der die Sache ohne einen das Eigenthum verleihenden Grund gegen den Willen des Eigners bekommen hatte.[18]

IV. Hatte Jemand eine Sache mit Willen aus seiner Gewere gelassen, so kam es darauf an, ob dieselbe noch in der Hand dessen war, dem er sie lieh, anvertraute, verpfändete u. s. w. oder nicht. Im erstern Falle stand ihm die persönliche Klage auf Rückgabe gegen denselben unbedingt zu.[19] Ist aber die Sache bereits in einer weitern Hand, so hatte im Mittelalter der Eigenthümer nur eine Forderung gegen den Entleiher u. s. w.[20] Bereits im

---

[17]) L. Bajuv. VIII. cap. 7. u. cap. 13. Ed. Rothar. c. 235. und die vorher citirte Stelle Sachsp. II. 36. u. a. — Vgl. überhaupt noch Zöpfl. R.G. §§. 102. 109. 110.

[18]) Da das ältere Recht nicht blos im Falle des raublichen oder diebischen Entfremdens, sondern zum Theil die Klage allgemein beim Finden giebt, so liegt in dem Verweigern der sofortigen Herausgabe beim Ansprechen ausserhalb oder innerhalb des Gerichts der Verdacht der Veruntreuung, auf den es die Klage baut. Und der gleiche Gesichtspunkt ist offenbar auch für den gleichen Fall im Mittelalter vorhanden.

[19]) Sachsp. III. 22. §. 1. „Sve dem anderen liet en perd oder kledere to bescedenen dagen, halt he it over den dach, unde wert he dar umme beklaget, he sal't altohant weder geven unde beteren, of he it geergeret hevet." Richtst. Landr. c. 11. vgl. mit c. 47. Siehe noch Verm. Ssp. IV. 42. 5. „Wer deme andern icht sines gutes lihet mit willen, behilt he daz dissem vor wedder willen und recht, daz mach he nicht anegefangen; he mus is wedder an deme furdern mit rechte."

[20]) Sachsp. II. 60. Die Ausnahme, dass er gegen den die Sache besitzenden Erben die direkte Klage hat, erklärt sich leicht. Vgl. darüber noch Sachsp. I. 15. §. 1. und unten §. 179. Siehe für die Verbreitung dieses Satzes Freiburg R. v. 1120 (nota 15.), Münchener Stadtr. v. 1347 Art. 177. 191. Baier. Landr. (bei Kraut n. 35.), Verden'sche Stat. Art. 57. (das. n. 27.): „So welk Man dem andern lenet sin Pert offte Kledt, offte welker hande Gud idt sy, u. tho welker wise he dat uht sinen weren leth mit sinem Willen, verkofft, versettet, verspelet oder ver-

13. Jahrhundert wurde jedoch in einzelnen Rechten dem Verleiher, Anvertrauer u. s. w. eine Klage gegen den Dritten gegeben, wenn der Empfänger selbst, also auf unredliche Weise, die Sache weiter gab oder starb,[21]) ebenso in bestimmten Fällen eine Einlösung der Sache gestattet.[22]) Den hier überhaupt zu Grunde liegenden Satz drückt die Parömie aus Hand muss Hand wahren.

V. In Rücksicht auf das Interesse des erweiterten Verkehrs wurde jedoch in einzelnen Stadtrechten für bestimmte Fälle jede Klage gegen den Dritten ausgeschlossen.[23]) Auf diesen Grundlagen, welche das römische Recht nicht zu erschüttern vermochte, ruhet das heutige Recht.

§. 154.

IV. Staatliche Beschränkungen der Sachenrechte.

I. Als ein dem Könige zustehendes und nur durch seine Verleihung erwerbbares Recht erscheint bereits im früheren Mittelalter die Förderung der Metalle.[1]) Mit dem Erwerbe der Regalien kam dies Recht an die

---

bringet idt de genne; de idt ersten vorlenet oder versettet hefft, de waret sinen Man, deme he idt gedan hefft." — Fries. Landr. N. 17. (das. n. 28. 29.). Hamb. Landr. A. 57. u. a. Auch das fremde Recht hatte ihn. So das von Wales (Kraut n. 24.) das franz. (Warnkönig Französische Staats- und Rechtsgeschichte II. S. 332 ff.).

[21]) Schwsp. c. 191 W. „Unde lîhet ein man dem andern einen silberînen napf oder ander guot, der sol des baz hüeten dan sîn selbes guot. unde wirt ez im verstolen, er muoz imz gelten. Sô sprechend sumelîche liute, unde verliese einer sîn guot mit dem mînen, sô sol er imz niht gelten. Deś enist niht. einem ieglîchen manne ist daz gesezet, daz er fremdes guotes baz sol pflegen danne des sîn selbes." (Fortsetzung in nota 9.). Lübisches Recht v. 1240 (Kraut n. 39.) Sächs. Dist. bei Pölmann (das. n. 44.), Stad. Stat. das. n. 42. Bremer das. n. 43., welche es dem geben, der einem Handwerker Sachen zu verarbeiten giebt, Pferde verleihet.

[22]) Siehe die Stelle aus dem Lüb. Rechte bei Kraut n. 33. „En jewelic mensche se, weme he sines — ghudes wat lone, wante cumt it so dat de, deme it ghelenet is, it verkoft oder vorsettet u. ofte it bekummeret wert oder holt it jement up, de deme anderen dat ghelenet hevet, de is plichtich it to losende ofte het weder hebben wil, u. de gene, de it under sic hevet, maghet bet beholden —, den de gene, de deme anderen dat gelenet hevet."

[23]) Hamb. R. v. 1270. VII. 9. „So welker hande gut ein man bringet in desse vryen stadt over de solten se, spreke dat jennig man an vor duwe edder roff, dat is he negher to beholtende in sinen weren mit twen bederven mannen, de dar weren, dar he dat gut koffte."

[1]) Siehe die Stellen bei Kraut §. 183. Oben §§. 58. n. 5., 75. bes. n. 16., 79. 100. 102.

Landesherrn, von denen es an Private unter verschiedenen Formen gegeben wurde. Hierzu wurden dann seit dem Ende des 13. Jahrhunderts auch die Salinen gerechnet.[2])

II. Während das Jagdrecht[3]) in ältester Zeit als eine Folge des Eigenthums erschien, wurde dessen Ausübung durch die Bildung der königlichen Forsten und die Einbeziehung von Privat- und Gemeindewaldungen in diese in jenen Gegenden, wo es königliche Waldungen gab, ein königliches Recht. Nach dessen Bildung machte man vielfach auch dort, wo keine königlichen Forsten waren, solche durch Hegung des Wildes mit dem königlichen Banne. Dies Recht kam durch Verleihung an die Landesherrn. Nur bei den Grundstücken, welche im echten freien Eigenthume nach altem Rechte blieben, erhielt es sich fortwährend. Dadurch kam es, dass man dasselbe allmälig als Pertinenz eines adeligen Guts ansah, während es bei den Bauerngütern mit der Ausdehnung der Gutsherrschaft über diese sich verlor. Mit dem Beginne der neuern Zeit wurde das Jagdrecht in polizeilichem Interesse einer Aufsicht und damit einer genauen staatlichen Gesetzgebung unterworfen. Erst in der neuesten Zeit trat der Gesichtspunkt des Eigenthums wieder in den Vordergrund, fand im Principe gesetzliche Anerkennung, bezüglich der Ausübung wurden jedoch überall nach den örtlichen Verhältnissen Beschränkungen gemacht, welche theils polizeilicher theils ökonomischer Natur sind.

III. Hiermit im Zusammenhange steht die Entwicklung des Rechts der Fischerei[4]) an den nicht schiffbaren Flüssen. An den schiffbaren (öffentlichen) Flüssen wurde das Recht zu fischen schon früh zu den Regalien gerechnet.[5])

IV. Mit der Bildung des Jagdregals ergab sich von selbst die Beaufsichtigung der Waldungen[6]) durch die königlichen Beamten. Hierin sowie in der mit der steigenden Macht der Landesherrn sich mehr und mehr auf alle Seiten des Gesellschaftslebens ausdehnenden Gesetzgebung, liegt der Grund, weshalb in der Neuzeit die Cultur und Benutzung der Waldungen durch Forstgesetze geregelt und unter genaue Aufsicht des Staats gestellt wurde. Aus den ältern Verhältnissen der Landbewohner sowie aus den alten

---

[2]) Kraut §. 132. und die von Walter R.G. §. 520. hervorgehobene Stelle aus dipl. Rudolfs I. v. 1277. (Böhmer Reg. n. 361.)

[3]) Vgl. die Stellen bei Kraut §. 121. u. manche der im Verlaufe der Darstellung mitgetheilten Urkunden, besonders in den §§. 69. 76. 77. 79.

[4]) Kraut §§. 123 ff.

[5]) Eine weitere Folge war die Ausbildung des s. g. Mühlenregals: Kraut §. 125.

[6]) Kraut §§. 118 — 120.

Eigenthumsrechten selbst erhielten sich fortwährend eine Anzahl von Gerechtigkeiten an Waldungen.

V. Bezüglich der Gebäude vorzüglich in den Städten gab es schon in früher Zeit mancherlei Vorschriften über die Entfernung derselben von einander, die Anlegung von Kloaken u. dgl. mehr.[7]) Aehnliche gesetzliche Lasten bestanden für Grundstücke, wozu namentlich das Anwenderecht, der Nothweg u. a. gehören.

Drittes Kapitel.

Die Rechte aus Forderungen.*)

§. 155.

I. Allgemeiner Charakter.

Nicht der Mangel an Verträgen, ohne welche ein Rechtsverkehr undenkbar wäre, wohl aber das Zurücktreten des Vertragsrechts charakterisirt das ältere Recht. Dies liegt theils in den Verhältnissen des Verkehrs, theils in dem Vorwiegen des Grundbesitzes und seiner Bedeutung für die Familie. Hierdurch entfielen manche darauf bezügliche Verträge. Desgleichen schränkte die eigenthümliche Stellung gewisser Massen beweglicher Habe den Verkehr ein. Ein Ersatz lag ferner in der Verbindung persönlicher Leistungen mit dem Besitze und Genusse von Grundstücken. So tritt das Vertragsrecht vorzugsweise nur in den Städten bedeutsam auf, wo es sich in gleichem Schritte mit den Umänderungen des ehelichen Güterrechts und des Erbrechts auszubilden anfing. Wie kaum auf einem andern Gebiete wurde jedoch die rein deutsche Entwicklung hier durch das fremde Recht unterbrochen, bis dessen Sätze zuletzt für die Grundformen des wechselnden Verkehrs sich an

---

[7]) Vgl. die Stellen bei Kraut §. 133. — Regensburg. R. v. 1230 §. 8. (Gaupp I. S. 169.): „Item infra muros civitatis ipsius, in vicino et foris extra fossatum nullatenus aedificabit, nisi duodecim pedes distent inter muros et aedificium et totidem foris inter fossatum. Quod si aliter factum fuerit, praeter licentiam civium, removebitur aedificium per judicium civitatis." Das ist der Anfang der s. g. Demolirungsreverse in Festungen.

*) O. Stobbe zur Geschichte des deutschen Vertragsrechts, Leipz. 1855.

die Stelle des heimischen setzten. So wenig dieses einerseits zu beklagen ist, so gewiss darf andrerseits der Geist des deutschen Rechts bei dem Ringen der Neuzeit nach einheitlicher Gestaltung um so weniger übersehen werden, als deren für den Handelsverkehr wichtigste Formen nicht auf dem fremden Boden gewachsen sind. Diese bieten, sofern man auf den Umfang der Objekte sieht, einen vollen Ersatz für das Verlorene und besonders der heutigen Jurisprudenz ein reiches Feld der Thätigkeit.

§. 156.

II. Eingehung vertragsmässiger Verbindlichkeiten.[1]

I. Gedinge[2]) bedurften im Allgemeinen von ältester Zeit an keiner bestimmten Form der Eingehung, das wirkliche Geloben, das Vertragen über Etwas, bringt die Pflicht zur Haltung hervor.[3]) Innere Voraussetzung für die Gültigkeit und Klagbarkeit war a) die Statthaftigkeit[4]) des Vertrags selbst, b) die Fähigkeit der Person, sich zu verpflichten[5]) und c) die Ernstlichkeit des Willens.

II. Um den Abschluss eines Gedinges festzustellen wandte man verschiedene Symbole an, als: Handschlag, Trinken auf das Gedinge, Brechen eines Halmes, Stupfen mit den Fingern u. a., so wie es auch Sitte war, eine Münze für milde Zwecke (Gottespfennig, heiligen Geistes Pfennig) oder zum Vertrinken u. s. w. zu geben.[6])

III. Die Klagbarkeit jedes wirklichen Gedinges unterlag zu keiner Zeit einem Zweifel.[7]) Um diese aber herbeizuführen, bedurfte es erforderlichenfalls des Beweises vor Gericht. In den Anschauungen und Sätzen über diesen[8]) liegt der Grund, weshalb man wichtige Geschäfte ziemlich allgemein

---

[1]) Stobbe a. a. O. erste Abhandlung. (S. 1—111.).

[2]) Grimm R.A. S. 600 ff., der andere Bezeichnungen: wetti, kauf, gelt, leisten, gewere u. s. w. nachweist.

[3]) Sachsp. I. 7. Vgl. dazu auch I. 18. §§. 1. 2.

[4]) Diese fehlt z. B. beim Zinsenversprechen (§. 164.), Spiele (§. 166.), Einlager (§. 160.).

[5]) Sie fehlt bei dem Gefangenen, welcher nicht frei ist: Ssp. III. 41. §. 1. Andre Stellen bei Stobbe S. 15 fg.

[6]) Grimm R.A. S. 604 ff. Vgl. die Stellen bei Kraut §. 163. Stobbe S. 26 ff. 50 ff.

[7]) Schwsp. c. 11. W. Ueber die Bestimmungen namentlich der Stadtrechte, leichtsinniges Eingehen und böswilliges Ableugnen zu verhindern s. Stobbe S. 18 ff.

[8]) Vgl. Oben §§. 129—134., deren Belege hier vorausgesetzt werden. Siehe besonders die n. 3. citirte Stelle des Sachsp. u. des Schwabsp. in n. 7.

abschloss vor Zeugen unter Anwendung von Mitteln zur Stärkung ihrer Aufmerksamkeit und Erinnerung und mit Aufnahme von Urkunden,[9]) sowie vor Gericht.[10]) Für einzelne Geschäfte finden wir in älterer[11]) und mittlerer[12]) Zeit die Schriftlichkeit in einer Weise erwähnt, dass sie als Bedingung der Gültigkeit erscheint.

IV. Obwohl der Grundsatz von der Formlosigkeit und allgemeinen Klagbarkeit der Verträge sich bis auf den heutigen Tag auch gegenüber dem fremden Rechte erhielt, so ist doch im Laufe der Zeit die Anwendung bestimmter Formen: Schriftlichkeit, Abschluss vor Gericht, mit ihm bald electiv bald ihn ersetzend der notarielle Abschluss, theils wegen der Beschaffenheit des Geschäfts, theils aus mannigfachen Rücksichten (finanziellen, Verhütung der Uebereilung u. s. w.) vorgeschrieben oder durch Gewohnheit eingeführt worden.

§. 157.

III. Haftung aus Verbindlichkeiten.[1])

I. Die Verbindlichkeit zur Lösung der Schuld ging zunächst auf die Habe des Schuldners und konnte an dieser durch Pfändung des Gläubigers (§. 161.)

---

[9]) Oben §. 130. und §. 132.

[10]) Oben §. 131.

[11]) Z. B. Bei Vergabungen an Kirchen. L. Alam. Hloth. I. 1. II. 1—3. (vgl. dazu die weitern Nachweise in den notae von Merkel p. 45 sq.). L. Bajuv. I. 1. Decr. Tassil. (Walter I. p. 293.) Uebrigens lässt sich mit absoluter Gewissheit nicht die Schriftlichkeit als Bedingung der Gültigkeit behaupten, aber auch nicht, wie Stobbe thut, daraus bestreiten, dass sie nicht als Folge der Unterlassung ausgesprochen wird, denn wollte man dies fordern, so müsste man oft bei Quellen des Mittelalters Schlüsse zu ziehen unterlassen. Ich hege deshalb Zweifel, weil mir die Fassung der Quellen mehr etwas Faktisches zu beachten scheint.

[12]) Vgl. die Zusammenstellung bei Stobbe S. 18 ff. Vgl. noch Notariatsordnung von 1512 Einleit. §. 11. „Und am meisten und insonderheit, ist solches zu halten in denen Contracten und Händeln, darinn zu ihrer Substantz die Schrifft gehört: ja alsdann erfordert die Nothdurfft, dass alle und jede Puncte vor den Partheyen und Zeugen von Wort zu Worten vorgelesen werden. Dann ehe die Schrifft vollkommentlich gefertiget und von den Partheyen für vollkommen und erfüllt geacht, so wird der Contract nicht für vollkommen und kräfftig gehalten. So aber die Schrifft vollkommen und erfüllt ist, so mag alsdann nichts mehr hinzu gesetzt, davon gethan oder geändert werden, obgleich die Partheyen das verwilligten."

[1]) Das Tragen der Gefahr (Haftung für den Zufall) wird bei den einzelnen Verträgen dargestellt.

oder durch richterliche Vollstreckung (§. 137.) bewirkt werden, soweit die Habe reichte.

II. War der Schuldner vermögenslos oder genügte sein Vermögen nicht, so konnte die Verbindlichkeit gegen seine Person vollstreckt werden. Das ältere Recht kennt eine wirkliche zeitweise Knechtschaft, in welche der Schuldner freiwillig[2]) oder durch richterlichen Befehl kam.[3]) Im Mittelalter tritt an deren Stelle das Hingeben an den Gläubiger, der ihn gleich seinem Gesinde halten muss, aber statt des Lohnes ihm die Schuld gut rechnet, jedoch auch als Gefangenen behandeln darf.[4]) Vorausgesetzt ist aber, dass die völlige Zahlungsunfähigkeit feststehe und kein Bürge sich finde. Schon früh ward für kleinere Beträge in einzelnen Städten[5]) die Haft und Eigenschaft ausgeschlossen. Im 16. Jahrhundert kam bald für gewisse Fälle[6])

---

[2]) Tacit. Germ. C. 24. Bajuv. II. 1. §§. 4. 5. „Cetera vero quaecunque commiserit peccata, quousque habet substantiam, componat secundum legem. — Si vero non habet, ipse se in servitio deprimat, et per singulos menses vel annos quantum lucrare quiverit, persolvat cui deliquit, donec debitum universum restituat." Capit. Anseg. L. III. c. 65. (Leg. I. p. 307): „Si quis liber homo aliquod tale damnum cuilibet fecerit, pro quo plenam compositionem facere non valeat, semetipsum in wadio pro serwo dare studeat, usque dum plenam compositionem adimpleat."

[3]) So bestimmt die L. Visig. V. 6. c. 5. Burg. XIX. 5. Die übrigen Gesetze kennen diesen Fall nicht, wohl offenbar nur deshalb, weil sie auf Grund des Urtheils das Anerkenntniss und als dessen Vollziehung die freiwillige Hingabe voraussetzen. Die L. Visig. regelt besonders den Fall, dass Einer mehren klagenden Gläubigern verhaftet und zahlungsunfähig ist (Concurs).

[4]) Sachsp. III. 39. §§. 1. 2. Verm. Sachsp. II. 16. 2. „En mag der richter nicht von eime gehelffen also, das her also vil pfandis in siner gewere nicht vindet, das her das gehelfen moge, so teile man im mit der hand dem, dem her gelden sal. Her sal in abir haldin glich seime Gesinde und ap her in an der schult wil lassin erbeiten, das mag her thun. Enfugit ihm das nicht, so mag her in wol spannen in eine helde atir fesser adir in ein feste gemach. Her sal in auch nicht setczin uf swinskobin noch priveten noch bei seichtlos, do her bei irstinken mochte und dovon her in eine crancheit ader sucht mochte vallin. Her sal in auch nicht setczin wedir zu kalt noch zu warm und noch zu nas. Auch sal her im koste gebin glich sime gesinde und die sal im abir desir gelden." Andere bei Kraut §. 157.

[5]) Lüb. Recht bei Kraut n. 8. 9. lässt für eine Schuld von acht Schillingen gegen den bekennenden Schuldner weder das Setzen in Eisen noch die Hingabe zu Eigen sondern nur Wegnahme des obersten Kleides zu.

[6]) R. P. O. v. 1577. Tit. 23. §. 2. für betrüglichen Bankerott. „ordnen, dass — so sie fürsetzlicher oder betrüglicher Weise, und nicht aus kündlichem zugestandenem Unfall ausstehen, Bankerott machen, und austrinnig werden, — wo die betretten, zu Haften angenommen, den Klägern zu Recht gehalten — werden sollen."

bald allgemein[7]) die öffentliche Haft im Schuldthurme. Daneben kommt aus dem fremden Rechte die Güterabtretung vor, wobei jedoch dem Gläubiger die Wahl blieb, den Schuldner als Gefangenen oder als dienenden Knecht (Gesinde) zu nehmen.[8])

IV. Bestärkung der Verbindlichkeiten.

§. 158.

1. Durch Bürgen.[1])

I. Eine der häufigsten Formen in älterer und mittlerer Zeit, Verbindlichkeiten aller Art eine grössere Sicherheit zu geben, war das Stellen von Bürgen.[2]) Wurde der Bürge als Geisel[3]) gegeben, so haftete er entweder sofort oder bei eintretender Zahlungsunfähigkeit unmittelbar mit seiner Person (§. 157.). Durch Gedinge[4]) wurde entweder eine Person als Sicherheit neben den Hauptschuldner, Selbstschuldner[5]) gestellt oder mehre.

---

[7]) Nürnberger Reform v. 1564. Tit. 11. Ges. 8.

[8]) Revid. Lüb. Recht bei Kraut n. 12. Interessant wegen seiner eigenthümlichen Härte ist das Wiener Stat. v. 1340. (Bischoff Oesterr. Stadtr. S. 197). Gegen Frauen schliesst sowohl das revid. Lüb. Recht als das Wiener Stat. v. 1435. bei Kraut n. 13. die Haft aus.

[1]) Stobbe a. a. O. S. 115. ff. V. Platner die Bürgschaft, Leipz. 1857.

[2]) Althochd. purigo mhd. bürge, sicherbote. Grimm R. A. S. 619. Der vielfache und häufige Gebrauch erklärt sich aus der Schwierigkeit, Grund und Boden als Sicherheit einzusetzen, dem Gerichtsverfahren, dem Verhältnisse der Erben zu den Schulden des Verstorbenen und aus der socialen Bedeutung der Familien- und nachbarlichen Beziehungen.

[3]) Grimm l. c. Capit. in lege Sal. mitt. a. 803. c. 8. (Leg. I. p. 114): „De libero homine qui se loco wadii tradidit. Liber qui se loco wadii in alterius potestate commiserit, ibique constitutus damnum aliquod cuilibet fecerit, qui eum in loco wadii suscepit, aut damnum solvat, aut hominem in mallo productum demittat, perdens simul debitum propter quod eum in wado suscepit. Et qui damnum fecit, demissus iuxta qualitatem regi cogatur emendare. Si vero liberam feminam habuerit, usque dum in pignus extiterit, et filios habuerint, liberi permaneant.“

[4]) Die Rechte fordern nirgends eine bestimmte Form. Ausführlich darüber Platner S. 27 ff., der jedoch aus dem Ausdrucke „Bürgen setzen, stellen“ zu viele Folgerungen zieht. Ueber die Bürgschaft, welche nur das Erscheinen vor Gericht zum Zwecke hat, mit diesem oder dem Tode der Person aufhörte, im Falle des Nichterscheinens nur zur Zahlung des Wergeldes verpflichtete, siehe (Sachsp. II. 5. §. 1. giebt ihren Grund) Homeyer im Reg. z. Sachsp. S. 296 f., Stobbe S. 117 ff., Platner S. 50 ff.

[5]) Selbscolo, selbschol. Andre Ausdrücke bei Stobbe S. 120.

II. Die Verhaftung des Bürgen erstreckte sich nur auf den Betrag der Schuld, das Object und eventuell dessen Werth,[6]) nicht auf Zinsen, Früchte, Schaden, ausser der Bürge hatte sich zu Mehrem ausdrücklich verpflichtet. Es tritt die Haftpflicht ein, sobald die Pflicht des Schuldners zur Zahlung eintrat und nicht erfüllt wurde. Dies konnte nach den verschiedenen Rechten entweder erst durch Aufforderung bez. Einklagen des Schuldners[7]) oder schon durch Nichteinhaltung des Verfalltages der Schuld[8]) festgestellt

[6]) Kl. Kaiserr. II. 45. „Der burge wirdet, der sal wissen, daz wan er verbrichet einen Tag wider dez willen, gen dem er ist burge worden, so hat er sich selb' schuldig gemacht, vnd sal man an im richten fur daz gut, des er burge worden ist, vnd nit an dem, der die schulde schuldig ist. Sint der keiser hat gesprochen: waz der man gelobet, daz sal er leisten." Lüb. Recht III. 5. 1. bei Kraut §. 178. n. 12. „Wird einer zum Bürgen gesatzt vor Schuld auf gewisse Zeit, der Bürge muss auff dem Fall der nicht Haltung die Schuld bezahlen, vor den Schaden aber darff er nit antworten, sondern der Principal muss denselben gelten und richtig machen. Es were dann ein ander ausdrücklichen pasciscirt und bedinget." Wegen Zinsen liegt der Grund im §. 164., wegen der Früchte im §. 147., wegen des Schadens darin, dass der Bürge nur übernimmt, was der Schuldner zur Zeit der Errichtung schuldete und weil sich bei der Beschaffenheit des Geschäfts der Gläubiger den Schaden selbst zuschreiben muss.

[7]) L. Burg. XIX. 5. 8. Walter §. 531. versteht diese von unmittelbarem Halten an den Bürgen. Mit Recht hat Platner S. 93 f. dem entgegengesetzt, das „constrictum atque compulsum debitum" derselben setze ein Auffordern des Schuldners voraus. L. Burg XIX. 10. 11. spricht nicht, wie Walter sagt, von „ohne Weiteres pfänden," sondern sagt nur: „Quicumque voluerit satisfacere debitori, et necesse fuerit fidejussorem suum pignorare," „Sivero fidejussorem suum pignoraverit." Was dazu nöthig sei, sagt sie nicht. Es ergiebt sich aus dem Vorhergehenden. Aus Addit. I. 9. lässt sich nichts folgern. Mit dem hier Gesagten stimmt genau Addit. II. 7. „Siquis fidejussorem acceperit, et ante eum pignorare praesumpserit, quam auctorem suum, cum quo caussam habet, praesentibus testibus admonuerit (dann ist offenbar das debitum ein compulsum et constrictum), pignora, quae tollere praesumpserit, in duplo restituat." Hierin liegt also keine Aenderung, wie Walter meint. — Culm. Recht III. 117. „So sal man yrst tzusprechen demselb schuldegen, ab man yn gehaben mag, wes im denne broch wirt, und syn nicht gehaben mag, da sal her denne dem Burgen umme tzusprechen, der sal das Halden, das her gelobit hot." Diese und das gleichlautende Billwaerder Recht bei Stobbe S. 124. Recht v. Eger v. 1279. (Gaupp. I. p. 192.) §. 19. Prager Rechtsb. art. 131. Vgl. auch Brünner Schöffenb. adt. 289 ff.

[8]) Lüb. Recht (nota 6.). Gail Practicarum observationum etc. libri duo. Colon. Agripp. 1583 fol. L. II. obs. XXVII. n. 30. (p. 310) „talis consuetudo est in Austria, ubi necessario fidejussor post moram ante principalem sine discussione conveniri debet: alias fidejussor liberatur." Vgl. Platner S. 94. Anm. 3. Der §. 1355. a. b. G. B. steht also genau auf dieser Gewohnheit, weil mit der Einmahnung die mora begründet wird. Brünner Schöffenb. art. 297. Die Stelle Ssp. III. 85. und Schwsp.

werden, wurde aber auch dann in einzelnen Rechten angenommen, wenn der Gläubiger des Schuldners nicht habhaft werden konnte.[9]) Die Pflicht des Bürgen erlischt nicht durch den Tod des Schuldners[10]) sondern erst durch die Tilgung[11]) oder den sonstigen Fortfall der Schuld.[12]) Sie ging jedoch auf die Erben nicht über.[13]) Hieran hielt das sächsische Recht fest mit einer Ausnahme für den Fall, wo bei Lebzeiten die Klage bereits angestellt war.[14]) Im süddeutschen Rechte fand offenbar aus dem römischen die gegentheilige Ansicht Aufnahme[15]) und drang auch in einzelne nördliche Rechte ein. Hat

---

c. 363. I. L. 382. W. bezieht Stobbe S. 126. auf die Bürgschaft zu gesammter Hand, Platner S. 95. erstere auf den Beweis.

[9]) Brünner Schöffenbuch 297. (Rössler S. 137.). „Fidejussor si adsit principalis, reus vero absit, grave est creditorem absentem quaerere cum possit mox fidejussorem exigere; unde statim aget in eum."

[10]) Sachsp. I. 6. 2. I. 9. 6. „Stirft aver jene de't laten solde, sin sone n'is nicht plichtich to latene, he ne hebbe't selve gelovet oder bürgen vor gesat."

[11]) Sachsp. III. 85. §. 3. Magd. R. bei Stobbe S. 136.

[12]) Hamb. R. v. 1270. III. 1. „So wor een man u. eene vrouwe an echtschop tosamende komet u. so we borge wert umme de medegift an jeweder syde, den schal men beclagen bynnen tween jaren, u. beclaget men ene nicht bynnen der beschedenen tyt, he schal dar aff ledich wesen." — und darüber Stobbe a. a. O. Wiener R. v. 1435. —

[13]) L. Burg. LXXXII. 2. Hlud. II. Capit. a. 875. c. 42. (Leg. I. p. 527): „Si de una causa plures fideiussores dati fuerint, et unus ex ipsis fideiussoribus mortuus fuerit, ut proinde causam suam non perdat, set pro eo qui de illis fideiussoribus vivi sunt, solvatur quod promisit." — Sachsp. I. 6. §. 2. (vgl. I. 9. §. 6.) spricht durchaus nicht dagegen. Sächs. Weichb. art. 106. Verm. Sachsp. III. 12. 1. „Welch man eyn burge wert vorden andern umbe schult, sterbet der, der irbet dy burgeschaft nicht uf sinen erben. — dist 4. Vorsterbet her ouch in der vorclageten zeith, sine erben mussen dy schult gelden. — Nach dist. 11.: Dis capittel ist alles von schultburgen, u. ist landrechte, wichbilderecht u. keyserrecht." — Münch. Stadtpriv. v. 1294: „Ez sol chain borigschaft ze Munichen erben an frowen oder an chint, es si danne daz si darumb gelobt habent oder lobent ze gelten."

[14]) Verm. Ssp. (nota 13.). Goslar. Stat. (Göschen S. 71.).

[15]) Schwsp. c. 9. W. „Unde ist daz ein man des andern bürge wirt oder ein wîp, unde wirt mêr liute mit im bürge, unde werden si unverscheidenlîchen bürgen; jener klaget wol under in ûf swelhen er wil. Aber ein meister, heizet Adrianus, der des lantrehtes vil gemachet hât, der sprichet er sülle si alle an sprechen. Wan ez diuhte die liute, dâ waer gefaerde bî, ob er einen an spraeche unde den andern niht. unde ist einer dar under der nicht ze gelten hât, des sullen die andern alle schaden haben. unde swelicher stirbet under den bürgen, des erben sullen sinen teil vür in gelden; ân von sînem lêhen: dâ gildet nieman von wan sîne selbes schulde. unde hât der niht ze gelden, des bürgen si dâ worden sint, sô müezen si selben gelden. Unde ist daz er giht, si ensîn niht sîne bürgen worden, des sullen si en überziugen selbe dritte.

der Bürge für den Schuldner geleistet, so kann er für die Summe, welche er leisten musste, allgemein und unbedingt,[16]) nach einzelnen Rechten auch für die Mehrauslagen, welche er, um seine Bürgschaft zu lösen, machen musste,[17]) den Hauptschuldner zur Zahlung angehen.

III. Eigenthümlich liegt die Sache, wenn mehre Personen sich für dieselbe Schuld verbürgen, womit im Erfolge ganz der Fall zusammentrifft, wenn überhaupt mehre Hauptverpflichtete vorhanden sind. Hiefür kennt das Recht zwei Formen. Haben sich Mehre unabhängig von einander zur Zahlung einer Schuld verbürgt, so haftet Jeder nur nach Verhältniss, wird also durch Zahlung seines Antheiles frei und haftet nicht für den ausfallenden Theil eines andern.[18]) Dieses Verhältniss erscheint als die

---

unde hânt si nieman der in helfe bereden, si helfent einander wol bereden umbe die sache. unde sprichet ein man „ich wil iu einen bürgen sezen; der ist anders wâ gesezen," wil man dâ mit rehte gevarn, sô sol jener sînen brief senden dem, gein dem er bürge wirt, unde mit insigel; wan daz ist gewis sendet er aber einen boten dar, der dem Manne lobet an sîner stat, dâ sol er liute zuo nemen, ob er lougenen welle, daz man in überziuge. unde stirbet ouch der bürge, sîne Erben müezen jenem gelten, gein dem er bürge worden ist; ern habe ez danne ûz gedinget, alzo daz er spraeche „ich wird alsô gein iu bürge, ob ich stirbe, daz mine erben ledig sint." Brünner Schöffenb. Art. 295. „heredes bona parentum possidentes, non solum illa debita, quae parentes dum viverent pro se ipsis solvere tenebantur, sed etiam illa, quae pro aliis fidejussorie solvere promiserunt . . ."

[16]) L. Burg. XIX. 5. 9. Vgl. Stobbe S. 130 f., Platner S. 160 ff.

[17]) Siehe das Diethmars. Landr. bei Stobbe S. 131 f. Vgl. Brünner Schöffenb. art. 297. — Ueber die Frage, ob der Bürge gegen den Gläubiger compensiren darf, vgl. Stobbe S. 125. Platner S. 161 fg., der mit Recht gestützt auf Ssp. III. 12. §. 1. die Zulässigkeit verwirft; die von Platner aus Stobbe's Worten gezogene Folgerung ist jedoch keine nothwendige.

[18]) Sachsp. III. 9. §. 2. nach der bei Homeyer in der Note h. (S. 187) angegebenen Form von drei Codd.: „Borghet mer ludes den .en man enen beclageden man umbe ungherichte vor gherichte to bringende, unde ne kome he nicht vore to recht tit, men delet uppe se alle en ghewedde unde en were ghelt. Des sal man se van gherichtes halven twinghen to geldene ghelike, also verre so se it ghelden moghen. — Hebbet se alle to samene ghelovet, ir nen n'is nicht ledich, er it allet verghulden is. Swe aver enen del ghelovet hevet, he is't ledich of he sin del gheldet." Auf diese Stelle hat Stobbe aufmerksam gemacht. Hamb. R. v. 1270. VII. 8. Verm. Ssp. III. 12. 8. „Werden me lute borgen wen eyner und geloben slecht vor dy schult, wer or denne abestet, do kempt iczlicher mit siner anczal von. Sterbet abir der borgen icht abe, daz en schadet den andern nicht. Der schade ist eynes selber, kegen dem gesprochen waz." 11. „Werden ouch me lute burgen vor eyn wergelt eyner sache u. eyner gelobet hute, der ander morne, der dritte obermorne, so daz sy nicht by enander sin, wen sy burgen werden, vorfellelt sich daz wergelt, doch ist keyner phlichtig zou gebene daz wergeld mit enander, ab he

Regel. Hatten aber Mehre zu gesammter Hand,[19]) sei es in einem Akte ohne ausdrückliche Erklärung über ihr Verhältniss, sei es mit unzweideutigem Willen der gemeinsamen Verpflichtung, eine Schuld übernommen, so hafteten sie gegenüber dem Gläubiger wie der Hauptschuldner sämmtlich für das Ganze.[20]) Bezüglich des Rechts, sie in Anspruch zu nehmen, weichen aber die Bestimmungen darin von einander ab, dass nach einigen der Gläubiger sich von Vornherein halten kann an jeden Einzelnen nach freier Wahl, und, im Falle er nicht befriedigt wird, an einen Andern und somit an Alle,[21]) nach andern aber Alle zugleich in Anspruch nehmen muss und erst für den Ausfall auf jeden Andern zurückgehen kann.[22]) Unter

---

wol gelobet had alleyne, sundern sy sullin daz mit enander geben. Welcher under den sturbe, umbe des teyl leden dy andern keyne nod, wen sy nicht mit gesampder hand gelobet hatten." Wiener Stadtr. v. 1435. „Seizt ain man vier oder funf purgel u. das yglicher purgel wirt nur fur sein tail, u. werdent darnach an gesprochen vor gerichte, so anntwurt yeczlicher mit recht nur fur sein tail, man bewär dann gegen in das sy zusam gelobt habe, so mues yetweder besunder anntwurten umb die ganczen purgelschafft oder wie er dann an gesprochen wirt. Ist das der enprist, der ist fur sich ain emgrosten (sic!) und muessen die andern antwurten ainer nach dem andern dar nach und man sy anspricht." Revid. Lüb. R. III. 5. 2. „So zween, drey oder mehr in gemein Bürge würden für ein auff eine Summa Geldes u. solch Geld auff bestimmte Zeit nicht auskommen würde, so müssen die Bürgen sämmtlichen ein jeder seine Quotam zahlen. Würden sie aber ein für alle gelobet haben, so mag der Creditor alle Bürgen oder aber einen unter ihnen, welchen er wolle, um die Bezahlung ansprechen, u. da er alsdann nicht bezahlet würde, von den andern oder so etzliche davon verstorben von derselben erben solches fordern, bisz zu der gantzen Bezahlung, desz haben sie doch ihren Regresz von den andern Mitlobern oder derselben Erben, solches wiederum zu fordern." Sehr ausführlich und im Ganzen gleich sind die Bestimmungen des Prager Rechtsb. art. 3. 11. davon sehr scharf unterschieden art. 10. „Vo vile leute globen mit einander ein geld zu geben, gibt iclicher sein tayl, si sind ledig, gildet einer und der andere nicht, dye golden haben, dy sind ledig." Brünner Schöffenb. art. 132.

[19]) Ueber diesen Fall s. überhaupt Stobbe S. 145 ff. Platner S. 114 ff. Ersterer stellt die Ausdrücke zusammen: conjuncta manu, in solidum, pari manu — tosamene, mit gesaminder hant, einer für alle, sammt und sonders u. s. w. Stobbe S. 148 ff. erörtert dieses Verhältniss auch für die Gesellschaft, die Miterben, die Verhaftung von Unterthanen, Bürgern für die Schulden des Landesherrn, von Mitbürgern an fremde Personen. —

[20]) Vom Vertrage selbst hing es aber ab, ob mehre Bürgen mit dem Hauptschuldner principaliter oder erst als Bürgen, also subsidiarisch, sämmtlich haften wollten. Wenn auch nur ein Bürge mit dem Hauptschuldner sich zu gesammter Hand verpflichtet, fällt seine Bürgeneigenschaft gegenüber dem Gläubiger fort.

[21]) Augsb. Stadtr. v. 1276. c. 389. Soester Schrae v. 1350 a. 52. Wiener Stadtr. v. 1435. Prager Stat. art. 125. Revid. Lüb. Recht III. 5. 2. Absatz 9.

[22]) Dies finde ich in Sachsp. III. 85. §§. 1. 2.: „Svar mer lüde den ein gelo-

sich können aber die als Mitbürgen zu gesammter Hand Verpflichteten gegen einander so ihren Anspruch geltend machen, dass im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Hauptschuldners ein jeder, der über seinen Antheil geleistet hat, den Ueberschuss von den andern nach Verhältniss der Antheile fordern kann, wie es denn ebenso dem zu dem Hauptschuldner als Selbstschuldner tretenden Bürgen, und bei mehren Gesammtbürgen dem Zahlenden, freisteht, sich an den Hauptschuldner zu halten.

IV. Was endlich die Fähigkeit zur Uebernahme einer Bürgschaft betrifft, so erforderte diese Handlungsfähigkeit.[23]) Ausserdem war der Gläubiger, wo er einen Bürgen fordern konnte oder annehmen musste, nur zur Annahme eines solchen verpflichtet, der ein das Bürgschaftsobject deckendes Vermögen erwiesenermassen besass.[24])

§. 159.

2. Durch Pfandbestellung.[1])

I. Ein bereits in der fränkischen Zeit äusserst häufiges Sicherungsmittel bildet die Hingabe einer beweglichen Sache an den Gläubiger,[2]) zur

---

ven to samene en weregelt oder en ander gelt, al sin sie it plichtich to lestene, die wile it unvergulden is, unde nicht ir jewelk al, mer manlik also vele alse ime geboret, unde alse vern als man in dar to gedvingen mach von gerichtes halven die, deme it dar gelovet is, oder die it mit ime gelovede, of he it vor ine vergulden hevet. — Geloven ok vele lüde enem manne ene scult to geldene, unde untvan dat gelovede mer lüde, svar man jeneme lestet, deme man gelden sal, oder mit sinen minnen maket, dar hevet man in allen gelest, den man't gelovet hadde.“ Verm. Ssp. III. 12. 9. 10. „Geloben lute mit gesampter hand u. werden burgen umbe dy schult, werden sy denne dorumbe beclaget mit rechte, si mussen dy schult gelden, dy wile or eyner lebete, glich mit enander, denne dy gesampten hand erbet or eyner uf den andern, abir nicht uf sine erben. — Wer den der leczter worde vor dy gesampter hand, u. dy andern abegestorben wer, wurde denne dy schuld czulecz irclaget mit rechte, daz der die schuld schüldig (unschuldig) wer worden, sturbe he, sy irbete uf sine erben, dy musten sy gelden.“ Ebenso Schwabsp. c. 9. (nota 15.). — Prager Rechtsbuch art. 11. „Geloben aber vil leut ein gelt einem manne mit gesampter hant zu gebir, gelden sie alle biz auf einen oder auf zwen, si sind doch nicht ledig, iz sey alles gegolden, wenne glübte bricht alles recht.“

[23]) Hamb. Stadtr. II. 6. 2. bei Kraut §. 178. n. 11. schliesst aus Weiber, Knaben unter 18 Jahren ohne ihre Curatoren und Vormünder. Vgl. Platner S. 14 ff.

[24]) Die L. Burg. LXXXIII. 1. spricht von einem „fidejussor idoneus.“ Sachsp. II. 10. §. 2. Brünner Schöffenb. art. 290. 367. Andre Stellen weist nach Platner a. a. O.

[1]) C. O. v. Madai, die Satzung des älteren deutschen, insbesondere des sächsi-

Deckung der Verpflichtung im Falle der Nichtleistung (wadium, wetti, Wedde, Satzung, Weddeschat — setzen, versetzen, einsetzen). Die Sache war entweder ein liegendes, Kistenpfand, oder ein essendes, zehrendes Pfand. Was die Gefahr[3]) betrifft, so trug sie bei dem Kistenpfande nach dem ältern Rechte, welches sich noch im Sachsenspiegel und andern Quellen des 13. Jahrh. erhielt, der Gläubiger unbedingt, jedoch so, dass er beim Untergange den Werth des Pfandes gegen die Schuld bis zu deren Betrage aufrechnete.[4])

---

schen Landrechts und ihre Fortentwicklung in Zeitschr. f. d. R. VIII. (1843) S. 284 bis 325. Kraut, Grundriss §§. 139. 140. Ueber die Ausdrücke Grimm R. A. S. 618.

[2]) Das wirkliche Geben in des Gläubigers Besitz setzen die meisten Stellen voraus, indem sie von dare, tradere sprechen. Sehr deutlich Baier. Landr. bei Kraut n. 10. „Antwurt man einem pfant, des varnte hab ist, — der sol er sich unterwinden — und haymen in sein gewalt; tät er das nicht und lies (si) jenem, der ins geantwurt hat, der mag sich derselben pfant mit dem recht wol unterwinden.“ Jura civit. Nordhusae das. n. 11. „Item quicunque pignoraverit talia, que de possessione pignorati possint duci vel pelli sub potentiam pignorantis, et relicta in possessione pignorati fuerint, alius si supervenerit, salvo jure pignorabit. Dico autem duci et pelli ad differentiam domorum et arearum et horum consimilium que congrue de loco moveri nequaquam possunt.“

Gegen die ältere Annahme eines widerruflichen Eigenthums, das Madai a. a. O. S. 285 ff. aus Ssp. II. 24. 2. I. 53. 3. I. 70. 2. u. a. folgert, siehe Budde, das Verhältniss der ältern deutschen Satzung zum Eigenthum, insbesondere nach dem System des Sachsp. in Zeitschr. f. d. R. IX. (1845) S. 411—439.

[3]) F. Förstér, die Verantwortung des Satzungsgläubigers nach dem Rechte des Mittelalters, in Zeitschr. f. d. R. IX. S. 101—143. Stobbe a. a. O. S. 251—275, bei denen Literatur und Quellen nachgewiesen bez. mitgetheilt sind.

[4]) L. Visig. V. 6. 4. Sachsp. III. 5. §. 4. „Svat man aver deme manne liet oder sat, dat sal he unverderft weder bringen, oder gelden na sime werde. — §. 5. Stirft aver en perd oder ve binnen sattunge ane jenes scult, de it under ime hevet, bewiset he dat unde darn he dar sin recht to dun, he ne gilt is nicht; he hevet aver verloren sin gelt, dar it ime vore stunt, ire gelovede ne stünde den anderes.“ Schwsp. c. 212 W. „Swaz ein man dem andern uf sine triwe entvilet, swaz dem in des gewalt geschiht, unde hât er daz in bezere huote gehabet, dan sîn selbes guot, unde getar er daz bereden: er gilt ims niht. Swaz aber ein man dem andern lihet oder sezet, daz sol er im als guotez wider geben. Ist ez erger worden, daz bezer als reht si. versezet ein man dem andern ein phert umbe pfenninge, unde stirbet daz in sîner gewalt âne sîne schulde, daz ist der gemeine tôt: er sol es niht gelten. er verliuset aber sîne phenninge dar an, die ez im stuont: ezn sî danne ander gedinge dar an geschehen. Er sól ez ouch ninder rîten âne jenes urloup. unde rîtet erz darüber, swaz im geschiht, er muoz den schaden haben. unde geschît im niht, er muoz doch ze bezerunge geben ie von der mîl sehs phenninge. daz ist dâ von, daz erz ân sîn urloup geriten hât. unde die wîle erz arbeitet, sô sol er im deheine suore räiten. Arbeitet erz in wagen oder in pfluoge, unde wirt ez geergert, daz sol er zwifalt gelten.“ Verm. Ssp. III. 17. 18. Goslar. Stat. S. 82 u. a. bei Förster S. 120 ff.

Viele Rechte lassen jedoch theils schon aus früherer Zeit, theils seit dem 14. Jahrh. den Empfänger nur für seine Schuld haften,[5]) so dass den Zufall der Eigenthümer trug. Wenn ein essendes Pfand ohne Schuld des Inhabers den gemeinen Tod fand, so brauchte der Gläubiger es nicht zu ersetzen, verlor aber nach manchen Rechten seine Forderung.[6]) Andere hingegen behalten ihm für diesen Fall dieselbe vor[7]) oder machen noch Unterscheidungen. Löste der Schuldner die Schuld zur Verfallzeit oder auf die Mahnung des Gläubigers nicht ein, so kam es nach meistens dreimaligen in vierzehntägigen Zwischenräumen erfolgten Aufforderungen zum gerichtlichen Verstrich.[8]) Den Mehrerlös konnte einzeln der Gläubiger behalten,[9]) nach andern Rechten musste er ihn dem Schuldner geben,[10]) welcher den Abgang stets ersetzen musste.

II. An Eigen kennt die ältere Zeit wie das frühere Mittelalter, mit einer auf dem römischen Rechte beruhenden Ausnahme, nur eine Satzung mit Uebertragung der Gewere an den Gläubiger. Ihre Form ist dieselbe wie

---

[5]) Lüb. R. IV. 98. „Settet ein mann dem andern ein pandt dat schal he eme unvordorven weddergeven edder gelden na syner werde so dat van vorsümenisse ummegekamen, sunsten darff he eme dar vör nicht antwörden.“ Münchener Stadtr. 105. (Bair. Landr. 231.). „Svenn ainem pfant geantwurt werdent in sein gewalt für sein gelt, swelher schad im daran wider füer ungevärliche er seins guots gewert wurd und daz selb pfant verchaufft wurd, des sol er chain entgeltnüss haben an der schuld die man im gelten sol, und nichtes abgen.“ Dazu Privil. Ottokars, für die Prager Juden v. 1254 §. 7. „Item si aut per casum incendii aut per furtum aut per vim res suas cum obligatis sibi pignoribus amiserit, et hoc constiterit et christianus, qui hoc obligaverit, nihilominus impetit eum, judaeus juramento proprio se absolvet.“ Ebenso das Frankf. Recht, Verm. Ssp. III. 17. 7. Augsb. Recht u. a.

[6]) Sachsp. III. 5. §. 5. Schwsp. c. 212. Magdeb. R. v. 1304. Art. 88. Verm. Ssp. IV. 42. 20. Brem. R. v. 1428 u. a.

[7]) Wiener Stadtr. v. 1435. Andere specielle Bestimmungen weisen die bei Förster genau angeführten Quellen nach. Dessen Ansichten werden durch die Ausführungen von Stobbe widerlegt.

[8]) Verm. Ssp. II. 18. 1. 2. „Setzet einer ein pfand ymande an varender habe — das vor gerichte irclagit und gewunnen ist, das sal her auch vor gerichte ufbiten drei firzehn tage. — Pfant, die eime gesatzt werden unvorclagit vor gerichte, der en darf man nicht ufbiten vor gerichte.“ Andre bei Kraut n. 19. 21. 23.

[9]) Freiberg. St. das. n. 22. „Waz die pfant bezzer sint wen si sten, daz mac he behalden, he mac iz ouch widergeben ab her wil; waz ouch si erger sint wen si sten, da mac he jeme umme schult geben, der muz im darumme antworten zu rechte.“

[10]) Bair. Landr. das. n. 23. „Antwurt man einem schreinpfant, die sol er behalten 14 tag in dem gericht, und sol si jenem anpieten, ob er si lösen welle, — und sol si dann verkauffen on alles gewerd. Gieng im daran icht ab, — da sol im der richter

bei der Auflassung.[11]) Als Object erscheinen alle Arten von Eigen, selbst Lehen und Länder.[12]) Bei Häusern und sonstigen dem Untergange ausgesetzten Sachen trug die Gefahr der Gläubiger,[13]) wobei der Untergang dieselbe Folge als der von Thieren herbeiführte. Die Früchte bezog der Gläubiger,[14]) sofern nicht durch den Vertrag ein Anderes bestimmt wurde.[15]) Wurde die Schuld nicht gezahlt, so fand der Verkauf auf die gewöhnliche Weise durch das Gericht Statt; jedoch findet sich auch oft die Verabredung, dass der Gläubiger alsdann die Sache behalten dürfe für die Forderung.[16])

III. Ohne Uebertragung der Gewere findet sich seit dem 13. Jahrhundert eine Satzung an Eigen in der Form der gerichtlichen Auflassung mit Ausstellung einer Urkunde,[17]) welche dem Gläubiger einen dinglichen An-

---

mer pfant umb antwurten; wurd im icht über an dem pfant, daz sol er jenem widergebn."

[11]) Sächs. Lehnr. Art. 55. §. 8. Lüb. R. v. 1240 Art. 18. Bair. Landr. bei Kraut n. 26. „Wer erb und aigen zu pfant wil setzen, der sol das thun vor gericht in offner schranne und das sol man schreiben in das gerichtbuch." Beispiele für die Errichtung in Urkunden und vor Zeugen führt an Walter R.G. §. 533.

[12]) Siehe die bei Kraut angeführten Urkunden, ein Beispiel Oben §. 77 n. 6. Bei Verpfändungen von Ländern kam die Huldigung mit der vollen Ausübung landesherrlicher Gewalt vor.

[13]) Medebacher Privil. v. 1165. §. 13. (Seibertz n. 55.): „Si domum suam aliquis et curtim in uadio posuit uni ciuium suorum, si domus et alia edificia combusta fuerint, si ille domum reedificare poterit, uadimonium illius erit, qui ei pecuniam suam praestiterat, sicut ante fuit: si uero domum suam reedificare non uoluerit, quod remansit de igne cum possessione det illi, cujus uadimonium prius fuerat et sic se absoluat. Creditor postea, quantumcunque debiti superest nichil amplius ab eo extorquere secundum nostram justiciam possit." Aelt. Soester Stadtr. §. 31. (Seibertz n. 42.): „Item siquis domum suam uel quelibet edifficia in pignore dederit et illa igne. uel alio casu perierint. si uolet is cuius erant edificia restituere alia. et hec erunt ut ante. pignus creditoris. quod si non uult. relinquet creditori reliquias incendii uel ruine. et fundum pro pignore. sic creditor nil amplius potest petere. Si uero dominus fundi reliquias inuaserit. potest creditor ab eo summam expetere creditorum." Lüneb. R. bei Stobbe S. 266, der hier u. S. 269 fg. weiter über diesen Punkt handelt.

[14]) Vgl. die Stellen bei Kraut n. 28—30. 33. Das. n. 27. eine Verpfändung der blossen Einkünfte.

[15]) So in der von Walter hervorgehobenen Urk. Erzb. Philipps von Cöln von 1182 bei Günther, Cod. Rheno-Mosel I. p. 439.

[16]) Siehe die Urkunde bei Kraut n. 34. 35. Das Einlösungsrecht weisen nach daselbst die Urkunden n. 31. 32.

[17]) Bair. Landr. bei Kraut n. 36. „wer dem anderen pfant antwurt, daz aign

spruch gab (rechte gewere). In Folge davon konnte er im Falle der Nichterfüllung den Verkauf des Guts durch das Gericht verlangen und sich aus dem Erlöse bezahlt machen, mit Abgabe des Mehrbetrags, oder auch sich selbst nach Schätzung das Gut einantworten lassen.[18]) Mit dem Eindringen des römischen Rechts entstanden mancherlei Modifikationen des deutschen Systems. Dieses hatte aber durch die allmälige Sitte, die Verpfändungen von Immobilien ohne Besitzübertragung in eigne Bücher (Pfandbücher, Hypothekenbücher, Verfachbücher) oder in die gewöhnlichen Grundbücher einzutragen, welche weder generelle noch stillschweigende Pfandrechte zuliess, und die Mitwirkung öffentlicher Behörden, eine solche Bedeutung für den Realcredit erlangt, dass man seit dem vorigen Jahrhundert dasselbe ziemlich allgemein annahm.

§. 160.

3. Arrha. Ehrenstrafen. Einlager.

I. Als Mittel das Verharren bei einem Vertrage zu sichern kommt die Hingabe einer arrha[1]) vor. Zur grössern Kraft des Vertrages und Bewirkung gewisser Erfüllung finden wir von ältester Zeit an wenngleich in allmälig veränderter Gestalt das Einsetzen der Ehre mit dem Rechte für den Gläubiger im Falle des Wortbruches, den Schuldner an seiner Ehre zu kränken (Schel-

---

oder lehn ist und das pfant dannoch in seiner Gewalt bleibt und das er es jenem, dem er es gesetzt hat, ze hant nicht untertänig macht, — da sol er im brief über geben mit seinem insigel — und mit gerichtz insigel." Magdeb. Frag. I. 6. 8. das. n. 37. „Wirt einem ein erbe vor gericht gesatzt, der hat eine rechte Gewere daran, (ob jener, der es setzt, nu wol blib in dem erbe)."

[18]) Siehe die Stellen bei Kraut n. 38—42. 46. Die Goslar. Statuten lassen ausdrücklich das vom Eigenthümer bestellte Miethrecht durch den Verkauf untergehen. Ueber den Zwangsverkauf von Eigen und Erbe ohne Satzung siehe das. n. 45. 47. 48. Die num. 44. das. Hamb. Stat. v. 1270. IX. 19. lässt ihn erst zu, wenn kein anderes Vermögen da ist. — Alle diese Quellen kennen nur das Recht des Gläubigers auf die Sache, erwähnen aber keines weitern Anspruches des Gläubigers an die Person des Schuldners. — Für die Verpfändung des ganzen Vermögens s. die Stellen bei Kraut n. 50—53.

[1]) Justit. Lubecc. bei Kraut §. 163. n. 2. „Si quis denarium sancti spiritus super contractu vel mercatione aliqua erogaverit, idem est ac si mercipotum dederit. Si vero uni eorum emtio displicet antequam pedem mutaverit, denarium sancti spiritus aut restituere aut recipere poterit, quod pede mutato facere neuter eorum poterit." Lüb. R. III. 6. 6. Das. n. 3. „So we so deme anderen gift des hilegen geystes pennige up enen kop, oder up en gelovede, dat is also stede, alse he hebbe den litkop gegeven." Brünner Schöffenb. art. 280. „Postquam . . . . denarium, qui vul-

menschelten u. a.).[2]) Dies wurde durch die Reichsgesetze[3]) verboten. Besonders häufig und wirksam war aber an Stelle des alten Begebens in Geiselschaft im Mittelalter die in den Schuld-Urkunden übernommene Verpflichtung, im Falle der Nichterfüllung sich an einen bestimmten Ort zu begeben und bis zur Zahlung daselbst zu verweilen, das s. g. Einlager, Einreiten, Leistung, obstagium. Wegen der Missbräuche wurde es später abgeschafft.[4])

---

gariter „goczphenig“ dicitur, qui omnem contractum fori ratificat, venditionis testimonium ab eo recepisset . . .“

[2]) Vgl. Walter §. 528. Grimm R.A. S. 612 f. Siehe die bei Kraut n. 11. aus Freih. v. Cramer Wetzlar. Nebenstunden Th. 77. S. 73. angef. Urk. von 1478: „versprechen — bey unseren Adlichen Ehren, wolhergebrachten gueten Nahmen und wahren Treuen — auf den Tag der heiligen Dreyer König — 3000 Thaler — zu erlegen. — (Widrigen Falls) wollen wir — dem E. — vollkommene Macht und Gewalt zugestellet haben, unss sambt und sonders oder unsere Erben mit schmähen, Gemeldte an Pranger oder Kirchentüren, oder wo es ihnen sonsten geliebet, anzuschlagen, oder sonsten bey allen Ehrenliebenden zu höhnen, schmehen und verunglimpfen, wie solche, die ihr Siegel und Zusage nicht in acht haben.“

[3]) R. P. O. v. 1577 Tit. 35. §. 7. „Wann wir auch berichtet worden sind, dass in etlichen Landen dieser Brauch, oder vielmehr Missbrauch eingerissen, da dem Glaubiger, auf sein Angesinnen von seinem Schuldner oder Bürgen nicht bezahlt wird, dass er derentwegen dieselbigen mit schändlichem Gemähld und Brieffen, öffentlich anschlagen, schelten, beschreyen und beruffen lässet. Dieweil aber gantz ärgerlich, auch viel Zancks und Böses verursacht, darumb es ja in keinem Gebiet, darinn Recht und Billichkeit administrirt werden kann, zu verstatten: So wollen wir dasselbig anschlagen, auch solche Geding und Pacta den Verschreibungen einzuverleiben, hiemit gäntzlich verbotten und aufgehoben, auch allen und jeden Obrigkeiten in ihrem Gebiet, mit ernstlicher Straff gegen demjenigen, so hernach des Anschlagens sich gebrauchen würde, zu verfahren befohlen haben.“

[4]) Rud. I. curia Vienn. a. 1277 sent. de obligato ad obstagium (Leg. II. p. 412.): „. . quaesivimus in sententia, utrum is, qui se datione fidei, vel iuramento corporaliter prestito, vel patentibus suis litteris, ad obstagium vel solutionem alicuius debiti ad certum terminum obligavit, nec in ipso termino adimplevit ad quod taliter se adstrinxit, de iure posset, ubicumque etiam deprehensus, per iudicium occupari? Et promulgatum extitit communiter ab omnibus, quod is, qui modo predicto ad solutionem debiti vel obstagium obligatus, promisso non paruit, valeat, ubicumque inveniatur, auctoritate iudiciaria conveniri.“ Rud. I. Curia Ratisbon. a. 1281 const. pacis c. 9. (Leg. II. p. 427.): „Éz en sol nieman ouf den andern ein varen noch laisten umbe dehein gulte, diu hinder zehen pfunden ist; noch dehein ros, noch dehein pfärde umb dehein gulte hinder drin pfunden. Unde swer daz tut, der ist fribreche; und der sin pfenninge ouf so getan schaden leihet, der sol sie verliesen.“ — R. P. O. v. 1548 Tit. 17. §. 9. verbietet den Verkauf von „Gültverschreibung auf Bürgen in Leistung zu mahnen gestellt“ ausserhalb des Reichs u. s. w. R. P. O. v. 1577 Tit. 17. §. 10. „. . So wollen wir hiemit die Leistung in künfftigen Schuld- oder Gült-Verschreibun-

§. 161.

V. Geltendmachung.

I. Als Mittel, eine Forderung geltend zu machen, deren Erfüllung zu sichern, erscheint zuerst das Recht der aussergerichtlichen Pfändung.[1]) In den meisten Volksrechten findet sich

a. der Fall der Pfändung von Vieh, das auf fremdem Boden Schaden thut.[2]) Sein Zweck bestand lediglich in der Sicherung des Anspruches aus

---

gen einzuverleiben gäntzlich verbotten haben. Da auch einige Verschreibung gleichwol hinfürters darauf gestellt würde, soll dieselbige Leistung als nunmehr jure publico verbotten, an ihr selbst nichtig, und demnach kein Bürg noch Schuldner zu leisten, noch auch den Wirthen, da auf ihne mit der That geleistet würde, etwas zu bezahlen verbunden seyn." §. 11. wiederholt die ältere Bestimmung für bereits ausgestellte. I. P. O. art. VIII. §. 5. behält für Holstein dies Recht vor. — Beispiele giebt Kraut §. 157. n. 15—20., aus denen zwei Platz finden mögen: Urk. v. 1248: „archiepiscopus fidejussores ipsi Walramo statuit —, qui fide data promiserunt, quod si in aliquo defectus fuerit premissorum, ipsi moniti Coloniam intrabunt infra mensem post factam eis monitionem, et ibi, prout moris est fidejussorum, jacebunt non recessuri donec omnis defectus in predictis fuerit emendatus." Urk. v. 1349: „Wir Karl" — Römischer Künig, — dunt kunt, — das Wir schuldig sint — den Erbaren Luten, Huge zu der Tuben, H. Knoltz, — Burgern zu Spire, — dusent pfunde Heller. — Dieselbe schuld geloben Wir in zu gelten und zu geben unverzügenlichen, bis zu Sante Johans dage Baptisten. — Detdent Wir des nicht, so sollen Wir uffe Unsern Eit, den Wir zu dem Riche getan hant, und der Erbar Ritter, Engelhart v. d. H., — den wir in darunter zu merer sicherheit zu Gisel und zu Bürgen geben han, uffe sinen Eit, Uns beede antwurten zu Spire in die Stat, in den nehesten acht tagen nach dem vorgenannten Ziel Sante Johans tag ungemanet, in rechte giselschaft, und nyemer danne komen, bitz die vorgenant schult vorgolten wirt gar und gentzlichen." Prager Stat. art. 23. „Wer laisten wil oder inlegen gelobt nach der stat recht zu Prag der schol in eines piderben mannes hovs oder in sein herberg ein varn und ein chomen, wo man im daz bescheit, und schol dar inne zwa imal essen an einem tage, als man nicht vastet, und schol dar inne sein bi nacht und bi tage, und schol dar aus nicht enkommen, daz ez im zu schaden mocht chomen an dem leib oder an dem gut an yens urloube, dem er do leistt." Vgl. die Urk. bei Seibertz n. 502. vom 10. März 1303, worin der Erzbischof von Köln eignen Unterthanen gegenüber das Einlager eingeht, welches in derselben „jacencia" genannt wird.

[1]) Wilda das Pfändungsrecht, in Zeitschr. f. D. Recht I. S. 167—320.

[2]) L. Burg. XXIII. XIX. L. Visig. VIII. Tit. 3. c. 10 sqq. Tit. 5. c. 1. 4. L. Rothar. 344. 348 sqq. 383. L. Sal. IX. „de damnum in messe vel qualibet clausura inlatum." L. Rip. LXXXII. Verboten ist in L. Bajuv. XII. I. §. 1. jede Pfändung ausser durch den Richter. Die L. Alam. Lib. II. Tit. LXXVI. §. 1. beruhet auf der l. 39. §. 2. Dig. ad leg. Aquil. 9. 2. (Vgl. Merkel in den Anmerk. p. 71.).

dem zugefügten Schaden und des hierzu nöthigen Beweises. Zu dem Ende musste der Eigenthümer gerufen und der Schaden abgeschätzt werden; alsdann nahm er seine Sachen zurück. In den Rechten des Mittelalters[3]) erscheint diese Pfändung ganz in derselben Gestalt, jedoch mit der Bestimmung, dass es unter öffentliche Obhut zu setzen ist[4]) und nach einer bestimmten Zeit, wenn es der Eigenthümer nicht einlöst, verkauft werden kann.[5]) Ausser dem Ersatze des Schadens kommt eine Busse vor; auf diese geben einige Rechte dem Pfänder ein unbedingtes Recht und fordern die Klage erst dann, wenn der Schaden jene übersteigt. Die Pflege des Viehes muss der des eignen gleichkommen, bezüglich der Gefahr verhält es sich analog wie beim gewöhnlichen Pfande.

b. Eine Pfändung ist im Mittelalter gestattet, wenn Jemand auf fremdem Boden Schaden thut,[6]) an der Person oder ihren Sachen.

---

[3]) Ssp. II. 47. §. 1. „Sve sin ve drift up enes anderen korn oder gras, he sal ime gelden sinen scaden uppe recht, unde büten mit dren scillingen. — §. 2. N'is aver he dar to jegenwerde nicht dar dat ve scadet, unde wert it gepandet, den scaden solen se gelden dere dat ve is, of man ine tohant bewiset, na der bure kore, unde ses penninge gift jojewelk to bute vor sin ve. — §. 3. Is dat ve sogedan, dat man't nicht indriven ne mach, also perd dat wrensch is, oder gans oder ber, so lade he dar to twene manne, unde bewise en sinen scaden, unde volge deme ve in sines herren hus, unde scüldege ine dar umme; so mut he beteren vor dat ve, als of it gepandit were. — §. 4. Sve sin ve drift up ene andere marke uppe gemene weide, wert he gepandit, he gift ses penninge. — §. 5. Ungewunnen land sve dar over veret, it ne si en geheget wese, die blift is ane wandel.“ — Schwsp. c. 310. W. „Der sîn vihe trîbet ûf eins andern mannes korn oder gras, er sol im gelten den schaden zwivalt, unde sol dem rihter drî schillinge geben, oder nâch gewonheit. Er mac ez ouch wol pfenden âne den rihter, unde sol ez trîben in des rihters gewalt. unde wil er, er mac ez wol panden. Ist daz vihe sô getân, daz er ez niht gevâhen mac, als wildiu ros unde reinischiu pfaert, oder wilt daz zam ist, oder gense: daz sol er in sîn gewalt trîben, ob er ez hinz dem rihter niht bringen mac, unde sol ez dem rihter künden. Unde der sol im heizen gelten als hie vor geschriben ist. der man sol sînen schaden bereden selbe dritte. hât er der niht, sô berede in mit sîn eines hant.“

[4]) Schwsp. c. 310. Siehe die Stellen bei Kraut §. 144.

[5]) Egerer Landfr. K. Wenzels v. 1389 (Neue Sammlung I. S. 94.) §. 24. „Were auch iemand, kuntlich redelich, müglich, unlaugenbar schult schuldig, so sol er es vor dem Hauptman des Lantfrids zu wissen tun, e er darfur pfende, das er den, der da schuldig ist, darumb verschribe, und das er danne dem man schuldig weret, gutlichen bezahlte und rihten wolle; wurde darnach der darumb pfenden und angriffen, mit den pfanden sol er pfentlich gefaren und in das nehste Sloss triben, da ein geriht ynne ist; das doch desselben der da gepfendet ist, nit sy, und sint es essend pfant, die sol er steen lan dry dag, und dry naht: Were es aber ander pfant, die sol er lassen steen vier wuchen.“

[6]) Schwsp. c. 231. W. „Swer den andern vindet an sînem schaden, der mac den

Während in beiden Fällen im älteren und mittleren Rechte nur der Gesichtspunkt obwaltet, sich die Gewissheit zu sichern, sein Recht wegen des zugefügten Schadens zu bekommen, trat unter dem Einflusse des römischen Rechts in der spätern Zeit dazu die Anschauung, wegen der Besitzstörung pfänden zu dürfen, welche theilweise im heutigen Rechte vorwaltet.

c. Der Grundherr hatte gegenüber dem Pächter, Grundholden, der Zinsherr gegenüber dem Zinsmanne, der Vermiether gegenüber dem Miether ein Recht, wegen der bereits fälligen Zinsen die in dem Gute oder Hause befindlichen Sachen desselben in Beschlag zu nehmen.[7]). Dies Pfandrecht hat sich in der spätern Zeit umgewandelt in ein Retentionsrecht des Vermiethers und Verpächters. Bezüglich der Grundsteuern kann das spätere Einziehungsrecht durch amtliche Exekution ohne Prozess nicht mehr als privatrechtliches gelten.

d. Wegen sonstiger Geldschulden kommt schon in den Volksrechten ein Pfändungsrecht in verschiedener Gestalt vor.[8]) Im Mittelalter galt dasselbe im Allgemeinen[9]) in zwei Fällen als erlaubt.[10]) Einmal wegen Schulden,

---

phenden âne des rihters urloup. wert er im daz phant, er sol in lâzen gên, unde sol dem rihter klagen. wan dar umbe wirt er dem rihter sunderlîchen einer bueze schuldic, daz er im phant hât gewert, hât er den schaden hinz im behabet als reht ist. Behabet er den schaden niht hinz im, sô muoz er im unde dem rihter bezern dar umbe, daz er in gephendet wolde hân, oder ob er in gephendet hette.“ Ssp. II. 27. §. 4. „Sve so unrechten wech sleit over gewunnen land, vor jewelk rat sal he geven enen penning, die ridene man enen halven, unde solen den scaden gelten, of dar sat uppe stat; dar vore mut man se wol panden. Weret se dat pant weder recht, man bestedeget se mit deme rüchte; so muten se beteren dat rucht mit dren schillingen, unde muten doch pandes recht dun.“ II. 28. §. 2. „Vischet he in diken die gegraven sin, oder houwet he holt dat gesat is oder barende böme, oder brict he sin ovet, oder howet he malbome, oder grevet he up stene die to marcstenen gesat sin, he mut drittich schillinge geven. Vint man ene in der stat, man mut ine wol panden oder uphalden vor den scaden, ane des richteres orlof.“ III. 20. §. 2. „He mut ok wol panden up sime lande den die't eret, ane des richteres orlof, durch dat he rechtes mede bekame.“ Andere bei Wilda.

[7]) Curia Ratisbon. Rud. I. a. 1281 const. pac. c. 59 (Leg. II. p. 430.): „Ez pfendet ein igelich man sinen hindersazzen wol an fronboten umb sinen zins und umb sein gulte. Swes an diesem buche vergezzen ist, dez sol man rihten nach dem alten reht.“ Ssp. I. 54. §. 4. „Die herre mut wol panden uppe sime gude umme sin geld, dat man ime von sime gude gelovet hebbet, ane des richteres orlof.“

[8]) Siehe Wilda a. a. O. S. Siegel Gesch. des Gerichtsverf.

[9]) Das Brünner Stadtr. aus dem 14. Jahrh. art. 75. (Rössler S. 361): „Wier wellen ob unsir purger ainer eim lanthere oder eim ritter oht parget vor eim scheppen oder vor czwaie und gilt im daz nicht zu dem tag, so schol er sein leut phenden in der stat.“ art. 190 das. S. 394 giebt dem Viehhirten dasselbe Recht

die als „kuntliche, redliche" notorisch waren oder überhaupt nicht verredet werden konnten, sodann für den Fall, dass der Schuldner in der Schuldverschreibung dem Gläubiger ausdrücklich ein Pfändungsrecht zugestanden hatte.[11]) Der erstere Fall fiel theils mit dem vorhergehenden zusammen, theils mit der geordneteren Justiz fort. Der letztere war bis zum 17. Jahrhundert allmälig dahin umgestaltet worden, dass man in einer solchen Er-

---

mit den Worten: „er mag auch das viech von im selben wol insliezzen um sein verdientes lon."

[10]) Die zahlreichen sonstigen Verbote enthalten die Landfrieden von der s. g. Treuga Heinr. anfangend. Siehe Wilda. S. 198 ff. Walter §. 538.

[11]) Const. Rud. I. a. 1281. c. 59., const. pac. ad Rhenum Alberti I. a. 1301 (Leg. II. p. 476): „Man pfendet öch wol umbe kuntliche korngulte, und wingulte, und zinse, und gat daz öch nut an den landfrieden; anderes soll nieman den andern pfenden ane gerihte. Hett sich aber ieman verbunden mit sinen brieven, daz man in pfenden sule ane gerihte, den soll men pfenden an sine eigene, an sine erbe, an sine lehene, und an sine pfande; hett aber ein gotzhus oder ein closter gut oder lute darüber er voget ist, an dem gute und an den luten soll men in nut pfenden." Egerer Landfr. v. 1389. §. 24. Frankf. v. 1398. §. 6. (Neue Samml. I. S. 97.): „Auch hette jemand zu dem andern zu sprechen umb kuntliche redeliche Schult, der sol nicht darumbe angreiffen noch beschädigen, er habe dann den, zu dem er die Schuld fordert, vorhin darum ersucht, und die an ihn erfordert. Und bezahlte er ihme die Schuld dann nicht, so mag er darumb pfänden, also dass er ihn das vorhin lasse wissen drey Täge und drey Nacht mit seinem offen Brieffe und gewissen Botten, in dess Schloss, Stadt oder Hauss, da derselbe, den er pfänden wil, mit seinem Leibe zu der Zeit wohnhafftig ist, oder ihmen selber in seine Gegenwertigkeit geben, ohne Geverde. Und wers, dass der dann also pfändte und angriffe, der sol mit den Pfanden pfändliche thun und gefahren. Und wer dem nicht also nachgienge, den oder die mag man für den Landfrieden heischen, und darumb nemen, was der Landfriede darüber weiset. Were auch jemand dem andern Zinse, Gülte oder verbrieffte Schuld schuldig, welicherlei die weren, darumb mag jedermann seiner Kundschafft, Besesses und Rechten gebrauchen und geniessen, und seinen Briefen nachfolgen als sie ausweissen." — Von 1442. §. 2—5. (das. S. 171). „Von der Schuld, die kundtlich unlaugenbar ist." Landfr. v. 1495. §. 9. Reichskammergerichtsordn. v. 1555 Th. II. Tit XXII. Absch. des Deput. Tags zu Speier von 1600. §. 32. (das. III. S. 479. Vgl. übrigens auch die §§. 29. 31, 33): „Gleicher Gestalt ist gezweiffelt worden, ob Mandata sine clausula zu erkennen, da einer in einer Verschreibung dem Glaubiger Macht und Gewalt gibt, seines Gefallens gegen den verschriebenen Gütern zu verfahren, und sich an den Pfanden oder Gütern mit oder ohne Recht bezahlt zu machen? Zu dessen Ausschlag, haben wir uns mit der Churfürsten, depurtirter Fürsten und Stände Räthen und Gesandten dahin verglichen, dass solche Wort (mit Recht) ad viam executivam nicht zu extendiren, oder zu erstrecken, sondern zu ordentlichem Weg zu verstehen seyn sollen; Da aber die Wort (oder ohne Recht) so etwan mehr auf sich haben, in der Haupte-Verschreibung befunden, sollen Mandata, doch in denen Personen und Sachen, so ohne Mittel an unser Kayserlich Cammergericht gehörig, erkennt werden."

klärung einen Verzicht auf den ordentlichen Prozess und die gewöhnliche Exekution annahm.

II. Kam der Gläubiger nicht aussergerichtlich zu seinem Rechte, so stand ihm die Schuldklage frei, welche nach dem geführten Beweise oder dem Anerkenntniss des Beklagten zur Pfändung durch den Richter, zur Veräusserung seines Eigen oder zur Setzung des Beklagten in die Knechtschaft führen konnte.[12])

VI. Einzelne Verträge.

§. 162.

1. Der Kauf.[1])

I. Der meist vor Zeugen und unter Hingabe eines an dem Kaufpreise nicht abgerechneten Drangeldes, Draufgeldes, welches sich als Schlüsselgeld, Schwanzgeld, Halftergeld bei Verkäufen von Grundstücken und Hausthieren, besonders Pferden, erhielt, abgeschlossene Vertrag verpflichtete den Verkäufer zur Sicherstellung gegen Drittansprüche, deshalb bei Mobilien zur Gewähr gegen Anevang, (§. 153.) bei Immobilien zur Gewähr des unangefochtenen Besitzes von Jahr und Tag, der rechten Gewere (§. 149.), wofür sowohl Bürgen als Pfänder und besonderes Gelöbniss vorkam. Die Gefahr ging auf den Käufer erst über mit der erhaltenen Gewere,[2]) später fand das römische Recht Eingang.[3]) Im Gegensatze zu der Vertretung gegen Dritte kennt das ältere Recht nur in äusserst geringem Grade ein Recht des Käufers zu wandeln, durchaus aber keinen Anspruch auf Minderung des Preises wegen Mängel. Die Wandelungsklage[4]) fand nur

---

[12]) Vgl. §§. 126. 129 ff. und die vorhergehenden §§., aus denen sich die Grundsätze von selbst ergeben.

[1]) Siehe Grimm RA. S. 606 ff.

[2]) Vgl. Stobbe a. a. O. S. 275 ff., der dies aus vielen Stellen nachweist.

[3]) Schwsp. c. 190. W. „Unde gibe ich einem manne ein guot ze koufene, unde gibet er mir sîn arre dar an, unde daz gout belîbet in mîner gewalt; und wirt ez mir verstolen: der schade ist sîn, unde mîn niht, hân ich sîn gehüetet als ich von rehte solde.“ Brünner Schöffenb. art. 286 (Rössler S. 131 f.). Vgl. Stobbe S. 284 f.

[4]) L. Bajuv. XV. 9. 1. „Venditionis haec forma servetur ut seu res seu mancipium, vel quodlibet genus animalium venditur, nemo propterea firmitatem venditionis inrumpat quod dicat, se vili pretio vendidisse; sed postquam factum est negotium, non sit mutatum. — 2. Nisi forte vitium invenerit quod ille venditor celavit, hoc est in mancipio, aut in caballo, aut in qualicumque peculio, id est, aut coecum, aut herniosum, aut caducum, aut leprosum. — 3. In animalibus autem sunt vitia quae aliquotiens

statt beim Verkaufe von Thieren, wenn der Verkäufer wichtige Fehler verheimlicht hatte und dieselben unmittelbar nach der Uebergabe hervortraten. Auch das mittelalterliche Recht hat den Grundsatz, dass man Sachen, welche man vorher gesehen, gekauft und zu sich genommen hat, unbedingt bezahlen muss[5]) („Augen offen oder den Beutel offen"); eine Rückgabe konnte aber einzeln stattfinden, wenn das Gut ungesehen gekauft sich als schlecht erwies.[6]) Allgemein wurde die Wandelung beim Kaufe gewisser Thiere zugelassen wegen bestimmter Fehler, die in einer festgesetzten Zeit nach der Uebergabe zum Vorschein kommen.[7]) Dies hat sich im spätern Recht erhalten, und ist nur genauer ausgebildet worden.

II. Das Verkaufsrecht unterlag mehrfachen Beschränkungen, welche theils obwohl mit dem öffentlichen Rechte zusammenhängend privatrechtlicher Natur sind (§. 180.) theils öffentlicher. In letzter Hinsicht galt seit alter Zeit das Verkaufen der stehenden Früchte, Früchte auf dem Halme, nur unter Einschränkungen für erlaubt.[8])

III. Als ein die Verpfändung ersetzendes Mittel findet sich häufig der Kauf auf Wiederkauf von Grundstücken, dessen Eigenthümlichkeit darin bestand, dass der Käufer alle Früchte bezog, ohne die Befugniss, den Rück-

---

celare potest venditor. — 4. Si autem venditor dixerit vitium, stet emptio: non potest mutare. — 5. Si autem non dixerit, mutare potest in illa die, et in alia, et in tertia die. — 6. Et si plus de tribus noctibus habuerit, non potest mutare. — 7. Nisi forte eum invenire non potuerit infra tres dies, tunc quando invenerit, recipiat qui vitiatum vendidit. — 8. Aut si non vult recipere, iuret cum sacramentali uno: quia vitium ibi nullum sciebam in illa die quando negotium fecimus; et stet factum."

[5]) Hamb. Stat. v. 1292. G. 22. Hamb. Stadtr. II. 8. 17. (Kraut §. 166. n. 4. 6.)

[6]) Alt. Lüb. Recht (Kraut n. 5.) Kann jedoch der Verkäufer seine Unwissenheit darthun durch seinen Eid, so fällt die Wandelung fort. Lüb. R. das. n. 3. Ueber das Recht zum Rücktritte vom Vertrage vor der Uebergabe siehe die Stelle das. n. 5. u. Stobbe a. a. O. S. 277.

[7]) Siehe Kraut n. 7—14.

[8]) Capit. a. 806. c. 7. (Leg. I. p. 145). R. P. O. v. 1577. Tit. 19. §. 3. „Setzen u. ordnen. . . dass männiglich dem armen Manne in der Noth . . . auf Wein, Frucht, und anderes fürzuleihen, . . . auch jährlich Wein- und Treyd-Gülten um ein bestimmbte Geld-Summa von ihme zu kaufen, erlaubt seyn soll: Jedoch dass dasselbig fürleyhen, oder zuvor ausgeben, anders und mehrers nicht, als auf den Schlag, und gemeinen Kauff, was nemlich der Wein oder Treyd, zur Zeit des Contracts, oder aber vierzehn Tage die nechsten nach dem Herbst, oder Erndten gelten wird beschehe: Aber da Korn- oder Wein-Gült kaufft werden, dass von zwantzig Gülden Haupt-Summa nicht mehr, als ein Gülden Müntz geraittet oder bezahlt, darzu auch den Verkäuffer und Schuldner die Ablösung jedes Jahrs mit Erstattung des empfangenen Haupt-Geldes, zu thun frey gelassen werd."

kauf zu verlangen, der Verkäufer hingegen das unverjährbare Recht hatte, jederzeit gegen Erstattung der Kaufsumme die Rückgabe der Sache zu fordern.

IV. Ein in allen Gegenden und Rechten des Mittelalters vorkommendes eigenthümliches Kaufgeschäft ist der Rentenkauf,[9]) durch welchen Jemand gegen eine Geldsumme, ein Kapital, sich eine aus dem Grundstücke des Empfängers in bestimmten regelmässig wiederkehrenden Zeiten zu beziehende Einnahme in Geld oder Naturalien, eine Rente, erkauft. Das Geschäft wird abgeschlossen in der Form der Auflassung mit häufig hinzutretender Investitur.[10]) Hierdurch erhält der Käufer ein dingliches Recht an dem Gute und an dem Rechte selbst (eine gewere),[11]) obwohl einzelne Rechte dasselbe zu bestimmten Zwecken als „varende habe" erklären.[12]) Zur Geltendmachung stand ihm das Recht zu, wegen des versessenen Zinses selbst zu pfänden, eine gewisse Busse zu fordern und die Einantwortung oder den gerichtlichen Verkauf des Gutes, Hauses zu verlangen.[13]) Dies dingliche Recht brachte mit sich, dass man das Rentenrecht oft geradezu als Eigen bezeichnet[14]) und dem Zinsherrn dem Eigenthümer analoge Rechte gab.[15]) Er darf sein

---

[9]) Albrecht Gewere S. 157—188, Auer über Ewiggeldrecht nebst dem gerichtl. Verfahren in Ewiggeldsachen (in Stadtr. v. München, Einl. S. CXXIX ff.). Eine reiche Sammlung von Belegen bei Kraut Grundr. §. 145. — Ausführlich ist das Brünner Schöffenbuch art. 117—124 über diese Art von Zinsen. Ueber das Prager s. Rössler S. LXII. —

[10]) Urk. bei Kraut n. 1. v. 1284 (coram scabinis), n. 2. v. 1289 (coram Consulibus) u. a. Goslar Stat. S. 25. (das. n. 3): „We en erve up dem sülle behalden wel, — de scal den vörderen vut up den sülle setten und de hant up de hilleghen lekhen u. spreken: Dat ik dit eghen oder dit ghelt, (oder wat he an deme gude hevet —) hebbe in mine were ghebracht mit richteren u. mit twen ratmanne u. mit dinglüden u. mit vorspreken u. mit ordelen, u. minen vredeschilling dar up ghegheven hebbe und hebbe dat seder jar u. dach in minen weren ghehat." Freiburg. Stat. v. 1520. das. n. 4. Urk. das. n. 5. v. 1398: „Wy bekennet, dat wy mit wyllen all unser erven hebbet verkofft 2 mark ewiger gulde erflike to besittene ut dem hove N. u. — hebben desse twe mark upgelaten und upgedragen vor H., richter to S., in gerichte, do her den richterstoel hadde."

[11]) Goslar. Stat. in nota 10. Urk. von 1393. Vgl. auch die num. 6. 11. 44 ff.

[12]) Lüb. Recht bei Kraut n. 7. und die Urk. n. 8. zu dem Zwecke, dass es dem Manne oder der Frau bleibe. In beiden, dann in Nr. 17. u. a., ist das Recht genannt wichbelde (Weichbild.)

[13]) Hamb. R. v. 1270. II. 3. Goslar. Stat. S. 21. u. die num. 13—16.

[14]) Freiberg. Stat. das. num. 47. „Erbe und nicht eigen, das sind husere und hove, do man erbezins von gibt." das. n. 48—50.

[15]) Lüb. R. v. 1240. Art. 240. (das. n. 27). Goslar. S. 21. (n. 30.): „Heft en en hus to erventinse, wel he dat ergheren, oder vorkopen — ding dat dar to hört, des ne mach he nicht don weder des willen des dat eghen is oder de dar ghelt anheft."

Recht verkaufen, wobei aber dem Zinsmann bisweilen ein Vorkaufsrecht zusteht,[16]) und vererbt dasselbe bald als unbewegliches, bald als bewegliches Gut. Die Rente liegt dauernd, ewig auf dem Grundstücke; ihre Ablösung stand jedoch dem Verkäufer (Gültenmann) oft durch den Vertrag frei, während sie der Käufer (Gültenherr) nicht aufkündigen konnte.[17]) Die Ablösbarkeit durch den Zinsmann wurde durch Statutarrecht unbedingt gestattet,[18]) die Nichtablösbarkeit ausgeschlossen,[19]) beides durch Reichsgesetz bestimmt.[20]) Gegen die Person des Zinsmannes hatte der Zinsherr keinerlei Recht;[21]) auch stand ihm ohne besondern Vertrag nur nach Parti-

---

num. 31. num. 32. Hildesh. Stat. „Swe erwetins hevet, — wolde he dat verkopen, eder versetten, eder vergeven, darvan he tins gheve, de den ersten tins hevet, den schal man erst bereden. — Brem. Stat. v. 1433. (das. n. 18): „So we koft heft rente in eime erve, — de rente scal men vordern up dejenne, de in dem erve wonet, also verne, alse sin hure keret, de id huret heft. breke em dar wat an, dat schall he vordern up dat erve.“

[16]) Braunschw. Stat. (num. 33.): „Wur eyn man hefft erventins an eynen — erve, des erves mach he nicht vorkopen, yd ne sy deme witlik, des de erventins sy. Lustet is ome to gheldene umme densulven kop, — dar is he negher, wen eyn ander. Wel yenne, de den erventins hefft, den sulven tins vorkopen, de, des dat erve is, de is der negher to gheldene, we eyn ander.“ Hamb. Stat. v. 1292. D. II. (num. 34.) „Deit ein man wurde (in andere Formen wort, worth u. s. w.) uth to ervetinse, — den ervetins ne mach nen man copen, id ne si mit sinen willen, des dhe wurde sin, wante he is naghest cope.“

[17]) Münch. Gerichtsb. v. 1391. (das. n. 37.) „Item so gende aus dem vorg. haus VII. guldein ewigs gelts dem vorg. E. O. und der hat dem vorg. L. — und allen seinen erben die besunder friuntschaft getan, daz der L. — etc. jaerlichen und ewiglichen gewalt habent ze lösen die vorg. VII. guldein ewiges gelts swann si mügen ein tail oder gar ye I. guldein umb XX. guldein.“ Magdeb. Frag. II. 1. 5. (das. n. 41.): „Ein man ist benötigt und bittet einen andern, das er im leihe 10 mark, er wil im das jar ein mark geben, — der zinsnemer stirbt, nu spricht der zinsgeber zu dem erbling: hie sind 10 mark ich wil nicht lenger euer zinsman sein. Die erben sprechen: sie wissen von keinem zins abzulösen und halten iren zins für erbzins, wie das faren soll? Hierauff sprechen wir für recht: der zinsman mus beweisen, das der zins sey abzulösen und der ander, der den zins daran hefft, bedarf des nicht beweisen.“ Ueber die früh in Böhmen bestimmte Ablösbarkeit der Rente gegen 10 Proc. s. Rössler a. a. O.

[18]) Lüb. Recht v. 1240 bei Kraut n. 38. 39. 42. Zürch. Rathserk. v. 1419 das. n. 43.

[19]) Frankf. Ref. II. 3. §. 21. (das. n. 67. 68.).

[20]) R. P. O. v. 1577 Tit. 17. §. 9. Tit. 19. §§. 2. 3.

[21]) Lüb. Recht v. 1240 Art. 239. (num. 17.) „So welk man edder vrowe koft — in eneme hus, edder an ener wort wicbelde, edder worttinse, ergered sik dat hus, edder de wort, — ne wel he (der Schuldner) den tins nicht utrichten, de genne, de den tins hevet, de scal daran holden, dar he den tins inne hevet und ne mach anders uppe nemande uppe de sake vorderinge hebben, mer darup, dar he den tins inne hevet.“

cularrecht[22]) ein Anspruch zu, den ausfallenden Zins aus dem übrigen Vermögen zu fordern. Das Ewiggeld genoss im Concurse einen unbedingten Vorzug,[23]) ging durch Verkauf des Gutes nicht unter[24]) und in späterer Zeit sogar Kapitalien vor, welche vor Errichtung des Ewiggeldes auf Häuser ausgeliehen waren.[25]) Der Rentenfuss hing vom Vertrage ab, bis er durch Reichsgesetz auf fünf Procent festgesetzt wurde.[26]) Mit dem Aufkommen des zinsbaren Darlehens und der Erlaubniss, dass der Käufer (Zinsherr), die Kündigung im Falle der Säumigkeit sich dürfe verschreiben lassen,[27]) sank der Rentenkauf in seiner Bedeutung allmälig herab.

§. 163.

2. Bestandvertrag.[1])

Die Verhältnisse des Grund und Bodens brachten mit sich, dass Pacht auf Zeit in früherer Zeit nur sehr selten vorkam. Auch die Miethe hat sich erst im späteren Mittelalter in den Stadtrechten ausgebildet mit der Richtung, dass der Inwohner für die Zeit der Heuer durch sein Gedinge geschützt ist und auch von einem Käufer des Hauses nicht ausgetrieben werden kann.[2])

---

[22]) Brem. Stat. v. 1433 Ordn. 15. Das. n. 18. u. n. 20. ein Vertrag.

[23]) Siehe die Stellen bei Kraut n. 21 ff.

[24]) Schöff. Urth. (Böhme 6, 114.) num. 23. „Verkauft ein man dem andern ein erbe und vorreicht im das vor gehegiter bank und vorswiget deme kaufmanne — des jerlichin zinses, der uf dem selbin erbe — stet, so sol der man sinen zins behalten, als er den in gewere hat in dem verkauften erbe."

[25]) Lüneb. Stadtr. Th. II. Tit. 7. 8. das. num. 59. 60.

[26]) R. P. O. von 1577 Tit. 17. §. 9.

[27]) Deput. Absch. v. 1600 §. 35. (Neue Samml. III. S. 480.): „Ferners, ist biss anhero im Heil. Reich nicht austrücklich versehen gewesen, da der Schuldner sich selbsten obligirt und verbunden, da er in zahlung der jährigen Gülten sich säumig erzeigen würde, alsdann dem Glaubiger alsobald die Kauf- oder Haupt-Summa neben den Gülten wieder zu geben, ob solcher Contract im H. Reich zugelassen, und auf solchen Fall stantibus aliis clausulis executivis, Mandata sine clausula zu erkennen seyn möchten: Derenthalben zu Verhütung aller künfftiger daraus erwachsender Ungleichheit, haben wir auf vorgehende Vergleichung dahin geschlossen. Setzen, ordnen und wollen, dass solcher Contract den im H. Reich üblichen und zugelassenen Gebräuchen nicht ungemäss, und dass das precium auf den Fall von dem Verkauffer per viam executionis und mandato ex illo pacto wieder erfordert werden möge."

[1]) Ausdrücke Bestand, Beständer; in Bestand geben, nehmen, bestaden; Pacht, Miethe, Pächter, Miether, Verpächter, Vermiether; Dingen, Verdingen; Einstellen, Einstand; Heuer, heuern, verheuern u. a.

[2]) Verm. Ssp. II. 4. 5. „Had eyn man sin hus adder sin eygen vormid, und vorkeuft das sint der zcith: der das gemit had, der had sin ingedinge. Wulde on der

Durch die gerichtliche Eintragung konnte das Recht einen dinglichen Charakter annehmen.

§. 164.

3. Darlehn.

Verzinsliche[1]) Darlehen wurden bereits in der fränkischen Zeit verboten, während sie das Recht der Westgothen und Langobarden gestattete, und waren durch das ganze Mittelalter bis ins 17. Jahrhundert hinein gesetzlich nicht gestattet.[2]) Man fasste das Zinsennehmen als Wucher auf. Trotzdem

---

abetribe, der is gekouft hette, des en sal nicht sin; wen he aver sime ingedinge neher zcu bewisene uf den heyligen zcu eyme jare adder zcu eyme halben, also den or ingeteydinge gestanden hette. Der is denne gekouft hette, der behalde sin eygen, ab her wel, und warte sines zcinses." Hamb. Stadtr. II. 9. 13. „Wenn einer sein haus auf ein oder mehr Jahre verhäuret hat, und mittlerweile dasselbige verpfändet, verkaufft, oder sonst alieniret; so soll solcher Contract allezeit dem Häurer an seinem habenden Rechte und nach restirender zeit unvorfänglich seyn." Lüneb. Stadtr. II. 15. „Verkaufft der Hauss-Herr — in noch währender zeit der Verheurung das Heur-Hauss einem andern, so seynd sie nichts desto weniger schuldig, dem Mietmann die versprochene Zeit über vollends bleiben zu lassen."

[1]) Ueber das unverzinsliche ist nichts Besonderes zu sagen; auch erscheint es sehr selten in den Quellen, was offenbar seinen Grund in dem Umstande hat, dass Leihen auf Treu und Glauben unter Bekannten als eine selbstverständliche Sache erschien.

[2]) Capit. a. 806 c. 1. (Leg. I. p. 144.): „Usura est ubi amplius requiretur quam detur: verbi gratia, si dederis solidos decem, et amplius requisieris: vel si dederis modium vini, frumenti, et iterum super aliud exigeris." Reichs-Pol. O. v. 1530 Tit. 26. (Neue Samml. II. S. 341.): „§. 1. Nachdem Uns fürkommen, wie biss anhero . . mannigfaltige wücherliche Contract . . täglich geübt werden, als, dass etliche eine Summ Gelds, als acht hundert Gülden hinleihen sollen, und doch in Kauffbrieff mehr als tausend Gulden setzen lassen, dadurch ihnen mehr dann fünff vom hundert verzinset, und im Widerkauff mehr, dann ihr Hauptsumma gewesen, empfangen. — §. 2. . . Getreyd, Pferd, Tücher, und dergleichen Wahr an ein Geld kauffweiss anschlagen, und viel höher dann solche Wahr immer mag werth seyn, . . §. 3. . etlich ihr Geld hinweg leihen, nehmen von hundert ein nämlichs, und muss der Entleiher ihnen darzu ein mercklich Dienstgeld . . verschreiben, . . §. 4. . etliche allein Geld an Müntz hinweg leihen, lassen doch die Verschreibung auf Gold stellen. — §. 5. Item: Dass etliche ein nämlich Summ Gelds auch vergeblich hinleyhen, aber dargegen muss der Entleyher ihnen etwan eine grosse Wahr, und gantz in einem geringen Werth zustellen, darinn sie ihre Haupt-Summ und ein grossen Geniess, wol doppelt oder dreyfachtig, haben und befinden. — §. 6. Item: Etliche leihen ihr Geld mit diesen verbottenen Gedingen und Pacten hinweg, dass der Entleiher zu vier Märckten, so die ihm ernennen, ein nahmhafftigs darfür verzinsen, oder Auffgeld geben muss, thut wol etwan mehr, dann von hundert zwantzig — §. 7. . . . Setzen, ordnen und wollen darauff, dass solche wücherliche Contract und Händel gäntzlich . . vermitten, . . allen

umging man das Verbot durch allerlei Mittel. Im 16. Jahrhundert wurde bereits in einzelnen Ländern das Zinsversprechen gestattet,[3]) vom Reiche selbst die Zulässigkeit von Verzugszinsen anerkannt.[4]) Seitdem die Kündigung des Rentenkaufs wegen Säumigkeit möglich war (§. 162.), fing man an, die unbedingte Freiheit zur Kündigung vorzubehalten. Hiermit war aber gerade jener Unterschied zwischen Rentenkauf und Darlehn gefallen, welcher die Erlaubtheit des ersteren im canonischen Rechte bewirkt hatte. Immer häufiger wurden versprochene Zinsen, vor Allem während des dreissigjährigen Krieges. Dies hatte eine Anerkennung durch Reichsgesetze zur Folge[5]) mit dem Zinsfuss von 5 Procent. Seitdem wurde auch in den Gerichten des Reichs wie überhaupt darauf erkannt, so dass durch allgemeine Praxis das Zinsversprechen zu fünf Procent als zulässig galt, bis die neuern Gesetze es direkt erlaubten. Daneben blieben jedoch aus dem römischen Rechte sechs Procent im Particularrecht bestehen, oder es wurde im Falle des Versprechens von 6 Procent nicht auf Wucher erkannt, sondern man hielt sie bald für zulässig, bald zog man das eine Procent vom Kapitale ab.

§. 165.

4. Auftrag. 5. Wechsel. 6. Gesellschaft.

I. Die hierher gehörigen Rechtsformen finden im früheren Rechte nur eine seltene Erwähnung. Der Auftrag, die Empfehlung verpflichtete zur Selbst-

---

Richtern, geistlichen und weltlichen, gebietend, wann solche wücherliche Contract für sie bracht, dass sie dieselbe unwürdig, krafftloss und unbündig erklären und declariren, wie Wir sie auch hiemit als unkräfftig, unbündig, erklären und erkennen." Vgl. auch die Ordnungen von 1548 Tit. 17. u. 1577 Tit. 17., welche gleich lauten.

[3]) Brandenb. Edict v. 1573, Frankf. Ref. II. 11. §§. 10. 11. Das Freiburg. Stadtr. v. 1520 verbietet es noch.

[4]) Deput. Absch. v. 1600 §. 139. (Neue Samml. III. S. 494.): „So ordnen und wollen wir nachmals, dass solch interesse a tempore morae erstattet, und derentwegen den Creditorn fünff Gülden von Hundert bezahlt werden, oder aber, da dem Creditor solch fünff Gulden nicht annemlich, sondern er vermeynen wolte tam ex lucro cessante quam damno emergente ein mehrers zu fordern, dass ihme alsdann sein gantz Interesse zu deducirn, gebürlich zu liquidirn und zu bescheinen, und der Richterlichen Erkanntnuss darüber zu gewarten unbenommen seyn soll."

[5]) Jüngst. R.A. v. 1654 §§. 170 ff. §. 174. (Neue Samml. III. S. 673.): „Anreichend die künfftige Zinss und Interesse, sollen von nun an dieselbe, sie seyn aus wiederkaufflichen Zinsen, oder vorgestreckten Anlehn, herrührig und versprochen, jedoch nach Ausweisung der Reichs-Constitutionen, und weiter nicht als fünff pro Cento alle und jede Jahren, in verglichenen Terminen unfehlbar bezahlet, und im Fall des Saumsals

haftung.[1]) Nahm der Gläubiger den vom Schuldner an seine Stelle Gesetzten als Schuldner an, so wurde der erste Schuldner frei. Diese Delegation bezeichnet das deutsche Recht als Bürgschaft.[2])

II. Die Zahlung an die vom Gläubiger zur Empfangnahme des Geldes angewiesene Person befreite in Folge der Anweisung den Schuldner.[3]) Solche Anweisungen kommen im Mittelalter sehr häufig vor, namentlich in der Form, dass der Gläubiger seinen an einem fremden Orte befindlichen Schuldner zur Zahlung an einen Dritten anwies, dem er selbst schuldete; die Absicht war besonders den Transport des Geldes zu ersparen. Ebenso findet sich, dass, wer an fremdem Orte eine Geldsumme zu fordern hatte, deren Erhebung einem dortigen Kaufmanne auftrug und sich von diesem eine Anweisung zur Erhebung der gleichen Summe an ein Haus seines Wohnorts geben liess. Beides umfasste der Ausdruck Cambium (cambiare, campsor) Wechsel. Die schleunige Gerichtsbarkeit für solche Sachen machte ihn zu einem sehr beliebten Zahlungsmittel. Seine Zulässigkeit beruhte auf allgemeiner Gewohnheit, bis die Reichsgesetze sie ausdrücklich statuirten.[4])

---

auf blosse Vorzeigung der Obligation per paratam executionem wider den Schuldiger verfahren werden."

[1]) Lüb. Recht Cod. II. (Hach) Art. 225. Rev. Lüb. Recht III. 10. 1. „Will jemand einem frembden sein Gut nicht verkauffen, und in ein ander stehet dabei und saget, ihr möget es ihme wol vertrawen, die Bezahlung wird euch wol. Wird der Verkauffer von dem Kauffer nicht bezahlet, so muss derjenige zahlen, welcher den frembden loben thät, dardurch der Verkauffer verführet worden."

[2]) Siehe die bei Stobbe S. 137 f. abgedruckten Stellen aus Wiener Stadtr. v. 1435 u. das. Stat. v. Geseke um 1360 (Seibertz n. 765) §. 16.

[3]) Siehe die bei Kraut §. 347 abgedruckten Stellen.

[4]) Siehe die Literatur bei Kraut §. 362 ff., die Stellen im §. 365 das. — R.A. v. 1654. §. 107: „Als auch bey den Handels-Städten, in Wechsel-Sachen, zu Mess-Zeiten und sonsten Casus vorfallen, da nicht allein nach Kauffmanns-Gebrauch, sondern nach aller Rechts-Gelehrten Meynung die parata executio stracks Platz haben solle, und innerhalb 24 Stunden oder etlich wenig Tagen zu geschehen pflegt, so lassen Wir es auch, damit die Creditores nicht öffters aus blosser Widersetzlichkeit der Schuldiger, nicht allein um die Schuld selbsten, sondern auch um allen Credit, Ehr und Nahrung gebracht werden, darbey dergestalt verbleiben, dass in solchen Wechsel-Fällen, dem Richter erster Instantz unbenommen sein solle, ohngehindert einiger Appelation oder Provocation, nach der Sachen Befindung und Ermässigung, entweder mit, oder ohne Caution der Glaubigern, die Execution zu vollziehen, und die Debitores zur Schuldigkeit anzuhalten." — Reichsgutachten v. 31. Juni 1668: „Ferners zu statuiren seye, dass nach der bekannten Handelsregel: Qui acceptat, solvat, in acceptirten Wechselbriefen der Exception non numeratae pecuniae nicht Statt zu geben, hingegen aber dergleichen Acceptationes — schriftlichen geschehen solle; jedoch dass nichtsdestoweniger wegen der mündlich acceptirten Wechselbriefe es bey den Rechten u. Observanz sein Bewenden habe."

III. Bei der Gesellschaft[5]) wurde Gewinn und Verlust, sofern nicht der Vertrag ein Anderes bestimmte, gleich getheilt; das von einem Gesellschafter abgeschlossene Geschäft verpflichtete jedes Glied unbedingt. Die Ausbildung derselben im heutigen Rechte ruhet jedoch wesentlich auf dem römischen.

§. 166.

7. Spiel und Wette.[1])

In ältester Zeit war Spielen ohne Zweifel nicht nur erlaubt, sondern ganz gewöhnlich.[2]) Spielschulden wurden gleich andern redlich gezahlt. Erst im 13. Jahrhundert beginnen die Beschränkungen, welche anfangend mit Ausschliessung der Haftpflicht des Erben für Spielschulden des Erblassers[3]) in

---

[5]) Kraut §. 352. Goslar. Stat. S. 102. „Wert en samentname ghenomen, wert des wat ghegulden, dat schal men under in delen na marktale. Vorsoke men aver weme der name, deme ne dochte men nicht ghelden. Gülde men aver emme sunderliken mit underschede, de ne dochte mit den anderen nicht delen." — Lüb. Recht IV. n. 7. (Hach): „Welck man mydt enem anderen selscop makenn will, de se wol to weme he sines gudes belovet wente wat de ene kofft ofte vorgift, dat mot de ander betalen, so verne alse sin gudth kerth — dat were sake dat se under einander beschedenheit hebben gemaketh also myt stroffen edder breven — also dat de ene nicht hoger kopenn moghe, wen erer beider gudt wert sy edder enenn summen geldes mer, wen ere gudt wert sy — so kan de ein nicht mehr borgenn wenn de schraffe inholden; wert dat so nicht vorwart to vorne, wes de ene borget, dat mach de ander betalenn, so verne alse sin gudt kerth." Revid. Lüb. R. III. 9. 5. — Hamb. Stat. II. 10. 8. „Was die Mascopey belanget, so einer von den Mascopey-Gesellen contrahiret; dafür müssen auch die anderen, so weit sich ihre Mascopey erstrecket, gehalten seyn." — Lüneb. Stadtr. II. 23. „Die Marschkopey endet sich — wenn einer aus ihnen verstirbet." Nürnb. Ref. Tit. 18. Ges. 4. „Was die Gesellschaft eussern Personen schuldig ist, darumb sein alle Gesellschafter in solidum u. unverschaidenlich verpunden, Doch steet jr jedem, der die bezalung hat thon müssen, bevor, das jhenig so Er über sein anteil erlegt, von den andern, nach jnhalt jrer anfengklichen geding oder verschreibung zu erfordern."

[1]) Wilda. Die Lehre vom Spiel aus dem deutsch. Rechte neu begründet, in Zeitschr. f. d. R. II. S. 133 — 193. Ders. die Wetten, ebendas. VIII. S. 200 bis 239.

[2]) Tacitus Germ. c. 24. „Aleam, quod mirere, sobrii inter seria exercent, tanta lucrandi perdendive temeritate ut, cum omnia defecerunt, extremo ac novissimo iactu de libertate ac de corpore contendant. victus voluntariam servitutem adit: quamvis iuvenior, quamvis robustior, adligari se ac venire patitur. ea est in re prava pervicacia: ipsi fidem vocant. servos condicionis huius per commercia tradunt, ut se quoque pudore victoriae exsolvant."

[3]) Sachsp. I. 6. §. 2. „Sve so dat erve nimt, die sal dur recht die scult gelden — Düve noch rof noch dobelspel n'is he nicht plichtich to geldene." Unten §. 182.

Abstufungen bis zur Entziehung des Klagrechts gehen.[4]) Die den mittelalterlichen Sätzen im Allgemeinen zu Grunde liegende Anschauung ist, es soll Niemand Spielschulden machen, daher nicht mehr verlieren können, als er bei sich baar führt,[5]) erlaubt ist deshalb ein kleines Spiel.[6]) Anderntheils war aber die Rückforderung ausgeschlossen.[7]) Nach denselben Grundsätzen behandelte man die Wetten.[8])

---

[4]) Magdeb. Bresl. R. v. 1261 §. 51. (Gaupp das alte Magdeb. u. Hall. Recht S. 239): „Beklaget ein man den anderen umbe topelspil her en hat ime nicht zu antwortene." Gl. zu Ssp. III. 6. Goslar. St. S. 76. „Nen wert noch neman scal up enne unsen börghere an dobelspele mer gheven denne sine kledere u. ander dingh wert is dat he bi sich heft, noch up ene an dobelspele winnen. We dat dar boven det, so mot he dat van eme vorderen vor gherichte. Spenne he ene oder behelde he ene dar en boven, dat moste he wederdon deme voghede mid wedde und den sakwolden mid bute." Brünner Schöffenb. art. 483. Prager Rechtsb. art. 44. „Umb topilspill schol der Richter noch die scheppfen nyemant rechtes helfen."

[5]) Alt. Bair. Landr. „Wer mit dem andern spilt, oder kugelt, oder ains söllichen dings beginnt, oder der sein werer ist, oder pörg wirt, dann so vil als er pey im verpfentn mag, das man mag getreiben, und getragen, das sol unschedlich sein. — Wer auch umb spil als vorgeschriebn ist ze klag kumbt, da sol der antwurtter ledig sein u. der clager dem gericht puessen mit 10 schilling pfenig. — Es sullen auch die amptläwt nieman chain spil mer verpieten, wan man mit einem yeglichen wol spilen mag, als vorgescribn ist, umb als vil als er bey im verpfenten mag, daz man getreiben u. getragen mag."

[6]) Zittauer Stat. v. 1567. „Es soll auch niemand in seinem Hause gros Spiel zu Gewinn u. Verlust — gestatten, — um Kurzweil willen um ein Gröschel zu spielen kann ehrlichen Bürgern — wohl vergunst — werden."

[7]) Magdeb. Pol. O. (Kraut n. 13): „Was auf das Spiel durch Karten, Würfel u. andere Art auf Credit verthan wird, darüber soll zwar weder in unser hohen Untergerichten verholfen werden, gleichwohl aber die condictio indebiti wegen dessen, was bezahlt, nicht stattfinden."

[8]) A. Culm. R. III. 78. „Topilspil ist eyn spil von mutwillen. Der richter sol obir topilspil nicht richten. 79. Wetten lute umme wette loufe mit pferden adir des glich, adir in deme spyle ymant den andirn hyndirt, das ist eyn spyl von mutwillen, do en sal der richter nycht obir richten." Bei Kraut die num. 21 ff., welche die obigen Sätze bis in die neueste Zeit nachweisen. — Es liegt in dem Zwecke des Lehrbuchs begründet, solche Punkte auszuschliessen, deren juristische Gestaltung im heutigen Rechte durchaus auf dem fremden ruhet, wenn die Darstellung nicht etwa dadurch bedingt ist, dass ohne sie das Verständniss der Rechtsgeschichte unvollkommen bleiben würde. Aus dieser Ursache ist über die nicht aufgenommenen Punkte des Obligationenrechts hinweggegangen; ich sehe ab davon, dass manche mit ihrer Geschichte selbst in der Gegenwart ruhen. Aus demselben Grunde entfällt im folgenden Kapitel Alles, was sich im geltenden Rechte vom gemeinrechtlichen Standpunkte aus nach dem Canonischen richtet: alle eherechtlichen Fragen, mit Ausschluss jener,

Viertes Kapitel.

Ehe und Familie.

§. 167.

I. Rechtliche Folgen der Ehe überhaupt.

I. Mit dem Abschlusse der Ehe traten diejenigen Rechtsfolgen ein, welche für das persönliche Verhältniss der Ehegatten entscheidend waren.[1]) Diese erscheinen gewissermassen als Einheit.[2]) Der Mann ist Haupt der Frau, erhält über sie eine Gewalt, das Mundium, als Folge der Ehe. Es trat daher diese Gewalt auch dann ein, wenn die Ehegatten unebenbürtig waren und in vermögensrechtlicher Beziehung die Ehe nicht als vollwirksam erschien.[3])

II. Rücksichtlich der Vermögensfolgen findet sich im ältern Rechte ein Unterschied. Das sächsische Recht und viele andere lassen den Eintritt der Vermögensrechte bedingt werden durch die herbeigeführte Einheit der

---

welche das Vermögen betreffen. Uebrigens enthalten unsere Quellen, weil dieser Standpunkt sehr frühe eintrat, auch nur wenige Sätze. Mein Handbuch des katholischen Eherechts, Giessen 1855. lehrt die Entwicklung des auf diesem Gebiete geltenden Rechts. Die älteren Formen s. bei Grimm R. A. S. 417—454."

[1]) Ssp. III. 45. §. 3. „Die man is ok vormünde sines wives to hant als sie ime getrüwet wert. Dat wif is ok des mannes genotinne tohant alse sie in sin bedde trit; na des mannes dode so is sie ledich von des mannes rechte." — Schwsp. c. 55. unde ist ein man sînem wîbe niht ebenbürtic, er ist doch ir vormunt unde ir voget. unde ist si vrî, si muoz doch sîn genoezîn sîn, als si an sîn bette gêt. unde gewinnet si kint, diu gehoerent nâch der ergern hant. als aber der man stirbet, sô ist si ledic von sînem rehte, unde behabet reht von ir geburt. unde nimet si einen man nâch im der vri ist, sô gewinnet si vrîu kint als von êrste."

[2]) Dies ergiebt sich aus Sachsp. I. 3. §. 3. „Jn deme hovede is besceiden man unde wif to stande, die elike unde echtlike to samene komen sind." Schwsp. c. 6.

[3]) Ssp. I. 45. §. 1. „Al ne si en man sime wive nicht evenburdich, he is doch ire vormünde, unde se is sin genotinne, unde trit in sin recht, svenne se in sin bedde gat. Svenne he aver stirft, so is se ledich von sime rechte, unde behalt recht na irer bord; dar umme mut ir vormünde sin ir neste evenbürdige svert mach, unde nicht ires mannes. — §. 2. En wif ne mach ok ane irs mannes gelof nicht ires gudes vergeven, noch egen verkopen, noch liftuch uplaten, durch dat he mit ir in den geweren sit. Megede aver unde ungemannede wif verkopen ir egen ane irs vormünden gelof, he ne si dar erve to." Schwsp. c. 55.

Vollziehung der Ehe durch den Beischlaf.[4]) Von diesem ...t die Genossenschaft der Ehegatten, als deren Folge ... Frau in des Mannes Recht. Andere Rechte sehen ...le rechtlichen Folgen als Wirkung der Ehe an, ...usse sofort eintreten.[5]) Dies wurde allmälig die Regel, ...ich bald nur sehr particularrechtlich, bald nur für

...g der Geburtsstände eine grosse rechtliche ... Standesverschiedenheit der Gatten auf ihre ... Erbrecht bedeutenden Einfluss. Mit den ...rungen zog sich diese Wirkung auf ... bei den übrigen Ständen die Ungleichheit ...Dies vollbrachte sich am Frühesten im Stadt... ...n den §§. 80 f. 106.), wurde sodann überhaupt die ...meine Entwicklung (§. 139.) und den Einfluss des römisch... ...nts.

II. Güterrecht der Ehegatten.

§. 168.

1. Die ältere Zeit.

I. In Folge des Mundium über die Frau bekam der Mann auch deren Gut, das sie in die Ehe brachte, unter seine Gewalt.[1]) Diese Grundan-

---

[4]) Ssp. I. 45. §. 1. III. 45. §. 3. Schwsp. c. 55. denselben Grundsatz haben: Tecklenb. Dienstr. §. 14. Würt. Landr. Th. 4. Tit. 2. Frankf. Ref. III. 3. 5. (Kraut §. 199. n. 35—37; siehe auch n. 38).

[5]) Vgl. die Stellen bei Kraut n. 32—34. aus dem Freiburger u. Berner Stadtrechte.

[6]) Freiburg. R. v. 1120. §. 52. (Gengler S. 129): „Omnis mulier parificabitur viro et e contra; et vir mulieris erit heres et e contra.“ Rodel (13. Jahrh.) §§. 25. 26. (das. S. 135.) „Omnis mulier est genoz viri sui in hac civitate; et vir mulieris similiter. Omnis quoque mulier erit heres viri sui, et vir similiter erit heres illius.“ Stadtr. v. 1293 gleichlautend. Berner Handfeste v. 1218 §. 40. (Gaupp II. S. 53.): „Preterea regia libertate vobis statuimus, ut quicunque burgensis in urbe vel extra contraxerit, cujuscunque fuerint conditionis, pares sint in omni jure, et uno defuncto alter omnia bona ipsius, que reliquit, jure hereditario libere et quiete possidebit. nec potest dominus civitatis impedire vel contradicere, quin uxor defuncti et maritus defuncte contrahant, cum quocunque voluerint ad ipsorum voluntatem.“

[1]) L. Burg. Addit. I. 13. „Quaecunque mulier Burgundia vel Romana voluntate sua ad maritum ambulaverit, iubemus ut maritus ipse (de) facultate ipsius mulieris, sicut in eam habet potestatem, ita et de rebus suis habeat.“

schauung erhielt sich bis ins Mittelalter und hatte zur Folge, dass das Gut beider Gatten als faktische Einheit, ungezweit, erschien.[2]) Aus dieser Stellung ergab sich: a) der Mann wurde nicht Eigenthümer des Frauenguts;[3]) b) die Ansprüche Dritter (der Erben) werden nicht verändert;[4]) c) die Frau kann ohne des Mannes Willen überhaupt keine eigentlichen Veräusserungen vornehmen,[5]) wofern sie nicht Kauffrau ist; der Mann konnte binnen Jahr und Tag widersprechen[6]) oder die Gabe wurde erst nach des Mannes Tode kräftig.[7]) d) Der Mann hat über die fahrende Habe der Frau das freie Verfügungsrecht,[8]) weil er sie in seiner Gewere hat und deshalb der Erwerber sicher geht. Eigen derselben darf er aber ohne ihren und der nächsten Erben Willen nicht veräussern, ausser im Falle echter Noth.[9]) Aenderungen konnten insofern eintreten, als die Frau bei Eingehung der Ehe durch Vertrag von ihrem Gute Ausnahmen, Vorbehalte, machen und sich ein freieres Verfügungsrecht erwerben konnte.[10])

---

[2]) Schsp. I. 31. §. 1. „Man unde wif ne hebbet nein getveiet gut to irme live. Stirft aver dat wif bi des mannes live, se ne erft nene varende have wenne rade, unde egen, of se dat hevet, in den nesten. — Wif ne mach ok ires gudes nicht vergeven ane ires mannes willen, dat he't dur recht dulden durve.“ §. 2. — Schwsp. c. 33. „Man unde wîp mugen niht gehaben dehein guot gezweihet.“

[3]) Sachsp. I. 31. §. 1. 2. Schwsp. c. 33. in der Fortsetzung.

[4]) Schsp. I. 31. §. 2. Schöff. Urth. bei Kraut §. 200. n. 10—12.

[5]) Ssp. I. 31. §. 2., I. 45. §. 2. Schwsp. c. 59. W. Freiburg. R. v. 1293 (Gengler S. 135.) §. 3. „Swel kint in sines vatters gewalt ist, das enmag nüt vertvon, mit spile, noh anders. Vnd svas ez vertvot, das sol man sime vatter wider gen, oder siner mvoter, vnd lihet im ieman üt, das sol man ime nüt ze rehte gelten, vnd ist dat ovch an dem wibe, nvwent si triben denne offenen kovfschaz.“ Vgl. die Stellen bei Kraut n. 35—40. Schulden, welche sie für ihren Unterhalt macht, muss er bezahlen: Kraut n. 39. 41—43.

[6]) Verm. Sachsp. I. 20. 16.

[7]) Gl. zu Sachsp. III. 76.

[8]) Siehe die Schöffen-Urth. bei Kraut n. 8. 9. 10.

[9]) Lüb. R. v. 1240. §. 7. „Nen mann mach vorsetten noch vorkopen, noch vorgeven torfacht egen, dat he mit sineme wive heft genomen, sunder sines wives willen und erer kindere, oft se kindere hetten —, it ne do eme echt not, vangnisse oder Hunger, ofte dat men ene to egene geven sole umme gelt vor gerichte.“ Daselbst die Stellen n. 46. 47.

[10]) Ein Schöff. Urth. (Kraut n. 10.) lässt den Mann behalten die fahrende Habe „sundir das zu der gerade gehorit, abir stand erbe und andir gut, das bowssin des mannis weren bestorben ist . . .“ Das Urth. das. n. 14. „Eyne frawe ist mit erem elichen manne vor geheget ding komen und — het do — alle ir gut und hausgerethe, das sy zu dem manne brocht hat, demselben erem manne noch erem tode fry und erblich uffgegebin, aussnemende, ab her er sturbe, das dasselbe gut und hausgerethe an sy komen salle. der man ist todt. nu sprechen des mannes frunde, dy

Die Ansprüche der Wittwe waren in der ältern Zeit verschieden.[11]) Sie erhält allgemein zurück ihr Eingebrachtes (dos), das Eigen und die noch vorhandene Habe,[12]) bald aber auch nur dies für die Zeit des Wittwenstandes, den Niessbrauch eines Drittels des vom Manne hinterlassenen Vermögens,[13]) bald das ihr vom Manne bei der Eingehung Zugesicherte, zur Morgengabe Gebrachte, oder in Abgang einer solchen Zusicherung eine bestimmte Summe als Dos und ein Drittel des gemeinsamen Erwerbs während der Ehe.[14]) Der Anspruch auf einen Theil der Errungenschaft findet sich auch in den Kapitularien.[15])

Starb die Frau, so erhielten ihre Erben alle Sachen, die von ihr herrührten, das übrige verblieb dem Manne.

Diese Grundsätze kehren im Landrechte des 13. Jahrhunderts dahin wieder, dass die Wittwe oder deren Erbe ihr Eigen, die Gerade, Morgengabe u. s. w. nimmt, der Mann nach der Frau Tode Eigen und Gerade herausgiebt, alles Andere aber mit Einschluss des aus dem Frauengute Erworbenen behält.[16])

---

gobe — moge nicht bestehen dorumme, das dy frawe das geld und das hausgerethe czu erem manne brocht hatte — und yn eren scheffenbrife nicht geschrebin hot, das ir unser totir frund das hausgerethe vor gehegetem dinge wider ufgegebin hette. Do sprach dy frawe: synt demmole das meyn man vor gehegetem dinge kegenwortich — mir meyne gobe und ausnemunge — an alle widersprache (gönnte), — so sol meyne gobe und ausnemunge macht haben. (Urth.): Noch demmole der man dy gobe von der frawen so entphangen hat, — so sol der frawen ir gut blybin yn der wyse, als sy das — gegebin und ausgenomen hot."

[11]) L. Saxonum XLVII. (Merk.) „Dotis ratio duplex est. Ostfalai et Angarii volunt, si femina filios genuerit, habeat dotem quam in nuptiis accepit quamdiu vivat filiisque dimittat. si vero filii matre superstite moriuntur ipsaque post obierit, dotem proximi ejus in hereditatem accipiant. si autem filios non habuerit, dos ad dantem si vivit, revertatur, si defunctus est ad proximos heredes ejus. Apud Westfalaos postquam mulier filius genuerit dotem amittat, si autem non genuerit ad dies suos dotem possideat. post decessum ejus dos ad dantem vel si deest ad proximos heredes ejus revertatur. — XLVIII. De eo quod vir et mulier simul conquisierint mulier mediam portionem accipiat. hoc apud Westfalaos. Apud Ostfalaos et Angarios nihil accipiat sed contenta sit dote sua."

[12]) L. Alam. Hlothar. LV. mit den Noten von Merkel p. 62.

[13]) L. Burg. LXII. 1.

[14]) L. Ripuar. Tit. 37. 48. 49. Höchst künstlich ist L. Visig. IV. 2. 16.

[15]) Capit. Anseg. Lib. IV. c. 9. (Leg. I. p. 312.): „Volumus, ut uxores defunctorum post obitum maritorum tertiam partem conlaborationis, quam simul in beneficio conlaboraverunt, accipiant. Et de his rebus, quas is qui illud beneficium habuit, aliunde adduxit vel conparavit, vel ei ab amicis suis conlatum est, has volumus tam ad orphanos defunctorum, quam ad uxores eorum pervenire."

[16]) Schsp. I. 31. §. 1. I. 22. §. 3. „Dar na mut de vrowe jegen den erven mus-

II. Bedeutende Modifikationen erlitt theils schon früher theils seit dem 13. Jahrhundert dies System des Güterrechts in dem Stadtrechte. Der grössere Werth, den das bewegliche Vermögen für Handel und Gewerbe in der Stadt hatte, liess die Bedeutung des Eigen zurücktreten. Als Folge stellte sich ein das gleiche Erbrecht der beiden Geschlechter, mit ihm das Zubringen grösserer Mitgift in die Ehe durch die Frauen. Hieraus erklärt sich von selbst ein grösserer Anspruch derselben auf das während der Ehe Erworbene. Ein ferneres Moment war die Nothwendigkeit erweiterter Verfügungsfreiheit des Mannes über das Vermögen beider Gatten zu Zwecken des Handels, wodurch anderntheils die Substanz des Frauenguts leichter verloren ging. Dies musste nothwendig bewirken einen Anspruch der Frau an das Vermögen des Mannes selbst. Je nachdem die Entwicklung rascher voranschritt, ist die Umbildung früher oder später erfolgt, wobei zahlreiche Modifikationen im Einzelnen blieben. So finden wir vom 13. Jahrhundert ab bis zum Ende des 15. ein System des ehelichen Güterrechts, dessen Grundlage im Wesentlichen das Mundium des Mannes mit seinen Folgen bleibt, jedoch mehr verblasst, so dass die Ansprüche der Frau theils auf der Ehestiftung, theils auf ihrem Eingebrachten oder dem, was an dessen Stelle tritt, theils auf dem Erbrechte [17]) derselben an des Mannes Vermögen beruhten. Es tritt daher auch noch fernerhin während der Ehe die Einheit des beiderseitigen Gutes auf, nach Auflösung der Ehe sondert sich bald das Vermögen in bestimmte Complexe von Sachen, bald in Antheile an dem Gesammtgute. Diese Umbildung ist auch von Einfluss auf das Landrecht geworden. Im süddeutschen zeigt sie sich schon im

---

delen alle hovede spise, die na dem drittegesten overblift in jewelkeme hove irs mannes, oder svar he se hadde binnen sinen geweren." Für den Fall der Scheidung d. i. die separatio a thoro et mensa Sachsp. III. 74. „Wirt en wif mit rechte von irme manne gesceiden, sie behalt doch ire lifgetucht, die he ir gaf an sinem egene, unde ire gebu dat dar uppe stat. Dat ne mut aver sie nicht upbreken noch dannen vören; anderes ne blift ire nen gebu, noch nicht der morgengave. Ire rade unde ire musdele behalt sie. Man sal ir ok weder laten unde geven, svat sie to irme manne brachte, oder also vele des mannes gudes als ir gelovet wart, do sie to samene quamen." Schwsp. c. 126. W. „Unde wirt ein wîp mit rehte vor ir manne gescheiden, si behabet ir lîpgedinge daz er ir gap zuo irm lîbe an sinem eigen unde an dem bou der dar ûfe stêt. Swaz si zuo im brâhte, daz sol si wider hin heim füeren, ob ez dâ ist. unde hât si varent guot ze im brâht, daz sol si ouch mit ir heim füeren, ob ez dâ ist. unde ist ez verloren, si muoz den schaden hân. Lêhen mac ein vrowe nâch ir mannes tôde hân, ob dâ niht lêhens erben ist. wie daz mac geschên, daz vindet man in dem lêhenbuoche."

[17]) Ein solches ist aber erst allmälig aufgekommen; das ältere System kennt es nicht.

13. Jahrhundert im Systeme des Schwabenspiegels, welches bedeutende Erweiterungen enthält.[18]) Vom Ende des 15. Jahrhunderts ab wirkte das römische Recht in doppelter Beziehung ein. Einmal nemlich wurde geradezu dessen System angenommen, von Vielen als gemeines Recht angesehen. In Wirklichkeit hat dieses jedoch das einheimische Recht nicht allgemein zu verdrängen vermocht und ist in seiner Reinheit Particularrecht geblieben, indem auch die neuern Codifikationen zum grossen Theile auf dem einheimischen ruhen. Eine zweite Einwirkung ist noch wichtiger, nemlich auf die juristische Construction der aus dem Mundium des Mannes folgenden Vermögenseinheit, welche jenem fremd ist und daher durch römischrechtliche Sätze vielfach umgestaltet wurde.

§. 169.

2. Die Umbildung im Stadtrechte.

I. Während der Ehe ist fortdauernd die Regel, dass alles Gut beider Gatten eine unter des Mannes Mundium vereinte Masse bildet, die bald rechtlich aus Stücken verschiedener Art besteht bald zu einer Einerleiheit verschmolzen ist. Je nach diesem Resultate hat nun entweder

a. der Mann freies Verfügungsrecht über alle fahrende Habe, über das Eigen nur im Falle der Noth,[1]) oder

b. über Alles, fahrende Habe wie Eigen,[2]) oder es haben beide Ehegatten

c. in kinderloser Ehe freies Verfügungsrecht über Alles.[3])

II. Nach Auflösung der kinderlosen Ehe nimmt die Wittwe bez. der Wittwer sein Eingebrachtes zurück, hat für Schaden keine Vergütung zu fordern, für Besserung keinen Ersatz zu leisten;[4]) von dem nach Abzug der

---

[18]) Sein System ist folgendes: der Mann hat die Disposition über der Frau fahrende Habe, nicht aber über deren Eigen; c. 8. 10. 33. 129. Nach des Mannes Tode behält die Frau ihre Morgengabe, Leibgedinge und Heimsteuer: c. 19—21. 23. 33. 58. am Ende, das andre fahrende und in der Ehe erworbene Gut bildet eine Masse, von der die Wittwe eine, die Kinder die andere Hälfte erhalten: c. 8. 127. 129. für ihren Theil muss die Frau Schulden zahlen: c. 8. 10. hat sie nichts erhalten, so ist sie zu nichts verpflichtet.

[1]) Alt. Lüb. Recht (Hach II. 11.).

[2]) Freiburg. R. v. 1120. §. 21. 53. Rodel §§. 27. 28. Verf. v. 1293 §. 6. Berner Handfeste v. 1218 Art. 42. 43. Alt Lüneb. Stat. (Kraut §. 201. n. 33.).

[3]) Verm. Ssp. I. 40. 5.

[4]) Hamb. Stat. v. 1270. III. 10., v. 1292. E. 18.

Schulden aus dem „gemeinen und ganzen Gute" Uebrigbleibenden nimmt entweder

a. jeder Theil bez. dessen Erben die Hälfte,[5]) oder

b. der Wittwer zwei Drittel, die Erben der Frau ein Drittel, die Wittwe eine Hälfte, des Mannes Erben die andere.[6]) Hierin stellt sich also die Errungenschaft dar.

III. Das gesammte Ehegut erscheint als eine Masse, von der

a. die Wittwe ihre Kleider und mitgebrachten Werthsachen zuvor und sodann Kindestheil nimmt,[7]) oder

b. die Frau das Leibgedinge, welches ihr bestellt ist, sonst ein Dritttheil, die Kinder zwei Drittheile,[8]) der Wittwer ein Drittel, die Kinder zwei Drittel, aus der Kinder Gut (dem Muttererbtheile) und der fahrenden Habe.[9])

IV. Bei unbeerbter (kinderloser) Ehe nimmt a) der Wittwer alles Gut bis auf den halben Brautschatz, der an die Erben der Frau fällt, die Wittwe neben ihrem Eingebrachten die Hälfte alles Gutes,[10]) oder es beerbt b) ein Theil den andern.[11])

V. Bei beerbter Ehe fällt dem überlebenden und den Kindern (bez. Erben des andern Theils) je die Hälfte von allem Gute zu mit völliger Todtheilung, der Mann nimmt aber vorab seine Rüstung, die Frau ihre Kleider, der Rest wird getheilt.[12])

VI. Alles Gut bildet überhaupt eine gemeine Masse und fällt beim Tode eines Theils dem überlebenden wie den Erben des Verstorbenen an zu gleichen Hälften.[13])

---

[5]) Hamb. Stat. v. 1270.

[6]) Hamb. Stat. v. 1292.

[7]) Goslar. Stat. S. 488. 83.

[8]) Freiburg. Stadtr. Cap. I. §. 1. Verm. Ssp. I. 3, 2—5. I. 8. 2—5. I. 9. 10.

[9]) Verm. Ssp. I. 17. pr.

[10]) Lüb. R. Hach Cod. III. 240. u. Cod. Hach II. 19.

[11]) Freiburg. R. v. 1120 §. 52. Rodel §§. 25. 26. Verf. §. 4. Berner Handf. v. 1218 Art. 40.

[12]) Alt Lüb. R. Cod. Hach II. 19., II. 3. 4.

[13]) Brem. Stat. v. 1303 Ord. 41. Urth. des Lüb. Oberhofs von 1489 (Michelsen Oberhof S. 281.) für Elbing. — Für das Brünner Recht siehe die Zusammenstellung bei Rössler S. LXXIII ff., für das Prager S. LXV f. Beide ruhen auf rein deutscher Grundlage, haben jedoch manches Eigenthümliche und zeigen die Ansprüche der Wittwe wie des Wittwers bereits als vollkommen ausgebildetes Erbrecht.

§. 170.

3. Brautschatz. Heimsteuer. Wittum. Leibgedinge. Morgengabe.

I. Was die Frau in die Ehe bringt, heisst dos, phaderphium, Brautschatz, Aussteuer, Heimsteuer, Ausstattung u. s. w. Dies bestand wohl in alter Zeit in der Regel aus beweglicher Habe zum eignen Gebrauche der Frau wie für die Haushaltung, im Laufe der Zeit mit dem veränderten Erbrechte besonders in den Städten auch in Kapitalien und Eigen. Sie ist Eigenthum der Frau und fällt an sie oder ihre Erben zurück.[1]) Ihre Bestimmung wie ihre Beschaffenheit brachte aber mit sich, dass sie während der Ehe sich leicht verminderte. Deshalb findet sich eine Gegengabe des Mannes oder seiner Verwandten für die Frau zur Aufbesserung ihrer Aussteuer, welche dieser meist gleich kommt und als Eigenthum der Frau an diese mit der Aussteuer zurückfällt. Während in dem Stadtrechte als Ersatz für das Eingebrachte grössere Ansprüche der Frau sich bildeten, erhielt sich diese Widerlegung, Heimsteuer, Wiederwurf, Widerlage, Ehegeld, contrados, beim Adel.[3])

II. Um die Frau nach des Mannes Tode gegen Noth zu sichern, findet sich bereits in älterer Zeit[4]) eine Vorsorge des Mannes durch Errichtung einer

---

[1]) L. Alam. LV. Vgl. die Stellen bei Kraut §. 203.

Just. Frid. Rive De dote qualis sit in antiquis Germanorum legibus. Diss. inaug. Bonnae 1856. Bei der Correctur kam mir zu Rich. Schroeder De dote secundum leges Gentium germanicarum antiquissimas; dissert. inaug. Berol. 1861.

[2]) Bair. Landr. 11. 14. (Kraut §. 203.) n. 3. „Stürb ein man vor sein hausfrauen und li ezze ir nicht kinde, derselben frauen sol ir und iren erben ir haimsteur volgen die sie zu irem wirtt pracht hat —, und auch ir widerlegung, als ob vil hab da ist.“ Schwsp. c. 23. W. „Gibt iemant sînem wîbe ze heimstiure varent guot oder ander guot, daz guot mac er îr nimmer âne werden die wîle er ander guot hât. Twinget in aber êhaft nôt, er wirt ez wol âne mit rehte.´ Git si im ouch sô getân guot, er sol daz sîne ê âne werden ê daz ire. wirt er ir daz guot âne daz si ze im brâht hât unde stirbet der man, unde mac si selbe dritte erziugen daz ez ir wille niht enwas: man sol ir ir guot wider lân unde swaz daz guot vergolten hât; ez sî danne daz der man dar gê unde berede mit sin eines hant daz im sîn sin seite daz er reht haete.“

[3]) Alt Bergisch. Landr. (Kraut §. 204. n. 3.): „Ein man van der Ridderschafft mach sinem wyffe ein wedderwerff machen an synem Erve zo einer lyffzucht; ind sturff der man ehe dan sie, ind liess ander Erven (d. i. Erbgüter), da sie nicht an gewedumbt en wehre, dair en sall sie gein recht an haven.“ — Im Brünner Stadtrecht (Schöffenbuch art. 191. 194. 201.) kommt eine dos der Frau vor, welche den dritten Theil des ihr vom Manne bestellten Wittums beträgt.

[4]) Tac. Germ. c. 18. L. Sax. XLVII. L. Burg. LXII. 1. „Filius unicus defuncto patre tertiam partem facultatis matri utendam relinquat; si tamen maritum alterum non acceperit.“

dos bald für die Lebenszeit bald für die Zeit des Wittwenstandes. Im Mittelalter kommt diese Wittwenversorgung in den Städten selten,[4a] auf dem Lande, besonders beim Adel, hingegen regelmässig vor in doppelter Gestalt, entweder durch Hingabe von Sachen oder Bestellung einer Leibzucht. Wurden Sachen gegeben, so galten die Regeln für die Widerlage. Allmälig wurde die Leibzucht allgemein. Sie findet sich als a) Uebergabe oder Verschreibung von Eigen zum Genusse auf Lebenszeit mit Bestellung des Rechts in den gewöhnlichen Formen (§. 148.),[5] b) als Leibzucht am Lehen,[6] c) als Anweisung eines Wittwensitzes (Haus, Hof, Acker u. s. w.),[7] d) als Rente[8] an Eigen oder Lehen. Letztere Form erscheint bereits im 13. Jahrhundert und wurde später am häufigsten angewandt. In allen Fällen geht nach dem Tode der Frau das Gut u. s. w. an die Erben des Mannes zurück. Neben der Leibzucht erhielt sie ihre Aussteuer und Widerlage. Anstatt dessen bildete sich im sächsischen Rechte der Gebrauch, der adeligen Wittwe eine Rente auf Lebenszeit zu geben, die zehn Procent des kapitalisirten Werthes der Aussteuer, und, wenn eine Widerlage verschrieben war, zwanzig Procente umfasste, wogegen der Anspruch auf dos und contrados erlosch.[9] Dies nennt das sächsische Recht dotalitium.

III. In die älteste Zeit reicht zurück die Sitte, der jungen Frau nach der ersten

---

4a) Brünner Recht. Vgl. n. 3.

5) Ssp. I. 21. §. 1. „Man mut ok wol vrowen geven egen to irme live mit erven gelove, svo jung se sin, binnen deme gerichte dar't egen inne leget, in jewelker stat, deste dar koninges ban si — §. 2. Liftucht ne kann den vrowen neman breken, neweder naborne erve, noch neman uppe den dat gut irstirft, se ne verwerke't selve; so dat se ovetbome uphowe, oder lüde van deme gude verwise, die to deme gude geboren sin, oder to swelker wis se ire liftucht ut van iren weren let; se ne weder du't binnen rechten degedingen, svenne se dar umme gesculdeget wirt; dar mach se sie mit verliesen. — Wirt san en man mit rechte van sime wive gesceiden, se behalt doch ir lifgetucht, de he ir gegeven hevet an sinem egene.“ — Schwsp. c. 21. W. „Lîpgedinge mac den vrowen niemant gebrechen, noch die erben mit den ez in gegeben ist. Stirbet joch ir man, si hât ez toch mit rehte. Verwürket joch ir man sîn gut mit untât, man kann ez ir mit rehte nit genemen.“ — c. 160. „Der zinsmann erbet sînen bû ûf sînem erbe; ezn si ein man von ritterlicher Art, der ez sînem wîbe ze morgengâbe habe gegeben. unde wirt ez ledich, der herre nimt den bû mit dem lêhen, der man hab ez dan sînem wîbe ze morgengâbe gegeben. Hât ein vrowe lîpgedinge an eigen oder an lêhen, swaz bowes dar ûfe stêt, daz erbet nith ir naehster mâc sô si stirbet: daz eigen wirt den naesten mâgen ledic, unde daz lêhen dem herren.“ Brünner Schöffenbuch art. 196. 197. 198.

6) Gl. z. sächs. Lehnr. 56. Andre Stellen bei Kraut §. 205 fg.

7) Brem. Ritterr. Tit. 7. §. 1.

8) Vgl. die Urkunde bei Kraut n. 4. v. 1268 und viele andere Stellen.

9) Siehe die Stellen in Kraut §. 206.

Beiwohnung eine Morgengabe darzubringen, die aus beweglichen Sachen oder aus denselben Gegenständen oder Bezügen als eine Leibzucht bestand. Sie blieb der Frau zu Eigenthum oder Niessbrauch und fiel nur fort bei der Scheidung. Nach ihrem Tode vererbte sie auf der Frau nächste Erben oder es fiel, wofern sie nur in Leibzucht bestand, die Sache an die des Mannes zurück.[10]) Sie erscheint als ein durchaus freies Geschenk des Mannes, ohne dass ein Anspruch auf dieselbe besteht; sie findet sich auch in Städten, vorzugsweise aber auf dem Lande.

§. 171.

4. Eheliches Güterrecht der neuern Zeit.

I. Aenderungen des statutarischen Rechts waren fortwährend möglich durch Verträge. In der Ehe galten Schenkungen bald allgemein für erlaubt[1]) bald nur für fahrende Habe.[2]) Ungleich wichtiger waren aber die Eheverträge, Ehestiftungen, durch welche namentlich das gegenseitige Erbrecht erweitert und die Einheit des Vermögens mehr befördert wurde. Man schloss sie ab schriftlich vor Zeugen oder gerichtlich.[3]) Häufig hatten auch solche Verträge den Zweck, der Frau ein bestimmtes Gut vorzubehalten.

II. Seit der Reception des römischen Rechts nahm zunächst das Recht des Mannes vielfach eine andere Gestalt an, indem man dasselbe auffasste als einen Niessbrauch (ususfructus maritalis). Eine weitere Umbildung bestand darin, dass man die nicht mehr verstandene Einheit des Gutes in des Mannes Hand als Communio bonorum, Gemeinschaft der Güter im Sinne eines Miteigenthums oder Gesammteigenthums u. dgl. auffasste. Diese Anschauung fand Eingang in die Statutarrechte wie die neuern Gesetze und hat auf den frühern Grundlagen bald zur allgemeinen bald zur particulären Gütergemeinschaft geführt.

---

[10]) Ssp. I. 20., I. 21. §. 1. I. 24. §. 1. II. 22. §. 2. 3., III. 38. §. 3., III. 74. III. 76. §. 1. Schwsp. c. 19. 20. Sächs. Weichb. Art. 23. 24. (Dan.). Andre bei Kraut §. 207. Vgl. Brünner Schöffensatzung n. 186. bei Rössler S. 390.

[1]) Augsb. Stat. v. 1276. (Kraut §. 201. n. 58) für bewegl. u. Erbgut mit vollem Eigenthum u. Anfall an die Erben des Beschenkten. Aelt. Soester Stadtr. §. 28., ist in die Schrae nicht übergegangen.

[2]) Magdeb. Sch. Urth. (Kraut n. 56. 57.)

[3]) Brem. Stat. v. 1303 Ordn. 41. „So wor twe thosamene komet an echtschep, wot dhe hebbet, dhat is herer beidhe na stades rechte. Storve er en, dhe ander scal sine sculde gelden —, dha ne si ander underschod u. dhes men vullenkomen mach mit hantfestinghe idher mit tughen.“ Brünner Schöffenb. art. 207. („testes idonei“).

III. Der Unterschied zwischen Landrecht und Stadtrecht blieb auf diesem Gebiete bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts hinein wirksam. Mit dem Fortfalle des ständischen Wesens hat sich jedoch allmälig für Alle das gleiche Recht herausgebildet. Gleichwohl bestehen durch die stets zulässig gebliebenen Eheverträge wie durch Hausgesetze, Fideicommissstiftungen u. s. w. für den begüterten Adel durchgehends solche Besonderheiten, dass das frühere System der Leibzucht, des Wittwensitzes noch in voller Wirksamkeit ist. Ebenso hat sich auch beim Bauernstande theils gesetzlich oder statutarrechtlich, theils durch die beständige Errichtung von Verträgen das Güterrecht in den Formen des Eingebrachten und der Leibzucht ohne Gütergemeinschaft erhalten.

III. Verhältniss zwischen Eltern und Kindern.

§. 172.

1. Ehelichkeit. Adoption. Väterliche Gewalt.

I. Das ältere Recht kennt neben der Erzeugung aus echter Ehe (als Erwerbsgrund der Familienrechte) nur die Annahme an Kindesstatt in den königlichen Häusern,[1]) deren Folgen jedoch nicht ganz klar sind. Die Legitimation durch nachfolgende Ehe tritt erst im 13. Jahrhundert mit voller Wirkung auf[2]) für Land- und Lehnrecht. Auch die Legitimation

---

[1]) Vgl. die Stellen bei Kraut §. 223. n. 10—15.

[2]) Ssp. I. 36. „§. 1. Svenne dat wif erst man nimt, wint se kint er erer rechten tiet, dat dat kint leven moge, man mach it bescelden an sime rechte, went it to vro geborn is. §. 2. Wint ok en wif kint na irs mannes dode na irer rechten tiet, man mach it ok beschelden, wend'it to spede geborn is.“ — Denselben Satz haben Sächs. Weichb. Art. 8. Magdeb. Sch. Urth. I. 9. d. 4. Schwsp. c. 37, welcher alsdann fortfährt: „diu zweier hande kint, swer diu rehtvertigen wil, sind diu degenkint, sô sol man ir zal reiten ze dem minsten ein unde vierzic wochen (diu eine woche ist in ze gnâden dar zuo gegeben); den meidelînen âne eine vierzic wochen. Diz gerihte sol vor der phafheit geschên. unde mac man diu kint überwinden daz sie ze spâte oder ze vruo komen sint, si erbent ires vater guotes niht; si erbent ouch irre muoter guotes niht; ez erbet ie die naehsten erben an.“ — Schwsp. c. 332. W. „Ez hât ein man eine vrowen ze ledicl̂ichen dingen kurz oder lanc, unde hât kint bî ir, vil oder wênic; unde nimet er si dar nâch zer ê: daz sint immer mêre êkint, swaz si vor kinde habent gehabet, als reht als disiu, diu si dar nâch gewinnet; unde erbent eigen unde lêhen mit den geswisteridem zallem rehte, diu vater unde muoter mit einander habent gewunnen sît si einander ze rehter ê nâmen. daz widerrette man etwâ ûf wertlichem gerihte: wan die ungelêrten liute wizzen darumbe niht. swen aber ez an gê, ê daz der sîn elich reht verliese, sô behabe ez ûf des bistuomes kôre dâ er inne wohnhaft sî. wan swaz êlich dink an gêt, daz muos

durch Rescript von Kaiser und Papst kommt im 14. Jahrhundert vor, jedoch ohne diese Folge.[3]) Mit dem römischen Rechte kam auch die Adoption auf.

II. Die Rechte des Vaters[4]) liegen in dem Mundium, das ihm mit dem Rechte und der Pflicht des Schutzes und der Vertretung den Genuss seines Vermögens, das Recht der Züchtigung sowie das Erziehungsrecht giebt.[5]) Nach des Vaters Tode fiel das Erziehungsrecht der Mutter zu, woraus manche Rechte eine der väterlichen analoge mütterliche Gewalt machten.[6]) Eine Folge war auch das Recht der Einwilligung zur Ehe.[7])

III. Beendigt wurde dies Gewaltverhältniss mit dem Wegfallen der Schutzbedürftigkeit. Das war der Fall, wenn der mündig gewordene Sohn seinen Unterhalt allein erwarb und deshalb sich vom Vater gänzlich unabhängig stellte. Solches stand ihm frei; eine besondere Entlassung aus der väterlichen Gewalt kennt das deutsche Recht nicht.[8]) Erst mit dem römischen Rechte hat man solche angewandt und dann diese deutsche Art als emancipatio saxonica aufgefasst. So lange der Sohn in des Vaters Were sitzt, ist er ihm rechtlich zu Gehorsam verpflichtet.[9]) Bei der Tochter hört die Gewalt auf mit der Verheirathung.

IV. So lange das Kind seine Jahre nicht erreicht hatte, konnte es sich nicht verpflichten. War es aber zu diesen gekommen, so haftete sein eignes

---

man vor geistlichem gerihte verenden. unde als er ez dâ behabet, sô heizze im des bischoves brief unde insigel geben daz er ein rehtez êkint sî. tuont si des nith, sô neme des capitels brief unde insigel daz er ein rehtez êkint sî. daz muoz man vor werltlichem gerihte gelouben." Gl. zu Ssp. I. 37. — Dagegen erklärt sie für erbunfähig u. unecht. Goslar. Stat. S. 13. Z. 12 ff. Von der Sitte, die Kinder bei der Legitimation u. Adoption unter den Mantel zu nehmen heissen solche Mantelkinder. Grimm. R. A. S. 160. 464 fg.

[3]) Görlitz. Landr. 32. §. 5. „Wedir der babist noch der keisir, die ne muogin von ir muotwillin von eime unechtin kinde einen echtin suon nicht gemachin; wande si mit in die echtin suone u. die erbin irs erbis roubittin." Schwsp. c. 42. „Hât ein man einen sun unêlichen, den mâg der pâbest wol êlich machen unde ouch der keiser nâch sînem rehte. Aber der pâbest, noch der keiser mugen in daz reht nimmer gegeben daz si ir mâge gerben mügen, als ob si ir muoter êkind sîn gewesen. gewinet aber sî êkint, diu erbent ir mâge wol, ob si ze êkinden sint gemacht, als hie vor gereit ist." — Beispiele von 1324 ab giebt Kraut §. 223. n. 6 ff.

[4]) Ueber das Recht der Aussetzung und des Verkaufs der Kinder u. überhaupt die ältere Form siehe Grimm R. A. S. 455 ff. Schwsp. c. 291.

[5]) Augsb. Stat. v. 1276. S. 84. Salfeld. Stat. a. dem 14. Jahrh. Art. 169.

[6]) Freiburg. Rodel. §. 32. Mühlhaus. Stat. B. 4. Art. 31. §. 1.

[7]) Dies u. das Bestimmungsrecht in Betreff der religiösen Erziehung der Kinder s. in meinem Handb. des Eherechts S. 320 ff., 535 ff.

[8]) Vgl. Ssp. I. 11.

[9]) Kl. Kaiserr. II. 7. Vgl. auch das. II. 5.

Vermögen für seine Schulden unbedingt, der Vater nur, wenn dasselbe nicht abgefunden war.[10]

§. 173.

2. Vermögensrechte der Kinder.

I. Was das Kind von Aussen erwarb oder ihm angeerbt oder vom Vater gegeben wurde,[1] war sein Gut. Jeder Erwerb, den das Kind im elterlichen Hause durch Dienstleistung machte, kam dem Vater zu Gute. War das Kind grossjährig, so konnte es sein Gut verlangen.[2] Wurde es von den Eltern mit Gut abgesondert, so musste es bei der Erbtheilung mit den Geschwistern das Erhaltene einwerfen; hatte es jedoch bei der Absonderung auf sein Erbrecht verzichtet, so fiel sein Erbrecht sowohl den Kindern in der Wehre als dem Gläubiger gegenüber fort.[3]

II. Starb ein Elterntheil, so wurde entweder das bisherige Verhältniss fortgesetzt oder nicht.

a. Der überlebende Vater blieb ganz in der bisherigen Stellung im Vermögen mit den Kindern sitzen, brauchte nicht zu theilen selbst nicht wenn er zur zweiten Ehe schritt, konnte aber die Kinder absondern, ohne dass gegen deren Willen hierin ein Erbverzicht lag;[4]

b. jeder überlebende Theil kann zeitlebens im ungetheilten Beisitze mit den Kindern bleiben;[5]

c. jeder überlebende Gatte bleibt im Beisitze solange er keine zweite Ehe eingeht.[6]

---

[10] Brem. Stat. v. 1303. Ordel 58. (Kraut n. 10.) „So wor en bedherfe man ifte vrowe heft enen sone, dhe tho sinen jaren komen is, dhe koft u. sellet van sines vaders ifte van siner moder weghene, dhe sec wol handelet, wat de borghet u. lovet, dhat scal sin vader ifte sin moder ghelden also verne alse sin antal is sines ghodes, dhat eme boren mach van sines vaders ifte van siner moder weghene. it ne si also, dhat he des vollenkomen moghe dhat he van eme delt si er dhe sculde sin tho komen.“ Braunschw. Stat. II. 30. „Sterft ein man binnen der tyd, dat sin vader edder sin moder levet blifft he schuldich, erer neyn darff vor ene ghelden: hefft he aver sunderlik gud, dat schal me vor ene ghelden.“ Vgl. Schwsp. c. 151. W. —

[1] Ssp. I. 10. Richtst. Landr. 20. u. a.

[2] Ssp. I. 11. —

[3] Sachsp. I. 13. — Die Ausrichtung eines Sohnes nennt das Prager Rechtsbuch art. 155. 1. morgengab; ebenso Brünner Schöffensatzung n. 187. bei Rössler S. 391.

[4] Goslar. Stat. S. 488, 84. Hier tritt von selbst Einkindschaft ein, wenn der Vater nicht abtheilt. Oldenburg. St. 7. (Kraut §. 219. n. 6.).

[5] Dortmund. Stat. bei Dreyer Nebenstunden S. 427.

[6] Alt. Lüneburg. Stadtr. (Kraut §. 201 n. 37.). Ref. VI. pr. Lüb. Recht. Cod. Hach. I. 7. II. 27. 37. Hamb. Stadtr. III. 3. 3.

d. Die **Wittwe** bleibt im Beisitze für den ledigen Stand, der Wittwer, so lange er will.[7])

Das Recht der Wittwe fasste man einzeln als eine niessbräuchliche Verwaltung auf;[8]) für das Verhältniss überhaupt bildete sich mit der angedeuteten Entwicklung der Begriff einer **Communio bonorum prorogata**.

III. Die weitere Entwicklung hatte eine doppelte Richtung.

a. Der überlebende Theil erhält und behält alles Gut mit der **Verfangenschaft** desselben für die Kinder.[9])

b. Es tritt Absonderung der Kinder ein. Diese folgte bald durch den Willen des Ueberlebenden, bald auf Verlangen des grossjährigen Kindes, bald bei dem Schreiten des Ueberlebenden zur zweiten Ehe, endlich bei *schlechter* Wirthschaft des Ueberlebenden auf Antrag eines Kindes, seines Vormundes oder seiner Verwandten. Ihr Erfolg bestand entweder in einer *völligen* Abfindung (**Todtheilung**) für das Erbrecht gegenüber dem Ueberlebenden oder in dem blossen Empfange des Erbtheiles nach dem Verstorbenen, je nach dem Gütersysteme.

IV. Ein Mittel, die nachtheiligen Folgen einer zweiten Ehe für die Vorkinder aufzuheben und den Beisitz fortzuführen bildete die schon im 13. Jahrhunderte aufkommende **Einkindschaft**,[10]) (**unio prolium**). Sie wurde mit Einwilligung der grossjährigen oder des Vormunds häufig vor Gericht oder mit richterlicher Bestätigung geschlossen. Um Benachtheiligungen zu vermeiden machte man im Vertrage bald den Vorkindern bald den Kindern zweiter Ehe ein **Voraus** (**Praecipuum**). Das Erbrecht der Kinder unter sich änderte sie ebensowenig, als sie dem Stiefelterntheile ein Erbrecht in das Vermögen der

---

[7]) **Goslar.** Stat. 488, 83. **Brem.** Stat. v. 1433. Stat. 7. 8.

[8]) Senat. Lubec. Attest. a. 1676. (**Kraut** §. 218. n. 3): „dass die beerbte Ehefrau so lange sie sich nicht anderweit vereheliche oder in ein Gotteshaus bekaufe, tamquam *administratrix* atque usufructuaria in allen ihres verstorbenen Mannes Gütern besitzen bleibe."

[9]) **Freiburg.** Stat. v. 1520. III. 3. Art. 4.

[10]) **Goslar.** Stat. 488, 84. „Storve ock eyneme manne sin wiff, de kinder hinder sick lethe, u. neme de mann eyn wiff, de ne darff mit sinen kindern nicht delen; werfft he kindere, so schullen de ersten kindere mit den lesten like gud recht hebben tho ores vader erve, u. wanne de man sterfft, so mogen de ersten kindere del eschen von orer steffmoder; hedde aver de vader der kindere jennich beraden eder affghedelet, dat doch von dem erve nicht ghelaten hedde, wolde de delinge nemen, de scholde inbringen wat ome ghewordenne were, ane de fruwe ore cledere und smeide und de man ane ors, perde und harnisch, also dat dit bock uthwiset." **Oldenb.** Stat. 7. — Alt Lüb. R. Cod. **Hach.** II. 2. „So war en man und en vruwe sic sanmet mit echtschap und sunderlike hebben echte kindere, neweder de man noch de vruwe *ne moghen* eres ghodes nicht to hope gheven sunder der kindere volbort, dat it stede moghe sin." Andere zahlreiche Stellen bei **Kraut** §. 220.

Stiefkinder verlieh. Sie hat in der spätern Zeit im Gebrauche sehr abgenommen und oft durch Gesetze jede rechtliche Wirkung eingebüsst.

§. 174.

IV. Missheirath. Morganatische Ehe.

I. In der ältesten Zeit hatte nur die standesgleiche, ebenbürtige Ehe für Gatten und Kinder die vollen Wirkungen: Eintritt in die Familien, Stand des Mannes, Vaters, Erbrecht, Wergeld u. s. w. Dabei hielt man nicht blos die Ehe zwischen Freien und Unfreien sondern auch dort, wo die alten Klassenabsonderungen in Blüthe geblieben waren, diejenigen Ehen für Missheirathen, welche nicht unter Personen derselben Volksklasse bestanden,[1]) also zwischen Adeligen und Nichtadeligen. Mit der Neubildung der Stände trat diese Anschauung allgemein auf. Zwar nimmt noch das Landrecht des 13. Jahrhunderts die ebenbürtige Ehe an, wenn beide Gatten frei sind,[2]) während im Lehenrechte bereits der ritterbürtige Stand beider Eltern gefordert wurde. Schon im Schwabenspiegel[3]) ist aber bereits für den Erwerb des höhern Standes Ebenbürtigkeit beider Gatten gefordert. Im Laufe der Zeit sank bei dem Landvolke, weil der Unterschied der alten Freiheit bedeutungslos wurde, der Begriff einer ungleichen Ehe; desgleichen hatte im Stadtrechte die Gleichheit aller Bürger schon frühe die Gleichheit von Ehen unter den Bürgern aller Klassen bewirkt. Dagegen hatte sich beim hohen Adel mit seiner völlig veränderten Stellung das Erforderniss der Ebenbürtigkeit desto mehr festgesetzt. Fehlte dasselbe, so suchte man vom Kaiser die Standeserhöhung zu bewirken.[4]) Das canonische wie römische Recht drohte diese Grundsätze zu erschüttern; es fand in Theorie und Praxis die Gleichheit der Gatten als Folge der Ehe ihre starke Vertretung. Hierdurch veranlasst suchte der hohe Adel durch Hausgesetze das Prinzip der Ebenbürtigkeit zu stützen,[5]) während der niedere zu dem Mittel griff, in Fideicommiss-

---

[1]) Siehe die in §. 52. n. 3. §. 55. n. 9. 16. §. 56. n. 10. u. a. mitgetheilten Stellen.

[2]) Das ist der Standpunkt des Sachsenspiegels, wie er sich aus zahlreichen Stellen ergiebt, z. B. III. 72. I. 33. I. 16. §. 2. I. 5. §. 1. I. 51. §. 1. u. a. Interessant ist Gl. der Görlitzer Handschr. zu Ssp. I. 5. §. 1. (v. Sydow Erbr. des Sachs. R. 170.) „Mit deme Worte Ebenburtigkeit meint er do, daz daz Kint frey und elich geboren sy —, daz er ein frei Wip, kein eigen Wip neme, anders sine Kinder weren nicht sine Erben.“ Siehe die Stellen in §. 84 ff.

[3]) Schwabsp. c. 57. Dagegen fordern die meisten andern Stellen des Schwsp. die Ebenbürtigkeit nicht.

[4]) Siehe solche von Rudolf I. bei Kraut §. 59. n. 41—43., Wenzel von 1393 das. n. 44.

[5]) Siehe solche bei Kraut n. 46 ff.

stiftungen u. dgl. adelige Geburt der Frau zu fordern. Die Folge einer Missheirath blieb Ausschluss der rechtlichen Wirkungen, welche die Standesgleichheit bedingen: Rang, Stand, Titel, Wappen, volles Erbrecht gegenüber dem Vater und den Verwandten, während sie im Uebrigen kirchlich und bürgerlich als gültig und erlaubt erschien und keinerlei ehrenkränkende Folgen hatte. Die Forderung ebenbürtiger Ehe hatte in den meisten Hausgesetzen Eingang gefunden; trotzdem wurde sie noch öfters durch Standeserhöhung und Ebenbürtigkeitserklärung des Kaisers umgangen. Um dies zu verhindern, traten die Reichsstände auf und setzten die reichsgesetzliche Forderung ebenbürtiger Ehen mit Ausschluss der kaiserlichen Machtvollkommenheit durch.[6]) Dies ist denn auch für den hohen Adel Recht geblieben.[7])

II. An die Stelle des in älterer Zeit[8]) ohne die feierliche Form des ma-

---

[6]) Vgl. den S. 241. abgedr. art. XXII. der Wahlkap., §. 96. n. 2. §. 97. I. B, über die Ausbildung des Begriffs.

[7]) Siehe Bundesakte art. XIV. (Seite 291.). Die umfangreiche Literatur über diesen Punkt kann hier übergangen werden, da derselbe dem heutigen Privatfürsten- (Staats-) Rechte angehört.

[8]) Pippini Cap. Vermer. 753 c. 7. (Leg. I. p. 22.): „Si servus suam ancillam concubinam habuerit, si ita placet, potest illa dimissa comparem suam, ancillam domini sui, accipere; sed melius est suam ancillam tenere." Cap. Langob. 786 c. 5. (ib. p. 51.): „Et hoc etiam scribimus, ut cuncti diligentes inquirat, ut si est homo uxorem habens, ut supra ipsa cum alia adulterans, et concubinam habuerit, a tali igitur inlicita perpetratione faciat eos cum omni sollicitudine separari. Sic placuit domni regi, ut qui has nefandas criminas emendare de terminibus sibi commissis, ut diximus, emendare neglexerit, ut in sacro palatio widrigildum suum componat." Hloth I. Excerpta can. 835 c. 2. (Ib. p. 372.): „Nulli liceat uno tempore duas habere uxores, uxoremve et concubinam, quia cum domui non fit lucrum, animae fit detrimentum. Nam sicut christus castam observat ecclesiam, ita vir castum debet custodire coniugium." Hludow. Germ. Conv. Mogunt. a 851 c. 12. 15. (ib. p. 414 sq.): „Quod si quislibet concubinam habuerit, que non legitime fuit desponsata, et postea desponsatam rite puellam duxerit abiecta concubina, habeat illam quam legitime desponsavit. De hoc Leo papa in decretis suis ita diffinivit dicens. Dubium non est, eam mulierem non pertinere ad matrimonium, in qua docetur nuptiale non fuisse mysterium; paterno arbitrio viris iunctae carent culpa, si mulieres, que a viris habebantur, in matrimonio non fuerunt, quia aliud est nupta, aliud concubina. — De eo qui uxorem habet, si concubinam habuerit, non communicet. Ceterum autem is qui non habet uxorem, et pro uxore concubinam habet, a communione non pellatur, tantum aut unius mulieris, aut uxoris aut concubinae, ut ei placuerit, sit conjunctione contentus. Alias vero vivens, abiciatur, donec desinat aut ad penitentiam revertatur."

Das unbedingte Verbot der Auflösbarkeit des Concubinats enthält Concil. Tribur. a. 895. c. 39. (Hartzheim Conc. Germ. II. p. 403.). Bei Königen kommt ein Concubinat selbst mit adeligen Frauen vor. So hatte nach Paul. Warnefridus de episc. Metens. (Kraut §. 60. n. 5.) Karl d. Gr. die Himiltrudis, nobilis puella, zur Concubine vor der Ehe mit Hildegard.

trimonium legitimum, nemlich die desponsatio und dotatio, üblichen Concubinates trat eine Ehe, die zwar kirchlich und bürgerlich eine wirkliche Ehe ist, aber gerade die Folgen hat, welche man bei dem alten Concubinate im Gegensatze der echten Ehe beabsichtigte. Man traf nemlich bei der Heirath mit einer Person niederen Standes Verabredungen, wodurch der Eintritt der gewöhnlichen Wirkungen für Frau und Kinder ausgeschlossen wurde.[9]) Frau und Kinder erhielten nur das bei der Heirath ausgesetzte Gut[10]) und traten weder in den Stand noch die Familie des Vaters ein, woher der Name Ehe zur linken Hand. Solche Verbindungen wurden fortwährend geschlossen von Personen des höhern Adels und auch des niedern.[11]) Zwar wurden sie unter dem Einflusse des fremden Rechts immer seltener, haben sich indessen in Gesetz und Uebung bis auf unsere Tage erhalten.

§. 175.

V. Die Vormundschaft.[1])

I. In des Vaters Mundium trat nach dessen Tode der nächste männliche Schwertmage[2]) als rechter, geborner Vormund, in dessen Ermange-

---

[9]) Lib. Feud. II. 29. „Quidam habens filium ex nobili coniuge, post mortem eius non valens continere, aliam minus nobilem duxit; qui nolens exsistere in peccato eam desponsavit ea lege, ut nec ipsa, nec filii eius amplius habeant de bonis patris, quam dixerit tempore sponsaliorum, verbi gratia decem libras, vel quantum voluerit dare, quando eam desponsavit, quod Mediolanenses dicunt accipere uxorem ad morganaticam, alibi lege Salica; hic filiis ex ea susceptis decessit. Isti in proprietatem non succedunt, aliis exstantibus, sed nec in feudo, etiam aliis non existentibus, qui licet legitimi sint, tamen in beneficio minime succedunt. In proprietate vero succedunt patri, prioribus non existentibus, succedunt etiam fratribus sine legitima prole decedentibus secundum usum Mediolanensium.“ Vgl. II. F. 26. §. 16. „Filii nati ex ea uxore, cum qua matrimonium tali conditione contractum est, ne filii ex ea nati patri ab intestato succedant, nec in feudum succedunt. Nam quamvis ratione improbetur talis conditio, ex usu tamen admittitur.“

[10]) Die Morgengabe; davon matrimonium ad morganaticam. Grimm R.A. S. 439. Der Ausdruck für dieselbe matrimonium ad legem Salicam hat keinen rechten Sinn, weil sie die L. Sal. nicht kennt.

[11]) Höchst interessant ist das Privil. von Kurf. Ernst von Köln v. 1597. 29. April (nach dem Orig. bei Seibertz num. 1035), welches die ganz genau an II. Feud. 29 sich anschliessende Gewohnheit, eine zweite Ehe nach einer mit Kindern gesegneten ersten der westfälischen Ritterschaft mit folgenden Worten bestätigt: „. . . setzen statuieren verordnen wir hiemit craft diesses Brieffs wie sulches ahm pessten vnnd Bestendigsten geschehen soll, khan oder magh vund wollen das hinfüro in zutragenden Fellen dha sich in eged. vnserem Westualischen Fürstenthumb vnd landen Vollbürtige Adeliche Rittermessigen Standts nach erledigter erster Ehe geleichs Geblüts Ehefrawen ahn andere ires Herkhommens vngeleiche Personen zur zweiten oder mehr

lung nach dem süddeutschen Rechte[3]) der nächste Muttermag und endlich ein vom Richter[4]) gesetzter getreuer Mann ein, wofern nicht der Vater selbst bestimmt hatte,[5]) so lange die Unmündigkeit dauerte.[6]) Deren Grenze setzt das ältere Recht in höchst verschiedener Weise fest.[7]) Im Mittel-

---

Ehen mit vorgehenden pactis ad Morganaticam genant begeben hetten oder noch begeben würden Alsdan geleich woll die rechten vollbürdigen Adelichen Khindere erster Ehe wie auch nach deren erblosen Fall ihres vorabgestorbenen Vatters Brudere vnd Schwesteren sampt derselben vollbürtigen Adelichen Khinderen durch solche verenderte Bestettnusse die elterliche Stam Lehen vnnd Gütter beweglich vnd vnbewegelich nicht entwendet oder entzogen, Auch die Mutter vnd Khinder der erfolgter zweiter oder mehr Ehen derselben kheines weges vhehigh noch theilhafft sein vnd werden, sonder sich ahn deme was Innen entwidder in den elterlichen Ehebereddungen, vatterlichen Testamenten oder sunst besonders Donationsweiss auch nach des Ehemans vnd Vatters Ableiben durch die Freunde oder Obrigkheit nach Anzall der Personen vnd Gelegenheit der Gutter, vor Leibzucht, Legitima oder Alimenten vermacht vnd zugeordnet, ersettigen vnd begnugen lassen, Daruber die Vollburtige Adeliche Khinder, noch auch vff obgen. derselben erblosen Abfall des Vatters vnd Ehemans obgn. negste Adeliche Verwanten gar nicht zu besprechen zu belangen oder anzufechten haben oder sich dieser vnser genedigster wollmeinenden Ordnung vnder einigem gesuchten Schein widdersetzen sollen Dan wir vor vns vnd vnsere Nachkhommen ahm Ertzstifft Colln redtlich bedacht vnd gemeint sein dabei ernstlich zu hallten vnd selbige Recht — Adeliche vollbürtige Khinder vnd Verwante dabei gnädigst zu schützen vnd zu handthaben, Jedoch hiedurch Jederman der Freiheit vnd Willkhür seines Heyrhattens wie auch der Macht von seinen Gütteren vermüge der gemeinen Rechten zu testieren vnd Ordnungh seines Gefallens vffzurichten vnbenhommen vnd vorbeheltlich." Siehe auch Wahlkapit. art. XXII. §. 4.

[1]) W. Th. Kraut. Die Vormundschaft nach den Grundsätzen des deutschen Rechts, 3 Bde. Gött. 1835, 47, 59. Die Ausdrücke siehe bei Grimm R.A. S. 465 f. Schwsp. c. 52. „Der kinde unde der frowen phleger, die etwâ sich erboten, etwâ phleger, etwâ voget, etwâ vormund, etwâ behalter: swie man si heizet, sô sullen si getriuwe liute sin."

[2]) L. Sax. 44. 45. (Merk.). Nach L. Burg. 59, 85. c. 1. 2. staud sie für die Zeit des Wittwenstandes der Mutter, nach L. Visig. IV. 3. c. 1. 3. hatte sie gleichfalls prinzipaliter die Mutter. Ssp. I. 23, §. 1. Schwsp. c. 52. Kl. Keyserr. II. 32.

[3]) Schwsp. c. 52. Augsb. R. v. 1276.

[4]) Ulm. Stadtr. II. 9 legt den Benachbarten die Pflicht zur Anzeige bei, wenn die Kinder keine Blutsfreunde oder Schwäger hätten. Magdeb. Fr. I. 8. 8. „Es en mag kein Man seinen kindern vormunden kiesen, sondern wenn er stirbt, so soll sein nehester Schwertmage der unmündigen kinder vormundt sein. Hetten auch unmündige Kinder keine Schwertmagen, so soll der Richter — den Kindern — geben einen Pfleger."

[5]) Gl. z. Sächs. Weichb. Art. XXVI. (Danipts col. 301. sq), welche das Verfahren genau beschreibt, und Bestätigung des Gerichts fordert.

[6]) Siehe Tac. Germ. c. 13. (oben §. 11. n. 14.). Zehn Jahre 12, 14, 15, 18, 20, sind die Termine der Volksrechte. Vgl. die Zusammenstellungen bei Kraut.

[7]) Ssp. I. 42. §. 1. „Er sinen dagen unde na sinen dagen mut en man wol vor-

alter haben sich im sächsischen Rechte zwei Stufen: zu seinen Jahren kommen und zu seinen Tagen kommen mit der Wirkung erhalten, dass bis zur ersten ein Vormund nöthig ist, nachher aber dessen Belassung oder die Annahme eines neuen ebenso in der Macht des Kindes steht als die Annahme durch den, welcher über seine Tage gekommen ist.[8]) Im süddeutschen Rechte fanden die Termine des römischen Eingang.[9]) Dies wurde, nachdem schon im 13. Jahrhundert offenbar durch denselben Einfluss der Zeitpunkt auf 18[10]) und 20 Jahre[11]) hinaufgerückt war, in der Art zur Regel, dass man ohne die scharfe römische Scheidung von Tutel und Curatel bis zum vollendeten 25. Lebensjahre Vormünder und Vorsteher für unerlässlich erklärte.[12]) Particularrechtlich haben sich jedoch die früheren deutschen Fristen theils erhalten, theils von Neuem Geltung verschafft.

---

munden hebben, ob he's bedarf, ende mut is wol untberen of he wel. Over ein unde twintich jar so is de man to sinen dagen komen. Over sestich jar is he boven sine dage komen, alse he vormünden hebben sal of he wel, unde ne krenket dar mede sine bute nicht noch sin weregelt. Svelkes mannes alder man nicht ne weit, hevet he har in dem barde unde nidene unde under jewederme arme, so sal man weten dat he to sinen dagen komen is.“ Gl. dazu bei Homeyer abgedr. „Nach unserm recht, wirt ein Kint jerigk zu landtrecht, wenn es zwelff jar alt ist, zu lehenrecht, wenn es dreizehn jar alt wirt.“ Sächs. Lehnr. art. 26. §. 1. Goslar. Stat. S. 18. 112. Verm. Ssp. I. 42. 8. Alt Kulm. Recht IV. 106. (12 Jahr) u. a.

[8]) Schwsp. C. 52. „Als der Knabe vierzehen jâr alt ist, sô mac er einen andern phleger nemen, ob er bewaeren mac daz er im übel hât getân. als mac ouch diu juncfrowe als si ze zwelf jâren kumet. Ez enmac dehein kint hinder vierzên jâren niht getuon âne sînen phleger daz staete si. unde hât ez joch bereitez guot under handen, swaz ez dâ mite tuot, daz ist niht staete. Koufet ez oder verkoufet ez, unde ist ez im guot, der phleger sal ez staete hân; unde ist ez im schade, der phleger sal ez wider tuon unde verspilt ez iht sînes guotes, man sol ez dem phleger wider geben. unde kumt er für den rihter, man muoz ez dem rihter büezen, unde doch daz guot wider geben.“ C. 54. „Ein jegelich sol phleger hân unz er kumet ze fünif unde zwenzic jâren. daz hât der künic Karel geboten. unde die wîle sol er mit sînem guote niht tuon âne sînen phleger.“

[9]) Lüb. R. v. 1240. Art. 114. „Alse en knecht is achtein jar olt, so is he sulf mündich.“ Aurea bulla a. 1356. §. 4. Cap. VII.

[10]) Augsb. Stat. v. 1276. „Ob chint sint, diu weder vater noh muter habent und gut habent, — der phläger sol sin ir veter; — hant si des niht, so sol ez sin ir nähster vater mak. Hant si keinen Vater mak, swär danne ir näster muter mak ist, der sol ir phläger sin.“

[11]) R. P. O. v. 1548. Tit. 31. §. 1. (Neue Samml. II. S. 603.): „. . . Wann aber nun den Obrigkeiten zustehet, in dem gebührlichs und billigs Einsehens zu haben, damit die Pupillen und Minderjährigen Kinder unbetrogen und unvernachtheilt bleiben: So wollen wir . . . befohlen haben . . . dass den Pupillen und Minderjährigen Kindern jederzeit, biss sie zu ihren Vogtbaren und Mannbaren Jahren kommen, Vormünder und Vorsteher, so die ihnen von ihren Eltern in Testamenten oder letzten [illegible]n nicht verordnet, oder ihre angebohrne Freund und Verwanden sich der Vor-

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

den Richter wurde auch beim gebornen Vormunde Regel, die Zulässigkeit der Mutter überall dort Rechtens, wo die Geschlechtsvormundschaft verschwunden war.[17])

II. In der ältern Zeit standen die Weiber bei den meisten Stämmen zeitlebens unter Vormundschaft.[18]) Dies erhielt sich im Landrechte des Mittelalters anfänglich allgemein wenigstens behufs der Vertretung vor Gericht. Die Ausnahme für die Kauffrau einerseits, das veränderte Beweisrecht andrerseits bewirkten aber, dass das Institut selbst im süddeutschen Rechte früh ganz verschwand und auch im norddeutschen Rechte sich nur in abgeschwächter Bedeutung erhielt.

III. Hohes Alter berechtigte zur Annahme eines Vormundes,[19]) Geisteskrankheit legte dem Richter die Pflicht auf, einen zu geben.[20]) Dasselbe fand Statt im Falle längerer Abwesenheit (Verschollenheit[21])).

---

habin, das sol man haldin bis das kind mundig wirt." Im Brünner Schöffenbuche art. 517. ist noch die Rede von einem Vormunde, der „bonis eorum utitur", sie erscheint das. art. 142 — 148. sehr ausgebildet und unter offenbarem Einflusse des römischen Rechts. Im Prag. Statutarr. c. 53. tritt die „aetas debita puerorum" mit 18., der Mädchen mit 15. J. ein. Ueber deren Stellung siehe Rössler Einl. S. LVIII. f. — Reichspolizeiordn. v. 1548 Tit. 31. §. 3. „Item, dass er nach befohlener Verwaltung, von allen Gütern, liegend und fahrend, Schuld-Brieff und Registern, ein Inventarium auffrichte, und rechtmässige Caution und Versicherung thue, auch mit Gelübden und Eyden beladen werde, dass er seinen Pfleg-Kindern, und ihren Gütern getreulich und erbarlich vorseyn, ihre Personen und Güter versehen und verwahren, die Güter nicht in seinen eigenen Nutzen kehren, oder wenden, noch dieselbe ohne Vorwissen, Erkänntniss und Decret der Obrigkeit veräussern, verpfänden oder beschweren, und jährlich, auff Forderung der Obrigkeit, gebührliche Rechenschafft thun, um seine Verwaltung, Rede und Antwort geben und alles anders handeln, dass einen getreuen Vormunder eignet und zusteht, alles bey Verpflichtung seiner Haab und Güter."

[16]) Sie hat, aber nur für den Wittwenstand, Brünner Schöffenb. a. 502.

[17]) L. Sax. 42. „Qui mortuus viduam reliquerit, tutelam ejus filius quem ex alia uxore habuit accipiat. si is forte defuerit, frater idem defuncti. si frater non fuerit, proximus paterni generis ejus consanguineus." L. Sal. XLIV. nov. 235. L. Lang. Rothar c. 205. u. a.

[18]) Ssp. I. 45. §. 2. Vgl. die Zusammenstellung bei Homeyer Reg. S. 393. Schwsp. c. 59. 203. W. Die Stellung des Vormundes ist eine ähnliche wie beim vorhergehenden.

[19]) Ssp. I. 42. 1. Schwsp. c. 47. W. „Sümliche liute jehent, sô der man sehzic jâr alt sî, sô sî er ze sînen jâren kommen. des ist niht. Wir erziugen mit dem salter wol unde mit der schrift daz der man ze sînen tagen komen ist sô er ahtzic jâr alt ist."

[20]) Schsp. III. 3. Schwsp. 314 W.

[21]) Vgl. die Abh. v. Bruns in Bekker u. Muther Jahrb. des gem. deutsch. Rechts, Bd. I.

IV. Schlechte Vormünder konnte der Richter auf Betrieb des Mündels, der Verwandten, Freunde u. s. w. entsetzen (balmunden).[22]

Fünftes Kapitel.

Das Erbrecht.*)

I. Die Erbfolge der Blutsfreunde.

§. 176.

1. Verwandtschaft. Erbfähigkeit.

I. Das Recht der Nachfolge in ein Gut ruhet nach der Anschauung der ältesten Zeit ausschliesslich in der Verwandtschaft des Blutes und des durch sie hervorgerufenen innigen Verhältnisses der Verwandten unter einander.[1]

---

[22]) Schsp. I. 41. Richtst. Landr. c. 33. 39. Schwsp. c. 44. W.

*) Grimm R. A. S. 466—485. Heinr. Siegel Das deutsche Erbrecht nach den Rechtsquellen des Mittelalters in seinem innern Zusammenhange dargestellt, Heidelb. 1853. — R. v. Sydow Darstellung des Erbrechts nach den Grundsätzen des Sachsenspiegels mit Rücksicht auf die verwandten Quellen. Berl. 1828. H. Siegel die germanische Verwandtschaftsberechnung mit besonderer Beziehung auf die Erbenfolge, Giess. 1853. H. Wasserschleben das Prinzip der Successionsordnung nach deutschem insbesondere nach sächsischem Rechte. Gotha 1660 (und hierüber die Recension von Siegel in Haimerl Oesterr. Vierteljahresschrift, Wien 1860, 6. Bd. I. H. Lit. Anz. S. 21 ff.). G. Homeyer, die Stellung des Sachsenspiegels zur Parentelenordnung, Berl. 1860. 4. C. W. Pauli Darstellung des Rechts der Erbgüter nach älterm lübischen Rechte, Lüb. 1837. L. Drewes das Recht der Erbgüter in seiner Beziehung zu testamentifactio. Eine Abhandl. a. d. Hamburg. Rechte. Hamb. 1844. Ludw. Zimmerle das deutsche Stammgutssystem nach seinem Ursprunge und seinem Verlaufe. Tübing. 1857. Reyscher das Erbrecht der adelichen Töchter u. deren Verzichte in Zeitschr. f. d. R. VI. S. 257—334. — G. Beseler die Lehre von den Erbverträgen, Gött. 1837—40. 2. The. in 3 Bdn. Hasse über Erbvertrag im Rhein. Museum f. Jurisprud. II. S. 149 ff.

[1]) Vgl. Oben §. 26. V ff. §. 129. u. a., welche das innige Verhältniss der Verwandten zeigen. An Wortbezeichnungen sei noch hinzugefügt enchilo, enkel (talus und nepos); über andere von dem Körper hergenommene s. Grimm a. a. O. der besonders aus dem nordischen Rechte Analogieen beibringt, und Wörterbuch III. col. 708 ff. Erben hat im M. A. nur die Bedeutung an, in, auf einen Etwas erben, vererben, heute 1) beerben, eine Person, 2) erben, Sachen 3) vererben 4) intransitiv erben d. h. Erbe werden 5) die Sache erbt auf Einen. Andere bei

Für dieses kennt man von Anfang eine Grenze, über die hinaus man der Verwandtschaft keine Wirkung mehr beilegt, weil sich das Bewusstsein offenbar verwischt hat. Das Maass für diese Grenze ist verschieden[2]) und reichte im äussersten Falle bis zum siebenten Gliede.

II. Zunächst ist erforderlich Leibhaftigkeit.[3])

Grimm Wörterbuch III. col. 715 ff. v. Erben. Vom Erben sagte man früher: zu dem Erbe gehen, Erbe nehmen u. a. Die ältere Form ist das Erbe, neuer Erbschaft, E. antreten. — Neben den Oben §. 26. gegebenen Benennungen kommen noch einige in Betracht, welche sich ergeben aus: Salzwedel. Stat. bei Kraut §. 181 n. 3. „Si autem radix et stirps mortua fuerit, puer mortuus hereditabit super proximos et primos consanguineos, qui nesten gedelinge vulgariter nuncupantur." Gl. z. sächs. Weichb. art. 23. Daniels col. 284.): „Gerade is anders nicht, wenne daz in eynes mannes huz gehoret gemeiniglichin, unde dovon dem manne hergewete gehort; unde daz mag nymant nemen, wenne die nyftil, die der frouwen ader der jungfrouwen zugehorit von wibis halben; unde das heisen wir die nehiste gespynne. Glichir wise alzo der nehiste mage mannes halben heist eyn swertmage."

[2]) L. Rip. 56. 3. „usque ad quintum genuculum, qui proximus fuerit, in haereditatem succedat." L. Sal. XLIV. „usque ad sexto genuculo." L. Bajuv. XIV. 9. §. 4. „Quodsi maritus et mulier sine heredes mortui fuerint, et nullus usque ad septimum gradum de propinquis et quibuscunque parentibus invenitur, tunc illas res fiscus adquirat." Die 7. hat auch L. Langob. Rothar. 153. Die 5. hat L. Angl. et Werin. in besonderer Weise. Siehe §. 178. n. 3.

[3]) L. Alam. Lib. II. T. XCV. (Merk. p. 78.): „Si quis mulier, qui hereditatem suam paternicam habet, post nuptum et prignans peperit puerum, et ipsa de partu mortua fuerit, et infans vivus remanserit tantum spacium, ut vel unius horae possit aperire oculos et videre culmen domus et quatuor parietes, et postea defunctus fuerit: hereditas materna ad patrem eius perteneatur. Tamen si testes habuisset pater eius, qui vidissent illum infantem oculos aperire et potuisset culmen domus videre et quatuor parietes: tunc pater eius habeat licenciam cum lege defendere; cui est proprietas ipse conquirat." Ssp. I. 33. „also grot dat it lifhaftich mochte wesen." Sächs. Lehnr. 20. §. 1. „Svenne die sone na des vader dode levet also lange dat man sine stimme gehoren mach in vier wenden des huses so is he beerft mit sines vader lene, unde hevet it gevernet alle den die it gedinge dar an hadden." — Schwsp. c. 35. W. „Nu merket umbe ein wîp diu kint treit nâch irs mannes tôde, unde si berhaft ist. unde geniset si dar nâch des kindes, unde hât si des geziuge zwêne man oder zwô vrowen, die ir arbeit gesehen hânt unde daz kint lebendig gesehen hânt: daz kint behabet des vater erbe. unde stirbet ez dar nâch, swaz daz kint an geerbet hette, daz erbet ouch die muoter an; unde allez daz gedinge daz im sîn vater an sînem lêhen hette gedinget, daz ist dem herren ledic wirt aber daz kint ze kirchen brâht, so endarf diu vrowe deheines geziuges wan des phafen der ez begraben hât oder getouft hât. unde swer ez ouch tôtez ze kirchen hât gesehen, der ist sîn ouch wol geziuc." — Magdeb. Sch. Urth. u. Eisenach. Stat. (Kraut §. 182. n. 10. 11.) fordern blos Leben nach der Geburt. Brünner Schöffenb. art. 350. „si tante tempore vixerit, quod oculos apperiens quatuor parietes

III. Unter den Blutsverwandten bringen aber gewisse Verhältnisse und Eigenschaften bald einen Abgang der Erbfähigkeit, bald eine Minderung, bald endlich eine Erweiterung derselben hervor.

Bedingung der Erbfähigkeit ist:

1. Ehelichkeit, welche nach älterm Rechte nur den in der Ehe Erzeugten[4]) (gamahali, gamaladio, adalerbo) zukommt. Uneheliche Kinder (gouch, bankart, bastard, Winkelkind, unflatkind, Kegelsohn u. a.) hatten kein Erbrecht[5]) und haben solches überhaupt rücksichtlich der mütterlichen Verwandten wie des Vaters nur höchst beschränkt in der spätern Zeit erworben.

---

domus perspexerit.“ Schsp. III. 38. §. 2. „Dat wif ne sal men nicht verwisen ut ires manes gude, als he stirft, de dar kint dreget, er sie's geneset.“ — Schwsp. c. 248 W. gleichlautend. Prager Rechtsb. Art. 153. 2. „Ob ein man stirbt, der in dem iar ein weip oder ein juncfrawen haben genomeh, vnd er nicht kinder hat gelassen, sunder ab die frawe eines kindes swanger sei worden, vnd si daz kind hat getan den leuten, vnd daz selb kint, daz die frawe hat getragen, di wier wende beschreit, daz kint beholdit zu recht des water erb. Stirbt abir daz kint, daz so ist, gehort das gut erbt an die muter mit allem recht.“ Urk. von 1225. (bei Seibertz Urkundenb. I. S. 228.): „. . et tam ipsa quam maritus eius pro puero, quem tunc vivum, sicut putabatur, ipsa gestabat in utero, promittebant, dum natus esset, ad idem faciendum eum inducerent“ (nemlich die Schenkung eines „allodium in proprietatem ecclesiae“).

4) Vgl. §. 172. Brünner Schöffenb. art. 349. „Licet jura quarumdam regionum velint, — si puer — „czu spat odir czu frue“ natus fuerit, portionem hereditariam non habebit: tamen jus tale secundum consuetudinem ab antiquo servatam corruptela est potius censenda. Unde puer ex parentibus legitime conjugatis sive mane sive tarde procreatus portione ipsum hereditarie contingente non carebit; cum enim prius vel post nasci non stet, per eum inconvenienter hoc suo jure de debito privaretur.“ — Das. art. 347. „. . legitimi filii sunt, qui ex legitimis matrimoniis procreantur, sive matrimonium sit verum sive putatum, dummodo contrahentes publice et solemniter contrahent et impedimentum ignorent. Unde ad probandam legitimam filiationem prodest confessio, parentum puta; si sunt servi sufficit ad probandum confessio vicinorum veterum quorumcumque, bonae famae hominum duorum cujuscumque sexus, qui asserant, quod parentes illius cui objicitur, semper se habuerint et reputaverint legitime conjungatos.“ — Art. 348. für den Fall einer bona fide contrahirten ungültigen Ehe: „omnes pueri, quos ante divortium genuerunt, incluso et illo, quem mulier habet in utero, si praegnans divortiata fuerit, legitimi sunt.“

5) Vgl. §. 141. — Ssp. I. 36. §. 1. I. 51. §. 1. 2. Schwsp. c. 38., 42 W. Andre bei Kraut n. 14—19. — Brünner Schöffenb. art. 346. 345. „. . responsum est, quod filii legitimi in omnia bona per patrem relicta secundum justitiam succedunt. Est tamen pium et quodammodo rationabile, quod legitimi naturalibus misericorditer subveniant invictus et amictus necessitate.“ — Die in L. Lang. Rothar. 154 ff. genannten filii naturales versteht Walter R.G. §. 539. mit Recht nur von „in einer ungleichen Ehe erzeugten Kindern.“

2. Ebenbürtigkeit.[6])

3. Theils als Bedingung der Erbfähigkeit theils als Modifikation erscheint die körperliche Vollkommenheit,[7]) deren Erforderniss jedoch im spätern Rechte in Folge der veränderten Art, sein Recht zu schützen, entfiel ausser der als überlebt anzusehenden Ausnahme im Lehnrechte.

4. Ordensleute erbten nicht.[8]) Dieser im canonischen Rechte begründete Satz ist erst in neuern Gesetzen, die entweder die Folge des Gelübdes ignoriren oder nur ins Gewissen stellen, aufgehoben.

§. 177.

2. Modificationen der Erbfähigkeit nach Geschlecht und Alter.

I. Im Zusammenhange mit den öffentlichen Rechtszuständen findet sich ein Vorzug bald der Männer vor den Frauen bei gleicher Verwandtschaft, bald des Mannesstammes vor dem Weiberstamme.[1]) Man kann ursprünglich folgende drei deutsche Systeme unterscheiden:

a. Vorzug der Söhne vor den Töchtern, während letztere den Seitenverwandten vorgehen.[2])

---

[6]) Die Entwicklung ergiebt sich aus §§. 142. 167. III. 174.

[7]) Ssp. I. 4. Verm. Ssp. I. 5. 10. Die Goslar. Stat. S. 15. Z. 1 ff. geben bereits dem gesund gebornen, auch wenn er schwächlich wurde, volles Erbrecht.

[8]) Verm. Ssp. I. 7. 7. „Uf monche u. uf nonnen kann wedder len noch erbe ersterben, noch hergewete, noch gerade.“ Ssp. I. 25.

[1]) Dass die Bevorzugung der Männer bez. die Beschränkung der Weiber germanisch ist, unterliegt keinem Zweifel. Vgl. Grimm R.A. S. 407. u. 472 fg. Die L. Visig. IV. 2. c. 1. „Si pater vel mater intestati discesserint, tunc sorores cum fratribus in omni parentum facultate, absque alio obiectu, aequali divisione succedant.“ vgl. daselbst c. 2. 18. ist offenbar Ausfluss römischrechtlicher Einwirkung.

[2]) L. Saxon. (Merkel) 41. „Pater autem et mater defuncti filio non filiae hereditatem relinquent. 44. Qui defunctus non filios sed filias reliquerit, ad eas omnis hereditas pertineat. Tutela vero earum fratri vel proximo paterni generis deputetur.“ L. Alam. Hloth. LVII. 1. „Si autem duas sorores absque fratre relictas post mortem patris fuerint, et ad ipsas hereditas paternica contingat, et una nupserit sibi coaequalem liberum, alia autem nupserit aut colonum regis aut colonum ecclesiae: illa qui illum liberum nupsit sibi coaequalem, illa teneat terram patris eorum; res enim alias aequaliter dividant. — 2. Illa enim, qui illum colonum nupsit, non intret in porcionem de terra, quare sibi coaequalem non nupsit.“ — Lib. II. c. XCI. „Si quis fratres post mortem patris eorum aliquanti fuerint, dividant porcionem patris eorum: dum haec non fuerit factum, nullus rem suam dissipare faciat, usque dum aequaliter parciant.“ — c. XCV. (§. 176. n. 3.). — L. Bajuv. XIV. c. 8. §. 1. „Ut fratres hereditatem patris aequaliter dividant; ut quamvis multas mulieres habuisset, et totae liberae fuissent de genealogia sua quamvis non aequaliter divites, unusquis-

b. Das fränkische Recht, wonach das Grundeigenthum, später das ammland, Erbgut, dem Mannsstamme bis zu der bestimmten Ver- .dtschaftsgrenze vorbehalten ist, während die fahrende Habe, später Alles, nicht zu jenem gehört, Männern und Weibern gleichmässig zufällt.*)

---

ereditatem matris suae possideat, res autem paternas aequaliter dividant."
'. §. 1. 3. — L. Burgund. I. 2. 3. XIV. 1. „Inter Burgundiones id volumus i, ut si quis filium non reliquerit, in loco filii filia in patris matrisque here- ccedat." LXXV. LXXVIII. — L. Langob. Rothar. 154. 167. 171. „Si quis erit propter senectutem, aut aliquam corporis infirmitatem, quod filios non bere, et res suas alii thingaverit; posteaque eum contigerit filios legitimos , omne thinx, quod est donatio, quae prius facta est, rumpatur, et filii le- s aut plures, qui postea nati fuerint, heredes patri in omnibus succedant. iliam legitimam unam, aut plures, seu filios naturales unum, aut plures factum habuerit, habeant et ipsi legem suam, sicut supra constitutum est nihil alii thingatum fuisset. Et ille, cui thingatum est, tantum habeat, li parentes proximi debuerant habere, aut Curtis Regia suscipere, si illi on fuisset." Grim. 5. Liutpr. I. 1. „Si quis Langobardus sine filiis, sculinis mortuus fuerit, et filiam dereliquerit unam aut plures legitimas, mnem hereditatem patris vel matris suae tamquam filii legitimi masculini edant."

l. LIX. 1. „Sie quis mortuus fuerit et filios non dimiserit si mater sua ipsa in hereditatem succedat. 2. Si mater non fuerit et fratrem aut soro- it, ipsi in hereditatem succedant. — 3. Si isti non fuerint, tunc soror reditatem succedat. et inde de illis generacionibus quicumque proximior hereditatem succedat. 4. De terra vero nulla in muliere hereditas est sed xum qui fratres fuerint tota terra perteneat." Dazu Nov. 165. 167. „Si non fuerit, sic patris soror in hereditate succedat. Et si patris (soror) sic de illis generationibus qui proximiores sunt illi in hereditate succedant no genere veniunt. De terra vero salica in muliere nulla pertinet portio, res fuerint et ad virile sexu tota terra pertineat." 168. „Hoc est filii in ate succedunt. Sed ubi inter nepotes aut pronepotes post longum tempus rae contentio suscitatur, non per stirpes sed per capita dividantur." 267. b. reg. cap. pacto L. Sal. addita c. a. 550. c. 2. (Leg. II. p. 6.). Childeb. a. 596. (Lg. I. p. 9.): „Ita — convenit, ut repotes ex filia ad aviaticas culos vel amitas sic venirent in hereditatem, tamquam si pater aut mater . De illos tamen nepotes istud placuit observare qui de filio vel filia n qui de fratre." — Cap. Langob. 813. c. 1. (ib. p. 191.): „Si quis fuerit et filius non dimiserit, si pater aut mater superfuerit, ipsi in he- dant; si pater aut mater non superfuerint, et fratres vel sorores reli- ereditatem optineant. Quod si nec isti fuerint, sorores patris in heredi- dant. Si vero sorores patris non extiterint, sorores matris eius hereditatem Si autem nulli eorum fuerint, quicumque proximiores fuerint de paterna ipse in hereditate succedant. De terra vero Saliga nulla portione here- is veniat, sed ad virilem sexu tota terra hereditatis perveniat." — LVI. „1. Si quis absque liberis defunctus fuerit, si pater materque super-

c. Das System des thüringischen Rechts.[4])

H. Im Mittelalter änderten sich diese Systeme allmälig um. Das friesische hat einen blossen Vorzug in den Erbtheilen, so dass bei Concurrenz von Söhnen und Töchtern jene zwei Drittel oder drei Fünftel, letztere ein Drittel oder zwei Fünftel erhielten.[5]) Im fränkischen Rechte tritt gleichfalls noch geraume Zeit der alte Vorzug rücksichtlich des Stammguts auf.[5a]) Dieser hat sich auch im schwäbischen Rechte[6]) für eine bestimmte Art erhalten. Das sächsische Recht finden wir unverändert im Sachsenspiegel wieder.[7]) Mit dem gänzlich veränderten ehelichen Güterrechte in den Städten (§. 169.) entwickelte sich auch im städtischen Erbrechte schon frühe die Gleichheit der Töchter mit den Söhnen.[8]) Als dieser Satz festen Fuss gefasst hatte, ging er auch ins Landrecht über.[9]) Nur der Adel suchte ihn auszuschliessen.

---

stites fuerint, in hereditatem succedant. 2. Si pater materque non fuerint, frater et soror succedant. 3. Si autem nec eos habuerit, tunc soror matris patrisque succedat. Et deinceps usque ad quintum genuculum, qui proximus fuerit, haereditatem succedat. 4. Sed cum virilis sexus extiterit, femina in hereditatem aviaticam non succedat."

[4]) L. Angl. et Werin. I. (Merkel): „De alodibus. 1. Hereditatem defuncti filius, non filia suscipiat. 2. Si filium non habuit qui defunctus est, ad filiam pecunia et mancipia, terra vero ad proximum paternae generationis consanguineum pertineat. 3. Si autem nec filiam non habuit, soror ejus pecuniam et mancipia, terram proximus paternae generationis accipiat. 4. Si autem nec filium nec filiam neque sororem habuit sed matrem tantum superstitem reliquit, quod filia vel soror debuerat mater suscipiat, idest pecuniam et mancipia. 5. Quodsi nec filium nec filiam nec sororem aut matrem dimisit superstites, proximus qui fuerit paternae generationis heres ex toto succedat, tam in pecunia atque mancipiis quam in terra. 6. Ad quemcumque hereditas terrae pervenerit, ad illum vestis bellica, idest lorica, et ultio proximi et solutio leudis debet pertinere. 7. Mater moriens filio terram, mancipia, pecuniam dimittat, filiae vero spolia colli, idest murenas nuscas monilia inaures vestes armillas vel quicquid ornamenti proprii videbatur habuisse. 8. Si nec filium nec filiam habuerit, sororem vero habuerit, sorori pecuniam et mancipia, proximo vero paterni generis terram relinquat. 9. Usque ad quintam generationem paterna generatio succedat. post quintam autem filia ex toto, sive de patris sive matris parte, in hereditatem succedat, et tunc demum hereditas ad fusum a lancea transeat."

[5]) Budjadinger Landr. 51. Gronninger Stadsboek v. 1425 Art. 31.

[5a]) Das Bonner Priv. v. 1475 (Gengler S. 31.) schliesst die Geistlichen vom Erbgute aus.

[6]) Schwsp. c. 128. W. „. . unde ist ouch daz er einen ansedel dâ er ûfe saz hinder im lât, unde lât sün unde tohter diu niht ûz gestiuret sint: der ansedel ist der süne vor den tohtern; unde stêt an der bruoder genâden waz si den swestern geben, ob anders dâ niht enist." — Ueber die Bedeutung von ansedel s. Siegel Erbr. S. 50. N. 187. — Ruprechts Rechtsb. I. 107. —

[7]) Ssp. I. 17. §. 1. —

[8]) Freiburg v. 1120 §. 54. Rodel §. 31. Verf. §. 7. — Colmar v. 1293 §. 35. Berner Handf. v. 1218 §. 41. Freiburg im Uechtlande Handf. v. 1249 §§. 23.

III. Rücksichtlich der Verwandten von väterlicher und mütterlicher Seite bildete sich allmälig der Satz aus, dass das Vermögen an jene Seite zurückfalle, von der es gekommen sei.[10])

IV. Weltgeistliche Söhne stehen im Erbrechte bald den Töchtern bald den Brüdern gleich.[11])

V. Von Einfluss auf das Erbrecht ist noch das Familienband insofern, als die bestehende väterliche Gewalt einwirkt. Sie hat einmal nach dem Gütersysteme zur Folge ein Anrecht der Frau auf das Vermögen überhaupt oder einen Theil desselben (§. 168 ff.). Sodann haben Kinder in der Were oft einen Vorzug vor den abgesonderten oder schliessen die letztern aus.[12])

---

24. (Gaupp. II. S. 86 f.). Burgdorfer Handf. v. 1316 §. 56 ff. (ib. S. 125.). Im Stadtr. v. Enns v. 1212 §. 14 fg. und dem gleichen von Wien v. 1221 §. 43 fg. scheint dasselbe gemeint zu sein. Prager Stat. n. 98. 103. Rechtsb. 149. „Hat ein man oder fraw kinder mit einander, vnd was der kinder sint juncfrawen oder knecht, dieselben kinder behalden das erb, daz si ynne sizen." Brünner Schöffenb art. 352. „Sententiatum est, — quod mortuis parentibus in bonis eorum relictis, heredes tam femellae quam masculi jus hereditarium obtinebunt." Vgl. für das Iglauer Recht Tomaschek S. 201 ff. Dasselbe stimmt mit den cit. Wiener, Ennser u. andern, ohne die Erben zu nennen. Dies Schweigen rechtfertigt aber die Annahme der Gleichstellung. Soester Schrae um 1350 Art. 163. „So war ein erve vorstirvet, dat alle deyghene, dey like sibbe dar to sin, sulen ghelike schichtinge dar van nemen, ande also manich persone so dar to ghehoret, so manighen gheliken deyl sal man dar af gheven. Vortmer dat gherade ande herwede allet dat erve wesen sal." 166 spricht dies auch für Lehngut aus, indem er dessen Einwerfen durch den Bruder fordert, der es allein empfing. Stat. v. Geseke um 1360 (Seibertz n. 765.) art. 1. ff. Goslar. Stat. S. 2. Z. 2. „Söne u. döchtere sind like na, erwe to nemende." —

[9]) Gl. zu Ssp. I. 17. „Die Tochter nympt zu unserer Zeit zugleich Erbe mit dem Sohne."

[10]) Sch. Urth. (Böhme 6. 124.): „Stirbit ein man und lest kinder und ehlich wip, sin unvorgebin gut u. erbe gevellet u. erbet uff sine eliche kinder. u. nimpt die wittewe einen andern man mit dem se auch kinder gewinnet, u. stirbet der irsten kinder eins adir me, der kinder erbe stirbit an die muter —; u. stirbet dornoch die frawe, so erbit se das anirstorbene guth uff alle ere kinder, von des Vaters das gut herkommen ist." Schwsp. c. 128 i. f. 142. 225. W. — Kl. Keyserr. II. 95. Alt Berg. Landr. §. 21. Diese u. andre bei Kraut n. 82 ff. Ueber den nur höchst vereinzelt vorkommenden Vorzug der Erstgeburt und Jüngstgeburt s. Grimm R.A. S. 473 ff. Aelt. Soest. Stadtr. §. 46. Schsp. I. 22. §. 5. I. 23. §. 1. Schwsp. c. 26. W.

[11]) Ssp. I. 5. §. 3. Schwsp. c. 8. W. Aelt. Soester Stadtr. §. 46. Brünner Schöffenb. Art. 357. Prager Stat. art. 155 §. 3.

[12]) Siehe Sachsp. I. 5. §. 1. 2. 3. I. 10. I. 13. §. 1. 2. Schwsp. c. 7. 8. 127. 128. 144. 151. Vgl. §. 173. — Sehr genau ist das Brünner Schöffenbuch art 364. „. . . . Super quo diffinitum est, quod ad uxorem tertia et ceterae duae partes bono-

§. 178.

3. Erbfolgeordnung.

I. Die Folge der Verwandten bestimmt sich nach der Nähe der Verwandtschaft. Ueber die Art, diese zu berechnen, geben die Volksrechte keine entscheidenden Grundsätze mit Bestimmtheit an;[1]) ebensowenig liegt in den bekannten Quellen bis zum 13. Jahrhundert, sowie in den Spiegeln, ein direkter Ausspruch, der theoretisch eine Berechnungsart unzweifelhaft feststellte. Wohl aber lässt das Resultat der Gesammtbetrachtung der alten Quellen nebst der durch ganz bezeichnende Bilder ausgedrückten Verwandtenfolge in den Spiegeln, in Verbindung, mit der natürlichen Auffassung im Volksbewusstsein, die folgende Art der Verwandtschaftsberechnung und Erbfolgeordnung nach der Nähe der Verwandtschaft als die ursprünglich deutsche noch in den Spiegeln festgehaltene mit Gewissheit annehmen.[2])

---

rum transeunt ad haeredes. Et si duo per dotalitium exclusi, cum non emancipatis partes habere desiderant, tantum in sortem ponent, quantum perceperunt, quo facto quilibet eorum sex suam sextam tollet partem. Si vero dictam portionem aliquis haeredum facere non habuerit, quilibet aliorum haeredum non divisorum tantum percipiet, quantum divisus ponere debeat, et si quid postea residuum fuerit, inter omnes aequaliter dividatur. Unde haeres emancipatus cum non emancipatis partem habere volens, partem, quam percipit, in sortem reponat, vel in sua parte percipienda defalcet, vel quemlibet cohaeredem non emancipatorum tantumdem ante divisionem tollere patiatur."

[1]) Die meisten Stellen sind im §. 177. abgedruckt oder angeführt, womit noch zu vergleichen Tac. Germ. c. 20. (Oben S. 27. n. 17.).

[2]) Ich stelle hier zunächst die Quellenbelege zusammen, welche ausser den mitgetheilten als maassgebend in Betracht kommen. L. Lang. Rothar. c. 153. Omnis parentela usque in septimum genuculum numeretur, ut parens parenti per gradum et parentelam heres succedat. Sic tamen ut ille qui succedere vult, nominatim uniuscuiusque nomina parentum suorum antecessorum dicat. Et si intentio fuerit contra Curtem Regis, tunc ille, qui quaerit, praebeat sacramentum cum legitimis sacramentalibus suis duodecim, et dicat per ordinem, quod parentela nostra sic fuit; et illi sic fuere nobis parentes quomodo nos dicimus." Die Formel hierzu bei Walter Corp. jur. germ. I. p. 702. „Petre te appellat Martinus, quod tu tenes sibi malo ordine terram, quae iacet in loco tali. Ipsa terra, de qua tu dicis, mea propria est de parte Dominicis parentis mei. Et tibi quid pertinet ad requirendum? De parte ipsius. Tunc interroga ipsum qui tenet, quomodo fuit suus parens. Marcoardus proavus suus fuit consobrinus de proavo meo, et fuerunt in tertio gradu. Avus meus, et avus illius in quarto. Pater meus et pater illius, in quinto. Ego et ille in sexto. Interroga similiter illum qui pulsat. Avus meus, et avus suus fuerunt fratres, et fuerunt secundo gradu. Pater meus, et mater sua in tertio. Ego, et ille in quinto. Et cum fuerit nominata haec parentela, interroga eum qui tenet, si potest probare quod plus proximus sit. Si non potest probare, probet ipse qui appellat. Et si ipse non potuerit, iuret ipse qui

Durch die von Jemand abstammenden Kinder (Abstämmlinge) und deren Kinder u. s. w. bilden sich neue Familien und Verwandtenreihen. So trennt

---

appellatus est cum suis sacramentalibus, quod plus proximus sit, et habeat ipsam terram." Sachsp. I. 3. §. 3. „Nu merke wie ok war sibbe beginne, unde war se lende. In deme hovede is besceiden man unde wif to stande, die elike unde echtlike to samene komen sin. In des halses lede die kindere, die ane tveinge vader unde muder geboren sin. Is dar tveinge an, die ne mogen an eime lede nicht bestan unde scricket an ein ander let. — Nemet ok tvene brüdere tvo süstere, unde de dridde bruder en vremede wif, ire kindere sint doch gelike na, ire jewelk des anderen erve to nemene, of se evenburdich sint. Ungetveider brüder kindere de stat an deme lede, dar sculderen unde arm to samene gat; also dut die süster kindere. Dit is de irste sibbe tale, die man to magen rekenet: bruder kindere unde suster kindere. In dem ellenbogen stat die andere. In dem lede der hant de dridde. In dem irsten lede des middelsten vingeres de vierde. In dem anderen lede de vefte. In dem dridden lede des vingeres de seste. In dem seveden stat ein Nagel unde nicht ein let, dar umme lent dar de sibbe unde hettet nagel mage. — Die tvischen deme nagele unde deme hovede sik to der sibbe gestuppen mogen an geliker stat, de nemet dat erve gelike." Schsp. I. 17. §. 1. „Stirft die man ane kint, sin vader nimt sin erve; ne hevet he des vader nicht, it nimt sin muder mit mereme rechte, dan sin bruder. Vader unde muder, süster unde bruder erve nimt de sone unde nicht de dochter; it ne si dat dar nen sone ne si, so nimt it de dochter. — Sven aver en erve versüsteret unde verbruderet, alle de sik gelike na to der sibbe gestuppen mogen, de nemet gelike dele dar an, it si man oder wif; disse hetet de sassen gan erven. — Doch nimt sones unde dochter kint erve vor vader unde vor muder unde vor bruder unde vor süster, durch dat: it ne geit nicht ût dem busmen, de wile de evenburdige busme dar is. — Sve so dem anderen evenburdig nicht ne is, de ne mach sine erve nicht nemen." Schwabsp. c. 6. W. stimmt mit Ssp. I. 3. §. 3; nur lässt er die vollbürtigen Geschwister nicht am Halse, sondern an der Achsel sitzen, so dass die folgenden ein Glied weiter rücken. Im Gegensatze zu der bis dahin allgemein angenommenen Ansicht des Textes hat Siegel in den cit. Abhdl. (§. 176*) die Ansicht aufgestellt, die Erbfolgeordnung in der Seitenverwandtschaft sei keine nach der Parentel und in der nähern Parentel nach dem Grade (Lineal-Gradualfolge), sondern beruhe lediglich auf der Nähe des Grades der Verwandtschaft. Der Grad werde so berechnet, dass man auf den den betreffenden Personen (also, da hier die Ehe nicht in Betracht kommt, Erbe bez. Erbprätendenten, und Verstorbenen, Erblasser) gemeinschaftlichen Stammvater zurückgehe und von diesem ab bis zu einer dieser Personen, im Falle des ungleichen Abstandes auf der längeren Linie, die Zeugungen zähle; wer alsdann dem Grade nach der nächste sei, dessen sei die Folge. Diese Ansicht hat Zöpfl adoptirt, während Walter sie für das ältere Recht verwirft. Wasserschleben ist im „Prinzip der Successionsordnung" Siegel hinsichtlich der Verwerfung der Linealgradualfolge beigetreten, hat aber für die Berechnungsweise folgendes Prinzip aufgestellt: „es ist zur Bestimmung der Verwandtschaftsnähe des Erben stets nur maassgebend die Zahl der zwischen ihm und seinem mit dem Erblasser gemeinschaftlichen Stammvater erfolgten Zeugungen, mochten diese geringer oder grösser sein, als die Zahl der Zeugungen auf des Erblassers Seite. Der Erbe stand in dem sovielsten Grade oder Gliede, als Zeugungen auf seiner Seite vorhanden waren,

sich ein Familie (parentela) von selbst in verschiedene kleinere Familien (parentelae), deren Glieder unter sich einen aus der grössern hervorgegangenen gemeinschaftlichen Stammvater haben. Durch diesen vereinigt sind sie unter sich offenbar durch ein engeres Band des Blutes verknüpft als mit denjenigen, welche den höheren Stammvater, von welchem ihr Stammvater abstammt, mit ihnen gemeinsam haben. Jedem höhern Stammvater gegenüber erscheinen die folgenden engern Familien als eine unter sich geschlossene Nachkommenreihe. So ergiebt sich die Nähe der Verwandtschaft zweier Personen unter einander wie im Verhältniss zu einer Dritten durch den beiderseitigen Abstand derselben von ihrem gemeinschaftlichen Stammvater. Unter dem Bilde des menschlichen Körpers gedacht bestimmt sich die Nähe nach dem Gliede, an welches die betreffenden Personen zu stehen kommen. Dies Bild aber passt nur für eine engere Parentel, liegt, wie die Ausdrücke Glied, Knie, genu, genuculum u. a. beweisen, den ältesten Quellen ebenso zu Grunde als es in den Spiegeln direkt aufgestellt wird. Im Erbe folgt nun zunächst die engere Parentel des Verstorbenen (Erblassers); ist in derselben kein erbfähiges Glied mehr vorhanden, so tritt die Parentel ein, deren Haupt in dem Bilde, als dessen Glied der Erblasser gleichfalls erscheint, die nächst

---

oder — er war in diesem Grade dem Erblasser verwandt." Homeyer ist in der cit. Abhdl. für die Linealgradualerbfolge nach dem Sachsenspiegel aufgetreten und zugleich gegen die Berechnungsweise von Wasserschleben. — Ich bleibe trotz der gelehrten Forschungen und Ausführungen von Siegel und Wasserschleben bei der gemeinen Ansicht stehen. Meine Gründe hier einzeln auszuführen, ist nicht möglich, ich muss mich daher auf Andeutungen beschränken. Ich halte die Berechnungsweise von Wasserschleben durch die von Siegel in der angeführten Recension und von Homeyer erhobenen Einwürfe für widerlegt, finde sie auch durch keine frühere Stelle, da es auf die spätern seit dem 14. Jahrh. nicht ankommt, bestätigt. An der Parentelenordnung halte ich, weil ich sie nach meiner Auffassung der alten Quellen — auf die subjective Auffassung kommt aber sowohl W.'s als S.'s Ausführung hinaus in Ermangelung jeder entscheidenden Stelle — als deren Voraussetzung vorfinde. Was den Sachsenspiegel betrifft, so halte ich durch die Ausführung von Homeyer für erwiesen, dass derselbe nur eine engere, einzelne Parentel im Auge hat, somit die Parentelenordnung zur Voraussetzung hat, dass seine bildliche Berechnungsweise platterdings gar nicht zu der von W. passt, dass diese allerdings gegen das Volksbewusstsein läuft, dass aber auch bei Annahme der Siegel'schen Berechnung und der Gradualfolge eine Menge innerer Widersprüche sich ergeben. Uebrigens ist hiervon unabhängig der an sich bedeutende Werth beider Schriften. Was das Verhältniss des canonischen Rechts betrifft, so verweise ich auf Wasserschleben, und die Ausführung in meinem Handb. des Eherechts S. 162 ff., die Literatur und Quellen nachweist. — Andeutung über Gradualfolge- — Linealfolge-, — Linealgradualfolge- — Ordnung.

höhere Stelle einnimmt u. s. w. Für jede höhere Parentel treten dieselben Grundsätze ein, welche für die engere des Erblassers Anwendung finden.

II. Innerhalb der engern Parentel sind gerufen zunächst die Kinder ersten Grades Söhne und Töchter.[3]) Sind die Kinder aus verschiedenen Ehen, so findet nach den norddeutschen Rechten in der Regel die gleiche Erbfolge aller in das Vermögen des gemeinsamen Elterntheils statt, während die süddeutschen nach den einzelnen Ehen die in diese gebrachten bez. in ihnen gebildeten Massen sondern.[4]) War Sohn oder Tochter mit Hinterlassung eines Kindes verstorben, so war dies durch den näheren Oheim, die Muhme ausgeschlossen. Schon frühzeitig gab man einzeln den Enkeln vom Sohne des Vaters Theil[5]) (Repräsentationsrecht). Noch im Rechte des 13. Jahrh. ist dies aber nur bezüglich des Enkels vom Sohne in der Were anerkannt;[6]) stellenweise blieb die völlige Ausschliessung im Gebrauche.[7]) Mit dem Fortfalle des Vorzuges der Söhne wurde dies Recht auch auf die Enkel von der

---

[3]) Ueber den Vorzug der Söhne s. §. 177. I. u. II. — Die Beschränkung auf einen bestimmten Grad (§. 176. n. 2. und die Stellen der Anm. 2.) halte ich auch für die Nachkommenschaft für zulässig; übrigens ist die Sache an sich gänzlich unerheblich, da der Fall, dass Jemand den Tod seines 5. Vorfahren oder gar des 7. erlebe, kaum vorgekommen sein mag. — Ueber den Unterschied der Abgesonderten und der Kinder in der Were s. §. 177. V. u. Pauli Abhandlungen aus dem Lübischen Rechte (Lüb. 1837, 3 The) III. S. 88 ff.

[4]) Vgl. die Zusammenstellung bei Siegel Erbrecht S. 47. f. Verm. Ssp. I. 18. 3. II. 23. — Kl. Kaiserr. II. 53. Oesterr. Landr. XV. Brünner R. Art. 356.

[5]) Decretio Childeb. II. (§. 177. n. 3.), Leg. Grim. c. 5. Marc. Form. II. 10. Widukindi Corbej. Annal. II. 10. (ad a. 941): „De legum — varietate facta est — contentio, fueruntque qui dicerent, quia filii filiorum non deberent computari inter filios hereditatemque legitime cum filiis sortiri, si forte patres eorum obissent avis superstitibus. Unde exiit edictum a rege, ut universalis populi conventio fieret apud villam, quae dicitur Stela, factumque est, ut causa inter arbitros judicaretur debere examinari. Rex (Otto I.) autem meliori consilio usus, noluit viros nobiles ac senes populi inhoneste tractari, sed magis rem inter gladiatores discerni jussit. Vicit igitur pars, qui filios filiorum computabant inter filios, et firmatum est, ut aequaliter cum patruis hereditatem dividerent pacto sempiterno."

[6]) Ssp. I. 5. §. 1. „Nimt de sone wif bi des vader live de eme evenburdich is, unde wint sone bi ire, unde stirft he dar na er sineme vadere umbedelt von dem erve, sine sone nemet dele in ires eldervader erve, gelike irme veddern in ires vader stat. Alle nemet se aver enes mannes deil. Disses ne mach den dochter kinderen nicht geschin, dat se gelike dele nemen der dochter in des eldervader oder in der eldermuder erve." Ebenso Schwabsp. C. 7. W.

[7]) Siehe Grimm R.A. S. 472. für das 14. Jahrhundert.

Tochter ausgedehnt[8]) und unter dem Einflusse des fremden Rechts zuletzt ohne Beschränkung allen Nachkommen zugesprochen.[9])

III. Ist keine Nachkommenschaft des Erblassers vorhanden, muss das Erbe aus dem Busen gehen, so tritt die nächst höhere Parentel ein, also die des Vaters. In dieser werden nun gerufen ganz dem Folgeprinzip angemessen:

a. Vater und Mutter, jedoch mit einem dem Vorzuge der Söhne vor den Töchtern parallel laufenden, aber allmälig fortgefallenen, Vorzugsrechte des Vaters bald für alles Gut oder das Gut des Sohnes, bald für bestimmte Arten.[10])

b. Die Geschwister.[11]) Unter ihnen gehen die vollbürtigen den halbbürtigen um einen vollen Grad vor. Auch ist der mehrfach hervorgehobene Vorzug des männlichen Geschlechts hier in derselben Weise allmälig gefallen.

---

[8]) Schles. Landr. c. 9. Priv. f. Breslau v. 1339 (Gaupp), Prager Rechtsb. art. 151.

[9]) Kl. Keyserr. II. 70. Urk. Ludw. d. B. v. 1336. (Kraut §. 183. n. 19.). „Antiquam et reprobatam terre conswetudinem — presentibus cassamus, — et irritamus, et singulariter pro eo, quod proles mortui patruelis hereditate avi, vivente patruo vel matertera sint exhereditandi, quod jure imperiali et privilegio Saxonico contrarium et etiam invalidum dicimus et censemus.“ Reichsabsch. v. 1498 §. 37. „Dass Tichtern oder Enckeln hinfüro an jrer Anen verlassen Hab und Güter mit jrer Vater oder Muter Geschwister, an statt jrer Vater oder Muter zu erben, laut gemeiner geschribner keyserlicher Recht zugelassen werden sollen: Der Gewohnheit, so an etlichen Orten dawider sein möcht, unangesehn.“ Die Nordhaus. Stat. v. 1356—1456 lassen Kindeskinder, welche allein da sind, in Kopftheile gehen. — Das Brünner Schöffenb. Art. 358 hat fast in wörtlicher Uebersetzung den Satz des Sachsenspiegels, ebenso Prager Stat. 103 mit näheren Festsetzungen.

[10]) Die Stellen der Volksrechte s. §. 176 f. Vgl. auch die Zusammenstellung bei Zöpfl für das spätere Recht die von Siegel Erbr. S. 56 ff. Grimm R.A. S. 476 ff. — Görl. Landr. 38. §. 7. „Swa man ein erbe nemin sol, dar geit der vatir vor die mutir, die mutir vor die sune, die sune vor die swestir, die swestir vor die mage. Alle die ebenburdich sin und geliche nahe sippe, die sulin ein erbe geliche under sich teilen.“

[11]) Vgl. noch Ssp. II. 20. §. 1. „Brudere unde sustere nemt ires ungetveider broder unde süster erve vor den bruder unde vor die süster, die getveiet von vader unde von muder sin. Ungetveide broder kint sin ok gelike na deme getveiden brudere an dem erve to nemene.“ Schwsp. c. 405. W. — Verm. Ssp. I. 6. 7. „Ungeczeygete brudere uemen erbe vor eldervater unde vor eldermutter.“ Uebrigens giebt es noch mancherlei Modifikationen, da nach einzelnen Rechten die Geschwister mit den Eltern kommen, diesen vorgehen. Desgleichen ist das Recht der Halbburt sehr verschieden. Weiter hat die Absonderung Einfluss, indem Geschwister in der Were bald unter sich erben mit Ausschluss der abgesonderten u. s. w.

c. In Ermangelung von Geschwistern folgen die ferneren Seitenverwandten (Magen) nach der Nähe der Sippe. Z. B. Halbgeschwister und Kinder verstorbener vollbürtiger Geschwister u. s. w. Gleich nahe erben zusammen (Ganerben) ohne Rücksicht auf männliche oder weibliche Abstammung oder Geschlecht des Erben.

Ein Repräsentationsrecht ist für die Seitenverwandten dem ältern Rechte gänzlich unbekannt, jedoch unter dem Einflusse des fremden allmälig in die Stadtrechte eingebürgert und zuletzt durch Reichsgesetz angenommen.[12])

Die Grenze des Erbrechts bildet nach den Spiegeln noch der 6. bez. 7. Grad. Ob auch nur bis zur siebenten Parentel die Folge reichte, ist nach den Quellen nicht mit Gewissheit zu bestimmen, aber nach der Ausdrucksweise des Sachsenspiegels ebenso wahrscheinlich, als es überhaupt schwer sein möchte, in gewöhnlichen Verhältnissen das Andenken an eine so ferne Verwandtschaft festzuhalten.

IV. Die Modifikationen, welche durch das eheliche Güterrechtssystem bezüglich der Theilung oder des Anfalles der Erbschaft eintreten können, bilden keine Aenderungen der Erbfolgeordnung.

V. In diesem Folgesystem ist seit dem 13. Jahrhundert zumeist in den Stadtrechten eine Anzahl verschiedener Aenderungen eingetreten, welche bereits zeigen, dass man die deutsche Grundanschauung verloren hatte. Dadurch einestheils, durch den Einfluss des römischen Rechts anderntheils fiel gemeinrechtlich das deutsche Successionsprinzip fort, dem römischen Platz machend. Erst seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts ist man wieder zu ihm zurückgekehrt. Im Particularrechte wie in der Volksanschauung hat sich dasselbe jedoch noch lange und selbst bis auf unsere Tage in steter Dauer erhalten.[13])

§. 179.

4. Erbe. Heergewäte. Gerade. Morgengabe. Mustheil.

I. Vermöge der Anrechte des natürlichen Erben lässt sich ein Erbe bei Lebzeiten und ein solches nach der todten Hand scheiden. Jenes um-

---

[12]) R.A. v. 1521 §. 19. „Nachdem auch in gemeinen Rechten versehen, wie Brüder oder Schwester Kinder, mit ihres abgestorbenen Vatter oder Mutter Brüder oder Schwester, die andern abgestorbenen ihres Vaters oder Mutter Brüdern oder Schwestern in Stamtheil erben sollen, und aber solches aus Unwissenheit und Missbrauch in viel Enden nicht gehalten. So wollen Wir, dass bemeldte Unser Stadthalter und Regiment, bey jeden Obrigkeiten im Reich verfügen, solches ihren Unterthanen zu verkünden, mit gleicher Derogation vernichten, und Abthuung der Gebräuch und Gewonheiten an jeden Orten zu verschaffen."

[13]) Es ist durch den mir vorgeschriebenen Raum verboten, diese Entwicklung darzu-

fasst in genauem Anschlusse an die Ausbildung des Wartrechts alles liegende und andere Gut, auf welches dies Anrecht besteht.[1]) Ueber alles nicht hierher gehörige Gut kann der Eigenthümer verfügen (§. 181.). Ist das nicht geschehen, so fällt es zum Theil als Zubehör des eigentlichen Erbes[2]) mit diesem an den Erben oder es wird ausgeschieden und dem Sonderfolger übergeben. Nach der todten Hand ist mithin nur Erbe a) das Erbgut des Verstorbenen, b) die Fahrniss, soweit sie nicht ausgeschieden werden muss.[3]) Wer somit kein Gut hat, der hat auch keinen Erben. Als das Wartrecht einen andern Charakter angenommen und sich auf einzelne Stände zurückgezogen hatte und damit die Ausscheidung der besonderen Massen verschwand, machte der alte Begriff von Erbe dem neuern der Erbschaft, welche den Nachlass überhaupt umfasst, Platz.

II. Zu den Gegenständen, welche von dem Nachlasse somit auszuschliessen sind, gehört ausser dem Lehen

a. das Heergewäte[4]) bestehend in einer kriegerischen Ausrüstung nebst

---

legen, weshalb ich auf die Genannten verweise, besonders für die letztere Behauptung auf die cit. Abhandlung von Homeyer.

[1]) Vgl. §. 180.; oben §. 144. Siegel Erbrecht S. 67 ff.

[2]) Vgl. die Darstellung von Siegel S. 78 ff.

[3]) Deshalb gehören dazu: Forderungen des Erblassers, nicht dazu: Schulden, Gerade, Heergewäte u. s. w. Ssp. I. 6. §. 1. „Mit svelkeme gude de man bestirft, dat het allet erve." I. 24. §. 3. „Svat so boven dit benomde ding is, dat hort al to' me erve." Er hat aber vorher gesprochen von Morgengabe, Mustheil, Gerade. I. 28. Schwsp. 372. W. Sächs. Weichb. art. 26. §. 1. (Dan.) „To deme erve dar hort al egen to, dat unbegavet is." Vgl. art. 28. Goslar. Stat. S. 10. „Wat in enes weren besterfft, dat sin was do he levede wente an sinen dot, dat is al erve; sunder herwede, gherade und lengut."

[4]) Von wât (vestis). Vgl. Grimm R.A. S. 569 ff., der eine reiche Auslese von Belegen beibringt. L. Angl. et Werin. de alodibus. I. 6. (Merk.). Schsp. I. 22. §. 4. „So sal de vrowe to herwede irs mannes sverd geven, unde dat beste ors oder perd gesadelet, unde dat beste harnasch, dat he hadde to enes mannes live, do he starf binnen sinen weren; dar to sal se geven enen herpole, dat is sin bedde unde ein küssen unde ein lilaken, en dischlaken, tvei beckene unde ene dvelen. Dit is ein gemene herwede to gevene unde recht, al settet die lüde dar mangerhande ding to, dat dar nicht to ne hort. Sves dat wif nicht hevet dirre dinge, des ne darf se nicht geven, of se ir unscult darn dar to dun, dat se is nicht ne hebbe; umme jewelke scult sunderliken. Svat man aver dar bewisen mach, dar ne mach ne weder man noch wif nene unscult vore dun." I. 27. §. 1. „Jewelk wif erft tvier wegene: ir rade an ir nesten nichtelen, de ir von wifhalven is besvas, unde dat erve an den nesten, it si wif oder man." — §. 2. III. 15. §. 4. „Sve so herwede vorderet, die sal al ut von sverd halven dar to geboren sin. Sve so rade vorderet, die sal ut von wif halven dar to geboren sin." Sächs. Weichb. art. XXV. (Dan. 4.). Vgl. Siegel Erbr. §. 30. 56.

einigen andern zum persönlichen Gebrauche des Mannes gehörigen Gegenständen. Es zog sich fast gänzlich seit den Umänderungen im Heerwesen (§. 74. 83.) auf den Ritterstand zurück, verschwand in den Städten des aussersächsischen Rechts ganz oder nahm die Gestalt eines Voraus einzelner Sachen an.[5]) Das Heergewäte fiel an den ältesten Sohn, Enkel oder ebenbürtigen Schwertmagen, oder auch nach einzelnen Rechten an die mehren gleich nahen, mit der Vorabnahme des Schwertes durch den ältesten.

b. die Gerade[6]) umfassend diejenige fahrende Habe, welche regelmässig zur Ausstattung gehört, Kleidung, Schmucksachen, Weisszeug, Hausgeräthe, sowie manche andere zum Frauengebrauche dienende Sachen. Sie fiel mit einzelnen Verschiedenheiten in den Rechten an die älteste unausgeradete Tochter, in Ermangelung deren an die ausgeradete, den weltgeistlichen Pfründner, die nächste (bez. älteste der nächsten) Niftel. Danach scheidet sich eine Wittwen- und Niftelgerade. Sie hat sich in dem Kreise des sächsisch-magdeburgischen Rechts bis in die späteste Zeit erhalten, während sie im Süden unter andern Namen oder als ein Anspruch der Wittwe auf fahrende Habe auftritt.[7])

c. Die Morgengabe der Frau.[8])

d. Mustheil.[9]) Er besteht ursprünglich in dem Anspruche der Wittwe

---

[5]) So die totleibe des Schwabenspiegels c. 28. in Verbindung mit 26. 273. W. s. Siegel Erbrecht S. 172 f. Vgl. auch Schwsp. c. 25. W. hinevart.

[6]) Von rât = Vorrath, râde, gerâde nach Grimm R.A. S. 567 ff. In den Aufzählungen weichen die Rechte ab, der Sachsenspiegel deutet an, dass man nicht vollständig sein könne. Vgl. L. Angl. et Werin. I. 7. 8. II. 4. „ornamenta muliebria quod rhedo dicunt . . .“ L. Burg. 51. 3. „Ornamenta et vestimenta matrimonialia ad filias absque ullo fratris fratrumque consortio pertinebunt.“ Schsp. I. 24. 3. I. 27. 1.; Sächs. Weichb. art. XXIII ff. Andere bei Kraut n. 38—57. Siegel §. 31. 57. — Folgende Gestalt hat sie im Prager Rechtsb. Art. 159. „Wen der man stirbt, so nymt daz weip, das derzu gerat gehort, nach dem drissengestin, do gehort zu alles, das geworecht ist, von gelde und von silber, daz zu frawen gezird gehort, von vingerlin, furspan, taschen, schapeil von scheiden geworcht, die frowen pflegen zu tragen, schaff, gens vnd anten vnd huner kosten mit auf gehobin liden, pet vnd pfull, kussen vnd lailachen vnd tischlachen, vmbhenk, sperlachen, ruckelachen, tebech, twelin vnd waipliche claider vnd gevende, flachs vnd pfanne, di man ausmitet, di gehoren zu der gerot, becken, leuchter vnd di puch, di zu gotes dinst gehoren, di frawen lesen, wachs, kessel vnd sovmscherin, daz ist alles, daz zu der frawen gehoret.“ — Vgl. Prager Stat. 60.

[7]) Schwsp. c. 26. W. „frowen varende guot.“

[8]) Vgl. Oben §. 170.

[9]) Schsp. I. 20. §§. 4. 5., I. 22. 3., I. 24. 2., III. 38. 3., III. 74., III. 76. 1. — Schwsp. c. 25. W. — Sächs. Weichb. art. XXIV. D. Verm. Ssp. I. 10. §. 1. 2. Prager Rechtsb. art. 158.

auf die Hälfte aller in dem Gute des Mannes befindlichen Hofesspeise, ist aber im Laufe der Zeit eingeschränkt worden und hat sich in den Städten mit dem veränderten Güterrechte ziemlich allgemein verloren.

§. 180.

II. Rechte des nächsten Erben. Das Wartrecht.*)

I. Aus der Bedeutung des Grundeigenthums für die Stellung in Gemeinde und Staat (§. 9.) und aus der engen Verbindung unter den Verwandten (§. 11. VI. ff.) auch in vermögensrechtlicher Hinsicht lässt sich schliessen, dass schon in ältester Zeit Veräusserungen desselben ohne Noth selten vorkamen, wenn sie beliebt wurden gewiss mit Beirath der Verwandten stattfanden, in der Noth selbst aber wohl die Verwandten zuerst angegangen wurden, um das Gut zu halten. Dagegen ist es ebenso erklärlich und aus zahllosen Urkunden und Nachrichten ersichtlich, dass man in den ersten Jahrhunderten nach Einführung des Christenthums für ein besonderes gottgefälliges Werk hielt, Kirchen u. s. w. auszustatten mit Grundeigenthum. So lange die Religiosität über das Gefühl der Verwandtschaft siegte, konnte deshalb die Freiheit der Befugniss zu Veräusserungen nicht ausbleiben.[1]) In der ältern Zeit begegnen wir mit Ausnahme der Sachsen bei keinem Stamme allgemeinen Veräusserungsverboten, wohl aber bei den meisten zahlreichen Satzungen, welche die Freiheit ausdrücklich statuiren.[2])

II. Im sächsischen Rechte war von Alters her die Veräusserung des Erbes, ausser an die Kirche und den König, nur im Falle der Noth und selbst dann beschränkt gestattet. Dieses ist dort in steter Uebung geblieben[3])

---

*) Eichhorn R.G. (die §§. giebt das Register dazu u. d. W. Erben), Walter R.G. §§. 444—448. Zöpfl R.G. S. 807 ff. — Beseler Erbvertr. I. §. 5. (S. 48 ff.), Pauli Erbgüter (Abhandl. I.). Gerber Meditat. ad locum speculi jur. saxon. I. 52., Erlang. 1847, Sandhaas German. Abhdl. S. 165. bis zu Ende, Siegel Erbrecht S. 88 ff., Zimmerle Stammgutssystem. Die genaue Darlegung der Controversen giebt Sandhaas und Walter; auf ihre Widerlegung geht am Ausführlichsten ein Zimmerle.

[1]) Diese Gesichtspunkte hat besonders Walter hervorgehoben und dargethan. Damit stimmt das Auftreten der Kirche für die volle Verfügungsfreiheit auch auf dem Todesbette ad piam causam, dem die karolingischen Gesetze Nachdruck gaben. Siehe meine Abh. über die testamenta ad piam causam in Zeitschr. f. Civilr. u. Proz. N. F. VIII. S. 157—232.

[2]) Siehe die Nachweise bei Beseler, Sandhaas und Walter.

[3]) L. Sax. (Merkel) LXI. „Traditiones et venditiones omnes legitimae stabiles permaneant. — LXII. Nulli liceat traditionem hereditatis suae facere praeter ad eccle-

und erscheint im Sachsenspiegel in der Ausdehnung, dass die Veräusserung von Eigen und Leuten ohne Zustimmung des Erben diesen zur Klage auf Herausgabe bei Lebzeiten des Veräusserers berechtigt und nur die Bestellung einer Leibzucht für die Frau am Eigen erlaubt ist.[4]) So liegt der Grund des Rechts deutlich in dem Erbrechte (Wartrechte), welches zu seiner Erhaltung die Beschränkung der an sich im Eigenthumsrechte liegenden Freiheit zu Veräusserungen fordert. In gleichem Umfange kennt das schwäbische[5]) Landrecht diese Beschränkung, während in den Stadtrechten aus naheliegenden Gründen das selbsterworbene, gewonnene Gut der freien Veräusserung unterstellt und nur für das ererbte, angestorbene, Erbgut, Stammgut, die Beschränkung beibehalten ward.[6]) War der Erbe bei der Veräusserung gegenwärtig, so musste er widersprechen; in jedem Falle verschwieg er sein Recht, wenn er nicht binnen Jahr und Tag, ohne durch Ehehaften abgehalten zu sein, die Klage anstellte.[7]) Einspruchs- und Klagerecht stand aber nur zu dem (den) nächsten Erben, also dem Sohne u. s. w. Hatte dieser, oder falls er in Jahr und Tag fortfiel, der in dieser Zeit als nächster eintretende, eingewilligt, so war der Verkauf gültig.[8])

III. Die Ausnahme des ältesten Rechts, im Nothfalle das Gut den Erben zum Kaufe anbieten zu können mit der Befugniss, wenn jene ihn ausschlagen, frei zu veräussern, ist in den Stadtrechten gleichfalls anerkannt.

---

siam vel regi ut heredem suum exheredem faciat, nisi forte famis necessitate coactus, ut ab illo qui hoc acceperit sustentetur. mancipia liceat illi dare ac vendere." LXIV. „Liber homo, qui sub tutela nobilis cujuslibet erat qui jam in exilium missus est, si hereditatem suam necessitate coactus vendere voluerit, offerat eam primo proximo suo. si ille eam emere noluerit, offerat tutori suo vel ei qui tunc a rege super ipsas res constitutus est. si nec ille voluerit, vendet eam cuicumque libuerit."

Siehe manche urkundliche Belege bei Walter und zahlreiche in früheren §§. dieses Buches.

[4]) Ssp. I. 52. §. 1. „Ane erven gelof unde ane echt ding ne mut nieman sin egen noch sine lüde geven. Doch weslet die herren ire dinstman wol ane gerichte, of man de wederwesle bewisen unde getügen mach. Gift he't weder rechte sunder erven gelof, die erve underwinde's sik mit ordelen, als of he dot si jene de't dar gaf, so he's nicht geven ne mochte." I. 21. Vgl. Richtst. c. 10. §. 3. „Metme eigen darf he nene sculde gelden, wer he maches ane siner erven gelof nicht laten." c. 25.

[5]) Schwsp. c. 349 W.

[6]) Schles. Landr. c. 77. „an irstorben gut". Sächs. Weichb. art. 20. §. 1, 60. §. 2. (Dan.). Goslar. Stat. S. 28. u. a. Verm. Ssp. I. 38. 1. Ebenso im Lübischen, Hamburgischen Rechte (Kraut n. 21 ff.) u. s. w.

[7]) Vgl. die in nota 6. genannten Stellen und oben §. 149. Kl. Keyserr. II. 103.

[8]) Siehe die Stellen der n. 6, u. Kraut n. 12—17. Siegel S. 95 ff.

Hieran knüpfte man in einzelnen Stadtrechten,[9]) um die Freiheit der Veräusserung herbeizuführen, und bildete das Recht der Erben zunächst um zu einem Vindikationsrechte, wenn ohne Anbieten verkauft war. Von da ab bis zur Gestaltung desselben zu einem blossen Vorkaufsrechte, das zwar seiner geschichtlichen Entwicklung nach im Erbrechte fusst, juristisch aber nicht als Erbrecht erscheint, war nur ein Schritt.[10]) In vielen Rechten des Mittelalters tritt aber die volle Freiheit zu Verfügungen unter Lebenden[11]) schon sehr früh auf und hat sich auch in den meisten erhalten.[12])

§. 181.

III. Vergabungen auf den Todesfall.

I. Weil mit dem Tode von selbst das Wartrecht zum wirklichen Recht am Erbe (Erbschaft) geworden war (§. 179. I.) und alle Erbenfolge nach deutschem Prinzipe von Anfang nur eine Verwandtenfolge war, so ist eine Verfügung, deren Wirkung erst nach dem Tode eintreten soll, Verfügung auf den Todesfall, von selbst ausgeschlossen. Aber die Wirkung einer solchen, welche in dem Fortfalle des Erbrechts besteht, war stets möglich, insoweit Jemand bei Lebzeiten das in das Recht eines Dritten bringen konnte, was mit dem Tode von selbst dem Erben zufiel.

II. Fahrende Habe unterstand von jeher der freien Veräusserungsbefugniss.[1]) Vergab man sie, so enterbte (exheredem facere) man den Erben. Dies sollte man nur solange thun, als man selbst zu geniessen und daher zu entbehren im Stande war. Darum macht das Recht des Mittelalters die Vergabung abhängig von dem körperlichen Zustande und erlaubt dem wirklich Kranken nur die Entäusserung unbedeutender Beträge.[2]) Früh

---

[9]) Hamb. Stat. v. 1276. I. 6. Stat. v. Zeeland v. 1256 (Kraut n. 18.): „quicunque terram suam vendere voluerit, praebebit eam per tres dominicos fratribus suis et sororibus suis, vel filiis eorundem, patruis suis, avunculis, materteris et amitis, et non ulterius. Si emere voluerint, emant sicut extranei." Justit. Lubic. Kraut n. 21. u. a.

[10]) Freib. Stat. v. 1520. u. a. bei Kraut §. 167.

[11]) So kennt das ält. Soester Recht aus dem 12. Jahrh. (vgl. dessen §§. 30. 31. 33. 34.) keinerlei Beschränkung, ebensowenig das Medebacher v. 1165.

[12]) Kein Einspruchsrecht der Erben kennen z. B. Oesterr. Landr. art. 14. (schliesst es ausdrücklich aus), Brünner Rechtsb. art. 363. (erkennt das Recht zum abschutten nicht an) 341. u. a., Prager. — Ueber die Reste des alten Wartrechts in den heutigen bürgerlichen Erbgütern und dem adeligen Stammgut siehe Zimmerle S. 256 ff.

[1]) Sachsp. I. 52. §. 2.

[2]) Ssp. I. 52. §. 2. „Alle varende have gift de man ane erven gelof in allen steden,

aber wurde in manchen Stadtrechten die unbedingte Befugniss angenommen,[3]) wie auch selbst allmälig eine Vergabung mit Wirkung auf den Todesfall im Widerspruche mit dem deutschen Prinzipe zugelassen wurde.[4]) Damit war man in diesem Punkte bei dem römischen Rechte angelangt.

III. Liegende Güter konnte man entweder überhaupt frei oder mit Einwilligung des nächsten Erben (§. 180.) in der gewöhnlichen Form (§. 148.) weggeben und dadurch dem Erben entziehen. Neben diesem Falle der Uebertragung des sofort wirksamen Rechts liess sich an ihnen vermöge der Grundsätze über die Gewere an Liegenschaften auch die Einräumung eines dinglichen Rechts erwirken ohne sofortige Uebertragung des Besitzes und Genusses, also mit dem faktischen Erfolge der Vergabung auf den Todesfall eines dem des Erben analogen Rechtes. Dazu bedurfte es (s. jedoch §. 180.) der Einwilligung des Erben und der Auflassung des Rechts vor Gericht wie bei einer sonstigen Veräusserung. Der Besitz der Sache konnte aber bei dem Lassenden bleiben und erst wie beim Erben nach seinem Tode dem Empfänger zufallen sollen, so dass der übertragende als Besitzer in fremdem Namen (precaria) erschien.[5])

---

unde let unde liet gut, al de wile he sik so vermach, dat he begort mit eme sverde unde mit eme scilde up en ors komen mach, von enem stene oder stocke ener dum elne ho, sunder mannes helpe, deste man ime dat ors unde den stegerip halde. Svenne he disses nicht dun ne mach, so ne mach he geven noch laten noch lien, dar he't jeneme mede geverne, de is na sineme dode wardende is." Glosse dazu: „Wi sin gut vorgift, als he is nicht mer gebruken ne mach, die vorgift nicht dat sin is, mer gift dat siner erve is. — En bur mag it vorgeven als he enen ummeganc plugen mach enis morghen lank; en vrue wen si tur kerken gan mach, als si darvan is twintigh rude." Goslar. Stat. S. 9. Z. 44. „In suchtbedden mag en nicht vergheven ane erven lof." Andere bei Kraut §. 185. n. 31 ff. — Sächs. Weichb. art. 64. D. „Keyn wip noch kein man mag yn sichbette sines gutes vorgeben obir drie schillinge ane erben loube, noch eyn wip ane mannes orloub." Vgl. Schwsp. c. 45. W.

[3]) Das Prager, Iglauer, Brünner u. a. kennen keinerlei Bestimmungen, welche den der n. 2. ähneln, sondern haben mit zahllosen andern Stadtrechten (vgl. Tomaschek S. 206 f.) nur das Erforderniss des vollen Bewusstseins. Das Brünner (und auch Prager) steht ganz auf dem römischen Rechte hinsichtlich der Testamente. Nur haben diese u. andere österr. u. süddeutsche Rechte als Bedingung der Testirfreiheit, dass der Erblasser ohne Frau und Kinder sterbe. Siehe die Nachweise bei Tomaschek S. 206 fg.

[4]) Siehe die Stelle bei Kraut n. 19. u. a. Albrecht Gewere S. 204 ff. Beseler S. 157 ff. Siegel S. 110 f.

[5]) L. Sal. XLVI. L. Langob. Rothar. c. 168—174. Luitpr. VI. 19. Cap. in lege Rib. mit. 803. c. 9. (Leg. I. p. 118.) „Qui filios non habuerit, et alium quemlibet haeredem sibi facere voluerit, coram rege vel coram comite et scabinos vel missos dominicus, qui tum ad iustitias faciendas in provincia fuerint ordinati, traditionem faciat." L. Alam. Hloth. II. 1. Marc. Form. II. 3. 5. 6.

Zur grössern Sicherheit für den Empfänger legte man wohl sofort einen Zins auf die Sache.[6]) Durch dies Geschäft hatte der Erwerber ein so festes Recht, dass der Tradent keinerlei Veräusserungen vornehmen durfte.[7]) Wie bei der gewöhnlichen Tradition konnte man sich auch hier eines Salmannes bedienen[8]) und auch nicht blos eine Sache sondern alle seine Sachen vergeben.[9]) Ueber alle diese Geschäfte wurden Urkunden aufgenommen.

IV. In dem Rechte des Mittelalters finden wir die gerichtliche Auflassung bei der Uebertragung einzelner Stücke und eines ganzen Vermögens mit Vorbehalt des Niessbrauchs oder ohne denselben, mit oder ohne Census, in das sofortige Recht des Empfängers wie auch mit Setzung eines blossen Wartrechtes.[10]) Stets lag hier aber kein blosser Vertrag vor, sondern mit der

---

[6]) Schannat Trad. Fuld. I. n. 452. von 841. (bei Kraut §. 185. n. 10.): „ea conditione haec omnia trado —, ut nos quamdiu vixerimus per cartam prestationis — usufructuario possideamus, solventes inde censum per singulis annis — IV denarios — ne videamur eas ex proprio, sed jure beneficiario possidere." — Siehe daselbst die num. 11. u. 12.

[7]) Dies statuirt Cap. Tic. a. 801 c. 1. (Leg. I. p. 83.) für die Langob. im Gegensatze zu dem Gebrauche gegentheiliger Vorbehalte; giebt aber den Ususfructus auf Lebenszeit zu.

[8]) So der adfatimus in L. Sal. XLVI. Urk. bei Kraut §. 185. n. 13 ff.

[9]) L. Alam. Hloth. II. Siehe auch die Urk. v. 772. bei Kraut §. 176. n. 3. §. 185. n. 38. 39.

[10]) Ssp. II. 30. „Sve so ime erve to seget nicht von sibbe halven, denne von gelovedes halven, dat hebbe man vor unrecht; man ne moge getügen, dat dat gelovede vor gerichte gestedeget si." Siehe die Citate dazu bei Homeyer. I. 9. §. 6. „Stirft aver jene de't laten solde, sin sone n'is nicht plichtich to latene, he ne hevet selve gelovet oder burgen vor gesat." Verm. Ssp. I. 32. 3. Siegel S. 100 ff. — Urk. v. 1260 bei Kraut n. 16.: „E. — et H. uxor sua manu communicata — duos mansos suos — ecclesie pure et absolute contulerunt, post mortem eorum jure proprietario perpetuo possidendos: ita quod idem E. et. H. cum dictis duobus mansis nichil juris aut potestatis habent vendendi, obligandi, commutandi aut faciendi, quod eorum fuerit voluntatis." Rechtsmitth. an Görlitz v. 1304 §. 83. (Gaupp. S. 298): „Ob ein man sin gut gibet in gehegetem dinge. Gibbet ein man sineme wibe sin gut zo irme libgedinge in jehegetem dinge. oder siner kinderen. an eigene oder an lehne. mit der erben vrlobe. vnde wirt dar ein recht vride ubir gewercht. vnd wil her dar nach. an deme gute. jemanne icht geben. jene die mugenz wol wider reden mit rechte. den die gabe gegeben ist vor gerichte. Hat abir ein man kov(f) shatz. oder varende habe. swelcher hande sie sie. die her mit sineme wibe ererbeitet hat. daz mac her wol bi sineme gesvndem libe geben. sweme her wil. an jemandes wider sprache." Siehe Siegel S. 108. u. die bei ihm Citirten. Urk. bei Kraut n. 40. von 1245: „ego Ch. — omne dominium rerum sive mobilium sive immobilium seu se moventium tam in Bawaria, quam in Austria, quam etiam ubicunque locorum jure proprietario me respicientium dedi ecclesiae frisingensi, omnium predictorum rerum usumfructum mihi pro tempore vitae meae reservans, salva tamen ipsarum rerum proprietate, quam transtuli ad

Uebergabe ein dingliches Recht. Die Fortbildung hängt einerseits zusammen mit dem Sinken des ältern Erbprinzips (§§. 178. V. 180.), andrerseits mit dem überhand nehmenden Einflusse des römischen Rechts.

V. Bereits in der ältesten Zeit kennt man schon unter Einwirkung des römischen Rechts einseitige widerrufliche Verfügungen auf den Todesfall (testamentum).[11]) Hieran hielt der Klerus fest; zugleich sah die Kirche es als Pflicht an, den letzten Willen aufrecht zu halten und auszuführen, vor Allem, wenn etwas ad piam causam legirt war. Dadurch vorzüglich kamen die Testamentssachen an die kirchliche Gerichtsbarkeit.[12]) So blieben Testamente beschränkt stets im Gebrauch, wurden dann in den Städten mehr und mehr zugelassen, bald jedoch nur im Abgange von Frau und Kindern,[13]) nur für fahrende Habe und erworbenes Gut (§. 180), nur so lange der Mensch noch kräftig war (num. II.). Eine solche Verfügung gab aber dem Bedachten kein Recht an der Sache, sondern nur ein Forderungsrecht. Um daher, weil solche der Erbe nicht anzuerkennen brauchte, jenen sicher zu stellen, bediente man sich der Vermittlung von Treuhändern, welchen man sie zu dem Zwecke aufliess.[14]) Die Formen der Testamente waren mannigfaltig. Neben ihnen kam bereits im 13. Jahrhundert die Möglichkeit auf, durch eine urkundlich vor Zeugen oder im Gerichte gemachte Zuwendung Jemand ein unbedingt wirksames Recht zu überlassen.[15]) So hatte man erreicht, dass der

---

ecclesiam memoratam." — Sch. Urth. bei Kraut n. 57. Magdeb. Fr. I. 12. 4. „Ob ein man bei gesundem Leibe sein gut hinweg gebe vor gehegtem dinge —, u. derselbigen gabe ihm die herrschaft behielt zu seinem leib. stirbt der geber u. die gabe bleibet unwiderruffen, so hat die gabe krafft u. macht. stirbt aber der begabt man, es erbt auf seinen nechsten."

[11]) L. Burgund. 60. 1. Siehe Beseler I. S. 242 ff.

[12]) Vgl. über diese Verhältnisse die Oben §. 75. nota 19. abgedr. Quellen, meine citirte Abhandl. über die testam. ad p. c., mein Kirchenrecht I. S. 397. II. S. 413. 473 f.

[13]) Siehe die Angaben der nota 3. Lüb. Recht v. 1240 Art. 161. „So we sin testament maket, de scal it doen in twier ratmanne antworde, wante wo he it voget — von sime gewunnenen gude, dat blift stede. — Begripet (de ratmanne) oc bi ereme edhe, dat he mechtich were siner sinne, und en mark punt wegen mochte, do he sin testament makede, so blift it al stede. dar men radmanne nicht ne mach hebben, dar mogen twe besettene lude betugen en testament von 10 marken sülvers u. dar benedden." Goslar. Stat. Zus. S. 6. Z. 14. „Eyn mach van sineme ghewunnen gude testament setten, he sy ghesund eder in sükebeden u. dat testament scholdeme bryngen vor den rad. Wat de des over gheven, dat schal also gan; wat se aver des nicht over en geven, dat ervet gelik alse ander gud, dar neme testament von gesat en is."

[14]) Siehe die Urkunde bei Kraut n. 13 f.

[15]) Schwsp. c. 22. W. „Ist danne daz ein man sinem friunde guot schafen wil nâch sînem tôde, wil er ez im sicher machen, er sol im schrift dar über geben, als

Bedachte [nach dem Tode die Sache erhielt und zugleich der Lebende sich ihrer nicht entäusserte. Der allgemeine technische Name solcher Verfügungen war Geschäfte (schaffen). Eine Erbeseinsetzung lag hierin nicht; aber es war insofern dasselbe erreicht, als der Erbe keine Möglichkeit mehr hatte, die Vergabung anzugreifen. Dies stand im Zusammenhange mit dem herrschend gewordenen römischen Satze, dass der Erbe für die Schulden des Erblassers überhaupt hafte. Erst mit der vollen Aufnahme des römischen Rechts kamen jedoch dessen Sätze zur allgemeinen Geltung, obgleich mancherlei Modifikationen blieben.

VI. Mit dieser Entwicklung war offenbar die Möglichkeit nahe gelegt, auch in der Form eines blossen Vertrages Jemand ein Anrecht auf die Sache (oder das Vermögen), wenn sie beim Tode vorhanden sei, zu geben. Einen solchen Vertrag enthielten in Wirklichkeit bereits die Eheverträge, Einkindschaft, unter dem Adel die Erbverbrüderungen. Hiergegen stemmte sich das in Geltung getretene römische Recht. Da aber mit diesem zugleich die volle Verfügungsfreiheit aufkam, so trug es dazu bei, dass dem deutschen Prinzipe von der Festigkeit einer solchen Verfügung, damit nicht der blosse Erbe leide, durch die Form der Erbverträge noch ein kleiner Platz blieb. Im Laufe des 16. 17. und 18. Jahrhunderts wurden Erbverträge durch Uebung und Gesetze allgemein eingeführt.

VII. Der neuern Zeit gehört an das durch die Doktrin auf einer Verbindung deutscher mit römischen Sätzen ausgebildete Institut der Familienfideicommisse.

§. 182.

IV. Antritt des Erbes. Stellung des Erben. Verlust des Erbes.

I. Zufolge seines mit dem Tode[1]) zur Wirksamkeit gelangten Wartrechts tritt sofort der Erbe in die Gewere des Guts,[2]) bedarf keines weite-

---

ernâch von lîpgedinge geschriben stêt; oder er sol vür sînen richter varen oder vür sînen herren unde sol den ze geziuge dar über nemen unde ander liute die dâ bî sint. Wil er imz aber gar staete machen, sô seze im einen zins dar ûz. dâ mit hât er die gewer, unde mac das guot niht verliesen mit rehte." Sächs. Weichb. art. LIX. LX. D. Vgl. überhaupt hierüber Siegel S. 104 ff., der die verschiedenen Ansichten über die Stelle des Schwabenspiegels darlegt.

[1]) Ssp. II. 31. §. 1. „Sve von gerichtes halven sinen lief verlüset, oder dat he ime selven den dot, sin negeste gedeling nimt sin erve." II. 60. §. 2. Schwsp. c. 170. Prager Rechtsb. 191. Andere bei Siegel S. 149.

[2]) Daher das Sprüchwort: „Der Todte erbt den Lebendigen," „le mort saisit le vif." Phillips in Zeitschr. f. geschichtl. Rechtswiss. VII. S. 1 ff. Bey-

ren Aktes der Antretung oder der besondern Formen der Besitzergreifung, kann den Besitz vielmehr ohne weiteres ergreifen.

II. Der Zeitpunkt, an dem der Erbe faktisch sein Recht ausüben durfte, war Eintritt des dreissigsten Tags nach dem Todesfalle.[3]) In der Zwischenzeit blieb Alles im bisherigen Zustande unter der Hand der Wittwe.

III. Im vierzehnten Jahrhundert fing man an aus dem römischen Rechte die Antretung der Erbschaft herüberzunehmen,[4]) welche seitdem mehr und mehr aufkam.

IV. Aus dem Nachlasse scheiden sich nun zunächst aus und können gegen den weigernden Erben mit Klage erfordert werden alle Stücke, welche nicht zum Erbe im eigentlichen Sinne gehören (§. 179.), soweit sie einerseits vorhanden sind und andrerseits nicht durch Schulden des Erblassers (num. V.) aufgezehrt werden. Was übrig bleibt bildet die Erbschaft.

V. Weil der Erbe nicht in das Recht des Verstorbenen als Nachfolger der Person eintritt, sondern Kraft eines ihm selbstständig zustehenden Rechts haftete er nicht nur durchaus nicht mit seinem bereits besessenen Gute, sondern auch nicht mit dem Erbe

a. für Schulden des Erblassers aus unrechten Handlungen oder aus Spiel,[5]) ausser er hätte sich verbürgt oder die gestohlene Sache unter sich u. dgl.

b. Er ist nicht verpflichtet, vom Erblasser übernommene auf das Erbe bezügliche Verpflichtungen anzuerkennen oder zu lösen.[6])

Er muss jedoch haften insoweit die Forderung gegen den Erblasser be-

---

scher in Zeitschr. f. deutsch. R. V. S. 205. Ssp. III. 83. §. 1. Sächs. Lehnr. 6. §. 1. „Die vader erft uppe'n sone die gewere des gudes mit sament deme gude; dar umme ne bedarf die sone nicht, dat man ime des vader gut bewise.“ Ssp. I. 33. (sofortige Transmission). Besteht noch ein Genussrecht, so kann der Genuss ausbleiben. Verm. Ssp. I. 24 pr. „Wer sein gut eime verkouft czu seime Leibe — stirbt her, ee denne is ime ledig war, so erbet her den Anfall uff synen nechsten.“ Ssp. I. 28. I. 29. „An egene unde an huven mach sik die sasse versvigen binnen drittich jaren unde jar unde dage unde er nicht. — Dat rike unde svavee ne mogen sik nümmer versvigen an irme erve, de wile se't getugen mogen.“ Vgl. Siegel S. 152 ff. Oben §. 149.

[3]) Zusammenhängend offenbar mit dem Cultus pro defunctis, jedoch nicht, wie Siegel S. 157 meint, weil „die Verstorbenen, um in den Zustand der Seligkeit zu gelangen, der Oblationen und des Fastens der Verwandten bedürfen.“ Ihn hat das von ihm cit. c. 22. C. XIII. qu. 2. verleitet, das sich auf den Ablass bezieht. Es kann aber Jemand auch ohne noch mit Sündenstrafen behaftet zu sein sterben. — Ssp. I. 22. §. 1. Schwsp. c. 25. W.

[4]) Kl. Keyserr. II. 49.

[5]) Ssp. I. 6. §. 2. II. 17. §. 1.

[6]) Ssp. I. 9. §. 6. III. 12. §. 1. 2. (Bürgschaft) III. 77. 1. Vgl. Schwsp. c. 377. W. u. a.

gründet ist durch das Vorhandensein von Sachen im Nachlasse oder dessen Verbesserung (versio in rem),[7]) aber nur mit der fahrenden Habe.

VI. Diese im Sachsenspiegel dem deutschen Prinzipe durchaus entsprechend festgehaltenen Grundsätze haben in andern Rechten des Mittelalters auf der Grundlage des römischen Rechts, das bereits in mehren Volksrechten[8]) eine mehr oder minder unbedingte Haftpflicht des Erben herbeigeführt hatte, eine allmälige und völlige Umänderung erfahren. Man stellte den Satz der Verhaftung allgemein auf,[9]) nahm noch einzelne Fälle aus, liess aber allmälig

---

[7]) Ssp. I. 6. §. 2. Richtst. Landr. c. 10. 45. Vgl. Siegel, S. 182, der den Satz nur auf den ersten Fall bezieht. Ueber den Beweis der Schuld Ssp. I. 6. §. 2. (Forts.). §. 3. Svat aver en man weit, des ne darf man in nicht inneren mit getüge, of de man sines getüges wil afgan, unde en scüldeget to lantrechte oder to lenrechte umme sine witscap; der sal he bekennen unde lesten, oder besaken unde dar vore sveren. — §. 4. Man sal ok den erven gelden, dat man deme doden scüldich was. — §. 5. Der scult, die de man selve scüldich is, der ne darf man em nicht inneren, he sal ir bekennen oder versaken."

[8]) L. Rip. LXVII. 1. „Si quis moriens debitosus, aut testamenta venditionis seu traditionis aliqua fecerit, si filios aut filias non relinquerit, quicunque de parentibus suis, quantum unus solidus valet, in hereditatem acceperit, vel cui weregildus eius, si interfectus fuisset, legitime obveniebat, omne debitum per ipsum solvi iudicatur, et omne factum eius idoneare studeat, aut culpam incurrat." L. Burg. LXV. 1. „Si qua mulier vidua filios habens, si et illa et filii sui cessionem de bonis mariti, qui defunctus est, fecerint, nullam ex debito ipsius repetitionem aut calumniam patiantur. — 2. Si certe praesumpserint hereditatem, debitum paternum simul solvant." L. Visigoth. V. 6. 6. „.... Sin autem quodcunque defunctus reliquit, et maius est quod petitur, quam quod reliquisse videtur; si filii eius aut propinqui, aut qui eius possident bona, noluerint pro reatu eius vel debito satisfacere, de rebus a defuncto dimmissis non morentur petenti facere cessionem." — L. Lang. Luitpr. VI. 4. „Sic tamen, ut si a creditoribus pulsatus fuerit, praebeat sacramentum, quod de rebus patris, aut matris suae, si ipsa in mundio patris sui mortua fuerit, nihil apud se habeat, nec alicui commendasset, aut abscondisset, et sit absolutus. Et si posteà apud eum inventum fuerit de rebus paternis, componat in actogilt.".

[9]) Schwsp. c. 8. W. „swer erbe nimt, der sol ouch ze rehte die schulde gelden die der tôte man dâ gelten sol, die man weiz. unde der man niht enweiz, die sol man erziugen ûf dem tôten manne selbe sibende. hat aber der tôte man der gülte vergeben vor den liuten dô er gesunt was oder an dem tôtbette, unde mac daz der selbe dritte beziugen, dem er dâ gelten solde, sô hât er sîn guot behebt, unde hât die siben gesiuge verleit. Diupheit noch roup noch spil noch wuocher, des ist nieman schuldic für den andern ze gelten, noh ob er wider dehein gerihte iht getân hât. Ist aber ein schulde ûf in derziuget ân die die ich hie vor benennet hân, die erziugeten schulde die sullen die erben dem klager unde dem rihter büezen. Ist aber dehein schulde ûf den tôten man erziuget, so enbüezent ouch die erben niht." Vgl. c. 10. 19. 54. 151. 237. W. — Kl. Keyserr. II. 49. „Ein iglich mensche sal wissen, daz wer erbe nimt, daz der die schulde gelten sal, die der gelazzen hat, dez erbe er nimt. wan ist der schulde vil, vn dez erbes wenig, ez si farnd gut oder ligende gut, vnd griffet er

für alle Schulden die Haftung eintreten und kam zuletzt zu dem römischen Satze, dass der Erbe als solcher hafte und deshalb der Haftpflicht nur entgehe, wenn er mit Vorbehalt antrete.

VII. Ist durch die Schuldenzahlung und Absonderung das reine Erbe hergestellt, so bleiben entweder die mehren Erben gemeinsam in der Gewere sitzen (Ganerben)[10] oder theilen. Dies geschah nach einem ziemlich allgemeinen Gebrauche durch Anfertigen der Theile (Loose) Seitens des Aeltesten und das Küren abseitens des Jüngsten.[11])

VIII. Verloren ging das Erbrecht

a. durch Verzicht, welcher in der Zustimmung zu Vergabungen (§. 180 f.) in der Abfindung von Kindern (§. 173.) lag und später auch in der Form des Erbvertrags aufkam;

b. durch Ermordung des Erblassers;[12])

c. durch eigenmächtige Ergreifung des Gutes bei Lebzeiten des Erblassers.[13])

d. Nach manchen Rechten durch Verheirathung der Tochter gegen der Eltern Willen oder mit Nichtbürgern.[14])

---

es icht an, ym zu haben; er ist die schulde zumale schuldig zu gelden, er tu ez dan mit usgescheiden dingen, als es der keiser hat gesatzt. Sint in des riches recht stet gesc.: alles daz du tust, daz salt du wislig tun, vnd salt dez endes warten." Vgl. auch II. 89. Goslar. Stat. (Kraut §. 185. n. 17. 21.). A. Culm. Recht 4. 91. „stirbet eyner und lessit steende eygen bynnen wycbilde und andirs keyn gut, wer sich des erbis undirwyndet alse eyn erbname, der mus des toden redliche schult gelden und betzalen." Vgl. Brünner Schöffenb. art. 362. Prager Rechtsb. art. 5. 6. u. a.

[10]) Ssp. I. 12. Verm. Ssp. I. 42. 1. u. a. Vgl. §. 178 über die communio bonorum prorogata.

[11]) Ssp. III. 29. §. 2. Schwsp. c. 26. W. Sächs. Weichb. art. 26. §. 2. Dan. Ruprechts Rechtsb. I. 23. Brünner R. art. 343.

[12]) Ssp. III. 84. §. 3. „Dodet ok en man sinen vader oder sinen bruder oder sinen mach oder jemanne, des egenes oder lenes he wardende is, al sine wardunge hevet he verloren; he ne du't in notwerunge sins lives, unde die not uppe den doden beredet werde, oder he ne du't unwetene so dat it geschi ane sinen dank." Andere Stellen bei Siegel S. 129.

[13]) Ssp. III. 84. §. 1. „Svie deme anderen gut geweldichliken nimt bit an jenes dot, alle recht hevet he an deme gude verloren, dat ime an deme gude irsterven mochte nach jenes dode." Oesterr. Landr. 74.

[14]) Siehe die Citate bei Siegel S. 130, und Stadtr. v. Wien v. 1221 §. 43. „Statuimus etiam, quod quicunque civium moriatur si uxorem habeat vel liberos, judex se non intromittat de bonis vel de domo ipsius, sed sint in potestate uxoris et liberorum. In arbitrio quoque sit vidue, non nubere vel nubere cuicunque velit, quod nemo in aliquid habeat facere, dummodo nubat civi et non militi. Si vero militem duxerit, persona sua et res in gratia et voluntate nostra persistat. Id ipsum etiam statuimus de filia vel nepte cuiuslibet civium, qnod est de vidua." Vgl. Wiener v. 1244. Haimburg (Meiller S. 136. 144).

e. Nach manchen Stadtrechten durch den Nichtbesitz des Bürgerrechts, so dass entweder ein fremder Erbe Bürger werden oder das Erbe an einen Bürger abtreten musste.[15])

Hierzu nahm man bereits früh die Enterbungsgründe des römischen Rechts mit mancherlei Modifikationen auf. Jene ältern Ursachen, aus denen das Erbrecht fortfiel oder das Erbe wieder entzogen werden konnte, fielen mehr und mehr fort oder haben sich nur in Nachwirkungen (Recht der Enterbung vom ganzen Pflichttheile oder einer Quote desselben, Abschoss u. dgl.) bis auf die neuesten Zeiten erhalten.

§. 183.

V. Recht auf erbloses Gut.

I. Erscheint keine Person als Erbe, so muss der Richter in seine Obhut nehmen den ganzen Nachlass. Von ihm ist alles zu entrichten, was auch der Erbe entrichten muss, so dass man gegen den Richter dieserhalb die Sache, Schuld etc. mit Klage zu fordern vermag.[1]) Der Richter hält Jahr und Tag die fahrende Habe, dreissig Jahre die liegende (s. Oben §. 148.) unverthan in seiner Hand. Innerhalb dieser Fristen erhält der sich ausweisende Erbe die Sache.[2])

II. Läuft die Frist fruchtlos ab, so wird das erbenlose Gut eingezogen entweder

a. vom Inhaber der Gerichtsbarkeit[3]) (König, Graf u. s. w.) ganz in seinen Nutzen, oder

---

[15]) Stadtr. von Enns v. 1216 (Gaupp. II. 220.) §. 15. 16. „Si vero is qui moritur non habet uxorem vel liberos, in ordinatione ipsius consistant bona sua. — Quod si decesserit absque testamento et ordinatione rerum suarum, bona sua sint proximi heredis sui, si idem heres locatus sit infra terminos ducis. Si vero heres sit extraneus, bonorum suorum pars dimidia cedat in usum ducis, reliqua sit heredis." Wien v. 1221. §§. 44. 45. stimmt genau bis auf die Folge „. . si vero heres sit extraneus, nichil cedat ei nisi se stabiliter transferat in nostras civitates vel super alia bona nostra in Austria, sed omnia nobis cedant."

[1]) Richtst. Landr. c. 27. §. 2. „So vrage, na deme dat erfeigens recht jegen de erven unde jegen den richter si, dat me sic binnen druttich jaren nicht vorswigen moge." — Sachsp. I. 28. Schwsp. c. 372. — Ssp. II. 60. §. 2. Schwsp. c. 367. II. L.

[2]) Siegel S. 204. folgert aus Ssp. I. 28. („sint kere't de richter in sinen nut") dass der erbe auch die inzwischen erwachsenen Nutzungen bekomme. Mir scheint dies nicht, weil es dem Prinzip des deutschen Rechts (§. 147.) nicht entspricht; aus der Stelle lässt sich nicht folgern, da das it sich offenbar auf das gut bezieht und der Nachdruck auf sinen liegt.

[3]) Ssp. I. 28. III. 80. §. 1. — Vgl. III. 56. §. 3. Verm. Ssp. I. 20. pr. Sächs.

b. dasselbe wird getheilt. Dies geschieht bald so, dass man drei Quoten macht: eine für die Seele (pro remedio animae d. h. ad piam causam, Arme u. s. w.), eine für den Herrn der Stadt, eine für die Stadtbefestigung,[4]) — ad piam causam, für kirchliche und städtische Zwecke, den Richter,[5]) — bald auch nur zwei,[6]) oder es wird

c. bald endlich das ganze Gut zu einem milden Zwecke verwendet.[7])

Im Laufe der Zeit trat aber in den Städten die Richtung ein, das Gut ganz für städtische Zwecke zu verwenden,[8]) während in den spätern Landesgesetzen die verschiedenen Zwecke noch vielfach nebeneinander massgebend blieben.

Weichb. art. LVIII. D. „Ab eyn erbe stirbet, do sich nymant zu ziet yn jare unde yn tage, das gevellet an dy koningliche gewalt.“ Magdeb. Rechtsmitth. an Breslau v. 1261 §. 41. (Gaupp S. 238.) und Görlitz v. 1304. (das. S. 293.) §. 67. fast wörtlich gleichlautend. Kl. Keyserr. II. 95. setzt nur den keyser. — Ssp. III. 56. §. 3. „Sin (des vrone bode) recht is ok die tegede man den man verdelen sal, dat he ine to losene du. Unde svar en gut ervelos irstirft von manne oder von wive, dat ertstadelege korn is sin, unde des mannes dagelike kleidere.“ An den Richter (König, Landesherrn) auch nach Schwsp. c. 29. (König) 30 (Stadtherr) u. a. Enns und Wien (vgl. die nota 15. des vorherg. §.). Enns §. 17. (des dort verstorbenen Fremden). Innsbrucker R. v. 1239 §. 20. (Si sine haeredibus decesserit, omnia bona sua praeter testamentum animae suae in nostram transibunt potestatem.). Stadtr. von Hagenau (war Reichsstadt, also König) v. 1164 §. 3.

[4]) Freiburg R. v. 1120. §. 4. Rodel §. 24. Verf. §. 1.; Freiburg i. Uechtl. v. 1249 §. 26. (die erste pro deo). Burgdorfer Handfeste v. 1316 §. 61. Brünner Stadtr. art. 32. aber nur für das Vermögen des erbenlos verstorbenen Fremden, es ist sehr präcis; Iglauer R. art. 3.; (Tomaschek S. 204) mit der Modifikation, dass es 1/3 pro anima, 1/3 ad vias et pontes, 1/3 ad negocia civitatis verwendet.

[5]) Berner Handf. v. 1218 §. 51. Braunschw. Stat. II. 39 (1/3 der Kirche, 1/3 den Armen, 1/3 dem Vogt).

[6]) Wiener R. v. 1221 §. 46. für Fremde, die dort versterben zu 2/3 der Stadt 1/3 pro anima. Dass. v. 1278 u. 1340; ebenso Wiener-Neustadt c. 81.

[7]) Enns v. 1212 mit dem erbenlosen Gute eines Verbannten.

[8]) Lübeck. R. II. 2. 14. Anfangs gehörte es dem König (Hach S. 172.), dann zur Hälfte diesem und zur Hälfte der Stadt (das. Cod. I. 19. II. 26.).

REGISTER.

Die freistehenden Zahlen weisen auf die Seiten, die hinter dem Komma auf die Noten.
NB. Zieht sich eine Materie durch mehre Seiten, so ist nur die erste angegeben.

VERZEICHNISS
der aus dem Sachsen- und Schwabenspiegel abgedruckten Stellen.

Sachsenspiegel.

Buch	Art.	§.	Seite
Ger. Vorr.		97-98	135
		178 ff.	—
		195 ff.	136
		261	133
		281	
Vorr. von der Herrn Geb.			229
I.	1	.	166
	2	1, 2	231
	—	3	233
	—	4	234
	3	2	229
	—	3	513
	5	1	515
	—	2	414
	6	1, 2	422
	—	3-5	528
	7	.	381
	8	1	—
	9	5	442
	—	6	461
	13	1	380
	15	1	449
	—	2	380
	16	1, 2	229
	17	1	513
	21	1, 2	492
	22	3	488
	22	4	518
	23	1, 2	503
	25	1	381
	—	3	377
	26	.	230
	27	1	518
	—	2	233
	28	.	361
	29	.	527
I.	31	2	430
	32	.	421
	33	.	377
	34	1	423
	35	1	433
	36	1, 2	494
	37	.	413
	38	1, 2	—
	39	.	393
	40	.	414
	42	1	502
	45	1-3	484
	48	1	413
	51	1	—
	—	2, 3	229
	—	4	231
	52	1	439
	53	2	448
	54	3	377
	—	4	472
	59	1	231, 304
	—	2	304
	60	1, 2	350
	61	4	413
	62	1	360
	—	7	364
	—	11	350
	63	2	347
	—	5	359
	65	2	413
	70	1	400
II.	1	.	229
	2	.	361
	3	1	359
	—	3	—
	5	2	399
	7	.	362
II.	11	3	400
	—	4	356
	12	—	
		2	231
	—	3	347
	—	8	389
	—	13	347
	20	1	516
	20	2	472
	21	1	233
	22	1, 2	381
	22	4	378
	24	1	359
	25	1	427
	26	1	229
	27	4	472
	28	2	—
	29	.	434
	30	.	524
	36	1, 2	450
	—	3, 6	432
	37	1, 2, 3	433
	42	1, 2	444
	43	1	379
	44	1	444
	—	2	448
	—	3	379
	46	3	432
	47	1-5	471
	56	3	434
	57	.	431
	58	1, 2	432
	60	1, 2	449
	70	.	429
III.	4	1	449
	5	4, 5	465
	14	1	350

Schwabenspiegel (nach Wackernagel, wofern nicht ein L. steht).







